Stadt Köln

VERHANDLUNGEN DES RATES DER STADT KÖLN VOM JAHRE 2014

Herausgeber: Stadt Köln - Der Oberbürgermeister
Amt des Oberbürgermeisters
Rathaus (Historisches Rathaus)
Sitzungsdienst (01/211)

50. Sitzung vom 11. Februar 2014

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Informationspolitik der KVB bei Störungen"

AN/0264/2014

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Schenkung von 8 Perfusoren für die Rettungsdienstschule durch den Verein zur Förderung des Brandschutzes in der Stadt Köln e.V.

4208/2013

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "GAG Immobilien AG - Optimierte Ausrichtung auf die aktuellen wohnungspolitischen Herausforderungen"

AN/0210/2014

3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Flüchtlingspolitik in Köln"

AN/0121/2014

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0252/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0267/2014

3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Herzstück Domumfeld – Entree der Gäste aus aller Welt – Schandfleck Toilettencontainer"

AN/1517/2013

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0261/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0268/2014

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Nachbarschaftskonzept für Flüchtlingsheime"

AN/0215/2014

3.1.5 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Veröffentlichung der Redebeiträge von pro Köln im Internet"

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Nutzung der Windenergie in Köln"

AN/0214/2014

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0262/2014

3.1.7 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Weitere Auswertung des Masterplans zum Zwecke des Wohnungsbaus"

AN/0191/2014

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Das Boot ist voll:

Neubelegungen für Asylbewerber nur noch nach Ratsbeteiligung"

AN/0179/2014

3.1.9 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Keine Einschränkung der Öffnungszeiten von Schwimmbädern der KölnBäder GmbH"

AN/0204/2014

3.1.10 Antrag von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann betreffend "Autofreier Sonntag - Autofreies Köln"

AN/0212/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0269/2014

3.1.11 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Fachtagung zur organisierten Kriminalität mit Oberstaatsanwalt a.D, Egbert Bülles"

AN/0181/2014

3.1.12 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Kölner Sozialbericht über Lebenslagen und Integration endlich erstellen"

AN/0213/2014

3.1.13 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Langfristiger Schutz des Reiterdenkmals am Heumarkt"

AN/0184/2014

3.1.14 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Realisierung einer beleuchteten Joggingstrecke"

AN/0185/2014

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kostensteigerungen bei Großprojekten"

AN/0136/2014

Antwort der Verwaltung vom 11.02.2014

0435/2014

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Rechtsform und Handlungsmöglichkeiten der stadteigenen Wohnungsunternehmen"

AN/0225/2014

Antwort der Verwaltung vom 11.02.2014

0430/2014

4.3 Anfrage von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend "Gesamtkosten des Projekts Archäologische Zone/Jüdisches Museum, bisher abgeflossene Mittel, erwartete Kostensteigerung und Folgekosten"

AN/0229/2014

4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kölner Pilotprojekt zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Südosteuropa"

AN/0230/2014

Antwort der Verwaltung vom 11.02.2014

0492/2014

4.5 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Effektive Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption"

AN/0236/2014

4.6 Anfrage der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Unterschriftensammlung gegen den Ratsbeschluss aus dem Jahre 2011 zur Archäologische Zone / Jüdisches Museum"

AN/0259/2014

4.7 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Mehr Bürgerbeteiligung in wichtigen kommunalpolitischen Themen?"

AN/0265/2014

4.8 Anfrage von Ratsmitglied Zimmermann betreffend "Archiveinsturz und rechtliche Folgen"

AN/0032/2014

Antwort der Verwaltung vom 11.02.2014

0274/2014

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Beschluss des Integrationsrates zu den Anschlägen des NSU in Köln - Überlegungen zur Gestaltung eines Denkmals

0261/2014

5.4.2 Beschluss des Integrationsrates - Einrichtung von bilingualen Gruppen zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit in städtischen Kindertagesstätten

0254/2014

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln

4077/2013

(zurückgestellt)

6.1.2 1. Satzung zur Änderung der Satzung des Kommunalunternehmens Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts über die Entwässerung der Grundstücke, die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage - Abwasserbeseitigungskonzept

4283/2013

6.1.3 Neufassung der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln

3902/2013

(zurückgestellt)

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln

4132/2013

(zurückgestellt)

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Ausländerrechtliche Beratungskommission- Änderung der Geschäftsordnung

4141/2013

6.4.2 Beschluss der Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Köln

0075/2014

7 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Absatz 1 und § 84 Absatz 1 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die vom Kämmerer genehmigten Mehraufwendungen

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Errichtung von Wohnhäusern auf städtischen Grundstücken zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien

2649/2013

10.2 Baubeschluss für die Erneuerung des Verkehrsrechnersystems sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes; hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-0-1056, Verkehrsrechnersystem, Erneuerung, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen

3616/2013

10.3 Generalsanierung und Erweiterung der Hauptfeuerwehrzentrale Köln Weidenpesch

3892/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

AN/0248/2014

10.4 Baubeschluss für den Ausbau der Verlängerung der Industriestraße in Köln-Fühlingen von Merianstraße bis Mennweg sowie Freigabe von investiven Haushaltsermächtigungen des Finanzplanes; hier Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-6-5036, Industriestraße (Merianstraße - Mennweg), Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen

3976/2013

10.5 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens hier: Beschaffung von 500 Parkscheinautomaten
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung)

4068/2013

10.6 Integriertes Klimaschutzkonzept Köln 2013

2567/2013

(zurückgestellt)

10.7 Bestellung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der KölnVorsorge - Sterbeversicherung VVaG

4011/2013

10.8 Bestellung eines stellvertretenden Pflichtmitgliedes des Jugendhilfeausschusses

0099/2014

10.9 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2014 bei der Finanzstelle 6903-1202-5-7110, Neusser Str. /Gürtel-Einbau v. Aufzügen

4103/2013

10.10 Zusetzung von 4,5 auf drei Jahre befristete Stellen für das durch das Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen geförderte Projekt "Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kin-

dern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung"

4105/2013

10.11 Zuwendung an den Verein Sportstadt Köln e.V. zu den Personalkosten "Referent/-in Sportstadt Köln"

2838/2013

10.12 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR
hier: Gewässerentwicklungskonzept Köln

2810/2013

10.13 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung - Wirtschaftsplan 2014

0093/2014

10.14 Stationäre Geschwindigkeitsüberwachunganlage BAB 1 - Rheinbrücke Leverkusen

4129/2013

10.15 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2012

0121/2014

10.16 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Auflösung der Kapitalrücklage

0130/2014

10.17 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Wirtschaftsplan 2014

0223/2014

10.18 Betriebsführung Gebäudewirtschaft

0395/2014

(zurückgestellt)

10.19 Klimapartnerschaft zwischen Köln und Rio und zwischen Köln und Corinto, hier: Projektzusagen

0040/2014

10.20 Kölner Pilotprojekt zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Südosteuropa

0035/2014

10.21 Genehmigung der Mittelverwendung für die Sonderausstellung Sigmar Polke. Retrospektive des Museums Ludwig

0266/2014

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Ergänzung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 63460/04
Arbeitstitel: Oskar-Jäger-Straße in Köln-Ehrenfeld

4207/2013

12.2 Aufhebung des Bebauungsplanes 5857/02
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Pferderennbahn in Köln-Roggendorf/Thenhoven

4249/2013

12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 66479/03
Arbeitstitel: Eisenachstraße in Köln-Nippes

4261/2013

12.4 Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 71446/03
Arbeitstitel: Heßhofstraße in Köln-Vingst

0022/2014

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

15.1 Stadtentwicklungskonzept Wohnen

3443/2013

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0241/2014

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0234/2014

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Pohlhofstraße von Haus Nr. 21 (Grenze zum vorhandenen Teil) bis Gartenstraße in Köln-Esch/Auweiler

3110/2013

(zurückgestellt)

17 Wahlen

17.1 Ausländerrechtliche Beratungskommission; Bestimmung eines neuen ordentlichen Mitglieds

4147/2013

17.2 Antrag der CDU-Fraktion hier. Nachwahl zum Wahlausschuss für die Kommunal- und Integrationsratswahl 2014

AN/0227/2014

17.3 Antrag der SPD-Fraktion hier. Nachbesetzung von Gremien

AN/0237/2014

17.4 Antrag der CDU-Fraktion hier: Wiederwahl eines Mitgliedes für die Veranstaltergemeinschaft Radio Köln e. V.

AN/0266/2014

(zurückgezogen)

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzender
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder
Albach, Rolf Dr.; Bacher, Götz; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Benthem van, Henk; Böllinger, Werner; Börschel, Martin; Bosbach, Wolfgang; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Detjen, Jörg; Elster, Ralph Dr.; Ensmann, Bernhard; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Gärtner, Ursula; Gey, Herbert; Gordes, Birgit; Görzel, Volker; Götz, Stefan; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Heinen, Ralf Dr.; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Henseler, Andreas; Herbers-Rauhut, Cornelia Dr.; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Jung, Helmut; Kaiser, Jutta; Kara, Efkan; Karaman, Malik; Kaske, Axel; Kirchmeyer, Christtraut; Klipper, Karl-Jürgen; Koch, Jürgen; Köhler, Andreas; Koke, Klaus; Kretschmer, Karsten; Laufenberg, Sylvia; Ludwig, Claus; Marx, Werner; Möller, Monika; Moritz, Barbara; Mucuk, Gonca; Müller, Sabine Dr.; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Paetzold, Michael; Paffen, Dagmar; Peil, Stefan; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Reinhardt, Kirsten; Richter, Manfred; Santos Herrmann, Susana dos; Schiele, Karel; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schöppe, Bernd; Schultes, Monika; Schulz, Walter Dr.; Stahlhofen, Gisela; Steiner, Carola; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Thelen, Horst; Tull, Bettina; Uckermann, Jörg; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; Waddey, Manfred; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Wiener, Markus; Wolter, Andreas; Wolter, Judith; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeister
Homann, Mike; Wirges, Josef

Verwaltung

Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Höing, Franz-Josef Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne Beigeordnete; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.

Schriftführerin
Frau Kramp

Gäste
Herr Berthold Schmitt, KölnBäderGmbH;

Stenografen
Herr Becker;

Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:
Stimmberechtigte Mitglieder
Granitzka, Winrich; Helling, Ossi Werner; Kienitz, Niklas; Kron, Peter; Spizig, Angela Bürgermeisterin; Thelen, Elisabeth; Wolf, Manfred Bürgermeister

Bezirksbürgermeisterin
Blömer-Frerker, Helga; Wittsack-Junge, Cornelie

Bezirksbürgermeister
Hupke, Andreas; Schößler, Bernd; Stadoll, Willi; Fuchs, Norbert; Thiele, Markus

(Beginn: 15.36 Uhr - Ende: 22.27 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 50. Sitzung des Rates der Stadt Köln in dieser Wahlperiode - also ein kleines Jubiläum - und begrüße Sie herzlich. Ich begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeister, die bereits anwesend sind, und natürlich Sie alle als Mitglieder des Rates.

Unsere Ratssitzung wird heute wieder live im Internet übertragen. Sie haben vielleicht bemerkt, dass die Technik für den Livestream umgezogen ist. Letztes Mal saß sie noch unten, unmittelbar vor dem Pult. Jetzt befindet sie sich oben im Bereich der Zuschauertribüne und uns gegenüber.

Ich möchte an dieser Stelle erneut darauf hinweisen, dass jedes Ratsmitglied selbstverständlich jederzeit das Recht hat, die Übertragung des eigenen Wortbeitrages auszuschließen. Es empfiehlt sich, der Sitzungsleitung vor Beginn der Rede den Hinweis zu geben, dass eine Übertragung im Livestream nicht gewünscht wird. Eine Begründung hierfür ist nicht erforderlich.

Besonders begrüßen möchte ich heute das neue Ratsmitglied, Frau Carola Steiner, die ich gleich verpflichten möchte. Frau Steiner folgt Herrn Tempel, der sein Mandat am 23. Januar niedergelegt hat. Frau Steiner wurde als Nachfolgerin gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt und hat die Nachfolge angetreten.

Liebe Frau Steiner, ich darf Sie nun bitten, zu mir nach vorn zu kommen, und Sie, meine Damen und Herren, darf ich bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

Frau Steiner, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Herzlichen Glückwunsch und herzlich willkommen in unserer Gemeinschaft!

(Beifall)

Nun zu unserer Sitzung. Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Herr Granitzka, Herr Kienitz, Frau Spizig, Herr Helling, Frau Thelen, Herr Kron und Herr Wolf entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich Frau Dr. Eva Bürgermeister, Frau Anna-Maria Henk-Hollstein und Frau Dr. Sabine Müller.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir wie immer unsere heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen - es sind diesmal recht viele - sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Zunächst zum Thema Aktuelle Stunde. Die Fraktion der FDP hat fristgerecht einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Informationspolitik der KVB bei Störungen“ eingereicht. Daneben hat die CDU-Fraktion fristgerecht einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Köln vor dem Verkehrsinfarkt“ eingereicht. Zusätzlich hat die Fraktion pro Köln einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Schutz der

Bevölkerung - Konsequenzen aus dem Brandanschlag auf die Kölner Großmoschee“ eingereicht.

Damit liegen drei Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde vor. Nach der Geschäftsordnung unseres Rates findet an einem Sitzungstag jedoch nur *eine* Aktuelle Stunde statt. Über Ausnahmen entscheidet der Rat mit der Mehrheit der Stimmen der Ratsmitglieder. Deshalb lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer dafür ist, heute mehr als eine Aktuelle Stunde durchzuführen, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann wird es nur *eine* Aktuelle Stunde geben.

Gibt es unter den Geschäftsführern eine Einigung darüber, welche der drei genannten durchgeführt werden soll?

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Herr Oberbürgermeister!)

- Wir sind mitten in den Vorbereitungen zur Aktuellen Stunde. - Ich sehe, es gibt keine Einigung. Dann lassen wir darüber abstimmen.

Zunächst stimmen wir über den Antrag der FDP auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Informationspolitik der KVB bei Störungen“ ab. Wer dafür ist, die Aktuelle Stunde zu diesem Thema durchzuführen, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der FDP. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen bei der Fraktion Die Linke. Dann ist so beschlossen. Wir führen die Aktuelle Stunde zu dem von der FDP vorgeschlagenen Thema „Informationspolitik der KVB bei Störungen“ durch.

Nun zur Tagesordnung. Ich bitte um Aufmerksamkeit, da es eine ganze Reihe von Veränderungen gibt. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: 4.2, 4.3, 4.4, 4.5, 4.6, 4.7, 5.4.2, 10.19, 10.20, 10.21, 17.2, 17.3 und 17.4 im öffentlichen Teil sowie 24.4, 24.5 und 24.6 im nichtöffentlichen Teil. - Es sind also eine Vielzahl von Zusetzungen.

Abgesetzt wurden folgende Tagesordnungspunkte: 6.1.1, 6.1.3, 6.2.1, 10.6, 10.18 und 16.1 im öffentlichen Teil sowie 25.1 im nichtöffentlichen Teil. Ich will darauf hinweisen, dass der Tagesordnungspunkt 22.1, der zunächst im nichtöffentlichen Teil vorgesehen war, auf den Tagesordnungspunkt 4.8 vorgezogen wurde; das habe ich eben schon erwähnt.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? -

(Martin Börschel [SPD]: Zur Tagesordnung insgesamt?)

- Ja, Wortmeldungen zur Tagesordnung insgesamt. - Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Ich möchte zum Tagesordnungspunkt 24.6 Fristeneinrede einlegen und gleichzeitig anregen, dass die Verwaltung möglicherweise im Wege einer Dringlichkeitsentscheidung die notwendige Entscheidung einholt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Gut. - Herr Götz, bitte.

Stefan Götz (CDU): Herr Oberbürgermeister! Punkt 17.4 bitten wir heute zu vertagen. Wir haben uns eben zwischen den Fraktionen verständigt, dass eigentlich die Verwaltung zur Erstellung einer Vorlage aufgefordert ist und wir dies dann in der nächsten Sitzung machen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: 17.4 in der nächsten Sitzung des Rates? - Okay. Bei 24.6 ist Fristeneinrede geltend gemacht worden, und bei 17.4 wird um Vertagung gebeten. - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Bei Punkt 24.6, den Kollege Börschel gerade ansprach, geht es um die Richtlinie für die Anschaffung neuer Stadtbahnwagen. Sie, Herr Oberbürgermeister, hatten in Ihrer Vorlage die Dringlichkeit begründet. Von daher müssten wir hier heute schon darüber abstimmen lassen, ob das dringlich ist oder nicht; denn wenn es später per Dringlichkeitsentscheidung entschieden wird, wäre es ja der Debatte hier entzogen. Natürlich wird das nachher ein Ratsmitglied unterschreiben, aber einer Debatte hier im Rat wäre es entzogen. Von daher fände ich es richtig, wenn wir über die Dringlichkeit hier abstimmen und die Dringlichkeit, die Sie ja gesehen haben, entsprechend bestätigen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Detjen, bitte.

(Markus Wiener [pro Köln]: Herr Oberbürgermeister, ich melde mich seit einer gefühlten halben Stunde!)

- Erst Herr Detjen, danach Sie, Herr Wiener.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Es würde sich anbieten, die Anfrage 4.2, GAG, mit dem Punkt 3.1.1 zusammenzulegen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Gibt es weitere Anmerkungen zur Tagesordnung?

(Markus Wiener [pro Köln]: Herr Oberbürgermeister!)

- Dann Herr Wiener, bitte.

Markus Wiener (pro Köln): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Ich kaufe mir eine Hupe fürs nächste Mal. - Die Fraktion pro Köln beantragt, dass die Tagesordnungspunkte 3.1.2, 3.1.4 und 3.1.8 - alle diese Anträge beschäftigen sich mit der Asylproblematik in Köln - gemeinsam behandelt werden. So ließe sich zeitlich eine Straffung des Programms erreichen, und dazu wollen wir gerne einen Beitrag leisten.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt wissen Sie, warum ich Sie nicht gleich aufgerufen habe; denn das werden wir bei der Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung bestimmen. Ich nehme Ihren Vorschlag aber gerne auf.

Nun zur Abstimmung über die Vorschläge, die gerade gemacht worden sind.

Von der Fraktion Die Linke ist vorgeschlagen worden, die Punkte 4.2 und 3.1.1 zusammenzulegen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der SPD und die Fraktion pro Köln. Damit werden diese beiden Punkte gemeinsam behandelt.

Nun zum Tagesordnungspunkt 24.6, für den Fristeneinrede geltend gemacht wurde. Wer dafür ist, dass die Dringlichkeit besteht und dieser Tagesordnungspunkt heute als dringlicher Punkt behandelt wird, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der FDP und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so abgelehnt.

Nun zu 17.4. Dieser Tagesordnungspunkt ist zurückgezogen und nicht mehr auf der heutigen Tagesordnung.

Wir kommen jetzt zur Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung, also zu dem, was Herr Wiener gerade angesprochen hat. Ich schlage vor, die Vorlage zu 15.1, Stadtentwicklungskonzept Wohnen, als neuen Tagesordnungspunkt 10.0 vorzusehen.

Des Weiteren schlage ich vor, die Anträge zu 3.1.2, 3.1.4, 3.1.8 sowie die Vorlage zu TOP 10.1 gemeinsam zu behandeln. - Auch dazu sehe ich Zustimmung.

Zudem schlage ich vor, die Anfrage 4.4 unter TOP 10.20 zu behandeln.

Gibt es jetzt noch weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Herr Uckermann, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Wir haben einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Ich habe bisher noch nicht vernommen, dass Sie ihn behandelt haben.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Dann kommen wir zum Dringlichkeitsantrag, der mir hier auf den Tisch gelegt worden ist.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Liegt uns nicht vor!)

Er lautet wie folgt:

> Der Rat der Stadt Köln beschließt, die sogenannte Schneesteuer für das Haushaltsjahr 2015 auszusetzen.

(Lachen - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Es liegt doch gar kein Schnee!)

Nach der Geschäftsordnung ist es notwendig, dass ein Antrag, der kurzfristig gestellt worden ist, allen Fraktionen vorher zur Verfügung gestellt wird. Ist das Ihrerseits geschehen? -

(Martin Börschel [SPD]: Nein! Wir haben ihn nicht!)

- Nein. Dann kann er hier nicht angenommen werden. Sie halten sich nicht an die Geschäftsordnung.

Wir kommen nun zur endgültigen Abstimmung über die heutige Tagesordnung. Wer ist gegen diese Tagesordnung? - Niemand ist dagegen. Enthaltungen? - Es enthält sich auch niemand. Damit ist die Tagesordnung für die heutige Ratssitzung so beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Sitzung wieder als sogenannter

„Livestream“ auf der Webseite der Stadt Köln verlinkt ist und so im Internet verfolgt werden könne.

Jedes Ratsmitglied habe das Recht, die Übertragung des eigenen Wortbeitrags der Sitzungsleitung gegenüber jederzeit auszuschließen. Es empfehle sich allerdings, der Sitzungsleitung vor Beginn des Redebeitrages hierzu einen deutlichen Hinweis zu geben.

I. Der Oberbürgermeister begrüßt Frau Carola Steiner als Nachfolgerin von Herrn Lutz Tempel, der sein Ratsmandat am 23.01.2014 niedergelegt hat. Er verpflichtet sie gemäß § 5 der Hauptsatzung.

II. Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Frau Dr. Eva Bürgermeister, Frau Anna-Maria Henk-Hollstein und Frau Dr. Sabine Müller vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

III. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass zur Sitzung drei Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde vorliegen. Im Einzelnen handelt es sich um:

1.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Informationspolitik der KVB bei Störungen"

AN/0264/2014

1.2 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend " Köln vor dem Verkehrsinfarkt"

AN/0238/2014

1.3 Antrag der Fraktion pro Köln auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Schutz der Bevölkerung - Konsequenzen aus dem Brandanschlag auf die Kölner Großmoschee"

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Geschäftsordnung grundsätzlich nur die Behandlung einer aktuellen Stunde vorsähe, der Rat allerdings über Ausnahmen entscheiden könne.

Der Rat lehnt es mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln ab, in der heutigen Sitzung mehr als eine Aktuelle Stunde durchzuführen.

Der Oberbürgermeister stellt anschließend fest, dass eine Einigung, welches Thema behandelt werden solle, ebenfalls nicht erzielt werden konnte.

Anschließend beschließt der Rat mehrheitlich - mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. – den Antrag der FDP-Fraktion betreffend “Informationspolitik der KVB bei Störungen“ zum Thema der Aktuellen Stunde zu machen.

IV. Anschließend nennt der Oberbürgermeister die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Rechtsform und Handlungsmöglichkeiten der stadteigenen Wohnungsunternehmen"

AN/0225/2014

4.3 Anfrage von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend "Gesamtkosten des Projekts Archäologische Zone/Jüdisches Museum, bisher abgeflossene Mittel, erwartete Kostensteigerung und Folgekosten"

AN/0229/2014

4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kölner Pilotprojekt zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Südosteuropa"

AN/0230/2014

4.5 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Effektive Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption"

AN/0236/2014

4.6 Anfrage der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Unterschriftensammlung gegen den Ratsbeschluss aus dem Jahre 2011 zur Archäologische Zone / Jüdisches Museum"

AN/0259/2014

4.7 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Mehr Bürgerbeteiligung in wichtigen kommunalpolitischen Themen?"

AN/0265/2014

4.8 Anfrage von Ratsmitglied Zimmermann betreffend "Archiveinsturz und rechtliche Folgen"

AN/0032/2014

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.2 Beschluss des Integrationsrates - Einrichtung von bilingualen Gruppen zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit in städtischen Kindertagesstätten

0254/2014

10 Allgemeine Vorlagen

10.19 Klimapartnerschaft zwischen Köln und Rio und zwischen Köln und Corinto, hier: Projektzusagen

0040/2014

10.20 Kölner Pilotprojekt zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Südosteuropa

0035/2014

10.21 Genehmigung der Mittelverwendung für die Sonderausstellung Sigmar Polke. Retrospektive des Museums Ludwig

0266/2014

17 Wahlen

17.2 Antrag der CDU-Fraktion hier. Nachwahl zum Wahlausschuss für die Kommunal- und Integrationsratswahl 2014

AN/0227/2014

17.3 Antrag der SPD-Fraktion hier. Nachbesetzung von Gremien

AN/0237/2014

17.4 Antrag der CDU-Fraktion hier: Wiederwahl eines Mitgliedes für die Veranstaltergemeinschaft Radio Köln e. V.

AN/0266/2014

24 Allgemeine Vorlagen

24.4 Butzweilerhof Grundbesitz GmbH & Co. KG Vergabe eines Gesellschafterdarlehens

0363/2014

24.5 RheinEnergie AG hier: Veräußerung von 49,9 % der Geschäftsanteile an der Bergische Licht-, Kraft- und Wasserwerke (BELKAW) GmbH und Gründung der Bäderbetriebsgesellschaft Ber-

gisch Gladbach mbH durch die BELKAW

0356/2014

24.6 Richtlinie zur Förderung nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW; hier: Beschaffung von Stadtbahnwagen bei der Kölner Verkehrs-Betriebe AG

0476/2014

Absetzungen

6.1 Satzungen

6.1.1 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln

4077/2013

6.1.3 Neufassung der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln

3902/2013

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln

4132/2013

10 Allgemeine Vorlagen

10.6 Integriertes Klimaschutzkonzept Köln 2013

2567/2013

10.18 Betriebsführung Gebäudewirtschaft

0395/2014

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Pohlhofstraße von Haus Nr. 21 (Grenze zum vorhandenen Teil) bis Gartenstraße in Köln-Esch/Auweiler

3110/2013

22 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

22.1 Anfrage von Ratsmitglied Zimmermann betreffend "Archiveinsturz und rechtliche Folgen"

25 Wahlen

25.1 Abberufung eines Prüfers des Rechnungsprüfungsamtes

0106/2014

25.2 Betriebsführung Gebäudewirtschaft Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Pohlhofstraße von Haus Nr. 21 (Grenze zum vorhandenen Teil) bis Gartenstraße in Köln-Esch/Auweiler

3110/2013

22 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

22.1 Anfrage von Ratsmitglied Zimmermann betreffend "Archiveinsturz und rechtliche Folgen"

25 Wahlen

25.1 Abberufung eines Prüfers des Rechnungsprüfungsamtes

0106/2014

V. Ratsmitglied Börschel erhebt Fristeneinrede zu Punkt

24.6 Richtlinie zur Förderung nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW; hier: Be-

schaffung von Stadtbahnwagen bei der Kölner Verkehrs-Betriebe AG

0476/2014

und erklärt, dass die Entscheidung stattdessen im Wege einer Dringlichkeitsentscheidung durchgeführt werden könne.

Der Rat lehnt im Anschluss daran, die Dringlichkeit und damit die Aufnahme in die Tagesordnung mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke. ab.

VI. Ratsmitglied Götz schlägt vor, die zu Punkt

17.4 Antrag der CDU-Fraktion hier: Wiederwahl eines Mitgliedes für die Veranstaltergemeinschaft Radio Köln e. V.

AN/0266/2014

zurückzustellen. Die Angelegenheit sei in den Fraktionen erörtert worden und man sei zu dem Ergebnis gekommen, dass hier eine Vorlage der Verwaltung erforderlich sei. Dann solle das Thema in der folgenden Sitzung des Rates erneut behandelt werden.

Der Rat stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

VII. Gemäß Vorschlag von Ratsmitglied Detjen beschließt der Rat mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion pro Köln und der Fraktion Die Linke. die Punkte

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "GAG Immobilien AG - Optimierte Ausrichtung auf die aktuellen wohnungspolitischen Herausforderungen"

AN/0210/2014

und

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Rechtsform und Handlungsmöglichkeiten der stadteigenen Wohnungsunternehmen"

AN/0225/2014

wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam zu behandeln.

VIII. Der Oberbürgermeister schlägt vor, Punkt

15.1 Stadtentwicklungskonzept Wohnen

3443/2013

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0241/2014

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0234/2014

wegen des besonderen öffentlichen Interesses vorzuziehen und unter dem neuen Punkt 10.0 zu behandeln.

Der Rat stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

IX. Der Oberbürgermeister schlägt darüber hinaus vor, die folgenden Punkte wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam zu behandeln:

3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Flüchtlingspolitik in Köln"

AN/0121/2014

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0252/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0267/2014

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Nachbarschaftskonzept für Flüchtlingsheime"

AN/0215/2014

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Das Boot ist voll: Neubelegungen für Asylbewerber nur noch nach Ratsbeteiligung"

AN/0179/2014

10.1 Errichtung von Wohnhäusern auf städtischen Grundstücken zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien

2649/2013

Der Rat stimmt diesem Vorschlag ebenfalls einvernehmlich zu.

X. Der Oberbürgermeister schlägt vor Punkt

4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kölner Pilotprojekt zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Südosteuropa"

AN/0230/2014

Antwort der Verwaltung vom 11.02.2014

0492/2014

gemeinsam mit und unter Punkt

10.20 Kölner Pilotprojekt zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Südosteuropa

0035/2014

zu behandeln.

Der Rat ist auch mit diesem Vorschlag einverstanden.

XI. Der Oberbürgermeister weist daraufhin, dass ihm Ratsmitglied Uckermann im Namen der Fraktion pro Köln soeben einen Dringlichkeitsantrag betreffend „Aussetzung der sogenannten Schneesteuer für das Haushaltjahr 2015“ übergeben habe.

Auf Nachfrage erklären die anderen Fraktionen, dass ihnen dieser Dringlichkeitsantrag von der Fraktion pro Köln nicht vorab zur Verfügung gestellt worden sei. Der Oberbürgermeister erklärt, dass damit ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung vorliege und die Angelegenheit deshalb nicht bei der Festlegung der Tagesordnung berücksichtigt werden könne.

XII. Im Übrigen legt der Rat die Tagesordnung einvernehmlich wie folgt fest:

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 1.1:

1.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend "Informationspolitik der KVB bei Störungen"
AN/0264/2014

Als ersten Redner rufe ich Herrn Ratsmitglied Houben von der FDP auf. - Bitte schön.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Vergangenen Freitag kam es zu einem Vorfall, der sicherlich geschehen kann in einem hochkomplexen technischen System, wie es die KVB ist. Zum Glück hat es keine Personenschäden gegeben. Deshalb lassen Sie mich am Anfang sagen: Dank an alle, die sich nach diesem Vorfall dafür eingesetzt haben, dass alle Beteiligten unverletzt blieben und der Verkehr nach gut zwölf Stunden wieder aufgenommen werden konnte.

Unser Kritikpunkt geht in eine ganz andere Richtung. Wir gehen davon aus, dass solche Vorfälle in den Überlegungen der KVB eine Rolle spielen müssen und es dafür eine Art von Katastrophenplan und auch Informationspläne geben muss. Wir empfinden es als hochgradig ärgerlich, dass trotz all der technischen Möglichkeiten, die die KVB hat, die Information für die unterschiedlich Betroffenen einfach nicht gut war.

Es ist schwer erträglich, sich vorzustellen, dass knapp 1 000 Menschen ungefähr eine Stunde lang in mehreren Bahnen sitzen und nicht wissen, was passiert ist. Dass da bestimmte Menschen überreagieren, zum Beispiel die Tür eintreten und auf eigene Faust durch die Tunnel laufen, muss unbedingt verhindert werden. Aber das kann man nur verhindern, indem man rechtzeitig informiert. Warum wurden die Zugführer dieser Bahnen von der Leitstelle nicht angewiesen, ihre Fahrgäste entsprechend zu informieren? Man hätte eine ganze Menge Druck herausnehmen und den Stress bei den Betroffenen vermindern können.

(Beifall bei der FDP)

Zweite Frage: Die KVB hat ein ausgebautes Informationssystem. Manchmal können wir auf den Laufbändern lesen, dass wir doch Tickets für

„Rhein in Flammen“ oder andere Veranstaltungen kaufen sollen. Warum wurden solche Laufbänder, die in jeder Haltestelle vorhanden sind, in einem Fall wie diesem nicht genutzt? Warum stand auf den Anzeigetafeln der Haltestellen nur „Betriebsstörung“? Das ist uns vollkommen unverständlich. Die technischen Möglichkeiten sind doch vorhanden.

Nächstes Problem: die Kommunikation an den Verknüpfungspunkten. Wie konnte es dazu kommen, dass am Hauptbahnhof oder auch am Hansaring die Menschen nicht entsprechend informiert wurden und deswegen weiterhin in die U-Bahnhöfe hineinströmten? Das macht doch wenig Sinn. Man erhöht doch nur die Gefahr, und man macht die Leute dadurch ein wenig verrückt. Wir als FDP wissen, dass wir einen leistungsstarken ÖPNV brauchen; keine Frage. Aber es stellt sich für uns die Frage: Gibt es in solchen Fällen keinen Kommunikationsplan?

Es gibt ja auch noch andere Möglichkeiten; wir haben schon verschiedentlich über das Thema gesprochen. Es ist bekannt, dass die KVB an einer App arbeitet, um entsprechende Informationen auf Mobilfunkgeräte zu bringen. Schade, dass es diese App bis heute nicht gibt. Ich halte es gerade auch vor dem Hintergrund des Vorfalls am Freitag für dringend nötig, dass daran schneller gearbeitet wird. Aber, meine Damen und Herren, die Stadt Köln hat ja auch noch andere Möglichkeiten: Die Stadt selbst hat eine App, es gibt eine App von KölnTourismus, und auf private Initiative hin gibt es eine App, wo man sich über Fahrzeiten, Betriebsstörungen der KVB usw. informieren kann. Diese App - wie gesagt: privat initiiert - hat inzwischen ungefähr 80 000 Follower. Warum stellt die KVB dieser Initiative ihre Daten nicht zur Verfügung, wie das in anderen Großstädten wie zum Beispiel Berlin möglich ist?

Meine Damen und Herren, es geht uns nicht darum, zu kritisieren, dass in einem komplexen technischen System Störungen entstehen. Nur, die Nutzer sollten schnellstmöglich informiert werden, damit nichts passiert. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Houben. Sie haben eine ganze Reihe von Fragen aufgeworfen, die ich gerne direkt an Herrn Fenske weitergeben möchte. - Herr Fenske, auch im Hinblick auf die Übertragung im Livestream möchte ich Sie bitten, zum Rednerpult zu kommen. Bitte schön.

Jürgen Fenske (KVB): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich begrüße ausdrücklich, dass Sie *diese* Aktuelle Stunde gewählt haben, weil uns das die Möglichkeit gibt - ich will den Versuch starten -, Ihnen ein bisschen anschaulicher zu machen, wie so ein Tag bei den Kölner Verkehrs-Betrieben abläuft und wie er mutmaßlich auch in anderen Verkehrsunternehmen abgelaufen wäre.

(Martin Börschel [SPD]: Sie können ja Herrn Houben mal mitnehmen!)

Ich will auch nichts verharmlosen. Ich will auch nichts verniedlichen. Ich versuche nur, Ihnen ein Gefühl dafür zu vermitteln, wie solche Tage ablaufen.

Bevor ich es vergesse, möchte ich schon jetzt all diejenigen, die das interessiert, einladen, einmal unsere Leitstelle zu besuchen. Ich kann nicht einen Schadenstag programmieren; das möchte ich auch nicht. Aber kommen Sie mal in unsere Leitstelle, wenn der 1. FC Köln spielt, um dann dort die Betriebsabläufe und die Koordination konkret zu erleben.

In der Tat, dieses Großschadensereignis hatte nichts mit der Technik zu tun, sondern das war ein klassischer Fall von sogenannter höherer Gewalt. Es hatte sich, wie wir wissen, ein Birkenast in einen Stromabnehmer verhakelt, und zwar in dem Moment, als das Fahrzeug in den U-Bahn-Tunnel hineingefahren ist, sodass der Stromabnehmer nicht mehr herunterfedern konnte, sondern die Oberleitung zwischen Friesenplatz und Appellhofplatz abgerissen hat. Übrigens auch nicht klar war in dieser Minute, wie viele Meter Oberleitung abgerissen waren. Das konnte auch gar nicht klar sein; denn dazu musste man ja erst dort hineingehen und feststellen, um wie viele Meter es sich handelt. Es waren satte 300 Meter Oberleitung. Die zu flicken, ist schon eine große Herausforderung. Es war eines der größten Schadensereignisse bei der KVB in den letzten Jahrzehnten. Es hat wirklich alle Kräfte beansprucht.

Wie gesagt: 300 Meter Oberleitung sind abgerissen worden. Ich würde mit Ihnen jetzt gern durchgehen, was gut und was schlecht gelaufen ist.

Was ist gut gelaufen? Immerhin sind rund 1 500 Fahrgäste innerhalb einer Stunde aus den in den U-Bahn-Tunneln stillstehenden Fahrzeugen evakuiert worden, und zwar sicher evakuiert worden. Das war ja auch eine Frage von Stromversorgung und Elektrizität; das alles musste gewährleistet werden. Innerhalb von einer Stunde sind 1 500 Fahrgäste sicher evakuiert worden - auch das keine Selbstverständlichkeit. Darauf haben wir übrigens in der ersten Stunde beim Einsatz von Personal die größte Aufmerksamkeit gelegt; das heißt, da haben wir unser Personal hingesteuert. Es ist auch kein so selbstverständlicher Vorgang, die Bahn über den Notbahnsteig zu verlassen und dann zum Ausgang zu gehen. Dafür haben wir unser Personal zunächst einmal eingesetzt. Innerhalb einer Stunde ist es gelungen, die Züge zu evakuieren. Nach unseren Erkenntnissen und Informationen - wir hatten heute unsere sogenannte Dienstagsrunde; da haben die Betriebler und Techniker zusammengesessen - war es übrigens so, dass alle Durchsagen in den Zügen zur Situation und zu dem, was zu tun ist, ordentlich gelaufen sind. Diesen Punkt würden wir in einer internen Bilanz und Nachbetrachtung als positiv abhaken: innerhalb einer Stunde Evakuierung von 1 500 Fahrgästen.

Zu den 300 Metern abgerissene Oberleitung. - Ich habe übrigens das Corpus Delicti in meinem Aktenkoffer für all diejenigen, die mal einen Blick darauf werfen möchten, wie eine Oberleitung wirklich aussieht. Das ist ja nicht einfach nur ein schmaler Draht; das ist ja ein richtig stabiles Stück. - Es ist auch keine Kleinigkeit, 300 Meter Oberleitung wieder so instand zusetzen, dass die Züge wieder fahren können. Auch das braucht Zeit. - Ich sehe gerade, Herr Börschel hat jetzt ein Stück dieser Oberleitung.

(Martin Börschel [SPD]: Ich gebe es mal rum!)

Meine Damen und Herren, wir sind davon ausgegangen, dass wir für die Beseitigung dieser Störung zwölf Stunden brauchen werden, bis Mitternacht. Tatsächlich waren es dann zehn Stunden; denn zwei Stunden früher konnten die Linien 16 und 18 bereits wieder fahren. Wir hatten befürchtet, dass wir dafür zwölf Stunden brauchen und noch nachlaufende Arbeiten am Samstag erledigen müssen, wofür wir auch noch einige Linien hätten trennen müssen. Wir haben es aber dann in zehn Stunden geschafft. Das war schon, auch in unserer Nachbetrachtung, eine starke Leistung der Techniker. Insofern, geschätzter Herr Houben, möchte ich mich ausdrücklich dafür bedanken, dass Sie eingangs auch den Mitarbeitern, die dafür zuständig und verantwortlich gewesen sind, Ihren Dank ausgesprochen haben.

Als die Fahrgäste dann evakuiert gewesen sind, haben wir unser Personal, und zwar gut 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zu den betroffenen Haltestellen geschickt. Am Dom beispielsweise haben acht Mitarbeiter für Fahrplanauskünfte zur Verfügung gestanden. Unsere Mitarbeiter waren also vor Ort und haben Fahrplanauskünfte gegeben.

Ein vorletzter Pluspunkt, den ich mir notiert habe - man kann es für selbstverständlich halten, gerade auch in einer solchen Situation; das ist es vielleicht auch, aber ich will es dennoch erwähnen -: Kein Mitarbeiter hat mit Hinweis auf seine Arbeitszeit gesagt: Ich gehe jetzt nach Hause, weil meine acht oder neun Stunden sind rum.

(Beifall bei Teilen der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Alle Mitarbeiter, vom Techniker, Fahrer bis zum Fahrausweisprüfer, haben wirklich geschuftet, haben Hand angelegt, haben Überstunden gemacht, damit der Schaden so begrenzt wie möglich gehalten werden konnte.

Beim Thema Fahrgastinformation ist es in der Tat so - ich bin seit 1998 in der Branche -: Darüber ärgert man sich immer. Alle wissen und verstehen, dass immer etwas passieren kann, ob bei der KVB, bei der DB, bei der Hamburger Hochbahn oder wo auch immer. Man ärgert sich darüber, dass die Fahrgastinformation nicht so funktioniert, wie man sich das selber wünscht. Es ist allerdings so: Das bleibt ein Dauerthema. Unsere Bilanz beim Thema Fahrgastinformation an diesem Freitag ist durchaus gemischt. Vieles ist besser gelaufen, als es dargestellt wird und vielleicht auch empfunden worden ist. Manches, speziell auf der Linie 5, ist nicht so glücklich gelaufen. Das gilt es nachzuarbeiten.

Herr Houben, selbstverständlich hat die KVB - ich glaube, das ist in entsprechenden Verordnungen auch hinterlegt - Katastrophen-, Krisen- und Kommunikationspläne, in denen ganz klar festgelegt ist, wie man mit solchen Situationen umgeht. Das Thema KVB App haben Sie

angesprochen. Ebenso wie andere Unternehmen in der Branche sind wir unterwegs, diese zu entwickeln, und spätestens Ende des ersten Halbjahrs werden wir sie haben.

Was können wir besser machen? Eine erste Nachbetrachtung führt uns im Ergebnis zu Fragen wie: Lassen wir die Fahrgäste dann überhaupt noch herunter zu den U-Bahn-Bahnsteigen, oder müssen wir nicht oben absperren durch Flatterbänder oder entsprechendes Personal, damit die Fahrgäste nicht mehr herunterlaufen, dann dort unten stehen und warten, was passiert? Diese Frage hatten Sie ja eben auch angesprochen. Also: Wäre es nicht besser, die Fahrgäste bereits oben abzufangen? Eine andere Frage ist beispielsweise - bitte jetzt nicht erschrecken! -: Müssen wir bei einer solchen Anzahl von zu betreuenden Menschen vielleicht Megafone einsetzen, einfach um uns auch bemerkbar zu machen? Unsere Mitarbeiter waren ja von Menschentrauben umgeben. Das geht bis hin zu der Frage: Müssen wir bestimmte betriebliche Abläufe und auch die Optimierung der Einsatzleitung überprüfen?

Ich will zum Schluss kommen. Die meisten Fahrgäste haben hier in Köln gelassen und verständnisvoll reagiert. Insofern auch an sie ein großer Dank. Es gab allerdings auch eine Reihe von Fahrgästen - das soll nicht unerwähnt bleiben -, die sich kritisch geäußert haben. Wir können uns nur entschuldigen für das, was passiert ist. Wir haben uns bei der Mobilitätsgarantie - auch das haben wir veröffentlicht - sehr kulant verhalten. Wir berufen uns hier nicht auf höhere Gewalt; da bräuchten wir nämlich nichts zahlen. Wenn jemand einen Erstattungsanspruch anmeldet, zeigen wir uns kulant und lassen das Thema höhere Gewalt weg.

Lassen Sie mich noch einen letzten Satz sagen, weil er mir schon sehr am Herzen liegt. Einmal ganz losgelöst von den Kölner Verkehrs-Betrieben - ich will hier nicht jammern, aber schon darauf hinweisen -: Es ist schon so, dass die 95 bis 98 Prozent der Leistung, die bei den ÖPNV-Unternehmen täglich funktionieren und reibungslos laufen, häufig wie selbstverständlich konsumiert werden. Aber immer dann, wenn in einem lebenden System, das auch Witterung ausgesetzt ist - am Freitag war es der Sturm -, nur 2 Prozent nicht mehr laufen, wird das groß ins Fenster gestellt. Damit entsteht wirklich eine Schräglage im Hinblick auf die Qualität des deutschen ÖPNV, der wirklich beachtlich gut ist - und in Köln übrigens auch, meine Damen und Herren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Fenske. - Wir fahren jetzt in der Reihenfolge der Rednerliste fort. Frau dos Santos Herrmann, bitte.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Fenske, vielen Dank für die Erläuterungen. Ich glaube, es ist deutlich geworden, wie viel Arbeit und Mühe Sie am Freitag in die Krisenbewältigung stecken mussten und auch gesteckt haben. Ich glaube, es ist nur fair, wenn wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der KVB dafür noch einmal unseren Dank aussprechen, dass das bei all dem Ärger, den wir alle gehabt haben, am Ende glimpflich abgelaufen ist.

Ich selber war an dem Tag unterwegs und habe in dem Bahnstau im Ringtunnel gesteckt. Daher kann ich es ein Stück weit nachvollziehen und habe viel Verständnis für diejenigen, die sagen: Mensch, da habe ich echt Zeit verloren. Klar, auch mir lief die Zeit davon.

Aber es zeigt sich hier auch noch etwas anderes, und das ist, glaube ich, eine Lehre, die wir alle für die künftige Gestaltung der Verkehrspolitik mitnehmen müssen. Unser ÖPNV-Netz in Köln ist noch interdependenter, noch abhängiger voneinander als in manch anderen Städten, die ein abgetrenntes U-Bahn-System haben. Unser Stadtbahnsystem mit Tunnelröhren und oberirdischen Strecken hat eben solche kritischen Punkte. Das sind Entscheidungen, die vor Jahrzehnten gefallen sind. Wir müssen sehen, wie wir in einer wachsenden Stadt, die auch eine wachsende Infrastruktur braucht, Entlastungen und Ergänzungen schaffen können, die sinnvoll, bezahlbar und auch möglichst rasch umsetzbar sind. Eines wird deutlich: Unser Verkehrsnetz braucht Ergänzungen, und wir müssen hart daran arbeiten, dass sie kommen, damit wir, falls wieder eine Krise eintritt - wenn auch nicht in der Größenordnung wie letzten Freitag, sondern in einem hoffentlich etwas kleineren Rahmen -, mehr Alternativen für die Fahrgäste anbieten können.

Ich glaube, einen Punkt aus dem Antrag der FDP muss man schon ansprechen, nämlich den Punkt Kommunikation. Ich finde es sehr mutig, dass die KVB als Verkehrsunternehmen nicht nur

über Twitter informiert, sondern auch über Facebook diskutiert und debattiert. Umso mehr fand ich es schade, dass am Freitag dieses Instrument nicht genutzt worden ist;

(Beifall bei Teilen der FDP)

denn die Nutzerinnen und Nutzer, die ja auch häufig - das werden Sie kennen - auf dem Smartphone prüfen, was es Neues gibt, hätten gerade in einer solchen Situation dieses Medium nutzen können.

Deswegen, Herr Fenske: Ich glaube, es wäre gut, wenn Sie jetzt ebenso mutig noch einen Schritt weiter gehen und sagen: Das wollen wir in unserem Kommunikationsmanagement ergänzen. Ich glaube, das wäre gut für die KVB und das wäre dann auch gut für die Kölnerinnen und Kölner in einer solchen Situation. In diesem Sinne würde ich gerne in Anlehnung an Max Frisch sagen: Jede Krise ist eine produktive Phase. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Dann kommt Herr van Benthem.

(Zuruf von Götz Bacher [SPD])

Henk van Benthem (CDU): Götz, ich tue mal so, als ob ich das nicht gehört habe. - Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen der FDP, wie viel Sinn macht diese Aktuelle Stunde? Diese Frage muss man sich stellen. Einen Sinn habe ich jetzt gesehen - das haben wir von der CDU-Fraktion aber schon im Vorfeld gemacht -: Wir haben heute von der KVB erfahren, was sie alles unternommen hat. Wir hätten uns die Aktuelle Stunde sparen können, wenn wir uns auf dem kurzen Dienstweg mal mit der Zentrale unterhalten hätten.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Mit der heutigen Aktuellen Stunde wollen Sie, meine Damen und Herren, über das fehlende Informationsmanagement der KVB bei diesem einen ganz bestimmten Störfall debattieren. Wie hat es Herr Fenske gerade so schön gesagt? 98 Prozent werden als „normal“ konsumiert und für absolut selbstverständlich gehalten - und das bei einem so hochtechnischen Vorgang, wie ihn die KVB täglich zu bewältigen hat.

Sie haben festgestellt, dass wir diese Aktuelle Stunde abgelehnt haben, und zwar nicht nur, weil wir das von uns vorgeschlagene Thema durchsetzen wollten - das natürlich auch -, sondern weil wir mit diesem Antrag zur Aktuellen Stunde auch inhaltlich gar nichts anfangen können. Wir sehen überhaupt keinen Mehrwert, inhaltlich auf die Informationspolitik bei einem durch höhere Gewalt entstandenen Störfall zu reagieren. Wollen Sie mit dieser Aktuellen Stunde vielleicht erreichen, dass höhere Gewalt durch welche Einwirkung auch immer künftig ausgeschlossen wird?

Wenn ich richtig informiert bin - meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, ich bin leider immer noch individuell mit meinem Auto unterwegs und nicht mit der KVB -,

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

war die Informationspolitik der KVB - -

(Martin Börschel [SPD]: KVB tut gar nicht weh)

- Bitte? - Ich habe auf meinem Auto ein K und VB für van Benthem. Ansonsten fahre ich ohne KVB.

(Heiterkeit)

Im Großen und Ganzen war, wie ich gehört habe, die Informationspolitik der KVB in Ordnung. Jetzt um die Qualitätsverbesserung in Bezug auf die Information bei einem einzelnen Störfall einen solchen Bohai zu machen, halte ich für extrem überzogen.

Wir haben von Herrn Fenske gehört, es war die größte Panne - ich gehe jetzt mal von meinem Manuskript weg -, die die KVB jemals gehabt hat. Wenn man überlegt, dass die KVB bei der größten Panne, die sie jemals gehabt hat, ohne Probleme und ganz zügig die Züge evakuiert hat, dass sie ganz schnell über die Medien informiert hat, wenn auch nicht immer über die richtigen, und dass all diese Punkte bereits jetzt von der KVB bearbeitet werden, dann kann man wie ich eigentlich nur zu dem Schluss kommen, dass diese Aktuelle Stunde nicht unbedingt nötig ist. Sie bringt uns nicht weiter

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann aufhören!)

und kostet nur Zeit. Deswegen bin ich jetzt schon fertig, Frau Moritz.

(Beifall bei der CDU - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Super!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Waddey von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Manfred Waddey (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich gehöre zu den Betroffenen des Vorfalls am vergangenen Freitag.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Martin Börschel [SPD]: Aber Sie sind ja aus dem Tunnel raus, Sie sind ja hier!)

Ich wollte um 12.50 Uhr mit der Linie 5 zum Rathaus fahren. Sie kam dann als „E“ mit dem Zielschild „Oskar-Jäger-Straße“. Ich habe mir zuerst nichts dabei gedacht; denn eine Information auf den Laufbändern gab es nicht. Ich habe dann die QR-Haltestelleninformationen auf meinem Handy geprüft. Da stand: Störung der Linie 5 an der Haltestelle Appellhofplatz. Ja, denke ich, macht ja nichts, dann fahre ich eben bis Venloer Straße und von dort mit der Linie 3 oder 4 in die Stadt. - Als ich dann an der Venloer Straße in die U-Bahn umsteigen wollte, sah ich dort Züge der Linien 3 und 4 stehen, die nicht weiter fuhren. Auf dem Laufband dort stand: Störung der Linien 3 und 4 an der Haltestelle Appellhofplatz. Kein Wort, dass auch die Linie 5 gestört ist. Ich bin dann zum Bahnhof hoch, um die S-Bahn zu nehmen. Wie das Pech so spielt, fiel dann auch noch ein Zug bei der DB aus. Okay, ich kam letztendlich mit einstündiger Verspätung hier im Rathaus an.

Nach Ende der Veranstaltung hier im Rathaus war ich noch kurz im Kaufhof und wollte dann sehen, ob der Verkehr mittlerweile wieder läuft. Ich bin also zur Haltestelle Heumarkt gegangen. Oben stand an der Anzeige, dass die Linie 1, die Linie 9 und die Linie 7 fahren. Kein Wort zur Linie 5. Erst als ich ganz unten in die Haltestelle der Linie 5 kam, stand da: Betriebsstörung der Linie 5. Keine weiteren Informationen.

(Unruhe bei der SPD und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wenn Sie einmal dem Erlebnisbericht in Ruhe zuhören würden!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der CDU)

Manfred Waddey [Bündnis 90/Die Grünen]: Dass auch die Linien 16 und 18 gestört waren, erfuhr man nirgendwo. Mittlerweile war auch der Web-Server der KVB zusammengebrochen; ich konnte die Seiten jedenfalls nicht mehr erreichen.

Ich glaube auch - das ist ja eben schon gesagt worden -, dass die KVB die technischen Probleme sehr gut gelöst hat. Es gelang in relativ annehmbarer Zeit - zehn Stunden sind zwar viel, aber bei diesem Schaden sicherlich nicht zu viel -, den Schaden zu beseitigen; aber die Informationspolitik war wirklich suboptimal.

(Beifall bei der FDP)

Es reicht doch nicht, die Informationen linienbezogen zu geben. Vielmehr muss, wenn das gesamte Innenstadtnetz ausfällt, an jeder Haltestelle die Information gegeben werden, dass das gesamte Innenstadtnetz gestört ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Dann kann man sich darauf einstellen. Man kann über die Ringe oder über den Gürtel fahren, man kann die DB benutzen, man kann zu Fuß gehen. All dies ist möglich. Man kennt sich schließlich ein bisschen aus in Köln. Aber wenn man lediglich erfährt, dass die Linie 5 gestört ist, geht man selbstverständlich davon aus, dass die anderen Linien nicht gestört sind. Ich denke schon, dass die KVB aus diesem Vorfall lernen und ihre Informationspolitik im Falle einer solchen Störung umfassender gestalten muss. Wir haben die MOFIS-Anlagen. Man kann überall die Schriftbänder laufen lassen. Ich bitte doch sehr darum, dass in Zukunft zu tun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Herr Uckermann, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich denke, eines kann man jetzt schon feststellen: Das war das falsche Thema für eine Aktuelle Stunde.

(Beifall bei pro Köln)

Ich gebe Ihnen, Herr Oberbürgermeister, insofern recht: All das, was wir bisher gehört haben, hatte wenig mit Politik zu tun, sondern meist handelte es sich um Erlebnisberichte. Auch wenn das unangenehme Erlebnisse waren: Das gehört nicht in die Ratssitzung einer Stadt.

Vielleicht ist auch nicht bekannt, dass wir einen Verkehrsausschuss haben. Vielleicht ist auch nicht bekannt, dass die Kölner Verkehrs-Betriebe als Aktiengesellschaft einen Aufsichtsrat haben, der mit Ratsmitgliedern besetzt ist, darunter einem Ratsmitglied, das 13 500 Euro im Jahr für diese Tätigkeit bekommt. Ich frage mich: Ist denn da etwas geschehen? Hat man denn dort im Aufsichtsrat auf die Situation reagiert? Das ist ja die Leitung des Unternehmens.

Wir als Stadtrat, sozusagen als Eigentümer, müssen doch erst einmal die Informationen erhalten, um adäquat darauf reagieren zu können. Und dies, Herr Oberbürgermeister, ist in dieser Aktuellen Stunde nicht geschehen. Ich hätte mir gewünscht, wenn Sie die Hauptsatzung der Stadt Köln hier zurate gezogen hätten. In der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen heißt es nämlich unter § 5, Aktuelle Stunde:

> Die aktuelle Stunde dient dem vorläufigen Austausch von Meinungen und der gegenseitigen Unterrichtung zwischen den Mitgliedern des Rates und der Verwaltung zu einem aktuellen kommunalpolitischen Ereignis oder Problem.

Das kann ich hier einfach nicht feststellen. Das einzig Sachdienliche war, dass der Vorstandsvorsitzende uns heute einen Bericht gegeben hat, der aber schon vorher als Pressemitteilung versandt worden war. Vor diesem Hintergrund würde ich Sie bitten, dieses Spektakel hier jetzt zu beenden, damit wir wieder in die Sacharbeit eintreten können. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Weisenstein von der Fraktion Die Linke.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wurde jetzt schon viel gesagt. Deswegen will ich mich relativ kurz fassen.

Selbstverständlich ist das kein Thema für eine Aktuelle Stunde. Deswegen ist es natürlich total albern, sich hier hinzustellen und zu erzählen, was man am letzten Freitag gemacht oder nicht gemacht haben, ob man im Kaufhof war oder nicht.

(Beifall bei pro Köln)

Leider gab es für die heutige Tagesordnung nur banale Vorschläge für die Aktuelle Stunde. Deswegen musste man halt diese machen.

(Beifall bei der Linken.)

Auch bei einer Aktuellen Stunde zum Thema Verkehrspolitik in Köln und zu den Staus hätte man die Frage stellen müssen: Wo ist denn da ein aktueller Bezug? Das sind doch Themen, die muss man sachorientiert und im Detail im Verkehrsausschuss diskutieren, statt hier mal auf die Schnelle eine Aktuelle Stunde dazu abzuhalten.

(Beifall bei der Linken.)

Nichtsdestotrotz möchte ich Herrn Fenske danken, dem es meiner Meinung nach gelungen ist, hier sachlich darzulegen, was am Freitag los war. Es ist doch selbstverständlich, dass bei einer so großen Panne nicht alles funktioniert. Deshalb wäre es auch Quatsch gewesen, jemanden dafür abzukommandieren, die Leute per Twitter auf dem Laufenden zu halten, während die KVB daniederliegt. Da muss man doch Prioritäten setzen. Wenn es irgendetwas zu verbessern gibt, muss das meiner Meinung nach in Fachgesprächen in der KVB geklärt werden, meinetwegen auch unter Hinzuziehung der verkehrspolitischen Sprecher. Da muss das aufgearbeitet werden, da müssen neue Ideen entwickelt werden, das ist doch klar, nicht aber in einer Schauveranstaltung wie dieser hier.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch auf das eingehen, was Herr Uckermann hier erzählt

hat - damit hat er den Bock abgeschossen -, nämlich dass es Ratsmitglieder gibt, die 13 500 Euro Aufwandsentschädigung für ihren Sitz im Aufsichtsrat der KVB bekommen. Das ist völliger Unsinn.

(Zuruf von Jörg Uckermann [pro Köln])

Wenn Sie es nicht wissen, dann sage ich es Ihnen jetzt: Es sind 250 Euro pro Sitzung, es gibt vier oder fünf Sitzungen pro Jahr. Also: Reden Sie hier nicht einen solchen Unsinn, Herr Uckermann!

(Beifall bei der Linken.)

Ich möchte noch auf eine Sache hinweisen. Gerade die FDP, die sich ansonsten immer nur um die Interessen der Autofahrer kümmert,

(Reinhard Houben [FDP]: Das stimmt doch gar nicht!)

beantragt, kaum dass es bei der KVB mal ein kleines Problem gibt, eine Aktuelle Stunde dazu und will damit draufhauen auf die KVB. Also, das ist doch wirklich Unsinn. Meine Damen und Herren, wenn wir hier schon über die KVB sprechen, dann müssen wir doch über ganz andere Dinge bei der KVB sprechen. Die KVB ist ein tolles Unternehmen. Die KVB hat in den letzten 20 Jahren einen Zuwachs an Fahrgästen von 25 Prozent zu verzeichnen. Diesen Zuwachs muss sie mit 1 000 Beschäftigten weniger bewältigen. Darüber müssten wir einmal diskutieren. Ich kann mir gut vorstellen, dass ein Großschadensereignis wie letzten Freitag besser hätte bewerkstelligt werden können, wenn die KVB mit mehr Personal ausgestattet wäre. - Vielen Dank

(Beifall bei der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit sind wir am Ende der Rednerliste zur Aktuellen Stunde angekommen, und ich schlage vor, die Angelegenheit in die Ausschüsse zu verweisen. Ist jemand dagegen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen. Wir haben Tagesordnungspunkt 1.1 damit erledigt.

Beschluss:

Nach der Erörterung der Angelegenheit beschließt der Rat gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe c) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen, die Sache zur weiteren Beratung in den Verkehrsausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 2.1:

2.1 Schenkung von 8 Perfusoren für die Rettungsdienstschule durch den Verein zur Förderung des Brandschutzes in der Stadt Köln e. V.
4208/2013

Bestehen gegen die Annahme dieser Schenkung Bedenken? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so angenommen, und ich bedanke mich ganz herzlich bei den Spendern.

Beschluss:

Der Rat bedankt sich bei dem Verein zur Förderung des Brandschutzes in der Stadt Köln e.V. für die Schenkung von 8 neuen Perfusoren mit Zubehör mit einem Gesamtwert von 22.586,29 €.

Der Rat nimmt die Schenkung der 8 Perfusoren, die in der Aus- und Fortbildung des Rettungsdienstpersonals in der Rettungsdienstschule der Berufsfeuerwehr Köln eingesetzt werden, an. Die Berufsfeuerwehr trägt die Kosten für die jährlichen sicherheitstechnischen Kontrollen in Höhe von ca. 600,00 € p.a. und eventuell anfallende Instandhaltungskosten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3.1.1 sowie, wie zu Beginn vereinbart, zu Tagesordnungspunkt 4.2:

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "GAG Immobilien AG - Optimierte Ausrichtung auf die aktuellen wohnungspolitischen Herausforderungen"
AN/0210/2014

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Rechtsform und Handlungsmöglichkeiten der stadteigenen Wohnungsunternehmen"
AN/0225/2014

Antwort der Verwaltung vom 11.02.2014
0430/2014

Als ersten Redner rufe ich Herrn Börschel von der Fraktion der SPD auf.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns heute im Rat der Stadt Köln zum wiederholten Male mit der Wohnungsbaupolitik in dieser Stadt, was nicht allein aufgrund der stark wachsenden Bevölkerungszahl eine immer größere Herausforderung darstellt, sondern weil es insbesondere auch darum geht, breite Bevölkerungsschichten mit preiswertem Wohnraum zu versorgen.

Wir haben dazu allein in der letzten Ratssitzung eine Reihe von Instrumenten beschlossen. Das heißt, der Rat der Stadt Köln, die Mehrheit von SPD und Grünen, in einigen Teilen auch durch weitere Fraktionen verstärkt, legen großen Wert darauf, *alle* denkbaren Möglichkeiten in Gang zu setzen und zu nutzen, um den Wohnungsbau in Köln zu forcieren und insbesondere preiswerten Wohnraum zu schaffen. Ich erinnere daran, dass wir gerade in der letzten Sitzung das kooperative Baulandmodell beschlossen haben, auf dessen Grundlage Investoren bei größeren Bauprojekten in Zukunft 30 Prozent der Wohneinheiten im öffentlich geförderten, also preiswerten Wohnungsbau errichten müssen. Das ist ein wichtiges Element, was der Rat der Stadt Köln bereits beschlossen hat.

Jetzt geht es darum, sich auch die GAG als *den* zentralen Bestandteil unserer Wohnungsbaupolitik in dieser Stadt zu sichern. Immer wenn man im Rat der Stadt Köln auf das Thema GAG zu sprechen kommt, darf ein Blick zurück nicht fehlen, weil es nach wie vor ein riesiger Glücksfall in der Stadtgeschichte ist, dass die von der damaligen CDU-FDP-Mehrheit im Rat der Stadt Köln angegangene Privatisierung gescheitert ist. Mit knappster Mehrheit ist in zwei Abstimmungen im Rat der Stadt Köln verhindert worden,

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

dass die GAG an eine private Investmentgesellschaft verkauft wurde. Gottlob haben wir sie noch! Nur deswegen können wir überhaupt noch über einen optimalen Einsatz der GAG für die Wohnungspolitik in Köln sprechen.

Die letzten Jahre haben wir, haben die Beteiligten innerhalb der GAG alle Anstrengungen darauf verwandt, die Gesellschaft zukunftsfest zu machen. Ich will an dieser Stelle allen Beteiligten meinen Dank ausdrücken und sie dazu beglückwünschen, dass die letzten Jahre so genutzt worden sind, dass die GAG tatsächlich zu einem modernen, zukunftsfesten Unternehmen geworden ist, das auf der einen Seite solide wirtschaftet und auf der anderen Seite im Sinne der Haupteigentümerin, der Stadt Köln, das Bestmögliche macht. Meinen herzlichen Glückwunsch dazu! Denn da mussten einige Umbauten in den letzten Jahren stattfinden und vollzogen werden.

Den vorläufigen Abschluss dieses Umbauprozesses hat es vor einiger Zeit gegeben, nämlich als die GAG 1 900 Wohnungen wieder in ihren Bestand zurückgeholt hat. Warum war das nötig? Infolge der damals gescheiterten schwarz-gelben Verkaufspläne

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Grüne waren auch dabei! – Gegenruf Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! Lügner!)

hatte sich die Ratsmehrheit hier entschieden, auf eine hohe Ausschüttung der GAG zu setzen. Man wollte die Ausschüttungen der GAG maximieren. Dazu wurden 1 900 Wohnungen im sogenannten Sale-and-Lease-Back-Verfahren verkauft und dann zurückgeleast. Das war - um das ganz deutlich zu sagen - eine Fehlentscheidung, die die Sozialdemokratie immer abgelehnt hat. Jetzt hat die GAG das endgültig korrigieren können. Uns geht es eben nicht darum, ein Maximum an Gewinnen mit dieser Wohnungsbaugesellschaft zu erzielen, sondern darum, dass die Wohnungsbaugesellschaft GAG ein Maximum an Wohnungen baut.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der inhaltlich entscheidende politische Unterschied hier im Rat der Stadt Köln.

Dieses Sale-and-Lease-Back-Geschäft war übrigens auch für die Mieterinnen und Mieter nicht besonders optimal, wie der Vorstand auch öffentlich gemacht hat. Das ist ja in Quartieren passiert, wo im Umfeld etliche Sanierungen vorgenommen wurden. Nur, just diese verleasten Wohnungen der GAG konnten nicht saniert wer-

den. Das Ganze ist sicherlich ein Fehler gewesen, der jetzt korrigiert werden kann.

Wenn wir jetzt innerhalb der GAG zu einem vorläufigen Abschluss der Modernisierungsbemühungen kommen, ist für uns wichtig, die Frage zu stellen: Was müssen wir noch tun, um den Wohnungsbau insgesamt auch über das Instrument GAG zu forcieren? Da kann es aus Sicht der SPD vor allem eine entscheidende und richtige Antwort geben: Die GAG muss runter von der Börse. Es gibt überhaupt keinen Grund, warum die Wohnungsbaugesellschaft einer Kommune zwingend an der Börse notiert sein sollte. Das hat gewichtige Nachteile, unter anderem den, dass man nach bestimmten handelsrechtlichen Standards bilanzieren muss. Das kostet aber viel Geld, weil man Know-how aufbauen muss, weil man dafür ganze Stäbe innerhalb des Unternehmens braucht. Allein durch das Wegnehmen von der Börse kann die GAG etwa 2 Millionen Euro pro Jahr sparen

(Hans-Jürgen Klipper [CDU]: 1 Million!)

und diese Summe stattdessen in den Wohnungsbau investieren, weil sie dann eben nicht mehr nach dem IFRS-Standards bilanzieren muss, sondern dies nach den allgemeinen handelsgesetzlichen Standards tun kann.

Vor allem aber führt die Börsennotierung dazu, dass die GAG, ob sie will oder nicht, sich nach den kapitalmarktorientierten Rahmenbedingungen aufstellen muss. Das heißt, sie muss darauf achten, dass über eine wirtschaftliche Solidität hinaus - die wollen wir unbedingt auch - immer eine Mindestrendite erzielt wird. Mindestrendite geht aber nicht, wenn man auf der anderen Seite preiswerten Wohnraum anbieten will, erst recht nicht, wenn die Zinsen, wie wir alle ja schon oft beklagt haben, zu so geringen Renditen im öffentlich geförderten Wohnungsbau führen.

Deswegen ist für uns ganz entscheidend, dass der Rat der Stadt Köln heute mit diesem Beschluss den Weg frei macht, die GAG von der Börse zu nehmen - das ist der ganz entscheidende Inhalt unseres Antrags heute -, weil wir in den Wohnungsbau investieren wollen und nicht in die Gewinne. Dass die GAG 40 Millionen Euro Gewinn im letzten Jahr gemacht hat, ist schön und gut. Aber uns wäre lieber, die GAG würde nicht so viel Gewinn machen, sondern mehr Wohnungen bauen. Und das steht im Mittelpunkt unseres Tuns.

(Beifall bei der SPD)

Erlauben Sie mir noch einen letzten Hinweis. Weil die Linke mit den Gepflogenheiten der sozialen Marktwirtschaft nicht in allen Details vertraut ist, will ich auf die Punkte eingehen, die die Linke in ihrer Anfrage deutlich gemacht hat. Sie versucht, einen Widerspruch zu konstruieren und daraus politisch Kapital zu schlagen, indem sie fragt, ob die GAG denn nicht mehr gemeinnützig agieren könne, nur weil sie an der Börse ist. In der Tat, Herr Kollege Detjen von den Linken, das will ich Ihnen sagen: Die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen ist zum 1. Januar 1990 abgeschafft worden.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Die Große Koalition kann sie wieder einführen!)

Das heißt, gesetzlich ist diese Möglichkeit einer Gemeinnützigkeit entfallen. Da kann die GAG machen, was sie will. Wir wollen die Börsennotierung entfallen lassen, weil damit die Kapitalmarktorientierung wegfällt. Dann kann man das schaffen, was wir schon immer wollten, nämlich Wohnungen bauen. Sie sollten nicht versuchen, hier Trittbrettfahrerei zu betreiben, Herr Kollege Detjen. Es ist richtig, dass wir das so machen, und es ist falsch, dass Sie versuchen, hier Ihr politisches Süppchen zu kochen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Wir kommen dann zu Frau Moritz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Kollege Martin Börschel hat gerade schon darauf hingewiesen, dass Rat und Verwaltung sowohl in der heutigen Sitzung mit mehreren Tagesordnungspunkten als auch in der letzten Sitzung bewiesen haben, dass man mit Hochdruck daran arbeitet, Maßnahmen in Angriff zu nehmen und Lösungen zu finden, um der Wohnraumversorgungskrise zu begegnen. Allein die heutige Beschlussvorlage zum Stadtentwicklungskonzept Wohnen schafft eine hervorragende strategische Grundlage zur kontinuierlichen Marktbeobachtung und daraus abzuleitender Ziele und entsprechend treffsicherer Instrumente.

Dabei sollten wir natürlich nie vergessen, dass der Wohnungsmarkt nicht bis ins Letzte staatlich gesteuert werden kann, sondern eben auch

Marktbedingungen unterliegt, wie zum Beispiel der Zinsentwicklung.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Ach Gottchen!)

Ebenso schränken gesamtstaatliche gesetzliche Rahmenbedingungen die kommunalen Handlungsmöglichkeiten ein. Ein kleiner Verweis: Beispielsweise können wir die Milieuschutzsatzung nicht nach Belieben anwenden, sondern nur unter bestimmten Voraussetzungen.

Köln ist im Vergleich zu anderen Städten aber in der glücklichen Lage - darauf hat schon mein Vorredner hingewiesen -, eine mehrheitlich im städtischen Besitz befindliche Wohnungsgesellschaft zu haben, deren Größe mit über 4 000 Wohnungen eine strategische Bedeutung für den Kölner Wohnungsmarkt hat.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: 40 000!)

- 40 000. Entschuldigung! Die vier Nullen konnte ich simultan nicht erfassen, Herr Klipper. - Wir können stolz darauf sein, dass der Verkauf seinerzeit gescheitert ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wenn Sie, Herr Detjen, noch einmal behaupten, die CDU hätte mit der FDP und mit den Grünen die GAG verkaufen wollen, dann sind Sie für mich als Gesprächspartner in Zukunft gestorben. Damit das mal klar ist!

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Eine solche Geschichtsklitterung ist eine Unverschämtheit.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Aber mit Herrn Bietmann haben Sie sich ganz gut verstanden!)

- Ja, Sie bringen wieder alles durcheinander. Das ist das Problem bei Ihnen, nämlich dass Sie es in der Regel mit der Wahrheit nicht so genau nehmen.

(Stephan Götz [CDU]: Uiuiui!)

Die GAG ist allerdings eine börsennotierte Aktiengesellschaft. Niemand hier im Saal - ich glaube, auch CDU und FDP nicht - wird behaupten, dass das die ideale Gesellschaftsform für eine städtische Gesellschaft ist im Hinblick auf die Wohnungspolitik und ihre Steuerungsmöglichkeiten. Außerdem verlangt diese Gesellschaftsform ein Höchstmaß an Berichtspflichten und einen Bilanzierungsaufwand, der die Millionengrenze erreicht.

Meine Damen und Herren, in den 90er-Jahren gab es schon einmal den Versuch, die Rechtskonstruktion als börsennotierte Aktiengesellschaft durch Neustrukturierung der Gesellschaft zu ändern. Mit Gründung einer GRUBO-Holding hat man damals versucht - übrigens unter GroKo-Verhältnissen; dies nur für Herrn Detjen, damit er es historisch richtig auf die Reihe kriegt - die 100-prozentigen Steuerungsmöglichkeiten der Stadt Köln herzustellen. Leider ist dieser Versuch aufgrund von Klagen von Kleinaktionären gescheitert. Daher hätte ich mir gewünscht, dass die rechtliche Prüfung der Handlungsoptionen weniger publicityträchtig vorher angekündigt worden wäre. Wir glauben nicht, dass das der Sache dienlich gewesen ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Martin Börschel [SPD]: Nur kein Neid!)

Unabhängig davon muss die Stadt eine Lösung für eine neue gesetzliche Bestimmung bezüglich der Grunderwerbsteuerpflicht bei anwachsenden Gesellschaftsanteilen finden.

Meine Damen und Herren, ein Hauptproblem bei der Befriedigung der hohen Wohnungsnachfrage ist und bleibt die Flächenbereitstellung. Da bin ich, was die GAG anbetrifft, sehr optimistisch. Wir werden nämlich Folgendes erleben: Private Investoren, die jetzt nach dem von uns beschlossenen kooperativen Baulandmodell 30 Prozent öffentlich geförderten Wohnungsbau bauen müssen, aber keine Bestandshalter sind, werden in Zukunft als Partner auf die GAG zukommen und sie bitten, diese Auflage zu erfüllen. Ich bin ziemlich sicher, dass die GAG ihr Auftragsvolumen und die Menge der zu bebauenden Grundstücke durch solche Partnerschaften entscheidend vermehren kann. Deshalb bin ich optimistisch, dass all unsere Maßnahmen zusammenwirkend ihr Ziel erreichen werden. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Susana dos Santos Herrmann [SPD])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Klipper von der Fraktion der CDU.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es immer ganz schön, wenn noch einmal ein Blick in die Vergangenheit geworfen wird. Herr Börschel, Sie nennen ja immer wieder die Jahre 2003 und 2004.

(Martin Börschel [SPD]: Man muss immer die Vergangenheit kennen, um die Zukunft zu gestalten!)

Damit erhöhen Sie aber nicht mehr meinen Blutdruck;

(Martin Börschel [SPD]: Das wollte ich auch nicht tun, Karl! Ich denke an deine Gesundheit!)

für Lösungen nutzt das nämlich nichts.

(Beifall bei der CDU)

Sie erwecken immer wieder den Eindruck, dass Sie durch die Umorganisation etwas Besseres schaffen könnten als eine AG, die im öffentlichen Raum durch die Hauptversammlung kontrolliert wird. Sie wollen glauben machen, dass diese Verwaltung hier in Köln das bewältigen kann. Diesem Modell erteilen wir hier eine Absage. -

(Beifall bei der CDU)

So weit zu Ihrem Beitrag, der meiner Meinung nach nichts Neues dazu enthielt, wie man der Wohnungsnot und den fehlenden Wohnbauflächen begegnen kann.

Lassen Sie mich nun zur Einschätzung Ihres Antrags kommen. Der vorliegende Antrag ist nach meiner Auffassung für den Wohnungsmarkt in Köln völlig kontraproduktiv, weil mit der beabsichtigten Umstrukturierung des GAG-Konzerns der Gesellschaft die wirtschaftlich notwendige Flexibilität genommen wird. Die GAG ist mit knapp 8 Prozent einer der wichtigsten Akteure am Markt. Diesem wichtigen Akteur, der am Markt auch etwas gestalten kann, wollen Sie nun die Flügel stutzen. Es ist schon bedauerlich und zudem beachtlich, dass ein 100 Jahre altes Unternehmen zur Betriebsabteilung der Stadt gemacht werden soll; denn darauf zielt Ihr Antrag ja ab.

(Beifall bei der CDU – Martin Börschel [SPD]: Wo steht das denn? Da wissen Sie mehr als ich!)

Ich will Ihnen auch den Grund dafür nennen. Wenn die GAG von der Börse geht und, wie Sie in der Begründung in Ihrem Antrag schreiben, ein kommunaler Akteur wird, bedeutet dies, dass sie als kommunaler Akteur abhängig wird:

(Martin Börschel [SPD]: Quatsch mit Soße!)

sowohl von den Vorschriften der Verwaltung wie auch vonseiten der Politik. Das wissen Sie doch.

(Martin Börschel [SPD]: Sie sind Aufsichtsratsvorsitzender einer AG, die auch nicht an der Börse ist!)

- Ich bin Aufsichtsratsvorsitzender einer AG. Da läuft es gerade nicht so, wie Sie es hier vorhaben. Das geht da nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Die RheinEnergie ist doch auch nicht an der Börse!)

- Die Börse ist das eine; aber, das was Sie vorhaben, ist etwas anderes. Sie wollen die Rechtskonstruktion Aktiengesellschaft aufgeben. Das ist der Unterschied.

(Martin Börschel [SPD]: Nein, wir wollen von der Börse! Ach, Herr Klipper!)

Deswegen sage ich - -

(Martin Börschel [SPD]: Die KVB ist eine AG, die RheinEnergie ist eine AG!)

- Herr Börschel, lassen Sie mich bitte ausreden. Wir können gleich noch darüber diskutieren.

(Martin Börschel [SPD]: Aber nicht über so einen Quatsch!)

- Nein, Sie erzählen hier Quatsch. Sie sehen offenbar die Chance, sich über 100 Jahre Unternehmensgeschichte hinwegzusetzen.

Die letzten 20 Jahre haben gezeigt, dass es gerade diese Flexibilität war, die Sie jetzt nicht mehr wollen, die sowohl der GAG als auch der GRUBO unheimlich geholfen hat. Erinnern wir uns: Im Jahr 1999/2000 hatten GAG und GRUBO 2 bis 4 Prozent Wohnungsleerstand. Nur durch den Wechsel vom rein öffentlich geförderten Wohnungsbau hin zum frei finanzierten Wohnungsbau war es möglich, die Ertragssituation der GAG zu retten bzw. sie zu halten.

(Martin Börschel [SPD]: Deswegen wollten sie auch verkaufen!)

- Ach, Herr Börschel. Lassen Sie mich doch ausreden! Sie können ja dann noch in der zweiten Runde ein kleines Gefecht austragen.

(Martin Börschel [SPD]: Wenn Sie von 99 reden, dann darf ich das auch!)

- Da haben Sie recht; Sie dürfen alles.

Die letzten 20 Jahre waren gerade auch durch das Bauträgermodell so erfolgreich. Ich darf Sie daran erinnern, Herr Börschel, nur um die von Ihnen genannte Zahl von 40 Millionen Euro Gewinn ins Verhältnis zu setzen: Wie viel - das frage ich Sie - brachte denn das Programm „Mieter werden Eigentümer“ ein?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ganz gering!)

- Durch den Verkauf von Wohnungen an die Mieter wurden 16 Millionen Euro eingenommen. Das soll ein geringer Betrag sein? 16 Millionen Euro bei einem Gesamtgewinn von 40 Millionen Euro! Das Programm „Mieter werden Eigentümer“ wird von Ihnen jetzt einfach aufgegeben - höchstwahrscheinlich weil Sie es nicht selbst erfunden haben -, obwohl es für die soziale Zusammensetzung in der Stadt unheimlich gut ist. Ich dagegen sage: Gerade mit dieser wirtschaftlichen Flexibilität können wir den entscheidende Punkt setzen.

Was ich befürchte und was man auch nachweisen kann, ist, dass das mal wieder ein Antrag ist, der ebenso keine Wirkung zeigen wird wie all die anderen Anträge, die Sie zu diesem Thema schon eingebracht haben. Ich will Ihnen einmal einige aufzählen.

Vor ein paar Jahren haben Sie hier einen Antrag eingebracht, in dem Sie den Bau von mindestens 1 000 öffentlich geförderten Wohnungen pro Jahr gefordert haben. Geworden sind es in 2013, glaube ich, 207 - in der ganzen Stadt!

(Beifall bei Teilen der FDP)

Ein zweites Beispiel: Immer im November kommt der Bericht über das Kommunale Wohnungsbauförderungsprogramm; Sie müssten das mal lesen! Es sollte ein enormer Betrag bereitgestellt werden. Wenn ich es richtig sehe, ist für Ihren Antrag, der hier mit großem Bohai gefeiert wurde, dafür bis heute keine müde Mark geflossen.

(Beifall bei Teilen der CDU und der FDP)

In Ihrem Antrag haben Sie geschrieben, die Fortschreibung des Wohnungsgesamtplans wäre ein großer Schritt gewesen. Herr Börschel und Frau Moritz, das ist das, was ich seit sechs, sieben Jahren immer wieder beklage: Wir haben damit keinen einzigen Quadratmeter mehr Wohnbaufläche hier in der Stadt generieren können. Was sagt die Immobilienindustrie hier in Deutschland, hier in Köln? Sie sagt: Wenn wir genug Grundstücke hätten, könnten wir auch bauen. - Aber die Stadt hat es versäumt, welche auszuweisen. Und Sie waren dafür verantwortlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich könnte diese „Erfolgsstory“ noch verlängern und Ihnen noch zwei, drei weitere Beispiele nennen. Sie von der SPD sind ja schon seit acht Jahren in der Verantwortung; da ist einiges zusammengekommen.

Aber - das will ich auch sagen - ich stimme dem Programm, das wir heute unter Punkt 10.0 beschließen werden, zu. Es kommt einer Sternschnuppe gleich. Das ist die erste sinnvolle Vorlage, die in den letzten sieben, acht Jahren gekommen ist, die die Chance eröffnet, mehr Bauland zu generieren. Das unterstützen wir sehr gerne. Recht herzlichen Dank, Herr Höing, für diese Vorlage!

(Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist er nicht gewohnt! Da wird er ganz still!)

- Sagen Sie es mal lauter, Frau Tull!

(Martin Börschel [SPD]: Du sollst ihn häufiger mal loben!)

Im Endeffekt ist es so, dass der GAG-Konzern zu einer Abteilung der Stadt gemacht werden soll, um da möglichst hineinregieren und bestimmen zu können und letztendlich Ihre wohnungspolitischen Vorstellungen umsetzen zu können.

Ich will hier noch auf die Zahlen, die Sie in den Punkten 2 und 3 Ihres Antrags genannt haben, eingehen. Herr Börschel, Sie wissen doch genau, was es kostet, wenn Sie die GAG von der

Börse nehmen. Sagen Sie das doch den Leuten! Wenn Sie die GAG von der Börse nehmen, müssen Sie eine Abfindung geben. Das macht nach heutigem Kurs - er pendelt zwischen 48 und 50 Euro - ungefähr 25 bis 30 Millionen Euro.

(Martin Börschel [SPD]: Dafür kriegt man doch Anteile!)

- Bitte? - Um diesen Betrag wird erst mal die Liquidität gemindert. Ob Sie bei 50 Euro pro Anteil eine effektive Verzinsung dafür bekommen, das bezweifle ich.

Lassen Sie mich noch etwas zur Grunderwerbsteuer sagen. Nach den heutigen Zahlen - Herr Börschel, das ist unbestritten - würde die Übereignung der Anteile einschließlich der darauf fälligen Grunderwerbsteuer knapp 100 Millionen Euro kosten. Das ist der Satz, den wir überprüfen sollten, obwohl jeder, der davon Ahnung hat - fragen Sie Ihre Wirtschaftsprüfer! -, Ihnen dasselbe sagen wird. Das, was Sie hier machen, ist doch einfach nur weiße Salbe, um damit die eigentliche Intention Ihres Antrags, nämlich aus der GAG eine Abteilung der Stadt zu machen, zu überdecken. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU sowie bei Teilen der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Klipper. - Herr Houben von der Fraktion der FDP, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Herr Klipper, wir können Ihnen in fast allen Punkten, die Sie eben vorgetragen haben, zustimmen. Wir hätten uns nur gewünscht, dass Sie diese Stringenz auch bei anderen wohnungsbaupolitischen Anträgen - ich erinnere an den Antrag in der letzten Ratssitzung - an den Tag gelegt hätten.

(Beifall bei der FDP - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Deswegen haben wir das gemacht!)

- Ich bin mir sicher, dass das leider so nicht funktionieren wird, Herr Klipper.

Nun zum Antrag selbst. Schön ist ja, zu lesen, dass dies ein Prüfauftrag ist. Na, dann prüfen wir mal! Hier im Rat der Stadt Köln haben wir schon viele Prüfaufträge mit breiter Mehrheit beschlossen. Die Ergebnisse waren häufig überschaubar.

(Martin Börschel [SPD]: Stimmen Sie jetzt doch zu? Schön!)

Deswegen sehen wir diesen Antrag tendenziell eher mit einer Halbwertzeit von etwa Ende Mai.

(Martin Börschel [SPD]: Sie werden ihn möglicherweise gar nicht mehr sehen, Herr Houben!)

Aber es lohnt sich trotzdem, über ihn zu sprechen.

Erstens. Welche politische Mehrheit hat denn mit welchen Argumenten die GAG seinerzeit an die Börse geführt? Das war der sozialdemokratisch dominierte Rat der Stadt Köln Anfang der 90er-Jahre. Man darf das ja mal sagen.

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Man darf auch dazulernen!)

Ich glaube, die Kollegen von damals waren auch nicht dümmer als wir heute.

(Ulrich Breite [FDP]: Aber als die jetzigen Sozialdemokraten!)

- Es könnte natürlich sein, dass die jetzigen Sozialdemokraten nicht mehr so schlau sind wie ihre Vorgänger. Habe ich das elegant für Sie gedreht, Herr Börschel? Ich glaube, ja.

Zweitens. Es ist mal wieder vorgetragen worden, dass die damalige Debatte über die Privatisierung der GAG und die letztlich nicht erfolgreiche Umsetzung eine Katastrophe waren. Wir können nur eines feststellen: Durch die Diskussion über die Privatisierung ist die GAG eine andere geworden, als sie vorher war. Sie ist nämlich leistungsfähiger geworden,

(Beifall bei der FDP)

weil wir vonseiten der Politik Druck aufgebaut haben.

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Martin Börschel [SPD]: Das schlägt dem Fass den Boden aus!)

Dass man zur Privatisierung unterschiedliche Positionen einnehmen kann, ist ja bekannt. Nur, dass städtische Wohnungsbaugesellschaften durchgängig die besten, die erfolgreichsten, die mit den zufriedensten Mietern sind,

(Martin Börschel [SPD]: Die Sie verkaufen wollten!)

ist mir neu, Herr Börschel.

Drittens. Die Kosten des Squeeze-out und die Kosten, die eventuell durch Steuern entstehen können, sind von Herrn Klipper eben schon genannt worden. Deshalb will ich jetzt nicht noch einmal darauf eingehen. Ich möchte allerdings etwas anderes anmerken: Squeeze-out - auf gut Deutsch: ausquetschen - ist ein Verfahren aus dem Aktienrecht. Ich finde, es ist für einen Mieter der GAG, der ja vielleicht aus einer gewissen Neigung zur eigenen Gesellschaft Aktien hält, schon ein sehr befremdlicher Vorgang, wenn er seine Aktie bei dieser seiner Gesellschaft zwangsweise wieder abgeben muss. Ich finde, das sollten Sie auch einmal bedenken. Da steht ja - historisch gesehen - der genossenschaftliche Gedanke dahinter, etwas, das die Liberalen durchaus unterstützen. Bisher war das in Form einer Aktiengesellschaft organisiert. Wird diese Rechtsform jedoch aufgegeben, wie Sie es hier vorschlagen, muss der Mieter zwangsweise seine Aktien zurückgeben. Diese Forderung einer sozialdemokratischen Partei finde ich schon äußerst interessant.

(Beifall bei der FDP – Ulrich Breite [FDP]: Soziale Kälte ist das!)

Sie beklagen bestimmte Maßstäbe bei der Bilanzierung. Sie beklagen bestimmte Transparenzregeln durch den Zwang des Aktiengesetzes. Herr Börschel, ist das der neue Weg in Köln, dass wir Transparenz abbauen wollen, damit wir als Stadt Köln bestimmte Ziele besser erreichen können? Wie ist Ihre Strategie? Das würde mich interessieren. Also: Wir reduzieren die Transparenz, weil das so teuer ist, um dann möglichst erfolgreich zu sein als Wohnungsbaugesellschaft. Das ist

(Ulrich Breite [FDP]: Kölscher Klüngel ist das! – Martin Börschel [SPD]: Es ist doch nicht transparenter! Die angelsächsischen Bilanzierungsvorschriften sollen besser sein?)

für mich ein sehr interessanter politischer Weg. Wir haben den Eindruck: Man möchte keine Transparenz. Man möchte lieber unter sich bleiben. Man möchte einen direkteren Draht der Ratspolitik zur Politik der Wohnungsbaugesellschaften. Ob uns das wirtschaftlich und ob das den Mietern am Ende wirklich nützen wird, das wird die Zeit zeigen.

(Beifall bei der FDP)

Eine letzte Bemerkung: Die Mär, dass wir so mehr preiswerten Wohnraum bekämen, halte ich für falsch. Wir bekommen nur dann mehr preiswerten Wohnraum, wenn wir bereit sind, mehr Flächen für Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Wir als FDP-Fraktion haben in den letzten Ratssitzungen kleine und große Grundstücke, einen neuen Stadtteil, alles Mögliche vorgeschlagen, um verdammt noch mal irgendwo Grundstücke für den Wohnungsbau zu bekommen. Sie haben das alles abgelehnt. Ihre Antwort darauf ist ein Prüfauftrag mit einer Halbwertzeit bis 25. Mai, der im Zweifelsfall wieder in den Schubladen verschwinden wird, weil es aus den von Herrn Klipper genannten Gründen viel zu teuer ist. - Vielen Dank

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Houben. - Herr Uckermann, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Einen Satz fand ich in der bisherigen Debatte wirklich zutreffend, nämlich den, den mein Vorredner eben gesagt hat: die Mär von preiswertem Wohnraum. Genau das ist das zentrale Problem, was die Bevölkerung betrifft, nämlich dass man sich das Wohnen in Köln kaum noch leisten kann.

Wir hatten heute den Dringlichkeitsantrag gestellt, diese Schneesteuer ab nächstes Jahr zu reduzieren. Die Mittel wurden ja in diesem Jahr wegen des milden Winters nicht gebraucht. Auch dies wird finanziert über die Grundsteuer B und dann auf die Mieter umgelegt. Das alles sind Kosten, die das Wohnen in Köln teuer machen. Da müssen Sie sich an die eigene Nase fassen. Das Wohnen in Köln wird teuer gemacht durch Börschel, Roters, Moritz, durch Rot und Grün. Sie sieht es aus.

(Beifall bei pro Köln)

Das kriegen Sie jetzt auch zu hören. Sie haben gemerkt, dass wir in die Phase des Vorwahlkampfes kommen. Sie kriegen überall zu hören: Wie soll das weitergehen? Die Leute werden belastet. Man kennt mittlerweile den Begriff „Energiearmut“. Das bedeutet nicht etwa, dass jemand

antriebslos ist, sondern dass er die Energiekosten kaum noch aufbringen kann. Auch sie sind ein Teil der Wohnkosten.

Wir haben einen großen Konzern, der jedes Jahr viel Geld an den städtischen Haushalt abführt, damit Sie hier in der Misswirtschaft der städtischen Verwaltung klarkommen. So ist es auch dazu gekommen, dass Sie den Wohnungsbaukonzern der Stadt Köln umgebaut und an die Börse gebracht haben. Jetzt beklagen Sie Dinge, die Sie selber herbeigeführt haben. Das kommt aber ein bisschen spät, meine Damen und Herren.

Ein Problem für die Wohnungsnot in Köln ist natürlich die Verknappung. Auch die haben Sie politisch herbeigeführt. 3 400 Asylbewerber haben Sie in Wohnungen untergebracht,

(Zurufe von der SPD und der CDU: Oh!)

die da gar nicht hingehören, meine Damen und Herren. Das spricht sich rum in der Welt. Und so kommen auch immer mehr Scheinasylanten hier nach Köln: aus Ländern der Europäischen Union, aus Bulgarien, aus Rumänien, eben weil sie gehört haben: Hier in Köln - -

(Beifall bei pro Köln – Zurufe von der SPD: Das sind EU-Bürger! - Aufhören! – Zum Thema!)

- Vollkommen richtig - schön, dass Sie es jetzt noch mal gesagt haben -: Das sind EU-Bürger. Die haben hier keinerlei Möglichkeiten, einen Asylantrag durchzubekommen. Das haben Sie richtig festgestellt. Und trotzdem tun Sie so, als könnten diese Leute damit Erfolg haben, und quartieren sie in Wohnungen ein. So viele neue Wohnungen können wir gar nicht bauen, wie Sie hier Asylbewerber aufnehmen, die tatsächlich aber Asylbetrüger sind, nämlich weil sie aus EU-Ländern kommen, wie Sie selber gesagt haben. Herr Brok vom Europäischen Parlament in Brüssel hat ja gesagt: Die können gar kein Anrecht auf Asyl haben. - Und trotzdem wird das hier so gemacht. Ich kann mich an die letzte Sitzung des Integrationsrates erinnern. Da wurde gesagt: Wir haben immer mehr Schwierigkeiten, die Leute unterzubringen, weil dieser Drehtüreffekt fehlt. - Ja, das ist richtig. Selbst abgelehnte Fälle können mit einer Duldung weiter in Köln wohnen.

Hier wurde eben gesagt: In einem guten Jahr können 1 500 Wohnungen geschaffen werden. Dann waren es aber doch nur 270 Wohnungen. Meine Damen und Herren, Sie können gar nicht so viele Wohnungen bauen, wie Sie Leute unterbringen müssen. Darunter zu leiden hat die einheimische Bevölkerung.

(Beifall bei pro Köln)

Diese Verknappung macht das Wohnen in Köln teuer. Aber Köln hat ja nicht allein mit diesem Phänomen zu tun. Wir haben am Wochenende gesehen, dass das Schweizer Volk selbst entscheiden konnte. Und das Volk hat festgestellt, dass dieser Dichtedruck, dieser Druck auf die einheimische Infrastruktur ihm die Lebensqualität nimmt, dass diese ganzen Lügen von der Freizügigkeit letztlich zu Masseneinwanderung führen und dass diese Zuwanderung der einheimischen Bevölkerung schadet.

(Beifall bei pro Köln)

Das Schweizer Volk hat die Gelegenheit wahrgenommen und für sich selber gesprochen. Das würden wir uns für Köln auch wünschen. Wir würden uns zumindest wünschen, dass es in Köln eine Kraft gibt, die sich für die Menschen tatsächlich einsetzt. Das tun Sie nicht. Sie stellen hier Scheinanträge, Prüfanträge. Sie hoffen darauf, dass die Dumont-Presse morgen schreibt, was Sie alles tun wollen. Nach der Wahl werden die Menschen merken: Das bringt überhaupt nichts. Im Gegenteil, es wird noch schlimmer. - Das darf so nicht sein. Deshalb setzen wir uns weiterhin für die Bürger ein. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Weisenstein von der Fraktion Die Linke.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alles, was man über die GAG hört, ist, dass die GAG in 2013 wieder ein sehr gutes finanzielles Ergebnis einfahren wird. Gleichzeitig wird sie aber, was die Zahl der gebauten Sozialwohnungen angeht, eines der schlechtesten, vielleicht das schlechteste Ergebnis einfahren, was sie jemals erzielt hat. Das hat natürlich viele Gründe; das wissen wir alle. Da gibt es keine monokausalen Argumentationsstrukturen; das ist mir schon klar. Nichtsdestotrotz drängt sich die Frage auf, Frau Moritz: Warum hat der Aufsichtsrat der GAG die ganzen Jahre über zugelassen, dass diese beiden signifikanten Elemente, nämlich Wohnbau auf der einen Seite und Ge-

winnerwirtschaftung auf der anderen Seite, so weit auseinanderliegen?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das tut es doch gar nicht! Sie haben keine Ahnung!)

- Natürlich tut es das. Das ist doch völlig klar. 40 Millionen Euro Gewinn und keine 200 Sozialwohnungen gebaut: Da läuft doch was auseinander. Ich bin der Auffassung, dass der Aufsichtsrat der GAG da genauer hinschauen und gegensteuern muss, dass er dem Vorstand auf die Füße treten muss. Diesen Anspruch habe ich schon an einen gut funktionierenden Aufsichtsrat.

Nichtsdestotrotz: Es liegt uns jetzt ein Antrag vor, der unserer Meinung nach in die richtige Richtung geht. Sie wollen die GAG von der Börse nehmen. Das ist ein richtiger Schritt, meine Damen und Herren.

(Widerspruch von der CDU)

- Doch, das ist ein richtiger Schritt, weil wir kein Wohnungsbauunternehmen brauchen, das an der Börse spekuliert.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Quatsch!)

Wir brauchen ein Wohnungsbauunternehmen, das sich um die Belange der Kölnerinnen und Kölner kümmert.

(Beifall bei der Linken.)

Es ist nun mal der erste Auftrag, den die GAG hat: preiswerten Wohnraum zu bauen. Ich glaube, da ziehen wir mit SPD und Grünen - auch wenn Frau Moritz jetzt so tut, als wolle sie mit uns nichts mehr zu tun haben - an einem Strang.

Man muss natürlich sehen, dass die Rücknahme von der Börse nicht ausreicht. Wir brauchen aller Voraussicht nach eine ganz andere Rechtsform für die GAG, eine Rechtsform, wo genau das passiert, wovor die FDP und die CDU Angst haben, nämlich dass die Politik einen direkten Durchgriff auf das Unternehmen hat.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ach du Schreck!)

- Ja, selbstverständlich. Die Politik muss die Vorgaben machen, was in einem städtischen Unternehmen zu passieren hat und was nicht.

Meine Damen und Herren, Herr Börschel hat vorhin richtigerweise darauf hingewiesen, dass 1990 ein Gesetz auf Bundesebene verabschiedet worden ist, was das Gemeinwohl des Wohnungsbaus sozusagen untergraben bzw. dies untersagt hat. Das war natürlich sehr schlecht. Deshalb muss man jetzt dafür kämpfen, vielmehr müssen die Parteien der Großen Koalition dafür kämpfen, dass diese katastrophale Entscheidung zurückgenommen wird. Sie, Herr Börschel, müssen - auch wenn Sie mir jetzt gerade nicht zuhören - Ihren Kollegen im Bund klarmachen, dass dieses Gesetz den Kommunen ganz große Probleme bereitet.

(Beifall bei Jörg Detjen [Die Linke.])

Ich möchte jetzt noch mal den Bogen nach Köln schlagen. Bei der aktuellen Wohnungssituation haben wir ja nicht nur mit dem Problem zu tun, dass die GAG zu wenige Sozialwohnungen baut. Wir haben noch ein weiteres Problem - das wurde hier schon mehrfach betont -, nämlich die fehlenden Wohnbauflächen. Die GAG hat große Probleme, genug Fläche zu bekommen, um darauf sozialen Wohnungsbau zu errichten. Das ist schon häufig diskutiert worden; deshalb will ich das jetzt nicht noch mal im Einzelnen erörtern.

Es gibt zwar erste richtige Schritte wie die bereits beschlossene sozial gerechte Bodennutzung, die zu einer Änderung führen wird. Aber, meine Damen und Herren, es gibt ja hier in der Stadt nicht nur die GAG als städtisches Wohnungsbauunternehmen; es gibt noch ein anderes, nämlich Modernes Köln. Modernes Köln ist ein Unternehmen, das derzeit zum Beispiel auf dem Clouth-Gelände unserer Auffassung nach - bitte korrigieren Sie mich, wenn ich da falsch liege - sehr hochpreisige Wohnungen baut. Sie bauen zwar auch Sozialwohnungen, aber nicht genug. Sie bauen sehr hochpreisige Wohnungen auf einem Gelände, das vielleicht auch für die GAG ein sehr gutes Stück gewesen wäre.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Genau das ist doch Mist!)

- Ja, Herr Klipper, aber - -

(Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

- Nein, das ist doch richtig. Warum hat ein städtisches Unternehmen, nämlich Modernes Köln, die Möglichkeit, Flächen mit teurem Wohnraum

zu bebauen, während ein anderes städtisches Unternehmen, nämlich die GAG, dringend Flächen braucht, um dort sozialen Wohnungsbau zu errichten? An diese Sache müssen wir ran.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend will ich sagen: Es ist richtig, dass die GAG von der Börse geht, ja. Aber wir müssen weitergehen. Wir müssen für die GAG eine andere Rechtsform finden, durch die wir als Politik die Möglichkeit haben, durchzugreifen, damit mehr sozialer Wohnraum geschaffen werden kann, unabhängig vom Aktienrecht und unabhängig von Gewinnerwartungen.

Zum Thema Gewinn. Frau Moritz hat es abgestritten, dass die GAG Gewinn macht; zumindest habe ich es so verstanden. Korrigieren Sie mich! Sie haben mich jedenfalls so böse angeguckt, als hätte ich - -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Weisenstein, Sie scheinen irgendwie Tomaten auf den Augen zu haben! Gucken Sie doch in den Haushalt)

- Nein, ich habe überhaupt keine Tomaten auf den Augen. Die Sache ist doch die: Die GAG führt ihre Gewinne an den städtischen Haushalt ab. Das ist meiner Meinung nach nicht richtig. Wir brauchen das Geld in der GAG, damit die GAG genug Stammkapital hat, um Wohnungen zu bauen.

(Zuruf: Höhere Mieten!)

- Darauf können Sie ja gerne in der zweiten Runde eingehen. Ich bin gerne bereit, mir Ihre Argumente anzuhören. Aber trotzdem muss das doch mal gesagt werden.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie hören nie bis zum Ende zu! Das ist das Problem!)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch auf eine Sache hinweisen. Es ist vorhin zu einem Missverständnis gekommen, und das will ich aufklären. Wir haben doch niemals behauptet, dass die Grünen für einen Verkauf der GAG gewesen sind.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Sondern?)

- Nein, das hat Herr Detjen nicht behauptet. Lassen Sie mich das doch bitte ausführen, Frau Moritz. - Das Einzige, was wir gesagt haben, war, dass im Jahr 2003 das Geschäft Sale-and-Lease-Back eingetütet worden ist

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hätten Sie jetzt gerne!)

- das ist das, was vorhin gesagt worden ist -, und dieses Geschäft Sale-and-Lease-Back war - da sind sich ja jetzt fast alle einig - ein Schuss in den Ofen. Das würde man nie wieder machen. Das hat Herr Ott gesagt, das hat Herr Börschel gesagt, das haben viele andere gesagt. Dieses Sale-and-Lease-Back-Geschäft ist zu Zeiten einer schwarz-grünen Koalition hier im Rat verabschiedet worden. Daher muss man natürlich schon die Frage stellen: Warum hat diese schwarz-grüne Koalition seinerzeit nicht auf den Aufsichtsrat eingewirkt, solche Geschäfte zu unterlassen? Frau Moritz, diese Frage müssen Sie zumindest erlauben. Darauf kann man auch antworten. Vielleicht haben Sie ja einen Fehler gemacht und sehen es heute anders; das würden wir ja begrüßen. Aber man muss das jetzt wirklich sachlich darlegen.

(Beifall bei Claus Ludwig [Die Linke.])

Noch ein letzter Satz, auch wenn wir beim Stadtentwicklungskonzept Wohnen, das ja heute auch noch auf der Tagesordnung steht, noch einmal darauf zurückkommen werden.

(Götz Bacher [SPD]: Gibt es keine Redezeitbegrenzung, Herr Oberbürgermeister?)

- Ja, aber bitte noch dieser eine Satz. - Ich finde es schon sehr schade, dass im Stadtentwicklungskonzept Wohnen die städtischen Wohnungsbaugesellschaften, insbesondere die GAG, einen so geringen Stellenwert haben. Wir werden ja nachher noch Gelegenheit haben, darüber zu sprechen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren, und Verzeihung, dass ich eine Minute länger gesprochen habe. Das ist normalerweise nicht meine Art.

(Beifall bei der Linken. - Götz Bacher [SPD]: Eine Minute? - Gegenruf von Michael Weisenstein [Die Linke]: Habe ich etwa zwei Minuten länger gesprochen? - Weiterer Zuruf von der SPD: Gefühlt 10 Minuten! - Heiterkeit)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Weisenstein. - Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag von SPD und - -

(Zuruf von der SPD: Es gibt noch eine Wortmeldung!)

- Ach, Herr Henseler! Wie konnte ich Sie nur übersehen? Bitte schön.

Andreas Henseler (Freie Wähler): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Nett, dass Sie mich noch drannehmen. Auch einem Einzelmandatsträger und Vertreter einer etwas kleineren Wählergemeinschaft muss es möglich sein, eine Stellungnahme zu diesem Antrag abzugeben.

Ich möchte gerne begründen, warum wir von den Freien Wählern diesen Antrag ablehnen. Wir unterstützen in einigen Punkten das, was Herr Weisenstein hier vorgetragen hat. Die Analyse scheint uns richtig zu sein. Auch wenn das in Teilen dieses Rates großen Unmut auslöst: Es ist in der Tat so, wie er es hier vorgetragen hat. Sowohl der öffentlich geförderte als auch der preiswerte Wohnungsbau sind bei der GAG in den letzten Jahren rapide zurückgegangen, während gleichzeitig der Gewinn gesteigert worden ist. Jetzt stellt sich natürlich die Frage: Welche Schlussfolgerung ziehen wir daraus? Ist die Schlussfolgerung, die in diesem Antrag intendiert ist, richtig, oder gibt es andere Möglichkeiten?

Wir als Freie Wähler sehen durchaus auch noch andere Möglichkeiten. Wir glauben, es ist falsch, Gebäude wieder in die Stadtverwaltung zu reintegrieren.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Genau!)

Das große Problem besteht darin: Wie können öffentlich gelenkte und gesteuerte Unternehmen einigermaßen effizient wirtschaften? Ich habe auch nicht das Problem, dass ich stets betonen muss - wie einige andere hier -: Jede Privatisierung ist von Übel. Es kommt darauf an, wie eine Privatisierung, auch die großer Wohnungsbaugesellschaften, gestaltet wird: ob sie sozial abgefedert ist, ob es bestimmte Einwirkungsmöglichkeiten gibt.

Ich nenne nur ein Beispiel: Von der Stadt Leipzig ist eine Wohnungsbaugesellschaft veräußert worden, und die Stadt kann nun jedes Jahr etwa 90 Millionen Euro - das konnte man gestern in der *FAZ* nachlesen - für wichtige kommunalpolitische Aufgaben einsetzen. Sie dagegen, meine Damen und Herren, müssen diese Mittel für den Zinsdienst ausgeben. Hier wird ja immer so getan, als sei das der Gott-sei-bei-uns. Das halte ich für falsch.

Es gibt nur eine Legitimation für ein öffentlich geführtes und gesteuertes, ein gemeinwirtschaftlich agierendes Unternehmen, nämlich die Schaffung von preiswertem Wohnungsbau. Und da müssen Sie sich einfach sagen lassen: Das haben Sie nicht geschafft. Sie sind diejenigen, die in den Aufsichtsräten sitzen, die eine Mehrheit haben und die die Unternehmenskultur festlegen. Da brauchen Sie keine Änderungen des Gesellschaftszwecks; das ist absolut überflüssig. Wenn Sie den Gesellschaftszweck ändern, betreten Sie einen Nebenkriegsschauplatz, der, bis das alles abgewickelt ist, erhebliche Ressourcen bindet, der Kosten verursacht; das ist ja gerade von Herrn Klipper schon vorgetragen worden. Für die Kosten dieses Prozesses bauen Sie nicht eine einzige Wohnung.

(Beifall bei der FDP)

Da nutzt es auch nichts, wenn Sie, meine Damen und Herren, hier wunderbare Papiere wie das kooperative Baulandmodell beschließen, auch wenn sich das schön anhört. Wir von den Freien Wählern haben uns der Stimme enthalten, als das hier beschlossen worden ist, weil wir es für falsch halten, schöne Papiere zu schreiben. Wir wollen Ergebnisse sehen. Und Ergebnisse im Bereich der GAG sehe ich bei Ihnen nicht, meine Damen und Herren.

Letzter Punkt. Ich lese in der Presse, dass die wichtigste Aufgabe neben der Frage der Gesellschaftsform auch diejenige ist, wo die Verwaltung der GAG in Zukunft untergebracht wird. Weiter lese ich, dass im Rechtsrheinischen ein neues Grundstück gekauft und dort ein neues Verwaltungsgebäude errichtet wird. Das ist sozusagen die wichtigste Aufgabe von Herrn Ott, dem Aufsichtsratsvorsitzenden. Mit treuherzigem Augenaufschlag wird erzählt, die GAG gehe jetzt mit ihrer Verwaltung dorthin zurück, wo der größte Wohnungsbestand ist, nämlich ins Rechtsrheinische.

Meine Damen und Herren, wer soll Ihnen das denn abnehmen? Kauf und Errichtung eines neuen Verwaltungsgebäudes hindern Sie genauso daran, die knappen Ressourcen für Woh-

nungsbau auszugeben, was Sie ja eigentlich wollen.

(Beifall bei der FDP)

Statt Wohnungen bauen Sie ein neues Verwaltungsgebäude.

Das werden wir in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen - einige haben ja von einer Halbwertzeit bis 25. Mai gesprochen - ein Stück weit mit einbringen. Ich glaube, Sie werden sich mit Ihrer Argumentation: Gesellschaftsform ändern, Verwaltungsgebäude bauen, einigermaßen schwertun. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Henseler.

Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir jetzt zur Abstimmung über diesen Antrag von der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, Herr Zimmermann und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist der Antrag angenommen.

Aufgerufen war ja auch Tagesordnungspunkt 4.2, eine Anfrage der Fraktion Die Linke. Dazu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor. - Ich sehe, sie ist ausreichend. Es gibt keine Nachfragen. Dann ist die Anfrage insoweit erledigt.

Beschluss:

Der Rat hat in jüngster Zeit wesentliche Beschlüsse zur verstärkten Wohnraumförderung gefasst und der Verwaltung neue Instrumente – insbesondere das kooperative Baulandmodell - zur Verfügung gestellt. Wichtiges Ziel ist, in Köln bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die GAG Immobilien AG, an dessen Grundkapital die Stadt Köln mit 88,21 % beteiligt ist, muss eine zentrale Rolle bei der Schaffung von Wohnraum in Köln einnehmen. Um die GAG besser als derzeit in die Lage zu versetzen, diese Aufgabe erfüllen zu können, beauftragt der Rat die Verwaltung mit folgender Prüfung:

1. *Die GAG soll in die Lage versetzt werden, die kommunalpolitischen Anforderungen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum besser umsetzen zu können. Daher ist die aktuelle gesellschaftsrechtliche Struktur der GAG dahingehend zu überprüfen, ob die GAG die vom Stadtrat gesetzten Ziele zur Schaffung von Wohnraum besser erfüllen kann. Die hierfür erforderliche gesellschaftsrechtliche Umstrukturierung und ihre finanziellen Auswirkungen sind darzustellen. Insbesondere sind die Voraussetzungen vorzubereiten und darzustellen, den GAG-Konzern kurzfristig von der Börse zu nehmen.*

2. *Gleichzeitig ist darzustellen, wie die Stadt, unter Berücksichtigung der vergabe-, EU- und beihilferechtlichen Rahmenbedingungen zeitnah in die Lage versetzt werden kann, in Zusammenarbeit mit dem GAG-Konzern, den öffentlich geförderten Wohnungsbau in Köln deutlich zu forcieren.*

3. *Darüber hinaus ist zu untersuchen und darzustellen, welche Maßnahmen notwendig sind, um steuerliche Belastungen durch ein Anwachsen der städtischen Anteile am Grundkapitel des GAG-Konzerns zu vermeiden.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) und bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit Punkt

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Rechtsform und Handlungsmöglichkeiten der stadteigenen Wohnungsunternehmen"

AN/0225/2014

behandelt.

0430/2014
Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Wir

hatten ja zu Beginn beschlossen, dass Tagesordnungspunkt 3.1.2 gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 3.1.4, 3.1.8 und 10.1 behandelt werden soll, wobei wir natürlich am Ende getrennt abstimmen werden.

3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Flüchtlingspolitik in Köln"
AN/0121/2014

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0252/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN 0267/2014

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Nachbarschaftskonzept für Flüchtlingsheime"
AN/0215/2014

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Das Boot ist voll: Neubelegungen für Asylbewerber nur noch nach Ratsbeteiligung"
AN/0179/2014

10.1 Errichtung von Wohnhäusern auf städtischen Grundstücken zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien
2649/2013

Das führt zu folgender Reihenfolge. Damit Sie sich darauf einstellen können, will ich sie jetzt schon bekannt geben. Den Anfang macht Frau Gärtner, dann kommt Herr Detjen, ihm folgt Herr Zimmermann für Deine Freunde, anschließend Herr Henseler, Herr Wiener für pro Köln, danach Frau dos Santos für die SPD, Herr Unna für die Grünen und dann Frau Hoyer für die FDP. Soweit zum Ablauf.

Eines noch vorweg: Unsere Uhr, die die verbleibende Redezeit anzeigt, ist ausgefallen. Wir werden von hier aus darauf achten. Ich werde Ihnen dann signalisieren, wann Sie zum Ende kommen müssen. Da wir hier eine Zusammenfassung verschiedener Punkte haben, werde ich das großzügig handhaben.

Als erste Rednerin rufe ich Frau Gärtner auf. Bitte schön.

Ursula Gärtner (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Thema Zuzug von Flüchtlingen ist seit Monaten ein fast tägliches Thema.

Diese Flüchtlinge werden nach Köln zugewiesen. Selbstverständlich müssen sie auch untergebracht werden. Dabei müssen wir an die Flüchtlinge denken, die menschenwürdig untergebracht und auch mit ihren neuen Lebensverhältnissen vertraut gemacht werden müssen. Aber wir müssen genauso an die Bürgerinnen und Bürger im Wohnumfeld solcher Flüchtlingsunterkünfte denken.

Das ist natürlich eine große Herausforderung für alle Beteiligten, insbesondere für die Verwaltung; das erkennen wir auch an. Aber der bisherige Umgang mit dem Thema ist aus unserer Sicht völlig unzulänglich. Es fehlt ein Gesamtkonzept. Es gibt viele Einzelüberlegungen, aber alles bleibt letztlich Stückwerk. Insbesondere halten wir die Informationspolitik der Verwaltung für völlig unzureichend.

(Beifall bei der CDU und pro Köln)

Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt, der die notwendigen Maßnahmen in einen Gesamtkontext stellt. Ich möchte Ihnen die wesentlichen Punkte zusammengefasst nennen. Wir fordern:

- ein Konzept für dauerhafte und für kurzfristig erforderliche Unterbringungen und dabei insbesondere transparente Kriterien,
- eine offene Informationspolitik der Verwaltung,
- umfassende Betreuungsangebote für die Flüchtlinge, insbesondere für die Kinder und Jugendlichen, sowie Sprachkurse,
- Ansprechpartner für die Bewohnerinnen und Bewohner im Umfeld,
- eine Stärkung von Initiativen, die sich der Flüchtlinge annehmen,
- umfangreiche Maßnahmen zur Integration der Flüchtlinge und zum Abbau von Vorbehalten und Ängsten in der Bevölkerung und
- zügigere Entscheidungen der Verwaltung.

Wir haben unseren Forderungskatalog natürlich differenzierter formuliert, als ich das hier jetzt in der kurzen Redezeit vortragen kann. Deshalb

empfehle ich, das in der Langfassung nachzulesen. Sie finden unseren Antrag auf der Homepage der Stadt unter der Tagesordnung der heutigen Ratssitzung.

Ich komme nun zu den Änderungsanträgen. Die FDP hat zwei Ergänzungen vorgeschlagen. Diese übernehmen wir gerne in unseren Antrag. Das ist eine Präzisierung und Ergänzung, die da gut hineinpasst.

Nun zum Antrag von SPD und Grünen, der so freundlich „Ersetzungsantrag" genannt worden ist. Möglich wäre ja auch ein Ergänzungsantrag gewesen, so wie es die FDP gemacht hat. Aber nein, Sie wollen den CDU-Text inhaltlich mit anderen Worten ersetzen. Meine Damen und Herren von SPD und Grünen, es ist doch klar, was dahintersteckt. Sie haben das Thema verschlafen, und das wollen Sie einfach nicht zugeben.

(Beifall bei der CDU)

Zwei Punkte in Ihrem Antrag sind neu. Der erste betrifft die Forderung nach mehr Hilfe von Bund und Land. Wir wollten uns in unserem Antrag damit beschäftigen, was wir hier in Köln tun können und müssen. Man kann natürlich immer Forderungen an Dritte stellen, die man selber nicht erfüllen kann. Wir sind aber gerne bereit, unseren Antrag um den ersten Punkt Ihres Antrags zu ergänzen. Wir laden Sie ein, in einem großen Konsens sich unserem Antrag hier anzuschließen, ergänzt eben durch diesen ersten Punkt der Forderungen an Bund und Land.

Ihrer zweiten zusätzlichen Forderung können wir uns hingegen nicht anschließen, nämlich der Forderung nach Prüfung, ob Köln Standort für eine Erstaufnahmeeinrichtung werden sollte. Diese Forderung lehnen wir ab. Zum einen haben wir dafür gar keinen Standort; zum anderen sind solche Einrichtungen immer als Großeinrichtungen für 500 bis 800 Personen konzipiert. Nur, eine solche Einrichtung wollen wir als CDU-Fraktion hier in Köln genau nicht; denn eine Massierung einer so großen Zahl von Flüchtlingen an einem Standort bringt immer Probleme mit sich. Wir verfolgen das Ziel einer menschenwürdigen Unterbringung mit überschaubaren Einzelstandorten.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb können wir diese Forderung nicht als Ergänzung unseres Antrags akzeptieren. Ich möchte daher noch einmal die Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen auffordern: Geben Sie sich einen Ruck, in der wichtigen Frage der Flüchtlingspolitik einen dem Thema angemessenen großen Konsens mit uns zu finden und stimmen Sie unserem um den ersten Punkt Ihres Antrags und um die beiden Punkte des FDP-Antrags ergänzten Antrag zu!

Auf den Antrag der Linken möchte ich jetzt nicht weiter inhaltlich eingehen. Diesen lehnen wir ebenso ab wie den Antrag von pK.

Herr Oberbürgermeister, wir hatten vereinbart, dass wir auch über TOP 10.1 sprechen. Da ich noch genügend Redezeit habe, will ich das jetzt tun. Es geht um den Standort Lachemer Weg, der in der Vorlage vorgeschlagen wird. Wir haben eben gesagt: Ohne ein schlüssiges Gesamtkonzept sind wir nicht bereit, einzelne Standorte zu beschließen. Das haben wir in der letzten Ratssitzung schon gesagt, und dabei bleiben wir. Allein das wäre schon ein ausreichender Grund, diesen Standort abzulehnen. Aber es gibt noch mehrere weitere Gründe.

An diesem Standort leben Menschen mit komplexem sozialem Unterstützungsbedarf zusammen. Wir finden dort ein sensibles System unterschiedlichster Sozialeinrichtungen vor, die gelernt haben, miteinander umzugehen. Es hat mal Zeiten gegeben, in denen diese unterschiedlichen Menschen und Gruppen etliche Konflikte ausgetragen haben. Inzwischen konnte ein Gleichgewicht zwischen ihnen erreicht werden. Wir wollen nicht, dass diese Erfolge gefährdet werden, indem eine weitere Sozialeinrichtung auf dem Gelände angesiedelt wird. Die Verwaltung verstößt übrigens mit diesem Vorhaben gegen ihren eigenen Grundsatz der Vermeidung einer Zusammenballung unterschiedlichster Problemgruppen. Und deshalb lehnen wir diesen Standortvorschlag ab.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Gärtner. - Wir kommen dann zu Herrn Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Linke, Freie Wähler und Deine Freunde haben Ihnen einen ganz konkreten Antrag vorgelegt, also kein Gesamtkonzept zur Flüchtlingspolitik, weil wir immer wieder feststellen, dass sich Kölnerinnen und Kölner für menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen einsetzen.

Zivilgesellschaftliches Engagement ist so wichtig für ein menschliches Miteinander. Es ist unseres Erachtens der Schlüssel dafür, dass Köln einen humanen Weg einschlägt: Wir gehen gemeinsam auf die Menschen zu, nicht nur weil sie hier sind, sondern weil sie einen gesellschaftlichen Beitrag in der Stadt leisten. Sie sind hier und gehören dazu. Auf diesem Weg muss die Politik und muss auch die Verwaltung vorangehen, Tag für Tag, Stück für Stück.

Deshalb schlagen wir Ihnen zwei Koordinatoren für Nachbarschaftsarbeit vor: eine Person beim Wohnungsamt und eine Person zum Beispiel beim Kölner Flüchtlingsrat. Aus den Erfahrungen der letzten Wochen wissen wir, dass wir tolle Projekte und Aktivitäten erschließen und entwickeln können, wenn man sie betreut und vernetzt. Nur, bei dem tollen musikalisch-kulturellen Angebot der Künstler vom Parkhaus Studio wurde unseres Erachtens sehr schnell deutlich, dass die Verwaltung mit solchen Projekten überfordert ist.

Wir schlagen Ihnen weiterhin vor, eine Ombudsperson einzusetzen. Sie ist deshalb notwendig, weil unter den derzeitigen Bedingungen die Leitlinien zur Unterbringung der Flüchtlinge nicht eingehalten werden. Das bezweifelt von Ihnen ja auch niemand. Das heißt, die Unterbringung wird in den nächsten Monaten nicht sachgerecht und nicht menschenwürdig sein. Ein Beispiel hierfür ist die Unterbringung der Flüchtlinge in der Herkulesstraße auf dem Flur. Wir alle waren uns einig: Das geht nicht. Deshalb muss man auch Möglichkeiten schaffen, wo sich Flüchtlinge beschweren können.

Wir sehen, dass sich die Sozialverwaltung engagiert und versucht, Flüchtlinge gut unterzubringen. Sie arbeitet, meine Damen und Herren von der CDU, auch an einem Gesamtkonzept. Leider waren Sie nicht auf der Sitzung des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen; dann hätten Sie das mitbekommen.

(Ursula Gärtner [CDU]: Wir waren da!)

- Ja, Sie aber nicht. - Die Sozialdezernentin arbeitet unter schwierigen Bedingungen. Es ist ja nicht so, dass die gesamte Verwaltung hier Unterstützung leistet.

Meine Damen und Herren von SPD und Grünen, auch Sie leisten keine Unterstützung. Ich möchte an einigen Beispielen deutlich machen, dass Sie trotz guter Initiativen schlicht und ergreifend mauern und diese nicht ermöglichen. In der letzten Ratssitzung ging es zum Beispiel darum, wie man die Flüchtlingskinder schnell in die Schulen eingliedert. Ein anderes Beispiel ist die Diskussion über die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in mobilen Wohneinheiten. Monate haben Sie vertrödelt mit diesen Diskussionen. Die Flüchtlinge stecken in einer Notlage, aber Rot-Grün wird nicht aktiv und verzögert wichtige Anträge.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Detjen, sie kriegen gar nichts mit!)

Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass es uns darum auch in unserem Antrag geht. Wir wollen ganz konkret zivilgesellschaftliches Engagement erschließen und aufbauen. Darum geht es uns. Es geht uns nicht um eine allgemeine Resolution, die Sie hier beschließen können. Die Resolution, die Sie hier vorgelegt haben, ist eine nette Zusammenstellung. Es steht nichts Falsches drin, aber auch nichts, was uns weiterbringt. Das ist doch aber die entscheidende Frage. Wie lösen wir die Unterbringung von Flüchtlingen? Da kommt von Ihnen schlicht und ergreifend nichts.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass in Ihrer Resolution an der Stelle, wo es darum geht, Geld in die Hand zu nehmen – Punkt 9 – lediglich der seichte Satz zu finden ist:

> Angesichts der großen Zahl der kurzfristig zu realisierenden Objekte und Standorte ist eine ausreichende personelle Ausstattung der Fachverwaltung sicherzustellen.

Mein Gott, geht es nicht noch ein bisschen platter!

Meine Damen und Herren von den Grünen und von der SPD, Sie haben auch gar nicht verstanden, worum es uns geht. Ich möchte Ihnen folgenden Satz aus Punkt 10 vorlesen. Da geht es um das nachbarschaftliche Engagement. Sie schreiben:

> Gleichzeitig sind die beteiligten Träger der Wohlfahrtspflege und der sozialen

Dienste in ihrer Nachbarschaftsarbeit vor Ort zu unterstützen.

Jetzt ist es aber so: Die Wohlfahrtsverbände - in der Herkulesstraße ist es zum Beispiel das Rote Kreuz - machen keine Nachbarschaftsarbeit im eigentliche Sinne.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Das könnten sie!)

Das ist im Vertrag zwischen der Stadt und dem Roten Kreuz auch gar nicht vorgesehen. Da heißt es nur, sie müssen auch Sozialraumaktivitäten mit berücksichtigen. Deswegen ist das Rote Kreuz für mich erst einmal eine Firma, die sich um die Sachen kümmert; so betrachte ich das. Uns geht es aber darum, von außen Engagement zu organisieren, und nicht Unterstützung von innen, also durch das Rote Kreuz. Das ist die entscheidende Differenz. Sie haben es gar nicht verstanden. Deswegen bin ich - das muss ich sagen - etwas enttäuscht.

Sie haben gedacht, Sie würden uns mit Punkt 9 entgegenkommen. Aber das ist leider gar nicht der Fall, einfach weil Sie es nicht verstanden haben. Ich begreife nicht, warum. Zivilgesellschaftliches Engagement von außen ist doch den Grünen nicht ganz unbekannt. Das müsste Ihnen doch geschichtshistorisch eigentlich geläufig sein; damit sind Sie doch großgeworden. Ich bin etwas irritiert über diese Formulierung.

Wie gesagt: Es steht nichts Falsches, aber eben auch nichts Bahnbrechendes drin. Das bringt uns nicht weiter. Da hat die Kollegin Gärtner von der CDU recht, wenn sie sagt: Sie haben das ganze Thema verschlafen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Nur weil Sie es wiederholen, wird es nicht wahrer! Das ist Quatsch)

Sie haben sich offenbar gesagt: Das soll mal die Verwaltung machen. Von Ihnen selbst kommt dazu aber nichts.

Deswegen sind wir drei Antragsteller der Meinung, dass unser Antrag ein ganz konkretes Anliegen verfolgt. Wir behaupten nicht, wir hätten die Weisheit mit Löffeln gegessen; überhaupt nicht

(Martin Börschel [SPD]: Das kann man wohl sagen!)

Aber wir haben konkrete Vorschläge und verfolgen ein konkretes Anliegen, und dafür hätten wir gern auch eine Mehrheit. - Danke.

(Beifall bei der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Detjen. - Wir kommen jetzt zu den Freien Wählern. Es spricht Herr Henseler.

Andreas Henseler (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag, den die Linke weitgehend formuliert, eingebracht und herumgeschickt hat, wurde von uns Freien Wählen ausführlich diskutiert. An dem Antrag hat uns vor allem eines gefallen: das Unterstützen der Zivilgesellschaft. Die Linke ist ja eine Partei, die manchmal in etatistischen Kategorien denkt. Ich hoffe, ich trete Ihnen jetzt nicht zu nahe, Kollege Detjen; aber manchmal ist das ja so.

(Martin Börschel [SPD]: Da bist du immer fern von, so ein Glück!)

Dass von der Linken ausgerechnet solche zivilgesellschaftlichen Ansätze unterstützt werden, war für uns ein Grund, diesem Antrag beizutreten.

Wir finden im Übrigen auch, dass die Verwaltung an der Stelle einen guten Job macht. Ich sage das ausdrücklich auch an die Adresse von Frau Reker. Das ist kein einfaches Geschäft in Zeiten wie diesen, vor allen Dingen wenn man die Brandstifter auf der Rechten sozusagen immer vor der Hacke hat, denen nichts anderes einfällt, als diese Dinge immer zum Anlass zu nehmen, zu hetzen, zu machen und zu tun.

(Zuruf von pro Köln: Oh!)

Deswegen, finde ich, muss jeder Ansatz zivilgesellschaftlichen Engagements unterstützt werden.

(Widerspruch von pro Köln)

- Ich weiß, dass euch das nicht gefällt. Aber das müsst ihr halt hinnehmen.

Ich möchte noch eines ergänzen. Zum Beispiel stand BÜSIE - das ist eine Bürgerinitiative im Kölner Süden, die sich dafür einsetzt, dass das Justizzentrum nicht nach Bayenthal kommt - vor dem Problem: Wie sollen wir uns dazu stellen, wenn dort Flüchtlinge untergebracht werden sol-

len? Dieser Standort war ja auch in der Diskussion. Sie war unisono die Auffassung, dass man alles daransetzen muss, Menschen, die in einer solchen Situation sind, Hilfe und Unterstützung angedeihen zu lassen.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke.])

Von daher finden wir diesen Antrag ausgezeichnet.

Wir haben allerdings - das will ich hier nicht verhehlen - einige Probleme mit der Stellenzusetzung; das habe ich Herrn Detjen auch gesagt. Wir als Freie Wähler tun uns schwer damit; denn wir räumen der Haushaltskonsolidierung höchste Priorität ein. Stellenzusetzungen sind daher für uns immer schwierig. Deswegen würde ich hier gern zu Protokoll geben, dass diese Stellen, wenn es irgend geht, nicht zugesetzt werden, sondern durch Umschichtung zu diesem Zweck bereitgestellt werden. Wir halten die Aufgabenstellung für richtig und notwendig und stimmen aus diesem Grund auch diesem Antrag zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Dann Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal, auf der Tribüne und an den Bildschirmen zu Hause!

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Am 20. August 2013 und an den Tagen darauf kam es in Berlin-Hellersdorf zu ausländerfeindlichen Demonstrationen. Aufgerufen hatte dazu nicht nur die NPD, sondern auch die rechtsextreme Partei pro Deutschland,

(Stephan Götz {CDU]: Aha!)

als deren Vorsitzender übrigens das ehemalige pro-Köln-Ratsmitglied Manfred Rouhs auch heute noch auf den Webseiten genannt wird.

(Zuruf von der FDP: Hört! Hört!)

Rund 50 zu uns geflüchtete Syrer waren gerade in eine neue Flüchtlingsunterkunft gezogen und wurden von Rassisten für rechtsradikale Stimmungsmache missbraucht. In den gleichen Tagen wurde bekannt, dass es in Syrien einen verheerenden Giftgasanschlag mit mehreren Hundert Toten gab. Hier zeigte sich auf zynischste Weise die unglaubliche Verlogenheit derer, die pauschal den Islam als Bedrohung darstellen. Einerseits halten gefährliche Rechtspopulisten hier die Fahne unserer ach so zivilisierten christlich-abendländischen Kultur hoch, und im gleichen Atemzug verweigern diese Rassisten den Menschen Zuflucht, die vor Folter, Krieg, Hunger und Diskriminierung flüchten.

Dabei ist es für Schutzsuchende schon schwer genug, die Festungsmauern zu Europa zu überwinden. Einmal hier angekommen, erwartet sie erneut eine menschenverachtende Hetze durch den braunen Mob.

(Beifall bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen und der Linken.)

Diese Rassisten sollten sich nicht nur in Grund und Boden schämen; es ist und bleibt auch unsere Aufgabe, sich ihnen in den Weg zu stellen - an jedem Tag, an jedem Ort in Deutschland, ob in Berlin-Hellersdorf oder bei uns hier in Köln.

(Beifall bei der Linken.)

Während manche kurze Zeit später, am 3. Oktober 2013, nationalismustrunken den Tag der Deutschen Einheit feierten, ertranken vor Lampedusa am gleichen Tag 390 Flüchtlinge bei einem Schiffsunglück. Sie ertranken, weil Europa mit allen Mitteln versucht, ihnen die Einreise zu erschweren, sodass sie sich in ihrer Not an Schlepperbanden mit ihren Seelenverkäufern wenden müssen. Die Betroffenheit war nicht nur in Italien, sondern weltweit groß: eine furchtbare Tragödie, die sich nicht wiederholen sollte. Doch inzwischen wird weiter vor Lampedusa gestorben.

In den Tagen des Unglücks und den zugleich grauenhaften Fernsehbildern aus Syrien dachte ich noch ganz naiv: Vielleicht haben diese Katastrophen am Ende auch etwas Gutes, zeigen sie doch der ganzen Welt deutlich, wie enorm wichtig dieses Menschenrecht auf Asyl ist. Vielleicht findet ja jetzt auch in Deutschland ein Umdenken statt. Erste, wenn auch viel zu zaghafte Signale mit der zusätzlichen Aufnahme von syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen gibt es ja schon. - Was

ich nicht für möglich gehalten habe, ist, dass sich die Demagogen von pro Köln wieder trauen, allein um Wählerstimmen zu erheischen, Ressentiments in der Kölner Bevölkerung zu schüren. Allein der Titel Ihres Antrags “Das Boot ist voll” ist nicht nur pervers-makaber; er zeigt ganz unverhohlen, wes Geistes Kind Sie sind.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der Linken., der CDU und der FDP sowie bei Andreas Henseler [Freie Wähler])

Wer das Treiben der Rechtsextremisten im Netz und auch in den Leserbriefen verfolgt, stößt oft auf die Bemerkung: Dann sollen die Gutmenschen doch Flüchtlinge selbst bei sich zu Hause aufnehmen.

(Beifall bei pro Köln! – Markus Wiener [pro Köln]: Genau! Richtig!)

Abgesehen davon, dass der Schutz und die Unterbringung von Flüchtlingen weiterhin eine hoheitliche Aufgabe bleibt: Genau das wird in Köln bereits jetzt getan. Zahlreiche Initiativen kümmern sich privat und ehrenamtlich um Flüchtlinge, kümmern sich auch um die, die von Abschiebung bedroht sind, lassen ihnen medizinische Versorgung zukommen und gewähren ihnen Obdach. Dafür gebührt diesen Initiativen der Dank der Stadt Köln, der Dank von uns allen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der SPD)

Dieser Dank ist auch ein Teil unseres Antrags.

Nicht verschweigen wollen wir aber auch, dass es Ressentiments gegenüber Asylsuchenden in der Kölner Bevölkerung gibt. Auch wenn wir diese Ressentiments kein Stück weit teilen, gilt es die Bürger mit ihren Sorgen ernst zu nehmen. Wir glauben jedoch fest daran, dass es uns gelingt, diese Ängste abzubauen. Darum kümmern sich bereits Nachbarschaftsinitiativen, Gewerkschaften, Kirchen und weitere Bündnisse. Wir glauben aber, dass hier weiterer Handlungsbedarf besteht. Diese Initiativen sollte die Stadt besser begleiten und vernetzen. Auch sehen wir in einer Ombudsperson einen guten Ansprechpartner für Flüchtlinge und für Bürger mit Vorurteilen. Auch dies ist Bestandteil unseres Antrages, für den wir heute um Ihre Zustimmung bitten.

Zum Schluss noch ein paar Worte zur immer wiederkehrenden diskriminierenden Unterscheidung zwischen um Leib und Leben Bedrohten und sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen. Ich möchte diese Unterscheidung nicht treffen. Für mich stellen Hunger und wirtschaftliche Not genauso legitime Gründe dar, sein Land, seine Heimat zu verlassen, um bei uns zu versuchen, für sich und für Familienangehörige eine bessere Zukunft aufzubauen.

In Deutschland wird in einem aufwendigen Verfahren versucht, genau diesen Unterschied auszumachen. Ich bedaure dies; aber ich erwarte von allen beteiligten staatlichen Stellen, während dieses Verfahrens die Menschenwürde unserer Gäste in allen Punkten zu achten. Dazu gehört auch hier in Köln ein guter Standard bei der Unterbringung von Flüchtlingen, die vielleicht vor kurzem noch gefoltert oder vergewaltigt wurden oder mit Kriegstraumata zu uns kommen. Dass dies Geld, viel Geld kostet, ist klar. Hier müssen das Land und der Bund sich stärker an den kommunalen Kosten beteiligen. Wir möchten jedoch nicht, dass die Beherbergung von Flüchtlingen als kaum zu lösendes Problem dargestellt wird. Lasst uns lieber gemeinsam überlegen, was wir für verfolgte Menschen tun können! Wir meinen: Unser Antrag ist ein erster Schritt in eine bessere gemeinsame Zukunft. Daher möchte ich Sie noch einmal um Ihre Zustimmung bitten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken. sowie von Andreas Henseler [Freie Wähler])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen dann zu Herrn Wiener von der Fraktion pro Köln.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Ratssaal und im Internet! Bevor ich zu meinen eigentlichen Ausführungen komme, nur ein Satz vorab zu meinen Vorrednern: Die Angst vor dem nächsten pro-Köln-Wahlerfolg scheint ja einigen schon jetzt mächtig im Nacken zu sitzen. Mehr fällt mir dazu eigentlich nicht ein.

(Beifall bei pro Köln – Lachen bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir müssen uns heute schon wieder mit der Asylproblematik in Köln beschäftigen, weil die Lage immer drängender wird. Natürlich sagt die Fraktion pro Köln hierzu: Das Boot ist inzwischen mehr als voll. Das ist eine Tatsache, und das werden wir auch ausreichend kommunizieren. Wir erleben deutschlandweit ei-

ne Explosion der Asylbewerberzahlen. Wir haben im Jahr 2013 den Höchststand seit circa 15 Jahren erreicht. Auch die aktuellen Zahlen für den Januar 2014 belegen eine weitere Zunahme um rund 80 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Wenn diese Entwicklung in diesem Jahr weiterhin anhält - und davon ist auszugehen -, werden wir im Jahr 2014 über 200 000 neue Asylbewerber hier in Deutschland haben, von denen erfahrungsgemäß nach Gesetzeslage über 98 Prozent gar nicht asylberechtigt sind.

(Zuruf von pro Köln: Pfui!)

Das müssen Sie doch zur Kenntnis nehmen. Sie können doch nicht sagen: Mich interessieren die Gesetze nicht. Es ist genau definiert, wer asylberechtigt und wer Scheinasylant, also Asylbetrüger ist. Diese Unterscheidung, diese Differenzierung wird pro Köln immer wieder zur Sprache bringen, auch wenn das hier einigen gutmenschlichen Aposteln nicht passt.

(Beifall bei pro Köln)

Wir haben auch hier in Köln einen exorbitanten Anstieg der Zahlen. Zum einen werden uns über den Königsteiner Schlüssel Asylbewerber zugewiesen. Es wird ja hier immer wieder gerne betont, man könne für all das nichts, sie werden uns zugewiesen, wobei natürlich unterschlagen wird, dass auf den höheren Hierarchieebenen die gleichen Versagerparteien wie hier im Rat sitzen und dies verursacht haben. Damit können Sie sich also nicht herausreden. Zum Zweiten gibt es viele Zweit- und Folgeanträge von Menschen, die schon hier waren und die immer wieder der Stadt Köln zugewiesen werden, wenn sie erneut ein Asylgesuch einreichen. Zum Dritten gibt es viele Personen, die sich direkt hier in Köln melden, die sogenannten Erstanmelder. Warum kommen die denn so gerne nach Köln? Dieser Frage muss man doch mal auf den Grund gehen. All dies hat zur Folge, dass die Belegungskapazitäten restlos erschöpft sind.

Doch was machen die Kölner Altparteien und die Stadtspitze angesichts dieser Entwicklung? Sie belügen systematisch die Öffentlichkeit über Ausmaß und Folgen der Entwicklung und setzen zudem noch falsche Anreize für Scheinasylanten und Armutseinwanderer. Das ist ein Fakt. Diese systematische Täuschung der Bevölkerung wird - so befürchte ich - bis zum 25. Mai auch noch anhalten. Erst danach werden Sie die Katze aus dem Sack lassen und der Bevölkerung die schmerzhaften Wahrheiten kundtun.

(Martin Börschel [SPD]: Endlich zeigen Sie Ihr wahres Gesicht - Stephan Götz [CDU]: Hetzer!)

Wir haben hier in Köln zum Beispiel freiwillige Luxusrichtlinien zur Unterbringung von Asylbewerbern. Diese beinhalten das sogenannte Wohnungsprinzip oder sogar die kostspielige Anmietung von Hotelzimmern, statt diese Leute in kostengünstigen Sammelunterkünften in Stadtrandlagen unterzubringen, wie es zum Beispiel in vielen anderen Kommunen der Fall ist. Wir haben hier das Prinzip “Geldleistungen statt Sachleistungen”. Auch das wird anderswo in Deutschland anders gehandhabt. Ich kann mich nicht erinnern, dass es in den Kommunen, wo das anders gehandhabt wird, keine rechtsstaatlichen Verhältnisse gibt. Wir haben eine skandalöse Duldungspraxis in der Kölner Ausländerbehörde, die dazu führt, dass de facto niemand abgeschoben wird, obwohl er als Asylbewerber rechtskräftig abgelehnt ist. Deswegen haben wir diese hohen Zahlen hier in Köln.

Diese Stadt wird regelrecht von einer Asylantenflut überrollt, und Sie öffnen in dieser Situation auch noch alle Fluttore, statt endlich Sandsäcke am Ufer aufzubauen. Das sind die schmerzhaften Wahrheiten.

(Stephan Götz [CDU]: Hetzer! - Weitere Zurufe)

Ein Blick in die Schweiz zeigt, dass es auch anders geht, nämlich wenn das Volk mitbestimmen kann. In Köln und ganz Deutschland können das die Menschen zumindest indirekt am 25. Mai bei der Kommunal- und der Europawahl. Die Menschen werden es Ihnen an diesem Datum zeigen. Das ist auch ein Fakt, den Sie nicht hören wollen.

(Beifall bei pro Köln)

Wir werden diese Wahlen zur Volksabstimmung über Asylmissbrauch und Massenzuwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme machen. Und, meine Damen und Herren, wir werden es auch nicht länger hinnehmen, dass Sie hier in Köln die Öffentlichkeit in diesen Fragen so dermaßen täuschen und belügen. Wir fordern eine andere Informationspolitik der Stadtverwaltung.

Das wurde ja richtigerweise auch von der CDU angesprochen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Wiener, ich weise es zurück, dass Sie die Mitglieder des Rates und auch die Verwaltung der Lüge bezichtigen und ihnen Täuschung vorwerfen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der Linken, der CDU und der FDP)

Markus Wiener (pro Köln): In der Kölner Stadtspitze kursieren Geheimlisten, die nicht einmal uns Fraktionen hier vorliegen, Geheimlisten, wo mögliche neue Asylstandorte, neue Asylbauten, neue Containerdörfer vorgesehen sind. Man spekuliert, dass es über 30 mögliche neue Standorte für Asylantenheime und Containerdörfer geben soll. In Nacht-und-Nebel-Aktionen werden zum Beispiel Asylanten in Hotels eingewiesen. Die Bevölkerung erfährt erst durch Flugblätter von pro Köln, dass sie jetzt eine neue Nachbarschaft haben, die von einem meiner Vorredner als Problempublikum bezeichnet wurde. Ich traue mich kaum, dieses Wort auszusprechen; wahrscheinlich werde ich gleich wieder deshalb gerügt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Wiener, Sie müssen jetzt langsam zum Ende kommen. Sie haben die Redezeit schon überschritten.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Jawohl! - Zurufe: Aufhören!)

Markus Wiener (pro Köln): Ich habe noch einige Sätze; Sie sind ja vorher auch kulant gewesen, Herr Oberbürgermeister.

Die Stadtspitze betreibt in diesen Fragen Volksverdummung und Wähler- und Bürgertäuschung.

(Zuruf von der SPD: Unverschämtheit - Weitere Zurufe)

Wir erleben eine Salamitaktik bei der Vorstellung neuer Asylstandorte. Und diese Informationspolitik, die in Wahrheit eine Desinformationspolitik ist, muss schleunigst geändert werden.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Frau dos Santos von der Fraktion der SPD.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es war ausgerechnet Herr Uckermann, der heute gesagt hat, es gebe Dinge, die nicht in den Rat gehören. Wenn etwas nicht in den Rat gehört, dann diese Rede von Herrn Wiener.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen der CDU, der Linken., der FDP sowie bei Andreas Henseler [Freie Wähler] und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Er hat in geradezu eindrucksvoller Weise gezeigt, dass Herr Zimmermann völlig recht hat, wenn er sagt: Pro Köln vertritt rassistische und diskriminierende Positionen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, der Linken., der FDP sowie bei Andreas Henseler [Freie Wähler] und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Pro Köln lässt auch keine Gelegenheit aus, Menschen pauschal vorzuverurteilen und ihnen Betrug und ähnliche Verbrechen vorzuwerfen. Tatsache ist jedoch, dass es gerade Mitglieder der Fraktion pro Köln sind, die entweder rechtskräftig wegen Betrugs vorbestraft sind

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, der Linken., der FDP sowie bei Andreas Henseler [Freie Wähler] und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

oder die gerade Ermittlungen über sich ergehen lassen müssen, weil der Verdacht besteht, sie hätten Sitzungsgelder nicht rechtmäßig kassiert. - So viel zur Frage der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie- und Verfassungstreue von pro Köln.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, der Linken., der FDP sowie bei Andreas Henseler [Freie Wähler] und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Ehe ich zum eigentlichen Thema komme, noch ein letzter Satz: Nein, Herr Wiener, wir haben keine Angst vor pro Köln. Sie haben gerade bewiesen, dass wir keine Angst haben müssen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Sie haben gerade bewiesen, dass Sie alles andere wollen, als nach Lösungen zu suchen.

(Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

Wir Demokratinnen und Demokraten - bei aller Meinungsverschiedenheit, die wir haben mögen, Frau Gärtner, Frau Hoyer - suchen nach Lösungen für die Probleme,

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Wo denn?)

und wir tragen dies nicht auf dem Rücken der betroffenen Menschen aus,

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, der Linken., der FDP sowie von Andreas Henseler [Freie Wähler] und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

weder auf dem Rücken derjenigen, die hier in Köln schon leben, noch auf dem Rücken derer, die hier in Köln Schutz und Hilfe suchen.

(Karel Schiele [pro Köln]: Sie kehren die Probleme unter den Teppich! – Gegenruf von Martin Börschel [SPD]: Hier ist Deutsch Amtssprache! - Heiterkeit)

Herr Zimmermann, an einer Stelle muss ich Ihnen leider widersprechen. Ich glaube, Sorgen, die Menschen in gewissen Stadtteilen dieser Stadt haben, sind keine Ressentiments, sondern das sind schon - wie wir es bezeichnet haben - berechtigte Sorgen. Genau deswegen suchen wir nach geeigneten Lösungen, um der Herausforderung von wachsenden Flüchtlingszahlen gerecht zu werden.

An dieser Stelle würde ich gerne zu der erprobten Konsenspraxis der vergangenen zehn Jahre zurückkehren. Ich muss allerdings mit einem gewissen Bedauern feststellen, dass es diesmal nicht gelungen ist, im Vorfeld der Ratssitzung zu einem Konsens zu kommen. Die Union hat einen Antrag gestellt; das ist ihr gutes Recht. Wir teilen auch viele Aspekte, die Sie eingebracht haben. Was wir nicht teilen, Frau Gärtner, ist die aus unserer Sicht unangemessen scharfe Kritik an der Verwaltung. Bei allen Fehlern, die man in einem solchen Prozess macht, bei allen Schritten, die einem vielleicht zu langsam vorkommen: Ich glaube, die Verwaltung hat eben nicht geschlafen; sie hat sich der Herausforderung gestellt. Sie macht Vorschläge und versucht, die Probleme in den Griff zu bekommen. Das ist nicht immer leicht; das wissen wir. Deswegen versuchen wir mit unserem Antrag, die Verwaltung in ihrer weiteren Tätigkeit dahin gehend zu unterstützen.

Wir haben in der Tat Herausforderungen zu bewältigen, die wir in der Form seit längerem so nicht kannten. Deswegen ist es uns auch besonders wichtig, in Richtung Bund und Land ein Signal zu senden. Wir werden als Stadt die Probleme in Köln - aber nicht nur wir in Köln - nicht allein lösen können. Wir brauchen Unterstützung vom Bund. Das gilt insbesondere für die finanziellen Mittel, um Bauprogramme fortsetzen zu können. Das gilt aber auch für die Finanzierung von Programmen zur Sprachförderung für Menschen mit Migrationshintergrund usw. usf. Wir brauchen aber auch Unterstützung vom Land. Sie wissen ja, dass Rot-Grün dort nicht in der Opposition ist. Wir brauchen vom Land Unterstützung bei der Beschulung von Flüchtlingskindern, der Beschaffung von Schul- und Kindergartenplätzen, der Zurverfügungstellung einer ausreichenden Anzahl von Lehrkräften, die diese Herausforderung mit begleiten können. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt.

Wir würden uns freuen, wenn wir am Ende zu einem Konsens kommen. Wenn das aber nicht gelingen sollte, was vielleicht auch in der Natur der Zeit liegt, in der wir eben jetzt sind, möchte ich doch eines feststellen, was ich für wichtig erachte: Ich glaube, wir sind uns in der Zielsetzung weitgehend einig: Wir müssen handeln. Wir müssen den Menschen, die hierherkommen, Unterstützung bieten. Wir müssen insbesondere auch diejenigen mitnehmen, die davon mit betroffen sind. Wir müssen aber ebenso dafür sorgen - da stimme ich Ihnen vollkommen zu, Frau Gärtner -, dass die Stadtteile, die eine soziale Instabilität erleben, die in besonderer Weise belastet sind, nicht noch zusätzliche Aufgaben aufgebürdet bekommen, die sie vielleicht dann nicht mehr bewältigen können. Wir brauchen dezentrale Konzepte. Wir müssen an den Richtlinien, die wir uns selber gegeben haben, festhalten.

Ich glaube auch, dass wir dem gut gemeinten, aber am Ende nicht wirklich gut gemachten Vorschlag von der Linken, den Freien Wählern und Deine Freunde nicht zustimmen sollten, nicht etwa, weil wir Ihr Anliegen grundsätzlich ablehnen.

Aber - Herr Detjen, Sie begleiten das ja mindestens so lange wie ich, vielleicht sogar noch ein bisschen länger - wir haben mit dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen, wo Politik, Verwaltung und die Organisationen zusammenkommen, eine Institution geschaffen, die schon seit zehn Jahren das leistet, was Sie jetzt einer Stelle, nämlich einer Ombudsfrau oder einem Ombudsmann, übertragen wollen. Ich finde, das wäre eine Abwertung der guten Arbeit, die diese Institution seit zehn Jahren leistet. Das möchten wir nicht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Jörg Detjen [Die Linke.]: Da täuschen Sie sich aber völlig! - Das habe ich ja mit denen abgestimmt!)

Ich glaube, wir haben die richtige Institution dafür. Sie hat sich bewährt, sie arbeitet gut, und sie begleitet die Verwaltung kritisch. Das ist auch in Ordnung. Wir sollten jetzt nicht durch im besten Falle Leuchttürme versuchen, Probleme anzupacken, die wir so nicht anpacken können. Was wir jetzt brauchen, sind Unterkünfte, dezentrale Unterkünfte. Wir brauchen soziale Begleitung. Wir brauchen Beschulung der Kinder und natürlich auch eine Betreuung der Erwachsenen. Und wir brauchen eine Kommunikation in die Bevölkerung hinein, die eben nicht das ist, was pro Köln gerne macht. Dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. Vielleicht finden wir ja doch noch zu einem Konsens. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Wir kommen dann zu Herrn Unna von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin in Köln geboren, und ich bin in den 70er-Jahren in Sülz zur Schule gegangen. Ich habe mal nachgezählt: Von den 32 Schülern meiner Klasse waren sieben anderer Nationalität. Mir ist nie aufgefallen, dass sie nicht aus Deutschland kamen. Für mich war das einfach normal auf dem EvT.

Es war für mich auch normal, dass ich während meines Studiums und meiner Promotion in Berlin, in London, in Paris, in Tel Aviv die Vielzahl und die Vielfalt verschiedener Nationalitäten genossen habe. Das war das, was diese Städte ausgemacht hat, was mir Spaß gemacht und mein Interesse geweckt hat, was den Unterschied ausgemacht hat zu langweiligen Orten. Das war sozusagen das Salz in der Suppe.

Heute arbeite ich in einer Praxis in Köln-Bayenthal. Wir haben 17 Mitarbeiter. Ich habe nachgezählt - Sie ahnen es schon -: Fünf Mitarbeiter sind anderer Nationalität oder deren Eltern nichtdeutscher Herkunft sind.

Mein Sohn Moritz spielt bei DJK Südwest in der C-Jugend. Sie werden es nicht glauben, aber wenn wir alle Spieler dieser Mannschaft nach Hause schicken würden, die keinen deutschen Pass haben und deren Eltern keinen deutschen Pass haben, es würde noch nicht mal für einen Skat reichen. So sieht heute die Realität aus

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie am Sonntag bei dem bedauernswerten Spiel des 1. FC Köln waren und mal die Nationalitäten, die in unserer Mannschaft vertreten sind, durchgezählt haben, werden Sie auf sechs Spieler kommen, die nichtdeutscher Herkunft sind.

Was will mir das sagen? Was heißt das zum Beispiel für eine Firma wie Ford, wenn wir Menschen ausgrenzen, die keinen deutschen Pass bzw. keine deutsche Eltern haben? Was heißt das für unser Gesundheitssystem, wenn wir Krankenschwestern, Ärzte und Altenpfleger nicht mehr bei uns haben wollen, nur weil sie nicht Deutsche sind? Was würde mit unserer Gesellschaft passieren?

Ich glaube, es gibt wirklich gute Gründe, um bei dem Thema voranzukommen. Ein Grund ist - das gilt für die gesetzestreue Mehrheit dieses Rates -, dass es schlicht eine gesetzliche Verpflichtung gibt, für diese Menschen zu sorgen. So einfach ist das! Ein zweiter Grund ist die wirtschaftliche Notwendigkeit; denn natürlich brauchen wir in einem Land mit einer so desaströsen Demografie Zuzug. Wir werden sehen, dass Länder, deren - sagen wir mal - Topografie nicht gerade für Weitblick geeignet ist und die deswegen zu merkwürdigen Volksabstimmungen kommen, sich wirtschaftlich ins eigene Fleisch schneiden werden. Da nützt alles Schwarzer-Geld nichts.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Heimatstadt Köln ist dafür bekannt und berühmt, dass sie Menschen aufnimmt, dass sie sie integriert. Sie ist für ihre Menschen insgesamt berühmt, nicht für ihre Kölner, sondern für

ihre Menschen. Das ist unser Potenzial. Die Leute kommen nicht unbedingt nach Köln, um die Architektur zu bewundern. Sie kommen auch nicht nach Köln, weil hier alles viel besser und viel schöner ist. Sie kommen nach Köln, weil die Menschen hier besonders sind. Und darauf bin ich stolz.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Na ja!)

Was können wir also tun? Ich glaube, dass uns die jetzige Situation die Chance bietet, nachbarschaftlich Hilfe zu leisten: von Mensch zu Mensch, dass wir die Chance haben, mithilfe unserer Vereine, mithilfe unseres bürgerschaftlichen Engagements, mithilfe unserer Sportvereine den Menschen, die zu uns kommen, neue Perspektiven zu eröffnen, und dass im Gegenzug auch die eine oder andere Institution, die über Nachwuchsmangel klagt, die Chance hat, neue Mitarbeiter zu gewinnen. Das nenne ich Win-Win.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich der Sozialdezernentin danken; denn ich hatte im Sozialausschuss schon das Gefühl, dass es ein starkes Bemühen und wirklich Engagement in der Verwaltung gibt, und zwar weit über das normale Maß, weit über das dienstlich gebotene Maß hinaus, für diese Menschen das Bestmögliche zu erreichen. Dafür möchte ich Frau Reker ganz persönlich danken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD)

Abschließend, Frau Gärtner – ich kann es mir nicht ganz verkneifen –:Sie sagten, Sie würden sich schlecht informiert fühlen. Ich war in allen Sitzungen des Sozialausschusses; Sie nicht.

(Ursula Gärtner [CDU]: Doch!)

Ich erinnere mich an eine Sitzung, wo die komplette CDU-Fraktion nicht anwesend war.

(Ursula Gärtner [CDU]: Nein, nein, da ging es nur um einen Tagesordnungspunkt! Das war keine reguläre Sitzung!)

Die Gründe sind mir bis heute nicht bekannt. Aber ich kann mich gut daran erinnern, dass Sie nicht da waren.

(Widerspruch bei der CDU)

Noch ein letzter Hinweis an die Herren Henseler und Houben: Als Sie eben über den Termin im Mai sprachen, sprachen Sie von - ich zitiere - Halbwertzeit. Wenn Sie den naturwissenschaftlichen Begriff „Halbwertzeit" einmal nachschlagen, werden Sie feststellen, dass Sie wahrscheinlich - das vermute ich zumindest - das Mindesthaltbarkeitsdatum gemeint haben.

Ich danke Ihnen für Ihr Gehör und bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen. Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Frau dos Santos Herrmann und Frau Gärtner haben eben davon gesprochen, dass wir vor großen Herausforderungen stehen. Ich glaube, wir stehen auch vor einer großen Verantwortung. Diese Verantwortung möchte ich insbesondere deshalb ansprechen, weil wir vor einem Kommunalwahlkampf stehen und dieses Thema, wie ich glaube, nicht geeignet ist, dort populistisch ausgeschlachtet zu werden.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn wir die heute vorliegenden Anträge betrachten und die Diskussion dazu verfolgen, stellen wir fest: Es gibt zwar Unterschiede, aber es ist in dieser Debatte auch deutlich geworden, dass alle demokratischen Kräfte hier im Rat diese Verantwortung spüren und sie wahrnehmen. Und das macht mich froh.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich komme nun zu den Anträgen und hier insbesondere zum Antrag von Rot-Grün und zum Antrag der CDU. Ich sage gleich von Anfang an, dass die FDP sich dem Antrag der CDU anschließen wird. Das hat nichts mit überzogener Kritik an der Verwaltung zu tun. Ich möchte auch noch einmal für meine Fraktion sagen, dass wir durchaus den Einsatz der Mitarbeiter und Mitar-

beiterinnen der Verwaltung sehen und dafür dankbar sind. Aber ich glaube auch, dass man kritische Fragen zur Informationspolitik stellen muss.

Herr Dr. Unna, solche Fragen darf man stellen, auch wenn man selbst nicht im Sozialausschuss ist, sondern - in Anführungszeichen - nur Ratsmitglied ist. Erinnern wir uns an die letzte Ratssitzung. Da hat sich die Auseinandersetzung daran entzündet, dass in einer Vorlage stand: Es gibt drei Standorte, die aus sozialräumlicher Überlegung zwar in der engeren Wahl waren, dann aber abgelehnt worden sind. Wir hatten daraufhin gefragt: Um welche drei Standorte handelt es sich denn? Das war die Frage von allen Ratsmitgliedern von CDU und FDP, die hier anwesend waren und die die Vorlage gelesen hatten. Darauf haben wir keine Antwort bekommen. Und das ist die Informationspolitik, die wir kritisieren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Das hat nichts damit zu tun, dass wir durchaus anerkennen, welch gute Arbeit und welch große Leistungen die Mitarbeiter auch des Wohnungsversorgungsbetriebes erbringen. Es ging uns um diese Punkte. Da fühlen wir uns nicht genug mit einbezogen. Deswegen werden wir dem CDU-Antrag zustimmen, weil dieser Knackpunkt, der im Antrag von SPD und Grünen fehlt, aufgegriffen wird.

Der Antrag von SPD und Grünen enthält ja ganz viele Punkte, denen wir zustimmen können; überhaupt kein Thema. Ich finde es auch ziemlich gut, dass Sie sich noch einmal eingehender mit dem Thema Betreuung der Kinder und Jugendlichen beschäftigt haben. Das alles können wir unterschreiben. Aber gerade das Thema Informationspolitik ist für uns so zentral, dass wir es auch gern in dem heute zur Abstimmung stehenden Antrag sehen würden. Deswegen noch einmal: Zustimmung zum Antrag der CDU.

Wir haben einen Änderungsantrag eingebracht, weil uns nicht nur die Information der Ratspolitiker wichtig ist, sondern vor allen Dingen auch die der Anwohner und Anwohnerinnen. Es darf nicht nur eine einmalige Aktion geben, wie von der CDU vorgeschlagen. Wir fordern in unserem Änderungsantrag einen langfristigen und proaktiven Prozess, damit Vorbehalte und Ängste besser ausgeräumt und auch direkt angesprochen werden. Deswegen fordern wir Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen, die diese Aufgabe übernehmen. Anders als die Linken geben wir aber nicht vor, an welcher Stelle diese Sozialarbeiter angedockt werden sollen. Anders als CDU und Linke schlagen wir vor, dass diese Nachbarschafts- oder Veedelsarbeit von fachlich Qualifizierten, sprich von Sozialarbeitern wahrgenommen werden soll.

Meine Damen und Herren, die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen wird ohne Zweifel durch die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit gefördert. Wir alle kennen aber auch die gesetzlichen Regelungen, wie zum Beispiel das Arbeitsverbot für Asylsuchende, die dies erschweren. Übrigens - das muss man sagen - wurde dieses mehrmonatige Arbeitsverbot gerade wieder vom CDU-Innenexperten Wolfgang Bosbach in der Öffentlichkeit unterstützt. Wir halten das für falsch.

Trotz dieser gesetzlichen Situation hält es die FDP für entscheidend, schon frühzeitig das Thema berufliche Integration anzugehen. Deshalb fordern wir berufsfördernde Maßnahmen für Flüchtlinge. Sie dienen natürlich vorrangig der Qualifizierung, aber nicht nur. So können viele Flüchtlinge akademische Abschlüsse vorweisen, arbeiten aber in Deutschland häufig unter den in ihren Herkunftsländern erworbenen fachlichen Qualifikationen. Frühzeitiges Handeln in diesem Bereich ist somit sowohl im Interesse der Flüchtlinge als auch im Interesse des deutschen Arbeitsmarktes.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, lassen Sie mich abschließend noch einmal einen Punkt aus dem CDU-Antrag aufgreifen, wo die Liberalen akuten Handlungsbedarf sehen. Da - das muss ich sagen - geht Rot-Grün doch ein bisschen weiter, und das hat mir auch ganz gut gefallen. Es geht um die Betreuung von Kindern und Jugendlichen. Von den in Köln untergebrachten Flüchtlingen sind etwa die Hälfte Kinder. Für viele von ihnen gibt es keine Betreuungs- und Freizeitangebote. Sie sind zum größten Teil sich selbst überlassen. Wir wissen, dass die Unterbringungsproblematik im Moment alles überlagert. Aber diese Kinder und Jugendlichen verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge. Auch das gehört zur Verantwortung, von der ich anfangs gesprochen habe und der sich alle demokratischen Fraktionen stellen müssen. - Danke.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Hoyer. - Ich möchte jetzt gerne Frau Reker für die Verwaltung das Wort geben. Bitte schön.

Beigeordnete Henriette Reker: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir bitte einige Klarstellungen. Es gibt selbstverständlich ein Konzept für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen. Sie haben es hier im Jahr 2011 beschlossen. Es wird derzeit aktualisiert. Grundlage bleiben die Leitlinien zur Unterbringung von Flüchtlingen aus dem Jahr 2004. Derzeit werden die Empfehlungen des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen eingearbeitet. Das Konzept wird auch erweitert um eine Bedarfsprognose - wir haben uns vorgenommen, uns zunächst einmal auf die nächsten zwei Jahre zu beziehen - und auf die von der Verwaltung bisher angewandten Kriterien für die Auswahl der Standorte.

Aber, meine Damen und Herren, parallel dazu verlangt die derzeitige Situation die Umsetzung von Notmaßnahmen zur Unterbringung der Menschen, die nach Köln kommen. Wir haben unsere Informationspolitik dem gestiegenen Informationsbedarf angepasst. So laden wir bei jedem neuen Standort, bei jeder neuen Einrichtung die Nachbarschaften zu Informationsveranstaltungen ein und nehmen die Anregungen und etwaige Sorgen und Nöte auf. Die Erfahrung ist, dass die Situation vorher häufig als viel schwieriger eingeschätzt wird, als sich die Ansiedlung und das Miteinander im Ergebnis herausstellt.

Meine Damen und Herren, Sie werden in vielen Gremien regelmäßig über die Flüchtlingsunterbringung informiert. Ich bitte sehr um Ihr Verständnis, dass wir dabei nicht jede Vorüberlegung der Verwaltung mit Ihnen diskutieren können. Manchmal werden diese Vorüberlegungen öffentlich bekannt, obwohl sie von uns letztlich schon verworfen sind. Man diskutiert in Kölner Stadtteilen über Grundstücke, die für uns als Verwaltung schon gar nicht mehr infrage kommen. Ich denke, das macht wenig Sinn. Es mag sich im Nachhinein die Möglichkeit ergeben, wenn wir in unseren Personalressourcen wieder etwas freier sind, Ihnen einen Gesamtüberblick darüber zu geben, welche Grundstücke geprüft wurden, damit dann Transparenz für Sie entsteht, warum wir Ihnen das eine oder das andere Grundstück zur Entscheidung vorgeschlagen haben. - Ich bedanke mich sehr für Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir machen jetzt keine zweite Rederunde auf. Aber Herr Uckermann hat sich zu einer persönlichen Bemerkung gemeldet. Herr Uckermann, wenn Sie eine persönliche Bemerkung abgeben wollen, können Sie das gerne tun, aber nicht zur Sache sprechen, sondern nur zu einer Sie persönlich betreffenden Angelegenheit.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zur Geschäftsordnung)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte schön, zur Geschäftsordnung.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zu diesem TO-Punkt ist eigentlich alles gesagt. Deshalb stelle ich nach der Geschäftsordnung den Antrag auf Schluss der Debatte und Abstimmung.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie haben insoweit recht, als die Rederunde beendet ist. Aber § 21 unserer Geschäftsordnung ermöglicht Herrn Uckermann, eine persönliche Bemerkung abzugeben, nicht aber zur Sache zu sprechen. Ich werde sehr darauf achten, ob es sich um eine persönliche Bemerkung handelt oder um einen Sachbeitrag.

Jörg Uckermann (pro Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Dann möchte ich Ihnen persönlich mitteilen, dass ich darüber enttäuscht bin, dass eine so wichtige Debatte, die viele Menschen in Köln betrifft, hier

abgewürgt wird. Darüber bin ich persönlich betroffen.

(Lachen bei der FDP – Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Was ist daran persönlich? – Weitere Zurufe)

Persönlich darüber betroffen, Herr Oberbürgermeister - -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, § 21 unserer Geschäftsordnung besagt, dass Sie nicht zur Sache sprechen, sondern nur zu Angriffen, die in der Aussprache gegen Sie persönlich erhoben worden sind, sich äußern können. Das will ich jetzt noch einmal betonen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, da ich ein friedlicher Mensch bin,

(Lachen und Zurufe von der SPD)

möchte ich Ihnen das jetzt ersparen und werde mich gleich noch einmal melden. Ich bin mir sicher, wir können diese Thematik auch noch unter anderen Tagesordnungspunkten vorbringen. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann gibt es noch eine persönliche Bemerkung von Frau Gärtner.

Ursula Gärtner (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Unna hat mich eben persönlich angegriffen und behauptet, ich hätte nicht an allen Sitzungen des Sozialausschusses teilgenommen. Sie gestatten mir, dass ich das zurechtrücke; denn das trifft einfach nicht zu. Ich habe an allen Sitzungen teilgenommen, nur an einer einzigen nicht. Das war eine Sondersitzung, wo nur die Globalmittel auf der Tagesordnung standen. Daran durfte ich gar nicht teilnehmen, weil ich befangen war. Sie haben versucht, mich hier zu diskreditieren, statt mit Argumenten zu arbeiten. Ich muss sagen: Das finde ich sehr schade. Bisher haben wir sehr gut zusammengearbeitet.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: So weit zur persönlichen Bemerkung von Frau Gärtner. - Herr Unna, bitte.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Ich wollte das nur klarstellen; ich wollte Sie nicht persönlich beleidigen, Frau Gärtner. Sie wissen genau, dass bei der Sondersitzung auch Menschen anwesend waren, die ebenfalls befangen waren. Diese befanden sich zunächst im Raum und haben sich dann zu dem entsprechenden Tagesordnungspunkt befangen erklärt. Auffallend war, dass bei der betreffenden Sondersitzung aus Ihrer Fraktion niemand anwesend war.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist eine Unverschämtheit – Weitere Zurufe von der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die einzelnen Anträge.

(Markus Wiener [pro Köln]: Wir beantragen - -)

- Nein, Herr Wiener, wir sind schon in der Abstimmung.

(Markus Wiener [pro Köln]): Ich beantrage abschnittsweise Abstimmung der einzelnen Unterpunkte des CDU-Antrages, vor allem die ersten sechs und dann die folgenden! Also bitte, einzelne Abstimmung!)

- Nein. - Wir machen das jetzt ganz in Ruhe. Wir stimmen zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion zu 3.1.2 ab. Dazu gibt es einen Ersetzungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Da dieser der weitergehende ist, stimmen wir zuerst darüber ab. Wenn dieser Ersetzungsantrag die Mehrheit findet, brauchen die anderen Anträge nicht mehr zur Beschlussfassung gestellt werden.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer ist für den Ersetzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion? - Das sind die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung von Herrn Zimmermann ist der Ersetzungsantrag so angenommen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke und der Ratsmitglieder Henseler und Zimmermann zu Tagesord-

nungspunkt 3.1.4. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Herr Zimmermann, die Fraktion Die Linke und Herr Henseler. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist er abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag von pro Köln zu Tagesordnungspunkt 3.1.8. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist er abgelehnt.

Schließlich kommen wir zur Abstimmung über die Vorlage zu 10.1; Abstimmung wie in der BV5 beschlossen. Wer gegen diese Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion pro Köln, die Fraktion der FDP und die Fraktion der CDU. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist die Vorlage so angenommen.

Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz sind Städte und Gemeinden zur Aufnahme und Unterbringung der ihnen zugewiesenen Flüchtlinge verpflichtet. Die Stadt Köln hat bisher versucht mit großem Engagement dieser Aufgabe nachzukommen. Nach der aktuellen Bedarfsrechnung fehlen der Stadt bis Ende 2015 rund 2.000 zusätzliche Unterbringungsplätze.

Die veränderten Rahmenbedingungen stellen Rat, Verwaltung wie auch die Stadtgesellschaft vor eine Herausforderung. Dabei ist nicht nur das Problem eines sehr begrenzten Angebotes an baureifen Flächen für Wohnheime und Wohnungen zu lösen, sondern auch auf eine angemessene sozialräumliche Verteilung der Flüchtlingsfamilien innerhalb der Stadt zu achten. Zugleich muss ein Augenmerk auf eine rasche Integration der Bewohnerinnen und Bewohner gelegt werden.

Der Rat der Stadt Köln erkennt in diesem Zusammenhang die schwierige Aufgabe der Verwaltung an und unterstützt ihre Bemühungen, für Flüchtlinge eine menschenwürdige Unterbringung sowie eine qualifizierte Begleitung zur Integration zu gewährleisten. Dabei bleiben die vom Rat bereits 2004 beschlossenen Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen eine verbindliche Zielvorgabe.

Um die o.g. Zielsetzungen zu erreichen, bitten wir die Verwaltung bei ihrer Unterbringungsverpflichtung folgende Eckpunkte zu beachten:

1. *Der Rat fordert eine angemessene finanzielle Unterstützung durch Bund und Land. Dazu erwartet der Rat eine verbesserte Refinanzierung der Unterbringungs- wie auch der Betreuungskosten. Darüber hinaus müssen Zuweisungsentscheidungen schneller getroffen werden. Es sollte gewährleistet werden, dass alle neu in Köln ankommenden Asylantragsteller sowie die unerlaubt eingereisten Ausländer auf die Verteilungsquote des Landes angerechnet werden. Der Rat fordert zudem eine deutliche Erhöhung der Landeszuschüsse, die der nur einen Bruchteil der Kosten decken. Es ist in diesem Zusammnehang zu überlegen, ob Kommunen mit einem angespannten Wohnungsmarkt wie Köln nicht eine höhere Zuwendung erhalten, um z. B. Grundstücke zu kaufen oder Gebäude anzumieten.*

2. *Sprachkurse überwinden die Sprachbarrieren und erleichtern die Integration vor Ort. Dazu fordert der Rat zusätzliche finanzielle Mittel aus dem Bundesprogramm zur berufsbezogenen Sprachförderung für Personen mit Migrationshintergrund (ESF-BAMF-Programm).*

3. *Um eine gesamtgesellschaftliche Akzeptanz der Unterbringungsplätze zu erreichen und etwaigen Vorbehalten wirkungsvoll entgegentreten zu können, müssen bei der Unterbringung der Flüchtlinge die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig eingebunden werden. Dabei muss auf den stadtweiten Mangel an nutzbaren Grundstücken und Gebäuden hingewiesen werden.*

4. *Um die soziale Stabilität und die Integrationsfähigkeit der Kölner Stadtteile nicht zu gefährden, ist bei der Nutzung möglicher Grundstücke auf eine Verteilungsgerechtigkeit zu achten und sowohl der Anteil der bereits im Stadtteil untergebrachten Flüchtlinge als auch die Sozialstruktur zu berücksichtigen.*

5. *Grundsätzlich sind feste Wohnhäuser der Übergangslösung Wohncontainer vorzuziehen. Temporäre Standorte sollten nicht mit mehr als 80 Personen belegt werden. Die verwendeten Wohncontainer sollten zudem abgeschlossene Wohnungen aufweisen, zumindest aber in sich geschlossene Sanitär-und Kochbereiche.*

6. *Das bereits vorhandene Auszugsmanagement, welches Flüchtlinge in Wohnungen vermittelt, ist weiter zu forcieren.*

7. *Es sind Gespräche mit Investoren aufzunehmen mit dem Ziel auf vorhandenen Flächen dezentrale Wohngebäude für Flüchtlingsfamilien zu schaffen. Darüber hinaus sollte auch bei der Planung und Entwicklung von zukünftigen Bebauungsplänen diese Möglichkeit Berücksichtigung finden können.*

8. *Die frühzeitige und enge Kooperation mit dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen sollte weiter intensiviert werden.*

9. *Im Interesse einer schnellen und unbürokratischen Kooperation der städtischen Dienststellen ist die vorhandene „Task Force“ des Oberbürgermeisters weiter zu stärken. Angesichts der großen Zahl der kurzfristig zu realisierenden Objekte und Standorte ist eine ausreichende personelle Ausstattung der Fachverwaltung sicherzustellen.*

10. *Der Rat dankt ausdrücklich den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Akteuren, die mit hohem Engagement für eine Willkommenskultur für Flüchtlinge arbeiten. Die Arbeit von Vereinen und ehrenamtlichen Initiativen, die Flüchtlinge betreuen und sie bei der Integration unterstützen, ist zu stärken. Gleichzeitig sind die beteiligten Träger der Wohlfahrtspflege und der sozialen Dienste in ihrer Nachbarschaftsarbeit vor Ort zu unterstützen.*

11. *Für Flüchtlingskinder sollten spezielle altersgerechte Betreuungsangebote vorgehalten und Maßnahmen zur Freizeitgestaltungangeboten werden.*

12. *Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter werden zügig und wohnortnah einer Bildungseinrichtung zugewiesen. Nur das schnelle Erlernen der deutschen Sprache und der Kontakt zu Gleichaltrigen eröffnen den Betroffenen ausreichend Bildungs- und Zukunftschancen. Für diesen Zweck sind ausreichende Raum- und Lehrerkapazitäten bereitzustellen.*
    Wir bitten die Verwaltung gemeinsam mit der Bezirksregierung und den betroffenen Schulleitungen geeignete Maßnahmen für eine schulische Versorgung der Flüchtlingskinder zu beraten, beschließen und umsetzen.

13. *Die Verwaltung wird beauftragt weiter die Chancen und Risiken mit dem Land zu verhandeln die mit der Schaffung einer Erstaufnahmeeinrichtung des Landes verbunden sind.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Anmerkungen:

- *Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten*

  3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Nachbarschaftskonzept für Flüchtlingsheime"

  AN/0215/2014

  3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Das Boot ist voll: Neubelegungen für Asylbewerber nur noch nach Ratsbeteiligung"

  AN/0179/2014

  10.1 Errichtung von Wohnhäusern auf städtischen Grundstücken zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien

  2649/2013

  behandelt

- *Ratsmitglied Wiener verlässt die Ratssitzung endgültig.*

AN/0215/2014
Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln bedankt sich bei den zahlreichen Initiativen, die die Unterbringung*

von Flüchtlingen menschenwürdig gestalten, z. B.:

- *bei den Kirchen für die Bereitstellung von Gebäuden aus ihrem eigenen Bestand, um zusätzliche Unterbringungen zu schaffen*
- *bei der Kölner Freiwilligen Agentur e.V. und dem Kölner Flüchtlingsrat e.V. für das Projekt „Mentor/innen für Flüchtlingsfamilien“*
- *beim Kölner Appell für seine „Nikolaus-Aktion“*
- *beim Bündnis „Schäl Sick gegen Rassismus“ für seine Willkommens-Aktion im Hotel „Arena One“ in Kalk*
- *beim Ehrenfelder Veedelsmanagement e. V. für seine Aktivitäten zu den rumänischen und bulgarischen Wanderarbeitern*
- *beim Verein „Wir helfen e. V.“*
- *beim Tonstudio „Parkhaus Studio“ für ihr musisch-kulturelles Angebot für die Flüchtlinge*
- *bei den Schulen, die trotz angespannter Personalsituation Großartiges bei der Integration von Flüchtlingskindern leisten, z. B. durch die Bereitstellung von Seiteneinsteigerplätzen*

2. *Es werden zwei zusätzliche Stellen „Koordinator/-innen für Nachbarschaftsarbeit“ geschaffen. Eine/r der beiden Koordinatoren/-innen soll beim Wohnungsamt angesiedelt werden, die andere Stelle bei einem zivilgesellschaftlichen Träger, der sich bereits in der nachbarschaftlichen Flüchtlingsarbeit engagiert. Sie sollen auch dazu beitragen, dass bürokratische Hemmnisse abgebaut und zivilgesellschaftliches Engagement erleichtert wird. Aus den Erfahrungen mit den zivilgesellschaftlichen Aktivitäten soll ein Nachbarschaftskonzept entwickelt werden, das beinhaltet, wie diese Aktivitäten angeregt, verstärkt und unterstützt werden können. Es soll auch beinhalten, wie Mediatoren bei Konflikten miteinbezogen werden können. Dieses Konzept wird dem Rat vorgelegt.*
3. *Für Beschwerden der Anwohner und der Flüchtlinge wird ein/-e unabhängige/-r Ombudsmann/-frau bestellt.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) abgelehnt.

AN/0179/2014
Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

Der Rat weist die Verwaltung an, künftig jede Neubelegung für Asylbewerber oder Flüchtlinge vorab durch den Rat oder zumindest den Hauptausschuss beraten und beschließen zu lassen. Auch die zuständigen Fachausschüsse und Bezirksvertretungen müssen in den Entscheidungsprozess frühzeitig eingebunden werden. Dies gilt insbesondere auch für die Neuanmietung von Bestandsimmobilien, Hotels oder Pensionen und die Errichtung von sogenannten Containerdörfern.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – abgelehnt.

2649/2013
Beschluss gemäß Empfehlung der Bezirksvertretung Nippes aus ihrer Sitzung am 30.01.2014:

Der Rat beschließt die Planung zur Errichtung von Wohngebäuden auf den folgenden städtischen Grundstücken zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien:

- *Lachemer Weg, 50737 Köln-Longerich, Gemarkung Longerich, Flur: 97, Flurstück: 273*

Der Rat ermächtigt die Verwaltung, die Leistungsphasen 1 bis 4 in Auftrag zu geben. Aufgrund der konstant stark ansteigenden Flüchtlingszahlen ist eine zeitliche Optimierung der Abläufe unerlässlich, um möglichst schnell neue Kapazitäten der Unterbringung zu schaffen.

Der Rat beschließt die außerplanmäßige Bereitstellung der Investitionsmittel im Haushaltsjahr 2013 im Teilfinanzplan 1004, Teilfinanzplanzeile

08, Auszahlung für Baumaßnahmen, bei den Finanzstellen:

- *5620-1004-5-5128 Neubau Lachemer Weg; i. H. v. 81.000 €*

Die Deckung erfolgt im Haushaltsjahr 2013 durch entsprechende Wenigerauszahlungen in Höhe von 81.000 € im Teilfinanzplan 1003, Teilfinanzplanzeile 11, Auszahlung von aktivierbaren Zuwendungen bei Finanzstelle 5600-1003-0-1000 - Wohnungsbauprogramm: Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen.

Dabei ist darauf zu achten, dass Kita- und Schulplätze in ausreichender Anzahl vorhanden sind.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit haben wir alle Anträge zum Thema Flüchtlingspolitik abgearbeitet.

Wir kommen nun zum Herzstück,

(Heiterkeit)

nämlich zu Tagesordnungspunkt 3.1.3:

3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Herzstück Domumfeld – Entree der Gäste aus aller Welt – Schandfleck Toilettencontainer"
AN/1517/2013

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0261/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0268/2014

Bitte schön, Herr Houben.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Ich finde es eigentlich traurig, dass wir jedes Mal mit diesem Thema kommen müssen. Aber es scheint der Verwaltung irgendwie nicht möglich zu sein, ein so großes kommunalpolitisches Problem zu lösen. Da muss schon der - man könnte scherzhaft sagen - pisspott-politische Sprecher der FDP auftreten, um dieses Thema immer wieder vorzutragen. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, meine Damen und Herren, in gewisser Weise ödet es einen als Kommunalpolitiker an, wenn ich das mal in dieser Form formulieren darf.

(Beifall bei der FDP)

Ich lege keinen großen Wert auf erfolgreiche Auftritte im WDR-Fernsehen, wo ich meine eigene Stadt schlechtmachen muss, weil man hier nicht in der Lage ist, die öffentliche Notdurft in dieser Stadt zu organisieren.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie mich so fragen: Es kotzt mich ein bisschen an.

Aber, meine Damen und Herren, Beharrlichkeit führt ein wenig zum Erfolg. Um Ihnen zu beweisen, wie gut hier in den Fraktionen gearbeitet wird, möchte ich Ihnen darstellen, wie ein Änderungsantrag der rot-grünen Mehrheit zu diesem Thema entstanden ist.

(Der Redner hält ein Schriftstück hoch)

Die gelb angestrichenen Worte sind die Originalformulierungen aus dem FDP-Antrag, und die semantisch-syntaktischen Änderungen des Resttextes sind auch überschaubar.

Aber wir sind ja zielorientiert. Deswegen übernehmen wir als FDP-Fraktion gerne Ihren Antrag, liebe Freunde von der SPD und den Grünen, und zwar als Leitantrag zu dieser wichtigen politischen Frage.

(Beifall bei der FDP)

Es ist ja auch gefragt worden: Kommt ihr denn damit wieder zum CSD? Ja, meine Damen und Herren, wenn nichts passiert, kommen wir damit zum CSD, und dann kommen wir wieder damit zur Adventszeit, und dann kommen wir wieder damit zu Karneval,

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Was ist mit dem Köln-Marathon?)

damit diese Lächerlichkeit endlich mal beendet wird.

Es gibt ja nun - das haben wir aus unserem Antrag wieder zurückgenommen, weil wir ja den rot-grünen Antrag übernehmen - entsprechende Vorschläge für den Gestaltungsbeirat am Donnerstag. Dann können wir ja unter anderem auch über diese Vorschläge diskutieren. Vielleicht schaffen wir es dann wirklich bis zum Advent, ei-

ne Lösung in unserer Innenstadt, vor unserem Weltkulturerbe zu finden, deren bisherige Regelung einen stolzen Kölner Bürger immer nur peinlich berührt hat. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Ja. Herr Bacher, bitte.

Götz Bacher (SPD): Eigentlich wollte ich gar nicht dazu ans Rednerpult treten, aber es ist mir ein Bedürfnis, Herr Houben,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ein dringendes?)

Ihnen zu sagen, dass ich zutiefst beeindruckt bin von der Qualität Ihres Antrags, der sicherlich in dem zuständigen Fachausschuss würdevoll hätte behandelt werden können. Aber da ist die Darstellungsmöglichkeit vielleicht zu gering für Sie. Von daher nutzen Sie hier dieses Gremium, und das nach all den wichtigen Themen, die wir jetzt vor diesem - im wahrsten Sinne des Wortes - Scheißantrag behandelt haben.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich kann Ihnen als toilettenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion nur raten, demnächst den Fachausschuss mit diesem Thema zu beglücken, damit wir dort auch noch etwas zu tun haben. Sonst können wir die Fachausschüsse ja abschaffen und stattdessen Ratssitzungen bis morgens früh um sechs abhalten.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen den Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Henseler und der Fraktion Die Linke ist der Antrag so angenommen und als Ersetzungsantrag so beschlossen.

(Beifall bei der FDP – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist doch lächerlich!)

Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Verwaltung wird beauftragt, für den öffentlichen Toilettenbedarf im unmittelbaren Domumfeld eine ansprechendere Lösung zu finden und zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich - gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. sowie bei Enthaltung von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) - zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Houben (FDP-Fraktion) erklärt, dass sich seine Fraktion dem Änderungsantrag anschließt.

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Nachbarschaftskonzept für Flüchtlingsheime"
AN/0215/2014

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Flüchtlingspolitik in Köln"

AN/0121/2014

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0252/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0267/2014

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Das Boot ist voll: Neubelegungen für Asylbewerber nur noch nach Ratsbeteiligung"

AN/0179/2014

10.1 Errichtung von Wohnhäusern auf städtischen Grundstücken zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien

2649/2013

behandelt

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich zu 3.1.5:

3.1.5 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Veröffentlichung der Redebeiträge von pro Köln im Internet"

Dieser Antrag war ursprünglich schon zur Sitzung am 17. Dezember 2013 vorgelegt worden. - Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer ist dafür? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die Mitglieder der Fraktion pro Köln mit der Veröffentlichung ihrer Redebeiträge in den Sitzungen des Rates als Videodatei zum Abruf im Internet einverstanden sind, b. z. w., dieses ausdrücklich befürworten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – abgelehnt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3.1.6:

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Nutzung der Windenergie in Köln"
AN/0214/2014

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0262/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Dann fängt Herr Brust an, und dann folgt Herr Bacher.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir wollen heute die Verwaltung beauftragen, zu prüfen, ob es möglich ist, auf Kölner Stadtgebiet ein attraktives Gebiet für Konzentrationszonen für Windenergieanlagen auszuweisen. Die Betonung liegt auf „attraktiv".

Es gibt schon seit 2005 eine Konzentrationszone im Gebiet von Horbell. Diese Einrichtung geht zurück auf einen Vorgang aus dem Jahre 2004, also mitten im Wahlkampf zur Kommunalwahl 2004. Damals wollte ein Investor im Kölner Norden, nördlich von Esch, eine Windenergieanlage bauen. Es gab dann hier im Rat eine Große Koalition, die das unbedingt verhindern wollte.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: 160 Meter hoch!)

- So hoch sind die halt, Herr Klipper.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist aber für das Stadtbild katastrophal!)

Damals gab es hier eine Große Koalition, die solche Anlagen verhindern wollte. Man hat deswegen 2005 eine Konzentrationszone im Flächennutzungsplan beschlossen, und zwar in der Nähe von Horbell, die für Windanlagen wenig geeignet ist. Aber mit diesem Beschluss konnte man die Genehmigung für alle anderen Windanlagen verhindern. Das Ziel, Windanlagen in Köln zu verhindern, ist damit erreicht worden. Es gibt bis heute keine einzige Anlage in Köln.

Die Situation heute ist aber eine ganz andere. Mittlerweile sind alle Parteien im Bundestag und auch die FDP sich einig, dass sie die Energiewende wollen, dass sie aus Atomstrom und Kohlestrom aussteigen wollen. Alle wissen auch, dass Windenergie dabei unverzichtbar ist, weil sie die billigste Form ist, Strom aus erneuerbaren Quellen zu erzeugen.

Es gibt anscheinend nur eine Partei, nämlich die FDP im Kölner Rat, die das noch nicht mitbekommen hat. Sie schreibt nämlich heute in ihrem Änderungsantrag etwas von „hoch subventionierten Windkraftanlagen". Also: Das EEG sieht für Windstrom die geringsten Vergütungen vor, ganz egal ob diese Anlagen in Köln, an der Küste oder sonst wo stehen. Wenn Sie diese Anlagen wegen dieser Subventionen nicht wollen, wollen Sie auch keine Energiewende; denn es gibt keine

günstigere Möglichkeit, Strom regenerativ zu erzeugen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von der FDP: Sie sind zu hoch!)

- Ja, die Anlagen müssen hoch sein. Oder meinen Sie, die Subventionen sind zu hoch?

(Zuruf von der FDP: Ja!)

Ich habe doch gerade gesagt: Die Subventionen sind bei Wind eben nicht hoch, sondern wesentlich niedriger als bei allen anderen erneuerbaren Trägern.

Sie schreiben weiter in der Begründung Ihres Änderungsantrags, dass nur „Windkraftstrom von windreichen Standorten sozialer Strom" sei. Das heißt: Sie wollen darauf hinaus, Windanlagen darf es nur noch an der Küste geben.

Sie tun hier so, als ginge es bei der Energiewende nur um die Frage: Was kostet die einzelne Windenergieanlage? Wie wir aber alle wissen, gibt es mittlerweile eine ganz andere Diskussion, nämlich die Diskussion über die Trassen. Wie kommt der Windstrom vom Norden Deutschlands dorthin, wo er gebraucht wird? Mittlerweile ist es ja so, dass viele Anlagen im Norden oft abgeschaltet werden müssen, weil die Netze diesen Windstrom gar nicht mehr aufnehmen können. Erst in der letzten Woche hat Herr Seehofer die neue SuedLink-Verbindung durch sein Veto gestoppt. Das heißt, wir wissen nicht, ob überhaupt irgendwann mal Windstrom in größeren Mengen von Norden nach Süden transportiert werden kann.

Wenn wir die Kosten für die Infrastruktur und die Netze dazuzählen, kommen wir zu dem Ergebnis, dass Windstromanlagen möglichst gut in Deutschland verteilt sein müssen, damit möglichst wenige Netze neu gebaut werden müssen um so Kosten für die Infrastruktur zu sparen. Wenn man beides zusammennimmt, sind Windenergieanlagen auch in Köln hoch wirtschaftlich.

(Widerspruch von der FDP)

- Ja, natürlich. Sie müssen beides zusammenrechnen: die Netzkosten und die Anlagenkosten.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist aber eine Addition! Man verschandelt die Landschaft!)

- Man verschandelt mit einer Windenergieanlage die Landschaft in Köln nicht mehr als anderswo.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Der NABU hat sich doch zu den Auswirkungen von Windkraftanlagen auf Vögel geäußert! – Gegenruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wegen der Vögel ist die CDU dagegen!)

Also, wenn Windanlagen nur deswegen nicht errichtet werden dürfen, weil sie die Landschaft verschandeln, können wir die Energiewende wirklich abhaken.

Sie von der FDP schreiben in Ihrem Antrag weiter, es wäre „eine Fehlsteuerung von knappen Mitteln, Windkraftanlagen nach Köln zu holen". Dann haben Sie unseren Antrag falsch verstanden. Es geht heute nicht darum, die Errichtung von Anlagen zu beschließen, sondern allein darum, eine saubere rechtliche Grundlage dafür zu schaffen. Überlassen Sie das doch dem Markt! Die Investoren werden dann schon entscheiden, wo sie die Anlagen bauen. Aber es muss zumindest möglich sein, in Köln eine Anlage zu bauen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht uns mit unserem Antrag nur darum, eine rechtlich unhaltbare Situation abzuschaffen. Es gibt seit 2011 einen Windenergie-Erlass der rot-grünen Landesregierung. Darin heißt es - ich zitiere -:

> Es ist dem regionalen Planungsträger verwehrt, Vorranggebiete, die zugleich die Wirkung von Eignungsgebieten haben, als Instrument zu nutzen, um unter dem Deckmantel der Steuerung Windenergieanlagen im Planungsgebiet zu verhindern.

Das ist ein Erlass der Landesregierung. Das heißt, das, was wir hier in Köln machen, ist unzulässig. Der damals gefasste Beschluss - Sie können das ja noch einmal nachlesen - war ausdrücklich gedacht zur Verhinderung von weiteren Windenergieanlagen, und das ist nach dem jetzigen Erlass unzulässig.

Sinngemäß heißt es in diesem Windenergie-Erlass weiter: Wenn sich nach sieben Jahren herausgestellt hat, dass dort niemand baut, wird der Gemeinde empfohlen, diese Konzentrationszone zu überprüfen. - Mittlerweile sind neun Jahre vergangen und kein Investor wollte in dieser Zone bauen, weil es dort eine Höhenbeschränkung gibt. Wenn man in einer Zone, die sowieso schon wenig geeignet ist, auch noch eine Höhenbeschränkung einführt, dann wird dort nie ein Investor bauen. Deswegen ist es dringend erforderlich, dass wir hier in Köln eine neue Zone ausweisen. Dass es in Köln mögliche Zonen gibt, können Sie der Potenzialstudie Erneuerbare Energien des Landes NRW entnehmen. Dort heißt es: Es gibt in Köln das Potenzial für 123 MW Windstrom und 424 Hektar, die potenziell geeignet sind.

Was wir mit unserem Antrag heute erreichen wollen, ist, dass die Verwaltung diese Flächen genauer prüft und dann dem Rat einen Vorschlag macht, welche dieser Flächen unter allen Gesichtspunkten als Windkonzentrationszone geeignet ist. Dann können wir darüber abstimmen, wo wir eine neue Konzentrationszone ausweisen wollen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte schön, Herr Bacher, für die Fraktion der SPD.

Götz Bacher (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Eine erfolgreiche Energiewende ist der Schlüssel zu effektivem Klimaschutz in Deutschland wie auch in Köln. Dabei ist sie nicht nur eine große technische Herausforderung; sie benötigt auch Kreativität und Engagement vor Ort. Somit möchten wir uns selbstverständlich dem Wunsch unseres Bündnispartners nicht verschließen

(Lachen und Beifall bei der FDP)

und uns im Rahmen der Energiewende-Diskussion noch einmal mit dem Einsatz von Windenergie beschäftigen.

(Lachen bei der FDP – Reinhard Houben [FDP]: Beerdigung erster Klasse!)

So soll die Verwaltung noch einmal prüfen, inwieweit auf Kölner Stadtgebiet ein für Windturbinen - ich betone - sinnvolles und attraktives Gebiet als Konzentrationszone ausgewiesen werden kann. Ich will nicht verschweigen, dass ich bezweifle, dass die Verwaltung zu anderen Erkenntnissen gelangt als bei der Prüfung vor einigen Jahren,

(Beifall bei Teilen der FDP)

- warten Sie doch mit dem Beifall bis zum Schluss! –,

(Beifall bei der FDP)

und wir nicht damit rechnen, dass es in Köln tatsächlich geeignete Flächen für Windräder gibt.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Unsere Skepsis stützt sich unter anderem auf Aussagen der Verwaltung aus dem Klimaschutzkonzept. Da heißt es auf Seite 2 - ich zitiere -:

> Als drittes Ziel des Bürgermeisterkonvents soll der Anteil der Erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch bis 2020 auf mindestens 20 % erhöht werden. Hierzu zeigen die Klimaschutzindikatoren ..., dass dieses Ziel bei einer territorialen Bilanzierung (d.h. innerhalb der Stadtgrenzen) wie bei den meisten Großstädten nicht zu erreichen ist (der hohe Energieverbrauch würde den Neubau großer Windkraftanlagen erfordern, für den es weder die erforderlichen Flächen noch günstige Windverhältnisse gibt).

Zitatende.

(Beifall bei der FDP)

Bei den im Binnenland eher niedrigen Winderträgen müssten unserer Kenntnis nach große Anlagen mit Nabenhöhen von rund 150 Meter - dies bedeutet Gesamthöhen inklusive Flügel von über 200 Meter - aufgestellt werden. Das ist bekanntlich - das wissen Sie alle - höher als der Dom. Derartige Anlagen, die in halb Köln besser zu sehen sind als der Dom, möchte ich mir nicht vorstellen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Doch wir Sozialdemokraten haben ein großes Interesse daran, gemeinsam aktiv die Energiewende auch lokal umzusetzen,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen}: Was für eine Schizophrenie! Das ist doch peinlich!)

gibt es doch bereits jetzt schon viele Möglichkeiten, wie zum Beispiel Photovoltaik-Anlagen, Geothermie, Bioenergie, energieeffizientes Bauen oder auch die Kraft-Wärme-Kopplung, um auf kommunaler Ebene einen sinnvollen Beitrag zur Energiewende leisten zu können.

In Köln steht an erster Stelle die Kraft-Wärme-Kopplung als effizienteste Nutzungsform herkömmlicher Energie. Wir wollen die RheinEnergie darin unterstützen, die in ihren eigenen Kraftwerken erzeugte Fernwärme weiter zu vernetzen und auch Nahwärmenetze aus dezentralen Blockheizkraftwerken auszubauen. Wir hoffen dabei natürlich auch auf die Unterstützung des Landes, um mit dem Ausbau des Fernwärmenetzes fortfahren zu können. Gleichwohl, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, verschließen wir uns nicht aktuellen Erkenntnissen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich hoffe auf Ihre Unterstützung für unseren Antrag.

(Beifall bei Teilen der SPD sowie bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Bacher. - Wir kommen dann zu Frau Welcker, bitte.

Katharina Welcker (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Antrag liest sich wie aus dem Handbuch für Gutmenschen abgeschrieben. Leider haben Sie vergessen, unten hinzuzufügen: bitte nur für ländliche Regionen einsetzen. Dieser Antrag zeigt ganz eindeutig, dass Sie nicht verstanden haben, wo in Köln die Probleme liegen.

Ein Antrag zu Windenergie in der Stadt: Zum Klimaschutzkonzept ist hier schon ausgeführt worden. Das will ich jetzt nicht wiederholen. Aber das vom Oberbürgermeister vorgelegte Klimaschutzkonzept sagt nun mal, auch wenn es jetzt von der Tagesordnung verschwunden ist, dass Windenergie in dieser Stadt so nicht umsetzbar ist und dass es andere Dinge gibt. Darauf möchte ich nicht näher eingehen; das haben wir schon gehört.

Des Weiteren ist der Landesentwicklungsplan, der dieser Sache zugrunde liegen müsste, überhaupt noch nicht verabschiedet. Insofern macht es auch keinen Sinn, hier heute einen solchen Antrag zu stellen. Aber wie gesagt: Wenn Sie das gerne möchten und nachher sicher auch durchsetzen werden, können wir Sie daran nicht hindern, auch wenn Herr Bacher seine eigenen Bedenken schon sehr deutlich vorgetragen hat.

Zum Windpark in Hürth: Tja, man kann natürlich immer davon ausgehen, dass es reine Boshaftigkeit war, dort einen Windpark auszuweisen. Wenn Herr Brust das möchte, kann er das auch gerne so darstellen. Aber vielleicht liegt es auch einfach daran, dass das Klimaschutzkonzept, das wir hier erarbeitet haben, richtig ist. Es gibt eben in Köln nicht genug Wind und nicht genug Flächen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn die Investoren in Horbell nicht in Windenergie investieren, dann werden sie es wahrscheinlich auch an anderer Stelle nicht tun. Insofern ist es eine Zeit- und Kraftverschwendung und vor allem auch eine Ressourcenverschwendung in dieser Stadt, sich mit dieser Sache zu beschäftigen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Natürlich werden Sie heute diesen Antrag hier beschließen. Insofern möchte ich Ihnen, damit es vielleicht ein bisschen interessanter wird, noch einen konkreten Prüfauftrag mit auf den Weg geben. Lassen Sie doch bitte prüfen, ob die Windkraftanlage, die Sie gerne haben möchten, nicht auf dem Dach der neuen Oper errichtet werden kann. Dann könnten Sie die Schlagzeile “Neuer Wind für die Kölner Oper” sicher auch für sich in Anspruch nehmen. Wenn die Oper schon kein Geld für ein erstklassiges Programm bekommt, dann könnten wir wenigstens ihre Dachfläche sinnvoll nutzen. Ansonsten fällt uns vonseiten der CDU zu diesem Antrag nur ein: Kölle Alaaf!

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Der Antrag muss jetzt aber nicht in den Kulturausschuss verwiesen werden, oder`? - Herr Dr. Albach, bitte.

Dr. Rolf Albach (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Natürlich haben wir

schon ein Windrad in Köln. Es steht - und das finden wir auch gut so - oben auf dem LVR. Da kann es auch bleiben, da steht es gut.

Ich finde es schon erstaunlich, welchen Sturm im Wasserglas unsere Anfrage ausgelöst hat, die wir im Umweltausschuss gestellt haben, als wir von den Plänen der Landesregierung erfahren haben, was hier in Köln angeblich alles möglich sein soll. Nun debattieren wir hier auf Bitten der Grünen darüber, obwohl die Antwort der Verwaltung auf unsere Anfrage noch gar nicht vorliegt.

Herr Brust, mit der Windkraftenergie, die wir in Deutschland jetzt haben, werden 25 000 MW erzeugt. Dass dies möglich ist, geht auf eine Bundestagsinitiative von CDU und FDP zurück, nämlich auf die berühmte bauplanungsrechtliche Privilegierung von Windkraftanlagen im Außenbereich. An dieser Vorlage im Bundestag hat meine Frau mitgeschrieben; ich kenne das Papier gut.

Seit neun Jahren gibt es kein Interesse an Windkraftanlagen hier in Köln, einfach weil es keinen Sinn macht. Das ist das, was die Verwaltung uns auch auf den Weg mitgegeben hätte, wenn wir heute das Klimaschutzprogramm beraten hätten. Aber es gibt natürlich dennoch Grund, darüber zu debattieren. Die Landesregierung sieht nämlich offensichtlich die Möglichkeit - ich rechne die von Herrn Brust genannten Zahlen jetzt um -, 49 Rotoren mit einer Höhe, die die Höhe des Kölner Doms überschreiten würde, hier in Köln aufzustellen. Das ist die Größenordnung, die von der Landesregierung offensichtlich für richtig und notwendig gehalten wird.

Das Klimaschutzkonzept, das Sie, Herr Oberbürgermeister, und Sie, Frau Dezernentin Reker, vorgelegt haben, besagt jedoch, dass das nicht wirtschaftlich ist und dass es dafür keine Flächen in Köln gibt. Und Sie beide haben recht damit. Es ist wirtschaftlicher Unsinn.

Vor etwa einem Jahr fand anlässlich des Besuchs des Oberbürgermeisters von Thessaloniki hier in Köln eine Networking-Veranstaltung – so würde man es wahrscheinlich nennen - statt. Ich traf dort einen jungen griechisch stämmigen Kaufmann, der versuchte, Gelder locker zu machen für den Bau einer Sonnenenergieanlage in der Nähe unserer griechischen Partnerstadt Thessaloniki. Während wir hier Geld ausgeben für hoch subventionierte Windkraftanlagen, wird in Griechenland, wo die Sonne scheint, niemals eine Sonnenenergieanlage gebaut, weil dort das Geld dafür fehlt.

(Beifall bei der FDP)

Das ist wie die berühmte Ananas in Alaska, die man mit ausreichenden Subventionen selbst dort anbauen kann. Solarenergie in Thessaloniki: Das ist richtig. Windenergie in Köln: Das ist ökonomischer Unsinn.

Aber es geht nicht nur um die ökonomische Dimension; es fehlt auch die soziale Dimension. Wir brauchen die Flächen hier zum Wohnen. Nach heutigem Recht dürfen Windkraftanlagen bis 500 Meter an ein Wohngebiet herangebaut werden. Versuchen Sie mal, sich eine Wohnanlage vorzustellen, die nur 500 Meter von einer Windkraftanlage entfernt steht, deren sich ständig drehende Windräder die Höhe des Kölner Doms übersteigen! Glauben Sie wirklich, dass da irgendjemand wohnen will, der dort nicht eingewiesen wird? Ich will es nicht übertreiben, aber man könnte von Rotorenghettos sprechen.

Wenn wir in Rot-Köln statt Wohnungen Windkraftanlagen bauen, müssen die Menschen ja offensichtlich woanders wohnen: irgendwo in Düren, Euskirchen oder sonst wo. Das heißt, die Menschen müssen nach Köln pendeln, sie verbrauchen unheimlich viel Benzin dafür, dass wir unseren Strom hier vor Ort beziehen,

(Beifall bei der FDP)

und sie verbringen die Zeit auf der Autobahn statt mit ihren Familien. Ich bin mit meinen Kindern neulich zum Judoturnier nach Heinsberg gefahren. Fahren Sie mal da oben an den Halden vorbei! Da sind die Rotoren richtig aufgehoben: oben auf den Hügeln, den Bergen, die der Braunkohleabbau hinterlassen hat. Da drehen sie sich wirklich effizient. Da machen sie Sinn.

Das ist das, was die RheinEnergie bereits macht, übrigens mit voller Unterstützung auch unseres Vertreters im Aufsichtsrat. Ich zitiere wie Herr Bacher aus dem Klimaschutzkonzept:

> Deshalb kann sich die Stadt Köln der Umsetzung dieses Zieles nur über Beteiligungen und Kooperationsprojekte der RheinEnergie außerhalb der Stadtgrenzen nähern.

Weiter heißt es:

> ... die RheinEnergie ... [hat] sich außerhalb Kölns an diversen Windparks und dem solarthermischen Kraftwerk Andasol 3 beteiligt ...

All dies tut die RheinEnergie also bereits jetzt. Das ist der richtige Weg, und den unterstützen wir auch.

Ich fasse zusammen: Windkraftanlagen in dicht besiedelten Schwachwindzonen wie Köln gefährden die Ziele einer finanziell tragbaren Energiewende. Die Ausweisung von mehr Wohnbauflächen wird verhindert. Damit wird die Mietstabilisierung, die wir sozial brauchen, gefährdet. Und Sie verhindern, dass wir den Menschen die Zeit schenken, nah bei Köln wohnen zu können, statt pendeln zu müssen. Deshalb bitte ich Sie dringend, unserem Änderungsantrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ja. Nächste Rednerin ist Frau Stahlhofen für die Fraktion Die Linke. Ihr folgt dann die Fraktion pro Köln.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle kennen die in Köln gerade angebrochene fünfte Jahreszeit. Mit diesem Antrag wollen uns SPD und Grüne mitten in der Heiterkeit daran erinnern, dass es auch noch eine sechste Jahreszeit gibt: den Wahlkampf. Hier wird noch schnell abgearbeitet, was im Koalitionsvertrag offen geblieben ist. So kann man es in der Ratszeitung der Grünen aktuell nachlesen.

Vor zwei Wochen verabschiedeten die Grünen ihr Kommunalwahlprogramm für die angeblich grüne Stadt und vermieden bei ihrer Kampfansage: „Wir streiten für die Ausweisung neuer Vorranggebiete für die Windenergieerzeugung sowie für die Errichtung mindestens eines Windparks in Köln” tunlichst, ein Gebiet in Köln zu benennen. Man will es sich ja nicht mit irgendjemandem verscherzen. Den Schwarzen Peter soll die Verwaltung bekommen, die das Gebiet vorschlagen soll. Interessanterweise behaupten die Grünen in ihrem Wahlprogramm, dass es „erhebliche Potenziale für den Ausbau der Windenergie" gebe, und lassen nun, nachdem sie das beschlossen haben, die Verwaltung prüfen, ob das, was sie geschrieben haben, stimmt.

Meine Damen und Herren, also entweder sind Sie sich sicher mit Ihrer Wahlkampfbehauptung, oder Sie nutzen den Rat lediglich als Tribüne für eine Wahlkampfshow und lassen die Verwaltung sich die Finger schmutzig machen, oder aber Sie wissen nicht, was Sie tun, und lassen die städtische Verwaltung die Recherchearbeiten durchführen, die Sie vor Ihrer internen Beschlussfassung haben vermissen lassen.

Dass die Kölner SPD hier bei diesem Antrag mitspielt, das passt so gar nicht zum neuen Energiekonzept ihres Energieministers. Das lässt eigentlich nur den Schluss zu, dass es Sie eigentlich gar nicht interessiert, solange in NRW mit Frau Kraft kraftvoll noch ordentlich Braunkohle verfeuert wird. Der SPD ist es schlicht egal - wir haben es eben von dem SPD-Kollegen gehört -, ob die Verwaltung einen Windpark in Porz-Libur oder ob die Grünen einen in Roggendorf vorschlagen wird: Sie wäscht in beiden Fällen ihre Hände in Unschuld und kann die örtlichen Anwohnerproteste lebhaft mit unterstützen. Wenn Sie es ernst meinten mit Ihrem Antrag, dann würden Sie konkret fragen: Wie soll diese Energie hergestellt werden?

Ein Tipp von uns: Wir verweisen auf die Windturbine auf dem LVR; Herr Dr. Albach hat ja schon darauf hingewiesen. Hier wird die Energiegewinnung mit einer vertikalen Rotationsachse realisiert, die niemanden beeinträchtigt und die auch nicht höher ist als der Kölner Dom. Lassen Sie doch die Verwaltung gleich auf einem Weg prüfen, wo solche Anlagen sinnvoll eingesetzt werden können. Dann hätten wir das Windpaket schon mal rund. Wenn Sie dann noch den von uns schon lange geforderten Solaratlas für Köln mit auf die Schiene setzen und schließlich auch über Turbinen im Rhein nachdenken, dann würde deutlich, dass die Kölner Grünen die Energiewende nun endlich in Angriff nehmen wollen. Aber dann ist kein Wahlkampf mehr. Auch uns, der Linken, liegt die erneuerbare Energie sehr am Herzen. - Vielen Dank

(Beifall bei der Linken. sowie von Andreas Henseler [Freie Wähler])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann Herr Uckermann, bitte, von der Fraktion pro Köln.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Immerhin: Man hat was zu lachen. So kann man das zusammenfassen, was wir eben gehört haben zu diesem Anliegen von SPD und Grünen. Nun, ich muss mich einige Zeit zurückerinnern, dass der Antragsteller selbst in seiner mündlichen Begründung das eigentliche Anliegen ad absurdum geführt hat. Lieber Herr Bacher, im Karneval ist Verlass auf Sie, auch ohne Pappnase. Wir haben kräftig gelacht, dass Sie bei der Vorstellung hier Ihren eigenen Antrags quasi ablehnen - was ja auch vernünftig ist.

Interessant fand ich, dass der Sprecher der Grünen auch direkt gesagt hat, wo er sich diese Windradmonstren konkret vorstellt, im Kölner Norden oder im Kölner Süden. Selbstverständlich werden wir die Bevölkerung warnen vor dem grünen Wahnsinn, der uns in Köln droht. Denn immer, wenn Sie hier Gestaltungsmehrheiten haben, hören Sie einfach nicht auf mit dem Unsinn, nur weil Ihnen nichts wirklich Praktikables mehr einfällt, was die Bevölkerung tatsächlich von Ihnen erwartet. Es ist eben einzig die Fraktion pro Köln, die Dinge anspricht, die die Bevölkerung wirklich interessiert.

(Lachen von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

Sie machen hier fiktionale Politik. Sie sind in Ihrer Ideologie gefangen.

Es war aber auch insofern interessant, als wir vor kurzem vernehmen konnten, wie viele Überstunden in der Stadtverwaltung gemacht werden, wie hoch der Krankenstand in der Stadtverwaltung ist, wie stark die Mitarbeiter belastet sind. Sie lassen ständig Dinge prüfen, die allein schon aus fachlichen Gründen gar nicht geprüft werden müssen, eben weil sie hier nicht funktionieren. Aber so sind die Grünen. Ihnen kommt es auf die Propaganda an. Sie versuchen, Ihren Mitgliedern und Ihrer Klientel irgendwelche Aktivitäten zu vermitteln; aber um die wirklich wichtigen Anliegen kümmern Sie sich nicht. Stattdessen schlagen Sie Unfug wie diesen hier vor. Selbstredend werden wir von der Bürgerbewegung pro Köln dem natürlich nicht zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Brust noch einmal.

(Reinhard Houben [FDP]: Herr Brust zieht den Antrag jetzt zurück!)

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Ich muss noch ein paar Sachen richtigstellen. Es ist schon verwunderlich, dass die FDP hier jetzt allen Ernstes gegen Windanlagen argumentiert, indem sie behauptet, das würde zu mehr Pendlerverkehr führen.

(Beifall bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist das seltsamste Argument, das ich je gehört habe.

Zunächst einmal zu unserem Koalitionspartner: Lieber Götz Bacher, es ist richtig, dass im Klimaschutzkonzept etwas über Windenergieanlagen in Köln steht, aber anders, als du es eben vorgelesen hast. Da heißt es, dass, wenn wir das Ziel, 20 Prozent Erneuerbare bis 2020 erreichen wollen, wir das nicht alleine auf Kölner Gebiet erreichen können, sondern dass dafür natürlich auch Windanlagen im ländlichen Raum notwendig sind. Das ist auch völlig richtig. Aber das heißt im Umkehrschluss nicht, dass wir in Köln nicht eine einzige Anlage bauen dürfen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Du hast weiter gesagt, es werde wahrscheinlich bei der neuerlichen Untersuchung keine neuen Erkenntnisse geben. Auch das wird wahrscheinlich nicht so sein. Schon die damalige Untersuchung ergab, dass es geeignete Standorte gibt, zum Beispiel im Industriegebiet im Kölner Norden. Auch industriell genutzte Flächen sind ja für Windanlagen potenziell denkbar. Damit würde auch das Wohnen nicht gefährdet.

Der neue Windenergie-Erlass der Landesregierung eröffnet jetzt ganz neue Möglichkeiten. Damals, vor zehn Jahren, hatten wir einen schwarz-gelben Erlass, der darauf ausgerichtet war, Windanlagen zu verhindern. Mittlerweile haben wir aber mit dem neuen Erlass ganz andere Möglichkeiten, Flächen zu finden.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Keine rot-grünen Schweinereien hier, das geht nicht!)

Warum wir diesen Antrag stellen, habe ich eben versucht, zu erläutern. Die jetzige Lage ist einfach rechtswidrig. Es könnte jederzeit jemand Privates, der in Köln investieren will, dagegen klagen. Dem muss man einfach zuvorkommen.

Dafür ist es notwendig, eine saubere Planung vorzunehmen, indem wir nach dem neuen Windenergie-Erlass prüfen lassen, ob die ausgewiesenen Potenziale für neue Konzentrationszonen machbar und umsetzbar sind.

Das, was Frau Stahlhofen gesagt hat, nämlich wir wollten damit die Richtigkeit unseres Wahlprogramms überprüfen lassen, ist Unsinn. Richtig ist - das kann man nachlesen -: Die Landesregierung hat vom Fraunhofer-Institut untersuchen lassen, welche Flächen für Wind potenziell geeignet sind. Aber das heißt nicht, dass all diese Flächen auch unter Berücksichtigung aller anderen Gesichtspunkte geeignet sind. Was wir jetzt untersuchen lassen wollen, ist, ob unter Berücksichtigung aller anderen Gesichtspunkte noch geeignete Flächen übrig bleiben. Das zu prüfen, ist schlicht Aufgabe der Verwaltung, weil es sonst Klagen geben könnte.

Nun noch zu dem Argument, das sei unwirtschaftlich. Liebe FDP, es gab ja damals einen Investor, der in Köln bauen wollte. Der Mann wollte ja sicher nicht sein Geld verbrennen, sondern er wollte bauen und ist daran gehindert worden. Was wir erreichen wollen, ist doch nur, dass wir eine saubere Grundlage haben, damit Investoren, die bauen möchten, auch bauen können.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Kommen Sie jetzt bitte zum Ende!

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Ja. Das war es schon.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: So weit Herr Brust. - Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Ich habe nur eine Frage, Herr Oberbürgermeister, weil die Abstimmung vielleicht spannend wird. Nehmen Sie auch an der Abstimmung teil?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja, ich nehme daran teil.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP. Wer für den Änderungsantrag der FDP ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der FDP, die Fraktion pro Köln und die Fraktion der CDU.

(Reinhard Houben [FDP]: Und der OB!)

- Ich stimme so ab, wie ich es für richtig halte. - Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Änderungsantrag der FDP abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verbunden mit einem Prüfauftrag. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. -

(Ralph Sterck [FDP]: Das ist doch gegen Ihre Formulierung, Herr Oberbürgermeister!)

- Wie ich abstimme, entscheide ich. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herr Henseler, die Fraktion der Linken und Herr Zimmermann. Damit ist der Antrag angenommen, mit der Stimme des Oberbürgermeisters.

(Beifall bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Rat möge beschließen:

Der Rat bekräftigt die Aussage des Oberbürgermeisters aus seiner Vorlage zum integrierten Klimaschutzkonzept (DS 2567/2013, S. 6) bezüglich der ablehnenden Haltung zum Neubau großer Windkraftanlagen, "für den es weder die erforderlichen Flächen noch günstige Wind-verhältnisse gibt. Deshalb kann sich die Stadt Köln der Umsetzung dieses Zieles nur über Beteiligungen und Kooperationsprojekte der RheinEnergie AG außerhalb der Stadtgrenzen („Andasol“, Windparks etc.) nähern."

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit auf Kölner Stadtgebiet sinnvoll ein für Windturbinen attraktives Gebiet als Konzentrationszone ausgewiesen werden kann.

2. Das Ergebnis der Prüfung und konkrete Vorschläge für die Ausweisung einer geeigneten Fläche sind dem Stadtentwicklungsausschuss und dem Ausschuss für Umwelt und Grün zur Vorberatung und dem Rat vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. sowie den Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3.1.7:

3.1.7 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Weitere Auswertung des Masterplans zum Zwecke des Wohnungsbaus" AN/0191/2014

Herr Sterck, bitte.

(Stephan Götz [CDU]: Aber nicht das ganze Buch vorlesen!)

Ralph Sterck (FDP): Herr Götz, keine Angst; das tue ich nicht. Aber es ist immer gut, wenn man sich noch mal auf die Sachen besinnt, die wir hier schon gut gemacht haben.

Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben heute schon und auch in den letzten Sitzungen einige Debatten geführt, die immer wieder um die Frage kreisten: Wie schaffen wir Wohnraum in Köln? Das ist sicherlich die wichtigste Herausforderung, die wir in dieser Stadt zu meistern haben: für die Bevölkerung, die heute schon hier wohnt, aber auch für die Bevölkerung, die bis zum Jahre 2030 hinzukommen wird. Von 50 000 bis 100 000 mehr Einwohnern ist hier die Rede. Wir haben es heute schon von den Vorrednern gehört - Frau Moritz hat es gesagt, Herr Klipper hat es gesagt, Herr Houben hat es gesagt -:

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber Sie noch nicht!)

Das größte Problem, was wir haben, sind die Flächen. Das heißt, all die Konzepte, die wir hier besprechen - nachher steht noch das Stadtentwicklungskonzept Wohnen auf der Tagesordnung; wir haben vorhin schon über die GAG gesprochen; wir haben in der letzten Sitzung das kooperative Baulandmodell verbunden mit der Frage diskutiert, ob wir Sozialwohnungen subventionieren sollten -, sind gut und schön. Aber das Erste, was man haben muss, sind die Flächen.

Da kommt aus unserer Sicht auch dem städtebaulichen Masterplan für die Innenstadt eine große Bedeutung zu. Wir haben ihn am 5. Mai 2009 hier weitgehend einstimmig entgegengenommen. Er benennt sieben Leitprojekte, die sich immer noch ein bisschen dahinschleppen. Leider ist noch kein einziges Projekt umgesetzt. Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, dass die Themen des Wohnungsbaus aus dem Masterplan vor die Klammer gezogen werden.

Wir haben in der vorletzten Sitzung beantragt, das Grundstück Krefelder Straße, Ecke Innere Kanalstraße für den Wohnungsbau zu nutzen. Wir haben in der letzten Sitzung beantragt, die Erweiterung des Mediaparks - kein Vorschlag von uns, sondern ein Vorschlag von Albert Speer - umzusetzen. Beide Vorschläge sind Projekte aus dem Masterplan. Deswegen ist es gut, wenn man sich noch einmal anschaut, welche großen Potenziale wir haben. Auf Seite 139 sind die Maßnahmen zusammengefasst. Es gibt viele rote Flecken, wo noch zusätzlich gebaut werden kann. Ja, mit dem Masterplan wird auch zusätzliche Grünfläche geschaffen. Denken wir nur an die Verlängerung des Inneren Grüngürtels. Aber es gibt gerade auch für den Wohnungsbau noch viel Potenzial hier in Köln, und das ist Inhalt unseres Antrages.

Wir möchten, dass diese Potenzialflächen möglichst kurzfristig aktiviert werden, dass sie also nicht, wie im Masterplan vorgeschlagen, bis 2020, 2025 aufgeschoben werden. Wir wissen, dass wir gerade auch angesichts der zu erwartenden Entwicklung bis zum Jahre 2020 zusätzliche Wohnungen brauchen. Deswegen ist 2014 genau das richtige Jahr, um diese Entwicklungen anzustoßen.

Wir wollen eine Taskforce, die sich mit den einzelnen Grundstücken befasst und Vorschläge macht, wie man sie mit Zeit-Maßnahmen-Plänen umsetzen kann. Dazu hätten wir gerne vom Oberbürgermeister, von der Verwaltung bis zur letzten Sitzung in dieser Wahlperiode konkrete Vorschläge für alle Maßnahmen, die der Masterplan diesbezüglich vorschlägt.

Beim letzten und beim vorletzten Mal haben Sie bei jedem Grundstück ein Haar in der Suppe gesucht. Entweder gehe es gar nicht, wie bei der Krefelder Straße, oder wir sind, wie beim Mediapark, in einer weiteren Prüfschleife: über die Lenkungsgruppe Masterplan, über den Stadtentwicklungsausschuss, was viel Zeit kosten wird und wahrscheinlich über die Kommunalwahl hinausgeht. Jetzt geht es darum, klar zu sagen: Wir ziehen die Vorschläge zum Wohnungsbau aus dem Masterplan vor die Klammer und beauftragen die Verwaltung mit entsprechenden Prüfungen. Ich wäre dankbar, wenn wir dafür eine Mehrheit in diesem Rat finden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Sterck. - Herr Noack, bitte. Herr Noack spricht für die Fraktion der SPD.

Horst Noack (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Als ich den Antrag der FDP gelesen habe, musste ich als Stadtentwicklungsplaner feststellen: zu kurz gesprungen, Herr Sterck! Sie möchten die Verwaltung beauftragen, den Masterplan auszuwerten, um Wohnbauflächenreserven zu aktivieren. Wie Sie in der Begründung angeführt haben, ist dies ein Masterplan für die Innenstadt. Köln ist eine wachsende Stadt, aber nicht nur in der Stadtmitte, sondern auch in den Außenbereichen.

Wohnen ist unser wichtigstes Thema. Bereits in der Ratssitzung im Juli letzten Jahres haben wir daher die Verwaltung aufgefordert, Flächen für den Wohnungsbau unverzüglich zu identifizieren und baureif zu machen. Diese Initiative bezog sich - anders als Ihr heutiger Antrag, lieber Herr Kollege Sterck und liebe Kollegen von der FDP - nicht nur auf innerstädtische Areale, sondern auf die gesamte Stadt.

Selbstverständlich ist es nicht falsch, den städtebaulichen Masterplan Innenstadt daraufhin abzuklopfen. Nur, ich mache darauf aufmerksam: Der Masterplan, den wir haben, ist eine zweidimensionale Darstellung, der auch kleine Macken hat. Deshalb würde ich vorschlagen, die Verwaltung im Grunde zu beauftragen; aber wie schon bei Ihrem Antrag zum Masterplan Innenstadt aus der Dezember-Sitzung sind wir auch hier der Ansicht, dass die Lenkungsgruppe Masterplan und der Stadtentwicklungsausschuss die richtigen Adressen sind. Wir beantragen daher, den Antrag der FDP-Fraktion zur Beratung in diese Gremien zu verweisen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Also, ich finde es langsam ärgerlich. Dass der Vorwahlkampf dafür genutzt wird, sich zu profilieren, ist okay. Aber zur Flächenproblematik hat sich wirklich schon jeder hier im Rat geäußert. Das hast du ja gerade selbst gesagt, lieber Kollege Ralph Sterck. Da gibt es überhaupt kein Vertun. Es gibt einen Auftrag an die Verwaltung. Die Verwaltung hat schon einen großen Packen an Flächen zusammengesammelt, die sie in Kürze dem Rat vorstellen will.

Ebenso unangenehm finde ich, wenn hier immer wieder Dinge beantragt werden - ob von einer Bezirksvertretung oder von einem Ratsmitglied -, die eigentlich schon in der Bearbeitung sind. Wozu sollen wir uns damit beschäftigen? Lieber Kollege Sterck, die Regel ist doch wie folgt: Wir haben einen Masterplan, wir haben eine Lenkungsgruppe Masterplan, und in dieser Lenkungsgruppe wird fachlich beraten. Es hätte überhaupt nichts dagegengesprochen, wenn die FDP in der Lenkungsgruppe gesagt hätte: Liebe Gruppe, sollten wir nicht unsere Prioritätenliste mal ein bisschen neu strukturieren?

Ich bin aber trotzdem nicht in Sorge, weil ich weiß, dass die Verwaltung sehr tief in der Prüfung ist und uns in Kürze etwas vorlegen wird. Ob wir das jetzt verweisen oder es ablehnen oder dem zustimmen, macht den Braten nicht fett.

Der Antrag ist einfach überflüssig. Deshalb kann ich mich jedem Mehrheitsvotum anschließen, das hier gefunden wird. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Moritz. - Gibt es weitere Wortmeldungen? Pro Köln nicht? – Dann gibt es keine weiteren Wortmeldungen, und wir kommen zur Abstimmung.

Von Herrn Noack war faktisch ein Änderungsantrag gestellt worden, nämlich Verweisung in die zuständigen Gremien. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so angenommen. Das wird in den genannten Gremien behandelt.

Beschluss:

Gemäß Antrag von Ratsmitglied Noack verweist der Rat den Antrag der FDP-Fraktion zur weiteren Beratung in die folgenden Gremien:

- *Stadtentwicklungsausschuss*
- *Lenkungsgruppe Masterplan*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Das Boot ist voll: Neubelegungen für Asylbewerber nur noch nach Ratsbeteiligung"
AN/0179/2014

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Flüchtlingspolitik in Köln"

AN/0121/2014

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0252/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und er Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0267/2014

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Nachbarschaftskonzept für Flüchtlingsheime"

AN/0215/2014

10.1 Errichtung von Wohnhäusern auf städtischen Grundstücken zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien

2649/2013

behandelt

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3.1.9:

3.1.9 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Keine Einschränkung der Öffnungszeiten von Schwimmbädern der KölnBäder GmbH"
AN/0204/2014

Als Erster hat sich dazu Herr Ludwig gemeldet. Bitte schön.

Claus Ludwig (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Schwimmen gehen wird in Köln mehr und mehr zu einer Art Wissenschaft: Welches Bad ist zu welcher Stunde geöffnet? Dafür braucht man die Website der KölnBäder GmbH, und dafür werden wir wohl bald auch einen Twitterdienst brauchen, der darüber informiert, wann ein Bad offen ist.

Wenn die Pläne der KölnBäder GmbH - Herr Schmitt ist ja heute anwesend und wird gewiss gleich etwas dazu sagen - so bestehen bleiben, wird im gesamten Rechtsrheinischen an den Wochenenden nach 17 Uhr nur noch das Zündorfbad geöffnet sein, was ja nicht sonderlich zentral gelegen ist. Das heißt, alle müssen herüber in die Vorzeigeprojekte in der Innenstadt. Unserer Meinung kann und darf das nicht die Zukunft der Kölner Bäderlandschaft sein.

Wir müssen auch fragen: Für wen sollen die Schwimmbäder angeboten werden? Wir sehen hier eine Tendenz, nämlich dass die Schwimmlandschaft der KölnBäder GmbH eher flexiblen, mobilen Leuten angeboten wird, die - auch angesichts der Eintrittspreise - gar nicht so schlecht bei Kasse sind, Leuten, die sich durchaus einen

Urlaub leisten können und die bei Sauna- und Schwimmbadbesuchen auch ins Umland ausweichen oder zur privaten Konkurrenz gehen können. Aber für viele, die auf wohnortnahe Bäder angewiesen sind - wie Senioren, wie Kinder und Jugendliche -, werden eher Hindernisse aufgebaut.

Schon in dem Beschluss 2007, zunächst von einer Schließung der Bäder in Nippes, Weiden und Rodenkirchen abzusehen, wurde davor gewarnt, dass damit ein Rückzug aus den Veedeln eingeleitet würde. Ich glaube, diese Warnung bestätigt sich jetzt und ist nach wie vor aktuell. Mein Eindruck ist schon länger, dass man die Saunen in Wahn, in Höhenberg und in Zollstock unattraktiv macht, dass man in Kauf nimmt oder vielleicht sogar beabsichtigt, Stammgäste zu vergraulen, während gleichzeitig Werbekampagnen für das Stadionbad Lentpark und für das Agrippabad laufen, mit denen offenkundig versucht wird, die Kunden von diesen Bädern in die neuen Bäder zu lenken.

Natürlich ist jetzt keine Schließung angekündigt worden. Es geht nur um eine Kürzung der Öffnungszeiten am Wochenende, möglicherweise aber auch um die künftige Beschränkung des Ganzjahresbetriebs in mehreren Bädern. Aber diese Reduzierung der Attraktivität von Bädern hat Folgen, vielleicht auch keine ungewollten. Unsere Erfahrung in Nippes und Weiden war: Die Bäder wurden unattraktiver gemacht, das führte zu weniger Nutzerinnen und Nutzern, und das führte letztlich zu der Argumentation der Geschäftsführung der KölnBäder GmbH, diese Bäder würden sich nicht mehr wirklich lohnen, eine grundlegende Renovierung würde sich nicht lohnen, und später hieß es, der Erhalt würde sich nicht lohnen. So kann man natürlich auch agieren: erst seine eigenen Bäder unattraktiv machen und dies dann als Argument dafür anführen, dass man sie nicht mehr braucht.

(Beifall bei der Linken.)

Vielleicht können Sie gleich noch etwas dazu sagen, Herr Schmitt. Wir halten diese Art von Selffulfilling Prophecy für falsch. Die Nutzerinnen und Nutzer - das kann ich Ihnen sagen - sind richtig sauer. Es hatten sich nur wenige Leute vor dem Höhenbergbad hingestellt, um Unterschriften zu sammeln. Alle Nutzerinnen und Nutzer, die dort vorbeigekommen sind, haben unterschrieben. Alle Nutzerinnen und Nutzer, die sich geäußert haben, haben gesagt, sie befürchten, dass irgendwann eine Schließung des Bades bevorsteht. Das möchte ich jetzt nicht als Plan unterstellen, aber wir sehen diese Tendenz des Rückzugs. Auch die dort Beschäftigten haben Sympathien für diese Unterschriftenaktion geäußert, weil auch sie Angst haben um ihre Arbeitsplätze, weil auch sie nicht flexibel von einem Bad ins andere geschickt werden möchten.

Die KölnBäder GmbH argumentiert damit, dass die Kürzungen unausweichlich sind, weil die Verluste auf 19,4 Millionen Euro pro Jahr gedeckelt sind. Aber wohin führt diese Argumentation? Die Energiekosten steigen möglicherweise weiter. Die Personalkosten werden sicher steigen; denn wir haben dieses Jahr eine Tarifrunde im öffentlichen Dienst, wo hoffentlich eine Lohnerhöhung herauskommt. Die Zinsbelastung bleibt hoch wegen der Ausgaben für die Bäder Stadionbad, Lentpark usw.

(Beifall bei Teilen der Linken.)

Das Ergebnis ist: Wenn man diesen Deckel hält und verteidigt, wird es in Zukunft noch mehr Reduzierungen geben. Die Logik, die daraus folgt - die *Kölnische Rundschau* hat es in einem Kommentar ziemlich gut auf den Punkt gebracht -, ist: „Je geschlossener, desto billiger." Das kann doch aber nicht die Logik der öffentlichen Bäderversorgung in dieser Stadt sein.

(Beifall bei der Linken.)

Herr Schmitt und die Geschäftsführung der KölnBäder GmbH stellen diese Situation als alternativlos dar, als rein betriebswirtschaftliche Notwendigkeit und ohne jede Möglichkeit zur Diskussion. Wir meinen, das ist eine sportpolitische Entscheidung. Sie gehört in den Rat, sie gehört in den Sportausschuss. Das kann nicht allein betriebswirtschaftlich entschieden werden. Es muss eine Debatte mit den Nutzerinnen und Nutzern geben. Daher haben wir diesen Antrag heute gestellt. Wir wollen öffentlich darüber diskutieren: Welche Art von Bädern brauchen wir? An welchen Standorten? Wie sieht die Preisgestaltung aus?

Köln wächst. Es entstehen neue Kitas und neue Schulen. Aber die Bäder wachsen nicht mit. Die Wasserfläche von Nippes und von Weiden wurde zwar ersetzt, aber an weniger Standorten und mit weniger Streuung im Stadtgebiet. Jetzt wird

die Wasserfläche pro Stunde für den öffentlichen Betrieb eindeutig gekürzt. Das Problem ist doch von der Stadt längst erkannt: Jugendliche und Kinder müssen schwimmen lernen. Daraus folgt nicht Abbau, sondern Ausbau der Kapazitäten. Wir wollen nicht Bäder für eine mobile Minderheit, sondern gerade für die Menschen in den Veedeln, die darauf angewiesen sind. Daher noch einmal: Das muss politisch und öffentlich diskutiert werden. Stimmen Sie unserem Antrag zu, der zugleich ein Auftrag an die Aufsichtsratsmitglieder ist, die Rücknahme der Kürzung der Öffnungszeiten in Höhenberg und Zollstock durchzusetzen, und lassen Sie uns dann die öffentliche Debatte im Rat und in der Stadt führen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zu Herrn Philippi von der Fraktion der SPD.

Franz Philippi (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mal wieder ein Ratsantrag der Linken zum Thema Bäderlandschaft; das hatten wir ja schon das eine oder andere Mal. Das ist aus taktisch-strategischen Gründen nachvollziehbar, aus sachlich-fachlichen Gründen aber mehr als verwunderlich.

Ich fange mit Ersterem an: Es ist keine große Überraschung, dass sich die Linken auf das populäre Thema Schwimmbäder jetzt kaprizieren. Die Kommunalwahl steht vor der Tür. Seit Jahren stellen wir fest, dass Veränderungen in der Kölner Bäderlandschaft, seien sie auch zum Vorteil der Kölner Bürgerinnen und Bürger, reflexartigen Widerstand bei der Linken auslösen.

Wenn man sich allerdings an die Fakten hält, ist ein solches Verhalten nicht nachvollziehbar, womit ich zu den Gründen komme, warum der Antrag der Linken ins Leere zielt.

Erstens. Herr Ludwig ist seit einigen Jahren Mitglied im Aufsichtsrat der KölnBäder GmbH. Von daher ist sichergestellt, dass die Linke über die wesentlichen Angelegenheiten und Entscheidungen im Aufsichtsrat der KölnBäder informiert ist. Die Anpassung von Öffnungszeiten, seien es nun Einschränkungen oder Ausweitungen, sind in erster Linie Tagesgeschäft der Geschäftsführung. Gleichwohl ist der Aufsichtsrat natürlich zu informieren. Deshalb ist in Abstimmung mit den Vertretern von Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der FDP für Freitag, den 14. Februar, eine Sondersitzung des Aufsichtsrates anberaumt,

(Jörg Detjen [Die Linke]: Hört! Hört!)

wo wir uns alle noch einmal grundlegend zu diesem Thema informieren lassen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Aber erst mal nur wieder der Aufsichtsrat!)

Zweitens. Das Defizit der KölnBäder ist nicht gestiegen, sondern es wurde von ursprünglich prognostizierten 21,4 Millionen Euro in 2014 auf 19,4 Millionen Euro gedeckelt.

Drittens. Nach meinem jetzigen Kenntnisstand sind weniger die bedarfsorientierten Anpassungen zu kritisieren, sondern eher die Art und Weise der Kommunikation. Die Geschäftsführung der KölnBäder hat dort Veränderungen vorgenommen, wo nachgewiesen schwache Auslastungen vorliegen. Ich frage Sie nun: Welchen Sinn macht es, Bäder zu Zeiten offen zu halten, wo sie nicht oder kaum nachgefragt werden? Keinen. Denn dadurch wird das Defizit der Gesellschaft nur unnötig erhöht. Das Freizeitverhalten der Menschen, welches sich ständig verändert, muss entsprechend berücksichtigt und darauf reagiert werden.

Viertens. Die jüngsten Anpassungen beinhalten nicht nur Reduzierungen und Einschränkungen, sondern auch Erweiterungen. So sind zum Beispiel zusätzliche Warmbadetage in fünf Bädern eingeführt worden, und im Höhenbergbad wird freitags die Saunanutzung künftig länger möglich sein, nämlich bis 21 Uhr statt wie bisher bis 20 Uhr. Darüber hinaus werden die Öffnungszeiten am Wochenende rechtzeitig zu Beginn der Freibadesaison auf einen nachfrageorientierten Sommermodus ausgedehnt und umgeswitcht.

Fünftens. Gerade weil die Geschäftsführung der KölnBäder laufend Anpassungen aufgrund geänderter Kundennachfrage vornimmt, können wir in Köln ein bundesweit wirklich vorzeigbares Bäderangebot vorweisen. Die SPD hat sich in Köln in den vergangenen 15 Jahren immer wieder dafür stark gemacht, dass Schwimmen und Baden im Rahmen der Daseinsvorsorge zu stärken ist. 130 Millionen Euro haben wir gemeinsam in Sanierung und Neubau von Bädern investiert. Den Kölnerinnen und Kölnern, den Schulen und den Vereinen steht mehr Wasserfläche denn je zur Verfügung. 2,7 Millionen Besucher haben in 2013 die KölnBäder besucht; das sind 1 Million Besucher mehr als vor 15 Jahren. Meine Damen

und Herren, anderswo steht die Schließung von Schwimmbädern auf der Agenda, bei uns handelt es sich nicht um ein Bäderschließungskonzept, sondern um ein erfolgreiches und überzeugendes Bäderentwicklungskonzept.

Sechster und letzter Punkt. In diesem Kalenderjahr 2014 wird es bei den KölnBädern keine Gebührenerhöhung geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich fasse zusammen: Angesichts der objektiven Faktenlage werden wir als SPD-Fraktion den Antrag der Linken ablehnen. Ich hoffe, dass die Linke am kommenden Freitag in der Aufsichtsratssitzung die Gelegenheit nutzen wird, sich nochmals objektiv informieren zu lassen, und dann die entsprechenden Fakten vernünftig und ordentlich prüft.

Die Geschäftsführung der KölnBäder bitte ich, zukünftige Anpassungen, insbesondere auch Angebotserweiterungen, so zu kommunizieren, dass in der Öffentlichkeit nicht der falsche Eindruck entstehen kann, dass nur Kürzungen vorgenommen werden.

Schlussendlich: Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Sportausschuss und im Aufsichtsrat der KölnBäder werden weiterhin darauf achten, dass der erfolgreiche Weg der letzten 15 Jahre mit neuen und generalsanierten Bädern in Köln fortgesetzt wird. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: So weit Herr Philippi. - Als Nächster Herr Köhler von der CDU.

Andreas Köhler (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde mich auf einige wenige Punkte zum Antrag der Linken beschränken. Die Linken, insbesondere Herr Ludwig, sind ja hier im Rat und auch in anderen Gremien für ihre populistischen Anträge bekannt. Heute haben wir wieder einen Antrag aus dieser Kategorie.

Es scheint den Linken bzw. Herrn Ludwig entgangen zu sein, dass für Freitag, den 14. Februar 2014, eine Sondersitzung des Aufsichtsrates der KölnBäder GmbH einberufen worden ist. Sie ist einberufen worden auf Initiative von FDP und CDU gemeinsam mit den Kollegen von SPD und Grünen. Dazu ist von Ihrer Seite, Herr Detjen bzw. von Ihrem Fraktionskollegen, nichts gesagt worden. Es wäre wünschenswert, wenn Sie sich in die Diskussion im Aufsichtsrat endlich einmal einbringen würden,

(Zuruf von Claus Ludwig [Die Linke.])

anders als bisher, Herr Ludwig, wo Schweigen oder Nichtteilnahme Ihrerseits an der Sitzung die Regel waren.

(Beifall von Henk van Benthem [CDU] – Lachen bei Claus Ludwig [Die Linke.])

Die Diskussion, die Sie hier versuchen in den Rat zu schieben, werden wir am Freitag an geeigneter Stelle im Aufsichtsrat führen. Aus diesem Grund lehnen wir Ihren Antrag heute hier ab.

An dieser Stelle zu kritisieren ist aber trotzdem die schlechte Informationspolitik der KölnBäder GmbH. Weder in der Aufsichtsratssitzung im Dezember noch nach den Zeitungsberichten wurde der Aufsichtsrat offiziell über die geplanten Maßnahmen umfangreich informiert.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Da verraten Sie Geheimnisse, Herr Köhler!)

Darüber wird am Freitag zu sprechen sein.

Inhaltlich steht die CDU-Fraktion grundsätzlich nicht für weitere Leistungsreduzierungen in den Bädern zur Verfügung.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört! Hört!)

Dies wird es mit der CDU-Fraktion nicht geben.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört! Hört!)

Wir stehen für ein ortsnahes Schwimmangebot. Wir stehen zum Beispiel nicht dafür - das ist eben richtig zitiert worden -, dass am Sonntagnachmittag nach 17 Uhr im Rechtsrheinischen kein Schwimmangebot für öffentliche Schwimmer außer in Zündorf gemacht wird. Das kann es nicht sein, und das wird es auch mit der CDU nicht geben.

(Beifall bei der CDU und bei Jörg Detjen [Die Linke.] – Jörg Detjen [Die Linke.]: Herr Köhler, ich klatsche!)

Wer A sagt, muss auch B sagen. Wer zum Neubau von Schwimmbädern Ja sagt, muss für den Betrieb auch die finanziellen Mittel - das geht an Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von Rot-Grün und auch an Sie von der FDP - dafür zur Verfügung stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD, Grünen und FDP, Sie haben die Schließung der Bäder in Nippes und Weiden durchgesetzt. Wahrscheinlich werden Sie im Aufsichtsrat nun auch den Leistungseinschränkungen - vielleicht in abgespeckter Form, um das Gesicht zu wahren - zustimmen. Wer sich ein Museum vor dem Rathaus mit jährlichen Millionenzahlungen leisten will, sollte sich schämen, im gleichen Atemzug an den Bädern zu sparen.

(Beifall bei der CDU)

Dies wird es mit der CDU-Fraktion nicht geben. Wir werden die Diskussion im Aufsichtsrat am Freitag führen. Dann wird man weitersehen, wie die Diskussion in der Öffentlichkeit und eventuell auch hier im Rat fortgesetzt wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Köhler. - Wir kommen dann zu Herrn Richter. Bitte schön.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Wie Sie hören, bin ich ein bisschen erkältet. - Der Antrag der Linksfraktion ist zwar ein Zerrbild von der KölnBäder-Situation; gleichwohl haben wir damit die Möglichkeit, über Leistungsfähigkeit, Kosteneinsparungen und Entscheidungswege hier jetzt öffentlich zu sprechen. Denn dies ist sehr wohl ein Thema für den Rat, selbst wenn in dem Eingangsstatement vom Kollegen Claus Ludwig ein Zerrbild gezeichnet worden ist.

Was sind die Fakten? Um noch einmal den Rahmen für uns alle festzuhalten: 130 Millionen Euro investiert, 2,7 Millionen Besucher pro Jahr, Ausweitung von Angeboten, sozialverträgliche Eintrittspreise für Köln-Pass-Inhaber sowie Gruppentarife. Das alles zeigt, dass die KölnBäder ein gutes Angebot machen und das Gegenteil dessen sind, was Sie eben dargestellt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bei aller Leistungsfähigkeit und kommunalen Daseinsvorsorge stehen aber immer auch Kostendeckelungen und Ergebnisse im Fokus des Interesses. Es ist die einfache Frage: Wie viel soll eine Bäderlandschaft in Köln kosten? Was ist zumutbar? Was wollen wir uns leisten? Zurzeit haben wir jährliche Verlustübernahmen von 19,5 Millionen Euro. Jeder Badegastbesuch wird mit 7 Euro subventioniert. Das ist okay. Das wollen wir. Das liegt im Plan.

Gleichwohl sind in den letzten Jahren weitere Kosteneinsparungen gefordert und umgesetzt worden. Dies geschah meist geräuscharm und sehr prozessorientiert innerhalb der KölnBäder. Jetzt aber kommen wir langsam in Bereiche, wo der Bürger betroffen ist und wo wir öffentlich politisch diskutieren müssen, welche Konsequenzen sich daraus ergeben.

Zum Thema Öffnungszeiten: Die Reduzierung von Öffnungszeiten, ob gerechtfertigt oder nicht, muss immer kritisch und vor allen Dingen rechtzeitig politisch diskutiert werden. Dieses wichtige Thema gehört nicht per Pressemitteilung verkündet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gleichwohl müssen Fragen gestellt werden wie: Was ist zumutbar? Was ist leistbar? Was ist angemessen? Welche Szenarien gibt es, um die Kostenanforderungen zu erfüllen? Konkret: In die Schwimmbäder in Höhenberg und in Zollstock kommen am Wochenende nach 17 Uhr pro Stunde 12 bis 15 Besucher, um das attraktive Angebot zu nutzen. Man könnte also zu dem Schluss kommen, dass, wenn nur 12 bis 15 Menschen ein ganzes Badehaus nutzen, diese Zeiten nicht angenommen werden. Hier ist die Frage zu stellen: Ist es zumutbar, dass die Bürger an diesen Tagen in Kölner Bäder auf der anderen Rheinseite fahren, die bis 21 Uhr geöffnet haben?

(Andreas Köhler [CDU]: Da können sie mit dem Fahrrad hinfahren!)

- Mit dem Fahrrad, mit der Bahn oder wie du, Sportskollege, zu Fuß – die Frage ist: Ist es zumutbar?

Eine zweite Frage ist: Gibt es nicht Kompensations- oder andere Möglichkeiten, diese Kosten-

deckelung umzusetzen? Wir wollen prüfen, ob eine Reduzierung des Angebots der Vier-Jahreszeiten-Becken in einzelnen Bädern eine sinnvolle Möglichkeit ist; denn wir sehen bei den Energiekosten, die bei den KölnBädern immerhin 4,5 Millionen Euro im Jahr ausmachen, noch enorme Einsparpotenziale. Hier müssen wir öffentlich diskutieren: Ist es den Bürgern zumutbar, dass sie in einigen Bädern im kalten Winter darauf verzichten müssen, draußen im warmen Wasser zu schwimmen? - Soweit zur kommunalen Daseinsvorsorge.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein weiterer Themenbereich ist die Ergebniserwartung des Stadtwerkekonzerns. Wenn wir uns bewusst machen, dass wir zurzeit ein attraktives Bäderkonzept und eine gute Bäderlandschaft haben, müssen wir uns fragen, ob Ergebniserwartungen, Kostenumlagen und Sparvorschläge nicht erst im Vorfeld diskutiert werden müssen, bevor sie eins zu eins umgesetzt werden.

Sie sehen, das Thema ist weitaus komplexer als ein holzschnitzartiger Antrag, der skandalisiert und hier in den Rat eingebracht wird. Diese Szenarien mit den einzelnen Kostenvorlagen werden wir uns anschauen und sie dann entsprechend bewerten. Wir werden den Antrag ablehnen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Richter, und gute Besserung, was Ihre Stimme anbelangt. - Wir kommen zu Herrn Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn wir hier schon die Auseinandersetzung Arm gegen Reich führen müssen, sozusagen den sozialistischen Klassenkampf in den KölnBädern,

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Linksrheinisch gegen rechtsrheinisch!)

dann sind wir wirklich sehr weit gekommen. So weit ist es aber noch nicht, glaube ich. Vielleicht weiß die Linke noch nicht, dass es auch bei den KölnBädern den Köln-Pass gibt. Herr Ludwig, da haben Sie nicht aufgepasst.

(Henk van Benthem [CDU]: Da war er nicht da! - Gegenruf von Jörg Detjen [Die Linke.])

Herr Detjen, bei aller Liebe: Ich verstehe zwar - das würde ich ja auch probieren -, dass Sie meinen, diese Diskussion habe CDU, SPD, Grüne und FDP so verschreckt, dass sie sofort eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung einberufen mussten. So wichtig dürfen Sie sich aber auch nicht nehmen. Nein, wir lesen auch Zeitung, haben das gesehen und wollten das gerne im Aufsichtsrat diskutieren. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Herr Ludwig diesmal dabei ist. Dann können wir gerne mit ihm darüber diskutieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Vergleich mit der Bäderlandschaft in Nordrhein-Westfalen, aber auch in Deutschland stehen unsere Bäder sehr gut da. Wir haben in neue Bäder investiert, während in anderen Kommunen Bäder geschlossen worden sind. Wir sehen, dass diese Attraktivität von den Nutzerinnen und Nutzern angenommen wird. Die Zahlen wurden hier auch schon genannt. Das ist eine Erfolgsstory.

Die CDU hat bei diesen Investitionen mitgemacht. Das freut mich auch, lieber Andreas Köhler.

(Andreas Köhler [CDU]: Wer A sagt, muss auch B sagen!)

Jetzt machst du aber plötzlich auf Angela Merkel und schmiegst dich bei den Linken an. Da werden wir nicht mitmachen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der CDU: Oh!)

Das passt ja gar nicht zu der Kölner CDU. Nein, ihr könnt doch zu euren Entscheidungen stehen.

(Stefan Götz [CDU]: Das tun wir ja auch!)

Ich möchte einmal daran erinnern, dass es kurz vor der Kommunalwahl, als hier noch Herr Schramma saß, um das Ossendorfbad ging. Damals konnte es gar nicht schnell genug gehen, die Entscheidung zu treffen, das Bickendorfbad zu schließen und das neue Ossendorfbad zu beschließen. Das haben wir und auch die CDU gerne mitgemacht.

Jetzt, wo es anders nicht mehr passt, kommen Sie hier plötzlich noch einmal mit Weiden und Nippes heraus, meine Damen und Herren. Das ist Angela-Merkel-Kurs. So etwas brauchen wir im Rat nicht, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der FDP)

weil das nicht glaubwürdig ist. Als es euch mit Fritz Schramma gepasst hat, war es okay. Unter dem jetzigen Oberbürgermeister passt es euch offensichtlich nicht. Da soll es dann nicht okay sein. Das halte ich für keine stringente Argumentation.

(Andreas Köhler [CDU]: Ihr werden noch sehen, was euch auf die Füße fällt!)

- Ich will es ja nur sagen, Andreas Köhler. Du darfst gerne anderer Meinung sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vieles ist schon aufgezählt worden. Wir müssen uns aber auch anschauen, wann unsere attraktiven Bäder genutzt werden und wann sie nicht genutzt werden. Wenn sie am Samstagabend und am Sonntagabend ab 17 Uhr nicht genutzt werden, dann müssen wir darüber sprechen, ob es vielleicht Möglichkeiten gibt, das Ganze attraktiver zu gestalten.

(Andreas Köhler [CDU]: Aha!)

Das haben wir auch schon gemacht. Ich muss das Andreas Köhler, der gerade „Aha!“ gesagt hat, hier wohl noch einmal verdeutlichen. Er ist auch im Aufsichtsrat und weiß, welche Aktionen wir zum Beispiel in Saunen machen - auch im Rechtsrheinischen, auch in Porz.

Wenn die Leute trotzdem nicht kommen, muss man doch so ehrlich sein, zuzugeben, dass dieses Angebot nicht angenommen wird. Dann muss man die Bäder vielleicht auch früher schließen.

(Beifall bei der FDP)

Diese Regelung kommt auch dem wirtschaftlichen Betrieb der Bäder zugute.

Man darf es aber nicht so machen wie die Linken und schwärmerisch sagen: Es ist doch egal, ob zwei oder 100 Gäste kommen; Hauptsache, das Bad ist offen; es ist ja ein öffentliches Bad. - Das tut wohl der sozialistischen Seele gut, meine Damen und Herren. Nein, so können wir mit unseren Bädern nicht verfahren. Das sollten wir auch nicht machen.

(Andreas Köhler [CDU]: Mal sehen, ob das Museum auch geschlossen wird!)

Wir möchten uns gerne alles, was die Geschäftsführung jetzt vorgeschlagen hat, offen anschauen und sehen, was man da machen kann.

Aber eines kann ich für die FDP sagen: Nur weil jetzt Wahlkampf ist, zu sagen, dass wir für fünf Hansel so ein attraktives Bad geöffnet lassen, halten wir ökonomisch nicht für richtig.

(Beifall bei der FDP - Andreas Köhler [CDU]: Aber das Museum! Scheinheiligkeit! - Weitere Zurufe)

Bei aller Liebe: Ich hoffe, dass die CDU in den vielen Debattenbeiträgen - wir haben ja noch eine Ratssitzung - noch bessere Argumente finden wird, als immer wieder das Jüdische Museum hier vorzubringen - insbesondere bei den Bädern; denn sonst gehen Sie damit noch baden. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Als Nächster spricht Herr Uckermann von der Fraktion pro Köln. Bitte schön.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ein Schiff ist nicht nur für den Hafen da, und die Schwimmbäder sind zum Schwimmen da. Meine Damen und Herren, dass Sie aber schon seit Jahren Einschränkungen vornehmen, ist doch wohlbekannt. Auch wenn Sie das hier schönreden, weiß die Bevölkerung doch um die angesprochenen Standorte.

Die Bürgerbewegung pro Köln hat sich immer dafür eingesetzt, dass sie erhalten bleiben. Die anderen sind dann draufgesprungen. Herr Ludwig, Sie wollten dann auch ein bisschen mitmachen. Es ehrt Sie ja, dass Sie insgeheim Teile unserer Politik gut finden.

Allerdings habe ich eben viel Arroganz gehört. Beispielsweise wurde mit Betriebswirtschaft argumentiert. Konrad Adenauer hatte nun einmal das Konzept der Volksgesundheit. Dazu gehört, dass die Schwimmbäder vor Ort sind. Ich erinnere daran, dass immer weniger Kinder schwimmen können. 80 Prozent aller Neunjährigen können nicht mehr richtig schwimmen. Daher sind Badeunfälle in dieser Altersgruppe die häufigsten

Unfälle, die zum Tode führen. Das ist so, weil die Kinder nicht mehr schwimmen lernen können.

Natürlich gehört zur Nachfrage auch das Angebot. Wenn ein Schwimmbad um 18 Uhr zumacht, ist es doch logisch, dass um 17 Uhr keiner mehr dahin geht. Das sollten Sie bitte auch bedenken.

Außerdem sollten Sie einmal ein Wort darüber verlieren, wie es zu diesem Konstrukt gekommen ist. Sie reden immer von öffentlichen Bädern. Da könnte man den Eindruck haben, dass das Bäder der Stadt Köln sind. Die Bäder sind zwar in der Stadt Köln. Wir haben das Sport- und Bäderamt aber dahin gehend verändert, dass wir die Schwimmbäder in eine eigene GmbH überführt haben, die in den Stadtwerke-Konzern eingegliedert ist, um uns steuerlich besserzustellen. Schließlich ist klar, dass Sie ein Schwimmbad nicht betriebswirtschaftlich in dem Maße führen können, dass Sie damit Gewinne machen. Das hat man von Anfang an gewusst.

Natürlich ist es der KölnBäder GmbH gelungen, das eben angesprochene Defizit zu verringern. Der Eintrittspreis wird nicht mehr mit 80 Prozent subventioniert, sondern nur noch mit 40 Prozent, glaube ich. Der Geschäftsführer wird ja gleich etwas dazu sagen.

Das mag zwar alles richtig sein, meine Damen und Herren. In dieser Stadt ist aber für alles Mögliche Geld da. Im nächsten Jahr wird die Wahl des Oberbürgermeisters durchgeführt. Das ist vollkommen unnötig. Man hätte es zusammen mit der Kommunalwahl machen können. Das kostet 1 Million Euro. Da frage ich Sie ganz ehrlich - -

(Hans-Werner Bartsch [CDU]: Zum Thema!)

- Ja, natürlich ist das zum Thema. Es ist einfach die Frage, wie viel Service man der einheimischen Bevölkerung bieten möchte, anstatt immer nur Geld für Fremde auszugeben. Herr Bartsch, als Bürgermeister sollten Sie sich um die einheimischen Leute kümmern. Und Sie wissen genau, dass ein Schwimmbad, das für alle da sein soll, eben keine 50 Euro Eintritt nehmen kann - mit Sauna, Fitnessklub, Liegewiese und allem, was Sie da haben. Darum ist unser Appell natürlich, dass das in einem guten Gleichgewicht sein muss. Sonst können die Leute direkt ins Umland abwandern.

Ich darf auch noch den Hinweis geben, dass es Sportvereine gibt, die nicht mehr genug Wasserzeiten bekommen und Wasserflächen im Umland anmieten müssen, um Leistungssport zu betreiben.

(Zuruf von Henk van Benthem [CDU])

- Das ist die Realität in Köln, Herr van Bentschen. Das ist so.

Wenn Sie spontan in ein Schwimmbad gehen, merken Sie natürlich auch, dass für die normalen Breitensportler nicht mehr das ganze Bad zur Verfügung steht, dass die Grundschulen darin sind und dass nicht alle Becken gleichzeitig von den Leuten benutzt werden können, die Eintritt bezahlt haben. Das ist die Realität.

Sukzessive haben Sie die Leistungen schon immer mehr eingeschränkt. Es ist zu immer größeren Einschränkungen gekommen. Damit muss auch irgendwann einmal Schluss sein.

Wir von der Fraktion pro Köln fragen uns auch: Wenn der Rat das oberste politische Organ in dieser Stadt ist, warum sind wir dann nicht im letzten Sportausschuss in die Sache involviert worden? Wird in der KölnBäder GmbH - Herr Ludwig, Sie als Antragsteller sind da ja Mitglied im Aufsichtsrat - denn eine Geheimpolitik gemacht, also eine Nebenpolitik an den Volksvertretern und am Volkswillen vorbei? Obwohl heute eine Ratssitzung stattfindet, veranstalten Sie nächste Woche eine teure Sondersitzung, wie wir gehört haben. Sonst schimpfen Sie doch immer über Sondersitzungen. Bis heute haben Sie nicht gesagt, was Sie da überhaupt erreichen wollen. - Das sind Fragen über Fragen.

Selbstverständlich wird die Fraktion pro Köln dem Antrag des Kollegen Ludwig zustimmen. Gleichzeitig teilen wir auch mit: Herr Ludwig, wir werden Sie im Rat vermissen. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir machen keine zweite Runde auf. Sie können noch einige Anmerkungen machen - aber ohne eine zweite Runde.

Claus Ludwig (Die Linke.): Das kann ich auch von hier aus machen. - Herr Köhler, Sie haben ja versucht, Ihre eigentliche inhaltliche Zustimmung zu unserem Antrag unter Ihrer Kritik zu verstecken. Ich muss Sie aber doch korrigieren. Deswegen habe ich mich auch zu dieser persönlichen Anmerkung gemeldet.

Sie haben gesagt, dass bei Aufsichtsratssitzungen der Bäder GmbH meine Nichtanwesenheit oder mein Schweigen die Regel gewesen sei. Das weise ich zurück. Ich habe während der fünf Jahre dreimal gefehlt, davon zweimal wegen Krankheit entschuldigt. Und ich habe mich dort immer zu allen wichtigen Fragen, was die Öffnungszeiten, die Überstundenbelastung der Kollegen usw. usf. angeht, zu Wort gemeldet. Insofern ist das, was Sie hier gesagt haben, schlicht eine Unwahrheit.

Was die Beiträge der anderen Kolleginnen und Kollegen angeht, kann ich nur Folgendes sagen: Egal, was Sie uns vorgeworfen haben - Populismus oder unrealistisches Herangehen oder was auch immer -, haben Sie alle uns darin bestätigt, dass es absolut richtig war, diese Debatte politisch und öffentlich zu führen und nicht alleine auf der Aufsichtsratssitzung am kommenden Freitag. In der Tat gehört diese Debatte hier in den Rat und in die Öffentlichkeit.

(Beifall bei der Linken)

Herr Breite, zwölf Menschen pro Stunde im Höhenbergbad sind von 17 bis 21 Uhr 48 Personen. Dazu kommen noch die Leute, die vorher gekommen sind. Das sind etwas mehr als fünf Menschen. Und es sind vor allen Dingen keine Hansel. Wir werden die Leute daran erinnern, was Sie dazu gesagt haben. - Danke.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Auch wenn ich viele Beiträge hier inhaltlich teile, ist eines richtig: Dieses Thema gehört in den Rat, weil es die Bäder der Stadt Köln sind und weil die Bürger die Kunden sind.

Deshalb bitte ich auch darum, dass der Geschäftsführer der KölnBäder GmbH, der ja hier ist, noch einmal Stellung nimmt: a) zu dem Defizit, das derzeit bei 19,4 Millionen Euro liegt, und dazu, wo das Problem besteht, also wie viel er eigentlich konsolidieren muss, und b) dazu, wie er jetzt weiter vorgehen möchte und wie er das insbesondere in die Öffentlichkeit hinein kommunizieren möchte. Denn dass wir in den letzten Wochen ein Kommunikationsproblem haben, ist offensichtlich. Da haben wir hier gar keinen Dissens, glaube ich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das war eine Frage an Herrn Berthold Schmitt, den Geschäftsführer der KölnBäder GmbH. Bitte schön.

Berthold Schmitt (KölnBäder GmbH): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin froh, dass ich bei der heutigen Ratssitzung vor diesem Gremium einmal zu einigen Dingen Stellung beziehen kann. In der Summe ist von den Vorrednern fast alles gesagt worden. Auf das Thema Kommunikation werde ich gleich zum Abschluss vielleicht noch eingehen.

Lassen Sie mich am Anfang sagen, dass es für mich als Geschäftsführer einer städtischen GmbH natürlich nicht ganz einfach ist, hier Rede und Antwort zu stehen,

(Stefan Götz [CDU]: Warum?)

weil am Freitag eine Sondersitzung des Aufsichtsrats stattfindet. Und mein Berichtsgremium ist nun einmal der Aufsichtsrat. Das ist einfach so. Trotzdem bin ich in der Lage, hier noch einmal ein paar Zusammenhänge zu verdeutlichen.

Fest steht: Wir gehören wie alle Einzelunternehmen unter dem Dach der Stadtwerke zu einer Solidargemeinschaft, die unter anderem für die Sicherstellung des SWK-Beitrags zur städtischen Haushaltskonsolidierung verantwortlich ist und auch dazu beiträgt. Deswegen ist es auch überhaupt kein Widerspruch, dass wir zwar einerseits in der Daseinsvorsorge arbeiten und defizitär sind und andererseits auch wirtschaftlich tätig sein müssen. Das ist überhaupt kein Widerspruch.

Gerade für die städtischen Gesellschaften, die vom Ansatz her dauerdefizitär sind - wie auch der Nahverkehr; der Kollege Herr Fenske ist ja ebenfalls anwesend -, ist es gar nicht so einfach, alles so zu steuern, dass man schlussendlich hinkommt - zumal wir seit drei Jahren unter einer

sogenannten Budgetdeckelung sind -; denn die Rahmenbedingungen haben sich nun einmal dramatisch geändert. So erhalten wir plötzlich weniger Geld aus dem städtischen Haushalt für das Vereinsschwimmen. Dann kommt das ganze Thema Energieeinspargesetz auf uns zu. Das sind alles sechsstellige Summen, die wir zusätzlich erwirtschaften müssen. Wir müssen in dieser Solidargemeinschaft unter dem Dach der Stadtwerke unseren Beitrag leisten. Das tun wir gerne. Das ist auch selbstverständlich.

Es wurde der Vorwurf erhoben, wir machten nur noch die Bäder für Reiche und konzentrierten uns auf einige Standorte. Ich glaube, dass ich das beurteilen kann; denn ich bin gleichzeitig auch Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen. Dort sind alle 7 000 Bäder Deutschlands und alle Badbetreiber involviert. Bundesweit werden wir für unsere Bäderlandschaft absolut hoch geschätzt. Die Diskussionen, die hier stattfinden, sind wirklich Klagen auf allerhöchstem Niveau.

Worum geht es eigentlich bei dem, was wir als Geschäftsführung angeblich Böses gemacht haben? Wir reduzieren Angebote. Das hört sich erst einmal dramatisch an. In der Summe reden wir aber über ein Angebotsspektrum, das nicht einmal 1 Prozent unseres gesamten Angebots ausmacht. Wir machen ja nicht Vierjahreszeitenbecken komplett zu. Wir schließen sie in Zeitfenstern, in denen durchschnittlich sechs Personen diese Becken nutzen. Morgens von 6.30 Uhr bis 11 Uhr und dann noch einmal in den Spätstunden werden diese Becken überhaupt nicht genutzt. Drei, vier, fünf Schwimmer mögen dort sein; das ist richtig.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Damit geht aber die Qualität immer mehr verloren!)

- Herr Klipper, was Bäderstrukturen angeht, haben wir in Köln mehr Qualität als die meisten Städte in Deutschland.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Vergleichen Sie das nicht mit anderen Städten, sondern mit dem, was die Bürger von Ihnen erwarten! Nicht mit der Statistik!)

- Die Statistik kann man immer so auslegen, wie man das gerade möchte; das ist richtig.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wie ich sie selber gefälscht habe!)

Ich bin davon überzeugt, dass die Reduzierungen, die wir vorgeschlagen haben, durchaus verträglich sind.

Was den Zweischichtbetrieb in Höhenberg und in Zollstock angeht, wurden eben Unterschriftenlisten erwähnt. Mir sind solche Unterschriftenlisten gar nicht bekannt. Es gibt ganz wenige Proteste. Ich sage ehrlich: mehr in Zollstock als in Höhenberg. In Höhenberg ist mir bisher kein einziger Protest geläufig.

Ich bin sicher, dass wir im Rahmen unserer Vorgaben richtig handeln. Ich bin auch froh, dass wir am Freitag eine Aufsichtsratssitzung haben, bei der wir das noch einmal detaillierter darstellen werden und auch können.

Wie ich schon oft gesagt habe, sind wir als Badbetreiber angetreten. Wir sind nicht angetreten, um Bäder zu schließen, sondern um Bäder anzubieten.

Ich bin auch bereit, noch weitere Bäder zu bauen. Es muss aber auch klar sein, wer diese Bäder denn finanziert. Diejenigen, die sich für diese Bäder starkmachen, müssen dann auch einen Vorschlag machen, wie sie zu finanzieren sind.

Mittlerweile sind wir bei einem Verlust von 19,4 Millionen Euro. Unser Bäderangebot kann man damit halten. Die Herausforderungen werden in der nahen Zukunft nicht kleiner. Das muss man auch deutlich sagen. Das weiß jeder. Die Stadtwerke stehen natürlich auch mächtig unter Druck. Das ist so. Wir erklären uns da absolut solidarisch.

Lassen Sie mich noch einige Kennziffern zu der Entwicklung der letzten Jahre nennen. Wir haben heute über 1 Million Besucher mehr in den Bädern als noch vor 14 Jahren. Wir haben einen Zuschussbedarf pro Besucher von 7,09 Euro über alles. Zum Vergleich: Auf Bundesebene sind es 9,11 Euro. Wir sind mit unserer hochattraktiven Bäderlandschaft also über 22 Prozent besser als der Bundesdurchschnitt. Außerdem haben wir einen Kostendeckungsgrad von 55 Prozent. Als wir mit der GmbH in das Thema Bäder eingestiegen sind, hatten die Bäder der Stadt Köln noch einen Kostendeckungsgrad von 18

Prozent. Daran sieht man wohl, dass wir nicht ganz falsch gehandelt haben.

Wir hatten das ganz große Glück, unter dem Dach der Stadtwerke in den letzten 15 Jahren auch investieren zu können. Diese Investitionen tragen sich.

Ich wehre mich dagegen, dass wir eine Bäderlandschaft haben, die nicht flächendeckend ist. Wir haben übrigens noch - bis auf zwei Standorte, die bei der Gründung der KölnBäder GmbH im Jahr 1998 schon geschlossen waren, nämlich das Deutz-Kalker Bad und das Neptunbad in Ehrenfeld - die gleiche Anzahl an Bädern. Wir haben aber die Standorte massiv attraktiviert. Es gab in Köln noch nie so viel Wasserfläche zum Schwimmen wie heute. Die Besucher und die Bürger dieser Stadt stimmen ja irgendwo auch mit den Füßen ab. Unsere Zahlen sprechen Bände. Ich glaube, dass wir da auf einem guten Weg sind.

Wir werden in Zukunft sicherlich noch vor großen Herausforderungen stehen. Diesen Herausforderungen werden wir uns stellen. Wir werden natürlich versuchen - diese Zusage können Sie sehr ernst nehmen -, unsere Einnahmesituation zu verbessern und gleichzeitig die Ausgabesituation günstiger zu gestalten. Selbstverständlich versuchen wir, nach Möglichkeit so wenige Angebote wie nur irgend möglich zurückzunehmen. Wir hoffen darauf, dass wir dann auch durch Mehreinnahmen und durch Zusatzgeschäfte, die wir erschließen, unser Ergebnis halten. - Schönen Dank.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Sie wollten noch etwas zur Kommunikation sagen!)

- Ja, Herr Detjen; schönen Dank. - Die Geschäftsführung der KölnBäder GmbH hat im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2014 im Dezember 2013 mit allen sportpolitischen Sprechern, die bei uns im Aufsichtsrat sind, Gespräche geführt. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, dass es hier auch zu Leistungseinschränkungen kommen wird. Wir haben das nicht konkretisiert, weil wir es im Dezember 2013 noch nicht wussten. Irgendwo muss man uns ja auch die Chance geben, zu reagieren. Wir müssen übrigens sehr schnell reagieren, weil ich ein Einsparpotenzial realisieren muss. Das ist natürlich in elf oder zwölf Monaten leichter zu schaffen als dann, wenn ich jetzt noch ein halbes Jahr warten würde. Dann hätte ich nämlich nur sechs Monate, um es zu realisieren.

Insofern haben wir unsere Aufgabe, was Kommunikation angeht, auch erledigt, glaube ich. Die Aufsichtsratsmitglieder können sich das auch gerne noch einmal in den Protokollen von Viererausschuss und Aufsichtsrat ansehen. Auch da waren die Stichworte schon gefallen - zwar nicht konkret, was das Bad angeht; das gebe ich offen zu. Dass etwas in Richtung „Optimierung von Nutzungszeiten“ passieren wird, ist aber thematisiert worden. Und dass in der heutigen Zeit Optimierungen nicht in Richtung „mehr Angebote, mehr Wasserfläche“ erfolgen, konnte sich jeder selber ausrechnen, glaube ich.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Jetzt gibt es noch eine Frage von Herrn Frank. Danach kommen wir dann zur Abstimmung.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Noch ein Hinweis zur Kommunikation: Meine Vorstellung ist, dass eine Geschäftsführung erst den Aufsichtsrat informiert und dann, wenn man dort Einvernehmen hergestellt hat, eine vernünftige Kommunikationsstrategie gegenüber der Öffentlichkeit, insbesondere den Kunden, macht. Ich habe den Eindruck, dass es hier ganz anders gelaufen ist. Ich bin zwar nicht im Aufsichtsrat, aber beobachte das. Und das finde ich nicht optimal.

Berthold Schmitt (KölnBäder GmbH): Herr Frank, ich kann das nachvollziehen, was Sie gesagt haben. Gestehen Sie mir aber eines zu: Wie ich eben gesagt habe, reden wir hier über weniger als 1 Prozent unserer Wasserfläche, die es jetzt betrifft. Das ist in der Vergangenheit 15 Jahre lang Tagesgeschäft gewesen. Wir haben in diesen 15 Jahren aufgrund von Verschiebungen - Vereinsschwimmen, Schulschwimmen -, aufgrund von Schließungen von Bädern, aufgrund von Sanierungen usw. laufend bei den Öffnungszeiten Stellrädchen gedreht. Das war immer Tagesgeschäft.

Das, was wir jetzt machen, ist von seinem Umfang her genauso Tagesgeschäft wie das, was wir 15 Jahre lang gemacht haben. Und 15 Jahre lang waren diese Dinge nie Themen im Rat. Sie waren Gegenstand von Informationen und Mitteilungen im Aufsichtsrat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann gebe ich noch Herrn Henseler und dann Herrn Detjen das Wort.

(Henk van Benthem [CDU]: Nein!)

Zur Geschäftsordnung?

(Henk van Benthem [CDU]: Ja!)

Herr van Benthem.

Henk van Benthem (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich meine, dass wir jetzt alles gehört haben - sowohl aus den Fraktionen als auch von dem Geschäftsführer. Wir wollen im Aufsichtsrat weiter darüber reden. Wir sind erst bei Punkt 3.1.9 der Tagesordnung und haben noch ein ganzes Schiff vor uns. Offensichtlich wollen einige in Anbetracht der Tatsache, dass wir bald Wahlkampf haben, hier noch ein bisschen medial wirken.

Ich beantrage, die Diskussion zu beenden, über den Antrag der Linken abzustimmen und dann in der Tagesordnung weiterzumachen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dazu gibt es eine Gegenrede von Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, dem Antrag der CDU nicht zuzustimmen, da für dieses Thema an sich der Rat zuständig ist, hier aber eine Geheimpolitik in Aufsichtsräten betrieben wird. Wir können beispielsweise gar nicht nachvollziehen, was da getrieben wird.

Wir haben noch einige Fragen an den Geschäftsführer. Aus seinen Ausführungen heraus, die ja sehr informativ waren, habe ich noch weitere Fragen. Jetzt einfach abzubrechen, finde ich sehr unfair. Die Wähler haben uns schließlich gewählt, damit wir uns hier einbringen. Sie wollen wieder eine Debatte abwürgen. Das kann es nicht sein.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Alles klar. - Dann frage ich: Wer gegen die Beendigung der Debatte zum jetzigen Zeitpunkt ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion pro Köln und Herr Henseler. Wer enthält sich? - Enthaltung der Fraktion Die Linke. Damit ist die Debatte beendet. - Vielen Dank für Ihre Ausführungen, Herr Schmitt.

Nun kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Fraktion Die Linke. ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Die Linke., die Fraktion pro Köln und Herr Henseler. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Zimmermann ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Geschäftsordnungsantrag von Ratsmitglied van Benthem:

Der Rat beschließt, die Beratung zu beenden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln und gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

II. Beschluss gemäß Antrag der Fraktion Die Linke.:

Der Rat der Stadt Köln fordert die von ihm entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates der KölnBäder GmbH auf, darauf hinzuwirken, dass die von der Geschäftsführung des Unternehmens im Januar angekündigten Einschränkung der Öffnungszeiten in verschiedenen Bädern per Beschluss des Aufsichtsrates zurück genommen werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln, der Fraktion Die Linke. und gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) abgelehnt.

Anmerkung:
Bürgermeisterin Scho-Antwerpes übernimmt im Anschluss die Sitzungsleitung.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu:

3.1.10 Antrag von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann betreffend „Autofreier Sonntag - Autofreies Köln“ AN/0212/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0269/2014

Ich würde gerne Frau Scho-Antwerpes bitten, mich für kurze Zeit hier zu vertreten.

Ich kann aber schon einmal den ersten Redner aufrufen. Herrn Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Das steht noch anders im Redekonzept. Sehr geehrte Damen und Herren!

(Ralph Sterck [FDP]: Sehr flexibel, Herr Kollege!)

- Ja, und auch spontan.

(Ralph Sterck [FDP]: Da hat es hier schon andere gegeben!)

Zu unserem Antrag: Es geht um den autofreien Sonntag und ein autofreies Köln.

Im Jahr 2008 beschloss der Rat die Durchführung eines autofreien Sonntags in der Innenstadt. Dieser sollte laut Ratsbeschluss jährlich fortlaufend stattfinden, wurde aber nur 2009 noch einmal entlang der Rheinuferstraße durchgeführt. Diese Veranstaltung war mehr als Event angelegt und wurde furchtbar teuer. Daraufhin verzichtete die Verwaltung auf die weitere Durchführung autofreier Sonntage in Köln. Im Rat regte sich leider kein Widerstand gegen die Missachtung seines Beschlusses.

Natürlich gab und gibt es gute Gründe, auf die Stadt als Veranstalter autofreier Sonntage zu verzichten. Ein Grund dafür ist, dass es besser ist, wenn dieses Anliegen aus der Bevölkerung selbst heraus vorangetrieben und organisiert wird.

Der Tag des guten Lebens vergangenes Jahr in Ehrenfeld war ein Musterbeispiel für eine solche Graswurzelveranstaltung: Bei bestem Wetter feierten nach Polizeiangaben rund 100 000 Besucher ein Fest in einem nahezu autofreien Stadtteil und informierten sich an zahlreichen Ständen zu Verkehrs- und Umweltthemen, sozialen Bewegungen und Initiativen.

Es ist erfreulich, dass der Tag des guten Lebens dieses Jahr nun in zwei Stadtvierteln stattfinden wird: wieder in Ehrenfeld und erstmals in Sülz - beide Veranstaltungen übrigens jeweils mit großer politischer Unterstützung der zuständigen Bezirksvertretungen.

Im Einklang mit diesen begrüßenswerten Initiativen halten wir angesichts der sich immer weiter verschärfenden Klimakatastrophe ein Umsteuern weg vom Auto hin zu umweltfreundlichen Verkehrsmitteln für dringender denn je. Wir glauben, dass autofreie Tage in Köln in allen Stadtteilen, auch in der Innenstadt, für einen möglichen und gelebten Autoverzicht die beste Werbung sind.

Wir wollen die Verwaltung für diesen notwendigen Bewusstseinswandel in unserer Gesellschaft nicht aus ihrer Verantwortung entlassen.

In Punkt 1 unseres Antrags fordern wir die Durchführung eines autofreien Sonntags in der Innenstadt. Natürlich soll die Verwaltung dies nicht alleine machen. Aber die Stadt Köln ist aufgefordert, solche Initiativen besser zu fördern. Da könnte sie eigene Ideen entwickeln. Müssen wir von den Veranstaltern tatsächlich Gebühren nehmen? Wie können wir bei notwendigen Absperrungen mit Sach- und Personalleistungen helfen? Können nicht Firmen aus dem Stadtwerke-Konzern die Veranstaltungen besser sponsern? Oder kann die Stadt Köln nicht auch selbst als Partner auftreten?

In Punkt 2 versuchen wir, eine kostengünstige Möglichkeit aufzuzeigen. Warum sollten nicht bestehende Sperrungen bei Großveranstaltungen wie dem Köln Marathon einfach verlängert werden? Die Schilder und die Absperrungen sind schon da, die Umleitungs- und Wegekonzepte auch. An den Kosten könnte sich die Stadt beteiligen. Und schon wäre viel öffentlicher Raum wenigstens für einen Tag vom Autoverkehr zurückgewonnen.

Es freut uns übrigens, zu hören, dass die Veranstalter des Köln Marathons unserer Idee sehr positiv gegenüberstehen. Das passt ja auch inhaltlich gut zusammen. Es wäre eine Win-win-Situation.

Zu Punkt 3: Den Gebührenverzicht und die mögliche Bereitstellung von Ressourcen habe ich bereits erwähnt. Noch einmal zur Erläuterung: Es ist zum Beispiel nicht zu verstehen, warum Bürger, die ehrenamtlich ein nicht kommerzielles

Straßenfest veranstalten, nicht nur vom Halteverbotsschild bis zum Toilettenhäuschen alles selbst organisieren müssen, sondern, obwohl sie keinerlei Dienstleistung von der Stadt Köln erhalten, dafür auch noch mehrere Hundert Euro Gebühren entrichten müssen.

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]: Das müssen jeder kleine Verein und jeder Schützenverein auch!)

- Das ist auch bedauerlich.

(Lachen von Andreas Köhler [CDU])

Den Ersetzungsantrag von SPD und Grünen begrüße ich zwar, da ich bei der SPD ein gewisses Umdenken weg von der Autolobbypartei erkennen kann. Er geht mir aber nicht weit genug.

Liebe Grüne, ihr schreibt in eurer neuesten Ausgabe von *Rathaus Ratlos* in Bezug auf Begrüßung und Unterstützung autofreier Sonntage:

Dies beantragen Grüne und SPD im Rat am 11. Februar 2014.

Leider habt ihr es die letzten Jahre hier schleifen lassen. Na gut; das war vielleicht formal korrekt formuliert. Das Thema haben jedoch wir heute in den Rat gebracht.

Unser Antrag fordert die Verwaltung auch gezielter auf, sich mit gelebtem Klimaschutz in Köln auseinanderzusetzen. Bedrucktes Papier für einen besseren Klimaschutz haben wir in Köln genug. Nun gilt es, dieses Anliegen auch mit Leben zu füllen.

Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu. Wir sind gespannt auf die Ideen der Stadt Köln dazu. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Zimmermann. - Herr van Geffen, bitte.

Jörg van Geffen (SPD): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Antrag von Herrn Zimmermann geht inhaltlich in die richtige Richtung. Wir fragen uns nur, warum er an der Grenze des Stadtbezirks Innenstadt endet. Besserer Klimaschutz ist doch sicherlich für das gesamte Stadtgebiet und darüber hinaus wünschenswert.

Sehr geehrter Herr Zimmermann, wie man der Begründung zu Ihrem Antrag entnehmen kann, knüpfen Sie mit Ihrer Initiative an unseren rot-grünen Antrag aus dem Jahr 2008 an.

(Lachen von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

Ich möchte deshalb noch einmal in Erinnerung rufen, was wir mit unserem damaligen Antrag bezweckt haben und weshalb wir unseren Antrag von damals heute durch den vorliegenden Ersetzungsantrag weiterentwickeln möchten.

Mobilität betrifft uns alle. Doch meistens wird Mobilität als etwas Selbstverständliches angenommen. Die Wahl der Mittel zur Fortbewegung erfolgt dabei häufig ohne bewusstes Nachdenken. Aber es muss ja nicht immer zwingend das Auto sein.

Deshalb freuen wir uns über Initiativen aus der Bürgerschaft, in den Stadtbezirken einen autofreien Sonntag durchzuführen. Konkrete Beispiele hierfür liefern bislang Lindenthal und Ehrenfeld. Wir begrüßen dieses Engagement ausdrücklich und möchten, dass es nach besten Kräften durch die Bezirksvertretungen und die Verwaltung unterstützt wird.

Dass damit den europaweit rasant ansteigenden CO_2-Emissionen im Verkehrssektor entgegengewirkt wird, ist ein erfreulicher und maßgeblicher Aspekt; denn das Thema Klimaschutz stellt uns auch in Köln vor eine besondere Herausforderung.

Institutionen wie die KVB sollten dabei aktiv einbezogen werden, um so praktische Möglichkeiten aufzuzeigen, wie jeder Einzelne, jede Einzelne zur Senkung der CO_2-Emissionen beitragen kann.

Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren, die von uns bereits im Jahr 2008 genannten Ziele - neue Formen der Freizeitkulturen, Bewusstseinsänderung im Umgang mit umweltgerechter Mobilität, Gleichberechtigung aller Verkehrsarten, barrierefreier Zugang zu den unterschiedlichen Verkehrsmitteln, Stärkung Kölns als fahrradfreundliche Stadt, Gewinnung neuer Fahrgäste für den ÖPNV, Senkung der CO_2-Emissionen - werden durch die Initiativen aus der Bürgerschaft

hervorragend auf bezirklicher Ebene umgesetzt. Dies möchten wir nachdrücklich unterstützen. Deshalb bitte ich Sie, in diesem Sinne unserem Antrag zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr van Geffen. - Herr van Benthem, bitte.

Henk van Benthem (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, Sie machen mir heute Abend das Leben schwer.

(Zuruf von Susana dos Santos Herrmann [SPD])

- Das kriegen wir schon hin. - Als ich von meiner Fraktion gebeten wurde, zu dem Antrag von Herrn Zimmermann zu reden, habe ich mich hingesetzt und gedacht: Da bist du dagegen. Denn 24 Stunden Sperrung der Innenstadt halte ich im Hinblick auf Nachhaltigkeit und Luftverbesserung für viel zu kurz gegriffen.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Ich bin ja froh, Herr Thelen, dass Sie sich bewegen; das finde ich hervorragend. Aber warten Sie es ab; Frau Moritz, Sie auch. - Außerdem geht es in dem Antrag dann auf einmal um eine verkehrsfreie Innenstadt. Was machen wir denn mit den Bewohnern, die da sind? Sie werden schon genug belästigt.

Ich hatte also vor, den Antrag von Herrn Zimmermann abzulehnen. Das werde ich auch tun. Ablehnen alleine reicht aber nicht aus. Dann sitzt man da und denkt: Wenn du ihn ablehnst, musst du auch irgendetwas bringen, was positiv ist.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich denke, du wolltest unserem Antrag zustimmen!)

Da kam ich dann auf den Tag des Lebens in Ehrenfeld, der demnächst auch in Sülz stattfinden wird. Ich habe mir viele Dinge überlegt und eine tolle Rede geschrieben.

Und dann kommen Sie mit Ihrem Ersetzungsantrag um die Ecke. Da steht alles drin, was ich sagen wollte.

Wir haben heute ganz viele unsinnige Worte und Reden gehört. Ich mache es kurz: Wir stimmen Ihrem Antrag zu.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen - Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen - Gegenruf von Henk van Benthem [CDU]: Wenn ihr von den Grünen damit nicht klarkommt, nehme ich es wieder zurück! - Gegenruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Unsere Freude ist unermesslich!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr van Benthem. - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Der hier vorliegende Antrag von Deine Freunde ist grundsätzlich nicht falsch, wenn es darum geht, für eine klimafreundlichere Verkehrspolitik zu werben sowie das Bewusstsein für eine nachhaltige und auch komplett autofreie Stadt zu schärfen. Doch ganz neu ist die Idee des autofreien Sonntags nun wirklich nicht.

Ich spreche hier nicht von den ölkrisenbedingten Fahrverboten in den 70ern,

(Ulrich Breite [FDP]: Da hast du noch gar nicht gelebt! - Heiterkeit)

sondern von der Europäischen Mobilitätswoche, an der sich aufgrund der rot-grünen Initiative vor einiger Zeit neben München, Frankfurt und Berlin auch die Stadt Köln beteiligt hatte. So gab es bereits 2009 einen autofreien Sonntag - oder zumindest Veranstaltungen, die sich so nannten; denn wirklich autofrei war Köln bei dieser an den Weltkindertag angekoppelten Veranstaltung leider nie. Das bloße Absperren eines kurzen Teilstücks der Rheinuferstraße war dann doch eher Symbolpolitik als ernst gemeinter Klimaschutz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dass sich die Stadt hier wegen angeblich klammer Kassen - es geht um einen Betrag um ungefähr 50 000 Euro - komplett zurückgezogen hat, spricht leider auch für sich.

Bei dem vorliegenden Antrag hakt es allerdings an zwei Stellen. Erstens konzentriert er sich lediglich auf die Innenstadt. Zweitens bleibt das schon vorhandene große bürgerschaftliche Engagement teilweise unberücksichtigt. Aber gerade beim Klimaschutz muss es uns gelingen, die

gesamte Stadtgesellschaft mitzunehmen und einzubeziehen.

Deshalb haben wir auch unseren Änderungsantrag gestellt, in dem es unter Punkt 1 heißt:

> Entscheidend ist, dass solche Aktionstage im Rahmen der kommunalen Umwelt- und Klimaschutzpolitik durch das Bürgerengagement in den Stadtbezirken getragen werden.

Nicht nur in Ehrenfeld gibt es bereits ein entsprechendes Engagement von Bürgerinnen und Bürgern. Der Erfolg des letzten Jahres zeigt auch, dass ein so ambitioniertes Projekt wie der Tag des guten Lebens wunderbar gelingen kann. Auch ich freue mich schon auf den nächsten Tag des guten Lebens - dieses Jahr gleich zweimal, nämlich in Ehrenfeld und in Sülz. Auch dort wird sich zeigen, was alles möglich ist, wenn sich der öffentliche Raum einmal nicht dem Diktat des Autos beugen muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Bezirksvertretungen haben den Weg geebnet, damit diese Veranstaltungen stattfinden können. Die Bezirksvertretungen sind auch der richtige Ort, um diesen Tag zu beschließen.

Nun ist auch die Stadtverwaltung gefragt, um diese beiden Tage zu einem großen Erfolg werden zu lassen; denn natürlich bedarf es neben dem ehrenamtlichen Engagement auch der professionellen Unterstützung der Verwaltung, etwa bei den verkehrsorganisatorischen Maßnahmen wie Absperrungen und Umleitungen. Die Aufgabe der Stadt muss es in diesem Fall sein, lediglich unterstützend zu wirken und nicht von oben herab diesen autofreien Tag zu konzipieren.

In dem Antrag von Deine Freunde wird gefordert, diesen autofreien Tag nur in der Innenstadt stattfinden zu lassen. Aber gerade im Veedel kann das Bewusstsein für eine autofreie Mobilität geschärft werden. Eine einseitige Konzentration auf die Innenstadt könnte hier im Zweifel sogar kontraproduktiv wirken; denn wenn es uns gelingen soll, aktiven Klima- und Umweltschutz in Köln auch in den Köpfen zu verankern, müssen wir die Kölnerinnen und Kölner aktiv ohne Bevormundung beteiligen und sie bestmöglich bei der Umsetzung unterstützen.

Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag und damit für eine bürgernahe Klimaschutzpolitik in allen Veedeln. Vielleicht ist dann in ein paar Jahren ja auch einmal die komplette Stadt sonntags autofrei.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank. - Frau Kirchmeyer, bitte.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Henk, du hast mich maßlos enttäuscht.

(Heiterkeit bei der FDP und der CDU)

Uns liegen hier ein Prüfantrag und ein Begrüßungsantrag vor. Das möchte ich einmal vorwegschicken.

Der Prüfantrag kommt von Deine Freunde. Er ist abgeschrieben, und zwar aus dem Klimaschutzkonzept:

> (Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Jetzt hat er einmal etwas Richtiges gesagt!)

Seite 32, zweiter Absatz - ganz simpel. Damit haben wir das schon einmal abgefrühstückt.

(Ulrich Breite [FDP]: Nein, Herr Zimmermann!)

In Punkt 2 dieses Antrags steht, dass die Verwaltung prüfen soll, ob bestehende Sperrungen bei Großveranstaltungen wie dem Köln Marathon nicht verlängert oder ausgeweitet werden könnten. Beim letzten Köln Marathon hatten wir schon anderthalb oder zwei Tage lang eine relativ große Sperrung in der Innenstadt. Wir könnten natürlich auch einen autofreien Sonntag am Rosenmontag fordern. Aber was machen wir dann mit dem Rosenmontagszug? Es gibt noch eine weitere Großveranstaltung in der Innenstadt, die im Sommer stattfindet. Dann ist die Innenstadt auch sozusagen autofrei. Ich weiß also nicht, was wir mit noch einem autofreien Sonntag in der Innenstadt sollen.

In diesem Zusammenhang frage ich mich natürlich auch, was wir denn mit den - bisher nur wenigen - Elektroautos machen. Das sind doch

auch Autos. Sie verursachen keine lokalen Emissionen. Müssen sie trotzdem stehen bleiben? Dann können wir die Forderung nach mehr Elektroautos eigentlich auch in die Tonne kloppen.

Der Tag des guten Lebens wurde hier sehr positiv dargestellt. Es gab aber auch viele negative Stimmen.

Außerdem wurde argumentiert, dass die Veranstalter des Köln Marathons das positiv sehen und davon begeistert sind. Das, was heute dazu in der Zeitung stand, kann man auch anders lesen. Ich weiß also nicht, ob das sich so sagen lässt.

Das Bewusstsein soll geschärft werden. Ja, das könnte man meinen. Aber sonntags ist ohnehin wenig Verkehr auf den Straßen, weil alle zu Hause sind. Es sind ja kaum Leute unterwegs. Und ich weiß nicht, ob man mit diesem einen Tag unbedingt das Bewusstsein schärft, weil sonntags viele mit dem Fahrrad fahren oder zu Fuß gehen und gar nicht das Auto benutzen.

Im Antrag von Rot-Grün werden die Initiativen in Ehrenfeld und Lindenthal begrüßt.

Meine Damen und Herren, wir werden heute weder prüfen noch begrüßen. Wir werden beide Anträge ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Kirchmeyer. - Herr Schiele.

Karel Schiele (pro Köln): Frau Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste auf der Tribüne und vor den Bildschirmen! Bitte gestatten Sie mir, mich kurz mit dem Antrag des Herrn Zimmermann zu befassen.

In dem vorliegenden Antrag wird als Begründung für die Ausweitung der Fahrverbote in Köln - das sollte man auch so benennen; es sind tatsächliche Fahrverbote - das Schärfen des öffentlichen Bewusstseins für einen ausgeweiteten Klimaschutz genannt.

Nicht oft genug kann man darauf hinweisen, dass nicht der Autoverkehr, sondern der Schiffsverkehr an der erhöhten Luftbelastung durch Feinstaubpartikel maßgeblich beteiligt ist. Die auf dem Rhein fahrenden Dampfer und Lastschiffe stoßen durch ihre Dieselmotoren wesentlich größere Mengen an Feinstaub in die Luft aus als die Motoren, die in den Autos verwendet werden. Dabei werden die Automotoren im Unterschied zu den Schiffsmotoren zusätzlich mit Feinstaubfiltern ausgerüstet - um nur ein Beispiel von vielen zu nennen. Wir könnten uns hier noch viel länger darüber unterhalten, was eigentlich der Verursacher der Luftverschmutzung in Köln ist.

Allein diese Tatsache führt Ihren Antrag ad absurdum, Herr Zimmermann. Lassen Sie mich aber noch zwei weitere, nicht weniger wichtige Gegenargumente vortragen.

Unsere Stadt lebt nicht zuletzt von der durch unsere Bürger geleisteten Arbeit und den von ihnen gezahlten Steuern. Ein wesentlicher Teil der Arbeit wird im Dienstleistungsgewerbe und in der Gastronomie erbracht, wobei die Arbeitszeiten bis spät in die Nacht gehen. Man muss kein Kriminologe sein, um zu wissen, dass Fahrten mit der U-Bahn in den nächtlichen Stunden nicht zu den sichersten Vergnügen in dieser Stadt zählen.

Herr Zimmermann, wollen Sie einer jungen Studentin, die als Kellnerin jobbt, oder einem jungen Mann, der in einem Bäckereibetrieb arbeitet, eine Fahrt mit der U-Bahn nachts um 3 oder 4 Uhr zumuten? Es entzieht sich zwar meiner Kenntnis, was Ihre Freunde um diese Tageszeit machen. Ich kann mir aber gut vorstellen, dass sie nicht dem von mir genannten Personenkreis angehören. Sonst würden Sie einen solchen Vorschlag wahrscheinlich gar nicht machen wollen.

(Beifall bei pro Köln)

Mit diesem Antrag wird ein weiterer Versuch gestartet, die Bürger Kölns noch mehr zu reglementieren und weiter zu bevormunden. Der Auto fahrende Bürger fällt hier besonders ins Visier der Stadtverwaltung. Ob Steuern, Gebühren oder schriftliche Verwarnungen - knallhart und gnadenlos wird er zur Kasse gebeten. Dabei werden der Fantasie der städtischen Bediensteten bei der Erfassung neuer Einnahmequellen keine Grenzen gesetzt.

Wenn sich der Bürger die Freiheit schon teuer erkaufen soll, muss ihm die Freiheit im Endeffekt auch gewährleistet werden. Immer wieder werden die Rechte und die Freiheiten der Bürger auf allen Ebenen Deutschlands auf den Prüfstand gestellt. Ob Bund, Land oder Kommune - da ziehen alle an einem Strang. Wir sollten uns dagegen verwahren, die im Grundgesetz verbrieften Freiheiten immer weiter einzuschränken. Eine solche Handlungsweise ist in den totalitären und

diktatorisch regierten Staaten üblich, passt aber definitiv nicht in die Demokratie.

Die Freiheit ist ein hohes Gut, das pro Köln unermüdlich verteidigt und verteidigen wird. Das kann ich dem Bürger heute versprechen. Es sollte aber auch die Aufgabe dieses Hauses werden. Die Fraktion pro Köln appelliert deshalb an den Kölner Rat, sich heute wie auch in Zukunft von Anträgen wie diesem, die die Freiheiten beschneiden und ideologisch motivierte Regelungen oktroyieren, zu distanzieren. Der Kölner Bürger würde dies begrüßen. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Linksfraktion hält es grundsätzlich für eine gute Idee, durch einen autofreien Sonntag in der Innenstadt den Einstieg in eine Diskussion zu schaffen, die am Ende eine Vision hat, nämlich die Vision, dass wir an jedem Tag und nicht nur am Sonntag eine autofreie Innenstadt haben.

(Beifall bei der Linken)

Meine Damen und Herren, ich kann schlecht nachvollziehen, dass Rot-Grün auf den Antrag von Herrn Zimmermann einen Antrag drauflegt. Ein Einzelvertreter hat hier meiner Meinung nach eine sehr gute Idee eingebracht. Er hat in diesem Antrag geschrieben, dass er es für wichtig hält, den autofreien Sonntag in der Innenstadt durchzuführen. Jetzt wird hier so getan, als sei es eine Benachteiligung der Außenbezirke, wenn der autofreie Sonntag in der Innenstadt durchgeführt würde.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass das die Intention ist, die Herr Zimmermann mit seinem Antrag verfolgt. Vielmehr geht es darum, dass es diese positive Erfahrung in Ehrenfeld beim Tag des guten Lebens gab. Da ist es völlig richtig und nachvollziehbar, dass man sagt: Jetzt probieren wir das einmal in der Innenstadt. - Die Innenstadt ist nun einmal der zentrale Stadtteil in Köln. Daher ist es richtig, das in der Innenstadt zu machen.

Deswegen werden wir auch dem Antrag von Herrn Zimmermann folgen, meine Damen und Herren.

Ich möchte hier einen weiteren Aspekt einbringen. Am vergangenen Freitag gab es im Stadtwerke-Konzern eine sehr interessante Diskussion zum Thema „kommunale Daseinsvorsorge“. Dabei wurde natürlich unter anderem über den Verkehr diskutiert. Allgemein wurde festgestellt, dass die kommunale Daseinsvorsorge in der Bevölkerung relativ wenig wahrgenommen wird.

Meine Damen und Herren, meines Erachtens wäre es sinnvoll, dass wir die KVB auffordern, im Zusammenhang mit dem autofreien Sonntag in der Innenstadt progressiv und aktiv auf die Bevölkerung zuzugehen und dafür zu werben. Herr Fenske ist leider im Moment nicht da. Ich werde ihn nachher noch einmal darauf ansprechen und ihm sagen, dass ein autofreier Sonntag auch etwas ist, bei dem man die kommunale Daseinsvorsorge noch einmal richtig gut in den Vordergrund spielen kann.

Meine Damen und Herren, ich bitte also um Unterstützung für den Antrag von Herrn Zimmermann. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Weisenstein. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe keine.

Dann lasse ich zunächst über den Ersetzungsantrag abstimmen. Wer ist gegen diesen Ersetzungsantrag? - Das sind die FDP, pro Köln, Herr Zimmermann, Herr Henseler und die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Somit hat sich die Abstimmung über den Antrag von Herrn Zimmermann „Autofreier Sonntag - Autofreies Köln“ erledigt. Das Ergebnis ist Ihnen bekannt, Herr Zimmermann.

Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. *Der Rat begrüßt Initiativen aus der Bürgerschaft, in den Stadtbezirken einen „auto-*

freien Sonntag“ durchzuführen. Insofern begrüßt der Rat auch die Beschlüsse der Bezirksvertretungen Lindenthal vom 03.02.2014 und Ehrenfeld vom 28.01.2013.

Entscheidend ist, dass solche Aktionstage im Rahmen der kommunalen Umwelt- und Klimaschutzpolitik durch das Bürgerengagement in den Stadtbezirken getragen werden.

2. *Der Rat bittet die Verwaltung entsprechende Initiativen, die auf Basis bürgerschaftlichen Engagements mit Beteiligung der jeweilig zuständigen Bezirksvertretungen vorbereitet werden, im Rahmen des Möglichen zu unterstützen, z.B. Durchführung der notwendigen verkehrsorganisatorischen Maßnahmen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln, der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann rufe ich auf:

3.1.11 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Fachtagung zur organisierten Kriminalität mit Oberstaatsanwalt a. D. Egbert Bülles“
AN/0181/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte, Frau Wolter.

Judith Wolter (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Egbert Bülles ist eine Person, die über jeden Verdacht des Rechtsextremismus erhaben ist. Mehr als 30 Jahre lang verfolgte er als Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt in Köln verbrecherische Organisationen aller Art.

Nach seiner Pensionierung im März 2012 schrieb er das viel beachtete Buch „Deutschland, Verbrecherland?“. Darin benennt er schonungslos die Schwächen der deutschen Verbrechensbekämpfung.

Er konstatiert einerseits, dass die Kriminalität in den letzten drei Jahren um 40 Prozent gestiegen ist. Gleichzeitig wird bei den Strafverfolgungsbehörden Personal abgebaut, anstatt die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Vor allem aber kritisiert Herr Bülles, dass nicht offen darüber berichtet werde, dass organisierte Kriminalität Ausländerkriminalität sei. Er fordert daher, dass man bei Berichten über Kriminalität die Nationalität der Täter oder den Migrationshintergrund nennen solle. Wenn Sie zum Landgericht Köln gehen, werden Sie feststellen, dass die Straftaten, die da verhandelt werden, überwiegend von Ausländern begangen werden, so Bülles.

Wir sind der Auffassung, dass Herr Bülles ein geeigneter Experte für eine Fachtagung zum Thema „Schutz der Kölner Bevölkerung vor organisierter Kriminalität“ ist. Genau dieses beantragt pro Köln hiermit.

Ebenso wie Herr Bülles sind wir der Auffassung, dass man die Nationalitäten der Täter nicht verschweigen darf. Man muss klar benennen, dass offene Grenzen auch bedeuten, dass die organisierte Kriminalität zum Beispiel aus Rumänien und Bulgarien nach Deutschland kommt. Nur wenn man diese Probleme offen anspricht, kann man sie auch lösen. Das Verschweigen und Negieren, das die Political Correctness vorschreibt, steht der Kriminalitätsbekämpfung letztlich im Wege.

Wenn Herr Bülles darauf hinweist, dass man auch die Ursachen erforschen muss, die bei den einzelnen Tätern zur Strafbarkeit geführt haben, ist das ebenfalls richtig. Er stellt richtigerweise fest, dass ein Zusammenhang zwischen mangelnder sozialer Integration und Kriminalität besteht.

Natürlich hat Herr Bülles auch Recht, wenn er feststellt, dass Rumänen oder Bulgaren oder auch Menschen anderer Nationalität nicht von vornherein krimineller sind als wir. Das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich festhalten. Davon sind wir bei pro Köln ebenfalls überzeugt. Man muss aber feststellen dürfen, dass bestimmte Straftaten in der Regel von bestimmten Ethnien begangen werden.

Für uns muss die Sicherheit der Kölner Bürger an erster Stelle stehen. Daher plädieren wir dafür, die Bevölkerung in die Fachtagung mit einzubeziehen. So können wir alle von den Fachkenntnissen des Herrn Bülles profitieren. Einerseits kann die Kriminalität besser bekämpft werden. Andererseits können wir gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zur Prävention leisten, indem wir die Bürger besser informieren, damit diese sich besser schützen können. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe keine.

Dann lasse ich über diesen Antrag abstimmen. Wer ist für den Antrag? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

Eine Fachtagung mit dem bekannten Buchautor und Oberstaatsanwalt a. D. Egbert Bülles zum Thema: „Schutz der Kölner Bevölkerung vor organisierter Kriminalität“ zu organisieren und durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – abgelehnt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf:

3.1.12 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Kölner Sozialbericht über Lebenslagen und Integration endlich erstellen“
AN/0213/2014

Ich darf Frau Beigeordnete Reker bitten, Stellung zu nehmen. Bitte, Frau Reker.

Beigeordnete Henriette Reker: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerne beantworte ich hier die im Antrag der Linken gestellten Fragen. Ich möchte das kurz tun und Sie darüber informieren, dass in der nächsten Sitzung des Stadtvorstandes über die Wiederbesetzung der Sozialplaner-Stelle im Dezernat V beschlossen werden wird. Angesichts der Signale, die mir zugetragen werden, bin ich zuversichtlich, dass dies auch gelingen wird.

Die kommunale Sozialplanung wird, wie Sie wissen, vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales auch zunehmend eingefordert.

Ich komme damit zu Punkt 2 des Beschlussvorschlags des Antrags. Das Amt für Stadtentwicklung wird zukünftig mit einem Monitoringsystem arbeiten. Für den Stadtbezirk Mülheim wurde dieses kleinräumige interdisziplinäre Betrachtungsverfahren bereits vorgenommen. Es ist dem Stadtvorstand als Pilotprojekt vorgestellt worden und mit einigen Anregungen an das Amt für Stadtentwicklung zurückgegangen.

Das Monitoringsystem für die Gesamtstadt ist als Prototyp fertiggestellt. Enthalten ist auch das Handlungsfeld Soziales.

Hier schließt sich der Kreis; denn die Aufgabe des Sozialwissenschaftlers bzw. der Sozialwissenschaftlerin aus dem Sozialdezernat wird es sein, hier Daten zuzuliefern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist vorgesehen, das Monitoringsystem dem Stadtentwicklungsausschuss, der es ja in Auftrag gegeben hat, in der zweiten Jahreshälfte vorzustellen.

Dann wird auch zu entscheiden sein, ob es weiterhin umfängliche informierende Berichte, wie es ein solcher Lebenslagen- und Integrationsbericht ist, geben soll oder ob dem vielfach geäußerten Wunsch nach der Eindämmung der Berichtsflut Rechnung getragen werden soll; denn der Zugriff für jeden, den es interessiert und der damit arbeiten will, ist durch die kleinräumigen Informationen des Monitoringsystems möglich. Damit wird man sehr genau darauf abzielen können, ohne einen großen, sehr umfassenden Bericht durchsehen zu müssen. Ich denke, dass die Verwaltung Ihnen das dann vorschlagen wird. - Vielen Dank.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Frau Beigeordnete. - Frau Stahlhofen, bitte.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Vielen Dank, Frau Bürgermeister. - Frau Reker, Ihre Worte vernehme ich gerne. Doch ich glaube es erst, wenn es dann wirklich so weit ist.

Sie haben Recht. Den ersten Punkt unseres Antrags nehmen wir an dieser Stelle zurück.

Den zweiten Punkt zum Berichtswesen werden wir trotz alledem aufrechterhalten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nämlich daran erinnern, dass im Juni 2005 der vorläufig letzte Sozialbericht der Stadt Köln vorgestellt wurde. Dieser Bericht, der auf den Zahlen von 2004 basiert, beginnt mit den Worten:

> Mit dem vorliegenden Sozialbericht veröffentlicht die Stadt Köln nach sieben Jahren eine neue Untersuchung über Sozialhilfebedürftigkeit und andere Bedarfslagen.

Die Vorstellung dieses Berichts wurde mit der Hoffnung verbunden, nicht erneut sieben Jahre warten zu müssen. Gut Ding braucht Weil; keine Frage. Aber sieben Jahre? Nein, diesmal warten wir schon neun Jahre. Nach den Ausführungen von Frau Reker befürchte ich, dass wir auch noch ein bisschen länger warten müssen.

Ich denke, dass wir aufgrund der Situation, die sich in diesen neun Jahren in dieser Republik dargestellt hat - durch die Einführung von ALG II hat sich die materielle Situation vieler Familien extrem verschärft; mit der Folge, dass die Armut von Kindern extrem gestiegen ist -, nicht nur Fakten und Analysen brauchen. Nein, wir brauchen in der Tat einen Bericht dazu, damit wir auch tatsächlich eine Handlungsempfehlung erarbeiten können.

Ich freue mich ja darüber, dass die Verwaltung jetzt tätig wird und dass auch die Stelle wiederbesetzt wird, damit diese Arbeit vorangehen kann.

Wir halten unseren Antrag im Punkt 2 also aufrecht. Und wie schon am Anfang gesagt: Ich glaube es erst dann, wenn der Bericht wirklich vorliegt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Stahlhofen, habe ich es richtig verstanden, dass der Punkt 1 für Sie damit erledigt ist?

(Gisela Stahlhofen [Die Linke.]: Der ist erledigt!)

- Der ist erledigt. Dazu hat Frau Reker ja Stellung genommen. - Und beim Punkt 2 bitten Sie um Zustimmung?

(Gisela Stahlhofen [Die Linke.]: Ja, bitte!)

- Okay. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe keine.

Dann lasse ich über den Antrag in dieser Form abstimmen. Wer ist gegen diesen Antrag? - Das sind die CDU, die FDP und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Beschluss:

Der Rat beschließt:

Der Sozialplaner/die Sozialplanerin soll aus den in Kürze zu erwartenden Daten, Indizes und Erhebungen aus dem Monitoring Stadtentwicklung regelmäßig den am 08.11.2007 einstimmig vom Rat der Stadt Köln beschlossenen „Lebenslagen- und Integrationsbericht“ erstellen und Politik und Öffentlichkeit vorstellen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Anmerkung:
Nachdem die zuständige Beigeordnete Frau Reker zu der Angelegenheit Stellung genommen hat, erklärt Frau Stahlhofen Ziffer 1 des Antrages für erledigt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann kommen wir zu:

3.1.13 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Langfristiger Schutz des Reiterdenkmals am Heumarkt“
AN/0184/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Fraktion pro Köln setzt sich mit diesem Antrag für den langfristigen Schutz des Reiterdenkmals am Heumarkt ein.

(Beifall bei pro Köln - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das hat der Oberbürgermeister schon längst erklärt!)

- Wie bitte, Herr Klipper? Was haben Sie vom Oberbürgermeister gesagt? Der ist nicht da. Das ist die Frau Bürgermeisterin. Also habe ich sie auch so begrüßt. Ich bitte Sie, das auch so zur Kenntnis zu nehmen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das habe ich gar nicht gesagt! Ich habe gesagt, dass der Herr Oberbürgermeister längst erklärt hat, dass das Denkmal auf der Liste steht! Aber wenn man es mit den Ohren hat!)

- Nein, nein, Herr Klipper. Wir haben diesen Antrag gestellt, nachdem wir schon zweimal im Kulturausschuss die Initiative ergriffen haben. Da war noch Herr Professor Quander Dezernent. Und wenn es so wäre, wie Sie sagen: Warum äußert sich denn die Dezernentin bzw. die Verwaltung nicht zu diesem Thema? Anscheinend, weil es wichtig ist, aber es nicht möglich ist, dieses Thema auch zu bearbeiten.

Meine Damen und Herren, wir fordern daher eine umfassende Bestandsaufnahme bezüglich des Zustands des Reiterdenkmals, damit wir auch wissen, was da auf uns zukommt. Der Anblick ist ja wirklich marode. Einige der Reiterfiguren haben schon so große Schäden, dass man sich dafür schämen muss.

Und das ist ein bekanntes Fotomotiv. Das ist ein schönes Stück Heimat, lieber Herr Klipper. Ich weiß natürlich auch, dass viele von Ihnen dieses Denkmal lieber irgendwo in einem Bauhof sehen würden. Da macht pro Köln aber nicht mit.

Herr Klipper, wir haben das in den Fachausschüssen vorgetragen. Wir haben gemerkt, dass wir da nicht weiterkommen. Also muss dieses Thema im Rat bearbeitet werden.

Dann haben wir natürlich auch ein Anliegen. Wir möchten, dass dieses Reiterstandbild endlich im rechtlichen Sinne ein Denkmal ist, das Denkmalschutz genießt. Das ist bisher noch nicht geschehen. Wir fordern in dem Antrag die Verwaltung auf, einen solchen Beschluss hier im Rat herbeizuführen.

Des Weiteren ist es so, dass dieses Denkmal nicht nur, wie einige Linke immer herumposaunen, ein Denkmal des Militarismus ist. Vielmehr zeigt dieses Denkmal die humane Seite von Preußen. In der Inschrift steht: die dankbaren Rheinlande - nämlich für die großen Errungenschaften, die in Deutschland bzw. Preußen im vorvorigen Jahrhundert geleistet worden sind. Wir denken nur an die großen Reformer. Wir denken an die Großen der Wissenschaft. Wir denken an Hegel, an Fichte, an Humboldt.

Darum beneidet uns übrigens die ganze Welt immer noch. Das sehen Sie auch an den vielen Touristen, die vor diesem Denkmal stehen und sich dort zur Erinnerung fotografieren lassen. Wir sollten da einfach mehr Heimatbewusstsein haben.

Die Stadt Köln hat genug Geld. Sie setzt nur die falschen Prioritäten. Ich habe es eben schon gesagt. Die Kommunalwahl und die Oberbürgermeisterwahl hätte man zusammen an einem Tag durchführen können. Nein, aus Eitelkeit hat man die Oberbürgermeisterwahl ins Jahr 2015 verlegt. Das kostet 1 Million Euro. Sie sehen: Geld ist an sich da. Es ist nur nicht richtig - -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Sprechen Sie bitte zum Thema, Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Natürlich. Es geht hier um Geld, Frau Bürgermeisterin. Dieses Thema scheint Sie nicht so zu interessieren. Die Fraktion pro Köln interessiert das aber sehr wohl. Wir möchten nämlich, dass unsere Stadt wieder schön und lebenswert wird. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Keine.

Dann lasse ich über diesen Antrag abstimmen. Wer ist für den Antrag? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

Eine umfassende Bestandsaufnahme bezüglich des Zustandes des Reiterdenkmals durchzuführen und dem Rat der Stadt Köln vorzustellen.

Dem Stadtrat eine Kostenschätzung für eine umfassende Renovierung und ein Finanzierungskonzept vorzulegen

Zu prüfen, ob die Denkmalpflege in anderer Organisationform bzw. in anderer organisatorischer Zuständigkeit sinnvoller ist.

Die rechtliche Voraussetzungen zu schaffen um formaljuristisch den Status als Denkmal zu erlangen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – abgelehnt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

3.1.14 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Realisierung einer beleuchteten Joggingstrecke“
AN/0185/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist an sich üblich, dass der Sitzungsleiter das Rubrum des Antrags vorliest, damit man weiß, worum es überhaupt geht - insbesondere die Zuschauer, die diese Sitzung im Internet verfolgen. Es geht hier um die Realisierung einer beleuchteten Laufstrecke. Jetzt wird der eine oder andere denken: Muss denn so etwas im Stadtrat besprochen werden? Brauchen wir im Stadtrat wirklich einen Beschluss dafür? Wir haben doch entsprechende Fachgremien.

Ja, diese Gremien haben wir. Wir haben einen Sportausschuss, der regelmäßig tagt und sich seit drei Jahren mit dieser Thematik befasst.

(Ulrich Breite [FDP]: Seit drei Jahren?)

- Ja, natürlich, Herr Breite. Sie sind doch Mitglied des Sportausschusses. Sie können sich ja gleich auch noch dazu äußern. - Ich darf feststellen, dass dieser Sportausschuss nicht in der Lage ist, das zu realisieren. Woran das liegt, wissen Sie selber: an der Unfähigkeit, hier auch kleinere Projekte durchzusetzen.

Wir haben ein Sportamt, das eine Planungsabteilung und auch eine Bauabteilung hat, sodass es in der Lage wäre, einen solchen Auftrag zu vergeben. Aber nein; die Stadt Köln gründet einen Verein - er nennt sich Sportstadt Köln; darauf kommen wir später noch zu sprechen -, der jetzt die Planung und Realisierung dieser Joggingstrecke vornehmen soll. Das Ganze war vor drei Jahren initiiert worden. Entsprechende Spenden wurden eingeworben. Das Geld ist also vorhanden. Nichts passiert.

Dann hat man sich dummerweise auch auf einen Standort verlagert, an dem es enorme Umweltschutzprobleme gibt. Herr Breite, ich erinnere nur an das Eulenmanagement, mit dem wir uns jetzt befassen müssen. Ich weiß zwar nicht, was Eulenmanagement ist; kein Mensch weiß das. Aber die Eulen fühlen sich durch diese beleuchtete Joggingstrecke auf einmal belästigt.

Wir haben einen weiteren Standort im Rechtsrheinischen, an dem es überhaupt keine Probleme gibt, diese Anlage zu realisieren. Das sagt auch unser Antrag aus. Wir möchten, dass der Rat das jetzt beschließt - und auch, dass die Stadt Köln das selber plant und es nicht einem Verein überlässt, der übrigens aus dem Oberbürgermeister und einigen honorigen Personen besteht, bei dem es sich also nicht um einen Sportverein handelt, sondern um ein Kunstkonstrukt, über das wir uns später noch unterhalten werden, das uns viel Geld kostet und nichts bringt.

Die Sportler brauchen diese Anlage für das Wintertraining. Da muss jetzt endlich etwas passieren. Daher fordern wir, dass dem Rat ein Planungskonzept für eine wintertaugliche Joggingstrecke im Rechtsrheinischen zwischen der Deutzer Brücke und der Südbrücke vorgelegt wird.

Das ist umweltrechtlich kein Problem. Es ist auch von den Kosten her sehr viel günstiger. Wir können dort mit einem reflektierenden Belag arbeiten, brauchen also nicht so viel Beleuchtung. Die Sportstadt Köln muss als Millionenstadt doch in der Lage sein, eine solche Strecke zu realisieren.

Daher bitte ich Sie im Sinne des Kölner Sports: Stimmen Sie unserem Antrag zu. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich darf Frau Beigeordnete Dr. Klein bitten, hier Stellung zu nehmen.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Meine Damen und Herren! Wir werden als Verwaltung im Sportausschuss am 18. März 2014 die entsprechenden Kostenschätzungen vorlegen.

Linksrheinisch müssen wir eine artenschutzrechtliche Prüfung bzw. entsprechende Maßnahmen durchführen. Die Kosten werden derzeit vom Verein Sportstadt Köln e. V. ermittelt. Wir werden in dieser Sitzung die Maßnahmen und die entsprechenden Kosten vorstellen. - Das ist das Linksrheinische.

Im Rechtsrheinischen haben wir derzeit keine konkrete Planung. Wir sind aber vom Sportausschuss gebeten worden - das werden wir auch tun -, eine vorläufige Kostenabschätzung vorzulegen.

Das Ganze kommt also am 18. März 2014 in den Sportausschuss. - Danke schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Frau Beigeordnete.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Frau Bürgermeisterin, ich habe dazu noch eine Frage!)

- Herr Uckermann, sprechen Sie vom Platz aus?

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Ich komme zu Ihnen! - Gegenrufe)

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es geht hier nicht im Eitelkeiten, sondern um Zuschauerfreundlichkeit. Mir ist eben auf Facebook mitgeteilt worden, dass wir bitte ans Rednerpult gehen sollen, weil die Leute sonst nur eine Wand sehen. Das ist für die Zuschauer ja nicht gerade schön.

Frau Beigeordnete, vielen Dank für Ihre Stellungnahme. Ich habe nur noch eine Frage. Sie haben eben gesagt, eine Kostenschätzung für das Rechtsrheinische liege vor. In der letzten Sitzung des Sportausschusses haben wir hören müssen, dass die Verwaltung rechtsrheinisch überhaupt nicht plant. Dass jetzt doch eine Kostenschätzung vorliegt, weil wir das in den Rat eingebracht haben, kann ich nur als pro-Köln-Effekt bezeichnen.

(Lachen von Ulrich Breite [FDP])

- Natürlich. Es ist gesagt worden, man habe sich auf den linksrheinischen Standort fokussiert. Da sind wir in die Fänge des Umweltrechts gekommen. Auch davor sind wir nicht gewarnt worden. Ich sage nur: Eulenmanagement. Das fällt einem dann immer ein.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Uckermann, stellen Sie bitte Ihre Frage.

Jörg Uckermann (pro Köln): Natürlich. - Meine Frage ist, ob ich es richtig gehört habe, dass die Stadtverwaltung auch für das Rechtsrheinische plant, oder ob weiterhin der Fokus nur auf das Linksrheinische gerichtet ist.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Dr. Klein, bitte.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Ich hatte es, glaube ich, sehr klar und deutlich gesagt. Für das Linksrheinische liegt eine Planung vor. Die entsprechenden Kostenausprägungen werden wir am 18. März 2014 vorstellen. Für das Rechtsrheinische - das hatte ich auch gesagt - liegt keine Planung vor. Die Verwaltung wird sich aber bemühen, eine vorläufige Kostenabschätzung vorzulegen. Wir haben also keine aktuelle Planung für das Rechtsrheinische. So hatte ich es gesagt, und so ist es auch richtig. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herzlichen Dank, Frau Dr. Klein.

Dann lasse ich über diesen Antrag abstimmen. Wer ist für den Antrag? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1.) Die Planungen und bauliche Umsetzung der beleuchteten Joggingstrecke im linksrheinischen Köln unter Federführung des Sportamtes der Stadt Köln umzusetzen.

2.) Dem Rat ein Planungskonzept für eine wintertaugliche Joggingstrecke am rechtsrheinischen Rheinufer zwischen Deutzer Brücke und Südbrücke vorzulegen

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Kostensteigerungen bei Großprojekten“
AN/0136/2014

Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Höing, vielen Dank für die umfangreiche Antwort. Ich habe aber eine Frage an den Stadtdirektor.

Herr Kahlen, ich habe eine Frage zum Thema Großprojekte. Diese Anfrage legen wir ja jedes halbe Jahr vor. In der Antwort auf die letzte Anfrage war auch die Feuerwache 5 mit zusätzlich 19,5 Millionen Euro enthalten. In der Antwort auf die neue Anfrage ist die Feuerwache 5 nicht mehr enthalten. Gehe ich recht in der Annahme, dass die Kosten jetzt gedeckelt sind?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Detjen. - Herr Stadtdirektor Kahlen, bitte.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Detjen! Meine Damen und Herren! Aus zwei Gründen haben wir die Sanierung und den teilweisen Neubau der Feuerwache in Weidenpesch nicht mehr in die Auflistung aufgenommen.

Erstens werden Sie unter TOP 10.3 gleich die Sanierung und den teilweisen Neubau der Feuerwache in Weidenpesch mit einem bestimmten Kostenvolumen beschließen. Wenn ich es richtig sehe, gibt es dazu auch noch einen Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion, was die Frage der Kostenlimitierung angeht.

Zweitens - dieser Punkt ist wichtig - gibt es in der Vorlage immer den Bezugspunkt zu Grundsatzbeschlüssen. Das sind in der Regel mindestens Beschlüsse mit dem Stadium Entwurfsplanung. Bei der Feuerwache 5 ist damals eine sogenannte Machbarkeitsstudie als Bezugspunkt genommen worden. Diese Machbarkeitsstudie suggeriert, sie sei auf dem Durchdringungsgrad einer Entwurfsplanung, also Leistungsphase 3. Sie ist aber dem Grunde nach Leistungsphase 0. Das ist eine Vorstufe vor der Grundlagenermittlung in der Leistungsphase 1. Der Vergleich der Summe der Machbarkeitsstudie zu den von Ihnen heute zu beschließenden Summen war also im Verhältnis zu den anderen Projekten, bei denen Sie ganz andere Vergleiche haben, nämlich in der Regel zur Leistungsphase 3, Entwurfsplanung, nicht ganz richtig.

Deshalb haben wir bei dem, was wir Ihnen jetzt vorlegen, auch darauf verzichtet, eine Machbarkeitsstudie, Leistungsphase 0, als Bezugspunkt zu nehmen, weil das ein schiefes Bild gäbe. - Vielen Dank.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Kahlen. - Herr Detjen? - Gut. Das war neben der schriftlichen Antwort auch eine ausführliche mündliche Antwort.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Stadtdirektor Kahlen beantwortet die Nachfragen von Ratsmitglied Detjen.

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Rechtsform und Handlungsmöglichkeiten der stadteigenen Wohnungsunternehmen"

AN/0225/2014

Antwort der Verwaltung vom 11.02.2014 0430/2014

Anmerkungen:

- *Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit Punkt*

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "GAG Immobilien AG - Optimierte Ausrichtung auf die aktuellen wohnungspolitischen Herausforderungen"

AN/0210/2014

behandelt.

- *Oberbürgermeister Roters übernimmt wieder die Sitzungsleitung.*

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Der Oberbürgermeister übernimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - TOP 4.2 haben wir schon erledigt.

Jetzt kommen wir zu:

4.3 Anfrage von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend „Gesamtkosten des Projekts Archäologische Zone/Jüdisches Museum, bisher abgeflossene Mittel, erwartete Kostensteigerung und Folgekosten“ AN/0229/2014

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Verfristet!)

Lassen Sie mich Folgendes sagen: Diese Anfrage ist mit einem sehr engen Zeitfenster zu relativ komplexen Fragen, die einer intensiven Überprüfung bedürfen, gestellt worden. Deswegen kann die Beantwortung heute nicht stattfinden. Sie wird zur nächsten Ratssitzung schriftlich erfolgen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Herr Oberbürgermeister, ich habe eine Frage! Sie haben gerade - -)

- Entschuldigung; Sie dürfen gar nicht fragen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Nein, aber zu Ihrer Verhandlungsführung! Sie haben am Anfang gesagt, die Anfrage unter TOP 4.3 sei verfristet! Dann wäre sie gar nicht mehr aufzurufen!)

- Nein, sie ist nicht verfristet.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ist denn die Anfrage unter TOP 4.5 auch nicht verfristet?)

- Die Anfrage unter TOP 4.5 ist verfristet. Die Anfrage unter TOP 4.3 ist nach meinen Informationen hier nicht verfristet. Darum habe ich darauf hingewiesen, dass wir ein sehr kurzes Zeitfenster zur Beantwortung hatten und die Antwort deswegen bislang nicht vorgelegt werden konnte.

(Andreas Henseler [Freie Wähler Köln] meldet sich zu Wort)

- Deshalb gibt es auch keine Nachfragen, lieber Herr Henseler.

(Andreas Henseler [Freie Wähler Köln]: Das halte ich für eine etwas seltsame Auslegung!)

- Es ist aber so. Wenn die Anfrage nicht beantwortet werden kann, kann man auch keine weiteren Fragen zu der Antwort stellen.

TOP 4.4 werden wir zusammen mit TOP 10.20 behandeln.

Eine Beantwortung der Anfrage konnte von der Verwaltung noch nicht vorgelegt werden. Der Oberbürgermeister kündigt die Erledigung der Angelegenheit zur folgenden Sitzung des Rates – am 08.04.2014 – an.

4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kölner Pilotprojekt zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Südosteuropa" AN/0230/2014

Antwort der Verwaltung vom 11.02.2014 0492/2014

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit Punkt

10.20 Kölner Pilotprojekt zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Südosteuropa

0035/2014

behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt rufe ich auf:

4.5 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Effektive Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption“ AN/0236/2014

Diese Anfrage ist verfristet. Auch dazu wird es eine entsprechende schriftliche Mitteilung zur nächsten Sitzung geben.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Angelegenheit verfristet vorgelegt worden sei und kündigt die Beantwortung für die folgende Sitzung des Rates – am 08.04.2014 – an.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu:

4.6 Anfrage der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Unterschriftensammlung gegen den Ratsbeschluss aus dem Jahre 2011 zu Archäologische Zone/Jüdisches Museum“ AN/0259/2014

Lassen Sie mich hier Folgendes sagen, um das noch einmal zu verdeutlichen: Der Verwaltung ist es grundsätzlich erst nach Einreichen des Bürgerbegehrens mit den entsprechenden Unterschriften möglich, abschließend eine Aussage zur Zulässigkeit eines möglichen Bürgerbegehrens zu machen.

Ich habe aber den Herrn Stadtdirektor als meinen Vertreter gebeten, nach Anzeige des Bürgerbegehrens - diese liegt inzwischen vor - Kontakt mit den Initiatoren aufzunehmen, um ihnen ein Gesprächsangebot zu unterbreiten - mit der Maßgabe, die bisher vonseiten der Verwaltung angestellten rechtlichen Überlegungen den Betroffenen mitzuteilen.

Dazu wird - das ist mir gerade bestätigt worden - morgen ein Gespräch mit den Vertretern der Initiatoren und weiteren Personen stattfinden. Dabei wird der Herr Stadtdirektor den Initiatoren die ersten Einschätzungen mitteilen. Er hat dies auch schon schriftlich in einem Brief getan und damit deutlich gemacht, wie die rechtliche Basis zu beurteilen ist. Nach dem Gespräch morgen gibt es weitere Informationen an die Beteiligten.

(Ralph Sterck [FDP]: Warum darf denn der Rat diese Informationen nicht haben? - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Darf ich einmal nachfragen? Wir haben eine Anfrage gestellt, Herr Oberbürgermeister! Und ich meine, es ist das vornehmste Recht des Rates, dass wir zuerst informiert werden! Auch wenn es verfristet sein sollte, können Sie eine Mitteilung mit der Antwort herausgeben!)

- Das ist ein Missverständnis, Herr Klipper. Ich habe nur eine Erklärung über das weitere Verfahren abgegeben. Es ist noch keine Antwort da.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister, wir haben eine Anfrage gestellt. Sie haben Sie uns gesagt, sie sei verfristet. Akzeptiert! Aber wir haben als Ratsmitglieder oder als Fraktionen das originäre Recht, zuerst über irgendwelche Sachen informiert zu werden. Ein Gespräch mit irgendwelchen Initiatoren zu führen, die diesbezüglich etwas gemacht haben, ist hier nicht der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU)

Ich erwarte ganz eindeutig, dass unsere Fraktion zuerst in diesem Rahmen die Antwort bekommt, ob Sie uns das kurzfristig zur Verfügung stellen oder wie Sie das anders machen wollen. Es kann aber nicht umgekehrt sein, dass zuerst die Personen außerhalb des Rates irgendwelche Teilantworten bekommen - und wir stehen hier wie geleckt da.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nein, das ist ein Missverständnis, Herr Klipper. Ich will das noch einmal verdeutlichen. Ich habe Ihnen gesagt, dass hier im Rat im Augenblick keine Beantwortung Ihrer konkreten Anfrage möglich ist, weil sie verfristet ist. Unabhängig von der Tatsa-

che, dass eine Anfrage gestellt wurde, ist parallel dazu aber vonseiten der Verwaltung eine Initiative in Richtung der Initiatoren erfolgt - mit einem Brief, der ihnen verdeutlicht, wie die derzeitige Einschätzung der Verwaltung ist.

(Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU] - Gegenruf von Martin Börschel [SPD]: Aber es geht doch um unsere Anfrage!)

- Ja, so ist das. Es geht jetzt um die Anfrage der drei Fraktionen von SPD, Grünen und FDP.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Angelegenheit verfristet vorgelegt worden sei und kündigt die Beantwortung für die folgende Sitzung des Rates – am 08.04.2014 – an.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu:

4.7 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Mehr Bürgerbeteiligung in wichtigen kommunalpolitischen Themen?“ AN/0265/2014

Diese Anfrage ist ebenfalls verfristet. Auch dazu wird es eine schriftliche Beantwortung zur nächsten Ratssitzung geben.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Angelegenheit verfristet vorgelegt worden sei und kündigt die Beantwortung für die folgende Sitzung des Rates – am 08.04.2014 – an.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nun rufe ich auf:

4.8 Anfrage von Ratsmitglied Zimmermann betreffend „Archiveinsturz und rechtliche Folgen“ AN/0032/2014

Antwort der Verwaltung vom 11.02.2014 0274/2014

Dazu liegt eine Beantwortung vor, weil diese Anfrage fristgerecht eingereicht worden ist.

Gibt es dazu Nachfragen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Anfrage beantwortet.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu:

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Beschluss des Integrationsrates zu den Anschlägen des NSU in Köln - Überlegungen zur Gestaltung eines Denkmals 0261/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Als Erstem möchte ich dem Vorsitzenden des Integrationsrates, Herrn Keltek, das Wort geben. Er hat das Recht dazu und möchte auch gerne von diesem Recht Gebrauch machen. Bitte schön.

Tayfun Keltek (Integrationsrat): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben den Antrag im Integrationsrat bewusst „Anschläge des NSU in Köln“ genannt, damit dieser Anschlag nicht gedanklich nach Köln-Mülheim in die Keupstraße abgeschoben wird, sondern unterstrichen wird, dass dies ein Anschlag auf das Zusammenleben in Köln war.

Der Integrationsrat bittet die Verwaltung um kurzfristige Prüfung und Vorlage von geeigneten Vorschlägen, in welcher Form den Opfern des Anschlags in der Probsteigasse und der Keupstraße gedacht werden kann.

Wir finden es hierbei von größter Wichtigkeit, dass nicht nur des Anschlags an sich gedacht wird, sondern dass auch über die nachfolgend einsetzenden Mechanismen von Diskriminierung und Rassismus nachgedacht wird. Hier wollen wir nicht nur an die einstigen zutiefst verletzenden Ermittlungen der Polizei erinnern, sondern auch auf die gesellschaftliche Grundstimmung hinweisen, die es erlaubte, dass es innerhalb kürzester Zeit Konsens war, dass es sich beim Nagelbombenanschlag - wie bei allen anderen NSU-Mordanschlägen - um einen internen Konflikt der Migrantinnen und Migranten handelte.

Wenn wir zu Überlegungen zur Gestaltung eines Denkmals anregen, denken wir dabei nicht zuallererst an eine Gedenktafel oder einen Gedenkstein. Wir wollen vielmehr einen Diskussions- und Denkprozess anregen. Unter Beteiligung der Opfer und der Menschen aus der Keupstraße sollte man darüber nachdenken, in welcher Art und Weise dieses Anschlags gedacht werden kann.

Wichtig ist hier die Kompetenz des NS-Dokumentationszentrums. Denkbar ist aus meiner Sicht auch die Beteiligung der Akademie der Künste der Welt.

Die Suche nach einem geeigneten Umgang mit den Anschlägen in Köln kann ein längerer Prozess sein. Im Rahmen dieses Prozesses und einer kontinuierlichen Bekämpfung des Rassismus sollte zum Beispiel in Form einer Kampagne auf die Formen und Nachteile des Rassismus für die Zukunft einer internationalen und interkulturellen Stadt wie Köln hingewiesen werden.

Wichtig im Kampf gegen Rassismus ist die Wertschätzung der Identität, Herkunftssprache und Kultur der Menschen mit Migrationshintergrund. Das ist von größter Bedeutung. Ein deutliches Zeichen einer Wertschätzung sind zum Beispiel auch die Anerkennung der Herkunftssprache und die Nutzung und Förderung dieses Sprachpotenzials für diese Stadt.

Auch möchte ich darauf hinweisen - das ist in diesem Zusammenhang ganz deutlich zu unterstreichen -, dass in einer Stadt wie Köln, in der 22 Menschen durch einen rassistischen Anschlag verletzt wurden, die städtischen Finanzmittel zur Durchführung von Projekten gegen Rassismus von 50 000 auf 10 000 Euro gekürzt wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Stadt Köln ist zu Recht auf ihre Geschichte stolz. Als Urkölner Paar gelten das Ubiermädchen und der römische Legionär. Das ist eine interkulturelle Liebesgeschichte. Sie hat der Stadt nicht geschadet - im Gegenteil.

Wir können hier keine interkulturellen Liebesgeschichten befördern. Allerdings sollten wir uns an diesen Kölner Ursprung erinnern. Wir müssen die Potenziale der Migranten in unserer interkulturellen Stadt bewusster und konsequenter fördern und nutzen, anstatt sie weiter zu missachten.

Hierzu gehört für mich ein klares Votum des Kölner Rates zum Umgang mit einem Anschlag auf die Bürger dieser Stadt und mit dem Alltagsrassismus. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt kommen wir zu weiteren Wortmeldungen. Frau Mucuk, bitte.

Gonca Mucuk (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen hier im Stadtrat von Köln! Ich möchte Sie ganz herzlich begrüßen und möchte auch zum Antrag sprechen. Vorab möchte ich aber etwas loswerden, was mich den ganzen Tag und auch schon die vorigen Sitzungen sehr stark beschäftigt hat.

Ich bin sehr eng mit meiner Heimatstadt Köln verbunden. Ich liebe Köln. Lokalpatriotismus steht bei mir an oberster Stelle. Alle, die mich kennenlernen, lernen auch diesen Lokalpatriotismus sehr schnell kennen. Ich bin wahnsinnig stolz auf meine Stadt. Auf die Vielfalt und die Art und Weise, wie Menschen hier empfangen werden, bin ich irrsinnig stolz und trage das auch immer weiter.

Es gibt allerdings einen Punkt, bei dem in Grund und Boden schäme und am liebsten ganz klein machen würde. Der Grund dafür sitzt leider in Form einer Gruppierung hier im Rat. Ich schäme mich wirklich zutiefst dafür, dass es meine Kölne-

rinnen und Kölner waren, die das ermöglicht haben, und wünsche mir nichts sehnlicher, als dass das am 25. Mai 2014 aufgehoben wird und wir hier wieder vernünftig, demokratisch und mit Respekt miteinander umgehen können.

In den ganzen letzten Sitzungen und insbesondere heute hat das extrem gefehlt. Diese rassistischen Äußerungen sind kaum auszuhalten.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken)

Nun möchte ich zum Thema sprechen. Worum geht es bei diesem Antrag? Es geht darum, dass man einen Ort der Erinnerung schafft. Es geht darum, dass das, was damals passiert ist - am 9. Juni 2004 um 15.56 Uhr, als die Bombe detonierte -, nicht vergessen wird. Es geht darum, dass zum Beispiel meine Kinder das nicht wissen. Wir waren letztens in der Keupstraße essen. Als ich mit meiner Freundin über den NSU im Allgemeinen gesprochen habe, kamen wir ins Stottern und haben auch vor dem Laden angehalten, wo die Bombe detoniert ist. Meine Kinder können das nicht zuordnen. Wenn es nicht in irgendeiner Form zur Erinnerung als Gedenkstätte oder Ähnliches Fortbestand hat, wird es in Vergessenheit geraten. Das, was damals passiert ist, darf aber definitiv nicht in Vergessenheit geraten.

Wir stehen in Köln nicht alleine da. Das war ein Teil von mehreren Anschlägen. Neun bzw. zehn dieser Anschläge sind tödlich ausgegangen. Alle diese Städte, in denen aus rassistischen, menschenfeindlichen Gründen gemordet wurde, haben sich dazu bekannt. Sie haben Gedenkstätten, Gedenktafeln, Steine etc. angelegt oder Plätze und Straßen nach den Opfern benannt.

Meine Fraktion denkt, dass es uns als Stadt Köln gut stehen würde, wenn wir genauso handeln würden, auch wenn Gott sei Dank bei dem Anschlag in der Keupstraße, bei dem 22 Personen verletzt worden sind, niemand gestorben ist. Auch bei dem Anschlag im Jahr 2001 in der Probsteigasse gab es schwere Verletzungen. Wir sollten uns dieser Gedenkidee anschließen und ebenfalls einen Ort des Erinnerns schaffen - in welcher Art auch immer.

Uns ist besonders wichtig, dass die Menschen, die es betrifft - die Opfer, die Familien, die Angehörigen, aber auch die Bewohner der Keupstraße an sich -, mit in den Prozess eingebunden werden. Sie müssen mit darüber entscheiden, in welcher Form diese Gedenkstätte oder Erinnerungseinrichtung realisiert werden soll. Es kann nämlich nicht angehen, dass wir zum Beispiel eine Riesentafel aufstellen, weil wir das für richtig halten, und das möglicherweise die Menschen stört, die weiterhin tagtäglich dort leben. Die Keupstraße hat unter dem Anschlag schon genug gelitten und ist auf dem guten Weg der Besserung. Dabei sollten wir sie auf jeden Fall unterstützen und nicht noch mit unserem Goodwill schädigen.

Darüber hinaus möchte ich noch einmal zum Ausdruck bringen, wie schön ich es finde, dass vor allem der Verein EL-DE-Haus, der DGB Köln-Bonn und die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit das Ganze ein Stückchen weit mit initiiert haben, dass also lokale Ehrenamtler auch ein Auge darauf hatten und den Integrationsrat und damit uns darauf hingewiesen haben, so etwas einzurichten.

Ich möchte noch einmal bekunden, dass wir als SPD-Fraktion die Initiative des Integrationsrates ausdrücklich unterstützen.

Wir möchten auch noch einmal daran erinnern, dass wir sehr gute lokale Akteure haben, die schon ähnliche Arbeit geleistet haben. Davon sollten wir Gebrauch machen und uns auf diesen Prozess einlassen, um die Taten in der Keupstraße, aber auch in der Probsteigasse nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Mucuk. - Wir kommen dann zu Herrn Jung. Bitte schön.

Helmut Jung (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal ist es begrüßenswert, dass zu einem so sensiblen Thema nicht nur Ratsmitglieder sprechen, sondern auch der Vorsitzende des Integrationsrates, Herr Keltek. Das begrüße ich für diesen Fall ausdrücklich.

Wir haben über dieses Thema im Integrationsrat lang und breit diskutiert. Deswegen will ich mich kurzfassen.

Wir unterstützen als CDU-Fraktion selbstverständlich ein Denkmal für die Opfer dieses Anschlags. Im Übrigen stimmen wir Ihnen zu, Frau Mucuk. In der Tat sollte man die Bürger der Keupstraße dabei mit einbeziehen. Auch ich freue mich, dass ein so breites Spektrum wie der Verein EL-DE-Haus daran beteiligt ist und sich positiv dazu geäußert hat. Wir stimmen diesem Ansinnen also sehr gerne zu. - Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Jung. - Dann spricht Frau von Bülow für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Spät ist es - nicht nur zeitlich, sondern insgesamt. Aber wenigstens zum 10. Jahrestag der NSU-Anschläge in der Keupstraße wird Köln aktiv und stellt sich seiner Verantwortung. Ich bin froh darüber, dass das heute so ist.

Zum einen geht es dabei, wie schon gesagt worden ist, um die NSU-Anschläge in Köln - 2001 in der Probsteigasse und 2004 in der Mülheimer Keupstraße - mit insgesamt 23 Verletzten.

Zum anderen - auch das ist schon erwähnt worden - geht es um die jahrelang fehlgesteuerten Ermittlungen, bei denen unerträglicherweise die Täter in den Kreisen der Opfer selbst vermutet wurden. Als „Anschlag nach dem Anschlag“ hat das die IG-Keupstraße im NSU-Prozess bezeichnet. Das ist das Thema. Opfer wurden zu Tätern gemacht. Das Vorkommen und die Gefahr durch terroristische Gewalttaten von rechts wurden öffentlich zu wenig wahrgenommen, zu wenig ernst genommen und zu wenig verfolgt.

Dafür haben sich in den vergangenen Jahren sowohl Vertreter der Politik als auch der Polizeipräsident Kölns zu Recht bei den Opfern entschuldigt; denn ihrem Leid - um das noch einmal zu sagen - wurde weiteres Leid hinzugefügt. Denen, die Unterstützung gebraucht hätten, wurden Misstrauen und falsche Verdachtsmomente entgegengebracht. Wie gesagt: ein Anschlag gefolgt von dem Anschlag nach dem Anschlag.

Gutmachen lässt sich das nicht. Wir können uns aber dieser Tatsache stellen und aufzeigen, dass es immer wieder nötig ist, sich die Folgen rechter Gewalt zu vergegenwärtigen.

Einen Ausdruck findet dies darin, dass sich zum 10. Jahrestag der Anschläge in der Keupstraße ein breites Bündnis findet, das sich mit den Geschehnissen auseinandersetzt und sich unter anderem für die Errichtung eines Mahnmals zur Erinnerung und Verurteilung der rechtsterroristischen NSU-Anschläge einsetzt - natürlich, wie auch schon gesagt worden ist, unter Einbeziehung der Opfer und ihrer Angehörigen sowie unter Einbeziehung relevanter Akteure wie zum Beispiel des NS-DOK.

Auch die Kölner Grünen - lassen Sie mich das kurz anmerken - haben im Juni letzten Jahres in ihrer Mitgliederversammlung beschlossen, sich für ein solches Mahnmal starkzumachen.

Der Integrationsrat befasste sich in seiner letzten Sitzung am 20. Januar 2014 mit dem Gedenken an die Anschläge. Herr Keltek hat das bereits dargestellt. Der Integrationsrat schloss sich, wie die Vorlage heute zeigt, dem Anliegen zur Errichtung eines Mahnmals an, das zum Beispiel von Peter Liebermann, dem Vorsitzenden des Vereins EL-DE-Haus, Andreas Kossiski, dem Vorsitzenden des DGB Köln-Bonn und Vertreter von „Köln stellt sich quer“, und Professor Dr. Jürgen Wilhelm, dem Vorsitzenden der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, in einem Brief an den Oberbürgermeister und die Ratsfraktionen, der dem Antrag auch beigefügt ist, formuliert wurde.

Dass wir heute als Rat die Empfehlungen des Integrationsrates als Beschlussvorlage auf dem Tisch liegen haben, ist ein gutes Signal dafür, dass sich in Köln eine breite Mehrheit ihrer Verantwortung stellt. Es geht um eine angemessene Form des Mahnens und Erinnerns und um die Unterstützung der Opfer rechter Gewalt. Beides darf nicht voneinander getrennt werden.

Zentrales Thema bleibt für Köln leider auch die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus - leider als Daueraufgabe. Es gilt, rechten Parteien und Gruppierungen durch Aufklärung und Prävention den Boden zu entziehen. Es gilt, rechtsextremen Denk- und Handlungsmustern entschieden entgegenzutreten - vor allem auch präventiv. Auch dafür ist ein Mahnmal wichtig, das die Vergangenheit reflektiert und auf die Zukunft gerichtet ist.

In diesem Kontext stellt die große für Pfingsten geplante Veranstaltung in Köln-Mülheim eine besondere Wegmarke dar. Ich bin froh, dass dieses Fest und das Konzert dort stattfinden werden. Mit der geplanten Premiere des Theaterstücks „Die Lücke“ des Schauspiels Köln, dem Kulturfest am Pfingstsonntag in der Keupstraße selbst und dem Konzert am Pfingstmontag, dem 10. Jahrestag der Anschläge, werden weit über Köln hinaus wichtige Akzente für einen Dialog der Kulturen und Religionen, für ein friedliches Miteinander und für eine Stadt der Vielfalt gesetzt.

Mit einer breiten Ratsmehrheit können wir heute zeigen, dass wir überall dort, wo rechte Kräfte menschenverachtende Aktionen planen und durchführen, zusammenstehen und diesen entgegentreten.

Der Rat hat sich schon mehrfach in Resolutionen zum Kampf gegen rechts bekannt. Das soll nun eine Art materiellen Ausdruck in Form eines dauerhaften Mahnmals an exponierter Stelle finden. Es soll auch zu einem Zeichen für den Willen einer weltoffenen Stadt werden, sich eindeutig zu positionieren - gegen Ausgrenzung, gegen Fremdenfeindlichkeit, gegen Intoleranz. In diesem Sinne wird das Mahnmal einen wichtigen Beitrag zur Erinnerungskultur leisten und die Opfer ins Recht setzen. - Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zu Herrn Dr. Albach. Bitte schön.

Dr. Rolf Albach (FDP): Herr Oberbürgermeister! Herr Keltek! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie auch ein paar Worte von jemandem, der die Keupstraße nicht nur vom Mittagessen oder vom Abendessen kennt, sondern jeden Tag daran vorbeifährt - vielleicht als erstem Mülheimer hier am Podium zu diesem Thema.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich arbeite in Mülheim!)

Meine Damen und Herren, der Stadtteil und der Stadtbezirk Mülheim sind besonders heterogen - zusammengesetzt aus Menschen mit unterschiedlichem familiärem Hintergrund und unglaublich vielen Menschen aus verschiedenster Migration. Die Menschen mit türkischem Hintergrund stellen mit Abstand die Mehrheit. Sie sind durch den Nagelbombenanschlag ganz besonders in den Vordergrund gerückt - und noch mehr durch die beschämende Aufarbeitung.

Aktive Toleranz - und nicht nur Erduldung - ist das A und O des Zusammenlebens in Mülheim und, wie ich glaube, in ganz Köln. Es ist leider so, dass man die Menschen immer wieder daran erinnern muss. Daher unterstützen die Mülheimer FDP und die Kölner FDP diesen Antrag.

Ich glaube aber auch - das möchte ich hier ganz klar sagen -, dass wir die Menschen in der Keupstraße nicht mehr mit einem Mahnmal an das erinnern müssen, was dort im Jahr 2004 passiert ist.

Das Wichtige ist eigentlich, dass wir die Menschen daran erinnern, die jeden Tag daran vorbeifahren, wenn sie auf dem Weg ins Palladium zum Schauspiel oder ins E-Werk zum Feiern sind, und völlig vergessen haben, was da passiert ist, wenn sie es überhaupt je gehört haben.

Das Gleiche gilt für die Kinder - das Genoveva-Gymnasium ist direkt um die Ecke -, die das alles nicht mehr mitkriegen. Heute kommen ja schon Kinder aufs Gymnasium, die nach dem Anschlag geboren sind.

Daher sollten wir die Menschen in der Keupstraße einbinden, um ihnen nicht wehzutun, aber vor allem die Menschen drumherum einbinden, um etwas zu finden, was sie täglich daran erinnert, damit sie nicht in Gedankenlosigkeit daran vorbeigehen, sondern immer vor Augen haben, dass eine offene Gesellschaft ständig wachsam sein muss und ständig in alle Richtungen darauf achten muss, wo ihre Gegner sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Dr. Albach. - Wir kommen dann zu Herrn Detjen.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Hallo!)

- Ach so. Entschuldigung; ich dachte, Sie hätten Ihre Wortmeldung zurückgezogen. Das war auf meiner Liste so erkennbar.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Ich bitte Sie, Herr Oberbürgermeister!)

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Roters, ich bin enttäuscht von Ihnen, dass Sie so über mich denken. Wenn Sie meinen, dass wir bei einem so wichtigen Thema nichts zu sagen hätten, haben Sie sich aber vertan.

Ich bin eben unter anderem über Facebook gefragt worden, wie denn das Buch heißt oder wie der Autor heißt, den wir vorgeschlagen haben, zu einer Fachtagung einzuladen. Das ist Egbert Bülles. Das Buch heißt „Deutschland, Verbrecherland?“.

Sie haben hier eben so viel Schönes erzählt. Anscheinend blenden Sie Teile der Wirklichkeit aus. Ein Drittel des europäischen Drogenhandels läuft über die Keupstraße.

(Unruhe)

Das ist hier noch einmal das Thema, weil Sie das gerade so vorgetragen haben.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist nicht zum Thema!)

- Ich entscheide, was hier das Thema ist, liebe Grüninnen.

(Efkan Kara [CDU]: Thema verfehlt! Komm, geh wieder nach Hause!)

- Ich lasse mir von einem Zuwanderer nicht sagen, ich solle nach Hause gehen.

(Unruhe - Efkan Kara [CDU]: Noch frech werden?)

Ich bin hier in der Heimat.

(Efkan Kara [CDU]: Das ist genauso meine Heimat!)

Hier ist meine Heimat. Es kann sein, dass - -

(Efkan Kara [CDU]: Zum Thema!)

- Wissen Sie, ich weiß nicht Ihren türkischen Namen.

(Efkan Kara [CDU]: Frechheit!)

- Das ist keine Frechheit. Wenn hier ein Einheimischer redet, der von 20 000 Wählern gewählt ist, lässt der sich nicht von einem türkischen CDU-Mitglied sagen,

(Efkan Kara [CDU]: Ich bin kein Türke! Ich bin Deutscher!)

er solle nach Hause gehen.

(Anhaltende Unruhe)

Das hier ist meine Heimat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte Sie, sich zu mäßigen.

Und im Übrigen erteile ich Ihnen ein Ordnungsruf, weil Sie das Mitglied des Rates Efkan Kara hier beleidigt haben.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, wenn ich jemanden beleidigt habe, nehme ich das zurück.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war beleidigend!)

Ich würde mich aber freuen, wenn der Sitzungsleiter hier auch einmal die Ordnung herstellen würde und es unterbinden würde, wenn ein Zuwanderer - der Herr von der CDU hat ja den türkischen Migrationshintergrund - zu einem Einheimischen sagt, er solle nach Hause gehen.

(Unruhe - Ralph Sterck [FDP]: Zweiter Ordnungsruf!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es ist nicht Ihre Aufgabe, den Sitzungsleiter hier zu kritisieren, sondern Sie haben die Möglichkeit, sich hier zu äußern.

Jörg Uckermann (pro Köln): Das darf er auch nicht. Das gibt einen Ordnungsruf. Das steht in der Gemeindeordnung. Das gilt dann für alle.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich entscheide darüber, was gemacht wird.

Jörg Uckermann (pro Köln): Das darf er nicht.

(Ralph Sterck [FDP]: Natürlich darf er das!)

- Herr Sterck, das dürfen Sie nicht. Lesen Sie einmal die Gemeindeordnung.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr van Benthem hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

Henk van Benthem (CDU): Herr Oberbürgermeister! Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU-Ratsfraktion werde ich es nicht zulassen, dass vom Rednerpult aus in dieser Form mit unserem Kollegen umgegangen wird. Ich verlange dafür einen Ordnungsruf. Sonst werden wir den Saal verlassen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken sowie von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Diesen Ordnungsruf habe ich inzwischen ausgesprochen.

(Zurufe von der CDU)

- Dieser Ordnungsruf ist ausgesprochen worden.

(Ralph Sterck [FDP]: Nur für die erste Bemerkung! Aber nicht für die zweite Bemerkung! Er hat ja weitergemacht!)

- Der eine Ordnungsruf ist jetzt erteilt worden. Ich werde genau darauf achten, wie Herr Uckermann uns hier seinen weiteren Vortrag präsentiert. Es geht doch auch darum, in welchem Zusammenhang solche Äußerungen getätigt werden.

Ich bitte Sie nachdrücklich, sich zu mäßigen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, das werde ich tun. Ich erwarte aber auch, dass man meinen Ausführungen zuhört und sie nicht durch laute Rufe stört. Das gehört mit dazu.

Mir ist es auch vollkommen fremd, dass sich Leute hier melden und dem Oberbürgermeister Anregungen geben, ein Ratsmitglied zu bestrafen. In der Geschäftsordnung steht, dass das ein Fall für einen Ordnungsruf ist. Ich bitte Sie, da einmal genau nachzulesen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es ist nicht Ihre Aufgabe, den Sitzungsleiter hier zu kritisieren. Kommen Sie zur Sache.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich möchte jetzt auch zur Sache reden. Ich habe auch zur Sache geredet.

Meine Damen und Herren, Sie wollen hier ein NSU-Denkmal errichten. Ich habe eben den Vorsitzenden des Integrationsrates nicht ganz verstanden. Möchte er hier wirklich auch ein NSU-Dokumentationszentrum errichten? Ich frage mich ganz ehrlich, was die Opfer davon halten sollen.

Vor zehn Jahren hat dieser schlimme Anschlag stattgefunden. Wir bedauern das zutiefst - egal, wer ihn begangen hat, und egal, wer die Opfer waren. Wir finden das ganz furchtbar.

Aber Sie hat es all die Jahre nicht interessiert, sich um die Opfer zu kümmern. Erst als Sie irgendetwas mit NSU gehört haben, war das ein Riesenthema für Sie. Da war das plötzlich furchtbar interessant. Ich kann Ihnen auch sagen, warum: weil man damit im Integrationsrat prima Geld machen kann.

(Gonca Mucuk [SPD]: Das ist doch schlichtweg gelogen!)

- Herr Oberbürgermeister, Sie könnten die Dame einmal zur Räson bringen. Ich möchte hier weiter zur Sache sprechen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie sprechen jetzt.

Jörg Uckermann (pro Köln): Sie schreien hier herum, Frau Mucuk. Damit haben Sie mir wieder ein Stichwort gegeben. Sie waren im Integrationsrat mit dabei. Da wollen Sie sich von den Steuerzahlern eine Reise nach München zum

NSU-Prozess bezahlen lassen, um dort an der Gerichtsverhandlung als Zuschauer teilzunehmen und einen schönen Ausflug zu machen. Das sind Ihre Anregungen im Integrationsrat der Stadt Köln.

Für unsere Fraktion pro Köln muss ich sagen: Ich kann es nicht dulden, dass wir das Steuergeld dafür ausgegeben.

(Claus Ludwig [Die Linke.]: Sie haben nichts zu dulden!)

- Sie haben vollkommen Recht; wir haben hier nichts zu dulden. Wir haben aber Anregungen zu geben. Wenn ein solcher Schwachsinn gemacht wird, sagt pro Köln: Das geht nicht. So können wir nicht mit Steuergeld umgehen.

Ich frage mich auch: Wohin wollen Sie dieses Denkmal denn setzen? Wollen Sie es vielleicht vor dem Bundesamt für Verfassungsschutz aufstellen? Sie haben doch mitbekommen, dass in dieser Sache noch alles im Schwange ist. Sie ist überhaupt noch nicht zu Ende untersucht. Wir haben nicht einmal ein abgeschlossenes erstinstanzliches Verfahren. Daher wissen wir noch gar nicht genau: Was ist denn passiert? Welche Rolle hat der türkische Geheimdienst gespielt? Dieses Thema spielt ja auch eine Rolle. Das wird alles noch untersucht.

Meine Damen und Herren, eben haben Sie hier den Polizisten unterstellt, sie hätten absichtlich falsch ermittelt. Diesen Eindruck könnte ich manchmal bei anderen Dingen auch haben. Ich frage mich, warum Sie da eigentlich so sicher sind.

Uns, der Fraktion pro Köln, geht es um Folgendes: Wir stehen für Opferschutz, und zwar für jeden Menschen. Jeder Mensch hat das Recht - unabhängig der Staatsangehörigkeit, unabhängig von seiner Herkunft -, geschützt zu werden und in diesem Land körperlich unversehrt zu leben. Dafür steht die pro-Bewegung ganz klar.

Aber wenn man sich im Leid der Opfer suhlt, wie das hier mit dem NSU der Fall ist, und versucht, darüber Geld zu machen und Steuergeld abzuziehen, wie es hier geschieht - denn die Finanzierung soll ja aus der Stadtkasse kommen -, dann sagt pro Köln: Nein, da machen wir nicht mit. - Ich danke Ihnen dafür, dass Sie mir so nett zugehört haben.

(Beifall bei pro Köln - Zuruf: Widerlich! Das kann man nicht anders sagen! - Gegenruf von Jörg Uckermann [pro Köln]: Herr Oberbürgermeister, haben Sie gehört, was der gesagt hat?)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja. Ich kann dem auch nur zustimmen. Es ist wirklich schwer erträglich, Sie hier am diesem Pult ertragen zu müssen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken sowie von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Wir kommen zu Herrn Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nur zwei Worte zu dem Vorredner sagen.

Erstens. Es ist unwahr, dass der Integrationsrat irgendwelche Gelder für irgendwelche Mitglieder vertan hat. Vielmehr hat er beschlossen, dass den Kölnerinnen und Kölnern, die zum NSU-Prozess fahren - darunter sind unter anderem auch Opfer -, ein Bus gesponsert wird.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sehr richtig.

Jörg Detjen (Die Linke.): Das ist der Beschluss, den der Integrationsrat gefasst hat.

(Beifall bei der Linken, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Dieser Beschluss ist auch richtig. Es geht nämlich darum, gegen Rechtsextremismus aktiv zu sein und auch zu dem Prozess zu fahren.

Zweitens. Ich bitte Sie, mit Aufmerksamkeit die Aktivitäten des stadtweiten Bündnisses „Kein Veedel für Rassismus“ zu beachten und da mitzumachen. Inzwischen machen da viele mit. Die Gewerkschaften machen mit. Die Kirchen machen mit. Machen Sie da auch mit.

Zitat:

Erst stirbt das Recht, dann stirbt der Mensch

Das war die Überschrift einer überregionalen Zeitung zu einem Artikel über die Solinger Morde vor 20 Jahren.

Den Morden von Solingen folgten 2004 die Morde des NSU. Der NSU verfolgte eine heimtückische Strategie, die über lange Zeit Erfolg hatte. Eiskalt geplante Morde ohne erkennbare, konkrete Motive und Bekennerschreiben führten zu einer großen Verunsicherung vieler Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik - in Köln in der Keupstraße und in der Probsteigasse.

Die Verunsicherungsstrategie der Nazis ging im Prinzip auf. Ihr Höhepunkt war erreicht, als der damalige Innenminister Schily die Täter des Anschlags in der Keupstraße nicht in der rechten Szene sah.

So wurden zwischen 2004 und 2011 die 22 Opfer und viele Anwohner der Keupstraße bespitzelt und stigmatisiert. Türken und Kurden wurden von staatlichen Behörden verdächtigt und gegeneinander ausgespielt.

Als im November 2011 klar wurde, dass der NSU alle diese Morde begangen hat und staatliche Stellen weggeschaut haben, begann nach einer ersten schockierten Sprachlosigkeit eine intensive Diskussion, die im Prinzip bis heute fortdauert und mit dem Prozess in München immer wieder eine neue Rolle bekommt.

Erst im Sommer 2012 gab es in der Keupstraße eine erste Diskussionsveranstaltung mit den Anwohnerinnen und Anwohnern. Der Kollege Walter Schulz und ich waren zugegen und haben uns in den folgenden Monaten für eine erneute Opferberatung eingesetzt, die im Juni 2013 mithilfe des Oberbürgermeisters und des Landschaftsverbands Rheinland startete.

„Wir sind enorm spät dran“, hat auf der damaligen Pressekonferenz die Direktorin des LVR gesagt - zu Recht. Trotzdem: Neun Personen aus dem Kreis der 22 Opfer haben dieses neue Angebot in den letzten Monaten genutzt und werden von der Opferberatung beraten. Das sind neun Menschen, denen über viele Jahre großes Leid zugefügt worden ist. Deshalb sollten wir ihnen mit Respekt und Anerkennung begegnen - insbesondere in der Diskussion um ein Mahnmal.

Zurzeit bereiten sich einige Opfer auf den NSU-Prozess vor, der sich vermutlich im April dieses Jahres mit dem Anschlag in der Keupstraße beschäftigten wird. Sie haben im Moment - ich betone: im Moment - für eine Diskussion über ein Mahnmal eigentlich keine Zeit. Eine solche Diskussion müssen wir aber führen.

Deshalb lautet unsere Bitte: Lassen Sie uns diese Diskussion ohne Zeitdruck angehen. Die Formulierung aus dem Antrag, die Verwaltung solle kurzfristig einen Vorschlag machen, ist für uns ein bisschen irritierend. Wir werden dem Antrag aber natürlich trotzdem zustimmen.

Wichtig ist für uns: Wir müssen alle mitnehmen. Hierfür müssen wir uns Zeit nehmen und dürfen die Diskussion nicht übers Knie brechen. Wir sollten uns auch nicht wegen der Veranstaltung zum 10. Jahrestag unter Druck setzen lassen. Gerade weil so viel Hass und Zwietracht gesät wurden, müssen wir jetzt hinhören und alle einbeziehen. Das braucht eine gewisse Zeit. Der Kollege Keltek hat auch gesagt, dass wir diese Diskussion ohne Zeitdruck führen wollen.

Dieses Mahnmal soll nicht steinern sein, sondern es soll die Herzen der Menschen berühren. Es soll uns auffordern, dem Rassismus hier und überall zu begegnen.

Zum Schluss möchte ich Folgendes betonen: Der Kollege Walter Schulz und ich haben eine Initiative für eine andere Akzeptanz für die Opfer angestoßen. Dabei haben wir gelernt, dass viele Opfer, Angehörige und Anwohnerinnen und Anwohner der Keupstraße das alles noch nicht aufgearbeitet haben. Wir müssen reden, Vertrauen schaffen und wertschätzen. Erst dann wird ein zu schaffendes Mahnmal auch wirklich überzeugend mahnen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken und der FDP sowie von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herzlichen Dank, Herr Detjen.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer gegen diesen Beschluss des Integrationsrates ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist dieser Beschluss mit großer Mehrheit angenommen.

Beschluss:

Der Rat folgt der Entscheidung des Integrationsrates und bittet die Verwaltung kurzfristig um Vorlage geeigneter Vorschläge und eine Darstellung der Finanzierungsmöglichkeiten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nun rufe ich auf:

5.4.2 Beschluss des Integrationsrates - Einrichtung von bilingualen Gruppen zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit in städtischen Kindertagesstätten
0254/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe eine Wortmeldung von Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es wundert mich sehr, dass zu dieser Initiative niemand von Ihnen das Wort ergreift - weder, um das als positiv zu würdigen, noch, um es abzulehnen. Schließlich handelt es sich um einen ganz wichtigen Punkt. Hier wird nämlich gefordert, dass zweisprachige Kindergärten im gesamten Stadtgebiet zum Standard werden. Das kann unsere Fraktion pro Köln nicht hinnehmen. Wir wollen keine zweisprachigen Kindergärten unter Zwang für alle Kinder und überall. Das darf es nicht geben.

Im Antrag wird etwas von einer natürlichen Zweisprachigkeit gefaselt. Der Mensch hat keine natürliche Zweisprachigkeit, sondern ist auf eine Sprache als Herzenssprache fixiert. Natürlich kann er eine zweite Sprache als Verkehrssprache erlernen. Das ist vollkommen richtig.

Selbstverständlich wollen wir aber, dass die Eltern in Köln wissen, dass in den städtischen Kitas kein Native Speaker mit ihren Kindern redet. Genau das fordert der Integrationsrat in seinen Papieren nämlich auch. Der zweite Erzieher soll dann in der Herkunftssprache sprechen, mit der er aufgewachsen ist. Meistens wird das ja von Türken gefordert. Das müssen wir natürlich ablehnen.

Ich erinnere mich da - lieber Herr Jung, ich gucke gerade, wo der Kollege ist, der eben gesprochen hat - an den Kindergarten in Müngersdorf, in dem es überhaupt keine Türken gibt, aber einen türkischen Erzieher, der als Native Speaker mit den Kindern spricht. Sie haben doch zu Recht, weil Sie aus diesem Stadtteil kommen, zu dieser Sache gesprochen und so etwas abgelehnt.

(Helmut Jung [CDU]: Ich? Nein!)

Das wollen wir nicht. Wir begrüßen es, wenn ein Mensch Sprachen erlernt. Das kann man in seiner Freizeit tun. Aber wenn wir sagen, dass Kindergärten auch Bildungsstätten sind, muss natürlich klar sein, dass Bildung auch etwas mit Identität zu tun hat. Daher geht es natürlich darum, dass unsere Kinder die deutsche Sprache lernen. Das gilt für alle Kinder und ist auch absolut notwendig, wenn man sich in dieses Land einbringen will.

Einen Antrag, der darauf abzielt, dass so etwas in der Stadt Köln zum Standard wird und dass man zukünftig darauf hinarbeiten soll, dass es in jedem Kindergarten eine zweite Verkehrsumgangssprache gibt, lehnt die Fraktion pro Köln ab. Da sagen wir Ihnen klipp und klar: Amts- und Arbeitssprache muss Deutsch bleiben. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. - Bitte schön, Herr Götz.

Stefan Götz (CDU): Nur damit die Ausführungen von Herrn Uckermann nicht unwidersprochen stehen bleiben: Wir stimmen hier in der Sache überhaupt nicht ab. Was Herr Uckermann vorgetragen hat, steht so auch nicht in der Vorlage. Wir stimmen heute über die Verweisung in den Jugendhilfeausschuss ab. Beim nächsten Mal werden wir dann in der Sache über dieses Thema diskutieren.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sehr richtig; so ist es.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für diesen Beschlussvorschlag, der Ihnen unter Tagesordnungspunkt 6.4.2 präsentiert worden ist? - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der Linken, Herr Zimmermann, Herr Henseler, die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Nie-

mand. Damit ist dieser Beschluss gegen die Stimmen von pro Köln angenommen.

Beschluss:

Der Rat verweist den Antrag des Integrationsrates - vor Befassung durch den Rat - zur Vorberatung in den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Anmerkung:
Wegen beleidigender Äußerungen gegen das Ratsmitglied Kara, erteilt der Oberbürgermeister Ratsmitglied Uckermann einen Ordnungsruf (zu den Einzelheiten wird auf das Wortprotokoll der Sitzung verwiesen).

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln
4077/2013

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 5).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.2 1. Satzung zur Änderung der Satzung des Kommunalunternehmens Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts über die Entwässerung der Grundstücke, die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage - Abwasserbeseitigungskonzept
4283/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so angenommen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung des Kommunalunternehmens Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts über die Entwässerung der Grundstücke, die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage – Abwassersatzung – in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1) zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

6.1.3 Neufassung der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
3902/2013

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 5).

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln
4132/2013

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 5).

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nun rufe ich auf:

6.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu Tagesordnungspunkt 6.4.1:

6.4.1 Ausländerrechtliche Beratungskommission - Änderung der Geschäftsordnung 4141/2013

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Beschluss:

Der Rat stimmt der Änderung in § 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Ausländerrechtlichen Beratungskommission zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 6.4.2:

6.4.2 Beschluss der Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Köln 0075/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Dazu gibt es eine Wortmeldung von Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die liebe Frau Laufenberg hat mir auf den Weg mitgegeben: Daran kann man nichts machen; das ist doch vom Land. - Liebe Kollegin von der FDP, selbstverständlich kann man die Sache würdigen. Ich habe auch zwei Nachrichten für Sie, eine gute und eine schlechte.

Die gute Nachricht ist, dass die Bürgerbewegung pro Köln an den diesjährigen Wahlen zum Integrationsrat mit einer eigenen Liste teilnimmt.

Die schlechte Nachricht ist, dass wir das hier ablehnen. Wir lehnen es ab, weil dieses Gremium den Namen „Integrationsrat“ an sich nicht verdient. Ich habe Ihnen ja eben schon eine Kostprobe gegeben, über was da alles philosophiert wird. Das geht auch an den Interessen der meisten Menschen, die nach Deutschland zuwandern, vorbei. Es gibt ja viele Menschen, die sich hier integrieren wollen. Diese Menschen wollen keinen zweisprachigen Kindergarten haben. Sie fragen mich immer: Herr Uckermann, kennen Sie nicht einen Kindergarten mit einem halbwegs hohen Niveau, in den ich mein Kind schicken kann? Ich möchte, dass es hier weiterkommt. Wir wollen nicht unter uns bleiben.

Diese Anfragen bekommen wir. Die Bürgerbewegung pro Köln wird auch von sehr vielen Menschen mit Migrationshintergrund tatkräftig unterstützt - mit Mitgliedschaft, mit Spenden oder mit sonstiger Hilfe. Das muss einfach einmal gesagt werden, weil Sie alle hier immer herumkrakeelen: gegen rechts und Rassismus und, und, und. Das ist schlicht und ergreifend eine Lüge, die höchstens noch von den DuMont-Medien verbreitet wird. Die Menschen, die uns vor Ort kennen - wir sind eine bürgernahe Partei, eine Bürgerbewegung -, wissen, dass wir Leute mit Herz und Leute mit Verstand sind, und unterstützen uns.

Menschen aus zehn verschiedenen Nationen treten auf unserer Liste an und sagen: Wir brauchen hier kein Nebengremium. Wir wollen nicht Menschen zweiter Klasse werden. Wir wollen keine Mitbürger mit Migrationshintergrund werden, sondern wir wollen vollwertige Mitbürger werden. - So etwas unterstützen wir. Wir wollen, dass Menschen, die sich hier einbringen möchten, das auch voll tun können.

Es kann nicht sein, dass eine kleine Clique, die einen gewissen Hintergrund hat, die wir hier gerade gehört haben, sich ein solches Gremium unter den Nagel reißt und dort dann die obskursten Themen hervorbringt und nach öffentlichen Fördergeldern schreit. Diese Leute sind meistens bei Vereinen angestellt, die sie selber gegründet haben und die von der Stadt Köln finanziert werden, und fristen da wunderbar ihr Dasein.

Genau das wird unsere Liste, die mit Sicherheit dann auch dort vertreten sein wird, zur Sprache bringen, damit dieser Spuk endlich beendet wird. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zur Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt. Wer gegen diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Köln in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

7 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Absatz 1 und § 84 Absatz 1 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die vom Kämmerer genehmigten Mehraufwendungen

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Errichtung von Wohnhäusern auf städtischen Grundstücken zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien
2649/2013

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Flüchtlingspolitik in Köln"

AN/0121/2014

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0252/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0267/2014

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Nachbarschaftskonzept für Flüchtlingsheime"

AN/0215/2014

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Das Boot ist voll: Neubelegungen für Asylbewerber nur noch nach Ratsbeteiligung"

AN/0179/2014

behandelt

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Ich erinnere Sie daran, dass wir den Tagesordnungspunkt 15.1 vorgezogen haben und als Tagesordnungspunkt 10.0 behandeln.

10.0 Stadtentwicklungskonzept Wohnen
3443/2013

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0241/2014

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0234/2014

Als erste Rednerin rufe ich Frau Dr. Bürgermeister von der Fraktion der SPD auf. Bitte schön.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Danke schön. - Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen jetzt zu einer Verwaltungsvorlage, für die ich die Verwaltung einmal ausdrücklich loben möchte und ihr meinen Dank aussprechen möchte. In einem breiten und sehr intensiven Prozess ist ein wichtiges strategisches Konzept unter Einbeziehung aller wichtigen Akteure - der Wohnungswirtschaft, externer Fachleute etc. - erarbeitet worden. Daher denke ich, dass wir hier ein Konzept vorliegen haben, das auf sehr festen Füßen steht und ein belastbares Instrument für die weitere Entwicklung der Wohnungsbaupolitik ist.

Das ist wichtig, meine Damen und Herren. Sie wissen alle, dass Köln wächst. Wir haben 50 000

Menschen mehr bis zum Jahr 2020 zu erwarten. Wohnungspolitik ist in einer wachsenden Stadt ein wichtiges Thema. Wir haben in den vergangenen Monaten auch eine Vielzahl von Maßnahmen für eine Wohnungsbaupolitik auf den Weg gebracht, die allen Kölnerinnen und Kölner zugutekommen werden.

Mit unserer Ratsinitiative im Sommer des vergangenen Jahres haben wir die Verwaltung aufgefordert, unverzüglich Flächen für den Wohnungsbau - insbesondere auch für den Geschosswohnungsbau - zu identifizieren und baureif zu machen. Vorhin ist schon gesagt worden, dass die Verwaltung da inzwischen auch nachgearbeitet hat. Bereits damals hatten wir insbesondere auch den studentischen Wohnungsbau im Blick; denn der Zuzug der 18- bis 30-Jährigen ist besonders groß.

Ebenfalls im vergangenen Jahr hat die rot-grüne Landesregierung die Möglichkeit geschaffen, Flächen des Landes für studentischen oder geförderten Wohnungsbau zum Verkehrswert zu erwerben, der, wie Sie alle wissen, oft deutlich unter dem Marktwert liegt. Wir haben daher die Verwaltung aufgefordert, die Zusammenarbeit mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes auf der einen und der GAG und dem Studentenwerk auf der anderen Seite zu verstärken.

Das kooperative Baulandmodell hat Herr Börschel vorhin schon erwähnt. Dieses Modell geht auf unsere Initiative zurück. Hier werden private Investoren in die Pflicht genommen, auf eigenem Grund geförderten Wohnraum zu errichten.

Außerdem wurde mit dem Sonderprogramm Wohnen ein weiterer finanzieller Anreiz zum Bau geförderter Wohnungen geschaffen.

Mit dem heute zum Beschluss stehenden Stadtentwicklungskonzept Wohnen fügen wir diesem Paket einen ganz entscheidenden Baustein hinzu. Dabei haben wir nicht nur die Schaffung neuen und vor allem auch bezahlbaren, also preiswerten, Wohnraums im Blick. Es geht auch um die nachhaltige energetische Entwicklung, also den Klimaschutz, um den demografischen Wandel, um die Sozialverträglichkeit und nicht zuletzt um die Wirtschaftlichkeit der Entwicklung des Wohnungsbestandes unserer Stadt.

Dieses integrierte Stadtentwicklungskonzept wird für die Arbeit von Politik und Verwaltung für die nächsten Jahre wegweisend sein.

Die Schaffung von jährlich 1 000 geförderten Wohnungen bleibt, auch wenn diese Zahl nicht zuletzt wegen der niedrigen Kapitalmarktzinsen in den vergangenen Jahren nicht erreicht werden konnte, weiter unsere Verpflichtung.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Diese Zahl ist noch nie erreicht worden!)

Mit dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen setzen wir heute die Leitlinien der Wohnungspolitik für die nächsten Jahre fest. Am wichtigsten ist uns dabei, dass die Stadt für alle, die hier leben, und für alle, die in den nächsten Jahren zu uns kommen werden, attraktiv bleibt. Ausreichender attraktiver Wohnraum - und zwar nicht nur geförderter Wohnraum, sondern Wohnraum für alle Einkommensgruppen - ist hierfür der Schlüssel.

Wir wollen uns aber auch der weiteren sozialen Segregation der Veedel entgegenstellen. Die Verwaltung wurde daher von uns beauftragt, darzulegen, wie mit dem Einsatz zum Beispiel von Milieuschutzsatzungen die soziale Balance in den Veedeln gewahrt und eine Verdrängung angestammter Mieterinnen und Mieter verhindert werden können. Das ist ein wichtiges Thema.

Nicht zuletzt stehen wir weiter zu unserem Grundsatz, dass einer Innenentwicklung mit Augenmaß der Vorzug vor neuen Großwohnsiedlungen auf der grünen Wiese zu geben ist. Wir verschließen dabei selbstverständlich nicht die Augen vor der Tatsache, dass zusätzlicher Wohnraum für weitere mindestens 50 000 Menschen nicht allein unter Ausnutzung aller Möglichkeiten der Innenverdichtung geschaffen werden kann. Aber auch die Ausnutzung von Flächen in den Außenbereichen unserer Stadt muss mit Sorgfalt erfolgen. Nur so entstehen am Ende lebenswerte Veedel statt zersiedelter Flächen.

Die Stadt entwickelt sich immer weiter. Daher bedarf das Stadtentwicklungskonzept Wohnen der ständigen Überprüfung und Nachjustierung. Die Verwaltung ist deshalb gefordert, auf aktuelle Entwicklungen und geänderte Voraussetzungen schnell und flexibel zu reagieren und das Konzept immer wieder zu überprüfen und zügig anzupassen.

Die hier vorliegenden Anträge der FDP und der Linken werden wir beide ablehnen. Das wird Sie nicht überraschen.

Zum Antrag der FDP: Über die Baulücken haben wir im Stadtentwicklungsausschuss ausführlich gesprochen. Es ist dargelegt worden, dass das im Moment keine effiziente Leistung ist, um Wohnraum zu ergänzen.

Zum Antrag der Linken: In Teilen haben wir heute bereits darüber gesprochen, als es um die GAG ging. Wir haben auch schon über den Anteil von 40 Prozent öffentlich gefördertem Wohnraum gesprochen. Das haben wir schon einmal abgelehnt. Die anderen Punkte sind sicherlich Sachen, die man im weiteren Verlauf der Dinge noch einmal überprüfen könnte. Zum jetzigen Zeitpunkt werden wir diesem Antrag aber nicht zustimmen.

Mit dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen werden der Verwaltung erstmals in verschiedenen Handlungsfeldern ganz konkrete Maßnahmen an die Hand gegeben. Wissend, dass Köln nicht in vielen Jahren, sondern in naher Zukunft wachsen wird, fordern wir die Verwaltung auf, diese Maßnahmen zügig umzusetzen und die entsprechenden Beschlussvorlagen vorzulegen. Köln steht vor großen Herausforderungen.

Ich bin davon überzeugt, dass Köln mit dem beschlossenen Maßnahmepaket, das ich ganz am Anfang genannt habe, und insbesondere auch dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen hierfür gewappnet ist. Daher wird meine Fraktion dieser Vorlage sehr gerne zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau Dr. Bürgermeister. - Dann kommen wir zu Herrn Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Ich werde versuchen, die Zeit, die Frau Dr. Bürgermeister überzogen hat, einzusparen, damit wir wieder ausgeglichen sind.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben im Stadtentwicklungsausschuss sehr ausführlich darüber diskutiert. Wohnungsbau ist in Köln immer ein wichtiger Punkt. Deswegen möchte ich mich kurzfassen.

Der Dank gilt wirklich der Verwaltung, die uns ein Handlungskonzept vorgelegt hat, das jetzt mit Leben ausgefüllt werden muss. Alle Fraktionen, die im Stadtentwicklungsausschuss Stimmrecht haben, stehen dem in der Tat sehr positiv gegenüber. Ich möchte das nicht alles wiederholen.

Für uns gilt nur eines: endlich handeln und Wohnungen für Studenten und andere bauen.

Die Stadt ist jetzt auch in der Verpflichtung, sicherzustellen - Herr Oberbürgermeister, das sehe ich wirklich als eine Chefaufgabe an -, dass wir möglichst rasch genügend Flächen bekommen, um die dringend notwendigen Wohnungen dann auch errichten zu können. Was nützt es, wenn wir das alles machen und das Geld zur Verfügung steht, wenn dann keine einzige Wohnung gebaut werden kann, weil wir in Köln keine Flächen mehr haben?

Für unsere Fraktion kann ich sagen: Wir stehen da voll dahinter - mit allen Aspekten, die da sind.

Mich persönlich würde es auch freuen, wenn wir das Studentenwohnen in Containern noch ein bisschen stärker unterstützen würden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Klipper. - Ich will aber auch nicht versäumen, darauf hinzuweisen, dass es sich lohnt, ab und zu einmal durch die Stadt zu fahren, um zu sehen, wo überall jetzt schon gebaut wird.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Trotzdem! Das reicht nicht!)

Aber es ist klar, dass zusätzlich noch etwas gemacht werden muss. - Dann kommen wir zu Frau Moritz.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister, wenn Sie erlauben, möchte ich auch mit einem kurzen Lob für das Konzept beginnen, aber nicht die gleiche Rede halten wie Frau Dr. Bürgermeister. Ich habe mir überlegt, dass ich mir aus diesem Konzept, das wirklich lesenswert ist, drei darin angekündigte Maßnahmen herauspicke, die aus Sicht unserer Fraktion besonders interessant sind. Komischerweise sind darunter zwei liegenschaftliche Sachen. Auch wenn ich nicht im Liegenschaftsausschuss bin, finde ich das interessant.

Das Erste ist der Vorschlag der Verwaltung, Grundstücke nach Konzepten zu vergeben. Das

heißt, dass nicht der Preis den Ausschlag gibt, sondern ein interessantes Konzept, das im normalen Wettbewerb mit dem Höchstbietenden sonst keine Chance hätte - zum Beispiel gemeinsames Leben von Behinderten und Nichtbehinderten oder Mehrgenerationenwohnen; da kann man sich alles Mögliche vorstellen. Ich kann auch schon einmal ankündigen, dass wir zur nächsten Sitzung noch einen spezifischen Antrag dazu vorlegen werden. Auf jeden Fall finde ich es toll, dass die Verwaltung hier sagt: Das ist eine Maßnahme, die wir umsetzen wollen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das muss aber vorher noch verabschiedet werden!)

Das Zweite, was ich all die Jahre immer vermisst habe und was jetzt endlich von der Verwaltung vorgeschlagen wird, steht unter K2, Durchführung von wohnungswirtschaftlichen Modellvorhaben. Warum finde ich das so toll? Weil Köln früher tatsächlich modellhafte Politik im Wohnungsbereich gemacht hat und dann lange Jahr eher Durchschnittsware produziert hat. Wenn die Verwaltung jetzt sagt, dass sie wieder wohnungswirtschaftliche Modellvorhaben fördern will, dann freue ich mich schon richtig darauf - auch wenn ich das demnächst von außen beobachten werde. Ich wünsche der Verwaltung viel Erfolg dabei.

Drittens. Das Projekt verspricht uns auch, dass laufend alles evaluiert wird, dass alles begleitet wird und dass der Markt beobachtet wird. Das brauchen wir auch; denn wir haben in der Vergangenheit schon gelernt, dass Prognosen nie haargenau eintreffen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: So ist es.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Deshalb finden wir es toll, dass das jetzt parallel und ständig evaluiert wird. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Das Lob für die Verwaltung nehme ich gerne entgegen und gebe es an die geeigneten Stellen weiter. - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Natürlich hat die Verwaltung hier eine enorme Fleißarbeit vorgelegt. Denen, die sie geleistet haben, kann man sicherlich dafür danken. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Mehrheit dieses Hauses und die FDP-Fraktion nun einmal unterschiedliche Auffassungen haben, was gewisse Prioritäten angeht. Das betrifft die Frage: mehr oder weniger Einfamilienhäuser, mehr oder weniger Geschosswohnungsbau, mehr oder weniger geförderter Wohnungsbau oder frei finanzierter Wohnungsbau?

Das sind aber gar nicht die Hauptkritikpunkte, die ich an diesem Papier habe. In erster Linie geht es mir darum, ob dadurch wirklich mehr Wohnungen geschaffen werden.

Wird durch eine Vergabe nach Konzepten, die Frau Moritz gerade gelobt hat, eine Wohnung mehr geschaffen?

(Ulrich Breite [FDP]: Nein!)

Wird durch Modellvorhaben im Wohnungsbau eine Wohnung mehr geschaffen?

(Ulrich Breite [FDP]: Nein!)

Wird durch Milieuschutzsatzungen, die eben gelobt worden sind, oder durch Prämien von 10 000 Euro für Sozialwohnungen in bestimmten herausgehobenen Stadtteilen eine Wohnung mehr geschaffen?

(Zurufe von der FDP: Nein!)

Nein, meine Damen und Herren.

Und es kommt noch schlimmer. Damit meine ich das kooperative Baulandmodell, das wir beim letzten Mal beschlossen haben. Mich stört schon allein die Wortwahl im Stadtentwicklungsausschuss. So hieß es, hier würden Investoren Opfer abverlangt. Frau Dr. Bürgermeister hat gerade gesagt, sie würden in die Pflicht genommen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist auch richtig so!)

Meine Damen und Herren, glauben Sie denn, dass Investoren sich von der Stadt Köln in dieser Form in die Pflicht nehmen lassen? Dann schaffen sie ihre Wohnungen demnächst in Pulheim oder in Frechen oder in Rösrath.

(Ulrich Breite [FDP]: In Düsseldorf!)

So sieht es nämlich aus. Wir werden dadurch also nicht mehr Wohnungen schaffen, sondern wir werden am Ende noch weniger Wohnungen

schaffen, als wir eigentlich schaffen könnten. Hier findet eine riesige Wolkenschieberei statt, indem suggeriert wird, dass Sie mit Ihrem Konzept Wohnungen schaffen würden. Das ist leider nicht der Fall.

Eine konkrete Maßnahme schlagen wir in unserem Änderungsantrag vor. Wie ich gehört habe, wollen Sie ihn leider nicht mittragen. Trotzdem möchte ich diesen Vorschlag hier noch einmal erläutern.

Die Verwaltung sagt selber: Wir haben bis zum Jahre 2029 das Potenzial, in Baulücken in Köln 15 000 Wohnungen zu bauen. Wir schaffen aber nur 1 500 Wohnungen, also nur 10 Prozent davon, weil das erfolgreiche Programm, das wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gehabt haben und mit dem wir Tausende von Wohnungen in Baulücken in Köln geschaffen haben, in irgendeiner Sparwelle einmal eingespart worden ist. - Das sagt die Verwaltung selber.

Da sagen wir: Es kann doch wohl nicht wahr sein, dass wir uns immer für Innenverdichtung aussprechen und dann die Chancen dieser Baulücken außen vor lassen.

Wir wollen mindestens die Hälfte aller Baulücken in Köln bis zum Jahre 2029 schließen, meine Damen und Herren. Bis dahin fließt noch viel Wasser den Rhein herunter. Dann sitzt wahrscheinlich eine komplett andere Riege hier.

(Beifall bei der Linken)

Bis 2029 wollen wir 50 Prozent der Baulücken geschlossen haben. Dieses Ziel wollen wir der Verwaltung mitgeben. Ich finde es sehr enttäuschend, wenn wir diese Chance heute nicht nutzen.

(Beifall bei der FDP und der Linken)

Daher muss ich sagen: Wenn wir noch nicht einmal das machen, dann hat dieses Konzept die Stimmen der FDP-Fraktion nicht verdient.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt spricht Herr Weisenstein für die Fraktion Die Linke.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Linksfraktion ist sehr froh darüber, dass das Stadtentwicklungskonzept Wohnen so gut erarbeitet worden ist und dass es heute auf den Weg gebracht wird. Wir haben es im Stadtentwicklungsausschuss diskutiert und ihm mit großer Mehrheit zugestimmt. Insgesamt kann man also davon ausgehen, dass es heute Abend hier verabschiedet wird.

Besonders freut uns, dass im Stadtentwicklungskonzept Wohnen auch ein Ziel für den preiswerten Wohnraum in Köln definiert ist. Es ist nämlich vorgesehen, dass 1 000 Sozialwohnungen pro Jahr gebaut werden sollen. Das reicht zwar nicht. Ich erinnere daran, dass 1 400 Sozialwohnungen wegfallen. Das ist aber ein breiter Konsens. Deshalb haben wir auch großes Vertrauen, dass die politischen Vertreter und die Verwaltung mit Nachdruck an diesem Ziel arbeiten werden.

Herr Sterck hat eben viel Richtiges zu dem Baulückenprogramm gesagt. Der von uns eingebrachte Änderungsantrag zum Thema Baulückenprogramm weicht auch nicht sehr stark von dem Antrag ab, den die FDP dazu vorgelegt hat.

Daher möchte ich nur noch wenige Sätze dazu sagen. Das Stadtentwicklungskonzept Wohnen zeigt, dass die Stadt Köln eine hohe Priorität für den Wohnungsbau setzt. Deswegen ist es meiner Meinung nach nicht nachvollziehbar, dass im Stadtentwicklungskonzept Wohnen auch steht: Wir haben nur so wenig Personal, dass wir lediglich 10 Prozent der Baulücken bis 2029 schließen können.

Meine Damen und Herren, wenn wir hier eine politische Priorität setzen, müssen wir die Verwaltung auch mit Personal ausstatten, damit an dieser politischen Priorität gearbeitet werden kann.

(Beifall bei der Linken)

Frau Moritz hat dankenswerterweise schon sehr viel Richtiges und Gutes zur Konzeptqualität gesagt. Eine Sache muss meiner Meinung nach aber bemängelt werden. Die Vergabe nach Konzepten wird im Stadtentwicklungskonzept Wohnen zeitlich befristet. Das halte ich für den Pferdefuß an dieser Sache. Wenn wir heute schon in das Stadtentwicklungskonzept Wohnen hineinschreiben, dass wir das über eine bestimmte Zeit

erproben, ist doch klar, dass potenzielle Investoren die Chance sehen, zu warten, bis diese Probephase abgelaufen ist. Das kann natürlich nicht Sinn und Zweck der Sache sein. Die Konzeptvergabe soll ja zweierlei bewirken: auf der einen Seite, dass tatsächlich sehr gute Quartiere entwickelt werden, und auf der anderen Seite, dass sich eine preisdämpfende Wirkung für die Fläche ergibt. Deswegen glauben wir, dass diese zeitliche Befristung nicht richtig ist.

Wir alle wissen, dass das Thema Fläche ein wesentlicher Faktor ist, der im sozialen Wohnbau Schwierigkeiten macht. Ich möchte dafür plädieren und dafür kämpfen, dass sich die Stadt Köln grundsätzlich nur noch in Ausnahmefällen dauerhaft von der Fläche verabschiedet. Lassen Sie uns daher die Erbpacht mit in das Stadtentwicklungskonzept Wohnen aufnehmen. Lassen Sie uns das Land nicht verkaufen, damit wir langfristig noch Steuerungsmöglichkeiten haben. Deswegen bitte ich Sie, die Erbpacht, wie in unserem Änderungsantrag vorgesehen, mit aufzunehmen.

Gestatten Sie mir noch eine Anmerkung zur GAG. Ich weiß, dass wir heute schon darüber gesprochen haben.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das haben wir schon drei Mal abgehandelt!)

- Ich will das auch nur ganz kurz machen. - Meine Damen und Herren, wenn wir hier ein Stadtentwicklungskonzept Wohnen verabschieden, muss die städtische Wohnungsbaugesellschaft in diesem Konzept eine prominente Stelle haben. Das hat sie in diesem Stadtentwicklungskonzept Wohnen meiner Meinung nach nicht. Deswegen bin ich der Meinung

(Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

- Herr Klipper, Sie können ja gleich mit mir schimpfen; lassen Sie mich diesen Satz aber noch zu Ende vortragen -, dass im Stadtentwicklungskonzept Wohnen ein Ziel bezüglich der GAG definiert werden muss.

Ich will jetzt nicht mit unrealistischen Zahlen um mich werfen. Ich bitte Sie aber: Folgen Sie unserem Änderungsantrag, und sorgen Sie mit dafür, dass ein konkretes Ziel für die GAG benannt wird. Das muss als Ziel 8 im Zielkatalog stehen.

Noch einmal: Baulückenprogramm; mehr Personal; Ziel für die GAG; Erbpacht; keine zeitliche Befristung der Konzeptvergabe. Hierfür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Weisenstein. - Ich würde gerne abschließend Herrn Höing das Wort geben.

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir nur eine ganz kurze Anmerkung, weil wir im Vorfeld mit diesem Konzept ja schon eine große Fleißarbeit geleistet haben, Herr Sterck.

Die Debatten um die Zahlen und die notwendigen Flächen werden wir in der Tat in den nächsten Wochen und Monaten führen müssen. Ich finde aber, dass eine Stadt wie Köln, die es in jedem Jahrzehnt im letzten Jahrhundert geschafft hat, immer wieder phänomenale, sehr vorzeigbare neue Wohnqualitäten hervorzubringen, sich nicht damit zufriedengeben kann, nur über Quantitäten, also über immer mehr, zu reden. Vielmehr müssen wir auch den Beweis antreten, dass wir es unter den heutigen Rahmenbedingungen schaffen, Wohnbaukultur in dieser Stadt auch ein Stück weit neu zu definieren. - Es war mir ein Anliegen, das an dieser Stelle noch einmal zu sagen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank für diese abschließenden Worte, Herr Höing. - Herr Detjen hat sich noch gemeldet.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister, ich möchte Sie nur bitten, über unseren Antrag so abstimmen zu lassen, dass Sie den Punkt III herausnehmen - der Antrag umfasst ja vier verschiedene Punkte -; denn es gibt, glaube ich, die Möglichkeit, dass dem Punkt III auch andere Fraktionen zustimmen. Deswegen würde ich Sie gerne bitten, diesen Punkt - dabei geht es um die Baulücken - extra zur Abstimmung zu stellen, damit auch die Möglichkeit besteht, ihm zuzustimmen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wollen Sie denn nur über den Punkt III Ihres Antrags abstimmen lassen?

Jörg Detjen (Die Linke.): Nein, separat über den Punkt III und über den Rest.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut. - Nachdem das geklärt ist, kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Wir stimmen zuerst über den Punkt III des Änderungsantrags der Fraktion Die Linke. ab. Wer ist für diesen Punkt III? - Das sind die Fraktion Die Linke. und die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Henseler, Herrn Zimmermann und der Fraktion pro Köln ist dies abgelehnt.

Dann kommen wir zum Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. insgesamt. Wer für den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Zimmermann und der Fraktion pro Köln ist er insgesamt abgelehnt.

Wir kommen nun zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion. Wer für den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der FDP, die Fraktion der CDU, Herr Zimmermann, Herr Henseler und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist er abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Vorlage unter TOP 15.1 und damit zum Stadtentwicklungskonzept Wohnen insgesamt. Ich bitte diejenigen um das Handzeichen, die für dieses Stadtentwicklungskonzept Wohnen sind. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der CDU, Herr Zimmermann, die Fraktion Die Linke. und der Oberbürgermeister.

(Zurufe von der CDU: Aha! - Martin Börschel [SPD]: Das reicht ja!)

Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Henseler und der Fraktion pro Köln ist dieser Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit angenommen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Ziffer III des Änderungsantrages der Fraktion Die Linke.:

III. Um das Ziel 2 zu erreichen und entsprechend der Leitlinie 2 wird die folgende Maßnahme dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen hinzugefügt:

Maßnahme I5 „Aktivierung des Baulückenprogramms“ (Handlungsfeld Innenentwicklung)

Das Baulückenprogramm wird mit mehr Personal ausgestattet, um das Potential der Baulücken für den Wohnungsbau deutlich besser auszuschöpfen. Mit den derzeit 2 Stellen erwartet die Verwaltung nur eine Schaffung von 10 % der potentiell 13.200 Wohneinheiten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke. bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln und Stimmenthaltung der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:

I. Das folgende Ziel 8 und die zugehörige Maßnahme S4 werden dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen hinzugefügt:

Ziel 8)

Die städtischen Wohnungsunternehmen tragen zur Schaffung einer größeren Zahl an preisgünstigen Mietwohnungen bei.

Um das Ziel 8 zu erreichen, wird die folgende Maßnahme hinzugefügt:

Maßnahme S4 „Stärkung der GAG und der weiteren städtischen Wohnungsunternehmen“ (Handlungsfeld Sozialorientierte Wohnungspolitik)

- *Die Stadt erwirbt weitere Anteile an der GAG bis unterhalb der Schwelle, ab der Grunderwerbssteuer fällig würde. Die Verwaltung erarbeitet eine Möglichkeit, die restlichen Anteile mittelbar zu erwerben.*

- *Die GAG wird in die Gesellschaftsform überführt, die für eine Verstärkung des Engagements im sozialen Wohnungsbau am besten geeignet ist.*

- *Das Eigenkapital der GAG wird gestärkt. Hierzu verbleiben die Gewinne der GAG als Eigenkapital im Unternehmen.*

- *Die Verwaltung prüft die Möglichkeit, das Eigenkapital der GAG und der anderen stadteigenen Wohnungsunternehmen durch Übertragung (für Wohnungsbau geeigneter) städtischer Liegenschaften zu erhöhen.*

- *Die Stadt bzw. ihre Wohnungsunternehmen nutzen den Vorrang vor privaten Käufern, den das Land NRW den Kommunen und den kommunaleigenen Wohnungsunternehmen beim Erwerb von landeseigenen Liegenschaften einräumt.*

II. Das folgende Ziel 9 und die zugehörige Maßnahme B5 werden dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen hinzugefügt:

Ziel 9)

Die Stadt Köln verfolgt eine langfristige und nachhaltige Liegenschaftspolitik.

Um das Ziel 9 zu erreichen, wird die folgende Maßnahme hinzugefügt:

Maßnahme B5 „Vergabe städtischer Liegenschaften nach Erbbaurecht“ (Handlungsfeld Baulandmanagement – Liegenschaftspolitik)

- *Die Weitergabe städtischer Liegenschaften zum Zwecke des Wohnungsbaus erfolgt grundsätzlich nicht durch Verkauf, sondern nach Erbbaurecht. Ein Verkauf wird nur in begründeten Ausnahmefällen (z. B. Arrondierung von Grundstücken) durchgeführt.*

III. Um das Ziel 2 zu erreichen und entsprechend der Leitlinie 2 wird die folgende

Maßnahme dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen hinzugefügt:

Maßnahme I5 „Aktivierung des Baulückenprogramms“ (Handlungsfeld Innenentwicklung)

Das Baulückenprogramm wird mit mehr Personal ausgestattet, um das Potential der Baulücken für den Wohnungsbau deutlich besser auszuschöpfen. Mit den derzeit 2 Stellen erwartet die Verwaltung nur eine Schaffung von 10 % der potentiell 13.200 Wohneinheiten.

IV. Die Maßnahmen B3 „Kommunaler Zwischenerwerb von Flächen“, B4 „Vergabe städtischer Grundstücke nach Konzeptqualität“ und die unter II. vorgeschlagene Maßnahme B5 behandeln die Frage der Weitergabe städtischer Liegenschaften zum Zwecke des Wohnungsbaus. Die hierzu zu erstellenden Beschlussvorlagen der Verwaltung berücksichtigen das folgende Kriterium:

- *Bei einer Weitergabe städtischer Grundstücke (nach Erbbaurecht oder im Verkauf) zum Zwecke des Wohnungsbaus sind zu mindestens 40 % öffentlich geförderte Wohnungen zu errichten.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der der Fraktion Die Linke. bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln und Stimmenthaltung von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) abgelehnt.

III. Beschluss gemäß Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Rat möge beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung in Zusammenhang mit der Umsetzung des Stadtentwicklungskonzeptes Wohnen das Ziel zu realisieren, bis zum Jahre 2029 50% statt 10% der möglichen Wohnungen in Baulü-

cken und damit ca. 7.500 statt ca. 1.500 Wohneinheiten zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln abgelehnt.

IV. Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage:

1. Der Rat beschließt das Stadtentwicklungskonzept Wohnen. Er beschließt insbesondere

- *die Ziele und Leitlinien der Kölner Wohnungspolitik lt. Anlage 1, Kapitel 3, S. 19-21.*
- *die 22 Maßnahmen des Handlungsprogramms lt. Anlage 1, Kapitel 4.2, S. 24 ff. bzw. Anlage 2 (Handlungsprogramm – Langfassung) und beauftragt die Verwaltung mit deren Umsetzung.*

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung die folgenden 11 Maßnahmen mit Priorität umzusetzen:

- *B1 Verstärkte Mobilisierung von Flächen für den Geschosswohnungsbau*
- *B2 Neuausweisung von Wohnbauflächen im Flächennutzungsplan*
- *B3 Kommunaler Zwischenerwerb von Flächen*
- *B4 Erprobung der Vergabe städtische Grundstücke nach Konzeptqualität und Förderung von Zielgruppen*
- *I1 Konversionsflächen planerisch bewerten und priorisieren*
- *I2 Prüfung der kleinteiligen Innenentwicklungspotenziale*
- *I3 Weiterentwicklung von Siedlungen der 1950er und 1960er Jahre*
- *S1 Kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm: Evaluierung und Weiterentwicklung*
- *S2 Instrument „Erhaltungssatzung“ im Bedarfsfall vermehrt nutzen*
- *Q1 Quartiere mit besonderem Entwicklungs- und Hilfebedarf priorisieren und konzeptionell bearbeiten*
- *K3 Aufbau einer Wohnungsbauleitstelle bei der Verwaltung*

3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, regelmäßig über die Umsetzung der Maßnahmen zu berichten bzw. zur weiteren Beschlussfassung auszuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und den Stimmen von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) und des Oberbürgermeisters bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln und von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Mit Blick auf die Uhr gestatte ich mir folgenden Hinweis: Wenn wir noch am 11. Februar fertig werden wollen, müssen wir uns vor dem Hintergrund der vielen Punkte, die noch vor uns liegen, ein bisschen sputen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

10.2 Baubeschluss für die Erneuerung des Verkehrsrechnersystems sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes.
hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-0-1056, Verkehrsrechnersystem, Erneuerung, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen
3616/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das einstimmig so angenommen.

Beschluss:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Erneuerung des Verkehrsrechnersystems mit Gesamtkosten in Höhe von 2.641.800 €.*

2. *Der Rat beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Erneuerung des Verkehrsrechnersystems in Höhe von 664.500 € im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei Finanzstelle 6601-1201-0-1056, Verkehrsrechnersystem, Erneuerung, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2014.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

10.3 Generalsanierung und Erweiterung der Hauptfeuerwehrzentrale Köln Weidenpesch
3892/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0248/2014

Dazu möchte ich zunächst einmal Herrn Stadtdirektor Kahlen das Wort geben, um dann - -

(Martin Börschel [SPD]: Es würde vielleicht auch reichen, wenn nur Herr Frank spricht! - Birgit Gordes [CDU]: Darf ich zuerst eine Frage stellen? Dann kann er die Frage gleich mit beantworten!)

- Okay. Dann stellen Sie Ihre Frage bitte gleich vom Platz aus.

Birgit Gordes (CDU): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Ich rede vom Platz aus. Das ist für alle von uns effektiver.

Herr Kahlen, wenn ich das aus dem Finanzausschuss richtig nachvollziehe, ist es so, dass Ihre Kostenberechnungen auf Planungen von 2012 basieren und dabei weder Preissteigerungen ganz allgemeiner Art noch Baukostensteigerungen und erhöhte Planungshonorare einkalkuliert sind. Wenn das stimmt, frage ich Sie, wieso Sie uns nicht im Anhang aktuelle Zahlen vorgelegt haben, sondern mit so veralteten Zahlen hantieren. Dann könnte man nämlich reeller mit der ganzen Vorlage umgehen.

Wir werden der Vorlage zustimmen, um das Ganze nicht aufzuhalten, obwohl viele Fragen nur oberflächlich und manche überhaupt nicht beantwortet sind. Diese Fragen werden wir aber vielleicht im Fachausschuss noch einmal stellen.

In unserem Zusatzantrag haben wir - -

(Martin Börschel [SPD]: Sie wirken darauf hin, dass der Stadtdirektor einen langen Vortrag hält!)

- Ich weiß. Was ich sagen wollte ist, dass wir darin einen Kostendeckel beantragt haben, den wir aufgrund Ihrer Äußerungen im Finanzausschuss in Vereinbarung mit den anderen Fraktionen auf 40,6 Millionen Euro festlegen würden, um eine größtmögliche Kostendisziplin, eine Kostentransparenz und eine Kostenkontrolle einzufordern.

Außerdem sind wir nach wie vor der Meinung, dass das ein Externer kontrollieren sollte. An diesem Antrag halten wir auch fest.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Gordes. - Dann hatte sich Herr Frank gemeldet.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Es ist schon sehr spät. Deshalb will ich mich kurzfassen.

Die Beschlussvorlage wurde gestern vom Finanzausschuss ohne Votum in den Rat geschoben. Im Finanzausschuss hatte ich die Frage gestellt, inwieweit der Kostenrahmen reell sei. Darauf hat die Verwaltung schon geantwortet, dass die Daten aus dem zweiten Quartal 2012 sind. In der jetzigen Vorlage sind als Gesamtkosten 39,38 Millionen Euro aufgeführt.

Wir möchten beantragen, die Gesamtinvestition für die Generalsanierung und Erweiterung der Hauptfeuerwehrzentrale und den Neubau des Gerätehauses auf 40,6 Millionen Euro zu limitieren und damit einen klaren Deckel einzuziehen. Damit dürften auch die Kostensteigerungen, die

noch nicht berechnet sind, aufgefangen werden. Weitere Kostensteigerungen müssen dann innerhalb des Projekts durch entsprechende Konsolidierungen erwirtschaftet werden.

Zudem möchten wir vorschlagen, ein Baukostencontrolling mit periodischer Berichterstattung an den Bauausschuss und den Finanzausschuss einzuführen - wobei wir aber der Meinung sind, dass dieses Controlling mit Bordmitteln durchgeführt werden sollte, also vonseiten der Verwaltung sichergestellt werden sollte; denn wir können jetzt wirklich nicht für jedes Projekt externe Controller beschäftigen. Ich denke, dass es sich hier um ein Projekt handelt, das auf dem üblichen Wege wirtschaftlich erstellt werden kann. Jedenfalls haben wir diese Hoffnung nicht aufgegeben.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wir haben keinen Beratungsbedarf! Wir können abstimmen!)

Dann gebe ich Herrn Stadtdirektor Kahlen das Wort.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Gordes, bitte berücksichtigen Sie, dass das externe Controlling noch einmal zusätzlich einen sechsstelligen Betrag kosten würde - ich sage einmal: 150 000 Euro. Das müssen wir in der Gebäudewirtschaft noch ausloten. Das würde die Gesamtkosten natürlich erhöhen, weil wir diesen Betrag nicht einkalkuliert haben.

(Birgit Gordes [CDU]: Sie haben aber noch nicht meine Frage beantwortet, weshalb Sie mit veralteten Zahlen kommen!)

- Frau Gordes, wie Sie wissen, hat sich dieser Prozess über eine sehr lange Zeit hingezogen, weil die Urplanung auf einer Machbarkeitsstudie, Leistungsphase 0, basierte, die aber öffentlich als Leistungsphase 3 eingeschätzt wurde. Darauf sind die lange Dauer und auch das veraltete Zahlenmaterial zurückzuführen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Bitte schön.

Birgit Gordes (CDU): Herr Oberbürgermeister, wenn Herr Kahlen gestern im Finanzausschuss Auskunft über eine prozentuale Steigerung geben konnte, wird es ihm doch wohl auch möglich sein, das dem Bauausschuss auch mit der ordentlichen Vorlage zur Kenntnis zu geben. Das verstehe ich jetzt nicht ganz. Eine Baukostensteigerung ist eine Baukostensteigerung und keine Detailsteigerung.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Das war noch einmal Ihre Auffassung dazu. - Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich versuche einmal, das ein bisschen auseinanderzudividieren, um dann auch zu einem guten Beschluss zu kommen.

Wir haben zunächst einmal einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Frau Gordes, Sie haben eben gesagt, Sie würden der Vorlage zustimmen - aber mit der Maßgabe, dass hier ein externes Controlling stattfindet. Sie haben ja einen Kostendeckel von 40,6 Millionen Euro und gleichzeitig ein externes Kostencontrolling vorgeschlagen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wir möchten getrennt abstimmen, erst einmal über den Kostendeckel von 40,6 Millionen Euro und dann in einem zweiten Abstimmungsverfahren über das externe Controlling! - Martin Börschel [SPD]: Die 40,6 Millionen Euro haben wir doch gemeinsam beantragt!)

- Okay. Dann machen wir es so und stimmen in zwei Durchgängen über den Änderungsantrag ab, und zwar zunächst einmal über den Kostendeckel in Höhe von 40,6 Millionen Euro.

(Birgit Gordes [CDU]: Das ist ein Ergänzungsantrag, Herr Oberbürgermeister!)

- Ja, das ist klar. - Wir stimmen also erst einmal über diesen Punkt ab. Wer gegen die Limitierung auf 40,6 Millionen Euro ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist niemand. Dann gibt es keine Gegenstimmen. Damit ist das so beschlossen.

Jetzt kommen wir zu dem zweiten Teil, und zwar zu dem Vorschlag der Fraktion der CDU, ein externes Controlling vorzusehen. Wer für dieses externe Controlling ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist das abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Gesamtvorlage.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wir haben gerade zugestimmt!)

- Ja, das ist klar. Lassen Sie mich aber bitte ausreden. - Wir kommen zur Gesamtabstimmung über diese Vorlage mit der Maßgabe, dass ein Baukostencontrolling mit periodischer Berichterstattung an den Bauausschuss und den Finanzausschuss erfolgen soll. Wer gegen diesen Beschlussvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Niemand. Wer enthält sich? - Damit ist das einstimmig so angenommen, und wir haben wieder ein wichtiges Thema hier gemeinschaftlich mit großem Konsens bewältigt.

I. Beschluss gemäß mündlichen Änderungsanträgen der Ratsmitglieder Gordes und Frank:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt modifiziert:

Die Gesamtinvestition für die Generalsanierung und Erweiterung der Feuerwehrhauptzentrale und dem Neubau eines Gerätehauses wird auf 40,6 Mio. € limitiert.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Beschluss gemäß Ziffer 6 des Änderungsantrages der CDU-Fraktion:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird um folgenden Punkt ergänzt:

6) Das gesamte Vorhaben ist durch ein externes Baukosten-Controlling mit periodischer Berichterstattung an den Bauausschuss und den Finanzausschuss begleiten zu lassen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich - gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln - abgelehnt.

III. Beschluss über die Vorlage in geänderter Fassung:

1. *Der Rat genehmigt die Kostenberechnung zur Generalsanierung und Erweiterung der Feuerwehrhauptzentrale und dem Neubau eines Gerätehauses für den Fernmeldedienst der Freiwilligen Feuerwehr Köln, Scheibenstr. 13, 50737 Köln-Weidenpesch mit Gesamtkosten von 39,38 Mio. Euro und beauftragt die Verwaltung mit der Weiterplanung, Submission und Baudurchführung*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung, ob das Projekt „Nutzung Wärme aus Abwasser“ im Rahmen dieses Bauprojektes Anwendung finden kann. Unter der Voraussetzung einer positiven Standortanalyse (Ergebnis des Gutachtens) wird die RheinEnergie Köln die gesamten Investitionskosten sowie weiteren Betriebskosten zum Betreiben der Energiegewinnung „Wärme aus Abwasser“ übernehmen. Die Stadt Köln (Feuerwehr) wird weiterhin den verbrauchsabhängigen Vergleichsgaspreis entrichten, so dass bei der EU-subventionierten Nutzung der regenerativen Energie „Wärme aus Abwasser“ keine Mehrkosten (Investitions- und Betriebskosten) aber auch keine wirtschaftlichen Vorteile entstehen.*

3. *Die RheinEnergie hat Interesse, Teile der Dachflächen für eine Photovoltaikanlage zu nutzen. Für die Feuerwehr entstehen bei der Umsetzung dieser Maßnahme keine Kosten, allerdings auch keine wirtschaftlichen Vorteile. Für die RheinEnergie dient dieses Projekt auf dem Dach der Feuerwehrhauptzentrale neben dem Aspekt der Stromgewinnung als Leuchtturmprojekt. Insgesamt kann diese Maßnahme das Image der Stadt Köln als zukunftsorientierte und auf Nachhaltigkeit bedachte Stadt nur positiv unterstützen. Der Rat beauftragt die Verwaltung, dieses Projekt gemeinsam mit der RheinEnergie zu realisieren.*

4. *Der Rat beschließt die erste Freigabe der zur Baudurchführung notwendigen Mittel in Höhe von 9.050.000 Euro im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, bei Zeile 8, Auszahlungen für Baumaßnah-*

men, bzw. Finanzstelle 3701-0212-5-5400 „Generalsanierung FW5 (7.650.000€) und 3701-0212-0-5700 „Gerätehaus Fernmeldedienst“ (1.400.000€), Haushaltsjahr 2013.

Die Abschreibungen sind im Teilergebnisplan 0212 bei Zeile 14 veranschlagt.

5. *Die Gesamtinvestition für die Generalsanierung und Erweiterung der Feuerwehrhauptzentrale und dem Neubau eines Gerätehauses wird auf 40,6 Mio. € limitiert.*

6. *Es erfolgt eine Baukostencontrolling mit periodischer Berichterstattung an den Bauausschuss und den Finanzausschuss.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Die weitere Ergänzung der Vorlage – neue Ziffer 6 – beruht auf einem mündlichen Änderungsantrag von Ratsmitglied Frank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

10.4 Baubeschluss für den Ausbau der Verlängerung der Industriestraße in Köln-Fühlingen von Merianstraße bis Mennweg sowie Freigabe von investiven Haushaltsermächtigungen des Finanzplanes.
hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-6-5036, Industriestraße (Merianstraße - Mennweg), Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen
3976/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Auch damit ist heute ein wichtiger Baubeschluss gefasst worden. Herzlichen Glückwunsch.

Beschluss:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Realisierung der Verlängerung der Industriestraße mit Gesamtkosten in Höhe von 12.737.000 €.*

2. *Der Rat beschließt die Freigabe von Kassenmitteln für die Verlängerung der Industriestraße in Höhe von 2.000.000 € sowie von Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 3.000.000 € im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei Finanzstelle 6601-1201-6-5036, Industriestraße (Merianstraße – Mennweg), Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2014.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

10.5 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Beschaffung von 500 Parkscheinautomaten
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung)
4068/2013

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Dann würde ich gerne Herrn Höing das Wort geben.

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich würde gerne die Bitte äußern, dieser Vorlage nun doch zuzustimmen; denn ich hoffe, die Fragen, die gestern im Finanzausschuss noch aufgeworfen worden sind, jetzt einigermaßen beantworten zu können.

Zunächst einmal handelt es sich hier um einen Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Anschaffung von bis zu 500 Parkscheinautomaten. Wir werden sie jetzt nicht einfach kaufen und dann warten, bis die Bezirksvertretungen entscheiden, sondern sie erst Zug um Zug anschaffen. Wir sind auch nicht in der Pflicht, diese 500 Parkscheinautomaten ad hoc zu erwerben.

Eine zweite Frage bezog sich auf die technische Situation. Was ist mit Parkscheinautomaten, die möglicherweise erst in einem Jahr oder anderthalb Jahren benötigt werden? Wir als Stadt Köln sitzen selber in dem DIN-Ausschuss und definieren den Standard mit.

(Martin Börschel [SPD]: Falls die Mark wiederkommt?)

- Entschuldigung; das habe ich jetzt nicht verstanden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Falls die D-Mark wieder eingeführt wird.

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Nein. Meine Kollegen sehen überhaupt keine Gefahr, dass sich jetzt ein technischer Quantensprung ergeben könnte, sodass wir auf einmal veraltete Parkscheinautomaten hätten. Wir wären auch immer in der Lage, dann Parkscheinautomaten auf dem aktuellen technischen Stand zu besorgen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Es gibt noch eine Wortmeldung von Herrn Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Höing, da muss ich Ihnen leider widersprechen. Das haben wir im Finanzausschuss bei Ihrem Vorgänger, Herrn Streitberger, erlebt. Damals wurden wir nämlich darüber aufgeklärt, wie schnell der technische Fortschritt verläuft. Seinerzeit mussten wir wieder neue Parkscheinautomaten anschaffen, weil die Trickdiebe natürlich auch immer neue Möglichkeiten finden, das Geld herauszuholen. Darum haben wir schon die dritte Generation. Sie mussten von Ihren Parkscheinautomaten sogar schon welche abschreiben.

(Martin Börschel [SPD]: Er schafft sie doch gar nicht an! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch eine Bedarfsfeststellung!)

- Ich stimme mit dieser Bedarfsfeststellung nicht überein. Er sagt: Es interessiert gar nicht, wie die Bezirksvertretungen abgestimmt haben; wir machen das jetzt erst einmal. - Wir haben aber festgestellt, dass hier dezidiert aufgeführt wird, für welches Veedel, zum Beispiel das Pauliviertel, wie viele Automaten angeschafft werden. Wie man das bei einer Bedarfsfeststellung ansetzen kann, obwohl die zuständige Bezirksvertretung ganz anders entschieden hat, kann ich wirklich nicht nachvollziehen. Mich wundert es, dass man hier nicht einfach subtrahieren kann. Dafür braucht man ja keinen Dreisatz, sondern einfach nur eine Subtraktion. Ich frage mich also, warum das nicht aus der Bedarfsfeststellung herausgenommen wird, wenn in der Bezirksvertretung entschieden worden ist, diese Automaten nicht aufzustellen.

Herr Oberbürgermeister, deshalb bitten wir darum, genauso wie im Verkehrsausschuss auch hier getrennt abzustimmen. Für die Ersatzbeschaffung ist meine Fraktion. Die Bedarfsfeststellung, die ja gar nicht mehr stimmt, die wir aber trotzdem beschließen sollen, ist mir aber doch ein bisschen zu nebulös. Haben Sie nach allem, was wir hier schon erlebt haben, bitte Verständnis dafür, dass meine Fraktion da nicht mitmacht und deswegen um getrennte Abstimmung bittet. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann hatte sich Herr Götz gemeldet.

Stefan Götz (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir reden hier ein bisschen aneinander vorbei, glaube ich. Es geht in dieser Vorlage um zwei Punkte.

Der erste Punkt betrifft die Ersatzbeschaffung für defekte Parkscheinautomaten von 250 Stück. Diese ist unstreitig.

Der zweite Punkt ist, dass in der Vorlage zahlreiche Bezirksvertretungen mit maximal 250 neuen Parkscheinautomaten für neue Vorhaben aufgeführt sind. Mittlerweile hat sich aber herausgestellt, dass diese nicht alle von den Bezirksvertretungen beschlossen worden sind.

Wir sind der Auffassung, dass wir den Beschluss heute auf die Zahl begrenzen sollten, die tatsächlich beschlossen worden ist, damit wir nicht auf Vorrat bestellen. Dann könnten wir dem heute auch so zustimmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das tun wir doch nicht! - Gegenruf von Ulrich Breite [FDP]: Natürlich tun wir das! Das ist wie mit den Brunnen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Herr Uckermann, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sie können das schönreden. Sie können das alles ein bisschen nebulös darstellen. Sie machen jedenfalls - das habe ich den Wortbeiträgen entnommen - alle bei der Bürgerabzocke mit.

Nicht nur Wohnen muss in Köln bezahlbar sein, sondern auch Autofahren muss in Köln bezahlbar sein. Wenn wir hören, dass 250 neue Abzockautomaten für weitere Vorhaben angeschafft werden sollen, können wir uns doch alle vorstellen, was Sie da wieder vorhaben. Ich denke, dass die Stadt jetzt endlich einmal ein bisschen bürgerfreundlich sein sollte, anstatt sich wie ein Nimmersatt immer mehr reinzuschaufeln. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir jetzt zur Beschlussfassung. - Herr van Benthem, bitte.

Henk van Benthem (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nehmen Sie es mir bitte nicht übel, dass ich hier eine Verlängerung der Sitzung um weitere zehn Minuten forciere. Nach meinem Redebeitrag werden wir nämlich gleich noch einen Wortschwall zu hören bekommen.

Ich muss Ihnen aber sagen, dass ich die Schnauze wirklich voll habe. Die Wortbeiträge, die hier aus der hinteren rechten Ecke kommen, sind so etwas von grottenschlimm. Wir haben einen Livestream. Die Menschen am Bildschirm meinen, dass wir, die wir hier mit 85 Mann sitzen, uns von pro Köln alles gefallen lassen. Mich kotzt das an. Deswegen muss ich das auch einmal im Livestream nach draußen sagen.

(Beifall bei der CDU)

Ich freue mich, als Mensch mit Migrationshintergrund hier so offen reden zu dürfen. Das kann und darf nicht richtig sein.

(Zuruf von pro Köln)

- Halten Sie doch einfach Ihren Mund. Dann geht es uns viel besser.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Wir wissen, dass jetzt wieder irgendetwas kommt. Ich freue mich darauf, dass man sich wieder einmal entlarvt.

Ich konnte das hier nicht mehr aushalten. Deswegen bin ich ans Pult gegangen. - Danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr van Benthem. - Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Zunächst stimmen wir über den mündlichen Änderungsantrag der Fraktionen der FDP und der CDU ab, der lautet, dass nur die Ersatzbeschaffung in Höhe von 250 Parkscheinautomaten heute beschlossen wird und das andere jetzt nicht beschlossen wird. Wer für diesen mündlichen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CDU und der FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist dieser mündliche Änderungsantrag abgelehnt.

Zu Dann kommen wir zur Beschlussfassung zu Tagesordnungspunkt 10.5. Wer gegen diesen Beschlussvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist das so beschlossen.

I. Beschluss über den mündlich vorgetragenen Änderungsantrag der CDU-

Fraktion und der FDP-Fraktion:

Der Rat beschließt die Ersatzbeschaffungen auf 250 Parkscheinautomaten zu beschränken.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich - gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion - abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage:

1. Der Rat stellt den Bedarf zur Beschaffung von 500 Parkscheinautomaten fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

2. Der Rat beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 1,5 Mio. Euro und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1 Mio. Euro im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung), Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Haushaltsjahr 2014.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich - gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln - zugestimmt.

10.6 Integriertes Klimaschutzkonzept Köln 2013
2567/2013

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV - Seite 6).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.7:

10.7 Bestellung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der KölnVorsorge - Sterbeversicherung VVaG
4011/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt,

Frau VA Dorothée Schneider, Kämmerei, und

Herrn VA Thomas Blaeser, Zusatzversorgung und Beihilfe,

als städtische Vertreter in den Aufsichtsrat der KölnVorsorge – Sterbeversicherung VVaG zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.8:

10.8 Bestellung eines stellvertretenden Pflichtmitgliedes des Jugendhilfeausschusses
0099/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis, dass das Polizeipräsidium Köln

Herrn Bernd Reuther

als stellvertretendes Pflichtmitglied in den Jugendhilfeausschuss bestellt. Er ersetzt damit Frau Elke Polage.

Herr Bernd Reuther wird die Vertretung von Herrn Wolfgang Wendelmann wahrnehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

10.9 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2014 bei der Finanzstelle 6903-1202-5-7110, Neusser Str. /Gürtel-Einbau v. Aufzügen
4103/2013

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die weitere Kostenerhöhung für den nachträglichen Einbau von zwei Aufzügen sowie der Errichtung von zwei zusätzlichen Zugängen in die Stadtbahnhaltestelle Neusser Straße / Gürtel in Höhe von 680.000,00 € zur Kenntnis. Die Gesamtkosten betragen nun 5.212.901,43 €.

Zur Finanzierung des Mehrbedarfes beschließt der Rat die Freigabe der im Teilfinanzplan 1202, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei Finanzstelle 6903-1202-5-7110, Hst. Neusser Str./Gürtel-Einbau v . Aufzügen, Hj. 2014, zur Verfügung stehenden Auszahlungsermächtigungen i.H.v. 680.000,00 €.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

10.10 Zusetzung von 4,5 auf drei Jahre befristete Stellen für das durch das Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen geförderte Projekt „Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung“
4105/2013

Ich sehe keine Wortmeldungen. Ist jemand dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt unter dem Vorbehalt der Umsetzung der angekündigten Förderung durch das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter (MGEPA) die auf drei Jahre befristete Zusetzung von 4,5 Stellen für das Projekt „Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung“, welches durch das Gesundheitsamt durchgeführt werden soll (Projektstart 15.03.2014, Projektende 14.03.2017).

Es handelt sich um folgende Stellen:

2,0 Stellen Facharzt / Ärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie Vgr. Ib/Ia BAT (E 15 TVöD)

1,0 Stelle Sozialarbeiter/in / -pädagog/e/in S 12 TVöD - SuE

1,5 Stellen Arzthelfer/in Vgr. VIII/VII BAT (E 3 TVöD)

Der Rat beschließt somit die befristete Zusetzung der o.g. Stellen zum Stellenplan 2015. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans wird verwaltungsintern eine entsprechende Verrechnung bereitgestellt.

Der Personalaufwand (Anlage 1) für die Jahre 2014 ff refinanziert sich auf Basis der für 2014 ermittelten Werte durch die Fördergelder des Landes.

Der Sachaufwand (Anlage 1) sowie die Auszahlung für Investitionen werden aus den im Teilplan 0701 - Gesundheitsdienste – veranschlagten Mitteln finanziert.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

10.11 Zuwendung an den Verein Sportstadt Köln e. V. zu den Personalkosten „Referent/-in Sportstadt Köln“
2838/2013

Wortmeldungen? - Herr Uckermann. - Das können Sie vom Platz aus machen. - Vom Platz aus.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Nein, von oben!)

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir, auch ohne Migrationshintergrund ein paar deutliche Worte zu sagen. Das ist bei diesem Punkt nämlich sehr notwendig.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben nur gesagt, dass wir jetzt zu Punkt 10.11 kommen, und gefragt, ob es Wortmeldungen gibt. Ja, es gibt eine Wortmeldung. Ich hätte auch andere Wortmeldungen erwartet. Es geht - weil Sie das Rubrum

nicht vorgelesen haben, muss ich das leider ein bisschen erläutern, damit man es auch nachvollziehen kann - um eine Zuwendung an einen Verein, der sich Sportstadt Köln nennt.

Das ist kein Verein, der Sport macht, sondern ein Verein aus honorigen Personen. Der Oberbürgermeister, Mitglieder der Vorstände der Stadtwerke, Universitätsdirektoren und weitere solche Persönlichkeiten haben diesen Verein gegründet. Im Sportausschuss ist immer wieder davon gesprochen worden, wie undurchsichtig das Ganze ist.

Dieser Verein soll also in die Spendenakquise gehen und in irgendeiner Weise etwas für Köln tun - was genau, war lange Zeit nicht klar. Dann hat man gesagt, dieser Verein baue bzw. plane diese beleuchtete Joggingstrecke. Das ist an sich eine gute Sache. Er hat dann 50 000 Euro von einem stadtnahen Konzern bekommen. So stelle ich mir Sponsoren- und Spendenakquise auch nicht vor. Das Geld, das eigentlich die Kinder und Jugendlichen oder die Breitensportvereine bekommen, ging also an diesen Verein.

Dann macht dieser Verein drei Jahre nichts. Das Geld hatte man eingenommen, sage ich einmal. Man kommt irgendwie nicht aus den Pötten.

Jetzt bekommen wir in der Sitzung des Sportausschusses vom 21. Januar 2014 eine Vorlage, in der der Oberbürgermeister vorschlägt, diesen Verein aus unserer Stadtkasse mit 60 000 Euro zu alimentieren. Es soll nämlich halbtags eine Bürokraft eingestellt werden - für 60 000 Euro. Im Sportausschuss ist gesagt worden, wegen 60 000 Euro brauche man sich doch nicht so aufzuregen. Es sind immerhin 3 000 Euro brutto im Monat.

Das Ganze wird noch interessanter und noch obskurer; denn dieser Verein bezieht, wie ich dann auf meine Nachfragen erfahren habe, Räumlichkeiten im Sportamt. Das heißt, dass die dann anscheinend Tür an Tür sitzen. Es ist überhaupt nicht klar, welche sachlichen Zuwendungen dieser Verein noch bekommen hat.

Dann hat es einen sinnvollen Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegeben. Da haben wir gemeinsam versucht, im Sportausschuss dafür zu sorgen, dass dieses Geld - -

(Ulrich Breite [FDP]: Gemeinsam?)

- Herr Breite, Sie können ja gleich noch sprechen. - Wir haben uns darum bemüht, dass dieses Geld nicht den Kindern und Jugendlichen entzogen wird. So schlägt es die Verwaltung nämlich vor. Sie wollen Geld, das die Stadt normalerweise für die Jugendförderung verwendet, nehmen und es diesem komischen Verein geben, in dem Sie Mitglied sind, Herr Oberbürgermeister. Wir haben natürlich gesagt: Das geht nicht.

Die CDU und die FDP haben also diesen Änderungsantrag gestellt. Dem hat die Fraktion pro Köln auch zugestimmt und gesagt: Jawohl, wir wollen den Sport fördern, und zwar dort, wo er stattfindet, nämlich bei den Sportvereinen. - Wir haben immerhin über 900 Sportvereine und 120 000 Ehrenamtliche in Köln. Sie können mit dem Geld viel mehr anfangen. Es war auch dafür vorgesehen.

Die Abstimmung über diesen Änderungsantrag ist leider gegen Rot und Grün verloren gegangen.

Bei der gestrigen Finanzausschusssitzung hat Herr Klipper als Sprecher der CDU auch böse gewettert und gesagt, wie schlimm das doch alles sei. Dasselbe Ergebnis: CDU, FDP und pro Köln waren dagegen.

Jetzt frage ich mich, warum dieser Antrag denn nicht hier in der Ratssitzung gestellt wird. Das kann doch nur eine Ursache haben. Im Sportausschuss - an seiner Sitzung haben die Sportfunktionäre und die interessierten Leute teilgenommen - spielen Sie sich als deren Vertreter und Hüter des Ehrenamtes auf. Viele Funktionäre, die dabei waren, haben zu mir gesagt: Wir haben so eine Wut im Bauch. - Sie haben ihnen gesagt: Ja, wir kümmern uns darum.

Herr van Bentschen, eben haben Sie hier, ich sage mal, den dicken Max gemacht, und jetzt hört man nichts von Ihnen. Sie sind ja auch im Sportausschuss.

(Zuruf von Götz Bacher [SPD])

- Fass? Ich habe nicht „Fass“ zu ihm gesagt, auch wenn er vielleicht so aussieht.

(Zurufe von der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Entschuldigung; ich habe es akustisch nicht verstanden. - Herr van Benthem.

Henk van Benthem (CDU): Herr Oberbürgermeister, ich forciere jetzt einen Ordnungsruf von Ihnen. Das tue ich gerne. Wenn hier Menschen im Saal sind, die weder Hirn noch Verstand - -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich habe nicht verstanden, was er gesagt hat.

Henk van Benthem (CDU): Er hat mich als Fass bezeichnet.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Als Fass?

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Nein, er hat „Fass“ gesagt!)

Henk van Benthem (CDU): Als Fass, mit Doppel-s. - Wenn das hier noch weitergeht, dann verlasse ich diesen Saal mit sofortiger Wirkung. Ich habe die Schnauze voll.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Ich habe das doch nicht gesagt! Er hat etwas mit „Fass“ gesagt! Da habe ich gesagt: Das stimmt doch gar nicht!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich werde das anhand des Protokolls nachprüfen und dann die entsprechenden Sanktionen aussprechen.

(Andreas Köhler [CDU]: Das hat doch jeder gehört!)

- Ich habe es aber nicht gehört.

(Henk van Benthem [CDU]: Wenn hier nichts passiert, habe ich hier nichts mehr zu suchen!)

Kommen Sie zum Ende.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ja, natürlich, Herr Oberbürgermeister - auch wenn Ihnen das ein bisschen peinlich ist. Schließlich ist es Ihr Verein, der Geld aus der Stadtkasse bekommt.

Ich finde das ganz wichtig. Wir haben den Sportfunktionären versprochen: Wir kämpfen bis zum Letzten mit demokratischen Mitteln, wie das pro Köln macht. - Das tue ich hier, auch wenn es jetzt zur vorgerückten Stunde ist.

Ich stelle jetzt den Antrag, wie ihn die CDU und die FDP als Änderungsantrag im Sportausschuss vorgelegt haben, fast im Original hier in der Ratssitzung. Diesen Antrag übergebe ich Ihnen hiermit, Herr Oberbürgermeister. Ich hoffe, dass Sie sich eines Besseren besinnen und einmal wirklich etwas für unsere Kinder und Jugendlichen tun und diesem Änderungsantrag zustimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln - Martin Börschel [SPD]: Wir haben ihn leider nicht bekommen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Entschuldigung, Herr Oberbürgermeister; aber das ist ein Antrag von CDU und FDP. Diesen Antrag haben wir im Sportausschuss gestellt. Wir haben dort eine Debatte geführt und die Abstimmung dann verloren. Damit war das für uns abgeschlossen. Aus den Gründen, die wir dort genannt haben, werden wir die Vorlage hier ablehnen. Ich wollte jetzt auch nicht reden; denn diese Debatten gehören in die Fachausschüsse. Dort haben wir verloren. Das passiert. Für einen Demokraten ist die Sache dann erledigt. Ich sah keine Notwendigkeit, die Debatte hier zu führen.

Sie können diesen Antrag gerne stellen, Herr Uckermann. Ich werde ihn aber ablehnen, weil ich weiß, was Sie damit hier bezwecken.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der CDU)

Ich lasse mich von Ihnen nicht bedrohen, vorführen oder sonst irgendetwas. Da können Sie machen, was Sie wollen.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Bleiben Sie sachlich!)

Und seien Sie sicher: Sie können im Livestream so viel von „wir“ reden, wie Sie wollen; die Leute wissen, dass FDP und CDU mit Ihnen keine gemeinsame Sache machen.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken sowie von Andreas Henseler [Freie Wähler Köln] und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Als Ehrenpräsident eines Sportvereins kann ich, glaube ich, auch für die Kölner Sportlandschaft sprechen. Meinen Sie wirklich, Sie könnten für die Kölner Sportlandschaft sprechen? Das sind auch Demokraten. Die wissen, wo Sie stehen und was hier machen und betreiben wollen. Sie wollen den Sport hier für Ihre Sache missbrauchen. Das lassen wir in unserer Kölner Sportlandschaft nicht zu.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der CDU)

Das kann ich als Ehrenpräsident eines großen Sportvereins hier sagen. Sie können gerne noch einmal aufstehen und das Wort ergreifen. Sie kriegen uns aber nicht. Das will ich Ihnen hier einmal sagen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Breite. - Jetzt stimmen wir ab.

Wer für den von der Fraktion pro Köln gestellten mündlichen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zu der Beschlussvorlage unter TOP 10.11. Wer ist gegen diese Beschlussvorlage? - Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP, die Fraktion pro Köln und Herr Henseler. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. und von Herrn Zimmermann ist dieser Beschluss so zustande gekommen.

Beschlüsse:

I. Beschluss über den mündlich vorgetragenen Änderungsantrag von Ratsmitglied Uckermann:

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

Der Rat der Stadt Köln verzichtet auf eine Zuwendung an den Verein Sportstadt Köln und der damit verbundenen (halben-)Stelle eines Referenten.

Die dafür vorgesehenen Mittel aus dem Projekt „Kids in the Clubs“ in Höhe von rd. 35.000 Euro sollen stattdessen den Ansatz der Jugendbeihilfe für Sportvereine entsprechend erhöhen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage:

Der Rat ermächtigt die Sportverwaltung, dem Verein Sportstadt Köln e.V., zunächst befristet auf 1 Jahr, eine Zuwendung zur Finanzierung einer halben Stelle EG 11 „ Referent / -in Sportstadt Köln „ in Höhe von 35.050 € p.a. zu gewähren.

Rechtzeitig vor Ablauf des einjährigen Förderzeitraumes ist der Rat über die vom Verein durchgeführten Maßnahmen und insbesondere über die Höhe der akquirierten Fördergelder und des erzielten Mehrwertes, der durch das wirkungsorientierte Handeln des Vereins für die Sportstadt Köln entstanden ist, zu informieren.

Im HJ 2014 stehen im Teilergebnisplan 0801, Sportförderung, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen als Aufwandsermächtigung zur Verfügung. Die Finanzierung erfolgt innerhalb des Teilplans durch Wenigeraufwendungen für das Projekt Strategische Weiterentwicklung der Sportstadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln und gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Anmerkung:
Bei dem von Ratsmitglied Uckermann vorgetragenen Änderungsantrag handelt es sich um einen Änderungsantrag, der von den Fraktionen der CDU und der FDP zur gleichen Beschlussvorlage - im Rahmen der Vorberatung - in der Sitzung des Sportausschusses vom 21.01.2014 vorgelegt und dort mehrheitlich abgelehnt worden war.

Ratsmitglied Breite widerspricht diesem Verfahren scharf und erklärt, dass es seines Erachtens unzulässig sei, wenn die Fraktion pro Köln den Änderungsantrag inhaltsgleich übernehme und sich diesen ohne Zustimmung mit den Urhebern aneigne.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

10.12 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR
hier: Gewässerentwicklungskonzept Köln
2810/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussvorlage. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der FDP ist sie so angenommen.

Beschluss:

Der Rat stimmt dem Gewässerentwicklungskonzept 2013 zu und beauftragt die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung mit der Planung der vorgeschlagenen Maßnahmen sowie deren Umsetzung, soweit kein Einzelmaßnahmenbeschluss erforderlich ist.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.13:

10.13 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung - Wirtschaftsplan 2014
0093/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Einstimmig angenommen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stellt den Wirtschaftsplan der Familie-Ernst-Wendt-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2014 im Erfolgsplan

mit Erträgen von 218.600 Euro

sowie Aufwendungen von 82.200 Euro

und

einem Jahresüberschuss von 136.400 Euro

fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

10.14 Stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlage BAB 1 - Rheinbrücke Leverkusen
4129/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn eine Brücke, die angeblich einsturzgefährdet ist, nur dadurch gerettet werden kann, dass Sie dort martialisch anzusehende stationäre Blitzer aufstellen und den Leuten das Geld aus der Tasche ziehen wollen, muss ich hier für pro Köln und für die Bevölkerung etwas sagen. Das geht so nicht, meine Damen und Herren. Wir haben anscheinend Brücken, die nicht mehr voll funktionstüchtig sind. Wie wir gestern im Finanzausschuss gehört haben, könnte uns das auf der Mülheimer Brücke, auf der Deutzer Brücke und auf der Zoobrücke auch noch passieren. Das wollen wir schlicht und ergreifend nicht.

Und wenn man hört, dass Sie mit den Geldmitteln, die Sie dort vom Bürger abziehen, 70 neue Stellen für irgendwelche Politfunktionäre schaffen wollen, ist das umso verwerflicher. Dann muss das hier zumindest offen gesagt werden. Gott sei Dank kann man das in der Öffentlichkeit mitverfolgen. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen den Beschlussvorschlag? - Das ist die Frak-

tion pro Köln. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der FDP ist dies so angenommen.

Beschluss:

Zur Erledigung der Aufgabe „Stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlage BAB 1 – Rheinbrücke Leverkusen“ werden weitere Mehrstellen erforderlich, die zum Stellenplan 2015 realisiert werden sollen.

Dazu beschließt der Rat der Stadt Köln die Zusetzung von 2,0 Stellen A6 ÜBesG NRW, 2,5 Stellen A7 ÜBesG NRW, 4,0 Stellen A8 ÜBesG NRW, 0,5 Stelle A9 m.D. ÜBesG NRW, 0,5 Stelle A9 g.D. ÜBesG NRW und 1,5 Stellen A10 ÜBesG NRW befristet auf zwei Jahre. Da eine sofortige Besetzung notwendig ist, werden entsprechende Stellen im Vorgriff auf den Stellenplan 2015 verwaltungsintern zur Verfügung gestellt.

Die zusätzlichen Personalaufwendungen in der Teilplanzeile 11 werden durch Mehrerträge im Teilplan 0205 - Verkehrsüberwachung, in der Teilplanzeile 7 – sonstige ordentliche Erträge – in entsprechender Höhe gedeckt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

10.15 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2012
0121/2014

Wer ist gegen den Beschlussvorschlag? - Wer enthält sich? - Niemand. Einstimmig angenommen.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung i.V.m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung Nordrhein-Westfalen den Jahresabschluss 2012 für die eigenbetriebsähnliche Veranstaltungszentrum Köln mit einer Bilanzsumme von 321.138.239,12 Euro und einem Jahresfehlbetrag von 3.490.724,11 Euro fest.*

2. *Der Rat erklärt sich damit einverstanden, dass der Jahresfehlbetrag 2012 von 3.490.724,11 Euro auf das Geschäftsjahr 2013 vorgetragen wird.*

3. *Der Betriebsleitung wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.*

4. *Dem Betriebsausschuss wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

10.16 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Auflösung der Kapitalrücklage
0130/2014

Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? - Wer enthält sich? - Damit ist das auch einstimmig so angenommen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich gemäß § 10 Absatz 6 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen mit der Abdeckung des aus dem Geschäftsjahr 2007 stammenden Verlustes von 4.535.030,08 Euro durch eine entsprechende Auflösung der Kapitalrücklage einverstanden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.17:

10.17 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Wirtschaftsplan 2014
0223/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das einstimmig angenommen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung i.V.m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln für das Wirtschaftsjahr 2014 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 20,0 Mio. Euro in Anspruch zu nehmen.

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Ausgaben des Vermögensplans erforderlich ist, wird auf 12,0 Mio. Euro festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.18 Betriebsführung Gebäudewirtschaft
0395/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV - Seite 6).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.19:

10.19 Klimapartnerschaft zwischen Köln und Rio und zwischen Köln und Corinto
hier: Projektzusagen
0040/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist das so angenommen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Vertragsunterzeichnung der Projekte zwischen :

1. *Stadt Köln und Rio de Janeiro zum Projekt: „Reduzierung schädlicher Klimagase durch kontrollierten Abbau von biogenen Fraktionen aus dem kommunalen Siedlungsabfall in Rio de Janeiro“*
2. *Stadt Köln und Corinto zum Projekt: „Schutzmaßnahmen und Reparatur des Deichs am Küstenstreifen der Hafenstadt Corinto“.*

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die notwendigen Vertragsunterschriften zu leisten. Im Haushaltsjahr 2014 stehen im Teilplan 0101 – politische Gremien, Verwaltungsarbeit und internationale Angelegenheiten in der Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen Mittel in Höhe von 57.860,75 € zur Finanzierung des städtischen Eigenanteils zur Verfügung. In den Jahren 2015 - 2017 ist der städtische Anteil aus dem Budget des Amtes des Oberbürgermeisters zu finanzieren.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion pro Köln.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Tagesordnungspunkt 10.20 behandeln wir gemeinsam mit der Anfrage unter TOP 4.4.

10.20 Kölner Pilotprojekt zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Südosteuropa
0035/2014

4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Kölner Pilotprojekt zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Südosteuropa“
AN/0230/2014

Antwort der Verwaltung vom 11.02.2014
0492/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist gegen dieses Pilotprojekt? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Projektträgerschaft der Stadt Köln für das „Kölner Pilotprojekt zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Südosteuropa“ unter dem Vorbehalt der Förderung des Projektes aus Mitteln des Europä-

ischen Sozialfonds. Die Verwaltung wird im Rahmen der Projektträgerschaft mit der Projektkoordination, der Vernetzung der Partner sowie der inhaltlichen und administrativen Projektsteuerung beauftragt.

Auf Basis der bereits vorliegenden Genehmigung des Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW (MAIS) zum förderunschädlichen Maßnahmebeginn stimmt der Rat dem Beginn der Maßnahme zu und beauftragt die Verwaltung mit dem Abschluss der Weiterleitungsverträge mit den Projektpartnern

- *Caritas Zentrum Kalk*
- *Ehrenfelder Verein für Arbeit und Qualifizierung (eva e.V.)*
- *Lernende Region / Netzwerk Köln e.V..*

Die Deckung des zusätzlich zur Verfügung zu stellenden Sach- und Transferaufwandes in den Hj. 2014 u. 2015 im Teilplan 0504, Freiwillige soziale Leistungen in Höhe von insgesamt 380.624 € p.a. erfolgt durch zweckgebundene Mehrerträge im gleichen Teilplan, Teilplanzeile 02, Zuwendungen und allgemeine Umlagen in gleicher Höhe.

Der von der Stadt Köln jährlich zu erbringende Eigenanteil in Höhe von 159.400 € p.a. erfolgt durch die Bereitstellung von Personal aus dem vorhandenen Bestand.

Zur Durchführung des Projektes beschließt der Rat für das Haushaltsjahr 2014 (vorbehaltlich der oben angeführten Förderung) die Einrichtung von 2 befristeten Stellen (mindestens gehobener Dienst) für die Zeit vom 01.01.2014 bis 31.12.2015.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit Punkt

4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kölner Pilotprojekt zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Südosteuropa"

AN/0230/2014

Antwort der Verwaltung vom 11.02.2014

0492/2014

behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ist hiermit auch die Anfrage 4.4 der Fraktion Die Linke. erledigt? - Das ist der Fall. Dann haben wir das damit auch abgeschlossen.

0492/2014
Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

10.21 Genehmigung der Mittelverwendung für die Sonderausstellung Sigmar Polke. Retrospektive des Museums Ludwig
0266/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen. - Vielen Dank.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Mittelverwendung für die Sonderausstellung Sigmar Polke. Retrospektive des Museums Ludwig in Höhe von 1.485.000 € gem. dem in der Begründung aufgeführten Kosten-/Erlösplan unter dem Vorbehalt, dass eine Kostensteigerung oder Abweichung bei der Refinanzierung von mehr als 10 %, mindestens jedoch 10.000 €, dem Ausschuss für Kunst und Kultur zur Entscheidung vorgelegt wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Ergänzung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 63460/04
Arbeitstitel: Oskar-Jäger-Straße in Köln-Ehrenfeld
4207/2013

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktion der CDU und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf 63460/04 für das Gebiet westlich der Oskar-Jäger-Straße 173 in Köln-Ehrenfeld — Arbeitstitel: Oskar-Jäger-Straße in Köln-Ehrenfeld— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;*

2. *den Bebauungsplan-Entwurf 63460/04 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ergänzen;*

3. *den Bebauungsplan 63460/04 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.2:

12.2 Aufhebung des Bebauungsplanes 5857/02
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Pferderennbahn in Köln-Roggendorf/Thenhoven
4249/2013

Als Zugezogener muss man überrascht sein, dass es so etwas auch da oben hätte geben können.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen und die Pferderennbahn dort endgültig gestorben.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Aufhebung des Bebauungsplanes 5857/02 für das Gebiet nördlich der Sinnersdorfer Straße zwischen dem Randkanal und der Bundesautobahn (BAB) 57 sowie östlich der BAB 57 (circa 350 m breit), nördlich der Sinnersdorfer Straße bis zum Straberger Weg in Köln-Roggendorf/Thenhoven —Arbeitstitel: Pferderennbahn in Köln-Roggendorf/Thenhoven— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.3:

12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 66479/03
Arbeitstitel: Eisenachstraße in Köln-Nippes
4261/2013

Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion der CDU. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf 66479/03 für die Grundstücke beidseits der Eisenachstraße sowie nördlich und westlich des Wartburgplatzes in Köln-Nippes — Arbeitstitel: Eisenachstraße in Köln-Nippes— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 4;*

2. *den Bebauungsplan 66479/03 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.4:

12.4 Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 71446/03
Arbeitstitel: Heßhofstraße in Köln-Vingst
0022/2014

Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der FDP. Enthaltung? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist dies so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die 2. Änderung des Bebauungsplanes 71446/03 für das Gebiet begrenzt im Westen durch die Gleisanlage im Bereich zwischen Ostheimer Straße und Plantagenstraße, südliche Grenze Heßhofplatz entlang südliche Richtung Kuthstraße entlang des Josef-Boschbach-Weges in Verlängerung der hinteren Grundstücksgrenze der Heßhofstraße einschließlich der Sportplatzanlage bis zur Ostheimer Straße —Arbeitstitel: Heßhofstraße in Köln-Vingst— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

15.1 Stadtentwicklungskonzept Wohnen
3443/2013

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0241/2014

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0234/2014

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde vorgezogen und unter Punkt 10.0 behandelt.

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Pohlhofstraße von Haus Nr. 21 (Grenze zum vorhandenen Teil) bis Gartenstraße in Köln-Esch/Auweiler
3110/2013

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 6).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu:

17 Wahlen

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

17.1 Ausländerrechtliche Beratungskommission; Bestimmung eines neuen ordentlichen Mitglieds
4147/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat bestimmt Frau Susanne Kremer-Buttkereit als ordentliches Mitglied des Kommunalen Integrationszentrums in der Ausländerrechtlichen Beratungskommission.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

17.2 Antrag der CDU-Fraktion
hier. Nachwahl zum Wahlausschuss für die Kommunal- und Integrationsratswahl 2014
AN/0227/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt anstelle von Frau Gisela Manderla

Frau Ursula Gärtner

als Mitglied in den Wahlausschuss für die Kommunal- und Integrationsratswahl am 25. Mai 2014.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

17.3 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Nachbesetzung von Gremien
AN/0237/2014

Hier geht es um den Stadtentwicklungsausschuss, den Liegenschaftsausschuss und den Umlegungsausschuss.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Stadtentwicklungsausschuss*
   Der Rat benennt in Nachfolge für Herrn Lutz Tempel für diese Wahlperiode Frau Carola Steiner zum Mitglied des Stadtentwicklungsausschusses.

2. *Liegenschaftsausschuss*
   Der Rat benennt anstelle von Herrn Lutz Tempel für diese Wahlperiode Frau Carola Steiner zum Mitglied des Liegenschaftsausschusses.

3. *Umlegungsausschuss*
   Der Rat bestellt gem. §§ 4 und 5 der Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuches vom 07.07.1987 (GV NRW Seite 220) in der derzeit gültigen Fassung Frau Carola Steiner als stellvertretendes Mitglied in den Umlegungsausschuss der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

17.4 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Wiederwahl eines Mitgliedes für die Veranstaltergemeinschaft Radio Köln e. V.
AN/0266/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer VI - Seiten 6 und 7 - vor Eintritt in die Tagesordnung).

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

19 -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Tagesordnungspunkt 17.4. ist abgesetzt.

Damit sind wir am Ende des öffentlichen Teils der heutigen Sitzung angekommen.

(Schluss: 22.27 Uhr)

51. Sitzung vom 8. April 2014

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Finanzielle Entlastung von Städten, Gemeinden und Kreisen im Zuge des angekündigten Bundesteilhabegesetzes"

AN/0599/2014

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme einer Schenkung durch den Förderverein StadtBibliothek Köln e.V.

0391/2014

2.2 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Rheinisches Bildarchiv durch den Fotografen Peter H. Fürst, Thürmchenswall 76, 50668 Köln
hier: Schenkung von 595 Filmen, 585 Kontaktbögen, ca. 689 Vergrößerungen, 3 Katalogen zu den Serien „Porträts aus der Kultur Welt Köln“, „berufen und gewählt“ und 70 Fotografien „Porträts Kölner Persönlichkeiten“ aus dem Werk des Fotografen Peter H. Fürst

0851/2014

2.3 Schenkungsannahme Sparda Kunstpreis NRW 2012/2013

0725/2014

(zurückgezogen)

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Mietwohnungsbau in Köln stärken - Aktualisierung von Ratsbeschlüssen"

AN/0557/2014

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0603/2014

3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Einrichtung eines Europabüros für Köln und die Region in Brüssel"

AN/0547/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0613/2014

3.1.3 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Maßnahmen gegen Asylmissbrauch und Armutszuwanderung in Köln"

AN/0520/2014

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Kompetenzen der Bezirksvertretungen"

AN/0558/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0606/2014

3.1.5 Antrag von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln)

betreffend "Rheinuferstraße an der Stadtbahnquerung tiefer legen - Verkehrskollaps verhindern"

AN/0544/2014

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. betreffend "Wasser- und Schifffahrtsamt in Köln halten"

AN/0561/2014

3.1.7 Antrag der CDU-Fraktion und von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend "Beteiligen, nicht bevormunden" - Innehalten mit dem Projekt "Jüdisches Museum" auf dem Rathausvorplatz und Schaffen einer transparenten Entscheidungsgrundlage für ein Votum der Kölner Bürgerinnen und Bürger"

AN/0555/2014

Änderungsantrag der CDU-Fraktion und von Ratsmitglied Henseler (Frei Wähler Köln)

AN/0608/2014

3.1.8 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Erfüllung der Aufnahmequote bei unerlaubt eingereisten Personen"

AN/0512/2014

3.1.9 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Einführung einer „City-Polizei“ nach dem Vorbild süddeutscher Bundesländer – Weiterentwicklung des Ordnungsamtes bzw. Verzahnung mit dem Polizeipräsidium"

AN/0522/2014

3.1.10 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Aufwertung von zentralen Plätzen in Stadtbezirken"

AN/0553/2014

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0597/2014

3.1.11 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Zuständigkeit für die U-Bahnhöfe an die KVB"

AN/0549/2014

3.1.12 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Nominierung des Schriftstellers Akif Pirincci für den Heinrich-Böll-Preis der Stadt Köln"

AN/0524/2014

3.1.13 Antrag von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend "Überziehungszinsen für Geschäftsgirokonten bei der Sparkasse Köln-Bonn"

AN/0545/2014

3.1.14 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Schächten ächten - Grausamkeit schmeckt uns nicht!"

AN/0526/2014

3.1.15 Antrag von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend "Busanbindung für die barrierefreien Zollstock-Arkaden"

AN/0552/2014

3.1.16 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Ertüchtigung des nördlichen Fußgängerüberweges der Hohenzollernbrücke durch Barrierefreiheit und Zugang für Radfahrer vom linksrheinischen Rheinufer her"

AN/0527/2014

3.1.17 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-

Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Standort für neues Justizzentrum in Köln"

AN/0595/2014

3.1.18 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betreffend "Erhalt der Kölner Kunst- und Museumsbibliothek - zurück auf Anfang?"

AN/0609/2014

(Angelegenheit wird wegen fehlender Dringlichkeit heute nicht behandelt)

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend "Gesamtkosten des Projekts Archäologische Zone/Jüdisches Museum, bisher abgeflossene Mittel, erwartete Kostensteigerung und Folgekosten"

AN/0229/2014

Antwort der Verwaltung vom 07.04.2014

0500/2014

4.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Effektive Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption"

AN/0236/2014

4.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Mehr Bürgerbeteiligung in wichtigen kommunalpolitischen Themen?"

AN/0265/2014

Antwort der Verwaltung vom 07.04.2014

1070/2014

4.4 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Sanierung der Kölner Rheinbrücken"

AN/0550/2014

Antwort der Verwaltung vom 07.04.2014

1230/2014

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Beschluss des Integrationsrates - Einrichtung von bilingualen Gruppen zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit in städtischen Kindertagesstätten

0254/2014

(zurückgezogen)

5.4.2 Zuständigkeiten des Integrationsrates

1089/2014

(zurückgezogen)

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Sanierungsgebiet 'Rheinboulevard Mülheim-Süd mit Grünzug Charlier' hier: Aufhebung der Sanierungssatzung

2745/2013

6.1.2 Neufassung der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln

3902/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0612/2014

6.1.3 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln

4077/2013

6.1.4 Erlass einer Wohnraumschutzsatzung

0610/2013

6.1.5 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln

1058/2014

6.1.6 Änderung der Vergnügungssteuersatzungen für Geldspielgeräte und Spielgeräte ohne Gewinnmöglichkeit

1115/2014

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln

4132/2013

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0216/2014

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

AN/0559/2014

der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0593/2014

6.2.2 Fortschreibung des Landschaftsplans Köln Überarbeitung der allgemeinen textlichen Festsetzungen für Schutzgebiete und allgemeinen Baumschutz

2800/2013

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 2. Verordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2014 vom 18.12.2013 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen.

0504/2014

6.3.2 3. Verordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2014 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen vom 18.12.2013

0993/2014

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Vereinfachung des Stadtrechts

1255/2012

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für die Hj. 2013 und 2014 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2013 / 2014

1163/2014

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Teilprojekt aus dem Sanierungsgebiet Finkenberg Umbau des Nahbereichszentrums Finkenberg hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2013/2014 bei Finanzstelle 1502-0902-7-5200, Porz-Finkenberg - Stadtsanierung/-erneuerung

4096/2013

10.2 Weitere Förderung des Projekts "Joblinge

4195/2013

10.3 Kindertagespflege für unter 3- jährige Kinder mit erhöhtem Förderbedarf

0178/2014

10.4 Kölner Sportstätten GmbH: Übernahme von Ausfallbürgschaften

0605/2014

10.5 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Erhöhung der Kostenvorfinanzierung aus dem Unglück Waidmarkt aufgrund des Besichtigungsbauwerks (BesBG) und aufgrund von Beraterleistungen

0764/2014

10.6 Integriertes Klimaschutzkonzept Köln 2013

2567/2013

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0510/2014

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

AN/0556/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0611/2014

10.7 Mittagstisch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kalk Karree

2901/2013/1

10.8 Übertragung der Aufgabe Straßenentwässerung auf die Stadtentwässerungsbetriebe AöR (StEB)

3822/2013

10.9 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Planungsleistungen für die Brandschutzsanierung und -ertüchtigung in unterirdischen Stadtbahnanlagen der Stadt Köln 1. Planungsbereich: Bf Deutz / Lanxess Arena und Appellhofplatz / Zeughaus 2. Planungsbereich: Hans-Böckler-Platz, Piusstraße, Körnerstraße, Akazienweg

4192/2013

10.10 Kooperationsprojekt "Erweiterte Zuständigkeit in der Kfz-Zulassung" zwischen der Stadt Köln und dem Rhein-Erft-Kreis

0069/2014

10.11 Brandschutzbedarfsplan für die Stadt Köln

0444/2014

(zurückgezogen)

10.12 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof/Baptisterium; Bauabschnitt 1, Baubeschluss Bauphase 3, Straßenbau

0458/2014

10.13 Wirtschaftsplan 2014 für die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

0738/2014

10.14 Abberufung der Geschäftsführenden Betriebsleitung Gebäudewirtschaft

0926/2014

10.15 Bestellung der Geschäftsführenden Betriebsleitung Gebäudewirtschaft

0906/2014

10.16 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2011 für die Bühnen der Stadt Köln

3738/2013

10.17 Sporthalle Bocklemünd, Heinrich-Rohlmann-Str.
Generalsanierung der Bestandshalle sowie Errichtung einer temporären Ersatzhalle
Neuer Baubeschluss und Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 6.459.350,00 € im Hj. 2014

4128/2013

10.18 Ablösung des Berichtswesen Dez. VII durch das gesamtstädtische Berichtswesen (TM1-Anwendung)

0676/2014

10.19 Baubeschluss für den Einbau von Aufzügen in die Stadtbahnhaltestelle Kalk Post mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2014 bei Finanzstelle 6903-1202-8-7111, Hst. Kalk Post - Einbau von Aufzügen

3139/2013

10.20 Dringend notwendige Maßnahmen zur Unterbringung von Flüchtlingen zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung der Stadt Köln

4110/2013

10.21 Erfahrungsbericht zur Umwandlung des Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud in eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung

4273/2013

10.22 Vertrag über die Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle Köln ab 2015

0414/2014

10.23 Neubau eines Feuerwehrzentrums in Köln-Kalk
hier: Weiterplanungsbeschluss

0582/2014

10.24 Teilneubau des Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums der Fachhochschule Köln am Standort Deutz
hier: Masterplan zur Präzisierung des Wettbewerbsergebnis "Teilneubau des Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums (IWZ) der Fachhochschule (FH) Köln am Standort Deutz"

0674/2014

10.25 Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik (KIB)
Verleihung des KIB im jährlichen Wechsel mit einer Veranstaltung anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung

0679/2014

10.26 Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in Systembauweise zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien

0759/2014

10.27 Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln Dünnwald, zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Flüchtlinge

0873/2014

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

AN/0588/2014

10.28 Benennung eines neuen, stellvertretenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss

0910/2014

10.29 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Bürgschaftsrahmen 2014/2015 der Stadt Köln zur Besicherung von Darlehen für die Finanzierung der Nord-Süd Stadtbahn

1017/2014

10.30 Benennung eines Betriebsleiters der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Bühnen der Stadt Köln"

4252/2013

10.31 Bestellung eines Betriebsleiters für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Gürzenich-Orchester der Stadt Köln

0588/2014

10.32 Rheinboulevard -Teilbereich II: Ufertreppe und Boulevard hier: Baubeschluss Teilbereich Boulevard

0709/2014

10.33 Durchführung eines Investorenwettbewerbs zur Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud / Außerplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0401 - Museumsreferat - für das Haushaltsjahr 2014

0722/2014

10.34 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2012 für die Bühnen der Stadt Köln

0415/2014

10.35 Stilllegung der ehemaligen Hausmülldeponie in Porz-Lind, Festlegung der Verkehrsführung

0749/2014

10.36 Logistikregion Rheinland e.V. hier: Mitgliedschaft der Stadt Köln

0808/2014

10.37 Vergabe der Leistung "Tunnelreinigung inklusive Rampen und Fluchtwegbeschilderung" an die Abfallwirtschaftsbetriebe GmbH & Co. KG

0663/2014

10.38 Mitgliedschaft der Stadt Köln in der `CologneAlliance Gesellschaft zur Förderung der Städtepartnerschaften der Stadt Köln e.V.´ (in Gründung)

0260/2014

10.39 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2014/15

0564/2014

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

AN/0610/2014

10.40 Ergänzender Planungsbeschluss zur Errichtung eines Erweiterungsbaus und einer Dreifachhalle für die Kaiserin-Theophanu-Schule, Gymnasium Kantstr. 3, 51103 Köln, aufgrund Kostenerhöhung

3561/2012

10.41 Ergänzender Planungsbeschluss, Errichtung eines Erweiterungsbaues und 3-fach Turnhalle für das Hildegard-von-Bingen-Gymnasium, Leybergstr. 1, 50939 Köln (Sülz), wegen Kostenerhöhung.

0027/2013

10.42 Erweiterungsbau für das Genoveva-Gymnasium, Genovevastraße 58-62, 51063 Köln-Mülheim

0110/2014

10.43 Fortführung der Schulsozialarbeit - Finanzierung bis 31.12.2014

0125/2014

10.44 Bauliche Realisierung einer Grundschule und einer Gesamtschule auf dem Heliosgelände in Köln-Ehrenfeld - Start der Schulen bis zum Umzug auf das Heliosgelände an Interimsstandorten

0525/2014

10.45 Offene Ganztagsschule im Primarbereich - bedarfsgerechter Ausbau auf 26.500 Plätze

0531/2014

10.46 Sanierung/ Erweiterung von Schulgebäuden mittels Öffentlicher Privater Partnerschaft (ÖPP), Los 3

0572/2014

Änderungsantrag von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln)

AN/0594/2014

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0614/2014

10.47 Errichtung eines Bildungsganges zum 01.08.2014: Fachschule für Wirtschaft am Joseph-DuMont-Berufskolleg, Escher Str. 217, 50739 Köln (BK 02)

0604/2014

10.48 Einrichtung eines Bildungsganges "Gießereitechnik" in der Fachschule für Technik am Berufskolleg Köln Porz (BK 10), Hauptstr. 426-428, 51143 Köln zum 01.08.2014

0619/2014

10.49 Bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Bildungslandschaft Höhenberg-Vingst: Zügigkeitserhöhung der Katharina-Henoth-Gesamtschule unter Nutzung des benachbarten Schulstandortes Nürnberger Straße + auslaufende Schließung der Hauptschule Nürnberger Str.

0659/2014

10.50 Preise für das Schülermittagessen

0776/2014

10.51 Projekt zur außerschulischen Betreuung von Flüchtlingskindern durch ehrenamtliche Patinnen und Paten

0810/2014

10.52 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Bestandsaufnahme bestehender Maßnahmen zur Förderung der Integration

0781/2014

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0607/2014

10.53 Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz für den Regierungsbezirk Köln ab dem 01.01.2015

0609/2014

10.54 Energieberatung für Privathaushalte durch die Verbraucherzentrale - Fortführung nach 2014

0935/2014

10.55 Koelnmesse GmbH hier: Gründung einer Tochtergesellschaft in Brasilien

1042/2014

10.56 AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co. KG: Rechtsformwechsel in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

1059/2014

10.57 Akademie der Künste der Welt/Köln gemeinnützige GmbH Änderung des Gesellschaftsvertrages

0656/2014

10.58 Baubeschluss für die Generalinstandsetzung der Neusser Straße von Mollwitzstraße bis Wilhelm-Sollmann-Straße sowie Freigabe von investiven Auszahlungser-

mächtigungen - hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen

0921/2014

10.59 Zusetzung einer 0,5-Stelle für eine Verwaltungskraft im Referat Popkultur und Filmkultur sowie Interkulturelle Kunstprojekte im Kulturamt der Stadt Köln

1100/2014

(zurückgezogen)

10.60 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Stadtbahn, ÖPNV Baubeschluss für den Ersatzneubau Brücke Deutzer Ring B55 / östl. Zubringerstraße A559

0494/2014

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 7242/02-00-02 Arbeitstitel: Airport-Business-Park in Köln-Porz-Gremberghoven, 2. Änderung

0381/2014

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 65432/02 Arbeitstitel: Universitätsstraße 3 in Köln-Sülz

0653/2014

12.3 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 74500/04 Arbeitstitel: Hyazinthenweg in Köln-Dellbrück

0147/2014

12.4 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 69445/02 Arbeitstitel: Alarichstraße - Parkhaus Eduardus-Krankenhaus in Köln-Deutz

0477/2014

12.5 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 66453/18 Arbeitstitel: Magnusstraße in Köln-Altstadt/Nord

0734/2014

(zurückgezogen)

12.6 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 60539/04 Arbeitstitel: Griesberger Straße in Köln-Esch/Auweiler

0536/2014

12.7 Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 65360/05 Arbeitstitel: Weststraße in Köln-Meschenich, 2. Änderung

1002/2014

12.8 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 71489/04 Arbeitstitel: Schanzenstraße Nord in Köln-Mülheim

2601/2013

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 237. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

0641/2014

16.2 236. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

4238/2013

16.3 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Pohlhofstraße von Haus Nr. 21 (Grenze zum vorhandenen Teil) bis Gartenstraße in Köln-Esch/Auweiler

3110/2013

17 Wahlen

17.1 Veranstaltergemeinschaft Radio Köln e.V.
hier: Bestimmung von zwei Mitgliedern

0547/2014

17.2 MÜLHEIM 2020
hier: Wahl der Mitglieder für den Veedelsbeirat

0592/2014

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Richtlinie zur Förderung nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW
hier: Beschaffung von Stadtbahnwagen bei der Kölner Verkehrs-Betriebe AG

0668/2014

18.2 1. Verordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2014 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen vom 18.12.2013

0587/2014

18.3 Betreuung von Kindern und Jugendlichen in der Notaufnahmeeinrichtung Herkulesstraße

0789/2014

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzender
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder
Albach, Rolf Dr.; Bacher, Götz; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Benthem van, Henk; Böllinger, Werner; Börschel, Martin; Bosbach, Wolfgang; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Detjen, Jörg; Elster, Ralph Dr.; Ensmann, Bernhard; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Gärtner, Ursula; Gey, Herbert; Gordes, Birgit; Görzel, Volker; Götz, Stefan; Granitzka, Winrich; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Heinen, Ralf Dr.; Helling, Ossi Werner; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Henseler, Andreas; Herbers-Rauhut, Cornelia Dr.; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Jung, Helmut; Kaiser, Jutta; Kara, Efkan; Karaman, Malik; Kaske, Axel; Kienitz, Niklas; Kirchmeyer, Christtraut; Klipper, Karl-Jürgen; Koch, Jürgen; Köhler, Andreas; Koke, Klaus; Kretschmer, Karsten; Kron, Peter; Laufenberg, Sylvia; Ludwig, Claus; Marx, Werner; Möller, Monika; Moritz, Barbara; Mucuk, Gonca; Müller, Sabine Dr.; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Paetzold, Michael; Paffen, Dagmar; Peil, Stefan; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Reinhardt, Kirsten; Richter, Manfred; Santos Herrmann, Susana dos; Schiele, Karel; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schöppe, Bernd; Schultes, Monika; Schulz, Walter Dr.; Spizig, Angela Bürgermeisterin; Steiner, Carola; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tull, Bettina; Uckermann, Jörg; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; Waddey, Manfred; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Wiener, Markus;

Wolf, Manfred Bürgermeister; Wolter, Andreas; Wolter, Judith; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeisterin
Wittsack-Junge, Cornelie

Bezirksbürgermeister
Homann, Mike; Schößler, Bernd

Verwaltung
Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Höing, Franz-Josef Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne Beigeordnete; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.;

Schriftführerin
Frau Kramp

Stenografen
Herr Klemann;

Frau Lösch

Entschuldigt fehlen:
Stimmberechtigte Mitglieder
Stahlhofen, Gisela

Bezirksbürgermeisterin
Blömer-Frerker, Helga

Bezirksbürgermeister
Hupke, Andreas; Wirges, Josef; Stadoll, Willi; Fuchs, Norbert; Thiele, Markus

(Beginn: 14.13 Uhr - Ende: 23.46 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 51. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der laufenden Wahlperiode und begrüße die Gäste auf der Zuschauertribüne und im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und -bürgermeister und natürlich Sie alle als Mitglieder des Rates.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, erlauben Sie mir noch ein paar Sätze zu dieser letzten Sitzung des Rates in dieser Legislaturperiode. Ich darf ohne Übertreibung feststellen, dass wir heute nicht nur bezüglich der Fülle der Tagesordnungspunkte eine geradezu historische Sitzung absolvieren werden - Sie alle haben ja den Umfang der Tagesordnung zur Kenntnis nehmen können -, sondern auch im Hinblick auf die herausragenden Themen und Projekte, die heute zur Abstimmung anstehen.

Hinweisen möchte ich - um nur einige Beispiele zu nennen - auf die Vorlagen im Jugend- und Schulbereich mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 264 Millionen Euro, auf den Masterplan zum Ingenieurwissenschaftlichen Zentrum der Fachhochschule Deutz sowie auf die weiteren Beschlüsse zum Rheinboulevard, zur Domumgebung, zur Realisierung des Spielkasinos und den Ankauf des Hertie-Kaufhauses. Ein ganz besonderes Anliegen ist es mir, die Vorlage zur Unterbringung und Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen anzusprechen. Für dieses vielschichtige und wichtige Thema möchte ich bei Ihnen für eine faire und umsichtige Diskussion und Entscheidungsfindung werben.

Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung. Wenn man sich die umfänglichen Vorlagen ansieht, kann man sich vorstellen, unter welchem Handlungsdruck und unter welcher Arbeitsverdichtung die Verwaltung in den letzten Monaten gearbeitet hat. Ich glaube, es ist aller Anerkennung wert, auch einmal die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend zu würdigen.

(Beifall)

Zahlreiche langjährige und verdiente Ratsmitglieder werden heute zum letzten Mal an einer Ratssitzung teilnehmen. Wenn ich in die Gesichter derjenigen schaue, meine ich schon ein bisschen Wehmut zu erkennen. Ich will jetzt niemanden einzeln herausheben, außer das Ratsmitglied, das am längsten hier im Rat tätig gewesen ist, nämlich Götz Bacher. Man muss sich das einmal vor Augen führen: Für ihn, der seit 1979 im Rat und damit 35 Jahre ohne Unterbrechung hier tätig ist, ist das heute die letzte Ratssitzung. Das ist schon außerordentlich bemerkenswert und in nicht vielen Städten anzutreffen.

(Beifall)

Auch für die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Frau Moritz, und den Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Winrich Granitzka, ist es

heute die letzte Ratssitzung. Von daher sind das schon auch Einschnitte für die jeweiligen Ratsfraktionen.

Ich will noch darauf hinweisen, dass es selbstverständlich noch einen besonderen Empfang für die Ratsmitglieder dieser Legislaturperiode im Hansasaal geben wird - dazu wird noch einmal gesondert eingeladen -; das ist selbstverständlich, wenn man hier so lange tätig gewesen ist.

Weiterhin wurde mir notiert, dass ich noch einen Hinweis auf den Umtrunk nach der Ratssitzung geben soll.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Um 3.45 Uhr! - Heiterkeit)

Das soll keine Einladung zum Frühstückskaffee sein. Vielmehr hängt das von uns allen hier ab. Angesichts der vielen Tagesordnungspunkte, zu denen selbstverständlich auch eine Diskussion stattfinden wird, bestünde ja die Chance, nicht immer die fünfminütige Redezeit voll auszuschöpfen. Manchmal gelingt es auch in etwas kürzerer Zeit, die Botschaft, die man verkünden möchte, in das Plenum hineinzutragen.

Es liegt also die ehrgeizige Aufgabe vor uns, diese letzte Ratssitzung gut, sachlich, fair und verantwortungsvoll über die Runden zu bringen.

Nach den mir vorliegenden Meldungen ist Frau Stahlhofen heute entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich Frau Susana dos Santos Herrmann, Frau Dr. Cornelia Herbers und Frau Christtraut Kirchmeyer.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sehr gute Entscheidung!)

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind wie immer im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben fristgemäß einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Finanzielle Entlastung von Städten, Gemeinden und Kreisen im Zuge des angekündigten Bundesteilhabegesetzes“ eingereicht. - Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann wird dieses Thema in der heutigen Ratssitzung unter Tagesordnungspunkt 1.1 diskutiert werden.

Ich darf Sie jetzt um besondere Aufmerksamkeit bitten; denn wir wollen jetzt die Zu- und Absetzungen dieser umfänglichen Tagesordnung miteinander besprechen.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: 5.4.2 und 10.60 sowie im nichtöffentlichen Teil 24.14 und 24.15.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 2.3, 5.4.1, 10.11, 10.59, 12.5 sowie im nichtöffentlichen Teil 23.1.

Dazu gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen. Unter Tagesordnungspunkt 3.1.17 liegt ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 4. April 2014 vor; es geht um den Standort für ein neues Justizzentrum in Köln. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Dann ist das so angenommen.

Unter Tagesordnungspunkt 3.1.18 liegt ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU vom 8. April - vom heutigen Tage - vor; es geht um den Erhalt der Kölner Kunst- und Museumsbibliothek. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Bitte, Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ja. Der Antrag hat uns vor zehn Minuten erreicht. Dieser Antrag ist aus unserer Sicht absolut nicht dringlich. Es gibt eine geltende Beschlusslage des Rates dazu. Die immer wieder aufflammende Diskussion wird durch Behandlung dieses Antrags nicht besser. Deshalb wollen wir die Dringlichkeit zurückweisen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ja.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Ich will die Dringlichkeit begründen, Herr Oberbürgermeister!)

- Dann versuchen Sie es mal.

Dr. Ralph Elster (CDU): Ich werde es nicht nur versuchen; ich begründe jetzt die Dringlichkeit. - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Antrag ist erst jetzt eingebracht worden, weil wir am vergangenen Donnerstag im Kulturausschuss die lange ausstehende Beantwortung

einer Anfrage bekommen haben, die dankenswerterweise von Herrn Detjen und seinen Kolleginnen und Kollegen gestellt worden ist. In der Sitzung ist uns zur Kenntnis gegeben worden, dass es um die Kunst- und Museumsbibliothek recht arg bestellt ist. Das Prozedere scheint nun doch so zu sein, dass, weil während der Ratssitzung im vergangenen Jahr nicht mit den richtigen Zahlen operiert worden ist, das ganze Thema noch einmal auf die Agenda gesetzt werden muss. Wir müssen im Prinzip die große und die kleine Lösung am Eifelwall miteinander vergleichen können.

Das Thema ist deswegen dringlich, weil aktuell die kleine Lösung ohne KMB am Eifelwall planerisch weiter vorangetrieben und mit jedem Augenblick Geld verbraucht wird. Es wäre schade, wenn wir jetzt drei Monate abwarten, um dann festzustellen, dass die beiden Lösungen gegebenenfalls noch einmal anders bewertet werden müssen und wir uns dann im Ergebnis eventuell für die große Lösung am Eifelwall entscheiden; sprich: Wir müssten eventuell in Kürze den falschen Entscheid, der damals hier im Rat mit rot-grüner Mehrheit und der Stimme des Oberbürgermeisters getroffen wurde, aufheben. Es wäre schade, die Zeit bis zum 25. Mai verstreichen zu lassen, wenn das Thema sowieso noch einmal auf die Agenda kommt, weil sich dann schließlich die Ratsmehrheiten hier ändern werden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Vielen Dank, Herr Dr. Elster. - Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer für die Dringlichkeit dieses Antrags ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP, das ist die Fraktion der CDU, das ist die Fraktion pro Köln, das sind Herr Henseler, Herr Zimmermann und die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist die Dringlichkeit abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, die Vorlagen zu den Tagesordnungspunkten 10.20, 10.26, 10.27 und 10.51 - alle beziehen sich auf das Thema kommunale Flüchtlingspolitik - zusammenzufassen und gemeinsam zu behandeln, sie dann aber natürlich getrennt abzustimmen.

Gibt es sonstige Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Ja, bitte.

Stefan Götz (CDU): Herr Oberbürgermeister! Wir machen Fristeneinrede bei Punkt 5.4.2 geltend. Er ist gerade erst aufgesetzt worden. Es geht um die Zuständigkeitsordnung. Diese ändern wir in der nächsten Wahlperiode und nicht heute. Also: Fristeneinrede zu 5.4.2.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Unser Vorschlag bei der Jahresplanung, im Mai ganz regulär eine Ratssitzung vorzusehen, ist leider von der Ratsmehrheit abgelehnt worden. Auch infolge dessen kommt es heute zu dieser vollen Tagesordnung. Die Verwaltung will natürlich, dass alle ihre Vorlagen noch behandelt werden. Aber ich finde, wir sollten uns schon am Anfang dieser Sitzung Gedanken darüber machen, was wir am Ende eigentlich machen wollen. Es werden ja verschiedene Modelle diskutiert: ob wir bis Ultimo, also bis in die frühen Morgenstunden, tagen oder ob wir uns vertagen, zum Beispiel auf morgen Nachmittag. Ich halte beide Lösungen für ehrenamtliche Ratsmitglieder und für sachgerechte Beratungen für nicht angemessen.

(Beifall bei der FDP und der CDU sowie bei Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Ich bin der Meinung: Während wir die Anträge zum Beispiel bis zum Punkt 3.1.18 beraten, sollte die Verwaltung prüfen, welche der Verwaltungsvorlagen nicht so dringlich sind, dass sie noch heute verabschiedet werden müssen. Statt sie hier heute zu nachtschlafender Zeit zu beschließen, könnte die Beschlussfassung dieser Vorlagen auf den Termin einer zusätzlichen Ratssitzung im Mai vertagt werden. Dann können sie in einem geordneten Verfahren beraten und beschlossen werden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gegen den Tagesordnungspunkt 5.4.2 ist Fristeneinrede geltend gemacht worden, sodass er erst auf der nächsten Ratssitzung behandelt wird. Gibt es Gegenstimmen gegen diese Fristeneinrede? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt kommen wir zum Antrag von Herrn Sterck vonseiten der FDP-Fraktion, eine zeitliche Grenze dieser Sitzung festzulegen. Als Sitzungsleiter will ich hierzu meine persönliche Auffassung zum Ausdruck bringen: Wir sollten nicht schon jetzt, zu diesem Zeitpunkt, festlegen, wann diese Ratssitzung spätestens beendet werden muss. Vielleicht gelingt es ja doch - ich habe vorhin darauf hingewiesen, dass nicht alle Wortbeiträge auf fünf Minuten ausgedehnt werden müssen -, die Tagesordnung in akzeptabler Zeit abzuarbeiten. Wenn absehbar ist, dass wir angesichts der Fülle von noch zu besprechenden Themen dieses Ziel nicht mehr erreichen können, können wir darüber später kurzfristig entscheiden.

Ralph Sterck (FDP): Dann würde ich folgenden Vorschlag machen, Herr Oberbürgermeister: Wir vertagen diese Frage bis 22 Uhr, und um 22 Uhr prüfen wir: Wie weit sind wir bis dahin gekommen? Was muss in den letzten beiden Stunden dieses Tages noch gemacht werden, und was muss möglicherweise dann verwiesen werden? Wie gesagt: Die Möglichkeit, die Behandlung der dann noch ausstehenden Punkte auf morgen Nachmittag zu vertagen, halte ich für nicht adäquat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay, alles klar. - Dann Herr Zimmermann noch.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte den Antrag von Herrn Sterck ausdrücklich unterstützen. Ich möchte als Ratsmitglied nicht unter Druck geraten, mich zu einzelnen Punkten nur deshalb nicht mehr zu Wort melden zu können,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

weil dies die Sitzung verzögern würde. Ich möchte nur ein Beispiel nennen: Zu Punkt 24.15 im nichtöffentlichen Teil der Sitzung würde ich gerne etwas sagen. Das möchte ich aber nicht um 2 Uhr morgens machen.

Ich möchte darum bitten, dem Antrag von Herrn Sterck zuzustimmen, nämlich um 22 Uhr zu beschließen, ob wir die Sitzung dann noch weiter fortsetzen oder ob wir sie am nächsten Tag fortführen. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Zimmermann. - Ich gehe davon aus, dass dies auf Zustimmung stößt. Wir werden sehen, wie weit wir bis dahin mit den zentralen Themen gekommen sind, und werden uns dann neu orientieren. - Okay, dann machen wir das so.

Ich lasse jetzt über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

I. Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Frau Susana dos Santos Hermann, Frau Cornelia Herbers und Frau Christtraut Kirchmeyer vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Fraktionen der SPD und der Bündnis 90/Die Grünen fristgerecht einen Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema "Finanzielle Entlastung von Städten, Gemeinden und Kreisen im Zuge des angekündigten Bundesteilhabegesetzes" eingereicht haben. Die Angelegenheit ist als Punkt 1.1 in der Tagesordnung enthalten.

III. Anschließend nennt der Oberbürgermeister die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.2 Zuständigkeiten des Integrationsrates

1089/2014

10 Allgemeine Vorlagen

10.60 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Stadtbahn, ÖPNV Baubeschluss für den Ersatzneubau Brücke Deutzer Ring B55 / östl. Zubringerstraße A559

0494/2014

24 Allgemeine Vorlagen

24.14 AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co. KG: Aufwandszuschuss für die Verlagerung des Betriebshofs Gießener Str. im Zusammhang mit dem Teilneubau des Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums (IWZ) der Fachhochschule (FH) Köln am Standort Deutz

1196/2014

24.15 Werbenutzungsvertrag: Vergabe der Werberechte auf öffentlichen ober- und unterirdischen Verkehrsflächen sowie sonstigen stadteigenen Grundstücken

1257/2014

Absetzungen

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.3 Schenkungsannahme Sparda Kunstpreis NRW 2012/2013

0725/2014

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Beschluss des Integrationsrates - Einrichtung von bilingualen Gruppen zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit in städtischen Kindertagesstätten

0254/2014

10 Allgemeine Vorlagen

10.11 Brandschutzbedarfsplan für die Stadt Köln

0444/2014

10.59 Zusetzung einer 0,5-Stelle für eine Verwaltungskraft im Referat Popkultur und Filmkultur sowie Interkulturelle Kunstprojekte im Kulturamt der Stadt Köln

1100/2014

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.5 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 66453/18 Arbeitstitel: Magnusstraße in Köln-Altstadt/Nord

0734/2014

23. Grundstücksangelegenheiten

23.1 Städtisches Grundstück Vorgebirgswall 4-8, Köln-Neustadt-Süd Erbbauzinszahlung

3135/2013

IV. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass zur Sitzung zwei Dringlichkeitsanträge vorgelegt worden seien.

Zunächst wurde von den Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP am 04.04.2014 ein Dringlichkeitsantrag betreffend "Standort für ein neues Justizzentrum in Köln" vorgelegt, der von der Verwaltung als Punkt 3.1.17 in die Tagesordnung aufgenommen wurde. Der Rat stimmt der Behandlung einvernehmlich zu.

Der Oberbürgermeister erläutert, dass die CDU-Fraktion einen weiteren Dringlichkeitsantrag zum Thema "Erhalt der Kölner Kunst- und Museumsbibliothek" eingereicht habe, dieser sei unter Punkt 3.1.18 in der Tagesordnung vorgemerkt.

Nach Wortbeiträgen von den Ratsmitgliedern Frank und Dr. Elster lehnt der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro

Köln, der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) die Dringlichkeit und damit die Aufnahme in die Tagesordnung ab.

V. Der Oberbürgermeister schlägt vor, die folgenden Beschlussvorlagen der Verwaltung, wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam zu behandeln.

10.20 Dringend notwendige Maßnahmen zur Unterbringung von Flüchtlingen Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung der Stadt Köln

4110/2013

zur

10.26 Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in Systembauweise zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien

0759/2014

10.27 Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln Dünnwald, zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Flüchtlinge

0873/2014

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

AN/0588/2014

10.51 Projekt zur außerschulischen Betreuung von Flüchtlingskindern durch ehrenamtliche Patinnen und Paten

0810/2014

Der Rat stimmt dem Vorschlag einvernehmlichzu.

VI. Ratsmitglied Götz erhebt Fristeneinrede wegen der als Tischvorlage bereitgestellten Beschlussvorlage:

5.4.2 Zuständigkeiten des Integrationsrates

1089/2014

Der Oberbürgermeister zieht daraufhin die Vorlage für die heutige Sitzung zurück.

VII. Die Ratsmitglieder Sterck und Zimmermann schlagen vor, die Sitzung zeitlich zu begrenzen und die noch zu behandelnden Vorlagen in einer Zusatzsitzung zu behandeln.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, zunächst den Verlauf der Sitzung abzuwarten und eine diesbezügliche Entscheidung zunächst zurückzustellen.

VIII. Der Rat legt die so geänderte Tagesordnung einvernehmlich fest:

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir steigen nun mit dem nötigen dynamischen Schwung in die Tagesordnung ein. Zunächst zum Tagesordnungspunkt 1.1:

1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Finanzielle Entlastung von Städten, Gemeinden und Kreisen im Zuge des angekündigten Bundesteilhabegesetzes“ AN/0599/2014

Dazu hat sich Herr Börschel für die Fraktion der SPD zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem alten Motto „Besser gut geklaut als schlecht erfunden“ haben wir als SPD und Grüne heute einen Antrag zur Aktuellen Stunde vorgelegt, der sich mit der Finanzsituation der Kommunen auseinandersetzt. Wir möchten gerne in Richtung der neu gewählten Bundesregierung unsere Haltung ganz klar und deutlich zum Ausdruck bringen, dass wir dringend finanzielle Entlastung benötigen und einen Landtagsbeschluss in Nordrhein-Westfalen unterstützen, der seinerzeit dort mit breiter Mehrheit gefasst wurde, nämlich dass sich der Bund perspektivisch dynamisch zur Hälfte am Aufwand für die gesamten kommunalen Soziallasten beteiligen soll.

Wir möchten, dass, wie im Koalitionsvertrag der Großen Koalition vereinbart, so schnell wie möglich ein Bundesteilhabegesetz verabschiedet wird, das noch in dieser Bundestagslegislaturperiode zu einem Entlastungsvolumen für die kommunale Familie von 5 Milliarden Euro führen muss - das ist ein ganz wichtiger Schritt -, und dass es übergangsweise, wie zugesagt, in den Jahren 2015 und 2016 zu einer Entlastung der

Kommunen von jeweils 1 Milliarde Euro pro Jahr kommt.

Lange Rede, kurzer Sinn: Das ist der Kern unseres Antrags heute. Wir möchten das deswegen heute hier als Kölner Rat zur Abstimmung stellen, weil wir auch in Richtung der Landesregierung und des Landtags, die morgen darüber debattieren wollen und werden, ein Signal setzen möchten, und - ich sage das ganz offen und ehrlich dazu - weil es offensichtlich zwischen den Koalitionspartnern im Bund und dem Bundesfinanzminister Interpretationsschwierigkeiten und unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, was schriftlich niedergelegt worden ist. Wir möchten gern als Rat der Stadt Köln Hilfestellung geben, wie der Koalitionsvertrag zu interpretieren ist, nämlich kommunalfreundlich. So einfach ist das. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Börschel. - Herr Helling für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bitte.

Ossi Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Köln wie auch die anderen Großstädte mit hohen Soziallasten kann ein Lied davon singen, dass diese Lasten immer höher werden. Der Deutsche Städtetag geht für das Jahr 2013 von einem neuen Rekordniveau von 47 Milliarden Euro bei den kommunalen Soziallasten aus. Bemängelt wird in diesem Zusammenhang erneut, dass hier der Grundsatz „Wer bestellt, der soll auch zahlen“ verletzt wird.

Ein Hoffnungsschimmer scheint darin zu liegen, dass die schwarz-rote Große Koalition angekündigt hat, ein Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderungen zu entwickeln, das unter anderem auch der finanziellen Entlastung der Kommunen dienen soll. Wie bereits der Landtag NRW am 25. März, so sollte sich auch der Rat der Stadt Köln an den Bund und die Bundesregierung wenden, um in dieser Frage zu einer einerseits zuverlässigen und andererseits raschen finanziellen Entlastung der Kommunen zu kommen.

Konkret fordert unsere Resolution - der Kollege Börschel hat es schon gesagt -, bereits im Jahre 2017 zu der angestrebten Entlastung der Kommunen in Höhe von 5 Milliarden Euro zu kommen sowie für eine kurzfristige Entlastung in Höhe von 1 Milliarde Euro pro Jahr zu sorgen.

Meine Damen und Herren, abschließend noch ein Wort zum inhaltlichen Kern des angestrebten Teilhabegesetzes. Der schwarz-rote Koalitionsvertrag knüpft nicht an die schlechte Haushaltslage der Kommunen, sondern völlig unabhängig davon an die UN-Behindertenrechtskonvention an. Große Verbände der Menschen mit Behinderungen wie zum Beispiel die Lebenshilfe fordern, dass das Gesetz folgenden Prioritäten folgen soll:

Erstens. Einkommens- und vermögensunabhängige Leistungsgewährung. Das heißt: Raus aus dem Fürsorgeanspruch des SGB XII.

Zweitens. Ergänzendes Teilhabegeld als Pauschale für alle Menschen mit Behinderungen.

Drittens. Änderung der Zuständigkeiten.

Warum sage ich das noch einmal ausdrücklich? Ich sage das deshalb, weil natürlich durchaus denkbar ist, dass nicht jeder einzelne der angestrebten 5 Milliarden Euro am Ende in den Taschen der Kommunen landet. Auch die Behinderten selber melden zu Recht bestimmte Finanzbedarfe an. Wir sollten *diese* inhaltlichen Aspekte bei der Einforderung des Teilhabegesetzes mit berücksichtigen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Helling. - Es hat sich Herr Klipper zu Wort gemeldet.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Im Endeffekt sind die Punkte, die hier vorgetragen worden sind, eigentlich selbstverständlich. Wir werden diesem Antrag auch zustimmen - das ist nicht der Punkt -, aber ich möchte noch auf einiges hinweisen.

Erstens hat der Bund in den letzten drei Jahren enorm viel getan, um die Situation der Kommu-

nen zu verbessern. Leider mussten wir aber immer wieder feststellen, dass das Geld, das von Berlin geflossen ist, von Düsseldorf aus nicht in voller Höhe an die Kommunen durchgereicht wurde,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

sondern von der Landesregierung teilweise dafür genutzt wurde, eigene Projekte zu realisieren. Das habe ich hier schon mehrfach kritisiert. Wenn ich daran denke, wie oft die Kommunen gegen das Land klagen mussten, um ganz berechtigte Mittel zu bekommen, dann stelle ich mir die Frage: Was soll ein Antrag, wenn die rot-grüne Koalition in Düsseldorf noch nicht mal ihren eigenen Ansprüchen gerecht wird?

(Martin Börschel [SPD]: Die kassieren doch gerade eure Entscheidungen! Es sind die Urteile gegen eure Regierung!)

- Nein, das hat mit diesen Urteilen nichts zu tun. Wir können ja gerne mal über den aktuellen Beschluss zur Inklusion sprechen. Was war das denn für eine Diskussion?

(Martin Börschel [SPD]: Das ist doch eine Einigung! Die kommunalen Spitzenverbände haben sich geeinigt!)

- Ja, aber nur, weil die Leute sonst dagegen geklagt hätten.

Ich sage es noch einmal: Es wäre sehr schön, wenn die Landesregierung das Geld, das sie vom Bund bekommt, auch in voller Höhe durchreicht und nicht einen Teil für sich behält.

Noch ein letzter Punkt. Es ist ja auch meine letzte Ratssitzung, Herr Oberbürgermeister. Es wäre schön, wenn sich alle Mitglieder des Rates ein wenig mehr auf das Sparen konzentrieren würden. Ich glaube, dieser Kommune ginge es dann viel, viel besser. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da gehen wir heute mit einem guten Beispiel voran. Danke schön, Herr Klipper. - Wir kommen zu Herrn Houben.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist schön, dass wir jetzt doch über das Thema dieser Aktuellen Stunde sprechen; denn von den Geschäftsführern war angeregt worden, darauf überhaupt nicht einzugehen.

Die Genese dieser Aktuellen Stunde - Herr Börschel hat es fairerweise erwähnt - ist letztendlich im Landtag zu suchen. Dort gab es bereits Ende Januar einen Antrag der FDP-Landtagsfraktion zu diesem Thema.

(Martin Börschel [SPD]: Aber nicht dieses Inhalts!)

- Ja, aber ähnlichen Inhalts. - Damals hat man sich nicht einigen können. Dann hat es einen gemeinsamen Entschließungsantrag am 25. März gegeben, Herr Helling; aber dieser ist nicht beschlossen worden. Deswegen kommt es, wie Herr Börschel richtig sagte, morgen oder übermorgen noch einmal zu einer Diskussion im Landtag. Das Entscheidende ist: Man verheddert sich ein bisschen, wenn man auf unterschiedlichen Ebenen in gleichen oder anderen Verantwortlichkeiten ist.

Warum die Grünen dieser Aktuellen Stunde nun so schwungvoll zustimmen, erschließt sich mir, ehrlich gesagt, nicht.

(Beifall bei der FDP)

Herr Oberbürgermeister, mit Ihrer Erlaubnis zitiere ich:

> Im Streit um die Milliarden-Entlastung haben die Kommunen die Grünen an ihrer Seite. "Die große Koalition und allen voran die SPD enttäuscht die Kommunen auf ganzer Linie", sagte der haushaltspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Sven-Christian Kindler. "Fünf Milliarden Euro Entlastung wurde den Kommunen durch das Bundesteilhabegesetz im Koalitionsvertrag versprochen. Jetzt zeigt sich: kaum versprochen, schon gebrochen", sagte Kindler.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren von den Grünen, das entzieht sich ein wenig meiner politischen Logik.

Interessant ist aber auch, dass besonders viele Sozialdemokraten bei der Abstimmung über die Akzeptanz dieses Koalitionsvertrags gerade aus diesem Grund dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD ihr Plazet gegeben haben. Darin hieß es aber noch, dass diese 5 Milliarden Euro schon in *dieser* Legislaturperiode gezahlt werden sollen.

(Martin Börschel [SPD]: Ja, eben! Jetzt erklärt er uns unseren Koalitionsvertrag!)

- Alles nachzulesen, Herr Börschel. - Und jetzt? Jetzt äußert Herr Schäuble, dass diese 5 Milliarden Euro frühestens im Jahr 2018 tatsächlich zur Verfügung stehen werden. Deswegen weiß ich nicht, warum Sie den Antrag in dieser Form einbringen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wegen Schäuble!)

Ein bisschen Selbstlob, das wäre natürlich nachvollziehbar. Aber wer die Fachleute fragt, erfährt, dass die 1 Milliarde Euro, die jetzt verteilt werden soll - davon kommen schätzungsweise 250 Millionen Euro in Nordrhein-Westfalen an -, gerade so ausreichen wird, die Steigerungen abzudecken, die zu erwarten sind.

Deswegen: Natürlich können wir dieser Resolution auch zustimmen, eben weil sie sehr allgemein gefasst ist und hoffentlich mit dazu beiträgt, dass die Kommunen tatsächlich mehr Geld erhalten. Aber der große Aufschlag ist Ihnen damit heute nicht gelungen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Houben. - Wir kommen zu Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Seit Tagen bzw. seit einer Woche entnehmen wir der öffentlichen Diskussion von allen Seiten ein Bedauern über die zu erwartende Länge dieser Ratssitzung. Die eine Seite schiebt es auf die andere Seite. Die eine Seite sagt: Der Oberbürgermeister betreibt ein schlechtes Sitzungsmanagement. Die andere Seite sagt: Auf dieser Tagesordnung sind Sachen, die da nicht hingehören. Daher frage ich mich ernsthaft: Warum kommt ein paar Stunden vor dieser Ratssitzung, der umfangreichsten seit Jahrzehnten, ein Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde, der die gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Land und Kommunen zur finanziellen Entlastung von Städten und Gemeinden thematisiert?

Schauen wir uns doch mal an, wer diesen Antrag gestellt hat: Das ist die SPD-Fraktion, hier vertreten durch den finanzpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Börschel. Er stellt hier einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde, der die Finanzierung der Gemeinden im Land NRW thematisiert. Da sage ich: Lieber Herr Börschel, machen Sie Ihre Hausaufgaben im Landtag! Ich frage Sie, Herr Börschel: Wer hat denn im letzten Jahr dem Gemeindefinanzierungsgesetz, das Sie in Ihrem Antrag kritisieren, zugestimmt? Ich habe den Eindruck, Sie wollen hier Wahlkampf machen und der Bevölkerung sagen: Wenn Sie diesen 25. Mai halbwegs unbeschadet überstehen, dann kommt der große Geldfluss aus Düsseldorf oder sonst woher. Aber, meine Damen und Herren, da haben Sie sich vertan.

Angesichts dessen, dass der Vorredner hier eben gesagt hat, man hätte sich darauf geeinigt, zu dieser Aktuellen Stunde überhaupt nicht zu reden, frage ich mich ernsthaft: Warum haben Sie dann diesen Antrag so dringlich gestellt? Sie haben diesen Antrag nur deshalb dringlich gestellt, um hier ein bisschen Propaganda zu machen, um von den finanziellen Unzulänglichkeiten abzulenken, die in der Stadt Köln herrschen.

Wir werden heute eine Sitzung haben, die bis in die frühen Morgenstunden dauert. Worum geht es denn in den Tagesordnungspunkten ab den Punkten 100 und xy? Da geht es um Kostensteigerungen, zum Beispiel bei der Kaiserin-Theophanu-Schule um 17 Millionen Euro. Das wird einfach begründet mit den Worten: standortbedingte Mehrkostensteigerung. Das, was Sie jetzt hier wollen, ist: Zeit schinden, damit die Bevölkerung keine Lust mehr hat, den Livestream zu verfolgen, Zeit schinden, damit die Zuschauer auf der Tribüne gehen. Ich wundere mich sowieso, warum die Tribüne leer ist,

(Stefan Götz [CDU]: Weil Sie reden!)

obwohl Sie seit mehreren Tagen gesagt haben, es gebe keine Eintrittskarten mehr für die Tribüne. Nein, Öffentlichkeit ist unerwünscht. Sie wollen hier ein bisschen Propaganda machen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sprechen Sie zur Sache, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Das ist natürlich zur Sache, Herr Roters. - Es ist natürlich ein Unding, dass gestern im Finanzausschuss knapp 100 Millionen Euro für einen Schulneubau in Ehrenfeld beschlossen werden sollen. Da fragt man sich doch: 100 Millionen Euro für einen Schulneubau, warum ist das so? Da wurde uns gesagt: Für die Parkplätze der Lehrer muss eine Tiefgarage gebaut werden. Da wurde uns gesagt: Das Grundstück ist ungeeignet. Deshalb muss die Schulsporthalle in die Tiefe gebaut werden,

(Stefan Götz [CDU]: Zum Thema!)

und weil das dort eine Dreifachturnhalle ist, wird es eben so teuer. In dem Preis von 100 Millionen Euro sind noch nicht mal die Grundstückskosten enthalten. All dies sind Sachen, die man erst auf Nachfrage erfährt.

Sie wollen hier Zeit schinden, damit man sich nachher nicht mehr traut, weitere Fragen zu stellen. Das ist der Trick, den Sie hier abziehen wollen. Sie wissen natürlich auch, dass Ihre Verbündeten vom Medienkartell wunderschön schreiben werden, dass der Rat alle möglichen Initiativen unternimmt, um irgendwoher Geld zu bekommen. All das ist Augenwischerei, um von den eigenen Problemen abzulenken. Da machen wir nicht mit. Wir werden Ihnen heute bei jedem Tagesordnungspunkt Ihre Fehler aufzeigen. Kehren Sie vor Ihrer eigenen Tür! - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wer hier Zeit schindet, das ist die Fraktion pro Köln, die nämlich blödsinnigen Unsinn erzählt und überhaupt nicht zum Tagesordnungspunkt redet.

(Beifall bei der Linken, der SPD, der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen, der FDP sowie bei Andreas Henseler [Freie Wähler] und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Dass pro Köln sich nicht für die Interessen der Behinderten einsetzt, das war zu erwarten von Neonazis, die so tätig sind.

(Beifall bei der Linken - Anhaltender Widerspruch von pro Köln)

Es geht in der Resolution um 5 Milliarden Euro, die im Interesse der behinderten Menschen in diesem Land eingesetzt werden sollen. Insofern ist es, glaube ich, wichtig, dass wir uns mit diesem Thema beschäftigen.

Meine Damen und Herren von SPD und Grünen, wir teilen Ihre Position, dass die Kommunalfinanzen in den Mittelpunkt gestellt werden müssen. Wir teilen aber nicht Ihre positive Einschätzung - bei den Grünen weiß man es nicht genau - der Koalitionsvereinbarung. Das sehen wir ganz anders. Sie, Herr Börschel, haben um Unterstützung Ihres Antrags gebeten. Die können wir Ihnen zusagen. Aber ich glaube, wir müssen Ihnen einmal die Augen öffnen, was in den verschiedenen Punkten enthalten ist.

Ich möchte Sie nur darauf hinweisen, dass Ihre Ministerin bezüglich des Bundesteilhabegesetzes eine ganz klare Aussage getroffen hat, nämlich dass Sie auf Gründlichkeit vor Schnelligkeit setzt. Zitat:

> Wir werden in diesem Jahr mit der Arbeit an diesem Gesetz beginnen, alle anhören und Beteiligung organisieren. Aber die Umsetzung braucht eine Weile, wenn sie gut sein soll, ...

Soweit Ihre Ministerin. - Das heißt: Wir werden dieses Gesetz nicht so schnell kriegen, wie wir es mit dieser Resolution fordern.

(Martin Börschel [SPD]: Deswegen 2017! Das ist da drin!)

Trotzdem werden wir der Resolution zustimmen.

Meine Damen und Herren, wenn dieses Gesetz nicht so schnell, also noch in diesem Jahr, umgesetzt wird,

(Martin Börschel [SPD]: Nein, wir fordern 2017!)

dann lassen sich - das ist doch ganz klar - viele Milliarden Euro, mindestens aber 1 Milliarde Euro jährlich sparen. Das ist viel Geld. Wir als Linke finden es wichtig, dass wir uns mit inhaltlichen Positionen an die Bundesregierung wenden, die klarmachen, was wir überhaupt wollen. Das vermisse ich in dieser Resolution ganz eindeutig. Herr Börschel, ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag. Da heißt es:

> Dabei werden wir die Neuorganisation der Ausgestaltung der Teilhabe zugunsten der Menschen mit Behinderung so regeln, dass keine neue Ausgabendynamik entsteht.

Zitatende. - Also: keine neue Ausgabendynamik. Insofern ist es richtig, dass wir sagen: Wir wollen eine Ausgabendynamik. In dieser Frage lohnt es sich, sie zu entwickeln.

Wir würden sagen, dass in dieser Diskussion - die wird sich hier jetzt nicht entwickeln; aber ich betone es trotzdem - drei zusätzliche Punkte angesprochen werden müssten, nämlich erstens nach der Finanzierung personenzentrierte Unterstützungs- und Assistenzmaßnahmen, zweitens eine Verfahrens- und Rechtsassistenz im Antrags- und Bewilligungsverfahren und drittens nach der Bereitstellung von Teilhabeleistungen keine Anrechnung des Vermögens. Das sind für uns die drei Essentials, die wir in diese Debatte einbringen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, die Landtagsfraktionen von SPD und Grünen im rheinland-pfälzischen Landtag haben unter anderem ebendiese drei Punkte in einer Resolution an ihre Landesregierung aufgeführt. Ich wundere mich, dass diese Punkte in der hier vorliegenden Resolution nicht vorkommen. Das finde ich ausgesprochen schade, weil es sich dabei um die Forderungen handelt, die von den Behindertenverbänden gestellt worden sind. Wir müssten uns in dieser Diskussion schon an den inhaltlichen Forderungen der Behindertenverbände orientieren und versuchen, deren Positionen aufzugreifen. Das wäre, glauben wir, eine wichtige Diskussion, die wir zwar heute nicht führen werden, aber die wir in naher Zukunft führen müssen.

Wenn diese 5 Milliarden Euro nämlich nicht fließen, werden wir in einem halben Jahr im dann neu gewählten Rat dieses Thema erneut auf die Tagesordnung setzen, weil für uns die Rechte der Behinderten ein wichtiges Anliegen sind. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Detjen. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, dass der - -

(Andreas Henseler [Freie Wähler] meldet sich zu Wort)

Ach, Herr Henseler. Etwas spät, aber bitte schön.

Andreas Henseler (Freie Wähler): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. - Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! wir werden diese Resolution auch unterstützen, weil wir nachvollziehen können, dass die Kommunen ein Problem haben. Allein mir fehlt der Glaube, dass das, was in der Resolution angedeutet ist, nach der Kommunalwahl über den neuen Rat wie ein Füllhorn ausgeschüttet wird. Meine Erfahrung ist, dass man in erster Linie seine eigenen Hausaufgaben machen muss, wenn man den Haushalt konsolidieren will. Zu warten, dass vom Bund oder vom Land an die Stadt Köln nennenswerte Summen gezahlt würden, halte ich für eine Illusion. Deswegen stimmen wir zwar zu, plädieren aber in erster Linie dafür, dass der eigene Haushalt in Ordnung gebracht wird, dass dazu ein eigener Beitrag geleistet wird, dass die Hausaufgaben gemacht werden.

Wir haben gestern im Finanzausschuss gehört - Herr Klipper, Sie haben das ja auch kritisiert -, dass die Jahresrechnungen von 2008 bis 2011 auch in absehbarer Zeit nicht vorliegen werden. Wir kennen also noch nicht das Ergebnis dieser abgeschlossenen Haushalte. Wir wissen nicht, welche Belastungen noch auf uns zukommen. Das halten wir für einen ganz wichtigen Punkt, wenn es darum geht, die eigenen Hausaufgaben zu machen. Zu glauben, man käme mit einem blauen Auge davon, man könnte angesichts dieser Situation so weitermachen wie bisher und der Bund käme einen schon zu Hilfe, halte ich für eine Illusion.

Deswegen sagen wir: Man muss vorsichtig sein bei den neuen Großprojekten, die man in die Welt setzen will. Noch sind die finanziellen Risiken der alten Großprojekte nicht klar. Heute gibt es zum Beispiel nach langer Zeit eine Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der Freien Wähler zum Projekt Archäologische Zone/Jüdisches Museum. Und was wird zur Kostensituation festgestellt? Immer noch keine Klarheit. Und den-

noch reden wir schon über ein neues Projekt, nämlich das Museum am Dom. Das Stadtmuseum soll ja in einen Neubau am Dom verlegt werden - und das vor dem Hintergrund unserer unsicheren Finanzsituation. Meine Damen und Herren, ich halte das für unverantwortlich.

Ich sage Ihnen, was man benötigt. Das habe ich auch in meiner Haushaltsrede gesagt; das kann man nachlesen. Was wir eigentlich benötigen, wäre ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept. Meine Damen und Herren, wir brauchen keine vier Bürgermeister. Einer als Vertreter des Oberbürgermeisters tut es auch.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir brauchen auch nicht so viele Einzelmandatsträger! Das sind eindeutig zu viele! - Weitere Zurufe)

- Ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören. Deswegen sage ich es ja so gern. Ich kenne ja Ihre Reaktionen. - Wir brauchen auch nicht die großen Mittel für die Fraktionen. Wir brauchen auch nicht für jeden Fraktionsvorsitzenden einen Dienstwagen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Haben wir auch nicht!)

Es reicht, wenn man auf Taxis zugreifen kann.

Meine Damen und Herren, gehen Sie mit gutem Beispiel voran! Hören Sie auf, Ihr Heil in Resolutionen zu sehen! Sparen Sie im eigenen Haushalt!

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich schlage vor, die Resolution an die Verwaltung zu verweisen mit der Maßgabe, sie an die Bundesregierung zu senden. Wer für diesen Vorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, der Linken, der CDU, der FDP sowie Herr Henseler und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das mit großer Mehrheit so angenommen.

Der Rat beschließt gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen, die Angelegenheit mit dem Auftrag an die Verwaltung zu überweisen, die nachfolgende Resolution des Rates der Stadt Köln an die Bundesregierung weiterzuleiten:

Gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Land und Kommunen fortführen –

Finanzielle Entlastung von Städten, Gemeinden und Kreisen im Zuge des

angekündigten Bundesteilhabegesetzes sicherstellen

Resolution:

Der Rat der Stadt Köln begrüßt, dass die Bundesregierung für die 18. Legislaturperiode den weiteren zwingenden Handlungsbedarf des Bundes zugunsten der Kommunen anerkennt sowie die Absicht, die Kommunen im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von fünf Milliarden Euro jährlich von der Eingliederungshilfe zu entlasten.

Vor diesem Hintergrund fordert der Rat:

1. *Die Landesregierung wird gebeten, sich auf Bundesebene weiterhin konsequent für eine nachhaltige Entlastung der NRW-Kommunen einzusetzen, wie sie im Landtagsbeschluss vom 29.10.2010 gefordert wurde: Der Bund muss sich dynamisch zur Hälfte am Aufwand für die gesamten kommunalen Soziallasten beteiligen.*

2. *Der Rat der Stadt Köln bittet die Bundesregierung, unverzüglich für die schnellstmögliche Einführung eines Bundesteilhabegesetzes im Sinne der aktuellen Koalitionsvereinbarungen für die 18. Wahlperiode des Bundestags zu sorgen.*

3. *Wir fordern die Bundesregierung auf, die mit Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes zugesagte finanzielle Entlastung der Kommunen in Höhe von 5 Mrd. Euro jährlich zum frühestmöglichen Zeitpunkt sicherzustellen. Ziel ist es, zum Ende der 18. Wahlperiode im Jahr 2017 bereits das volle Entlastungsvolumen wirksam werden zu lassen.*

4. *Der Rat begrüßt, dass der Bund in den Jahren 2015 und 2016 eine jährliche Entlastung von 1 Mrd. Euro für die Städte und Gemeinden bereitstellt. Die Landesregierung wird gebeten, dafür einzutreten, dass diese Entlastung in Form einer Erhöhung des Bundesanteils an den KdU (Kosten der Unterkunft) gegebenenfalls aufgestockt bis zum In-krafttreten eines Bundesteilhabegesetzes gewährt wird, um eine unmittelbare Entlastungswirkung bei den kommunalen Haushalten zu erreichen.*

5. Um Planungssicherheit für die kommunalen Haushalte zu schaffen, ist eine verbindliche Festschreibung der konkreten Entlastungsbeträge in der Mittelfristigen Finanzplanung des Bundes notwendig.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie mit den Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Frei Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) – zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Schöppe ist bei der Beratung der Punkte 1.1 bis 3.1.1 nicht anwesend.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 2.1:

2.1 Annahme einer Schenkung durch den Förderverein StadtBibliothek Köln e. V.
0391/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann bedanken wir uns ganz herzlich bei diesem Spendengeber.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Beschluss:

Der Rat beschließt die Annahme der Schenkung der Einrichtung und Nutzung der minibib im Außengelände der Köln-Arcaden in Köln-Kalk durch den Förderverein Stadtbibliothek Köln e.V.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir fahren fort mit Tagesordnungspunkt 2.2:

2.2 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Rheinisches Bildarchiv durch den Fotografen Peter H. Fürst, Thürmchenswall 76, 50668 Köln

hier: Schenkung von 595 Filmen, 585 Kontaktbögen, ca. 689 Vergrößerungen, 3 Katalogen zu den Serien „Porträts aus der Kultur Welt Köln“, „berufen und gewählt“ und 70 Fotografien „Porträts Kölner Persönlichkeiten“ aus dem Werk des Fotografen Peter H. Fürst
0851/2014

Gibt es hier Bedenken? - Enthaltungen? - Dann ist das so angenommen. Vielen Dank.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung von 595 Filmen, 585 Kontaktbögen, ca. 689 Vergrößerungen, 3 Katalogen zu den Konvoluten „Porträts aus der Kultur Welt Köln“, „berufen und gewählt“ und 70 Fotografien „Porträts Kölner Persönlichkeiten“ aus dem Werk des Fotografen Peter H. Fürst durch Peter H. Fürst mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

2.3 Schenkungsannahme Sparda Kunstpreis NRW 2012/2013
0725/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 3).

Anmerkung:
Ratsmitglied Judith Wolter trifft zur Sitzung ein.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Mietwohnungsbau in Köln stärken - Aktualisierung von Ratsbeschlüssen“
AN/0557/2014

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0603/2014

Ich bitte zunächst Herrn Böllinger für die Fraktion der SPD.

Werner Böllinger (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir alle wissen: Die Einwohnerzahl Kölns wird in den nächsten Jahren kräftig steigen. Daher wurde in den vergangenen Monaten ein ganzes Bündel von Maßnahmen auf den Weg gebracht, das zur Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen beitragen soll.

Schon im Sommer des vergangenen Jahres haben wir die Verwaltung aufgefordert, unverzüglich Flächen für den Wohnungsbau zu identifizieren und baureif zu machen. Ebenfalls im vergangenen Jahr hat die rot-grüne Landesregierung die Möglichkeit geschaffen, Flächen des Landes für studentischen oder geförderten Wohnungsbau preiswert zu erwerben. Im Dezember letzten Jahres wurde vom Rat das Kooperative Baulandmodell beschlossen. Mit dem städtischen Sonderprogramm Wohnen ist ein weiterer finanzieller Anreiz für den geförderten Wohnungsbau geschaffen worden. Das im Januar dieses Jahres verabschiedete Stadtentwicklungskonzept Wohnen ist Leitlinie der Kölner Wohnungspolitik für die nächsten Jahre mit dem Ziel, unsere Stadt für alle, die hier bereits leben, und für alle, die in den nächsten Jahren noch zu uns kommen werden, attraktiv zu gestalten. Ausreichender und vor allen Dingen bezahlbarer Wohnraum ist dabei unverzichtbar.

Unser heutiger Antrag nimmt direkt Bezug auf das Kooperative Baulandmodell und das Stadtentwicklungskonzept Wohnen. Mit dem Kooperativen Baulandmodell werden Investoren, die großflächig Wohnraum errichten wollen, zur Schaffung von gefördertem Wohnungsbau verpflichtet. Dies hat konsequenterweise zur Folge, dass Erwerber kleinerer Grundstücke, die auch geförderten Wohnungsbau errichten wollen, nicht mehr wie bisher durch einen festen Kaufpreisabschlag beim Erwerb städtischer Grundstücke begünstigt werden dürfen. Uns ist vielmehr wichtig, dass neben gefördertem Wohnraum auch genügend Wohnungen für Kölnerinnen und Kölner mit mittlerem Einkommen errichtet werden. Deswegen wollen wir Investoren, die sich verpflichten, Mietwohnungen in einem mittleren Preissegment zu errichten, beim Erwerb städtischer Grundstücke einen Preisabschlag gewähren. Selbstverständlich kann ein solcher Abschlag nicht stadtweit einheitlich in gleicher Höhe gewährt werden. Vielmehr erwarten wir von der Verwaltung einen auf die Veedel bezogenen, differenzierten Vorschlag unter Beachtung der mit diesem Antrag angestrebten Rabattobergrenze von 20 Prozent.

Wir haben aber nicht nur die Miethöhen im Blick; auch die Stärkung neuer gemeinschaftlicher Wohnformen, wie zum Beispiel das Mehrgenerationenwohnen, ist in unserer wachsenden und sich verändernden Stadt dringend erforderlich. Deswegen sagen wir: Beim Verkauf städtischer Grundstücke darf nicht länger das Höchstgebot allein für eine Vergabe entscheidend sein. Was wir wollen, sind überzeugende Konzepte für moderne Wohnformen. Wir erwarten daher von der Verwaltung, dass sie zügig Vorschläge erarbeitet, wie bei Verkaufsentscheidungen gute Konzepte angemessen berücksichtigt werden können.

Köln steht vor großen Herausforderungen. Ich bin überzeugt, dass wir mit der Gesamtheit der beschlossenen wohnungspolitischen Maßnahmen gut aufgestellt sind. Stimmen Sie daher unserem Antrag zu!

Erlauben Sie mir noch einige Bemerkungen zum Änderungsantrag der Linken. Wir können diesem Antrag nicht zustimmen. Eine Absenkung der Mietobergrenze von 10 Euro auf 8,50 Euro halten wir für nicht zielführend; denn wir sind der Überzeugung, dass für einen solchen Preis in nachgefragteren Stadtteilen Kölns keine Investoren zu finden sind. Insoweit wäre das kontraproduktiv. Auch die Prüfung des Erbbaurechtes halten wir für nicht zielführend; denn wir wissen doch aus den Beratungen im Liegenschaftsausschuss, dass Erbbaurechte bei der Verwaltung erheblichen Verwaltungsaufwand auslösen. Im Übrigen - das muss ich Ihnen ganz klar sagen -, bei dem derzeit historisch niedrigen Zinsniveau ist das Bauen im Erbbaurecht schlicht und ergreifend wirtschaftlich wenig attraktiv und erschwert die Beleihung von Bauvorhaben. Insoweit lehnen wir den Änderungsantrag der Linken in Gänze ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Wir kommen dann zu Herrn Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Böllinger, all das, was Sie gesagt haben, könnte ich unterschreiben. Manches, was Sie hier eben

vorgetragen haben, werde ich jetzt auch in meiner Rede erwähnen. Lassen Sie mich aber eines vorweg sagen: Den Antrag der Linken lehnen wir kategorisch ab. Er bringt uns nicht weiter.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Da hätten Sie auch nichts anderes erwartet!)

- Ja, das ist etwas anderes. Wir jedenfalls machen eine Politik, die zu mehr Wohnraum führt - im Gegensatz zu Ihnen. Schon von daher ist das etwas anderes.

(Beifall bei der CDU)

Mit dem vorliegenden Antrag von SPD und Grünen ist die Neuausrichtung der Kölner Wohnungspolitik - praxisnah umsetzbar und für Investoren nachvollziehbar - nach einem Jahr Arbeit abgeschlossen. Nach sechs Jahren „verbaler Wohnungsbaupolitik“ mit jährlich völlig untauglichen Resolutionen und Anträgen - zum Beispiel mit der Zielsetzung: 1 000 neue, öffentlich geförderte Wohnungen pro Jahr; in Wirklichkeit waren es im letzten Jahr nur knapp 200 - bin ich dankbar, dass die beiden anderen großen Parteien unseren marktwirtschaftlichen Gedanken in ihre Überlegungen mit einbezogen haben und so zu einer praktikablen Wohnungspolitik gekommen sind.

Für die CDU war es wichtig, eine mehr marktwirtschaftliche als eine ideologische Wohnungspolitik zu manifestieren

(Ulrich Breite [FDP]: Marktwirtschaftlich?)

mit dem Ziel, Wohnungsbau für alle Bevölkerungsschichten zu errichten. Das ist der entscheidende Punkt: Wir sind für mehr Wohnungsbau. Wir sind für mehr Wohnungsbau im unteren, im mittleren *und* im oberen Bereich. Das haben wir nun, meine ich, nach einigen Jahren Debatte über eine gemeinsame Wohnungsbaupolitik erreicht. Der letzte Baustein für diese Politik ist dieser Antrag, den wir heute beschließen werden.

Ich will hier noch einmal kurz die Entwicklung skizzieren. Mit Ratsbeschluss vom 16. Juni 2013 wurde der Verwaltung ein Prüfauftrag erteilt, der mit der Vorlage „Bezahlbaren Wohnraum sichern - Investoren motivieren - Sonderprogramme auflegen“ abgearbeitet worden ist. Das war die Initialzündung. Danach erfolgte ein Dreierantrag, der dann auch beschlossen wurde und jetzt schon die ersten positiven Ergebnisse zeigt. Anschließend wurde die Verwaltungsvorlage für das Kooperative Baulandmodell nach Rücksprache mit Investoren, Genossenschaften und Bauträgern modifiziert, praxisnäher gemacht. Wir haben Investoren gewinnen können. Wir haben die notwendigen Übergangsregelungen eingeführt und damit den Investoren Pflichten auferlegt, ihnen aber auch das Recht auf besondere Planungssicherheit eingeräumt.

Auf die Einzelheiten möchte ich heute nicht mehr eingehen; dafür ist die Zeit viel zu kurz. Mir geht es vielmehr um das Generelle, das wir mit dem jetzt vorliegenden Antrag vollenden. In diesen Antrag wurde unser Anliegen mit aufgenommen, mehr Wohnungen für den Mittelstand zu schaffen, also für die Leute, die mehr verdienen, als ein Wohnberechtigungsschein es zulässt, aber nicht genug, um Luxuswohnungen, wie sie in Köln teilweise gebaut werden, finanzieren zu können. Deswegen die Preisspanne von 6,25 bis 10 Euro, die auch dynamisch ist; denn innerhalb von fünf Jahren können sich die Preise durchaus verändern. Ich glaube, das ist notwendig angesichts des breiten Bevölkerungsspreizes, den es in unserer Stadt gibt: zwischen den Leuten, die sehr reich sind, Leuten, die über mittlere Einkommen verfügen, und den Leuten, die weniger begütert sind. Mit diesem Antrag wird nach Auffassung der CDU eine Neuausrichtung der Wohnungspolitik erreicht. Ich hoffe, dass sich dann auch die Baukräne für alle diese Wohnungen drehen.

Lassen Sie mich noch einen Tropfen Wasser in den Wein schütten. Wir haben auch beschlossen, dass nach zweieinhalb bis drei Jahren eine Evaluierung stattfindet, um festzustellen, ob dieses Modell auch greift. Wenn es nicht greift, muss es eine Änderung geben. Ich will an dieser Stelle den neuen Oberbürgermeister von München zitieren, der festgestellt hat, dass das Kooperative Baulandmodell in München nicht funktioniert hat, um das dringendste Problem in München zu beseitigen, nämlich die Wohnungsnot. - Das ist jetzt nur als warnende Stimme zu verstehen. In München hat das Kooperative Baulandmodell jedenfalls nicht zu dem Erfolg geführt, wie wir ihn uns hier vorstellen. Deshalb muss man auch das Recht und die Möglichkeit schaffen, das Modell nach zweieinhalb Jahr zu evaluieren

und es gegebenenfalls weiterzuentwickeln. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Klipper. - Wir kommen dann zu Frau Moritz.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Frau Moritz wartet, was die Liberalen dazu sagen! Ich muss nicht unbedingt dazu reden!)

Gut, wenn das so gewünscht wird. - Dann kommt jetzt Herr Breite. Ich sehe, er hat sich schon auf den Weg gemacht. Bitte schön, Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Das ist zwar sehr charmant, Barbara; aber ich glaube, mein Gegner sitzt eher auf anderen Seite. - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Antrag von SPD, Grünen und - man staune - auch von der CDU trägt die falsche Überschrift. Da liegt offensichtlich ein Irrtum vor, den ich hier gerne korrigiere. Die richtige Überschrift dieses Antrags muss lauten: Wie ruiniere ich den Kölner Wohnungsmarkt, aber gründlich?

(Beifall bei der FDP)

Diesem Antrag ist ein völlig falsches Denken inne; denn es misstraut den Mechanismen der sozialen Marktwirtschaft, durch freie Preisgestaltung zur besten Güterversorgung, in diesem Falle auf dem Wohnungsmarkt, zu kommen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Stattdessen setzen Sozialdemokraten, Grüne und nun auch Christdemokraten auf Staatsinterventionismus, Preisfestsetzung und staatliche Bewirtschaftung des Wohnungsmarktes.

(Beifall bei der FDP)

All das, was Ludwig Erhard mit der Währungsunion und der Einführung der sozialen Marktwirtschaft abgeschafft hat, nämlich das unsägliche Lenken von Wirtschaftsprozessen, Preise fernab von Angebot und Nachfrage festzusetzen und die staatliche Bewirtschaftung von Gütern und Dienstleistungen, führen Sie, meine Damen und Herren, hier unbelehrbar und geschichtsvergessen wieder ein.

(Beifall bei der FDP)

Sie setzen mit Ihrem Antrag einen Mietpreis von 6,25 bis 10 Euro für Neubauten - ich betone: für Neubauten - in Köln für 15 Jahre fest. Wenn Politiker Preise festsetzen, insbesondere für einen so langen Zeitraum, muss man sich immer fragen: Waren die bei einer Wahrsagerin, oder traf man sich zum Würfeln?

Mietschutzsatzung, Wohnraumschutzsatzung und nun dieser Antrag mit Preisfestsetzung für Mieten auf 15 Jahre, wenn man ein städtisches Grundstück für Mietwohnungsbau kauft: Das spricht Bände, wes Geistes Kind Sie sind. Sie wollen die Bewirtschaftung des Kölner Wohnungsmarkts nach Ihren politischen Vorgaben und Vorstellungen. Köln braucht neue Wohnungen, und zwar schnell. Man muss Investoren den roten Teppich auslegen, damit sie in Köln und nicht anderswo bauen. Ein Rabatt von 20 Prozent beim Kauf von städtischen Grundstücken, wenn darauf Wohnungen gebaut werden, wäre so ein roter Teppich; denn je mehr Wohnungen in Köln gebaut werden, je höher das Angebot wird, desto schneller fallen auch die Preise wieder.

(Beifall bei der FDP)

Herr Klipper, das ist das Einmaleins der Marktwirtschaft und nicht das, was Sie in Ihrer Rede zur Preisfestsetzung gesagt haben.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wohnungsbau ist nicht nur eine Marktwirtschaft!)

Selbstverständlich darf der Staat für den gewährten Rabatt beim Grundstücksverkauf etwas verlangen; das ist doch klar. Aber was machen Sie? Sie packen erst mal die Folterinstrumente aus.

(Martin Börschel [SPD]: Uli, sei doch nicht so zart besaitet!)

„Ach, Sie wollen in Köln eine Wohnung bauen. Da haben wir, SPD, Grüne und nun auch CDU, aber noch ein Wörtchen mitzureden. Legen Sie ruhig Ihr Geld in unsere Hand. Wir sagen Ihnen, wie Sie bauen und wie viel Miete Sie bekommen.“ - Meine Damen und Herren, eine Willkommenskultur für Investoren im Wohnungsbau sieht ganz anders aus.

(Beifall bei der FDP)

Dieser Antrag zeigt eines: Sie, Sozialdemokraten, Grüne und nun auch Christdemokraten, meinen klüger als die Väter der sozialen Marktwirtschaft zu sein. Das sind Sie aber nicht, meine Damen und Herren. Mit Ihrem Antrag der Preisfestsetzung von Mieten beim Wohnungsbau auf

städtischen Grundstücken schaffen Sie keine einzige Wohnung mehr in Köln. Da sind wir uns sicher. Im Gegenteil: Sie verknappen damit das mögliche Wohnungsangebot.

Schon Ihre Beschlüsse von 2005 und 2009, die Sie in dem Antrag ansprechen, mit einem Rabatt den Kauf von städtischen Grundstücken für öffentlich geförderten Wohnungsbau anzukurbeln, waren ein Rohrkrepierer - das hat Herr Klipper doch selber gesagt -, und dieser Antrag wird wieder ein Rohrkrepierer sein. Das Schlimme ist: Sie schaffen es nicht, aus Ihren Fehlern zu lernen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Auf die Idee, den Baustandard für Sozialwohnungen zu senken, damit es preiswerter und lukrativer wird, in öffentlich geförderten Wohnungsbau zu investieren, damit wieder Mieten von 6,25 Euro möglich werden, darauf kommt von den Antragstellern anscheinend keiner. Nein, Sie setzen einfach fernab jeglicher wirtschaftlicher Vernunft einen Mietpreis von 6,25 Euro fest und wundern sich dann, dass keiner für diesen Mietpreis baut bzw. bauen kann. Ihre aufgetürmten Regulierungen, Beschränkungen und Verbote sind einfach keine Einladung, in Köln Wohnungen zu bauen. Das wirkt eher abschreckend auf Investoren. Bei Ihnen verliert selbst ein Rabatt von 20 Prozent beim Kauf von städtischen Grundstücken ganz und gar seinen Charme.

Eines weiß ich: Auch wenn dieser Antrag hier mit großer Mehrheit verabschiedet wird und der Partei der Linken Freudentränen über die Wangen kullern, weil sie mithilfe der CDU eine Systemfrage gewonnen haben - Sie werden mit diesem Antrag scheitern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Die Konsequenzen werden aber nicht Sie zu tragen haben, sondern - und das tut uns Kölner Liberalen so maßlos weh - die Kölnerinnen und Kölner, die dringend auf mehr Wohnungsbau in Köln angewiesen sind.

Wir haben in den letzten Ratssitzungen immer wieder neue Wohnungsbauprojekte vorgeschlagen, weil durch mehr Wohnungsangebote die Mietpreise in Köln gesenkt werden können. All unsere Vorschläge wurden abgelehnt. Stattdessen setzt nun selbst die Kölner CDU lieber auf weniger Markt, mehr staatliche Bewirtschaftung und feste Preise. Da wünschen wir der CDU eine gute Reise. Wir lehnen den Antrag ab. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Breite. - Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Ich hätte nicht unbedingt reden müssen, aber es war schon richtig, noch abzuwarten; denn jetzt kann ich einigen Unsinn richtigstellen.

Die FDP setzt natürlich auf Markt und bezieht sich in diesem Zusammenhang auf Ludwig Erhard. Ich meine mich zu erinnern, dass Erhard die *soziale* Marktwirtschaft eingeführt hat. Die FDP vergisst leider immer gerne das Soziale am Markt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben hier in Köln sehr, sehr lange - viel länger als andere Städte, die im Ranking immer die Spitzenplätze belegen - auf den Markt gesetzt; aber der Markt hat es nicht gerichtet, lieber Uli Breite. Ich hätte von dir erwartet, dass du den Antragstext zumindest einmal gründlich durchliest. Niemand wird gezwungen, eine Wohnung für 8,50 Euro zu vermieten. Es ist ein Anreizmodell. Karl Klipper hat es schon erklärt; das ist auch nachzulesen; aber ich erkläre es gern noch einmal. Wenn jemand sich dazu verpflichtet, bekommt er einen Rabatt. Aber er muss das nicht tun. Deshalb ist das ein reines Anreizmodell und kein staatsmonopolistisches Lenkungskonstrukt oder wie auch immer du das bezeichnet hast.

Ich möchte noch einmal an den gesamten Rat appellieren, sich nicht immer wieder nur ein kleines Stück aus einem Antrag herauszupicken und dieses dann für sich allein zu sehen. Die wohnungspolitischen Anträge dieses Rates in der Periode von 2009/2014 mit den verschiedenen Instrumentarien können Sie wie an einem roten Faden aufgereiht verfolgen. Kein Instrument wirkt für sich allein - so ist das eben -, sondern wir brauchen die verschiedensten Instrumente, die ineinandergreifen müssen, um volle Wirkung entfalten zu können.

Herr Oberbürgermeister, da ich schon hier am Pult stehe, erlauben Sie mir noch eine persönliche Bemerkung zur Konzeptvergabe. Diese ist nämlich eines unserer Lieblingskinder, weil wir der Auffassung sind, dass es in einer großen Stadt wie Köln, wo es sehr viele heterogene Lebensbedingungen, Familienverhältnisse und Zusammengehörigkeiten gibt, wo viele verschiedene Lebensformen gelebt werden, mehr Wohnformen geben muss, als im derzeit vorhandenen Wohnungsangebot vorgehalten. Die typische Wohnung hat ja heutzutage immer noch Kinderzimmer, Elternschlafzimmer, Wohnzimmer, Küche, Diele, Bad. Es muss künftig auch Wohnungen geben, wo sich diese vielen verschiedenen Lebensformen wiederfinden. Auch das ist ein entscheidender Fortschritt, den wir heute beschließen werden. Hamburg macht diese Konzeptvorgabe grundsätzlich. Ich weiß nicht, was unsere Verwaltung vorschlagen wird; darauf bin ich gespannt. Ich wünsche dem nächsten Rat eine große Mehrheit für dieses Konzept.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Moritz. - Dann kommen wir zu Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wohnen in Köln muss bezahlbar bleiben. Wenn man über die Straßen und Plätze geht, wenn man mit den Bürgern spricht - die Bürger haben ja jetzt wieder Interesse an Kommunalpolitik -, hört man überall: Die Wohnkosten sind nicht mehr zu bezahlen. Das haben jetzt wohl auch Sie verstanden und wollen dem Bürger Aktivität zeigen; das ist sehr löblich.

Die SPD hat sich mit der CDU und den Grünen zusammengetan - Konkurrenten, die gegeneinander am 25. Mai zur Kommunalwahl antreten - und einen sehr umfangreichen Beschlusstext verfasst. Die Frage ist aber: Ist er überhaupt wirksam? Darin heißt es, es müssten Ratsbeschlüsse aktualisiert werden. Einen Punkt des Beschlusses von 2005 wollen Sie zum Beispiel aufheben. Dazu kann ich Ihnen nur eines sagen, meine Damen und Herren: Was von 2005 bis 2014 nicht funktioniert hat, das funktioniert auch nicht mit einer Aktualisierung.

Die Bürger ächzen unter den enormen Kosten. Sie aber suggerieren hier, dass Sie Wohnungen mit Mieten von 6,25 Euro schaffen wollen. Dazu kann ich Ihnen nur eines sagen: Diese Wohnungen gibt es. Wir haben einen stadteigenen Wohnungskonzern, der solche Wohnungen aufgrund eines Wohnberechtigungsscheins vergibt. 60 Prozent aller Kölnerinnen und Kölner haben Anspruch auf einen solchen Wohnberechtigungsschein, darunter viele mit Dringlichkeitsstufe. Allerdings, es gibt keine Wohnungen. Und warum gibt es keine Wohnungen? Weil Sie jahrelang Asylbewerber in den geförderten Wohnungen untergebracht haben.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Lüge! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch Dünnpfiff!)

Darum gibt es keine freien Wohnungen hier in Köln. Die einheimische Bevölkerung muss gucken, wo sie bleibt. Das ist so.

Wenn Sie mal durch unsere Stadt gehen, werden Sie feststellen: Köln ist eine der am dichtesten besiedelten Städte in Europa, zumindest in der Innenstadt. Köln ist eine der wenigen Städte in Europa, deren Innenstadt so dicht bebaut und entsprechend dicht bewohnt ist. Sagen Sie uns doch mal, wo Sie dort in einem großen Umfang Wohnungen neu errichten können!

Ich will Ihnen ein Beispiel aus dem Bezirksrathaus schildern. Gestern Abend haben wir dort jedes kleine Stück, jedes kleine Teil, wo noch Wohnungsbau möglich ist, betrachtet. Bei uns in Ehrenfeld wollen Sie jetzt in der Kreuterstraße auch noch Geschosswohnungsbau hinsetzen mit allen Konsequenzen, die das nach sich ziehen wird, wie Verschattung, Lärmbelästigung, Verkehrsprobleme. Die Anwohner, die Einheimischen wollen das aber nicht. Wir sind eben keine Stadt, die nur auf der grünen Wiese steht, wo man nur einen Bebauungsplan machen muss und dann einfach Geschosswohnungsbau hochziehen kann. Das sollten Sie ehrlicherweise den Kölnerinnen und Kölnern sagen.

Sie sollten ehrlicherweise auch sagen, warum das Wohnen in Köln so teuer ist. Weil wir hier mittlerweile eine zweite Miete bezahlen - Bruttowohnkosten als Nebenkosten -: über die teuren Gebühren für die Stadtentwässerung, für die Abfallbeseitigung, für eine Schneesteuer,

(Karsten Kretschmer [Bündnis 90/Die Grünen]: Und Ihre Sitzungsgelder!)

die man auch dann bezahlen muss, wenn es nicht schneit. All das wird auf die Mieter umgelegt. Das sind die Kosten, die drücken. Dazu ha-

ben Sie heute kein Wort verloren. Sie sind anscheinend überhaupt nicht bereit, Dinge, die schnell zu einer Entlastung der Bürger führen könnten, einzuführen. Nein, stattdessen schreiben Sie in Ihrem Antrag: Aktualisierung von Ratsbeschlüssen aus dem Jahr 2005.

Wir von der Bürgerbewegung pro Köln sagen: Wohnen in Köln muss bezahlbar bleiben. Rot und Grün haben dieses Wohnen so teuer gemacht. Wir werden alles daransetzen, nach dem 25. Mai die zweite Miete, die Nebenkosten, zu senken und dadurch die Menschen zu entlasten. Das ist das, was hilft, damit Wohnen in Köln wieder bezahlbar wird und es auch bleibt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Weisenstein.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Breite, die Linke wird bestimmt keine Freudentränen wegen dieses Antrags weinen. Heulen müssten wir eher, wenn wir hören, dass die FDP immer noch daran glaubt, dass der Markt die Wohnungssituation in Köln richten kann. Das ist wirklich zum Heulen. Das muss vorab einmal gesagt werden.

(Beifall bei der Linken.)

Meine Damen und Herren, der vorliegende Antrag beschreibt in wesentlichen Teilen den Status Quo. Viele dieser Punkte kann man einbringen, muss man aber nicht. Zur Förderung von alternativen Wohnformen hatten wir von der Linksfraktion Anfang letzten Jahres einen wesentlich differenzierteren und qualifizierteren Antrag eingebracht. Damals haben SPD und Grüne gesagt: Das machen wir doch schon; das brauchen wir nicht. Heute steht das auf der Agenda, und das ist auch gut so; denn das ist ein richtiger Punkt.

Gemeinschaftliches Wohnen und alternative Wohnformen sollen stärker berücksichtigt werden. Das sagen Sie zwar, aber Sie sagen es viel zu schwach. Sie müssen - Herr Börschel, Frau Moritz - schon ein bisschen konkreter werden. Sie müssen klar sagen: Wenn die Stadt ein Gelände verkauft, dann wollen wir zuerst Genossenschaften, Studentenwerk oder Projekte, die Mehrgenerationenwohnen verwirklichen wollen, den Vorzug geben. Das muss in diesem Antrag viel stärker zum Ausdruck kommen. Jetzt ist der Antrag noch viel zu lasch.

(Beifall bei der Linken.)

Meine Damen und Herren, Punkt III des Antrags muss man sich genauer ansehen. Den kann man so nicht durchgehen lassen. Deswegen haben wir dazu einen Änderungsantrag eingebracht. Grundsätzlich ist es natürlich richtig, wenn man versucht, preiswerten Wohnraum auch neben dem klassischen Sozialwohnungsbau zu realisieren. Es macht aber überhaupt keinen Sinn, eine Untergrenze von 6,25 Euro einzuziehen. Dafür gibt es keine logische Begründung. Die Obergrenze ist mit 10 Euro viel zu hoch angesetzt. Wollen Sie bei einem Preis von 10 Euro Kaltmiete tatsächlich noch von preiswertem Wohnen für breite Teile der Bevölkerung sprechen? Das kann nicht Ihr Ernst sein, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der Linken.)

Auch bei einer Kaltmiete von 10 Euro soll der Investor einen Rabatt von 20 Prozent auf den Verkehrswert erhalten? Das braucht der nicht. Da will die CDU wohl kurz vor der Kommunalwahl noch ein paar Geschenke an die Investoren verteilen. Mit einem Mietpreis von 8,50 Euro pro Quadratmeter und 20 Prozent Rabatt auf das Grundstück lohnt sich Geschosswohnungsbau für den Investor allemal.

Deswegen sagen wir: Wir sollten wir bei 8,50 Euro maximal bleiben, meine Damen und Herren. Bei den genannten 8,50 Euro pro Quadratmeter kann man bei Haushalten mit mittlerem Einkommen gerade noch so von einem akzeptablen Mietpreis sprechen. Mehr ist da nicht drin. 1,50 Euro mehr bei einer Wohnung mit circa 90 bis 110 Quadratmetern, wie sie für eine vierköpfige Familie erforderlich ist, machen schon einen Riesenbatzen Geld aus. Überlegen Sie sich das mal: Das wären 200 Euro mehr im Monat. Das können sich viele Normalverdiener mit einem Nettoeinkommen von 2 000 oder 2 500 Euro tatsächlich nicht mehr leisten.

(Beifall bei der Linken.)

Meine Damen und Herren, eines verstehe ich nicht. Herr Böllinger hat zwar vorhin gesagt,

Bauen in Erbpacht lohne sich momentan nicht; aber das kann ich so nicht akzeptieren. Wir können doch nicht eine langfristig angelegte Politik so ausrichten, dass sie sich nur an der momentanen Zinslage orientiert. Das hieße ja, wir würden den Ausverkauf städtischer Grundstücke nur aufgrund der aktuellen Zinspolitik vorantreiben. Nein, wir müssen es umgekehrt machen: Wir müssen es machen wie die katholische Kirche. Die steht übrigens finanziell ganz gut da, und die macht sehr viel in Erbbaurecht. Lassen Sie uns bitte hier beschließen, dass, bevor ein Gelände für Wohnbau veräußert wird, immer erst geprüft wird, ob eine Erbbauregelung möglich ist, die uns langfristig die Möglichkeit einräumt, sowohl stadtplanerisch tätig zu sein als auch ungewollte Nutzungen problemlos zu unterbinden.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, unserem Antrag zu folgen. 8,50 Euro und 20 Prozent Rabatt: Das ist als Geschenk an Investoren genug. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Weisenstein. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktion Die Linke und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der drei Fraktionen, wie eben vorgetragen. Wer für diesen Antrag stimmt, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, der CDU sowie Herr Henseler. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln und der Fraktion Die Linke ist der Antrag so angenommen.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:

Der Punkt III des Antrages wird wie folgt geändert (Änderungen hervorgehoben):

III. Neu eingeführt wird stattdessen eine Rabattierung von bis zu 20 % auf den jeweiligen Verkehrswert beim Verkauf von städtischen Grundstücken, wenn sich der Erwerber verpflichtet, über einen Zeitraum von 15 Jahren im frei finanzierten Wohnungsbau einen Mietpreis von weniger als 8,50 Euro zu garantieren. In diesem Zeitraum sind Mietpreissteigerungen nur analog der prozentualen Steigerungen der Bewilligungsmieten im sozialen Wohnungsbau möglich. Vor der Veräußerung des jeweiligen Areals ist zu prüfen, ob eine Erbbauregelung zu realisieren ist.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

I. Der Rat stellt fest, dass nach dem im Dezember 2013 beschlossenen kooperativen Baulandmodell Investoren verpflichtet sind, nach einer differenzierten stadtweiten Quote geförderten Wohnraum von mindestens 30 % zu errichten.

II. Vor diesem Hintergrund sind die Ratsbeschlüsse aus den Jahren 2005 und 2009, mit denen Erwerbern von städtischen Grundstücken bei der Errichtung von öffentlich gefördertem Wohnraum ein Rabatt von 20 % auf den jeweiligen Verkehrswert eingeräumt worden ist, aufzuheben.

III. Neu eingeführt wird stattdessen eine Rabattierung von bis zu 20% auf den jeweiligen Verkehrswert beim Verkauf von städtischen Grundstücken, wenn sich der Erwerber verpflichtet, über einen Zeitraum von 15 Jahren einen Mietpreis zwischen 6,25 Euro und 10 Euro zu garantieren. In diesem Zeitraum sind Mietpreissteigerungen nur analog der prozentualen Steigerungen der Bewilligungsmieten im sozialen Wohnungsbau möglich.

IV. Bei der Vergabe städtischer Grundstücke zum Zwecke des Wohnungsbaus sollen zukünftig Konzepte für neue gemeinschaftliche Wohnformen (z.B. Mehrgenerationenwohnen /Interkulturellen Wohnprojekte/Inklusive

Wohnprojekte /Wohnformen für Studierende/Auszubildende /Genossenschaftliche Wohnformen) stärker berücksichtigt werden.

V. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat zügig Vorschläge zu einem Vergabeverfahren vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln und der Fraktion Die Linke. – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Einrichtung eines Europabüros für Köln und die Region in Brüssel“ AN/0547/2014

Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0613/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Wolf, bitte.

Manfred Wolf (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit den Worten Konrad Adenauers anfangen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Bravo!)

Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.

Meine Damen und Herren, keinem fällt mehr auf, wie praktisch und einfach vieles geworden ist. Wir reisen innerhalb Europas ohne Grenzkontrollen und wechseln die Länder, ohne es richtig zu merken. Wir empfinden das durchweg als entspannend und lieben unsere Reisefreiheit. Wir zahlen in den Niederlanden, Italien, Spanien und Belgien mit einer Währung und finden das normal, ja, wir finden es toll. Es ist einfacher für uns: nicht mehr ständig Geld wechseln, kein Umrechnen, und man kann die Einkäufe einfach besser vergleichen. Was vor einigen Generationen noch undenkbar erschien, ist heute gelebte Geschichte. Europa wächst zusammen. Wir Europäer wachsen zusammen. Genau um dieses Zusammenwachsen, um dieses miteinander und voneinander Lernen und Partizipieren, geht es in unserem heutigen Antrag auf Einrichtung eines Europabüros für Köln in Brüssel.

Meine Damen und Herren, die Beteiligung an europäischen Netzwerken ist für Kommunen - damit meine ich natürlich insbesondere Köln - unwahrscheinlich wichtig geworden, um die Interessen auf europäischer Ebene besser durchsetzen zu können. Sicherlich ist es hilfreich, wenn man direkt im Mittelpunkt des Geschehens sitzt, dort seine Wünsche und Interessen besser platzieren und anmerken kann. Der direkte Draht ist vorhanden; die Ansprache fällt leichter. Ich glaube, das kennt jeder von uns aus seiner eigenen Historie.

Natürlich, wir haben ein Amt für Internationales. Die Arbeit, die die Kolleginnen und Kollegen dort leisten, ist wirklich fantastisch. Aber auch hier sind die Ressourcen des Machbaren gegeben, und nicht alles kann von ihnen en detail geleistet werden, schon gar nicht über die Entfernung nach Brüssel. Daher ist ein Büro vor Ort wichtig. Wie können Sie es sich erklären, dass trotz steigender Europäisierung des kommunalen Handels und trotz der Möglichkeit, größere finanzielle Unterstützung für Vorhaben auf kommunaler Basis zu bekommen, die Anzahl der Anträge für die Beantragung monetärer Hilfe in der letzten Zeit wegen Ressourcenmangels rückläufig ist?

Wir als Stadt Köln sind verpflichtet, unsere Netzwerkarbeit stärker auszubauen und die Chancen für Köln besser zu nutzen. In der Analyse der Professoren Schubert und Wessels ist hervorragend dargestellt, um wie viel mehr Köln von einem Europabüro partizipieren würde. Hier ist die Rede von Netzwerkressourcen von nichtstädtischen Akteuren: Wirtschaft, Universität, zivilgesellschaftliche Verbände und parteipolitische Gremien. Diese sollten wir für das Wohl Kölns einsetzen. Wir dürfen den Anschluss an die Zeit und an Europa nicht verlieren.

Dabei sollten wir uns ein Beispiel an anderen Kommunen nehmen. Die Stadt Stuttgart hat schon lange ein Büro in Brüssel. Sie ist durch

seine räumliche und personelle Präsenz in Brüssel in die neuesten Geschehnisse direkt involviert und nutzt diesen Vorsprung zur Weiterentwicklung der Kommune. Hier findet ein permanenter Austausch statt. So ist die Stadt natürlich im Vorteil, was Förderungsprojekte und Fördergelder anbelangt.

Auch Köln soll den Anschluss an Europa und an eine Weiterentwicklung nicht verlieren. Daher wünsche ich mir Ihre Stimme für unseren Antrag. Hans-Dietrich Genscher sagte einmal: „Europa ist unsere Zukunft - wir haben keine andere."

(Beifall bei der FDP)

Noch eine abschließende Bemerkung. Vor zehn Minuten habe ich den Änderungsantrag von Rot-Grün erhalten. Ich kann dazu nur sagen: Das heißt Weiterwurschteln; da ändert sich nichts. Dann wird alles so bleiben, wie es ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zur nächsten Rednerin. Frau Halberstadt-Kausch, bitte.

Inge Halberstadt-Kausch (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Manfred Wolf, Ihr Antrag auf Einrichtung eines Europabüros für Köln und die Region zielt darauf ab, die Interessen der Stadt bei der EU in Brüssel weiter zu stärken. Auch die SPD-Fraktion weiß natürlich, dass die Beschlüsse der Europäischen Union in wachsendem Maße kommunales Handeln bestimmen. Das heißt: In dem Ziel, eine Wahrnehmung unserer Interessen und Bedürfnisse den Akteuren in Brüssel nahezubringen und von dort möglichst zeitnah zu erfahren, was gerade geplant wird, sind wir uns einig. Aber wie wir dieses Ziel am effektivsten erreichen können und gleichzeitig die Kosten für die Stadt in einem vertretbaren Rahmen halten, darüber besteht Dissens.

Sie beziehen sich in Ihrem Antrag auf die EuCoNet-Studie und leiten daraus die Forderung nach Einrichtung eines Büros in Brüssel ab. Man sollte diese Studie aber schon etwas genauer lesen und sich nicht nur einzelne Sätze, die gerade gut ins Konzept passen, herauspicken. Die Studie macht nämlich zunächst einmal eine Reihe von konkreten Vorschlägen, wie wir die Arbeit hier vor Ort, insbesondere in der Stadtverwaltung, stärker als bisher geschehen auf Europa ausrichten können. Diese Vorschläge haben wir in unserem Änderungsantrag aufgegriffen. Zum Thema Einrichtung eines eigenen Kölner Büros in Brüssel geben die Professoren Wessels und Schubert keine konkrete Handlungsempfehlung, sondern raten lediglich zu einer intensiven Diskussion, da sie in dieser Frage zwar durchaus Vorteile sehen, aber auch gravierende Risiken, wie zum Beispiel dass sich ein solches Büro verselbstständigen könnte. Die Kostenfrage wird von der Studie gar nicht berücksichtigt. Sie muss uns als für den gesamtstädtischen Haushalt verantwortliche Politiker aber sehr wohl interessieren.

Wir haben das Thema in der Fraktion intensiv diskutiert. Wenn ich mich richtig erinnere, wurde diese Frage auch im Kölner Netzwerk der Daseinsvorsorge angesprochen. Hier wie dort sind wir zu dem Schluss gekommen, dass Kosten und Nutzen eines solchen externen Büros in Brüssel in keiner vernünftigen Relation stehen.

(Ulrich Breite [FDP]: Das stimmt nicht!)

- Dann lesen Sie das Protokoll mal nach.

(Ulrich Breite [FDP]: Ich war da!)

- Ich auch.

(Ulrich Breite [FDP]: Sie waren doch gar nicht da!)

- Aber sicher war ich da. Lesen Sie mal das Protokoll nach!

(Ulrich Breite [FDP]: Herr Fenske war auch da! - Gegenruf von Martin Börschel [SPD]: Uli, sei doch nicht so frech! Lass doch die arme Frau Halberstadt-Kausch ausreden!)

Wir sind der Ansicht, dass die bereits gute Arbeit der Verwaltung im Hinblick auf Europa sicher noch weiter optimiert werden kann. Daher haben wir diesen gemeinsamen Änderungsantrag formuliert, der Folgendes beinhaltet:

- Die Europakompetenz der Stadtverwaltung soll weiter ausgebaut und intensiviert werden, auch um europäische Fördermittel stärker als bisher zu akquirieren.

- Der enge Austausch von Best Practices unter den Mitgliedsländern der Europäischen Union soll verbessert werden, um zukünftig vermehrt Expertisen in speziellen Fachbereichen für Köln nutzbar zu machen.

(Zuruf von Reinhard Houben [FDP])

- Der Austausch mit den jeweiligen Interessenvertretern sowohl im Land wie auch im Bund soll intensiviert und die Europaarbeit insgesamt strategisch weiterentwickelt werden.

- Die Vernetzung mit den anderen Akteuren der Stadt wie dem eben angesprochenen Kölner Netzwerk der Daseinsvorsorge oder dem Region Köln/Bonn e. V. sowie den bereits in Brüssel verorteten Städtenetzwerken soll weiter ausgebaut werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wenn die Europaarbeit der Stadt in diesem Sinne weiterentwickelt und optimiert wird, sind wir sicher, dass es in Zeiten der digitalen Möglichkeiten, die wir heute haben, nicht nötig ist, ein kostenintensives eigenes Büro in Brüssel einzurichten, sondern dass die Nutzung von flexiblen Netzwerkstrukturen ebenso gut zum Ziel führt. Daher bitten wir Sie, unserem gemeinsamen Änderungsantrag zuzustimmen.

Sie hatten ja eben Stuttgart erwähnt. Wir haben uns da mal schlaugemacht. Stuttgart als Stadt unterhält kein eigenes Büro in Brüssel. Es ist der Verband Region Stuttgart, der ein Büro dort unterhält. Daran ist die Stadt Stuttgart aber nicht beteiligt. Stuttgart macht es also genauso wie Köln und nutzt eigene flexible Netzwerke zu den dort verorteten Städten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu weiteren Wortmeldungen.

(Ursula Gärtner [CDU]: Erst Herr Wolter!)

Zuerst spricht Herr Wolter, danach Frau Gärtner.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Roters! Es erstaunt eigentlich nicht mehr, dass die FDP heute einen Antrag zur Einrichtung eines Europabüros vorlegt, der nahezu wortgleich mit einem Antrag aus dem Jahr 2009 ist. Es erstaunt auch nicht, dass dies genau in der Sitzung vor der Europawahl erfolgt.

(Beifall von Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen] - Zuruf von der FDP: Wann denn sonst?)

Dieser Antrag ist reine Effekthascherei und zeigt, wie wenig Ihnen, liebe Kollegen von der FDP, zur kommunalen Europapolitik einfällt und wie wenig Sie sich mit der EuCoNet-Studie befasst haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Studie zur Europafähigkeit der lokalen Ebenen „Lange und kurze Wege nach Europa“ gibt Rat und Verwaltung eine Fülle von Empfehlungen, welche die Europaarbeit stärken sollen. Ich finde es rechthaberisch und auch ein bisschen billig, wenn sich die FDP nur für einen Vorschlag isoliert aus dem Gesamtgefüge starkmacht. Zudem ist diese Forderung, die ja vielleicht Charme hat, strittig, zum einen weil sie recht teuer ist und zum anderen weil erst eine Priorisierung der Maßnahmen aus der Studie erfolgen muss und in den Dezernaten die Voraussetzungen für ein effizientes Arbeiten geschaffen werden müssen.

Wir halten es für sinnvoll, die Anwesenheit in Brüssel zu verstärken. Aber: Köln liegt näher an Brüssel als an Berlin, und wir profitieren wie keine andere deutsche Stadt von den guten Bahnverbindungen nach Brüssel. Die Wahrnehmung von Terminen schafft man von Köln aus meistens sogar ohne Übernachtung. Die Kontaktpflege gelingt ganz gut ohne ständige Repräsentanz, zumal wir durch das Land, den Städtetag, den RGRE und andere bereits gute Interessenvertretungen und Netzwerkstrukturen vor Ort haben. Außerdem sind wir - Frau Halberstadt-Kausch hat es eben erwähnt - mit dem Kölner Netzwerk der Daseinsvorsorge gerade gegenüber Brüssel sehr gut aufgestellt.

Wir haben kein Erkenntnisdefizit über Förderungsmöglichkeiten. Wir sehen das Problem in der verwaltungsinternen Aufstellung, vor allem in den Fachämtern. Hier brauchen wir Personal und Fachkenntnis, um die Fördermittelquote aus EU-Mitteln zu erhöhen. Der mangelnde Wille in den Amtsleitungen und Fachdienststellen, sich auf eine EU-Projektförderung einzulassen, ist vielmehr der prekären Personalsituation geschuldet. Mit den Problemen sind wir übrigens nicht allein in Deutschland, Herr Kahlen. Die Vorstellung, dass durch ein Büro in Brüssel die Fördermittelquote erhöht werden kann, geht jedoch an den Prioritäten und Realitäten vorbei.

Herr Oberbürgermeister, wir möchten Sie mit dem Änderungsantrag von SPD und Grünen beauftragen, auf Grundlage der vorliegenden EuCoNet-Studie und der neuen Förderkulisse der Europäischen Union dem Rat bzw. dem AVR einen Vorschlag zu unterbreiten, wie die Fördermittelquote von EU-Mitteln erhöht werden kann. Denn - das sei zum Schluss gesagt - es kann nicht sein, dass unsere polnischen und britischen Kolleginnen und Kollegen alle für die jeweiligen Länder vorgesehenen Fördergelder in Anspruch nehmen, während wir Deutsche diese nonchalant verfallen lassen.

Noch ein letzter Satz. Wie Frau Halberstadt-Kausch schon gesagt hat: Stuttgart hat kein eigenes Europabüro in Brüssel. Vielmehr hat der langjährige Vorsitzende verschiedener internationaler kommunaler Netzwerke, Ex-OB Schuster, flexible Strukturen aufgebaut. Ich denke, so sollten wir auch hier in Köln verfahren. Insofern erstaunt mich schon, welchen Antrag die FDP heute dem Rat zur Abstimmung vorschlägt. Ihren Antrag lehnen wir deshalb ab und stellen alternativ unseren Ersetzungsantrag zur Abstimmung. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Gärtner, bitte.

Ursula Gärtner (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich fasse mich ganz kurz. Der Änderungsantrag, der hier von SPD und Grünen gestellt worden ist, ist unseres Erachtens der Versuch einer Beerdigung erster Klasse des FDP-Antrags. Da steht nämlich überhaupt nichts drin. Wir teilen das Anliegen der FDP und werden deshalb dem zustimmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Eben ist hier Konrad Adenauer zitiert worden. Er hat davon gesprochen, wie wichtig für die Länder die Zusammenarbeit in einem geeinten Europa ist, übrigens zusammen mit Charles de Gaulle. Charles de Gaulle hat dazu den Satz geprägt: Ja, zu einem „Europa der Vaterländer“, nein zu einer neuen „EUdSSR“, einem vollkommen undemokratischen Konstrukt, was kein Mensch mehr versteht.

Das ignorieren Sie, meine Damen und Herren, hier vollständig. Sie beantragen heute hier ohne Kostenschätzung, ohne Kostenplan, dass die Stadt Köln in Brüssel, im Europaviertel neben der Europäischen Union - übrigens ein Gebiet, wo die Immobilienpreise besonders teuer sind -, ein eigenes Büro einrichtet. Da frage ich mich ernsthaft: Wie passt das denn zusammen mit dem ersten Antrag, in dem Sie sich über klamme Kassen beschwert haben? Einerseits klagen Sie über klamme Kassen und fordern, uns muss geholfen werden; gleichzeitig wollen Sie in Brüssel präsent sein. Der Redner der Grünen sagt: Köln ist so wunderbar nah an Brüssel, da kann man alle Termine an einem Tag erledigen. - Ja, wofür brauchen Sie dann ein festes Amt der Stadt Köln mit einem Amtsleiter, mit einem Stellvertreter, mit fünf Mitarbeitern in Brüssel? Was bringt das konkret der Stadt Köln?

Ich hätte auch gern mal etwas zu dieser ominösen Fördermittelquote gewusst. Kann mir mal bitte einer von der Verwaltung sagen: Wie hoch ist die Quote dieser Fördermittel, die von der Europäischen Union ausgeschüttet werden? Sie wollen sie ja erhöhen, meine Damen und Herren. Mir ist nicht bekannt, dass die Europäische Union Städte in irgendeiner Form mit Schlüsselzuweisungen fördert. Darauf hätte ich gerne eine Antwort der Stadtverwaltung. Das ist vollkommen unbekannt.

Die Vertreter bei der Europäischen Union sind ja unsere Europaabgeordneten. Haben die denn überhaupt nichts mehr zu sagen? Ich frage die etablierten Parteien, die ja die meisten Abgeordneten dort stellen: Was machen denn Ihre Abgeordneten in Brüssel? Rechtfertigt das, dass Sie dort jetzt eine Kölner Repräsentanz haben wollen?

Ich erinnere auch daran, wie schnell so etwas ausufern kann. Auf einer Immobilienmesse in Cannes wollten Sie auch mal vertreten sein. Um die Stadt Köln zu repräsentieren, hatten Sie eine Luxus-Yacht angemietet. Wollen Sie das in Brüssel auch so machen? Soll es unbedingt ein höheres Haus sein, als es die Vertretung von Düsseldorf hat? Wobei: Düsseldorf wird so schlau sein, das nicht zu machen.

Wir müssen schlicht und ergreifend verstehen: Das ist ein Show-Antrag. Er entlarvt natürlich,

dass Sie immer weiter Kölner Steuergeld ausgeben wollen, gleichzeitig aber über die klammen Kassen jammern. Da machen wir nicht mit. Dieser Antrag gehört abgelehnt. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

(Reinhard Houben [FDP]: Doch!)

- Herr Houben, bitte schön.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Herr Wolter, wissen Sie, warum wir den gleichen Antrag eingebracht haben wie 2009?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil Ihnen nichts Besseres eingefallen ist!)

Weil nichts passiert ist.

(Beifall bei der FDP)

Interessanterweise, Herr Wolter, sind 2009 - damals habe ich zu dem Antrag gesprochen - von Ihrer Seite genau die gleichen Argumente vorgebracht worden, warum das nicht nötig ist. Vor dem Hintergrund, dass wir inzwischen eine wissenschaftliche Begleitung dieses Themas gehabt haben, finde ich Ihren Beitrag, Herr Wolter, wirklich unwürdig. Zur Frage, ob das nun das Stuttgarter Büro oder die Region Stuttgart ist: Wenn wir auf dem Karo spielen, meine Damen und Herren, dann sind wir schon tief gesunken. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Es liegt ein Ersetzungsantrag der Fraktionen von der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor, über den wir zuerst abstimmen. Wer für diesen Ersetzungsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der SPD, das ist die Fraktion der Grünen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Antrag so angenommen.

Damit erübrigt sich eine Abstimmung über den ursprünglichen Antrag der FDP.

Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. *Der Rat betont die Bedeutung der Europäischen Union für die Stadt Köln und den städtischen Konzern und unterstützt nachdrücklich die Bemühungen der Verwaltung und der städtischen Unternehmen, den Austausch und die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und den europäischen Mitgliedsstaaten weiter zu verstärken. Er beauftragt die Verwaltung, sich sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene mit den jeweiligen Interessensvertretern intensiv auszutauschen und die Europaarbeit strategisch weiter zu entwickeln, mit dem Ziel die Interessen der Stadt Köln und ihres Konzerns auf europäischer Ebene zu artikulieren und zur Geltung zu bringen.*

2. *Er beauftragt die Verwaltung, die „Europa-Kompetenz“ der Stadtverwaltung aufzubauen und zu intensivieren. Dies betrifft die Netzwerkarbeit gegenüber den EU-Institutionen, das Monitoring der EU-Förderkulisse und den operativen Förderantragsprozess. Das Ziel ist, die Quote der eingeworbenen Fördermittel für die Stadt Köln zu erhöhen.*

3. *De enge Austausch von best practices unter den Mitgliedsländern innerhalb der europäischen Union soll verbessert werden, um zukünftig vermehrt Expertisen in speziellen Fachbereichen für Köln nutzen zu können.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.3 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Maßnahmen gegen Asylmissbrauch und Armutszuwanderung in Köln“ AN/0520/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann. - Ich erinnere daran, dass ich zu Beginn der Ratssitzung darum gebeten hatte, in sachlich fairer und verantwortungsvoller Art mit diesem Thema umzugehen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich schätze Ihren Hinweis sehr. Aber ich darf Sie auch darum bitten, in fairer Weise mit der Meinungsfreiheit umzugehen. Sie sind nicht dafür da, hier eine wortpolizeiliche oder gesinnungspolizeiliche Aufgabe wahrzunehmen. Dafür gibt es andere Institutionen. Ich und die Fraktion pro Köln sind dafür da, die Themen, die die Bevölkerung interessieren, die Dinge, worunter die Bevölkerung zu leiden hat, hier im Rat anzusprechen, und zwar konstruktiv.

Die Fraktion pro Köln hat immer gesagt: Wir stehen auf der Grundlage unseres Grundgesetzes. Zum Grundgesetz gehört auch das Recht auf Asyl. Menschen, die um ihrer selbst willen, aufgrund ihrer Existenz und nicht aufgrund ihres Verhaltens von staatlichen Stellen verfolgt werden, genießen Asylrecht. Dazu steht die Fraktion pro Köln. Diese Menschen sollen hier auch gut untergebracht werden. Aber wir sagen auch klipp und klar: Wer dieses Recht missbraucht, der muss raus, und das aber schnell.

(Beifall bei pro Köln)

Wir erleben gerade eine Asylbewerber-, eine Asylbetrügerschwemme ungeahnten Ausmaßes in dieser Stadt. Das ist ja eine Situation, die einmalig ist. Das müssen doch auch Sie, Herr Oberbürgermeister, zugeben. Deshalb frage ich Sie als Oberbürgermeister: Wie kann es sein, dass die Europäische Union als eine Vereinigung von demokratischen, rechtsstaatlichen Staaten gilt, aber aus Teilen dieser Staaten eine Armutszuwanderung nach Köln erfolgt und diese Menschen behaupten können, sie seien politisch verfolgt? Da frage ich mich: Was ist denn das für eine komische Europäische Union, in der es angeblich Staaten geben soll, wo es noch politische Verfolgung gibt? Die Frage wird man doch wohl mal stellen können.

Man muss natürlich der Stadtverwaltung auch mal die Frage stellen: Warum lassen Sie es zu, dass unbegründete, betrügerische Anträge auf Asylbewerberleistungen hier in Köln einfach so gestellt werden können? Ich bin neulich am Bahnhof entlang gegangen. Da hängt ein großes Plakat, mit dem ein Anwalt dafür wirbt, dass Besucher sich doch bei ihm melden sollten, wenn sie in Köln Asyl beantragen und die entsprechenden Sozialleistungen genießen wollen. Hier stimmt doch etwas nicht. Wenn ein Antrag offensichtlich unbegründet ist, dann muss er nicht bearbeitet werden.

Diese Leute dürfen nicht auch noch zu Luxuskonditionen, die in der Bundesrepublik einmalig sind, die über das gesetzliche Maß hinausgehen, untergebracht werden. Sie müssen doch nicht noch dafür sorgen, dass Köln wie ein Magnet anzieht. Wie ein Magnet kommen hier die Transitbusse an. Wie ein Magnet kommen hier Leute mit Linienflügen an. Die steigen am Flughafen aus, melden sich dann direkt bei der Stadt Köln und wollen diese Luxusunterbringung. Wir machen den Menschen auch gar keinen Vorwurf. Sie nutzen nur aus, was die Politiker hier in Deutschland, in Köln versauen.

(Beifall bei pro Köln)

Wir fordern ein Umdenken in der Politik. Wir fordern, dass in diese Länder das Signal gesendet wird: Diese Armutszuwanderung wollen wir stoppen. Jemand, der das Asylrecht missbraucht, hat hier keinen Anspruch auf Sozialleistungen.

(Beifall bei pro Köln)

Wir haben genug Bevölkerung, der man an sich helfen müsste. Ich kann zum Beispiel nicht verstehen, dass ein Wohlfahrtsverband seine Leistungen für Kölner Senioren einstellt, weil er von der Stadt Köln mehr Geld bekommt für die Betreuung von Asylbewerbern. Da stimmt doch etwas nicht. Wir müssen uns zuerst um unsere Bevölkerung kümmern.

(Beifall bei pro Köln)

Die Fraktion pro Köln hat hier nicht irgendeine Resolution, sondern wir haben konkrete Punkte eingebracht, die diese Stadt, die diese Verwaltung, die dieser Rat beschließen kann, damit es besser wird, und zwar besser für alle, indem man diesen Leuten eben nicht suggeriert, Deutschland sei das Paradies, hier sei das Weltsozialamt, indem man diesen Leuten klarmacht, dass es sich nicht lohnt, einer Schlepperbande 5 000 Euro zu zahlen, damit man hier in Köln beim Sozialamt, bei der Frau Reker, abgeliefert wird. Das möchten wir gerne erreichen.

Dazu haben wir einzelne Punkte formuliert. Der erste Punkt ist, dass wir sämtliche Planungen und jeden weiteren Bau von Asylheimen ablehnen, und zwar auf der Stelle. Jedes weitere Asylheim mit diesen Luxusunterbringungskondi-

tionen sorgt dafür, dass immer mehr kommen. Außerdem fordern wir, dass diese Luxusunterbringungsrichtlinien sofort abgeschafft werden. Weiterhin fordern wir, dass es keine Aufnahmestelle des Landes Nordrhein-Westfalen in Köln geben darf.

(Beifall bei pro Köln)

Geben Sie es doch ehrlich zu! Es steht zwar heute gar nicht auf der Tagesordnung, aber die Stadt Köln bemüht sich darum, eine Landeseinrichtung für Erstanträge hier in Köln zu etablieren. Das möchte die Bevölkerung nicht, Herr Roters. Soll ich Ihnen auch sagen, warum das bisher nicht verwirklicht wurde? Weil das Land Nordrhein-Westfalen nicht bereit ist, die Kosten für die Kölner Richtlinien zu bezahlen. Das alles müssen wir aus der Stadtkasse bezahlen. Und da machen wir nicht mehr mit, Herr Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Kommen Sie bitte zum Ende.

Jörg Uckermann (pro Köln): Selbstverständlich. Ich werde dieses Thema noch bei einigen Punkten ansprechen. - Aber Sie sehen: Dieser Asylmissbrauch ist hausgemacht. Wir dagegen sagen klipp und klar: Lieber Geld für die Oma als für Sinti und Roma! - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln - Zuruf von Claus Ludwig [Die Linke.])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall. Dann lassen wir abstimmen. Wer für den Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist er abgelehnt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt alle sinnvollen und möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um den immer stärker um sich greifenden Missbrauch des Asylrechtes und die massenhafte Asyl- bzw. Armutszuwanderung nach Köln zu stoppen!

Insbesondere soll mit folgenden Maßnahmen durchgegriffen und Abhilfe herbeigeführt werden:

1) Sämtliche Planungen für den Bau weiterer Asylheime und wohnungsähnlicher Einrichtungen für den Zuzug von Armutszuwanderern sind verwaltungsintern zu stoppen.

2) Sofortige Beendigung der sogenannten freiwilligen Kölner Luxusleitlinien zur Versorgung und Unterbringung von Asylbewerbern.

3) Veröffentlichung aller verwaltungsinterner (auch geheimer bzw. vertraulicher Planungsüberlegungen) Prüfergebnisse der 136 Kölner Grundstücke, die zur Errichtung weiterer Containerdörfer oder Asylantenheime vorgesehen sind bzw. waren.

4) Sofortiger Stopp aller verwaltungsinternen Vorbereitungen von Beschlagnahmungen und Enteignungen privater Grundstücke und Wohnhäuser.

5) Vorrang für die Kölner Wohnbevölkerung bei der Vergabe städtischer Wohnungen, statt Bevorzugung von illegalen Einwanderern, Asylbewerbern und Armutseinwanderern.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – abgelehnt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Kompetenzen der Bezirksvertretungen“
AN/0558/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0606/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe, Herr Detjen steht schon am Pult.

Jörg Detjen (Die Linke.): Ich will Ihnen helfen, Herr Oberbürgermeister. - Sehr geehrter Herr

Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Seit Monaten diskutieren die 171 Vertreterinnen und Vertreter in den Bezirksvertretungen über ihre Rechte und über die Zuständigkeiten von Rat und Bezirksvertretungen. Mit einer gemeinsamen Resolution von acht Bezirksvertretungen haben sich unsere Kolleginnen und Kollegen vor der letzten Ratssitzung an die demokratischen Parteien gewandt und wollen die Entscheidungsrechte der Bezirksvertretungen in Angelegenheiten des Stadtbezirkes im Rahmen der Gemeindeordnung NRW gestärkt wissen.

Seit Monaten finden auch schon Diskussionen innerhalb der Fraktionen und mit dem Stadtdirektor und dem Oberbürgermeister statt - ohne Ergebnis, jedenfalls in Ihren Fraktionen. Stattdessen werden Bezirksvertreter, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Stadtbezirke gemobbt und unter Druck gesetzt, ja nicht weiter das Thema in den Rat und die Öffentlichkeit zu tragen. Da hört man, das sei ein Angriff auf den Oberbürgermeister und das ginge gar nicht.

Auch die CDU macht bei diesem Spiel mit, weil sie darauf hofft, nach der Kommunalwahl selbst regieren zu können, entweder in einer Koalition von Schwarz-Grün oder in einer Großen Koalition. Meine Damen und Herren, das ist ein würdeloses Spiel auf dem Rücken der Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter und auf dem Rücken der Menschen in den Bezirken.

(Beifall bei der Linken.)

SPD und Grüne schwingen aber nicht nur die Peitsche; sie verteilen auch Zückerchen. Unter Tagesordnungspunkt 3.1.10 lassen Sie die Aufwertung von zentralen Plätzen in den Stadtbezirken aufleben. Wie gütig von Ihnen! Die Stadtbezirke dürfen Vorschläge machen. Doch entscheiden dürfen sie natürlich nicht. Ich denke nicht, dass dieser Kurs erfolgreich sein wird. Der Frust in den Bezirksvertretungen und die Wut über die Gängelung und Bevormundung durch den Rat und die Verwaltung nehmen stetig zu.

Meine Damen und Herren von SPD, CDU und Grünen, Sie alle wollen heute die Forderungen der Bezirksvertretungen ablehnen. Mit Ihren Wahlprogrammen ist das eigentlich nicht vereinbar. Ich möchte Ihnen dazu einige Zitate vortragen.

Die CDU fordert - Zitat - „die Stärkung der Entscheidungskompetenz der neun Bezirksvertretungen“ und beklagt, dass - Zitat - „in den letzten Jahren ... deren Entscheidungsbefugnisse zunehmend ausgehöhlt worden“ sind.

Auch die Grünen wollen die Bezirksvertretungen - Zitat - „in ihren Kompetenzen deutlich stärken, indem sie ... weitaus mehr Haushaltsmittel zur eigenen Verfügung bekommen“.

Soweit die Zitate aus diesen beiden Wahlprogrammen. - Die SPD ist da etwas bescheidener, aber auch sie will die Bezirksvertretungen stärken.

Sie haben heute die Möglichkeit, meine Damen und Herren von SPD, CDU und Grüne, schon jetzt ihre Wahlversprechen zu erfüllen: Sie brauchen nur diesem Antrag der Bezirksvertretungen zustimmen. Damit sorgen wir für eine klare Entscheidungskompetenz für die Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter.

Noch ein Wort zum Änderungsantrag von SPD und Grünen. Das Ziel ihres Änderungsantrages ist klar: Sie können sich auf nichts einigen; das zieht sich ja durch die ganze Ratssitzung. Das Thema stört; also soll es vom Tisch. Die Verwaltung soll erst einmal etwas erarbeiten und in einem halben Jahr etwas vorlegen. Meine Damen und Herren, als Rat macht man normalerweise der Verwaltung Vorgaben, was sie zu tun hat. Aber auch das bringen Sie nicht zustande. Nichts kommt von Ihnen in dieser Frage. Das ist ein Trauerspiel von SPD und Grüne, und das ist schlicht und ergreifend peinlich in dieser wichtigen Sache. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Frau dos Santos Herrmann für die Fraktion der SPD.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Jörg Detjen, peinlich ist der Versuch ausgerechnet vonseiten der Linken, die Bezirksvertretungen stärken zu wollen. Ich weiß nicht, ob die Bezirksvertreter der Linken bei Ihnen so viel Mitspracherecht haben wie bei uns. Bei uns haben die Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter den Passus im Kommunalwahlprogramm selber formuliert und das Verfahren - zumindest für unsere Partei - klargestellt: Wir wollen das nach der Wahl im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung machen. Dies so offen zu formulieren, räumt den Bezirksvertreterinnen und

Bezirksvertretern - im Gegenteil - die Möglichkeit ein, am Prozess der Ausgestaltung teilzuhaben, statt sich an Vorgaben orientieren zu müssen, die durch den Rat gemacht worden sind. Was für ein Irrsinn! Was für ein Widerspruch! Es tut mir leid, Herr Detjen.

> (Jörg Detjen [Die Linke.]: Die Bezirksvertreter haben ja Vorgaben gemacht! Dazu müssen Sie sich verhalten!)

Ja, die Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter haben einen Vorschlag gemacht. Wir sind der Auffassung, dass wir das in der neuen Wahlperiode in Ruhe machen können. Es gab mal einen Vorschlag zur Änderung der Zuständigkeitsordnung. Er ist aufgrund von Einwänden der Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter selbst gestoppt worden. Es gibt gute Gründe, da noch einmal draufzuschauen und das in einem ordentlichen Prozess in Ruhe erneut zu beraten und dann zu verabschieden.

Ich glaube, dass unser Änderungsantrag diesen Weg richtig vorgibt, weil er sich klar an den Maßgaben der Gemeindeordnung orientiert. Alles andere machen wir gemeinsam mit den dann neu gewählten Vertreterinnen und Vertretern im Rat und in den Bezirksvertretungen in ganz Köln. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Götz. - Jetzt nicht. Gut, dann spricht Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Ein Satz zur Rede von Herrn Detjen: Die Politik von Herrn Detjen besteht ja darin, sich gerne auf Dinge, die andere in Bewegung bringen, draufzusetzen und anschließend zu sagen: Wir waren das. - Damit will ich mich aber jetzt nicht weiter auseinandersetzen, auch weil es wenig bringt.

Trotz alledem will ich hier festhalten, dass der gesamte Vorgang, nämlich eine breite Entscheidung im Rat herbeizuführen, um die Kompetenzen der Bezirksvertretungen zu stärken, schon höchst ärgerlich ist. Wir sind auch in dieser Wahlperiode nicht zu einem Ergebnis gekommen, obwohl der Kölner Rat diese Sache schon seit dem Juni 2004 diskutiert. Im Jahre 2004 - es war die Ratssitzung vom 20. Juli 2004 - hat der Rat über die Stärkung der Stadtbezirksvertretungen einen ersten Beschluss gefasst. Ich zitiere:

> Das Ziel dieser Änderungen besteht darin, das Recht der Bezirksvertretungen in Angelegenheiten, deren Bedeutung nicht wesentlich über den Stadtbezirk hinausgeht ..., zu entscheiden, durch die Übertragung der Finanzverantwortung zu stärken. Das Volumen des Haushalts wird dadurch nicht erhöht.

Es geht nämlich nicht darum, Zückerchen zu verteilen, sondern den Bezirksvertretungen im Rahmen von rein bezirksorientierten Angelegenheiten ein weitgehendes Entscheidungsrecht einzuräumen, wobei - das gibt die Gemeindeordnung ja vor - dies im Einvernehmen mit den gesamtstädtischen Zielen stehen muss. Dazu sind in § 37 der Gemeindeordnung Vorschläge festgehalten.

Zur Vita der jetzt zu Ende gehenden Wahlperiode ist zu sagen: Die Verwaltung hat eine Vorlage zur Veränderung der Zuständigkeitsordnung vorgelegt, die aber so unzureichend war, dass sie bei so gut wie allen Bezirksvertretungen in Kritik geraten ist, und zwar interessanterweise parteiübergreifend. Die Folge war, dass die Verwaltung diese Vorlage zurückgezogen hat. Konsequent wäre gewesen, auf die Einwände der Bezirksvertretungen einzugehen und eine neue Vorlage einzubringen.

Eines ist doch klar: Die genaue Abgrenzung und die Definition von Kompetenzen sind nicht mit einem Federstrich zu machen; da steckt der Teufel im Detail. Die Kommentierung der Gemeindeordnung weist darauf hin. Aber das ist kein Grund, es vor sich her zu schieben. Da muss ich den Bezirksvertretungen, den Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeistern recht geben, die das ja parteiübergreifend kritisiert haben. So kommt man nicht weiter. Durch Aussitzen ist diese Angelegenheit nicht befriedigend zu regeln. Dabei müssten wir als Rat ein Interesse daran haben, die Arbeit der Bezirksvertretungen zu stärken, weil damit unter anderem steht und fällt, ob man kompetente Leute gewinnen kann, die sich auf dieser örtlichen Ebene der Kommunalpolitik konstruktiv engagieren.

Mit unserem Änderungsantrag sorgen wir dafür, dass diese Angelegenheit jetzt wieder ins Verfahren kommt; denn momentan ist sie nicht im Verfahren. Der entscheidende Satz ist, dass wir im Rat darüber verhandeln wollen. Natürlich ist der Auftrag an die Verwaltung, sich zu den bestehenden Vorschlägen zu äußern und uns einen Vorschlag vorzulegen. Dann müssen wir darüber diskutieren, ob er zu sinnvollen Kompetenzerweiterungen führt. Das ist die Aufgabe. Das funktioniert aber nur - das gebe ich offen zu -, wenn sich der Rat einig ist - dazu gehören nicht nur die Grünen; dazu gehören auch die SPD und die CDU -, weil Zuständigkeitsordnung und Hauptsatzungen in der Regel nur in einem breiteren Rahmen verändert werden können und dann auch Bestand haben müssen. Daher geht diese Aufgabe uns alle an. Wir müssen sie jetzt ernst nehmen, und wir müssen sie auch erst recht in der neuen Wahlperiode ernst nehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Frank. - Dann kommen wir zu Herrn Henseler.

(Volker Görzel [FDP] und Jörg Uckermann [pro Köln] melden sich zu Wort)

- Entschuldigung, Ihre Wortmeldungen lagen mir nicht vor. - Dann zunächst Herr Görzel für die Fraktion der FDP.

Volker Görzel (FDP): Nicht dass Sie mich mit Herrn Götz verwechselt haben. So ähnlich sehen wir uns ja nicht.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nein, das war hier nicht notiert.

Volker Görzel (FDP): Herr Oberbürgermeister! Ich will mich kurz fassen. Der Antrag geht in die richtige Richtung. Da sind sich, glaube ich, alle einig.

Ich darf eine Anmerkung zu meinem Vorredner machen, der einen Vorgang als höchst ärgerlich betrachtet hat, nämlich dass seit 2004 nichts geschehen ist. Wenn ich die Zahlen richtig in Erinnerung habe, Herr Frank, sitzen Sie hier mindestens seit 2005 in der Mitverantwortung. Insofern kann ich Ihre Bemerkungen bestenfalls als Krokodilstränen bezeichnen. Aufrichtig ist das nicht.

(Beifall bei der FDP - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: 2005 hatten wir eine Große Koalition! Der habe ich nicht angehört!)

- Um ein Jahr will ich mich mit Ihnen nicht streiten. Aber ich denke, es ist deutlich geworden, dass es hier nicht ganz aufrichtig zugeht.

Der Linken ist in der Tat zugutezuhalten, dass sie das Thema wieder ins Plenum hier zurückgeholt hat. Den Linken ist zugutezuhalten, dass dieser Änderungsantrag, wie Herr Frank es eben formuliert hat, sehr ernst genommen wird. Das Anliegen ist auch verständlich und nachvollziehbar. Gleichwohl müssen sich die Linken schon die Frage gefallen lassen, warum sie hier plötzlich kurz vor der Kommunalwahl diesen Schaufensterantrag stellen. Liest man Ziffer 8 der Anlage 2 Ihres Antrags, so stellt man fest, dass es da allen Ernstes heißt: „Die zweite Fassung soll noch vor der Sommerpause 2013 zur Beratung vorgelegt werden.“ - Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist an Peinlichkeit auch nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei der FDP)

Entweder Sie nehmen Ihren eigenen Antrag hier nicht ernst, oder Sie haben kurz vor der Wahl irgendetwas aus der Schublade geholt und es kopiert, weil es gerade so toll passt. Damit machen Sie sich nicht nur unglaubwürdig; das ist auch der Arbeit der Bezirksvertretungen nicht würdig. Ich selber habe jahrelang in der Bezirksvertretung gesessen und weiß, dass in jedem Durchlauf einer Bezirksvertretung mehr Leute in den Zuschauerrängen sitzen als hier bei uns im Rat;

(Beifall bei der FDP)

denn dort wird die Politik vor Ort gemacht. Hier plötzlich vor der Kommunalwahl einen Antrag aus dem Wordfile zu ziehen und zu sagen: „Wir sind auf eurer Seite“, ist schlicht verlogen. Sie sind nicht der Anwalt der Bezirksvertretungen; Sie haben nur Ihr eigenes Ziel im Blick.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe und ich wünsche mir, dass der nächste Rat der Stadt Köln dieses Thema nicht wieder fallen lässt. Ich hoffe, dass dieses Thema zugunsten der Bezirksvertretungen im Konsens aller Player gelöst wird, und wünsche dem nächsten Rat viel Erfolg dabei. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Görzel. - Wir kommen zu Herrn Uckermann, danach Herr Henseler.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Mein Vorredner hat - ich nehme an, ungewollt - die richtige Frage gestellt, nämlich: Wo wird eigentlich in Köln Politik gemacht? Wir haben hier den Stadtrat mit 90 Ratsmitgliedern und dem Oberbürgermeister, und wir haben in Köln neun Bezirksrathäuser mit neun Bezirksbürgermeistern, ebenso vielen Stellvertretern und den Fraktionen - also richtige Apparate von Politik.

Weil es näher ist, wenden sich die Bürger folglich an die Bezirksvertretungen. Man würde an sich denken: Wenn man einem Bezirksrat - so will ich es einmal nennen - sein Anliegen vorgetragen hat und dem zugestimmt worden ist, hat das auch in der Politik einen gewissen Gehalt. Aber dem ist nicht so. Vor Ort wird dem Bürger oft etwas versprochen, was die eigene Partei im Rat dann nicht einhält oder genau das Gegenteil dessen beschließt.

Wir können hier direkt über ein aktuelles Beispiel sprechen, nämlich die neuen Standorte für die Errichtung von Asylheimen. Die Bürgerbewegung pro Köln betreibt eine intensive Öffentlichkeitsarbeit in den betroffenen Bezirken, zum Beispiel im Bezirk V, in Nippes. Da ist der Druck auf die dortigen Vertreter der etablierten Parteien so groß geworden, dass sie auf die Pro-Köln-Linie umgeschwenkt sind. Man hat eine Entscheidung getroffen zu einer Verwaltungsvorlage: Sie wurde abgelehnt. Heute in der Ratssitzung, eineinhalb Wochen später, steht dieselbe Entscheidung auf der Tagesordnung, und ich wette mit Ihnen, Sie werden dieses Votum mit Bausch und Bogen wegwischen. Ist es dann noch ein Wunder, dass die Bürger politikverdrossen sind, dass nur noch 40 Prozent der Bürger zu einer Kommunalwahl gehen? Die Bürger merken, sie werden von den etablierten Parteien verarscht.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte mäßigen Sie sich!

Jörg Uckermann (pro Köln): Entschuldigung, das ist doch so.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte Sie, sich zu mäßigen. Eine solche Wortwahl passt nicht in diesen Raum.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, da haben Sie natürlich recht. Ich halte mich daran. Ich habe Verständnis, dass Sie sich, wenn ich die Wahrheit ausspreche, darüber aufregen. - Aber so ist das nun mal. Wir können da auch ganz gelassen sein. Sie haben ja eben an der Demonstration gesehen: Die Bürger sind auf der Seite von pro Köln, und darum bin ich jetzt auch etwas ruhiger.

Das Phänomen ist doch: Die Menschen denken, wenn der Bezirksbürgermeister von Nippes mit seinem Rat vor Ort etwas beschließt, hat das eine gewisse Substanz.

Hier im Rat wird, während der Livestream läuft, über den Antrag „Kompetenzen der Bezirksvertretungen stärken“ gesprochen. Aber das tun Sie doch gar nicht. Tun Sie doch mal die Dinge, die möglich sind, nämlich sich an das vor Ort getroffene Votum zu halten! Das werde ich Sie nachher, wenn wir diesen Tagesordnungspunkt behandeln, auch noch einmal fragen. Stattdessen faselt - Entschuldigung! -, streitet man lapidar darüber, was man alles ändern könnte, nämlich gar nichts.

Die meisten Änderungen betreffen die Gemeindeordnung. Die Bezeichnung „Bezirksbürgermeister“ ist ein Etikettenschwindel. Ein Bezirksbürgermeister hat keinerlei Einfluss auf eine Verwaltung vor Ort. Wir haben bei uns Bezirksrathäuser, in denen es nur eine Meldehalle gibt - das heißt, da arbeitet die Stadt Köln in einer Organleihe -; aber es gibt dort überhaupt keine Fachämter, um einen Missstand schnell beseitigen zu können. Das ist im Prinzip ein reiner Zwischenschritt, um eine Entscheidung zu verlangsamen.

Man sollte in dem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass die Stadt Köln mit über 1 Million Einwohner natürlich Selbstverwaltungsgremien braucht. Die Stadt Köln ist größer als manches Bundesland, zumindest an Einwohnerzahlen. Sie ist übrigens auch größer als manches Land der

Europäischen Union; das muss man eben dazusagen.

Hier im Rat genießt man es natürlich, hier alles so zu machen, wie man will. Den Rat interessieren doch diese vor Ort getroffenen Voten überhaupt nicht. Man streut den Leuten vor Ort Sand in die Augen, wenn man ihnen sagt: Wir setzen uns für euch ein. Dann sitzen die Bürger manchmal stundenlang in einer Bezirksvertretungssitzung - die dauert ja manchmal auch sechs, sieben Stunden, bei diesen Tagesordnungen - und denken: Dazu ist jetzt ein Beschluss gefasst worden; Gott sei Dank. Später lesen sie dann in der Zeitung: Der Rat hat anders beschlossen.

Ich denke, da sollten wir ehrlicher sein. Um genau zu sein: Sie sollten ehrlicher sein zu den Bürgern und ihnen sagen: Jawohl, da ist ein Votum gefallen. Man muss sich gesetzlich nicht daran halten, aber man sollte sich politisch daran halten, einfach unseren Bürgern zuliebe. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt kommen wir zu Herrn Henseler.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Und die CDU schweigt?)

Andreas Henseler (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es macht keinen Spaß, nach einem solchen Vorredner das Wort zu ergreifen.

(Zurufe von pro Köln)

Es geht einem auf den Senkel, dass Sie alles und jedes in diesem Rat immer auf einen Zusammenhang reduzieren, nämlich die Frage von Flüchtlingen, gegen die Sie agitieren, oder die Frage von Muslimen in der Stadt. Immer nur diese Leier! Ich sitze neben dem Uckermann im Finanzausschuss. Ich sitze neben einem anderen Mitglied dieses Vereins im Kulturausschuss. Zu keinem Punkt sagen die mal irgendetwas Inhaltliches. Zu keinem einzigen Punkt, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD, der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der FDP, der Linken. sowie bei Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Es ist in der Tat so, Herr Uckermann: Es ist vieles groß in dieser Stadt. Sie sind auch groß - im Veruntreuen von Sitzungsgeldern. Da sind Sie die Größten, Herr Uckermann.

(Beifall bei der SPD, der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der FDP, der Linken. sowie bei Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Herr Oberbürgermeister, das musste jetzt mal sein, weil das Ganze mir derart auf den Senkel geht.

Ich komme jetzt zum eigentlichen Thema. Wir haben bei uns, bei den Freien Wählern, diskutiert, ob wir den Antrag der Linken, den wir vom sachlichen Ansatz her gut finden, ergänzen. Wir wollten nämlich einen Ergänzungsantrag stellen, weil wir der Überzeugung sind, dass in den Bezirksvertretungen eine sehr sinnvolle und solide Arbeit geleistet wird und dass dies die Basis kommunaler Demokratie in der Stadt ist. Wir beobachten das an verschiedenen Stellen und bedauern, dass es uns bei der letzten Kommunalwahl nicht gelungen ist - es haben uns nur zwei Stimmen gefehlt -, in die Bezirksvertretung Rodenkirchen einzuziehen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: So ist das Leben, Herr Henseler!)

- Ja, so ist das Leben. Wir haben auch mehrmals nachzählen lassen, Herr Klipper.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wurde nicht besser!)

Aber jedes Mal hat die SPD noch mehr Stimmen gehabt. Deshalb habe ich gesagt: Hören wir lieber auf mit dem Nachzählen, sonst hat sie nachher noch die absolute Mehrheit. Das wäre unangenehm gewesen.

(Heiterkeit)

Wir wollten einen Ergänzungsantrag stellen, weil wir der Meinung sind, dass die Bezirksvertretungen auch weiter reichende Haushaltsrechte benötigen. Die manchmal etwas fruchtlosen Debatten in den Bezirksvertretungen hängen auch mit ihren Möglichkeiten, über Finanzen abzustimmen, zusammen. Wenn den Bezirksvertretungen ein größeres Recht auf Finanzhoheit eingeräumt würde, würde da auch manches anders diskutiert. Ich gebe zu: Manchmal ist die Diskussion etwas abgehoben, weil man dort ja weiß, dass anschließend der Rat darüber befindet. Unserer

Meinung müsste man auch in Richtung Finanzen etwas mehr tun.

Deswegen haben wir in unserer Sitzung überlegt, einen Ergänzungsantrag zu stellen und diesen mit der Linkspartei abzustimmen. Dann aber haben wir erfahren, dass dazu ein Ersetzungsantrag eingebracht worden ist. Ein Ersetzungsantrag ist ja inzwischen übliche Praxis. Wir hatten in der vorletzten Ratssitzung einen Antrag zu mehr Bürgerbeteiligung in der Stadt. Dieser wurde auch durch einen Ersetzungsantrag von Rot-Grün ersetzt. Das ganze Anliegen wurde damit verwässert, es wurde sozusagen zurückgefahren.

Das ist bei dem hier vorliegenden Ersetzungsantrag auch der Fall. Hier wird ein Paragraf aus der Gemeindeordnung zitiert, der weitgehend bekannt ist. Die Gemeindeordnung ist, was die Arbeitsteilung zwischen Bezirksvertretung und Rat anbetrifft, weitgehend bekannt. Dennoch wird das hier zitiert, und es wird gesagt: „Die Verwaltung wird beauftragt, ...“

Ich hatte mir auch notiert, dass im Juli 2004 genau auf diesem Niveau in diesem Rat schon einmal diskutiert worden ist. Herr Frank, an der Stelle stimme ich Ihnen voll und ganz zu: In den letzten zehn Jahren hat es diesbezüglich keinen einzigen irgendwie gearteten Fortschritt gegeben. Meine Damen und Herren, das ist diesem Rat nicht würdig. Ich hoffe, dass es in der nächsten Wahlperiode dem neu gewählten Rat gelingt, diese Verhältnisse zu ändern. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Herr Detjen wollte noch eine Bemerkung machen. Sie können es vom Platz aus tun.

Jörg Detjen (Die Linke.): Wollte die CDU noch sprechen?

(Winrich Granitzka [CDU]: Nein, Herr Detjen, ich wollte gerade zu Ihnen kommen!)

Ich wollte noch einmal Folgendes deutlich machen: Es gibt in der Diskussion über die Rechte der Bezirksvertretungen in gewisser Weise schon eine neue Qualität, nämlich die Resolution aller acht Bezirksvertretungen, in der sie ganz deutlich und detailliert sagen, welche anderen Rechte sie haben wollen. Darauf haben wir uns bezogen. Alle Fraktionen sind angeschrieben worden.

Der Vorgang ist: Wenn heute nichts beschlossen wird - und es wird ja heute nichts beschlossen; das ist die Situation -, dann wird die ganze Diskussion noch mal von vorne losgehen; denn wir werden in wenigen Wochen neu gewählte Bezirksvertretungen und einen neu gewählten Rat haben. Sobald einer sagt: „Ich möchte das aber noch mal neu diskutieren“, muss man ihm dieses Recht zubilligen. Das ist doch ganz normal. Deswegen ist diese Debatte, die die Bezirksvertreter mit einer detaillierten Resolution entwickelt haben, jetzt vorbei, und wir werden in der neuen Ratsperiode diese Debatte von vorn beginnen müssen. Deswegen ist es ärgerlich, dass wir heute nichts beschließen werden.

Wenn wir gesagt hätten, die Liste soll Grundlage für die Entwicklung einer neuen Zuständigkeitsordnung sein, wäre das in dieses Verfahren eingegangen, Kollege Frank. Jetzt geht null in das Verfahren ein.

(Beifall bei der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Herr Granitzka, wollten Sie sich noch äußern? -

(Winrich Granitzka [CDU]: Nein!)

- Okay, das ist nicht der Fall. - Herr Uckermann wollte noch eine persönliche Erklärung abgeben. Danach können wir abstimmen. - Herr Uckermann, Sie können es auch vom Platz aus machen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich darf mich doch sehr verwundert zeigen - es wird hier immer von der Würde des Hauses gesprochen -, dass man hier einen so skurrilen Vortrag des Herrn Andi von den freien Quälern einfach unkommentiert von Ihrer Seite stehen lässt. Das verwundert mich, Herr Oberbürgermeister. Aber ich möchte dazu auch mein Verständnis ausdrücken. Wenn man so tief fällt wie Sie, Herr Henseler, nämlich von der Verwaltungsspitze, vom Spitzenmann der Kölner SPD, zum Hinterbänk-

ler, dann kann ich Ihnen vieles verzeihen, insbesondere da dies heute ja Ihre Abschiedsvorstellung hier ist.

(Beifall pro Köln - Andreas Henseler [Freie Wähler]: Abwarten!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie wollten eine persönliche Erklärung abgeben.

Jörg Uckermann (pro Köln): Genau, ich will eine persönliche Erklärung dazu abgeben, dass der Mann hier eben gelogen hat. Ich habe hier die Tagesordnung des Finanzausschusses von gestern. Herr Henseler, Sie haben die Sitzung zitiert und behauptet, ich hätte mich kein einziges Mal zu einer Sachfrage zu Wort gemeldet.

(Andreas Henseler [Freie Wähler]: Doch, zu Flüchtlingen haben Sie sich gemeldet!)

- Ja, dazu habe ich mich gemeldet. Und was hat der Sitzungsleiter gesagt, lieber Andi? Der Sitzungsleiter hat gesagt: keine Diskussion, morgen im Rat! Daraufhin habe ich gesagt: Ich füge mich. Also: Nachher werden Sie meinen Wortbeitrag zu dieser Sache hören.

Aber der Finanzausschuss hatte ja eine noch viel weiter gehende Tagesordnung. Oder leiden Sie unter Amnesie, dass Sie das heute nicht mehr wissen? Wir haben uns auch über die Kostensteigerungen von 17 Millionen Euro bei einem Schulprojekt unterhalten. Die Begründung der Verwaltung waren die lapidaren Worte: standortbedingte Kostenerhöhungen. Ich war der Einzige, der sich dazu gemeldet hat und die Verwaltung darum gebeten hat, uns zu sagen, was darunter zu verstehen ist.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch keine persönliche Erklärung!)

Wir tragen hier die Verantwortung für eine Mehrausgabe von 17 Millionen Euro. Da kann es doch wohl nicht sein, dass ich das einzige Ratsmitglied bin, das dies in einer solchen Sitzung thematisiert. Und dann sagt so ein Hinterbänkler in der Sitzung hier, ohne vom Oberbürgermeister gerügt zu werden, solche Unwahrheiten. Da gehe ich gerne in die Bütt und sage Ihnen eins: Sie sind ein Lügner! - Danke.

(Beifall pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich halte diese Wortwahl, die Sie gerade gebraucht haben, für nicht angemessen, selbst dann, wenn sich herausstellen sollte, dass das, was Ihr Vorredner eben geäußert hat, so nicht den Tatsachen entspricht. Aber die diskriminierende Äußerung „Lügner“ bitte ich zurückzunehmen.

(Beifall bei Winrich Granitzka [CDU] - Jörg Uckermann [pro Köln]: Ich nehme die nicht zurück! Ich bleibe dabei!)

Es gibt noch eine Wortmeldung von Herrn Götz. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Stefan Götz (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir werden die ganze Debatte zu Beginn der nächsten Wahlperiode ja noch einmal führen, wenn es darum geht, dass wir die Zuständigkeitsordnung tatsächlich ändern. Dann werden wir als CDU-Fraktion auch mit konkreten Vorschlägen kommen. Heute stimmen wir dem Antrag von Rot-Grün zu und schlagen vor, dann in der Tagesordnung fortzufahren. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sehr schön. Ich bedanke mich ganz herzlich. - Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Wer für den Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion, die Grünen, das ist die CDU, das ist die FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das mit großer Mehrheit so angenommen.

Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Rat der Stadt Köln ist sich der wichtigen Aufgabe der Bezirksvertretungen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung bewusst. § 37 der Gemeindeordnung NRW legt fest, dass die Bezirksvertretungen außerhalb der ausschließlichen Zuständigkeit des Rates „unter Beachtung der Belange der gesamten Stadt und im Rahmen der vom Rat erlassenen allgemeinen Richtlinien in allen Angelegenheiten, deren Bedeutung nicht

wesentlich über den Stadtbezirk hinausgeht", Entscheidungen treffen.

Grundsätzlich sollen die Kompetenzen der Bezirksvertretungen gestärkt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat in 2014 hierzu einen Beschlussvorschlag vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.5 Antrag von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend „Rheinuferstraße an der Stadtbahnquerung tiefer legen - Verkehrskollaps verhindern" AN/0544/2014

Bitte schön.

Andreas Henseler (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir bringen diesen Antrag nicht ein in Erwartung, dass er hier Zustimmung erfährt.

(Peter Kron [SPD]: Dann ziehen Sie ihn zurück!)

- Nein, zurückziehen werden wir ihn auch nicht; wir wollen ihn diskutieren. Wir benötigen ihn auch als Dokumentation in der gesellschaftlichen Debatte um diese Fragestellung. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Die gesellschaftliche Debatte um diese Fragestellung nimmt langsam Fahrt auf. Ich beobachte das jedenfalls im Kölner Süden.

Zur Sache: Es gibt vom Kölner Süden, von Rodenkirchen aus drei wesentliche Ausfallstraßen in die Stadt Köln, in die Innenstadt hinein: Das ist die Rheinuferstraße, das ist die Bonner Straße, und das ist die Vorgebirgsstraße. Heute konnten Sie in einer Kölner Tageszeitung nachlesen, dass die Vorgebirgsstraße durch die Erweiterung eines Radweges - was möglicherweise löblich ist - auf zwei Spuren verengt wird. Sie wissen, dass die Bonner Straße durch den dritten Bauabschnitt der Nord-Süd-Stadtbahn demnächst Baustelle wird und anschließend auch zweispurig ist.

Jetzt komme ich zum eigentlichen Punkt, der auch Gegenstand dieses Antrags ist: Die Rheinuferstraße, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht durchgängig vierspurig ist, wird durch zwei ebenerdige Kreuzungen zu einem Dauerstau führen. Wir gehen davon aus, dass sich, wenn das eintritt, im Kölner Süden ein Verkehrskollaps entwickeln wird. Deswegen stellen wir diesen Antrag, um den Rat noch einmal daran zu erinnern, dass dies die letzte Gelegenheit für den Rat in dieser Amtsperiode ist, diese Situation ein Stück weit abzuändern und damit seiner Verantwortung auch gegenüber den Bürgern im Kölner Süden nachzukommen.

Die wenigsten wissen, wie die Ampelphase der BÜSTRA funktioniert. Ich treffe hin und wieder Leute, die sagen: Es ist doch nicht ungewöhnlich, dass eine Straßenbahn über einen Verkehrsweg, über eine Autostraße fährt; da gibt es eben eine Zeit lang Stau. - Das ist am Ubierring mit der Straßenbahnlinie 16 auch so. Aber bei der Linie 17 ist es nicht nur eine einfache Signalanlage für die Straßenbahn, sondern eine BÜSTRA. Ich will sie jetzt nicht näher erläutern, sondern nur sagen, dass die Rot-Phasen für den Autoverkehr damit wesentlich länger sind.

Deswegen verhandelt die KVB in Person von Herrn Fenske, wie ich in der Zeitung nachlesen konnte, mit der Technischen Aufsichtsbehörde bei der Bezirksregierung Düsseldorf - die Regierungspräsidentin ist ja die Vorsitzende der Kölner Grünen - über die Frage, ob es durch einen Planänderungsantrag möglich ist, zumindest diese BÜSTRA abzubauen. Ich habe jetzt gelesen, dass Sie, Herr Fenske, diesen Planänderungsantrag nach offensichtlich längeren Debatten am 28. März gestellt haben. Das habe ich doch richtig verstanden, oder? Ich gehe allerdings davon aus, dass der Planänderungsantrag sich nicht auf den Pendelverkehr bezieht, der demnächst auf der Linie 17 zwischen Severinstraße und Rodenkirchen eingerichtet wird, sondern dass sich dieser Planänderungsantrag auf den zukünftigen Stadtbahnverkehr bezieht. Es wäre schön, wenn Sie uns nachher sagen könnten, zu welcher Einschätzung die KVB kommt im Hinblick auf die Situation, die ich gerade hier geschildert habe, nämlich dass durch diese langen Ampelphasen entsprechende Rückstaus entstehen.

Gutachter gehen davon aus, dass sie bis zu 5 Kilometer lang sein können.

Manche werden jetzt sagen: Das ist doch alles kein Problem. Frau Tull hat ja auch schon mal in einer Ratssitzung gesagt: Dann sollen doch die Sürther ihre Karre stehen lassen. - Aber das ist schon ein Problem, weil die Sürther zumindest so lange, bis andere Formen und Möglichkeiten der Mobilität entwickelt worden sind, auch mal gerne mit dem Auto in die Stadt fahren wollen. Wir sollten mit den Versuchen, die Leute durch das Schaffen von Fakten zu erziehen, zurückhaltend sein.

Es ist aber gut - ich komme zum Schluss -, dass bei der SPD offensichtlich ein gewisses Umdenken eingetreten ist, weil sie diese Situation ja auch irgendwie wahrnimmt und weiß, dass das auf die Stadt zukommt. Davor kann man ja nicht die Augen verschließen. Deshalb ist, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, auf Antrag der SPD ein Kompromiss gefunden und diese Betonplatte eingelassen worden, die eine Tieferlegung der Rheinuferstraße in Trogform oder wie auch immer ermöglicht. Das halte ich für einen Lichtblick. Das zeigt, es gibt offensichtlich doch gewisse Befürchtungen, dass man auf dieses Instrument irgendwann wird zurückgreifen müssen.

Jetzt frage ich Sie, meine Damen und Herren: Warum wollen Sie das abwarten? Warum machen Sie das nicht schon vorher? Deswegen stellen wir von den Freien Wählern hier den Antrag in Form eines Planungsbeschlusses. Das heißt, wir zwingen Sie zu nichts.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist anders als früher!)

- Können wir auch nicht; das weiß ich, Martin.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Kommen Sie jetzt langsam zum Ende.

Andreas Henseler (Freie Wähler): Ich bin gleich fertig, Herr Oberbürgermeister. - Wir stellen einen Antrag in Form eines Planungsbeschlusses. Wenn Sie dem zustimmen - das sage ich jetzt noch einmal an die Adresse der Sozialdemokraten -, würden Sie damit neben dem Einlassen der Betonplatte eine zusätzliche Vorkehrung treffen, um einem Verkehrskollaps entgegenzuwirken. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte schön. - Wir kommen dann zu Frau dos Santos Herrmann.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Andreas Henseler, ich habe in den fünf Minuten - ich gehe davon aus, dass die Redezeit nicht überschritten worden ist - nicht einen neuen Aspekt gehört zu der Frage Querung der Rheinuferstraße.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nicht einen einzigen! Was ich allerdings auch nicht gehört habe, war eine Auseinandersetzung mit der Frage: Was ist eigentlich, wenn die Bahn fährt und ein neues, attraktiveres ÖPNV-Angebot den Süden erschließt? Verändern die Menschen dann vielleicht ihr Verhalten? Guten Grund dazu hätten sie ja.

Trotzdem: Wir nehmen das ernst. Aber das machen wir nicht erst seit heute; das haben wir schon zu Beginn dieser Wahlperiode gemacht, lieber Andreas Henseler - im Übrigen auch mit Zustimmung der Freien Wähler, die offensichtlich aus Angst, am 25. Mai ganz unterzugehen, heute noch schnell einen Antrag in den Rat einbringen müssen, weil sie offenbar nicht ausreichend Selbstbewusstsein mitbringen.

Wir haben 2010 in einem Beschluss zusammen mit den Grünen die Prüfung, ob an der Kreuzung der Straßenbahn an dieser Stelle eine normale Signalanlage ausreichend ist, auf den Weg gebracht. Das ist insofern ein schwieriger Prozess, weil es entsprechende Planbeschlüsse bereits gab. Inzwischen wissen wir, dass es doch recht wahrscheinlich ist, dass eine normale VS-Anlage, eine normale Straßenverkehrssignalanlage, die Querung der Bahn an dieser Stelle ermöglichen kann. Es wird allerdings so schnell keinen 5-Minuten-Takt geben.

Wir haben im November 2011 - darauf haben Sie richtigerweise hingewiesen - als SPD-Fraktion den Antrag in den Stadtrat eingebracht, Vorkehrungen für einen Tunnel zu schaffen, der allerdings erst dann kommen soll, wenn sich erweisen sollte, dass die Situation tatsächlich nicht tragbar ist. Das haben wir zusammen beschlossen mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und den Freien Wählern. Genau das möchten wir jetzt umsetzen. Genau das, nicht mehr und nicht weniger.

Wir haben eine Vorkehrung getroffen; das war vernünftig. Wir werden aber jetzt nicht, ohne zu wissen, was tatsächlich passieren wird, Geld ausgeben, das wir möglicherweise an anderer Stelle besser einsetzen können, um am Ende vielleicht festzustellen, dass das gar nicht notwendig war.

(Winrich Granitzka [CDU]: Aber wir wissen doch, was passiert!)

- Nein, das wissen wir nicht.

(Winrich Granitzka [CDU]: Doch, wir wissen das genau!)

- Nein, wir wissen es nicht.

Wir haben diese Vorkehrung getroffen, weil etwas passieren kann. Wir wissen aber nicht, wie die Menschen sich verhalten werden. Also: Vorkehrungen ja. Aber das Geld für einen teuren Tunnel, das geben wir erst aus, wenn sich tatsächlich erweisen sollte, dass er notwendig ist. Das ist verkehrspolitisch verantwortlich, und das ist finanzpolitisch verantwortlich.

Ich kann natürlich verstehen, dass man als Opposition sagt: Die Finanzen sind uns egal, auch wenn man immer wieder das Gegenteil behauptet. Fakt ist: Sie machen das Falsche. Sie sagen: Finanzen sind uns egal; wir geben das Geld aus, egal wie und warum.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das sagen wir gar nicht! Wir sagen: die Finanzen an die richtige Stelle!)

Hauptsache, Sie können vor Ort populistisch auftreten.

Möglicherweise ist es notwendig. Dafür haben wir diese Vorkehrung getroffen. Vielleicht wird es aber auch nicht notwendig sein. Dann brauchen wir das viele Geld dafür nicht ausgeben. Deswegen: Wir sollten bei der bestehenden Beschlusslage des Rates bleiben und den Antrag von Herrn Henseler ablehnen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau dos Santos, es gibt eine Frage.

(Martin Börschel [SPD]: Muss sie ja nicht annehmen!)

Henk van Benthem (CDU): Frau dos Santos, ich habe eine Frage. Sie sagen: Wir wissen nicht, ob es zu Staus kommt. Ich habe versucht, das arithmetisch aufzuarbeiten; vielleicht ist meine Rechnung ja falsch. Bei einem 5-Minuten-Takt dieser Verbindung wären das 20 Bahnen pro Stunde, und zwar nur in eine Richtung. Wenn jede dieser Bahnen 1,5 Minuten benötigt, um an dieser Schranke vorbeizukommen, kommt man auf eine Rot-Phase von 30 Minuten, und zwar in jeder Stunde des Tages.

Wenn man da nicht weiß, ob es zum Stau kommt, dann können entweder Sie nicht rechnen oder ich. Meine Frage: Haben Sie das mit berücksichtigt?

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Es gibt keinen 5-Minuten-Takt in nächster Zeit.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das war die Antwort. - Jetzt kommen wir zu Frau Welcker.

Katharina Welcker (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Henseler, ganz grundsätzlich: Ich freue mich natürlich, dass Sie es geschafft haben, unseren Antrag, den wir vor einiger Zeit zur Tunnellösung gestellt hatten, abzuschreiben. Leider haben Sie einen Fehler gemacht: Sie haben nämlich nicht den ganzen Antrag abgeschrieben. Wir wollen einen Tunnel, keinen Trog. Ich will Ihnen auch sagen, warum wir auch weiterhin dafür kämpfen werden und warum wir das auch in der nächsten Ratsperiode so weiterverfolgen werden.

Dieser Tunnel ist einfach notwendig, weil der Kölner Süden stetig wächst. Die Menschen fühlen sich dort sehr wohl und wollen gerne dort leben. Immer mehr Einwohner wohnen dort in Einfamilienhäusern, Mehrfamilienhäusern etc. Wir wissen, dass der Verkehr parallel zur Einwohnerzahl zunehmen wird. Wir planen aber nichts, um diesen Verkehr in irgendeiner Form zuzulassen. Im Gegenteil: Wir planen, diesen Verkehr immer weiter einzuschränken, und das kann

nicht richtig sein. Das ist nicht die Verkehrs- und Stadtplanung, die diese Stadt dringend benötigt.

Wenn wir neue Wohngebiete im Kölner Süden erschließen, dann müssen wir diesen Menschen auch die Möglichkeit geben, in die Stadt zu kommen. Wir sind gegen eine Umerziehung.

(Zuruf von Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen])

- Ich weiß, Frau Tull, Sie werden uns gleich wieder mit tränenerstickter Stimme etwas vom Lastenfahrrad erzählen, und Frau Moritz möchte vielleicht noch ein Wassertaxi drauflegen. Das kann schon sein. Aber das reicht eben nicht aus, um die Verkehrsprobleme in dieser Stadt zu lösen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es ist einfach notwendig, dass man alle Verkehrsmittel in dieser Stadt gleichberechtigt behandelt. Dazu gehört auch der Individualverkehr, und dazu gehört auch das Recht des Bürgers, selbst zu entscheiden, was er möchte.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir sind sehr dafür, dass der Individualverkehr auf die Stadtbahn verlagert wird. Aber das wird nicht bei allen Bürgern klappen. Wenn Sie, Frau dos Santos Herrmann, das Gutachten lesen würden, das im Übrigen die Verengung der Bonner Straße und die Neubaugebiete, die in den letzten Jahren dazugekommen sind, noch gar nicht berücksichtigt hat, dann wüssten Sie, wie es demnächst mit dem Verkehr im Kölner Süden aussieht, nämlich katastrophal. Dafür brauchen wir den Tunnel, auch wenn Sie das nicht wahrhaben wollen. Vielleicht lassen Sie sich das Gutachten mal von einem Verkehrsexperten erklären. Dann würden Sie es auch leichter verstehen.

(Beifall bei der CDU - Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Ausgerechnet Sie sagen das! Das ist ja eine Unverschämtheit! Dann hören Sie auf, zu reden, wenn Sie von Verkehrsexperten sprechen!)

Im Übrigen muss ich Ihnen sagen, Herr Henseler: Der Trog reicht uns als CDU nicht aus. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Eine Troglösung ist eben nur die halbe Lösung dieses Problems. Die Menschen, die rund um diesen Trog leben, werden sich nicht wahnsinnig darüber freuen. Ein Tunnel dagegen bietet auch den Menschen, die direkt dort Anlieger sind, einen direkten Zugang zum Rheinufer und damit Möglichkeiten zur Naherholung. Wir binden damit gleichzeitig den neu gebauten Rheinauhafen, das neue Hafengebiet, an die Stadt an, eine Anbindung, die bisher durch die Rheinuferstraße verhindert wird. Aus diesem Grunde setzen wir uns weiter für einen Tunnel ein.

Auch der Antrag, als Vorbereitungsmaßnahme einen Deckel vorzusehen, ging auf eine Idee von uns zurück und nicht von der SPD.

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Nein, von uns eingebracht!)

- Frau dos Santos Herrmann, wenn Sie das nicht wahrhaben wollen, lesen Sie es nach.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Welcker. - Wir kommen zu Frau Tull von der Fraktion der Grünen.

Bettina Tull (Bündnis 90/Die Grünen): Eigentlich habe ich gedacht, ich könnte heute die Höhepunkte meiner letzten 200 Reden zu diesem Thema noch einmal vortragen. Aber ich glaube, das lasse ich jetzt. Ich mache es kurz.

Offensichtlich ist der Plan von CDU und SPD, mit ihrem Beschluss etliche Millionen Euro in der Erde zu vergraben und damit einen Deckel auf diese Debatte zu legen, nicht aufgegangen, weil Herr Henseler heute die Untoten wieder zum Leben erweckt hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zu den Fakten: Die sogenannte Eisenbahnkreuzungsvariante mithilfe der BÜSTRA ist zwar schon planfestgestellt, aber im Moment laufen Verhandlungen zwischen der Stadt Köln und der Bezirksregierung Düsseldorf, statt einer BÜSTRA eine ganz normale Ampelanlage an dieser Stelle vorzusehen. Die Verhandlungen sind auf einem guten Weg. Das habe ich im Originalton von der Regierungspräsidentin - sie hat mir gestattet, das heute hier zu sagen - erfahren. Sie sind nicht nur auf einem guten, sie sind sogar auf einem sehr guten Weg. Es fehlen noch ein paar Zahlen von der Stadt, und dann ist das Ganze eingetütet. Dann haben wir an dieser Stelle wie an etlichen anderen Stellen in Köln auch die Situation, dass eine Straßenbahn eine Straße überquert.

Es wird nirgendwo zu größeren Staus kommen, weder auf der Rheinuferstraße am Ubierring, noch auf dem Militärring in Bocklemünd, noch an zahlreichen anderen Stellen in der Stadt. Kein Mensch muss die Befürchtung haben, dass diese Staus bis nach Sürth oder noch weit darüber hinausreichen. Das ist einfach nur Panikmache und sonst gar nichts.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Außerdem müssen wir uns an dieser Stelle fragen: Kann die Straßeninfrastruktur im gleichen Maße mitwachsen wie die Anforderungen, die an sie gestellt werden? Es gibt ja unterschiedliche Prognosen. Andreas Henseler und andere gehen immer von einem Worst-Case aus; das heißt, dass alle, die ein Auto haben, gleichzeitig in die Stadt fahren. In diesem Maße kann unsere Infrastruktur nicht mitwachsen.

Deswegen bieten wir Alternativen an, die auch ohne Auto viele Leute in die Stadt bringen. Daran arbeiten wir, und dafür haben wir in den letzten Jahren auch ziemlich viel Geld investiert. Der Witz ist: Damit sind wir sehr erfolgreich. Die KVB transportiert täglich 1 Million Leute in die Stadt und auch wieder heraus. 1 Million Leute! Wenn die alle mit dem Auto fahren würden, dann wüsste jeder, was hier los wäre. Insofern sollten diejenigen, die Interesse daran haben, mit dem Auto zu fahren, alles dafür tun, dass wir einen gut funktionierenden ÖPNV haben, damit die Straßen frei sind und sie ungehindert mit ihrem Auto fahren können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern, Andreas Henseler: Auch wenn das jetzt der 100. Antrag in diese Richtung ist, wird er deswegen nicht besser, und die Situation, wie sie hier teilweise dargestellt worden ist, wird auch nicht wahrer. Wir werden diesen Antrag ablehnen, und zwar aus guten Gründen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Frau Tull. - Wir kommen dann zu Frau Kirchmeyer.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass die Diskussion heute so ausartet, war mir klar, weil wir sie schon 2010 so geführt haben, sowohl in einer Sondersitzung des Verkehrsausschusses als auch in der darauf folgenden Ratssitzung.

Herr Henseler war so freundlich, nicht nur einen Teil des CDU-Antrags abzuschreiben, sondern auch einen Teil des FDP-Antrags aus der Sitzung vom 25. November 2010, den ich hier vorliegen habe. Wir hatten damals etwas Ähnliches beantragt. Vielen Dank, Herr Henseler! Gut abgeschrieben!

Zu den Einzelheiten. Es tut mir etwas weh, zu hören, dass Verhandlungen bezüglich der BÜSTRA und der VS-Anlage laufen, auch wenn sie sicherlich richtig sind. Das ist nämlich mein Lieblingsthema seit mindestens sechs Verkehrausschusssitzungen, wie Herr Höing sicherlich gern bestätigen wird. Zum letzten Mal habe ich in der Sitzung am 25. März 2014 danach gefragt: Was ist der Unterschied zwischen einer normalen VS-Anlage, also Verkehrssicherungsanlage, und einer Verkehrssicherungsanlage mit erhöhten Anforderungen? Das scheint nämlich etwas anderes zu sein; da ist die BÜSTRA außen vor. Antwort von Herrn Harzendorf - ich zitiere aus der Niederschrift -:

> Herr Harzendorf ... teilt mit, dass der Unterschied zwischen den beiden VS-Anlagen in den Zeiten liege, die man als Sicherheit hinterlege.

Die genauen Zeiten hat er allerdings nicht genannt, also ob es bei der einen 60 und bei der anderen 90 Sekunden sind. Aber die Zeiten sind unterschiedlich. Herr Höing kann sicher gleich noch mehr dazu sagen und uns über die genauen Zeiten aufklären; das würde mich sehr freuen.

Zum Antrag. Wir sind natürlich für diesen Antrag und werden diesem zustimmen, weil wir gar nicht anders können. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Uns ist es egal, ob es ein Trog oder ein Tunnel ist. Hauptsache, es wird etwas geplant und die Verkehre im Süden brechen nicht zusammen.

(Beifall bei der FDP)

Wir wissen ganz genau - wir alle haben es mit beschlossen; auch wir haben dem wohlweislich zugestimmt -, dass die Vorgebirgsstraße auf zwei Spuren reduziert und ein Radweg gebaut

wird. Das ist ein Versuch für ein Jahr. Wie es weitergeht, wird sich zeigen. Aber bei der Bonner Straße - meine Damen und Herren, das wissen Sie ganz genau - hat die FDP gesagt: Wir wollen da die U-Bahn. Das wird jetzt nicht gemacht. Mit einer nur zweispurigen Bonner Straße wird es zum Verkehrskollaps kommen. Wir alle wollen das nur nicht hören.

Wir werden diesem Antrag jetzt zustimmen, weil es vernünftig ist, die Planung in Angriff zu nehmen. Auch wenn hier gesagt wird, wir haben bereits Verstärkungen vorgenommen: Das Ding ist ja fertig; wir warten nur noch darauf, dass die Südstrecke endlich in Betrieb genommen werden kann. Dann werden wir sehen, wie es weitergeht. Wir alle werden uns noch wundern. Ich kann jedem nur raten, sich heute zu überlegen, diesem Antrag zuzustimmen.

Ich will Ihnen noch etwas zeigen.

(Die Rednerin hält ein Papier hoch)

Die Verwaltung hat nämlich schon im Jahr 2010 sehr schöne Pläne dazu vorgelegt. Wunderbar! Schauen wir mal, wie es weitergeht. Halten Sie sich das vor Augen und überlegen Sie sich noch einmal, diesem Antrag heute zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In dieser Ratssitzung gibt es viele Premieren. Eine Premiere ist, dass uns hier ein Blättchen vorliegt, auf dem steht: „Antrag gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates“. Dann folgt eine Begründung, den eigentlichen Beschlussvorschlag finden Sie auf der Rückseite. Er ist nur ein Satz, nämlich dass an der Rheinuferstraße anstatt der U-Bahn ein Tunnel für die Autos gebaut werden soll; nichts anderes.

Sie nutzen diesen Antrag jetzt zu einer allgemeinen Verkehrsdebatte; das kann ich ja verstehen. Mit Blick auf die Kommunalwahl wollen Sie den Bürgern erklären, dass Sie an diesen Zuständen, die einem Schildbürgerstreich gleichkommen, nicht schuld sind.

Das sind zum einen die CDU und die FDP, die an der Macht waren, als diese U-Bahn geplant wurde. Damals haben Sie eben nicht Nägel mit Köpfen gemacht, sondern haben Kleinklein gespielt und vieles offengelassen. Sie haben nicht dafür gesorgt, dass die U-Bahn bis zum Rheinufer weitergeführt wird, sondern haben beschlossen, dass sie ausgerechnet dort, wo es über eine große Verkehrsachse mit vier Fahrbahnen geht, aus der Erde herauskommt. Zu beschließen, die U-Bahn noch 200 Meter unterirdisch weiterzuführen, dazu waren Sie nicht in der Lage.

Da fragt sich natürlich jeder Bürger: Was soll der Quatsch? Diesen Quatsch hat uns eben die SPD-Rednerin beantwortet: Es ist reine Ideologie von Rot und Grün. Man baut eine U-Bahn vom Kölner Dom in den Kölner Süden - man kann darüber streiten, ob das effektiv ist oder nicht -, und ausgerechnet an der Stelle, wo sie eine große Verkehrsachse, eine große Autostraße quert, fährt diese U-Bahn ebenerdig, nämlich über diese Straße, die schon jetzt staubelastet ist. Es ist natürlich vollkommen klar: Das wird zu einer weiteren Verschärfung führen. Das wird zu einem Verkehrsinfarkt für die Autofahrer führen.

Dann muss man natürlich auch einiges dazu sagen, dass der Kölner Süden hin zur Innenstadt von ebendieser Straße aus bestens erschlossen ist und es dazu nicht mehr viele Alternativen gibt. Wer auf den Pkw angewiesen ist, muss diese Straße nutzen. Da sagt eben die SPD-Frau: Ja, dann können die Leute ja auf die Straßenbahn umsteigen. - Damit man die Leute gut zwingen kann, schafft man künstlich einen Stau, indem man diese U-Bahn nicht unterirdisch weiterführt, sondern genau an dieser Straße ebenerdig fahren lässt. Damit haben Sie sich selber entlarvt: Sie wollen die Autofahrer zwingen, diese Bahn zu benutzen.

Sie haben hier eben die Kölner Verkehrsbetriebe gelobt, die durchaus ein attraktives Angebot vorhalten. Aber lieber Herr Fenske, als Vorstandsvorsitzender werden Sie uns sagen können: Hat die KVB überhaupt noch so viel Platz in der Bahn, dass sie auch noch all diese Autofahrer aufnehmen kann? Zur Rushhour sind die U-Bahnen in die Innenstadt doch jetzt schon voll. Sie wollen noch mehr Leute in diese Bahnen hineindrängen, obwohl schon jetzt an den Haltestellen viele Leute gar nicht mehr mitkommen. Die KVB hat doch gar nicht so viele Kapazitäten, gar nicht so viele Bahnen, um all diese Leute zu transportieren. Man kann doch fast froh sein, wenn gewisse Leute mit dem Auto fahren, insbesondere wenn sie aus dem Kölner Süden kommen.

Dazu kommt noch ein weiterer Aspekt. Dieser Drops ist doch längst gelutscht. Hier wird eine Debatte simuliert, die überhaupt nicht mehr aktuell ist. Die Planungsbeschlüsse sind gefasst. Wir sind jetzt in der Umsetzungsphase. Alle warten nur noch darauf: Wann wird diese neue Stadtbahnlinie tatsächlich in Betrieb gehen? Da haben wir viel erlebt: Da ist das Kölner Stadtarchiv eingestürzt, da ist eine Einkaufsstraße ruiniert worden, da ist ein Kirchturm fast umgekippt, und diese U-Bahn fährt immer noch nicht.

Man ist doch froh, dass jetzt langsam absehbar wird, ab wann dieser neue Verkehrsweg erschlossen wird. Und da kommen Sie mit einem läppischen Antrag daher, mit dem Sie den Leuten suggerieren wollen, man könne das alles noch mal drehen, und die Altparteien lassen sich auf diese Diskussion ein. Ich habe von keinem einzigen hier gehört, was ein solches Unterfangen kosten würde. Das Unterfangen wäre ja, unter der möglichen U-Bahn einen Autotunnel zu bauen, statt die U-Bahn weiterzuführen und erst dort, wo sie den Verkehr nicht tangiert, ebenerdig fahren zu lassen. Das alles wird hier überhaupt nicht behandelt. Seien Sie doch mal ganz ehrlich: Die Beschlüsse sind längst gefasst. Sie können das hier nicht rückgängig machen. Das ist nur einem billigen Wahlkampftrick geschuldet. Das hätten Sie Köln und den Bürgern wirklich ersparen können. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu einer weiteren Wortmeldung. Herr Weisenstein.

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Ich ziehe zurück!)

- Sie ziehen Ihre Wortmeldung zurück.

Dann können wir zur Abstimmung kommen. Wer für den Antrag von Herrn Henseler von den Freien Wählern ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Herr Henseler, das ist die Fraktion der CDU, das ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung einer unterirdischen Führung der Rheinuferstraße unterhalb der bestehenden Betonplatte als Troglösung mit möglichst kurzen Rampen und geringem Eingriff in vorhandenen Baumbestand wieder aufzunehmen, die Finanzierung sicher zu stellen und dem Rat zeitnah einen Baubeschluss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich - gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln - abgelehnt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. betreffend „Wasser- und Schifffahrtsamt in Köln halten“ AN/0561/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ja. Herr Kaske, bitte.

(Zuruf von Götz Bacher [SPD])

Axel Kaske (SPD): Man kann auch auf dem Wasser Rennen fahren, Herr Bacher.

(Götz Bacher [SPD]: Gute Ohren hast du!)

Ich bin froh, jetzt zu einem Thema zu sprechen, das nicht als zweiter Aufguss bezeichnet werden kann. Das ist etwas ganz Neues; Sie sollten dementsprechend zuhören.

Meine Damen und Herren, das Wasser- und Schifffahrtsamt Köln, kurz: WSA Köln, ist keine Ordnungsbehörde, die häufig in den Kölner Medien in Erscheinung tritt. Gleichwohl ist es eine wichtige Institution, und es lohnt sich, darum zu kämpfen, sie hier in Köln zu halten und nicht an die Havel in Berlin zu verlagern.

Nehmen wir nur den letzten aktuellen Fall am Rhein, der leider tragisch ausgegangen ist. Unser Oberbürgermeister Jürgen Roters hat eine Arbeitsgruppe gegründet, die sich jetzt damit be-

schäftigen wird, welche wirksamen Schutzmaßnahmen entlang des Rheins ergriffen werden können, um solche Unglücke zukünftig möglichst zu verhindern. Wer sitzt hierbei mit am Tisch? Neben Feuerwehr, Ordnungsamt und DLRG natürlich auch das Wasser- und Schifffahrtsamt, was letztendlich dann auch die Entscheidung zu diesen Maßnahmen mittragen muss. Das ist aber nur ein aktuelles Beispiel, warum wir uns mit dem vorliegenden Antrag dafür einsetzen, das WSA in Köln zu erhalten.

Die Aufgaben dieses Amtes sind vielfältig und gerade für den Wirtschafts- und Logistikstandort Köln von hoher Bedeutung. Das WSA ist zuständig für die Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs sowie für die Unterhaltung und den Ausbau des Rheins zwischen Bad Honnef und der Stadtgrenze Duisburg/Düsseldorf. Es regelt und lenkt im Sinne einer Schifffahrtspolizei den Verkehr auf der Wasserstraße Rhein. Es untersucht Havarien, wie zum Beispiel die im August letzten Jahres, als eine Hochzeitsgesellschaft auf der MS „Willi Ostermann“ mit einem Frachter zusammenstieß. Es informiert ausführlich über Badeverbote am Rhein.

Nicht zuletzt ist ein Wasser- und Schifffahrtsamt vor Ort in Köln wichtig, um die Chancen zu erhöhen, dass die vorgesehene Rheinvertiefung bis Bonn bzw. Koblenz in den Bundesverkehrswegeplan 2015 aufgenommen wird. Bekanntlich ist der Rhein geprägt durch seine große Flussbreite, aber geringe Flusstiefe sowie seine bewegliche Kies-Sand-Sohle. Der Ausbau ist wichtig; denn bei Niedrigwasser steigt das Risiko für schwer beladene Schiffe, sich auf dem Grund des Rheins festzufahren.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich denke, die von mir aufgelisteten Beispiele zeigen, dass ein Wasser- und Schifffahrtsamt hier in Köln in der Vergangenheit sehr sinnvoll war, und dies gilt auch für die Zukunft. Dass hierdurch auch hochwertige Arbeitsplätze erhalten bleiben und aktuell auch drei Ausbildungsstellen zur Wasserbauerin bzw. zum Wasserbauer ausgeschrieben sind, sollte abschließend Grund genug für Sie sein, dem gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und Linken zuzustimmen. Darum bitte ich Sie nachdrücklich. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Kaske. Sie haben Ihre 5-Minuten-Redezeit vorbildlich ausgeschöpft. Daran sollten sich die anderen ein Beispiel nehmen. - Wer spricht für die Grünen? - Niemand.

(Jörg Detjen [Die Linke.] begibt sich zum Rednerpult)

- Langsam, langsam! - Herr Götz von der CDU? -

(Martin Börschel [SPD]: Er ist doch Mitantragsteller!)

- Ach so, es ist ja ein Dreierantrag. Okay, dann selbstverständlich.

Jörg Detjen (Die Linke.): Meine Damen und Herren! Herr Kaske hat ja schon ausgeführt, wofür das Wasser- und Schifffahrtsamt zuständig ist. Eine Aufgabe hat er vergessen, zu erwähnen. Das will ich jetzt gerne nachholen. Bald wird es wieder Sommer, da finden wieder die „Kölner Lichter“ statt. Für die Genehmigung des komplizierten Schiffsverkehrs bei den „Kölner Lichtern“ ist das Schifffahrtsamt zuständig.

Ich will aber noch weitere Argumente dafür anführen, warum wir den Erhalt des Amtes hier in Köln für wichtig erachten:

Wir haben es mit insgesamt 104 Arbeitsplätzen zu tun, deren Erhalt wichtig ist.

Wir alle wissen - Stichwort Autobahn -, dass der Rhein eine wichtige Verkehrsader ist, die wir erhalten und ausbauen müssen. Wenn wir erreichen wollen, dass in den nächsten 10, 20 Jahren mehr Schiffe auf dem Rhein fahren, dass Transporte zunehmend über die Wasserstraßen abgewickelt werden und dass auch unsere Häfen ausgelastet sind - Stichwort Daseinsvorsorge -, dann ist das, glaube ich, eine wichtige strategische Entscheidung, die wir alle unterstützen sollten.

Die neue Bundesregierung plant, 15 Wasser- und Schifffahrtsämter in der Bundesrepublik zu schließen, darunter auch das Kölner Schifffahrtsamt. Deswegen müssen wir da aktiv werden. Ich bitte auch die CDU, das zu unterstützen. Es wäre mir sehr wichtig, dass wir als Kölner Rat in dieser Frage geschlossen auftreten und diese Arbeitsplätze verteidigen.

Das Schifffahrtsamt ist auch für die regionale Wirtschaft von großer Bedeutung. Zum Beispiel muss jedes Jahr die Deutzer Platte abgebaggert

werden. Das ist ein Auftragsvolumen von 100 000 Euro pro Jahr. Ein weiteres Beispiel ist der Bau von Buhnen, die für die Sicherheit notwendig sind; Herr Kaske hat das ja schon angedeutet. Für die Sicherheit des Schiffsverkehrs werden circa 2 Millionen Euro im Jahr ausgegeben. Auch insofern ist es eine strategische Entscheidung - zum Wohle der Kölner Wirtschaft, die davon profitiert. Und wenn etwas die regionale Wirtschaft stützt, freut das auch die Linke.

Noch ein Schlussargument. Wir haben in Köln insgesamt 1 000 Bootsanmeldungen jedes Jahr. Auch für diese Serviceleistung, die ja unmittelbar in Köln erbracht wird - es sind vor allem Anmeldungen von Schiffen im Freizeitbereich -, ist der Erhalt des Amtes ganz wichtig.

Meine Damen und Herren, stimmen Sie unserer Resolution zu! Lassen Sie uns gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Erhalt der Arbeitsplätze und für dieses wichtige Amt kämpfen! - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Götz, bitte.

Stefan Götz (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag hat zwei Besonderheiten: Die erste Besonderheit betrifft die Antragsteller: rot, grün und dunkelrot. Das ist neu; das hatten wir noch nicht. Man kann schon mal den Blick auf die nächste Kommunalwahl werfen. Vielleicht hat Rot-Grün den Eindruck, dass sie da keine Mehrheit erreichen werden, und guckt schon mal nach neuen Koalitionen; man wird ja mal fragen dürfen. Zweitens scheint die SPD vergessen zu haben, dass sie in Berlin in einer Koalition regiert. Es gibt einen Koalitionsvertrag, in dem auch etwas zum Reformprozess für das Wasser- und Schifffahrtsamt festgehalten worden ist; das können Sie auf Seite 32 nachlesen.

Aber auch in der Sache können wir Ihnen gerne Nachhilfe erteilen. Hier stehen Befürchtungen im Raum, die durch nichts begründet sind. Unser ehemaliges Ratsmitglied Karsten Möring, inzwischen stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages, hat mit dem zuständigen Staatssekretär gesprochen und ihn gefragt, was an diesen Befürchtungen eigentlich dran ist. Die Auskunft lautete, dass wegen der großen verkehrlichen Bedeutung überhaupt nicht daran gedacht ist, personelle Verkleinerungen an den Standorten am Rhein vorzunehmen, erst recht nicht in Köln. Es wird vielleicht nach einem Reformprozess, der übrigens schon von SPD-Bundesverkehrsminister Tiefensee angestoßen worden war, einen anderen Namen für dieses Amt geben;

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört! Hört!)

aber es gibt überhaupt keine Überlegungen, das Amt zu verkleinern, Personal zu reduzieren oder Ähnliches.

Also: Ihr Antrag ist flüssig wie der Rhein, im Ergebnis überflüssig, und daher können wir ihm leider nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU - Jörg Detjen [Die Linke.]: Handwerkerfeindlich! Eindeutig! Industriefeindlich! - Gegenruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Du weißt doch gar nicht, wovon du sprichst!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Dr. Albach.

Dr. Ralf Albach (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren, speziell von SPD, Grünen und Linken! Herr Kaske, dies ist ein Neuaufguss. Sie wärmen hier eine Bundestagsdebatte von 2011 auf, die schon Herr Jochen Ott im Landtag recycelt hat. Von daher: So neu ist das alles nicht.

(Beifall bei der FDP)

Es ist auch ein weiteres Beispiel dafür, mit wie viel Kreativität und Tempo Sie hier in Köln regieren, wenn Sie drei Jahre brauchen, um diesen Antrag vorzulegen.

Das Thema zeigt aber auch, was hinter einem scheinbar völlig konsensfähigen und harmlos daherkommenden Antrag stecken kann. Die CDU hat schon darauf hingewiesen. Im Jahre 2010 hat der Bundesrechnungshof in einem Gutachten darauf hingewiesen, dass bei der

Wasser- und Schifffahrtsverwaltung Handlungsbedarf besteht.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört! Hört!)

Das war vorher von einigen SPD-Ministern durchaus verschleppt worden. Daraufhin sind 2010 CDU und FDP darangegangen, das zu reformieren. Dagegen sind zwar SPD, Linke und Grüne vorgegangen, damals jeder noch mit einem eigenen Antrag mit unterschiedlichen Tendenzen: Die Linken wollten zur guten alten Zeit vor 2000 zurück, die SPD wollte an bewährten Strukturen festhalten, und die Grünen rügten die Regierung, weil sie die Vorschläge des Bundesrechnungshofs nicht umsetzte, aus sieben Direktionen, 64 Ämtern, 13 000 Mitarbeitern für 7 000 Mitarbeiter auf den Schiffen etwas Neues zu gestalten. Von daher: Erstaunlich, dass Sie heute so einträchtig als Antragsteller fungieren.

Meine Damen und Herren, Veränderung ist notwendig. Wir treiben sie doch selbst hier voran. Wir haben hier die Rheinbrücke auf den Weg gebracht. Wir Kölner haben das Hochwasser-KompetenzCentrum auf den Weg gebracht. Die Umwandlung von Häfen ist ständiges Thema hier im Rat. Der Oberbürgermeister ist derjenige, der jetzt den Runden Tisch für mehr Sicherheit am Rhein eingerichtet hat, nicht das Wasser- und Schifffahrtsamt. Von daher zeigt sich doch ganz klar: Wer an alten Strukturen festhalten will, wie die SPD es wollte, ist ganz eindeutig auf dem falschen Dampfer.

Das Beispiel der rechtsrheinischen Häfen zeigt aber auch, wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen Wasser- und Schifffahrtsamt und Stadtverwaltung ist. Wir sind für die Anpassung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Wir sind für eine Verwaltung, die sich nicht mehr selbst kontrolliert, wie es heute noch der Fall ist. Wir sind aber auch für eine Verwaltung, die nahe an den Veränderungen dran ist. Deswegen: Das Wasser- und Schifffahrtsamt muss nicht in Köln bleiben, weil die Strukturen so gut sind, wie sie sind,

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört! Hört!)

sondern es muss in Köln bleiben, weil wir in Köln am Rhein etwas verändern wollen und wir es dafür brauchen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Albach. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lassen wir darüber abstimmen. Wer für den Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der SPD, das ist die Fraktion der Grünen, das ist die Fraktion der FDP, das ist Herr Henseler, und das ist die Fraktion Die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag so angenommen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln fordert die Bundesregierung auf, im Zuge ihrer weiteren Reorganisationsplanungen den Standort des Wasser- und Schifffahrtsamtes in Köln beizubehalten.

Die Kölner Bundestagsabgeordneten werden gebeten, Rat und Verwaltung in dieser Angelegenheit gegenüber der Bundesregierung zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie der Stimme von Ratsmitglied Henseler (Frei Wähler Köln) bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) – zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Judith Wolter verlässt die Ratssitzung endgültig.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.7 Antrag der CDU-Fraktion und von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend „Beteiligen, nicht bevormunden - Innehalten mit dem Projekt ‚Jüdisches Museum' auf dem Rathausvorplatz und Schaffen einer transparenten Entscheidungsgrundlage für ein Votum der Kölner Bürgerinnen und Bürger" AN/0555/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und

Herren! Verehrte Gäste auf der Tribüne! Interessieren sich die Bürger eigentlich für das, was wir hier tun? Interessieren sich die Bürger und Bürgerinnen für Politik? Diese Frage haben wir uns alle schon mal gestellt, aber sie ist wirklich nicht leicht zu beantworten.

„Nein“ könnte man meinen, wenn man sich daran erinnert, dass bei der letzten Bundestagswahl 30 Prozent der Bürger von ihrem Stimmrecht kein Gebrauch gemacht haben, und bei der Kommunalwahl 2009 waren es mehr als 50 Prozent, die sich nicht dafür interessiert haben.

„Ja“ könnte man schließen, wenn man sich vor Augen führt, wie viele Bürgerinitiativen es in dieser Stadt gibt. „Ja“ könnte man auch meinen, wenn man sich bewusst macht - und Sie alle wissen das -, wie viele Briefe in ebendiesen politischen Angelegenheiten an die Fraktionen gerichtet werden. „Ja“ könnte man auch sagen, wenn man sieht, dass auch heute wieder stundenlang Bürgerinnen und Bürger dieser Debatte folgen, die wahrlich nicht immer - wenn ich an verschiedene Reden aus der rechten Ecke denke - zielführend und interessant war.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Fakt ist, dass unsere Demokratie Interesse und Engagement der Bürgerinnen und Bürger braucht und davon lebt. Engagieren wird sich aber nur, wer sich ernst genommen fühlt. Den Bürger ernst nehmen bedeutet mehr, als ihn alle paar Jahre am Wahltag sein Kreuzchen auf einem Stimmzettel machen zu lassen. Ihn ernst nehmen bedeutet auch, seine Argumente für und gegen etwas anzuhören, sich damit auseinanderzusetzen und in schwierigen Fragen Kompromisse zu suchen.

Wir dürfen uns nicht dahinter verstecken, dass Deutschland eine repräsentative Demokratie ist und wir als Abgeordnete nur stellvertretend für die Bürger die Entscheidungen treffen sollen.

Werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dieser Appell ist insbesondere an Sie gerichtet. Vergessen scheint nämlich die Regierungserklärung von Willy Brandt,

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Ausgerechnet!)

der im Oktober 1969 gesagt hat: „Wir wollen mehr Demokratie wagen.“

(Beifall bei der CDU, der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Jörg Detjen [Die Linke.]: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben, Herr Granitzka?)

- Ich freue mich über den Beifall von den Grünen. - Sie vermitteln dagegen häufig den Eindruck, dass Ihnen gar nicht in den Sinn kommt, die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen, dass das überflüssig sei. Dafür gibt es auch in dieser Ratssitzung wieder Beispiele.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, immerhin 29 000 Menschen, Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt haben bis heute mit ihrer Unterschrift gegen die geplante teure und massive Bebauung des Rathausvorplatzes ihr Votum abgegeben. Ich meine, über das Votum von nahezu 30 000 Menschen - und es werden noch mehr werden - kann der Rat nicht einfach hinweggehen.

(Beifall bei der CDU)

Wir fordern deshalb ein Moratorium für den Hochbaubereich des Projekts Archäologische Zone/Jüdisches Museum bis Ende des Jahres. Das soll der Verwaltung Zeit geben, der Frage nachzugehen: Soll der geplante Bau vor dem Rathaus durch eine vom Bürgerbegehren Rathausplatz favorisierte und - ich zitiere - „behutsame, maßvolle Lösung ersetzt werden, die den Rathausplatz erhält, die archäologischen Funde mit den Zeugnissen jüdischer Kultur erlebbar macht und die Baukosten um die Hälfte vermindert“?

Das soll planerisch aufgearbeitet werden in einem architektonischen, stadtplanerischen und finanziellen Vergleich mit dem aktuellen Vorschlag der Architekten Wandel Hoefer und Lorch GmbH. Der Vergleich soll dann als Grundlage für ein alternatives Bürgerbeteiligungsverfahren dienen. Bei einem derart intensiv diskutierten Projekt in der Stadt ist es notwendig, eine vollständige und transparente Entscheidungsgrundlage zu schaffen und eine unmittelbare Bürgerbeteiligung, die bisher zu keinem Zeitpunkt stattgefunden hat, endlich zu ermöglichen und einzuführen.

(Beifall bei der CDU)

Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung brauchen wir auch bei einem anderen Thema, mit dem sich der Rat heute befasst. Ich nehme dazu

jetzt meine Meinung vorweg; dann brauche ich später nicht mehr dazu ausführen, Herr Oberbürgermeister.

In einem gänzlich intransparenten Verfahren und ohne vorherige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sollen Standorte für die Errichtung von Flüchtlingsheimen festgelegt werden. Die Verwaltung hat 136 Standorte geprüft. Sie muss nun die Öffentlichkeit informieren, wo ein Flüchtlingsheim errichtet werden soll. Das fordern wir, das fordert meine Fraktion. Wir sagen: Ja, wir müssen die Flüchtlinge ordentlich, vernünftig und angemessen unterbringen. Ja, wir müssen eine Willkommenskultur schaffen. - Aber diese Willkommenskultur schaffen Sie nicht. Von allerorten schreiben uns die Bürger und sagen: Wir werden überrollt. Wir werden nicht mitgenommen. Wir haben überhaupt nichts zu sagen. Wir können unsere gute Meinung in gar keiner Weise einbringen. - Selbst dann, wenn die Bürger sagen: Jawohl, in unserem Stadtteil können wir gut die Flüchtlinge aufnehmen, aber bitte an einer anderen Stelle, dann bedeutet das für Sie noch überhaupt nichts.

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Zum Thema!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Barbara Moritz, lieber Martin Börschel, ihr habt doch nicht etwa Angst, die Bürger mitzunehmen, die Bürger einzuladen, die Bürger zu beteiligen?! - Ich möchte es dabei belassen.

Gestatten Sie mir bitte, Herr Oberbürgermeister, weil dies meine letzte Rede im Rat ist

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Bravo: - Beifall pro Köln)

und zwei Minuten mehr zu verschmerzen sind, ein kurzes Resümee meiner zehnjährigen Ratstätigkeit zu ziehen.

In zehn Jahren Ratstätigkeit habe ich viele Höhen und Tiefen erlebt, eine Menge neuer Erfahrungen gemacht und viel gelernt. Dafür danke ich heute allen, die an diesem Lernprozess beteiligt waren.

2004 war ich ein politischen Greenhorn und war - das will ich offen sagen - anfangs manchmal schockiert über die Unsachlichkeit, die wir auch heute wieder gehört haben, oder entsetzt, mit welch harten Bandagen hier manchmal gekämpft wird. Aber ich habe auch die gute Erfahrung gemacht - das möchte ich hier in aller Öffentlichkeit sagen -, dass das meist nur so lange gilt, wie wir auf der öffentlichen Bühne stehen. Hinter den Kulissen geht es viel häufiger, als man glaubt, darum, gemeinsam etwas für die Stadt zu erreichen. Dafür bin ich allen demokratischen Fraktionen dankbar, die daran immer wieder mitwirken. Da werden über Fraktionsgrenzen hinweg Sachallianzen geschmiedet, da werden bei einem Glas Wein gute Gespräche geführt, da entstehen Freundschaften, unabhängig von politischer Zugehörigkeit.

Letztlich geht es doch allen Demokraten, die hier im Rat sitzen - leider sind nicht alle, die hier im Rat sitzen, auch Demokraten -, darum, die Stadt und die Bürgerinnen und Bürger weiterzubringen und ihnen zu dienen. Daher glaube ich, dass man sich selbst mit Respekt die Meinung des anderen anhören und sich damit auch auseinandersetzen sollte. Ich habe erfahren, auch am eigenen Leibe, dass man erst sehr viel später weiß, wer letztendlich Recht hatte. Daher ist es durchaus hilfreich, zwar die eigene Position zu vertreten, aber auch die Argumente der anderen Fraktionen anzuhören und zu werten. Persönliche Wertschätzung füreinander und für das politische Engagement der Kolleginnen und Kollegen wäre auch eine gemeinsame gute Grundlage für die nächste Ratsperiode.

Was wünsche ich Ihnen für diese nächste Ratsperiode? Ich möchte es mit einem Text aus einem kölschen Lied sagen - mein geschätzter Kollege und Freund Götz Bacher hat hier mal ein Lied vorgetragen; Herr Oberbürgermeister, ich will das jetzt nicht tun,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Oh, schade!)

aber doch gerne den Text hier vortragen -:

E besje mih Hätz e un besje mih Zick
E besje mih Laache un jet winnijer Strick
E besje mih Freud un jet winnijer Neid
E besje mih Worheit
un jet mih Minschlichkeit.

Jet winnijer Streß un e besje mih Rauh
Jet winnijer ich un e besje mih du

Danke schön.

(Beifall)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Granitzka, für diese Worte. - Wir

kommen dann zur nächsten Wortmeldung. Herr Henseler, bitte.

Andreas Henseler [Freie Wähler]: Ich kann nur an den letzten Beitrag anknüpfen. Fangen wir mit dem Positiven an. Ich glaube, dass die Diskussion um dieses sehr umstrittene Projekt in dieser Stadt sehr verantwortungsbewusst geführt worden ist. Bisher! Das nehme ich einfach mal so in Anspruch. Wenn ich die Diskussion auch im Kulturausschuss Revue passieren lasse, ist mein Eindruck, dass sie verantwortungsbewusst geführt wird. Selbst die Frau Beigeordnete nennt inzwischen die Gegner des Projekts - wenn ich es richtig sehe - Nichtbefürworter, ein ganz angenehmer Ton. Es geht also auch anders, wenn es um Auseinandersetzungen in Sachfragen geht. Das ist für mich ein positiver Aspekt.

Ich setze mit einem weiteren positiven Aspekt fort. Die ganze Debatte hat dazu geführt, dass es beim Projekt Archäologische Zone/Jüdisches Museum zu ganz wesentlichen Umplanungen gekommen ist. Es ist nämlich so, dass der Eingang jetzt nicht mehr am Alter Markt unterhalb des Muschelsaals sein wird. Viele haben ja immer gedacht, der Eingang wäre identisch mit dem Eingang zum ehemaligen Ratskeller; das war er aber nicht. Er sollte unterhalb des Muschelsaals durchgebrochen werden in die Fassade des Bandbaus, er sollte enden im Löwenhof, und von da aus sollte eine weitere Verteilung erfolgen. Ob das alles denkmalschutzrechtlich so über die Bühne gegangen wäre, sei einmal dahingestellt. Darüber brauchen wir nicht mehr lange zu diskutieren. Der Architekt hat eine Lösung vorgestellt, nach der der Eingang nach oben verlagert wird. Ich finde, das ist ein großer Fortschritt. Das hat nicht nur etwas mit Kosteneinsparungen zu tun, sondern das hat auch, glaube ich, mit der Debatte zu tun, die durch das Bürgerbegehren ausgelöst worden ist.

Das hat allerdings auch einen Nachteil. Es ist nicht einfach nur mit einer neuen Tür getan, meine Damen und Herren. Wer sich mit solchen Einrichtungen auskennt, weiß, dass mit dem Eingang erhebliche Infrastruktureinrichtungen verbunden sind: von der Garderobe bis zur Kasse und anderen notwendigen Einrichtungen, wie zum Beispiel für den Verkauf von irgendwelchen Büchern oder sonstigen Dingen, die die Besucher anschließend mitnehmen wollen. Diese Möglichkeit haben Sie bei dem Eingang, wie er jetzt baulich geplant ist, nicht mehr. Das halte ich für einen ausgesprochenen Nachteil.

Ein weiterer Nachteil ist, dass die Kosten immer noch nicht klar sind. Wir haben es hier mit einem Großprojekt zu tun, und die Kosten sind immer noch nicht klar.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Wo sind die Kosten denn klar, Herr Henseler?)

Heute hat uns die Verwaltung auf eine Anfrage der Freien Wähler zur Kostensituation mitgeteilt, man könne die Kosten noch nicht genau beziffern, weil die Grabungskosten noch nicht klar seien. - Ich werde dazu noch eine weitere Frage stellen. Aber ich finde es schon einigermaßen bedauerlich, dass wir nicht in der Lage sind, das in einer vernünftigen Diskussion zu klären.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Es gab in Dortmund einmal die Wiederholung einer Kommunalwahl, weil einen Tag vorher die Kosten nicht klar waren!)

- Ja, das ist schon ein erstaunlicher Vorgang.

Ein weiterer Punkt ist, ob diese Planänderungen durch den gefassten Baubeschluss gedeckt sind. Das wage ich zu bezweifeln. Jetzt bin ich beim Baubeschluss, von dem der Stadtdirektor - er ist gerade nicht im Saal - sagt, es sei ein Baubeschluss. Er hat die Vertreter des Bürgerbegehrens, zusätzlich Herrn Dr. Elster und meine Wenigkeit, eingeladen und uns erläutert, das sei der Baubeschluss. Ich habe dann gefragt, wo das denn stünde, weil nach meiner unmaßgeblichen Verwaltungserfahrung auf einem solchen Beschluss stehen muss: Baubeschluss. Das steht da aber nicht drauf.

(Unruhe)

- Ja, damit fängt es schon an bei den Juristen: Es steht nicht „Baubeschluss“ drauf. Dann: Dieser Baubeschluss ist nicht im Amtsblatt veröffentlicht. Auch etwas merkwürdig, dass er nicht im Amtsblatt veröffentlicht worden ist.

Dann gibt es noch einen weiteren Hinweis, damit ich hier auch mal etwas Neues sage. Das habe ich zwar schon im Kulturausschuss gesagt, aber ich habe noch einen neuen Aspekt: Der RPA-Bericht zu den aus dem Ruder gelaufenen Grabungskosten besagt, dass zu der Zeit, als der

sogenannte Baubeschluss - von dem ich sage, er ist kein Baubeschluss - gefasst worden ist, die Kosten, die in dem Beschluss standen, schon durch die Fakten überholt waren. Das heißt: Die Zahlen in diesem sogenannten Baubeschluss haben nicht gestimmt.

Letzter Punkt. Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, wenn Sie die Planänderungen an die veränderte Grabungssituation knüpfen - in der Antwort auf die Anfrage der Freien Wähler heißt es ja, man könne die Kosten jetzt nicht so genau beziffern, weil das von der Grabungsentwicklung abhängig sei -, dann bin ich gespannt, wie Sie zukünftig Kostensicherheit bei solchen Projekten erreichen wollen, wenn das von solchen Imponderabilien abhängig ist.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie lang sind eigentlich fünf Minuten?)

Abschließend: Bei diesem Bürgerbegehren sind inzwischen annähernd 29 000 Unterschriften gesammelt worden. Wir wollen die Unterschriften Anfang Mai - am 5. oder am 6. Mai; den genauen Tag haben wir noch nicht verabredet; das müssten wir auch mit Ihnen abstimmen, Herr Oberbürgermeister - abgeben. Dann werden es annähernd 30 000 Unterschriften sein. Wir werden aber auch jetzt noch weitersammeln. Der Stadtdirektor hat uns nämlich geraten: Bei 24 000 dürft ihr nicht aufhören, weil möglicherweise einige Unterschriften ungültig sind. - Das kann durchaus sein. Wir gehen aber davon aus, dass wir mit 30 000 Unterschriften auf der sicheren Seite sind.

Wahrscheinlich wird es zu einer juristischen Auseinandersetzung über den Baubeschluss kommen. Deswegen der Vorschlag von unserer Seite, der auch in diesen Antrag Eingang gefunden hat: Wir wollen nicht, dass diese, wie ich finde, fruchtbare Debatte in der Stadt über die Fragestellung insgesamt und auch über inhaltliche Fragestellungen in einer juristischen Auseinandersetzung vor dem Verwaltungsgericht über die Frage endet: War das ein Baubeschluss oder nicht? Das wäre Unsinn. Deshalb unser Vorschlag, den gerade auch Herr Granitzka vorgetragen hat: Machen Sie einen konsultativen Bürgerentscheid über die beiden verschiedenen Varianten: entweder die Variante Erhalt des Platzes, Bussmann-Idee, oder die Lösung nach der Lorch-Idee, wie sie im Zuge des Diskussionsprozesses entwickelt und jetzt verändert worden ist. Dann hätten Sie eine Befriedung in der Stadtgesellschaft und eine tatsächlich demokratisch legitimierte Entscheidung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu weiteren Wortmeldungen. - Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da ich eingerahmt werde von zwei heute Abschiednehmenden, dem Kollegen Winrich Granitzka und der Kollegin Barbara Moritz, gestatten Sie mir, einen Gedanken vorab vorzutragen: Bei aller Kontroverse, die wir hier auf öffentlicher Bühne im Rat immer mal wieder ausgefochten haben, obwohl selbst öffentlich ja meist das Gemeinsame überwog, danke ich ganz herzlich sowohl dir, lieber Winrich Granitzka, als auch dir, liebe Barbara Moritz, für die immer guten, konstruktiven Beratungen.

Wir haben uns oft gestritten, manchmal gezankt, aber immer uns um das Wohl der Stadt gekümmert. Insofern ist es vielleicht eine ganz schöne Abrundung, dass wir just heute gemeinsam zu einem Tagesordnungspunkt reden, wo es tatsächlich noch einmal eine wirkliche stadtpolitische Kontroverse gibt. Das ist überhaupt nicht schlimm, sondern zeigt eigentlich nur, dass es allen, die von den Bürgerinnen und Bürgern in den Rat der Stadt Köln gewählt sind, immer um den richtigen Weg, immer mit demselben Ziel geht: sich um das Wohl der Stadt zu kümmern. Dafür denke ich stellvertretend für alle, die aus dem Rat ausscheiden werden, euch beiden ganz besonders für die wirklich intensive und gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD, der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der Linken. sowie bei Andreas Henseler [Freie Wähler] und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Trotzdem muss ich jetzt in diese Kontroverse sachlich eintreten, weil sowohl der Kollege Henseler als auch der Kollege Winrich Granitzka hier das Thema Bürgerbeteiligung angesprochen haben. Ich will das hier schon auf den Punkt bringen. Sie sprechen beide von Bürgerbeteiligung, aber in Wahrheit meinen Sie Verhinderung. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Menschen in dieser Stadt ein feines Gespür dafür haben, ob man es mit Bürgerbeteiligung ernst

meint oder ob man sie nur als Vehikel nutzt, um in Wahrheit ein bestimmtes politisches Ziel zu erreichen und eine breite parlamentarische, über viele Jahre gewachsene Mehrheit auszuhebeln und zu verhindern. Das ist ein Unterschied.

Die Ernsthaftigkeit dessen, was Sie vortragen, kann man allein dadurch als nicht gegeben belegen, weil Sie ja Gelegenheit gehabt hätten, Bürgerentscheide zu beantragen, auch einen Ratsbürgerentscheid zu beantragen. Aber alles eben zu seiner Zeit! Die Archäologische Zone und die Planungen für das Jüdische Museum sind mitten in der Umsetzung. Es sind viele, viele Millionen Euro an Kosten bereits angefallen. Es sind Dinge geschehen: Mehrjährige Planungs- und Grabungs- und Baubeschlüsse und -phasen hat es bereits gegeben.

Da muss man schlicht und einfach sagen: Nach einem langen Schlingerkurs - die Kollegin Moritz wird gleich das Privileg haben, sich noch einmal mit den verschiedenen Positionierungen der CDU auseinanderzusetzen; das will ich nicht vorwegnehmen, obwohl es mir schwerfällt, das sage ich ganz ehrlich; das hätte ich gerne selbst gemacht; aber heute gebührt ihr das zum Schluss; das sei ihr herzlich gegönnt - hätten Sie diese Möglichkeiten ausschöpfen können, aber Sie haben den Zeitpunkt verpasst. Nachdem Sie sich endlich entschieden hatten, gegen das Jüdische Museum zu sein - jedenfalls an dieser Stelle; der letzte Vorschlag von Herr Elster sieht ja wieder etwas völlig Neues vor; er hat bei der Gelegenheit Herrn Henseler auf der Strecke gelassen, wie man der Zeitung entnehmen konnte -, haben Sie den Zeitpunkt verpasst. Hätten Sie es ehrlich gemeint mit der Bürgerbeteiligung, hätten Sie das alles eben früher machen müssen.

Herr Henseler hat in einem völlig recht - das will ich ausdrücklich bei dieser Kontroverse hier noch einmal sagen -: Ja, es hat erhebliche Weiterentwicklungen und Optimierungen an dem preisgekrönten Entwurf gegeben. Sie sind allesamt gut. Die Höhe des geplanten Baus wird reduziert werden können. Das Grabungsfeld wird verkleinert werden. Der Baukörper insgesamt wird kleiner, und dadurch werden die Plätze, die rundherum neu entstehen, größer. Es bleibt bei dem intimen Platz vor der Renaissance-Rathauslaube, und es wird einen wunderbaren neuen Museumsplatz zwischen dem neuen Jüdischen Museum und dem Walraff-Richartz-Museum geben, zumal auch der Eingang - Kollege Henseler hat völlig recht - nicht nur von der U1-Ebene auf die Erdgeschossebene verlagert, sondern sich sogar noch in Richtung Wallraf-Richartz-Museum öffnen wird. Es ist doch eine großartige Verbesserung, von einem gemeinsamen Museumsplatz in Zukunft beide Museen betreten zu können. Ich bin schier begeistert, wenn ich mir das vorstelle und ausmale.

In der Tat, die Diskussionen in der Bürgerschaft über die vergangenen Monate und Jahre haben dazu beigetragen, dass alle Beteiligten in sich gegangen sind, ihre Sinne noch mal geschärft haben, überlegt haben, wo es tatsächlich Kritikpunkte gegeben hat, die man aufgreifen sollte, weil sie vernünftig sind. Ich finde, es bricht niemandem ein Zacken aus der Krone, zuzugeben und zu sagen: Ja, es hat diese Verbesserungen gegeben. Sie sind unter anderem dadurch angeregt worden, dass es eine solch vorbildliche und breite Debatte in der Bürgerschaft gegeben hat. - Deswegen freue ich mich sehr, dass es diese Weiterentwicklung so gegeben hat.

Ich bin nicht der Einzige, der von dieser Weiterentwicklung positiv angetan ist. Sie haben möglicherweise schon vernommen, dass die Stadt Köln gemeinsam mit der Bezirksregierung und dem Land Nordrhein-Westfalen diese Schritte Punkt für Punkt immer wieder abgeklärt hat, übrigens auch mit dem Landschaftsverband Rheinland, und dass das Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr, mittlerweile sagt: All diese Verbesserungen sehen wir als großen Wurf. Wir sehen sie als wirkliche Weiterentwicklung und Optimierung. Deshalb hat es einem Antrag der Stadt Köln auf Erhöhung des Landeszuschusses, der ja bisher 14,3 Millionen Euro betrug, stattgegeben und dem Oberbürgermeister heute die Förderzusage erteilt, dass das Projekt in Zukunft - also ab sofort - mit 32,7 Millionen Euro gefördert wird.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Ich finde, es ist ein tolles Zeichen dafür, dass das Landesbauministerium damit ausdrücklich attestiert: wegen der herausragenden Bedeutung der Archäologischen Zone, wegen der nationalen Bedeutung und dem nationalen Rang, weil - ich darf zitieren - „die archäologischen Funde deutschlandweit einzigartig und von internationalem Rang“ seien, weil die Planung optimiert wor-

den sei, weil es hier um eine hochrangige Architektur geht, die auch im Zusammenhang mit weiteren Kulturbauten wie der Via Culturalis zu sehen sei, und weil auch das Betriebskonzept, insbesondere durch die Verbesserung, die mit dem Landschaftsverband Rheinland besprochen worden sind, überzeugend sei.

Insofern, lieber Herr Oberbürgermeister, darf ich mit freundlichen Grüßen des Bauministers Ihnen diese Förderzusage für die Archäologische Zone heute übergeben. Er hat sie mir heute Morgen in die Hand gedrückt; hier ist sie. Ich gratuliere zur neuen Förderzusage des Landes.

(Martin Börschel [SPD] übergibt dem Oberbürgermeister eine Unterlage - Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Das ist doch schön, oder? Dieses Dokument ist 18 Millionen Euro wert.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere von der CDU: Bei Ihnen möchte ich doch noch auf eine gewisse Lernfähigkeit und Lernwilligkeit eingehen. Die Planungen haben sich deutlich verbessert. Vieles von dem, was die Bürgerschaft an uns herangetragen hat, ist aufgegriffen worden und wird in die Realisierung einfließen. Ich appelliere ganz eindringlich an Sie, auch nachdem jetzt diese neuen Zuschüsse hier errungen und ergattert werden konnten, die übrigens unter dem Strich dazu führen werden, dass der neue Elster-Vorschlag der CDU am Ende die Stadtkasse teurer kommen würde als die Realisation von Archäologischer Zone und Jüdischem Museum in der optimierten Variante.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Denn der Elster-Vorschlag, der beinhaltet, die Archäologische Zone unter einem Deckel auf dem Rathausplatz zu begraben und das eigentliche Jüdische Museum - was Wunder - für schlappe 100 Millionen Euro mit ein paar anderen Museen zusammen am ehemaligen Kurienhaus am Dom zu realisieren, kommt die Stadtkasse, kommt die Bürgerinnen und Bürger teurer, weil es dafür Städtebauförderungsmittel eben nicht gibt, weil dafür der Landschaftsverband mit seinen Förderzusagen, was die Betriebskosten angeht, nicht zur Verfügung steht.

Sie, Herr Kollege Granitzka, haben eben Willy Brandt zitiert. Ich will Konrad Adenauer anführen. Man kann über ihn sagen, was man will. Aber er hat immer in langen Linien gedacht. Er hat immer darauf Wert gelegt: Wie entwickle ich Köln auch in Jahren, in Jahrzehnten und fast - muss man sagen - in einem Jahrhundert weiter? Wo sind die Stärken, die man unbedingt betrachten muss? Er hätte es niemals zugelassen, dass die Zeugnisse jüdischen Lebens unter dem Deckel eines Sarkophags am Rathausplatz verschwinden.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Er hätte sie gezeigt. Er hätte sie mit Stolz den Kölnerinnen und Kölnern, er hätte sie mit Stolz der Welt gezeigt. Deswegen appelliere ich eindringlich an Sie, jetzt diese goldene Brücke - aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen finanzieller und planerischer Art - zu betreten und eine Kurskorrektur vorzunehmen. Ich möchte mit einem Zitat von Konrad Adenauer schließen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Welchem: dem lebenden oder dem toten?)

- Dem verstorbenen. - Das Internet macht es möglich, dass man so schnell darauf eingehen kann. Konrad Adenauer hat einmal gesagt: „Wir leben alle unter dem gleichen Himmel, aber wir haben nicht alle den gleichen Horizont.“ Mir wäre es sehr lieb, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wenn Sie das beherzigen würden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Börschel. - Wir kommen zu Frau Moritz.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Man kann noch hinzufügen: Auch der Enkel Konrad Adenauers ist durchaus anderer Meinung als die CDU hier im Rat;

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Der ist aber auch in der Stadtentwicklung manchmal anderer Meinung!)

denn er hat gemeinsam mit prominenten anderen CDU-Mitgliedern eine Unterschriftenliste *für* das Jüdische Museum an dieser Stelle unterschrieben.

(Martin Börschel [SPD]: So ist es!)

Da war er übrigens nicht der Einzige. Wenn heute unsere Ministerpräsidentin bzw. der Minister für Städtebau uns eine weitere Förderzusage macht, steht auch dies in guter Tradition; denn auch der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen Jürgen Rüttgers hat dieses Projekt seinerzeit heftig unterstützt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der FDP)

Ich weiß nicht, wie viele Male ich hier im Rat zu diesem Thema geredet habe. Aber ich habe sehr oft darauf hingewiesen, wie einmalig diese Chance ist, jüdische Geschichte am authentischen Ort erlebbar zu machen, und welche europäische Dimension dieses Projekt hat. Das will ich heute nicht noch einmal tun. Vielmehr will ich mal so tun, als ob ich die Argumente der Gegner dieses Projekts ernst nähme, und möchte mich mit diesen Argumenten auseinandersetzen, wenn Sie erlauben. Das bedeutet nicht, Winrich Granitzka, dass wir nicht trotzdem gute Freunde sind; ich bin auch Demokratin und kann gut damit leben, dass andere Leute eine andere Meinung haben als ich. Was ich allerdings nicht so gut vertragen kann, ist, wenn man seine eigene Meinung hinter Scheinargumenten versteckt.

Heute haben wir es mit Ihrem Vorschlag zu tun, ein Moratorium zu erlassen. Ein Moratorium heißt: innehalten. Lieber Kollege Klipper, ich kenne kaum jemanden, der so ungeduldig und zappelig wird, der so oft - ich weiß nicht, wie oft - beklagt hat, dass hier in Köln nichts vorangeht.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Genau! Weil ihr Grünen immer so langweilig wart!)

Heute habe ich gehört, dass Ihr Kollege Elster sogar eine neue Umplanung für das Historische Archiv vorschlagen will. Ich glaube, wir führen gerade den Wettbewerb, wer schreit am lautesten. Ich versuche jetzt mal, den aufzunehmen.

(Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU] - Heiterkeit)

- Ich habe allerdings nicht den Ehrgeiz, hier der größte Schreihals zu sein. Ich will mich mit den Argumenten sachlich auseinandersetzen. Dafür muss ich nicht schreien.

Innehalten ist eigentlich nichts, wofür Sie stehen. Aber in diesem Zusammenhang stehen Sie dann doch dafür. Beklagen Sie sich dann nicht, dass es so lange dauert! Sagen Sie doch deutlich, dass Sie die Realisierung nicht wollen. Das ist demokratisch legitim. Aber nehmen Sie dann bitte auch zur Kenntnis, dass es hier im Rat eine sehr große Mehrheit gibt, die für dieses Projekt ist. Das ist auch gelebte Demokratie.

Aber nein, Sie führen hier Bürgerbeteiligung, Partizipation und ich weiß nicht was noch an. Sie seien ja gar nicht gegen dieses Kulturprojekt, es soll nur anders, behutsamer, gefälliger sein. Sie sagen: Es gehe Ihnen um den Platzerhalt - übrigens einen Platz, der 1 500 Jahre lang bebaut war und erst von alliierten Bombern so geschaffen wurde.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der FDP - Winrich Granitzka [CDU]: Das Wort „Kriegsbrache“ fehlt noch!)

Sie sagen: Es gehe Ihnen um Kostentreue. Aber jetzt kommt es: Ich habe heute - ich gebe zu: das mache ich nicht täglich - einmal auf Ihre Webseite geguckt. Da steht ernsthaft, dass Sie eine gefälligere Alternative für ein Jüdisches Museum haben wollen. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen! Die jüdische Geschichte Kölns ist weder an dieser noch anderswo in der Stadt gefällig zu präsentieren, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Man muss natürlich wissen, was „gefällig“ bedeutet. „Gefällig“ ist so was wie nett, hübsch. Ich meine, das kann nicht unser Begehr sein.

Die von Ihnen vorgeschlagenen sogenannten Alternativen und deren Darstellung strotzen nur so von Widersprüchen. Sie wollen die jüdischen Funde auf dem Rathausplatz angeblich erlebbar machen. Dabei unterstelle ich, dass auch Ihnen nicht unbekannt ist, an welcher Stelle die Synagoge einmal gestanden hat. Nach Ihrer Alternativversion „Platte“ müssten die Besucher kriechen, um irgendetwas zu erleben, weil die Funde direkt unter dem Pflaster neben Portalsgasse und Rathauslaube liegen.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das ist bar jeglichen Wahrheitsgehaltes!)

- Ach du lieber Gott, ein Zuruf aus dieser Ecke. Darauf komme ich gleich noch.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Aber nicht in fünf Minuten!)

- Ich bin jetzt 20 Jahre lang im Rat und darf die vier Minuten um zwei Minuten erhöhen? - Gut.

Würde diese sogenannte Platte realisiert, die ein Architekt skizziert hat, dessen Beitrag bereits die erste Runde des Wettbewerbs nicht überlebt hat, gäbe es entweder nur eine Stehhöhe gegenüber dem Wallraf-Richartz-Museum - da hat der Platz eine Neigung; da kann man tatsächlich stehen -, oder die Platte wäre ein Bauwerk, welches in der direkten Rathausumgebung bei einer Mindesthöhe von nur 2,50 Meter - das ist schon Tiefgaragen-like - die Gassen am Rathaus, die Portalsgasse und die Judengasse, zu Hohlwegen machte. Die Begeher dieser „gefälligen“ Platte müsste man mit Gittern vor Absturz schützen; denn das ist ja keine Platte im eigentlichen Sinne, sondern ein fußballplatzgroßer Sarkophag.

Jetzt komme ich zum kulturpolitischen Sprecher der CDU, Dr. Elster. Ich erlebe ihn leider - oder Gott sei Dank - nur im Unterausschuss. Er sprüht ja immer wieder vor neuen Ideen, die er zwar nicht selber hat, sondern von anderen übernimmt, wie zum Beispiel die Idee von Martin Stankowski, der in einem noch größeren Bau am Rathausplatz auch noch das Stadtmuseum unterbringen will. Gleichzeitig wettert Dr. Elster aber gegen den „Klotz am Rathaus“.

Er will die jüdischen Exponate auch gar nicht in dem neuen Bau unterbringen, sondern im Souterrain des Rathauses am Alter Markt, knapp neben dem authentischen Ort. Aber knapp daneben, Herr Oberbürgermeister, ist auch vorbei. Gleichzeitig beklagt er, dass die Flächen des Jüdischen Museums nach der Umplanung zu klein seien.

(Martin Börschel [SPD]: So ist es! Pharisäer!)

Seit letzter Woche favorisiert er nun eine Unterbringung der jüdischen Exponate im anvisierten Neubau des Stadtmuseums am Roncalliplatz. Gleichzeitig steht auf der CDU-Webseite, dass die Funde am Rathausplatz erlebbar gemacht werden sollen.

Diese Krankheit der Kakophonie und politischen Schizophrenie beschränkt sich leider nicht nur auf Dr. Elster, sondern hat die CDU in Gänze befallen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

- Ja, genau. Es heißt: „mit Hätz un Verstand“. -

Mal stimmt Ex-Oberbürgermeister Schramma für das Projekt - jedenfalls noch zu der Zeit, als Jürgen Rüttgers als Ministerpräsident dafür war -; dann ändert er seine Meinung.

Der von der CDU hochgelobte und am liebsten weiterverpflichtete ehemalige Kulturdezernent und der Ex-OB Schramma hielten ihre Hand über einen Projektleiter, der munter sein Grabungsbudget überschritten hat;

(Martin Börschel [SPD]: So ist es! Das gehört zur Wahrheit dazu!)

nach dieser Kostenexplosion weint die CDU Krokodilstränen und meint, das sei ja ein Desaster.

Meine Damen und Herren, dieses Hin und Her erhöht nicht Ihre Glaubwürdigkeit und entlarvt Ihre Argumente. Das scheinen auch jene CDU-Mitglieder verstanden zu haben, die sich mit ihrer Unterschrift für das Projekt offen gegen ihre Führung stellen.

Obwohl das meine Abschiedsrede ist, musste das mal gesagt werden. Gleich im Hinterzimmer verstehen wir uns dann wieder gut. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Sterck. Bitte schön.

Ralph Sterck (FDP): Werter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Auch ich will zu Beginn der Debatte zu diesem Thema, das die letzten Jahre dieser Amtsperiode geprägt hat, noch etwas Grundsätzliches sagen. Herr Henseler hatte vorhin schon angesprochen, welches Klima hier herrscht. Auch wenn es in der letzten Rede den einen oder anderen Misston gegeben hat, der den Betroffenen vielleicht nicht so gefallen hat, ist es doch so, dass wir hier einen sehr guten Umgang pflegen, den uns auch einige Quertreiber nicht versauen konnten. Wenn ich das mit einigen anderen Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen vergleiche, stelle immer wieder fest: Dass wir hier gemeinsam versuchen, für die Stadt Köln das Beste herauszuholen, ist schon etwas Besonderes.

Gerade dieses Projekt hat meine Kollegin Barbara Moritz und mich zusammengeschweißt. Wir haben das gemeinsam vorangebracht. Keiner hier im Hause war sich, glaube ich, so einig wie wir beide. Ich werde das nun mit Martin Börschel - er hat das wunderbar in seiner Rede eben aufgegriffen - weiterführen. Aber in dieser Frage werde ich dich, Barbara, vermissen.

Barbara Moritz hat eben gesagt: Zu diesem Projekt ist im Grunde von jedem alles gesagt. Das gilt auch für mich; denn auch ich habe schon zig Reden zu diesem Thema gehalten. Deswegen lassen Sie mich jetzt nur ein paar Aspekte aufgreifen, die in dieser Debatte angesprochen worden sind.

Zunächst will ich sagen: Man kann der Stadt Köln nur gratulieren zu dem, was Martin Börschel eben aus Düsseldorf mitgebracht hat. Man muss auch einmal anerkennen, dass das Land uns in dieser Form zusätzlich unterstützt.

(Beifall bei der FDP, der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Darüber müsste sich sogar die CDU freuen. Ich meine, 16 Millionen, 17 Millionen Euro mehr

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Es sind 18 Millionen Euro!)

für die Stadt, für ein solches Projekt ist schon eine tolle Sache, die uns in dieser Frage sehr hilft.

Kollege Granitzka, auch dir danke ich für die sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit, die wir in den letzten Jahren gehabt haben, wenn auch leider nicht bei diesem Projekt. Da sind wir uns, obwohl du am Anfang mal gesagt hattest, dass ihr auch da noch die Kurve kriegen werdet, leider nicht so richtig einig geworden.

Das Thema Bürgerbeteiligung - darauf hat auch Martin Börschel schon hingewiesen - an der Stelle und in dieser Form jetzt aufzumachen, finde ich auch nicht richtig. Der Ex-Oberbürgermeister Fritz Schramma hatte sich im Grunde das Thema Bürgerbeteiligung bei diesem Projekt auf die Fahne geschrieben. Als der Wettbewerb lief, hat er eine Ausstellung initiiert. Das war im Grunde seine Sache. Das war noch zu der Zeit, als er für dieses Projekt war. Er hat es zu verantworten, was in dieser Phase des Projektes an Bürgerbeteiligung gemacht worden ist. Die Unterschriftensammlung, die jetzt gemacht wird, ist im Grunde eher ein Beitrag zur Politikverdrossenheit, weil nämlich den Bürgern damit vorgegaukelt wird, es ginge dabei um ein Bürgerbegehren. In Wirklichkeit ist das nur eine einfache Unterschriftensammlung. Die Bürger werden an der Nase herumgeführt.

(Beifall bei der FDP, der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Irgendwann werden sie das merken, und dann wird es auf Sie zurückfallen.

In der Debatte ist das Stichwort „Moratorium“ gefallen. Das hat die CDU schon einmal bei einem anderen Projekt gemacht, nämlich bei der Flora. Irgendwann war es nicht mehr opportun, das zu entscheiden, und dann wurde es in die Haushaltsplanberatungen ein Dreivierteljahr später verwiesen, was uns letztlich mehrere Millionen Euro gekostet hat. Das ginge uns beim Projekt Archäologische Zone/Jüdisches Museum genauso.

(Beifall von Reinhard Houben [FDP])

Jeder Monat, den wir später damit anfangen, kostet uns 100 000 Euro.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ganz genau!)

Das kann sich die Stadt nicht leisten. Das sind wir auch dem Zuschussgeber, dem Steuerzahler schuldig.

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Henseler hatte hier die Umplanungen angesprochen. Herr Henseler, da muss ich ein wenig Wasser in Ihren Wein gießen. Es waren nicht vorrangig die Diskussionen in der Bürgerschaft, die zu diesen Umplanungen geführt haben, sondern das waren der Zeitverzug und die Kostensteigerungen. Dadurch sind die Dinge ins Rollen gekommen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ach, du hast sie ja nicht mehr alle!)

Sie hatten ja bedauert, dass der Ratskeller im Untergeschoss des Historischen Rathauses aus den Umplanungen herausgefallen ist. Das halte ich auch für einen großen Verlust; denn das wäre bezogen auf die Infrastruktur dieses Projektes

nach meiner Meinung der optimale Einstieg gewesen. Aber wir sehen, dass wir hier einen hervorragenden Architekten haben, der eine tolle Alternativplanung gemacht hat,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

die jetzt sogar Ihnen gefällt, die viele Dinge aufgreift, die die Sache natürlich entsprechend kompakter macht. Ich muss sagen: Ich bin wirklich begeistert von den neuen Plänen. Wir werden mit aller Kraft versuchen, sie zu realisieren.

Barbara Moritz hat darauf hingewiesen, und das Land hat es mit seiner zusätzlichen Förderung jetzt bestätigt, was für eine einmalige Chance dieses Projekt eröffnet. Wir haben das Römische Praetorium, also den Statthalterpalast, der im Grunde das Fundament der Archäologischen Zone bildet. Wir haben die jüdischen Funde. Wir haben eine Synagoge. Wir haben eine Mikwe, die nicht unter einer Platte versteckt werden darf, sondern die mit ihrem räumlichen Volumen erlebbar machen soll, wie es hier im Mittelalter zugegangen ist. Diese Einmaligkeit wird die Leute nach Köln pilgern lassen.

Ich bin stolz darauf, an dieser Entscheidung mitzuwirken, und würde mich freuen, wenn die CDU sich nicht länger verweigert, sondern sich nach der Wahl - vor der Wahl ist das schwierig für Sie; das gebe ich zu - einen Ruck gibt und dieses Projekt kraftvoll mit unterstützt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Werte Zuschauer und Besucher der Ratssitzung! Wir haben gerade viel Entlarvendes gehört, nämlich wie es einzuschätzen ist, was die Vertreter der etablierten Parteien hier in der Ratsdebatte sagen. Wir haben erfahren, dass das im Prinzip hier alles nur Show ist und dass man später im Hinterzimmer bei einem Gläschen Rotwein alles ausklüngelt und das Gegenteil dessen erzählt, was man hier öffentlich als Show aufgeführt hat.

(Beifall bei pro Köln)

Ich kann Ihnen versprechen: Wir von pro Köln meinen das, was wir hier sagen, bitterernst. Wir sagen auch im Hinterzimmer nichts anderes, und wir verstehen uns auch im Hinterzimmer nicht mit diesen Vertretern der Altparteien. Das kann ich Ihnen allen versprechen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Es will sich auch keiner mit Ihnen verstehen! - Weitere Zurufe)

Nichtsdestotrotz bin ich in der Sache der CDU-Fraktion oder der CDU als Partei dankbar,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Tolles Lob!)

dass sie den von pro Köln von Anfang an formulierten Protest gegen das Jüdische Museum auf dem Rathausvorplatz so engagiert fortgeführt hat. Man muss dem wirklich Respekt zollen. Pro Köln ist da freiwillig mal einen Schritt zurückgegangen, auch aus strategischen Überlegungen. Wir haben uns gesagt: Gerade in einer solchen Frage ist es vielleicht nicht so sinnvoll, wenn eine Partei rechts der Mitte an der Spitze des Protestes steht. Da haben wir der CDU gerne den Vortritt gelassen.

(Beifall bei pro Köln - Lachen von Winrich Granitzka [CDU])

- Ja, Herr Granitzka; das wissen Sie doch.

Schon vor Jahren, als die ersten Pläne bekannt geworden sind, haben wir von pro Köln das Thema im Rat eingebracht. Wir von pro Köln haben als Erste gesagt, dass es aus städtebaulichen Gründen eine große Fehlentscheidung wäre, ausgerechnet dort ein jüdisches Museum zu bauen. Wir haben als Erste dieses Thema im Rat debattiert. Damals haben Sie sich noch nicht getraut. Wahrscheinlich haben Sie erst mal abgewartet, wie sich die Stimmung in der Bürgerschaft entwickelt, so wie es die CDU ja immer gerne macht: einmal Hü, einmal Hott; erst mal gucken, was gerade en vogue ist, und dann, wie Mutti Merkel es so schön vormacht, dem immer schön hinterherschwimmen. Nur, in dieser Frage - auch einige jüdische Zeitungen schreiben, dass es hier in Köln eine inoffizielle Allianz zwischen der CDU und den bösen Rechtspopulisten von pro Köln gibt - ist der Widerstand inzwischen weit gediehen.

Ich möchte auch noch einmal an die Vorgeschichte erinnern, und zwar daran, wie am Anfang den Kölner Bürgerinnen und Bürgern dieses Projekt untergejubelt werden sollte. Am Anfang gab es ja die obskursten Versprechungen von irgendwelchen Finanziers, die das sponsern und es dem Kölner Steuerzahler quasi spendieren

würden. Das war von Anfang an erstunken und erlogen, völlig unseriös. Als wir darauf hingewiesen haben, wurden wir fast als Antisemiten beschimpft. Jetzt ist alles genau so eingetreten, wie wir es vorhergesagt haben. Der Kölner Steuerzahler bleibt auf den Megakosten sitzen.

Auch Ihre zweite Rechnung ist nicht aufgegangen, nämlich dass man dieses jüdische Musterprojekt einfach mal so durchsetzt in der Hoffnung, dass das Land oder der Bund die Errichtungskosten dann schon übernehmen würden. Das müssten die ja machen, war Ihr Kalkül. Aber auch das ist nicht aufgegangen.

Jetzt trägt der Kölner Steuerzahler ein weiteres enormes Kostenrisiko für ein Projekt, was städtebaulich an dieser Stelle völlig überflüssig ist, für ein Projekt, von dem auch Experten sagen, dass überhaupt nicht die Masse an Ausstellungsgegenständen vorhanden ist, dass es an dieser Stelle völlig überflüssig ist, dass es eben keinen zwingenden Grund dafür gibt.

Wir haben Probleme mit der Finanzierung, wir haben die städtebaulichen Aspekte, und bei vielen, vielen Bürgern - das hat dieses Bürgerbegehren ja gezeigt - besteht große Skepsis gegen diese Pläne. Auch wenn das Bürgerbegehren wohl formal unzulässig ist, weil Sie da ein wenig geschlampt haben - das muss man ja schon mal sagen -, zeigt es trotzdem den Bürgerwillen von vielen Menschen in dieser Stadt.

Pro Köln steht in dieser Frage auf der Seite der CDU. Wir sind auch für ein Moratorium, um hier noch einmal zu versuchen, gegenzusteuern. In diesem Sinne werden wir dem zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Mir liegen noch Wortmeldungen von Herrn Detjen und Herrn Zimmermann vor. Dann schauen wir mal, wie es weitergeht. - Ich sehe gerade, es melden sich jetzt noch Herr Dr. Elster, Herr Uckermann und Herr Henseler zu Wort.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vorweg Folgendes sagen: Pro Köln ist aus antisemitischen Gründen gegen das Jüdische Museum; das ist sicher wahr.

(Beifall bei Manfred Wolf [FDP] - Zurufe bei pro Köln)

Die CDU ist aus anderen Gründen gegen dieses Museum; das hat mit Antisemitismus überhaupt gar nichts zu tun.

(Beifall bei der Linken.)

Wenn Sie von pro Köln jetzt mit der CDU den Schulterschluss suchen, dann hängt das damit zusammen, dass Sie am Ende sind.

(Zuruf von Karel Schiele [pro Köln])

Wissen Sie, was? Bei der Europawahl ist die 1-Prozent-Klausel eingeführt worden. Sie werden mit pro Deutschland oder mit pro NRW noch nicht mal 1 Prozent bei der Europawahl bekommen. Das ist doch der Vorgang.

Dass Sie sich nicht schämen, dass gegen Sie gerade ein Prozess läuft. Da würde ich an Ihrer Stelle doch im Abgrund versinken. Das sind keine Demokraten!

(Zurufe von pro Köln)

Zum Thema: Wir als Linke haben in den letzten Jahren verschiedene Bürgerbeteiligungen sehr engagiert unterstützt; Stichwort GAG, Stichwort Schauspielhaus, Stichwort Godorfer Hafen. Die Attraktivität dieser Bürgerbegehren war deutlich höher. Das hängt damit zusammen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und lieber Herr Henseler, dass Ihr Bürgerbegehren formal gar kein Bürgerbegehren ist. Es entwickelt gar keinen juristischen Drive. Das muss man einfach mal sagen. All diese Bürgerbeteiligungen, die es vorher gab, hatten auch mit juristischen Verfahren zu tun. Deswegen unterscheidet sich die ganze Sache.

Im Übrigen: Herr Granitzka, Sie fordern hier mehr Bürgerbeteiligung. Dazu kann ich nur sagen: Ich habe den Prozess um das Helios-Gelände intensiv mitverfolgt und freue mich, dass wir heute die Vorlage zu den dortigen Schulen erörtern werden. Das war aber ein konstruktiver Dialog mit der Verwaltung, mit der Politik und mit den Einwohnerinnen und Einwohnern. Das zeigt, wie man Bürgerbeteiligung macht. Ih-

re Bürgerbeteiligung dagegen strahlt keine Attraktivität aus.

Lassen Sie mich sagen, warum wir Ihren Antrag ablehnen werden:

Wir brauchen keine unendliche Baustelle auf dem Rathausplatz; denn das würde ja ein Moratorium bedeuten. Wir wollen auch nicht, dass der Vertrag mit dem Landschaftsverband zur Disposition steht; denn wenn wir ein Moratorium beschließen würden, hieße das nichts anderes, als dass der Vertrag mit dem Landschaftsverband obsolet würde. So schön es auch ist, dass Sie, Herr Börschel, aus Düsseldorf ein paar Millionen Euro mitgebracht haben: Der Vertrag mit dem Landschaftsverband wiegt viel mehr, weil wir über einen langfristigen Vertrag sprechen, der uns über viele Jahrzehnte Millionen Euro ersparen wird. Diesen Vertrag jetzt in Abrede zu stellen, halte ich für hochgradig gefährlich. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Eines wundert mich: Sie haben ja immer kritisiert, der Baukörper sei zu groß. Jetzt wird der Baukörper kleiner, und das gefällt Ihnen auch nicht. Das verstehe ich überhaupt nicht.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Der wird nicht kleiner! Das ist derselbe Baukörper!)

Dazu kommt, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Sie isolieren sich mit Ihrer Kampagne immer weiter. Herr Stankowski ist nicht mehr dabei, Thor Zimmermann ist nicht mehr dabei. Andere politische Kräfte sind nicht mehr dabei. Ihre Position hat keine Ausstrahlung. Deswegen werden wir Ihrem Antrag nicht folgen.

Es ist schlicht und ergreifend schade, dass Sie in Ihrer ganzen Betrachtung die Frage der Darstellung des jüdischen Lebens in einem Museum - darüber bestand ja anfänglich noch Konsens - irgendwann aufgekündigt haben. Wir halten die Arbeit von Herrn Trier und seinem Team für gut und kompetent, auch wenn wir bei den einzelnen Vorschläge nicht detailliert drin sind. Aber wir haben den Eindruck: Die Leute machen sich Gedanken. Das ist eine Entwicklung, die positiv und nicht negativ ist. Die Planungen werden verfeinert, sie werden besser, sie werden konkreter. Deswegen freuen wir uns, dass wir diesen Beschluss mittragen können, nämlich dass das Museum gebaut wird. - Danke.

(Beifall bei der Linken. und der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Eine weitere Wortmeldung kommt von Herrn Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Meine Damen und Herren! Ich will noch einmal die Position der CDU klarmachen: Warum brauchen wir jetzt ein Moratorium, und warum haben wir einen Änderungsantrag zu unserem Antrag eingebracht? Auf der Basis der Diskussion, die am Donnerstag geführt worden ist, ist das notwendig geworden. Wir haben nämlich das Gefühl, dass wir uns mittlerweile in dem ganzen Prozess außerhalb der Beschlusslage des Rates der Stadt Köln befinden. Und das, meine Damen und Herren, ist gefährlich, weil zwar Landesförderung winkt, diese aber auch irgendwann zurückgefordert werden kann, wenn hier mit nicht ordnungsgemäßen Beschlüssen gearbeitet wird.

Ich will ganz kurz auf die Landesförderung eingehen, die uns Herr Börschel als Landbote überbracht hat. Es ist ja gut, dass der Minister das Porto sparen konnte, indem er Herrn Börschel nach Köln geschickt hat. Uns stehen jetzt über 30 Millionen Euro für die Archäologische Zone und das Jüdische Museum als Gesamtprojekt zur Verfügung. Klar ist aber auch: Es war das für Städtebauförderung zuständige Ministerium, das jetzt noch einmal in die Schatulle gegriffen hat, und das ist auch gut so. Natürlich ist die Archäologische Zone ein fantastisches Projekt; das hat auch niemand von der CDU-Fraktion hier jemals bestritten.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja ganz etwas Neues!)

- Es hat niemals jemand von der CDU-Fraktion bestritten, dass die Archäologische Zone ein wirklich wichtiges Projekt ist. Wieso sollten wir die 2000-jährige Geschichte der Stadt Köln infrage stellen? Wieso? Das haben wir nie gemacht, meine Damen und Herren. Aber der für die Städtebauförderung zuständige Minister darf aus seinem Geschäftsbereich das Jüdische Museum gar nicht fördern. Von daher kann der Minister diesen Hochbau, also das, was Sie als Jüdisches Museum bezeichnen - wogegen wir uns einsetzen, was wir als Hochgebäude verhindern wollen -, nicht fördern. Das bedeutet, dass es zwischen diesen beiden Projekten, dem Jüdischen Museum und der Archäologischen Zone, eine ganz klare Trennung geben muss.

Ich will noch einmal deutlich machen: Wir haben keine Kostentransparenz. Das ist der erste Grund, warum wir hier und heute dieses Morato-

rium fordern und warum wir von der Verwaltung verlangen, eine neue Vorlage einzubringen. In 2010 ist hier ein Baubeschluss gefasst worden - gegen unsere Stimmen -, in dem es hieß: 51,77 Millionen Euro soll das Gesamtprojekt kosten.

(Martin Börschel [SPD]: Was denn jetzt: ein Baubeschluss oder nicht?)

- Herr Börschel, hören Sie einfach mal ein paar Minuten zu!

(Martin Börschel [SPD]: Ja, eben! Aber was ist es denn nun?)

Herr Oberbürgermeister, es wäre hilfreich, wenn Sie dafür sorgen könnten, dass ich gegen Herrn Börschel auch mal zu Wort komme.

(Zurufe von der SPD)

Im Baubeschluss hieß es: 51,77 Millionen Euro soll das Gesamtprojekt kosten, und man würde uns alsbald darüber informieren, welche Baukostensteigerungen zu erwarten sind, weil die Zahlen damals schon veraltet waren. In 2010 haben wir keine neuen Zahlen bekommen. In 2011 haben wir keine neuen Zahlen bekommen. In 2012 haben wir keine neuen Zahlen bekommen. Aber im Oktober 2013 hat der Oberbürgermeister der Presse bekannt gegeben, dass das Projekt wahrscheinlich 60 Millionen Euro kosten wird. Das heißt: Über eine Pressemitteilung haben wir von einer Kostensteigerung von knapp 8 Millionen Euro erfahren. Einen Monat später ist vom Oberbürgermeister eine weitere Pressemitteilung herausgegeben worden, in der es hieß, dass die Baukosten wahrscheinlich auch 5 Millionen Euro höher sein werden. Das heißt: Wir haben wahrscheinlich Kosten von ungefähr 13 Millionen Euro mehr zu erwarten, als wir 2010 beschlossen haben.

Seitdem warten wir darauf, dass die Verwaltung uns irgendwann mal die Zahlen präsentiert. Meine Damen und Herren - ich schaue jetzt in Richtung Verwaltung -: Das ist relativ einfach. Man bräuchte im Prinzip nichts anderes machen, als im SAP-System die Knöpfe zu drücken und eine dann konsolidierte Zahl dem Rat der Stadt Köln vorzulegen, um uns über die Kostensituation in Kenntnis zu setzen. Das schafft die Verwaltung aber seit über einem halben Jahr nicht. Die Kostensituation ist völlig unklar.

Dasselbe gilt auch für die zweite Stellschraube des Beschlusses: das Raumprogramm. Das Raumprogramm ist nicht klar. Niemand weiß heute, wie das Museum tatsächlich aussehen soll. Niemand hat bislang ein Konzept für dieses Museum vorgelegt. Das scheint völlig egal zu sein. Es wird immer nur darauf rekurriert, dass es auf dem Rathausvorplatz eine 2000-jährige Geschichte gibt. Das bestreitet doch auch niemand, aber das macht noch kein Raumprogramm.

Insgesamt hat das Museum zwei Drittel seiner Fläche, die ursprünglich einmal vorgesehen war, verloren.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt überhaupt nicht! Das ist völlig falsch!)

Es sollten ursprünglich 1 000 Quadratmeter im Rathausparterre - nicht im Souterrain, sondern im Parterre zum Alter Markt - sowie 800 Quadratmeter im Neubau verfügbar sein. Summa summarum waren es einmal 1 800 Quadratmeter, die das Jüdische Museum betreiben sollte. Heute sind davon noch 500 Quadratmeter übrig.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber Sie wollen doch überhaupt kein Jüdisches Museum!)

- Das stimmt doch überhaupt nicht. Wir wollen keinen Neubau. Wir wollen ein jüdisches Museum, aber im Ratskeller.

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach, im Ratskeller! Der Mann entlarvt sich selbst!)

Das stimmt doch überhaupt nicht, was Sie sagen.

(Weitere Zurufe von der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Ralph Elster (CDU): Ich komme gleich zum Ende. - Eines ist auch klar, meine Damen und Herren: Das Geld vom Städtebauminister ist

letztendlich Steuergeld. Es ist Steuergeld, was hier verausgabt werden soll. Das ist genauso zu achten wie das Geld, was hier in der Stadt Köln vereinnahmt wird.

(Beifall bei der CDU)

Abschließend will ich noch etwas zu Ihren Vorwürfen, wir würden die jüdische Geschichte missachten, wir würden kein jüdisches Museum wollen, sagen. Das ist doch alles überhaupt nicht wahr.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Im Ratskeller! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Im Ratskeller vergraben!)

Wir wollen im Rathaus auf 1 000 Quadratmetern in würdigster Atmosphäre die jüdische Geschichte darstellen. Sie dagegen wollen einen Neubau für 60 Millionen Euro, um dann auf der Hälfte der Flächen, die wir heute schon parat haben, ein Jüdisches Museum einzurichten. Da kann man mal überlegen, was besser ist.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich will noch einmal die Wortmeldungen bekannt geben, und zwar in der Reihenfolge, wie sie hier eingegangen sind: Herr Henseler, Herr Uckermann, Herr Görzel und dann Herr Börschel. Damit schließen wir die Rednerliste. - Bitte schön, Herr Henseler.

Andreas Henseler (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich finde, es ist eine erfreuliche und interessante Wendung - das muss man einfach zugeben -, dass das Land Nordrhein-Westfalen als Zuwendungsgeber jetzt noch mehr Mittel bereitstellt. Ich finde es auch in Ordnung, dass man das herausarbeitet und es hier inszeniert. Chapeau! Martin, das war eine gute Nummer; das muss man sagen.

(Heiterkeit bei der FDP)

Aber - jetzt kommt das Aber -: Die Verhältnisse zwischen Land und Stadt haben sich geändert. Es kam mir ein bisschen so vor wie die Attitüde eines Großherzogs.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP - Martin Börschel [SPD]: Das habe ich auch noch nie gehört!)

Das war so ein bisschen vordemokratisch: Ihr diskutiert, und wir besorgen das Geld.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Das war in der SPD schon immer so - auch früher, als Sie dabei waren! - Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP)

- Das wollte ich ja gerade herausarbeiten. Lass mich doch mal ausreden! - Sie sagen ja immer, Sie wollten das ändern, Sie wollten das jetzt nicht mehr machen; Sie seien ein völlig neuer Verein. Wenn ich aber sehe, mit welcher Attitüde Sie das hier gemacht haben, fühle mich an alte Zeiten erinnert.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP)

Jetzt will ich aber noch ein paar ernsthafte Sachen sagen. Auch wenn man seit langem hier im Rat ist, sollte man seine Argumente nicht so vortragen, wie Sie, Frau Moritz, es hier getan haben. Die sogenannte Platte mit den Worten abzutun, man wolle sie über die jüdischen Bodendenkmäler legen, um diese unsichtbar zu machen, das war, finde ich, so nicht in Ordnung.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch aber so!)

- Nein, das ist nicht in Ordnung. Es gab im Wettbewerb mehrere Vorschläge, die den Platz auf ähnliche Art und Weise erhalten wollten.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber 3 Meter hoch!)

- Nein, nicht 3 Meter hoch. Frau Moritz, auch im Praetorium wird es nicht höher als 3 Meter sein; das sagt der Architekt ja auch immer.

(Ralph Sterck [FDP]: Da sind wir doch viel näher an der Oberfläche! Sie haben doch keine Ahnung! Das Praetorium liegt doch viel tiefer! Das ist doch 1000 Jahre älter! – Weiterer Zuruf: Keine Ahnung, aber viel Gerede!)

- Dass das viel tiefer liegt, besagen die einfachen Gesetze der Logik. Aber dass die Fläche abschüssig ist und man dadurch Höhe gewinnt und dass in der Mitte des Platzes auch Lösungen für die Synagoge gefunden werden sollen, erwähnen Sie nicht.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch nicht in der Mitte des Platzes!)

Das sieht man auf der Animation. Frau Moritz, schauen Sie doch mal auf unsere Webseite: www.freie-waehler-koeln.de.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das kann man sich sparen!)

Sie werden feststellen, dass es auch noch andere Lösungen gibt

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber die sind Fake, Ihre Lösungen!)

und dass man hier nicht einfach behaupten kann, diese Platte würde alles abdecken. Es ist einfach unredlich, es hier so darzustellen, als sei das der Ansatz allein derjenigen, die eine andere architektonische und eine andere städtebauliche Lösung favorisieren. So unredlich kann man, finde ich, im Rat nicht miteinander umgehen. Das sollte man sich nicht gegenseitig unterstellen.

Letzter Punkt – dann bin ich auch durch; denn auch ich habe schon mehrfach etwas dazu gesagt -: Sie bekommen in der Auseinandersetzung um dieses Projekt von der Stadtgesellschaft nicht die Legitimation, die Sie sich wünschen. Es gibt inzwischen eine Bewegung vom LD-Haus-Verein - wo ich im Übrigen Mitglied bin - über den DGB bis hin zur evangelische Kirche, die eine Diskussion über den modifizierten Lorch-Vorschlag in Gang bringen will.

Im Übrigen: Der Baukörper hat sich überhaupt nicht verändert; da hat Herr Dr. Elster völlig recht. Der Baukörper ist gleich geblieben, er hat sich nicht verändert. Wir befassen uns sehr intensiv mit dem ganzen Projekt. Geändert hat sich lediglich der Platz zwischen den Museen. Aber der Baukörper an sich ist von den Planänderungen nicht betroffen; er ist völlig gleich geblieben. Auch die Einfassung der Rennaissancelaube hat sich nicht geändert.

Das Problem ist, dass es in einer modernen Stadtgesellschaft - wo man die Zuwendungsbescheide nicht einfach so übergeben sollte - nicht mehr genügt, zu sagen: Wir haben einen Architektenwettbewerb gemacht. Nein, Sie müssen die Bürger anders beteiligen. Es ist eine relativ kleine Gruppe - ich will jetzt nicht sagen: ein elitärer Verein, um den Leuten nicht zu nahe zu treten, die sich da engagieren -, die ihre Geschmacksvorstellungen architektonisch umsetzen will und dies als positives Ergebnis propagiert.

Sie wären gut beraten, meine Damen und Herren, wenn Sie auf den Vorschlag, der im Antrag enthalten ist, eingingen. Damit würden Sie die Stadtgesellschaft befrieden. Sie hätten dann eine Abstimmung, und Sie hätten eine Klärung. Das wäre ein demokratischer Prozess. Aber dagegen wehren Sie sich, weil Sie das Konzept, das Sie für richtig halten, unbedingt durchsetzen wollen. Das ist der Dissens in dieser Diskussion. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zu Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich, wie eine Debatte um ein Infrastrukturprojekt hier missbraucht wird von einigen - ich sage bewusst - linken Verwirrten, um andere zu diffamieren.

(Beifall bei pro Köln)

Eines sage ich Ihnen mal, Herr Detjen: Von einem ehemaligen Unterstützer der Angehörigen von Terrororganisationen

(Winrich Granitzka [CDU]: Das ist nicht in Ordnung!)

wie der RAF und Palästinenserorganisationen, -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Stopp!

Jörg Uckermann (pro Köln): - die Israel laufend angegriffen haben, brauche ich mich nicht als Antisemit bezeichnen lassen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich erteile Ihnen hiermit einen Ordnungsruf, weil Sie ein Mitglied dieses Hauses als Unterstützer einer Terrorgruppe bezeichnet haben.

(Markus Wiener [pro Köln]: Er war Herausgeber *Angehörigen Info* der RAF!)

Jörg Uckermann (pro Köln): Entschuldigung, Herr Detjen ist Herausgeber der *Angehörigen Info* der RAF gewesen, die insbesondere im Bunde stand mit Flugzeugentführern, Bombenlegern - auch gegen Israel - und die in der Bekämpfung von Israel führend war. Das sind Tatsachen. Wenn Sie mir dafür einen Ordnungsruf erteilen, dann nehme ich das als Auszeichnung an, Herr Oberbürgermeister.

(Beifall bei pro Köln)

Ich war mehrere Male in Israel. Sie wissen, wir haben hier eine israelische Delegation empfangen. Wir haben einen Kulturwissenschaftler hier gehabt, nämlich Professor Weiss. Herr Granitzka konnte ja auch mit ihm sprechen. Wir haben uns das Areal gemeinsam angesehen. Ich habe ihn gefragt: Herr Professor Weiss, was sagen Sie denn dazu: Ist es für die Stadt Köln zwingend, genau an diesem Punkt zu arbeiten? Haben wir hier Dinge, die genuin wichtig sind für die jüdische Kultur? Darauf hat er gesagt: Nein. Er hat mir sogar noch eine Expertise geschickt; das ist so.

Im Übrigen: Weil ich Sie hier immer sagen höre „die jüdische Kultur“, da frage ich Sie: Welche meinen Sie denn? Meinen Sie die sephardische Kultur? Meinen Sie die aschkenasische Kultur? Was meinen Sie denn genau? Sie haben gar keine Ahnung, wovon Sie reden. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei pro Köln)

Das alles ist nur Geschwätz. Sie tun so, als gäbe es ein vorgefertigtes Muster der jüdischen Kultur, das man nur dorthin setzen muss und Feierabend. Da sage ich Ihnen: Wenn dem so wäre, könnte man das auch in jeder anderen Stadt bauen. In Warschau hat man jetzt ein jüdisches Museum schlüsselfertig gemacht. Es konnte aber leider nicht eröffnet werden, weil man keine Ausstellungsstücke hat. Ich habe allein im Kulturausschuss mindestens dreimal angefragt: Kann ich mir die Ausstellungsstücke für den Hochbau - er soll ja zwei Etagen bzw., wenn man den Ratskeller mitrechnet, sogar drei Etagen haben; da kann man ja einiges ausstellen - einmal ansehen, auch wenn sie sicherlich noch eingepackt sind? Da hat man mir gesagt: Es ist gar nichts vorhanden; wir müssen uns erst darum bewerben, etwas zu bekommen, was wir in den Räumen ausstellen können.

Sie sollten hier ganz ehrlich sein. Wir sprechen hier im Prinzip von zwei Projekten: zum einen über das Jüdische Museum und zum anderen über den Tiefbau, nämlich die Archäologische Zone, also all das, was uns die Römer hinterlassen haben, und das, was danach geschah. Sie buddeln sich hier durch Köln und wissen noch gar nicht, was das alles kostet. Meine Frage im Projektsteuerungsausschuss war: Kann man die Kosten bei den Grabungen überhaupt begrenzen?

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Völliger Quatsch!)

Antwort: Dann müsste man ja die Grabungen begrenzen. - Das heißt: Gehen die Grabungen bis Deutz, dann kostet es soundso viel. Buddeln wir bis Ostheim oder bis Düsseldorf, dann kostet es soundso viel. Sie haben noch gar nicht festgelegt, bis wohin gegraben wird. Sie buddeln einfach mal drauflos, und entsprechend kostet das. Das heißt: Sie haben keinen Kostenrahmen gesetzt.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Alles Unsinn!)

Und dann kommt hier der Heilsbringer Bürschchen Börschel von der SPD und sagt: Ich habe 17 Millionen Euro vom Land Nordrhein-Westfalen mitgebracht - er ist dort Vorsitzender des Haushaltsausschusses -, darüber freuen wir uns in Köln alle. Aber alleine 17 Millionen Euro beschließen wir nachher schon als Kostenerhöhung für den Schulerweiterungsbau der Kaiserin-Theophanu-Schule. 90 Millionen Euro beschließen wir nachher für eine sogenannte Universitätsschule. Und da sagen Sie angesichts einer so komplizierten Sache in einer so eng und dicht bebauten Innenstadt, wo Sie derart in die Tiefe bauen und noch dazu einen Hochbau bewerkstelligen wollen, dass Sie mit 57 Millionen Euro auskommen werden. Sie wissen doch ganz genau, dass es im Worst-Case 300 Millionen Euro sein können. Und weil Sie das wissen, tingeln Sie durch die Gegend. Darum biedern sich doch überall an. Darum rennen Sie doch zum Land.

Das hat übrigens schon Herr Klipper gemacht, als das hier zum ersten Mal zur Diskussion stand. Ich weiß noch, wie er hier stand und voller Inbrunst sagte: Ich habe mit unserem Fraktionsvorsitzenden gesprochen; die Kohle kriegen wir. - Der Schramma hat gesagt: Ich habe da mit einem Mäzen gesprochen; die Kohle kriegen wir. Das kostet Köln keinen Pfennig. Die wollen nur das Grundstück haben; die wollen nur auf dem Rathausvorplatz bauen; die Kohle kriegen wir.

Und was ist passiert? Gar nichts. Nichts gibt es. Jetzt bringt Herr Börschel 17 Millionen Euro mit. Dafür muss eine arme Oma lange stricken. Für die Stadt Köln aber, diese Geldverbrenner, ist das gar nichts. Sie sind überhaupt nicht ehrlich bei dem, was Sie hier tatsächlich machen.

Dann schwenken Sie auf die Pro-Köln-Linie um. Jetzt werden Sie, Herr Oberbürgermeister, natürlich gleich sagen: Kommen Sie zum Ende. Aber mir geht es hier um Köln, und ich lasse nicht zu, dass Sie hier am laufenden Band unkontrolliert Geld verbrennen und verschwenden. Da machen wir nicht mit. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Görzel. Bitte.

Volker Görzel (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Uckermann, Sie sollten sich schämen, ob eines solchen Projektes hier eine solche Show zu veranstalten. Das ist der Sache nicht würdig. Schämen Sie sich!

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Im Unterausschuss wurde vor drei Wochen eine überplante, neue Konstruktion vorgestellt; sie wurde hier eben schon erwähnt. Die Vorstellung, für die ich sehr dankbar war, hat gezeigt, dass mit einigen, offensichtlich nicht ausrottbaren Irrglauben in diesem Zusammenhang aufgeräumt werden kann. Auch heute ist hier wieder der Begriff „Klotz“ gefallen. Nein, es wird kein Klotz entstehen. Die Planungen und die Modelle haben gezeigt, dass es eine maßvolle Einfügung ist. Denjenigen, die hier immer noch sagen: „Wir vermissen die Platte, eine Platte hätte es doch auch getan, wir zerstören die Platzkultur!“, sei in Erinnerung gerufen, dass nach dem Modell, das uns das Architekturbüro Lorch vorgestellt hat, ein qualitativ hochwertiger Platz entsteht.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das stimmt doch gar nicht! - Gegenruf Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt doch!)

Schauen Sie einmal aus dem Fenster auf den Theodor-Burauen-Platz! Dieser Platz dort hinten wird kleiner sein als der neue Platz, der qualitativ ansprechend entsteht. Hören Sie bitte endlich auf, immer wieder Zweifel mit Unwahrheiten unterminieren zu wollen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Dr. Elster, Ihr Vortrag war der lebendige Beweis, dass es Ihnen nicht um die Sache geht. Auf der einen Seite sagen Sie: Es gibt gar nicht genug Ausstellungsmöglichkeiten,

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das habe ich nicht gesagt! - Gegenruf von Martin Börschel [SPD]: Im Landschaftsverband!)

es gibt kein ausreichendes Raumprogramm, und dann, kaum dass dieser Satz ausgesprochen ist, kritisieren Sie, dass es jetzt in Wahrheit zu klein würde. Also: Entweder es ist zu groß, dann sind Sie dagegen, oder es ist zu klein, dann sind Sie dagegen. Sagen Sie doch, dass Sie dagegen sind, weil Sie das Projekt nicht wollen!

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bei allem Verständnis für Bürgerbeteiligung, Herr Dr. Elster und Herr Henseler: Ich werde gleichwohl den Eindruck nicht los, als wäre diese Bürgerbefragung, die Sie jetzt durchführen - jeder, der sich damit auskennt, weiß: Das ist kein Bürgerbegehren -, ein Zünden von Nebelkerzen. Es ist kaum ein Thema in der Stadtgesellschaft in den letzten Jahren so intensiv verhandelt und behandelt worden wie dieses eine Projekt. Auch die Bürger hatten und haben Gelegenheit, sich zu diesem Projekt zu Wort zu melden. Ich nehme an, dass auch Sie regelmäßig die hiesige Presse lesen. Sie wissen also: Die Bürger nehmen diese Rechte auch wahr. Verschweigen Sie das nicht! Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der FDP)

Das Projekt und die Neuplanung hätte Ihnen, Herr Henseler, Herr Dr. Elster und liebe CDU, die Gelegenheit gegeben, eine goldene Brücke zu betreten.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ich finde es sehr schön, dass Sie „Neuplanung“ sagen!)

Sie haben diese goldene Brücke aus welchen Gründen auch immer - darüber mag ich nicht spekulieren - nicht betreten. Stattdessen kommen Sie immer wieder mit irgendwelchen formellen Einwänden. Vor einem Jahr war es die mangelnde Zuständigkeit des LVR; jetzt kommen Sie mit mangelnder Beschlusslage. Irgendwo hat da möglicherweise ein Komma gefehlt. Sie finden immer einen Grund, um gegen dieses Projekt zu sein. Ich finde, dieses Projekt hat einen anderen Umgang verdient. Wir sollten uns nicht auf Ihre Nebelkerzen einlassen. Ich hoffe, im nächsten Rat, dem ich hoffentlich auch angehören werde, werden wir dieses Projekt zum Blühen bringen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Abschließend erhält noch einmal Herr Börschel das Wort.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Ich will noch drei kurze Anmerkungen machen.

Zum einen drängt es mich natürlich, auf Herrn Henseler einzugehen. Ich mag ja ein bisschen gebraucht haben, um mich vom alten Lehrmeister zu emanzipieren. Trotzdem trifft mich natürlich der Vorwurf schon, das sei vordemokratisch gewesen. Darauf will ich selbstverständlich eingehen. Stellen Sie sich doch mal vor, wie Verwaltungsverfahren normalerweise ablaufen. Der Oberbürgermeister handelt aufgrund gültiger Ratsbeschlüsse. Aufgrund dieser gültigen Ratsbeschlüsse stellt er beim Land einen Antrag, und das Land genehmigt den. Das Einzige, was heute passiert ist, ist, das so zu beschleunigen, dass es noch zu dieser Ratssitzung kundig werden konnte.

Ich bitte Sie, sich mal ganz kurz in die Lage zu versetzen, wenn das Schreiben auf dem normalen Postweg morgen beim Oberbürgermeister eingegangen wäre. Sie wären der Erste gewesen, der Zeter und Mordio geschrien hätte, den Oberbürgermeister einen Betrüger und Verschleierer gescholten hätte. Vielleicht hätten Sie es ein bisschen harmloser formuliert, aber Sie hätten ihm mit Sicherheit vorgeworfen hätte, er hätte das zwingend heute in der Ratssitzung vorlegen müssen. - Das ist jetzt passiert: Das Schreiben wurde vorgelegt, und das muss doch ganz in Ihrem Sinne sein.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt, zu Herrn Dr. Elster: Wenn das kein Schlingerkurs ist, dann weiß ich auch nicht weiter. Wir haben heute noch einmal final gelernt, dass die CDU - jedenfalls in Person von Herrn Dr. Elster, aber auch einigen anderen - wahlweise das Jüdische Museum gar nicht realisieren, es im Haus Kutz realisieren, es in dem Baufeld östlich des Kurienhauses realisieren oder, wie heute gesagt, es wieder in den Ratskeller verbannen will. Das ist doch verrückt. Vier Vorschläge für das Jüdische Museum innerhalb kürzester Zeit vom selben Mann, der in der Tat in den Gremien des Landschaftsverbands beklagt, dass die Ausstellungsfläche plötzlich zu klein war. Das ist schizophren, Herr Kollege, und das muss man hier auch sagen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Der letzte Punkt, auf den ich eingehen will: Falls Sie das aus Ihrem Manuskript des Wortprotokolls streichen sollten, möchte ich das hier noch einmal einführen. Ich stelle fest, dass Sie eben in Ihrem Wortbeitrag zugegeben haben, dass die Stadtverwaltung auf Grundlage eines gültigen Baubeschlusses, der einige Jahre alt ist, agiert. Das war mir für die Protokollsituation hier wichtig. Das haben Sie ausdrücklich zugegeben. Ich finde, das ist wichtig. An der Stelle gebe ich Ihnen recht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es folgt noch eine kurze Replik von Herrn Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Erstens bin ich nicht schizophren. Ich habe letztendlich nichts anderes gemacht als das vorgetragen, was Beschlusslage in der CDU-Fraktion seit mindestens vier Jahren ist.

(Lachen bei der SPD - Martin Börschel [SPD]: Das macht es nicht besser!)

Wir möchten keinen Neubau auf dem Rathausplatz. Wir möchten das Jüdische Museum im Rathaus der Stadt Köln verwirklichen.

(Zuruf von der SPD: Im Keller!)

- Nein, das ist nicht der Keller, sondern das ist die Erdgeschosssituation vom Alter Markt. Es ist

kein Keller. Nur weil es Rathauskeller heißt, ist es noch lange kein Keller.

(Martin Börschel [SPD] hält ein Papier hoch - Martin Börschel [SPD]: Was ist das, Herr Dr. Elster?)

Das ist das, was wir schon immer verlangt haben. Wenn das Projekt dort gebaut würde, so wie wir es vorgestellt haben und wie es auch Herr Henseler noch einmal deutlich gemacht hat, einschließlich der Synagoge in einem vernünftigen Präsentationsgebäude, wäre das ein vernünftiger, angemessener Umgang. Das Rathaus selber, der Ratskeller, ist ja wohl einer der historischsten Plätze in Deutschland überhaupt, meine Damen und Herren.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Was?)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Lassen Sie Herrn Dr. Elster in Ruhe ausreden.

Dr. Ralph Elster (CDU): Die zweite Bemerkung: Es ist ganz klar, dass das kein Baubeschluss ist. Das hat Herr Henseler auch noch einmal deutlich gemacht. Das Wort „Baubeschluss“ taucht dort nicht auf. Die Beschlusslage der Stadt Köln sieht aktuell etwas anderes vor. Die Verwaltung arbeitet im Augenblick auf der Beschlusslage von 2010. Das ist der letzte Beschluss, der zu diesem Thema gefasst worden ist. Wir sind der Meinung, dass sich die Verwaltung mittlerweile außerhalb dieser Beschlusslage befindet, weil sie erstens sich außerhalb des Kostenrahmens befindet und zweitens sich außerhalb des Leistungsrahmens befindet.

(Beifall bei der CDU - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt jetzt auch gar nicht!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Vielen Dank.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir stimmen ab über den Antrag unter TOP 3.1.7 - Antrag der CDU-Fraktion und von Ratsmitglied Henseler - einschließlich des Änderungsantrags der Ziffer 3, der hier nachgereicht worden ist. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU und die Fraktion pro Köln sowie Herr Henseler. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung von Herrn Zimmermann ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt für das Projekt "Archäologische Zone/Jüdisches Museum" bis Ende 2014 ein Moratorium für den Hochbaubereich auf dem Rathausvorplatz. Hiervon ausgenommen bleiben lediglich die archäologischen Grabungen und die dadurch notwendigen Sicherungsmaßnahmen. Während des Innehaltens sind die bisherigen Planungen und baulichen Maßnahmen für den Neubau eines Jüdischen Museums auszusetzen.*

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, bis nach der Sommerpause 2014 und in Abstimmung mit der Kölner Architektenkammer die von dem „Bürgerbegehren Rathausplatz“ favorisierte „behutsame, maßvolle Lösung, die den Rathausplatz erhält, die archäologischen Funde mit den Zeugnissen jüdischer Kultur erlebbar macht und die Baukosten (Bezug 51,7 Mio. €) um die Hälfte vermindert“ planerisch aufzuarbeiten und in einem architektonischen, stadtplanerischen und finanziellen Vergleich dem aktuellen Vorschlag der Architekten Wandel Hoefer Lorch GmbH, vorgestellt in der Sitzung des Unterausschusses Kulturbauten am 17.03.2014, gegenüberzustellen. Der Vergleich soll sodann als Grundlage für ein alternatives Bürgerbeteiligungsverfahren dienen, das eine hinreichende Legitimation in der Stadtgesellschaft für die zukünftige Gestaltung des Rathausvorplatzes gewährleistet.*

3. *Der Rat stellt fest, dass die von der Verwaltung in der Sitzung des Unterausschusses Kulturbauten sowie in der Sondersitzung des Ausschusses Kunst und Kultur am 03.04.2014 vorgestellten aktuellen Planungen von Herrn Prof. Wolfgang Lorch für das Projekt Archäologische Zone/Jüdisches Museum in wesentlichen Punkten nicht mehr der Entwurfsplanung entsprechen, die die Grundlage für die Ratsbeschlüsse vom 13.04.2010, 14.07.2011 und 18.07.2013 bildete. Daher wären für die weitere Umset-*

zung der aktuellen Planungen durch die Verwaltung erneute Beschlüsse des Rates notwendig.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) abgelehnt.

Anmerkungen:

- *Wegen beleidigender Äußerungen gegen das Ratsmitglied Detjen, erteilt der Oberbürgermeister Ratsmitglied Uckermann einen Ordnungsruf (zu den Einzelheiten wird auf das Wortprotokoll der Sitzung verwiesen).*
- *Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes übernimmt im Anschluss die Sitzungsleitung.*

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.8:

3.1.8 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Erfüllung der Aufnahmequote bei unerlaubt eingereisten Personen“ AN/0512/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ja. Bitte schön, Frau Hoyer.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Die Flüchtlingsthematik wird uns ja heute noch an verschiedenen Stellen in dieser Ratssitzung beschäftigen. Ich möchte gleich vorab sagen, dass der Antrag, den wir zu diesem Tagesordnungspunkt stellen, für uns kein Vorwand sein soll, dass wir uns an späterer Stelle unserer Verantwortung nicht bewusst sind, die das Thema Flüchtlingsunterbringung bedeutet.

Ich habe von einigen Kollegen gehört, dass dieser Antrag im Moment nicht in die Zeit passt. Wir haben die Debatte um die Containerstandorte. Man befürchtet, dass wir dadurch den Eindruck erwecken könnten, dass es diese Standorte nicht geben soll. Wir alle wissen, dass das Thema Flüchtlinge uns auch über diesen Tag hinaus beschäftigen wird und wir langfristig auch weiterhin Unterbringungsmöglichkeiten schaffen müssen. Deswegen würde ich diesen Antrag als Langfristbeschluss bezeichnen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Anlass für unseren Antrag war eine Mitteilung der Verwaltung im letzten Sozialausschuss. Die FDP ist Ihnen, Frau Dezernentin Reker, sehr dankbar für diese Mitteilung. Die Mitteilung war nicht gerade erfreulich, aber sie hat uns zumindest Klarheit hinsichtlich der unerlaubt eingereisten Personen gebracht. So verzeichneten wir laut Verwaltung im Jahr 2013 in Köln einen Zuzug von 1 252 unerlaubt eingereisten Personen. Von denen wurden lediglich 476 über die zuständige Stelle in Arnsberg verteilt. Die übrigen 776 Personen, also roundabout 60 Prozent, wurden nicht auf die Aufnahmequote der Stadt Köln angerechnet. Gleichwohl ist Köln aber dazu verpflichtet, diese Menschen unterzubringen. Meine Damen und Herren, die FDP ist an dieser Stelle der Meinung: Da ist was faul im Bundesstaate NRW.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich habe oft gehört, wie Sie in verschiedenen Reden zur Flüchtlingsthematik betont haben, dass die Stadt Köln ihrer Verantwortung bei der Unterbringung durchaus gerecht werden will, aber dass sie diese Aufgabe auch nicht allein stemmen kann, dass auch von Bund und Land Verantwortung übernommen werden muss. Ich bin ganz Ihrer Meinung. Aber was wir hier erleben, ist ein Beispiel dafür, dass wir von der Landesregierung nicht nur keine Unterstützung erhalten; ganz im Gegenteil: Es werden uns sogar zusätzliche Kosten aufgebürdet.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, ich bin keine Juristin. Aber ein Blick in das Aufenthaltsgesetz zeigt mir eindeutig, dass bei der Verteilung von unerlaubt eingereisten Personen genauso verfahren werden muss wie bei Asylbewerbern. Das heißt, die Verteilung erfolgt nach einem festgelegten Schlüssel. Ich gebe zu: Das ist sehr kompliziert. Das ist der sogenannte Königsteiner Schlüssel. Das bedeutet, dass nach bestimmten prozentualen Vorgaben sowohl Bundesländer als auch Städte bestimmte Quoten von Asylbewerbern und unerlaubt eingereisten Personen aufnehmen müssen. Ein hochkomplexes Verfahren, welches klare Regeln vorgibt, Regeln, an die sich die Stadt Köln hält und an die sich, bitte schön, auch das Land zu halten hat. Deshalb unterstützen wir als FDP nachdrücklich die Initiative der Verwaltung, die sie - laut der Vorlage im So-

zialausschuss - beim Innenministerium gestartet hat und mit der sie gefordert hat, dass die unerlaubt eingereisten Personen eben auch auf unsere Zuweisungsquote angerechnet werden -

(Beifall bei der FDP)

eine Rechtsauffassung, der wir uns anschließen, und eine Initiative, die nach Meinung der FDP schon viel früher hätte erfolgen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Da die Verwaltung allerdings beim Land gescheitert ist, muss nun die Politik aktiv werden. Ich bitte Sie, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, insbesondere die Kollegen und Kolleginnen von Rot-Grün sowie Sie, Herr Oberbürgermeister: Setzen Sie sich gemeinsam mit uns bei Ihren Parteifreunden bzw. Parteigenossen dafür ein, dass alle unerlaubt eingereisten Personen auf unsere Zuweisungsquote angerechnet werden! Es kann doch nicht sein, dass wir hier vor Ort mit all unseren Bemühungen und Kosten im Regen stehen gelassen werden und sich die Landesregierung einen schlanken Fuß macht. Das erinnert mich fatal an die Diskussion um die Inklusion.

Meine Damen und Herren, das Thema der Unterbringung wird uns auch in den nächsten Monaten weiter beschäftigen. Wir werden nachher auch noch einmal über die Standorte diskutieren. Das werden keine einfachen Debatten. Deshalb habe ich mich auch geärgert, dass wir in der Verwaltungsmitteilung lesen mussten, dass nun über 700 Personen von uns untergebracht werden müssen, die eigentlich vom Land hätten verteilt werden bzw. zumindest zum größten Teil in andere Städte hätten gehen müssen. Noch einmal: Wir übernehmen als Kommune hier gern die Verantwortung. Aber die gleiche Verantwortung erwarte ich auch vom Land.

Wir haben das Thema auch im Sozialausschuss diskutiert. Ich hatte das Gefühl, als wir das besprochen haben, dass Einvernehmen besteht, dass es bei der Debatte nicht darum geht, gegen die Aufnahme von Flüchtlingen zu sein, sondern dass es um faire Verteilungsweisen geht. Deswegen würde ich mich freuen, wenn wir heute auch im Konsens darüber entscheiden könnten. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank. - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte zu diesem Sachverhalt eine Frage richten an die Frau Beigeordnete Reker; denn die Verwaltung hat die Mitteilung, auf die sich die FDP hier bezieht, ja in den Ausschuss eingebracht. Ich habe den Eindruck - aber vielleicht täuscht mich der Eindruck -, dass die FDP mit ihrem Anliegen glaubt erreichen zu können, dass sich die Zuweisung von Personen insgesamt deutlich reduziert und deswegen auch nicht so viele Flüchtlingsstandorte ausgewiesen werden müssten. Ich habe den Eindruck, dass es sich dabei um ein Missverständnis handeln könnte, würde aber von der Verwaltung selbst gerne wissen, wie das einzuschätzen ist, auch vor dem Hintergrund dieses Antrags, damit wir hier nicht einer Schimäre aufsitzen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Frank. - Frau Beigeordnete, bitte.

Beigeordnete Henriette Reker: Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben, wie Frau Hoyer gesagt hat, im Sozialausschuss das Thema diskutiert. Ich möchte hier zunächst einmal sagen: Das Begehren dieser Resolution verfolgt ein richtiges Ziel, nämlich die Personen, die sich als unerlaubt eingereiste Personen in Köln aufhalten, auf die Zuweisungsquote anzurechnen.

Ich möchte Ihnen aber auch sagen: Die Verwaltung ist weiterhin in Gesprächen mit dem zuständigen Ministerium. Nach den Erfahrungen der letzten Wochen habe ich die Sorge, dass durch Verabschiedung einer Resolution dieser Art der Eindruck erweckt werden könnte, dass ebendieser aktuelle Bedarf an Flüchtlingsunterkünften sich durch eine Änderung des Verfahrens schnell reduzieren ließe. Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang mitteilen: Wir liegen derzeit 10 Prozent unter der Zuweisungsquote. Das heißt, wir haben unsere Zuwanderungsquote ohnehin noch nicht erfüllt. - Das von meiner Seite zu Ihrer vollständigen Unterrichtung.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Frau Beigeordnete. - Frau dos Santos, bitte.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir können die Fragestellung aus dem FDP-Antrag durchaus nachvollziehen und glauben auch, dass man das intensiv weiterverfolgen und weiter bearbeiten sollte. Nach dem, was Frau Reker gerade gesagt hat, würde ich allerdings vorschlagen, dass wir das in den zuständigen Fachausschüssen machen sollten, weil dort die Debatte intensiver und fachkundiger geführt werden kann als hier und wir bis dahin vielleicht noch genauer wissen, was bei den Gesprächen mit dem Land herausgekommen ist.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Gärtner, bitte. - Nicht? - Okay. Dann Herr Detjen.

(Markus Wiener [pro Köln]: Hier ist eine Wortmeldung)

- Ja, aber Herr Detjens Wortmeldung liegt vor.

(Markus Wiener [pro Köln]: Unsere auch! Es geht doch nach Fraktionsgröße, Frau Bürgermeister! - Zuruf von Jörg Uckermann [pro Köln])

- Herr Uckermann, halten Sie sich bitte mit Ihren unflätigen Bemerkungen zurück. - Herr Wiener hat jetzt das Wort.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Bürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir versuchen immer, uns an die Ordnung zu halten. Es wäre nur hilfreich, ab und zu auch mal in unsere Richtung zu gucken. Vielleicht müssen wir ja in Zukunft eine Hupe oder Klingel mitnehmen.

(Beifall bei pro Köln)

Ich weiß nicht, wie wir sonst noch unsere Wortmeldungen anzeigen sollen.

Der Antrag der FDP ist noch nicht einmal ein Herumdoktern an den Symptomen. Viel wichtiger wäre es, die Ursachen zu beleuchten, nämlich: Warum ist ausgerechnet Köln ein solcher Magnet für Personen, die sich zumeist aus rein wirtschaftlichen Gründen auf den Weg nach Deutschland machen und Köln direkt, zielgerichtet ansteuern? Weil sich bei einer bestimmten Klientel inzwischen herumgesprochen hat, dass es in Köln freiwillig festgelegte Luxusrichtlinien zur Unterbringung von Asylbewerbern gibt mit Leistungen, die es in vielen Kommunen so nicht gibt.

Das fängt an bei der Art der Unterbringung. Hier verfolgt man das hehre Ziel, im Prinzip jeder Asylbewerberfamilie eine abgeschlossene Wohnung zur Verfügung zu stellen. Das ist natürlich ein netter Zug; ganz klar. Wer hätte das nicht gerne? Nur, es ist nicht finanzierbar. Das ist doch das Problem, meine Damen und Herren.

(Beifall bei pro Köln)

Wie viele eigene Bürger müssen gucken, dass sie hier eine Wohnung finanzieren können, dass sie über die Runden kommen, dass sie nicht unter der Rheinbrücke schlafen müssen! Da gucken Sie weg, und das ist der Skandal, meine Damen und Herren.

Genauso ist es beim Prinzip „Geldleistungen statt Sachleistungen“, das hier in Köln ganz offensiv praktiziert wird. Es gibt Kommunen in Deutschland, die das genau umgekehrt praktizieren, gerade in den ersten Monaten, damit man für diese Wandertouristen keine weiteren Anreize schafft. Die sind immer nur ein paar Monate hier, vielleicht nur über den Winter. Die müssen wissen: Es gibt hier am Anfang kein Geld, sondern nur eine vernünftige Unterkunft, die durchaus auch eine Sammelunterkunft sein kann. Als ich in der Bundeswehr war, habe ich auch in einer Sammelunterkunft gelebt; das hat keinen umgebracht. Wer wirklich verfolgt und an Leib und Leben bedroht ist, ist froh und zufrieden über eine trockene Unterkunft in Stadtrandlage auf einem ehemaligen Kasernengelände. Der ist zufrieden, glücklich und dankbar, wenn er dort Sachleistungen erhält und Schutz vor Verfolgung erfährt, wenn Leib und Leben nicht mehr gefährdet sind.

Und das, meine Damen und Herren, ist doch im Kern unser Asylrecht, was wir vehement verteidigen. Pro Köln steht immer ein für das Grundrecht auf Asyl für politisch oder religiös Verfolgte. Schon allein deswegen: Wer weiß, wohin wir mal gehen müssen, wenn es so weitergeht in diesem Lande mit der Verfolgung rechter Patrioten! Wer weiß, vielleicht müssen wir auch mal Asyl beantragen! Ich halte inzwischen ja alles für möglich. Nein, wir stehen zum Grundrecht auf Asyl. Aber wir kämpfen vehement gegen den massenhaften Asylmissbrauch und die Asylbewerberwelle, die Köln und Deutschland überrollt. Die Bürger draußen müssen Mut fassen, um politische Ver-

änderungen durchzusetzen. Nur Bürgermut stoppt die Asylantenflut. Pro Köln wählen am 25. Mai!

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Noch eine Bemerkung von Frau Hoyer.

Katja Hoyer (FDP): Frau Bürgermeisterin! Herr Frank, Sie haben mir offenbar nicht zugehört. Ich habe ziemlich deutlich gesagt, dass wir uns ganz klar dazu bekennen, dass es im Moment auch noch Unterbringung in Containerstandorten geben muss und dass ich das nicht vermischen will. Ihren Angriff, wir würden einer Schimäre aufsitzen, fand ich nicht sehr fair. Wir haben uns um eine faire Auseinandersetzung in der Sache bemüht. Darauf hätten Sie eingehen können.

Frau dos Santos Herrmann, Sie haben das in einer anderen Art und Weise gemacht. Ich glaube auch, dass Ihnen wirklich daran gelegen ist, diese Problematik, die es ja gibt - das hat die Dezernentin auch betont -, im Sinne der Stadt zu lösen. Deswegen werden wir Ihrem Vorschlag zur Verweisung zustimmen und hoffen dann auf eine sachliche Debatte.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Frau Hoyer. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann möchte ich den Beschluss herbeiführen, diesen Antrag in den AVR und in den Sozialausschuss zu verweisen. Wer ist gegen diesen Beschluss? - Niemand. Wer enthält sich? - Enthaltungen von pro Köln. Dann ist das so verwiesen.

Beschluss:

Gemäß Antrag von Ratsmitglied dos Santos Herrmann beschließt der Rat, den Antrag der FDP-Fraktion, der da lautet:

> *Der Rat möge folgende Resolution beschließen:*
>
> *Die Landesregierung NRW wird gebeten, die bestehende Zuweisungspraxis nach § 15a Aufenthaltsgesetz zur Verteilung von unerlaubt eingereisten Personen zu überprüfen und eine Regelung zu schaffen, wonach alle unerlaubt eingereisten Personen dem Zuweisungsverfahren unterliegen und auf die Quote für die Stadt Köln angerechnet werden.*

zur weiteren Beratung in den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / internationales und den Ausschuss Soziales und Senioren zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3.1.10.

(Markus Wiener [pro Köln]: 3.1.9! Was ist mit 3.1.9, Frau Bürgermeisterin?)

- Dann rufe ich jetzt Tagesordnungspunkt 3.1.9 auf:

3.1.9 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Einführung einer „City-Polizei“ nach dem Vorbild süddeutscher Bundesländer – Weiterentwicklung des Ordnungsamtes bzw. Verzahnung mit dem Polizeipräsidium"
AN/0522/2014

Wer spricht dazu? - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Bürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sehe, die Hupe ist in Zukunft wirklich zwingend notwendig. Aber schön, dass wir unseren Antrag doch noch begründen können. Ich bedanke mich ganz herzlich dafür, dass uns dieses Recht noch eingeräumt wird - trotz Wahlkampf.

(Beifall bei pro Köln)

Meine Damen und Herren, was wir hier beantragen, ist die Fort- oder Weiterentwicklung des städtischen Ordnungsamtes in Richtung einer City-Polizei oder Stadtpolizei, eine Weiterentwicklung, die es zum Beispiel in Städten wie Frank-

furt, Stuttgart oder Dresden schon erfolgreich gibt und dort seit mehreren Jahren praktiziert wird. Das ist im Prinzip eine Rückbesinnung; denn Stadtpolizeien sind ja nichts Neues. Es hat zum Beispiel in Bayern bis in die 70er-Jahre Stadtpolizeien gegeben, wo die Kommune die Verfügung darüber hat und wo die Kommune diese Kräfte gezielt einsetzen kann für Belange, die der Kommune besonders am Herzen liegen. Es gibt ja durchaus Unterschiede zwischen dem, was aus Erwägungen der Landespolizei Priorität hat, und dem, was für eine Kommune Priorität hat.

Wenn es zum Beispiel darum geht, im öffentlichen Bereich Präsenz in sogenannten Angsträumen oder an neuralgischen Punkten zu zeigen, ist es wichtig, dass man dort Uniformierte hat, die den Bürgern ein Sicherheitsgefühl vermitteln, die dafür sorgen, dass der Vandalismus weniger wird, die dafür sorgen, dass aggressive Bettelei weniger wird, die dafür sorgen, dass man einen Ansprechpartner vor Ort hat. Das geht natürlich besser, wenn diese städtischen Mitarbeiter auch mit mehr Autorität ausgestattet sind.

Dazu trägt natürlich bei, wenn man eine City- oder eine Stadtpolizei hat, die durchaus auch bewaffnet sein kann. In Frankfurt zum Beispiel wird seit Jahren erfolgreich praktiziert, dass diese Stadtpolizei an der Waffe ausgebildet und auch bewaffnet ist, dass sie zum Beispiel im Frankfurter Bahnhofsviertel oder an anderen neuralgischen Punkten erfolgreich Präsenz zeigt und damit zu einer spürbaren Verbesserung der Sicherheitslage beigetragen hat. Die Kommune hat besser und stärker als hier einen direkten Hebel, um eigene Ziele im Bereich der Sicherheitspolitik, im Bereich der öffentlichen Ordnung durchzusetzen.

Klar ist auch, dass die rechtlichen Voraussetzungen in den Bundesländern verschieden sind; das kann man nicht eins zu eins übertragen. Man muss sich das Ordnungsbehördengesetz NRW genau angucken und prüfen, was jetzt schon rechtlich möglich ist. Soweit ich mich als Nichtjurist da habe einlesen können, sind eine Weiterqualifizierung des Personals, eine bessere Ausbildung, eine bessere Ausrüstung, erweiterte Kompetenzen für das Personal des Ordnungsamtes durchaus möglich. Es ist sicher auch möglich, in Richtung einer Namensänderung zu gehen. Eventuell muss das alles noch abgeklärt werden und müssen auf Landesebene die rechtlichen Voraussetzungen noch geändert werden.

Nur: Uns geht es darum, dass man darüber nachdenkt. Gerade Köln ist doch, wenn man die Menschen befragt, vom Lebensgefühl her leider sehr häufig eine unsicher erlebte Stadt. Das sind doch Fakten, die auch eigene Erhebungen der Stadt Köln immer wieder bestätigen. Das wird meist von Offiziellen der Stadtführung oder auch von gewissen Vertretern der Altparteien heruntergespielt und gesagt, das wären nur subjektive Empfindungen der Bürger, so als müsse man das nicht ernst nehmen.

Zum einen bin ich da sehr skeptisch, ob das wirklich nicht objektivierbar ist. Angesichts der Dunkelziffer gerade auch bei vielen Verbrechen wie Körperverletzung, Raub etc., die gar nicht mehr angezeigt werden, ist davon auszugehen, dass die objektive Lage in Wirklichkeit wahrscheinlich noch viel schlimmer ist, als es manche Zahlen hergeben.

Zum anderen müssen und sollten wir die Bürger in ihrem subjektiven Empfinden ernst nehmen. Die Menschen haben ein Recht darauf, auch abends rauszugehen, wohin sie wollen und wann sie wollen. Auch ältere Mitbürger sollen sich trauen, in bestimmte Stadtteile zu bestimmten Tages- oder Nachtzeiten zu gehen.

Wir müssen alles versuchen, was möglich ist. Ich empfehle Ihnen, auch wenn ich aufgrund meiner langjährigen Arbeit mit Ihnen nicht an einen Erfolg glaube: Beschäftigen Sie sich mit diesem Konzept der Stadtpolizei!

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Wiener, kommen Sie bitte zum Ende.

Markus Wiener (pro Köln): Ich bitte die Bürger draußen im Internet und die Zuschauer hier: Machen Sie sich eigene Gedanken dazu! Gucken Sie nach, was wir auf unserer Internetseite -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Markus Wiener (pro Köln): - zum Thema Stadtpolizei, Weiterentwicklung des Ordnungsamtes schreiben. So können wir diese Stadt besser und sicherer machen. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Wiener, ich empfehle Ihnen, das nächste Mal bei Ihrer Fraktion anzumelden, wenn Sie reden möchten. Das tun die anderen Fraktionen auch. Dann weiß man hier oben auch Bescheid.

(Markus Wiener [pro Köln]: Ich empfehle Ihnen mal, zu gucken, wenn wir dabei sind! - Jörg Uckermann [pro Köln]: Frechheit!)

- Das kann man sich aber ersparen, wenn Sie aufmerksamer wären.

Ich lasse jetzt abstimmen über 3.1.9, nachdem ich keine weiteren Wortmeldungen sehe. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist 3.1.9 abgelehnt.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Ordnungsamt der Stadt Köln zu einer sogenannten „City-Polizei“ nach Frankfurter Vorbild weiterzuentwickeln. Insbesondere sind folgende Schwerpunkte bei der Verbesserung Kriminalitätsbekämpfung in der Stadt Köln umzusetzen:

1) Prävention und Verhinderung von Wohnungseinbrüchen durch die Informationsweitergabe und Koordinierung von Hinweisen aus Ordnungsamt und Polizei.

2) Erweiterungen der Befugnisse des Ordnungsamtes um folgende Punkte:

- *Personenüberprüfung und Identitätsfeststellung (besonders bei Verstößen gegen das Aufenthaltsgesetz (illegale Einwanderer))*
- *Platzverweise und Aufenthaltsverbote für Ruhestörer, zum Beispiel bei Bettlern in der Innenstadt*
- *Entgegennahme von Anzeigen im Straf- und Ordnungswidrigkeitsrecht, sowie Ingewahrsamnahme von Mitgliedern der Bettelmafia bzw. von Klau-Kids, auch durch Anwendung von unmittelbarem Zwang*

3) Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit und Gründung eines europäischen Städtebündnisses gegen die Kriminalität, die in direktem Zusammenhang mit der Zuwanderung steht, besser zu bekämpfen. zum Beispiel mit den Städten Rotterdam, Amsterdam, Antwerpen und anderen. Auf Rechtsgrundlage des § 129 der NRW-GO.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – abgelehnt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 3.1.10 auf:

3.1.10 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Aufwertung von zentralen Plätzen in Stadtbezirken“
AN/0553/2014

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0597/2014

Frau Paffen, bitte.

Dagmar Paffen (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns als Sozialdemokraten ist es wichtig, Investitionen in Lebensqualität und das Erscheinungsbild der Stadt nicht nur auf einzelne Stadtteile zu konzentrieren, sondern wir haben die gesamte Stadt im Blick.

In unserem Antrag verfolgen wir dabei ganz besonders das Ziel, Plätze zu verschönern und Lebensqualität in den Veedeln zu stärken. Bezirke sollen Vorschläge zur Aufwertung von zentralen Plätzen machen und erarbeiten. Im Haushalt 2014 ist das Geld bereits veranschlagt. Jetzt können die ersten drei Stadtbezirke loslegen. Je 800 000 Euro stehen pro Bezirk zur Verfügung. Die ersten Schritte können bereits in diesem Jahr umgesetzt werden. Die Bezirksvertretungen Chorweiler, Mülheim und Porz sind gebeten bzw. aufgefordert, Vorschläge zu machen, wie zentrale Plätze im Stadtbezirk verschönert werden können.

Wir wollen die dezentralen innerstädtischen Plätze aufwerten, um auch außerhalb der City attraktive Aufenthaltsorte zu schaffen. Welche Plätze

eine zusätzliche Aufwertung erfahren sollen, entscheiden die Bezirke. Dort kann am besten beurteilt werden, wo der Bedarf am größten ist und was gebraucht wird. Wir freuen uns auf die Vorschläge, die wir dann gerne auch umsetzen werden.

Dieses Programm ergänzt das bereits seit mehreren Jahren erfolgreich eingeführte Stadtklima- und Verschönerungsprogramm, über das in den letzten Jahren bereits 3,6 Millionen Euro in die Stadtbezirke geflossen sind, sowie die ebenfalls aus den Mitteln der Kulturförderabgabe

(Karl-Jürgen Klipper [CDU[: Gibt es nicht!)

- Sie sagen, es gibt sie nicht; aber es gibt das Geld -

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Nein, es gibt kein Geld dafür!)

- ja, gut; das sagen Sie - finanzierte Initiative zur Neupflanzung von 1 000 Bäumen. Auch hier werden die Bezirksvertretungen gerade gebeten, Maßnahmen zu identifizieren, da sie auch diese Orte am besten kennen. Die Verwaltung wird dann, wie schon in der Vergangenheit im Rahmen des Stadtklima- und Verschönerungsprogramms bestens bewährt, diese Maßnahmen entsprechend bündeln und dem Ausschuss Umwelt und Grün sowie dem StEA vorlegen.

Insofern ist Ihr Antrag - tut mir leid für die Damen und Herren der Linken -, liebe Kollegen von den Linken, entbehrlich. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Frau Paffen. - Herr Hammer, bitte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Heiterkeit - Zuruf von der SPD: Das sind die sogenannten Vorschusslorbeeren!)

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Rathenauplatz, Brüsseler Platz und Schillplatz, sogar der Rudolf- und der Friesenplatz erscheinen als Ergebnis, wenn man nach schönen Plätzen in Köln googelt. Das mag jetzt nicht repräsentativ sein; es deutet aber zumindest an, dass die innenstadtferneren Bezirke nicht gerade mit schön empfundenen Plätzen gesegnet sind. Von daher ist es im Rahmen dieser rot-grünen Initiative mehr als richtig, 2,5 Millionen Euro bereitzustellen, um zentrale Plätze in den Bezirken aufzuwerten, sie attraktiver zu gestalten und somit auch das Stadtklima nachhaltig zu verbessern.

Doch was bedeutet eigentlich Aufwertung? Ja, eine ansehnliche Pflasterung und Gestaltung sind Mindestvoraussetzungen. Es gehört jedoch weitaus mehr dazu. Deswegen ergänzt dieses Programm die grüne Initiative zur Neupflanzung von 1 000 Bäumen. Somit können hier auch Effekte genutzt werden, um mehr Grün in die Bezirke zu bringen. Gerade bei der dringend notwendigen Anpassung der Stadt an die Auswirkungen des Klimawandels spielt nämlich eine ausreichende Begrünung ebenso wie sprudelnde Brunnen eine wichtige Rolle.

Aufwertung bedeutet aber auch, dass die Plätze wirklich für alle da sind, egal ob Jung oder Alt, Arm oder Reich. Das heißt, es muss auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen eingegangen werden, um eine echte Aufenthaltsqualität zu schaffen. Plätze werden nun mal zu unterschiedlichen Tageszeiten unterschiedlich genutzt. So trifft man sich beispielsweise morgens beim Einkauf auf dem Wochenmarkt, nachmittags steht dann eher das Klönen bei einem Latte Macchiato im Vordergrund, und später trifft man sich hier mit dem Wegbier, um den Abend ruhig und gemütlich ausklingen zu lassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf von der CDU: Ihr wollt das ja verbieten lassen!)

- Das wollen wir ja gerade nicht; deswegen erwähne ich das ja hier.

Auch können beispielsweise Flächen für legale Graffiti eine Aufwertung darstellen und Schmiereien entgegenwirken. Grau haben wir in dieser Stadt schon mehr als genug; da kann ein bisschen Farbe nicht schaden, meine Damen und Herren.

Ich bin mir sicher, dass aus den entsprechenden Bezirksvertretungen noch viele weitere gute Vorschläge kommen werden. Die Bezirksvertretungen werden ja in diesem Prozess den Aufschlag machen: Sie werden die Plätze benennen und mögliche Maßnahmen identifizieren, die geeignet sind, die zentralen Plätze im Bezirk aufzuwerten und attraktiver zu gestalten. Und genau weil sie den Aufschlag machen, lehnen wir den Änderungsantrag der Linken auch ab. Denn die richti-

ge Reihenfolge muss bei diesem Prozess sein, dass direkt zum Anfang die BVen einbezogen werden und nicht erst am Ende der Beratungsreihenfolge, also von unten nach oben.

Natürlich kommt es, wenn der Stadtraum sich verändert und diese Veränderungen von allen angenommen werden sollen, auch auf die Beteiligung und Mitbestimmung der Menschen in den Veedeln an. So sollen auch im nächsten Bürgerhaushalt die Bezirke stärker einbezogen werden. Es wird ihnen ein zusätzliches Budget von 100 000 Euro pro Bezirk zur Verfügung gestellt. Hierdurch können neben den großen Maßnahmen auch schneller kleine und direkt sichtbare Veränderungen vor Ort stattfinden, wodurch die Bürgerinnen und Bürger motiviert werden, sich aktiv an der Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfelds zu beteiligen.

Natürlich ist dieser Antrag nur ein erster Baustein zur Ergänzung des 2011 von Rot-Grün eingeführten Stadtklima- und Verschönerungsprogramms, aus dem bereits - die Kollegin sagte es schon - über 3,5 Millionen Euro aus der Kulturförderabgabe in die Bezirke geflossen sind und ihnen mehr Handlungsspielraum gegeben wurde. Man sieht also, dass die Kulturförderabgabe nicht nur direkt den Kölnerinnen und Kölnern zugutekommt; auch die Menschen, die in Köln zu Gast sind, haben schließlich etwas von ansprechend gestalteten Plätzen. Natürlich wird dieses Programm in den kommenden Jahren auf die anderen Stadtbezirke ausgeweitet werden. Und vielleicht erscheinen bei Google demnächst auch Pariser Platz, Wiener Platz und Friedrich-Ebert-Platz als automatische Vorschläge, wenn man nach Kölns schönsten Plätzen sucht. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Hammer. - Herr Götz, bitte.

Stefan Götz (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich habe selten einen so inhaltsleeren Antrag für den Rat gesehen.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei von der SPD)

Auch wenn die beiden Vorredner das anders beschrieben haben, muss man sich doch fragen: Was steht da eigentlich tatsächlich drin? Da heißt es, die Verwaltung soll eine Vorlage erstellen zu einem Inhalt, der längst beschlossen ist. Diese 2,4 Millionen Euro sind im Rahmen des Haushalts beschlossen worden; im Veränderungsnachweis I stand es drin. Es geht inhaltlich heute also um nichts.

Wenn Sie ein Kommunikationsproblem mit dem Oberbürgermeister oder der Kämmerin haben, weil Ihnen eine Vorlage fehlt, dann empfehle ich Ihnen den Griff zum Telefonhörer oder schreiben sie ihnen eine E-Mail. Belästigen Sie uns aber bitte nicht mit solch inhaltsleeren Anträgen hier im Rat.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Görzel, bitte. – Gut, Herr Sterck! Er stand aber nicht auf der Liste.

Ralph Sterck (FDP): Ich mache jetzt den Görzel hier. Wir haben ja schon die gleiche Frisur. - Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss schon sagen: Rot-Grün legt ja hier schon einiges an Tempo vor der Kommunalwahl vor, was ihre Initiativen angeht. Wenn Sie in den letzten neun Jahren diesen Aktivitätengrad an den Tag gelegt hätten, wären wir, glaube ich, in dieser Stadt schon weiter.

(Beifall bei CDU und FDP)

Erstens bräuchten wir dann solche Anträge nicht, und zweitens hätten Sie in den vielen Ratssitzungen, wo gar nichts von Rot-Grün kam, auch etwas präsentieren können.

(Beifall bei der FDP)

Diesem Antrag jetzt ist natürlich leicht zuzustimmen. Man kann es so machen wie Herr Götz und das alles in Grund und Boden reden. Aber im Grunde ist nichts dagegen einzuwenden, dass wir uns darum kümmern. Natürlich sind die Plätze im Unstand; es muss etwas getan werden.

Ich will noch etwas weiter zurückgehen als Herr Götz. Eigentlich ist das schon Beschlusslage in diesem Hause. Ich sehe, der Kollege Klipper

nickt, Frau Moritz ist nicht da. In der nächsten Ratsperiode werde ich der einzige Überlebende sein, der sich noch an Beschlüsse des Stadtentwicklungsausschusses von 2002 erinnert.

(Heiterkeit - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ich werde jedes Jahr einen Platz renovieren!)

- Auch dich, Karl, werde ich vermissen. - Aber Karl Klipper kennt den Beschluss auch. Das ist nämlich das Programm der Stadt Köln für die Neugestaltung der Kölner Plätze, und zwar nicht nur der in der Kölner Innenstadt, aus dem Jahr 2002. 2002 durfte jeder Bezirk zwei Vorschläge machen - deshalb kam mir das eben Gehörte so bekannt vor -, die Ende 2002 beschlossen wurden. Dazu gehörte zum Beispiel auch der Friedrich-Ebert-Platz in Porz. Die Bezirksvertretung Porz hatte ihn als einen der beiden Plätze vorgeschlagen, die neu gestaltet werden sollten. Wie wir alle wissen, wartet er immer noch auf die Umsetzung.

Von daher: Es besteht kein Defizit an gefassten Beschlüssen, sondern wir haben mal wieder ein Umsetzungsdefizit.

(Beifall bei CDU und FDP)

Und da muss ich sagen: Sie von Rot-Grün haben hier seit 2005 die Mehrheit. Wenn sich die Roten, die SPD, jetzt rühmen „Wir können Köln“, dann müssen Sie sich natürlich auch diese Schandflecke anrechnen lassen. Das gehört zu Ihrer Leistungsbilanz auch dazu. Das betrifft auch die Plätze, die nach dem Schließen der U-Bahn-Baustellen noch nicht neu gestaltet worden sind, aus für mich unerklärlichen Gründen, wie der Kurt-Hackenberg-Platz oder der Chlodwigplatz oder - das haben wir im letzten StEA diskutiert - auch die drei Plätze im Zuge der Bauarbeiten an der Cäcilienstraße. Ich kann nicht verstehen, warum das nicht parallel zu den Baumaßnahmen gemacht worden ist. Stattdessen wurde dort alles erst asphaltiert, nur um es dann wieder aufzubrechen und es jetzt neu zu gestalten. Das kostet nicht nur das Geld der Steuerzahler; es kann auch keiner nachvollziehen, warum Planungen in Köln so laufen.

(Beifall bei der FDP)

Sie müssten sich mit Ihrer Mehrheit auch Dinge ankreiden lassen wie den südlichen Heumarkt. Wir hatten die Initiative gestartet, diesen Platz im Sinne des Masterplans neu zu gestalten. Das haben Sie abgelehnt. Oder: Es gab eine private Initiative, den Platz an der Ehrenstraße / Benesisstraße / Alte Wallgasse neu zu gestalten. Auch das wurde von Ihrer Mehrheit abgelehnt.

Also, meine Damen und Herren, gucken Sie sich auf den Plätzen um. Sie sind im Unstand. Wir brauchen dringend mehr Sorgfalt im öffentlichen Raum. Das ist eine Aufgabe, der wir uns stellen müssen; denn für uns gilt „gepflegtes Stadtbild statt scheißegal“. Das braucht Köln.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Sterck. - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Meine Damen und Herren! Sie wollen die zentralen Plätze in Köln aufwerten.

(Zuruf von der CDU: Mikrofon! – Gegenruf von Bündnis 90/Die Grünen: Besser nicht!)

- Es mag sein, dass es ohne Mikro für Sie besser ist. Auch ohne Livestream wäre es für Sie besser. Dann brauchen Sie keine Argumente mehr, die Sie ja eh nicht haben. Dann kann man die Opposition in Person von pro Köln nicht öffentlich wahrnehmen. Ich weiß ja, dass Sie immer noch bereuen, dass Sie unserem Drängen nachgegeben haben, diesen Livestream zu verwirklichen.

(Beifall bei pro Köln - Lachen bei der SPD)

Darum toben Sie hier herum und wollen uns das Mikro abdrehen. Aber jetzt ist das Mikro wieder an.

Es geht um die Aufwertung der zentralen Plätze. Wir haben eben eine heftige Debatte darüber gehabt, dass ein Platz im Herzen von Köln tatsächlich beseitigt werden kann, indem Sie diesen Platz einfach bebauen wollen.

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Es geht nicht um die Innenstadt hier!)

- Ja, Herr Schweißenstein. Sie sind so unbedeutend, dass man sich Ihren Namen einfach so merken kann.

(Zurufe von SPD und CDU: Oh!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Unterlassen Sie bitte diese unflätige Bemerkung.

(Beifall bei der SPD, der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der FDP sowie bei Andreas Henseler [Freie Wähler] und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, das war keine unflätige Bemerkung.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Der Oberbürgermeister ist schon seit längerem nicht im Raum. Sie versuchen gerade, sich mit der Bürgermeisterin zu unterhalten. Fahren Sie bitte fort in Ihrem Beitrag!

Jörg Uckermann (pro Köln): Es ist immer schön, wenn man sich dann auch wie eine Bürgermeisterin benimmt. Dann klappt das auch.

(Widerspruch von der SPD und der CDU)

- Entschuldigung, das ist doch so. Als wir uns eben hier zu Wort gemeldet haben, sind wir von Ihnen aufgefordert worden, wir sollten unsere Wortmeldungen bei unserer eigenen Fraktion anmelden, um überhaupt zu Wort zu kommen. Insofern habe ich schon gewisse Zweifel, ob die, die hier zu meiner Linken sitzt - -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wenn Sie jetzt so weiterreden, macht es das jetzt nicht inhaltsreicher. Es ist falsch, was Sie hier wiederholen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Hören Sie, was hier in dieser Debatte alles nicht inhaltsreich war - -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Sprechen Sie jetzt zur Sache!

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich spreche zur Sache.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Versuchen Sie es!

Jörg Uckermann (pro Köln): Es ist nie so viel Grün vernichtet worden wie in der Zeit, seit SPD und Grüne gemeinsame Sache machen. Noch nie sind so viele Bäume gefällt worden wie unter SPD und Grünen.

Interessant ist auch, was aus der CDU kommt. Da gab es gestern Abend im Bezirksrathaus von Ehrenfeld einen Vorschlag der CDU, die Bäume an der Inneren Kanalstraße zurückzuschneiden, damit man die Großmoschee besser sieht. Das ist die Realität.

In der Tat, dieser Antrag hier ist inhaltsleer. Denn steht eben dieser Ratsnovize hier und sagt: Wir spendieren jedem Bezirk 100 000 Euro zur Gestaltung eines Platzes. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Das ist eine große Summe für einen Privathaushalt. Das ist eine Summe, dafür muss eine alte Frau lange stricken. Aber tatsächlich wird sie bei so einer Sache noch nicht mal dafür ausreichen, um die Architektenkosten zu decken.

Man muss sich natürlich fragen: Warum haben Sie das nicht schon längst getan? Warum wird dieser Antrag ausgerechnet in der letzten Sitzung vor dem Wahltag vorgelegt? Damit Sie stinknormale Propaganda machen können! Das muss hier entlarvt werden. Es muss in der Tat das Inhaltsarme, was Sie hier vorlegen, auch öffentlich gemacht werden.

(Beifall bei pro Köln)

Sie haben gar keine Inhalte mehr. Verbraucht sind Sie. Hier ist eine neue Kraft. Wir bringen hier die Impulse. Sie bringen hier nur das Inhaltslose. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich wollte ganz gern ein paar Takte zu dem vorliegenden Antrag sagen. Grundsätzlich ist es natürlich rich-

tig, dass wir uns bemühen, die Bezirksvertretungen mit mehr Mitteln auszustatten, damit sie die Plätze besser gestalten können, die hier in Rede stehen und nicht etwa die, die sich irgendwo in der Innenstadt befinden.

Darum fand ich Ihren Redebeitrag, Herr Sterck, überhaupt nicht gut. Nachdem Herr Hammer hier wunderbar dargelegt hat, mit welchen Problemen die Plätze behaftet sind, fangen Sie wieder mit den Plätzen in der Innenstadt an.

(Zuruf von der FDP: Unglaublich!)

- Selbstverständlich. Herr Sterck, Sie haben vom Heumarkt gesprochen.

(Ralph Sterck [FDP]: Da gibt es auch Bedarf!)

- Jetzt lassen Sie mich ausreden. Sie haben von den Plätzen in der Innenstadt gesprochen. Hier geht es aber ausdrücklich um die Plätze in den Außenbezirken, und das hat Herr Hammer hier wunderbar und herrlich dargestellt. Das muss man mal sagen.

Allerdings gibt es ein großes Problem bei diesem Antrag, und das muss ich Herrn Hammer und seiner Fraktion und der SPD natürlich vorwerfen. Sie sagen hier: Jawohl, wir wollen, dass die Bezirke mehr entscheiden und ihre Stadtbezirke gestalten können. Sie sagen aber gleichzeitig: Die Bezirksvertretungen dürfen zwar schöne Vorschläge machen, sie dürfen auch die Ideen entwickeln; aber entscheiden sollen es nachher der Stadtentwicklungsausschuss und der Umwelt- und Verkehrsausschuss. Und das kann so nicht gehen. Das muss umgekehrt sein. Genau das drückt unser Änderungsantrag aus. Deshalb bitte ich Sie, dem zu folgen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Weisenstein. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Sehe ich keine.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der Linken abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das sind die Linke und Herr Henseler. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über 3.1.10 insgesamt abstimmen. Wer ist dagegen? - Die CDU. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen von pro Köln. Dann ist 3.1.10 genehmigt.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:

Der dritte Absatz des vorliegenden gemeinsamen Antrages von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wir dahingehend geändert, dass er wie folgt lautet:

> *Die Verwaltung wird beauftragt, diese Vorschläge in Beschlussvorlagen, in denen die Aufwertungsmaßnahmen für die einzelnen Plätze dargestellt werden, zu bündeln und dem Ausschuss Umwelt und Grün sowie dem Stadtentwicklungsausschuss zur Beratung und der entsprechenden Bezirksvertretung zur Beschlussfassung vorzulegen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion Die Linke. und gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Im städtischen Doppelhaushalt 2013/2014 stehen für das Haushaltsjahr 2014 insgesamt 2,4 Millionen Euro zur Aufwertung zentraler Plätze in Stadtbezirken bereit.

In 2014 sollen damit in einem ersten Schritt zentrale Plätze in den Stadtbezirken Chorweiler, Mülheim und Porz aufgewertet und attraktiver gestaltet werden.

Die jeweiligen Bezirksvertretungen werden gebeten, Plätze zu benennen und mögliche Maßnahmen zu identifizieren, die geeignet sind, zentrale Plätze im Bezirk aufzuwerten und attraktiver zu gestalten.

Die Verwaltung wird beauftragt, diese Vorschläge in einer Beschlussvorlage, in der die Aufwertungsmaßnahmen für die einzelnen Plätze dargestellt werden, zu bündeln und dem Ausschuss Umwelt und Grün sowie dem Stadtentwicklungsausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die abschließende Mittelfreigabe erfolgt durch den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln - zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3.1.11:

3.1.11 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Zuständigkeit für die U-Bahnhöfe an die KVB“
AN/0549/2014

Es spricht dazu laut Anmeldung Herr Breite. Bitte.

Ulrich Breite (FDP): Sehr verehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich insbesondere, dass Mr. KVB, Herr Fenske, hier ist, weil ihn sicherlich dieses Thema auch interessiert und ihm auf den Nägeln brennt.

Es geht hier um die Zuständigkeit für unsere U-Bahnhöfe, sowohl auf der Verteilerebene als auch auf der Fahrerebene. Wir lieben es ja in Köln, wenn mehrere Stellen dafür zuständig sind. Es ist allerdings ein Problem, dass man gar nicht weiß, wer für bestimmte U-Bahnhöfe zuständig ist: die Stadt oder die KVB.

Das Problem sehen wir insbesondere auf der Verteilerebene. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass noch eine Trennung von Stadt und KVB stattfindet, wo sich die alten Entwerter befanden. Gleiches könnte man für die Reinigungskräfte oder diejenigen, die für kleinere Instandhaltungsmaßnahmen zuständig sind, sagen. Das ist, glaube ich, nicht mehr passend für unsere Zeit.

Wir hatten schon mal das Thema „Effizienzteam“ angebracht; daraus ist dann nichts geworden. Darum will ich das gerne noch einmal ansprechen. Gerade bei der Problematik der Graffiti und anderen Beschmutzungen sind klare Zuordnungen natürlich sehr wichtig, damit schnell gehandelt werden kann. Das wurde auch in der Presse schon mehrfach thematisiert. Dasselbe gilt übrigens auch für die Treppen und Aufzüge.

Ich und meine Fraktion sind der Meinung: Das gehört in eine Hand. Es ist besser, wenn das in einer Hand ist.

(Beifall bei der FDP)

Nach meiner Meinung gehört das in die Hand der KVB.

Wir haben einen Versuch gestartet und die HUGO-Passage der KVB am Neumarkt übernommen. Das klappt da ganz hervorragend. Diese Passage gibt es schon seit langem, und dennoch sind wir da immer noch im Versuchsstadium. Das passt irgendwie zu Köln. Ich glaube, wir sollten aus diesem Versuch lernen. Er hat gut geklappt. Dasselbe gilt übrigens auch für die Nord-Süd-U-Bahn, wo alles in der Hand der KVB ist.

Wir möchten das auch bei den anderen U-Bahnhöfen haben. Ich glaube, es ist eine sinnvolle Sache, wenn wir unsere KVB, die sich ja auch um Sicherheit und Sauberkeit kümmert, in der Form stärken. Das gehört in eine Hand. Nach unserer Meinung gehört das in die Hand der KVB. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP - Götz Bacher [SPD]: Jetzt darfst du dreimal schwarzfahren! - Heiterkeit)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Breite. - Frau dos Santos, bitte.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Zumindest würde sich die KVB über einen neuen Fahrgast freuen.

(Ulrich Breite [FDP]: Ich fahre KVB!)

- Dann habe ich dir böse nachgeredet, ohne es zu wollen.

Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dem Ansinnen des Prüfauftrags, der das letztlich sein soll, können wir zustimmen. Auch wir halten es für sinnvoll, darüber nachzudenken. Aber wir glauben schon, dass man sich die Details genauer anschauen muss; denn da steckt ja häufig der Teufel drin. Es geht ja nicht nur um die Frage der Organisation, wie es auch im Antrag steht. Wir würden auch darum bitten, dass die Verwaltung uns eine Stellungnahme dazu vorlegt, ob und, wenn ja, welche finanziellen Vorteile es hätte, wenn das alles in einer Hand liegen würde.

Deswegen: Dem Ansinnen des Antrags können wir zustimmen, bitten aber darum, das in den Verkehrsausschuss weiterzugeben und dort abschließend zu beraten.

(Zuruf von der FDP)

- Wieso? Dem Prüfauftrag stimmen wir zu, bitten aber darum, das in den Verkehrsausschuss weiterzuleiten und zu prüfen, inwieweit das auch finanzielle Auswirkungen haben kann.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Frau dos Santos. - Auf meiner Liste steht eigentlich Herr van Benthem. Aber es spricht jetzt Herr Götz.

Stefan Götz (CDU): Frau Bürgermeisterin! Inhaltlich ist alles gesagt. Wir können uns dem anschließen. - Danke schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. - Herr Waddey, bitte.

(Manfred Waddey [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir sehen das auch so!)

Die Grünen sehen das ebenfalls so. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Keine weiteren Wortmeldungen.

Dann würden wir abstimmen lassen: Verweisung in den Verkehrsausschuss.

(Ulrich Breite [FDP]: Erst beschließen!)

- Das Ergebnis kommt in den Verkehrsausschuss, genau. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Linken ist der Beschluss so, dass Punkt 3.1.11 in den Verkehrsausschuss verwiesen wird.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung in Zusammenarbeit mir den Kölner Verkehrsbetrieben (KVB) zu prüfen, ob und inwieweit die Kölner U-Bahnhöfe inkl. der Zwischenebenen in die allgemeine und umfassende Zuständigkeit der KVB übergehen können.

Die Angelegenheit wird zur weiteren Beratung in den Verkehrsausschuss verwiesen. Sie soll dort beraten werden, wenn das Ergebnis des Prüfauftrages vorliegt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.12 auf:

3.1.12 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Nominierung des Schriftstellers Akif Pirinçci für den Heinrich-Böll-Preis der Stadt Köln“
AN/0524/2014

Wer spricht zu 3.1.12? - Herr Uckermann.

(Andreas Köhler [CDU]: Alle vier Wochen freut er sich!)

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Erste Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Danke schön für die freundliche Begrüßung, dafür, dass Sie es geschafft haben, mich mit meinem Namen aufzurufen, obwohl wir keine Hupe benutzt haben, um uns zu Wort zu melden, und ohne uns bei unserer Fraktion angemeldet zu haben.

Ich nehme auch den Zwischenruf gerne auf: „Alle vier Wochen freut er sich!“ - Ja, Herr Kollege Köhler, ich freue mich seit knapp vier Wochen, weil es seit fast vier Wochen dieses Buch gibt.

(Jörg Uckermann [pro Köln] hält ein Buch hoch)

Autor ist Akif Pirinçci. Das Buch heißt *Deutschland von Sinnen: Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer*.

(Stephan Pohl [CDU]: Das ist ja ein toller Beitrag!)

- Ja, natürlich, Herr Kollege Pohl. Das ist ein toller Beitrag. Darum hat sich die Fraktion pro Köln auch gesagt: So etwas muss hier im Rat gewürdigt werden.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Der Autor hat mittlerweile die dritte Auflage seines Buches in Auftrag gegeben.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Uckermann, bitte sprechen Sie jetzt zur Sache. Sprechen Sie zu Ihrem Antrag!

Jörg Uckermann (pro Köln): Ja, Frau Bürgermeisterin. Unser Antrag beinhaltet, dass wir einen Autor für einen Preis vorschlagen. Ich hätte mir natürlich die Einführung sparen können, wenn Sie den Titel unseres Antrags korrekt genannt hätten.

Wir haben hier heute beantragt, dass wir den Autor für den Heinrich-Böll-Preis für Literatur der Stadt Köln im Jahr 2015 vorschlagen.

(Beifall bei pro Köln)

Der berühmte und renommierte Heinrich-Böll-Preis für Literatur der Stadt Köln genießt im In- und Ausland eine große Reputation. Die Literaturstadt Köln kann auf eine lange Geschichte berühmter Autoren, von Kunst- und Kulturschaffenden zurückblicken.

Dazu gehört selbstverständlich auch der hier angesprochene Akif Pirinçci. Durch seine Zitate hat er für Aufsehen gesorgt. Hier weht ein freier Geist, ohne die Political Correctness, ein Geist, der sich nicht einschüchtern lässt von einer links-grün-versifften Medienlandschaft. Hier schreibt jemand aus Liebe zu seinem Land. Der Autor sagt ja: Ich bin mit jeder Faser Deutscher. Er ist zu uns eingewandert im Alter von zehn Jahren, in die Eifel, und er bekennt sich zu seiner Heimat, so wie es sein soll. Er spricht natürlich über Fragen wie Identität und Ähnliches. Er sagt: Identität ist da, wo ich lebe, und ich lebe gerne in Deutschland. Er äußert sein Missfallen darüber, dass es Parallelgesellschaften gibt, die hier ihren eigenen Laden aufmachen wollen. Er sagt wörtlich, er könne Menschen nicht verstehen, die in Deutschland geboren sind und die deutsche Sprache nicht sprechen können. Er sagt, dann müssen die anscheinend behindert sein.

Das ist schon eine Frage, über die man diskutieren kann. Sie werden fragen: Was ist daran große Literatur? Das steht natürlich in einer Reihe mit großer Literatur. Das fängt an mit Martin Luther, der auch eine sehr derbe Sprache hatte. Auch Goethe hatte eine derbe Sprache, um Ungerechtigkeiten zu beschreiben. Erinnern wir uns doch nur an das Freiheitsepos *Götz von Berlichingen*, der zu den ungerechten Hauptleuten sagt: Geht und sagt eurem Herrn, er könne mich am Arsch lecken! - Zitatende.

Akif Pirinçci sagt beispielsweise zu der Floskel „Der Islam gehört zu Deutschland“: Der Islam gehört zu Deutschland wie ein Gummiknüppel in meinen Arsch.

(Beifall bei pro Köln – Zuruf von der CDU: Das ist unfassbar, was Sie hier machen!)

- Meine Damen und Herren, ich habe zitiert.

(Weiterer Zuruf von der SPD: Das muss aufhören!)

- Das muss nicht aufhören. Ich lasse mir von Ihnen meine Meinungsfreiheit hier nicht einschränken. Ich kann Ihnen da noch einiges sagen.

(Unruhe)

- Sie können sich ja gleich zu Wort melden.

(Zuruf von der SPD: Nein, Sie hören damit auf!)

- Ich höre nicht damit auf. Ich mache natürlich noch weiter. Noch gibt es Meinungsfreiheit. Noch sind wir hier nicht in der Türkei.

Herr Pirincci sagt auch: Wer die Meinungsfreiheit nicht achtet, der soll die Ausreisefreiheit nutzen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Uckermann, ich bitte Sie um Mäßigung.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich brauche mich nicht zu mäßigen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Doch, Sie mäßigen sich jetzt in Ihren weiteren Äußerungen, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich möchte Ihnen einen Autor näher bringen, und dafür muss ich einige Zitate verwenden.

(Claus Ludwig [Die Linke.]: Das ist keine Literaturstunde, Herr Uckermann!)

- Ich weiß, dass Sie von Kultur und Literatur nichts halten.

(Anhaltende Zurufe)

Aber trotzdem, meine Damen und Herren - -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Uckermann, kommen Sie jetzt allmählich zum Ende.

Jörg Uckermann (pro Köln): Hören Sie mal, ich würde gerne meine Redezeit ausschöpfen. Ich habe noch zweieinhalb Minuten, und die will ich gerne auch noch nutzen.

Pirinçci schreibt ganz klar, dass Multikulti ein Irrtum ist, dass Migration geschichtlich nie friedlich stattgefunden hat, sondern immer nur gewaltsam.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Uckermann, Sie haben jetzt noch sieben Sekunden, und dann ist Ihre Redezeit zu Ende.

Jörg Uckermann (pro Köln): Meine Damen und Herren, geben Sie einem Erfolgsautor eine Chance, damit wir ein Buch für die Stadt haben.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ihre Redezeit ist jetzt beendet.

Jörg Uckermann (pro Köln): Das sollte in jeder Schule gelesen werden. - Ich danke Ihnen. Tschüss!

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich über 3.1.12 abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Antrag 3.1.12 abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, den Schriftstellers Akif Pirincci für den Heinrich-Böll-Preis der Stadt Köln zu nominieren.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – abgelehnt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.13 auf:

3.1.13 Antrag von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend „Überziehungszinsen für Geschäftsgirokonten bei der Sparkasse KölnBonn“ AN/0545/2014

Es spricht Herr Henseler. Bitte.

Andreas Henseler (Freie Wähler): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es geht bei diesem Antrag schlicht und einfach um ein Ärgernis. Ich finde, ein öffentlich-rechtliches Kreditinstitut darf unter keinen Bedingungen Zinsen auf einen Kredit in einer Größenordnung von 24 Prozent erheben.

Ich hatte dazu eine Anfrage gestellt. Inzwischen liegt eine Antwort des Sparkassenvorstands dazu vor, in der mitgeteilt wird, es gebe einen normalen Überziehungszins von 13,5 Prozent. Schon das halte ich für übertrieben für ein öffentlich-rechtliches Kreditinstitut. Weiterhin wird in der Antwort mitgeteilt - sie ist ja umgedruckt und liegt Ihnen vor -: Es gibt einen geduldeten Überziehungskreditzins in Höhe von 18,75 Prozent. Wenn der Kunde diesen unerlaubt überzieht, kommen weitere 5,25 Prozent dazu. Dann ist man bei 24 Prozent.

Meine Damen und Herren, ich halte es angesichts der Tatsache, dass wir im Augenblick Geldmarktzinsen haben, die nahe null liegen - die EZB hat demnächst gar keine Möglichkeiten mehr, angesichts dieser Wirtschaftsentwicklung Maßnahmen zu ergreifen, weil der Zins absolut niedrig ist -, für nicht sinnvoll, dass ein öffentlich-rechtliches Kreditunternehmen einen so hohen Zins erhebt.

Weiterhin wird in der Antwort auf meine Anfrage mitgeteilt, es seien Einzelfälle, die das in Anspruch nehmen bzw. davon betroffen sind. Dann heißt es, es müsse aber, um dieses zu managen, zusätzliche Liquidität bereitgehalten werden, und dafür müsse man diese zusätzlichen Zinsen und Gebühren erheben. Mir scheint das ein Widerspruch zu sein.

(Andreas Köhler [CDU]: Wir haben doch einen Zweckverband, Herr Henseler! Was erzählen Sie eigentlich hier?)

- Das will ich Ihnen sagen. Im Zweckverband habe ich das schon vorgetragen. Aber Sie kennen ja das Instrument des Feststellungsbeschlusses.

(Lachen von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

- Was der Vorstand sagt - -

(Andreas Köhler [CDU]: Dann wissen Sie doch, was da gesagt worden ist! Dann halten Sie doch nicht den Laden hier auf!)

- Das finde ich jetzt merkwürdig. Sie kennen doch das Instrument des Feststellungsbeschlusses, oder nicht? - Das heißt: Der Rat kann den Beschluss fassen, dass die Mitglieder des Zweckverbandes in einer bestimmten Art und Weise abstimmen. Ich denke, das gehört hier in den Rat und nicht nur in den Zweckverband, wobei die letzte Zweckverbandsversammlung vom ganzen Setting einigermaßen merkwürdig ablief. Aber darauf will ich jetzt nicht eingehen.

Ich will damit enden. Meine Damen und Herren, ich denke, die Argumente sind ein Stück weit nachvollziehbar. Es geht im Prinzip um Wirtschaftsförderung. Das heißt: Diejenigen, die solche Konditionen in Anspruch nehmen, brauchen eigentlich Förderung. Das steht in Punkt 3 des Antrags. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag. - Vielen Dank.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Henseler. - Herr van Geffen, bitte.

Jörg van Geffen (SPD): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich denke, dass bei dieser Sachlage ein kurzer Vortrag der Kämmerin oder eines Vertreters der Sparkasse schon sinnvoll wäre.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann gebe ich der Kämmerin das Wort.

Beigeordnete Gabriele C. Klug: Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Beitrag ist kurz. - Ihnen liegt schriftlich zu Tagesordnungspunkt 3.1.13 die Antwort der Sparkasse vor. Dem hat sich die Verwaltung angeschlossen. Hinzufügen kann ich nur einen Punkt: Es ist rechtlich geprüft worden - auch dazu liegt uns eine Stellungnahme der Sparkasse vor -, ob ein solcher Bindungsbeschluss vom Rat ausgesprochen werden könnte. Dieses ist aus Rechtsgründen, die sich rund um die Verbandsversammlung und die Organe der Sparkasse ergeben, völlig ausgeschlossen, weshalb für den zweiten Teil Ihrer Anfrage, den wir heute aber an diesem Punkt noch nicht behandeln, die Zulässigkeit des Verfahrens hier im Rat ohnehin infrage gestellt wäre. Das möchte ich aber nur ergänzend anfügen, weil Sie das eben angesprochen hatten.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Frau Klug. - Herr Houben, bitte.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das kann doch nicht wahr sein! - Weiterer Zuruf von Andreas Köhler [CDU])

Reinhard Houben (FDP): Frau Bürgermeisterin! Herr Köhler, wenn Sie keine Lust mehr haben, können Sie ja nach Hause gehen. Es zwingt Sie niemand, hier zu sitzen. Wenn Sie früher nach Hause gehen wollen, bitte. Aber machen Sie doch andere Leute hier nicht jeck.

(Andreas Köhler [CDU]: Ihr Fraktionsvorsitzender hatte einen Verfahrensvorschlag zu Beginn der Sitzung gemacht!)

- Ja, natürlich. Aber wir hören uns alles an. Wenn irgendwann das Thema Sport aufgerufen wird, werden Sie bestimmt auch Ihre äußerst erquicklichen Bemerkungen machen wollen.

(Beifall bei der FDP)

Also: Geben Sie mir doch diese zwei Minuten; denn sehr viel länger werde ich nicht brauchen. Wenn Sie, Frau Bürgermeisterin, noch die Uhr anstellen würden, sonst spreche ich vielleicht länger und Herr Köhler wäre darüber besonders traurig.

Meine Damen und Herren, Herr Henseler, nur eine Bemerkung: Wie gesagt, im Zweckverband haben wir das alles mitgemacht. Sie fahren in

der heutigen Ratssitzung ziemlich auf der Populismusschiene. Erlauben Sie mir nur eine Bemerkung dazu, was ich etwas problematisch finde: In Berlin werden wir demnächst über Mindestlohn entscheiden. Hier haben wir heute schon über Mindestmieten diskutiert. Und jetzt machen Sie uns auch noch einen Vorschlag, wie wir Mindestzinsen zu berechnen haben. Das halte ich für einen äußerst schwierigen politischen Weg. Deswegen müssen wir Ihren Antrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Houben. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich über 3.1.13 abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Herr Henseler. Gibt es Enthaltungen? - Die Linke enthält sich. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat möge folgenden Weisungsbeschluss für die Mitglieder der Zweckverbandsversammlung fassen:

1. *Der Sparkassenvorstand wird aufgefordert, der Zweckverbandsversammlung eine Zinstabelle für Kredite der Sparkasse vorzulegen, deren Obergrenze für Kontokorrentkredite von Geschäftskonten im Maximum deutlich unter 24 % liegt.*

2. *Die Reduzierung soll im Wesentlichen dadurch erreicht werden, dass die oben erwähnten 5,25 % bei Überziehung der vereinbarten Kontokorrentkredithöhe nicht mehr erhoben werden.*

3. *Bei Kunden, die eine Einstufung erhalten, die bisher zu den 24 % Belastung führten, soll von der Abteilung "Spezialkreditmanagement" eine gezielte Betreuung und Beratung angeboten werden, um diesen Kunden durch Lösungen und Verbesserungen wieder zu tragfähigen Konditionen zu verhelfen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.14 auf:

3.1.14 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Schächten ächten - Grausamkeit schmeckt uns nicht!“
AN/0526/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Erste Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich würde Sie bitten, mir korrekterweise die Uhr anzustellen, damit ich auch weiß, in welchem Zeitrahmen ich mich hier bewegen kann. Wären Sie bitte so freundlich?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Machen Sie sich keine Sorgen! Die Uhr läuft. Auch wenn die dort kaputt ist, aber die Uhr hier läuft.

Jörg Uckermann (pro Köln): Danke schön für diesen Hinweis. Fünf Minuten, ausgezeichnet. - Unser Antrag hat den Titel „Schächten ächten - Grausamkeit schmeckt uns nicht!“.

(Beifall bei pro Köln)

Das wollten Sie wohl unterschlagen, oder Sie haben es vergessen. Ich habe das jetzt der guten Ordnung noch einmal erwähnt.

Hierzu möchte ich natürlich auch noch einmal unseren Kandidaten für den Böll-Preis zu Wort kommen lassen: Hat man im letzten Jahrtausend je von einer Erfindung, gar einer Epoche machenden, aus einem islamischen Land gehört? Gibt es auch nur einen einzigen Staat, über den Allah schwebt, welcher es mit der Wirtschaftskraft des so unscheinbaren Norwegen aufnehmen könnte? - Nein, finden Sie nicht. Stattdessen finden wir aber archaische Sitten, die es bei uns noch nicht mal im Mittelalter gegeben hat. Es gehört eben zu unserer abendländischen Kultur, zu einer Zivilisation, zu einer Humanität, dass man mitfühlend ist, auch zur Kreatur, auch zu Tieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei pro Köln)

Das gehört auch zu unserer Identität. Darum sagen natürlich pro Köln und pro NRW: Der Tierschutz gehört ins Grundgesetz.

(Beifall bei pro Köln)

Es hat natürlich immer schon aus Kultgründen das Schächten gegeben. Das wird aber immer mehr zu einem Massenphänomen in Deutschland, diese grausame Art. Das Schlimme daran ist, dass dieses Massenphänomen dadurch befördert wird, dass die Stadt Köln vor diesen M-People, vor den Muslimen, kuscht und gleich Halal-Essen an allen Tagesstätten der Stadt Köln einführt. Das heißt: Auch die Kinder, die an sich für Tierschutz sind, auch die Kinder aus christlichem Hause müssen dieses grausam erzeugte Fleisch essen.

Sie sollten sich mal darüber informieren, was Schächten tatsächlich bedeutet: dieses rituelle Abschlachten, diese Grausamkeit gegenüber den Tieren, die dieser Islam hier in Deutschland eingeführt hat. Wenn hier in einem Kölner Vorort einem Hammel von einem sechsjährigen Kind mit dem Messer in der Hand die Kehle durchgeschnitten wird und dieses Tier im Todeskampf in irgendeiner Badewanne verendet, darf uns das nicht kaltlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei pro Köln)

Eine solche Grausamkeit schmeckt uns nicht. Da darf die Stadt Köln sich nicht wegducken, nur weil man die M-People, wie Akif Pirinçci schreibt, nicht verschrecken will, weil man Angst hat, dass die Allah-Verehrer uns böse sein könnten und die Altparteien dann nicht wählen würden. Sie haben sie ja genug angefüttert, um sie an die Urne zu bringen und für Sie zu stimmen, um die Stimmen auszugleichen, die Ihnen die einheimische Bevölkerung nicht mehr gibt.

Davor darf man nicht zurückschrecken. Wir sagen: Selbstverständlich muss die Stadt Köln sich des Tierschutzes annehmen. Wir haben doch ein Veterinäramt hier in Köln. Das muss tätig werden. Das muss so etwas aufspüren. Wir müssen dagegen etwas unternehmen. Wir sagen: Für diese Schächtrituale, die abgehalten werden, darf es keine städtischen Flächen mehr geben. Selbstverständlich darf es auch kein Halal-Fleisch in Kitas und Schulen geben. Wir lehnen diese Grausamkeit ab.

(Beifall bei pro Köln)

Wir erlauben uns bei der Gelegenheit, auch mal zu hinterfragen: Was bedeutet es für einen Sechsjährigen, wenn der mit dem Messer in der Hand ein lebendiges Tier, mit dem er ein paar Stunden vorher noch gespielt hat, so grausam abschlachtet? Was wird denn später aus dem? Wird der zum Gewalttäter auf dem Schulhof? Wird der zum Gewalttäter, wenn das große Schlachten begonnen hat, wie es Akif Pirinçci beschrieben hat? Meine Damen und Herren, davor dürfen wir uns nicht wegducken.

(Zuruf von Claus Ludwig [Die Linke.])

Wir brauchen politische Aufklärung über diese Grausamkeiten, die ja zunehmen, die zum Massenphänomen werden, weil Sie das zulassen, weil Sie zulassen, dass an den Kitas und Ganztagsschulen Halal-Essen eingeführt wird und unsere Kinder dieses grausam und brutal erzeugte Fleisch dort essen müssen. Und das schmeckt uns nicht.

Es ist unsere Aufgabe, die Aufgabe der Bürgerbewegung pro Köln, den Mehrheitswillen durchzusetzen. Wir verlangen selbstverständlich, dass der Tierschutz eingehalten wird.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Uckermann, kommen Sie bitte zum Ende.

Jörg Uckermann (pro Köln): Nein, ich unterbreche nur kurz, weil ich gleich wiederkommen und noch eine Rede halten werde. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Bürgermeisterin, Herr Görzel neben mir hat gerade gesagt: „So ein Schwachkopf, der Uckermann!“

(Beifall bei der SPD, der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der FDP sowie bei Andreas Henseler [Freie Wähler] und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Im umgekehrten Fall hat es deswegen mehrfach Ordnungsrufe gegeben. Er leugnet es ja noch nicht einmal; er steht dazu. Ich halte fest: Wenn das keine Reaktion zur Folge hat, dann ist das

der normale Umgangston. Dann können wir das natürlich auch zukünftig so machen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich lasse jetzt über 3.1.14 abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist 3.1.14 abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat möge beschließen:

1. *Keine Bereitstellung von Liegenschaften zum muslimischen Opferfest durch die Stadt Köln*
2. *Kein Verzehr von Halal-Fleisch an Kölner Kitas und Schulen*
3. *Eine Aufklärungskampagne über die gesundheitlichen Gefahren (bakterielle Verunreinigungen und vergleichbares) beim Verzehr von geschächtetem Fleisch.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – abgelehnt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.15 auf:

3.1.15 Antrag von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend „Busanbindung für die barrierefreien Zollstock-Arkaden“ AN/0552/2014

Herr Henseler, bitte.

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Klipper, dass Wahlkampf ist, merkt man bei den Beiträgen aller anderen überhaupt nicht. Das fällt den Leuten nur bei mir auf. Es tut mir herzlich leid, dass ich den Rat mit diesen Attitüden langweile. Alle anderen machen das überhaupt nicht - nur die Freien Wähler.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich die Freien Wähler beleidigt habe!)

- Das war keine Beleidigung. Ich wollte nur den Hinweis geben, dass das bei anderen auch ein Stück weit nicht auszuschließen ist.

Hier geht es um ein Problem, das mit ganz einfachen und kleinen Mitteln zu lösen wäre. Es ist mehrfach in der Bezirksvertretung Rodenkirchen behandelt worden. Es hat Eingaben der Seniorenvertretung gegeben. Es hat Demonstrationen gegeben. Es geht um nichts anderes als die Anbindung eines barrierefreien Einkaufs- und Ärztezentrums mit einer Buslinie, die vorher existiert hat.

Nachdem sie eine Antwort der KVB erhalten hatten, haben die Leute, vor allen Dingen die Senioren, die Wegezeiten von der bestehenden Haltestelle bis zu dem barrierefreien Ärztezentrum im Rahmen einer Demonstration mit Rollatoren zurückgelegt und festgestellt, dass man dafür über 25 Minuten benötigt.

Es ist eigentlich relativ einfach, den Bus außerhalb der Spitzenzeiten des Schülerverkehrs über eine Schleife dorthin fahren zu lassen. Ich frage mich, warum so eine kleine Geschichte, mit der man dieses Problem lösen könnte, in einer Stadt wie Köln nicht möglich ist. Alles andere - zum Beispiel der Pendelverkehr der Straßenbahnen zwischen Rodenkirchen und der Severinstraße über mehrere Jahre hinweg für 40 Millionen Euro - wird gemacht, so eine relativ kleine Geschichte, die den Senioren in diesem Stadtteil wirklich helfen würde, aber nicht. Angesichts der Tatsache, dass wir eine alternde Gesellschaft haben, sollten wir auf diese Zusammenhänge achten.

Ich bitte Sie, diesem Antrag zustimmen. Schließlich ist er mit fast keinen Kosten verbunden. Es sind lediglich einige organisatorische Änderungen in Bezug auf den Fahrplan notwendig. Das muss man der KVB zumuten, meine ich. Das müsste sie ohne großen Aufwand regeln können. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Henseler. - Herr Götz, wer spricht für die CDU? Herr van Benthem ist angemeldet.

(Stefan Götz [CDU]: Herr Thelen spricht zuerst! Er spricht auch für uns!)

Bitte schön, Herr Thelen.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Als Vorsitzender des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden möchte ich einen Vorschlag machen, wie der Rat mit diesem Antrag umgehen soll.

Herr Henseler, wir verstehen, dass das eine wichtige Sache ist. Im Beschwerdeausschuss haben wir schon mehrmals über ähnliche Dinge beraten und auch entsprechende Beschlüsse fassen können. Daher schlage ich vor, dass wir Ihren Antrag in den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden verweisen. - Danke schön.

(Stefan Götz [CDU]: Wir schließen uns an!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. - Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Ich mache das kurz vom Platz aus. - Meines Erachtens sollten wir heute schon über diesen Antrag abstimmen, auch wenn Sie bereits mehrfach ähnliche Themen behandelt haben. Ich kann das nachvollziehen, was Herr Henseler gesagt hat. In diesem Rat habe ich oft Debatten erlebt, bei denen wir uns immer wieder darauf verständigt haben, dass wir die Belange und die Schwierigkeiten von Menschen mit Behinderungen und von älteren Menschen ernst nehmen müssen. Hier haben wir die Chance, sie ernst zu nehmen. Deswegen plädiere ich dafür, hier und heute auch darüber abzustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Herr Beigeordneter Höing, bitte.

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Sehr geehrte Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Hier wird gefordert, eine Schleife zu organisieren. Das ist technisch schlicht und ergreifend nicht möglich. Wir haben das in enger Abstimmung mit der KVB mehrfach überprüft.

Insofern scheint mir der Vorschlag von Herrn Thelen nicht ganz unklug zu sein. Wir prüfen das noch einmal. Diese Bürgereingabe liegt bei uns ja ebenfalls vor. Wir sind ohnehin gebeten, dazu noch einmal Stellung zu nehmen. Das könnten wir in dem Ausschuss natürlich ohne Weiteres tun.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke für die Ergänzung, Herr Höing. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich zunächst über den von Herrn Thelen vorgetragenen Antrag auf Verweisung in den Beschwerdeausschuss abstimmen. Wer ist dagegen? Herr Henseler und die FDP sind dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag in den Beschwerdeausschuss verwiesen.

Ratsmitglied Horst Thelen, zugleich Vorsitzender des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden verweist darauf, dass sich dieser Ausschuss bereits mehrfach mit dem Thema befasst habe und schlägt deshalb vor, die Angelegenheit zu verweisen.

Beschluss:

Der Rat verweist den Antrag von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln), der da lautet:

> *"Der Rat beschließt, die Kölner Verkehrsbetriebe zu beauftragen, das Anfahren des Geschäfts- und Ärztezentrums Zollstock-Arkaden mit einer Linienbusverbindung zu ermöglichen. Der Linienbus 131 bietet sich dafür - fahrplanmäßig außerhalb der Spitzenzeiten für den Schülertransport - als kostengünstige Lösung an. Die Linienführung müsste lediglich durch eine zusätzliche Schleife ergänzt werden".*

zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) - zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Jetzt rufe ich auf:

3.1.16 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Ertüchtigung des nördlichen Fußgängerüberweges der Hohenzollernbrücke durch Barrierefreiheit und Zugang für Radfahrer vom linksrheinischen Rheinufer her“ AN/0527/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Erste Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin, dass Sie mir hier die Wortmeldung gewähren. Das ist ja nicht immer selbstverständlich. Nichtsdestotrotz muss ich den Antrag jetzt auch vorstellen, weil Sie ihn nicht mit seinem Titel aufgerufen haben. Hier geht es um die Ertüchtigung der Hohenzollernbrücke für den Fußgängerverkehr bzw. den Radfahrerverkehr und die Barrierefreiheit auf der Nordseite der Hohenzollernbrücke.

Die Hohenzollernbrücke ist eine der wichtigsten Rheinbrücken, und zwar nicht nur für den Eisenbahnverkehr. Auch für die Fußgänger, die Radfahrer und die Menschen, die zwischen dem Deutzer Bahnhof und dem Hauptbahnhof pendeln müssen, ist sie die essenzielle Verkehrsstrecke, die zu überwinden ist.

Seit einigen Jahren hat sich dort der Brauch der sogenannten Liebesschlösser etabliert. Das ist zwar sehr nett anzuschauen und faszinierend, führt aber dazu, dass die südliche Seite dieser Brücke einem ganz starken Fußgänger- und Radfahrerverkehr unterzogen ist. Selbst wochentags können Sie sich dort kaum noch fortbewegen, ohne dass es zu ernsthaften Staus kommt.

Die Nordseite ist dagegen vollkommen frei. Dort gibt es einen solchen Verkehr nicht. Das hat auch einen Grund - nämlich, dass Sie am linksrheinischen Ufer nicht mehr barrierefrei von der Brücke herunterkommen.

Diesen Umstand möchte die Fraktion pro Köln abgeschafft haben. Es kann doch wohl nicht wahr sein, dass die Millionenstadt Köln nicht in der Lage ist, dafür zu sorgen, dass man von einer so wichtigen Brücke barrierefrei wieder herunterkommt.

Auf der Deutzer Seite kommen Sie auf die Nordseite sehr gut hoch. Es ist ein moderater Anstieg, der auch für Menschen mit Gehbehinderung und auch für Radfahrer zu überwinden ist. Wenn Sie das andere Rheinufer erreicht haben, stellen Sie aber fest, dass Sie von dieser Brücke nicht mehr herunterkommen. Es geht ganz steil nach unten. Zum Breslauer Platz hin ist eine Barrikade aufgebaut.

Diese Barrikade möchten wir beseitigt haben. Wir möchten, dass die Leute von der Nordseite der Brücke direkt zum Breslauer Platz bzw. zum Rheinufer herunterkommen. Wir möchten, dass die Reisenden, die von der Messe zu Fuß zum Kölner Hauptbahnhof unterwegs sind, weil sie wieder abreisen möchten, günstig und gut dorthin kommen.

Das ist eine sehr kleine Maßnahme, die wir selber in der Hand haben. Sie hat aber eine große Wirkung für unsere Bürger bzw. diejenigen, die täglich damit zu tun haben.

Ich darf auch darauf verweisen, dass die Situation im Fernverkehr durch die Engpässe auf der Hohenzollernbrücke sehr prekär ist. Es ist jetzt schon ärgerlich, dass viele Reisende in Deutz aussteigen müssen, weil man mit manchen Fernzügen den Hauptbahnhof nicht mehr erreicht. Hier muss natürlich ein gewisser Service geboten werden, damit man den Hauptbahnhof auch relativ bequem und zügig erreichen kann.

Ich halte es für einen Missstand in der Millionenstadt Köln, dass so etwas nicht abgestellt werden kann. Sie haben für jeden anderen Mist Geld - zum Beispiel für den Mist, dass wir nächstes Jahr noch eine zusätzliche Oberbürgermeisterwahl haben, die 1 Million Euro kostet und uns gar nichts bringt. Dieses Geld hätte man besser verwenden können, um unseren Bürgern hier ein bisschen mehr Service zu bieten. Das sind wir den Kölnerinnen und Kölner schuldig.

Ich bitte Sie um Zustimmung. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.16 abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen barrierefreien Zugang vom linksrheinischen Rheinufer zur Nordseite der Hohenzollernbrücke zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – abgelehnt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

3.1.17 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Standort für neues Justizzentrum in Köln“ AN/0595/2014

Frau Dr. Bürgermeister, bitte.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Sehr geehrte Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die wichtigste Nachricht ist, dass das Justizzentrum in Köln bleibt. Uns war von Beginn der Diskussion um einen möglichen neuen Standort wichtig, dass das Justizzentrum nicht in die Peripherie oder sogar in eine der Umlandgemeinden verlagert wird. Seine vielfältigen, für die Menschen unserer Stadt wichtigen Dienstleistungen müssen an einem zentralen Ort in dieser Stadt erhalten bleiben.

Wir begrüßen, dass die Landesregierung bei der Suche eines neuen Standorts für das Justizzentrum nicht im Alleingang, sondern in enger Abstimmung mit der Stadt gehandelt hat.

Die beiden zuletzt vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes im Auftrag von Justiz- und Finanzministerium vorgeschlagenen Standorte sind dabei eine gute Grundlage für eine endgültige Entscheidung gewesen. Wir haben uns beide Standorte sehr genau angesehen und in einer öffentlichen Veranstaltung der SPD-Landtagsabgeordneten im Bürgerhaus Stollwerck mit den Anwohnerinnen und Anwohnern diskutiert.

Nicht zuletzt aufgrund der Anregungen aus der Bürgerschaft sprechen wir uns nun für den Standort an der Hans-Carl-Nipperdey-Straße aus, also in unmittelbarer Nähe zum jetzigen Justizstandort; denn dieser Standort hat aus unserer Sicht entscheidende Vorteile.

Das Gebäude der Staatsanwaltschaft kann weiter genutzt werden. Hierdurch ist es möglich, die Größe der benötigten neuen Gebäude zu minimieren.

Wir fordern daher die Verwaltung auf, zu prüfen, ob die Hans-Carl-Nipperdey-Straße für den Verkehr aufgegeben und bebaut werden kann.

Der Standort verfügt über eine sehr gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Die KVB-Haltestellen Weißhausstraße und Eifelwall sowie der Bahnhof Köln Süd liegen in unmittelbarer Nähe. Aus unserer Sicht besteht daher die Möglichkeit, die Zahl der benötigten Parkplätze zu verringern und das geplante Parkhaus zu verkleinern.

Die Justiz verfügt über eine weithin bekannte Adresse an der Luxemburger Straße. Mit dem Standort an der Hans-Carl-Nipperdey-Straße kann nicht nur die repräsentative Adresse an der Luxemburger Straße beibehalten werden, sondern auch eine angemessene Platzsituation zur Luxemburger Straße hin geschaffen werden.

Die Fortführung des Inneren Grüngürtels ist für uns von höchster Priorität. Mit der Überbauung der Hans-Carl-Nipperdey-Straße, der Weiternutzung des Gebäudes der Staatsanwaltschaft sowie der Überbauung des daran anschließenden Parkhauses und der Realisierung der geplanten Baukörper in einer Höhe, die zwar noch unter der Hochhausgrenze bleibt, aber sechs Geschosse übersteigt, besteht jetzt die Chance, den Inneren Grüngürtel mindestens in der Größenordnung fortzuführen, die im Masterplan Innenstadt vorgesehen ist.

Wir fordern die Verwaltung auf, diese Chance unbedingt zu nutzen; denn diese Entwicklung bedeutet auch eine wichtige stadtentwicklungspolitische Aufwertung mit dem neuen Stadtarchiv, dem Justizzentrum und dem Grüngürtel oder dem Park.

(Ralph Sterck [FDP]: Und was ist mit der Kunst- und Museumsbibliothek?)

Uns ist wichtig, dass die nun anstehenden Planungen zwar zügig erfolgen, aber ein qualitativ hochwertiges Ergebnis zum Ziel haben.

Wir fordern daher die Verwaltung auf, in Abstimmung mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb einen kombinierten städtebaulichen und architektonischen Wettbewerb durchzuführen. Wir wollen für diese wichtige Stelle unserer Stadt das beste Ergebnis.

Eine letzte Frage: Was passiert nun mit dem bisherigen Justizzentrum? Wie Sie wissen, hat die rot-grüne Landesregierung im vergangenen Jahr den Weg dafür freigemacht, dass Flächen und Gebäude des Landes gezielt für studentisches und gefördertes Wohnen und nicht allein nach Höchstgebot veräußert werden können. Wegen seiner unmittelbaren Nähe zur Universität ist dieses Gebäude wie kaum ein anderes in unserer Stadt geeignet, um studentischen Wohnraum in größerem Maßstab bereitzustellen. Wir werden uns im Land ganz sicher dafür starkmachen, dass studentisches Wohnen an dieser Stelle realisiert werden kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Frau Dr. Bürgermeister. - Frau Welcker, bitte.

Katharina Welcker (CDU): Sehr geehrte Frau Bürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei einem Viererantrag braucht man nicht lange darzustellen, dass man das, was darin steht, gerne möchte. Dafür hat man ihn ja über alle vier Fraktionen hinweg so geschrieben. Vor diesem Hintergrund möchte ich hier nur einen Punkt ansprechen.

Wir als CDU haben uns immer dafür eingesetzt, dass das Justizzentrum nicht nach Bayenthal kommt, damit die Grünfläche, die in Bayenthal als Fortsetzung des Inneren Grüngürtels entstehen kann, nicht von einem Gebäude umrahmt wird, das letztendlich einen Zugang für die Bürger unmöglich macht, sondern zu einer belebten Fläche werden kann. Deshalb haben wir den Antrag, das Justizzentrum nicht dort zu platzieren, schon vor geraumer Zeit im Stadtentwicklungsausschuss gestellt.

Wir sind auch weiterhin davon überzeugt, dass das der richtige Ansatz gewesen ist, um hier eine hohe städtebauliche Qualität zu erreichen, nämlich die Qualität der Anbindung der Südstadt an Bayenthal. Das können wir mit diesem Antrag jetzt erreichen.

Es ist wichtig, dass wir das im Konsens machen, weil es sich um eine wirklich wichtige Aufgabe für diese Stadt handelt. Es geht nämlich einerseits um die vernünftige Unterbringung des Justizzentrums an einem Platz, der auch dafür bekannt ist, und andererseits um die klare Betonung des Inneren Grüngürtels an dieser Stelle, also nicht nur in Bayenthal und nicht nur in Raderberg, sondern über die gesamte Strecke bis hin zur Luxemburger Straße. Das ist ein ganz wichtiges städtebauliches Konzept.

Darauf möchte ich hier noch einmal den Schwerpunkt legen. Der Antrag spricht für sich selbst. Dazu braucht man nicht viel zu sagen. Ich freue mich jedenfalls darüber, dass wir als CDU da gemeinsam mit den anderen Fraktionen etwas erreichen konnten, und hoffe auf ein gutes Gelingen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Welcker. - Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich erlaube mir, vom Platz aus zu sprechen. Ich will nämlich nur zwei Dinge sagen.

Erstens. Ich finde es toll, dass vier Fraktionen hinter einem Projekt stehen, das doch viele Jahre in Anspruch nehmen wird; denn dann kann man sicher sein, dass auch eine breite Mehrheit dahintersteht.

Zweitens. Was ist die Moral von der Geschicht? Glaube nie, dass es nur eine Lösung gibt. Es gibt immer Alternativen. Oftmals sind sie auch besser.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank. Kurz, knapp und weise. - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich kann mich meinen drei Vorrednerinnen voll und ganz anschließen. Wie Frau Moritz gerade schon gesagt hat, ist es schön, dass man in einer so wichtigen Frage hier dann auch eine breite Mehrheit bekommt. Schließlich wird dieses Projekt den Rat mindes-

tens über eine Kommunalwahl hinweg weiter beschäftigen.

Lassen Sie mich noch etwas zur Genese dieses Antrags sagen. Ursprünglich hatten wir vor, gemeinsam mit der CDU einen Antrag zu stellen, um, wie Frau Welcker bereits gesagt hat, den Standort Bayenthal auszuschließen und das Justizzentrum hier an dieser Stelle zu realisieren. Die Grünen haben sich dann schon etwas schneller ebenfalls dafür entschieden. Ich bin dankbar dafür, dass die SPD sich am Schluss auch dieser Position angeschlossen hat.

An zwei Stellen möchte ich Frau Dr. Bürgermeister ein wenig widersprechen.

Erstens. Bei ihren Ausführungen hat es sich so angehört, als seien auch Standorte außerhalb von Köln geplant gewesen. Ganz so schlimm war es nicht, glaube ich. Die 18 Standorte, die wir als Stadt Köln angeboten haben, lagen alle innerhalb der Stadtgrenzen.

Zweitens. Frau Dr. Bürgermeister hat gerade die Zusammenarbeit mit dem BLB besonders gelobt. Diese Einschätzung kann ich, ehrlich gesagt, nicht ganz teilen; denn dieses Grundstück hier ist nicht eines der 18 Grundstücke, die die Stadt angeboten hatte, sondern vom BLB nachher selber aus dem Hut gezaubert worden. Da hätte ich mir schon vorher ein bisschen mehr Abstimmung gewünscht. Ich meine, wir drehen im Stadtentwicklungsausschuss ein riesiges Rad, die Verwaltung prüft 18 Grundstücke, und der BLB sagt nachher: Ätsch, wir haben noch ein 19. Grundstück.

Über das Ergebnis bin ich ja auch froh. Die Zusammenarbeit mit dem BLB, die Frau Dr. Bürgermeister hier so gelobt hat, könnte beim nächsten Projekt aber doch noch etwas besser werden.

(Beifall bei der FDP - Martin Börschel [SPD]: Der Ausschuss hatte aber „18 und weitere Grundstücke“ beschlossen! Das hat der BLB wörtlich genommen! - Widerspruch von Karl-Jürgen Klipper [CDU] - Martin Börschel [SPD]: Wetten? - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Die Wette verlierst du! - Martin Börschel [SPD]: Nein, die gewinne ich! Sag einen Einsatz!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Sterck. - Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich beim Bürgernetzwerk Südliche Innenstadterweiterung - BÜSIE - bedanken. Ihnen ist es zu verdanken, dass der Big Deal, das große Geschäft auf der ehemaligen Dom-Brauerei, nicht ganz ohne Geräusche zu Ende gebracht werden konnte.

(Beifall bei der Linken)

Dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist es zu verdanken, dass nach wie vor die Chance besteht, in dieser Erweiterung der südlichen Innenstadt einen urbanen und grünen Stadtteil zu bauen.

Es ist nachvollziehbar, dass die Bürgerinitiativen froh darüber sind, dass das Justizzentrum jetzt an der Hans-Carl-Nipperdey-Straße gebaut werden soll. Ein wichtiges Anliegen haben sie damit umgesetzt - nämlich, dass die Südstadt dort nicht bebaut wird und der Grüngürtel bis zum Rhein weitergeführt werden kann. Wie die Eingriffe in die Grünflächen an der Hans-Carl-Nipperdey-Straße letztendlich aussehen werden, kann man heute allerdings noch nicht genau beurteilen.

Gesamtstädtisch ist mit dem Bau des Justizzentrums am alten Standort aber eine große Chance vertan worden. Nach wie vor hat das rechtsrheinische Köln sehr stark mit dem Strukturwandel zu kämpfen. Zehntausende von Arbeitsplätzen sind in den letzten Jahren dort zerschlagen worden und weggefallen. Mit Stadterneuerungsprogrammen probiert man mehr oder weniger erfolgreich, diese alten, zerschlagenen Strukturen durch neue zu ersetzten.

Mir erschließt sich nicht, warum die Verantwortungs- und Entscheidungsträger in Düsseldorf und in Köln nicht einmal ernsthaft geprüft haben, ob die Ansiedlung des Justizzentrums mit seinen vielen Arbeitsplätzen auf der Schäl Sick möglich gewesen wäre. Jenseits des Rheins hätte dieser Bau eine Menge Synergien auslösen können.

Meine Damen und Herren, es ist nicht akzeptabel, dass eine Veranstaltung der SPD-Landtags-

fraktion im Bürgerhaus Stollwerk das Ende der Diskussion um den Standort eingeleitet hat.

Die Linksfraktion hat vor vielen Wochen im Stadtentwicklungsausschuss nach den Kriterien für die Auswahl des Standortes gefragt. Bis heute haben wir keine Antwort erhalten. Es ist nicht nur sehr unhöflich, eine solche politische Frage zu ignorieren; es hat auch ein Geschmäckle, dass man mit der Offenlage der Auswahlkriterien anscheinend wartet, bis unumkehrbare Tatsachen geschaffen worden sind.

Meine Damen und Herren, wir hatten bei der geplanten Umsiedlung der Fachhochschule vor zwei bis drei Jahren in der Stadt eine wunderbare Diskussion mit einem tollen Ergebnis für das Rechtsrheinische, nämlich für Deutz und die umliegenden Stadtteile. Uns ist es nicht klar, warum man diese Diskussion bei der Umsiedlung des Justizzentrums nicht zugelassen hat. Warum haben die Mächtigen in der Stadt und im Land, also in Köln und in Düsseldorf, das nicht zugelassen? Das ist nicht nachvollziehbar.

Lassen Sie uns diese Diskussion bitte noch einmal eröffnen und wirklich überlegen, was aus stadtplanerischer Sicht der beste Standort des Justizzentrums wäre. Ich befürchte, dass die Hans-Carl-Nipperdey-Straße nicht der richtige Standort ist.

Deswegen können wir zumindest heute diesem Antrag, der hier von SPD, Grünen, FDP und CDU gestellt worden ist, nicht folgen, weil unserer Auffassung nach die Diskussion um den richtigen Standort nicht zu Ende geführt worden ist. Die Auswahlkriterien für das Gelände sind nicht wirklich offengelegt worden. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich über diesen Dringlichkeitsantrag abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU und die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen von der Linken und pro Köln. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Andreas Henseler [Freie Wähler Köln]:
Ich stimme dagegen!)

- Herr Henseler ist gegen den Dringlichkeitsantrag. - Vielen Dank.

Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln spricht sich dafür aus, das neue Justizzentrum in Köln in unmittelbarer Nähe des Altstandorts nun am Standort Hans-Carl-Nipperdey-Straße zu errichten. Die für den Neubau vorgesehene Fläche ist so zu planen, dass die an dieser Stelle vorgesehene Fortführung des inneren Grüngürtels mindestens in einer Größenordnung erfolgen kann, den der Masterplan Innenstadt vorsieht.

II. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im weiteren Verfahren und in den Gesprächen mit dem BLB folgende Maßgaben und Ziele zu verfolgen:

- *eine Überbauung der Carl-Nipperdey-Str. zu ermöglichen,*
- *die geplanten Baukörper zwar unterhalb der Hochhausgrenze, aber dennoch höher als sechs Geschosse zu realisieren,*
- *die östlich des Gebäudes der Staatsanwaltschaft gelegenen Parkplatzflächen zu überbauen*
- *zu prüfen, welche zukünftige Nutzung der unterirdischen Zufahrt durch die Unterführung unter der Luxemburger Straße zukommen kann*
- *aufgrund der guten ÖPNV-Anbindung die Anzahl der Stellplätze zu reduzieren und die Anzahl der zu realisierenden Stellplätze entsprechend zu minimieren,*
- *für das Justizzentrum eine repräsentative Adressbildung und angemessene Platzgestaltung zur Luxemburger Straße zu ermöglichen,*
- *das Bodendenkmal im westlichen Planbereich angrenzend an die Luxemburger Straße zu sichern.*

III. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Gewährleistung einer hohen städtebaulichen Qualität einen kombinierten städtebaulichen und architektonischen Wettbewerb durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis/90 Die Grünen, der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln und der Frakti-

on Die Linke. sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) – zugestimmt.

3.1.18 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betreffend "Erhalt der Kölner Kunst- und Museumsbibliothek - zurück auf Anfang?"
AN/0609/2014

Die Dringlichkeit dieser Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung durch die Mehrheit des Rates abgelehnt (siehe hierzu Ziffer IV – Seite 4 – vor Eintritt in die Tagesordnung), die Beratung der Sache wird deshalb zurückgestellt.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt kommen wir zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Ich rufe auf:

4.1 Anfrage von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend „Gesamtkosten des Projekts Archäologische Zone/Jüdisches Museum, bisher abgeflossene Mittel, erwartete Kostensteigerung und Folgekosten“
AN/0229/2014

Antwort der Verwaltung vom 07.04.2014
0500/2014

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Herr Henseler.

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Frau Bürgermeisterin, ich mache das von hier unten. - Die Antwort auf die Anfrage, die ja schon etwas älter ist, und zwar vom 11. Februar 2014, erstaunt mich schon ein bisschen. Es macht den Eindruck, als sei sie mit der heißen Nadel gestrickt. Das soll ja manchmal vorkommen. Bestimmte Ausführungen finde ich besonders interessant. Darauf beziehen sich auch meine Nachfragen.

Zum Beispiel heißt es in der Antwort der Verwaltung zu Frage 2:

> Die Kosten für den aufgehenden Bau werden im Zuge des Planungsprozesses kontinuierlich den Bedürfnissen der Archäologie und an einen funktionierenden Museumsbau angepasst.

Da hätte ich gerne von der Verwaltung gewusst, wie denn der Mechanismus dieser Anpassung funktioniert, also wie der Bau sozusagen an die Archäologie angepasst wird. Den Mechanismus, wie das abläuft, hätte ich gerne beschrieben. Das muss nicht jetzt sein. Es wäre aber schön, wenn ich darauf eine Antwort der Verwaltung bekäme.

Außerdem hätte ich gerne gewusst - das ist die zweite Frage -: Wann kommt denn dieser Mechanismus oder dieser Prozess an eine Grenze? Oder läuft er kontinuierlich weiter?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Henseler, Sie bekommen nach der Ratssitzung die schriftliche Antwort der Verwaltung.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor. Hinsichtlich der Nachfragen von Ratsmitglied Henseler sagt die Verwaltung eine schriftliche Beantwortung der Nachfragen zu.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann rufe ich auf:

4.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Effektive Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption“
AN/0236/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Dr. Elster.

Stefan Götz (CDU): Frau Bürgermeisterin, ich habe für die CDU-Fraktion die Frage, wann wir

denn - nachdem mittlerweile zwei Monate vergangen sind - die Antwort bekommen.

(Andreas Köhler [CDU]: Zeitnah!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Lassen Sie doch bitte einmal den Stadtdirektor zu Wort kommen. - Bitte schön, Herr Kahlen.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Vielen Dank. - Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Gesetzesänderung datiert vom 30. Dezember 2013. Sie haben mit den Antikorruptionsrichtlinien im organisatorischen, im personellen und auch im ehrenamtlichen Bereich klare Regelungen geschaffen.

Wir werden für die Verwaltung jetzt diese Gesetzesnovelle daraufhin durchleuchten, inwieweit wir bei den bisherigen Kategorisierungen 1 bis 5 und hier insbesondere 4 und 5 zusammen mit den Fachdezernentinnen und -dezernenten und dem Rechnungsprüfungsamt unter Einschluss möglicher technischer Verbesserungen, was Transparenz und Antikorruptionsmöglichkeiten angeht, neue Einstufungen vornehmen.

Das braucht Zeit. Deshalb haben wir Ihnen die Antwort noch nicht geben können.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Stadtdirektor.

(Winrich Granitzka [CDU]: Entschuldigung! Die Frage lautete: Wann können Sie das beantworten?)

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Granitzka, in diesem Prozess ist eine wirklich genaue Analyse erforderlich. Schon allein das Formblatt, mit dem wir bisher die Einstufung vorgenommen haben, ist sehr detailliert. Daher möchte ich Sie bitten, von mir heute noch kein fixes Datum zu erwarten. Ich denke, dass das noch zwei Monate dauern wird.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank. Danach bekommen wir dann eine ausführliche Beantwortung. - Es gibt eine Nachfrage von Herrn Götz.

Stefan Götz (CDU): Herr Stadtdirektor, wir haben ja nicht nach den neuen gesetzlichen Regelungen gefragt. Wir haben de facto gefragt, wie es derzeit gehandhabt wird. Wo liegt Ihr Problem, uns zu sagen, welche Maßnahmen Sie heutzutage ergreifen, gerade bei Rotation und Korruption? Warum können Sie uns das hier nicht sagen? Es ist doch das tägliche Geschäft der Verwaltung, dass sie diese Dinge beachten muss.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Götz, Punkt eins: Wir haben durch das Instrumentenbündel, das Sie in den letzten zehn bis zwölf Jahren eingeführt haben, nach meiner Kenntnis keinen gravierenden Fall von Korruption in der Verwaltung gehabt.

Punkt zwei: Es geht um die Verschärfung eines Gesetzes. Nehmen Sie nur folgenden Fall: Wenn wir keine Rotation vornehmen, müssen wir die Gründe dafür der Bezirksregierung mit entsprechenden Erläuterungen vorlegen. Wir haben in der Vergangenheit die Listen mit diesen Instrumenten sehr ausführlich erstellt: Was machen wir, wenn wir Rotationen nicht umsetzen? Mit welchen Ersatzinstrumenten sind wir in der Lage, weiterhin korruptionspräventiv anzutreten? Das sind sehr detaillierte Analysen, die das jeweilige Fachdezernat vornimmt und anschließend mit dem Rechnungsprüfungsamt abstimmt. Neben der Verschärfung gibt es aber gleichzeitig auch bessere technische Möglichkeiten der Transparenz, der ortsunabhängigen Prüfung, der zeitunabhängigen Prüfung und der genauen Dokumentation. Das ermöglicht es, nicht nur Verschärfungen zu betrachten, sondern auch Entlastungen. Daher bin ich der Auffassung, dass wir diesen Prozess nicht mit schneller Feder bearbeiten sollten.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Stadtdirektor. - Bitte.

(Stadtdirektor Guido Kahlen: Das ist die dritte Nachfrage!)

Helmut Jung (CDU): Herr Stadtdirektor, ich habe keine Nachfrage. Vielmehr geht es mir um Folgendes: Korruptionsbekämpfung gehört ja zum Rechnungsprüfungsamt, also auch in den Rechnungsprüfungsausschuss. Am 5. Mai 2014 findet die letzte Sitzung des Rechnungsprü-

fungsausschusses statt. Vielleicht ist es Ihnen möglich, dem Rechnungsprüfungsausschuss bei dieser Sitzung schon etwas Konkreteres mitzuteilen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Das werden wir dann sehen. - Vielen Dank.

Stadtdirektor Kahlen nimmt zu der Angelegenheit Stellung und erklärt, dass sich die Beantwortung noch um ca. 2 Monate verzögern werde.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Jetzt kommen wir zu:

4.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Mehr Bürgerbeteiligung in wichtigen kommunalpolitischen Themen?“ AN/0265/2014

Antwort der Verwaltung vom 07.04.2014 1070/2014

Herr Dr. Elster hat sich schon zweimal gemeldet. Bitte schön, Herr Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Zu der Anfrage, ob das Bürgerbegehren Rathausplatz analog zum Bürgerbegehren Godorfer Hafen in Form einer Bürgerbefragung behandelt werden könnte, gibt es anderthalb Seiten eng Gedrucktes von der Stadtverwaltung zu lesen. Teilweise ist das auch widersprüchlich. Herr Stadtdirektor, wir haben aber das Gefühl, dass es im Endergebnis wohl doch so ist, dass das Bürgerbegehren, die Initiative zur Platzbebauung, durchaus analog zum Godorfer Hafen hier auch vom Rat der Stadt Köln behandelt werden könnte. Beim Godorfer Hafen war es ja so, dass FDP und Grüne durchaus Treiber dieses Verfahrens gewesen sind und die SPD das Ganze letztendlich auch befördert hat.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Stadtdirektor Kahlen, bitte.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Elster, Ihre Frage wird auf den Seiten 2 und 3 konkret beantwortet.

Vielleicht darf ich auf eine Besonderheit aufmerksam machen. Wir hatten beim Godorfer Hafen die Situation - das können Sie der Vorlage zu der damaligen Befragung entnehmen -, dass ein Ratsbeschluss zur Einleitung des Planfeststellungsverfahrens vom OVG Münster als rechtlich nicht ausreichende Rechtsgrundlage beurteilt worden war. Damals war allen klar, dass in jedem Fall ein neuer Ratsbeschluss erforderlich sein würde. Das hat die Bezirksregierung auch Ihrem sachkundigen Bürger im AVR mitgeteilt.

Das heißt: In der Beantwortung wird deutlich gemacht, dass es sich hier um eine Frage handelt, die von der Rechtsprechung bisher noch nicht beurteilt worden ist. Die Antwort haben Sie aber schriftlich bekommen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Kahlen.

Hierzu liegt eine schriftliche Mitteilung von der Verwaltung vor.

Stadtdirektor Kahlen beantwortet die Nachfragen von Ratsmitglied Dr. Elster.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Jetzt kommen wir zu:

4.4 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Sanierung der Kölner Rheinbrücken“ AN/0550/2014

Antwort der Verwaltung vom 07.04.2014 1230/2014

Gibt es noch Nachfragen zu der Antwort der Verwaltung? - Das ist nicht der Fall.

Jetzt kommt die Ablösung.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Anmerkung:
Oberbürgermeister Jürgen Roters übernimmt wieder die Leitung der Sitzung.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Beschluss des Integrationsrates - Einrichtung von bilingualen Gruppen zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit in städtischen Kindertagesstätten
0254/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 3).

5.4.2 Zuständigkeiten des Integrationsrates
1089/2014

In dieser Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung Fristeneinrede geltend gemacht. Die Beratung der Vorlage wird deshalb zurückgestellt (siehe Ziffer VI – Seite 5 - vor Eintritt in die Tagesordnung).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Sanierungsgebiet „Rheinboulevard Mülheim-Süd mit Grünzug Charlier“
hier: Aufhebung der Sanierungssatzung
2745/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir müssen leider feststellen, dass die Planungen, die bis zum heutigen Tag für das Sanierungsgebiet vorliegen, nicht ausreichen, um sagen zu können, dass die Ziele der Sanierungssatzung erreicht sind. Lassen Sie mich zwei kleine Beispiele nennen.

Der Grünzug, der ursprünglich 30 m breit sein sollte und somit einen wesentlichen Beitrag dazu leisten sollte, dass Mülheim näher an den Rhein rückt, ist nicht gegeben.

Die Barrierefreiheit ist ebenfalls nicht gegeben. Auch das wäre bei dieser Sanierung ein wichtiger Aspekt gewesen.

Deswegen können wir der Aufhebung der Sanierungssatzung heute leider nicht zustimmen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion Die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt aufgrund § 162 Abs. 1 Nr. 3 Baugesetzbuch die Satzung (vgl. Anlage 1) über die Aufhebung der Sanierungssatzung vom 19.12.2008 über das förmlich festgelegte Sanierungsgebiet 'Rheinboulevard Mülheim-Süd mit Grünzug Charlier' in Köln-Mülheim in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 6.1.2:

6.1.2 Neufassung der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 3902/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0612/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Zunächst Herr Bosbach.

Wolfgang Bosbach (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh darüber, heute hier zur Neuordnung der Gebäudewirtschaft und zur Neufassung der Betriebssatzung reden zu können. Erstens ist das, da ich nicht mehr für den neuen Rat kandidiere, mit allerhöchster Wahrscheinlichkeit meine letzte Ratsrede. Zweitens freut es mich, dass wir das von uns lange angestrebte Projekt, das wir schon seit über zweieinhalb Jahren bearbeiten, mit dem heutigen Beschluss zwar noch nicht erledigen, aber doch wenigstens auf einen guten Weg bringen.

Ziel der Reform ist es, die Verantwortung und die Federführung bei dem Bau und der Generalsanierung von Schulen, Kindertagesstätten und Verwaltungsgebäuden stärker den auftraggebenden Ämtern und Dezernaten zu geben. Bei den grundlegenden Planungen werden demnächst das Schuldezernat und das Jugenddezernat, um nur zwei Beispiele zu nennen, den Hut aufhaben und die Entscheidungen vorantreiben.

Ich habe im Ausschuss - die ausführliche Diskussion will ich hier nicht wiederholen; wir wollen ja versuchen, alle Punkte heute zu schaffen, damit wir die Ratssitzung nicht unterbrechen müssen - davon gesprochen, dass der Planungsprozess quasi vom Kopf auf die Füße gestellt wird. Das ist sicherlich pointiert, aber zutreffend.

Ich will auch klarmachen, dass weder die Verwaltungsvorlage noch der Änderungsantrag von SPD und Grünen eine Kritik an der bisherigen Arbeit der Gebäudewirtschaft ist. In der Untersuchung des Organisationsamtes ist sehr deutlich geworden, dass in der Gebäudewirtschaft viele engagierte Mitarbeiter tätig sind und dass dort eine hervorragende Arbeit gemacht wird. Es ist aber auch deutlich geworden, dass es an den Schnittstellen, also in der Frage, wie Entscheidungs- und Planungsprozesse laufen, Organisationsprobleme gibt. Sie liegen nicht an der Gebäudewirtschaft, sondern an den organisatorischen Vorgaben, die gegeben worden sind.

Genauso wie meine Kollegin Birgit Gordes war ich fünf Jahre in diesem Ausschuss tätig. Ich sage sehr gerne, dass hier eine wirklich engagierte und gute Arbeit geleistet worden ist. Es sind viele hervorragende Schulbauten, Kindertagesstättenbauten und Sanierungen von Verwaltungsgebäuden auf den Weg gebracht worden.

Eines wollen wir aber ändern. Ich bin auch optimistisch, dass wir bei der Abstimmung eine Mehrheit dafür bekommen. Diejenigen, die den Auftrag geben und für das verantwortlich sind, was in den von der Gebäudewirtschaft errichteten oder sanierten Gebäuden gemacht wird, nämlich die Ämter und Dezernate, sollen nämlich ganz eindeutig den Takt angeben. Sie sollen bei den Planungen die erste Verantwortung haben.

Deshalb konkretisieren wir in unserem Änderungsantrag, dass die Stellung der Ämter, die der Gebäudewirtschaft den Bauauftrag erteilen, gestärkt wird. Wir wollen vom Vermieter-Mieter-Verhältnis, das eine ganz andere Hierarchie bedeutet, auf das Auftraggeber-Auftragnehmer-Verhältnis umstellen.

Im Lenkungskreis und im Fachausschuss haben wir sehr ausführlich diskutiert. Bevor ich gleich noch ein paar Takte zu meiner letzten Sitzung sage, möchte ich Sie nur darum bitten, sowohl der Verwaltungsvorlage als auch zuerst dem Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen zuzustimmen.

Zum Schluss möchte ich mich bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, beim Oberbürgermeister, lieber Jürgen, bei der Verwaltung und bei der Presse sehr herzlich für 18 Jahre gute Zusammenarbeit bedanken. Ich werde zwar nicht jeden von Ihnen vermissen. Einige werde ich aber mit Sicherheit vermissen. Das hängt auch nicht nur vom Parteibuch ab. Sowohl aus den Fraktionen, die die Mehrheit im Rat tragen, als auch aus den Fraktionen, die zurzeit eher in der Opposition sind, werde ich sicherlich einige vermissen.

Der Oberbürgermeister hat eben davon gesprochen, dass man mit Wehmut geht. Das ist richtig. Ich gehe mit Wehmut. Ich gehe aber nicht nur mit

einem weinenden Auge, sondern auch mit einem sehr großen lachenden Auge. Vor allen Dingen auf eines freue ich mich sehr: auf die größere Zeitsouveränität.

Und seien Sie ganz ehrlich: Sitzungen wie die heutige werde ich nicht so sehr vermissen, sondern eher andere Arbeit, die man im Rat macht. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann gebe ich Frau Gordes das Wort. Bitte schön.

Birgit Gordes (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Wolfgang Bosbach, sei beruhigt: Wir sehen uns noch einmal im Bauausschuss. Da ihr Rot-Grünen euch bei der letzten Sitzung nicht einigen konntet, müssen wir jetzt zu euren Ehren eine Sondersitzung veranstalten. Das gereicht mir zum Ärger und der städtischen Kasse zum Nachteil. Vielleicht kannst du aber nach der Sitzung dann noch einen Ausstand geben.

(Wolfgang Bosbach [SPD]: Ja, gerne!)

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, so unterschiedlich sind die Auffassungen. Für mich sind das auch 250 gefühlte Beratungen über eine Vorlage, die immer wieder eingereicht wurde, nämlich die Neufassung der Betriebssatzung, die sogenannte Prozessoptimierungsvorlage. Ich stelle aber fest: Herr Oberbürgermeister, wenn Sie diese Vorlage eingebracht haben, war sie immer entweder verfristet oder wurde gar nicht diskutiert oder wurde zurückgestellt. Vor allem wurde sie aber, wenn sie besprochen wurde, immer wieder aufs Heftigste diskutiert und kritisiert. Kein einziges Mal hat sie in irgendeinem Ausschuss eine Mehrheit gefunden. Sie ist immer ohne Votum weitergeschoben worden.

Bei der Neuversendung der wieder nicht veränderten Vorlage habe ich den Eindruck, dass Sie uns die Vorlage so lange hierhin legen, bis die Politik irgendwann entnervt aufgibt. Ich vermute, dass Sie das heute geschafft haben. Die Grünen haben hier einen Knicks vor den Roten gemacht und sich eine Vorlage verkaufen lassen, über die ich nur schmunzeln kann.

Ich mache Ihnen zum Vorwurf, dass Sie kein einziges Mal auf die Ergänzungs- und Änderungswünsche der Fraktionen eingegangen sind - weder im Lenkungskreis noch im Ausschuss.

Die Vorschläge in dieser Prozessoptimierungsvorlage sind handwerklich schlecht gemacht. Dafür enthält die Vorlage so prosaische Behauptungen wie Schaffung von Transparenz und klaren Zuständigkeiten, Vermeiden bzw. Minimieren von finanziellen Risiken, Verschlanken von verwaltungsinternen Prozessen usw. usf. Das finde ich obskur und abstrus.

Herr Oberbürgermeister, lesen Sie sich die Vorlage einmal durch. Wo steht so etwas denn? Ich habe die Vorlage zwar vorliegen - sogar in dreifacher Ausfertigung. Sie ist dreimal verschickt worden - wahrscheinlich, damit man mehr in der Hand hat. Das ändert aber nichts an dem nicht vorhandenen Inhalt.

Sie schreiben hier ferner:

> Als Basis für das künftige Zusammenwirken von Verwaltung und Betrieb werden erstmals Grundsätze der Leistungserbringung beschrieben.

Ich frage Sie: Wo? Fakt ist: An keiner Stelle beschreiben Sie, mit welchen Instrumenten Sie an welchen Schrauben drehen wollen und wie die Praxis zukünftig aussieht. Mit welchen Mitteln wollen Sie denn die finanziellen Risiken vermeiden bzw. minimieren? Womit machen Sie das? Das sind doch alles nur schöne Worte, die sich mit gar nichts belegen lassen.

Fakt ist doch: Durch die Satzungsänderung entfällt der eigentliche Zweck der Bewirtschaftung, die werterhaltenden Maßnahmen zentral sicherzustellen. Damit besteht die Gefahr, dass Objekte noch mehr sanierungsbedürftig werden. Durch den Wegfall der zentralen Bewirtschaftung werden weitere Schnittstellen geschaffen, die zu Verzögerungen im Ablauf führen werden. Durch die fehlende Anordnungsbefugnis ist die Kundenbetreuung nicht sichergestellt. Unklar bleibt ferner, wer die Planungsleistungen beauftragen soll, wie der öffentliche Wettbewerb zukünftig sichergestellt wird und mit welchen Vergabeverfahren zukünftig zu rechnen ist.

Außerdem können die Fachdienststellen zwar die Gebäudewirtschaft beauftragen, müssen es aber nicht, Herr Oberbürgermeister. Gleichzeitig hat die Gebäudewirtschaft aber eine Abnahmepflicht für städtische Leistungen. Das ist ein krasses Ungleichgewicht. Mit dieser Abnahmeverpflichtung für konkrete Leistungen ist überhaupt keine selbstständige Betriebsführung

mit der Verantwortung für Wirtschaftlichkeit möglich.

Durch die Zuständigkeit der Fachdienststellen bis zu einer bestimmten Höhe ist auch keine Verbesserung der Abläufe erkennbar. Das ist lediglich eine Umschichtung von Aufgaben und Personal.

Völlig unklar ist ferner: Bei welchen Angelegenheiten soll denn der Betriebsausschuss die Beschlüsse des Rates vorberaten, wenn künftig eher die Fachausschüsse der Fachdienststellen entscheiden?

Und wer übernimmt zum Beispiel bei erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen die Verantwortung? Sie, Herr Oberbürgermeister? Oder Herr Kahlen? Oder Frau Dr. Klein? Oder das Grünflächenamt, beispielsweise beim Rheinboulevard? Das ist ja auch ein Fachamt. Da ist gar nichts klar. Es bleibt weiterhin konfus. Fakt ist: Der Betriebsausschuss soll den erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen zwar zustimmen. Die Budgethoheit haben aber die Fachdienststellen.

Das wird alles nicht funktionieren. Das kann ich Ihnen schon an dieser Stelle garantieren.

Anscheinend geht es den politisch Verantwortlichen in dieser Stadt aber gar nicht um Prozessoptimierung, sondern allein um die Macht. Erst entfernt man ungeliebtes Personal, und dann beschneidet man die Kompetenzen des Betriebsausschusses.

(Beifall bei der CDU)

In der hier vorgelegten Form werden wir diese Satzungsänderung nicht mittragen, auch wenn wir bei dem einen oder anderen Punkt gerne mitgegangen wären.

Meine Damen und Herren von SPD und Grünen, wenn ich mir Ihren Änderungs- und Ergänzungsantrag anschaue, muss ich sagen, dass Sie ja selber nicht mehr daran glauben, wenn Sie unter Ziffer II.3 schon schreiben, dass das Ganze am 30. November 2014 evaluiert werden soll. Dann lehnen wir doch alles ab, sowohl die Vorlage als auch den Änderungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Gordes. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte, Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Ich möchte hier nur einige wenige Punkte ansprechen, weil der gesamte Prozess dieser Veränderung mehr als ein Jahr in Anspruch genommen hat. Es gab Lenkungsgruppensitzungen, an denen nicht nur ich beteiligt war, sondern auch die Vertreter aller Fraktionen. Das gilt auch für den Betriebsausschuss. Insofern ist das jetzt nichts Neues.

Es sollte aber noch in dieser Wahlperiode zu einem Abschluss gebracht werden, damit das geschehen kann, was notwendig ist - nämlich, dass die Organisation der Gebäudewirtschaft und ihr Verhältnis zu den Bestellern, die bisher keine Besteller waren, tatsächlich verändert werden können. Zu dem von Frau Gordes genannten Datum liegt dann die nötige Umorganisation vor. In der Zwischenzeit kann sie auch durch die begleitenden Ausschüsse besprochen werden, damit sie dann auch tatsächlich lebt.

Eines muss man hier doch deutlich sagen: So, wie es ist, konnte es nicht bleiben. - Wenn ich Sie gerade richtig verstanden habe, schlagen Sie Frau Gordes jetzt aber vor, dass alles so bleiben soll, wie es ist.

Wir haben zahlreiche Auseinandersetzungen darüber geführt, wer eigentlich für Kostensteigerungen bei großen Bauvorhaben verantwortlich ist. Ich kann mich an sehr kuriose Auseinandersetzungen erinnern, die dann in den Rat gebracht worden sind. Dieser Zustand ist nicht haltbar.

Formal haben wir bis heute ein fiktives Mietpreisverfahren, das die Budgets der einzelnen Besteller belastet, aber tatsächlich kein Ausdruck von realen Preisen ist.

Das alles soll ein Ende finden - durch die Einführung spartenbezogener Budgets, die die tatsächlichen Aufwände für ein Projekt widerspiegeln, und durch die Ablösung des fiktiven Mieter-Vermieter-Verhältnisses durch ein Besteller-Dienstleister-Verhältnis, in dem die Gebäudewirtschaft, die im Übrigen eine eigenbetriebsähnliche Ein-

richtung bleibt, eine klare Rolle als Dienstleister hat.

Das betrifft auch die Änderungen der Betriebssatzung. Darin sollen die einzelnen Punkte, die in unserem Antrag unter II.1 a) bis h) aufgeführt sind, abgebildet werden.

Letztlich ist es dann auch die Aufgabe der Verwaltung, Verfahrensvereinfachungen einzuführen, weil die Prozesse einfach zu lange dauern.

Sie können das bei vielen Vorlagen sehen, die wir zum Beispiel zu Schulen vorgelegt bekommen. Die extremste Vorlage ist die Vorlage zum Schulzentrum Weiden. Der erste Beschluss ist 2005 gefasst worden. Mittlerweile ist eine gesamte Schülergeneration durchgelaufen. Bis heute hat sich nichts verändert. Die Verantwortung dafür lag natürlich nicht alleine bei der Gebäudewirtschaft, sondern auch bei anderen. Daran wird aber deutlich, wie viele Schleifen wir hier drehen.

Das gilt übrigens auch für das Rechnungsprüfungsamt, das natürlich eine wichtige Aufgabe hat. Seine Aufgabe besteht aber darin, stichprobenartig zu prüfen und nicht jeden kleinen Prozess zu verfolgen. Das wird hier auch festgehalten.

Das heißt: Auf die Verwaltung und insbesondere auf die neue Leiterin der Gebäudewirtschaft kommt jetzt die Aufgabe zu, daraus ein griffiges und praktikables Organisationsmodell zu machen, das dann auch tatsächlich funktioniert.

Das wird hiermit jetzt angestoßen. Vorstellungen, die darauf hinausliefen, die Betriebsleitung in ihren Möglichkeiten zu schwächen, werden hier zurückgewiesen. Sie sind auch durch die Änderung der Betriebssatzung klar definiert.

Insofern sehe ich jetzt erst einmal ganz optimistisch in die Zukunft; denn so, wie es bisher war, kann es nicht bleiben. Um es simpel zu sagen: Es kann eigentlich nur besser werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen zu Herrn Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin ein bisschen verärgert - insbesondere, weil ich alle Runden mitgemacht habe. Dort haben wir konstruktiv zusammengearbeitet. Dem Oberbürgermeister, aber auch der SPD und den Grünen ist bekannt, dass meine Fraktion es als dringend angesehen hat, zu einer Neufassung der Betriebssatzung zu kommen. Es ist wichtig, dass wir sie verabschieden, damit die Verwaltung anfangen kann, zu arbeiten. Da wollten wir uns gerne einbringen. In dem Prozess haben wir auch Anregungen gemacht, die teilweise schon in der neuen Betriebssatzung berücksichtigt sind. Wir hatten allerdings noch weitere Anregungen.

Nun habe ich erst bei dieser Sitzung hier den Änderungsantrag von Rot-Grün bekommen. In diesem Verfahren sind wir damit nicht einverstanden. Wir wären gerne mitgegangen. Das wollte man aber wohl nicht. Es wäre notwendig, das alles noch zu prüfen, zumal - da muss ich Frau Gordes recht geben - viel heiße Luft darin enthalten ist. Man hätte das vielleicht noch verbessern können. Es sollte aber wohl so sein. Rot-Grün möchte das alleine verabschieden. Dann sollen sie es auch alleine verabschieden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Mir ist aber wichtig, dass wir vorankommen; denn die Vollkostenmiete passt überhaupt nicht mehr in die Landschaft. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die Nachforderungen in Millionenhöhe, die an die Schuldezernentin gestellt wurden. Sie konnte gar nichts daran machen. Wenn wir sehen, wie mit kalkulatorischen Kosten und mit Forderungsausfallzinsen - als ob die Stadt pleitegehen würde - kalkuliert worden ist, brauchen wir uns nicht zu wundern, dass solche Projekte so teuer werden. Das ist kein effizientes Wirtschaften. Darum muss hier etwas passieren.

Schauen wir uns doch nur einmal an, was wir für die Fraktionsbüros hier im Spanischen Bau bezahlen. Für dieses Geld könnten wir auch in den KölnTurm ziehen und uns dort sogar noch ein goldenes Klo leisten.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Uli, das machen wir erst nach der Wahl!)

- Bleiben wir bei goldenen Klinken. Die Vertreter von pro Köln sind ja gerade ruhig. Wir könnten uns dann sogar noch goldene Klinken leisten. - Das kann es also nicht sein.

Außerdem hat die Gebäudewirtschaft wie in alten Zeiten - das brauchen wir jetzt beim NKF auch nicht mehr -, obwohl sie eigentlich mit Voll-

kosten gerechnet hat, zusätzlich noch üppige Zuweisungen an den Haushalt der Stadt geleistet. Das geht überhaupt nicht. Wir sind auch diejenigen, die das immer kritisiert haben und gesagt haben, dass wir das ablehnen. Darum brauchen wir hier andere Strukturen.

Herr Oberbürgermeister, Sie sehen, dass das eigentlich sehr nah an meinem Herzen liegt. Das gilt auch für meine Fraktion. Bei so einem Verfahren können wir dem aber leider nicht zustimmen. Bitte haben Sie dafür Verständnis. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Gordes hat sich noch einmal gemeldet.

Birgit Gordes (CDU): Nur noch eine kurze Anmerkung: Die Politik ist sich im Lenkungskreis ziemlich übergreifend einig gewesen, dass das geändert werden muss. Wir haben nur über die verschiedenen Verfahrensabläufe diskutiert. Ich war stets der Auffassung - ich habe immer gedacht, die eine oder andere Fraktion in diesem Rat ebenfalls -, dass zum Beispiel das, was ihr jetzt als Änderungsantrag eingebracht habt, im Vorfeld bearbeitet und gelöst wird und dann die Satzungsänderung nachgeschaltet wird. Ich kann doch nicht erst eine Hülle beschließen und dann in einem halben Jahr schauen, was denn in dieser Hülle drin ist. Über dieses Verfahren sind wir enttäuscht.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesamtvorschlag. Wer ist für die Vorlage in der geänderten Fassung? - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Vorlage so angenommen.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Beschlusstext der Vorlage 3902/2013 wird wie folgt ergänzt:

Der Rat beschließt die in der Anlage 1 beigefügte Neufassung der Betriebssatzung für die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln mit folgender Maßgabe:

§ 7 Abs. 2 der Satzung erhält folgende Fassung:

(der erste Absatz dieses Passus wird gestrichen)
~~Die Oberbürgermeisterin/der Oberbürgermeister entscheidet über Meinungsverschiedenheiten zwischen den auftraggebenden Fachdienststellen und der Gebäudewirtschaft als Auftragnehmer. In diesem Zusammenhang kann sie/er der Betriebsleitung Weisungen erteilen, um die Auftragserledigung sicherzustellen.~~

(der zweite Absatz bleibt erhalten, entsprechend der Betriebssatzung a.F.)
Im Interesse der Einheitlichkeit der Verwaltung sowie zu Erreichung gesamtstädtischer Ziele kann die Oberbürgermeisterin/der Oberbürgermeister der Betriebsleitung Weisungen erteilen.

Ziffern 1-3 der Beschlussvorlage bleiben im Übrigen unverändert.

II. Ziffer 4 wird neu hinzugefügt:

Die Neufassung der Betriebssatzung für die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln erfolgt unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Mitteilung der Verwaltung zu den Ergebnissen der Organisationsanalyse der Gebäudewirtschaft (3901/2013) und mit folgender Maßgabe:

1. Der Betrieb Gebäudewirtschaft wird in seinen grundsätzlichen Strukturen fortgeführt. Für die Neuausrichtung gelten sowohl bezogen auf das Aufgabenprofil im Innen- und Außenverhältnis als auch die Neustrukturierung der Ressourcenverteilung folgende Prämissen:

a) Es werden spartenbezogene Budgets (Schulbauten nach Schulformen, Kindertagesstätten, Verwaltungsgebäude etc.) gebildet. Es wird eine periodische Priorisierung innerhalb der Spartenbudgets vorgenommen. Umschichtungen innerhalb eines Spartenbudgets sollen möglich sein. Die zukünftige Abbildung in der Wirtschaftsplanung und im Jahresabschluss der Gebäudewirtschaft ist darzustellen.

b) Zur Schaffung einer hinreichenden Planungssicherheit werden künftig Investitionsbudgets bereitgestellt, deren Volumina von der jährlichen Festlegung durch die Haushaltssatzung abhängig sind. Sie sind im Wirtschaftsplan in Abstimmung mit dem städtischen Haushaltsplans der Gebäudewirtschaft abzubilden.

c) Es wird ein mehrstufiges Controlling der Bau-Investitionen aufgebaut, das Verwaltung und Ratsgremien ein zeitnahes Monitoring und eine Steuerung ermöglicht und auch die Betrachtung der Einzelinvestitionen gewährleistet, um Kostensteigerung frühzeitig zu erkennen und kompensieren zu können.

d) Die Verwaltung entwickelt Vorschläge zur Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung der Vergabeprozesse.

e) Zwecks Verfahrensvereinfachung und –beschleunigung soll das Rechnungsprüfungsamt zukünftig nicht mehr generell prozessbegleitend sondern stichprobenartig prüfen.

f) Das bestehende Verhältnis „Mieter-Vermieter“ zwischen Verwaltung und Gebäudewirtschaft wird ersetzt durch ein „Auftraggeber– Auftragnehmer-Verhältnis“. Die bisherige Mietkalkulation auf Vollkostenbasis wird durch eine Verrechnungspreisbildung auf Aufwandsbasis abgelöst, deren Parameter transparent darzustellen sind. Die Verrechnung muss einen Anteil zur Finanzierung der Instandhaltung beinhalten, der für den nachhaltigen Substanzerhalt auskömmlich sein muss.

g) Die Verantwortung der Auftraggeberseite wird gestärkt. Die Schnittstelle zwischen Fachverwaltung und Gebäudewirtschaft und die dafür notwendigen zusätzlichen Ressourcen – u.a. im Stellenplan - sind darzustellen, um die operative Handlungsfähigkeit der Gebäudewirtschaft und der Auftraggeber zu gewährleisten. Zudem ist darzustellen, dass sich die Auftraggeber zur Erstellung der Leistungsphasen 1 (Grundlagenermittlung) und 2 (Vorplanung – Projekt-/Planungsvorbereitung) auch der Gebäudewirtschaft als Dienstleister bedienen können.

h) Die Festlegung einheitlicher Bau- und Fachstandards wird vorbereitet und den zuständigen Ratsgremien vorgelegt.

i) Die notwendigen Änderungen der Zuständigkeitsordnung mit der Abbildung der veränderten Kompetenzen der beteiligten Ausschüsse sowie die Änderung anderweitiger Regelwerke werden dem Rat zeitnah vorgelegt.

2. Der weitere Umsetzungsprozess zur Neuausrichtung der Gebäudewirtschaft sowie die schrittweise Konkretisierung und Ausarbeitung der einzelnen Handlungsstränge erfolgt in enger Abstimmung und Information der zuständigen Ratsgremien, insbesondere des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft und des Finanzausschusses.

3. Die Entscheidung über die Neufassung der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft soll zur Sitzung des Rates am 30.11.2014 evaluiert werden. Hierzu bittet der Rat die Verwaltung um eine umfassende Sachstandsmitteilung in die Ausschüsse Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und Finanzausschuss.

4. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gebäudewirtschaft sowie die betroffe-

nen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dezernate I, IV, V und VII sind ebenfalls eng einzubinden und über den Prozessverlauf laufend zu informieren.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

II. Beschluss über die so geänderte Verwaltungsvorlage:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt die in der Anlage 1 beigefügte Neufassung der Betriebssatzung für die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln mit folgender Maßgabe:

§ 7 Abs. 2 der Satzung erhält folgende Fassung:

(der erste Absatz dieses Passus wird gestrichen)
~~Die Oberbürgermeisterin/der Oberbürgermeister entscheidet über Meinungsverschiedenheiten zwischen den auftraggebenden Fachdienststellen und der Gebäudewirtschaft als Auftragnehmer. In diesem Zusammenhang kann sie/er der Betriebsleitung Weisungen erteilen, um die Auftragserledigung sicherzustellen.~~

(der zweite Absatz bleibt erhalten, entsprechend der Betriebssatzung a.F.) Im Interesse der Einheitlichkeit der Verwaltung sowie zu Erreichung gesamtstädtischer Ziele kann die Oberbürgermeisterin/der Oberbürgermeister der Betriebsleitung Weisungen erteilen.

Grundlage ist die Mitteilung des Oberbürgermeisters vom 26.11.2013 (Vorlagen-Nr. 3901/2013) an den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales, den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft sowie den Finanzausschuss.

*2. Der Oberbürgermeister sowie die Betriebsleitung der Gebäudewirtschaft werden gebeten, auch bereits im Vorfeld des Inkrafttretens der Satzung alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Umsetzung dieser Satzung ab **01.01.2015** mit der neuen Rolle der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gebäudewirtschaft als Dienstleister für die Auftrag gebenden Fachdienststellen mit deren neuen Aufgaben zu gewährleisten. Auch die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes für 2015 erfolgt bereits auf der Grundlage der neuen Satzung.*

3. Der Oberbürgermeister wird gebeten, gegebenenfalls noch notwendige Änderungen von Regelwerken außerhalb der neuen Betriebssatzung bezogen auf die neue Rolle der Auftrag gebenden Fachdienststellen und deren Fachausschüsse zu erarbeiten.

4. Die Neufassung der Betriebssatzung für die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln erfolgt unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Mitteilung der Verwaltung zu den Ergebnissen der Organisationsanalyse der Gebäudewirtschaft (3901/2013) und mit folgender Maßgabe:

1. Der Betrieb Gebäudewirtschaft wird in seinen grundsätzlichen Strukturen fortgeführt. Für die Neuausrichtung gelten sowohl bezogen auf das Aufgabenprofil im Innen- und Außenverhältnis als auch die Neustrukturierung der Ressourcenverteilung folgende Prämissen:

a) Es werden spartenbezogene Budgets (Schulbauten nach Schulformen, Kindertagesstätten, Verwaltungsgebäude etc.) gebildet. Es wird eine periodische Priorisierung innerhalb der Spartenbudgets vorgenommen. Umschichtungen innerhalb eines Spartenbudgets sollen möglich sein. Die zukünftige Abbildung in der Wirtschaftsplanung und im Jahresabschluss der Gebäudewirtschaft ist darzustellen.

b) Zur Schaffung einer hinreichenden Planungssicherheit werden künftig Investitionsbudgets bereitgestellt, deren Volumina von der jährlichen Festlegung durch die Haushaltssat-

zung abhängig sind. Sie sind im Wirtschaftsplan in Abstimmung mit dem städtischen Haushaltsplans der Gebäudewirtschaft abzubilden.

c) Es wird ein mehrstufiges Controlling der Bau-Investitionen aufgebaut, das Verwaltung und Ratsgremien ein zeitnahes Monitoring und eine Steuerung ermöglicht und auch die Betrachtung der Einzelinvestitionen gewährleistet, um Kostensteigerung frühzeitig zu erkennen und kompensieren zu können.

d) Die Verwaltung entwickelt Vorschläge zur Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung der Vergabeprozesse.

e) Zwecks Verfahrensvereinfachung und –beschleunigung soll das Rechnungsprüfungsamt zukünftig nicht mehr generell prozessbegleitend sondern stichprobenartig prüfen.

f) Das bestehende Verhältnis „Mieter-Vermieter“ zwischen Verwaltung und Gebäudewirtschaft wird ersetzt durch ein „Auftraggeber– Auftragnehmer-Verhältnis“. Die bisherige Mietkalkulation auf Vollkostenbasis wird durch eine Verrechnungspreisbildung auf Aufwandsbasis abgelöst, deren Parameter transparent darzustellen sind. Die Verrechnung muss einen Anteil zur Finanzierung der Instandhaltung beinhalten, der für den nachhaltigen Substanzerhalt auskömmlich sein muss.

g) Die Verantwortung der Auftraggeberseite wird gestärkt. Die Schnittstelle zwischen Fachverwaltung und Gebäudewirtschaft und die dafür notwendigen zusätzlichen Ressourcen – u.a. im Stellenplan - sind darzustellen, um die operative Handlungsfähigkeit der Gebäudewirtschaft und der Auftraggeber zu gewährleisten. Zudem ist darzustellen, dass sich die Auftraggeber zur Erstellung der Leistungsphasen 1 (Grundlagenermittlung) und 2 (Vorplanung – Projekt-/Planungsvorbereitung) auch der Gebäudewirtschaft als Dienstleister bedienen können.

h) Die Festlegung einheitlicher Bau- und Fachstandards wird vorbereitet und den zuständigen Ratsgremien vorgelegt.

i) Die notwendigen Änderungen der Zuständigkeitsordnung mit der Abbildung der veränderten Kompetenzen der beteiligten Ausschüsse sowie die Änderung anderweitiger Regelwerke werden dem Rat zeitnah vorgelegt.

2. Der weitere Umsetzungsprozess zur Neuausrichtung der Gebäudewirtschaft sowie die schrittweise Konkretisierung und Ausarbeitung der einzelnen Handlungsstränge erfolgt in enger Abstimmung und Information der zuständigen Ratsgremien, insbesondere des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft und des Finanzausschusses.

3. Die Entscheidung über die Neufassung der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft soll zur Sitzung des Rates am 30.11.2014 evaluiert werden. Hierzu bittet der Rat die Verwaltung um eine umfassende Sachstandsmitteilung in die Ausschüsse Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und Finanzausschuss.

4. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gebäudewirtschaft sowie die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dezernate I, IV, V und VII sind ebenfalls eng einzubinden und über den Prozessverlauf laufend zu informieren.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe auf:

6.1.3 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln
4077/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen?

(Götz Bacher [SPD]: Beschluss wie Ausschuss für Umwelt und Grün!)

- Ja. Wir stimmen ab wie der Ausschuss für Umwelt und Grün.

Es gibt keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer gegen diesen Vorschlag ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so angenommen. - Ich bedanke mich.

Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Umwelt und Grün aus seiner Sitzung am 27.03.2014:

Der Rat beschließt die Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln (Friedhofssatzung) in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 2) mit folgenden Maßgaben:

In § 6 Abs. 2 c streichen: „wenn sie geschoben werden“

§ 6 Verhalten auf dem Friedhof

(2) Auf den Friedhöfen ist insbesondere nicht gestattet:

c)
die Wege mit Fahrzeugen aller Art zu befahren; ausgenommen hiervon sind Kinderwagen, Rollstühle und Fahrräder, ~~wenn sie geschoben werden~~ sowie Dienstfahrzeuge und Fahrzeuge mit Genehmigung der Friedhofsverwaltung.

Die hiernach zugelassenen Fahrzeuge dürfen nur Schrittgeschwindigkeit (max. 10 km/h) fahren,

Der Satz „Die Verwendung von QR-Codes ist untersagt” in §7 (10) wird gestrichen.

Der Satz „Die Einbringung von QR-Codes bei der Gestaltung von Grabstätten ist grundsätzlich untersagt” in §28 wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

6.1.4 Erlass einer Wohnraumschutzsatzung
0610/2013

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Da sehe ich Herrn Noack.

(Martin Börschel [SPD]: Wenn keiner redet, reden wir auch nicht!)

- Keine Rede; okay. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Klipper.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war ein Fehler! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Es ist doch alles schon gesagt!)

- Man kann ja noch einmal gucken. Wir machen es einmal so. Herr Ludwig hat sich dann auch noch gemeldet.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist doch meine letzte Rede! - Beifall bei der CDU und der FDP)

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Dezernentin, Mitglied der Bruderschaft des Heiligen Bürokratius! Ich freue mich, nach 20 Jahren im Rat in meiner letzten Rede in diesem Hohen Haus noch einmal zu einer unheimlich bedeutenden neuen Satzung Stellung nehmen zu können, und zwar zur Wohnraumschutzsatzung, die nach Aussage des Verfassers dieses Konvoluts eine riesige Bedeutung hat, nämlich für 113 Wohneinheiten bei insgesamt 520 000 Wohneinheiten. Ich muss sagen: Das ist schon ein mächtiges Werk, mit dem man in dieser Stadt vieles erreichen kann.

(Martin Börschel [SPD]: Das musste einmal gesagt werden; das stimmt!)

Ich gratuliere der Frau Dezernentin dazu, dass sie das auf 23 Seiten zum Ausdruck gebracht hat.

Die Kosten für insgesamt drei neu einzustellende Personen betragen genau 218 900 Euro im Jahr. Das ist in einer Excel-Tabelle genauestens ausgerechnet worden. Wenn ich richtig gerechnet habe, bedeutet das über 1 900 Euro Verwaltungskosten pro Fall.

Die gesamte Vorlage umfasst 23 Seiten. Fünf Seiten sind Satzungstext mit 14 Paragrafen. Die restlichen 18 Seiten bestehen aus dem Beschluss mit sieben Punkten, der Begründung und einer Anlage mit zwölf Seiten, die Definitionen, Analysen des Kölner Wohnungsmarktes und Ausführungen zur Historie enthält.

Heiliger Bürokratius, was für ein schönes Denkmal hast du dir hier gesetzt! Wir haben in dieser Stadt ja wirklich nichts anderes zu tun, als eine Wohnraumschutzsatzung zu verabschieden, die am 1. Juli 2014 in Kraft treten soll.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich kann mich sehr gut daran erinnern, dass wir vor zwei oder drei Monaten gesagt haben: Wir fordern die Verwaltung auf, einmal klarzumachen, was man für die Altstadt tun könnte, damit dort nicht diese Saufgelage vorkommen, damit es dort nicht diesen Lärm gibt, damit dort nicht diese Junggesellenverabschiedungen stattfinden. - Dazu sollte uns die Verwaltung Vorschläge vorlegen. Die Wohnraumschutzsatzung ist also das Mittel, das man dagegen gefunden hat.

Jetzt kommt aber die Überraschung. Für alle älteren Fälle, die bis zum 30. Juni 2014 schon da sind, gilt die Satzung gar nicht. Alle diejenigen, die heute schon vermietet haben, die heute schon den Lärm machen, die heute schon alles andere machen, was wir in der Altstadt nicht wollen, haben also Bestandsschutz. Ich muss sagen: Das ist wirklich eine tolle Satzung.

Dann habe ich mir die Satzung noch einmal genauer angeschaut. In § 3 Abs. 3 Nr. 2 heißt es, dass nicht geschützter Wohnraum vorliegt, wenn

> dieser vor Inkrafttreten dieser Satzung und seitdem ohne Unterbrechung anderen als Wohnzwecken diente.

Herzlichen Glückwunsch, Frau Dezernentin. Das ist ein toller Einfall zur Rechtssicherheit. Im Kommentar zur Gewerbeordnung steht nämlich, dass planmäßig und auf gewisse Dauer betriebene gewerbliche Tätigkeit bedeutet, dass diese nicht nur gelegentlich betrieben werden darf. Nach der hier getroffenen Aussage muss die Tätigkeit hingegen auf immer und ewig geplant sein; sonst ist das keine gewerbliche Tätigkeit.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Zudem - damit Sie wissen, welche Bedeutung das hat, Herr Stadtdirektor - müssen die vorgenommenen Handlungen auf eine Vielzahl von Geschäften gerichtet sein. Nicht von Bedeutung ist jedoch, wenn ein Gewerbe nur saisonal betrieben wird oder werden kann, zum Beispiel Bierzelte auf dem Oktoberfest oder Strandkorbvermietungen. Dann geht das nicht. Vielmehr ist entscheidend, dass wiederholt und regelmäßig Geschäfte getätigt werden und eine entsprechende Absicht zugrunde liegt.

Um diese Vermietung in der Altstadt zu unterbinden, nehmen Sie die ganze Stadt unter Beschuss. Es gibt hier 520 000 Wohnungen. Wir haben Vermieter von Messewohnungen für eine kurze Zeit, die für diese Stadt unheimlich wichtig sind. Wir haben ältere Leute, die bei großen Messen für einige Tage oder Wochen ihre Wohnung vermieten, um ihren Lebensunterhalt zu verbessern. Es gibt nicht wenige, die so etwas machen. Wir haben auch Leute, die während der Ferienzeit ihre Wohnungen vermieten, wie es in großen Städten mittlerweile üblich ist. Alles das geht auch. Alle diese Tätigkeiten nutzen dieser Stadt und stärken die Wirtschaftskraft. Ich muss sagen: Was für ein bürokratischer Aufwand!

(Beifall bei der CDU)

Bringen Sie die drei neu eingestellten Mitarbeiter lieber im Stadtplanungsamt unter. Dann würden wir mehr Bauland bekommen und mehr Wohnungen bauen. Das wäre viel besser, als diese drei Leute für die Wohnraumschutzsatzung einzusetzen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Eigentlich ist Ihre Redezeit zu Ende. Aber es ist ja Ihre letzte Rede.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Sie sind aber großzügig, Herr Oberbürgermeister. Ich danke Ihnen. Es ist wirklich das letzte Mal.

Ich möchte einen Vorschlag machen, was Sie mit der Wohnraumschutzsatzung Sinnvolles tun können. Frau Dezernentin, nehmen Sie den

Haufen Papier Ihrer Vorlage. Das sind allein hier im Raum ungefähr 3 500 Blätter. Öffnen Sie eine blaue Tonne der AWB, stecken Sie die 3 500 Seiten dort hinein, fahren Sie zur Verbrennungsanlage der AVG, und verheizen Sie diese Vorlage. Dann haben Sie dem Heiligen Bürokratius die Ehre erwiesen und die Stadt vor großem Unfug bewahrt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Martin Börschel [SPD]: Du bist ja ein Umwelt-Dinosaurier!)

Gestatten Sie mir ganz zum Schluss noch eine Verabschiedung. Ich möchte mich bei allen bedanken, die mich die 20 letzten Jahre hier ertragen mussten. 20 Jahre lang bin ich im Rat gewesen. Die meiste Zeit war ich für Wohnen, Stadtentwicklung und Finanzen zuständig. Mir hat es sehr viel Spaß gemacht. Ich glaube, dass ich auch ein bisschen - nicht viel, aber ein bisschen - in dieser Stadt bewirkt habe. Ich persönlich freue mich auch auf meinen Abschied. Es ist der richtige Zeitpunkt. Jetzt kann man noch ein bisschen das Leben weiter gestalten. Ihnen allen im Rat und in der Verwaltung danke ich. Auch wenn ich manchmal ein bisschen harsch und ein bisschen pöbelhaft war, hoffe ich, dass Sie mich dennoch in guter Erinnerung behalten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Noack.

Horst Noack (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Karl, recht herzlichen Dank. Dieses Thema haben wir nun schon tausendmal im Stadtentwicklungsausschuss durchgekaut. Wir können dich nicht überzeugen. Wir sollten aber jedes Instrument nutzen; denn wir brauchen Wohnungen jeder Art. Deshalb möchte ich das hier auch nicht weiter diskutieren. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Ludwig, bitte.

Claus Ludwig (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Linke wird dieser sinnvollen Vorlage zustimmen. Durch diese Wohnraumschutzsatzung bekommt die Verwaltung Mittel in die Hand, um die wirkliche Zweckentfremdung durch Leerstand und durch die Vermietung als Hotel oder Pension zu beenden.

Wenn man noch nicht davon überzeugt war, dass das eine richtige Sache ist, dann hat Herr Klipper eben einiges getan, um einen davon zu überzeugen. Er hat auch deutlich gemacht, dass diese Satzung überfällig ist. Sie hätte früher kommen müssen, weil schon viel Umwandlung stattgefunden hat. Herr Klipper, das kann man nachträglich nicht mehr korrigieren. Es ist aber ein eindeutiger Beweis dafür, dass solche Maßnahmen hier früher hätten stattfinden müssen.

(Beifall bei der Linken)

Sie haben davon gesprochen, dass ältere Leute ihre Wohnungen zum Teil an Messegäste vermieten. In Deutz kommt es aber auch vor, dass in Wohngemeinschaften, in denen die Zimmer einzeln vermietet sind, ein Zimmer, wenn es frei wird, nur noch an Messegäste vermietet wird. Die restlichen Bewohner der WG haben dann wöchentlich wechselnde Mitbewohner auf dem Flur, bis sie auch entnervt aufgeben und diese Wohnung dann endgültig vom Wohnungsmarkt verschwunden ist. Das sind Dinge, die beendet werden müssen.

Meine Damen und Herren, diese Wohnraumschutzsatzung ist gut. Sie ist aber auch sehr begrenzt.

So ist es möglich, Ersatz in anderen Stadtteilen zu schaffen. Das heißt: Man wandelt Wohnungen in der Innenstadt um, kann damit ordentlich Geld verdienen und baut am Stadtrand den Ersatz.

Genauso ist es möglich, noch gute Wohnungen abzureißen und neu zu bauen, um sie dann teurer zu vermieten. Auch das wird durch diese Satzung nicht verhindert. Insofern ist sie keine Handhabe, um günstigen, bezahlbaren Wohnraum zu schützen. Das hat uns Herr Ferber bei unserer Fraktionssitzung bestätigt. Dabei handelt es sich aber um die eigentliche Zweckentfremdung, die stattfindet. Wohnraum wird teurer gemacht. Das müssen wir in dieser Stadt bekämpfen.

SPD und Grüne werden sagen, diese Satzung sei nur ein Baustein ihrer Wohnungspolitik. Es gab hier eine ganze Reihe von Anträgen, die 2010 bis 2012 vorgelegt wurden. Pünktlich zum Wahlkampf werden dann etliche wohnungspolitische Beschlüsse gefasst. Die wohnungspolitischen Beschlüsse dieses Rates sind in ihrer Gesamtheit aber kein großer Wurf; denn sie kratzen nicht einmal an den zwei zentralen Problemen.

Erstens. Es werden nicht genug bezahlbare Wohnungen in dieser Stadt gebaut - und der Markt wird es definitiv nicht richten.

Zweitens. Die Bestandsmieten steigen - befeuert durch Eigentümerwechsel und Sanierungen oder Abriss sowie Neubau und den in der Folge stattfindenden Mieterinnen- und Mieteraustausch, weil die Bestandsmieter sich die sanierten oder neu hochgezogenen Wohnungen nicht leisten können.

Wir können es nicht dieser Vorlage vorwerfen, dass sie dieses Problem nicht bekämpft. Wir werfen das aber der Wohnungspolitik in dieser Stadt insgesamt vor.

Ich denke, dass auch der kommende Rat mit den möglichen Mehrheiten - Rot-Grün, Rot-Schwarz oder GroKo - kein groß angelegtes kommunales Wohnungsprogramm starten wird. Ich wage einmal zu prophezeien, dass Sie auch nicht die notwendige Ergänzung zu dieser Wohnraumschutzsatzung beschließen werden, nämlich breit angelegte, flächendeckende Milieuschutzsatzungen. Solche Satzungen werden Sie höchstens kleinteilig und meistens zu spät beschließen, befürchte ich.

Meine Damen und Herren, weil Sie das auf der politischen Ebene nicht machen werden, ist es nötig, dass die Mieterinnen und Mieter sich selber in den Wohnvierteln und auf der Straße wehren. Mieterselbstorganisation und eine gewisse Renitenz von Mieterinnen und Mietern sind das wirksamste Mittel gegen Zweckentfremdung und Verteuerung von Wohnraum.

Wir haben in den letzten Wochen und Monaten erlebt, dass sich die Mieterinnen und Mieter in Köln endlich zur Wehr setzen.

Wir haben erlebt, wie Mieter der GAG in Zollstock gegen eine zu teure Sanierung aktiv geworden sind.

Wir haben auch den Widerstand gegen die mit einer gefälschten Eigenbedarfskündigungsklage durchgesetzte Räumung bei Karl-Heinz Gerigk, genannt „Kalle“, gesehen. Hunderte Menschen haben sich dieser Zwangsräumung widersetzt und sie erst einmal verhindert.

(Beifall bei der Linken)

Meine Damen und Herren, das wird auch in den kommenden Wochen passieren. Am Mittwoch, dem 16. April 2014, ist der nächste Zwangsräumungstermin angesetzt. Auch dann werden sich wieder Hunderte von Menschen widersetzen und damit den Widerstand gegen teure Wohnungen und für bezahlbaren Wohnraum in dieser Stadt verstärken.

Insofern wird es auch ein Schwerpunkt der Linken sein, diesen Mieterwiderstand mit zu befördern und zu unterstützen.

Trotzdem werden wir jeden Fortschritt, den es hier im Rat gibt, und sei er noch so bescheiden, unterstützen. Daher stimmen wir für diese Wohnraumschutzsatzung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bedanke mich. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Verwaltungsvorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion Die Linke., Herr Henseler und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Wohnraumschutzsatzung so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum in Köln (Wohnraumschutzsatzung).*

2. *Die Satzung tritt zum 01.07.2014 in Kraft.*

3. *Zur Umsetzung der Wohnraumschutzsatzung werden zunächst 3 Stellen (2 x A 10 BBO, 1 x A 7 BBO) bei 56 - Amt für Wohnungswesen zugesetzt.*

4. *Anpassungen der Stellenausstattung aufgrund von Fallzahlenentwicklung werden umgehend außerhalb der sonstigen Verfahren vorgenommen. Die Finanzierung wird im Haushaltsjahr 2014 innerhalb der bestehen-*

den Haushaltsansätze sichergestellt. Für die Folgejahre wird die Verwaltung beauftragt, die Ermächtigungen bei der Haushaltsplanaufstellung 2015 ff. zusätzlich zu berücksichtigen.

5. *Die Verwaltung berichtet jährlich dem Ausschuss für Soziales und Senioren und dem Stadtentwicklungsausschuss über die Fallzahlen, die Einnahmeentwicklung und sonstige Ergebnisse (Erfolge).*

6. *Nach Ablauf von 2 Jahren nach Inkrafttreten der Wohnraumschutzsatzung wird die Verwaltung dem Rat eine Beschlussvorlage über die Fortführung der Wohnraumschutzsatzung vorlegen.*

7. *Der Rat beschließt auf den Erlass einer Mieterbenennungssatzung zu verzichten.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. sowie mit den Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe auf:

6.1.5 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln
1058/2014

Dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Dann können wir direkt abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die in der Anlage 2 aufgeführten Änderungen der Hauptsatzung der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

6.1.6 Änderung der Vergnügungssteuersatzungen für Geldspielgeräte und Spielgeräte ohne Gewinnmöglichkeit
1115/2014

Auch dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der FDP. Gibt es weitere Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist dies so angenommen.

Beschluss:

Der Rat beschließt:

a) *die 4. Satzung zur Änderung der Rückwirkenden Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten im Gebiet der Stadt Köln in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1 für den Zeitraum 2003 - 2005)*

b) *5. Satzung zur Änderung der Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Spielgeräten im Gebiet der Stadt Köln in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 2 für den Zeitraum 01.01.2006 - 30.06.2010)*

c) *1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten im Gebiet der Stadt Köln (Anlage 3 für den Zeitraum 01.07.2010 - laufend)*

d) *1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Spielgeräten ohne Gewinnmöglichkeit im Gebiet der Stadt Köln (Anlage 4 für den Zeitraum 01.07.2010 - laufend)*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe auf:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln
4132/2013

Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/0216/2014

Änderungsantrag der CDU-Fraktion AN/0559/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0593/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Bacher, bitte.

Götz Bacher (SPD): Herr Oberbürgermeister, ich habe mich, wie Sie schon zum Ausdruck gebracht haben, zur Neufassung der Friedhofsgebührensatzung gemeldet. Sie brauchen keine Sorge zu haben, dass ich hier aus dem reichen Schatz meiner 35-jährigen Ratsarbeit berichte, obwohl das mit Sicherheit spannender wäre als mancher Redebeitrag, den wir heute gehört haben; denn immerhin habe ich in diesen 35 Jahren circa 350 Ratssitzungen, mehr als 1 000 Ausschusssitzungen und sage und schreibe über 3 000 Sitzungen der Fraktion - seien es die Fraktionssitzungen, die Fraktionsvorstandssitzungen oder die Arbeitskreissitzungen zur Vorbereitung der Ausschüsse - miterlebt.

(Martin Börschel [SPD]: Das sieht man dir gar nicht an, Götz!)

Also könnte ich viel berichten. Das tue ich aber später. Sie haben ja erwähnt, dass Sie uns noch einladen werden, um uns gebührend zu verabschieden. Dann werde ich das im privaten Gespräch mit dem einen oder anderen machen. Ich werde mich dann auch bei jedem Einzelnen bedanken, der mir in den ganzen Jahren wohlgesonnen war.

Gott sei Dank habe ich wirklich eine gute, glückliche Ratszeit erlebt - trotz aller Probleme, die zwischenzeitlich auch schon mal aufgetaucht sind. Ich kann mich also nicht beklagen.

Sie sprachen eben davon, dass wohl ein bisschen Wehmut mitschwingt. Das will ich nicht verleugnen. Das ist der Fall, weil ich viele nette Mitstreiter hier demnächst nicht mehr so oft sehe und nicht mehr so oft Kontakt mit ihnen habe. Ich muss aber sagen: Nach fast sieben Stunden Ratssitzung heute ist einige Wehmut wie weggeblasen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das soll zu diesem Thema nun aber genug sein. Wie gesagt, werde ich mich noch gebührend bedanken - natürlich auch bei Ihnen für die wohlwollenden Worte, die Sie mir haben zuteilwerden lassen. Sie sind übrigens der fünfte Oberbürgermeister, den ich in meiner Ratszeit erlebt habe. Vor dem Hintergrund, dass es in dieser Stadt nach dem Krieg insgesamt gerade einmal elf Oberbürgermeister gab, ist das doch eine stolze Zahl von Oberbürgermeistern, die ich erleben durfte.

Nun aber zur Sache: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht unerwartet, sondern pünktlich wie die Jahreszeitenwechsel kommt die nun schon traditionelle jährliche Neufassung der Friedhofsgebührensatzung. Sie soll auch diesmal wieder dem Kölner Bürger eine Erhöhung der Gebühren bescheren.

So sollen die Gebührensätze für Grabnutzungsrechte im Schnitt um 7,5 Prozent und die Bestattungsgebühren im Durchschnitt um 7 Prozent steigen. Diese Steigerung könnten Wohlmeinende noch als moderat bezeichnen, würde man sie nicht im Zusammenhang mit den Gebührensteigerung der letzten zehn Jahre betrachten.

Mit dieser vorgelegten Gebührensatzung würden die Gebühren in eine unserer Meinung nach nicht mehr verantwortbare Höhe steigen. Es ergäben sich in dem Betrachtungszeitraum von zehn Jahren von Ende 2003 bis heute Steigerungen der Gebühren zum Beispiel für den Erwerb der Nutzungsrechte einer Urnengrabstätte ohne Pflegeverpflichtung in Höhe von sage und schreibe 762 Euro gleich 60 Prozent, einer Urnenwahlgrabstätte von 595 Euro gleich 41 Prozent und einer Wahlgrabstätte von 605 Euro gleich ebenfalls 41 Prozent.

Nach der vorgelegten Satzung fielen bei dem Erwerb der Nutzungsrechte einer Wahlgrabstätte, der Benutzung einer Leichen- und Kühlzelle, der Benutzung der Trauerhalle und den Bestattungsgebühren allein 3 170 Euro städtische Gebühren an.

Haben sich gesellschaftliche Veränderungen der letzten Jahre zunehmend auf die Bestattungs- und Begräbniskultur sowie auf die Anlage und die Gestaltung der Begräbnisstätten ausgewirkt, so haben die enorm hohen Gebührensteigerungen ebenfalls dazu geführt, dass sich die Bestattungskultur in Köln so rasant verändert hat.

Es ist ein Irrglaube, zu denken, mit stetigen Gebührenerhöhungen könne man Einnahmeverbesserungen erzielen.

(Beifall von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die geplanten Einnahmeverbesserungen im Gegenzug massive Mindereinnahmen generieren. Erhebliche Einnahmen gehen entweder durch Bestattungsflucht oder durch einen Weg von den bisher traditionellen Bestattungsformen hin zur Wahl preiswerter Bestattungsformen - zum Beispiel Baum- oder Waldbestattung - verloren.

Dieser durch die Veränderung der Gesellschaft festzustellenden Wandlung der Begräbnis- und Bestattungskultur, aber auch der Tatsache, dass sich weite Teile der Kölner Bürger eine Bestattung in Form der früher traditionellen rheinischen Friedhofs- und Bestattungskultur nicht mehr leisten können, muss sich die Verwaltung unbedingt durch eine veränderte Gebührenkalkulation stellen.

Das betrifft aber nicht nur die Wirtschaftlichkeit des Friedhofsbetriebs, sondern auch die vielfach nicht gegebene Gebührengerechtigkeit. In der Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln, die wir eben unter Tagesordnungspunkt 6.1.3 beschlossen haben, heißt es im Abs. 2 des § 2, Friedhofszweck, unter anderem - ich zitiere -:

> Die parkähnliche Gestaltung der Friedhöfe und ihre Pflege sind Ausdruck der Bestattungskultur. Sie stellen einen erheblichen Freizeit- und Erholungswert für die Bevölkerung dar. Friedhöfe erfüllen darüber hinaus eine wichtige ökologische Funktion und tragen zur Verbesserung des Stadtklimas bei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn schon die Satzung für die Friedhöfe diesen unbestrittenen Freizeit- und Erholungswert für alle Kölner Bürger und die wichtige ökologische Funktion zur Verbesserung des gesamten Stadtklimas ausweist, sollte dies bei der Gebührenfestsetzung auch zwingend berücksichtigt werden.

Nicht umsonst ist der prozentuale Wert des öffentlichen Grünanteils durch Ratsbeschluss vorgegeben und festgeschrieben; denn dies ist notwendige Gebührengerechtigkeit.

Zur Gebührengerechtigkeit gehört aber ebenfalls, dass Kosten der im Friedhofsbereich in hohem Maße beschäftigten Leistungsgeminderten nicht in der Höhe, in der es in der Gebührensatzung geschehen ist, in die Gebühren einfließen dürfen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Eigentlich ist Ihre Redezeit beendet.

Götz Bacher (SPD): Ich habe Ihnen ja vorher ein paar andere Sachen zuflüstern wollen. - Die Übernahme dieser sozialen Verantwortung durch die Stadt Köln ist eine gesamtstädtische Aufgabe, deren Kosten nicht allein durch die Grabnutzungsberechtigten zu tragen sind. Auch daher ist es für uns zwingend notwendig, die Gebührenbedarfsrechnung zu überarbeiten, damit Bestattungen in Köln für die Bürger bezahlbar bleiben.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem gemeinsamen Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Bacher. - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Götz Bacher hat eindrucksvoll bewiesen, dass er durch die jahrzehntelange Mitarbeit im Ausschuss für Umwelt und Grün hier Experte geworden ist - insbesondere auch in dem Bereich, um den wir uns alle kümmern wollen, den wir alle schätzen und der eigentlich nie im Rat diskutiert wird, nämlich der Bereich der Friedhofsgebühren und der Friedhofsgebührensatzung.

Götz Bacher hat ausgedrückt, dass wir auf verschiedene Weise unsere Friedhöfe schätzen - als Räume der Stille, als Räume des Rückzugs, als Räume der Naherholung und als ökologische Nischen in unserer Stadt.

Diese Wertschätzung muss aber auch dazu führen, dass wir der Entwicklung entgegentreten, die Götz Bacher ebenfalls schon geschildert hat.

Wir hatten in den letzten Jahren eine extreme Steigerung der Gebühren. Das hat auch dazu geführt, dass auf der Nachfrageseite die Zahlen eingebrochen sind und dass wir uns in einer Entwicklung befinden, der wir gegensteuern müssen, wenn wir unsere Friedhöfe weiterhin im gleichen Umfang nutzen und pflegen wollen.

Übrigens werden im Kölner Stadtgebiet nach wie vor über 50 Friedhöfe betrieben. Wir legen auch Wert darauf, dass wir unsere Friedhofsanlagen in der Fläche erhalten können, also auch die Dorffriedhöfe in den Außenbereichen.

Meine Damen und Herren, in letzter Konsequenz bedeutet das aber für uns, dass wir - neben der sicherlich sinnvollen Überprüfung, die im Ergänzungsantrag von Rot-Grün vorgeschlagen wurde - heute schon beschließen sollten, den städtischen Grünanteil, also den Anteil, den die Allgemeinheit an den Kosten der Friedhöfe zu tragen hat, wieder auf den alten Wert von 20 Prozent zu erhöhen.

Daher bitten wir im ersten Schritt um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. Ihrem Antrag von Rot-Grün können wir uns auch gerne anschließen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann liegt mir noch die Meldung von Herrn Dr. Albach vor.

Dr. Rolf Albach (FDP): Lieber Götz, ich weiß nicht, wie es am Ende zu der Formulierung eures kurzfristig eingereichten Änderungsantrags gekommen ist. Ob unser Änderungsantrag, der bereits seit über zwei Monaten vorliegt, ein gewisser Antrieb gewesen ist, wird sich nie herausfinden lassen. Ich weiß aber ganz genau - ich bin jetzt 15 Jahre mit dir zusammen im Ausschuss für Umwelt und Grün -, dass du diesen Änderungsantrag als Motor nach vorne gebracht und in deiner Fraktion durchgebracht hast. Herzlichen Dank dafür.

Einige mögen dich hier als Büttenredner sehen. Wer dich so oft wie ich erlebt habe, weiß aber, mit welcher Ernsthaftigkeit und welcher Sensibilität du gerade beim Thema Friedhof immer wieder etwas bewegt hast. Du hast das nicht nur versucht, sondern wirklich etwas bewegt. Das muss hier auch einmal gesagt werden; denn dieses Thema ist ein Tabuthema, das hier sonst nie angesprochen wird. Du hast dich ganz entschei-dend darum gekümmert, obwohl man damit nicht berühmt werden kann.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Mit diesem Änderungsantrag gibst du den Friedhöfen über dein Ausscheiden im Rat hinweg die Chance, sich so aufzustellen, wie Giuseppe Tomasi di Lampedusa es formuliert hat:

> Wenn wir wollen, dass alles so bleibt, wie es ist, dann ist es nötig, dass sich alles verändert.

Du gibst uns bei der FDP die Chance, neben unserem eigenen Änderungsantrag, der dann hoffentlich von der Verwaltung berücksichtigt wird, auch noch einem zweiten Antrag zuzustimmen. - Ganz herzlichen Dank, Götz.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nach dieser einschläfernden Debatte, diesem sachfremden Geschwätz und dieser Lobhudelei, was Sie alles getan haben und alles bewegt haben, kann ich es Ihnen, auch wenn einen das doch irgendwie rührt, einfach nicht ersparen, Ihnen die Realität vor Augen zu halten. Es ist nun einmal so, dass sich immer mehr Bürger das Beerdigen in Köln nicht leisten können. Das ist eine Tatsache. Die Gebühren in Köln treiben die Menschen aus der Stadt. Es gibt viele Menschen, die es ihren Angehörigen bzw. ihren Nachfahren ersparen wollen, dass sie in Köln beerdigt werden müssen. Das ist die Realität. Ehrlicherweise haben Sie eben auch gesagt, welche Erhöhungen jetzt wieder vorgesehen sind. Diese Gebührensteigerungen sind schlicht und ergreifend unverschämt.

Zur gleichen Zeit gehen Sie aber hin und sparen Friedhofserweiterungsflächen ein, um sie einer kommerziellen Nutzung zuzuführen. De facto ist also gar nicht genug Platz vorhanden, um alle Kölner, die hier geboren wurden und die hier zu Hause sind, auch hier in ihrer Heimaterde zu beerdigen. Das verschweigen Sie alles.

Gerade ist gesagt worden, was in 30 Jahren hier von gewissen Herrschaften erreicht worden ist. Unter Tränen ist uns geschildert worden, was sie

alles tun. Wie es wirklich aussieht, kann ich Ihnen sagen.

Auf dem Melaten-Friedhof bzw. einem Teil davon, dem Ehrenfelder Friedhof, haben wir einen Missstand. Dort gibt es zwar Sanitäreinrichtungen. Sie sind aber seit Jahren geschlossen, weil kein Geld zur Verfügung steht, um die Toiletten in Ordnung zu bringen. Was hat die Bezirksvertretung gestern Abend beschlossen? Man stellt dort ein plumpes Dixi-Klo auf, das aus Stadtverschönerungsmitteln bezahlt wird, damit mancher Senior überhaupt noch eine Gelegenheit hat, seine verstorbenen Angehörigen auf dem Friedhof zu besuchen.

So sieht es tatsächlich aus. Das ist das, was Sie hier treiben. Da kann die Bürgerbewegung pro Köln natürlich nicht einfach schweigen und sich diesem Gesülze, das Sie hier abziehen, hingeben.

Wenn Sie die Gebühren so unverschämt weit über die Preissteigerung hinaus erhöhen, müssen Sie bitte auch dafür sorgen, dass wir noch ein Mindestmaß an Service auf den Friedhöfen haben. Mittlerweile sind die Friedhöfe ja auch zum Tummelplatz für Kriminelle geworden. Immer mehr Senioren trauen sich gar nicht mehr auf den Friedhof. Ich kann mich daran erinnern, dass bei einer - -

(Claus Ludwig [Die Linke.]: Treiben Sie sich da nachts rum?)

- Nein, Herr - - Ich habe Ihren Namen vergessen. Heute ist auch Ihre letzte Sitzung, glaube ich, Herr Kommunist. Ihr Name fällt mir jetzt wirklich nicht ein. Nein, ich treibe mich nicht nachts auf dem Friedhof rum; ich treibe mich hier im Rathaus rum.

So mancher Senior ist dort schlicht und ergreifend nicht sicher, weil man auf dem Friedhof von Klau-Kids überfallen wird. So ist es. Auf dem Friedhof werden Grabplatten, Grablichter und selbst die Buchstaben von den Grabsteinen mittlerweile geklaut. Die Stadt tut nichts, um ihre Bürger dort zu schützen. Da wird das Personal der Friedhofsverwaltung eingespart.

Wenn Sie den Bürgern in die Tasche greifen können, sind Sie aber wieder groß dabei. Wir haben eben dankenswerterweise gehört, dass die Erhöhung bei 7 Prozent liegt. Das ist ja unverschämt. Vor dem Hintergrund, dass die Inflationsrate 0,5 Prozent beträgt, sollten Sie sich wirklich einmal fragen, ob das Ganze nicht eine Unverschämtheit ist.

Lieber Herr Bacher, Sie sind ja irgendwie doch ein putziger Kerl. Wir werden Sie aber nicht vermissen. - Danke. Tschüs.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das waren alle Redebeiträge. - Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich mache folgenden Vorschlag: Wir stimmen erst über den Ersetzungsantrag der FDP, dann über den Ersetzungsantrag der CDU und dann über den Ersetzungsantrag von SPD und Grünen ab.

(Götz Bacher [SPD]: Wenn wir zuerst über den Antrag von SPD und Grünen abstimmen, erübrigen sich die beiden anderen Anträge! Man kann sie dann als Material mit an die Verwaltung geben!)

- Sagen Sie es bitte noch einmal laut, damit dann auch alle damit einverstanden sind.

(Götz Bacher [SPD]: Alle drei Ersetzungsanträge ähneln sich ja! Ich würde aber vorschlagen, dass wir den Antrag, der eigentlich alles beinhaltet, hier zuerst zur Abstimmung stellen, nämlich den Antrag von SPD und Grünen, und die beiden anderen Anträge als Material mit an die Verwaltung geben!)

- Okay. - Das ist, wie es sich für eine Friedhofssatzung gehört, der letzte Wunsch von Herrn Bacher zu diesem Thema.

(Heiterkeit)

Dann wollen wir dem auch so folgen. Deswegen frage ich: Wer ist für den Ersetzungsantrag von SPD und Grünen? - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der FDP, die Fraktion Die Linke. und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung von Herrn Henseler ist dieser Ersetzungsantrag so angenommen. Damit ist das so beschlossen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Satzung wird ja nicht mehr beschlossen!)

- Mehr wird nicht mehr beschlossen; sehr richtig.

Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Beschlussfassung über die Neufassung der Friedhofsgebührensatzung wird zurückgestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Gebührenbedarfsberechnung zu überarbeiten, mit dem Ziel, die seit einigen Jahren festzustellenden Veränderungen in der Bestattungskultur und dem Bestattungswesen aufzunehmen und für Köln zu bewerten sowie Möglichkeiten darzustellen, die einer ausufernden Erhöhung der Friedhofsgebühren entgegenwirken.

Für die veränderte Gebührenkalkulation sind dabei folgende Rahmenbedingungen zu berücksichtigen:

- *eine Prognose des mittelfristigen Bedarfs an betriebsnotwendigen Einrichtungen,*
- *eine Prognose des mittelfristigen Aufwands für Betrieb und Unterhaltung der Friedhöfe,*
- *eine Prognose der mittelfristigen Gebührenentwicklung,*
- *die reale Kostenentwicklung für die Pflege der Grünflächen, die nicht dem unmittelbaren Friedhofszweck dienen,*
- *Kompensationsmöglichkeiten zur Vermeidung des Gebührenanstiegs über den Ausgleich von üblichen Kostensteigerungen bei Personal und Sachaufwand hinaus.*
- *mittelfristige Konsolidierungspotenziale im Betrieb.*

Der Rat beschließt ferner, die beiden Änderungsanträge der FDP-Fraktion und der CDU-Fraktion, die da lauten:

Änderungsantrag der FDP:

Der Ausschuss möge beschließen:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit einer Neuberechnung der Gebühren auf Basis der nachhaltig für Bestattungen notwendigen Flächen gemäß aktuellem Friedhofs-zielplan.*
2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Verkürzung der Liegezeiten entsprechend des im Umland Möglichen zu prüfen, z. B. 15 Jahre für Urnen-Wahlgrabstätten in Brühl.*
3. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, den aktuellen Friedhofszielplan vor dem Hinter-grund des Trends zur Urne zu überarbeiten.*
4. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, zu prüfen, ob und welche Finanzierungsmodelle für die Grabnutzungsrechte möglich sind. Insbesondere soll es den Kölner Bürgerin-nen und Bürger als Hinterbliebene ermöglicht werden, die Grabnutzungsrechte jährlich pro Belegungsjahr der Grabstelle zu zahlen und nicht vorab für die komplette Liegezeit.*
5. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Vergabe von Grabstellen eine hochwertige, konzentrierte und effiziente Pflege prioritär zu berücksichtigen.*
6. *Der Rat beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob die jetzige Organisationsform des Friedhofsmanagement optimal für die zukünftigen Herausforderungen ist.*

Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ersetzt:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit einer Neuberechnung der Gebühren nach folgender Maßgabe: Entsprechend der bis zum Jahre 2002 geübten Verwaltungspraxis wir der Anteil an der Grünunterhaltung auf den Friedhöfen, die aus allgemeinen Deckungsmitteln des Haushaltes finanziert wird, auf 20% der jährlich anzusetzenden Kosten festgelegt. Hierdurch wird der über den eigentlichen Friedhofszweck hinausgehende Nutzen der Allgemeinheit an dem „öffentlichen Grün“ ausgeglichen. Die gebührenrelevanten Kosten sind entsprechend zu reduzieren.

als Informationsmaterial an die Verwaltung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Zimmermann

(Deine Freunde) bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) zugestimmt – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

6.2.2 Fortschreibung des Landschaftsplans Köln
Überarbeitung der allgemeinen textlichen Festsetzungen für Schutzgebiete und allgemeinen Baumschutz
2800/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir direkt abstimmen. Wer ist gegen diesen Fortschreibungsvorschlag? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig so angenommen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, für die Änderung der allgemeinen Regelungen in Landschaftsschutzgebieten (Ziff. 3.3.1), in Naturschutzgebieten (Ziff. 3.2.1 des Landschaftsplans), für geschützte Landschaftsbestandteile (Ziff. 3.5.1), für Naturdenkmale (Ziff. 3.4.1) und für den Schutz des Baumbestandes in der freien Landschaft (Ziff. 3.6.1) entsprechend der Anlage 1:

- *gem. § 29 in Verbindung mit § 27 des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (LG NRW) in der zur Zeit geltenden Fassung, die 12. Änderung des Landschaftsplans Köln einzuleiten,*
- *den Einleitungsbeschluss gem. § 27b LG NRW ortsüblich bekannt zu machen,*
- *die frühzeitige Beteiligung der Bürger gem. § 27b LG NRW in Form einer öffentlichen Darlegung und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 27a Abs. 1 LG NRW durchzuführen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nun rufe ich auf:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 2. Verordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2014 vom 18.12.2013 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen
0504/2014

Dazu sehe ich auch keine Wortmeldungen. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten 1. Verordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2014 vom 18.12.2013 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

6.3.2 3. Verordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2014 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen vom 18.12.2013
0993/2014

Wer ist dagegen? - Das ist wieder die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das ebenfalls so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten 3. Verordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2014 vom

18.12.2013 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe auf:

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Vereinfachung des Stadtrechts 1255/2012

Dazu sehe ich auch keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion der FDP und der Fraktion pro Köln ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die Aufhebung der*
   - *Kölner Straßenordnung*
   - *Grünflächenordnung*
   - *Spielplatzsatzung*
   - *Taubenfütterungsverordnung*
   - *Verordnung über das Verbot der Fütterung von Wasservögeln und Fischen an öffentlichen Wasserflächen.*
2. *Der Rat beschließt die neue „Kölner Stadtordnung“. Die Verordnung tritt eine Woche nach ihrer Verkündung im Amtsblatt der Stadt Köln in Kraft.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für die Hj. 2013 und 2014 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2013/2014
1163/2014

Diese Unterrichtung wird so zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch die Kämmerin/die Fachbeigeordneten in der Zeit vom 06.12.2013 bis 26.03.2014 für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen.

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2013 hinausgehende (überplanmäßige) Aufwendungen

Die folgenden Mehraufwendungen wirken sich, sofern sie zahlungswirksam sind, in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. *2.500,00 EUR in Teilplan 0604 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)*

   Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 2.500,00 EUR in Teilplan 0504 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

2. *2.125,00 EUR in Teilplan 0103 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)*

   Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 2.125,00 EUR in Teilplan 0104 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)

3. *50.000,00 EUR in Teilplan 0701 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)*

   Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 50.000,00 EUR in Teilplan 1101 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)

4. *24.000,00 EUR in Teilplan 0409 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)*

sowie 20.000,00 EUR in Teilplan 0409 in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)

Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 44.000,00 EUR in Teilplan 0412 in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)

5. *446.920,83 EUR in Teilplan 1301 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)*

   sowie 134.856,06 EUR in Teilplan 1301 in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)

   im Rahmen der Baumkontrolle sowie Mietnachzahlungen an die Gebäudewirtschaft.

   Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 581.773,89 EUR in Teilplan 1303 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)

6. *19.000,00 EUR in Teilplan 0111 in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)*

   Deckung: Mehrerträge i. H. v. 19.000,00 EUR in Teilplan 0111 in Zeile 06 (Kostenerstattungen und -umlagen)

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2014 hinausgehende (überplanmäßige) Aufwendungen

Die folgenden Mehraufwendungen wirken sich, sofern sie zahlungswirksam sind, in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. *25.000,00 EUR in Teilplan 0103 in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen) sowie*

   24.000,00 EUR in Teilplan 0103 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)

   Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 49.000,00 EUR in Teilplan 0104 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)

2. *2.396,56 EUR in Teilplan 0507 in Zeile 11 (Personalaufwendungen) sowie*

   1.437,94 EUR in Teilplan 0507 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)

   Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 3.834,50 EUR in Teilplan 0604 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

3. *25.000,00 EUR in Teilplan 0101 in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)*

   Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 25.000,00 EUR in Teilplan 1501 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

4. *340.071,59 EUR in Teilplan 0504 in Zeile 11 (Personalaufwendungen) sowie*

   196.250,00 EUR in Teilplan 0504 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen) und

   79.093,56 EUR in Teilplan 0504 in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)

   Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 340.071,59 EUR in Teilplan 0414 in Zeile 11 (Personalaufwendungen) sowie Wenigeraufwendungen i. H. v. 196.250,00 EUR in Teilplan 0414 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen) sowie Wenigeraufwendungen i. H. v. 79.093,56 EUR in Teilplan 0414 in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2013 hinausgehende (überplanmäßige) Auszahlung für Investitionen

1. *25.000,00 EUR in Teilplan 0604 in Zeile 8 (Auszahlungen für Baumaßnahmen);*

   Finanzstelle 5100-0604-0-2002

   Deckung: Wenigerauszahlungen i. H. v. 25.000,00 EUR in Teilplan 1301 in Zeile 8 (Auszahlungen für Baumaßnahmen

2. *30.000,00 EUR in Teilplan 0301 in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb beweglichen Anlagevermögens) Finanzstelle 4050-0301-0-0001*

   Deckung: Wenigerauszahlungen i. H. v. 30.000,00 EUR in Teilplan 0101 in Zeile 9 (für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

3. *50.000,00 EUR in Teilplan 0606 in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb beweglichen Anlagevermögens) Finanzstelle 000-0606-0-0001*

   Deckung: Wenigerauszahlungen i. H. v. 50.000,00 EUR in Teilplan 0603 in Zeile 9 (für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

10.1 Teilprojekt aus dem Sanierungsgebiet Finkenberg
Umbau des Nahbereichszentrums Finkenberg
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2013/2014 bei Finanzstelle 1502-0902-7-5200, Porz-Finkenberg - Stadtsanierung/-erneuerung
4096/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt eine weitere Kostenerhöhung für den Umbau des Nahbereichszentrums Finkenberg in Höhe von 100.000 € bei Finanzstelle 1502-0902-9-5200 – Porz-Finkenberg – Stadtsanierung/-erneuerung, Teilfinanzplan 0902 (Stadtentwicklung), Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen zur Kenntnis. Die Gesamtkosten betragen nach jetzigem Stand rund 1.160.000 €.

Die Finanzierung der Mehrkosten erfolgt im Haushaltsjahr 2014 im Rahmen der echten Deckungsfähigkeit durch Wenigerauszahlung im gleichen Teilfinanzplan und gleicher Teilplanzeile bei Finanzstelle 1502-0902-1-0000 (Innenstadt (südl. Erw.) Sanierung/-erneuerung), da die Mittel aufgrund des sich verzögernden Maßnahmenbeginns dort zunächst nicht benötigt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

10.2 Weitere Förderung des Projekts „Joblinge“
4195/2013

Dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln und der Fraktion Die Linke. ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, das Projekt „Joblinge gAG Köln“ durch die Bereitstellung einer kommunalen Teilfinanzierung in Höhe von 50.000 Euro im Haushaltsjahr 2014 zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln und der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

10.3 Kindertagespflege für unter 3-jährige Kinder mit erhöhtem Förderbedarf
0178/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das einstimmig so angenommen. - Sehr schön.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt in Ergänzung seines Beschlusses vom 01.10.2013 (Vorlagen-Nr. 2600/2013):

Kindertagespflegepersonen, die die Betreuung von u 3 Kindern mit anerkannter Behinderung oder anerkanntem erhöhtem Förderbedarf übernehmen, erhalten rückwirkend zum 01.11.2013 und vorerst befristet bis zum 31.12.2014 für diese Kinder einen 3,5 fachen Betrag zur Anerkennung der Förderleistung gem. § 23 Abs. 2a SGB VIII. Gleichzeitig wird bei der Betreuung eines Kindes mit anerkannter Behinderung oder anerkanntem erhöhtem Förderbedarf die Gesamtzahl der zu betreuenden Kinder laut Pflegeerlaubnis um einen Platz reduziert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

10.4 Kölner Sportstätten GmbH: Übernahme von Ausfallbürgschaften 0605/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Henseler.

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte hier zu Protokoll geben, dass die Freien Wähler gegen diese Vorlage stimmen, und zwar aus zwei wesentlichen Gründen.

Erstens. Wir halten die hier vorgesehenen Investitionen für nicht angemessen. Das erfolgt alles nur im Bereich von VIPs und hochpreisigen Geschichten, während auf der anderen Seite im Bereich der Stehplätze Toiletten fehlen. In dieser Richtung wird überhaupt nichts unternommen, sondern es wird alles in dem einen Bereich konzentriert. Wie ich erfahren habe, sind bestimmte Investitionen, die hier nur angekündigt werden, offensichtlich auch schon getätigt worden.

Zweitens. Vor dem Hintergrund, dass alleine das RheinEnergieStadion im Jahre 2012 ein Defizit in der Größenordnung von 5 Millionen Euro erwirtschaftet hat, halten wir das für ein falsches Signal. Nach unserer Auffassung sollte man das Stadion insgesamt über eine geeignete Vertragskonstruktion an den 1. FC Köln übertragen. Wir halten die Kölner Sportstätten GmbH als Zwischenglied an dieser Stelle für überflüssig. Unseres Erachtens sollte man sie auflösen und den Sportpark Höhenberg, das Südstadion und die anderen Anlagen wieder dem Sportamt zuordnen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das war die Erklärung der Freien Wähler.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stimmen wir ab. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktion pro Köln, Herr Henseler, Herr Zimmermann und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das mehrheitlich so angenommen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln ist damit einverstanden, dass die Stadt Köln zugunsten der Kölner Sportstätten GmbH modifizierte Ausfallbürgschaften für Darlehen zur Finanzierung diverser in den Investitionsplänen 2012 bis 2014 aufgeführter Maßnahmen im RheinEnergieStadion sowie auf der Golfanlage in Roggendorf (Gesamtinvestitionsvolumen 2.543.773,-- €; vgl. Begründung der Vorlage) entsprechend der nachfolgenden Regelungen übernimmt:

a) Innerhalb des o. g. Investitionsvolumens werden Darlehen in Höhe von max. 1.180.000,-- € nur zu 80 % verbürgt. Damit übernimmt die Stadt Köln für diese Maßnahmen Ausfallbürgschaften über max. 944.000,-- € (Bürgschaftsrahmen 1/2014). Diese Bürgschaften werden nur zu marktüblichen Konditionen vergeben, d. h. ein etwaiger Wettbewerbsvorteil der Kölner Sportstätten GmbH aus der Bürgschaftsgewährung wird über die Erhebung eines Bürgschaftsentgelts abgeschöpft.

b) Die restlichen Darlehen in Höhe von 1.363.773,-- € können zu 100 % verbürgt werden. Für die Übernahme von Ausfallbürgschaften in Höhe von max. 1.363.773,-- € (Bürgschaftsrahmen 2/2014) wird auf die Erhebung eines Bürgschaftsentgelts verzichtet.

Insgesamt erklärt sich der Rat der Stadt Köln damit einverstanden, dass die Stadt Köln in Höhe von insgesamt 2.307.773 € Ausfallbürgschaften zugunsten der Kölner Sportstätten GmbH übernimmt.

Bei der Aufnahme der Darlehen sind die jeweils am Kapitalmarkt günstigsten Konditionen zugrunde zu legen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln, der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

10.5 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Erhöhung der Kostenvorfinanzierung aus dem Unglück Waidmarkt aufgrund des Besichtigungsbauwerks (BesBG) und aufgrund von Beraterleistungen
0764/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Die Fraktion pro Köln ist dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln nimmt die Erhöhung der voraussichtlich nicht durch Versicherungen oder sonstige Dritte erstattungsfähigen Kosten der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) für den Bau der Nord-Süd Stadtbahn im Zusammenhang mit dem Unglück Waidmarkt zur Kenntnis und beschließt, die Mehrkosten in Höhe von insgesamt ca. 7,3 Mio. € in ergänzender Auslegung des § 7 Nord-Süd Stadtbahn-Vertrag auszugleichen.*

   Dieser Ausgleich erfolgt nur insoweit, als die KVB hierfür keine Leistungen, Erstattungen oder Schadenersatzzahlungen Dritter erhalten hat bzw. erhält. Die Finanzierung erfolgt daher ausdrücklich vorbehaltlich der Durchsetzung von entsprechenden Regress- oder Entschädigungsansprüchen gegen regresspflichtige Dritte und die Vertragspartner der KVB sowie vorbehaltlich von Erstattungen und Schadenersatzzahlungen von Versicherungen.

   Der Rat der Stadt Köln ist damit einverstanden, dass für den Fall, dass Kosten bzw. Kostenanteile der KVB nicht durch Dritte erstattet werden, diese in ergänzender Auslegung des § 7 Nord-Süd Stadtbahn-Vertrages bei der Stadt Köln verbleiben, vorbehaltlich einer eigenen Verantwortlichkeit der KVB nach den Bestimmungen des Nord-Süd Stadtbahn-Vertrages.

2. *Zur Deckung der Ausgleichsansprüche aus Ziffer 1 beschließt der Rat für das Haushaltsjahr 2013 zur Bildung von entsprechenden Rückstellungen einen überplanmäßigen Aufwand in Höhe von ca. 1,0 Mio. € im Teilergebnisplan 0412 (Historisches Archiv) sowie in Höhe von ca. 6,3 Mio. € im Teilergebnisplan 0107 (Rechts- und Versicherungsangelegenheiten) jeweils in Teilplanzeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen). Die Deckung erfolgt in beiden Fällen durch entsprechende Mehrerträge im Teilergebnisplan 1601 (Allgemeine Finanzwirtschaft) im Zusammenhang mit dem Einheitslastenabrechnungsgesetz.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.6:

10.6 Integriertes Klimaschutzkonzept Köln 2013
2567/2013

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0510/2014

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0556/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0611/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Bacher.

(Henk van Benthem [CDU]: Hältst du wieder eine Abschiedsrede? - Götz Bacher [SPD]: Nein, ich bin heute im Dauereinsatz!)

Götz Bacher (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie werden mir sicherlich alle zustimmen, wenn ich sage: Klimaschutz geht uns alle an.

Dabei reicht es nicht, den internationalen Bemühungen zum Klimaschutz nur durch die 1992 erfolgte Mitgliedschaft im Klima-Bündnis und den 1998 erfolgten Beitritt zum Konvent der Bürgermeister Rechnung zu tragen. Im Übrigen durfte ich damals diese Beitrittserklärung als Ausschussvorsitzender für die Stadt Köln in Lyon unterzeichnen, Herr Oberbürgermeister, was eine große Ehre für mich war. Darum habe ich jetzt auch das Bestreben, Ihnen hier zuzureden.

Köln hat selbstverständlich auch aktive Beiträge zum Klimaschutz zu leisten. Ein Beschluss zur Vorlage des Integrierten Klimaschutzkonzeptes Köln 2014 eröffnet uns den Weg dahin und ist

der richtige und notwendige Schritt zu einem wichtigen Beitrag unserer Stadt zu den nationalen und internationalen Bemühungen zum Klimaschutz, wobei Köln im nationalen Bemühen zum Klimaschutz sicherlich eine große Vorbildfunktion zukommt.

In der Einleitung des vorgelegten Klimaschutzkonzeptes, auf das wir schon länger gewartet haben, wird erwähnt, dass sich die Stadt Köln mit ihrem Beitritt zum Klima-Bündnis unter anderem verpflichtet hat, bis 2030 die gesamtstädtischen CO_2-Emissionen um 50 Prozent zu senken. Das ist wahrlich ein großes Ziel.

Wir packen es aber an. Immerhin hat die Stadt Köln im Verbund mit dem Stadtwerke-Konzern bereits eine Reihe von Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt - zum Beispiel den Bau von elf Kölner Solarsiedlungen in enger Kooperation mit lokalen Wohnungsbauunternehmen und die Errichtung des hocheffizienten Gas- und Dampfturbinen-Heizkraftwerks Niehl II.

Um die gesetzten Ziele zu erreichen, bedarf es aber weiterer Initiativen. Das uns vorliegende Konzept mit einem Umfang von 90 Seiten zeigt uns einige Wege auf, uns diesem Ziel zu nähern.

Unser gemeinsamer Änderungsantrag zur Beschlussempfehlung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes Köln 2014 ist ein Positivkatalog verschiedener Maßnahmen - verbunden mit dem Auftrag an die Verwaltung, dem Rat die Umsetzung zur weiteren Beschlussfassung kurzfristig vorzulegen. Damit wollen wir auf dem Weg zur Umsetzung von Maßnahmen fortschreiten und, wie es in der Begründung der Verwaltung so schön heißt, „im großen stadtentwicklungspolitischen Rahmen die Zielgröße Klimaschutz für Köln sicherstellen“.

Wir hoffen auf breite Unterstützung unseres Änderungsantrags zum Integrierten Klimaschutzkonzept Köln 2014 und bitten um Ihre Zustimmung. - Ich darf mich auch hier dafür bedanken, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Wir kommen zu Herrn Dr. Welpmann.

Dr. Matthias Welpmann (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Kollege Bacher hat in seinem Redebeitrag schon einen wichtigen Begriff aufgegriffen, und zwar den Begriff „kurzfristig“. Bei unserem Änderungsantrag geht es nicht darum, aus dem Konvolut von insgesamt 79 Maßnahmen, die in dem Gesamtkonzept enthalten sind, jetzt nur diese 13 herauszunehmen und die anderen in der Versenkung verschwinden zu lassen. Dem ist nicht so. Vielmehr beabsichtigen wir, dass diese 13 Maßnahmen, die wir in unserem Antrag aufgelistet haben, vorrangig bearbeitet werden, und zwar noch im laufenden Kalenderjahr.

Genau deswegen steht hier auch „Integriertes Klimaschutzkonzept Köln 2014“. Es ist sicherlich wichtig, das noch einmal festzuhalten.

Das heißt: Dieser Antrag ersetzt die Anlage 3 der Originalvorlage, während die übrigen Maßnahmen aus der Anlage 2 noch in der Pipeline bleiben und zu einem späteren Zeitpunkt im Einzelnen diskutiert werden müssen, damit wir weiterkommen und unsere Ziele, die Herr Kollege Bacher gerade auch schon erwähnt hat, überhaupt annähernd erreichen können; denn wir haben uns in Köln sehr ambitionierte Ziele gesetzt - bekanntlich schon seit 1992, seit die Stadt Köln Mitglied im Klima-Bündnis der europäischen Städte ist.

Wir müssen uns auch vergegenwärtigen, dass wir uns nach den aktuellen Erkenntnissen des Fünften Sachstandsberichts des IPCC nicht etwa irgendwo am unteren Rand oder sogar im besseren Bereich der ursprünglichen Szenarien bewegen. Vielmehr wird von Report zu Report - die Berichte erscheinen etwa alle fünf Jahre - immer deutlicher, dass wir uns in einer Negativentwicklung befinden. Daher müssen wir unsere Anstrengungen nicht nur beibehalten, sondern sie noch verstärken.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch Folgendes deutlich machen: Was die Maßnahmen der Stadt Köln betrifft, bin ich alles andere als zufrieden mit dem bisherigen Fortschritt. Es ist sicherlich nicht so, dass wir hier die Speerspitze der Bewegung in Deutschland bilden. Das müssen wir selbstkritisch einräumen. In den letzten fünf Jahren sind wir nicht so weit gekommen, wie ich persönlich mir das gewünscht hätte.

Gleichwohl ist der heute hier zu fassende Beschluss ein wichtiger erster Schritt, um überhaupt erst einmal in die Umsetzung von wichtigen Maßnahmen hineinzukommen. Einige der Maßnahmen, die in unserem Antrag aufgeführt sind, bringen auch eine Menge.

Zum Beispiel handelt es sich bei den ersten beiden Maßnahmen, der Fern- und Nahwärmeversorgung und damit verbunden dem Wärmeatlas, um einen ganz wichtigen Bereich. Schließlich verschwindet im Wärmebereich der größte Teil unserer Energieflüsse - im Gegensatz zum Strombereich, der immer in den Fokus gestellt wird.

Wichtig ist aber auch die energetische Sanierung der städtischen Museen. Dieses Thema ist hier seit Jahren ein Dauerbrenner. Das müssen wir jetzt endlich angehen, damit da wirklich etwas passiert und der enorme Energieverbrauch zurückgeht.

Nennen möchte ich vor allem auch den letzten Punkt, die Förderung privater Altbausanierung. Dabei geht es nicht darum, dass wir enorme kommunale Mittel dafür aufwenden. Das können wir als Kommune in dem Umfang, der vielleicht wünschenswert wäre und der möglicherweise auch der CDU vorschwebt, sicherlich nicht ohne Weiteres leisten. Wir können diesen Bereich aber durch Beratungsleistungen stärker in den Fokus rücken und deutlich machen, welche Landes-, Bundes- und EU-Mittel verfügbar sind. Insofern können wir als Kommune hier etwas tun, ohne allzu viel Geld in die Hand zu nehmen. Wir müssen diesen Bereich auf jeden Fall in den Fokus nehmen.

Insofern wünsche ich mir, dass wir aus dieser Wahlperiode zumindest mit einem Beschluss einiger konkreter Maßnahmen, die noch in diesem Jahr auf den Tisch kommen, herausgehen.

Die klare Aufforderung an die Verwaltung lautet: Bitte kümmern Sie sich auch um die weiteren Maßnahmen. Qualifizieren Sie sie so weit, dass wir auch zwischen CO_2-Einspareffekten, Nutzen und Kosten abwägen können - das ist ja bei einigen Maßnahmen noch nicht im Einzelnen durchgerechnet -, damit wir in der folgenden Wahlperiode - damit meine ich die sechs Jahre bis 2020 - auch konkret in die Umsetzung der Maßnahmen hineinkommen und nennenswerte CO_2-Einsparungen in Köln erreichen; denn nur dann können wir die Ziele, die wir uns schon für 2020 gesetzt haben, wirklich erreichen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Dr. Welpmann. - Herr Kienitz, bitte.

Niklas Kienitz (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ein Klimaschutzkonzept für unsere Stadt ist dringend notwendig. Da sind wir uns wohl alle einig. Im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten hinkt Köln leider seinen Möglichkeiten hinterher. Wir hinken auch unseren Verpflichtungen hinterher, die wir auf internationaler Ebene eingegangen sind. Das Klima-Bündnis und der Konvent der Bürgermeister sind schon angesprochen worden.

Dass Köln hinterherhinkt, belegt auch eindrucksvoll die bereits 2011 vorgelegte Studie „German Green City Index“.

Es ist schon bemerkenswert, wie stiefmütterlich Sie von Rot-Grün den städtischen Klimaschutz in den letzten neun Jahren behandelt haben.

Wir haben im Ausschuss mehrfach die Vorlage eines Konzeptes gefordert. Letztendlich haben wir es jetzt erhalten - leider im Lichte der Kommunalwahl und leider offenbar auch im Lichte einer Auseinandersetzung der rot-grünen Koalition; denn wenn man sich - darauf komme ich gleich noch einmal zu sprechen - Ihre Punkte anschaut, stellt man fest, dass es sich nur um ein laues Lüftchen handelt, mit dem Sie noch nicht einmal die Windräder betreiben könnten, die Sie in der letzten Ratssitzung beantragt haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es besteht also Handlungsbedarf.

Die CDU-Fraktion kann jedoch nur einem Klimaschutzkonzept zustimmen, das diesen Namen auch verdient. Es reicht nicht, sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Dezernentin, in die Überschrift „Klimaschutz“ zu schreiben. Nein, Klimaschutz in der Stadt muss auch konkret umgesetzt werden. Ich verweise dazu auf unseren Änderungsantrag zum Sofortmaßnahmenprogramm Ende 2011. Die Sofortmaßnahmen waren ja für 2012 geplant.

Wir können keinem Konzept zustimmen, das wiederum die Erstellung weiterer Konzepte vorsieht. Insgesamt schlägt die Verwaltung hier 13 weitere Konzepte vor. Externe Gutachter sollen für 350 000 Euro darlegen, was zukünftig noch

für den Klimaschutz getan werden kann. Eigentlich liegt alles auf der Hand - insbesondere, seit uns die beiden großen Gutachten zugänglich gemacht wurden, was ja schon vor zwei Jahren passiert ist. Wir wissen also, wo die Einsparpotenziale in dieser Stadt liegen.

Meine Damen und Herren, ein Konzept, das im Abschnitt „Köln als mobile Stadt“ vorsieht, den Parkdruck in unseren Wohnquartieren zu erhöhen, lehnen wir ab.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben, dass die Konzepte für autofreies Wohnen gescheitert sind; denn wir wissen, dass diejenigen, die dort eine Wohnung mieten oder kaufen, doch aufs Auto zurückgreifen und dann in den umliegenden Straßen parken.

(Beifall bei der CDU - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch Quatsch!)

Meine Damen und Herren, leider wird in dem Konzept auch das Thema Elektromobilität nicht nachhaltig angepackt bzw. gar nicht bearbeitet.

Ein Konzept, das dem tatsächlichen Verkehrsaufkommen nicht gerecht wird und eine einseitige Reduzierung des Individualverkehrs zur Folge hat, lehnen wir nachhaltig ab, meine Damen und Herren.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber kein Klimaschutz! - Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber nicht nachhaltig!)

Unser Änderungsantrag setzt dagegen die richtigen Schwerpunkte.

Erstens: die Priorisierung der Maßnahmen nach dem CO_2-Einsparpotenzial.

Zweitens: ein kommunales Gebäudesanierungsprogramm, das Sie im letzten Punkt Ihres Antrags abfrühstücken, aber gar nicht mit Mitteln hinterlegen. Würden wir nur die 350 000 Euro, die für die Gutachten vorgesehen sind, als Initialfinanzierung zur Verfügung zu stellen, dann wäre schon viel geschafft. Ich erinnere daran, dass es eben bei der wohnungspolitischen Debatte um die Nebenkosten ging. An dieser Stelle macht uns gerade der Gebäudebestand Sorgen. Die Gutachten belegen eindeutig, dass der Gebäudebestand den höchsten Beitrag zum CO_2-Ausstoß in der Stadt leistet.

Drittens: Verzicht auf ein Zentrum für Energieeffizienz. Dafür sind ja 700 000 Euro pro Jahr vorgesehen. Auch diese Mittel könnte man für ein kommunales Gebäudesanierungsprogramm verwenden. Anstelle des Zentrums für Energieeffizienz setzen wir auf die vorhandenen Beratungskompetenzen bzw. wollen die Synergien nutzen, die in der Stadt sowieso schon vorhanden sind. Wir haben hier die RheinEnergie, die Verbraucherberatung, die Handwerkskammer und die IHK als Akteure.

Der vorliegende Änderungsantrag von Rot-Grün dokumentiert ein weiteres Mal, dass dieser Koalition an einer ernsthaften Klimaschutzpolitik für unsere Stadt nicht gelegen ist. Sie versuchen krampfhaft, das Thema vor dem Wahlkampf oberflächlich zu bedienen. Das fehlende Altbausanierungsprogramm habe ich bereits angesprochen. Sie hinterlegen das ganze Programm nicht mit finanziellen Mitteln und wollen es bei Lastenfahrrädern und der Fortschreibung des Wärmeatlas belassen.

Meine Damen und Herren, der Ausbau der Fern- und Nahwärmeversorgung ist Aufgabe der RheinEnergie. Dort wird das auch gemacht. Sie benutzen aber auch diesen Punkt, um sich vor dem Wahlkampf ein Deckmäntelchen zuzulegen.

Mit Ihren Vorschlägen handeln Sie nicht mutig und zukunftsorientiert, meine Damen und Herren. Nein, Sie übernehmen keine Verantwortung für den Klimaschutz.

Herr Oberbürgermeister, leider scheint Ihnen dieses Thema auch nicht so wichtig zu sein. In der Pressemitteilung zur heutigen Ratssitzung kommt das Wort „Klimaschutz“ gar nicht vor.

Daher gilt: Ernsthaften kommunalen Klimaschutz gibt es nur mit der CDU. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Dr. Albach.

Dr. Rolf Albach (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Vor uns liegt ein Wunschkonzert mit 80 Titeln. Wir brauchen auch gar keine zusätzlichen Berater; denn Sie müssen nur zum Umweltministerium nach Düsseldorf gehen. Dort hat man das Ganze noch extensiver gemacht. Die Grünen in Düsseldorf haben es bei diesem Wunschkonzert sogar auf 360 Titel gebracht. Daher stelle ich fest: Das Ganze ist ein Potpourri. Es ist unglaublich.

Dabei ist die ältere Prioritätenliste mit acht Punkten, die wir vor zwei oder drei Jahren beschlossen haben, noch nicht einmal angegangen worden. Zwar hat man eine Stelle geschaffen, die auch besetzt worden ist. Die ganz entscheidenden Dinge, die damals beschlossen worden sind, sind aber noch nicht begonnen worden. Bei diesem Tempo könnte man fast hoffen, dass nichts von dem, was heute möglicherweise beschlossen wird, je umgesetzt werden wird.

Meine Damen und Herren, im Marketing-Studium lernt man: Strategie ist das, was man nicht tut. - Das ist die entscheidende Frage, die man sich stellen muss, wenn man etwas zu entscheiden hat. Große Ideen kann man immer generieren. Brainstorming ist eine weitverbreitete Technik. Entscheidend ist am Ende aber das, was man davon wegstreicht.

Die Kernaufgabe ist schon damals vor zwei oder drei Jahren beschlossen worden - nämlich, dass wir den Menschen in Köln als Motivation mitgeben, und zwar zeitnah, nachvollziehbar und in guter Qualität, wo wir in Köln überhaupt stehen. Das wissen wir nämlich nicht.

Wir wissen zwar, dass wir die Stadt Köln seit vielen Jahren deindustrialisieren. Das sieht man überall in Köln - von Exxon bis zur Chemischen Fabrik Kalk. Kein Mensch weiß aber, was das wirklich für unsere Klimabilanz bedeutet hat. Die Zahlen, die wir bisher bekommen haben, sind grob geschätzt - zum Teil mit Bundeszahlen, zum Teil mit Kölner Zahlen.

Kein Mensch weiß, wo wir stehen. Das Controlling fehlt. Es scheint überhaupt nicht in der Stadt angekommen zu sein, dass das die Kernaufgabe ist, die wir erst einmal anpacken müssen, bevor wir die Menschen überhaupt motivieren können, mit dem Klimaschutz anzufangen.

Vor einigen Jahren habe ich selbst beim Intergovernmental Panel on Climate Change, dem sogenannten IPCC, mitgearbeitet. Mich muss man nicht motivieren. Ich weiß, was die Notwendigkeiten sind.

Wir brauchen Effektivität und Effizienz. Für uns ist es wichtig, die Menschen positiv zu motivieren. Klimaschutzkonzepte zur Erziehung erwachsener Menschen brauchen wir wirklich nicht.

(Beifall bei der FDP - Martin Börschel [SPD]: Sie müssen zum Antrag reden, Herr Kollege!)

Wir brauchen Umweltbildung, aber keine Gängelung.

Ein wichtiger Teil unseres Antrags ist - Kollege Kienitz hat auch schon darauf hingewiesen -, den gesamten Teil, in dem man Verkehrserziehung für erwachsene Menschen einbringen will, aus dem Konzept zu streichen.

Als ich den Antrag von SPD und Grünen gelesen habe, dachte ich zunächst, dass wir, SPD und FDP, hier auf einer Linie seien. Ich dachte, die SPD habe eingesehen, dass man Brainstorming nicht verabschieden, sondern nur zur Kenntnis nehmen kann. Es sah so aus, als ob sich die SPD unserem Änderungsantrag angeschlossen habe, der dahin geht, sich zu konzentrieren.

Herr Welpmann hat das jetzt alles über den Haufen geworfen, indem er gesagt hat, er wolle trotzdem die ganzen anderen Dinge alle noch haben. Das kann nun wirklich nicht richtig sein. Die Verwaltung braucht Konzentration und Führung, um wenigstens irgendetwas umzusetzen und nicht wie ein Hase von einer Idee zur nächsten zu springen und sich bei 80 Ideen irgendwo zu verirren. Dafür braucht man Konzentration und Prioritäten. Man muss aber auch ganz klar sagen, was man nicht will. Das fehlt mir in der Einlassung von Herrn Welpmann.

Deswegen können wir diesem Antrag - anders, als ich zunächst gedacht hatte - doch nicht zustimmen. Eigentlich hatten wir uns darüber gefreut, dass die SPD auf das Zentrum für Energieeffizienz verzichtet. Schließlich können wir diese Aufgaben unter anderem der Verbraucherzentrale - ich verweise auf Tagesordnungspunkt 10.54 - übertragen. Offensichtlich kommen jetzt aber wieder die ganzen anderen Punkte mit hinein, wenn Herr Welpmann das so sagt.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

- Dann muss ich aber auch die Interpretation von Herrn Welpmann berücksichtigen.

Daher bitte ich Sie, unserem Änderungsantrag zuzustimmen - und nicht dem Antrag von SPD und Grünen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben eben drei Beiträge mit einer Einheitsmeinung gehört. Wir haben das Hohelied der Klimareligion gehört. Wir haben hier die Hohepriester eines Mainstreams gehört. Wir haben aber auch gehört, wie viel Geld die Stadt Köln für einen angeblichen Klimaschutz ausgibt, obwohl überhaupt noch nicht bewiesen ist, ob es tatsächlich einen solchen Klimawandel gibt und ob er tatsächlich vom Menschen - -

(Karsten Kretschmer [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Erde ist eine Scheibe!)

- Ja, natürlich. Das sagen Sie so schön. Die Erde ist eine Scheibe. Das ist Ihre Meinung. Das haben Sie gesagt. Sie greifen aber dem Bürger in die Tasche. Das ist natürlich ein schöner Vorwand.

Ich erinnere auch einmal an die anderen Phänomene, die wir früher hatten. Erinnern Sie sich noch an den sauren Regen? Erinnern Sie sich noch an das Waldsterben? Diese Phänomene sind dann auch irgendwann verschwunden.

Jetzt haben Sie auf einmal die Klimaerwärmung für sich entdeckt. Wenn Sie sich zumindest ein bisschen über die Klimageschichte informiert hätten, wüssten Sie, dass es da immer ein Auf und ein Ab gibt und dass das nicht menschengemacht ist.

Dass Sie sich als Kölner für den Nabel der Welt halten, ist ja durchaus etwas Pathologisches. Das kennen wir aber schon. Darum stehe ich hier, um Ihnen zu sagen: Es gibt auch noch andere Meinungen. Wir sind eben nicht der Meinung, dass die Stadt Köln diese Unsummen, diese Hunderttausende Euro, ausgeben muss, um Eisbären am Nordpol zu retten.

Wir müssen unseren Bürgern nicht noch weitere Kosten für Dinge aufdrücken, die überhaupt nicht bewiesen sind, sondern bei denen es sich um Modeerscheinungen handelt. Dieses Geld steckt sich dann im Prinzip die grüne Industrie in die Tasche. Darum geht es ja auch. Das ist nämlich ein sehr gutes Geschäft.

Sie reden hier von der Elektromobilität. Fragen Sie doch einmal die Bürger, was sie zu den steigenden Energiekosten zu sagen haben. Sie wollen weiterhin auf Elektromobilität setzen, sagen aber nicht, wie das letzten Endes vom Bürger bezahlt werden soll. Im Übrigen kann man das, wenn überhaupt, doch nicht von Köln aus regeln.

Wir sind der Meinung, dass man sich diese Ausgaben sparen kann und dass man mehr für unsere Bürger tun kann, als hier irgendwelchen grün-alternativen Pseudoreligionen zu huldigen und den Bürgern dabei noch in die Tasche zu greifen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: So weit dazu. - Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Wir stimmen über den weitestgehenden Ersetzungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion Die Linke. und Herr Zimmermann. Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen stimmen die CDU, die FDP und die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist diesem Ersetzungsantrag so zugestimmt worden.

Beschluss:

1. *Der Rat nimmt das als Anlage beigefügte „Integrierte Klimaschutzkonzept Köln 2013“ zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung folgende Einzelmaßnahmen als integriertes Klimaschutzkonzept Köln 2014 weiter zu bearbeiten und dem Rat zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen:*

   5.3.1 Fortschreibbarer Wärmeatlas

5.3.2 Ausbau der Fern- und Nahwärmeversorgung (Kraft-Wärme-Kopplung)

5.3.6. Entwicklung und Umsetzung eines Strategieplans zur gezielten Senkung des Stromverbrauchs der städtischen Gebäude

5.3.11 Umstellung der Erdgastankstellen im Raum Köln auf biogenes Erdgas

5.3.12 Ergänzung der Busflotte im ÖPNV um Fahrzeuge mit alternativen Antrieben

5.3.14 Stromspar-Check des Diözesancaritasverbandes Erzbistum Köln e.V.

5.4.10 Einrichtung von zusätzlichen Fahrradabstellmöglichkeiten

5.4.11 Einrichtung und Betrieb einer Naviki-Seite

5.4.12 ZeroEmission Mobilität – Image- und Informationskampagne für das Zufußgehen und für die Fahrradnutzung auf Kurzstrecken

5.4.13 Förderung des Einsatzes von Lastenfahrrädern im Lieferverkehr

5.6.1. Klimapartnerschaften zwischen der Stadt Köln und prominenten Kölner Unternehmen

5.8.2. Energetische Sanierung der städtischen Museen.

5.5.5 Förderung privater Altbausanierung Die energetische Altbausanierung führt zu einem sehr hohen CO-2 Einspareffekt und leistet zudem einen signifikanten Beitrag zur regionalen Wirtschaftsförderung. Die Verwaltung wird daher beauftragt, im Rahmen ihrer Beratungsaktivitäten gegenüber Hauseigentümern und Bauherren verstärkt für vorhandene Förderprogramme von Bund und Land, z.B. KfW – Förderprogramm, Förderprogramm von NRW-Urban und NRW.Bank zu werben.

Von einer kommunalen Spitzenfinanzierung der Förderangebote wird aufgrund der angespannten Haushaltssituation abgesehen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Anmerkung:
Bürgermeister Wolf nimmt an der Beratung und der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.7:

10.7 Mittagstisch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kalk Karree
2901/2013/1

Dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt einen Mittagstisch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Erdgeschoss des Kalk-Karrees anzubieten. Dies soll durch die Einrichtung eines Bistros mit dem Angebot einer Auswahl von warmen Speisen umgesetzt werden. Die Bewirtschaftung soll vorzugsweise durch einen Integrationsbetrieb erfolgen. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der baulichen Umsetzung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.8:

10.8 Übertragung der Aufgabe Straßenentwässerung auf die Stadtentwässerungsbetriebe AöR (StEB)
3822/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat überträgt die Aufgabe der Straßenentwässerung im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB). Er beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung für das Kommunalunternehmen Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Köln vom 05.11.2009 in der in der Anlage 1 beigefügten Fassung und beauftragt die Verwaltung, den öffentlich-rechtlichen Vertrag in der als Anlage 2 beigefügten Fassung abzuschließen.*

2. *Der Rat beschließt die Übertragung des Vermögens gemäß Anlage 3 auf die StEB und ermächtigt die Verwaltung, nach Abschluss der exakten Ermittlung der Vermögenswerte im Jahre 2014 die Höhe der Kapitalsacheinlage anzupassen, sofern die Abweichung nicht mehr als 10 % beträgt.*

3. *Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Aufsichtsbehörde oder aus sonstigen Gründen Änderungen des Vertrages als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt des Beschlusses nicht verändert wird.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

10.9 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Planungsleistungen für die Brandschutzsanierung und -ertüchtigung in unterirdischen Stadtbahnanlagen der Stadt Köln
1. Planungsbereich: Bf Deutz/Lanxess Arena und Appellhofplatz/Zeughaus
2. Planungsbereich: Hans-Böckler-Platz, Piusstraße, Körnerstraße, Akazienweg
4192/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist es so beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Verkehrsausschusses aus seiner Sitzung am 25.03.2014:

Der Rat stellt den Bedarf zur Planung der brandschutztechnischen Sanierung der Stadtbahnanlagen fest und beauftragt die Verwaltung, die Finanzierung sicher zu stellen und die Planungsleistungen auszuschreiben.

Die zur Planung der Maßnahme erforderlichen Mittel in Höhe von 1.425.000 Euro sind im Haushaltsplan 2013/2014 sowie der Finanzplanung bis 2017 im Teilergebnisplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, -in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen berücksichtigt.

Sollte die Brandschutzertüchtigung der Haltestelle zu sichtbaren Veränderungen der Gestaltung der Haltestellen führen, ist der Verkehrsausschuss davon rechtzeitig zu informieren, um ggf. weitere Maßnahmen zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

10.10 Kooperationsprojekt „Erweiterte Zuständigkeit in der Kfz-Zulassung“ zwischen der Stadt Köln und dem Rhein-Erft-Kreis
0069/2014

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

1.) *Der Rat beauftragt die Verwaltung, die bis dato in einem Versuchspiloten entwickelte "Erweiterte Zuständigkeit“ in der Kfz-Zulassung zwischen der Stadt Köln und dem Rhein-Erft-Kreis in einen testweisen Echtbetrieb (=Testbetrieb) zu überführen und damit eine dauerhafte Einrichtung dieser Anwendung umzusetzen. Der Echttestbetrieb soll im 2.Quartal 2014 realisiert werden.*

2.) *Der Rat beauftragt dazu die Verwaltung, das OK.Vorfahrt-Modul "Erweiterte Zuständigkeit" zu beschaffen und die erforderlichen*

Systemerweiterungen "Automatisiertes Abrufen der Einwohnermeldedaten" und "Transport der Archivdaten" in Auftrag zu geben.

3.) Der Rat beauftragt die Verwaltung, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Köln und dem Rhein-Erft-Kreis zur "Erweiterten Zuständigkeit“ in der Kfz-Zulassung in der als Anlage 3 paraphierten Fassung gem. § 41 Abs.1 lit. s) Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW) abzuschließen.

4.) Die Verwaltung wird verpflichtet, spätestens zwei Jahre nach Übernahme der "Erweiterten Zuständigkeit“ in der Kfz-Zulassung in das Tagesgeschäft dem Rat über die Erfahrungen und Ergebnisse, insbesondere über die Geschäfts- und Kundenentwicklungen, vor allem über etwaige Verschiebungen von Gebühreneinnahmen, zu berichten.

5.) Die Verwaltung wird verpflichtet, bei einer relevanten Gebührenverschiebung zu Lasten der Stadt Köln in Höhe von 2,5 % des Gebührenüberschuss im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales eine Entscheidungsvorlage einzubringen, wie mit der „Erweiterten Zuständigkeit“ zukünftig verfahren werden soll.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.11 Brandschutzbedarfsplan für die Stadt Köln
0444/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 3).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

10.12 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof/Baptisterium; Bauabschnitt 1, Baubeschluss Bauphase 3, Straßenbau
0458/2014

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]: Wie Verkehrsausschuss!)

- Wie Verkehrsausschuss; richtig. Danke für den Hinweis, Frau Kirchmeyer.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig so beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Verkehrsausschusses aus seiner Sitzung am 07.04.2014:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der baulichen Umsetzung der Ausführungsplanung der Bauphase 3 (Straßenbau) des Planungskonzeptes zur städtebaulichen Neuordnung des Domumfelds im Bereich Dionysoshof/Baptisterium.

Die benötigten Mittel zur Finanzierung und Sicherstellung der dritten Bauphase der städtebaulichen Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof/Baptisterium von insgesamt 1.975.132,32 € stehen im städtischen Haushaltsplan 2013/2014, Teilfinanzplan 1202; Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV; Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 6901-1202-1-0500 - Umgestaltung Dionysoshof - Masterplan; Hj. 2014 in entsprechender Höhe zur Verfügung.

Bei der Umsetzung sind folgende Punkte zu beachten:

Alle Markierungen im Tunnelbereich zwischen Trankgasse und südlichem Tunnelende werden besonders reflektierend ausgebildet.

Die Piktogramme auf dem Schutzstreifen „Am Domhof“ werden im Bereich des freien Rechtsabbiegers verdichtet.

Der Bürgersteig auf der Südseite der Trankgasse zwischen Tunnelmund und künftiger Tiefgaragenausfahrt bleibt erhalten. Im Zuge der Signalisierung der künftigen Tiefgaragenausfahrt wird ein signalisierter Fußgängerüberweg von der Nordseite auf die Südseite der Trankgasse eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Wiener verlässt die Ratssitzung endgültig.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.13:

10.13 Wirtschaftsplan 2014 für die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln 0738/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 4 I b) der Betriebssatzung der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln i.V.m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) den Wirtschaftsplan der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2014 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 50,0 Mio. € in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

10.14 Abberufung der Geschäftsführenden Betriebsleitung Gebäudewirtschaft 0926/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir können beim besten Willen nicht erkennen, welchen Vorteil das Ganze haben soll. Dadurch entstehen lediglich höhere Kosten. Sie berufen jetzt jemanden ab. Aber Sie können ihn ja nicht einfach auf die Straße setzen, sondern haben natürlich weiterhin sein Einkommen zu finanzieren. Beim nächsten Tagesordnungspunkt wird direkt jemand Neues bestellt. Das heißt: Hier gibt es eine Kostensteigerung - für nichts und wieder nichts.

Ich habe den Eindruck, dass hier kurz vor der Kommunalwahl noch einmal Beute gemacht werden soll. Unliebsame Leute sollen weg, und die eigenen Leute sollen in führende Positionen. Das sollen dann unsere Bürger bezahlen.

Mir soll doch einmal einer hier im Rat sagen, welchen Vorteil das hat. Es führt nur zu höheren Personalkosten. Darum stimmen wir bei beiden Punkten nicht zu. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es geht hier um eine Umsetzungsangelegenheit.

Darüber stimmen wir jetzt ab. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP, die Fraktion pro Köln und Herr Henseler. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beruft Herrn Engelbert Rummel gem. § 4 Abs. 1a der Betriebssatzung der Stadt Köln für die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln mit Beschlussfassung als Geschäftsführenden Betriebsleiter der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln ab.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

10.15 Bestellung der Geschäftsführenden Betriebsleitung Gebäudewirtschaft 0906/2014

Dazu gibt es keine Wortmeldungen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen und der FDP. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung von

Herrn Henseler und der Linken ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln bestellt Frau Petra Rinnenburger gem. § 4 Abs. 1a der Betriebssatzung der Stadt Köln für die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zum nächstmöglichen Zeitpunkt als Geschäftsführende/n Betriebsleiter/in der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

10.16 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2011 für die Bühnen der Stadt Köln
3738/2013

Auch dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Dann können wir direkt zur Abstimmung kommen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln stellt gem. § 4c der Betriebssatzung der Bühnen der Stadt Köln in Verbindung mit § 26 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) den Jahresabschluss zum 31.08.2011 sowie den Lagebericht für das Geschäftsjahr 01.09.2010 bis 31.08.2011 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 06.12.2012 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG fest.*

2. *Der Bilanzverlust für das Geschäftsjahr vom 01.09.2010 bis 31.08.2011 in Höhe von 12.150.797,67 € wird wie folgt verwendet:*

   - Vortrag auf neue Rechnung in Höhe von 12.150.797,67 €.

3. *Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

4. *Dem Betriebsausschuss wird Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.17:

10.17 Sporthalle Bocklemünd, Heinrich-Rohlmann-Straße
Generalsanierung der Bestandshalle sowie Errichtung einer temporären Ersatzhalle
Neuer Baubeschluss und Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 6.459.350,00 € im Hj. 2014
4128/2013

Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Errichtung einer temporären Fertigteilhalle als Ersatztrainings- und Wettkampfspielstätte auf der Bezirkssportanlage Bocklemünd, Heinrich-Rohlmann-Str. gemäß den vorliegenden Planungen mit voraussichtlichen Gesamtkosten in Höhe von 1.810.000,00 € (incl. bereits verausgabter Planungsmittel i.H. von 50.000 €). Er beschließt gleichzeitig die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 1.760.000,00 € für das Hj. 2014 im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung, Zeile 08, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5201-0801-0-1050, Zentralansatz Sportpauschale.*

2. *Der Rat nimmt die nachträgliche Planungsänderung in Form der barrierefreien Herrichtung der Sporthalle Bocklemünd zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung in Abänderung seines Baubeschlusses (0321/2010) aus der Sitzung am 23.03.2010 mit der Generalsanierung der vorhandenen Sporthalle Bocklemünd, Heinrich-Rohlmann-Str., Köln-Bocklemünd mit voraussichtlichen Gesamtkosten in Höhe von 4.649.350,00 € (inkl. Ausstattungskosten) und beschließt die Freigabe einer zusätzlichen investiven Auszahlungsermächtigung für diese Maßnahme in Höhe von 1.349.350,00 € aus den im Hj.*

2014 im Teilplan 0801, Sportförderung, Zeile 8, Auszahlung für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5201-0801-0-1060 Investitionsprogramm Sportstätten veranschlagten Mitteln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.18:

10.18 Ablösung des Berichtswesen Dez. VII durch das gesamtstädtische Berichtswesen (TM1-Anwendung)
0676/2014

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, das bisherige Berichtswesen Dez. VII durch das gesamtstädtische Berichtswesen (TM1-Anwendung) abzulösen.

Die periodische Berichtspflicht von Dez. VII gegenüber dem Ausschuss Kunst und Kultur bleibt bestehen, der Finanzausschuss wird zukünftig im Rahmen des gesamtstädtischen Berichtswesens unterrichtet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.19:

10.19 Baubeschluss für den Einbau von Aufzügen in die Stadtbahnhaltestelle Kalk Post mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2014 bei Finanzstelle 6903-1202-8-7111, Hst. Kalk Post - Einbau von Aufzügen
3139/2013

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung - vorbehaltlich des Vorliegens des Bewilligungsbescheides über die Gewährung von Zuschüssen nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (ÖPNVG) oder alternativ vorbehaltlich der Genehmigung des Zuschussgebers eines vorzeitigen zuwendungsunschädlichen Baubeginns der Maßnahme - mit dem Einbau von Aufzügen in die Stadtbahnhaltestelle Kalk Post mit städtischen Gesamtkosten von rd. 5.551.600,00 Euro (Planungs- und Baukosten). Voraussetzung für den Bau der Aufzüge ist die Fällung von zwei Bäumen, die durch fünf Ersatzpflanzungen ausgeglichen werden.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV in Höhe von 2.468.495,00 Euro bei der Finanzstelle 6903-1202-8-7111, Hst. Kalk Post - Einbau von Aufzügen, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2014.

Zur Finanzierung der restlichen benötigten Mittel in Höhe von 2.818.186,29 Euro beschließt der Rat die Bereitstellung und Freigabe im Rahmen der echten Deckungsfähigkeit durch Wenigerauszahlung im gleichen Teilfinanzplan, in gleicher Teilplanzeile, bei Finanzstelle 6903-1202-0-8012, Einbau v.Löschwasserleit.inStadtb.tunnel, Hj. 2014.

Außerdem ist der Rat mit der Teilsanierung der Abhangdecke Nord der Fahrebene, der Treppenbrüstung und der Wände der Treppenanlage der Haltestelle Kalk Post mit Gesamtkosten in Höhe von rd. 485.400,00 Euro einverstanden.

Die Mittel für die zuvor genannte Teilsanierung stehen im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Hj. 2014 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wie vorhin bei der Besprechung der Tagesordnung vereinbart, rufe ich nun die Tagesordnungspunkte 10.20, 10.26, 10.27 und 10.51 gemeinsam auf:

10.20 Dringend notwendige Maßnahmen zur Unterbringung von Flüchtlingen zur

Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung der Stadt Köln
4110/2013

10.26 Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in Systembauweise zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien
0759/2014

10.27 Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln-Dünnwald, zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Flüchtlinge
0873/2014

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0588/2014

10.51 Projekt zur außerschulischen Betreuung von Flüchtlingskindern durch ehrenamtliche Patinnen und Paten
0810/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau Gärtner, bitte schön.

Ursula Gärtner (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir können uns in Deutschland glücklich schätzen, dass wir seit Jahrzehnten ohne Krieg und Verfolgung leben und jederzeit unsere freie Meinung äußern können. Meist wissen wir das viel zu wenig zu schätzen.

Leider sieht das in der Welt oft ganz anders aus. Vielerorts gibt es gewaltsame Auseinandersetzungen, Bürgerkrieg und Vertreibung sowie Verfolgung ethnischer und religiöser Minderheiten sowie von Menschen, die andere Meinungen vertreten.

Wir alle tragen eine humanitäre Verantwortung für Notleidende und Verfolgte. Nicht die Flüchtlinge müssen bekämpft werden, sondern die Ursachen, die in ihren Herkunftsländern zur Flucht führen. Das ist eine Aufgabe auf nationaler und europäischer Ebene.

Köln ist bei Zuweisung durch den Bund verpflichtet, Flüchtlinge aufzunehmen. Leider werden die Kommunen bei dieser Aufgabe von Bund und Land nicht ausreichend finanziell unterstützt.

Dieser Aufgabe müssen wir uns aber stellen. Wir wissen, dass der Flüchtlingsstrom auch nach Köln permanent anhält und Handlungsbedarf besteht, weil die bisherigen Unterbringungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind. Das ist eine enorme Herausforderung.

Diese Probleme sind aber nicht plötzlich und unerwartet über uns hereingebrochen. Bereits 2004 wurde die Verwaltung beauftragt, ein Gesamtkonzept für die Unterbringung von Flüchtlingen auch bei steigenden Zahlen zu entwickeln. Seit 2009 ist ein verstärkter Zustrom bekannt. In der letzten Ratssitzung haben wir durch einen Antrag unsere Forderung nach Vorlage eines Gesamtkonzeptes erneut unterstrichen.

Dieses Konzept fehlt aber nach wie vor. Was passiert stattdessen? Sie präsentieren uns häppchenweise einzelne Standorte und erklären nun, Sie hätten 136 Standorte geprüft, von denen nur acht realisierbar seien; diesen müssten wir nun zustimmen.

Die Verwaltung weigert sich auch nach wie vor, alle Standorte und ihre Einzelbewertungen den Bürgern offenzulegen.

Unstrittig gibt es in Teilen der Bevölkerung Vorbehalte und Ängste. Sie können nur dann abgebaut werden, wenn die künftigen Nachbarn frühzeitig in die Planungen einbezogen werden und alle Akteure vor Ort rechtzeitig vor dem Zuzug der Flüchtlinge gemeinsam ein Netz von Angeboten und Hilfen knüpfen können.

Die Bereitschaft, zu helfen, ist ja da. Dort, wo Flüchtlinge in unserer Stadt leben, finden wir oft ein beeindruckendes Engagement - nicht nur von Institutionen wie Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, sondern auch von vielen Vereinen und Bürgerinnen und Bürgern, die sich ehrenamtlich engagieren. Dafür gebührt ihnen allen unser Dank und unsere Anerkennung.

Die Sozialdezernentin hat öffentlich erklärt, dass sie nicht bereit ist, die Bürger rechtzeitig einzubeziehen, sondern dass sie ihnen die Standorte erst nach den getroffenen Entscheidungen präsentieren will.

Rot-Grün widerspricht dieser Vorgehensweise nicht. Dabei heißt es etwa im aktuellen Kommunalwahlprogramm der SPD:

> … zuhören und die Menschen bei großen Vorhaben mitnehmen, statt sie zu bevormunden!

Und weiter:

> Darum wollen wir bei Projekten von Anfang an die Menschen fragen, was

ihnen wichtig ist, auf ihre Vorschläge hören und sie so in Entscheidungen einbinden.

Ähnliche Zitate könnte ich auch von den Grünen bringen.

Meine Damen und Herren von Rot und Grün, Sie reden ständig von Bürgerbeteiligung und schreiben das auch in Ihre Programme. Wenn es dann darauf ankommt, sich so zu verhalten, betrachten Sie die Bürger aber offenbar als unmündig; denn Sie entscheiden über ihre Köpfe hinweg. Das ist ein seltsames Demokratieverständnis.

Und es kommt noch schlimmer: In der Sozialausschusssitzung hat die Verwaltung zu allem Überfluss erklärt, die Politik treffe die Entscheidung über die Standorte und habe deshalb diese Entscheidung gegenüber den Bürgern zu erklären; dies sei nicht Sache der Verwaltung.

Dazu kann ich nur Folgendes sagen: Jedes Mitglied meiner Fraktion ist sich seiner Verantwortung in der Flüchtlingspolitik bewusst und bereit, den Bürgerinnen und Bürgern die Notwendigkeit bestimmter Standorte zu erklären und aktiv auf eine Willkommenskultur hinzuwirken. Das geht aber nur, wenn wir vor der endgültigen Standortentscheidung mit ihnen sprechen, ihnen die Gründe für die Auswahl erklären und mit ihnen gemeinsam überlegen, was wir vor Ort anbieten können, um die Flüchtlinge möglichst schnell zu integrieren.

Eines muss ich abschließend betonen: Dort, wo neue Unterkünfte eingerichtet werden, wünschen wir uns eine Willkommenskultur. Wir werden nicht dazu beitragen, dass die Flüchtlinge, die kommen werden, das falsche Vorgehen der Verwaltung ausbaden müssen; denn sie haben ein schweres Schicksal hinter sich. Wir werden sie vor Ort willkommen heißen, ihnen Hilfe anbieten und das bürgerschaftliche Engagement unterstützen.

Ich fasse zu unserer Position zusammen: Nach wie vor fehlt ein Gesamtkonzept. Der Auswahlprozess war völlig intransparent.

(Martin Börschel [SPD]: Alles Ausflüchte!)

An den einzelnen Standorten wurden die Chancen für ein frühzeitiges Miteinander vertan. Zudem sind einzelne der vorgeschlagenen Standorte konkret sehr problematisch, ohne dass wir dies im Einzelnen ausdiskutieren können. Aus diesen Gründen kann meine Fraktion den Beschluss nicht mittragen.

Lassen Sie mich nun noch etwas zu den einzelnen Vorlagen sagen. Das geht auch ganz schnell. Sonst müsste ich mich noch ein zweites Mal melden.

Hier ist von einer Alternative in Rondorf-Hochkirchen die Rede. Dem können wir auch nicht folgen; denn dort ist genauso wenig vorher mit den Bürgern gesprochen worden.

(Martin Börschel [SPD]: Was wollen Sie denn?)

Die Vorlage zur Herkulesstraße können wir nicht mittragen. Auch der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen hat sich gegen so große Einrichtungen ausgesprochen. Wer sich das vor Ort anguckt, sieht, dass das wirklich sehr problematisch ist.

Zum Peter-Baum-Weg haben wir einen Änderungsantrag gestellt; denn wenn man in das dort vorhandene Gebäude Geld steckt, wird dieses Gebäude nach unserer Auffassung dann auch auf Dauer dort stehen bleiben. Das möchten wir allerdings nicht. Wir möchten, dass auf Dauer dort kein Gebäude steht. Wir wären aber damit einverstanden, dass an dieser Stelle Container aufgestellt werden, wenn nicht noch ein anderer Standort vor Ort möglich ist.

Der Vorlage zur Betreuung von Flüchtlingskindern werden wir zustimmen; denn das ist richtig und entspricht auch unserer Forderung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Gärtner. - Wir kommen zu Frau dos Santos Herrmann.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Gärtner, Ihre Worte hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Sie haben in Ihrer Rede nichts anderes getan, als Ausflüchte zu suchen, warum Sie am Ende nicht zu Ihrer Verantwortung stehen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Sie erzählen uns hier, was Sie alles für Flüchtlinge tun wollen, sind aber nicht bereit, entweder den Vorschlägen in der Beschlussvorlage der Verwaltung zuzustimmen oder Alternativen zu nennen.

(Martin Börschel [SPD]: So ist es!)

Sie haben keine Alternativen genannt.

Soweit ich weiß, hat vor einigen Tagen in Porz eine öffentliche Veranstaltung der CDU stattgefunden, bei der der frühere Bürgermeister Josef Müller gesagt hat: Eine Partei, die das C im Namen trägt, muss den Flüchtlingen helfen. Wenn sie nicht zustimmen kann, muss sie mindestens Alternativen nennen. - Dem ist nichts hinzuzufügen, Frau Gärtner.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Sie benennen keine Alternativen.

Die Stadtverwaltung hat völlig zu Recht ihre Aufgabe getan. Sie hat 136 Grundstücke geprüft und uns acht Grundstücke zur Entscheidung vorgelegt. Sie hat uns gesagt, nach welchen Kriterien sie diese Grundstücke ausgesucht hat. Sie stellt klar, wie sie die Unterbringung der Flüchtlinge an den Standorten begleiten will - sozial, in der Betreuung, durch Versorgung der Häuser usw. usf. Das ist für mich absolut nachvollziehbar.

Entschuldigen Sie, Frau Gärtner; es ist keine Beteiligung, wenn wir den Bürgerinnen und Bürgern 136 mögliche Standorte vorlegen und dann auf einmal die Bürgerschaft entscheiden soll.

(Ursula Gärtner [CDU]: Das sollte die Verwaltung ja gar nicht! - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Fünf oder sechs Stück!)

Frau Gärtner, das ein Rückziehen aus der Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist keine Politik, sondern Populismus.

(Katharina Welcker [CDU]: Sie reden nicht mit den Menschen auf der Straße! Das ist alles!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Lassen Sie bitte Frau dos Santos Herrmann in Ruhe reden.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Sie sind nicht bereit, sich Ihrer Verantwortung zu stellen. Das haben wir hiermit dokumentiert.

Das ist äußerst bedauerlich. Vor genau acht Wochen haben wir hier nämlich schon einmal zu diesem Thema gesprochen. Trotz aller Differenzen, die wir damals bei den unterschiedlichen Anträgen hatten, Frau Gärtner, hatte ich durchaus die Hoffnung, dass wir in der Zielsetzung noch eine Gemeinsamkeit haben. Heute muss ich feststellen: Das haben wir nicht.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Was Sie sagen, ist nicht immer das Richtige!)

Wir wissen, dass es eine schwierige Diskussion ist. Wir wissen auch, dass wir uns der Debatte stellen müssen. Ich persönlich war im Übrigen auch in Porz-Wahn bei einer öffentlichen Veranstaltung meiner Partei. Ich weiß, dass die Diskussion schwierig ist. Ich weiß auch, dass die Menschen Sorge haben. Das ist nachvollziehbar.

Sie übernehmen aber keine Verantwortung und stellen sich nicht der Aufgabe. Was Sie hier machen, ist ein Zurückziehen und Abladen der Verantwortung auf andere. Das können wir nicht mittragen. Das können wir Ihnen allerdings auch nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU: Oh!)

Wie ich eben schon gesagt habe, sind die Kriterien in der Verwaltungsvorlage nach unserer Auffassung transparent dargestellt worden. Die Entscheidungsvorschläge, die uns vorgelegt worden sind, tragen wir mit.

Wir würden allerdings gerne noch wissen, wie die Verwaltung zu den Änderungsanträgen steht, die es in einigen Bezirksvertretungen gegeben hat, damit wir insbesondere dort, wo konkrete Alternativen vorgeschlagen worden sind, eine bessere Basis zur Entscheidung haben.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Die Vorschläge kennen Sie doch alle!)

Ich weiß, dass es dazu eine Mitteilung der Verwaltung gibt. Sie enthält zwar eine Einschätzung, aber keinen konkreten Vorschlag, wie man bei den einzelnen Punkten vorgehen soll. Daher möchte ich die Verwaltung noch einmal um Stellungnahme bitten.

Herr Oberbürgermeister, Frau Reker, im Grundsatz kann ich Ihnen jetzt schon sagen: Wir stimmen den Vorlagen zu. Wir übernehmen Verantwortung. Wir wissen auch, dass die Debatte damit nicht zu Ende ist. Wir stellen uns dieser Debatte aber und versuchen, für Köln das Beste herauszuholen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Helling.

Ossi Werner Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Frau Gärtner hat schon zu Beginn ihrer Rede dargestellt, dass die Flüchtlingsproblematik eine weltweite Problematik ist. Ich will daran erinnern, dass die Fluchtbewegungen in den Krisenherden der Welt im Wesentlichen innerhalb dieser Länder und in die unmittelbar angrenzenden Nachbarländer stattfinden, zum Beispiel in Syrien, wo über 1 Million Menschen auf der Flucht sind. In Europa und in Deutschland haben wir nur einen kleinen Teil der Weltfluchtbewegung zu bewältigen.

Ich möchte das jetzt auf die Kölner Zahlen herunterbrechen. In Köln sprechen wir über 3 000 bis 4 000 aufzunehmende Flüchtlinge. Wir haben die Quote, die uns nach dem Königsteiner Schlüssel zugewiesen werden kann, noch nicht erfüllt. Bei 1,05 Millionen Einwohnern beträgt sie 3 bis 4 Prozent der Bevölkerung.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass eine Millionenstadt wie Köln, eine so reiche Stadt wie Köln,

(Lachen bei pro Köln)

durchaus in der Lage sein muss, 3 bis 4 Prozent der Bevölkerung in Form von Flüchtlingszugängen auch gut zu versorgen.

Wir haben bei der Standortauswahl festgestellt, dass wir Stadtteile mit 0,0 Prozent Flüchtlingsbevölkerung haben, dass wir einige Stadtteile mit 0,85 Prozent Flüchtlingsbevölkerung haben und dass wir, wenn wir den heutigen Standortbeschluss fassen, einzelne Stadtteile haben werden, die vielleicht 1,2 oder 1,4 Prozent Flüchtlingsbevölkerung haben.

Natürlich ist es eine Herausforderung, diese Menschen zu integrieren. Die Frage ist nur - und das ist die entscheidende Frage für die Kölner Bevölkerung -: Ist es eine Herausforderung, oder ist es eine Belastung?

Ich glaube - das sage ich auch im Hinblick auf die Argumentation der CDU mit dem Bürgerwillen -, dass wir im Moment eine Bürgerschaft haben, die zu einem winzigen Teil rechtsextreme und absolut hasserfüllte Auffassungen über Flüchtlinge hat. In diesem demokratischen Rat werden wir von der Fraktion pro Köln auch ständig mit diesen Auffassungen terrorisiert. Ein winziger Teil der Bevölkerung teilt solche Auffassungen.

Ein weiterer Teil der Bevölkerung sagt in der Tat: Jawohl, die Flüchtlingsfrage ist nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine Belastung. - Diese Debatte findet innerhalb der Bürgerschaft und innerhalb der Zivilgesellschaft statt. Die Meinung der Belastungsbefürworter lässt sich in etwa so zusammenfassen: Wir sehen ein, dass Flüchtlinge arme, geschundene Menschen sind; es sind aber auch problematische Menschen. Ja, wir müssen sie in Köln aufnehmen, aber bitte nicht in unserer Nachbarschaft. - Das ist die eine Meinung in der Bevölkerung.

Die andere Meinung in der Bevölkerung ist, dass Flüchtlinge keine Belastung sind, sondern eine Herausforderung, die aber zu bewältigen ist. Die Befürworter dieser Erkenntnis wissen, dass Flüchtlinge Mitmenschen sind. Sie haben die klare Erkenntnis, dass in Tausenden von Fällen die Flüchtlinge ganz normale Nachbarn sind. Sie sind Nachbarn. Sie sind Menschen wie du und ich. Sie sind Menschen, die arbeiten wollen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Sie sind Menschen, die unsere Sprache lernen wollen. Sie sind Menschen, die ihre Kinder in die Schulen schicken wollen, um den elenden und politisch unterdrückerischen Verhältnissen in ihren Herkunftsländern zu entkommen.

Diese Meinung ist in Köln inzwischen weitverbreitet. Das zeigt sich daran, dass immer dann, wenn wir irgendwo über Flüchtlingsstandorte reden, wesentliche Teile der Bevölkerung das sofort mit großer Sympathie verfolgen, dass es Nachbarschaftsinitiativen gibt und dass es verantwortliche Beschlüsse in den Bezirksvertretungen gibt, die sagen: Wir müssen unsere Flüchtlinge auch mit zivilgesellschaftlichem Engagement unterstützen.

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund, dass es diesen Streit in der Zivilgesellschaft gibt und dass Flüchtlinge von den meisten Bürgerinnen und Bürgern nicht als Belastung, sondern als Mitmenschen empfunden werden, bin ich umso erschütterter, dass Verantwortungsträger in dieser Stadt in Briefen an die Fraktionen und den Oberbürgermeister immer noch sehr diskriminierende Äußerungen über Flüchtlinge abgeben.

Hier möchte ich nur ein einziges Zitat anführen, wenn Sie gestatten, Herr Oberbürgermeister, und zwar aus der kurzen E-Mail der Leiterin der St. George's School an den Oberbürgermeister. Ich zitiere:

> Sehr geehrter Herr Roters,
>
> wir haben soeben erfahren, dass morgen in der Ratssitzung darüber entschieden werden soll, dass die Flüchtlingsunterkunft in Rondorf unmittelbar neben unserer Schule geplant ist. Wie Sie wissen, ist die St. George's School seit 30 Jahren ein Aushängeschild für die Stadt Köln und eine Heimat der Führungsebene am Standort Köln. Aus Erfahrungen diverser bisheriger Standorte der St. George's School in Köln wissen wir aber, dass es mit den Flüchtlingsfamilien immer Probleme gegeben hat und dass es jetzt auch wegen des extremen Kontrastes Probleme geben wird, wenn Sie diesen Standort direkt neben uns verwirklichen.

Ich überschlage einen Absatz, um zum Schluss zu kommen.

> Sie kreieren damit ein Konfliktpotenzial, das zu einem unvermeidbaren Brennpunkt führt.

Meine Damen und Herren, das ist genau die Haltung, die Flüchtlinge nicht mit offenen Armen zu empfangen. Das ist die Haltung, sich diskriminierend gegenüber Flüchtlingen zu äußern. Das ist die Haltung, Flüchtlinge nicht als Mitmenschen zu akzeptieren, sondern als Belastungsfaktoren zu sehen, die man dann an den Stadtrand abschieben kann - möglichst nicht in die Nähe von Wohnbevölkerung; möglichst nicht in die Nähe von Schulen.

Das Ganze wird dann mit dem Versprechen garniert: Wir tun auch etwas für Flüchtlinge. Wir könnten zum Beispiel auf dem Gebiet des Sports die Integration von Flüchtlingen unterstützen.

Ich bedanke mich sehr, wenn die St. George's School demnächst ein paar Fußbälle für die Flüchtlingskinder spendet, die dann am Stadtrand von Köln, vielleicht im nördlichen Chorweiler, in irgendwelchen Gettos untergebracht werden.

Solchen Menschen möchte ich hier im Rat nicht zu Mehrheitsentscheidungen verhelfen. Insofern glaube ich, dass wir die acht Standorte, die die Verwaltung jetzt herausgesucht hat - einschließlich des geänderten Standorts im Stadtbezirk Rodenkirchen -, hier und jetzt verabschieden sollten.

Ich glaube auch, dass die Mehrheit der humanen und mitmenschlichen Mitbürger in dieser Stadt uns folgen wird, weil sie weiß, dass diese acht Standorte das Minimum sind.

Ich erinnere daran, dass wir noch mindestens elf weitere Standorte brauchen. Diese Diskussion wird uns weiter verfolgen.

Bitte akzeptieren Sie jetzt aber den Vorschlag der Verwaltung, und stimmen Sie für diese acht Standorte; denn die Flüchtlinge müssen mitmenschlich untergebracht werden. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich gebe Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Die FDP steht nicht nur zu der gesetzlichen Verpflichtung, Flüchtlinge unterzubringen, sondern auch zu der humanitären Verpflichtung, Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen.

Herr Helling, wir müssen aber auch die Probleme ansprechen. Es ist nicht so, dass alle Standorte immer unproblematisch gesehen werden und dass es dort keine Schwierigkeiten gibt. Deswegen finde ich es auch sehr gut, dass die Verwaltung in der Vorlage geschrieben hat, dass wir für jeden Standort ein Betreuungs- und ein Sicherheitskonzept vorsehen. Wir als FDP begrüßen außerordentlich, dass Sie das machen.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich gilt es auch die Bedenken der Anwohner vor Ort zu berücksichtigen. Genauso wie die anderen Parteien haben wir zahlreiche Mails und Briefe von verunsicherten und besorgten Bürgern bekommen. Wir haben viele Gespräche und viele Diskussionen geführt.

Wir haben uns auch jeden einzelnen Standort angeschaut und dort sowohl Pro als auch Kontra abgewogen.

Weil wir das getan haben, möchte ich jetzt schon darum bitten, nachher bei der Abstimmung bitte einzeln über die Standorte abzustimmen, damit wir auch uns zu jedem Standort positionieren können.

Meine Damen und Herren, bevor ich zu den einzelnen Standorten komme, möchte ich kurz auf die Diskussion der letzten Wochen eingehen. Sie erinnern sich, dass auch die FDP im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Flüchtlingsunterkünfte in Sürth und am Lachemer Weg die Verwaltung kritisiert hat. In der damaligen Vorlage war von drei nicht genannten potenziellen Standorten die Rede, die wegen sozialräumlicher Überlegungen nicht zum Zuge gekommen waren. Das war eine wachsweiche Formulierung, wie wir fanden, die bei uns auch für Spekulationen Anlass bot.

Meine Damen und Herren, nach Meinung der FDP hat man aber aus dieser Kritik gelernt. Das muss man dann fairerweise auch sagen. Wir sehen den hohen zeitlichen Druck, unter dem Sie, Frau Dezernentin, und Ihre Behörde stehen, um diese Standorte ausfindig zu machen. Vielleicht gibt es bei der Informationspolitik ja auch noch ein bisschen Luft nach oben. Fairerweise muss man aber zugeben, dass die Verwaltung dieses Mal Kriterien für ihre Entscheidung angeführt hat.

(Ursula Gärtner [CDU]: Nein! Welche denn?)

- Natürlich, Frau Gärtner. Diese Kriterien kann man teilen oder nicht. Die Verwaltung hat aber ausgeführt, wie hoch die prozentuale Belastung pro Stadtteil ist. Das sind doch Kriterien, die wir vorher nicht gehabt haben.

(Ursula Gärtner [CDU]: Das ist kein Kriterium!)

- Sie mögen das ja anders sehen. Das ist auch Ihr gutes Recht.

Eines muss ich aber gerade in Richtung der CDU sagen: Es kann doch wirklich nicht sein, dass Politiker und Politikerinnen, die in dieser Stadt Verantwortung tragen, sich hinter formalen Argumenten verstecken und damit der inhaltlichen Auseinandersetzung aus dem Weg gehen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wer die Inhalte in den Mittelpunkt der Diskussion stellt und die gesetzliche Verpflichtung der Stadt hinsichtlich der Flüchtlingsunterbringung kennt, kann heute doch nicht ernsthaft alle Standorte ablehnen.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, auch ich habe unangenehme Gespräche geführt. Auch ich wurde hin und wieder darauf hingewiesen, dass am 25. Mai 2014 doch Kommunalwahl ist.

(Beifall bei pro Köln)

Wer sich einerseits auf Podiumsdiskussionen und in politischen Reden für eine Willkommenskultur ausspricht, muss sich andererseits aber auch diesen Diskussionen stellen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Übrigens finde ich den Begriff „Willkommenskultur“ nicht angebracht. Dieser Begriff wird ähnlich stark strapaziert wie der Begriff „Nachhaltigkeit“, den wir auch in jeder Rede gehört haben. Das Willkommen-Heißen von Menschen ist für mich

etwas ganz Natürliches. Dafür brauchen wir doch nicht extra eine Kultur. Das muss doch selbstverständlich sein.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun etwas zu den verschiedenen Standorten sagen.

Den Standort Lindweilerweg wird die FDP ablehnen. Wir sind der Meinung, dass der Stadtbezirk Nippes in den letzten Wochen im Hinblick auf die Flüchtlingsunterbringung extrem gefordert worden ist. Dort muss man auch berücksichtigen - deswegen kann man die Kriterien durchaus kritisch sehen; dann kann man aber auch darüber diskutieren -, dass die Stadtteile sehr eng beieinander liegen und dass die Grenze dort vielleicht etwas willkürlich ist, weil die empfundene Belastung eine andere ist als die einfach durch eine Stadtteilgrenze gegebene Belastung.

In Nippes möchte ich nur den Lachemer Weg ansprechen. Auf dem Ginsterberg und in der Neusser Landstraße sind dort große Objekte geschultert worden. Deshalb schließen wir uns heute dem Votum der Bezirksvertretung Nippes an und lehnen dort die Einrichtung von Containern ab.

Der zweite Vorschlag, den wir kritisch sehen und bei dem wir darum bitten, heute noch keine Entscheidung zu treffen, betrifft Rondorf. Sie alle haben genauso wie wir die Briefe der dortigen Bürger bekommen, die um einen Aufschub von vier Wochen bitten. Danach sollten wir dieses Thema noch einmal aufgreifen. Das ist kein Moratorium von zig Wochen oder Monaten. Es sind vier Wochen, um die wir gebeten worden sind. Diesen Aufschub könnte man nun wirklich einräumen und das Thema dann noch einmal auf die Agenda setzen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist auch durchaus möglich, weil wir zwar keine Ratssitzung mehr haben, aber die verschiedenen Fachausschüsse noch tagen. Wir haben auch einen Hauptausschuss, in dem wir diese Entscheidung noch fällen könnten. Das wäre ein gutes Zeichen. Wir bitten Sie darum, uns zuzustimmen.

Zu dieser Thematik liegen uns heute noch weitere Vorlagen vor.

Was die Herkulesstraße angeht, werden wir der Erweiterung zustimmen.

Beim Peter-Baum-Weg werden wir dem Antrag der CDU zustimmen, die zu Recht bemängelt, dass dort die Kosten aus dem Ruder laufen. Wir haben Planungskosten von 126 000 Euro und Sanierungskosten von 1,5 Millionen Euro. Das steht in keinem Verhältnis zu den Kosten eines Containers von 1,7 Millionen Euro. Deswegen ist diese Richtung für uns die richtige. Wir werden Sie bei diesem Antrag unterstützen, weil wir da die Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt sehen.

Der Vorlage zu den ehrenamtlichen Paten werden wir natürlich zustimmen. Wir möchten uns an dieser Stelle auch bei allen bedanken, die ihr Engagement im Sinne der Flüchtlinge und zum Wohle dieser Stadt einbringen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt fast 22 Uhr. Begonnen hat die heutige Ratssitzung um 14 Uhr mit einer Aktuellen Stunde zu einem Thema, das eher in die Kneipe oder in einen politischen Zirkel gehört. Jetzt kommen wir zu den Themen, bei denen es ans Eingemachte geht. Ihre Taktik, solche Punkte ganz ans Ende der Tagesordnung, fast in die Mitte der Nacht, zu legen, soll wohl den Bürger von der Kommunalpolitik abschrecken. Er soll dann am nächsten Tag in den Systemmedien lesen, wie einig sich der Rat ist, wie dringend das alles ist und was für eine tolle Verantwortung Sie für die Bürger haben.

Wir von der Bürgerbewegung pro Köln haben es uns nicht nehmen lassen, heute bei der Demonstration vor dem Rathaus noch einmal mit den Bürgern vor Ort zu sprechen. Wir sind natürlich zuversichtlich, dass sie sagen: Herr Uckermann, wir drücken Ihnen die Daumen. Wir machen Werbung für Sie. Sie sind die Einzigen, die glaubwürdig sind

(Claus Ludwig [Die Linke.]: Ja, ja!)

und tatsächlich eine Linie in dieser Frage haben.

Alles das, was Sie heute hier vorschlagen, alles das, was Sie machen, geschieht nämlich auf dem Rücken der Bürger. Sie reden immer von Ihrer Verantwortung. Dann nehmen Sie Ihre Verantwortung doch einmal wahr. Pflegen Sie eine

Willkommenskultur. Nehmen Sie Leute bei sich im Haus oder in der Wohnung auf. Dort ist doch noch Platz. Nein, da tun Sie gar nichts.

Wenn Sie von Verantwortung sprechen, muss man einmal darauf hinweisen, dass wir auch Verantwortung für den Schutz unserer Bürger haben.

Sie reden hier von Flüchtlingen. Das ist auch ein Manipulationsbegriff. Was sind die sogenannten Flüchtlinge denn tatsächlich? Menschen, die aus einem EU-Land nach Köln reisen, sich bei uns anmelden und wissen, dass sie hier mit einer entsprechenden Familienstärke auf monatlich 4 000 Euro kommen. Der Antrag ist vollkommen unbegründet. Es liegt überhaupt kein Asylgrund vor. Man kann aber ein paar Monate, bis der Antrag abgelehnt wird, dieses Geld kassieren. Vorzugsweise kommt man im Winter, wenn es in diesen Ländern noch viel kälter ist als bei uns. Trotz des angeblichen Klimawandels ist das wohl möglich. Dann kassiert man für ein paar Monate das Geld. Im Sommer fährt man wieder zurück in die Heimat, in der man ja so schlimm verfolgt wird. Im nächsten Winter kommt man wieder und sagt, man sei doch so sehr verfolgt worden.

Man muss natürlich auch die Frage stellen, wer denn davon profitiert. Natürlich gibt es eine Asylindustrie, die in schmarotzender Weise von dem Geld profitiert, das die Stadt Köln ausgibt. Wir hören hier etwas von Betreuungskonzepten und Sicherheitskonzepten. Damit kann man gutes Geld verdienen.

Eben haben Sie von der Willkommenskultur gesprochen. Da frage ich mich: Warum brauchen wir für diese Einrichtungen denn ein Sicherheitskonzept, wenn angeblich alle, die hierher kommen, Heilige sind?

Meine Damen und Herren, es kommen auch Kriminelle hierher. Es gibt eine Kriminalitätszuwanderung nach Köln.

(Martin Börschel [SPD]: Wer ist denn wegen Betruges angeklagt?)

Es kommen Diebesbanden hierher, die diese Unterkünfte als Rückzugsraum nutzen. Das ist doch bekannt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Aufhören! - Martin Börschel [SPD]: Hartz-IV-Betrug! Da spricht der Richtige!)

- Herr Börschel, lenken Sie nicht ab. Im Stadtbezirk Nippes ist Ihre SPD aufgrund des Drucks, den pro Köln aufgebaut hat, umgekippt. Unser Spitzenkandidat in Nippes, Michael Gabel, hat einen solchen Druck aufgebaut, dass die SPD vor Ort umgekippt ist. Die Bürger in Nippes meinen jetzt, sie seien geschützt. Und unser Bürschschen Börschel sitzt hier arrogant, fläzt sich im Sessel herum, kassiert seine Tantiemen im Landtag und im Rat und blökt etwas von - -

(Martin Börschel [SPD]: Sie sind wegen Betruges angeklagt!)

- Passen Sie einmal auf, dass man Sie nicht wegen Betruges anklagt. Wir werden am 25. Mai 2014 hier abrechnen. Dann gibt es andere Mehrheiten.

(Zurufe von der SPD)

Die Bürgerbewegung pro Köln steht an der Seite der Bürger.

(Anhaltende Zurufe)

Eines sage ich Ihnen jetzt einmal, wenn Sie mit der Krakeelerei aufhören - ich habe noch zwei Minuten Zeit -: Sie wollen heute Abend mit diesen Beschlüssen 13 Millionen Euro ausgeben.

(Zuruf von der SPD: Menschenverachtend!)

- Das ist nicht menschenverachtend. Wir haben Verantwortung für unsere Bürger. Jeder Bürger, der zu Schaden kommt, ist ein Bürger zu viel.

Wenn Sie unverantwortlich mit dem Geld unserer Kölner Bürger umgehen, dann schieben wir von pro Köln dem Ganzen einen Riegel vor.

(Zurufe von der SPD)

Wir werden Ihnen in den nächsten Wochen eine Debatte aufzwingen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wissen wir! Das ist ja schlimm genug!)

Ich habe eine Kundgebungstour durch jeden Kölner Stadtteil geplant und werde dort zu den Bürgern sprechen.

(Martin Börschel [SPD]: Ja, im Klingelpütz!)

Jeder soll wissen, wie Sie die Bevölkerung verraten, was für einen Betrug Sie hier begehen, wie Sie Steuergelder veruntreuen. Das werde ich bekannt machen. Das Schweigekartell, das Sie hier aufbauen wollen, diese komische Einheitsfront der Manipulation, wird nicht mehr halten.

Ich kann jedem Bürger in Köln auch sagen: Es gibt eine Hoffnung,

(Lachen bei der SPD)

dass diese ganzen Sauereien, die Sie hier abziehen, am 25. Mai 2014 beendet werden.

Der Bürger muss aber auch eines tun. Bürgermut kann die Asylantenflut stoppen, indem man pro Köln wählt. Die Liste 5 zu wählen, ist das einzig wirksame Mittel, um diesem Ganzen ein Ende zu bereiten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zurück zum Thema: Die CDU behauptet in der gegenwärtigen Diskussion um die Unterbringung der Flüchtlinge, die Verwaltung habe kein Konzept. Diese Behauptung ist einfach falsch. Die Verwaltung hatte in den letzten 15 Jahren immer ein Konzept - mal ein falsches, mal ein mittelmäßiges und diesmal ein lösungsorientiertes.

Zum Beispiel gab es im Jahr 2001 ein sogenanntes Abschreckungskonzept, das die damalige CDU/FDP-Koalition unter Herrn Bietmann dem damaligen Sozialdezernenten Dr. Schulte aufoktroyierte. Der Grundsatz lautete: Flüchtlinge schlecht behandeln; dann kommen weniger. - Dieses Konzept wurde damals von der Stadtgesellschaft attackiert und brach in sich zusammen.

(Beifall bei der Linken)

Daraus entstanden in einem gemeinsamen Diskussionsprozess das Konzept der dezentralen Unterbringung und die Leitlinien zur Unterbringung der Flüchtlinge.

Nachdem die Flüchtlingszahlen zwischen 2006 und 2010 zurückgegangen waren, wurde dieses Konzept von der Verwaltung und Rot-Grün nicht mehr umgesetzt. Als wieder mehr Flüchtlinge kamen, wurde offensichtlich, dass zwar einzelne Flüchtlingsunterbringungen verbessert worden waren, dass diese Zahl aber bei Weitem nicht ausreicht.

Meine Damen und Herren, übrigens sind die heutigen Flüchtlingszahlen ungefähr identisch mit den Zahlen von 2004 - nur damit einem das gegenwärtig ist.

Ende 2013 begann dann eine Diskussion über ein neues Konzept, als offensichtlich wurde, dass die Verwaltung die Leitlinien in der Herkulesstraße nicht einhält und in der Zwischenzeit mehr als 100 Flüchtlinge kurzfristig in einer Turnhalle untergebracht wurden.

Aus dieser Konzeptdiskussion, an der der Flüchtlingsrat und die Wohlfahrtsverbände unmittelbar beteiligt waren, hat die Verwaltung dann ernsthafte Konsequenzen gezogen. Sie hat nämlich an drei Punkten wichtige Konzeptaussagen getroffen.

Erstens hat die Verwaltung gesagt: Bis 2015 kommen mindestens 2 000 weitere Flüchtlinge; darauf muss die Stadt sich einstellen.

Zweitens hat die Verwaltung gesagt: Die Verwaltung hat für diese Menschen eine unmittelbare und direkte Fürsorgepflicht.

Drittens hat die Verwaltung gesagt: Wir müssen die Flüchtlinge dezentral unterbringen, verteilt über die ganze Stadt. Dafür brauchen wir Grundstücke und Gebäude, bei denen sichergestellt ist, dass die Flüchtlinge dort wohnen können, ohne dass die Familien getrennt werden, und dass Koch- und Sanitäreinrichtungen in die Wohneinheiten integriert sind.

Das war die Konzeptdiskussion. An dieser Konzeptdiskussion haben Sie sich nicht beteiligt, meine Damen und Herren von der CDU und von der FDP.

(Ulrich Breite [FDP]: Das stimmt doch gar nicht! Reden Sie doch nicht so einen Blödsinn!)

Wir haben uns unmittelbar an dieser Diskussion beteiligt.

SPD und Grüne haben diesen Job im Wesentlichen die Verwaltung machen lassen.

Meine Damen und Herren von der CDU, jetzt wollen Sie dieses Konzept zerreden. Sie wollen

nicht, dass die Verwaltung zuallererst - ich betone: zuallererst - ihrer Fürsorgepflicht nachkommt. Vielmehr sagen Sie: Bevor überhaupt eine Wohneinheit für Flüchtlinge gebaut wird, müssen wir zunächst einmal die Anwohner fragen.

Das kommt ziemlich moderat daher, ist aber in sich widersinnig.

(Widerspruch von der CDU und der FDP)

- Hören Sie doch bitte zu. - Faktisch stellen Sie den staatlichen Schutz für Flüchtlinge und die Fürsorgepflicht der Verwaltung zur Disposition.

(Beifall bei der Linken - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Quatsch!)

Das ist doch der Kern der ganzen Sache. Wie heißt es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte? Ich zitiere:

> Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.

(Beifall bei der Linken - Zurufe von der FDP)

Meine Damen und Herren von der CDU, aber auch von der FDP, wenn Sie doch einmal gesagt hätten: Wir schämen uns

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ich glaube, Sie haben sie nicht mehr alle!)

für die Flüchtlingsunterbringung im Jahr 2001. - Wenn Sie das einmal gesagt hätten, hätten wir eine ganz andere Diskussion. Das war nämlich Ihr Konzept.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Genau. - Jetzt behaupten Sie, die Verwaltung habe kein Konzept. Sie hat aber ein Konzept.

Meine lieben Kollegen von der FDP und von der CDU, damals drehte sich die Diskussion nicht um Bürgerbeteiligung, sondern darum, dass man Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen soll. Das war die Diskussion. Die gleiche Diskussion müssen wir heute führen. Sie gehen dieser Diskussion einfach aus dem Weg und führen fadenscheinige Argumente an, indem Sie sagen, die Bürger müssten beteiligt werden.

(Ulrich Breite [FDP]: Was ist denn mit Syrien?)

Meine Damen und Herren, die Verwaltung hat eine Fürsorgepflicht. Das interessiert Sie doch keinen Pfifferling. Das ist meine Kritik. Es ärgert mich, dass Sie so lax daherkommen.

Die Leute durchschauen das aber, weil die Leute in Köln aufgewacht sind und gemerkt haben: Man muss sich für die Menschen einsetzen.

Wir haben auch alle die gleichen Menschenrechte, unabhängig davon, ob wir erst wenige Tage in Köln wohnen oder ob wir schon 30 Jahre in Köln wohnen. Für diese Menschenrechte müssen wir kämpfen und uns einsetzen. Das ist das Ziel der Vorlage.

Meine Damen und Herren, bei diesen acht Einheiten wird es ja nicht bleiben. Das ist doch klar. Wir werden weitere zehn solcher mobilen Einheiten haben müssen. Dann wird es wieder um die Grundstücke gehen.

Ihre Linie ist unsozial und sorgt nicht dafür, dass die Verwaltung ihrer Fürsorgepflicht nachkommt. Sie ist zersetzend und zerstört das Engagement der Verwaltung. In der jetzigen Situation brauchen wir aber eine engagierte Verwaltung. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich gebe Frau Reker das Wort.

Beigeordnete Henriette Reker: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bitte gestatten Sie mir, einige Bemerkungen von Ihnen aufzugreifen und einige Fragen zu beantworten, die jetzt in Ihrer Diskussion an mich gestellt worden sind.

Frau Gärtner und Herr Granitzka, zunächst möchte ich Sie ansprechen und noch einmal Stellung dazu beziehen, dass Sie nicht zur Kenntnis nehmen möchten, dass die Verwaltung ein Konzept hat. Selbst die Vorlage, die Ihnen heute vorliegt, hat ein Ziel, enthält eine Strategie und beschreibt die Maßnahmen, mit der dieses Ziel erreicht wird. Es steht nicht „Konzept“ darüber. Das habe ich bei der Konzeptionitis, die

mich sonst in Köln erwartet hat, noch nicht gelernt.

Des Weiteren möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Sie reklamieren, die Bürgerbeteiligung, die insbesondere bei großen Vorhaben sehr einvernehmlich durchzuführen ist, käme hier zu kurz. Sind es große Vorhaben, wenn in den Nachbarschaften Wohneinheiten wie diese - ich möchte das noch einmal betonen; so sehen diese Wohneinheiten aus;

(Die Rednerin hält ein Foto hoch)

das sind zweistöckige, verputzte Gebäude - aufgebaut werden, in denen Familien mit Kindern leben?

Herr Granitzka, Sie hatten ja auch um eine frühe Beteiligung gebeten. Was hätte diese frühe Beteiligung denn gebracht?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Frieden!)

Wir hätten nur eine Erwartungshaltung geweckt, nämlich die Erwartung, dass den Bürgern tatsächlich eine Mitsprache bei der Auswahl und Abwägung der Flächen eingeräumt werden könne.

(Winrich Granitzka [CDU]: Jedenfalls eine Anhörung, Frau Dezernentin!)

Wie Sie wissen, wäre dies aber nur vorstellbar, wenn tatsächlich eine Vielzahl von gleich gut geeigneten Standorten zur Diskussion bzw. zur Auswahl hätte stehen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Gegenteil ist aber der Fall. Auch das können Sie der Vorlage entnehmen. Die Vorlage beschreibt nämlich ganz transparent, wie die Verwaltung selbst mit den eigenen Kriterien umgeht.

Liebe Frau Gärtner, heute wird die endgültige Entscheidung getroffen. Vorher gab es keine Entscheidung, sondern einen Vorschlag der Verwaltung, der innerhalb der vier Wochen politisch diskutiert wurde. Ich habe selbstverständlich selbst an einigen dieser Diskussionen teilgenommen, wenn ich eingeladen war.

Von der zeitlichen Dimension her wäre es nicht möglich, kurzfristig 75 Standorte zu diskutieren. Ich will gar nicht von allen 136 Standorten sprechen. Aufgrund des Kriterienkatalogs sind viele Standorte sehr schnell herausgefallen, weil sie nicht über Baurecht verfügten. So ist es auch mit dem Grundstück neben der St. George's School, das eben genannt wurde.

Wie hätte denn die zeitliche Dimension ausgesehen, um mit den Anwohnern 75 Grundstücke zu diskutieren? Und mit welcher Erwartungshaltung hätten wir sie konfrontiert, dass sie mit darüber entscheiden können, ob ein Standort dorthin kommt oder doch nicht?

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass solche Entscheidungen nur gesamtstädtisch getroffen werden. Das ist heute Ihre Aufgabe.

Ich freue mich sehr darüber, dass das Ganze von vielen von Ihnen so detailliert beurteilt wird. Meines Erachtens müssen auch nicht alle Einigkeit darüber haben, dass jeder Standort von der Verwaltung richtig festgelegt wurde. Es ist ein Vorschlag, den wir Ihnen unterbreiten.

Genauso verhält es sich auch mit der Frage, wie die Bezirksvertretungen votiert haben. In der Anlage 11 zur Vorlage zu TOP 10.26 hat die Verwaltung zu den Beschlüssen der Bezirksvertretungen Stellung genommen.

Ich möchte hier den Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen herausheben. Dort ist die Diskussion sehr frühzeitig eingeleitet worden. Dort ist vom Bezirksbürgermeister ein runder Tisch einberufen worden. Dort waren Kirchen, Bürger, Initiativen und Interessengemeinschaften beteiligt. Dort sind Grundstücke diskutiert worden - unter anderem ein Grundstück am Weißdornweg, das die Verwaltung zuvor auch geprüft, allerdings letztlich nicht vorgeschlagen hatte, weil auf diesem Grundstück der Bau eines Kinderspielplatzes geplant war.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Und jetzt geht beides!)

- Jetzt hat die Bezirksvertretung beschlossen, dass der Kinderspielplatz dort in einer etwas anderen Form gebaut werden soll. Damit kann beides verwirklicht werden.

(Winrich Granitzka [CDU]: Sie haben den Merlinweg aufgegeben und das Ganze nach Hochkirchen gesetzt, ohne die Leute zu fragen! Jetzt bekommen wir massenweise Beschwerden aus Hochkirchen! Sie kennen sie ja!)

- Lieber Herr Granitzka, aus der Stadt kommen von jeder Adresse Briefe gleichen Inhalts.

Wenn wir 75 Standorte diskutiert hätten, hätte das ein Jahr gedauert. Diese Zeit wäre erforderlich gewesen, wenn man pro Woche zwei Veranstaltungen - mit Weihnachtspause usw. - durchgeführt hätte. Nach einem Jahr hätten wir keine Chance mehr gehabt, unserer Unterbringungsverpflichtung nachzukommen - zumal wir auf 75 ablehnende Nachbarschaften getroffen wären. Das ist der Erfahrungshorizont dieser acht Standorte, die ich im Moment mit Ihnen in politischen Veranstaltungen diskutiere.

Wir haben unsere Priorität darauf gesetzt, die zukünftige Auswahl von Standorten anhand klarer Kriterien vorzuschlagen, die einer objektiven und politischen Bewertung standhalten können.

Darum möchte ich Sie heute bitten, die vorgeschlagenen Standorte zu verabschieden, wobei der Standort Merlinweg aufgrund des Beschlusses der Bezirksvertretung Rodenkirchen durch den Standort Weißdornweg zu ersetzen ist. Die Anregungen der anderen Bezirksvertretungen, die Sie ebenfalls der Anlage 11 entnehmen können, sollen von der Verwaltung geprüft und dann umgesetzt werden, wenn sie sich nach der Prüfung als vorteilhafter erweisen.

Dadurch darf allerdings - darauf lege ich ganz großen Wert - keine Verzögerung entstehen, die uns daran hindert, unserer Unterbringungsverpflichtung nachzukommen. Ich habe eben gesagt, dass wir nicht einmal unsere Aufnahmequote erfüllt haben - von den wachsenden Flüchtlingszahlen ganz zu schweigen. Und ich denke, dass niemand hier im Raum die Verantwortung dafür übernehmen möchte, wenn wir die Menschen in einer Form unterbringen müssen, die wir uns alle weder für die Flüchtlinge noch für unsere Stadt wünschen.

Ich stehe Ihnen selbstverständlich genauso für Fragen zur Verfügung, wie ich auch unverzüglich nach der Beschlussfassung Informationsveranstaltungen in allen Bezirken durchführen würde. Das haben wir bisher auch gemacht. Zu diesen Informationsveranstaltungen sind alle Anwohner, die Kirchen und die Initiativen eingeladen. Dort werden Anregungen diskutiert, aber auch Ängste und Sorgen aufgenommen. Ich habe bisher die Erfahrung gemacht, dass die Standorte, die dann den Menschen erklärt werden können, weil wir wissen, dass sie an der Stelle verwirklicht werden, hinterher sehr, sehr viel besser funktionieren, als alle im Vorfeld gedacht haben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Reker. - Noch einmal Frau Gärtner.

Ursula Gärtner (CDU): Ich muss noch eine Anmerkung machen. - Herr Helling, von uns hat niemand gesagt, dass Flüchtlinge ein Problem seien. Das ist auch nicht der Hintergrund dessen, was wir hier diskutieren. Das Problem ist vielmehr der Umgang mit den Bürgern.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht berechtigt, uns zu unterstellen, wir würden allein aus formalen Gründen ablehnen.

(Martin Börschel [SPD]: Das tun wir auch nicht!)

Derjenige, der behauptet, wir würden aus formalen Gründen ablehnen, hat überhaupt nicht verstanden, dass es den Bürgern um Beteiligung geht. Das ist doch das Entscheidende. Die Bürger sind ja dazu bereit. Das habe ich auch betont. So, wie es jetzt gelaufen ist, ist das aber ein enormes Problem.

Schon der Antrag von Frau Hoyer zeigt doch, dass das Verfahren sehr unglücklich gewählt worden ist. Sie hat ja vorgeschlagen, die Entscheidung für Rondorf zurückzustellen und über ein Moratorium nachzudenken.

Die Dezernentin hat gerade selber gesagt, dass für Porz noch nicht endgültig feststeht, ob es diese beiden Standorte sind.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat sie nicht gesagt!)

Das ist ja alles aus dem Dialog gekommen.

Wir mussten zehn Jahre lang darauf warten, dass man uns etwas vorschlägt. Dann hätte man sich wenigstens vier Wochen Zeit nehmen sollen, um mit den Bürgern zu reden. Die Bürger haben immer gute Ideen und sind auch bereit, hier etwas beizutragen. Das ist aber versäumt worden. Und das können wir den Bürgern und Bürgerinnen vor Ort einfach nicht zumuten.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Klipper hatte sich zu einer persönlichen Erklärung gemeldet.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister, ich möchte mich persönlich gegen die Aussage von Herrn Detjen wehren, dass die CDU-Fraktion und damit auch ich

(Beifall bei der CDU und der FDP)

feindlich gegenüber denjenigen eingestellt seien, die zu uns kommen und die in einer unheimlich schwierigen Situation sind. Das ist nicht unser Ansinnen. Das entspricht auch nicht unserer Vorstellung.

Lassen Sie mich nur eine Bemerkung machen, bevor ich dann zu Ihrer Aussage komme, die ich unverschämt finde, Herr Detjen. Ich habe viele Gespräche geführt - natürlich nur in Rondorf und Sürth; das ist mein Wahlbezirk, den ich kenne. Wir haben die Leute vor Ort gefragt: Wie wäre es denn, wenn wir uns über a., b., c. oder d. unterhalten? - Wenn man vernünftig mit ihnen diskutiert und nicht par ordre du mufti von oben herunterschlägt, gehen die Menschen schon auf einen zu. Dann sagen sie, dass sie das einsehen - ob es nun ein Festbau oder ein variabler Bau ist. Das geht alles. Deswegen finde ich es eine Unverschämtheit, uns, der CDU, zu unterstellen, wir seien flüchtlingsfeindlich oder fremdenfeindlich.

Herr Detjen, ich sage Ihnen noch eines - die meisten wissen das auch; ich habe es vor zehn Jahren schon einmal gesagt -: Während des Kosovokriegs sind wir, meine Familie mit vier Kindern, in unserem Haus zusammengerückt und haben Flüchtlinge für ein Dreivierteljahr aufgenommen. Wir haben für sie bezahlt; wir haben alles getan; wir haben ihnen einen Job besorgt. Dann brauche ich mir so etwas von Ihnen nicht anzuhören. - Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es gibt noch eine Wortmeldung von Herrn Schöppe.

Bernd Schöppe (pro Köln): Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebes Publikum, das noch auf der Tribüne anwesend! Auch ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich nach zehn Jahren, die ich hier sein durfte, zu verabschieden. Ich habe hier im Rat manch amüsanten Moment erlebt, aber auch, wie heute Abend, manch anstrengenden Moment.

Es geht um Rondorf. Rondorf gehört zu meinem Stadtbezirk, in dem ich auch in der Bezirksvertretung sitze. Leider war ich bei der Sitzung, bei der dieser Beschluss gefasst wurde, nicht dabei - damit niemand denkt, ich hätte dafür gestimmt.

Herr Helling sprach von Gettos, in denen die Leute untergebracht werden sollten, zum Beispiel in Chorweiler. Außerdem war von einem Flüchtlingsbevölkerungsanteil die Rede. Man lernt hier immer wieder neue Wörter. Das ist ganz interessant. Hat sich schon einmal jemand Gedanken darüber gemacht, wieso die Leute nach Rondorf gezogen sind und nicht nach Chorweiler? Vielleicht wollen sie nicht in ein Getto, von dem Herr Helling eben sprach, sondern in einen Stadtteil, der anders aussieht als zum Beispiel Chorweiler. Wenn es nach Herrn Helling geht, sollen aber wohl alle Stadtteile früher oder später so aussehen wie Chorweiler. Das wollen wir nicht. Da unterstützen wir die Rondorfer.

Wir unterstützen auch die verantwortungsbewusste Schulleiterin der St. George's School. Es ist wirklich begrüßenswert, wenn eine Schulleiterin sich so für ihre Schüler, deren Eltern und ihre Schule insgesamt einsetzt und nicht einfach wegschaut. Sie sagt nicht: „Was kann ich da schon machen?“, sondern setzt sich hin und schreibt einen Brief. Dafür wird sie dann hier von einem Ratsmitglied beleidigt. - Sie können ruhig einmal hinhören, Herr Helling. Das finde ich schon ein bisschen unverschämt. Aber gut; wenn man so mit Schulleitern umgeht, kann man das natürlich auch bei Ratskollegen in der letzten Sitzung tun.

Herr Detjen hat von einer Fürsorgepflicht gesprochen. Es tut mir leid; da kriege ich zu viel. Was ist denn mit der Fürsorgepflicht der Verwaltung gegenüber der eigenen Bevölkerung? Diese Pflicht muss doch auch einmal erwähnt werden.

(Beifall bei pro Köln)

Gut; daran wurde natürlich auch gedacht. In der Vorlage ist ja von Sicherheitspersonal die Rede. Eben hieß es auch, die Flüchtlinge seien kein Problem. Wieso brauchen wir denn Sicherheitspersonal, wenn da nirgendwo Probleme zu be-

fürchten sind? Bei diesem Konzept der Verwaltung hat sich wohl schon jemand etwas gedacht. Das Ganze widerspricht sich aber irgendwo. Entweder gibt es Probleme - dann braucht man Sicherheitspersonal -, oder es gibt keine Probleme.

Nun möchte ich noch etwas zu der Kritik an der CDU sagen. Hier hieß es, Herr Müller habe angesprochen, eine Partei mit dem C im Namen müsse doch alle willkommen heißen. Das C sollte aber auch für Nächstenliebe stehen. Ich knüpfe da gerne an unsere Freunde in Österreich an. Bekanntlich arbeitet die stärkste Kraft in Österreich, die FPÖ, mit uns zusammen. Herr Strache hat vor einiger Zeit einen plakativen Wahlkampf mit dem Begriff der Nächstenliebe geführt. Bei Nächstenliebe sollte man dem Sinne des Wortes nachkommen und den Nächsten lieben. Der Nächste sitzt bei uns in Köln. Der Nächste ist der Kölner Bürger

> (Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen]: Was ist das denn für eine miese Interpretation? Ich fasse es nicht!)

und nicht jemand aus Bulgarien oder Rumänien oder sonst woher, wie das von meinem Kollegen Uckermann eben schon beschrieben worden ist.

Zu guter Letzt möchte ich natürlich auch die Kosten aufgreifen. Wenn ich mir die Vorlagen zu den verschiedensten Maßnahmen ansehe, finde ich das unmöglich. Im Rechnungsprüfungsausschuss können wir uns ja auch mit den verschiedensten Kosten befassen. Da sieht man, was womöglich noch auf die Stadt zukommt. Jetzt hat man mit den 13 Millionen Euro eine Zahl gefunden. Es ist aber auch mit Ungewissheiten zu rechnen, die von den neuen Objekten dadurch ausgehen können, dass man sie zum Beispiel früher kauft oder zurückpachtet. Alles das sollte man auch bedenken - zumal die Stadt doch nicht ganz so reich ist, wie wir heute des Öfteren gehört haben. Ich kann mich auch an andere Sitzungen erinnern, bei denen die Armut der Stadt beklagt wurde und gesagt wurde, was wir uns alles nicht leisten können und was alles gestrichen werden muss.

In diesem Sinne bitte ich darum, das Ganze zu überdenken und abzulehnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Dr. Schlieben.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Frau Dezernentin! Ich muss noch einmal nachfragen, weil ich die Stellungnahme der Verwaltung zu den Beschlüssen der Bezirksvertretung Porz nicht verstehe. Ich zitiere die Frau Dezernentin. Sie hat gesagt, dass wir heute eine endgültige Entscheidung treffen. Das habe ich ja richtig verstanden. Wenn wir heute eine endgültige Entscheidung treffen, heißt das doch, dass wir hier über die Standorte, die uns präsentiert werden, endgültig abstimmen sollen.

Jetzt lese ich mir die Stellungnahme der Verwaltung durch. Auf der letzten Seite der Anlage 11 zur Vorlage zu TOP 10.26 steht als Stellungnahme der Verwaltung zu den Bitten der Bezirksvertretung Porz:

> Im Hinblick auf die genannten alternativen Flächen, die sich zu einem Teil im Privatbesitz befinden, wird die Verwaltung kurzfristig die Verfügbarkeit und die Umsetzungsmöglichkeiten prüfen und die Bezirksvertretung über das Ergebnis der Prüfung informieren.

Es ist sicherlich auch interessant, den Rat der Stadt Köln über das Ergebnis zu informieren; denn das entscheidet final immer noch der Rat der Stadt Köln, nehme ich an.

Ich verstehe den Sinn nicht. Warum erfolgt, wenn wir heute final entscheiden, dann noch eine Prüfung?

Außerdem steht hier:

> Sollte sich in diesem Zusammenhang ergeben, dass sich eine der genannten Flächen besser für die Aufstellung der temporären, mobilen Objekte eignet, wird die Verwaltung eine entsprechende Dringlichkeitsentscheidung vorlegen.

Das heißt doch, dass wir heute keine endgültige Entscheidung über die Standorte in Porz treffen.

Der nächste Satz lautet dann:

> Soweit die genannten Flächen nicht in Betracht kommen, wird die Verwaltung die Standorte Albert-Schweitzer-Straße

in Wahn und Loorweg in Zündorf umsetzen.

Das finde ich ein interessantes Verhalten. Entweder beschließen wir heute die Flächen Loorweg und Albert-Schweitzer-Straße. Dann verstehe ich weder den Sinn der Prüfung noch den Sinn einer Dringlichkeitsentscheidung; denn dann müsste der Rat der Stadt Köln den Beschluss der Stadt Köln aufheben und durch den Beschluss ersetzen, der in der Dringlichkeitsentscheidung für diese zwei Standorte getroffen wird. Das erschließt sich mir nicht. - Das ist der erste und sicherlich zentrale Punkt.

Zweiter Punkt: Bezüglich der Bezirksvertretung Rodenkirchen haben Sie sich sehr deutlich erklärt. Das habe ich auch verstanden. Sie sagen aber nicht, wie man in Summe mit den sehr umfangreichen Beschlüssen der Bezirksvertretung Porz umgeht. Sie sagen nicht, ob das an den Antrag angeschlossen wird. Sie sagen hier ja: Bei den Standorten prüfen wir noch einmal; heute treffen wir aber die endgültige Entscheidung; dann kommen wir noch mit einer Dringlichkeitsentscheidung. - Was Grabeland und die Unterkünfte angeht, sagen Sie auch: Das wollen wir nicht generell machen, prüfen wir aber im Einzelfall.

Sprich: Wollen Sie jetzt, dass wir den Beschluss der Bezirksvertretung Porz übernehmen? Oder wollen Sie das nicht? Und wollen Sie heute final über die Grundstücke beschließen?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt wiederholen Sie sich aber!)

- Ja. Das tue ich, damit ich auch verstanden werde, Frau Moritz. Das ist ja eine wichtige Sache. Ich versuche sie hier auch ruhig vorzutragen, damit die Frau Dezernentin mir auch ganz konkret darauf antworten kann.

Ich möchte heute nämlich wissen: Treffen wir eine endgültige Entscheidung über alle Standorte? Oder prüft die Verwaltung? In diesem Fall laden Sie uns bitte in vier Wochen neu ein. Dann können wir das gerne hier final beschließen - oder auch nicht. Das muss man aber schon wissen. Und das geht für die Bezirksvertretung Porz aus dieser Stellungnahme der Verwaltung nicht hervor. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Reker wird Ihnen direkt darauf antworten.

Beigeordnete Henriette Reker: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich stelle das selbstverständlich gerne klar. Diese Vorlage ist in der vorigen Woche gefertigt worden, auch wenn sie jetzt erst kurzfristig für Sie zum Finanzausschuss umgedruckt wurde. In der Zwischenzeit sind die Prüfungen und die Arbeiten natürlich weitergegangen. Deswegen habe ich Ihnen eben sehr konkret vorgeschlagen, den Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen umzusetzen und den Weißdornweg - und die anderen in der Vorlage benannten Grundstücke - zu nehmen. In den Beschlüssen der Bezirksvertretungen sind allerdings auch Anregungen enthalten, die nicht einen konkreten Standort betreffen, sondern zum Beispiel das Grabeland und die Integrationsbedingungen. Die Verwaltung wird prüfen, was davon umzusetzen ist.

(Stefan Götz [CDU]: Und was heißt das für Porz? Das ist keine Antwort!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es gibt noch eine Nachfrage.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Dann stelle ich fest, dass wir in der Stellungnahme der Verwaltung den dritten Abschnitt streichen können; denn es gibt keine Dringlichkeitsentscheidung und keine Überprüfung alternativer Standorte in Porz. Das hat die Frau Dezernentin jetzt doch gesagt. Das möchte ich nur wissen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: So ist es.

Beigeordnete Henriette Reker: Die Standorte sind bereits überprüft. Insoweit ist dieser Teil der Anlage 11 jetzt überholt.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Das müssen Sie sagen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ist die Antwort damit ausreichend?

Beigeordnete Henriette Reker: Noch einmal - wenn Sie zweimal fragen, antworte ich auch gerne zweimal -: Die Standorte sind bereits überprüft. Ich schlage die in der Vorlage ausgewiesenen Standorte vor - bis auf den Standort in Ro-

denkirchen. Da schlage ich den Weißdornweg vor.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Das ist doch eine klare Aussage! Danke!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Damit ist das dann geklärt. - Jetzt kommen wir zu Herrn Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich denke, dass wir jetzt zu einer Entscheidung kommen sollten. Hier gibt es drei Beiträge, die nicht zur Klärung, sondern zur Verwirrung beitragen. Die Frau Beigeordnete hat es jetzt eindeutig gesagt. Wir entscheiden über acht Grundstücke. Das sind die in der Vorlage aufgeführten acht Grundstücke - mit einer Ausnahme; der Merlinweg wird nämlich gegen den Weißdornweg ausgetauscht. Wir sind bereit, dem jetzt zustimmen, also eine klare Entscheidung zu treffen. Das sollten wir jetzt auch tun. Das beantrage ich hiermit auch.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann haben wir noch die Wortmeldung von Herrn Henseler.

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich hatte mich schon nach der ersten Runde gemeldet und eigentlich gedacht, ich bekäme nach der Frau Beigeordneten das Wort. Aber immerhin habe ich jetzt noch die Gelegenheit, eine Stellungnahme für die Freien Wähler abzugeben.

Meine Damen und Herren, wir werden der Vorlage zustimmen. Unsere Position in dieser Frage hat sich seit der letzten Sitzung grundsätzlich nicht geändert. Auch wir halten es für unsere humanitäre Pflicht, dass den Flüchtlingen geholfen wird und dass die Standorte ausgesucht werden.

Wir teilen allerdings nicht in allen Punkten die Einschätzungen von verschiedenen Rednern, die hier vorgetragen worden sind. Nach meiner Überzeugung gibt es nämlich nicht nur eine kleine Zahl von Leuten, die aus diesen Standorten politisches Kapital schlagen will. Ich glaube vielmehr, dass rechtsradikale Einstellungen in der Bevölkerung durchaus Resonanz finden. Nach soziologischen Untersuchungen hat eine Größenordnung von 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung rechtsradikale Einstellungen.

Deswegen ist es für Leute wie Herrn Uckermann und seine Gehilfen auch so leicht, dort zu agitieren;

(Lachen bei pro Köln)

denn sie machen es ganz einfach. Sie agitieren, indem sie an die niederen Instinkte appellieren. Schwerer haben es diejenigen, die humanitäre Positionen einnehmen. Ich sage ausdrücklich, dass die demokratische Mehrheit in diesem Rat das tut. Das sollten wir uns auch nicht gegenseitig absprechen. Die Uckermänner sind die Ausnahme. Für sie ist es aber einfach. Für uns ist es schwierig. Trotzdem sollten wir uns dieser Mühe unterziehen.

Lassen Sie mich jetzt etwas zur Bürgerbeteiligung sagen. Wenn das alles richtig ist, dann müssen wir die Bürgerbeteiligung anders anpacken. Niemand sollte uns unterstellen - auch nicht den Freien Wählern -, wir gingen davon aus, dass man mit 136 Standorten durch die Lande zieht und wie wild diskutiert. Wenn Kriterien geprüft sind und Klarheit über Alternativen besteht, kann man die Bürger aber sehr wohl einbeziehen. Wenn Bürgerbeteiligung ein grundsätzliches Prinzip ist, dürfen uns die Uckermänner nicht daran hindern, das dann auch zu tun.

(Beifall bei der CDU - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wird doch auch gemacht!)

Als Demokraten sollten wir in der Lage sein, in der Bevölkerung Positionen zu vertreten und Mehrheiten für vernünftige Entscheidungen zu finden. Ich denke, dass das gelingt, auch wenn diese Krawallmacher durch die Stadt ziehen und an jedem Standort entsprechenden Krawall zu inszenieren versuchen.

Nun zu Rodenkirchen: Dazu möchte ich einen Änderungsantrag stellen; denn ich habe anderthalb Stunden die Diskussion in der Rodenkirchener Bezirksvertretung verfolgt. Mein Eindruck ist, dass die Diskussion in Rodenkirchen prototypisch falsch gelaufen ist, Frau Beigeordnete.

Wenn man die Standorte vorher auswählt und Klarheit hat, dass sie auch nutzbar sind, dann muss man auch Alternativen vorschlagen, meine ich. Wenn man aber mit einem Standort in die Diskussion geht und sich plötzlich aus der Debatte eine andere Situation ergibt und auf einmal ohne einen für alle anderen nachvollziehbaren Grund ein neuer Standort in der Diskussion ist, dann halte ich das für problematisch, wenn, wie Sie gesagt haben, Frau Beigeordnete, noch eine Vielzahl von gleichartigen Vorschlägen vorhanden ist. Und nachdem ich mir vor Ort mehrere Standorte angesehen habe und mit den Leuten geredet habe, gibt es nach meiner Überzeugung in Rondorf noch mehrere alternative Standorte.

(Lachen bei pro Köln)

Ich habe Ihnen gestern, nachdem mir die Bürgerinitiative und die Dorfgemeinschaft diese Standorte gemailt hatte, diese weitergeleitet und Sie gebeten, bis heute dazu eine Aussage zu treffen. Ich kann es verstehen, wenn das in der Kürze der Zeit nicht möglich ist. Das kann ich voll und ganz verstehen.

Ich weiß auch, dass hier eine Notwendigkeit besteht - darüber sollten wir uns auch einig sein -, eine Entscheidung zu treffen. Deswegen glaube ich auch, dass der FDP-Vorschlag, ein Moratorium zu machen, schwierig umzusetzen ist. Da bin ich auf der Seite der Beigeordneten. Das sage ich ausdrücklich.

Frau Beigeordnete, wenn das, was Sie gesagt haben, alles richtig ist, müssten Sie den Standort d. in der Vorlage unter TOP 10.26 unter einen Vorbehalt stellen. In der Vorlage, die ich habe, steht ja noch der Merlinweg. Sie sagen jetzt, es solle über den Weißdornweg abgestimmt werden.

Mein Vorschlag ist - ich erhebe das hier zum Antrag, Herr Oberbürgermeister -, dass dieser Standort heute vorbehaltlich der Prüfung der von den Initiativen vorgeschlagenen und von der Dorfgemeinschaft eingereichten Alternativvorschläge durch die Verwaltung ausgewählt wird. Unter diesen Vorbehalt sollten wir das stellen. Wir beschließen also den Weißdornweg. Sie prüfen aber noch die anderen Standorte und sagen dann, ob möglicherweise noch ein anderer Standort infrage kommt.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Was ist das denn für ein Quatsch? - Ralph Sterck [FDP]: Wo ist denn der Unterschied zu unserem Vorschlag?)

Das ist unser konkreter Antrag. Diesen Antrag stelle ich hier zur Abstimmung.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Frank hat eben das Ende der Debatte beantragt. Ich gehe davon aus, dass das auch entsprechend mitgetragen wird. - Frau Reker hat sich noch einmal gemeldet.

Beigeordnete Henriette Reker: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich würde gerne noch etwas klarstellen, Herr Henseler. Das Alternativgrundstück ist in der Bezirksvertretung Rodenkirchen nicht vom Himmel gefallen. Vielmehr hatten wir dieses Alternativgrundstück wirklich in der Prüfung. Wir hätten es auch vorgeschlagen, wenn nicht dort ein Kinderspielplatz vorgesehen wäre. Aus diesem Grunde haben wir nicht den Weißdornweg vorgeschlagen, sondern den Merlinweg, weil dort keine Planung bestand.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Aber nicht auf dem gleichen Grundstück, Frau Reker! Das wird nur ein bisschen verändert! Das kann doch nicht der Grund dafür sein, ein Grundstück herauszunehmen!)

- Doch, das war der Grund. Es war der Grund. Sie mögen ihn akzeptieren oder nicht. Das ist der Grund gewesen. - Wir halten den Weißdornweg für ebenso geeignet.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke.])

Herr Henseler, ich habe hier das Ergebnis der Prüfung der von Ihnen gestern übermittelten Standorte. Sie kommen nicht infrage. Ich kann es Ihnen gerne gleich noch einmal zeigen. Wir sind mittlerweile also sogar in der Lage, weil wir alles andere fallen und liegen lassen, innerhalb von einem Tag die Standorte zu prüfen.

(Beifall bei der Linken)

Ich bitte Sie auch herzlich, Folgendes zu berücksichtigen: Natürlich haben die Anwohner Vorstellungen davon, dass Grundstücke frei sind. Sie berücksichtigen aber viele Dinge nicht, weil sie sie gar nicht so genau kennen. Wir berücksichtigen diese Rahmenbedingungen natürlich: Ist eine Anschlussmöglichkeit da? Ist mit dem Grundstück etwas anderes geplant? Der Kriterienkatalog geht ja aus der Vorlage hervor. Diese Kenntnisse sind nicht einmal bei uns ad hoc vorhanden, sondern nur für die geprüften Grundstücke.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir beginnen mit der Vorlage unter Tagesordnungspunkt 10.20, den dringend notwendigen Maßnahmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion Die Linke. und Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so angenommen.

Jetzt kommen wir zu TOP 10.26. Vonseiten der FDP wurde darum gebeten, über die einzelnen Grundstücke getrennt abstimmen zu lassen. Dann machen wir das auch so. Wir stimmen erst über die einzelnen Grundstücke und dann über die Gesamtvorlage ab.

Wir beginnen mit a., Koblenzer Straße. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, Herr Henseler, Herr Zimmermann, die Fraktion Die Linke. und die Fraktion der FDP. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen.

Wir kommen zu b., Trierer Straße. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linken, Herr Zimmermann, Herr Henseler und die FDP.

Dann kommen wir zu c., Otto-Gerig-Straße. Wer ist dafür? - Das sind die SPD, die Grünen, die Linken, Herr Henseler, Herr Zimmermann und die FDP.

Wir kommen zu Punkt d. Zunächst einmal geht es um den Änderungsantrag von Herrn Henseler - Stichwort: vorbehaltlich der Prüfung von Alternativgrundstücken, die vorgeschlagen worden sind. Wer ist für diesen Alternativvorschlag von Herrn Henseler? - Herr Henseler. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das abgelehnt.

Deswegen kommt hier der Vorschlag der Verwaltung, der gerade von Frau Reker vorgestellt worden ist, nämlich der Weißdornweg, zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linken und Herr Zimmermann. Das ist die Mehrheit. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen.

Wir kommen zu e., Lindweilerweg. Wer ist dafür? - Das sind die SPD, die Grünen, die Linken, Herr Henseler und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen.

Wir kommen zu f., Albert-Schweitzer-Straße. Wer ist dafür? - Das sind die SPD, die Grünen, die Linken, Herr Henseler, Herr Zimmermann und die FDP.

Dann kommen wir zu g., Loorweg. Wer ist dafür? - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion Die Linke., die Fraktion der FDP, Herr Henseler und Herr Zimmermann.

Schließlich kommen wir zu h., Pohlstadtsweg. Wer ist dafür? - Das sind die SPD, die Grünen, die Linken, Herr Henseler, Herr Zimmermann und die FDP.

Dann kommen wir zur Gesamtabstimmung zu der Vorlage unter TOP 10.26. Wer für diese Vorlage in der eben beschlossenen Form ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linken, Herr Henseler und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung der FDP ist dies mehrheitlich so angenommen.

Bei Tagesordnungspunkt 10.27 stimmen wir zunächst über den Änderungsantrag der CDU ab. Wer für den Änderungsantrag der CDU ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP und die CDU. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Henseler ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur endgültigen Entscheidung über die Vorlage unter TOP 10.27, wie in der Bezirksvertretung Mülheim zugrunde gelegt. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linken, Herr Henseler und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Nun stimmen wir noch über die Vorlage unter TOP 10.51, also das Projekt zur außerschulischen Betreuung, ab. Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Es gibt keine Enthaltungen. Damit ist das mehrheitlich so beschlossen. - Ich bedanke mich ganz herzlich für die Ergebnisse.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken - Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde] meldet sich zu Wort)

- Möchten Sie spontan noch eine persönliche Erklärung abgeben?

(Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde]: Nein, einen Geschäftsordnungsantrag stellen!)

- Sie wissen ja, dass wir die Beschlussfassung abgeschlossen haben, Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Ja. - Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben eingangs der Sitzung bei der Beratung der Tagesordnung auch darüber gesprochen, ob wir die Sitzung unterbrechen wollen oder sollen.

Ich beantrage nach § 20 unserer Geschäftsordnung die Unterbrechung der Sitzung bis morgen.

Diesen Antrag auf Unterbrechung möchte ich auch begründen. Ich bezweifle die Arbeitsfähigkeit dieses Rates. Das ist ein formaler Ausdruck. Ich bezweifle natürlich nicht die Arbeitsfähigkeit jedes einzelnen Ratsmitglieds persönlich. Im juristischen Sinne ist dieser Begriff aber wichtig. Ich bezweifle also die Arbeitsfähigkeit des Rates nach 8 ¾ Stunden Sitzung.

Herr Oberbürgermeister, ich möchte Sie auch an die Fürsorgepflicht für die einzelnen Ratsmitglieder erinnern. Da geht es auch um Ermüdung. Auch das möchte ich hier zu Protokoll geben.

Ich möchte meinen Antrag ferner wie folgt begründen - hier appelliere ich auch an das Selbstverständnis dieses Rates -: Jeder einzelne Tagesordnungspunkt verdient es, ordentlich von uns beraten zu werden. Ich glaube nicht, dass das weiter möglich ist.

Mir ist klar, dass wir diese Tagesordnung bis zum Ende durchziehen können. Das würde ich aber außerordentlich bedauern. Ich halte eine Beratung am morgigen Tag, wach und ausgeruht, für wesentlich sinnvoller. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das war ein Antrag von Herrn Zimmermann - wobei ich mit Blick auf die Uhr und in den Saal sagen muss, dass die Fähigkeit, auch sehr intensiv zu diskutieren, hier noch sehr gut gegeben ist. Wir haben auch noch eine ganze Reihe von Punkten vor uns, bei denen wir aufgrund der Vorberatungen in den jeweiligen Ausschüssen von einstimmigen Entscheidungen ausgehen können. Deswegen sollten wir die Sitzung auf jeden Fall fortsetzen, meine ich. Das ist meine Auffassung.

Trotzdem lasse ich natürlich über den Vorschlag von Herrn Zimmermann abstimmen. Wer für den Antrag von Herrn Zimmermann ist, die Sitzung zu unterbrechen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Herr Zimmermann und Teile der CDU. Wer enthält sich? - Eine Stimme von pro Köln. Damit ist die Mehrheit dafür, dass wir die Sitzung fortsetzen.

Ich will auch noch einmal in aller Deutlichkeit unterstreichen, dass man aus dem Landtag und dem Bundestag nicht ein so hohes Maß an Disziplin gewohnt ist, wie wir es hier alle durch die ständige Präsenz in den Diskussionen gemeinsam zeigen. Das zeichnet unsere Arbeit auch aus. - Dann sollten wir sehen, dass wir hier weiterkommen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt die im Rahmen der Gefahrenabwehr erfolgte Herrichtung des 3. Obergeschoss, des Seitenflügels, sowie verschiedene Umbauten im EG und 1. OG entsprechend der Anlagen 1 und 2 (Nr. 1.1-1.3) im ehemaligen städtischen Bürogebäude Herkulesstr. 42, 50823 Köln zur Erweiterung der Notaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge.

Der Rat genehmigt die im Rahmen der Gefahrenabwehr begonnenen Maßnahmen zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Flüchtlinge entsprechend der Anlagen 1 und 2 (Nr. 2.1-2.4).

Der Rat beschließt zur Finanzierung der konsumtiven Maßnahmen einen weiteren überplanmäßigen Mehraufwand im Haushaltsjahr 2014 im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, i.H.v. 4.094.551 €, in Teilplanzeile 14, Bilanzielle Abschreibungen, i.H.v. 23.993 € und in Teilplanzeile 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen, i.Hv. 880.225 €; insgesamt 4.998.769 €.

Die Deckung des Mehraufwandes erfolgt durch Wenigeraufwand i.H.v. 100.000 € im Teilergebnisplan 1003, Wohnraumförderung, Wohnungserhaltung u. -pflege, Hilfen für Wohnungssu-

chende, Teilplanzeile 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen, durch Wenigeraufwand i.H.v. 184.783 € im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen, durch Mehrerträge i.H.v. 519.259 € im Teilergebnisplan 1004, Teilplanzeile 04, öffentlich rechtliche Leistungsentgelte, sowie vorläufig durch Mehrerträge in Höhe von 4.194.727 € im Teilergebnisplan 1601, allgemeine Finanzwirtschaft Teilplanzeile 01, Steuern und ähnliche Abgaben.

Der Rat beschließt gleichzeitig im Haushaltsjahr 2014 eine weitere überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 519.259 € im Teilergebnisplan 0503, weitere soziale Pflichtleistungen, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen. Die vorläufige Deckung erfolgt durch Mehrerträge im Teilergebnisplan 1601, allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 01, Steuern und ähnliche Abgaben.

Der Rat beschließt weiterhin zur Finanzierung des investiven Bedarfs einen außerplanmäßigen Mehrbedarf i.H.v. 178.665 € im Haushaltsjahr 2014 im Teilfinanzplan 1004 – Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum – in Teilfinanzplanzeile 09, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Finanzstelle 5620-1004-0-5125 Ausstattung Flüchtlingsunterbringung.

Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im gleichen Teilfinanzplan, Teilfinanzplanzeile 08, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5620-1004-0-5122, Auf dem Ginsterberg.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

10.26 Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in Systembauweise zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien

0759/2014

10.27 Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln Dünnwald, zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Flüchtlinge

0873/2014

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

AN/0588/2014

10.51 Projekt zur außerschulischen Betreuung von Flüchtlingskindern durch ehrenamtliche Patinnen und Paten

0810/2014

behandelt.

Antrag von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) auf Sitzungsunterbrechung bis zum Mittwoch

Gemäß § 20 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretung möge der Rat beschließen, die Sitzung bis zum Mittwoch zu unterbrechen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen einzelne Stimmen aus der CDU-Fraktion sowie gegen eine Stimme aus der Fraktion pro Köln und gegen die Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) abgelehnt.

0759/2014

Beschlüsse:

Einzelabstimmungen über die verschiedenen Standorte:

I. Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Rahmen der Gefahrenabwehr nachfolgende Standorte schnellstmöglich umzusetzen:

a) Vorbehaltlich der noch zu erfolgenden Grundstücksanmietung auf dem Grundstück Koblenzer Str. 15, 50968 Köln Bayenthal, Gemarkung Köln-Rondorf, Flur: 51, Flurstück: 1373.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie mit den Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

II. Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Rahmen der Gefahrenabwehr nachfolgende Standorte schnellstmöglich umzusetzen:

b) Auf dem städtischen Grundstück Trierer Str., 50674 Köln Neustadt Süd, Gemarkung Köln, Flur: 34, Flurstück: 621.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie mit den Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

IV. Beschluss gemäß Änderungsantrag von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln):

Die Entscheidung für das städtische Grundstück Weißdornweg, 50997 Köln Rondorf, Gemarkung Rondorf-Land, Flur: 13, Flurstück: 1224, erfolgt vorbehaltlich der Prüfung, der durch die Initiativen und der von der Dorfgemeinschaft eingereichten alternativen Standorte.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

III. Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Rahmen der Gefahrenabwehr nachfolgende Standorte schnellstmöglich umzusetzen:

c) Auf dem städtischen Grundstück Otto-Gerig-Str., 50679 Köln Deutz, Gemarkung Deutz, Flur: 34, Flurstück: 5192/300.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie mit den Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

V. Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Rahmen der Gefahrenabwehr nachfolgende Standorte schnellstmöglich umzusetzen:

d) Auf dem städtischen Grundstück Weißdornweg, 50997 Köln Rondorf, Gemarkung Rondorf-Land, Flur: 13, Flurstück: 1224.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

VI. Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Rahmen der Gefahrenabwehr nachfolgende Standorte schnellstmöglich umzusetzen:

e) Auf dem städtischen Grundstück Lindweilerweg, 50739 Köln Longerich, Gemarkung Longerich, Flur: 9, Flurstück: 2123.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. sowie mit den Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

VII. Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Rahmen der Gefahrenabwehr nachfolgende Standorte schnellstmöglich umzusetzen:

f) Auf dem städtischen Grundstück Albert-Schweitzer-Str., 51147 Köln Wahn, Gemarkung Wahn, Flur: 8, Flurstück: 211 (Teilfläche).

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie mit den Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

VIII. Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Rahmen der Gefahrenabwehr nachfolgende Standorte schnellstmöglich umzusetzen:

g) Auf dem städtischen Grundstück Loorweg, 51143 Köln Zündorf, Gemarkung Oberzündorf, Flur: 9, Flurstück: 108.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie mit den Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

IX. Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Rahmen der Gefahrenabwehr nachfolgende Standorte schnellstmöglich umzusetzen:

h) Auf dem städtischen Grundstück Pohlstadtsweg, 51107 Köln Brück, Gemarkung Langenbrück, Flur 71, Flurstück: 4343.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie mit den Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

X. Gesamtabstimmung über die so geänderte Verwaltungsvorlage:

Zur kurzfristigen Sicherstellung der städtischen Unterbringungsverpflichtung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz des Landes Nordrhein Westfalen und Vermeidung drohender Obdachlosigkeit werden Flüchtlingsunterkünfte in mobiler Systembauweise mit jeweils rund 80 Plätzen erworben und auf städtischen oder angemieteten Grundstücken errichtet.

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Rahmen der Gefahrenabwehr nachfolgende Standorte schnellstmöglich umzusetzen:

a. Vorbehaltlich der noch zu erfolgenden Grundstücksanmietung auf dem Grundstück Koblenzer Str. 15, 50968 Köln Bayenthal, Gemarkung Köln-Rondorf, Flur: 51, Flurstück: 1373.

b. Auf dem städtischen Grundstück Trierer Str., 50674 Köln Neustadt Süd, Gemarkung Köln, Flur: 34, Flurstück: 621.

c. Auf dem städtischen Grundstück Otto-Gerig-Str., 50679 Köln Deutz, Gemarkung Deutz, Flur: 34, Flurstück: 5192/300.

d. Auf dem städtischen Grundstück Weißdornweg, 50997 Köln Rondorf, Gemarkung Rondorf-Land, Flur: 13, Flurstück: 1224.

e. Auf dem städtischen Grundstück Lindweilerweg, 50739 Köln Longerich, Gemarkung Longerich, Flur: 9, Flurstück: 2123.

f. Auf dem städtischen Grundstück Albert-Schweitzer-Str., 51147 Köln Wahn, Gemarkung Wahn, Flur: 8, Flurstück: 211 (Teilfläche).

g. Auf dem städtischen Grundstück Loorweg, 51143 Köln Zündorf, Gemarkung Oberzündorf, Flur: 9, Flurstück: 108.

h. Auf dem städtischen Grundstück Pohlstadtsweg, 51107 Köln Brück, Gemarkung Langenbrück, Flur 71, Flurstück: 4343.

An investiven Finanzmitteln müssen im Jahr 2014 je Standort ca. 1.616.391 € bereitgestellt werden. Über die vorgesehene Nutzungsdauer von fünf Jahren entstehen konsumtive Mehraufwendungen inkl. Abschreibungen in Höhe von ca. 3.054.386 € je Standort. Eine detaillierte Aufstellung ist als Anlage 1 beigefügt.

Am Standort 1a, Koblenzer Str. 15, kommen in diesem Zeitraum weitere Kosten für die Anmietung des Grundstücks hinzu. Die Verhandlungen sind derzeit noch nicht abgeschlossen.

2. Der Rat beschließt zur Finanzierung der konsumtiven Maßnahmen zu den Punkten 1.a bis 1.h einen zahlungswirksamen überplanmäßigen Mehraufwand im Haushaltsjahr 2014 im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen – i.H.v. 1.122.371 €, bei Teilplanzeile 14 – Bilanzielle Abschreibungen – überplanmäßigen Mehraufwand i.H.v. 874.163 €; insgesamt 1.996.534 €.

Die vorläufige Deckung in Höhe von 434.760 € erfolgt durch Mehrerträge im gleichen Teilergebnisplan, Teilplanzeile 04, öffentlich rechtliche Leistungsentgelte.

2. Die vorläufige Deckung des verbleibenden Mehraufwandes in Höhe von 1.561.774 € erfolgt durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 1601, allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 20, Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

3. Der Rat beschließt gleichzeitig im Haushaltsjahr 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 434.760 € im Teilergebnisplan 0503, weitere soziale Pflichtleistungen, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen. Die vorläufige Deckung erfolgt ebenfalls durch Wenigeraufwendungen im TP 1601, allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 20, Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

4. Die investiven Auszahlungsermächtigungen für den Kauf der Containeranlagen aus Ziffer 1a-1h in Höhe von 12.931.128 € werden außerplanmäßig im Haushaltsjahr 2014 im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 09, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen wie folgt bereitgestellt:

Ziffer 1a, Koblenzer Str. 15, Finanzstelle 5620-1004-2-5126

1.616.391 €

Ziffer 1b, Trierer Str., Finanzstelle 5620-1004-1-5127

1.616.391 €

Ziffer 1c, Otto-Gerig-Str.,Finanzstelle 5620-1004-1-5134

1.616.391 €

Ziffer 1d, Weißdornweg, Finanzstelle 5620-1004-2-5129

1.616.391 €

Ziffer 1e, Lindweilerweg, Finanzstelle 5620-1004-5-5130

1.616.391 €

Ziffer 1f, Albert-Schweitzer-Str., Finanzstelle 5620-1004-7-5131

1.616.391 €

Ziffer 1g, Loorweg, Finanzstelle 5620-1004-7-5132

1.616.391 €

Ziffer 1h, Pohlstadtsweg, Finanzstelle 5620-1004-8-5133

1.616.391 €

Gesamtbetrag 12.931.128 €

Die vorläufige Deckung der investiven Mehrauszahlungen erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen in TP 1601, allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 12, sonstige Investitionsauszahlungen, Finanzstelle 5600-1601-0-1000 Wohnungsbauprogramm.

Weiterhin werden die Mehrauszahlungen für das erforderliche Mobiliar im Haushaltsjahr 2014 im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 09, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Finanzstelle 5620-1004-0-5125 in Höhe von 226.296 € im gleichen Teilfinanzplan im Rahmen einer Sollumbuchung zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. sowie mit den Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) und bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

0873/2014

II. Beschluss gemäß Empfehlung der Bezirksvertretung Mülheim aus ihrer Sitzung am 24.03.2014:

Der Rat beschließt, die Planung zur Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln Dünnwald, Gemarkung Dünnwald, Flur: 55, Flurstück: 58 zur Sicherstellung der städtischen Unterbringungsverpflichtung für Flüchtlinge mit hoher Priorität umzusetzen.

Der Rat ermächtigt die Verwaltung, ein Architekturbüro mit den Vorplanungen (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung, Kostenberechnung nach DIN 276) auf der Basis der HOAI – Gebührenordnung - Leistungsphasen eins bis drei, Mindestsatz-

zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen von Architekten und Fachingenieuren (Statiker, Vermesser, Bodengutachter, Schadstoffgutachter etc.) einzuholen.

Die voraussichtlichen Planungskosten belaufen sich auf rund 126.000 € brutto.

Der Rat beschließt die außerplanmäßige Bereitstellung der Investitionsmittel in Höhe von 126.000 € im Haushaltsjahr 2014 im Teilfinanzplan 1004, Teilfinanzplanzeile 08, Auszahlung für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 5620-1004-9-5135 Sanierung Peter-Baum-Weg 22.

Die Deckung erfolgt im Haushaltsjahr 2014 durch entsprechende Wenigerauszahlungen in Höhe von 126.000 € im Teilfinanzplan 1004, Teilfinanzplanzeile 08, Auszahlung für Baumaßnahmen bei Finanzstelle 5620-1004-05-5122 – Sanierung Auf dem Ginsterberg 6-34.

Bei der Planung soll die Kooperationsmöglichkeit bezüglich der Energie- und Wasserversorgung mit dem Freien Ortskartell Köln-Dünnwald e.V. berücksichtigt und abgestimmt werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. sowie mit den Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

AN/0588/2014

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln Dünnwald, wird nicht weiter verfolgt, da an dieser Stelle höchstens eine temporäre Nutzung erfolgen soll.

Die Verwaltung soll daher prüfen,

- *ob das Gelände Gemarkung Dünnwald, Flur: 55, Flurstück 58 für eine temporäre Nutzung verwendet werden kann (z.B. Containerlösung),*
- *oder ob es in Köln Dünnwald ein alternatives Gelände gibt, auf dem eine temporäre Einrichtung erstellt werden kann.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) - abgelehnt.

0810/2014

Beschluss:

Der Rat beschließt die Durchführung eines Projekts zur außerschulischen Unterstützung von schulpflichtigen Flüchtlingskindern. Das Projekt beginnt am 1.5.2014, die Projektlaufzeit beträgt vier Jahre, es fallen jährliche Projektkosten in Höhe von 77.800 € an. Mit der Projektdurchführung werden die Kölner Freiwilligenagentur e.V. und der Kölner Flüchtlingsrat e.V. auf der Grundlage der in der Anlage beigefügten Konzeption gemeinsam im Rahmen einer noch zu schließenden Projektvereinbarung beauftragt.

Zur Finanzierung dieser Maßnahme sind im Haushaltsjahr 2014 im TP 0301 Schulträgeraufgaben bei Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen zusätzliche Mittel in Höhe von 51.900 € erforderlich.

Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigeraufwendungen im Haushaltsjahr 2014, im TP 0301 Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (echte Deckungsfähigkeit).

Des Weiteren werden die erforderlichen Mittel für die Restlaufzeit in den Haushaltsjahren 2015-2017 in Höhe von 77.800 €/ Jahr und im Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 25.900 € im TP 0301 Schulträgeraufgaben veranschlagt. Dies führt zu einer weiteren Erhöhung des Fehlbetrages im städtischen Haushalt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

10.21 Erfahrungsbericht zur Umwandlung des Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud in eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung
4273/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das genauso wie im Betriebsausschuss gegen die Linke mehrheitlich so beschlossen.

Beschluss in der Fassung der Empfehlung des Betriebsausschusses Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud aus seiner Sitzung am 18.03.2014:

Der Rat nimmt den Erfahrungsbericht der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud auf Dauer zu führen.

Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, im Zuge der weiteren Diskussion über die Stärkung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud und aller anderen städtischen Museen sind die im Erfahrungsbericht festgestellten Schwachstellen und Reibungsverluste zu benennen und zu überprüfen, um Verwaltungsabläufe perspektivisch zu vereinfachen und unnötige Bürokratie abzubauen.

Die Verwaltung wird beauftragt, das von der Dezernentin für Kultur angekündigte kollegiale Verfahren mit den Direktoren zur Erarbeitung einer zukunftsweisenden Betriebsorganisation der Kölner Museen konstruktiv und ergebnisoffen zu verfolgen.

Dieser Diskussionsprozess soll transparent organisiert und in Zwischenständen dem Kulturausschuss vorgestellt werden.

Ziffer 8 und den 5. Absatz der Einführung der Begründung zu streichen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.22:

10.22 Vertrag über die Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle Köln ab 2015
0414/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister, wir müssen abstimmen wie Anlage 2. Das ist die Mitteilung der Verwaltung, in der steht, dass der Betrag 290 000 Euro beträgt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das ist richtig. Danke für diesen Hinweis.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das mit der Maßgabe dessen, was Herr Detjen gerade vorgetragen hat, so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, mit der Verbraucherzentrale NRW e.V. ab 2015 einen Vertrag zur Förderung der Kölner Verbraucherberatungsstelle über 5 Jahre abzuschließen und die Fördersumme ab 2015 um 40.000 € von 250.000 € auf dann jährlich 290.000 € anzuheben.*

2. *Der Rat beschließt für 2014 einen zahlungswirksamen überplanmäßigen Aufwand in Höhe von 18.413,40 € im Teilergebnisplan 0504, freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, in der Planzeile 15, Transferaufwendungen. Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge in gleicher Höhe*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.23:

10.23 Neubau eines Feuerwehrzentrums in Köln-Kalk
hier: Weiterplanungsbeschluss
0582/2014

Dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit so angenommen.

Beschluss:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Weiterplanung des Neubaus eines Feuerwehrzentrums Kalk auf dem Gelände nördlich der Gummersbacher Straße östlich der Bahntrassen (Gemarkung Deutz, Flur 33, aus Flurstück Nr. 867), mit derzeit geschätzten Gesamtkosten von rd. 25 Mio. € (Anlage 1) für Planung, Bau und Einrichtung.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung und dem Bau einer zwingend notwendigen Erschließungsstraße entlang der Bahntrasse mit derzeit geschätzten Kosten von rd. 476.000 € (Anlage 2) um die rückwärtigen Gebäudeteile des Feuerwehrzentrums zu erschließen.*

3. *Der Rat beauftragt die Verwaltung die in der Beschlussbegründung dargestellten Kostenrisiken zu prüfen und um Bezifferung der daraus resultierenden zusätzlichen Kosten im Baubeschluss.*

4. *Der Rat beschließt die Freigabe weiterer Planungsmittel in Höhe von 2.050.000 € für die Weiterplanung bis zum Abschluss der Ausführungsplanung (Leistungsphase 5). Die Freigabe erfolgt im Teilfinanzplan 0212 Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst bei Zeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen bzw. Finanzstelle 3701-0212-1-5200 „Neubau FW 10“, im Haushaltsjahr 2014.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.24:

10.24 Teilneubau des Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums der Fachhochschule Köln am Standort Deutz
hier: Masterplan zur Präzisierung des Wettbewerbsergebnis „Teilneubau des Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums (IWZ) der Fachhochschule (FH) Köln am Standort Deutz“
0674/2014

Dazu gibt es keine Wortmeldungen. Dann können wir abstimmen. Wer ist gegen den Masterplan? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Dann wird die Leitung der Fachhochschule Köln uns für diesen einstimmigen Beschluss sehr dankbar sein.

Beschluss:

Der Rat beschließt

den Masterplan zur Präzisierung des Wettbewerbsergebnis "Teilneubau des Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums (IWZ) der Fachhochschule (FH) Köln am Standort Deutz" für den Kern- und den Mantelbereich als Grundlage für die Bauleitplanung und beauftragt die Verwaltung, den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB) bei der Umsetzung des Masterplans zielführend zu unterstützen sowie die Umsetzung der städtebaulichen Ziele im Mantelbereich vorzubereiten und zu sichern.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.25:

10.25 Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik (KIB)
Verleihung des KIB im jährlichen Wechsel mit einer Veranstaltung anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung
0679/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, den Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik (KIB) zukünftig alle zwei Jahre zu verleihen. Die Veranstaltung zur Verleihung des KIB findet im jährlichen Wechsel mit einer Veranstaltung anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung statt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.26 Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in Systembauweise zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien

0759/2014

Anmerkungen:

- Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

10.20 Dringend notwendige Maßnahmen zur Unterbringung von Flüchtlingen zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung der Stadt Köln

4110/2013

10.27 Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln Dünnwald, zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Flüchtlinge

0873/2014

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

AN/0588/2014

10.51 Projekt zur außerschulischen Betreuung von Flüchtlingskindern durch ehrenamtliche Patinnen und Paten

0810/2014

behandelt.

- Gemäß Antrag der FDP-Fraktion wurde über die verschiedenen Standorte einzeln abgestimmt.

10.27 Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln Dünnwald, zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Flüchtlinge
0873/2014

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0588/2014

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

10.20 Dringend notwendige Maßnahmen zur Unterbringung von Flüchtlingen zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung der Stadt Köln

4110/2013

10.26 Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in Systembauweise zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien

0759/2014

10.51 Projekt zur außerschulischen Betreuung von Flüchtlingskindern durch ehrenamtliche Patinnen und Paten

0810/2014

behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.28:

10.28 Benennung eines neuen, stellvertretenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
0910/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Bundesagentur für Arbeit Köln

Frau Sabrina Reichler

als stellvertretendes, beratendes Pflichtmitglied für den Jugendhilfeausschuss bestellt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.29:

10.29 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Bürgschaftsrahmen 2014/2015 der Stadt Köln zur Besicherung von Darlehen für die Finanzierung der Nord-Süd-Stadtbahn
1017/2014

Das ist gestern im Finanzausschuss intensiv besprochen worden.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das hier auch so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich damit einverstanden, dass die Stadt Köln in den Haushaltsjahren 2014 und 2015 selbstschuldnerische, modifizierte Ausfallbürgschaften für Darlehen, die der Teilfinanzierung der Tunnel- und Haltestellenanlagen des Projekts Nord-Süd Stadtbahn dienen, bis zu einer Gesamthöhe von 92 Mio. € übernimmt. Die Darlehensbesicherung erfolgt zugunsten der Kölner Verkehrs-Betriebe AG – kann aber alternativ auch zugunsten der Stadtwerke Köln GmbH erfolgen mit der Auflage, die Mittel zweckgebunden für das Projekt Nord-Süd Stadtbahn an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG weiterzuleiten.

Bei der Aufnahme der einzelnen Tranchen sind die jeweils am Kapitalmarkt erreichbaren günstigsten Konditionen zugrunde zu legen. Außerdem besteht die Verpflichtung, vor der Aufnahme eines jeden Darlehens unter Mitteilung der angebotenen Konditionen die Zustimmung der Stadt Köln einzuholen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.30:

10.30 Benennung eines Betriebsleiters der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Bühnen der Stadt Köln“
4252/2013

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat bestellt Herrn Stefan Bachmann für die Zeit vom 01.09.2013 bis 31.08.2018 bzw. längstens bis Ende der Vertragsdauer als Schauspielintendant zum Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.31:

10.31 Bestellung eines Betriebsleiters für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Gürzenich-Orchester der Stadt Köln
0588/2014

Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand? - Dann wird sich Herr François-Xavier Roth sehr darüber freuen, dass er hier einstimmig gewählt worden ist.

Beschluss:

Der Rat bestellt Herrn François-Xavier Roth ab dem 01.09.2015 in seiner Funktion als Gürzenich-Kapellmeister zum Mitglied der Betriebsleitung des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln gemäß § 4 b) der Betriebssatzung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.32:

10.32 Rheinboulevard - Teilbereich II: Ufertreppe und Boulevard
hier: Baubeschluss Teilbereich Boulevard
0709/2014

Wie Stadtentwicklungsausschuss wird hier zu entscheiden sein.

Gibt es Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen der Linken und von Herrn Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses aus seiner Sitzung am 03.04.2014:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, den Teilbereich Boulevard (3. Bauabschnitt) im Rahmen des Projektes Rheinboulevard baulich umzusetzen.

Beim Plattenbelag des Boulevards werden die vom Architekturbüro Planorama vorgeschlagenen Platten mit einer Kantenlänge zwischen 1m und 1,25m verwandt.

Der Rat beschließt ferner die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung des Teilfinanzplanes 1301 (Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen) im Hj. 2014 bei Finanzstelle 6700-1301-1-9730 / Regionale 2010 – Rheinboulevard in Höhe von 2.519.790 Euro.

Die Kosten für den Ausbau des 3. Bauabschnittes Boulevard liegen aktuell mit brutto 3,067 Mio. Euro weiterhin im Rahmen des vom Rat beschlossenen Budgets für das Gesamtprojekt in Höhe von 22,14 Mio. Euro.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion die Linke. sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.33:

10.33 Durchführung eines Investorenwettbewerbs zur Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud/Außerplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0401 - Museumsreferat - für das Haushaltsjahr 2014
0722/2014

Dem hat der Finanzausschuss gestern einstimmig zugestimmt - ebenso wie der Stadtentwicklungsausschuss am letzten Donnerstag.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen von Herrn Zimmermann und der Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines Investorenwettbewerbs zur Realisierung des Entwurfs des 1. Preisträgers des Architektenwettbewerbs (Christ & Gantenbein AG, Basel – Arbeit 1547) als Variante Modell C Fremdrealisierung mit Rückkauf Teileigentum.

Zur Finanzierung beschließt der Rat außerplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen im Sinne des § 83 GO NW in Höhe von 400.000 € im Teilergebnisplan 0401 – Museumsreferat - in der Teilplanzeilen 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) im Haushaltsjahr 2014.

Der außerplanmäßige zahlungswirksame Aufwand wird zunächst durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft - in der Teilplanzeile 20 (Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen) in entsprechender Höhe gedeckt, da im Budget des Kulturdezernates keine Deckung zur Verfügung steht.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.34:

10.34 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2012 für die Bühnen der Stadt Köln
0415/2014

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. So beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln stellt gem. § 4c der Betriebssatzung der Bühnen der Stadt Köln in Verbindung mit § 26 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) den Jahresabschluss zum 31.08.2012 sowie den Lagebericht für das Geschäftsjahr 01.09.2011 bis 31.08.2012 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 12.11.2013 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG fest.*

2. *Der Bilanzverlust für das Geschäftsjahr vom 01.09.2011 bis 31.08.2012 in Höhe von 14.168.084,14 € wird wie folgt verwendet:*

   - Vortrag auf neue Rechnung in Höhe von 14.168.084,14 €.

3. *Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

4. *Dem Betriebsausschuss wird Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.35:

10.35 Stilllegung der ehemaligen Hausmülldeponie in Porz-Lind, Festlegung der Verkehrsführung
0749/2014

Dazu gab es gestern auch einen einstimmigen Beschluss des Finanzausschusses.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so genehmigt.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Verkehrsführung der Lieferverkehre bei der Stilllegung der ehemaligen Hausmülldeponie Porz-Lind durch den anhängenden Vertrag mit der Stadt Troisdorf festzulegen.

Der Aufwand für die sich hieraus ergebenen Maßnahmen beträgt ca.50.000 € für die Stadt Köln.

Der Bedarf wird festgestellt. Die Finanzierung erfolgt durch die Inanspruchnahmen der gebildeten Rückstellungen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.36:

10.36 Logistikregion Rheinland e. V.
hier: Mitgliedschaft der Stadt Köln
0808/2014

Dazu gibt es keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das ebenfalls so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Mitgliedschaft im Verein „Logistkregion Rheinland e.V.“ zu beantragen. Der Jahresbeitrag beläuft sich auf derzeit 2.000,- € für Kommunen.*
2. *Der Rat beauftragt die Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik bzw. einen/eine Vertreter/in die Mitgliedsrechte der Stadt Köln im Verein wahrzunehmen.*
3. *Die Finanzierung des vorgesehenen Mitgliedsbeitrags in Höhe 2.000,- € p. a. erfolgt aus dem Teilergebnisplan 0902 - Stadtentwicklung, Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.37:

10.37 Vergabe der Leistung „Tunnelreinigung inklusive Rampen und Fluchtwegbeschilderung“ an die Abfallwirtschaftsbetriebe GmbH & Co. KG
0663/2014

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der Fraktion der CDU. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das gegen die Stimmen der CDU so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Abfallwirtschaftsbetriebe GmbH & Co. KG (AWB) mit der Reinigung der Tunnelwände inklusive Rampen und Fluchtwegbeschilderung im Rahmen einer Inhouse-Vergabe zu beauftragen und ermächtigt die Verwaltung den in der Anlage 1-3 beigefügten Vertrag mit der AWB rückwirkend zum 01.01.2014 abzuschließen.

Die benötigten Mittel in Höhe von 60.017,13 € jährlich sind im städtischen Doppelhaushalt 2013/2014 einschließlich der Finanzplanung 2017 im Teilergebnisplan 1202 -Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.38:

10.38 Mitgliedschaft der Stadt Köln in der „CologneAlliance Gesellschaft zur Förderung der Städtepartnerschaften der Stadt Köln e. V.“ (in Gründung) 0260/2014

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen. Der finanzielle Kraftakt ist also gelungen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Mitgliedschaft der Stadt Köln im zu gründenden Verein `CologneAlliance Gesellschaft zur Förderung der Städtepartnerschaften der Stadt Köln´.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Schöppe verlässt die Sitzung endgültig.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.39:

10.39 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2014/15 0564/2014

Änderungsantrag der CDU-Fraktion AN/0610/2014

Wie Finanzausschuss.

Dazu liegt eine Wortmeldung von Herrn Dr. Elster vor. Bitte schön, Herr Dr. Elster; so viel Zeit muss sein.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist schade, dass der Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2014/15 erst jetzt, nach fast neun Stunden Ratssitzung, auf der Tagesordnung steht.

Zum einen ist das deswegen schade, weil Herr Wasserbauer jetzt zum ersten Mal fristgerecht vor Beginn der Spielzeit das Ganze eingereicht hat und sich natürlich ein Lob vom Rat der Stadt Köln für das, was da gelungen ist, verdient hat.

Zum anderen ist das deswegen schade, weil sich hier für den Tanz etwas abzeichnet, was leider nicht sehr positiv ist; denn im Punkt 4 der Beschlussvorlage geht es um das Tanzbudget für die Spielzeit 2015 bis 2020, also die mittelfristige Finanzplanung für die nächsten fünf Jahre.

Für den Tanz schlagen wir vor - das ist unser Änderungsantrag -, dass wir für diesen Zeitraum 3,5 Millionen Euro vorsehen und damit ein Tanzbudget von 700 000 Euro jährlich zur Verfügung stellen, damit es nicht nur möglich ist, am Offenbachplatz demnächst ein strahlendes Haus zu eröffnen, sondern auch, dort ab dem kommenden Jahr strahlende Tanzgastspiele stattfinden zu lassen.

Meine Damen und Herren, wenn dann auch die Einnahmen der Tanzgastspiele dem Tanzbudget zugeführt würden, ständen ungefähr 800 000 Euro zur Verfügung. Das wären knapp 200 000 Euro weniger als vor einigen Jahren, als die Tanzgastspiele mit 1 Million Euro ausgestattet waren.

An dieser Stelle will ich noch einmal an den Konsens erinnern, den wir hier hatten, als wir 2009 die Sanierung der Bühnen besprochen haben. Damals haben wir Karin Beier ernst genommen und gesagt, dass wir nicht nur in Beton investieren wollen. Jetzt haben wir 270 Millionen Euro am Offenbachplatz investiert. Dann kann es ja nicht daran scheitern, 800 000 Euro für die tollen Tanzgastspiele in der Stadt Köln bereitzustellen.

Meine Damen und Herren, der Tanz hat ein Riesenpotenzial. Er hat ein anderes Publikum, nämlich ein junges, internationales Publikum. Der Tanz hat immer ein volles Haus. Die Tanzgastspiele sind die am besten besuchten Veranstaltungen überhaupt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Deshalb machen wir sie ja auch!)

Deswegen ist es unglaublich wichtig, genau an dieser Stelle zu investieren.

Rot-Grün schlägt hier 400 000 Euro vor.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Verwaltung, Herr Dr. Elster!)

Das ist doch die Kümmer-Variante, die Sie im letzten Jahr in der Not geboren haben, als Ihnen die Tanzszene Beine gemacht hat, nachdem die

Kämmerin die Tanzgastspiele ganz aus dem Programm gestrichen hatte.

Wir sind dafür - ich wiederhole es -, 700 000 Euro zur Verfügung zu stellen und die Einnahmen der Tanzgastspiele dem Tanzbudget zuzuführen, damit der Tanz in Köln weiter eine Zukunft hat.

Das kann tatsächlich nur das Mindeste sein. Wir müssen in der Tat darüber nachdenken - das wollen Sie ja beim Punkt 5 aufgreifen -, wie wir die Bühnen mit Finanzmitteln ausstatten; denn wir wollen nicht nur das teuerste Opernhaus und die teuersten Bühnen in Deutschland haben, sondern wir wollen natürlich, dass dort auch Kunst geboten wird.

Deswegen müssen wir in den Haushaltsplanberatungen 2015 sehr wohl darüber nachdenken. Herr Frank, Ihr Antrag zeigt aber genau, wie wenig Sie von der ganzen Sache verstehen.

(Zuruf von (Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

- Sie haben doch einen Änderungsantrag im Finanzausschuss eingebracht und ihn gegen unsere Stimmen beschlossen, Herr Frank. Das zeigt, wie wenig Sie von der ganzen Sache verstehen. Die Haushaltsplanberatungen 2015, die Sie dort anführen, sind so, wie ich den Rat kenne und wie wir uns das nächste Kommunalwahljahr, in dem ja der Oberbürgermeister neu gewählt wird, vorstellen müssen, wahrscheinlich frühestens im Frühjahr 2015 abgeschlossen. Dann ist Herr Wasserbauer sicherlich nicht mehr geneigt, Änderungen im Wirtschaftsplan 2014/15 vorzunehmen. Daher ist dieser Antrag, den Sie im Finanzausschuss gestellt haben und dort auch beschlossen haben, völlig absurd.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte, Frau Dr. Bürgermeister.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich mache es ganz kurz. So absurd ist dieser Antrag nicht; denn wir haben - da darf ich Sie vielleicht korrigieren - einen Haushaltsbeschluss, in dem festgelegt ist, dass die Tanzgastspiele fortgeführt werden sollen.

(Martin Börschel [SPD]: Das hat Herr Dr. Elster übersehen!)

In unserem Veränderungsnachweis steht auch, dass die Einnahmen aus den Tanzgastspielen den Tanzgastspielen zur Verfügung gestellt werden sollen, und zwar auch für die Spielzeit 2014/15. Das steht in unserem Veränderungsnachweis. Insofern stimmt Ihr Argument nicht.

Im Ausschuss haben wir sehr lange fachlich darüber diskutiert. Wir sind der Meinung, dass der Tanz eine wichtige Sparte für die Bühnen ist. Wir haben uns auch immer dafür eingesetzt, dass er als dritte Sparte erhalten bleibt. Deswegen haben wir diese Mittel im Veränderungsnachweis zugesetzt.

Herr Dr. Elster, Sie wissen auch sehr genau, dass wir bei der letzten Ausschusssitzung eine dicke Auswertung von actori zur Perspektivplanung für die Bühnen vorgestellt bekommen haben. Wenn wir schon sagen, dass wir uns Gedanken darüber machen, wie die Bühnen perspektivisch und strukturell aufzustellen sind, sollten wir uns doch auch das Material, das uns zur Verfügung gestellt wird, ordentlich anschauen, es bewerten und dann sehen, wie es weitergeht.

Auf jeden Fall sind wir bei Ihnen, wenn Sie sagen, dass der Tanz eine wichtige Sparte ist. Zum jetzigen Zeitpunkt können wir Ihren Antrag aber nicht mittragen. Daher werden wir ihn ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Elster hat hier von dem teuersten Opernhaus und den teuersten Bühnen in Deutschland gesprochen. Das zeugt nicht gerade von wahnsinnig großer Sachkenntnis, Herr Dr. Elster.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen] - Martin Börschel [SPD]: Das kann man wohl sagen!)

Glücklicherweise ist unsere Sanierung der Oper und des Schauspiels immer noch im Rahmen. Sowohl der Zeitrahmen als auch der finanzielle Rahmen werden eingehalten. Somit sind wir weit davon entfernt, dass es die teuerste Sanierung in dieser Republik wäre. Da gibt es andere Beispiele, die das genau belegen.

Im Betriebsausschuss Bühnen hatten wir drei Vorlagen. Darüber waren wir sehr erfreut. Das waren die Jahresabschlüsse zum 31. August 2011 und zum 31. August 2012 sowie der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014/15. Alles wurde zeitgerecht vorgelegt. Das zeigt, dass die Bühnen im Augenblick sehr gut aufgestellt sind, dass dort gut gearbeitet wird und dass sie ein tatkräftiges Leitungsteam haben. Deswegen sind wir auch dankbar dafür, dass wir jetzt genau hier weitermachen können.

Die Tanzgastspiele haben wir zunächst einmal mit dem laufenden Haushalt 2013/14 gerettet - entgegen dem, was vorhin gesagt worden ist. Es war auch ein Erfolg von Rot-Grün, im Kulturbereich auf diese Weise etwas abzusichern. Uns ist es wichtig, gerade die Bühnen auch mittelfristig richtig aufzustellen. Insofern sind wir froh darüber, mit diesem Wirtschaftsplan einen guten Anfang gemacht zu haben.

Frau Dr. Bürgermeister hat schon erwähnt, dass die Studie von actori vorliegt. Deswegen haben wir diesen Änderungsantrag gestellt, der genau auf diese Studie eingeht.

Es ist klar, dass uns zum einen die Mittelfristplanung der Bühnen wichtig ist. Zum anderen ist uns aber auch wichtig, dass wir in der vorletzten Ratssitzung die Häuser mit 1,5 Millionen Euro für die Eröffnungsspielzeit ausgestattet haben. Herr Dr. Elster, das haben Sie eben unterschlagen.

(Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

- Warten Sie doch einmal ab, Herr Dr. Elster. Man sollte immer bis zum Ende zuhören. - Wir haben auch die Entschuldung der Bühnen beschlossen. Damit fließt viel Geld in die Bühnen.

Glücklicherweise liegt uns jetzt auch die von SPD und Grünen in Auftrag gegebene Wirtschaftlichkeits- und Organisationsuntersuchung bei den Bühnen der Stadt Köln vor. Diese Organisationsuntersuchung ist uns im Ausschuss vorgestellt worden.

Um sie ernst nehmen und bewerten zu können, brauchen wir beim Punkt 5 des Wirtschaftsplans eine Neufassung. Wir haben zwar erst einmal eine belastbare Mittelfristplanung. Von actori werden uns aber eine ganze Menge Aufgaben aufgegeben. Diesen Aufgaben wollen wir uns erst einmal stellen, bevor wir entscheiden, was in den kommenden Haushalten passiert.

Ich kann Ihnen versichern, dass die Tanzgastspiele uns sehr am Herzen liegen. Wir wollen die Ergebnisse von actori aber erst einmal so weit auswerten, dass wir sagen können, was wir auch langfristig als Stadt für die Bühnen und mit den Bühnen leisten können. Dafür müssen wir uns Zeit nehmen. Etliche Ausschussmitglieder haben gesagt, dass sie sich jetzt in der Osterpause damit auseinandersetzen wollen. Wir brauchen auch ein bisschen Zeit, um das genau zu bewerten, damit wir den guten Weg, den die Bühnen eingeschlagen haben, auf diese Weise fortsetzen und so garantieren, dass das gut weiterläuft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Herr Görzel, bitte.

Volker Görzel (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Aller guten Dinge sind vier. Da pro Köln zu dieser Stunde schon nicht mehr im Ratssaal anwesend ist, können wir auch einmal in Ruhe diskutieren und müssen uns nicht mit Polemik beschäftigen.

(Beifall bei der FDP)

Drei Gedanken sind mir bei diesem Antrag durch den Kopf gegangen.

Erstens. Lieber Herr Dr. Elster, vielen Dank, dass Sie diesen Antrag vorgelegt haben. Er setzt nämlich das fort, was meine Fraktion im vergangenen Jahr zum Thema Tanz hier eingebracht hat; Sie erinnern sich.

(Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

- Vielen Dank, Frau Moritz. - Daraus ist auch die Unterstützung für den Tanz resultiert, die uns zwar nicht weit genug ging; immerhin konnten wir damit aber Pflöcke einrammen.

Zweitens. Pflöcke einrammen - das ist genau das, was Sie nicht tun, liebe Vertreterinnen und Vertreter von Rot-Grün. Sie verstecken sich nämlich hinter den Untersuchungen, die in der vergangenen Woche vorgestellt wurden. Ich habe ein wenig den Eindruck, als fehle Ihnen

schlicht der Mut oder die Erlaubnis Ihrer Fraktionsvorsitzenden und Fraktionsgeschäftsführer, hier einen politischen Willen zu artikulieren. Offensichtlich sind Sie zu diesem politischen Willensbekenntnis nicht mehr in der Lage. Das tut mir leid und lässt nichts Gutes erahnen.

Drittens. Frau von Bülow, sich nach der Presse der letzten Wochen hierhin zu stellen und zu sagen, wir seien in der Kultur und bei der Oper bzw. beim Schauspiel gut aufgestellt, ist - seien wir einmal ganz ehrlich - mutig. Das ist zwar mutig, entbehrt jedoch jeglicher Grundlage.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist Quatsch!)

Sich an einem Abend, an dem man nicht bereit ist, mit offenem Visier über das Schicksal der Kunst- und Museumsbibliothek zu diskutieren, hierhin zu stellen und zu sagen, wir seien auf dem richtigen Weg, ist schlicht unverfroren. Das lassen wir Ihnen auch nicht durchgehen. Köln kann es besser - aber am besten ohne Ihre Kulturpolitik. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herzlichen Dank. - Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wir stimmen zunächst über den Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU und die FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist er abgelehnt.

Nun kommen wir zur Entscheidung über den Wirtschaftsplan. Wir stimmen ab, wie im Finanzausschuss beschlossen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Wirtschaftsplan so beschlossen.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

Der Rat beschließt entsprechend der von der Verwaltung vorgeschlagenen Alternative mit der nachfolgenden Änderung:

Unter Ziff. 4 wird der letzte Satz wie folgt gefasst: „Die Einnahmen aus den jeweiligen Tanzgastspielen werden zugunsten des Tanzbudgets vereinnahmt.“

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion - abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Empfehlung des Finanzausschusses aus seiner Sitzung am 07.04.2014:

1. *Der Rat der Stadt Köln stellt gem. § 4 der Betriebssatzung in Verbindung mit § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2014/15 in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung fest.*

2. *Die Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln wird ermächtigt zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zu einem Höchstbetrag von 7,0 Mio. € in Anspruch zu nehmen.*

3. *Die Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln wird ermächtigt für die Finanzierung der „Generalsanierung Offenbachplatz“, des „Produktionszentrums (Oskar-Jäger-Straße)“ und Sanierung des „Orchesterprobenraum (Stolberger Straße)“ Kredite in Höhe von insgesamt 269,62 Mio. € in Anspruch zu nehmen.*

4. *Die Stadtverwaltung und die Betriebsleitung werden beauftragt für die Jahre 2015 bis 2020 – Spielzeiten 2015/16 bis 2019/20 - ein Sonderbudget in Höhe von 2,0 Mio. Euro für den Tanz an den Bühnen Köln einzurichten. Dazu werden 400 T€ pro Spielzeit als erhöhter Betriebskostenzuschuss aus dem städtischen Haushalt bereitgestellt und ab dem Wirtschaftsplan 2015/16 als Sonderbudget ausgewiesen und mittelfristig fortgeschrieben.*

5. *Die mittelfristige Erfolgsplanung einschließlich der Entwicklung der Einnahmesituation und der Betriebskostenzuschüsse aus dem städtischen Haushalt für die Sparten Schauspiel, Oper und Tanz ist auf Basis der Auswertung der aktuell vorliegenden „Wirtschaft-*

lichkeits- und Organisationsuntersuchung der Bühnen Köln“ der actori GmbH im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2015 zu bewerten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.40:

10.40 Ergänzender Planungsbeschluss zur Errichtung eines Erweiterungsbaus und einer Dreifachhalle für die Kaiserin-Theophanu-Schule, Gymnasium Kantstr. 3, 51103 Köln, aufgrund Kostenerhöhung
3561/2012

Dazu gibt es keine Wortmeldungen. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Fortführung der Planung des Erweiterungsbaus und der Dreifachhalle für die Kaiserin-Theophanu-Schule und beauftragt die Verwaltung die Umsetzung im Rahmen der Ganztagsoffensive Sekundarstufe I mit Priorität voranzutreiben. Nach Kostenschätzung belaufen sich die Gesamtbaukosten für den erforderlichen Erweiterungsbau auf nunmehr 24,6 Mio. € statt bisher 15,0 Mio. €. Hinzukommen ca. 7 Mio. € für temporäre Schulersatzräume, Erwerb des Grundstücks Hollweghstr. sowie Abrisskosten, so dass sich die Kosten auf insgesamt rund 31,6 Mio € belaufen.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die aus dem städt. Haushalt zu finanzierenden Miet- und Nebenmehrkosten in Höhe von rd. 3,05 Mio. € entstehen ab dem Haushaltsjahr 2019 und werden aus dem Schulmietbudget im Teilergebnisplan 0301 finanziert; eine zusätzliche Mittelveranschlagung ist hierfür nicht erforderlich.

Die Planung erfolgt unter Zugrundelegung des für den jeweiligen Bauteil erforderlichen und wirtschaftlichsten Energiestandards, d.h. wegen der Anordnung der Klassenräume nach Süden und erhöhten Anforderungen an den Schallschutz wird der Schulerweiterungsbau nach Passivhausstandard geplant, der Sporthalle und dem Ganztagserweiterungsbau liegt die Energieeinsparverordnung (EnEV) 2009 zugrunde. Der Klassentrakt ist wegen der Lärmemissionen der angrenzenden Industrie zwingend (baurechtlich) mit einer mechanischen Lüftung auszustatten.

Die Inbetriebnahme des Schulerweiterungsbaus ist zum Beginn des Schuljahres 2018/2019 vorzusehen.

Der Planung ist das in beigefügter Raumliste (Anlage 1) aufgeführte und abgestimmte Raumprogramm zu Grunde zu legen. Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.41:

10.41 Ergänzender Planungsbeschluss, Errichtung eines Erweiterungsbaues und 3-fach Turnhalle für das Hildegard-von-Bingen-Gymnasium, Leybergstr. 1, 50939 Köln (Sülz), wegen Kostenerhöhung
0027/2013

Ich sehe auch dazu keine Wortmeldungen. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Fortführung der Planung des Erweiterungsbaus und der 3-fach Turnhalle für das Hildegard-von-Bingen-Gymnasium und beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung im Rahmen der Ganztagsoffensive der Sekundarstufe I und zur Schaffung zusätzlicher Schülerplätze mit Priorität voranzutreiben.

Nach Kostenschätzung belaufen sich die Gesamtbaukosten für den erforderlichen Erweiterungsbau auf 26,8 Mio. EUR statt wie bisher auf 9,4 Mio. EUR. Die Gründe für die Kostenerhöhung liegen im Wesentlichen in der Erweiterung der Zügigkeit, sowie in der Umsetzung einer 3-fach Turnhalle anstelle einer 2-fach Turnhalle.

Die Planung erfolgt unter Zugrundelegung des wirtschaftlichsten Energiestandards, d.h. dem Schulerweiterungsbau und der integrierten Sporthalle liegt die Energieeinsparverordnung (EnEV 2014) zugrunde.

EnEV 2014 mit Gesamtkosten (inkl. Einrichtung) in Höhe von rund 28,3 Mio. EUR

davon

Kosten Unterrichtsbereiche	*12.601.748 EUR*
3-fach Turnhalle	*12.349.909 EUR*
Umnutzung ehm. TH zur Mensa + Ganztag	*1.875.777 EUR*
Einrichtungskosten	*1.500.000 EUR*

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Mietmehrkosten i.H. v. rund 3,54 Mio. EUR sind ab dem Haushaltsjahr 2018 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben zu veranschlagen.

Günstigste Alternative ist die Anwendung der EnEV 2014 auf alle Bauteile.

Die Inbetriebnahme des Schulerweiterungsbaus ist zum Beginn des Schuljahres 2018/2019

vorzusehen. Der Planung ist das in der Raumliste (Anlage 1) aufgeführte abgestimmte Raumprogramm zugrunde zu legen. Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Alternativ erfolgt die Fortführung der Planung des Erweiterungsbaus und der 3-fach Turnhalle für das Hildegard-von-Bingen-Gymnasium und die Umsetzung im Rahmen der Ganztagsoffensive Sekundarstufe I und zur Schaffung zusätzlicher Schülerplätze nach dem

Passivhausstandard mit Gesamtkosten (inkl. Einrichtung) in Höhe von rund 29,5

Mio. EUR, davon

Kosten Unterrichtsbereiche	*13.239.828 EUR*
3fach Turnhalle	*12.871.736 EUR*
Umnutzung ehm. TH zur Mensa + Ganztag	*1.875.777 EUR*
Einrichtungskosten	*1.500.000 EUR*

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Mietmehrkosten i.H. v. rund 3,66 Mio. EUR sind ab dem Haushaltsjahr 2018 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben zu veranschlagen.

Die Inbetriebnahme des Schulerweiterungsbaus ist zum Beginn des Schuljahres 2018/2019

vorzusehen. Der Planung ist das in der Raumliste (Anlage 1) aufgeführte abgestimmte Raumprogramm zugrunde zu legen. Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Eine abschließende Entscheidung, welcher Energiestandard umgesetzt wird, kann erst nach Vorliegen der Ergebnisse der Planung und der in dem Zusammenhang zu erstellenden Wirtschaftlichkeitsberechnung durch den Rat im Rahmen des Weiterplanungsbeschlusses erfolgen.

Gemäß § 79 Schulgesetz ist der Schulträger verpflichtet, die für einen ordnungsgemäßen Unterricht erforderlichen Schulanlagen, Einrichtungen und Lehrmittel bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.42:

10.42 Erweiterungsbau für das Genoveva-Gymnasium, Genovevastraße 58-62, 51063 Köln-Mülheim
0110/2014

Auch das ist gestern im Finanzausschuss einstimmig beschlossen worden.

Deswegen frage ich: Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für den Erweiterungsbau des Genoveva-Gymnasiums, Genovevastraße 58-62, 51063 Köln nach

EnEV 2009 mit Gesamtkosten (inkl. Einrichtung) i. H. v. brutto ca. 17.016.000 €

und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Mietmehrkosten i. H. v. 1.721.700 € sind ab 2018 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.43:

10.43 Fortführung der Schulsozialarbeit - Finanzierung bis 31.12.2014
0125/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, in Anlehnung an seinen Beschluss vom 18.06.2013 (1041/2013), die Fortführung der Schulsozialarbeit unter Berücksichtigung der mit Ratsbeschluss vom 13.10.2011 neu zugesetzten Stellen für die Zeit vom 01.08.2014 bis 31.12.2014.

Zur Finanzierung beschließt der Rat im Haushaltsjahr 2014 im Teilergebnisplan 0604 - Kinder- und Jugendarbeit:

a) überplanmäßige, zahlungswirksame Aufwendungen bei Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen, in Höhe von 767.080 €;

b) überplanmäßige, zahlungswirksame Aufwendungen bei Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, in Höhe von 25.830 €;

c) überplanmäßige Aufwendungen bei Teilplanzeile 14, Bilanzielle Abschreibungen, in Höhe von 4.910 €;

d) überplanmäßige, zahlungswirksame Aufwendungen bei Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, in Höhe von 1.577.580 €.

Die Deckung der überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 2.375.400 € erfolgt durch Mehrerträge in gleicher Höhe im Teilergebnisplan 0508 - Leistungen für Bildung und Teilhabe, bei Teilplanzeile 06, Kostenerstattungen und Umlagen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.44:

10.44 Bauliche Realisierung einer Grundschule und einer Gesamtschule auf dem Heliosgelände in Köln-Ehrenfeld - Start der Schulen bis zum Umzug auf das Heliosgelände an Interimsstandorten
0525/2014

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Hierzu gibt zwei Wortmeldungen, eine von Herrn Henseler und eine von Herrn Zimmermann.

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte hier zu Protokoll geben, dass die Freien Wähler gegen diese Vorlage stimmen, und das auch ganz kurz begründen. Wenn die Zahlen zutreffen, die die Frau Beigeordnete uns gestern in der Finanzausschusssitzung genannt hat, was die Schüler angeht - und ich habe keinen Zweifel, dass das alles stimmt -, haben wir es mit einem Projekt zu tun, das 91 Millionen Euro kostet und in dem zukünftig ungefähr - über den ganz groben Daumen - 1 100 Kinder beschult werden sollen.

Dem möchte ich einmal das Schulzentrum Weiden gegenüberstellen. Dort haben wir es mit einem Projekt in der Größenordnung von 65 Millionen Euro zu tun, bei dem nach Ihren gestrigen Ausführungen ungefähr 1 500 bis 1 600 Kinder zu erwarten sind.

Wenn ich das umrechne, komme ich zu dem Ergebnis, dass das Projekt in Weiden 40 000 Euro pro Kind kostet, während bei dem Projekt in Ehrenfeld die Kosten pro Kind bei 82 000 Euro liegen.

Ich weiß, dass man sich als ehemaliger Beigeordneter in seinem Bereich tunlichst zurückhalten sollte. Das tue ich auch. Ich glaube nicht, dass es das Problem der Schulverwaltung ist, dass hier ein solcher Unterschied entsteht. Ich finde das aber ungerecht. Deswegen werden wir als Freie Wähler gegen diese Vorlage stimmen.

(Beifall bei der FDP - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Es war aber eine gute Bürgerbeteiligung!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal, auf der Tribüne und zu Hause an Ihren Bildschirmgeräten! Hier handelt es sich um ein 91-Millionen-Euro-Projekt, das eigentlich auch ordentlich gefeiert gehört und in diesem Rat nicht einfach so schnell abgehakt werden sollte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Es war ein Bericht in der *StadtRevue,* dem heimlichen Leitmedium der Kölner Presselandschaft

(Heiterkeit bei der CDU)

- dem sehr heimlichen Leitmedium -, der zumindest uns, Deine Freunde, im April 2010 aufgeschreckt hatte. Superschurken wollten mitten in unserem Lieblingsveedel Ehrenfeld eine gigantische Shoppingmall bauen - einen dieser finsteren Konsumtempel, die nur dem Mammon dienen.

Frisch im Rat und eigentlich mit der Debatte über den Erhalt des Schauspielhauses schon ausgelastet, beschlossen wir, etwas gegen diese Pläne zu tun. Keiner von uns hatte vorher eine Bürgerinitiative gegründet. Die Proteste von „Mut zu Kultur“ und auch die Proteste gegen Stuttgart 21 machten uns aber Mut. Wir setzten ein erstes Treffen an und waren bass erstaunt, wie viele Bürgerinnen und Bürger Ehrenfelds sich dort einfanden, darunter übrigens von Anfang an auch Mitglieder der SPD, der Grünen und der Linken.

Die Positionen der Ratsfraktionen waren zunächst jedoch ganz andere. Die SPD wollte dem Investor 20 000 Quadratmeter Handelsfläche zur Verfügung stellen, die Grünen etwas weniger.

Die Bürgerinitiative Helios arbeitete von Anfang an überparteilich und wurde schnell zu der bestimmenden Größe in der Diskussion um das Heliosgelände. Nachbarn und Bürger erarbeiteten mit Architekten und anderen Fachleuten eigene Konzepte für das Gelände und widerlegten eine Potenzialanalyse, die uns suggerieren wollte, dass wir in Ehrenfeld ganz dringend neue Flächen für große Handelsketten bräuchten. Unser Interesse galt jedoch dem Einzelhandel auf der sich ganz zart wieder erholenden Venloer Straße.

Doch da war dann auch noch der Investor. Bei der Vorstellung seiner Pläne für das Gelände auf einer Bürgerversammlung merkte Bauwens-Adenauer zwar schnell, dass seine Pläne für ein Einkaufzentrum - Zitat - „nicht der Hit“ waren. Er war aber auch durch Verträge an andere Partner gebunden.

Auch in Rat und Verwaltung begann ein Umdenken. Man befürchtete nicht nur ein Ehrenfeld 21, sondern registrierte auch, dass sich die Bezirksvertretung ganz offiziell von den bisherigen Plänen absetzte und nun einstimmig eine vertiefte Bürgerbeteiligung forderte.

Die Konzepte der Bürgerinitiative orientierten sich zu diesem Zeitpunkt an einem Mix aus Kultur, bezahlbarem Wohnen und inhabergeführtem Einzelhandel.

Unsere kleine Wählergruppe entfernte sich hier etwas von der BI und forderte einen Bauwens-Adenauer-Park als deutliches Ausrufezeichen für mehr Grün in der Stadt.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Das fand aber keine Mehrheit!)

- Es fand keine Mehrheit, wäre für den Rat aber deutlich billiger geworden, wie man heute auch sagen kann. Übrigens hängen mehrere unserer Plakate in den Büroetagen von Bauwens-Adenauer. Er hat tatsächlich mehrfach um neue Plakate gebeten.

Mitten in diesem beginnenden Bürgerbeteiligungsprozess überraschte dann eine Nachricht eines Presseorgans völlig. Frau Dr. Klein schlug vor, auf dem Gelände eine Schule zu bauen. Keiner von uns hatte je von dieser Idee gehört, geschweige denn sie selbst entwickelt. Gut ist sie trotzdem.

Mit meiner Freundin, selbst Journalistin, las ich den Artikel von Herrn Frangenberg mehrmals. Woher stammte diese Idee? Es war im Artikel keine Quelle, kein Beleg, nichts Handfestes zu

finden. Fast wirkte es wie ein Coup des Autors, der in Rücksprache mit Frau Dr. Klein diese Idee einfach mal lancierte.

Wie dem auch sei - diese Idee fiel zu Recht auf fruchtbaren Boden. Die Bürgerbeteiligung schloss sich dieser Idee an - aber nicht, ohne weitere Ziele wie Grünflächen, Kultur und öffentliche Durchwegungen nicht aus den Augen zu verlieren.

Es ist nicht irgendeine Schule, die nun auf dem Gelände entstehen soll. Wir können voll hinter dem pädagogischen Konzept dieser inklusiven Universitätsschule stehen. Was für ein fantastischer Wandel: Statt einer Mall, die versucht, unseren Kids das Geld aus der Tasche zu ziehen, entsteht ein Ort für wirklich gemeinsames Lernen, ganz einem umfassenden Inklusionsgedanken verhaftet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Ich bin kein besonderer Freund der roten und der grünen Ratsfraktionen - nicht weil ich sie nicht mag, sondern weil ich von ihrer Ideenlosigkeit in den vergangenen fünf Jahren maßlos enttäuscht bin.

(Beifall bei der CDU, der FDP und der Linken)

Ganz am Ende dieser Ratsperiode finden sie jetzt einmal zusammen zu einem Projekt, das im besten Sinne zukunftsweisend ist. Mithilfe von Stadt und Land entsteht auf dem Heliosgelände ein zweiter Leuchtturm mit einem progressiven Bildungsansatz, begleitet von einer gut geführten Bürgerbeteiligung. Herzlichen Glückwunsch dazu!

Doch heute ist dieser Prozess nicht abgeschlossen. Die Entwicklung des restlichen Heliosgeländes steht auch noch an. Auch hier gibt es Vorgaben durch die Bürgerbeteiligung, auf deren Umsetzung wir achten werden.

Auch an anderen Stellen wie dem Güterbahnhof Ehrenfeld oder dem Kunst- und Gewerbehof an der Deutz-Mülheimer Straße beobachten wir die Entwicklung genau. Was die Verwaltung aus Helios zunächst zu lernen gehabt schien, hat sie zum Beispiel beim Gebäude 9 und seinen Nachbarn wieder vergessen.

Nehmt die Bürger und die direkt Betroffenen mit. Es zahlt sich auf Dauer nicht aus, Projekte gegen den Willen der Bevölkerung durchzudrücken. Nur wenn man sich diesem Prozess aufrichtig stellt, kommt etwas Vernünftiges dabei heraus - wie diese Schule, die wir gleich beschließen werden. Das ist ein guter Tag. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit sind die Wortmeldungen abgeschlossen.

Dann können wir auch zur Entscheidung kommen. Wir entscheiden, wie der Schulausschuss beschlossen hat. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP und Herr Henseler. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Vorlage zum Heliosgelände so beschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Schule und Weiterbildung aus seiner Sitzung am 24.03.2014:

1. *Der Rat beschließt die Aufnahme der Planung eines Neubaus mit vier Sportübungseinheiten für eine 2-zügige städtische Grundschule und eine städtische Gesamtschule mit 4 Zügen in der Sekundarstufe I und 4 Zügen in der Sekundarstufe II auf dem Grundstück Heliosgelände in Köln-Ehrenfeld nach*

   EnEV 2014 Standard mit Gesamtkosten (exkl. Grunderwerbskosten und Vorfinanzierungszinsen, inkl. Einrichtung) in Höhe von brutto ca. 91,41 Mio. EUR

   Die neu entstehenden Schulraumkapazitäten tragen zur bedarfsgerechten Versorgung mit Schülerplätzen im Stadtbezirk Ehrenfeld und in Köln angesichts stark steigender Schülerzahlen bei. Der Rat beauftragt die Verwaltung unverzüglich die Planung und Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben. Der baulichen Planung ist das in der beigefügten Raumliste enthaltene Raumprogramm für eine zweizügige Grundschule und eine vierzügige Gesamtschule unter Berücksichtigung der dargestellten Raumbedarfe für eine universitäre Praxisausbildung von Lehramtsstudentinnen und -studenten zu Grunde zu legen. Entwurfs-

und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

2. *Der Rat beschließt ferner einen zeitnahen Start der neuen Schulen bis zum Umzug in das neu errichtete Schulgebäude auf dem Heliosgelände, und zwar an den Standorten Mommsenstraße (schulrechtliche Errichtung der Grundschule aufbauend zum Schuljahr 2015/16) und Paul-Humburg-Straße (schulrechtliche Errichtung der Gesamtschule aufbauend zum Schuljahr 2018/19), jeweils gemäß §§ 81 Abs. 2 und 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen (SchulG). Nach dem Umzug der beiden Schulen werden die Raumkapazitäten an den Interimsstandorten einer anderen adäquaten schulischen Nutzung zur Bedarfsdeckung bei steigenden Schülerzahlen zugeführt.*

3. *Der Rat begrüßt das Rahmenkonzept „Inklusive Universitätsschule Köln (IUS)". Die neu zu errichtenden Schulen in städtischer Trägerschaft auf dem Heliosgelände sollen im Rahmen des innovativen pädagogischen Konzeptes der Inklusiven Universitätsschule eng zusammenarbeiten und den Schülerinnen und Schülern unabhängig von sozialer oder kultureller Herkunft gerechte Bildungschancen eröffnen. Die Schulen sollen gleichzeitig als universitäre Praxisschulen zur weiteren Verbesserung der Lehramtsausbildung der Universität zu Köln fungieren.*
Die Schulen sollen offene Schulen im Stadtteil sein, insbesondere für Ehrenfelder Kinder und Jugendliche.

4. *Der Rat beschließt, dass zwischen der Stadt Köln und der Universität zu Köln ein Kooperationsvertrag zur Regelung der gegenseitigen Rechte und Pflichten im Rahmen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit bei der Umsetzung der „Inklusiven Universitätsschule Köln (IUS)" geschlossen wird.*

5. *Der Rat beschließt, dass die beiden Schulen gemäß §§ 81 Abs. 2 und 3 SchulG in Verbindung mit § 9 Abs. 1 SchulG als gebundene Ganztagsschulen geführt werden.*

6. *Der Rat der Stadt Köln bittet die Schulkonferenz der neuen Grundschule zu beschließen, dass die Grundschule jahrgangsübergreifenden Unterricht anbietet.*

7. *Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob an den neuen Schulen je eine Stelle kommunal finanzierte Schulsozialarbeit eingerichtet werden kann.*
Nach Möglichkeit sollen hierfür bestehende Schulsozialarbeiterstellen, die aufgrund schulorganisatorischer Maßnahmen an anderen Schulen frei werden, genutzt werden.

8. *Der Rat beschließt zum Stellenplan 2015 die Zusetzung einer insgesamt 0,51 Stelle Schulsekretär/in in der EG 5 TVöD für die neue Grundschule. Die jeweils für die Schuljahre anteiligen Stellenanteile werden verwaltungsintern entsprechend zum Stellenplan bereitgestellt. Sollte der Stellenplan 2015 zum Zeitpunkt der notwendigen Stelleneinrichtung noch nicht in Kraft getreten sein, werden verwaltungsintern Stellenverrechnungen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt.*

9. *Der Rat beschließt zum Stellenplan 2018 die Zusetzung einer insgesamt 1,50 Stelle Schulsekretär/in in der EG 6 TVöD für die neue Gesamtschule. Die jeweils für die Schuljahre anteiligen Stellenanteile werden verwaltungsintern entsprechend zum Stellenplan bereitgestellt. Sollte der Stellenplan 2018 zum Zeitpunkt der notwendigen Stelleneinrichtung noch nicht in Kraft getreten sein, werden verwaltungsintern Stellenverrechnungen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt.*

10. *Der Rat beschließt zum Stellenplan 2022 die Zusetzung einer 1,0 Stelle Schulhausmeister in der EG 6 TVöD zuzüglich VG für das neue Schulgebäude mit der Option einer Anpassung der Bewertung, sofern neue Erkenntnisse dies erfordern. Sollte der Stellenplan 2022 zum Zeitpunkt der notwendigen Stelleneinrichtung noch nicht in Kraft getreten sein, werden verwaltungsintern Stellenverrechnungen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt.*

11. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle erforderlichen Finanzmittel (Personal- und Sachkosten) für die Errichtung und Inbetriebnahme der 2-zügigen Grundschule am Standort Mommsenstraße, frühestens ab dem Haushaltsjahr 2015, für die Errichtung und Inbetriebnahme der Gesamt-*

schule am Standort Paul-Humburg-Str., frühestens ab dem Haushaltsjahr 2018 und für die Errichtung und Inbetriebnahme des Neubaus auf dem Grundstück Heliosgelände im Rahmen der inklusiven Universitätsschule, frühestens ab dem Haushaltsjahr 2022 gemäß den Ausführungen in der Begründung im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, bereitzustellen. Der Rat der Stadt Köln erklärt verbindlich, dass den Maßnahmen unter den jeweils herrschenden Haushaltsbedingungen die für ihre ordnungsgemäße Durchführung und Finanzierung erforderliche Priorität eingeräumt wird.

12. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gem. § 81 Abs. 3 SchulG NRW zur Genehmigung der Schulen zu stellen.*

13. *Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.*

14. *Der Rat bittet die Verwaltung zu prüfen, ob unter den Bedingungen des neuen Schuländerungsgesetzes, das den Schulversuch PRIMUS bis zum Schuljahr 2015/2016 verlängert, eine erneute Kontaktaufnahme mit dem NRW-Schulministerium empfehlenswert ist mit dem Ziel das Konzept der Inklusiven Universitätsschule im Rahmen eines Schulversuchs zu einem späteren Zeitpunkt doch noch zu starten. Mögliche Konditionen sowie Vor- und Nachteile einer solchen Beteiligung sind dem Fachausschuss vorzustellen.*

15. *Beim Kooperationsvertrag mit der Universität ist auf eine der Bedeutung der Schule für die Universität angemessene Beteiligung an den Investitions- und Mietkosten zu achten.*

16. *Bis zur Fertigstellung sind Übergangsstandorte notwendig. Wir bitten die Verwaltung, diese Pläne nochmals zu prüfen und einen aktualisierten Vorschlag zu unterbreiten. Ziel muss es sein, anhand der gegebenen Rahmenbedingungen den bestmöglichen Standort für den Interimsschulbetrieb zu finden.*

17. *Die Verwaltung soll prüfen, den Realisierungszeitraum des Bauvorhabens zu straffen.*

18. *Im weiteren Verfahren sind die aktuellen gesetzlichen Energiestandards anzuwenden.*

19. *Zudem spricht sich der Rat bezüglich der Gesamtkosten (exkl. Grunderwerbskosten und Vorfinanzierungszinsen, inkl. Einrichtung) für einen Kostendeckel in Höhe der prognostizierten 91,41 Mio. € aus.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.45:

10.45 Offene Ganztagsschule im Primarbereich - Bedarfsgerechter Ausbau auf 26.500 Plätze
0531/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat nimmt den 2.500 Plätze umfassenden Mehrbedarf in den offenen Ganztagsschulen im Primarbereich zur Kenntnis und*

2. *beschließt, die Plätze ab dem Schuljahr 2014/2015 in dem vorhandenen Raumbestand der Schulen auf insgesamt 26.500 zu erhöhen, vorbehaltlich der Gewährung der Landeszuschüsse in Höhe von in der Regel 935 Euro je Platz bzw. 1.890 Euro je Platz, den ein/e Schüler/in mit sonderpädagogischem Förderbedarf belegt.*

3. *Der Rat beschließt weiterhin, dass zum Stellenplan 2015 die notwendigen zusätzlichen 1,15 Stellen der VGr.VII, FGr. 1a BAT (Entgeltgruppe 5 TVöD) in den Schulsekretariaten sowie 2 Stellen mit der Besoldungsgruppe A7 ÜBesG NRW zur Festsetzung der Elternbeiträge zzgl. 0,5 Stelle der Besoldungsgruppe A 10 ÜBesG NRW in der Funktion einer Gruppenleitung in der Jugendverwaltung und 1 Stelle der Besoldungsgruppe A 11 ÜBesG NRW im Fachbereich Ganztag des Amtes für Schulentwicklung eingerichtet werden. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplanes 2015 sind verwal-*

tungsintern Verrechnungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Zur Finanzierung beschließt der Rat für 2014 beim Amt für Kinder, Jugend und Familie überplanmäßige Mehraufwendungen im Teilplan 0603 – Kindertagesbetreuung, Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen in Höhe von 66.438 Euro. Die Deckung der Mehraufwendungen erfolgt durch entsprechende Wenigeraufwendungen in gleicher Höhe im Teilplan 0301 – Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Schülerbetreuungsmaßnahmen). Der für 2014 beim Amt für Schulentwicklung im Teilplan 0301 - Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen entstehende Mehrbedarf in Höhe von 56.464 Euro wird durch Wenigeraufwendungen in gleicher Höhe im Teilplan 0301 bei Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Schülerbetreuungsmaßnahmen) im Wege der echten Deckung finanziert. Ab dem Haushaltsjahr 2015 sind jährlich Aufwendungen in Höhe von insgesamt 294.965 Euro zu veranschlagen, die den Fehlbetrag im städtischen Haushalt ab 2015 weiter erhöhen.

4. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, die Finanzierung der Zuwendungen an die Träger im Rahmen der Landesmittel sowie durch Veranschlagung kommunaler Mittel entsprechend der in der Beschlussvorlage dargestellten haushaltsmäßigen Auswirkungen sicherzustellen. Dabei wurde den Berechnungen auch weiterhin eine aufgrund der prekären Finanzsituation der Stadt Köln zwingend notwendige per Ratsbeschluss vom 20.05.2010 (Vorlagen-Nr. 0804/2010) zunächst nur auf den Hpl 2010/2011 bezogene Reduzierung der zusätzlichen kommunalen Mittel um 5% zugrunde gelegt. Zudem werden die seit 1.2.2011 für den Betrieb der offenen Ganztagsschulen ausgeschütteten zusätzlichen Landesmittel weiterhin zur Kompensation des zusätzlichen kommunalen Anteils eingesetzt wie es der Ratsbeschluss vom 26.05.2011 vorsieht.

Der Rat beschließt die im Haushaltsplan 2013/2014ff. für die Zeit vom 01.01.2015 bis 31.07.2015 zur Konsolidierung des Haushalts berücksichtigte zusätzliche Kürzung des freiwilligen kommunalen Anteils von 5% auf 2,8% zurückzunehmen.

In 2014 erfolgt die Finanzierung aus veranschlagten Mitteln. Im Haushaltsjahr 2015 beläuft sich der zusätzliche Zuschussbedarf dann auf insgesamt 503.499 Euro, die im Teilplan 0301, Schulträgeraufgaben, zusätzlich zu veranschlagen sind. Ab dem Haushaltsjahr 2016 beträgt der zusätzlich zu veranschlagende Betrag 331.249 Euro. Die im Haushaltsplan 2015ff. zusätzlich zu veranschlagenden Mittel führen zu einer weiteren Erhöhung des Fehlbetrages im städtischen Haushalt.

5. Der Rat nimmt den perspektivischen Bedarf in Höhe von 28.500 Plätzen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung damit, jährlich eine Bedarfsanalyse durchzuführen und den Mehrbedarf vor Beginn des jeweiligen Schuljahres dem Rat bekannt zu geben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.46:

10.46 Sanierung/Erweiterung von Schulgebäuden mittels Öffentlicher Privater Partnerschaft (ÖPP), Los 3
0572/2014

Änderungsantrag von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln)
AN/0594/2014

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0614/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Erst einmal Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Ich habe gedacht, dass ich mir jetzt noch einmal ganz viel Freude mache und die gesamten sieben Jahre seit dem Beschluss, den wir ja schon einmal für die Sanierung gefasst haben, Revue passieren lasse. - Keine Sorge; ich werde das nicht tun.

Wenn wir heute diesen Beschluss fassen, haben bestimmt viele von uns Bauchschmerzen - zum einen, weil es so lange gedauert hat, bis wir am heutigen Tag überhaupt in diese Situation kommen. Ein Zeitraum von sieben Jahren ist ja wirklich nicht nachvollziehbar. Zum anderen gibt es auch noch eine unheimliche Kostenexplosion.

Wir haben heute noch einmal ein Gespräch in Weiden geführt. Auch die Lehrer und die Vertreter der Elternschaft bedauern sehr, dass sie jetzt gar keine Einflussmöglichkeiten mehr darauf haben, wie das Ganze - Stichwort: Einzelbebauung - nun eigentlich aussehen soll. Sie sagen: Wir machen es jetzt so, wie Sie uns das vorschlagen, weil wir wollen, dass man endlich in die Pötte kommt. - Es geschieht aber ein bisschen nach dem Motto „Vogel, friss oder stirb“. Das ist nicht befriedigend.

Dazu kommt noch die Kritik der Handwerkskammer - Sie haben sie bestimmt auch alle bekommen -, die lautet: Die Lose sind für uns als mittelständische Unternehmen einfach zu groß, um uns da zu bewerben.

Deswegen haben wir Ihnen heute vor nicht allzu langer Zeit noch einen Änderungsantrag auf den Tisch gelegt, mit dem die Verwaltung beauftragt werden soll, zumindest an zwei Standorten die Möglichkeit von Fachlosverfahren zu prüfen, damit dann auch die mittelständische Wirtschaft zum Zuge kommt. Die Verwaltung soll bitte prüfen, welche beiden Standorte sich dafür am besten eignen. Wir glauben nämlich, dass das ein gutes Signal an die Wirtschaft ist.

Ansonsten werden wir der Vorlage im Interesse der Eltern und der Kinder vor Ort natürlich zustimmen, obwohl wir mit dem ganzen Verfahren nicht allzu glücklich sind. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau Hoyer. - Herr Henseler.

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das ist schon ein wichtiger Punkt. Wenn wir uns dafür entschieden haben, die Sitzung heute durchzuziehen, heißt das nicht, dass wir auf die Diskussion verzichten.

Hier geht es um den Standort Weiden. Deswegen habe ich vorhin auch den Vergleich vorgenommen. Das war sozusagen der erste Teil meiner Wortmeldung. Er gehörte auch zu Weiden. Jetzt komme ich aber zu der konkreten Vorlage.

Diese Vorlage finde ich etwas merkwürdig; denn es gibt zwei Mal zwei Möglichkeiten. Die beiden Alternativen auf der baulichen Seite sind ein Massivbau und eine Campuslösung. Bei den Energiestandards des Gebäudes gibt es auch wieder zwei Möglichkeiten - entweder nach Passivhausstandard oder nach EnEV 2014. Wenn es diese Alternativen gibt, müsste es eigentlich auch entsprechende Kombinationen geben. Das würde man erwarten.

In der Vorlage findet man aber nur drei Kombinationen: erstens den Hauptvorschlag, nämlich den Massivbau plus EnEV 2014, zweitens den Massivbau plus Passivhausstandard und drittens die Campuslösung plus Passivhausstandard. Diese drei Möglichkeiten werden miteinander verglichen.

Da sage ich: Mit dieser Vorlage wird der Rat eigentlich an der Nase herumgeführt. Der Rat muss hier gegenüber der Verwaltung deutlich machen, dass es auch noch eine vierte Variante gibt. Diese vierte Variante ist die Campuslösung plus EnEV 2014. Sie unterscheidet sich nur um eine Größenordnung von 3 bis 4 Millionen Euro.

Wir müssen als Rat ja auch glaubwürdig bleiben. Beim Helios-Projekt haben wir relativ großzügig argumentiert - wobei in den 91 Millionen Euro noch nicht einmal die Grundstückspreise und die auf uns zukommende Sanierung enthalten sind, sodass wir am Schluss bei ungefähr 110 Millionen Euro landen werden. Am Standort Weiden gucken Sie hingegen auf jeden Euro. Sie geben für diese Kinder nur die Hälfte aus.

Das finde ich in höchstem Maße ungerecht. Deswegen habe ich mich als ehemaliger Beigeordneter jetzt noch einmal in dem Feld getummelt, für das ich früher zuständig war. Ich sage Ihnen zu, dass ich das nie wieder machen werde. Bei dieser Größenordung wallt dem Deutschen aber auch sein Blut.

Deswegen beantrage ich jetzt, auch über diesen Zusatzantrag abzustimmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bitte erkennen Sie auch zu dieser späten Stunde Ihr Gerechtigkeitsempfinden, und stimmen Sie dem Zusatzantrag zu. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte sehr, Frau Dr. Klein.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit dem Antrag der Freien Wähler beginnen. Herr Henseler, Herr Kollege, Sie haben die Begründung bereits selber genannt. Es sind 3 Millionen Euro mehr. Auch 3 Millionen Euro sind Geld für den städtischen Haushalt.

(Zurufe von der FDP)

Es ist auch schwierig, eine Schule gegen die andere auszuspielen und völlig unterschiedliche Bauprogramme miteinander zu vergleichen. In Weiden gibt es eine Sanierung und einen Neubau. Auf dem Heliosgelände handelt es sich um einen reinen Neubau. Man kann also beide Maßnahmen von der Baulichkeit her schlicht nicht vergleichen.

Im Übrigen trägt die Schule auch diesen Weg mit. Ich war letzte Woche in der Schule und habe mit der Schulkonferenz gesprochen.

Frau Hoyer, ich habe dort übrigens auch zugesagt, dass wir im Rahmen des ÖPP-Verfahrens, soweit das rechtlich möglich ist, die Schulgemeinde und auch die Elternschaft am Verfahren beteiligen werden. Damit waren sie dann auch einverstanden.

So viel zum Antrag der Freien Wähler. Wie gesagt: Die Finanzierung ist der Grund, warum die Verwaltung nicht empfiehlt, diesem Antrag zu folgen.

Was den Änderungsantrag der FDP angeht, empfiehlt die Verwaltung auch nicht, ihm zu folgen. Es liest sich zwar erst einmal sehr gut, dass die Verwaltung prüfen möge. Sie wissen, dass die Verwaltung immer viel und gerne prüft, wenn sie entsprechende Aufträge bekommt. Hier würde bei der Prüfung aber auf jeden Fall Folgendes herauskommen: Diese Maßnahme ist ja derzeit nicht im Arbeitsprogramm der Gebäudewirtschaft, sondern im ÖPP-Rahmen berücksichtigt. Daher wäre sie zunächst einmal nicht im Lauf der Gebäudewirtschaft. Personalprobleme will ich jetzt gar nicht ansprechen. Auf jeden Fall wäre ein kompletter neuer Planungslauf für die Gebäudewirtschaft erforderlich. Damit würden zeitliche Verzögerungen auftreten.

Solche Verzögerungen kann ich als Schuldezernentin an diesen Standorten nicht befürworten. Frau Hoyer, Sie haben selbst darauf hingewiesen, dass es sehr lange gedauert hat. Wir haben die Chronologie auch im Schulausschuss besprochen. Woran es gelegen hat, will ich jetzt gar nicht referieren. Da gibt es viele Faktoren. Alle Schulen - letztlich sind es ja fünf Schulen - sind aber in einem beklagenswerten baulichen Zustand. Daher können wir als Verwaltung weitere zeitliche Verzögerungen nicht empfehlen - und damit auch nicht die Beschlussfassung dieses Antrags. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Dr. Klein. - Herr Bosbach, bitte.

Wolfgang Bosbach (SPD): Erst einmal vielen Dank an die Verwaltung. Das sind sehr klare Aussagen, denen wir nur zustimmen können.

Interessant ist aber, zu sehen, wer jetzt alles nicht mehr für ÖPP-Projekte ist. Wir sind da relativ unverdächtig. Wir waren von Anfang an dagegen.

(Zuruf von Jörg Detjen [Die Linke.])

- Natürlich stimmt das. Wir waren von Anfang an dagegen und haben da nicht mitgestimmt.

Nun hat das Verfahren viel länger gedauert, als eigentlich vorgesehen war. Mit dem Wissen von heute hätte man damals natürlich auch andere Methoden wählen können. Jetzt sollten wir das Verfahren aber nicht weiter verzögern, um diese Schulen nicht noch länger auf die wirklich mehr als notwendige Sanierung warten zu lassen.

So hat auch der Betriebsausschuss am Montag vor acht Tagen ganz klar entschieden. Daher wundert mich der Antrag der FDP schon; denn die FDP ist ja im Betriebsausschuss vertreten. Okay; man kann immer meinen, klüger zu werden. Diesmal ist die FDP aber leider nicht klüger geworden, sondern hat etwas Schlechteres beantragt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Wir kommen zu Herrn Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Der Mär, dass die SPD gegen ÖPP war, möchte ich deutlich widersprechen. Auch die Äußerung von Herrn Börschel in der heutigen Ausgabe des *Kölner Stadt-Anzeigers* ist einfach unwahr. Im Jahre 2006, als es wechselnde Mehrheiten gibt, war diese Frage Thema. Damals war es so, dass die Grünen gegen ÖPP waren. Wir waren immer dagegen, auch gegen Cross-Border-Leasing und was auch immer. Dann waren die Grünen endlich einmal gegen ÖPP. Sie konnten sich aber gegenüber der SPD nicht durchsetzen; denn die SPD hat gesagt: Einmal müssen wir das noch machen. - Und das zieht sich bis heute hin. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zur Abstimmung über diese Vorlage bzw. über die Änderungsanträge.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag von Herrn Henseler. Wer ist für diesen Änderungsantrag der Freien Wähler? - Das sind die CDU und Herr Henseler. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist er abgelehnt.

Dann stimmen wir über den Änderungsantrag der FDP ab. Wer ist für den Änderungsantrag der FDP? - Das ist die FDP. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist er ebenfalls abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Beschlussfassung zu Tagesordnungspunkt 10.46 selbst. Wer gegen diesen Beschlussvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Herr Zimmermann und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln):

Der Beschlusstext der oben genannten Vorlage 0572/2014 wird wie folgt ergänzt:

Alternative 3:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des europaweiten Realisierungswettbewerbes im Rahmen eines ÖPP-Verfahrens für die Sanierung und Erweiterung der folgenden Schulstandorte:

Schulzentrum Weiden (Gymnasium und Hauptschule), Köln-Weiden,

Realschulen Lassallestraße und Fürstenbergstraße, Köln-Mülheim,

Katholische Grundschule Wilhelm-Schreiber-Straße, Köln-Ossendorf.

Hierbei soll der Energiestandard EnEV 2014 zugrunde gelegt werden und der Neubau des Klassentraktes im Schulzentrum Weiden in Einzelhausbebauung erfolgen.

Die angenommenen Bauinvestitionskosten werden brutto rund 103.000.000 Euro betragen.

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplans der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die für den städtischen Haushalt zu erwartenden Mehrkosten im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, stehen erst nach Abschluss des Verhandlungsverfahrens fest und können frühestens zum Bau- und Vergabebeschluss beziffert werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) - abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Beschluss wird wie folgt ergänzt:

„Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des europaweiten

Realisierungswettbewerbes im Rahmen eines ÖPP-Verfahrens für die

Sanierung und Erweiterung der folgenden Schulstandorte:

Schulzentrum Weiden (Gymnasium und Hauptschule), Köln-Weiden

Realschulen, Lassallesstr. und Fürstenbergstr., Köln-Mülheim

Katholische Grundschule Wilhelm-Schreiber-Str. Köln-Ossendorf

Dabei soll die Verwaltung prüfen, ob nicht zumindest die Sanierung /

Erweiterung zwei dieser Schulen im Fachlosverfahren ausgeschrieben und

vom ÖPP-Verfahren ausgenommen werden kann".

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der FDP-Fraktion - abgelehnt.

III. Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des europaweiten Realisierungswettbewerbes im Rahmen eines ÖPP-Verfahrens für die Sanierung und Erweiterung der folgenden Schulstandorte:

Schulzentrum Weiden (Gymnasium und Hauptschule), Köln-Weiden,

Realschulen Lassallestraße und Fürstenbergstraße, Köln Mülheim,

Katholische Grundschule Wilhelm-Schreiber-Straße, Köln-Ossendorf.

Hierbei soll für den Energiestandard die EnEV 2014 zugrunde gelegt werden und der Neubau des Klassentraktes im Schulzentrum Weiden in Kompaktbauweise erfolgen.

Die angenommenen Bauinvestitionskosten werden brutto rd. 97.000.000 Euro betragen.

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die für den städtischen Haushalt zu erwartenden Mietmehrkosten im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, stehen erst nach Abschluss des Verhandlungsverfahrens fest und können frühestens zum Bau- und Vergabebeschluss beziffert werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) - zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Gordes nimmt an der Beratung und der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.47:

10.47 Errichtung eines Bildungsganges zum 01.08.2014: Fachschule für Wirtschaft am Joseph-DuMont-Berufskolleg, Escher Str. 217, 50739 Köln (BK 02)
0604/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Schulgesetz NRW (SchulG) die Errichtung des Bildungsganges:

Fachschule für Wirtschaft

Fachrichtung: Betriebswirtschaft

Fachlicher Schwerpunkt: Medien- und Eventmanagement

in Teilzeitform gem. § 22 SchulG i.V.m. §§ 39 ff Anlage E der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in den Bildungsgängen des Berufskollegs (APO-BK) zum 01.08.2014 am Joseph-DuMont-Berufskolleg (BK 02), Escher Str. 217, 50739 Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Gordes nimmt an der Beratung und der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.48:

10.48 Einrichtung eines Bildungsganges „Gießereitechnik" in der Fachschule für Technik am Berufskolleg Köln-Porz (BK 10), Hauptstr. 426-428, 51143 Köln zum 01.08.2014
0619/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Schulgesetz NRW (SchulG) die Einrichtung des Bildungsganges:

Fachschule für Technik

Fachrichtung: Gießereitechnik

in Teilzeitform gem. § 22 SchulG i.V.m. §§ 37 ff Anlage E der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in den Bildungsgängen des Berufskollegs (APO-BK) zum 01.08.2014 am Berufskolleg Köln-Porz, Hauptstraße 426-428, 51143 Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.49:

10.49 Bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Bildungslandschaft Höhenberg-Vingst: Zügigkeitserhöhung der Katharina-Henoth-Gesamtschule unter Nutzung des benachbarten Schulstandortes Nürnberger Straße + auslaufende Schließung der Hauptschule Nürnberger Straße
0659/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir auch darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das einstimmig angenommen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW), die Katharina-Henoth-Gesamtschule, Gesamtschule Adalbertstraße 17, 51103 Köln Höhenberg, nach gesicherter Finanzierung und unter Nutzung von Schulraumkapazitäten des benachbarten Schulstandortes Nürnberger Straße 10 / Schulstraße 51 um 2 Züge in der Sekundarstufe I und 1 Zug in der Sekundarstufe II auf zukünftig 6 Züge Sekundarstufe I und 5 Züge Sekundarstufe II zu erweitern. Es ist vorgesehen, die Jahrgänge 5 bis 7 zukünftig am Standort Nürnberger Straße und die Jahrgänge 8 bis 13 am Standort Adalbertstraße zu unterrichten. Die beiden Standorte befinden sich in unmittelbarer Nachbarschaft, sozusagen auf einem „Schulcampus“. Der Beschluss soll ab dem Schuljahr 2015/16 umgesetzt werden.*

2. *Der Rat beschließt außerdem, vorbehaltlich der Genehmigung des Beschlusspunktes 1 durch die Bezirksregierung Köln, die Hauptschule Nürnberger Straße ab dem 31.07.2015 auslaufend zu schließen.*

3. *Der Rat der Stadt Köln begrüßt ausdrücklich die laufende und sich weiter verstärkende Zusammenarbeit der Katharina-Henoth-Gesamtschule und der Hauptschule Nürnberger Straße in der Bildungslandschaft Höhenberg-Vingst. Er bittet die Bezirksregierung Köln um Würdigung dieses Sachverhaltes: Den Lehrkräften der Hauptschule sollte eine klare Perspektive eröffnet werden. Ihnen sollte es auf Wunsch ermöglicht werden, an die Gesamtschule zu wechseln.*

4. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gem. § 81 Abs. 3 SchulG NRW zur Genehmigung der Beschlusspunkte 1 und 2 bei der Bezirksregierung zu stellen.*

5. *Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.50:

10.50 Preise für das Schülermittagessen
0776/2014

Bitte schön, Frau Laufenberg.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Essen in unseren Schulen muss lecker sein. Das Essen in unseren Schulen muss ausgewogen und gesund sein. Wir stellen uns vor: eine gemütlich eingerichtete Schulmensa mit einem vielfältigen, gesunden Essensangebot und freundlichem, fachkompetentem Personal; eine Mensa, in der Kinder gerne und vor allem gut essen.

Das ist, wie gesagt, eine Vorstellung. Die Realität sieht in den meisten Kölner Schulen ganz anders aus: fehlende oder nicht ausreichende Schulkan-

tinen, schlecht bezahlte Hilfskräfte, aufgewärmtes, pappiges Essen vom Caterer. Das ist die Realität.

Pizza und Nudeln sind Hauptbestandteil des wöchentlichen Speiseplans, Salat, Obst und Gemüse meist matschiges Beiwerk.

(Unruhe)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Laufenberg, Sie merken, dass hier im Saal ein bisschen Unruhe herrscht.

Sylvia Laufenberg (FDP): Ich rede einfach weiter.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielleicht können Sie Ihre Ausführungen mit Blick auf die Uhr ein bisschen straffen.

Sylvia Laufenberg (FDP): Ich glaube, Sie müssen es ertragen, dass ich auch um halb zwölf meine Rede noch halten möchte. Schließlich geht es hier um das Mittagessen unserer Schulkinder, dessen Preis Sie heute durch die Hintertür erhöhen möchten, indem auf Preisobergrenzen verzichtet wird.

(Beifall bei der FDP)

Dementsprechend erwarte ich, dass Sie mir jetzt zuhören und dass ich meine Rede hier weiter halten kann. - Herzlichen Dank.

Pizza und Nudeln sind Hauptbestandteil des wöchentlichen Speiseplans, Salat, Obst und Gemüse meist matschiges Beiwerk. Hier kann von abwechslungsreicher, gesunder Ernährung leider nicht die Rede sein.

Die Qualitätsstandards für die Schulverpflegung, erarbeitet durch die Deutsche Gesellschaft für Ernährung, scheinen für einige Kölner Caterer kein Begriff zu sein. Hier kocht jede Schule bzw. jeder Caterer sein eigenes Süppchen - derzeit für einen Preis von bis zu 3 Euro. 3 Euro für ein gutes Mittagessen sind günstig. 3 Euro für ein schlechtes Mittagessen sind teuer, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Qualität des Mittagessens sollte den Preis bestimmen, nicht der Preis die Qualität.

In der heutigen Beschlussvorlage wird die Preisobergrenze von 3 Euro ersatzlos aufgehoben. Sprich: Der Preis für ein Schulmittagessen kann unbegrenzt steigen.

In der Begründung der Verwaltung heißt es - ich zitiere -:

> An den Sek-I-Schulen sowie den Förderschulen, in denen die Trägervereine der Betreuungsangebote die Bewirtschaftung der Mensen sicherstellen, beträgt der durchschnittliche Preis für ein Mittagessen derzeit 3,54 €. Hier unterliegt die Preisgestaltung keinen Obergrenzen.

Fraglich ist jedoch, ob wir die Sekundarstufe I überhaupt mit der Sekundarstufe II vergleichen können. In der WDR-Studie zur Schulverpflegung in NRW vom September letzten Jahres wird deutlich: Je älter Kinder werden, umso seltener besuchen sie unsere Schulkantinen. Wer die Wahl geht, geht nicht dorthin, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die älteren Schülerinnen und Schüler achten auch schon häufiger auf ihre Ernährung und bemängeln die Auswahl der Gerichte.

Zum Preisvergleich: Das Essen in unserer Uni-Mensa in Köln - kleiner Salat, Hauptgericht und Nachtisch - kostet im günstigsten Fall 2,25 Euro. Es ist also möglich, für 2,25 Euro den Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt - in diesem Fall den Studierenden - ein gutes Essen anzubieten; denn das Uni-Essen ist gut und entspricht den Qualitätsstandards.

In der Begründung der Verwaltung heißt es weiter:

> Die Elternbeteiligung kann in diesem Zusammenhang zukünftig gestärkt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben recht: Hier beteiligen sich die Eltern - aber mal wieder mit ihrem Geldbeutel. Hier wird wieder die Mitte der Gesellschaft belastet. Unsere sozial Schwächsten betrifft diese Beschlussvorlage nicht. Unsere Reichen werden es verkraften. Die Mitte unserer Gesellschaft wird mit diesem Beschluss aber wieder zur Kasse gebeten.

Die FDP fordert daher, dass das Essen in unseren Schulen bezahlbar bleiben muss, und lehnt damit die Beschlussvorlage ab. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Thelen.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich kann ja gut verstehen, dass ein so ausführlicher Beitrag zum Essen und zur Qualität des Essens zu dieser späten Stunde Heiterkeit oder auch andere Gelüste hervorruft. Sylvia Laufenberg, aus langjähriger Erfahrung muss ich dir aber Folgendes sagen: Die Vorlage der Verwaltung ist sinnvoll. Die bisherige Preisbegrenzung ermöglicht kein qualitätsvolles Essen. Deswegen müssen wir sie aufheben.

Wir dürfen auch nicht verkennen - da haben wir im Schulausschuss schon Verschiedenes versucht -, dass es die zentrale Verantwortung der einzelnen Schule und damit auch der Eltern der Schüler und Schülerinnen ist, dafür zu sorgen, dass das Mittagessen in den Schulen den Ansprüchen genügt, die du mit Recht genannt hast.

In jedem Fall müssen wir aber diese Preisgrenze aufheben. Du hast allerdings verschwiegen, dass es für diejenigen, die sich das nicht leisten können, natürlich bei dem Sozialtarif von 1 Euro bleibt.

(Sylvia Laufenberg [FDP]: Das habe ich gerade gesagt!)

- Entschuldige; dann habe ich das nicht gehört. - Da es dabei bleibt, können wir diesem Beschluss auch zustimmen, denke ich. Wir müssen diesen Beschluss auch fassen, damit die Schulen eine größere Chance haben, zu einem qualitätsvollen Catering zu kommen bzw. möglicherweise selber kochen zu lassen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte, Frau Dr. Klein.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Zu dem angeblich matschigen Essen muss ich einfach etwas sagen. - Wir sind gerne bereit, die Qualität des Essens an Kölner Schulen im Schulausschuss ausführlich darzustellen. Ich glaube, dass das dann eine Diskussion für den Fachausschuss wäre. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen diesen Beschlussvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der FDP, was nicht überrascht, Herr Zimmermann und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat hebt seinen Beschluss vom 02.02.2010 (Vorlage Nr. 4303/2009) bezüglich der Preise für das Schülermittagessen auf.

Der Rat beschließt, dass ab dem Schuljahr 2014/2015 bei der Neuvergabe von Dienstleistungskonzessionen durch den Schulträger zur Bewirtschaftung von Schulmensen Preisobergrenzen für das Mittagessen nicht mehr gelten.

Die Preisermäßigungen für anspruchsberechtigte Empfänger von Sozialleistungen bleiben unberührt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und gegen die Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) - zugestimmt.

10.51 Projekt zur außerschulischen Betreuung von Flüchtlingskindern durch ehrenamtliche Patinnen und Paten 0810/2014

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

10.20 Dringend notwendige Maßnahmen zur Unterbringung von Flüchtlingen zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung der Stadt Köln

4110/2013

10.26 Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in Systembauweise zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien

0759/2014

10.27 Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln Dünnwald, zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Flüchtlinge

0873/2014

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

AN/0588/2014

behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.52:

10.52 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Bestandsaufnahme bestehender Maßnahmen zur Förderung der Integration 0781/2014

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. AN/0607/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich mache es kurz. - Unser Änderungsantrag liegt Ihnen vor. Wir bitten natürlich um die Verabschiedung dieses Änderungsantrags. Lassen Sie mich das kurz begründen.

Das Interkulturelle Maßnahmenprogramm wurde im Jahr 2006 in großem Stil entwickelt. Es war unter anderem ein Projekt von wechselnden Mehrheiten - Stichwort: Rot-Rot-Grün. Viele Hoffnungen wurden dort hineingesetzt. 300 Externe haben sich daran beteiligt. Das Konzept wurde fertiggestellt. Im Jahr 2011 hat der Rat die Handlungsempfehlungen zur Kenntnis genommen und die Verwaltung gebeten, daraus Maßnahmen zu entwickeln. Im Jahr 2013 gab es dann einen unfertigen Entwurf. Die Verwaltung ist gebeten worden, das Ganze noch einmal zu überarbeiten.

Gleichzeitig wurde im Jahr 2013 im Rahmen der Haushaltsberatungen das Interkulturelle Referat mehr oder weniger zerschlagen. Es gab also keine Perspektive mehr in Sachen Integrationspolitik.

Dieses Handlungskonzept wäre eine Chance gewesen, Integrationsarbeit wieder zu entwickeln und damit etwas zu reparieren. Die Verwaltung und auch Rot-Grün haben es aber nicht geschafft, dieses Maßnahmenkonzept so, wie der Rat das beschlossen hatte, Ende letzten Jahres vorzulegen. Das ist ein Trauerspiel, meine Damen und Herren.

Am Anfang des Jahres 2014 hat es dann eine Expertenrunde gegeben. Diese Expertenrunde hat etwa 35 Maßnahmen herausgegriffen und gesagt: Das wäre eine Möglichkeit, in Sachen Integration schnell etwas auf den Weg zu bringen.

Aus diesen 35 Vorschlägen haben wir jetzt acht Vorschläge herausgenommen. Sie sind also nicht auf unserem Mist gewachsen. Vielmehr haben wir uns an dieser Expertenrunde orientiert.

Mit unserem Antrag wollen wir das Schlimmste verhindern und dafür sorgen, dass zumindest diese acht Maßnahmen jetzt umgesetzt werden, damit überhaupt etwas in Sachen Integrationspolitik passiert und nicht nur Sachen kaputt gemacht werden. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bedanke mich ganz herzlich. - Dann kommen wir, da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag bzw. Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke. ab. Wer ist für diesen Ergänzungsantrag? - Das sind die Fraktion Die Linke. und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist er abgelehnt.

Dann kommen wir zum Beschlussvorschlag - wie Integrationsrat. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:

1. *Die Stadtverwaltung kooperiert mit dem Projekt ‚Mentoren für Flüchtlinge' zur Beratung und Beschulung von Flüchtlingen.*

2. *Der Verfügungsfonds für die Sozialraumgebiete erhält 220.000 Euro pro Jahr.*

3. *Das Projekt „Auszugsmanagement" für Flüchtlinge in Regelwohnraum wird bedarfsgerecht ausgebaut.*

4. *Es wird sichergestellt, dass in Kölner Bürgerbeteiligungsverfahren regelmäßig auch Kölner Migrantinnen und Migranten erreicht werden.*

5. *Zur Schulung der interkulturellen Kompetenz der Stadtverwaltung wird ein Fortbildungskonzept erstellt. Es umfasst Schulungen, Fachtagungen, Hospitationen etc.*

6. *Der frühe Kitabesuchs wird im Rahmen von „Frühe Hilfen Köln" beworben.*

7. *Das Rucksack-Programm in Mülheim wird nach Beendigung von Mülheim 2020 verstetigt.*

8. *Bei Schulanmeldung werden die Eltern zum Herkunftssprachenunterricht beraten und der Bedarf wird erhoben.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und gegen die Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde). - abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Empfehlung des Integrationsrates aus seiner Sitzung am 17.03.2014:

Der Rat nimmt das ‚Interkulturelle Maßnahmenprogramm' als aktuelle Bestandsaufnahme bestehender Maßnahmen zur Förderung der Integration, der Vielfalt und des interkulturellen Zusammenlebens in Köln zur Kenntnis.

„Die Verwaltung wird aufgefordert, bis zur nächsten Sitzung des Integrationsrates im Mai 2014 alle Maßnahmenvorschläge aus der Verwaltung, aus den Expertengruppen und aus den früheren Einzelbeschlüssen dem Integrationsrat zugänglich zu machen.

Sie soll diese Maßnahmenvorschläge soweit aufbereiten, dass eine sinnvolle Behandlung in den Ratsausschüssen unmittelbar nach der Neuwahl des Rates möglich wird.

Die Behandlung in den Ratsausschüssen soll dann den Grundsätzen des Beschlusses des Integrationsrates vom 08.07.2013 (siehe Anlage) entsprechen und so rechtzeitig erfolgen, dass einzelne Maßnahmen noch in den Haushalt 2015 eingeplant werden können."

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.53:

10.53 Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz für den Regierungsbezirk Köln ab dem 01.01.2015
0609/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat ermächtigt die Verwaltung zum Abschluss des als Anlage beigefügten Entwurfs der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz für den Regierungsbezirk Köln ab dem 01.01.2015.

Der Entwurf ersetzt die seit 01.01.2012 geltende öffentlich-rechtliche Vereinbarung. Mit der Neufassung wird erreicht, dass für den Ausgleich eines Defizites der Kosten der Aufgabenwahrnehmung im Vergleich mit dem Gebührenaufkommen eine Rechtsgrundlage zur Verfügung steht. Die Neufassung dient der Rechtssicherheit. Der Ausgleich des Defizites ist auch bereits jetzt gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.54:

10.54 Energieberatung für Privathaushalte durch die Verbraucherzentrale - Fortführung nach 2014
0935/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Verbraucherzentrale NRW bei der Durchführung der Energieberatung für Privathaushalte in Köln weiterhin, in der Zeit von 2015 bis 2019, mit einem Zuschuss zu unterstützen.

Die Maßnahme ist ein Baustein des „Integrierten Klimaschutzkonzeptes Köln 2013“ zur Verbesserung der Energieeffizienz im Gebäudebestand in Köln.

Die notwendigen Mittel in Höhe von 57.500 € pro Jahr sind im Haushaltsplan 2015 ff., im Teilplan 1401, Umweltordnung, -vorsorge, bei Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen bereit zu stellen.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der ergänzenden Finanzierung der Energieberatungsstelle aus Mitteln des Landes NRW (unter Ausnutzung von EU-Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.55:

10.55 Koelnmesse GmbH
hier: Gründung einer Tochtergesellschaft in Brasilien
1042/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Zimmermann so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Gründung einer Tochtergesellschaft der Koelnmesse GmbH in Brasilien nach Maßgabe der in der Beschlussvorlage dargestellten Prämissen zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Zimmermann.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.56:

10.56 AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co. KG: Rechtsformwechsel in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
1059/2014

Wer ist dagegen? - Dagegen ist die FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Rechtsformwechsel der AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co. KG in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) zu und erklärt sein Einverständnis mit dem als Anlage beigefügten Entwurf des Gesellschaftsvertrages.

Darüber hinaus ermächtigt der Rat der Stadt Köln die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in den zuständigen Gesellschaftsorganen, dem Abschluss eines Ergebnisabführungsvertrages zwischen der Stadtwerke Köln GmbH und der neuen AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH zuzustimmen.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht, sowie aus steuerlichen oder aus sonstigen Gründen Änderungen als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der FDP-Fraktion - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.57:

10.57 Akademie der Künste der Welt/Köln gemeinnützige GmbH
Änderung des Gesellschaftsvertrages
0656/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt den Änderungen und Ergänzungen des Gesellschaftsvertrages der Akademie der Künste der Welt/Köln gGmbH gemäß der in der Anlage zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 2) zu und ermächtigt den Gesellschaftervertreter der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Akademie der Künste der Welt/Köln gGmbH entsprechend zu votieren.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder aus sonstigen Gründen Änderungen als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt des Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.58:

10.58 Baubeschluss für die Generalinstandsetzung der Neusser Straße von Mollwitzstraße bis Wilhelm-Sollmann-Straße sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen
0921/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das ebenfalls so beschlossen.

Beschluss in der Fassung der Empfehlung des Verkehrsausschusses aus seiner Sitzung am 07.04.2014:

1. *Der Rat stellt den erhöhten Bedarf für die Generalinstandsetzung der Neusser Straße von Mollwitzstraße bis Wilhelm-Sollmann-Straße mit Gesamtkosten von 4.319.455,90 € fest und beauftragt die Verwaltung mit der Realisierung der Maßnahme.*

2. *Der Rat beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Generalinstandsetzung der Neusser Straße von Mollwitzstraße bis Wilhelm-Sollmann-Straße in Höhe von 4.309.000 € im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei Finanzstelle 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2014.*

3. *Die Verwaltung wird gebeten, den Bereich zwischen HGK-Brücke und Mollwitzstraße hinsichtlich der Straßenplanung sowohl der Bezirksvertretung Nippes als auch dem Verkehrsausschuss vorzustellen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.59 Zusetzung einer 0,5-Stelle für eine Verwaltungskraft im Referat Popkultur und Filmkultur sowie Interkulturelle Kunstprojekte im Kulturamt der Stadt Köln
1100/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 4).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.60:

10.60 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Stadtbahn, ÖPNV
Baubeschluss für den Ersatzneubau Brücke Deutzer Ring B55/östl. Zubringerstraße A559
0494/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit dem Abbruch und Neubau der Brücke im Zuge des Deutzer Rings (B55) über den Östlichen Zubringer (A559) in Köln-Deutz mit städtischen Gesamtkosten in Höhe von rd. 5.200.000,00 Euro.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 1.016.980,00 Euro des Teilfinanzplans 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, - Teilplanzeile 8 – Auszahlung für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 6901-1202-1-0250 Neubau Brücke Deutzer Ring / Östlicher Zubringerstraße A 559, Hj. 2014 sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 3.400.000,00 Euro.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Hier möchte ich einen Vorschlag machen. Da der Stadtentwicklungsausschuss jeweils einstimmig beschlossen hat - TOP 12.5 ist weggefallen -, schlage ich vor, dass wir einheitlich über die Punkte 12.1 bis 12.8 abstimmen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Muss man das nicht einzeln machen? - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Herr Oberbürgermeister, ich glaube, dass das aber der Einzelabstimmung bedarf!)

- Okay. Wenn das verlangt wird, wird es einzeln gemacht.

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

12.1 Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 7242/02-00-02
Arbeitstitel: Airport-Business-Park in Köln-Porz-Gremberghoven, 2. Änderung
0381/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die 2. Änderung des Bebauungsplanes 7242/02-00-02 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet eines Grundstückstreifens circa 40 m südlich der Bundesautobahn A 4 Köln - Olpe zwischen der Bahntrasse Köln - Troisdorf und dem Josef-Linden-Weg sowie für einen Bereich am südlichen Lina-Bommer-Weg zwischen dem Teich und der Bahntrasse Köln - Marienheide —Arbeitstitel: Airport-Business-Park in Köln-Porz-Gremberghoven, 2. Änderung— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.2:

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 65432/02
Arbeitstitel: Universitätsstraße 3 in Köln-Sülz
0653/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 65432/02 für das Gebiet der Parkplatzfläche südlich der Universitätsstraße zwischen Remigiusstraße und Luxemburger Straße betreffend das Grundstück Universitätsstraße 3, bestehend aus dem Flurstück 919 der Flur 69 in der Gemarkung Müngersdorf sowie den Zufahrtsbereich zum Parkplatz (Flurstück 920) über das Grundstück Luxemburger Straße 150 in Köln-Sülz — Arbeitstitel: Universitätsstraße 3 in Köln-Sülz— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;*

2. *den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 65432/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwen-*

dung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.3:

12.3 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 74500/04
Arbeitstitel: Hyazinthenweg in Köln-Dellbrück
0147/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 74500/04 für das Gebiet zwischen dem Erholungsgebiet "Höhenfelder See" im Norden, der "Heidesiedlung/Heide Karree" im Osten und der Siedlung am Schilfweg im Südwesten —Arbeitstitel: Hyazinthenweg in Köln-Dellbrück— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;*

2. *den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 74500/04 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern;*

3. *den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 74500/04 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.4:

12.4 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 69445/02
Arbeitstitel: Alarichstraße - Parkhaus Eduardus-Krankenhaus in Köln-Deutz
0477/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 69445/02 für einen Teil des Flurstücks 2436 (Flur 34, Gemarkung 054972) –Arbeitstitel: Alarichstraße - Parkhaus Eduardus-Krankenhaus in Köln-Deutz– abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;*

2. *den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 69445/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) –jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung– als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke.

12.5 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 66453/18
Arbeitstitel: Magnusstraße in Köln-Altstadt/Nord
0734/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 4).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.6:

12.6 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 60539/04
Arbeitstitel: Griesberger Straße in Köln-Esch/Auweiler
0536/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf 60539/04 für das Gebiet zwischen der Griesberger Straße, Frohnhofstraße, Weilerstraße und der Chorbuschstraße in Köln-Esch/Auweiler —Arbeitstitel: Griesberger Straße in Köln-Esch/Auweiler— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;*

2. *den Bebauungsplan 60539/04 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.7:

12.7 Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 65360/05
Arbeitstitel: Weststraße in Köln-Meschenich, 2. Änderung
1002/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die 2. Änderung des Bebauungsplanes 65360/05 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet südlich der Weststraße (Gemarkung Rondorf, Flur 50, Flurstücke 581, 582, 584, 585 und 587) in Köln-Meschenich — Arbeitstitel: Weststraße in Köln-Meschenich, 2. Änderung— nach § 10 Absatz 1 BauGB in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung;

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.8:

12.8 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 71489/04
Arbeitstitel: Schanzenstraße Nord in Köln-Mülheim
2601/2013

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Bebauungsplan 71489/04 mit gestalterischen Festsetzungen für

das Gebiet betreffend die nördliche Fläche des ehemaligen Güterbahnhofes Köln-Mülheim, westlich der Markgrafenstraße einschließlich der KVB-Trasse der Linie 4 von Mülheim nach Schlebusch von Markgrafenstraße Hausnummer 83 bis einschließlich zum rückwärtigen Grundstück Berliner Straße Hausnummer 78, südöstlich der Bundeskleingartenanlage, südwestlich der Gleisanlage der Bahn bis an die nördliche Grenze des vorhandenen Gewerbegebietes, einschließlich einer Fuß- und Radwegeverbindung nach Osten bis an die abknickende Schanzenstraße, entlang der westlichen Grenze des bestehenden Gewerbe- und Industriegebietes (Schanzen-Viertel), dann parallel zurücklaufend in einer Breite von circa 15 m bis 20 m bis in Höhe der Von-Sparr-Straße, rechtwinklig abknickend nach Westen bis an die KVB-Trasse der Linie 4 in Köln-Mülheim —Arbeitstitel: Schanzenstraße Nord in Köln-Mülheim— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) — jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

16.1 237. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0641/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 237. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 16.2:

16.2 236. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4238/2013

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 236. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 16.3:

16.3 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Pohlhofstraße von Haus Nr. 21 (Grenze zum vorhandenen Teil) bis Gartenstraße in Köln-Esch/Auweiler
3110/2013

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So zugestimmt.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Pohlhofstraße von Haus Nr. 21 (Grenze zum vorhandenen Teil) bis Gartenstraße in Köln-Esch/Auweiler in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

17 Wahlen

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

17.1 Veranstaltergemeinschaft Radio Köln e. V.
hier: Bestimmung von zwei Mitgliedern
0547/2014

Vorgeschlagen werden Frau Ursula Gärtner und Herr Walter Ludwigs.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion der Grünen ist die Wahl so erfolgt.

Beschluss:

Der Rat bestimmt gem. § 62 Abs. 1 Nr. 4 und Abs. 2, § 63 Abs. 1,3 und 5 sowie § 64 Abs. 2 Landesmediengesetz NRW für den Zeitraum von 6 Jahren, beginnend ab dem 25.04.2014, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl (d`Hondt`sches Höchstzahlverfahren)

1. Frau Ursula Gärtner

2. Herrn Walter Ludwigs

als Mitglieder der Veranstaltergemeinschaft Radio Köln e.V.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

17.2 MÜLHEIM 2020
hier: Wahl der Mitglieder für den Veedelsbeirat
0592/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlung der Bezirksvertretung Mülheim aus ihrer Sitzung am 24.03.2014:

Der Rat ernennt auf Vorschlag der Bezirksvertretung Mülheim folgende Mitglieder für die Zeit vom 01.06. -31.12.2014 in den Veedelsbeirat MÜLHEIM 2020:

Mitglieder	*stellv. Mitglieder*
Bürgerschaft:	
Alexander Lünenbach	*Karl-Heinz Frebel*
Dr. Thomas Portz	*Eric Haeming*
Winfried Seldschopf	*Ursula Schlömer*
Dr. Karl-Heinz Peters	*Thorsten Tücks*
Liga der freien Wohlfahrtsverbände:	
Helga Blümel	*Ulli Volland-Dörmann*
Bürgerdienste Mülheim:	
Claudia Greven-Thürmer	*Maria Fichte*
Integrationsrat:	
Dimitri Rempel	*Ali Esen*
Forum Bildung:	
Franz Legewie	*Regina Bieger*
Weitere Mitglieder:	
Wolfgang Harbecke	*Michael Pohl*
Pfarrer Stephan Wagner	*Pfarrer Klaus Müller*
Bernd Odenthal	*Ali Demir*
Dr. Eckhardt Treunert	*Joe Quetting*
Helmut Zoch	*Frank Buschmann*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu Tagesordnungspunkt 18.1:

18.1 Richtlinie zur Förderung nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW
hier: Beschaffung von Stadtbahnwagen bei der Kölner Verkehrs-Betriebe AG
0668/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen der FDP. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Oberbürgermeisters und eines Ratsmitgliedes:

Gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW in Verbindung mit § 10 der Hauptsatzung

1. *beschließt der Rat, die Richtlinie der Stadt Köln zur Förderung nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW vom 14.02.2012 hinsichtlich der Zuwendungsvoraussetzungen durch Nachtrag in Form der aktualisierten Anlage 1 nach Nr. 5.1 zu ändern. Die Änderungen sind in der Anlage unterstrichen.*

2. *genehmigt der Rat auf der Grundlage der geänderten Richtlinie zu 1. die Beschaffung von 20 hochflurigen Stadtbahnwagen mit einer Länge von 28 m, die als Doppelzüge betrieben werden sollen.*

Köln, den 26.02.2014

gez. Jürgen Roters *gez. Jörg Frank*

Oberbürgermeister *Ratsmitglied*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 18.2:

18.2 1. Verordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2014 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen vom 18.12.2013
0587/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen stimmen die FDP, die Linken und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses aus seiner Sitzung am 10.03.2014:

Der Hauptausschuss beschließt gem. § 60 Abs.1 Satz 1 der Gemeindeordnung NW in Verbindung mit § 6 Ladenöffnungsgesetz (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten 1. Verordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2014 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen vom 18.12.2013 (Amtsblatt der Stadt Köln Nummer 52 vom 20.12.2013).

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und gegen die Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 18.3:

18.3 Betreuung von Kindern und Jugendlichen in der Notaufnahmeeinrichtung Herkulesstraße
0789/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist diese Dringlichkeitsentscheidung auch so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses aus seiner Sitzung am 10.03.2014:

Der Hauptausschuss beschließt die Durchführung von Betreuungsmaßnahmen für Kinder und

Jugendliche, die sich in der Notaufnahme Herkulesstraße befinden, ab dem 1.3.2014 als notwendige Maßnahme im Rahmen der rechtlichen Unterbringungsverpflichtung der Stadt Köln.

Zur Umsetzung der Betreuungsmaßnahmen in der Flüchtlingsunterkunft Herkulesstr. 42 beschließt der Hauptausschuss einen zahlungswirksamen überplanmäßigen Mehraufwand im Haushaltsjahr 2014, im TP 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 260.700 €.

Die Deckung erfolgt vorläufig durch entsprechende Wenigeraufwendungen im Haushaltsjahr 2014, im TP 1601, allgemeine Finanzwirtschaft, in Teilplanzeile 20, Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit haben wir den öffentlichen Teil unserer heutigen Sitzung beendet.

(Schluss: 23.46 Uhr)

1. Sitzung vom 24. Juni 2014

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Bestellung einer Schriftführerin und ihrer Stellvertreterin

0342/2014

2 Bestimmung der Stimmzähler gemäß § 11 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Einführung und Verpflichtung der Ratsmitglieder

4 Festlegung der Zahl der ehrenamtlichen Stellvertreter/innen des Oberbürgermeisters

0348/2014

5 Wahl der Stellvertreter/innen des Oberbürgermeisters gemäß § 67 Absatz 1 und § 2 GO NRW

0350/2014

6 Einführung und Verpflichtung der Bürgermeister/Bürgermeisterinnen durch den Oberbürgermeister gemäß § 67 Absatz 3 GO NRW und § 5 Absatz 1 der Hauptsatzung der Stadt Köln

7 Bildung der Fachausschüsse

7.1 Festlegung der Anzahl und Bezeichnung der Ausschüsse

0351/2014

7.2 Änderungen von Betriebssatzungen

7.3 Festlegung der Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder

0420/2014

7.4 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln

7.5 Festlegung der Vertretungsregelung in den Ausschüssen

0358/2014

7.6 Festlegung der Anzahl der sachkundigen Bürger in den Ausschüssen

7.7 Festlegung der Anzahl der sachkundigen Einwohner in den Ausschüssen

0466/2014

7.8 Festlegung der Anzahl der Ausschüsse für fraktionslose Ratsmitglieder gemäß § 58 Absatz 1 Satz 11 und 12 GO NRW Wahl zu beratenden Mitgliedern der genannten Ausschüsse

0440/2014

7.9 Festlegung der Anzahl der Stellvertreter/innen des/der Ausschussvorsitzenden

0366/2014

7.10 Zuteilung der Ausschussvorsitze und der stellvertretenden Ausschussvorsitze

0446/2014

7.11 Bildung eines Wahlprüfungsausschusses für die Kommunalwahl 2014

1657/2014

7.12 Namentliche Benennung und Wahl von Ausschussmitgliedern hier:
a) Stimmberechtigte Mitglieder
b) Beratende Mitglieder gemäß § 58 Abs. 1 Sätze 7 - 10 GO NRW

0685/2014

(zurückgezogen)

7.13 Namentliche Benennung der Ausschussvorsitzenden und der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

(zurückgezogen)

8 Ehrenkodex und Leitfaden für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zum Umgang mit mandatsbezogenen Vorteilen

1798/2014

9 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW

9.1 Regionale 2010 - Rheinboulevard Überplanmäßige Auszahlung gem. § 83 Abs. 3 GO NW

1064/2014

9.2 Überplanmäßige Ausgabe bei der Baumaßnahme Ufertreppe in Köln-Porz

1320/2014

9.3 Aufstockung der jährlichen Zuwendungen für die NABU Naturschutzstation Leverkusen - Köln e. V.

1362/2014

9.4 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Niehl Arbeitstitel: Drosselweg/Finkenplatz in Köln-Niehl

1387/2014

9.5 Ersatzbeschaffung einer Kuvertieranlage

1390/2014

9.6 4. Verordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2014 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen vom 18.12.2013

1533/2014

9.7 Provisorische Wiederinbetriebnahme des Objekts Xantener Str. 84, 50733 Köln-Nippes zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung der Stadt Köln

1618/2014

10 Vorlagen zur Vermeidung von Dringlichkeitsentscheidungen

10.1 Verwendung des Jahresüberschusses 2013 der Stadtwerke Köln GmbH (SWK)

1589/2014

11 Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

12 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

13 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Anwesend waren:

Vorsitzender
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Aymaz, Berivan; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Beckamp, Roger Friedrich Nikolaus; Benthem van, Henk; Bercher-Hiss, Susanne; Börschel, Martin; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Dresler-Graf, Margret; Elster, Ralph Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Gordes, Birgit; Gutzeit, Walter Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Haug, Jochen; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf Dr.; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Henseler, Andreas; Heuser, Marion; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klausing, Christoph; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Ott, Jochen; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Rabenstein, Svenja; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Rottmann, Hendrik Heinz Dietmar; Santos Herrmann, Susana dos; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schoser, Martin Dr.; Schultes, Monika; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Struwe, Rafael Christof; Symanski, Ute Dr.; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; von Wengersky, Alexandra Gräfin; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael;

Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Woller, Julia; Wolter, Andreas; Wolter, Judith; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeister
Homann, Mike

Verwaltung
Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Höing, Franz-Josef Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne Beigeordnete; Steinkamp, Dieter Dr.

Schriftführerin
Frau Kramp

Stenografen
Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:
Verwaltung

Fenske, Jürgen

(Beginn: 14.07 Uhr - Ende: 15.57 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 1. Sitzung des Rates in der Wahlperiode 2014/2020 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister, soweit sie schon gewählt sind.

In dieser besonderen Situation heiße ich Herrn Homann herzlich willkommen und gratuliere ihm zu seiner Wahl als Bezirksbürgermeister Rodenkirchen.

(Beifall)

Ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Medien und natürlich Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, ob Sie nun neu gewählt oder wiedergewählt sind.

Ich begrüße den Herrn Stadtdirektor und unsere Beigeordneten sowie die Angehörigen der Verwaltung und der städtischen Gesellschaften.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich kurz einige allgemeine Hinweise geben.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Medien werden über diese Ratssitzung und auch über die künftigen Ratssitzungen berichten und elektronische Aufnahmen einzelner Tagesordnungspunkte und Diskussionen veröffentlichen.

Zudem wird die Ratssitzung auch dieses Mal wieder live im Internet übertragen. Ich möchte an dieser Stelle insbesondere die neuen Ratsmitglieder darauf hinweisen, dass jedes Ratsmitglied das Recht hat, die Übertragung des eigenen Wortbeitrags der Sitzungsleitung gegenüber auszuschließen. Man kann also von sich aus sagen: Ich möchte nicht, dass mein Beitrag übertragen wird.

Ich gehe aber davon aus, dass Sie nicht nur heute, sondern auch bei den zukünftigen Sitzungen in dieser Wahlperiode mit der Übertragung per Livestream einverstanden sind. - Ich sehe keinen Widerspruch.

Dann kommen wir zum ersten Punkt unserer heutigen Sitzung.

1 Bestellung einer Schriftführerin und ihrer Stellvertreterin
0342/2014

Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sieht in § 52 Abs. 1 vor, dass die im Rat gefassten Beschlüsse in eine Niederschrift aufzunehmen sind.

Ein entsprechender Verwaltungsvorschlag liegt Ihnen vor. Vorgeschlagen sind als Schriftführerin Frau Petra Kramp und als deren Stellvertreterin Frau Jennifer Willms. Darf ich die Genannten bitten, sich einmal kurz zu erheben?

(Petra Kramp und Jennifer Willms erheben sich)

Das sind die beiden Damen.

(Beifall)

Aufgrund dieser Beifallsbekundung gehe ich davon aus, dass Sie sowohl mit der Schriftführerin, Frau Petra Kramp, als auch ihrer Stellvertreterin, Frau Jennifer Willms, einverstanden sind.

(Martin Börschel [SPD]: Begeisterung!)

Dann ist das so geschehen.

Beschluss:

Der Rat bestellt für seine Wahlperiode 2014 bis 2020 Frau Petra Kramp zur Schriftführerin und Frau Jennifer Willms zu ihrer Stellvertreterin.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

_____

Anmerkung:
Diese Sache wurde vorgezogen und unter Ziffer II – Seiten 2 und 3 – vor Eintritt in die Tagesordnung behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zur ersten Aufgabe unserer Schriftführerinnen. Sie müssen nämlich feststellen, dass alle Mitglieder des Rates anwesend sind. Uns liegt keine Entschuldigung vor. Daher kann dies auch entsprechend festgestellt werden.

Dann sind wir schon bei dem nächsten Punkt.

2 Bestimmung der Stimmzähler gemäß § 11 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Wir brauchen Stimmzähler. § 11 unserer Geschäftsordnung sieht dies vor.

Abweichend von der Praxis in der Vergangenheit wollen wir heute - schließlich kann es sein, dass hier doch umfänglich ausgezählt werden muss - nicht nur drei Stimmzähler benennen, sondern auch noch drei weitere Stimmzähler, und zwar Frau Dr. Bürgermeister, Frau Henk-Hollstein und Herrn Brust als Stimmzähler sowie Herrn Weisenstein, Frau Laufenberg und Herrn Haug als weitere Stimmzähler. Damit sind alle Fraktionen berücksichtigt.

Ich gehe davon aus, dass dies Ihre Zustimmung findet. - Das ist der Fall. Ich gehe auch davon aus, dass alle Genannten damit einverstanden sind, diese Aufgabe zu übernehmen. - Gut.

Diese Sache wurde vorgezogen und unter Ziffer III – Seite 3 – vor Eintritt in die Tagesordnung behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir, dass ich zu Beginn der Sitzung einige Worte an Sie richte. Ich habe es mir auch nicht nehmen lassen, mir heute Ihnen zu Ehren die Amtskette des Oberbürgermeisters der Stadt Köln anzulegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der heutigen konstituierenden Ratssitzung machen Sie sich auf den Weg zum Köln des Jahres 2020. Die Bürgerinnen und Bürger haben Ihnen das Mandat gegeben, die Geschicke unserer Stadt für die nächsten sechs Jahre zu lenken. Das ist eine Herausforderung und eine Chance zugleich. Ich bin sicher, dass Sie Ihre Aufgabe mit großem Verantwortungsbewusstsein wahrnehmen werden.

Ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Wahl. Dies gilt gleichermaßen für die wiedergewählten Mandatsträger wie für die große Zahl derjenigen, die heute erstmals auf den Ratsbänken Platz nehmen.

Als Mitglied des Rates der viertgrößten Stadt Deutschlands übernehmen Sie eine große Aufgabe. Es gilt, die Wettbewerbsfähigkeit Kölns im nationalen und internationalen Vergleich zu stärken und den Bürgerinnen und Bürgern ein gutes Leben in ihrer Stadt zu sichern.

Köln ist gut aufgestellt für einen erfolgreichen Weg in die Zukunft. Unsere Wirtschaft wächst gerade in den modernen Dienstleistungs- und Technologiebereichen dynamisch. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war noch nie so hoch wie zurzeit. Das Bild der Stadt wird neu gezeichnet. Abgesehen vom Wiederaufbau nach dem Krieg gab es noch nie so viele und vor allen Dingen prägende Bauvorhaben in dieser Stadt. In der Schul- und Bildungspolitik wurden wichtige Etappenziele erreicht, auf die wir mit Recht stolz sein können. Die Weichen für einen wegweisenden Wohnungsbau für alle hat der Rat in der vergangenen Legislaturperiode mit großer Mehrheit gestellt. Der Weg der Haushaltskonsolidierung ist nachhaltig und erfolgreich beschritten.

Hier dürfen wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen. Es gilt, in den nächsten Jahren darauf aufzubauen, aber auch neue Akzente und Schwerpunkte zu setzen. Ich denke etwa an die Sicherung der Mobilität in unserer Stadt, die Wahrung der sozialen Balance und die Herausforderungen von Integration und Inklusion.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie nehmen Ihr Amt als Ehrenamt wahr. Es ist in der Tat eine Ehre, die Belange der Bürgerinnen und Bürger dieser traditionsreichen und großen Stadt vertreten zu dürfen.

Köln ist eine Bürgerstadt. Die Stärkung des Bürgertums hat eine lange Geschichte. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, stehen in der Tradition der Ratsherren, die auf der Grundlage des Verbundbriefes von 1396 ihr bürgerschaftliches Mandat erhielten. Wir müssen uns immer wieder vergegenwärtigen, dass die Bürger Kölns ihr Selbstverwaltungsrecht erstritten und Köln zu einer Stadt der bürgerlichen Rechte gemacht haben.

(Beifall)

Dieses geschichtliche Erbe wahrzunehmen, ist eine Ehre und eine besondere Verantwortung.

Die Bürgerinnen und Bürger haben Ihnen bei der Wahl am 25. Mai dieses Jahres ihr Vertrauen geschenkt. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind die Repräsentanten dieses Bürgerwillens.

Sie werden in den nächsten Monaten und Jahren viel Zeit und Arbeitskraft aufwenden, um Ihr Mandat mit Leben zu erfüllen. Manches Mal werden Sie Ihre beruflichen und privaten Interessen dem Gemeinwohl gegenüber zurückstellen. Dafür gilt Ihnen bereits jetzt mein Dank.

Ihre Entscheidung für das Ratsmandat verdient Respekt und Anerkennung - vor allem auch dann, wenn Sie in Abwägung für das Allgemeininteresse Entscheidungen treffen, die Ihnen schwerfallen und die auch auf Kritik zu stoßen vermögen.

Der Bürgerwille hat dazu geführt, dass die Zusammensetzung unseres Rates vielfältiger und bunter ist. Dies ist eine Chance für Lebendigkeit der Diskussion. Die andere Seite der Medaille ist die Notwendigkeit, fair miteinander umzugehen.

Es ist Ihre Aufgabe und Verpflichtung, den Bürgerwillen aufzunehmen, nahe bei den Menschen zu sein und bürgerschaftliche Beteiligung zu fördern. Alle Partizipation kann Ihnen die Letztentscheidung im Rat aber nicht abnehmen. Das zu betonen, ist mir besonders wichtig.

Bei Ihrer ehrenamtlichen Aufgabe verdienen Sie Unterstützung und Rat. Die Verwaltung ist nicht nur eine vollziehende, sondern auch eine gestaltende Verwaltung. Bei der Bewältigung der Zukunftsaufgaben bedarf es eines guten und effizienten Zusammenspiels zwischen Rat und Verwaltung. Dort, wo gegenseitiges Vertrauen besteht, lassen sich die Herausforderungen der nächsten Jahre am besten meistern.

Stellvertretend für die gesamte Verwaltung stehen Ihnen die Dezernentinnen und Dezernenten immer zur Seite.

(Beifall)

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit im Rat und seinen Ausschüssen. Köln geht einer guten Zukunft entgegen. Es liegt in unserer Hand, diese Zukunft zu gestalten - im Interesse der Bürger, der Wohlfahrt und der sozialen Gerechtigkeit in unserer Stadt. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall)

Wir kommen jetzt zu Ihrer Verpflichtung.

3 Einführung und Verpflichtung der Ratsmitglieder

Ich darf Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie alle, Ihre Aufgaben als Ratsmitglieder des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen. - Vielen Dank.

(Die Anwesenden nehmen wieder Platz)

Diese Sache wurde vorgezogen und unter Ziffer IV – Seite 3 – vor Eintritt in die Tagesordnung behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nachdem wir nun die ersten Feierlichkeiten hinter uns gebracht haben, sollten wir jetzt mit unserer Arbeit beginnen. Es liegt immer nahe, dass wir uns zunächst auf eine Tagesordnung verständigen.

Ein Entwurf der Tagesordnung liegt Ihnen vor. Wir werden uns in dieser Sitzung und vermutlich auch in den nächsten Sitzungen im Wesentlichen mit der Konstituierung des Rates beschäftigen. Wie Sie der Tagesordnung entnehmen können, werden wir aber auch einige Sachthemen haben.

Gibt es Wortmeldungen zu dieser Tagesordnung? - Bitte, Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister, im Namen meiner Fraktion und auch der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und Linken bitte ich darum, die Punkte 7.12 und 7.13 von der Tagesordnung zu nehmen und auf die nächste Sitzung zu schieben.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie sollen auf die nächste Sitzung geschoben werden. - Ich nehme das zunächst auf, bevor ich gleich insgesamt über die Tagesordnung abstimmen lasse.

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass wir heute die Besetzung des Wahlprüfungsausschusses vornehmen müssen, und zwar einschließlich Vorsitz und Stellvertretungen. Das wird dann alles unter dem Tagesordnungspunkt 7.11 erfolgen.

Neben dem von Herrn Breite gerade vorgetragenen Vorschlag gibt es zwei Zusetzungen vonseiten der Verwaltung, und zwar den Tagesordnungspunkt 9.7 und den Tagesordnungspunkt 14.3. Vonseiten der Verwaltung haben wir keine Absetzungen.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung und zur Reihenfolge? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir darüber abstimmen. Wer gegen die Tagesordnung in dieser Form ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist sie einstimmig so beschlossen. - Vielen Dank.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Oberbürgermeister eröffnet die konstituierende Sitzung des Rates und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister - soweit sie bereits gewählt wurden - sowie die Ratsmitglieder und die Angehörigen der Verwaltung und der städtischen Gesellschaften.

I. Der Oberbergermeister erläutert, dass bei den Ratssitzungen üblicherweise Vertreter der Medien anwesend seien, um über Tagesordnungspunkte der Sitzung zu berichten. In diesem Zusammenhang werden auch elektronische Aufnahmen einzelner Punkte und Diskussionen veröffentlicht.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Sitzung als sogenannter „Livestream“ auf der Webseite der Stadt Köln verlinkt sei und so im Internet verfolgt werden könne.

Zur Erläuterung weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass es entweder Aufnahmen des Rednerpultes oder vom Platz der Sitzungsleitung geben werde. Aufnahmen des Plenums, des Zuschauerbereichs bzw. von Vertretern der Stadtverwaltung werde es dagegen nicht geben. Jedes Ratsmitglied habe das Recht, die Übertragung des eigenen Wortbeitrags der Sitzungsleitung gegenüber jederzeit auszuschließen. Es empfehle sich allerdings, der Sitzungsleitung vor Beginn des Redebeitrages hierzu einen deutlichen Hinweis zu geben.

Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen des Oberbürgermeisters einvernehmlich zu.

II. Der Oberbürgermeister erläutert, dass die Gemeindeordnung NRW in § 52 Absatz 1 vorsehe, die im Rat gefassten Beschlüsse in einer Niederschrift aufzunehmen. Üblicherweise wird dem Rat zu Beginn der neuen Wahlperiode eine Beschlussvorlage vorgelegt, der einen entsprechenden Vorschlag zur Wahl eines Schriftführers/einer Schriftführerin und eines Stellvertreters/einer Stellvertreterin beinhaltet.

Der Rat bestellt daraufhin für seine Wahlperiode 2014 bis 2020 Frau Petra Kramp zur Schriftführerin und Frau Jennifer Willms zu ihrer Stellvertreterin.

III. Unter Hinweis auf § 11 der Geschäftsordnung erläutert der Oberbürgermeister, dass zu Beginn einer Ratssitzung üblicherweise drei Stimmzähler aus dem Kreis der Ratsmitglieder bestellt würden. Da zu dieser Sitzung möglicherweise mit einer Vielzahl von Wahlentscheidungen zu rechnen sei, schlägt er vor, sechs Stimmzähler zu benennen. Der Rat stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Frau Dr. Bürger-

meister, Frau Henk-Hollstein, Herrn Brust, Herrn Weisenstein, Frau Laufenberg und Herrn Haug vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

IV. Anschließend verpflichtet der Oberbürgermeister die Ratsmitglieder gemäß § 5 Absatz 1 der Hauptsatzung

V. Der Oberbürgermeister erklärt, dass der Rat nunmehr über die Tagesordnung zu entscheiden habe. Folgende Vorlagen seien von der Verwaltung zugesetzt worden:

9 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW

9.7 Provisorische Wiederinbetriebnahme des Objekts Xantener Str. 84, 50733 Köln-Nippes zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung der Stadt Köln

1618/2014

14 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW

14.3 Anmietung und Umbau des Objekts Boltensternstr. 10, 50735 Köln zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung der Stadt Köln

1582/2014

Ratsmitglied Breite beantragt im Namen der Fraktionen von SPD, CDU, Grüne, Linke und FDP, die Entscheidung über die Punkte

7.12 Namentliche Benennung und Wahl von Ausschussmitgliedern hier: a) Stimmberechtigte Mitglieder b) Beratende Mitglieder gemäß § 58 Abs. 1 Sätze 7 - 10 GO NRW

0685/2014

und

7.13 Namentliche Benennung der Ausschussvorsitzenden und der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

zurückzustellen.

Der Oberbürgermeister verweist hierzu auf TOP

7.11 Bildung eines Wahlprüfungsausschusses für die Kommunalwahl 2014

1657/2014

Die Besetzung des Wahlprüfungsausschusses müsse in dieser Sitzung erfolgen. Dazu gehörten auch die Entscheidungen über den Vorsitz sowie die Wahl der beiden Stellvertreter.

VI. Der Rat legt die Tagesordnung unter Berücksichtigung der vorgetragenen Änderungen wie folgt fest:

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zum Tagesordnungspunkt

4 Festlegung der Zahl der ehrenamtlichen Stellvertreter/innen des Oberbürgermeisters
0348/2014

Hier steht die Entscheidung an, wie viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister es in dieser Wahlperiode geben soll. Dazu liegt ein Vorschlag der Verwaltung vor.

In der Wahlperiode 1999/2004 gab es vier Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. In der Wahlperiode davor waren es nur drei. Deswegen frage ich Sie: Gibt es hierzu Vorschläge? - Bitte schön, Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Für die Fraktionen SPD, CDU, Grüne, Linke und FDP schlage ich vor, dass wir vier Stellvertreter und Stellvertreterinnen wählen bzw. jetzt erst einmal festhalten, dass es vier Stellvertreter und Stellvertreterinnen gibt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Vorschläge dazu? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir darüber abstimmen. Ich lasse jetzt einmal positiv abstimmen. Wer dafür ist, dass wir die Zahl vier für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister als Stellvertreterinnen und Stellvertreter des Oberbürgermeisters festlegen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der CDU, die Fraktion der Linken, die Fraktion der FDP und Deine Freunde. Gibt es

Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dies mit Mehrheit so beschlossen.

(Zurufe)

- Ich rufe nicht einzelne Fraktionen auf, sondern frage „Wer ist dafür?“ oder „Wer ist dagegen?“. Eben habe ich gefragt: Wer ist dafür?

(Markus Wiener [pro Köln]: Sie haben gar nicht gefragt, wer dagegen ist!)

- Das muss ich auch nicht. Wenn wir so abfragen, geht es nur darum, wer dafür ist oder sich enthält. Die restlichen sind dagegen. Das ist ein bisschen eine Frage der Logik in unserer Zusammenarbeit hier in der Stadt.

(Zuruf: Die haben es immer noch nicht verstanden!)

Beschluss:

Der Rat setzt die Zahl der ehrenamtlichen Stellvertreter/innen mit 4 fest.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion sowie mit den Stimmen der Gruppe Deine Freunde zugestimmt.

_____

Anmerkung:
Es handelt sich um einen gemeinsamen Vorschlag, der von Ratsmitglied Frank im Namen der Fraktionen der SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der FDP vorgetragen wurde.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da wir einen Beschluss dazu gefasst haben, kommen wir jetzt zum Tagesordnungspunkt

5 Wahl der Stellvertreter/innen des Oberbürgermeisters gemäß § 67 Abs. 1 und § 2 GO NRW
0350/2014

Einige Erläuterungen vorab: Nach § 67 Abs. 1 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sind die ehrenamtlichen Stellvertreterinnen und Stellvertreter des Oberbürgermeisters ohne Aussprache aus der Mitte des Rates zu wählen.

§ 67 Abs. 2 Satz 1 der Gemeindeordnung bestimmt, dass bei der Wahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter des Oberbürgermeisters nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in einem Wahlgang geheim abzustimmen ist.

Bei dieser Wahl gilt das System der Höchstzahlen, das ich jetzt nicht im Einzelnen erläutern will. Liegen gleiche Höchstzahlen vor, findet eine Stichwahl statt. - So weit die Rechtslage, die Ihnen bereits aus der Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt bekannt ist.

Ich komme jetzt zu den Wahlvorschlägen. Gibt es entsprechende Vorschläge? Dann bitte ich, diese vorzutragen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Liegen sie nicht vor? - Martin Börschel [SPD]: Sie müssten eigentlich vorliegen!)

- Eine Sekunde. - Wir haben einen gemeinsamen Antrag von fünf Fraktionen. Er bezieht sich auf folgende Namen und Mitglieder unseres Rates:

- Frau Elfi Scho-Antwerpes

- Herr Hans-Werner Bartsch

- Herr Andreas Wolter

- eine noch nicht benannte Person unter N. N.

Gibt es weitere Vorschläge für eine Liste? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir darüber abstimmen. Wir haben eine Liste. Die Namen für diese Liste habe ich Ihnen eben vorgetragen. Die Wahl erfolgt geheim. Dazu werden im Augenblick die Stimmzettel vorbereitet.

Erst einmal darf ich die Stimmzähler bitten, nach vorne zu kommen, damit sie in die Auszählung eingeführt werden können.

Dann darf ich noch einige Regularien vortragen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, machen Sie bitte ein eindeutiges Kreuz auf dem Stimmzettel.

Zusätze als solche sind nicht erlaubt, auch Zusätze wie „Ja“ oder „Nein“ nicht.

Beachten Sie bitte Folgendes: Auf den vorbereiteten Stimmzetteln ist zwar von neun Listen die Rede. Wir haben aber nur eine Liste, über die abzustimmen ist.

(Die Mikrofonanlage funktioniert nicht mehr)

Wir haben eine technische Störung. Ich versuche es einmal so und hoffe, dass ich laut genug spreche; denn das Wesentliche ist gesagt. Wir können gleich zur Abstimmung kommen. Die Wahlkabinen werden gerade vorbereitet. Daher führt dies auch nicht zu einer Verzögerung.

Meine Damen und Herren, die Anlage funktioniert noch nicht hundertprozentig. Frau Kramp wird die Namen derjenigen, die hier zur Wahl aufgefordert sind, aber laut aufrufen. Ich darf Sie bitten, sich nach dem Aufruf unverzüglich zu den Wahlkabinen zu begeben. - Frau Kramp, bitte.

(Namensaufruf und Wahlgang)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte nehmen Sie wieder Platz, damit ich Ihnen das Ergebnis der Wahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter des Oberbürgermeisters mitteilen kann.

Es sind 91 Stimmen abgegeben worden. Das ist auch korrekt; denn der Rat hat einschließlich mir 91 Mitglieder. Davon waren 7 Stimmen ungültig. Es gab 3 Stimmenthaltungen und keine Neinstimmen. Somit entfielen 81 Stimmen auf den Listenvorschlag 1.

Damit sind entsprechend der Reihenfolge der Liste folgende Personen gewählt:

- Frau Elfi Scho-Antwerpes

- Herr Hans-Werner Bartsch

- Herr Andreas Wolter

Herzlichen Glückwunsch!

(Lebhafter Beifall - Die drei Gewählten erheben sich und nehmen Glückwünsche entgegen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor Sie gratulieren, muss ich erst noch fragen: Frau Scho-Antwerpes, nehmen Sie die Wahl an?

(Elfi Scho-Antwerpes [SPD]: Ja, gerne, Herr Oberbürgermeister!)

Herr Bartsch, nehmen Sie die Wahl an?

(Hans-Werner Bartsch [CDU]: Ja, gerne! Danke für das Vertrauen!)

Herr Wolter, nehmen Sie die Wahl an?

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Alle drei haben die Wahl angenommen. Jetzt sind Sie herzlich zur Gratulation eingeladen. Ich darf Frau Scho-Antwerpes, Herrn Bartsch und Herrn Wolter auch bitten, zu mir nach vorne zu kommen.

(Die drei Gewählten betreten das Verwaltungspodest)

Beschluss:

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass bei der Wahl der Stellvertreter des Oberbürgermeisters gemäß § 67 Absatz 2 Satz 1 GO NRW nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in einem Wahlgang geheim abgestimmt wird.

Zur Wahl liegt ein gemeinsamer Vorschlag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, die Linke. und der FDP vor:

Vorschlag 1

1. *Frau Elfi Scho-Antwerpes*
2. *Herr Hans-Werner Bartsch*
3. *Herr Andreas Wolter*
4. *N. N.*

Es liegen keine weiteren Vorschläge vor.

Es werden 91 Stimmen abgegeben,

davon	*ungültig:*	*7 Stimmen*
	Enthaltungen:	*3 Stimmen*
= gültige Stimmen:		*81 Stimmen*

Damit liegen 81 Stimmen für den gemeinsamen Vorschlag der genannten Fraktionen (Vorschlag 1) vor.

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat wählt gemäß § 67 Absatz 1 und 2 GO NRW in geheimer Wahl ohne Aussprache das Ratsmitglied

Frau Elfi Scho-Antwerpes

zur ersten Stellvertreterin des Oberbürgermeisters bis zum Ablauf der Wahlperiode 2014 – 2020.

Herrn Hans-Werner Bartsch

zum zweiten Stellvertreter des Oberbürgermeisters bis zum Ablauf der Wahlperiode 2014 – 2020.

Herrn Andreas Wolter

zum dritten Stellvertreter des Oberbürgermeisters bis zum Ablauf der Wahlperiode 2014 – 2020.

Herrn/Frau N. N.

zum vierten Stellvertreter/zur vierten Stellvertreterin des Oberbürgermeisters bis zum Ablauf der Wahlperiode 2014 – 2020.

Anmerkung:
Die Gewählten erklären auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, dass sie die Wahl annehmen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sehr geehrte Stellvertreterin, sehr geehrte Stellvertreter, ich darf Sie jetzt ebenfalls verpflichten.

6 Einführung und Verpflichtung der Bürgermeister/Bürgermeisterinnen durch den Oberbürgermeister gemäß § 67 Abs. 3 GO NRW und § 5 Abs. 1 der Hauptsatzung der Stadt Köln

Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgaben als Bürgermeisterin bzw. als Bürgermeister der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Mit diesem Akt sind Sie in Ihre Ämter eingeführt. Herzlichen Glückwunsch!

(Lebhafter Beifall - Der Oberbürgermeister überreicht den drei Gewählten je einen Blumenstrauß - Die Pressevertreter machen Fotos - Die drei Gewählten nehmen Glückwünsche entgegen)

Der Oberbürgermeister verpflichtet seine ehrenamtlichen Stellvertreter und Stellvertreterinnen wie folgt:

„Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgaben als Bürgermeister bzw. als Bürgermeisterin der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.“

Anmerkung:
Der Oberbürgermeister übereicht den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen Blumen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zur weiteren Tagesordnung.

7 Bildung der Fachausschüsse

Wie Sie sehen, bin ich jetzt auch von der Kette genommen und kann mich wieder der Tagesordnung und den entsprechenden Aufgaben widmen.

7.1 Festlegung der Anzahl und Bezeichnung der Ausschüsse
0351/2014

Dazu liegt Ihnen eine Vorlage der Verwaltung vor. In der vergangenen Wahlperiode gab es die in der Vorlage aufgeführten Ausschüsse. Sie sehen diese Ausschüsse auch in der Präsentation.

(Schaubild)

Lassen Sie mich noch kurze Anmerkungen dazu machen.

Es sollen folgende nach der Gemeindeordnung gesetzlich vorgesehene Pflichtausschüsse gebildet werden:

- Hauptausschuss

- Rechnungsprüfungsausschuss

- Finanzausschuss

Nach anderen gesetzlichen Regelungen müssen folgende Pflichtausschüsse gebildet werden:

- Jugendhilfeausschuss
- Wahlprüfungsausschuss
- Kreiswahlausschuss
- Wahlausschuss nach dem Kommunalwahlgesetz Nordrhein-Westfalen

Zum Jugendhilfeausschuss werden wir Ihnen zu der Sitzung am 1. Juli 2014 noch eine gesonderte Vorlage präsentieren.

Zum Wahlprüfungsausschuss kommen wir gleich noch.

Ich habe vernommen, dass es einen breiten Konsens gibt, die bewährte Struktur der weiteren freiwilligen Ausschüsse aus der vergangenen Wahlperiode fortzusetzen.

Gibt es dazu noch Wortmeldungen?

(Martin Börschel [SPD]: Das können wir nur bestätigen!)

Das ist nicht der Fall.

Lassen Sie mich noch ganz kurz die einzelnen Ausschüsse nennen. Sie sehen sie auf der Präsentation. Ich stelle dann zur Abstimmung, dass neben den in der Vorlage genannten Pflichtausschüssen die weiteren freiwilligen Ausschüsse so, wie hier dargestellt, beschlossen werden:

- Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
- Ausschuss für Soziales und Senioren
- Ausschuss für Kunst und Kultur
- Ausschuss für Schule und Weiterbildung
- Sportausschuss
- Stadtentwicklungsausschuss
- Ausschuss für Umwelt und Grün
- Verkehrsausschuss
- Wirtschaftsausschuss
- Ausschuss für Anregungen und Beschwerden
- Liegenschaftsausschuss
- Bauausschuss
- Gesundheitsausschuss

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir darüber abstimmen. Gibt es gegen die Festlegung der Anzahl und der Bezeichnungen der Ausschüsse, wie sie in der Vorlage benannt sind, Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so geschehen. - Ich bedanke mich ganz herzlich.

Beschluss:

Der Rat bildet folgende Pflichtausschüsse:

- *Hauptausschuss*
- *Finanzausschuss*
- *angegliedert: Betriebsausschuss Veranstaltungszentrum Köln*
- *Rechnungsprüfungsausschuss*
- *Jugendhilfeausschuss*
- *Wahlprüfungsausschuss gemäß § 40 Abs. 1 KWahlG NRW*
- *Wahlausschuss für die Kommunalwahl gemäß § 2 Abs. 3 KWahlG NRW*
- *Kreiswahlausschuss gemäß § 10 Abs. 3 LWahlG NRW*

Der Rat bildet gemäß § 57 Abs. 1 GO NRW neben den gesetzlich vorgeschriebenen Ausschüssen folgende weitere Ausschüsse:

- *Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales*
- *Ausschuss Anregungen und Beschwerden*
- *Bauausschuss*
  angegliedert: Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft
- *Gesundheitsausschuss*
- *Ausschuss Kunst und Kultur/ Museumsneubauten*
  zugleich: Fachausschuss für Denkmalschutz und Denkmalpflege
  angegliedert: Betriebsausschuss Bühnen der Stadt Köln
  Betriebsausschuss des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln
  Betriebsausschuss Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud
- *Liegenschaftsausschuss*
- *Ausschuss Schule und Weiterbildung*
- *Ausschuss Soziales und Senioren*
- *Sportausschuss*
- *Stadtentwicklungsausschuss*
- *Ausschuss Umwelt und Grün*
  angegliedert: Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln
- *Verkehrsausschuss*

- *Wirtschaftsausschuss*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit haben wir den Tagesordnungspunkt 7.1 abgearbeitet.

7.2 Änderungen von Betriebssatzungen

Das bedeutet gleichzeitig, dass wir keine Veränderungen unserer Betriebssatzungen vornehmen müssen.

Da die gleichen Ausschüsse gebildet wurden, wie in der Wahlperiode 2009 – 2014 und damit auch die Anbindung der Betriebsausschüsse unverändert geblieben ist, ist eine Änderung von Betriebssatzungen nicht erforderlich.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zum Tagesordnungspunkt

7.3 Festlegung der Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder 0420/2014

Auch hierzu liegt Ihnen eine Vorlage der Verwaltung vor.

Die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder des Wahlausschusses nach Kommunalwahlgesetz wird im Vorfeld der nächsten Kommunalwahl mit gesonderter Vorlage festgesetzt. Das hatten wir in den letzten Wahlperioden auch so gemacht. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind.

Ich möchte weiterhin darauf hinweisen, dass in der Vorlage eine Regelung zum Kreiswahlausschuss enthalten ist. Die Zahl der Mitglieder des Kreiswahlausschusses ist nach § 10 Abs. 3 Satz 1 Landeswahlgesetz gesetzlich vorgeschrieben. Der Kreiswahlausschuss besteht nämlich aus dem Kreiswahlleiter als Vorsitzendem und 6 Beisitzern.

Ich habe mitbekommen, dass sich die Größe der 13er-Ausschüsse in der letzten Wahlperiode bewährt hat und dass dies so fortgesetzt werden soll. Da die Ausschüsse eben auch in dieser Form beschlossen worden sind, kann man die Ausschussgröße auch für die kommende Wahlperiode auf 13 festsetzen.

Um aber gleichzeitig auch die Zusammensetzung des Rates in den Ausschüssen besser abzubilden, sollen die 7er-Ausschüsse, die wir in der vergangenen Wahlperiode hatten, zukünftig mit 9 stimmberechtigten Mitgliedern besetzt werden. - Ich sehe keinen Widerspruch dagegen.

Lassen Sie mich noch auf eine Besonderheit hinweisen. Die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder im Hauptausschuss ist in § 20 Abs. 1 der Hauptsatzung geregelt. Dem Hauptausschuss gehören der Oberbürgermeister als Vorsitzender und weiterhin 13 stimmberechtigte Ratsmitglieder an. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, an dieser Stelle auch entsprechend über die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder des Hauptausschusses abzustimmen.

(Schaubild)

Ausschüsse mit 13 Mitgliedern wären demnach:

- Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
- Ausschuss für Soziales und Senioren
- Ausschuss für Kunst und Kultur
- Ausschuss für Schule und Weiterbildung
- Sportausschuss
- Stadtentwicklungsausschuss
- Ausschuss für Umwelt und Grün
- Verkehrsausschuss
- Wirtschaftsausschuss
- Ausschuss für Anregungen und Beschwerden
- Finanzausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss

Ausschüsse mit neun Mitgliedern wären:

- Liegenschaftsausschuss
- Bauausschuss

- Gesundheitsausschuss

- Wahlprüfungsausschuss

Der Hauptausschuss hätte dann, wie eben dargestellt, 14 Mitglieder, also 13 Ratsmitglieder und mich als Oberbürgermeister als geborenes Mitglied.

Ich frage jetzt: Gibt es gegen diesen Vorschlag Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das einstimmig so beschlossen. - Herzlichen Dank.

Beschluss:

1. *Der Rat setzt die Anzahl der Mitglieder des Kreiswahlausschusses entsprechend § 10 Absatz 3 Satz 1 LWahlG mit 6 Mitgliedern fest.*

2. *Der Rat setzt gemäß § 58 Absatz 1 GO NRW die Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder für die nachfolgenden Ausschüsse wie folgt fest.*

Ausschuss	*Anzahl*
Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	*13*
Ausschuss für Soziales und Senioren	*13*
Ausschuss für Kunst und Kultur (mit den angegliederten Betriebsausschüssen)	*13*
Ausschuss für Schule und Weiterbildung	*13*
Sportausschuss	*13*
Stadtentwicklungsausschuss	*13*
Ausschuss für Umwelt und Grün (zugleich Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb)	*13*
Verkehrsausschuss	*13*
Wirtschaftsausschuss	*13*
Ausschuss für Anregungen und Beschwerden	*13*
Finanzausschuss (zugleich Betriebsausschuss Veranstaltungszentrum)	*13*
Rechnungsprüfungsausschuss	*13*
Liegenschaftsausschuss	*9*
Bauausschuss (zugleich Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft)	*9*
Gesundheitsausschuss	*9*
Wahlprüfungsausschuss	*9*
Kreiswahlausschuss gemäß § 10 Absatz 3 Satz 1 LWahlG NRW	*6*
Hauptausschuss	*14*

Da in den nachfolgenden Fällen vorrangige spezialgesetzliche Regelungen zu berücksichtigen sind, gilt der Beschluss ausdrücklich nicht für den Wahlausschuss nach Kommunalwahlrecht sowie den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zum Tagesordnungspunkt

7.4 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln

Da wir gerade eine Fortsetzung der bewährten Struktur beschlossen haben, entfällt eine Änderung der Hauptsatzung.

Da die Größe des Hauptausschusses unverändert aus der vorherigen Wahlperiode übernommen wurde, ist eine Änderung der Hauptsatzung nicht erforderlich.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nun kommen wir zum Tagesordnungspunkt

7.5 Festlegung der Vertretungsregelung in den Ausschüssen
0358/2014

In der Ihnen vorliegenden Vorlage wird als Beschluss die Vertretungsregelung empfohlen, die auch in der vergangenen Ratsperiode praktiziert wurde. Je Fraktion soll die Vertretung in alphabetischer Reihenfolge durch die übrigen der Fraktion angehörenden Ratsmitglieder wahrgenommen werden, soweit nicht eine persönliche Vertretung vorgeschrieben ist.

Auch darüber können wir abstimmen. Stimmt jemand gegen diese Vorlage? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist das ebenso beschlossen. - Vielen Dank.

Beschluss:

Der Rat beschließt, als Vertretungsregelung für die Ausschüsse - je Fraktion - die Vertretung in alphabetischer Reihenfolge durch die übrigen Ratsmitglieder vorzusehen. Die Fälle, in denen aufgrund besonderer rechtlicher Vorgaben eine

persönliche Vertretung vorgeschrieben ist, bleiben hiervon unberührt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

7.6 Festlegung der Anzahl der sachkundigen Bürger in den Ausschüssen

Zu Mitgliedern der Ausschüsse können gemäß § 58 Abs. 3 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen neben Ratsmitgliedern auch sachkundige Bürger bestellt werden. Sie nehmen mit vollem Stimmrecht an den Sitzungen teil. Ihre Anzahl darf die Anzahl der Ratsmitglieder im Ausschuss nicht erreichen.

Das bedeutet in unserem Fall für die Ausschussgrößen, die wir gerade beschlossen haben, dass bei 9 Ausschussmitgliedern maximal 4 stimmberechtigte sachkundige Bürger und bei 13 Ausschussmitgliedern maximal 6 stimmberechtigte sachkundige Bürger in den Ausschuss zu wählen sind.

Diese Höchstzahl ist durch die Regelung in der Gemeindeordnung eindeutig festgelegt, sodass eine Beschlussfassung hierüber entbehrlich ist.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass zu Mitgliedern der Ausschüsse, neben Ratsmitgliedern auch sachkundige Bürger bestellt werden können. Sie nehmen mit vollem Stimmrecht an den Sitzungen teil. Ihre Anzahl darf die Anzahl der Ratsmitglieder nicht erreichen.

Unter Berücksichtigung der beschlossenen Ausschussgrößen bedeutet dies, dass bei 9 Ausschussmitgliedern maximal 4 und bei 13 Ausschussmitgliedern maximal 6 sachkundige Bürger in den Ausschuss entsandt werden können.

Die Höchstzahl ist durch die Regelung der Gemeindeordnung eindeutig festgelegt, so dass eine Beschlussfassung entbehrlich ist.

Eine Entsendung von sachkundigen Bürgern in den Hauptausschuss, Finanzausschuss und Rechnungsprüfungsausschuss ist gemäß § 59 GO NRW unzulässig.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt

7.7 Festlegung der Anzahl der sachkundigen Einwohner in den Ausschüssen 0466/2014

Ich möchte betonen, dass es hierbei zunächst nur um die Festlegung der Anzahl der sachkundigen Einwohner geht. Die namentliche Benennung erfolgt an dieser Stelle noch nicht, sondern wird später nachgeholt.

Eine Vorlage, die auch eine Übersicht über die Situation in der vergangenen Wahlperiode enthält, liegt Ihnen vor. Den Beschluss zu diesem Punkt müssen wir allerdings in dieser Sitzung noch formulieren.

Ich habe gehört, dass die Anzahl der sachkundigen Einwohner sich ebenfalls an der Beschlusslage in der Wahlperiode 2009/2014 orientieren soll. - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Das ist insofern richtig, als dass die Bezugsgröße die Anlage 1 ist. Es gibt aber zwei Abweichungen. Dem Bauausschuss und dem Gesundheitsausschuss sollen jeweils 9 sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner angehören. Ansonsten ist aber alles so wie in der Anlage 1.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Maßgeblich ist also die Anlage 1, bis auf Bauausschuss und Gesundheitsausschuss.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

- Okay. - Dann können wir auch darüber abstimmen. Wer ist gegen diesen gerade so ergänzten Beschlussvorschlag? - Niemand. Wer enthält sich? - Auch niemand. Damit ist das ebenfalls einstimmig angenommen.

Beschluss:

Der Rat setzt die Anzahl der sachkundigen Einwohner, die gemäß § 58 Absatz 4 GO NRW den Ausschüssen als Mitglieder mit beratender Stimme angehören, wie folgt fest:

Für folgende Ausschüsse wird die Zahl der sachkundigen Einwohner auf 12 festgesetzt:

- *Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR)/Vergabe/Internationales*
- *Ausschuss für Anregungen und Beschwerden*
- *Ausschuss für Kunst und Kultur + BA.*
- *Ausschuss für Schule und Weiterbildung*
- *Ausschuss für Soziales und Senioren*
- *Sportausschuss*
- *Stadtentwicklungsausschuss*
- *Ausschuss für Umwelt und Grün + BA.*
- *Verkehrsausschuss*
- *Wirtschaftsausschuss*

Für folgende Ausschüsse wir die Zahl der sachkundigen Einwohner auf 9 festgesetzt:

- *Bauausschuss + BA.*
- *Gesundheitsausschuss*

In die folgenden Ausschüsse werden keine sachkundigen Einwohner entsandt:

- *Liegenschaftsausschuss*
- *Wahlprüfungsausschuss*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu:

7.8 Festlegung der Anzahl der Ausschüsse für fraktionslose Ratsmitglieder gemäß § 58 Abs. 1 Satz 11 und 12 GO NRW
Wahl zu beratenden Mitgliedern der genannten Ausschüsse
0440/2014

Nach § 58 Abs. 1 Satz 11 und 12 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen hat jedes fraktionslose Ratsmitglied das Recht, mindestens einem der Ausschüsse seiner Wahl als Mitglied mit beratender Stimme anzugehören. Vom Rat kann aber auch beschlossen werden, dass sich dieses Recht auf mehr als einen Ausschuss erstreckt. In der vergangenen Wahlperiode hatte der Rat eine Teilnahme an drei Ausschüssen für jedes fraktionslose Ratsmitglied zugelassen.

Auch hierzu liegt Ihnen eine Vorlage vor. Sie beruht auf dem, was sich bewährt hat.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir auch darüber abstimmen. Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? - Niemand. Wer enthält sich? - Damit ist das ebenfalls so beschlossen.

Ich möchte nun die Mitglieder der Gruppen Piraten, Deine Freunde und pro Köln sowie Herrn Henseler fragen: Haben Sie sich schon entschieden, in welche Ausschüsse Sie gehen wollen? - Liegt das auch schon vor?

(Markus Wiener [pro Köln]: Ja!)

- Das liegt noch nicht vor. Nur von pro Köln liegt etwas vor. - Die Piraten?

(Zuruf von den Piraten: Wir stimmen das am 1. Juli ab!)

- Erst am 1. Juli. - Dann schlage ich vor, dass wir diese ganz konkrete Abfrage auf die nächste Sitzung am 1. Juli 2014 schieben.

(Markus Wiener [pro Köln]: Herr Oberbürgermeister, von uns liegt schon etwas schriftlich vor! Da gibt es aber auch noch einen Wechsel! Das machen wir dann am 1. Juli!)

- Okay. Sie haben das noch einmal zurückgenommen und werden am 1. Juli die entsprechenden Vorschläge präsentieren. - Dann machen wir das so.

Beschluss:

Der Rat beschließt, dass die fraktionslosen Ratsmitglieder jeweils in drei Ausschüssen als Mitglieder mit beratender Stimme gemäß § 58 Absatz 1 Satz 11 und 12 GO NRW vertreten sein können.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Benennung der Ausschüsse wird durch die betroffenen Ratsmitglieder bis zur folgenden Sitzung des Rates – am 01.07.2014 – zurückgestellt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

7.9 Festlegung der Anzahl der Stellvertreter/innen des/der Ausschussvorsitzenden

0366/2014

Auch hierzu liegt Ihnen eine Vorlage vor. Bewährt hat sich die Zahl von zwei stellvertretenden Ausschussvorsitzenden.

Bevor wir darüber abstimmen, möchte ich noch darauf hinweisen, dass dies nicht für den Hauptausschuss, den Jugendhilfeausschuss, den Kreiswahlausschuss und den Wahlausschuss für die Kommunalwahl gilt. Für diese Ausschüsse gelten besondere gesetzliche Regelungen.

Der Vorschlag geht also in die Richtung von zwei stellvertretenden Ausschussvorsitzenden. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat setzt die Anzahl der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden mit zwei Stellvertretern fest.

Der Beschluss gilt auf Grund besonderer Vorschriften ausdrücklich nicht für den

- *Hauptausschuss*
- *Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie*
- *Kreiswahlausschuss*
- *Wahlausschuss für die Kommunalwahl*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

7.10 Zuteilung der Ausschussvorsitze und der stellvertretenden Ausschussvorsitze 0446/2014

Wir wählen jetzt nicht die Personen - das darf ich noch einmal zur Klarstellung sagen -, sondern legen lediglich fest, welche Fraktion das Benennungsrecht für die jeweilige Funktion hat. Die namentliche Benennung ist erst dann möglich, wenn die Ausschüsse mit konkreten Personen besetzt sind.

Mit anderen Worten: Ein Anspruch auf die Benennung eines oder einer Ausschussvorsitzenden und eines Stellvertreters oder einer Stellvertreterin nach dem Zugriffsverfahren steht nur den Fraktionen zu, die in dem entsprechenden Ausschuss dann auch mit einem stimmberechtigten Ratsmitglied vertreten sind.

Ich schaue mich einmal um. Gibt es fraktionsübergreifend eine Einigung über die Besetzung? - Das ist nicht der Fall. Dann gilt das Zugriffsverfahren.

Nicht unter das Zugriffsverfahren fallen der Hauptausschuss, der Jugendhilfeausschuss, der Wahlausschuss und der Kreiswahlausschuss.

(Schaubild)

Ich will noch einmal § 58 Abs. 5 Sätze 2 und 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vorlesen:

> Soweit eine Einigung nicht zustande kommt, werden den Fraktionen die Ausschussvorsitze in der Reihenfolge der Höchstzahlen zugeteilt, die sich durch Teilung der Mitgliederzahlen der Fraktionen durch 1, 2, 3 usw. ergeben; mehrere Fraktionen können sich zusammenschließen. Bei gleichen Höchstzahlen entscheidet das Los, das der Oberbürgermeister zu ziehen hat.

Wir haben 16 Ausschussvorsitzende im Zugriffsverfahren zu besetzen. Die Fraktionsstärken sind folgende:

- SPD: 27

- CDU: 24

- Bündnis 90/Die Grünen: 18

- Die Linke.: 6

- FDP: 5

Aus den Fraktionsstärken müssen nach dem gesetzlich vorgeschriebenen d'Hondtschen Verteilungsverfahren Höchstzahlen errechnet werden. Das sehen Sie auf der Folie vor Ihnen.

Nun werde ich entsprechend der Reihenfolge der sich ergebenden Höchstzahlen die Fraktionen fragen, welche Ausschussvorsitze und stellvertretenden Ausschussvorsitze von ihnen beansprucht werden. Wir werden dieses Verfahren also drei Mal durchlaufen.

Wir beginnen mit dem Ausschussvorsitz.

Die Fraktion der SPD.

(Martin Börschel [SPD]: Finanzen!)

- Finanzen. - Die Fraktion der CDU.

(Bernd Petelkau [CDU]: Stadtentwicklung!)

- Stadtentwicklung. - Die Fraktion der Grünen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Verkehr!)

- Verkehrsausschuss. - Dann sind wir wieder bei der SPD.

(Martin Börschel [SPD]: Kunst und Kultur!)

- Kunst und Kultur. - Dann die CDU.

(Bernd Petelkau [CDU]: AVR!)

Jetzt haben wir eine doppelte Zugriffsmöglichkeit: SPD oder Grüne. Gibt es dazu eine Absprache?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir geben der SPD den Vortritt!)

- Dann frage ich die SPD.

(Martin Börschel [SPD]: Soziales und Senioren!)

- Soziales und Senioren. - Jetzt sind die Grünen an der Reihe.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Liegenschaftsausschuss!)

- Liegenschaftsausschuss. - Dann kommen wir zur CDU.

(Bernd Petelkau [CDU]: Schule!)

- Schule. - Wir gehen wieder zur SPD.

(Martin Börschel [SPD]: Sport!)

- Sportausschuss. - Jetzt haben wir drei Mal die gleiche Höchstzahl, und zwar für CDU, Grüne und Linke. Gibt es Anregungen, um möglicherweise ein Losverfahren zu vermeiden?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben uns verständigt, in der Größe der Fraktionen zuzugreifen: Zugriff 10 CDU, Zugriff 11 Grüne, Zugriff 12 Linke!)

- Okay. Wenn Sie sich darauf verständigt haben, frage ich es in dieser Reihenfolge ab. - Zuerst die CDU.

(Bernd Petelkau [CDU]: Bauausschuss!)

- Der Bauausschuss. - Dann die Grünen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Anregungen und Beschwerden!)

- Anregungen und Beschwerden. - Jetzt die Fraktion Die Linke.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Rechnungsprüfung!)

- Rechnungsprüfungsausschuss.

(Heiterkeit)

Das nächste Zugriffsrecht liegt wieder bei der SPD.

(Martin Börschel [SPD]: Wirtschaft!)

- Wirtschaft. - Das nächste Zugriffsrecht liegt bei der FDP.

(Ulrich Breite [FDP]: Umwelt und Grün!)

- Umwelt und Grün.

(Heiterkeit)

Das nächste Zugriffsrecht liegt bei der CDU.

(Bernd Petelkau [CDU]: Wahlprüfung!)

- Wahlprüfungsausschuss. - Jetzt haben SPD und Grüne wieder die gleiche Höchstzahl.

(Martin Börschel [SPD]: Wir verzichten auf die Ziehung des Loses und überlassen das den Grünen!)

- Die SPD verzichtet auf die Ziehung des Loses. Dann liegt der Vortritt bei der Fraktion der Grünen. - Und?

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Gesundheitsausschuss!)

- Gesundheitsausschuss.

Dann kommen wir zum ersten stellvertretenden Ausschussvorsitz.

Wir fangen wieder, wie gehabt, mit der SPD an.

(Martin Börschel [SPD]: Stadtentwicklungsausschuss!)

CDU.

(Bernd Petelkau [CDU]: Finanzen!)

Grüne.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Kunst und Kultur!)

SPD.

(Martin Börschel [SPD]: Verkehr!)

CDU.

(Bernd Petelkau [CDU]: Wirtschaft!)

Jetzt sind wir wieder bei der gleichen Höchstzahl von SPD und Grünen. Gibt es wieder einen Vortritt der SPD?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Dann frage ich die SPD.

(Martin Börschel [SPD]: Schule und Weiterbildung!)

Jetzt frage ich die Grünen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Soziales und Senioren!)

Dann sind wir wieder bei der CDU.

(Bernd Petelkau [CDU]: Umwelt und Grün!)

Nun die SPD.

(Martin Börschel [SPD]: AVR!)

Jetzt haben wir wieder die gleiche Situation wie eben. Ich gehe davon aus, dass wir hier genauso vorgehen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Dann frage ich zunächst die CDU.

(Bernd Petelkau [CDU]: Liegenschaften!)

Jetzt frage ich die Grünen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Bauausschuss!)

Nun frage ich die Linken.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Sport!)

Wir kommen dann wieder zur SPD.

(Martin Börschel [SPD]: Anregungen und Beschwerden!)

FDP.

(Ulrich Breite [FDP]: Rechnungsprüfung! RPA!)

CDU.

(Bernd Petelkau [CDU]: Gesundheitsausschuss!)

Ich gehe davon aus, dass jetzt wieder die Grünen den Vortritt haben.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja! Wir nehmen den Wahlprüfungsausschuss!)

Nach den Vorsitzenden und den ersten Stellvertretern kommen wir jetzt zu den zweiten Stellvertretern.

SPD.

(Martin Börschel [SPD]: Rechnungsprüfungsausschuss!)

CDU.

(Bernd Petelkau [CDU]: Kultur!)

Grüne.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Finanzen!)

SPD.

(Martin Börschel [SPD]: Bauen!)

CDU.

(Bernd Petelkau [CDU]: Verkehr!)

Dann wieder Vortritt der SPD.

(Martin Börschel [SPD]: Liegenschaften!)

Jetzt die Grünen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Umwelt und Grün!)

CDU.

(Bernd Petelkau [CDU]: Sport!)

SPD.

(Martin Börschel [SPD]: Gesundheit!)

Jetzt haben wir wieder die drei gleichen Höchstzahlen. Zunächst die CDU.

(Bernd Petelkau [CDU]: Soziales!)

Dann die Grünen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Stadtentwicklung!)

Jetzt die Linken.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Beschwerdeausschuss!)

SPD.

(Martin Börschel [SPD]: AVR!)

FDP.

(Ulrich Breite [FDP]: Wahlprüfungsausschuss!)

CDU.

(Bernd Petelkau [CDU]: Schulausschuss!)

Das letzte Zugriffsrecht haben wieder die Grünen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Wirtschaftsausschuss!)

Damit haben wir alle entsprechenden Positionen besetzt. - Ich bedanke mich ganz herzlich für das zügige Verfahren und dafür, dass wir auf ein Losverfahren verzichten konnten.

Beschluss:

Da sich die Fraktionen nicht auf die Verteilung der Ausschussvorsitze geeinigt haben, kommt das Zugriffsverfahren gemäß § 58 Absatz 5 Satz 2 bis 4 GO NRW zur Anwendung. Bezüglich der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gilt dies gemäß § 58 Absatz 5 Satz 5 Satz 6 GO NRW entsprechend. Diesem Verfahren unterliegen nicht der Hauptausschuss, der Jugendhilfeausschuss, der Wahlausschuss und der Kreiswahlausschuss.

Auf Grund der Entscheidung unter Punkt 7.1, welche Ausschüsse gebildet werden sollen, unterliegen 16 Vorsitze bzw. deren erster und zweiter Stellvertreter dem Zugriffsverfahren.

Unter Punkt 7.3 wurde die Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder festgelegt.

Davon sind im Zugriffsverfahren folgende Gremien zu berücksichtigen:

Ausschüsse mit dreizehn stimmberechtigten Mitgliedern:

- *Ausschuss Allgemeine Veraltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales*
- *Ausschuss für Soziales und Senioren*
- *Ausschuss für Kunst und Kultur (mit den zugehörigen Betriebsausschüssen)*
- *Ausschuss für Schule und Weiterbildung*
- *Sportausschuss*
- *Stadtentwicklungsausschuss*
- *Ausschuss für Umwelt und Grün (mit dem zugehörigen Betriebsausschuss)*
- *Verkehrsausschuss*
- *Wirtschaftsausschuss*
- *Ausschuss für Anregungen und Beschwerden*
- *Finanzausschuss (mit dem zugehörigen Betriebsausschuss)*
- *Rechnungsprüfungsausschuss*

Ausschüsse mit neun stimmberechtigten Mitgliedern:

- *Liegenschaftsausschuss*
- *Bauausschuss (mit dem zugehörigen Betriebsausschuss)*
- *Gesundheitsausschuss*
- *Wahlprüfungsausschuss*

Auf Grund der Fraktionsstärken

SPD	*27*
CDU	*24*
Grüne	*18*
Die Linke	*6*
FDP	*5*
AfD	*3*

nehmen unter Berücksichtigung des d'Hondtschen Höchstzahlenverfahrens bei der Besetzung der 13er- und der 9er- Ausschüsse folgende Fraktionen am Zugriffsverfahren teil:

SPD	*27*
CDU	*24*
Grüne	*18*
Linke	*6*
FDP	*5*

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass hinsichtlich

- des 6. und 7. Zugriffs,
- des 10.; 11. und 12. Zugriffs, und

- des 16. und 17. Zugriffs,

wegen identischer Höchstzahlen Losentscheide zwischen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (6. und 7. Zugriff bzw. 16. und 17. Zugriff) sowie zwischen den Fraktionen von CDU, Grünen und Linke (10.; 11. und 12 Zugriff) Fraktion erforderlich seien. Hinsichtlich der Frage des Oberbürgermeisters, ob es eine Einigung gegeben habe, erklären die Fraktionen, dass man sich bei den 6. und 7. Zugriff bzw. dem 16. und dem 17. Zugriff verständigt habe, dass der SPD der Vortritt vor den Grünen gelassen werde. Hinsichtlich des 10.; 11. und 12 Zugriffs habe man sich auf die Reihenfolge CDU, Grüne und Linke verständigt.

I. Die Fraktionen greifen im Zugriffsverfahren wie folgt auf die Ausschussvorsitze zu:

Ausschuss:	*Vorsitz:*
1. Finanzausschuss und Betriebsausschuss	*SPD*
2. Stadtentwicklungsausschuss	*CDU*
3. Verkehrsausschuss	*Grüne*
4. Ausschuss für Kunst und Kultur und Betriebsausschüsse	*SPD*
5. AVR/Vergabe/Internationales	*CDU*
6. Ausschuss für Soziales und Senioren	*SPD*
7. Liegenschaftsausschuss	*Grüne*
8. Ausschuss für Schule und Weiterbildung	*CDU*
9. Sportausschuss	*SPD*
10. Bauausschuss und Betriebsausschuss	*CDU*
11. Ausschuss für Anregungen und Beschwerden	*Grüne*
12. Rechnungsprüfungsausschuss	*Linke*
13. Wirtschaftsausschuss	*SPD*
14. Ausschuss für Umwelt und Grün und Betriebsausschuss	*FDP*
15. Wahlprüfungsausschuss	*CDU*
16. Gesundheitsausschuss	*Grüne*

II. Die Fraktionen greifen wie folgt auf die 1. stellvertretenden Ausschussvorsitze zu:

Ausschuss:	*Vorsitz:*
1. Stadtentwicklungsausschuss	*SPD*
2. Finanzausschuss	*CDU*
3. Ausschuss für Kunst und Kultur und Betriebsausschüsse	*Grüne*
4. Verkehrsausschuss	*SPD*
5. Wirtschaftsausschuss	*CDU*
6. Ausschuss für Schule und Weiterbildung	*SPD*
7. Ausschuss für Soziales und Senioren	*Grüne*
8. Ausschuss für Umwelt und Grün und Betriebsausschuss	*CDU*
9. AVR/Vergabe/Internationales	*SPD*
10. Liegenschaftsausschuss	*CDU*
11. Bauausschuss und Betriebsausschuss	*Grüne*
12. Sportausschuss	*Linke*
13. Ausschuss für Anregungen und Beschwerden	*SPD*
14. Rechnungsprüfungsausschuss	*FDP*
15. Gesundheitsausschuss	*CDU*
16. Wahlprüfungsausschuss	*Grüne*

III. Die Fraktionen greifen wie folgt auf die 2. stellvertretenden Ausschussvorsitze zu:

Ausschuss:	*Vorsitz:*
1. Rechnungsprüfungsausschuss	*SPD*
2. Ausschuss für Kunst und Kultur und Betriebsausschüsse	*CDU*
3. Finanzausschuss	*Grüne*
4. Bauausschuss und Betriebsausschuss	*SPD*
5. Verkehrsausschuss	*CDU*
6. Liegenschaftsausschuss	*SPD*
7. Ausschuss für Umwelt und Grün und Betriebsausschuss	*Grüne*
8. Sportausschuss	*CDU*
9. Gesundheitsausschuss	*SPD*
10. Ausschuss für Soziales und Senioren	*CDU*
11. Stadtentwicklungsausschuss	*Grüne*
12. Ausschuss für Anregungen und Beschwerden	*Linke*
13. AVR/Vergabe/Internationales	*SPD*
14. Wahlprüfungsausschuss	*FDP*

15.	*Ausschuss für Schule und Weiterbildung*	*CDU*
16.	*Wirtschaftsausschuss*	*Grüne*

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt

7.11 Bildung eines Wahlprüfungsausschusses für die Kommunalwahl 2014 1657/2014

Hierzu liegt Ihnen eine Vorlage vor. Der Wahlprüfungsausschuss ist - darauf habe ich eben hingewiesen - aufgrund des Kommunalwahlgesetzes ein Pflichtausschuss. Er wird aber nach den Regeln der Gemeindeordnung besetzt und ist somit auch ein echter Ratsausschuss.

Wir haben die namentliche Benennung und Wahl der Ausschussmitglieder und die namentliche Benennung der Ausschussvorsitzenden in die nächste Sitzung geschoben. Wie ich bereits angedeutet habe, können wir das bei der Besetzung des Wahlprüfungsausschusses aber nicht machen, weil es ausdrücklicher Wille des Gesetzgebers ist, dass dieser Ausschuss unverzüglich nach der Durchführung der Wahl zu besetzen ist.

Da wir bereits unter Tagesordnungspunkt 7.3 die Größe des Ausschusses sowie unter Tagesordnungspunkt 7.10 den Zugriff der Fraktion der CDU auf den Ausschussvorsitz festgelegt haben, müssen wir jetzt nur noch die Wahl der Ausschussmitglieder sowie die namentliche Benennung des Vorsitzenden und des Stellvertreters durchführen.

Nach der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen bestehen grundsätzlich zwei Möglichkeiten, einen Ausschuss zu besetzen.

Als erste Alternative sieht § 50 Abs. 3 die Einigung aller Ratsmitglieder vor. Das ist offensichtlich nicht geschehen.

Kommt ein einheitlicher Wahlvorschlag nicht zustande, wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in einem Wahlgang abgestimmt.

Gestatten Sie mir, dass ich die entsprechende gesetzliche Regelung noch einmal vorlese, damit alle auf dem gleichen Kenntnisstand sind.

> Dabei sind die Wahlstellen auf die Wahlvorschläge der Fraktionen und Gruppen des Rates entsprechend dem Verhältnis der Stimmenzahlen, die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallen, zur Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen zu verteilen. Jedem Wahlvorschlag werden zunächst so viele Sitze zugeteilt, wie sich für ihn ganze Zahlen ergeben. Sind danach noch Sitze zu vergeben, so sind sie in der Reihenfolge der höchsten Zahlenbruchteile zuzuteilen. Bei gleichen Zahlenbruchteilen entscheidet das Los.

Das erfolgt also nach dem bekannten Verteilungsverfahren nach Hare/Niemeyer.

(Schaubild)

Gibt es hierzu einen Vorschlag? - Ich sehe, dass ein Listenvorschlag vorliegt, der folgende Namen beinhaltet:

- für die SPD Frau Monika Schultes, Herr Rafael Christof Struwe und Frau Gabriele Hammelrath
- für die CDU Herr Dr. Ralph Elster und Herr Volker Meertz
- für die Grünen Herr Lino Hammer und Herr Manfred Waddey
- für die Linke Frau Güldane Tokyürek
- für die FDP Herr Ulrich Breite

Gibt es weitere Vorschläge für eine Liste?

(Zuruf von der AfD: Es gibt noch einen Vorschlag 6!)

- Richtig; es gibt noch einen Vorschlag der AfD. Er lautet:

- für die AfD Herr Fabian Jacobi und Herr Hendrik Rottmann

Damit liegen sechs Vorschläge vor. Wenn keine weiteren Vorschläge vorgelegt werden, können wir darüber abstimmen. Ich lasse positiv abstimmen. Wir können das diesmal auch offen machen. Ich darf auch die Stimmzähler bitten, nach vorne zu kommen. Sie sind ja bereits eingewiesen worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zu einer Neuerung bei der Auszählung der Stimmen. Ich werde gleich die einzelnen Wahlvorschläge, die auf dem Bildschirm dargestellt sind, aufrufen und bitte Sie, sehr diszipliniert an dieser Abstimmung teilzunehmen. Schließlich verständigen wir uns heute zum ersten Mal darauf, das so zu machen. Ich hoffe, dass Sie da-

mit einverstanden sind. Wenn Sie einem Wahlvorschlag zustimmen, stehen Sie bitte auf, um den Stimmzählern die Möglichkeit zu geben, entsprechend durchzuzählen. Wie gesagt, bitte ich Sie auch, diese Abstimmung diszipliniert durchzuführen.

Zunächst rufe ich den Wahlvorschlag 1 der SPD auf. Vorgeschlagen sind Frau Monika Schultes, Herr Rafael Christof Struwe und Frau Gabriele Hammelrath. Ich bitte diejenigen, die für diesen Wahlvorschlag stimmen, sich jetzt zu erheben. - Danke.

Dann kommen wir zum Vorschlag 2. Für die CDU sind Herr Dr. Ralph Elster und Herr Volker Meertz vorgeschlagen. Ich bitte diejenigen, die dafür stimmen möchten, sich zu erheben. - Danke schön.

Wir kommen zum Vorschlag 3. Die Grünen schlagen Herrn Lino Hammer und Herrn Manfred Waddey vor. Wer dafür ist, stehe bitte auf. - Danke sehr.

Jetzt kommen wir zum Vorschlag 4. Die Linken schlagen Frau Güldane Tokyürek vor. - Danke.

Dann kommen wir zum Vorschlag 5 der FDP, Herrn Ulrich Breite zu wählen. - Vielen Dank.

(Martin Börschel [SPD]: Andreas, dass ich das noch erleben darf!)

Jetzt stimmen wir noch über den Vorschlag 6 der AfD ab, die Herrn Fabian Jacobi und Herrn Hendrik Rottmann vorschlägt. - Danke.

Damit sind wir durch. Ich sehe auch keine Enthaltungen.

Jetzt können wir zur Auszählung nach dem Höchstzahlverfahren schreiten. Bis das Gesamtergebnis vorliegt, unterbreche ich die Sitzung für eine kurze Weile.

(Unterbrechung von 15.43 bis 15.49 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

Es sind 84 Stimmen abgegeben worden. Das waren 84 gültige Stimmen. Auf den Listenvorschlag 1 entfielen 27 Stimmen; auf den Listenvorschlag 2 entfielen 24 Stimmen; auf den Listenvorschlag 3 entfielen 18 Stimmen; auf den Listenvorschlag 4 entfielen 6 Stimmen; auf den Listenvorschlag 5 entfielen 6 Stimmen; auf den Listenvorschlag 6 entfielen 3 Stimmen.

(Schaubild)

Damit sind folgende neun Mitglieder des Rates als stimmberechtigte Mitglieder gewählt:

- Frau Monika Schultes
- Herr Rafael Struwe
- Frau Gabriele Hammelrath
- Herr Dr. Ralph Elster
- Herr Volker Meertz
- Herr Lino Hammer
- Herr Manfred Waddey
- Frau Güldane Tokyürek
- Herr Ulrich Breite

Die Mitglieder der AfD, die heute beim Wahlprüfungsausschuss nicht zum Zuge gekommen sind, haben die Möglichkeit, dort ein sogenanntes Grundmandat als beratendes Mitglied auszuüben.

Ich frage einmal in Richtung AfD - denn dann hätten wir den Wahlprüfungsausschuss sofort vollständig vorliegen -: Haben Sie Interesse daran, als beratendes Mitglied am Wahlprüfungsausschuss teilzunehmen?

(Zuruf von der AfD: Ja, das haben wir!)

- Okay. Dann machen wir es so. Und wer soll das sein?

(Zuruf von der AfD: Herr Fabian Jacobi!)

- Herr Fabian Jacobi wird von Ihnen als beratendes Mitglied benannt. Dann ist das auch so in Ordnung.

Wir müssen jetzt noch den Vorsitzenden und die beiden stellvertretenden Vorsitzenden benennen.

Beim Zugriffsverfahren hat die CDU den Vorsitz für sich reklamieren können. Daher frage ich die

CDU: Gibt es einen Vorschlag für den Vorsitzenden?

(Bernd Petelkau [CDU]: Dr. Ralph Elster!)

- Herr Dr. Elster. - Wir lassen einzeln darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich die Grünen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Lino Hammer!)

- Herr Hammer. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

Jetzt frage ich die FDP.

(Reinhard Houben [FDP]: Ulrich Breite!)

- Herr Breite. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.

Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt abgeschlossen. Ich bedanke mich ganz herzlich. Dann kann der Wahlprüfungsausschuss sich auch konstituieren.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Bildung eines Wahlprüfungsausschusses zur Vorbereitung der Beschlussfassung über die Einsprüche zur Kommunalwahl und zur Wahl des Integrationsrates der Stadt Köln 2014 sowie zur Vorbereitung der Feststellung der Gültigkeit dieser Wahlen.

Anmerkungen:

- *Der Beschluss zur Bildung des Wahlprüfungsausschusses wurde bereits unter Punkt 7.1 getroffen. Hier hat der Rat über die Bildung der Pflichtausschüsse nach der GO NRW bzw. anderer spezialgesetzlicher Vorschriften sowie weiterer freiwilliger Ausschüsse entschieden.*
- *Die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder wurde unter dem Punkt 7.3 mit 9 festgelegt.*
- *Unter Punkt 7.7 hat der Rat zudem entschieden, für den Wahlprüfungsausschuss keine sachkundigen Einwohner zuzulassen.*

Zur Wahl der stimmberechtigten Mitglieder liegen folgende Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD- Fraktion)
- Monika Schultes (RM)
- Rafael Christof Struwe (RM)
- Gabriele Hammelrath (SB)

Vorschlag 2 (CDU-Fraktion)
- Dr. Ralph Elster (RM)
- Volker Meertz (SB)

Vorschlag 3 (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- Lino Hammer (RM)
- Manfred Waddey (SB)

Vorschlag 4 (Fraktion Die Linke.)
- Güldane Tokyürek (RM)

Vorschlag 5 (FDP-Fraktion)
- Ulrich Breite (RM)

Vorschlag 6 (AfD-Fraktion)
- Fabian Jacobi (SB)
- Hendrik Rottmann (RM)

Die Wahl findet offen statt, es werden 84 Stimmen abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1: 27 Stimmen
Vorschlag 2: 24 Stimmen
Vorschlag 3: 18 Stimmen
Vorschlag 4: 6 Stimmen
Vorschlag 5: 6 Stimmen
Vorschlag 6: 3 Stimmen

Unter Anwendung des Zuteilungsverfahrens nach Hare-Niemeyer erhalten die Fraktionen folgende Anzahl von Sitzen:

Vorschlag 1: 3 Sitze
Vorschlag 2: 2 Sitze
Vorschlag 3: 2 Sitze
Vorschlag 4: 1 Sitz
Vorschlag 5: 1 Sitz
Vorschlag 6: --

Beschluss:

In den Wahlprüfungsausschuss werden folgende stimmberechtigte Mitglieder gewählt:

1. *Monika Schultes (RM)*
2. *Rafael Christof Struwe (RM)*
3. *Gabriele Hammelrath (SB)*
4. *Dr. Ralph Elster (RM)*
5. *Volker Meertz (SB)*
6. *Lino Hammer (RM)*
7. *Manfred Waddey (SB)*
8. *Güldane Tokyürek (RM)*
9. *Ulrich Breite (RM)*

Herr Fabian Jacobi (SB) wird zum beratenden Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 S. 7 bis 10 GO NRW gewählt.

7.12 Namentliche Benennung und Wahl von Ausschussmitgliedern hier:
a) Stimmberechtigte Mitglieder
b) Beratende Mitglieder gemäß § 58 Abs. 1 Sätze 7 - 10 GO NRW
0685/2014

Diese Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung - wegen Beratungsbedarfs - bis zur folgenden Sitzung - am 01.07.2014 – zurückgestellt (siehe Ziffer V – Seite 3).

7.13 Namentliche Benennung der Ausschussvorsitzenden und der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

Diese Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung - wegen Beratungsbedarfs - bis zur folgenden Sitzung - am 01.07.2014 – zurückgestellt (siehe Ziffer V – Seite 3).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt

8 Ehrenkodex und Leitfaden für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zum Umgang mit mandatsbezogenen Vorteilen
1798/2014

Dazu liegt Ihnen eine Vorlage vor. Das ist ein bewährter Ehrenkodex und Leitfaden, der auch in den letzten Legislaturperioden das Handeln bestimmt hat.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Ehrenkodex und Leitfaden einstimmig angenommen. - Ich bedanke mich ganz herzlich.

Beschluss:

Der Rat beschließt den in Anlage 1 beigefügten Leitfaden und nimmt den in Anlage 2 enthaltenen Ehrenkodex zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt kommen wir zu einigen Sachentscheidungen, die als Dringlichkeitsentscheidungen zu genehmigen sind. Sie können sich vorstellen, dass es aus formaljuristischen Gründen notwendig ist, eine Dringlichkeitsentscheidung in der nächsten Sitzung des Rates entsprechend genehmigen zu lassen.

9 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW

Zu Tagesordnungspunkt 9.1:

9.1 Regionale 2010 - Rheinboulevard
Überplanmäßige Auszahlung gemäß § 83 Abs. 3 GO NRW
1064/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Deine Freunde ist das so angenommen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses aus seiner Sitzung am 28.04.2014.

Der Hauptausschuss beschließt eine überplanmäßige Auszahlung gemäß § 83 Abs. 3 GO NW im Teilfinanzplan 1301 (Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen), Zeile 8 / Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei Finanzstelle 6700-1301-1-9730 / Regionale 2010 – Rheinboulevard in Höhe von 6,9 Mio. € im Hj. 2014.

Die Deckung erfolgt durch Wenigerauszahlung in der gleichen Haushaltsposition (Finanzstelle) im Hj. 2015 (Haushaltsvorgriff).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. sowie der Gruppe Deine Freunde.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 9.2:

9.2 Überplanmäßige Ausgabe bei der Baumaßnahme Ufertreppe in Köln-Porz 1320/2014

Ich sehe keine Wortmeldungen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. so angenommen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses aus seiner Sitzung am 28.04.2014:

Der Hauptausschuss beschließt eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 155.000 Euro im Teilfinanzplan 1002 – Denkmalpflege – Finanzstelle 4800-1002-0-1100 Treppenanlage Friedrich-Ebert-Ufer.

Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Teilfinanzplan 0404 – Rautenstrauch-Joest-Museum- Finanzstelle 4513-0404-0-1731 Klimakammer-zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 9.3:

9.3 Aufstockung der jährlichen Zuwendungen für die NABU Naturschutzstation Leverkusen - Köln e. V. 1362/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Dann frage ich: Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses aus seiner Sitzung am 28.04.2014:

Der Hauptausschuss beschließt die Aufstockung des 20%igen städtischen Zuwendungsanteils zur finanziellen Unterstützung der NABU Naturschutzstation Leverkusen – Köln e.V. (Biostation) um 10.666,- € ab 2014 unter der Voraussetzung, dass der 80%ige Landeszuschuss um 42.664 € erhöht wird. Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung mit der umgehenden Umsetzung dieses Vorhabens.

Die Mittel stehen im Teilplan 1401, Umweltordnung, - vorsorge, bei Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 9.4:

9.4 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Niehl Arbeitstitel: Drosselweg/Finkenplatz in Köln-Niehl 1387/2014

Ich sehe keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses aus seiner Sitzung am 12.05.2014:

Gemäß § 60 Absatz 2 Satz 1 Gemeindeordnung NW (GO NW) wird wie folgt beschlossen

Der Hauptausschuss beschließt die Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Niehl – Arbeitstitel: Drosselweg/Finkenplatz in Köln-Niehl– für die Grundstücke beidseitig des Niehler Kirchweges zwischen Friedrich-Karl-Straße und Niehler Straße, beidseitig des Drosselweges, beidseitig der Niehler Straße zwischen Niehler Kirchweg und der Grünfläche nördlich der Spechtstraße, die Grundstücke am Finkenplatz und die auf der Westseite der Spechtstraße in Köln-Niehl in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 9.5:

9.5 Ersatzbeschaffung einer Kuvertieranlage
1390/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das auch so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses aus seiner Sitzung am 12.05.2014:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, in einem offenen Verfahren die Leistung für ein Kuvertiersystem in der Druckerei nach den Vergaberichtlinien (VOL/A) mit einem Volumen von 505.800 € auszuschreiben. Auf einen Vergabevorbehalt wird verzichtet.*

2. *Der Hauptausschuss beschließt zur Finanzierung der nicht veranschlagten Auszahlungsermächtigung eine überplanmäßige investive Auszahlung im Haushaltsjahr 2014 gem. § 83 GO NRW in Höhe von 338.600 € im Teilfinanzplan 0106 –Zentrale Dienstleistungen in der Teilplanzeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen, Finanzstelle 0000-0106-0-0003 – Kuvertiermaschine/Spoolersoftware.*

   Die Deckung erfolgt durch investive Wenigerauszahlungen im Teilfinanzplan 0212 – Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst in der Teilplanzeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen, Finanzstelle 3701-0212-0-0100 – Kraftfahrzeuge in Höhe von 175.000 € sowie durch investive Mehreinzahlungen in Höhe von 163.600 € im Teilfinanzplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft in der Teilplanzeile 1 – Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen, Finanzstelle 9000-1601-0-0006 – Investitionspauschale.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 9.6:

9.6 4. Verordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2014 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen vom 18.12.2013
1533/2014

Ich sehe keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses aus seiner Sitzung am 12.05.2014:

Der Hauptausschuss beschließt gem. § 60 Abs.1 Satz 1 der Gemeindeordnung NW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten 4. Verordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2014 vom 18.12.2013 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 9.7:

9.7 Provisorische Wiederinbetriebnahme des Objekts Xantener Str. 84, 50733 Köln-Nippes zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung der Stadt Köln
1618/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Oberbürgermeisters und eines Ratsmitgliedes vom 20.06.2014:

Wir genehmigen gemäß § 60 Absatz 1, Satz 2 GO NRW in Verbindung mit § 10 der Hauptsatzung die provisorische Wiederinbetriebnahme des städtischen Objekts Xantener Str. 84 und die Instandsetzung des EGs sowie von Teilen des 1. und 2. OGs zur Bereitstellung von insgesamt 80 Unterbringungsplätzen.

Zur Finanzierung der konsumtiven Maßnahmen genehmigen wir überplanmäßigen Mehraufwand im Haushaltsjahr 2014 im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in Teilplanzeilen

- *13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen – in Höhe von rd. 665.300 € und*
- *14 – Bilanzielle Abschreibungen – in Höhe von rd. 28.700 €,*

insgesamt 694.000 €.

Die Deckung des Mehraufwandes erfolgt durch Mehrerträge in Höhe von rd. 48.900 € im Teilergebnisplan 1004, Teilplanzeile 04, öffentlich rechtliche Leistungsentgelte, sowie vorläufig durch Minderaufwendungen in Höhe von 645.100 € im Teilergebnisplan 1601, allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 20, Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

Wir genehmigen gleichzeitig im Haushaltsjahr 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 48.900 € im Teilergebnisplan 0503, weitere soziale Pflichtleistungen, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen. Die vorläufige Deckung erfolgt durch Minderaufwendungen im Teilergebnisplan 1601, allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 20, Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

Wir genehmigen außerdem die Bereitstellung der erforderlichen investiven Mittel zur Ausstattung des Objektes Xantener Str. 84 in Höhe von 51.209 € im Haushaltsjahr 2014 im Teilfinanzplan 1004, Teilfinanzplanzeile 09, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Finanzstelle 5620-1004-0-5125 Ausstattung Flüchtlingsunterbringung. Die Finanzierung erfolgt im Wege einer Sollverlagerung im gleichen Teilfinanzplan, Teilfinanzplanzeile 08, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5620-1004-5-5122, Auf dem Ginsterberg.

Köln, den 20.06.2014

gez. Jürgen Roters *gez. Niklas Kienitz*
Oberbürgermeister *Ratsmitglied*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen nun zu:

10 Vorlagen zur Vermeidung von Dringlichkeitsentscheidungen

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

10.1 Verwendung des Jahresüberschusses 2013 der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) 1589/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann sind wir froh und dankbar, dass wir so beschlossen haben, und danken auch der Stadtwerke Köln GmbH für die Entlastung unseres Haushalts.

Beschluss:

Der Rat beschließt, dass aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 71.835.673,32 €, den die Stadtwerke Köln GmbH im Geschäftsjahr 2013 erwirtschaftet hat, ein Betrag von 70.000.000,00 € an die Stadt Köln ausgeschüttet und der verbleibende Betrag von 1.835.673,32 € in die Gewinnrücklagen der Gesellschaft eingestellt wird.

Der Vertreter/die Vertreterin der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Köln GmbH wird ermächtigt, die hierzu notwendigen Erklärungen abzugeben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

11 Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

12 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

13 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit haben wir den öffentlichen Teil unserer 1. (konstituierenden) Ratssitzung beendet.

(Schluss: 15.57 Uhr)

2. Sitzung vom 1. Juli 2014

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Fortsetzung des Verfahrens aus der Ratssitzung am 24.06.2014 zu den Punkten 5 und 6 hier: Wahl, Einführung und Verpflichtung der Stellvertreter/Stellvertreterinnen des Oberbürgermeisters

1 Bildung der Fachausschüsse und des Integrationsrates

1.1 Bildung der Fachausschüsse hier: Fortsetzung des Verfahrens aus der Ratssitzung vom 24.06.2014

1.1.1 Festlegung der Anzahl und Bezeichnung der Ausschüsse

(zurückgezogen - Sache ist erledigt)

1.1.2 Änderungen von Betriebssatzungen

(zurückgezogen - Sache ist erledigt)

1.1.3 Festlegung der Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder

(zurückgezogen - Sache ist erledigt)

1.1.4 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln

(zurückgezogen - Sache ist erledigt)

1.1.5 Festlegung der Reihenfolge der Vertretung in den Ausschüssen

(zurückgezogen - Sache ist erledigt)

1.1.6 Festlegung der Anzahl der sachkundigen Bürger in den Ausschüssen

(zurückgezogen - Sache ist erledigt)

1.1.7 Festlegung der Anzahl der sachkundigen Einwohner in den Ausschüssen

(zurückgezogen - Sache ist erledigt)

1.1.8 Festlegung der Anzahl der Ausschüsse für fraktionslose Ratsmitglieder gemäß § 58 Absatz 1 Satz 11 und 12 GO NRW Wahl zu beratenden Mitgliedern der genannten Ausschüsse

0440/2014

1.1.9 Festlegung der Anzahl der Stellvertreter/innen des/der Ausschussvorsitzen-den

(zurückgezogen - Sache ist erledigt)

1.1.10 Zuteilung der Ausschussvorsitze und der stellvertretenden Ausschussvorsitze

(zurückgezogen - Sache ist erledigt)

1.1.11 Namentliche Benennung und Wahl von Ausschussmitgliedern hier: a) Stimmberechtigte Mitglieder b) Beratende Mitglieder gemäß § 58 Abs. 1 Sätze 7 - 10 GO NRW

0685/2014

1.1.12 Namentliche Benennung der Ausschussvorsitzenden und der stellvertreten-den Ausschussvorsitzenden

1.2 Bildung des Jugendhilfeausschusses

1.2.1 Besetzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) - stimmberechtigte Mitglieder

1325/2014

1.2.2 Besetzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) - Pflichtmitglieder

1326/2014

1.2.3 Besetzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) - weitere beratende Mitglieder

1327/2014

(zurückgezogen)

1.3 Benennung und Wahl beratender Mitglieder in den Ausschüssen

1.3.1 Benennung und Wahl der sachkundigen Einwohner in den Ausschüssen gemäß Ratsbeschluss vom 24.06.2014

0711/2014

(zurückgezogen)

1.3.2 Bestellung weiterer sachkundiger Einwohner
hier: Festlegung der Anzahl und Bestimmung der Träger
- Ausschuss für Kunst und Kultur (zugleich Fachausschuss für Denkmalschutz und Denkmalpflege
- Ausschuss für Soziales und Senioren
- Ausschuss für Schule und Weiterbildung

0713/2014

(zurückgezogen)

1.3.3 Benennung und Wahl eines zusätzlichen sachkundigen Einwohners in den Ausschuss Kunst und Kultur

1724/2014

(zurückgezogen)

1.3.4 Denkmalschutz und Denkmalpflege
Berufung sachverständiger Bürger

1738/2014

(zurückgezogen)

1.3.5 Wahl von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für den Ausschuss Soziales und Senioren

1823/2014

(zurückgezogen)

1.3.6 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für die Ausschüsse des Rates
hier: Benennung der Seniorenvertreter gemäß § 23 Abs. 3 der Hauptsatzung der Stadt Köln

1780/2014

(zurückgezogen)

1.3.7 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen
hier: Benennung gemäß Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik gemäß § 23a Abs. 3 der Hauptsatzung der Stadt Köln

(zurückgezogen)

1.3.8 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen
hier: Benennung gemäß Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft LST gemäß § 23b Abs. 3 der Hauptsatzung der Stadt Köln

(zurückgezogen)

1.3.9 Berufung von sachkundigen Einwohnern als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Ergänzung zu 0713/2014, TOP 1.3.2)

1842/2014

(zurückgezogen)

1.4 Bestellung der Mitglieder des Rates für den Integrationsrat der Stadt Köln für die Wahlperiode 2014 - 2020

1761/2014

(zurückgezogen)

2 Weitere Gremienbesetzungen

2.1 Bildung der 14. Landschaftsversammlung Rheinland hier: Wahl der von der Stadt Köln zu entsendenden Mitglieder und Ersatzmitglieder sowie Wahl der Reservelisten

0726/2014

2.2 Wahl des Vorsitzenden des Ältestenrates

1834/2014

2.3 Wahl der Mitglieder des Ältestenrates

1835/2014

2.4 Wahl der Mitglieder des Regionalrates

1808/2014

2.5 Wahl eines Mitglieds der Kommunalen Bank des Braunkohlenausschusses und eines Mitglieds mit beratender Befugnis des Braunkohlenausschusses

1833/2014

3 Wiederwahl der Beigeordneten Frau Dr. Klein, Dezernat IV- Bildung, Jugend und Sport

1815/2014

(zurückgezogen)

4 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW

5 Vorlagen zur Vermeidung von Dringlichkeitsentscheidungen

5.1 Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum in Köln (Wohnraumschutzsatzung)

1845/2014

5.2 Bürgerbegehren Rathausplatz - Prüfung der Zulässigkeit

1843/2014

5.3 Bestellung von Frau Susanne Laugwitz-Aulbach, Beigeordnete für Kunst und Kultur der Stadt Köln, für die Zeit vom 01.09.2014 bis 31.08.2015 zur Ersten Betriebsleiterin der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gürzenich-Orchester Köln.

1895/2014

6 Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

6.1 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. betreffend "Umgang mit rechtsextremen Parteien im Kölner Rat"

7 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Anwesend waren:

Vorsitzender
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Aymaz, Berivan; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Beckamp, Roger Friedrich Nikolaus; Benthem van, Henk; Bercher-Hiss, Susanne; Börschel, Martin; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Dresler-Graf, Margret; Elster, Ralph Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Gordes, Birgit; Gutzeit, Walter Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Haug, Jochen; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf Bürgermeister Dr.; Henk-

Hollstein, Anna-Maria; Henseler, Andreas; Heuser, Marion; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klausing, Christoph; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Ott, Jochen; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Rabenstein, Svenja; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Rottmann, Hendrik Heinz Dietmar; Santos Herrmann, Susana dos; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schoser, Martin Dr.; Schultes, Monika; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Struwe, Rafael Christof; Symanski, Ute Dr.; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; von Wengersky, Alexandra Gräfin; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Woller, Julia; Wolter, Andreas Bürgermeister; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeister
Wirges, Josef; Fuchs, Norbert; Thiele, Markus, Benthem van, Henk

Verwaltung
Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Höing, Franz-Josef Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne Beigeordnete; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.

Schriftführerin
Frau Kramp

Stenograph
Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:
Stimmberechtigte Mitglieder
Wolter, Judith

Bezirksbürgermeister
Hupke, Andreas; Homann, Mike; Schößler, Bernd

(Beginn: 14.09 Uhr - Ende: 19.01 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie alle ganz herzlich zur 2. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode begrüßen. Ich begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und im Internet sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Ich begrüße die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister, die nicht dem Rat angehören, hier zu meiner Linken und gratuliere ihnen herzlich zu ihrer Wahl bzw. Wiederwahl. Natürlich begrüße ich auch Sie alle als Mitglieder des Rates.

Nach den mir vorliegenden Meldungen ist heute Frau Wolter entschuldigt.

Bei der letzten Sitzung hatten wir ausnahmsweise sechs statt drei Stimmzählerinnen bzw. Stimmzähler bestimmt. Da wir auch bei dieser Sitzung eine Vielzahl von Wahlen haben, wollen wir heute wieder sechs Stimmzählerinnen und Stimmzähler benennen, und zwar diejenigen, die sich beim letzten Mal schon sehr bewährt haben. Ich darf sie noch einmal aufzählen. Es sind Frau Dr. Bürgermeister, Frau Henk-Hollstein, Herr Brust, Herr Weisenstein, Frau Laufenberg und Herr Haug. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, dass diese Kolleginnen und Kollegen noch einmal als Stimmzähler agieren.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten können, müssen wir die Tagesordnung feststellen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf gekennzeichnet. Die eingegangenen Änderungsanträge, soweit sie vorliegen, finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten.

Mir liegt ein Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Umgang mit rechtsextremen Parteien im Kölner Rat“ vor.

Stimmt jemand dagegen, diese Aktuelle Stunde durchzuführen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen.

Die Frage ist, wann wir diese Aktuelle Stunde durchführen. Sie ist bislang in der Tagesordnung unter Ziffer 6.1 aufgeführt.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister, ich möchte im Namen aller drei

Antragsteller beantragen, diese Aktuelle Stunde unmittelbar nach der Fortsetzung der Wahl der Bürgermeister durchzuführen, also als TOP 0.1.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Das nehmen wir zunächst einmal so zur Kenntnis.

Dann kommen wir zur eigentlichen Tagesordnung. Unter dem Tagesordnungspunkt 0 ist die Fortsetzung des Verfahrens aus der Ratssitzung am 24. Juli 2014 zu den Punkten 5 und 6 vorgesehen. Hier geht es um die Wahl eines vierten Bürgermeisters. Sie erinnern sich daran, dass wir bei der letzten Sitzung noch keinen namentlich benannten vierten Stellvertreter gewählt haben. Das soll jetzt nachgeholt werden. Ich werde gleich noch im Einzelnen etwas dazu sagen, wenn wir zu diesem Tagesordnungspunkt kommen.

Zudem gibt es folgende Zusetzungen - ich bitte um Aufmerksamkeit -: Tagesordnungspunkt 1.3.9 zunächst als Zusetzung - wir werden gleich noch darüber beschließen, ob er wieder gestrichen werden kann -, Tagesordnungspunkt 5.1 und Tagesordnungspunkt 5.2.

Beim Tagesordnungspunkt 5.2 geht es um das Bürgerbegehren Rathausvorplatz. Der Verwaltung liegt ein solches Bürgerbegehren vor, dessen Zulässigkeit geprüft worden ist. Nach § 26 Abs. 6 Satz 1 der Gemeindeordnung ist der Rat verpflichtet, unverzüglich festzustellen, ob dieses Bürgerbegehrens zulässig ist.

Zwischenzeitlich sind wir von den Initiatoren des Bürgerbegehrens darauf hingewiesen worden, dass man sich im Hinblick auf die Kurzfristigkeit der Einbringung dieser Vorlage nicht entsprechend vorbereiten konnte.

Deswegen ist die Frage: Wie gehen wir mit dieser Vorlage um? - Herr Kienitz, bitte.

Niklas Kienitz (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion beantragt, den Tagesordnungspunkt 5.2 zu vertagen. Sie haben gerade die Kurzfristigkeit angesprochen. Aus diesem Grund möchten wir diesen Punkt in der September-Sitzung behandeln.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Ich schaue einmal in die Runde. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das im Rahmen der Vorbereitung der Tagesordnung schon einmal so beschlossen.

Zugesetzt sind ferner Tagesordnungspunkt 5.3 und im nichtöffentlichen Teil der Sitzung Tagesordnungspunkt 10.1.

Wir hatten eine ganze Reihe von Punkten prophylaktisch auf die Tagesordnung dieser 2. (konstituierenden) Ratssitzung gesetzt. Die Tagesordnungspunkte 1.1.1 bis 1.1.7 haben sich inzwischen erledigt, weil wir das alles schon bei der 1. (konstituierenden) Sitzung beschlossen haben.

Außerdem schlage ich vor, dass wir alle Punkte, die unter dem Tagesordnungspunkt 1.3, Benennung und Wahl beratender Mitglieder in den Ausschüssen, aufgeführt sind, schieben. Die Wahlen der beratenden Mitglieder sollten wir nicht in der heutigen Sitzung vornehmen, sondern in der September-Sitzung, weil wir dann einen kompletten Überblick über die von unterschiedlicher Seite zu benennenden beratenden Mitglieder haben. Dann würden wir den Themenkomplex „beratende Mitgliedschaft in den Ausschüssen“ heute ganz ausklammern und diese Wahlen in der September-Sitzung durchführen.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das im Rahmen der Vorbereitung der Tagesordnung auch schon so beschlossen.

Dann frage ich: Gibt es sonst noch Hinweise zur Tagesordnung? - Bitte schön.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister, im Namen unserer Fraktion und der Fraktion der SPD bitte ich darum, noch zwei weitere Tagesordnungspunkte zu vertagen, und zwar den TOP 1.2.3 und den TOP 3.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Beim Tagesordnungspunkt 1.2.3 geht es um weitere beratende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses. Dass wir uns mit den beratenden Mitgliedern erst in der September-Sitzung befassen, haben wir gerade schon festgestellt.

Außerdem haben Sie darum gebeten, den Tagesordnungspunkt 3 zu vertagen. Ist das richtig?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Damit ist das so geschehen.

Jetzt können wir insgesamt über die Tagesordnung mit den gerade beschlossenen Änderungen abstimmen. Gibt es Gegenstimmen gegen diese Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Ebenfalls nicht. Damit ist die Tagesordnung so beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Oberbürgermeister eröffnet die konstituierende Sitzung des Rates und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

I. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass in dieser Sitzung wieder eine Vielzahl von Wahlen durchgeführt werden und schlägt deshalb vor, wie in der letzten Sitzung wieder sechs Stimmzähler anstatt der üblichen drei Stimmzähler zu benennen. Der Rat stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Frau Dr. Bürgermeister, Frau Henk-Hollstein, Herrn Brust, Herrn Weisenstein, Frau Laufenberg und Herrn Haug vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass von der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. fristgerecht eine aktuelle Stunde zum Thema "Umgang mit rechtsextremen Parteien im Kölner Rat" vorgelegt worden sei. Die Angelegenheit sei als Punkt 6.1 in der aktuellen Tagesordnung enthalten.

Ratsmitglied Frank schlägt vor, die Angelegenheit im Anschluss an den ersten Punkt der Tagesordnung "Wahl der Stellvertreter/Stellvertreterinnen des Oberbürgermeisters" als neuen Punkt 01 zu behandeln.

III. Anschließend nennt der Oberbürgermeister die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

Fortsetzung des Verfahrens aus der Ratssitzung am 24.06.2014 zu den Punkten 5 und 6 hier: Wahl, Einführung und Verpflichtung der Stellvertreter/Stellvertreterinnen des Oberbürgermeisters

1.3 Benennung und Wahl beratender Mitglieder in den Ausschüssen

1.3.9 Berufung von sachkundigen Einwohnern als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Ergänzung zu 0713/2014, TOP 1.3.2)

1842/2014

5 Vorlagen zur Vermeidung von Dringlichkeitsentscheidungen

5.1 Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum in Köln (Wohnraumschutzsatzung)

1845/2014

5.2 Bürgerbegehren Rathausplatz - Prüfung der Zulässigkeit

1843/2014

5.3 Bestellung von Frau Susanne Laugwitz-Aulbach, Beigeordnete für Kunst und Kultur der Stadt Köln, für die Zeit vom 01.09.2014 bis 31.08.2015 zur Ersten Betriebsleiterin der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gürzenich-Orchester Köln.

1895/2014

10 Vorlagen zur Vermeidung von Dringlichkeitsentscheidungen

10.1 Ankauf Bonner Straße 219 in Köln-Bayenthal

1796/2014

Absetzungen

Bildung der Fachausschüsse und des Integrationsrates

1.1 Bildung der Fachausschüsse hier: Fortsetzung des Verfahrens aus der Ratssitzung vom 24.06.2014

1.1.1 Festlegung der Anzahl und Bezeichnung der Ausschüsse

1.1.2 Änderungen von Betriebssatzungen

1.1.3 Festlegung der Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder

1.1.4 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln

1.1.5 Festlegung der Reihenfolge der Vertretung in den Ausschüssen

1.1.6 Festlegung der Anzahl der sachkundigen Bürger in den Ausschüssen

1.1.7 Festlegung der Anzahl der sachkundigen Einwohner in den Ausschüssen

1.1.9 Festlegung der Anzahl der Stellvertreter/innen des/der Ausschussvorsitzen-den

1.1.10 Zuteilung der Ausschussvorsitze und der stellvertretenden Ausschussvorsitze

1.3 Benennung und Wahl beratender Mitglieder in den Ausschüssen

1.3.4 Denkmalschutz und Denkmalpflege
Berufung sachverständiger Bürger

1738/2014

1.3.7 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen
hier: Benennung gemäß Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik gemäß § 23a Abs. 3 der Hauptsatzung der Stadt Köln

1.3.8 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen
hier: Benennung gemäß Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft LST gemäß § 23b Abs. 3 der Hauptsatzung der Stadt Köln

Der Oberbürgermeister erläutert unter Bezug auf Punkt 5.2, dass es sich hierbei um das Bürgerbegehren zum Rathausvorplatz handele. Die Initiatoren des Bürgerbegehrens haben sich bereits bei der Verwaltung gemeldet und erklärt, dass aufgrund der Kurzfristigkeit mit der die Sache vorgelegt worden sei, keine ausreichende Zeit zur Vorbereitung für sie zur Verfügung gestanden habe.

Ratsmitglied Kienitz beantragt im Namen der CDU-Fraktion, die Beratung der Angelegenheit bis zur Septembersitzung zurückzustellen.

Der Rat stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

IV. Der Oberbürgermeister schlägt anschließend vor, die Beratung aller Punkte die unter dem Oberpunkt 1.3. Benennung und Wahl beratender Mitglieder in den Ausschüssen“ zusammengefasst sind, zurückzustellen und sie in der folgenden Sitzung – am 02.09.2014 – erneut aufzugreifen.

Der Rat stimmt diesem Vorschlag einstimmig zu.

V. Ratsmitglied Frank beantragt im Namen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Beratung der Punkte

1.2.3 Besetzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) - weitere beratende Mitglieder

1327/2014

3 Wiederwahl der Beigeordneten Frau Dr. Klein, Dezernat IV- Bildung, Jugend und Sport

1815/2014

ebenfalls bis zur kommenden Sitzung zurückzustellen.

Auch diesen Vorschlägen stimmt der Rat einvernehmlich zu.

VI. Im Übrigen legt der Rat die so geänderte Tagesordnung einstimmig fest:

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nun treten wir in die Tagesordnung ein und beginnen mit dem Tagesordnungspunkt

0 Fortsetzung des Verfahrens aus der Ratssitzung am 24.06.2014 zu den Punkten 5 und 6
hier: Wahl, Einführung und Verpflichtung der Stellvertreter/Stellvertreterinnen des Oberbürgermeisters

Die Position des vierten Stellvertreters des Oberbürgermeisters ist noch offen. Sie erinnern sich, dass dieser Namen in der letzten Sitzung noch nicht entsprechend platziert worden ist. Das wollen wir jetzt nachholen.

(Schaubild)

Das Benennungsrecht liegt bei der SPD. Die SPD hat Herrn Dr. Heinen als vierten Bürgermeister benannt.

Aus formaljuristischen Gründen soll die Wahl diesmal unter Benennung aller Wahlvorschläge durchgeführt werden. Das muss auch in geheimer Wahl geschehen. Das heißt: Es liegt eine einheitliche Liste vor, über die Sie - und zwar ohne Aussprache - in geheimer Wahl zu befinden haben.

Auf dieser Liste befinden sich folgende Namen:

- Frau Elfi Scho-Antwerpes
- Herr Hans-Werner Bartsch
- Herr Andreas Wolter
- Herr Dr. Ralf Heinen

Ich werde gleich zu diesem Wahlgang aufrufen. Machen Sie Ihre Wahlentscheidung wie beim letzten Mal eindeutig durch ein Kreuz deutlich. Stimmzettel, die Zusätze oder mehr als ein Kreuz enthalten, sind ungültig. Wenn Sie sich enthalten wollen, werfen Sie bitte einen leeren Stimmzettel in die Urne ein. Da wir nur einen Listenwahlvorschlag haben, kann man auch mit Nein stimmen. Das ergibt sich aus dem Stimmzettel.

Dann können wir jetzt abstimmen. Bitte prüfen Sie - das ist ein Hinweis an die Zähler - die Ordnungsgemäßheit der Wahlurnen. Ich darf gleich auch unsere Schriftführerin, Frau Kramp, bitten, die Mitglieder des Rates aufzurufen. Wir machen das genauso wie bei der 1. (konstituierenden) Sitzung. Im Übrigen möchte ich Ihnen ein Lob aussprechen; denn das ist alles sehr diszipliniert und reibungslos über die Bühne gebracht worden. Ich glaube auch, dass wir das heute in gleicher Weise schaffen werden.

Ich bitte Frau Kramp, nach vorne zu kommen und die Mitglieder des Rates aufzurufen.

(Namensaufruf und Wahlgang)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf jetzt das Ergebnis der Wahl bekannt geben.

Es sind insgesamt 90 Stimmen abgegeben worden. Es gab 2 Enthaltungen, 79 Stimmen für den Vorschlag 1 und 9 Neinstimmen. Damit ist Herr Dr. Heinen als vierter Bürgermeister gewählt.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die namentliche Benennung des vierten Stellvertreters in der konstituierenden Sitzung des Rates – am 24.06.2014 – offen geblieben sei. Aus formaljuristischen Gründen solle die Wahl diesmal unter Benennung aller Wahlvorschläge erfolgen. Diese Wahl ist geheim durchzuführen.

Zur Wahl liegt ein gemeinsamer Vorschlag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, die Linke. und der FDP vor:

Vorschlag 1

Frau Elfi Scho-Antwerpes

Herr Hans-Werner Bartsch

Herr Andreas Wolter

Herr Dr. Ralf Heinen

Es liegen keine weiteren Vorschläge vor.

Es werden 90 Stimmen abgegeben,

davon	*Enthaltungen:*	*2 Stimmen*
	Nein-Stimmen:	*9 Stimmen*
	Vorschlag 1:	*79 Stimmen*

Damit ist Herr Dr. Heinen zum vierten Bürgermeister gewählt.

Der vollständige Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat wählt gemäß § 67 Absatz 1 und 2 GO NRW in geheimer Wahl ohne Aussprache das Ratsmitglied

Frau Elfi Scho-Antwerpes

zur ersten Stellvertreterin des Oberbürgermeisters bis zum Ablauf der Wahlperiode 2014 – 2020.

Herrn Hans-Werner Bartsch

zum zweiten Stellvertreter des Oberbürgermeisters bis zum Ablauf der Wahlperiode 2014 – 2020.

Herrn Andreas Wolter

zum dritten Stellvertreter des Oberbürgermeisters bis zum Ablauf der Wahlperiode 2014 – 2020.

Herrn Dr. Ralf Heinen

zum vierten Stellvertreter des Oberbürgermeisters bis zum Ablauf der Wahlperiode 2014 – 2020.

Anmerkung:
Ratsmitglied Dr. Heinen erklärt auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, dass er die Wahl annimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herzlichen Glückwunsch!

(Lebhafter Beifall - Die Anwesenden erheben sich)

Herr Dr. Heinen, darf ich Sie bitten, zu mir nach vorne zu kommen?

(Dr. Ralf Heinen [SPD] betritt das Verwaltungspodest)

Sehr geehrter Herr Dr. Heinen, ich verpflichte Sie, Ihre Aufgaben als Bürgermeister der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Mit diesem Akt sind Sie in Ihr Amt eingeführt. Ich gehe auch davon aus, dass Sie Ihr Amt annehmen.

(Dr. Ralf Heinen [SPD: Ich nehme die Wahl an!)

- Das freut mich sehr. - Herzlichen Glückwunsch!

(Lebhafter Beifall - Der Oberbürgermeister überreicht Dr. Ralf Heinen [SPD] einen Blumenstrauß - Der Gewählte nimmt Glückwünsche entgegen)

Darf ich nun auch die übrigen Bürgermeister und die Bürgermeisterin nach vorne bitten?

(Der Oberbürgermeister und seine vier Stellvertreterinnen und Stellvertreter stellen sich vor dem Verwaltungspodest auf - Die Pressevertreter machen Fotos)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da wir gerade schon bei Gratulationen sind, möchte ich darauf hinweisen, dass unsere neue Kollegin Sabine Pakulat heute ihren Geburtstag feiert. Herzlichen Glückwunsch von uns allen!

(Beifall)

Wir kommen jetzt zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Durchführung einer Aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Ich rufe auf:

0.1 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. betreffend „Umgang mit rechtsextremen Parteien im Kölner Rat“

Dazu sind uns zahlreiche Wortmeldungen angekündigt worden. Wir beginnen mit der SPD. Dann kommen die Grünen, die CDU, die Linke, die FDP, die AfD und pro Köln. - Bitte.

Bernd Petelkau (CDU): Herr Oberbürgermeister, es ist Tradition, dass die Antragsteller immer zuerst sprechen. Das heißt: Wir würden gerne nach der Linkspartei reden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Dieser Wunsch wird selbstverständlich akzeptiert. - Wir beginnen mit der SPD.

(Thomas Hegenbarth [Piraten]: Herr Oberbürgermeister, die Piraten möchten auch dazu reden!)

- Ja, selbstverständlich. Entschuldigung. Es wird also eine längere Rederunde geben. - Ich darf Herrn Ott bitten, für die SPD ans Rednerpult zu kommen.

Jochen Ott (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir schreiben in unserem gemeinsamen Antrag:

> Köln ist eine weltoffene, vielfältige und tolerante Stadt. Menschen vieler Nationalitäten, Kulturen, Religionen und sexueller Identität sind hier zu Hause. Humanität und Solidarität in unserer Demokratie sind Grundwerte, die die Grundlage unseres kommunalen Zusammenlebens und Handelns sind. Daher gilt es, eindeutig Position zu beziehen gegenüber allen nationalistischen, rassistischen, diskriminierenden und fremdenfeindlichen Ideologien und Aktivitäten. Rechtsextreme Parolen und Positionen dürfen in den Gremien des Rates und der Bezirksvertretungen kein Gehör finden.

(Beifall)

Diese Mahnung ist uns beim Betreten des Ratssaales auch immer wieder gegenwärtig. Dann sehen wir nämlich die Namen der unter der NS-Herrschaft ermordeten Mitglieder dieses Rates.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Herr Oberbürgermeister, wir haben mit Entsetzen zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich in der Bezirksvertretung Porz ein Christdemokrat mithilfe der rechtspopulistischen, rassistischen und menschenverachtend agierenden Partei pro Köln zum Bezirksbürgermeister hat wählen lassen. In einer Demokratie ist der Wechsel von Mehrheiten immer möglich. Es ist auch nur normal, wenn die Besetzungen von repräsentativen politischen Ämtern Änderungen erfahren. Was sich in der Porzer Bezirksvertretung nicht zufällig, sondern zumindest billigend in Kauf nehmend abgespielt hat, ist allerdings eine neue Qualität, die es in Köln in dieser Form noch nicht gegeben hat. Es ist ein Tabubruch in der Kölner Politik.

Noch am Donnerstagabend gab es die Chance, ehrenvoll diese Situation zu vermeiden. Im Wahlkampf wurde doch noch von uns allen immer wieder bekräftigt, dass dem braunen Mob mit seiner Hetzerei und seinen widerlichen Parolen, die auch viele Bürgerinnen und Bürger zum aktiven Handeln verleitet haben,

(Markus Wiener [pro Köln]: Zu Straftaten!)

begegnet werden muss und dass die Demokraten zusammenstehen müssen.

Unabhängig von der Bewertung des Kommunalwahlergebnisses waren alle Demokraten froh, dass die Wählerinnen und Wähler den rechtsextremen, menschenverachtenden Positionen eine Quittung erteilt haben.

(Beifall)

Gerade zwei Wochen nach dem Birlikte-Fest, der machtvollen Demonstration der Kölnerinnen und Kölner gegen rechts, passiert dann so etwas.

Wir wissen, dass die Rechtsextremen sich seit vielen Jahren bemühen, Landesparlamente und kommunale Gremien als Bühne ihrer Agitation und als Experimentierfeld zu nutzen und zu instrumentalisieren. Wir wissen, dass sich somit immer mehr demokratische Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker bei ihrer alltäglichen Arbeit mit rechtsextremen Provokationen auseinandersetzen müssen. Gerade wir in Köln haben da viel Erfahrung gesammelt.

Deshalb gilt in Köln seit Jahrzehnten der Grundsatz: gemeinsames Vorgehen aller Demokratinnen und Demokraten. So wurde es auch vom Verein für Demokratische Kultur in Berlin aufgeschrieben und von den Politikern von CDU, SPD, Grünen und Linken 2009 in der Berliner Erklärung gemeinsam unterzeichnet.

Es geht darum, dass bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremen deren antidemokratische, menschenverachtende Positionen nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Es geht darum, dass man niemals mit den Stimmen der Rechtsextremen kalkulieren darf. Es geht darum, dass man niemals einem Antrag einer rechtsextremen Partei zustimmen darf und dass man sich aktiv inhaltlich damit auseinandersetzen soll, statt zu schweigen und das zu ignorieren. - Mehr will ich dazu an dieser Stelle gar nicht sagen.

Eines ist jedenfalls klar: Es geht hier nicht um eine personelle Entscheidung in einer Bezirksvertretung, sondern darum, dass die CDU als Volkspartei und als Partei des demokratischen Spektrums in den letzten Jahren mit uns gemeinsam diese Grundsätze vertreten hat und dass zudem ein Mitglied der CDU-Fraktion in diesem Rat persönlich betroffen ist. Insofern stellt sich die Frage: Was macht die CDU in Zukunft? Wir wollen wissen: Wie geht die CDU in Zukunft mit pK um?

Im Vorfeld hatte Herr van Benthem im *Kölner Stadt-Anzeiger* erklärt, dass er sich auf keinen Fall mit Stimmen von pro Köln wählen lassen würde. Ist nicht gerade in Porz, in dem es so viele Themen gibt, die zusammen zu bearbeiten sind, der Schulterschluss notwendig? Wie gesagt: Es ist ein Schaden für die Demokratie in unserer Stadt, nicht nur in Porz, entstanden.

Noch hat die CDU die Möglichkeit, eine gemeinsame Lösung zu finden. Der mit rechtsextremen Stimmen gewählte Bürgermeister muss den Weg für einen Neuanfang frei machen. Wir haben mit hohem Respekt den Rücktritt des ersten stellvertretenden Bezirksbürgermeisters Ulf Florian zur Kenntnis genommen. Er macht den Weg frei. Ich bin sicher, dass auch die FDP entsprechend mitwirken wird. Noch ist es auch für den betroffenen Kollegen nicht zu spät, einen Weg zu finden, der ihm die Chance gibt, auch in Zukunft in der Gemeinschaft der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in Köln mitzuwirken. Jeder Tag mehr macht dies unmöglich. Die CDU in Köln hat noch alle Möglichkeiten.

Liebe Kölner CDU und liebe CDU-Fraktion, deshalb appelliere ich zum Schluss an Sie: Bekennen Sie sich zum demokratischen Konsens. Lassen Sie Personen, die mit den Stimmen von pro Köln kalkulieren, nicht experimentieren. Lassen Sie sie auch nicht gewähren, sondern ziehen Sie jetzt die Reißleine. Kehren Sie zum Konsens der Demokratinnen und Demokraten zurück, und lassen Sie uns gemeinsam einen Neuanfang im Stadtbezirk Porz versuchen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Ott. - Wir kommen zu Frau Jahn von den Grünen.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weil wir Demokraten wissen, dass wir alle verschieden sind, ist die Erfahrung, dass wir in der Sache immer unterschiedliche Standpunkte haben, auch nichts Besonderes. Uns ist bewusst, dass, um sich zu einigen, nicht nur Standpunkte vonnöten sind, sondern auch die Fähigkeit, von den ursprünglichen Standpunkten abzuweichen und aufeinander zuzugehen. Bei allen Differenzen, die wir in der Sache haben, eint uns die Überzeugung, dass das demokratische Verfahren der einzige Weg ist, zu einem friedlichen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen zu kommen.

Bei aller Notwendigkeit, Kompromisse zu finden, sind die Standpunkte aber nicht beliebig. Vielmehr sind es die Grundsätze, die uns einen und die nicht verrückbar sind. Wir können nur dann zusammenarbeiten, wenn wir darauf setzen, dass diese Grundsätze, wie sie im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgeschrieben sind, auch für unsere demokratischen Mitstreiter uneingeschränkt - ich betone: uneingeschränkt - gelten.

Diese Grundsätze sind die unbedingte Achtung der Würde des Menschen und die Anerkennung der Gleichheit, die jegliche Diskriminierung ausschließt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, bei der Linken und bei der FDP)

Wir als Demokraten wissen, dass die Freiheit, der wir uns verpflichtet fühlen, stets auch die Freiheit des Andersdenkenden ist. Deswegen müssen wir es ertragen, dass in einem demokratisch gewählten Gremium wie dem Rat der Stadt Köln auch Leute sitzen, die in ihren Äußerungen immer wieder zeigen, dass sie diese Grundsätze unseres Gemeinwesens, die ich eben dargestellt habe, stetig mit Füßen treten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der Linken)

Als Demokraten wissen wir, dass wir diese Leute ertragen müssen. Wir wissen aber auch, dass es keinerlei Zusammenarbeit mit diesen Leuten geben darf.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, bei der CDU, bei der Linken und bei der FDP)

Es darf zu keinem Zeitpunkt eine Zusammenarbeit mit Leuten geben, denen die Würde des Menschen und der Gleichheitsgrundsatz egal sind und die dies immer wieder unverhohlen in ihren Reden, in diskriminierenden rechtsextremistischen und rechtsextremen Reden, zum Ausdruck bringen und ihr Gedankengut hier stetig über uns ausschütten.

Ich glaube fest daran und entnehme Ihrer Zustimmung auch, dass das allgemein Konsens ist.

Ich würde mich freuen, wenn alle Demokraten heute dem Entschließungsantrag von SPD, Grünen und Linken zustimmten, um ein starkes Zeichen gegen rechts zu setzen und Menschenverachtung und Diskriminierung eine Absage zu erteilen.

Es gibt keine Normalität im Umgang mit Rechtsextremismus. Wir diskutieren nicht über Standpunkte, die jenseits unserer demokratischen Grundordnung liegen. Es kann keinen Kompromiss zwischen einer Politik, die die Würde des Menschen als oberstes Gebot anerkennt, und einer Politik der Diskriminierung geben.

Wir Demokraten - und da meine ich uns alle - müssen uns stets bewusst sein, dass es hier eine Grenze gibt. Diese Grenze ist auch nicht verhandelbar.

(Beifall)

Im politischen Alltag brauchen wir natürlich Mehrheiten. Wir brauchen sowohl für Sachentscheidungen als auch für Personalentscheidungen Mehrheiten. Diese Mehrheiten sind aber nicht beliebig. Es kommt immer darauf an, mit welchen Personen sie zustande kommen. Eine wirklich demokratische Mehrheit kann es nur durch diejenigen geben, die sich klar zu den Grundsätzen unseres demokratischen Gemeinwesens bekennen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, bei der Linken und bei der FDP)

Deswegen halte ich es für selbstverständlich - das ist eine moralische Pflicht für alle Demokraten -, immer und auch gerade dann, wenn die Mehrheitsfindung besonders schwer ist und die Mehrheitsverhältnisse schwierig sind, mehrheitsfähige Kompromisse zusammen mit allen Demokraten zu erarbeiten und zu finden, um den Rechten in diesem Rat, die wir ertragen müssen, die klare Botschaft zu senden: Ihr seid zwar hier. Wir müssen euch auch reden lassen, weil wir eure demokratischen Grundrechte achten müssen. Eure Meinung und eure Stimme haben im Rat der Stadt Köln aber nichts verloren. Wir machen sie nicht zum Zünglein an der Waage.

(Beifall)

Ich möchte in dieser Aktuellen Stunde noch einmal ausdrücklich betonen: Wir alle müssen schwierige Entscheidungen, wenn es die Kompromissfindung erforderlich macht, auch ertragen.

Es ist eine Frage der menschlichen Größe und der moralischen Einsicht, dass man in diesem Zusammenhang persönliche Konsequenzen trägt und die eigene Person zurückstellt. Zur Wahrung der Würde des Amtes ist es angebracht, dann zurückzutreten, wenn die Rechten bei der Entscheidung das Zünglein an der Waage waren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, bei der Linken und bei der FDP)

Auf die Meinung und die Stimme derjenigen, die sich den Grundsätzen unseres Gemeinwesens nicht verpflichtet fühlen, darf es im Rat und allen seinen Gremien zu keinem Zeitpunkt ankommen. Das lehnen wir ab; denn wir positionieren uns klar gegen rechts.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, bei der Linken und bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Wir kommen jetzt zu Herrn Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der rechte Spuk ist nicht vorbei - ganz im Gegenteil. Auch wenn pro Köln deutlich an Stimmen verloren hat und jetzt verschämt in der rechten Ecke sitzt, müssen wir doch feststellen, dass eine erhebliche Zahl von Wählerinnen und Wählern rechts gewählt hat. 9 000 Wählerinnen und Wähler von pro Köln sind Nichtwähler geworden. Wenn wir die Zahlen von AfD, pro Köln und den

rechten Nichtwählern addieren, kommen wir auf 8,5 Prozent. Meine Damen und Herren, vielleicht erinnern Sie sich: 8,5 Prozent haben die Republikaner 1989 bei der Kommunalwahl bekommen. An dieses Ereignis denke ich mit Schauder zurück. Man muss einfach einmal feststellen, dass das rechte Lager weiterhin über diese Zahl verfügt.

Mit der AfD haben wir nach den Republikanern wieder eine bundesweit agierende rechtspopulistische Partei. Der Übergang ist fließend. Dass die AfD auch Mitglieder von pro Köln aufgesogen hat, ist seit mehreren Monaten bekannt.

(Zuruf von der AfD: Welche?)

Ihre Einordnung ist nicht leicht. Von pro Köln ist sie auch nicht einfach unterscheidbar. Meine Damen und Herren, führen Sie sich aber einmal die folgenden Parolen zur Flüchtlingspolitik vor Augen. Während die NPD sagt: „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“, erklärt die AfD: „Wir sind nicht das Weltsozialamt“. Daran können Sie die sogenannten Differenzen zwischen diesen Parteien deutlich erkennen.

(Beifall bei der Linken)

Von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien hat sich Henk van Benthem zum Bürgermeister wählen lassen. Die Porzer CDU versteht anscheinend nicht, was daran so schlimm ist.

Meine Damen und Herren, aktive Demokratie sieht anders aus. Der Kollege Ott hat schon auf die Berliner Erklärung hingewiesen. Ich habe auf dieses Dokument aufmerksam gemacht. Die Berliner Erklärung aus dem Jahre 2009, auf die sich Kommunal- und Landespolitiker von CDU, SPD, Grünen und Linken verständigt haben, ist bundesweit Maßstab für das Agieren in den Parlamenten gegen rechts.

Der dritte Punkt dieser Erklärung ist relativ klar und eindeutig formuliert. Er lautet - Zitat -:

> Niemals mit den Stimmen der Rechtsextremen kalkulieren! Rechtsextreme streben nach öffentlicher Aufmerksamkeit und politischem Einfluss. Gerade in der Rolle des „Zünglein an der Waage“ sehen sie eine Chance. Durch Absprachen unter den demokratischen Parteien gilt es, möglichst zu vermeiden, dass sie diese nutzen können. Kurzfristige politische Erfolge sollten nicht damit erkauft werden, die Feinde der Demokratie langfristig salonfähig zu machen.

Genau das hat jetzt aber stattgefunden. Letztlich wurde durch die rechtsextremen und rechtspopulistischen Stimmen entschieden, wer Porzer Bürgermeister wird. Damit machen Sie diese Kräfte salonfähig. Das geht gar nicht.

(Beifall bei der Linken, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Der CDU-Generalsekretär Bodo Löttgen behauptet heute ganz artig in der Presse, die CDU werde - Zitat - „keine inhaltlichen und sachpolitischen Koalitionen“ mit Rechtsextremen eingehen.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: So ist es!)

Wenn man sich die Äußerungen von Herrn van Benthem in der Flüchtlingspolitik vergegenwärtigt, kann man auf jeden Fall einen Schulterschluss feststellen. Das muss uns doch besorgt machen.

Die Linke hat im letzten Rat immer wieder darauf hingewiesen und darum gekämpft, dass wir uns inhaltlich mit den rechtsextremen Positionen auseinandersetzen. Meine Damen und Herren, an diesem Beispiel wird doch deutlich, dass diese Auseinandersetzung unbedingt stattfinden muss - hier und heute und im Parlament.

(Beifall bei der Linken)

Was in Porz stattgefunden hat, muss revidiert werden und darf nie wieder passieren. Deshalb schlagen wir als Linke vor: Lassen Sie uns gemeinsam - auch mit der CDU; ich sage das ganz deutlich - versuchen, einen Kodex oder ein Eckpunktepapier zu erarbeiten und darin festzuhalten, wie wir mit rechtsextremen Parteien hier im Stadtrat und in den Bezirksvertretungen umgehen.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Wir brauchen von der Linken keine Nachhilfe in Sachen Demokratie!)

- Was brauchen Sie?

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Keine Nachhilfe!)

- Sie brauchen Nachhilfe. Es tut mir leid, dass ich das jetzt sagen muss.

(Katharina Welcker [CDU]: Aber nicht von Ihnen!)

Ich will mich nicht über Sie aufschwingen. Das steht mir nicht zu. Wenn Sie sagen, Sie bräuchten keine Nachhilfe,

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Aber nicht von Ihnen, Herr Detjen!)

muss ich Ihnen aber sagen: Sie brauchen auf jeden Fall Anregungen. Die brauchen Sie auf jeden Fall.

(Beifall bei der Linken und der SPD)

Diese Anregungen lauten: Wir Demokraten müssen zusammenstehen. Wir müssen verhindern, dass die Rechtsextremen wieder salonfähig werden. Deswegen würde ich gerne zusammen mit Ihnen an einem solchen Eckpunktepapier arbeiten, damit wir uns gemeinsam gegenüber diesen Kräften abgrenzen.

Lassen Sie mich zum Schluss ausrufen: Kein Veedel - und keinen Bezirk - für Rassismus! - Danke schön.

(Beifall bei der Linken, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen jetzt zu Herrn Petelkau für die CDU.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Köln ist eine weltoffene Stadt - eine Stadt, die Platz für Menschen jeglicher Herkunft, Hautfarbe, sexuellen Identität und Religion bietet. Das ist gut so. So muss es auch bleiben.

Dass Köln so weltoffen ist, haben wir unter anderem auch vielen CDU-Politikern zu verdanken. Ich erinnere nur an den mutigen und engagierten Einsatz von Fritz Schramma für den Bau der Zentralmoschee in Ehrenfeld.

(Beifall bei der CDU)

Unser integrationspolitischer Sprecher Ralph Elster, unsere Landtagsabgeordnete Serap Güler und auch ich selbst sind wie viele andere in der CDU Garanten dafür, dass dieser Kurs auch in Zukunft fortgesetzt wird.

Meine Damen und Herren, deshalb weise ich den teilweise versteckten, teilweise heute auch offen vorgetragenen Vorwurf zurück, dass die CDU oder auch nur Teile von ihr mit verfassungsfeindlichen Organisationen kooperieren würden.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind gegen jede Form von Extremismus, egal ob er rechts, links oder religiös motiviert ist. Kein CDU-Funktions- oder -Mandatsträger hat oder wird jeweils mit einer verfassungsfeindlichen Organisation zusammenarbeiten, weder in Köln-Porz noch in Köln noch sonst wo.

Dies gilt genauso für unseren Kollegen Henk van Benthem. Ich erinnere an seine persönliche Erklärung in diesem Ratssaal im Februar 2013. Damals hat er betont:

> Rechtsextremismus habe ich immer bekämpft, bekämpfe ich heute und werde ich in Zukunft bekämpfen.

Dazu steht er heute ohne Wenn und Aber. Und genau deshalb hat er mein vollstes Vertrauen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Die aktuelle Situation in Porz ist sicherlich keine Sternstunde unserer Demokratie. Die Wählerinnen und Wähler haben bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 der Porzer CDU 34 Prozent der Stimmen gegeben und damit unserem Spitzenkandidaten Henk van Benthem ein klares Mandat erteilt. Dennoch haben sich Rot und Grün, die selbst mit der Linkspartei keine Mehrheit haben, einer Zusammenarbeit seit dem Abend der Kommunalwahl strikt verweigert.

> (Beifall bei der CDU - Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört, hört! - Gegenruf von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt doch gar nicht!)

Ist es die gekränkte Eitelkeit des potenziellen OB-Kandidaten Jochen Ott wegen der Niederlage im Wahlkreis? Sind es die Ecken und Kanten von Henk van Benthem, mit denen man nicht umgehen kann? Oder ist es vielmehr die Angst vor einem starken CDU-Bürgermeister in Porz? Wir wissen es nicht.

Es ist jedenfalls nicht die Zusammenarbeit mit einer verfassungsfeindlichen Organisation. Dies

ist eine Legende der SPD - eine Erfindung, die den Oberbürgermeisterwahlkampf eröffnen soll.

(Lachen bei der SPD)

Die Wahrheit ist, dass hier zwei Kandidaten in das Rennen gegangen sind, die jeder für sich geglaubt haben, eine Mehrheit der verfassungskonformen Stimmen in der Wahl zu bekommen. Der SPD-Kandidat ist mit der Hoffnung in die Wahl gegangen, dass er von der AfD unterstützt wird, um die sein Parteikollege Joisten lange gebuhlt hat,

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Aha!)

der CDU-Kandidat mit der Hoffnung, auf eine Vollendung der bürgerlichen Zusammenarbeit durch eine späte Umkehr der Grünen

Wer in dieser geheimen Wahl wen wie gewählt hat, werden wir nie erfahren.

(Lachen bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Es sind alles nachträgliche Erklärungen. Der Grundsatz der geheimen Wahl wurde auch bei dieser Wahl entsprechend angewendet.

Ich kann nur sagen: Diese ganze Aktion stärkt die Position der rechtsextremen Parteien. Sie bekommen damit eine Aufmerksamkeit, die sie nicht verdienen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Michael Weisenstein [Die Linke.]: Da wird der Bock zum Gärtner!)

Wenn man sich die Geschichte der Weimarer Republik ins Gedächtnis ruft, erkennt man ganz klar, dass es die fehlende Zusammenarbeit der demokratischen Parteien gewesen ist, die Weimar zu dem gemacht hat, was es am Ende gewesen ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb komme ich zu dem, was ich letzten Freitagabend den demokratischen Parteien auch zugerufen habe. Lassen Sie uns uns zusammensetzen, wie wir es vorher auch hätten machen sollen. Lassen Sie uns als demokratische Parteien gemeinsam eine Lösung finden, die den Wählerwillen respektiert. Der Wählerwillen ist ganz klar. Die CDU hat bei dieser Wahl den Führungsanspruch in Porz bekommen. Lassen Sie uns auf dieser Basis Gespräche führen, damit wir eine tragfähige Zukunft für die Porzer Wählerinnen und Wähler schaffen und die Sachthemen gemeinsam erarbeiten. Das ist die Realität. Lassen Sie uns daran arbeiten.

Ich sage hier an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich: Die CDU steht klar auf dem Boden der Verfassung. Wir werden weder mit rechts noch mit links eine Zusammenarbeit durchführen. Das gilt für Köln und den Rest der Republik. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Petelkau. - Wir kommen zu Herrn Sterck für die FDP.

Ralph Sterck (FDP): Werter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Über die tolerante Stadt Köln ist hier viel Richtiges gesagt worden. Dem möchte ich nichts hinzufügen, sondern einen Blick auf die Zusammenarbeit werfen, die wir hier im Rat und in den Bezirken pflegen. Mit der Wahl der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben wir gerade ein sehr schönes Beispiel dafür gesehen, wie die kollegiale Zusammenarbeit hier im Rat funktioniert und wie man demokratische Grundsätze respektiert, sodass man dann zum Beispiel vier Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ganz selbstverständlich wählt.

Ich habe in den vergangenen Wochen die Gespräche in den Bezirken für meine Partei verfolgt und muss sagen: Da herrscht an vielen Stellen ein anderes Klima. Da wird ganz verbissen und fanatisch gekämpft. Da werden demokratische Grundsätze auch gerne einmal ausgehebelt. Da ist es eben nicht mehr selbstverständlich, dass die größte Fraktion auch den Bezirksbürgermeister stellt. Da wird auch das Prinzip ignoriert, dass die größte Fraktion sagen kann, wen sie gerne stellen möchte, obwohl das ein demokratischer Grundsatz ist. In Berlin kann sich Herr Gabriel auch nicht aussuchen, wen die CDU als Kanzler stellt. Leider ist es nun einmal so.

(Beifall bei der CDU)

- Jetzt wird auf dieser Seite geklatscht. Martin Börschel guckt ganz kritisch, weil er natürlich weiß, dass es zum Beispiel in der Innenstadt nicht so funktioniert hat. Dort wurde nicht akzeptiert, mit welcher Stellung die SPD eigentlich aus der Wahl hervorgegangen ist. Deswegen muss die CDU an dieser Stelle auch etwas kleinlaut sein.

Meine Damen und Herren, deswegen müssen wir als Ratspolitiker in die Bezirke wirken. Wir müssen auch das Gebot der Verhältnismäßigkeit bedenken. Es geht - Entschuldigung, meine Herren dort drüben - nur um den Bezirksbürgermeister. Da gelten ebenfalls demokratische Grundsätze. Diese Grundsätze müssen wir auch entsprechend einhalten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wenn man jetzt die Situation in Porz bewertet - wir haben das intern bei uns auch lange diskutiert -, geht es nicht darum, was vor dieser Wahl gewesen ist. Da gab es bei SPD und Grünen nicht die Bereitschaft, den Kandidaten der CDU, der als Stärkster aus der Wahl hervorgegangen ist, zu akzeptieren. Es gab eine Zusage der FDP gegenüber dem CDU-Kandidaten Henk van Benthem, den ich als Ratskollegen lange geschätzt habe und nach wie vor schätze - auch für seine Beiträge. Das ist eben noch einmal zitiert worden. Er war ja selber Opfer von Angriffen von rechts. Deswegen habe ich bei uns auch unterstützt, dass die FDP sich für eine Wahl von Henk van Benthem ausgesprochen hat.

Es geht an dieser Stelle auch nicht darum, welcher Druck nachher ausgeübt wurde - zum Beispiel von SPD und Grünen auf unsere Bezirksvertreterin, die sich dann in ihr Schneckenhaus zurückgezogen hat, weil sie gar nicht mehr wusste, wie sie mit diesem ganzen Druck fertigwerden sollte.

Für mich geht es vielmehr um den Akt dieser Wahl und darum, mit welchen Mehrheiten sie erfolgt ist. Herr Petelkau, mit dem Hinweis, es habe sich um eine geheime Wahl gehandelt, macht man es sich da zu leicht. Schließlich wurde öffentlich erklärt, wie abgestimmt wurde. Damit hat eine Wahl natürlich auch einen gewissen Makel.

Deswegen habe ich unserer Bezirksvertreterin, Frau Bastian, die hier auch unseren Beratungen folgt, empfohlen, die Wahl nicht anzunehmen bzw. noch in der Sitzung zurückzutreten und damit klarzumachen, dass sie mit diesem Makel nicht stellvertretende Bezirksbürgermeisterin werden will.

Henk, diesen Tipp hätte ich dir auch gegeben. Wir haben darüber noch nicht gesprochen. Das wäre aber meine Empfehlung gewesen.

Wir haben hier auch schon einmal gesehen, wie Herr Zimmermann mit einer entsprechenden Wahl umgegangen ist. Es hat also bereits gute Beispiele gegeben.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich hoffe, dass unsere heutige Debatte den Betroffenen - Henk van Benthem, auch Elvira Bastian - die Kraft und den Mut gibt, diesen Schritt vielleicht doch noch zu tun und den Weg frei zu machen. Dann müssen aber auch die Bekenntnisse gelten, die ich hier von Rot und Grün gehört habe. Man muss demokratische Grundsätze gewähren lassen und darf sich nicht weigern, an einer Mehrheit mitzuarbeiten. Diese Grundsätze haben wir zugrunde gelegt, als wir uns in dieser Sitzung und in der letzten Sitzung hier im Rat betriebsfähig gemacht haben. Nach diesen Grundsätzen müssen auch die Fraktionen in Porz zusammenarbeiten, damit man dort wieder handlungsfähig wird. Ich hoffe, dass diese Debatte dazu beiträgt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Sterck. - Wir kommen zu Herrn Beckamp für die AfD.

Roger Beckamp (AfD): Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Ott, Sie haben eben gesagt, dass bei der Wahl in Porz rechtsextreme Stimmen maßgeblich gewesen seien.

(Jochen Ott [SPD]: Stimme!)

- Sie haben „Stimmen“ gesagt. Jetzt korrigieren Sie sich. Insofern ist das okay. Das hätten wir Ihnen aber auch nachgesehen; denn Ihnen fällt es oft nicht ganz leicht, Extreme zu erkennen. Heute haben Sie gemeinsam mit einer extremen Partei einen Antrag gestellt. Das sollten Sie zukünftig vielleicht auch unterlassen.

(Beifall bei der AfD und der CDU)

Im Übrigen hat die SPD in Porz - mit gutem Recht; das sollte auch völlig normal sein - die AfD angesprochen und um deren Stimme geworben.

(Zuruf von der SPD: Gelogen!)

- Das ist eine Tatsache, die beweiszugänglich ist. Ohne jedes Problem ist das jederzeit nachvollziehbar. Das ist ja auch in Ordnung und genau richtig. Es soll doch auch so sein.

Frau Jahn, nur ganz kurz zu Ihrer Rede: Sie sagten, Freiheit sei immer die Freiheit des Andersdenkenden. Das klingt wunderschön. Das Problem ist nur, dass das bei Linken leider nur in der Theorie funktioniert und in der Praxis nie - so wie linke Parteien leider allzu oft ein Problem zwischen Theorie und Praxis haben, wodurch solche Diskrepanzen auftreten. Freiheit wird da nämlich nicht zugelassen, Frau Jahn; tut uns leid.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie reden ja gerade!)

- Ja, aber ich rede an anderer Stelle.

Die AfD lehnt Extremismus in jeder Form ab. Sie ist im Gegensatz zu den Unterzeichnern dieses Antrags dabei konsequent und wird weder mit der Linken noch mit pro Köln zusammenarbeiten.

(Zuruf von Michael Weisenstein [Die Linke.])

- Das sehen wir nicht so. - Die Unterzeichner des Antrags handeln nicht so konsequent. Bei der Demonstration zum 1. Mai - vielleicht erinnern Sie sich noch, Herr Detjen und Konsorten - zogen Sie mit zahlreichen verfassungsfeindlichen Gruppierungen mit Stalin-Bannern im Zug durch die Stadt. Wir waren auch da. Das waren aber Ihre Stalin-Banner, von wem auch immer sie waren. Sie von der Linken und der SPD haben daran teilgenommen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Das war eine Demonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes!)

- Das Stalin-Banner? Herzlichen Glückwunsch an den DGB.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD - Jörg Detjen [Die Linke.]: Ich habe gesagt: Das war eine Demonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes!)

- Genau. Sie waren auch dabei. Die Linke war dabei. Die Grünen waren dabei. Die SPD war dabei. Das müsste auch schon lange einmal thematisiert werden.

(Zuruf von Jörg Detjen [Die Linke.])

- Ich rede jetzt, Herr Detjen; entschuldigen Sie. - Insofern wäre es ganz erfreulich, wenn Sie von der SPD Ihren Blick einmal weiten würden und in alle Richtungen blicken würden - auch auf die linke Seite.

Herr Detjen ist an diesem Antrag beteiligt. Das wundert mich überhaupt nicht. Als früheres Mitglied einer K-Gruppe und Geschäftsführer eines Verlags, der DDR-Verbrechen - -

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Das ist hier schon oft genug angesprochen worden!)

- Ich sage das hier zum ersten Mal. Jeder hat es schon gesagt. Ich sage es jetzt noch einmal. Das kann man nicht oft genug in Erinnerung rufen. Dieser Verlag relativiert DDR-Verbrechen. Damit machen Sie sich auch gemein.

Insofern appelliere ich an den Rat und vielleicht auch an die SPD: Weiten Sie Ihren Blick. Lassen Sie sich nicht an der Nase herumführen, und sprechen Sie von Extremen, links und rechts. Beide sitzen hier. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: So weit Herr Beckamp von der AfD. - Wir kommen zu den Piraten. Herr Hegenbarth, bitte.

(Markus Wiener [pro Köln]: Zur Geschäftsordnung, Herr Oberbürgermeister!)

- Ja.

Markus Wiener (pro Köln): Ich gehe davon aus, dass bei Mandatsgleichheit bei der Reihenfolge der Redner nach der Stimmenzahl bei der Wahl vorgegangen wird, und weise darauf hin, dass pro Köln natürlich die meisten Stimmen der Gruppen erhalten hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nachdem Herr Hegenbarth sich gemeldet hat, habe ich entschieden, dass er hier als Nächster redet. Danach können Sie dann ans Rednerpult kommen.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, wollen Sie das auch in Zukunft durchgängig so handhaben? Dann müssen wir das halt auch wieder juristisch überprüfen lassen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich entscheide das nach meiner Einschätzung. - Bitte schön, Herr Hegenbarth.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

- Ich rede jetzt einfach einmal weiter. - Bitte gestatten Sie mir einige persönliche Stellungnahmen. Ich stehe ohne Manuskript hier.

Als ich jahrelang oben auf den harten Tribünenplätzen gesessen habe, habe ich - auch wenn ich immer die Notwendigkeit gesehen habe, dass die Piraten hier vertreten sind - eines an der Ratsarbeit bewundert, und zwar Ihre konsequente Haltung mit dem Konsens. Sie haben konsequent nicht mit Rechtsextremen zusammengearbeitet und konsequent auch nicht bei Personalien gemeinsam mit Rechtsextremen abgestimmt. Das habe ich nicht nur als Pirat, sondern auch als Bürger bewundert. In dieser Form wollen wir Piraten das hier auch weiter handhaben.

(Beifall)

Insoweit möchte ich zum Schluss noch eine kurze Anmerkung machen. Hier sind alle in der Verantwortung, auch die Sozialdemokraten und die Grünen, eine richtige Lösung für Porz zu finden. Herr van Benthem, bitte gehen Sie in sich - auch wenn Sie von Piraten vielleicht nicht so gerne einen Tipp annehmen wollen. Es gibt aber auch noch ein paar andere Lösungen. Ich denke, dass da noch etwas klappt. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Hegenbarth. - Dann kommen wir zu Herrn Wiener von der Fraktion - -

(Zurufe: Keine Fraktion! - Eine Gruppe! - Eine Dumpfgruppe!)

- Von der Gruppe pro Köln.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Ich sehe schon: Sie vermissen die alten Zeiten. Sie können sich gar nicht von der Fraktion trennen. - Meine Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich, wie viel Angst manche selbst noch vor einer halbierten pro Köln-Mannschaft in diesem Rat und in dieser Stadt zu haben scheinen.

(Zurufe: Mehr als halbiert!)

Anders sind die hysterischen Reaktionen auf die Wahl von Henk van Benthem zum Porzer Bezirksbürgermeister meiner Meinung nach nicht zu erklären.

Was soll diese künstliche Aufregung? Der Spitzenkandidat der stärksten Porzer Partei wurde in geheimer Abstimmung zum neuen Bezirksbürgermeister gewählt. An der Abstimmung beteiligte sich selbstverständlich auch die pro Köln-Bezirksvertreterin. Das Ergebnis fiel denkbar knapp aus. Aber wie heißt es so schön? Mehrheit ist Mehrheit. Und jede Stimme wiegt in der Demokratie gleich schwer.

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

Auch pro Köln wurde von fast 5 Prozent der wahlberechtigten Porzer Bürgerinnen und Bürger am 25. Mai 2014 erneut demokratisch legitimiert und in die Bezirksvertretung entsandt.

Die Abstimmung über den Porzer Bezirksbürgermeister war und ist also das Normalste auf der Welt und eigentlich keine weitere Silbe oder kein weiteres Wort mehr wert. Doch insbesondere SPD, Grüne und ausgerechnet auch noch die Nachfolger der SED-Mauermörderpartei wollen hieran eine Grundsatzdiskussion über den Umgang mit rechten Parteien insgesamt hochziehen. Auch die Kollegen der AfD werden ja in dieses Fahrwasser geworfen. Und Teile der Kölner CDU merken gar nicht, wie sie von linken Seilschaften feixend vor sich hergetrieben werden.

In Richtung des armen Herrn van Benthem kann ich gerne auch noch einmal in aller Öffentlichkeit festhalten, dass er ganz sicher kein Freund von pro Köln ist - wenn ihm das noch irgendetwas hilft; ich weiß es ja nicht. Es hat auch im Vorfeld

keinerlei Gespräche mit Herrn van Benthem gegeben. Das kann ich hier auch bestätigen.

Unsere Porzer Bezirksvertreterin, Regina Wilden, hat vielmehr das sprichwörtliche kleinere Übel gewählt. Das kann bei der nächsten Bezirksbürgermeisterwahl durchaus auch ein SPD-Bewerber sein. Auf jeden Fall ist das, was derzeit abläuft, hanebüchen.

Ein regelmäßiger Leserbriefschreiber des *Kölner Stadt-Anzeigers* hat uns vorab seinen Leserbriefentwurf zu diesem Thema zukommen lassen. Ich bin gespannt, ob jemals eine Zeile davon im *Kölner Stadt-Anzeiger* erscheinen wird. Ich zitiere:

> Nun macht mal halblang! Da wurde von demokratisch gewählten Volksvertretern in einer demokratischen Abstimmung ein Bürgermeister gewählt. Vor der Wahl galt der Kandidat bei allen Parteien als honorig und geeignet. Da dies offenbar auch von den Vertretern von pro Köln so gesehen wurde und er auch von pro Köln gewählt wurde, ist er für SPD, Grüne und Linke plötzlich unerträglich. Eine Zusammenarbeit mit ihm wird abgelehnt. Er müsse sofort zurücktreten. Was für ein abstruses Demokratieverständnis und was für ein menschlich arrogantes Verhalten!

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Leserbrief vom Uckermann, oder was?)

- Wer weiß? Wir haben Quellenschutz.

Von meiner Position aus bleibt noch zu ergänzen, dass sich die vereinigten Linksparteien von Köln, also SPD, Linke und Grüne, einmal mehr als die wahren Verächter demokratischer Wahlentscheidungen und Gepflogenheiten entlarvt haben. Sie sind diejenigen, die grundlegende Prinzipien der Demokratie nicht akzeptieren wollen und keinerlei Respekt vor der Wahlentscheidung von über 10 000 Kölner Bürgerinnen und Bürgern haben, die pro Köln nun einmal erneut in die städtischen Gremien entsandt haben.

Ihr heutiger Antragstext zur Aktuellen Stunde ist ein echtes Dokument der Intoleranz und puren politischen Diskriminierung. Schämen Sie sich.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Kein Applaus! - Gegenruf von Markus Wiener [pro Köln]: Ich kann mir auch selber applaudieren!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Es ist der Antrag gestellt worden, diese Aktuelle Stunde mit der Beschlussfassung über die - -

(Christian Joisten [SPD]: Ich möchte eine persönliche Erklärung abgeben!)

- Bitte schön, Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da ich in den Reden, die wir jetzt gehört haben, mehrfach genannt wurde, möchte ich in aller Kürze Stellung nehmen.

Ich möchte klar und deutlich den Vorwurf zurückweisen, dass sich SPD und Grüne - für die Grünen kann ich in diesem Fall auch sprechen - Gesprächen verweigert haben. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben Gespräche geführt. Wir haben unsere Position bezüglich der Wählbarkeit des Kandidaten der CDU durch unsere Fraktionen in der Tat sehr deutlich gemacht, haben aber gleichzeitig deutlich gemacht, dass wir einem breiten demokratischen Konsens nicht im Wege stehen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Lügen machen es nicht besser!)

Alles Handeln, was die Öffentlichkeit in den letzten Tagen erleben durfte, unterstreicht dieses.

(Zuruf von der CDU: Unfug!)

Darüber hinaus hat zu keinem Zeitpunkt die SPD oder irgendeine von mir autorisierte Person um Stimmen bei der AfD geworben. Vielmehr hat es eine Nachfrage bei dem AfD-Vertreter, Herrn Rottmann, gegeben, wie sich die AfD bei der Wahl verhalten will.

(Ulrich Breite [FDP]: Ach, Herr Joisten!)

Bei der Antwort ist es dann auch belassen worden. Das heißt: Ich weise hier in aller Form zurück, dass es Gespräche oder gar Verhandlungen gegeben hat.

(Bernd Petelkau [CDU]: Scheinheilig!)

Abschließend möchte ich erklären, dass derjenige, der Verantwortung für ein hohes Amt übernehmen möchte, dies nach meiner Überzeugung mit der Bildung von demokratischen Mehrheiten

unter Beweis stellen muss und nicht rechtsradikalen Parteien eine entscheidende Stimme zuweisen darf. Das ist und bleibt unsere Grundüberzeugung.

In diesem Sinne stehe ich ganz persönlich auch für einen breiten demokratischen Konsens, auch in Porz, zur Verfügung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Rottmann hat sich ebenfalls zu einer persönlichen Erklärung gemeldet.

Hendrik Rottmann (AfD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Christian, da du mich hier quasi als Lügner hinstellst, möchte ich dazu einmal ganz kurz Stellung nehmen. Wir haben ein Gespräch geführt, und zwar in Anwesenheit unseres Fraktionsmitarbeiters. Es war ganz klar, dass wir dabei darüber reden, ob wir uns unterstützen oder nicht.

(Zurufe von der CDU: Ah ja!)

Wie herum das jetzt formuliert wird, so herum oder so herum, ist ja nun völlig belanglos.

Zu deiner Aussage, ihr wäret konsensfähig gewesen, ist Folgendes zu sagen: Ich habe explizit den Vorschlag gemacht, dass die Große Koalition, die Gesamtmehrheit von Schwarz und Rot, in Porz doch bitte den Bürgermeister stellen soll, und erklärt, wir würden uns diesem Kandidaten dann auch anschließen. Das hast du definitiv verneint, weil du wortwörtlich gesagt hat: Große Koalitionen finde ich immer ganz schlecht. Es ist besser, wenn eine der beiden großen Volksparteien in der Opposition ist. Deswegen lehne ich das auch für Porz ab.

Zum Schluss möchte ich der Kollegin von den Grünen auch noch einen Hinweis geben. Auch die Grünen haben versucht, mit mir in Kontakt zu treten. Oben sitzt derjenige, der versucht hat, mich anzurufen. Wir haben noch darüber gesprochen. Wenn Sie sich abgrenzen, dürfen Sie bitte nicht vergessen, mit wem Sie vorher zu reden versucht haben. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU - Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört, hört!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt erhält noch Frau Henk-Hollstein das Wort. Dann sollten wir auch zum Ende der Aktuellen Stunde kommen.

Anna-Maria Henk-Hollstein (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Christian Joisten, ich denke, dass ich als Verhandlungsführerin für die CDU in Porz klarstellen muss, dass ich es war, die auf die SPD in Porz zugegangen ist, nämlich auf Parteiebene, von Partei zu Partei. So gehört sich das. So haben wir das auch begonnen. Genauso sind wir auf die Grünen und die FDP zugegangen - und auch auf die AfD; das will ich hier nicht verhehlen. Wir haben mit allen für uns demokratischen Parteien gesprochen. Wir sind auf die Parteien zugegangen und haben um die Gespräche gebeten. Dieser Termin hat dann auch stattgefunden.

Ich bin eine halbe Stunde vor der BV-Sitzung am Donnerstag letzter Woche erneut auf Grüne und SPD zugegangen und habe gefragt, ob es eine Veränderung zu dem gibt, was im Vorfeld in den Gesprächen gesagt worden ist. Dort ist mir sehr deutlich signalisiert worden, dass es bei zwei Listen bleiben wird und dass die SPD mit den Grünen weiterhin eine gemeinsame Liste aufrechterhält. Das ist demokratisch in Ordnung. Dann muss man aber auch mit dem Ergebnis leben.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Es ist der Antrag gestellt worden, dass die Aktuelle Stunde mit der Abstimmung über diese Resolution beendet wird. Daher kommen wir jetzt zur Abstimmung. - Bitte schön.

Bernd Petelkau (CDU): Herr Oberbürgermeister, wir würden gerne über die Abschnitte einzeln abstimmen lassen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut. - Diese Resolution hat drei Abschnitte. Darüber soll einzeln abgestimmt werden. Dieser Antrag ist gerade gestellt worden. Ich gehe davon aus, dass Sie dem zustimmen. - Okay.

Dann stimmen wir zunächst über den ersten Abschnitt der Resolution ab. Wer für den ersten Abschnitt ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die CDU, die Grünen, Die Linke., die FDP, die AfD, die Piraten, Deine Freunde und Herr Henseler.

(Bernd Petelkau [CDU]: Ist der OB etwa dagegen?)

- Der OB ist selbstverständlich auch dafür.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den zweiten Abschnitt. Wer für den zweiten Abschnitt ist, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, Die Linke., die FDP, die Piraten, Herr Henseler, die AfD und Deine Freunde. Gibt es Enthaltungen? - So beschlossen.

Jetzt stimmen wir über den dritten Abschnitt ab. Wer für den dritten Abschnitt ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion Die Linke., die Fraktion der FDP, die Gruppe Deine Freunde und die Gruppe der Piraten. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion der CDU, der Fraktion der AfD und von Herrn Henseler so angenommen.

Dann kommen wir zur Gesamtabstimmung über diese Resolution. Ich lasse noch einmal positiv abstimmen. Wer für diese Resolution in der gesamten Fassung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD; das sind die Grünen; das ist die Fraktion Die Linke.; das ist die FDP; das sind die Piraten; das sind Deine Freunde. Dann ist das die Mehrheit. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der CDU, der AfD und von Herrn Henseler ist diese Resolution in ihrer Gänze mit Mehrheit beschlossen.

Beschlüsse:

Beschluss gemäß Absatz 1 der Resolution:

Köln ist eine weltoffene, vielfältige und tolerante Stadt. Menschen vieler Nationalitäten, Kulturen, Religionen und sexueller Identität sind hier zu Hause. Humanität und Solidarität in unserer Demokratie sind Grundwerte, die die Grundlage unseres kommunalen Zusammenlebens und Handelns sind. Daher gilt es eindeutig Position zu beziehen gegenüber allen nationalistischen, rassistischen, diskriminierenden und fremdenfeindlichen Ideologien und Aktivitäten. Rechtsextreme Parolen und Positionen dürfen in Gremien des Rates und den Bezirksvertretungen kein Gehör finden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimme von Ratsmitglied Wiener (Gruppe pro Köln) zugestimmt.

Beschluss gemäß Absatz 2 der Resolution:

Der Kölner Rat spricht sich ausdrücklich dagegen aus, rechtsextremen und rechtspopulistischen Gruppierungen und Parteien ein Podium für ihre Inszenierungen zu geben. Es darf mit Vertreterinnen und Vertretern von diskriminierenden und menschenverachtenden Positionen keine Diskussion geführt werden. Der Rat wendet sich gegen jegliche Normalität im Umgang mit Rechtsextremen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimme von Ratsmitglied Wiener (Gruppe pro Köln) zugestimmt.

III. Beschluss gemäß Absatz 3 der Resolution:

Der Rat lehnt daher jeden Antrag rechtsextremer und rechtspopulistischer Gruppierungen in seinen Gremien ab. Mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Stimmen darf weder eine Personalentscheidung noch jegliche inhaltliche Forderung durchgesetzt werden. Rechtsextreme streben nach öffentlicher Aufmerksamkeit und politischem Einfluss. Besonders in der Rolle des „Züngleins an der Waage“ sehen sie die Chance, sich zu profilieren. Kurzfristige politische Erfolge dürfen deshalb nicht damit erkauft werden, dass die Feinde der Demokratie salonfähig gemacht werden. Es besteht Konsens darüber, dass dieses gemeinsame politische Grundverständnis und dieses gemeinsame Vorgehen im Umgang mit Rechtsextremen und Rechtspopulisten die Basis für eine gemeinsame politische Kultur ist.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimme von Ratsmitglied Wiener (Gruppe pro Köln) sowie bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion, der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

IV. Gesamtabstimmung:

Der Rat beschließt die nachfolgende Resolution:

Umgang mit rechtsextremen Parteien im Kölner Rat

Köln ist eine weltoffene, vielfältige und tolerante Stadt. Menschen vieler Nationalitäten, Kulturen, Religionen und sexueller Identität sind hier zu Hause. Humanität und Solidarität in unserer Demokratie sind Grundwerte, die die Grundlage unseres kommunalen Zusammenlebens und Handelns sind. Daher gilt es eindeutig Position zu beziehen gegenüber allen nationalistischen, rassistischen, diskriminierenden und fremdenfeindlichen Ideologien und Aktivitäten. Rechtsextreme Parolen und Positionen dürfen in Gremien des Rates und den Bezirksvertretungen kein Gehör finden.

Der Kölner Rat spricht sich ausdrücklich dagegen aus, rechtsextremen und rechtspopulistischen Gruppierungen und Parteien ein Podium für ihre Inszenierungen zu geben. Es darf mit Vertreterinnen und Vertretern von diskriminierenden und menschenverachtenden Positionen keine Diskussion geführt werden. Der Rat wendet sich gegen jegliche Normalität im Umgang mit Rechtsextremen.

Der Rat lehnt daher jeden Antrag rechtsextremer und rechtspopulistischer Gruppierungen in seinen Gremien ab. Mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Stimmen darf weder eine Personalentscheidung noch jegliche inhaltliche Forderung durchgesetzt werden. Rechtsextreme streben nach öffentlicher Aufmerksamkeit und politischem Einfluss. Besonders in der Rolle des „Züngleins an der Waage“ sehen sie die Chance, sich zu profilieren. Kurzfristige politische Erfolge dürfen deshalb nicht damit erkauft werden, dass die Feinde der Demokratie salonfähig gemacht werden. Es besteht Konsens darüber, dass dieses gemeinsame politische Grundverständnis und dieses gemeinsame Vorgehen im Umgang mit Rechtsextremen und Rechtspopulisten die Basis für eine gemeinsame politische Kultur ist.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimme von Ratsmitglied Wiener (Gruppe pro Köln) sowie bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion, der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Jetzt treten wir in die normale Tagesordnung ein und beginnen mit:

1 Bildung der Fachausschüsse und des Integrationsrates

1.1 Bildung der Fachausschüsse
hier: Fortsetzung des Verfahrens aus der Ratssitzung vom 24.06.2014

1.1.1 Festlegung der Anzahl und Bezeichnung der Ausschüsse

Diese Angelegenheit wurde bereits in der konstituierenden Sitzung des Rates - am 24.06.2014 – entschieden.

1.1.2 Änderungen von Betriebssatzungen

Da die gleichen Ausschüsse gebildet wurden, wie in der Wahlperiode 2009 – 2014 und damit auch die Anbindung der Betriebsausschüsse unverändert geblieben ist, ist eine Änderung von Betriebssatzungen nicht erforderlich.

1.1.3 Festlegung der Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder

Diese Angelegenheit wurde bereits in der konstituierenden Sitzung des Rates - am 24.06.2014 – entschieden.

1.1.4 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln

Da die Größe des Hauptausschusses unverändert aus der vorherigen Wahlperiode übernommen wurde, ist eine Änderung der Hauptsatzung nicht erforderlich.

1.1.5 Festlegung der Reihenfolge der Vertretung in den Ausschüssen

Diese Angelegenheit wurde bereits in der konstituierenden Sitzung des Rates - am 24.06.2014 – entschieden.

1.1.6 Festlegung der Anzahl der sachkundigen Bürger in den Ausschüssen

Diese Angelegenheit wurde bereits in der konstituierenden Sitzung des Rates - am 24.06.2014 – entschieden.

1.1.7 Festlegung der Anzahl der sachkundigen Einwohner in den Ausschüssen

Diese Angelegenheit wurde bereits in der konstituierenden Sitzung des Rates - am 24.06.2014 – entschieden.

1.1.8 Festlegung der Anzahl der Ausschüsse für fraktionslose Ratsmitglieder gemäß § 58 Abs. 1 Satz 11 und 12 GO NRW Wahl zu beratenden Mitgliedern der genannten Ausschüsse 0440/2014

Darüber haben wir in unserer letzten Sitzung am 24. Juni 2014 befunden. Wir haben festgelegt, dass von den fraktionslosen Ratsmitgliedern je drei Ausschüsse besetzt werden können.

(Schaubild)

Dazu liegen jetzt die entsprechenden Meldungen vor. Ich darf sie einmal verlesen:

- Herr Zimmermann hat sich für den Ausschuss für Kunst und Kultur, den Stadtentwicklungsausschuss und den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden entschieden.
- Frau Dr. Symanski hat sich für den Verkehrsausschuss entschieden.
- Herr Hegenbarth hat sich für den Stadtentwicklungsausschuss, den Verkehrsausschuss und den AVR entschieden.
- Frau Gerlach hat sich für den Ausschuss für Kunst und Kultur, den Finanzausschuss und den Ausschuss für Schule und Weiterbildung entschieden.
- Herr Wiener hat sich für den Hauptausschuss, den Finanzausschuss und den Ausschuss für Soziales und Senioren entschieden.
- Frau Wolter hat sich für den Stadtentwicklungsausschuss, den AVR und den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden entschieden.
- Herr Henseler hat sich für den Finanzausschuss, den Ausschuss für Kunst und Kultur und den Stadtentwicklungsausschuss entschieden.

Wie ich sehe, ist das allgemein auf Ihre Akzeptanz gestoßen. Sie haben es zur Kenntnis genommen. Gibt es Gegenstimmen gegen diese Entscheidungen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die durch die Ratsmitglieder benannten Gremien zur Kenntnis und wählt sie als beratende Mitglieder in die folgenden Ausschüsse:

Name Ratsmitglied:	*Ausschuss:*
Markus Wiener	*1. Hauptausschuss*
	2. Finanzausschuss
	3. Ausschuss Soziales und Senioren
Judith Wolter	*1. Stadtentwicklungsausschuss*
	2. Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/Internationales
	3. Ausschuss Anregungen und Beschwerden
Lisa Hanna Gerlach	*1. Ausschuss Kunst und Kultur*
	2. Finanzausschuss
	3. Ausschuss Schule und Weiterbildung
Thomas Hegenbarth	*1. Stadtentwicklungsausschuss*

	2. Verkehrsausschuss
	3. Ausschuss Allgemeine Verwaltung und
	Rechtsfragen/
	Vergabe/Internationales
Dr. Ute Symanski	*1. Verkehrsausschuss*
	2. --
	3. --
Thor-Geir	
Zimmermann	*1. Ausschuss Kunst und Kultur*
	2. Stadtentwicklungsausschuss
	3. Ausschuss Anregungen und Beschwerden
Andreas Henseler	*1. Finanzausschuss*
	2. Ausschuss Kunst und Kultur
	3. Stadtentwicklungsausschuss

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Der Rat hatte in seiner vorangegangenen Sitzung – am 24.06.2014 – bereits beschlossen, dass den fraktionslosen Ratsmitgliedern jeweils an drei Ausschüssen die Teilnahme als beratende Mitglieder im Sinne von § 58 Absatz 1 Satz 11 und 12 GO NRW) ermöglicht werden soll.

1.1.9 Festlegung der Anzahl der Stellvertreter/innen des/der Ausschussvorsitzenden

Diese Angelegenheit wurde bereits in der konstituierenden Sitzung des Rates - am 24.06.2014 – entschieden.

1.1.10 Zuteilung der Ausschussvorsitze und der stellvertretenden Ausschussvorsitze

Diese Angelegenheit wurde bereits in der konstituierenden Sitzung des Rates - am 24.06.2014 – entschieden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich:

1.1.11 Namentliche Benennung und Wahl von Ausschussmitgliedern
hier: a) Stimmberechtigte Mitglieder
b) Beratende Mitglieder gemäß § 58 Abs. 1 Sätze 7 - 10 GO NRW
0685/2014

Die namentliche Benennung haben wir aus der letzten Sitzung in diese Sitzung verschoben.

Welche Ausschüsse in dieser Wahlperiode gebildet werden, haben wir in der letzten Sitzung festgelegt.

Wegen des Jugendhilfeausschusses gibt es unter TOP 1.2.1 eine gesonderte Vorlage.

Den Wahlausschuss wollen wir erst im Vorfeld der nächsten Kommunalwahl festlegen.

Ich gehe davon aus, dass der Kreiswahlausschuss im Laufe der Legislaturperiode gebildet wird und heute nicht darüber beschlossen wird.

Den Wahlprüfungsausschuss haben wir bereits gebildet.

Deswegen kommen wir jetzt zu den übrigen Ausschüssen.

(Schaubild)

Nach den mir vorliegenden Informationen hat man sich zwischen allen Fraktionen nicht auf einen einstimmigen Beschluss zur Ausschussbesetzung einigen können, sodass wir zu einer Listenwahl für die Besetzung von 16 Ausschüssen kommen. Diese Ausschüsse sind Ihnen hier per PowerPoint dargestellt. Ich brauche sie also nicht mehr im Einzelnen vorzulesen, wenn Sie dies gestatten. Das sieht jeder.

Ich weise noch einmal darauf hin, dass bei den 9er-Ausschüssen maximal 4 stimmberechtigte sachkundige Bürger und bei den 13er-Ausschüssen maximal 6 stimmberechtigte sachkundige Bürger gewählt werden können.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die einzelnen Ausschüsse. Für die Abstimmung möchte ich Folgendes anregen: Beim ersten Durchgang sollten wir so, wie wir das bei der letzten Sitzung gemacht haben, aufstehen, damit man die jeweiligen Blöcke erkennen kann. Bei den folgenden 15 Abstimmungen stimmen wir durch Handerheben ab. Sind Sie damit einverstanden? - Dann machen wir das so.

Jetzt bitte ich alle beteiligten Stimmzähler, zu mir nach vorne zu kommen, damit wir anfangen können. - Augenblicklich muss das Ganze noch ein bisschen organisiert werden. Schließlich haben wir 16 Ausschüsse zu wählen. Ich gehe aber davon aus, dass wir das gut hinkriegen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist wichtig, dass wir bei den jetzt anstehenden Wahlen sehr diszipliniert vorgehen und Sie wirklich auf Ihren Plätzen sitzen bleiben, damit das Auszählen einfacher geht und vor allen Dingen auch sicher ist.

(Schaubild)

Wir kommen jetzt zur namentlichen Benennung der Ausschussmitglieder des Hauptausschusses. Er hat 13 Mitglieder. Ich lese einmal die einzelnen Vorschläge vor, damit sich alle davon überzeugen können, dass die Namen hier auch richtig wiedergegeben worden sind:

- Vorschlag 1, SPD: Herr Börschel, Frau dos Santos Herrmann, Herr Dr. Heinen und Frau Schultes

- Vorschlag 2, CDU: Herr Petelkau, Herr Dr. Elster, Herr Kienitz und Frau Gärtner

(Die Mikrofonanlage funktioniert nicht mehr - Zurufe: Lauter! - Man versteht nichts! - Gegenrufe: Das steht doch alles an der Leinwand! - Wir können es doch selber lesen!)

- Ich versuche es einmal vom Rednerpult aus. - Das Mikrofon am Rednerpult funktioniert auch nicht. Dabei haben wir die Elektronik hier gestern extra noch einmal überprüfen lassen.

(Birgit Gordes [CDU]: Dann machen wir es ohne Mikrofon!)

Ich lese jetzt noch einmal die Vorschläge vor und bemühe mich, laut zu sprechen, während die Elektroniker versuchen, die Anlage wieder in Ordnung zu bringen.

- Vorschlag 1, SPD: Herr Börschel, Frau dos Santos Herrmann, Herr Dr. Heinen und Frau Schultes

- Vorschlag 2, CDU: Herr Petelkau, Herr Dr. Elster, Herr Kienitz und Frau Gärtner

- Vorschlag 3, Grüne: Frau Jahn, Herr Frank und Frau von Bülow

- Vorschlag 4, Die Linke.: Frau Stahlhofen

- Vorschlag 5, FDP: Herr Sterck

- Vorschlag 6, AfD: Herr Rottmann, Herr Beckamp und Herr Haug

Der Vorschlag der AfD bezieht sich auf die Mitglieder mit dem Grundmandat.

Wenn Sie mich verstehen,

(Zurufe: Ja!)

kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer für den Vorschlag 1 der SPD ist, den bitte ich, aufzustehen. - Wer für den Vorschlag 2 der CDU ist, der steht bitte einmal auf. - Wir kommen zum Vorschlag 3 der Grünen. Wer dafür ist, den bitte ich, aufzustehen. - Wer ist für den Vorschlag 4 der Fraktion Die Linke.? - Wer für den Vorschlag 5 der FDP ist, den bitte ich, aufzustehen. - Dann kommen wir zum Vorschlag 6 der AfD. Wer ist dafür? - Damit haben wir den Hauptausschuss besetzt.

(Schaubild)

Jetzt kommen wir zur Benennung des Finanzausschusses. Er hat ebenfalls 13 Mitglieder. Dazu gibt es folgende Vorschläge:

- Vorschlag 1, SPD: Herr Börschel, Herr Ciesla-Baier, Herr Kron und Herr Krupp

- Vorschlag 2, CDU: Herr Petelkau, Frau Henk-Hollstein, Herr Kienitz und Frau von Wengersky

- Vorschlag 3, Grüne: Herr Frank, Herr Richter und Frau von Bülow

- Vorschlag 4, Die Linke.: Herr Detjen

- Vorschlag 5, FDP: Herr Breite

- Vorschlag 6, AfD: Herr Haug, Herr Stottrop und Herr Rottmann

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Vorschlag 1 der SPD? Ich bitte um das Handzeichen. - Wer ist für den Vorschlag 2 der CDU? Ich bitte um das Handzeichen. - Wer ist für den Vorschlag 3 der Grünen? Ich bitte um das Handzeichen. - Die Linke., Vorschlag 4. - Die FDP, Vorschlag 5. - Die AfD, Vorschlag 6. - Damit haben wir das abgeschlossen.

Als Nächstes kommen wir zum Rechnungsprüfungsausschuss. Er hat ebenfalls 13 Mitglieder. Ich frage einmal in die Runde: Muss ich alle Namen vorlesen?

(Zurufe: Nein!)

- Gut. - Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für den Vorschlag 1 der SPD? - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Die Linke. - Vorschlag 5, FDP. - Vorschlag 6, AfD.

(Schaubild)

Wir kommen zum AVR.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Da ist ein Fehler drin!)

- Darum wird es hier an die Wand geworfen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Bei den Grünen muss statt Peter Sörries Julia Woller stehen!)

- Ich bitte also darum, beim Vorschlag 3 der Grünen Herrn Sörries durch Frau Woller zu ersetzen.

(Auf dem Schaubild wird die entsprechende Änderung vorgenommen - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, so ist es richtig!)

Wir kommen zur Abstimmung über den AVR. Wer für den Vorschlag 1 der SPD ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne.

(Auf dem Stenografentisch wird eine Lautsprecherbox aufgebaut)

- Wir müssen ein wenig improvisieren; es geht aber. - Vorschlag 4, Die Linke. - Vorschlag 5, FDP. - Vorschlag 6, AfD.

(Schaubild)

Wir kommen zum Ausschuss für Anregungen und Beschwerden, einem Ausschuss mit 13 Mitgliedern. Schauen Sie bitte einmal nach, ob alles richtig ist.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Da ist auch ein Fehler drin! - Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Julia Woller wird zu Lino Hammer!)

Anstelle von Frau Julia Woller muss beim Vorschlag 3 also Herr Lino Hammer stehen.

(Auf dem Schaubild wird die entsprechende Änderung vorgenommen)

Dann können wir loslegen. Wer für den Vorschlag 1 der SPD ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte Sie noch einmal, während dieser Abstimmungen sitzen zu bleiben. Das bringt die Stimmzähler sonst durcheinander. - Wir kommen zum Vorschlag 2 der CDU. Ich bitte um das Handzeichen. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Die Linke. - Vorschlag 5, FDP. - Vorschlag 6, AfD. - Damit ist das auch so weit geklärt.

(Schaubild)

Dann kommen wir zum Bauausschuss, einem Ausschuss mit 9 Mitgliedern.

Vorschlag 1, SPD - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Die Linke. - Vorschlag 5, FDP. - Vorschlag 6, AfD. - Okay.

(Schaubild)

Wir kommen zum Gesundheitsausschuss, einem Ausschuss mit 9 Mitgliedern.

Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Die Linke. - Vorschlag 5, FDP. - Vorschlag 6, AfD.

(Schaubild)

Wir kommen wieder zu einem 13er-Ausschuss, nämlich dem Ausschuss für Kunst und Kultur.

Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Die Linke. - Vorschlag 5, FDP. - Vorschlag 6, AfD.

(Schaubild)

Wir kommen zum Liegenschaftsausschuss, einem 9er-Ausschuss.

Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Die Linke. - Vorschlag 5, FDP. - Vorschlag 6, AfD.

(Schaubild)

Dann kommen wir zum Ausschuss für Schule und Weiterbildung, einem 13er-Ausschuss.

Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Die Linke. - Vorschlag 5, FDP. - Vorschlag 6, AfD.

(Schaubild)

Wir kommen zum Ausschuss für Soziales und Senioren, einem Ausschuss mit 13 Mitgliedern.

Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Die Linke. - Vorschlag 5, FDP. - Vorschlag 6, AfD.

(Schaubild)

Sportausschuss, ebenfalls 13 Mitglieder.

Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Die Linke. - Vorschlag 5, FDP. - Vorschlag 6, AfD.

(Schaubild)

Wir kommen zum Stadtentwicklungsausschuss. Hier sind 13 Mitglieder zu wählen.

Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Die Linke. - Vorschlag 5, FDP. - Vorschlag 6, AfD. - Wie gehabt.

(Schaubild)

Wir kommen zum Ausschuss für Umwelt und Grün. Er hat ebenfalls 13 Mitglieder.

Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Die Linke. - Vorschlag 5, FDP. - Vorschlag 6, AfD.

(Schaubild)

Verkehrsausschuss, ebenfalls 13 Mitglieder.

Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Die Linke. - Vorschlag 5, FDP. - Vorschlag 6, AfD.

(Schaubild)

Zum Schluss kommt noch der Wirtschaftsausschuss. Er hat 13 Mitglieder mit Stimmrecht.

Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Die Linke. - Vorschlag 5, FDP. - Vorschlag 6, AfD.

Damit haben wir die Mitglieder dieser 16 Ausschüsse benannt. Jetzt bedarf es einer gewissen Zeit, um das entsprechend auszuzählen. Wir machen eine kleine Pause.

(Unterbrechung von
16.20 bis 17.00 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Mikrofonanlage funktioniert wieder. Ich hoffe, dass Sie mich jetzt besser verstehen.

Wir kommen nun zum Ergebnis der namentlichen Benennung und Wahl der Mitglieder der jeweiligen Ausschüsse.

(Schaubild)

Wir beginnen mit dem Hauptausschuss. Die Namen sehen Sie an der Leinwand. Ich werde sie trotzdem noch einmal nennen. Gewählt sind: Herr Börschel, Frau dos Santos Herrmann, Herr Dr. Heinen, Frau Schultes, Herr Petelkau, Herr Dr. Elster, Herr Kienitz, Frau Gärtner, Frau Jahn, Herr Frank, Frau von Bülow, Frau Stahlhofen und Herr Sterck, als beratendes Mitglied für die AfD Herr Haug und als weiteres beratendes Mitglied Herr Wiener. - Bitte schön, Herr Haug.

Jochen Haug (AfD): Wir hatten uns mit der Verwaltung darauf geeinigt, dass immer die erste von uns genannte Person das Grundmandat wahrnimmt. Das war im Hauptausschuss Herr Rottmann. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay.

(Auf dem Schaubild wird die entsprechende Änderung vorgenommen)

Herr Rottmann, AfD, ist schon eingepflegt. - Das ist also das Ergebnis für den Hauptausschuss.

(Schaubild)

Wir kommen zum Finanzausschuss. Gewählt sind: Herr Börschel, Herr Ciesla-Baier, Herr Kron, Herr Krupp, Herr Petelkau, Frau Henk-

Hollstein, Herr Kienitz, Frau von Wengersky, Herr Frank, Herr Richter, Frau von Bülow, Herr Detjen, Herr Breite, als beratendes Mitglied für die AfD Herr Haug und als weitere beratende Mitglieder Frau Gerlach, Herr Henseler und Herr Wiener.

(Schaubild)

Dann kommen wir zum Rechnungsprüfungsausschuss. Gewählt sind: Frau Möller, Herr Kaske, Herr Krupp, Frau Oedingen, Frau Dresler-Graf, Herr Pohl, Frau Henk-Hollstein, Herr Erkelenz, Herr Yurtsever, Herr Brust, Herr Dr. Unna, Herr Detjen, Herr Houben und als beratendes Mitglied für die AfD Herr Beckamp.

(Schaubild)

Wir kommen zum AVR. Gewählt sind: Herr Krupp, Herr Joisten, Frau Möller, Herr Schneider, Herr Petelkau, Herr Dr. Elster, Herr Pohl, Herr Marx, Herr Richter, Frau Aymaz, Frau Woller, Frau Tokyürek und Herr Görzel, als beratendes Mitglied für die AfD Herr Mees und als weitere beratende Mitglieder Herr Hegenbarth und Frau Wolter.

(Schaubild)

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden: Herr Schneider, Frau Frebel, Frau Oedingen, Frau Paffen, Herr Pohl, Herr Erkelenz, Frau von Wengersky, Frau Sommer, Herr Thelen, Frau Aymaz, Herr Hammer, Frau Akbayir

(Hamide Akbayir [Die Linke.]: Ich melde mich schon! Ich bin nicht von den Grünen, sondern von der Linken!)

- das wird gerade korrigiert - und Frau Domke, als beratendes Mitglied für die AfD Herr Geraedts und als weitere beratende Mitglieder Frau Wolter und Herr Zimmermann.

(Schaubild)

Bauausschuss: Frau Halberstadt-Kausch, Herr Kircher, Herr Walter, Herr Dr. Schoser, Frau Henk-Hollstein, Herr Brust, Herr Klemm, Herr Kockerbeck und Frau Kirchmeyer und als beratendes Mitglied für die AfD Herr Beckamp.

(Schaubild)

Gesundheitsausschuss: Herr Paetzold, Herr Ciesla-Baier, Herr Kaske, Herr Dr. Strahl, Frau Gärtner, Herr Dr. Unna, Herr Heinlein, Frau Röhrig und Frau Houben und als beratendes Mitglied für die AfD Herr Witzmann.

(Schaubild)

Ausschuss für Kunst und Kultur: Herr Prof. Schäfer, Frau Dr. Bürgermeister, Herr Pöttgen, Frau Scho-Antwerpes, Herr Dr. Elster, Herr Welter, Frau Welcker, Frau Reinhardt, Frau von Bülow, Frau Aymaz, Herr Sörries, Frau Stahlhofen und Herr Dr. Wackerhagen, als beratendes Mitglied für die AfD Herr Traeder und als weitere beratende Mitglieder Frau Gerlach, Herr Henseler und Herr Zimmermann.

(Schaubild)

Liegenschaftsausschuss: Herr Struwe, Herr Frenzel, Herr Karaman, Frau De Bellis-Olinger, Frau Gordes, Herr Frank, Frau Pakulat, Herr Weisenstein und Herr Sterck und als beratendes Mitglied für die AfD Herr Stottrop.

(Schaubild)

Ausschuss für Schule und Weiterbildung: Herr Philippi, Frau Halberstadt-Kausch, Herr Dr. Heinen, Frau Mucuk, Herr Dr. Schlieben, Frau Nesseler-Komp, Herr Dr. Gutzeit, Frau Hauser, Herr Thelen, Frau Rabenstein, Frau Kessing, Herr Kockerbeck und Frau Ruffen, als beratendes Mitglied für die AfD Herr Baentsch und als weiteres beratendes Mitglied Frau Gerlach.

(Schaubild)

Ausschuss für Soziales und Senioren: Herr Paetzold, Frau Schmerbach, Frau Schultes, Herr Dr. Schulz, Frau Gärtner, Herr Klausing, Herr Welter, Frau Fontanazza-Russo, Frau Heuser, Frau Woller, Herr Ladenberger, Herr Detjen, Frau Hoyer, als beratendes Mitglied für die AfD Herr Dr. Quinten und als weiteres beratendes Mitglied Herr Wiener.

(Schaubild)

Sportausschuss: Herr Kron, Herr Kircher, Herr Noack, Herr Philippi, Herr van Benthem, Herr Bartsch, Herr Michel, Herr Dr. Schoser, Frau Thelen, Herr Yurtsever, Frau Bercher-Hiss, Frau Stahlhofen und Herr Breite und als beratendes Mitglied für die AfD Frau Pavlovitch.

(Schaubild)

Stadtentwicklungsausschuss: Herr Frenzel, Frau Dr. Bürgermeister, Herr Struwe, Herr van Geffen, Frau Gordes, Herr Kienitz, Frau De Bellig-Olinger, Frau Roß-Belkner, Frau Jahn, Frau Pakulat, Herr Dr. Welpmann, Herr Weisenstein und Herr Sterck, als beratendes Mitglied für die AfD Herr Mertens und als weitere beratende Mitglieder Herr Hegenbarth, Herr Henseler, Frau Wolter und Herr Zimmermann.

(Schaubild)

Ausschuss für Umwelt und Grün: Herr Ott, Herr Becker, Frau Frebel, Herr Walter, Frau Welcker, Herr Bartsch, Frau Dresler-Graf, Herr Dr. Gutzeit, Herr Dr. Welpmann, Frau Bercher-Hiss, Herr Brust, Frau Akbayir und Herr Dr. Albach und als beratendes Mitglied für die AfD Herr Boyens.

(Schaubild)

Verkehrsausschuss: Frau dos Santos Herrmann, Herr Kron, Herr Noack, Herr Ott, Herr Michel, Frau Nesseler-Komp, Frau Roß-Belkner, Herr van Benthem, Herr Wolter, Herr Hammer, Frau Heuser, Herr Weisenstein und Herr Houben, als beratendes Mitglied für die AfD Frau Ast und als weitere beratende Mitglieder Herr Hegenbarth und Frau Dr. Symanski.

(Schaubild)

Wirtschaftsausschuss: Herr van Geffen, Frau dos Santos Herrmann, Herr Karaman, Herr Pöttgen, Herr Dr. Strahl, Herr Dr. Schoser, Frau Sommer, Herr Braun, Frau Thelen, Herr Frank, Frau Pakulat, Herr Petri und Frau Klein und als beratendes Mitglied für die AfD Herr Tritschler.

Damit sind wir durch. - Ich darf mich herzlich für die Aufmerksamkeit bedanken.

Ich bedanke mich auch schon einmal bei denjenigen, die die Auswertung vorgenommen haben und mehrfach das Hare/Niemeyer-Verfahren über die Vorschläge laufen lassen haben.

(Beifall)

Der Oberbürgermeister stellt zunächst fest, dass eine Einigung aller Ratsmitglieder auf einen einheitlichen Wahlvorschlag, wie es § 50 Absatz 3 Satz 1 GO NRW vorsieht, nicht realisiert werden konnte.

Liegt ein einheitlicher Wahlvorschlag nicht vor, wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in einem Wahlgang abgestimmt. Hierbei findet das Verteilungsverfahren nach Hare-Niemeyer Anwendung.

Der Oberbürgermeister erläutert, dass der Rat in seiner konstituierenden Sitzung am 24.06.2014 die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder in den einzelnen Ausschüssen - wie nachfolgend dargestellt – festgelegt hat. Wegen der besonderen Eilbedürftigkeit hat er anschließend für den Wahlprüfungsausschusses die personelle Besetzung, d. h. die Wahl der Mitglieder, des Vorsitzenden und der beiden Stellvertreter bereits vorgenommen (siehe Punkte 7.1; 7.3 und 7.11 der Sitzung).

Ausschuss	*Anzahl*
Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	*13*
Ausschuss für Soziales und Senioren	*13*
Ausschuss für Kunst und Kultur (mit den angegliederten Betriebsausschüssen)	*13*
Ausschuss für Schule und Weiterbildung	*13*
Sportausschuss	*13*
Stadtentwicklungsausschuss	*13*
Ausschuss für Umwelt und Grün (zugleich Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb)	*13*
Verkehrsausschuss	*13*
Wirtschaftsausschuss	*13*
Ausschuss für Anregungen und Beschwerden	*13*
Finanzausschuss (zugleich Betriebsausschuss Veranstaltungszentrum)	*13*
Rechnungsprüfungsausschuss	*13*
Liegenschaftsausschuss	*9*
Bauausschuss (zugleich Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft)	*9*
Gesundheitsausschuss	*9*
Wahlprüfungsausschuss	*9*
Kreiswahlausschuss gemäß § 10 Absatz 3 Satz 1 LWahlG NRW	*6*
Hauptausschuss (mit OB)	*14*

Da in den nachfolgenden Fällen vorrangige spezialgesetzliche Regelungen zu berücksichtigen sind, gilt der Beschluss ausdrücklich nicht für den Wahlausschuss nach Kommunalwahlrecht sowie den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass zu Mitgliedern der Ausschüsse, neben Ratsmitgliedern auch sachkundige Bürger bestellt werden können. Sie nehmen mit vollem Stimmrecht an den Sitzungen teil. Ihre Anzahl darf die Anzahl der Ratsmitglieder nicht erreichen.

Unter Berücksichtigung der beschlossenen Ausschussgrößen bedeutet dies, dass bei 9 Ausschussmitgliedern maximal 4 und bei 13 Ausschussmitgliedern maximal 6 sachkundige Bürger in den Ausschuss entsandt werden können.

Eine Entsendung von sachkundigen Bürgern in den Hauptausschuss, Finanzausschuss und Rechnungsprüfungsausschuss ist gemäß § 59 GO NRW unzulässig

Besetzungsverfahren der einzelnen Ausschüsse:

Zu den einzelnen Ausschüssen liegen jeweils 6 Vorschläge vor. Soweit die Vorschläge der AfD bei der Stimmenauszählung zur Wahl der stimmberechtigten Mitglieder nicht zum Zuge kommen sollten, schlägt die AfD-Fraktion die erste Person ihrer Namensliste als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Sätze 7 - 10 GO NRW vor.

Hauptausschuss:

Vorschlag 1 (SPD):
1. Martin Börschel
2. Susana dos Santos Herrmann
3. Dr. Ralf Heinen
4. Monika Schultes

Vorschlag 2 (CDU):
1. Bernd Petelkau
2. Dr. Ralph Elster
3. Niklas Kienitz
4. Ursula Gärtner

Vorschlag 3 (Grüne):
1. Kirsten Jahn
2. Jörg Frank
3. Brigitta von Bülow

Vorschlag 4 (Linke):
1. Gisela Stahlhofen

Vorschlag 5 (FDP):
1. Ralph Sterck

Vorschlag 6 (AfD):
1. Hendrik Rottmann
2. Roger Beckamp
3. Jochen Haug

Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Vorschlag 1 (SPD):	*27 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke):	*6 Stimmen*
Vorschlag 5 (FDP):	*6 Stimmen*
Vorschlag 6 (AfD):	*3 Stimmen*

Beschluss:

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare-Niemeyer wurden folgende Personen zu stimmberechtigten Mitgliedern des Hauptausschusses gewählt:

Martin Börschel
Susana dos Santos Herrmann
Dr. Ralf Heinen
Monika Schultes
Bernd Petelkau
Dr. Ralph Elster
Niklas Kienitz
Ursula Gärtner
Kirsten Jahn
Jörg Frank
Brigitta von Bülow
Gisela Stahlhofen
Ralph Sterck

Als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 10 GO NRW wird benannt:

Hendrik RottmannFinanzausschuss zugleich Betriebsausschuss Veranstaltungszentrum:

Vorschlag 1 (SPD):
1. Martin Börschel
2. Dietmar Ciesla-Baier
3. Peter Kron
4. Gerrit Krupp

Vorschlag 2 (CDU):
1. Bernd Petelkau
2. Anna-Henk-Hollstein
3. Niklas Kienitz
4. Alexandra von Wengersky

Vorschlag 3 (Grüne):

1. Jörg Frank
2. Manfred Richter
3. Brigitta von Bülow

Vorschlag 4 (Linke):
1. Jörg Detjen

Vorschlag 5 (FDP):
1. Ulrich Breite

Vorschlag 6 (AfD):
1. Jochen Haug
2. Jörg Stottrop (SB)
3. Hendrik Rottmann

Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Vorschlag 1 (SPD):	*27 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke):	*6 Stimmen*
Vorschlag 5 (FDP):	*6 Stimmen*
Vorschlag 6 (AfD):	*3 Stimmen*

Beschluss:

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare-Niemeyer wurden folgende Personen zu stimmberechtigten Mitgliedern des Finanzausschusses (einschließlich des Betriebsausschusses) gewählt:

Martin Börschel
Dietmar Ciesla-Baier
Peter Kron
Gerrit Krupp
Bernd Petelkau
Anna-Henk-Hollstein
Niklas Kienitz
Alexandra von Wengersky
Jörg Frank
Manfred Richter
Brigitta von Bülow
Jörg Detjen
Ulrich Breite

Als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 10 GO NRW wird benannt:

Jochen Haug

Rechnungsprüfungsausschuss:

Vorschlag 1 (SPD):
1. Monika Möller
2. Sven Kaske
3. Gerrit Krupp
4. Erika Oedingen

Vorschlag 2 (CDU):
1. Margret Dresler-Graf
2. Stephan Pohl
3. Anna Henk-Hollstein
4. Martin Erkelenz

Vorschlag 3 (Grüne):
1. Firat Yurtsever
2. Gerd Brust
3. Dr. Ralf Unna
Vorschlag 4 (Linke):
1. Jörg Detjen

Vorschlag 5 (FDP):
1. Reinhard Houben

Vorschlag 6 (AfD):
1. Roger Beckamp
2. Jörg Stottrop (SB)
3. Jochen Haug

Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Vorschlag 1 (SPD):	*27 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke):	*6 Stimmen*
Vorschlag 5 (FDP):	*6 Stimmen*
Vorschlag 6 (AfD):	*3 Stimmen*

Beschluss:

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare-Niemeyer wurden folgende Personen zu stimmberechtigten Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses gewählt:

Monika Möller
Sven Kaske
Gerrit Krupp
Erika Oedingen
Margret Dresler-Graf
Stephan Pohl
Anna Henk-Hollstein
Martin Erkelenz
Firat Yurtsever
Gerd Brust
Dr. Ralf Unna
Jörg Detjen
Reinhard Houben

Als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 10 GO NRW wird benannt:

Roger BeckampAusschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR)/Vergabe/ Internationales:

Vorschlag 1 (SPD):
1. Gerrit Krupp
2. Christian Joisten
3. Monika Möller
4. Frank Schneider

Vorschlag 2 (CDU):
1. Bernd Petelkau
2. Dr. Ralph Elster
3. Stephan Pohl
4. Werner Marx (SB)

Vorschlag 3 (Grüne):
1. Manfred Richter
2. Berivan Aymaz
3. Julia Woller

Vorschlag 4 (Linke):
1. Güldane Tokyürek

Vorschlag 5 (FDP):
1. Volker Görzel (SB)

Vorschlag 6 (AfD):
1. Heinz Peter Mees (SB)
2. Wilhelm Geraedts (SB)
3. Jochen Haug

Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Vorschlag 1 (SPD):	*27*
Vorschlag 2 (CDU):	*25*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18*
Vorschlag 4 (Linke):	*6*
Vorschlag 5 (FDP):	*5*
Vorschlag 6 (AfD):	*3*

Beschluss:

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare-Niemeyer wurden folgende Personen zu stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR)/Vergabe/Internationales gewählt:

Gerrit Krupp
Christian Joisten
Monika Möller
Frank Schneider
Bernd Petelkau
Dr. Ralph Elster
Stephan Pohl
Werner Marx (SB)
Manfred Richter
Berivan Aymaz
Julia Woller
Güldane Tokyürek
Volker Görzel (SB)

Als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 10 GO NRW wird benannt:

Heinz Peter Mees (SB)Ausschuss für Anregungen und Beschwerden:

Vorschlag 1 (SPD):

1. Frank Schneider

2. Polina Frebel

3. Erika Oedingen

4. Dagmar Paffen

Vorschlag 2 (CDU):
1. Stephan Pohl
2. Martin Erkelenz
3. Alexandra von Wengersky
4. Ira Sommer

Vorschlag 3 (Grüne):
1. Horst Thelen
2. Berivan Aymaz
3. Lino Hammer

Vorschlag 4 (Linke):
1. Hamide Akbayir

Vorschlag 5 (FDP):
1. Renate Domke

Vorschlag 6 (AfD):
1. Wilhelm Geraedts (SB)
2. Heinz Peter Mees (SB)
3. Roger Beckamp

Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Vorschlag 1 (SPD):	*27*
Vorschlag 2 (CDU):	*25*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18*
Vorschlag 4 (Linke):	*6*
Vorschlag 5 (FDP):	*5*
Vorschlag 6 (AfD):	*3*

Beschluss:

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare-Niemeyer wurden folgende Personen zu stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses Anregungen und Beschwerden gewählt:

Frank Schneider
Polina Frebel
Erika Oedingen
Dagmar Paffen
Stephan Pohl
Martin Erkelenz
Alexandra von Wengersky
Ira Sommer
Horst Thelen
Berivan Aymaz
Lino Hammer
Hamide Akbayir
Renate Domke
Als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 10 GO NRW wird benannt:
Wilhelm Geraedts (SB)Bauausschuss zugleich Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft
Vorschlag 1 (SPD):
1. Inge Halberstadt-Kausch
2. Jürgen Kircher
3. Karl-Heinz Walter

Vorschlag 2 (CDU):
1. Dr. Martin Schoser
2. Anna Henk-Hollstein

Vorschlag 3 (Grüne):
1. Gerd Brust
2. Ralf Klemm (SB)

Vorschlag 4 (Linke):
1. Heiner Kockerbeck

Vorschlag 5 (FDP):
1. Christtraut Kirchmeyer (SB)

Vorschlag 6 (AfD):
1. Roger Beckamp
2. Ludwig Eierhoff (SB)
3. Hendrik Rottmann

Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Vorschlag 1 (SPD):	*27*
Vorschlag 2 (CDU):	*24*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18*
Vorschlag 4 (Linke):	*6*
Vorschlag 5 (FDP):	*6*
Vorschlag 6 (AfD):	*3*

Beschluss:

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare-Niemeyer wurden folgende Personen zu stimmberechtigten Mitgliedern des Bauausschusses (einschließlich des Betriebsausschusses) gewählt:

Inge Halberstadt-Kausch
Jürgen Kircher
Karl-Heinz Walter
Dr. Martin Schoser
Anna Henk-Hollstein
Gerd Brust
Ralf Klemm (SB)
Heiner Kockerbeck
Christtraut Kirchmeyer (SB)

Als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 10 GO NRW wird benannt:

Roger BeckampGesundheitsausschuss:

Vorschlag 1 (SPD):
1. Michael Paetzold
2. Dietmar Ciesla-Baier
3. Sven Kaske

Vorschlag 2 (CDU):
1. Dr. Jürgen Strahl
2. Ursula Gärtner

Vorschlag 3 (Grüne):
1. Dr. Ralf Unna
2. Joachim Heinlein (SB)

Vorschlag 4 (Linke):
1. Uschi Röhrig (SB)

Vorschlag 5 (FDP):
1. Bettina Houben (SB)

Vorschlag 6 (AfD):
1. Günter Witzmann (SB)
2. Anette Schumacher (SB)
3. Hendrik Rottmann

Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Vorschlag 1 (SPD):	*27*
Vorschlag 2 (CDU):	*24*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18*
Vorschlag 4 (Linke):	*6*
Vorschlag 5 (FDP):	*6*
Vorschlag 6 (AfD):	*3*

Beschluss:

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare-Niemeyer wurden folgende Personen zu stimmberechtigten Mitgliedern des Gesundheitsausschusses gewählt:

Michael Paetzold
Dietmar Ciesla-Baier
Sven Kaske
Dr. Jürgen Strahl
Ursula Gärtner
Dr. Ralf Unna
Joachim Heinlein (SB)
Uschi Röhrig (SB)
Bettina Houben (SB)

Als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 10 GO NRW wird benannt:

Günter Witzmann (SB)Ausschuss für Kunst und Kultur zugleich Fachausschuss für Denkmalschutz und Denkmalpflege, Betriebausschüsse Bühnen, Gürzenich-Orchester und WRM/Fondation Corboud:

Vorschlag 1 (SPD):
1. Prof. Klaus Schäfer (SB)
2. Dr. Eva Bürgermeister
3. Andreas Pöttgen
4. Elfi Scho-Antwerpes

Vorschlag 2 (CDU):
1. Dr. Ralph Elster
2. Thomas Welter
3. Katharina Welcker
4. Karin Reinhardt (SB)

Vorschlag 3 (Grüne):
1. Brigitta von Bülow
2. Berivan Aymaz
3. Peter Sörries

Vorschlag 4 (Linke):
1. Gisela Stahlhofen

Vorschlag 5 (FDP):
1. Dr. Ulrich Wackerhagen (SB)

Vorschlag 6 (AfD):
1. Thomas Traeder (SB)
2. Sven Tritschler (SB)
3. Jochen Haug

Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Vorschlag 1 (SPD):	*27*
Vorschlag 2 (CDU):	*25*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18*
Vorschlag 4 (Linke):	*6*
Vorschlag 5 (FDP):	*5*
Vorschlag 6 (AfD):	*3*

Beschluss:

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare-Niemeyer wurden folgende Personen zu stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses Kunst und Kultur (einschließlich der Betriebsausschüsse) gewählt:

Prof. Klaus Schäfer (SB)
Dr. Eva Bürgermeister
Andreas Pöttgen
Elfi Scho-Antwerpes
Dr. Ralph Elster
Thomas Welter
Katharina Welcker
Karin Reinhardt (SB)
Brigitta von Bülow
Berivan Aymaz
Peter Sörries
Gisela Stahlhofen
Dr. Ulrich Wackerhagen (SB)

Als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 10 GO NRW wird benannt:

Thomas Traeder (SB)

Liegenschaftsausschuss:

Vorschlag 1 (SPD):
1. Rafael Struwe
2. Michael Frenzel
3. Malik Karaman

Vorschlag 2 (CDU):
1. Teresa De Bellis-Olinger
2. Birgit Gordes

Vorschlag 3 (Grüne):
1. Jörg Frank
2. Sabine Pakulat

Vorschlag 4 (Linke):
1. Michael Weisenstein

Vorschlag 5 (FDP):
1. Ralph Sterck

Vorschlag 6 (AfD):
1. Jörg Stottrop (SB)
2. Florian Merten (SB)
3. Roger Beckamp

Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Vorschlag 1 (SPD):	*27*
Vorschlag 2 (CDU):	*24*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18*
Vorschlag 4 (Linke):	*6*
Vorschlag 5 (FDP):	*6*
Vorschlag 6 (AfD):	*3*

Beschluss:

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare-Niemeyer wurden folgende Personen zu stimmberechtigten Mitgliedern des Liegenschaftsausschusses gewählt:

Rafael Struwe
Michael Frenzel
Malik Karaman
Teresa De Bellis-Olinger
Birgit Gordes
Jörg Frank
Sabine Pakulat
Michael Weisenstein
Ralph Sterck

Als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 10 GO NRW wird benannt:

Jörg Stottrop (SB)

Ausschuss Schule und Weiterbildung:

Vorschlag 1 (SPD):
1. Franz Philippi
2. Inge Halberstadt-Kausch
3. Dr. Ralf Heinen
4. Gonca Mucuk (SB)

Vorschlag 2 (CDU):
1. Dr. Helge Schlieben
2. Birgitta Nesseler-Komp
3. Dr. Walter Gutzeit
4. Anne Hauser (SB)

Vorschlag 3 (Grüne):
1. Horst Thelen
2. Svenja Rabenstein
3. Ulrike Kessing (SB)

Vorschlag 4 (Linke):
1. Heiner Kockerbeck

Vorschlag 5 (FDP):
1. Stefannie Ruffen

Vorschlag 6 (AfD):
1. Wolfram Baentsch (SB)
2. Ina Ast (SB)
3. Hendrik Rottmann

Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Vorschlag 1 (SPD):	*27*
Vorschlag 2 (CDU):	*25*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18*
Vorschlag 4 (Linke):	*6*
Vorschlag 5 (FDP):	*5*
Vorschlag 6 (AfD):	*3*

Beschluss:

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare-Niemeyer wurden folgende Personen zu stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses Schule und Weiterbildung gewählt:

Franz Philippi
Inge Halberstadt-Kausch
Dr. Ralf Heinen
Gonca Mucuk (SB)
Dr. Helge Schlieben
Birgitta Nesseler-Komp
Dr. Walter Gutzeit
Anne Hauser (SB)
Horst Thelen
Svenja Rabenstein
Ulrike Kessing (SB)
Heiner Kockerbeck
Stefannie Ruffen

Als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 10 GO NRW wird benannt:

Wolfram Baentsch (SB)

Ausschuss Soziales und Senioren:

Vorschlag 1 (SPD):
1. Michael Paetzold
2. Cornelia Schmerbach (SB)
3. Monika Schultes
4. Walter Schulz (SB)

Vorschlag 2 (CDU):
1. Ursula Gärtner
2. Christoph Klausing
3. Thomas Welter
4. Maria Verena Fontanazza-Russo (SB)

Vorschlag 3 (Grüne):
1. Marion Heuser
2. Julia Woller
3. Horst Ladenberger (SB)

Vorschlag 4 (Linke):
1. Jörg Detjen

Vorschlag 5 (FDP):
1. Katja Hoyer

Vorschlag 6 (AfD):
1. Dr. Roland Quinten (SB)
2. Liane Bchir (SB)
3. Hendrik Rottmann

Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Vorschlag 1 (SPD):	*27*
Vorschlag 2 (CDU):	*25*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18*
Vorschlag 4 (Linke):	*6*
Vorschlag 5 (FDP):	*5*
Vorschlag 6 (AfD):	*3*

Beschluss:

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare-Niemeyer wurden folgende Personen zu stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses Soziales und Senioren gewählt:

Michael Paetzold
Cornelia Schmerbach (SB)
Monika Schultes
Walter Schulz (SB)
Ursula Gärtner
Christoph Klausing
Thomas Welter
Maria Verena Fontanazza-Russo (SB)
Marion Heuser
Julia Woller
Horst Ladenberger (SB)
Jörg Detjen
Katja Hoyer

Als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 10 GO NRW wird benannt:

Dr. Roland Quinten (SB)Sportausschuss:

Vorschlag 1 (SPD):
1. Peter Kron
2. Jürgen Kircher
3. Horst Noack
4. Franz Philippi

Vorschlag 2 (CDU):
1. Henk van Benthem
2. Hans-Werner Bartsch
3. Dirk Michel
4. Dr. Martin Schoser

Vorschlag 3 (Grüne):
1. Elisabeth Thelen
2. Firat Yurtsever
3. Susanne Bercher-Hiss

Vorschlag 4 (Linke):
1. Gisela Stahlhofen

Vorschlag 5 (FDP):
1. Ulrich Breite

Vorschlag 6 (AfD):
1. Elena Pavlovitch (SB)
2. Sven Tritschler (SB)
3. Jochen Haug

Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Vorschlag 1 (SPD):	*27*
Vorschlag 2 (CDU):	*25*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18*
Vorschlag 4 (Linke):	*6*
Vorschlag 5 (FDP):	*5*
Vorschlag 6 (AfD):	*3*

Beschluss:

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare-Niemeyer wurden folgende Personen zu stimmberechtigten Mitgliedern des Sportausschusses gewählt:

Peter Kron
Jürgen Kircher
Horst Noack
Franz Philippi
Henk van Benthem
Hans-Werner Bartsch
Dirk Michel
Dr. Martin Schoser
Elisabeth Thelen
Firat Yurtsever
Susanne Bercher-Hiss
Gisela Stahlhofen
Ulrich Breite

Als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 10 GO NRW wird benannt:

Elena Pavlovitch (SB)

Stadtentwicklungsausschuss:

Vorschlag 1 (SPD):
1. Michael Frenzel
2. Dr. Eva Bürgermeister
3. Rafael Struwe
4. Jörg van Geffen

Vorschlag 2 (CDU):
1. Birgit Gordes
2. Niklas Kienitz
3. Teresa De Bellis-Olinger
4. Monika Roß-Belkner

Vorschlag 3 (Grüne):
1. Kirsten Jahn
2. Sabine Pakulat
3. Dr. Matthias Welpmann

Vorschlag 4 (Linke):
1. Michael Weisenstein

Vorschlag 5 (FDP):
1. Ralph Sterck

Vorschlag 6 (AfD):
1. Florian Mertens (SB)
2. Ludwig Eierhoff (SB)
3. Roger Beckamp

Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Vorschlag 1 (SPD):	*27*
Vorschlag 2 (CDU):	*25*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18*
Vorschlag 4 (Linke):	*6*
Vorschlag 5 (FDP):	*5*
Vorschlag 6 (AfD):	*3*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare-Niemeyer wurden folgende Personen zu stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtentwicklungsausschusses gewählt:

Michael Frenzel
Dr. Eva Bürgermeister
Rafael Struwe
Jörg van Geffen
Birgit Gordes
Niklas Kienitz
Teresa De Bellis-Olinger
Monika Roß-Belkner
Kirsten Jahn
Sabine Pakulat
Dr. Matthias Welpmann
Michael Weisenstein
Ralph Sterck

Als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 10 GO NRW wird benannt:

Florian Mertens (SB)

Ausschuss Umwelt und Grün zugleich Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb:

Vorschlag 1 (SPD):
1. Jochen Ott
2. Wilfried Becker (SB)
3. Polina Frebel
4. Karl-Heinz Walter

Vorschlag 2 (CDU):
1. Katharina Welcker
2. Hans-Werner Bartsch
3. Margret Drseler-Graf
4. Dr. Walter Gutzeit

Vorschlag 3 (Grüne):
1. Dr. Matthias Welpmann
2. Susanne Bercher-Hiss
3. Gerd Brust

Vorschlag 4 (Linke):
1. Hamide Akbayir

Vorschlag 5 (FDP):
1. Dr. Rolf Albach (SB)

Vorschlag 6 (AfD):
1. Stephan Boyens (SB)
2. Thomas Traeder (SB)
3. Roger Beckamp

Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Vorschlag 1 (SPD):	*27*
Vorschlag 2 (CDU):	*25*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18*
Vorschlag 4 (Linke):	*6*
Vorschlag 5 (FDP):	*5*
Vorschlag 6 (AfD):	*3*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare-Niemeyer wurden folgende Personen zu stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses Umwelt und Grün (einschließlich des Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb) gewählt:

Jochen Ott

Wilfried Becker (SB)
Polina Frebel
Karl-Heinz Walter
Katharina Welcker
Hans-Werner Bartsch
Margret Drseler-Graf
Dr. Walter Gutzeit
Dr. Matthias Welpmann
Susanne Bercher-Hiss
Gerd Brust
Hamide Akbayir
Dr. Rolf Albach (SB)

Als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 10 GO NRW wird benannt:

Stephan Boyens (SB)

Verkehrsausschuss:

Vorschlag 1 (SPD):
1. Susana dos Santos Herrmann
2. Peter Kron
3. Horst Noack
4. Jochen Ott

Vorschlag 2 (CDU):
1. Dirk Michel
2. Birgitta Nesseler-Komp
3. Monika Roß-Belkner
4. Henk van Benthem

Vorschlag 3 (Grüne):
1. Andreas Wolter
2. Lino Hammer
3. Marion Heuser

Vorschlag 4 (Linke):
1. Michael Weisenstein

Vorschlag 5 (FDP):
1. Reinhard Houben

Vorschlag 6 (AfD):
1. Ina Ast (SB)
2. Prof. Detlef Orth (SB)
3. Roger Beckamp

Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Vorschlag 1 (SPD):	*27*
Vorschlag 2 (CDU):	*25*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18*
Vorschlag 4 (Linke):	*6*
Vorschlag 5 (FDP):	*5*
Vorschlag 6 (AfD):	*3*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare-Niemeyer wurden folgende Personen zu stimmberechtigten Mitgliedern des Verkehrsausschusses gewählt:

Susana dos Santos Herrmann
Peter Kron
Horst Noack
Jochen Ott
Dirk Michel
Birgitta Nesseler-Komp
Monika Roß-Belkner
Henk van Benthem
Andreas Wolter
Lino Hammer
Marion Heuser
Michael Weisenstein
Reinhard Houben

Als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 10 GO NRW wird benannt:

Ina Ast (SB)

Wirtschaftsausschuss:

Vorschlag 1 (SPD):
1. Jörg van Geffen
2. Susana dos Santos Herrmann
3. Malik Karaman
4. Andreas Pöttgen

Vorschlag 2 (CDU):
1. Dr. Jürgen Strahl
2. Dr. Martin Schoser
3. Ira Sommer
4. Florian Braun (SB)

Vorschlag 3 (Grüne):
1. Elisabeth Thelen
2. Jörg Frank
3. Sabine Pakulat

Vorschlag 4 (Linke):
1. Bernd Petri (SB)

Vorschlag 5 (FDP):
1. Claudia Klein (SB)

Vorschlag 6 (AfD):
1. Sven Tritschler (SB)
2. Dr. Roland Quinten
3. Roger Beckamp

Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Vorschlag 1 (SPD):	*27*
Vorschlag 2 (CDU):	*25*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18*
Vorschlag 4 (Linke):	*6*
Vorschlag 5 (FDP):	*5*
Vorschlag 6 (AfD):	*3*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare-Niemeyer wurden folgende Personen zu stimmberechtigten Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses gewählt:

Jörg van Geffen
Susana dos Santos Herrmann
Malik Karaman
Andreas Pöttgen
Dr. Jürgen Strahl
Dr. Martin Schoser
Ira Sommer
Florian Braun (SB)
Elisabeth Thelen
Jörg Frank
Sabine Pakulat
Bernd Petri (SB)
Claudia Klein (SB)

Als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 10 GO NRW wird benannt:

Sven Tritschler (SB)

Der Rat beschließt einvernehmlich, die personelle Besetzung des Kreiswahlausschusses (6 Mitglieder und persönliche Stellvertreter/innen) zurückzustellen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich rufe auf:

1.1.12 Namentliche Benennung der Ausschussvorsitzenden und der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

Ich bitte, die Tabelle an die Leinwand zu werfen, in der dargestellt ist, worauf Sie sich verständigt haben.

(Schaubild)

Ich lese noch einmal kurz für die einzelnen Ausschüsse die Ausschussvorsitzenden, ersten Stellvertreter und zweiten Stellvertreter vor:

- Finanzausschuss: Herr Börschel, Herr Petelkau, Herr Richter
- Rechnungsprüfungsausschuss: Herr Detjen, Frau Dresler-Graf, Frau Möller
- AVR: Herr Petelkau, Herr Krupp, Herr Joisten
- Ausschuss für Anregungen und Beschwerden: Herr Thelen, Herr Schneider, Frau Akbayir
- Wahlprüfungsausschuss: Herr Dr. Elster, Herr Hammer, Herr Breite
- Bauausschuss: Herr Dr. Schoser, Herr Brust, Frau Halberstadt-Kausch
- Ausschuss für Kunst und Kultur: Frau Dr. Bürgermeister, Frau von Bülow, Herr Dr. Elster
- Gesundheitsausschuss: Herr Dr. Unna, Frau Gärtner, Herr Paetzold
- Liegenschaftsausschuss: Herr Frank, Frau De Bellis-Olinger, Herr Struwe
- Ausschuss für Schule und Weiterbildung: Herr Dr. Schlieben, Herr Philippi, Frau Nesseler-Komp
- Ausschuss für Soziales und Senioren: Herr Paetzold, Frau Heuser, Frau Hoyer
- Sportausschuss: Herr Kron, Frau Stahlhofen, Herr van Benthem
- Stadtentwicklungsausschuss: Frau Gordes, Herr Frenzel, Frau Jahn
- Ausschuss für Umwelt und Grün: Herr Ott, Frau Welcker, Herr Welpmann
- Verkehrsausschuss: Herr Wolter, Frau dos Santos Herrmann, Herr Houben
- Wirtschaftsausschuss: Frau dos Santos Herrmann, Herr Dr. Strahl, Frau Thelen

Damit haben wir die Ausschussvorsitzenden entsprechend benannt. - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann gehe ich davon aus, dass das von Ihnen so gebilligt wird.

Beschluss:

Die Entscheidung, welche Fraktion welchen Vorsitz bzw. welchen ersten und zweiten Stellvertreter benennen darf, hat der Rat bereits in seiner konstituierenden Sitzung am 24.06.2014 unter

Punkt 7.10 mittels Zugriffsverfahren gemäß § 58 Absatz 5 Sätze 2 bis 6 GO NRW ermittelt.

Demnach handelt es sich bei dieser Angelegenheit nicht um eine Wahl sondern lediglich um eine Benennung.

Ausschuss:

Finanzausschuss angegliedert Betriebsausschuss Veranstaltungszentrum Köln

Vorsitzender:	*1. Stellvertreter:*	*2. Stellvertreter:*
Martin Börschel	*Bernd Petelkau*	*Manfred Richter*

Rechnungsprüfungsausschuss

Vorsitzender:	*1. Stellvertreter:*	*2. Stellvertreter:*
Jörg Detjen	*Margret Dresler-Graf*	*Monika Möller*

Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen

(AVR)/Vergabe/Internationales

Vorsitzender:	*1. Stellvertreter:*	*2. Stellvertreter*
Bernd Petelkau	*Gerrit Krupp*	*Christian Joisten*

Anregungen und Beschwerden

Vorsitzender:	*1. Stellvertreter:*	*2. Stellvertreter*
Horst Thelen	*Frank Schneider*	*Hamide Akbayir*

Bauausschuss angegliedert

Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

Vorsitzender:	*1. Stellvertreter:*	*2. Stellvertreter*
Dr. Martin Schoser	*Gerd Brust*	*Inge Halberstadt-Kausch*

Kunst und Kultur angegliedert

- Betriebsausschuss Bühnen

- Betriebsausschuss Gürzenich-Orchester

- Betriebsausschuss WRM & Fondation Corboud

Vorsitzender:	*1. Stellvertreter:*	*2. Stellvertreter*
Dr. Eva Bürgermeister	*Brigitta von Bülow*	*Dr. Ralph Elster*

Gesundheitsausschuss

Vorsitzender:	*1. Stellvertreter:*	*2. Stellvertreter*
Dr. Ralf Unna	*Ursula Gärtner*	*Michael Paetzold*

Liegenschaftsausschuss

Vorsitzender:	*1. Stellvertreter:*	*2. Stellvertreter*
Jörg Frank	*Teresa De Bellis Olinger*	*Rafael Struwe*

Schule und Weiterbildung

Vorsitzender:	*1. Stellvertreter:*	*2. Stellvertreter*
Dr. Helge Schlieben	*Franz Philippi*	*Birgitta Nesseler-Komp*

Soziales und Senioren

Vorsitzender:	*1. Stellvertreter:*	*2. Stellvertreter*
Michael Paetzold	*Marion Heuser*	*Katja Hoyer*

Sportausschuss

Vorsitzender:	*1. Stellvertreter:*	*2. Stellvertreter*
Peter Kron	*Gisela Stahlhofen*	*Henk van Benthem*

Stadtentwicklung

Vorsitzender:	*1. Stellvertreter:*	*2. Stellvertreter*
Birgit Gordes	*Michael Frenzel*	*Kirsten Jahn*

Umwelt und Grün angegliedert Betriebsausschuss AWB

Vorsitzender:	*1. Stellvertreter:*	*2. Stellvertreter*
Jochen Ott	*Katharina Welcker*	*Dr. Matthias Welpmann*

Verkehrsausschuss

Vorsitzender:	*1. Stellvertreter:*	*2. Stellvertreter*
Andreas Wolter	*Susana dos Santos Herrmann*	
		Reinhard Houben

Wirtschaftsausschuss

Vorsitzender:	*1. Stellvertreter:*	*2. Stellvertreter*
Susana dos Santos Herrmann	*Dr. Jürgen Strahl*	*Elisabeth Thelen*

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zur nächsten Runde.

1.2 Bildung des Jugendhilfeausschusses

Hier beginnen wir mit:

1.2.1 Besetzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) - stimmberechtigte Mitglieder 1325/2014

Zunächst müssen wir feststellen, wie die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses lauten soll.

Der Vorschlag lautet:

> Der Rat setzt die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder im JHA auf 15 fest.

Darüber lasse ich abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Wahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder.

Das sind zum einen 9 Ratsmitglieder und zum anderen 6 Mitglieder auf Vorschlag der freien Träger. Hier müssen wir getrennt abstimmen - zum einen über die 9 Ratsmitglieder und zum anderen über die 6 Mitglieder, die in der von den freien Trägern vorgelegten Liste aufgeführt sind.

(Schaubild)

Wir beginnen mit den 9 Ratsmitgliedern des Jugendhilfeausschusses.

Hier findet Listenwahl statt. Daher darf ich die Stimmzähler nach vorne bitten.

Wir kommen jetzt zur Benennung der Ratsmitglieder und beginnen mit dem Vorschlag 1 der SPD. Den Vorschlag der SPD kann ich mit dem Vorschlag der freien Träger verbinden. Die von den freien Trägern vorgeschlagenen Mitglieder stehen auf der von mir gerade schon angesprochenen Liste, die abgestimmt worden ist. Ich lese das aber noch einmal vor, damit es auch richtig herüberkommt.

Vorschlag 1, SPD:

- Herr Dr. Heinen, in Vertretung Frau Halberstadt-Kausch
- Herr Pöttgen, in Vertretung Frau Schmerbach
- Frau Schultes, in Vertretung Herr Philippi

Vorschlag der freien Träger:

- Frau Volland-Dörmann für die AWO, in Vertretung Frau Blümel
- Herr Krücker für den Caritasverband, in Vertretung Frau Kleine
- Frau Blum-Maurice für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, in Vertretung Frau Komke-Söntgerath
- Herr Herkenhöner für den BDKJ, in Vertretung Herr Müller
- Herr Weigel für Die Falken, in Vertretung Frau Gödert
- Frau Kupferer für die Sportjugend, in Vertretung Frau Weber

> (Dr. Helge Schlieben [CDU]: Herr Oberbürgermeister, es ist alles in Ordnung! Der Vorschlag der freien Träger bezieht sich aber nicht nur auf den SPD-Vorschlag! Nur für das Protokoll!)

- Ja. Die Vorschläge der anderen Fraktionen kommen jetzt noch.

Vorschlag 2, CDU:

- Herr Dr. Schlieben, in Vertretung Frau Bröhl
- Herr Klausing, in Vertretung Herr Fürstenberg

Dazu kommt dann wieder der Vorschlag der freien Träger, den ich eben schon vorgetragen habe.

Vorschlag 3, Grüne:

- Frau Rabenstein, in Vertretung Frau Woller

- Frau Jahn, in Vertretung Herr Thelen

Dazu kommt auch wieder die Liste der freien Träger, die von mir gerade vorgelesen worden ist.

Vorschlag 4, Die Linke.:

- Frau Parnow, in Vertretung N. N.

Dazu kommt ebenfalls der Vorschlag der freien Träger.

Vorschlag 5, FDP:

- Frau Laufenberg, in Vertretung N. N.

Auch dazu gehört wieder die Liste der freien Träger.

Vorschlag 6, AfD:

- Herr Rottmann, Frau Ast und Herr Beckamp

Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Vorschlag 1 der SPD ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist für den Vorschlag 2 der CDU? - Wir kommen zum Vorschlag 3 der Grünen. - Vorschlag 4, Die Linke. - Vorschlag 5, FDP. - Vorschlag 6, AfD. - Gut.

Das Ergebnis muss jetzt ausgewertet werden. Das dauert aber garantiert nicht so lange wie eben; denn jetzt geht es nur um einen Ausschuss und nicht um 16 Ausschüsse.

Bevor ich die Sitzung kurz unterbreche, möchte ich schon einmal darauf hinweisen, dass wir unter dem Tagesordnungspunkt 1.3 alles geschoben haben, sodass wir gleich mit dem Tagesordnungspunkt 1.4 weitermachen können. Dann können Sie sich schon einmal darauf einstellen.

(Unterbrechung von
17.23 bis 17.35 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können fortfahren. Unter dem Tagesordnungspunkt 1.2.1 kommen wir jetzt zur namentlichen Benennung der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses.

(Schaubild)

Ich lese die gewählten Mitglieder einmal vor und verzichte darauf, die persönlichen Vertreter noch einmal zu nennen. Das sehen Sie ja auf der Leinwand.

Die stimmberechtigten Mitglieder aus dem Rat sind: Herr Heinen, Herr Pöttgen, Frau Schultes, Herr Dr. Schlieben, Herr Klausing, Frau Rabenstein, Frau Jahn, Frau Parnow und Frau Laufenberg.

Die von den Verbänden vorgeschlagenen stimmberechtigten Mitglieder sind: Frau Volland-Dörmann, Herr Krücker, Frau Blum-Maurice, Herr Herkenhöner, Herr Weigel und Frau Kupferer.

Die jeweiligen persönlichen Vertreter sind auf der rechten Seite aufgeführt - wobei noch zwei Positionen offen sind, nämlich die Position 8, Die Linke., und die Position 9, FDP. Diese beiden Namen werden - davon gehe ich aus - in den nächsten Wochen noch nachgereicht.

Für die AfD ist Herr Rottmann im Jugendhilfeausschuss mit beratender Stimme tätig.

Beschlüsse:

I. Beschluss über die Festlegung der Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder:

Der Rat setzt die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder im JHA auf 15 fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Wahl der stimmberechtigten Mitglieder:

Vorschläge des Rates:

Mitglieder	*Stellvertreter/innen*
Vorschlag 1: (SPD)	
Ratsmitglieder bzw. sachkundige Bürger	
Dr. Ralf Heinen	*Inge Halberstadt-Kausch*
Andreas Pöttgen	*Cornelia Schmerbach (SB)*
Monika Schultes	*Franz Philippi*

Trägervertreter	*Trägervertreter (Stellvertreter)*
1. Ulrike Volland Dörmann (AWO)	*1. Helga Blümel (Evangelischer Kirchenverband)*
2. Peter Krücker (Caritasverband)	*2. Monika Kleine (SKF)*
3. Renate Blum-Maurice (Der Paritätische)	*3. Inge Komke-Söntgerath (Der Paritätische)*
4. Simon Herkenhöner (BDKJ)	*4. Andreas Müller (BDKJ)*
5. Ludwig Weigel (SJD-Die Falken)	*5. Judith Gödert (DGB-Jugend)*
6. Christine Kupferer (Sportjugend)	*6. Erika Weber (Sportjugend)*

Vorschlag 2: (CDU)

Ratsmitglieder bzw. sachkundige Bürger

Dr. Helge Schlieben	*Monika Bröhl (SB)*
Christoph Klausing	*Gero Fürstenberg (SB)*

Trägervertreter	*Trägervertreter (Stellvertreter)*
gleiche Liste wie Vorschlag 1	*gleiche Liste wie Vorschlag 1*

Vorschlag 3: (Grüne)

Ratsmitglieder bzw. sachkundige Bürger

Svenja Rabenstein	*Julia Woller*
Kirsten Jahn	*Horst Thelen*

Trägervertreter	*Trägervertreter (Stellvertreter)*
gleiche Liste wie Vorschlag 1	*gleiche Liste wie Vorschlag 1*

Vorschlag 4: (Linke)

Hanna Parnow	*N. N.*

Trägervertreter	*Trägervertreter (Stellvertreter)*
gleiche Liste wie Vorschlag 1	*gleiche Liste wie Vorschlag 1*

Vorschlag 5: (FDP)

Ratsmitglieder bzw. sachkundige Bürger

Sylvia Laufenberg	*N. N.*

Trägervertreter	*Trägervertreter (Stellvertreter)*
gleiche Liste wie Vorschlag 1	*gleiche Liste wie Vorschlag 1*

Vorschlag 6: (AfD)

Ratsmitglieder bzw. sachkundige Bürger

Hendrik Rottmann
Ina Ast (SB)
Roger Beckamp

Hinweis zum Vorschlag der AfD-Fraktion:

Soweit die Vorschläge bei der Wahl der stimmberechtigten Mitglieder nicht zum Zuge kommen, wird der erste Vorschlag der Liste als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Sätze 7 bis 10 GO NRW benannt.

Auf die einzelnen Vorschläge werden folgende Stimmen abgegeben:

Vorschlag 1: (SPD)	*28 Stimmen*
Vorschlag 2: (CDU)	*24 Stimmen*
Vorschlag 3: (Grüne)	*18 Stimmen*
Vorschlag 4: (Linke)	*6 Stimmen*
Vorschlag 5: (FDP)	*6 Stimmen*
Vorschlag 6: (AfD)	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren nach Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Ratsmitglieder bzw. sachkundige Bürger

Mitglied	*Stellvertreter/innen*
Dr. Ralf Heinen	*Inge Halberstadt-Kausch*
Andreas Pöttgen	*Cornelia Schmerbach (SB)*
Monika Schultes	*Franz Philippi*
Dr. Helge Schlieben	*Monika Bröhl (SB)*
Christoph Klausing	*Gero Fürstenberg (SB)*
Svenja Rabenstein	*Julia Woller*
Kirsten Jahn	*Horst Thelen*
Hanna Parnow	*N. N.*
Sylvia Laufenberg	*N. N.*

Trägervertreter	*Trägervertreter (Stellvertreter)*
1. Ulrike Volland Dörmann (AWO)	*1. Helga Blümel (Evangelischer Kirchenverband)*
2. Peter Krücker (Caritasverband)	*2. Monika Kleine (SKF)*
3. Renate Blum-Maurice (Der Paritätische)	*3. Inge Komke-Söntgerath (Der Paritätische)*

4. Simon Herkenhöner (BDKJ)	*4. Andreas Müller (BDKJ)*
5. Ludwig Weigel (SJD-Die Falken)	*5. Judith Gödert (DGB-Jugend)*
6. Christine Kupferer (Sportjugend)	*6. Erika Weber (Sportjugend)*

Als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 10 GO NRW wird benannt:

Hendrik Rottmann

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat wählt:

a) 3/5 der stimmberechtigten Mitglieder (→ 9 Mitglieder) aus dem Kreis der Ratsmitglieder bzw. in der Jugendhilfe erfahrener Frauen und Männer gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 1 SGB VIII in Verbindung mit § 4 Abs.2 S.1 Nr. 1 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Köln sowie ihre persönlichen Stellvertreter/innen. Die Namen lauten wie folgt:

Mitglied	*Stellvertreter/innen*
Dr. Ralf Heinen	*Inge Halberstadt-Kausch*
Andreas Pöttgen	*Cornelia Schmerbach (SB)*
Monika Schultes	*Franz Philippi*
Dr. Helge Schlieben	*Monika Bröhl (SB)*
Christoph Klausing	*Gero Fürstenberg (SB)*
Svenja Rabenstein	*Julia Woller*
Kirsten Jahn	*Horst Thelen*
Hanna Parnow	*N. N.*
Sylvia Laufenberg	*N. N.*

und

b) 2/5 der stimmberechtigten Mitglieder (→ 6 Mitglieder) auf Vorschlag der im Bereich der Stadt Köln wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 2 SGB VIII in Verbindung mit § 4 Abs. 2 S.1 Nr. 2 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Köln sowie ihre persönlichen Stellvertreter/innen. Die Namen lauten wie folgt:

Trägervertreter	*Trägervertreter (Stellvertreter)*
1. Ulrike Volland Dörmann (AWO)	*1. Helga Blümel (Evangelischer Kirchenverband)*
2. Peter Krücker (Caritasverband)	*2. Monika Kleine (SKF)*
3. Renate Blum-Maurice (Der Paritätische)	*3. Inge Komke-Söntgerath (Der Paritätische)*
4. Simon Herkenhöner (BDKJ)	*4. Andreas Müller (BDKJ)*
5. Ludwig Weigel (SJD-Die Falken)	*5. Judith Gödert (DGB-Jugend)*
6. Christine Kupferer (Sportjugend)	*6. Erika Weber (Sportjugend)*

Als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 10 GO NRW wird benannt:

Hendrik Rottmann

Die gewählten Vertretungen werden mit in die Anlagen 2 und 3 aufgenommen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nach der Bekanntgabe dieses Ergebnisses will ich heute im Zusammenhang mit dem Jugendhilfeausschuss nur noch einen Hinweis geben.

1.2.2 Besetzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) - Pflichtmitglieder
1326/2014

Wir haben im Jugendhilfeausschuss auch Pflichtmitglieder, die wir nicht wählen, sondern die nach dem Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes vorgeschrieben sind. Die Namen dieser Pflichtmitglieder können Sie der Anlage 1 zur Verwaltungsvorlage entnehmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die in Anlage 1 aufgeführten Personen als Pflichtmitglieder des Jugendhilfeausschusses sowie ihre persönlichen Stellvertreter/innen zur Kenntnis.

1.2.3 Besetzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) - weitere beratende Mitglieder
1327/2014

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde zurückgestellt (siehe hierzu Ziffer V – Seite 5 - vor Eintritt in die Tagesordnung).

1.3 Benennung und Wahl beratender Mitglieder in den Ausschüssen

1.3.1 Benennung und Wahl der sachkundigen Einwohner in den Ausschüssen gemäß Ratsbeschluss vom 24.06.2014
0711/2014

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde zurückgestellt (siehe hierzu Ziffer IV – Seite 5 - vor Eintritt in die Tagesordnung).

1.3.2 Bestellung weiterer sachkundiger Einwohner
hier: Festlegung der Anzahl und Bestimmung der Träger
- Ausschuss für Kunst und Kultur (zugleich Fachausschuss für Denkmalschutz und Denkmalpflege
- Ausschuss für Soziales und Senioren
- Ausschuss für Schule und Weiterbildung
0713/2014

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde zurückgestellt (siehe hierzu Ziffer IV – Seite 5 - vor Eintritt in die Tagesordnung).

1.3.3 Benennung und Wahl eines zusätzlichen sachkundigen Einwohners in den Ausschuss Kunst und Kultur
1724/2014

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde zurückgestellt (siehe hierzu Ziffer IV – Seite 5 - vor Eintritt in die Tagesordnung).

1.3.4 Denkmalschutz und Denkmalpflege Berufung sachverständiger Bürger
1738/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 4).

1.3.5 Wahl von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für den Ausschuss Soziales und Senioren
1823/2014

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde zurückgestellt (siehe hierzu Ziffer IV – Seite 5 - vor Eintritt in die Tagesordnung).

1.3.6 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für die Ausschüsse des Rates
hier: Benennung der Seniorenvertreter gemäß § 23 Abs. 3 der Hauptsatzung der Stadt Köln
1780/2014

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde zurückgestellt (siehe hierzu Ziffer IV – Seite 5 - vor Eintritt in die Tagesordnung).

1.3.7 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen
hier: Benennung gemäß Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik gemäß § 23a Abs. 3 der Hauptsatzung der Stadt Köln

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 4).

1.3.8 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen
hier: Benennung gemäß Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft LST gemäß § 23b Abs. 3 der Hauptsatzung der Stadt Köln

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 4).

1.3.9 Berufung von sachkundigen Einwohnern als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Ergänzung zu 0713/2014, TOP 1.3.2)

1842/2014

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde zurückgestellt (siehe hierzu Ziffer IV – Seite 5 - vor Eintritt in die Tagesordnung).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt abgeschlossen und kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt

1.4 Bestellung der Mitglieder des Rates für den Integrationsrat der Stadt Köln für die Wahlperiode 2014 - 2020
1761/2014

Von den 33 stimmberechtigten Mitgliedern des Integrationsrates sind 22 Mitglieder bereits am 25. Mai 2014 gewählt worden.

Dazu gesellen sich 11 Mitglieder aus der Mitte des Rates, die noch zu wählen sind.

(Schaubild)

Die entsprechenden Wahlvorschläge sehen Sie auf der Leinwand. Ich will sie noch einmal vorlesen:

- Vorschlag 1, SPD und Grüne: Herr Joisten, Herr Yurtsever, Frau dos Santos Herrmann, Herr Karaman, Frau Heuser und Frau Schultes

- Vorschlag 2, CDU: Herr Dr. Elster, Herr Erkelenz und Frau Sommer

- Vorschlag 3, Die Linke.: Frau Tokyürek

- Vorschlag 4: Frau Hoyer

Die Stimmzähler sind schon in vorauseilendem Gehorsam nach vorne gekommen. - Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, bitte nehmen Sie doch Platz, damit wir sorgfältig auszählen können.

Gerade ist noch folgender Vorschlag - bezogen auf ein sogenanntes Grundmandat - eingegangen:

- Vorschlag 5, AfD: Herr Beckamp

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Vorschlag 1 von SPD und Grünen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer für den Vorschlag 2 der CDU ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wir kommen zum Vorschlag 3, Die Linke. - Dann kommen wir zum Vorschlag 4, FDP. - Dann kommen wir zum Vorschlag 5, AfD.

Solange noch ausgewertet wird, darf ich schon einmal auf die nächsten Tagesordnungspunkte hinweisen. Wir müssen noch den Ältestenrat besetzen und Vertreter in weitere Gremien, nämlich die Landschaftsversammlung und den Regionalrat, entsenden. Lassen Sie mich schon etwas dazu sagen, um die Zeit ein bisschen zu überbrücken.

In Bezug auf die Bildung der Landschaftsversammlung ist geheime Wahl zwingend vorgeschrieben. Darüber können wir uns auch nicht hinwegsetzen. Bei dieser Wahl hat man zwei Stimmen - eine Stimme für unsere eigene Liste und eine Stimme für eine Landesliste. Bei der Landesliste kann man entweder einzelne Namen im Sinne von Panaschieren ankreuzen oder die Liste insgesamt ankreuzen. Diese Liste ist nicht ganz einfach lesbar. Wir sind nicht der Urheber dieser Liste; sie ist uns zugestellt worden. Mit einem gewissen Blick darauf sieht man aber, dass man auch eine ganze Liste ankreuzen kann.

Im Anschluss daran wählen wir die Mitglieder des Ältestenrates. Dabei geht es zunächst um die Frage, ob 4 oder 5 Ratsmitglieder in den Ältestenrat entsandt werden.

Danach müssen wir noch die Mitglieder des Regionalrates wählen. Dann sind wir mit den Wahlen auch schon durch.

(Schaubild)

Jetzt kann ich das Ergebnis der Wahlen zum Integrationsrat bekannt geben.

Als Mitglieder des Rates sind gewählt: Herr Joisten, Herr Yurtsever, Frau dos Santos Herrmann, Herr Karaman, Frau Heuser, Frau Schultes, Herr Dr. Elster, Herr Erkelenz, Frau Sommer, Frau Tokyürek und Frau Hoyer.

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Beschluss:

Für die Wahl der Mitglieder liegen die nachfolgenden Wahlvorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD und Grüne):
1. Christian Joisten,
2. Firat Yurtsever,
3. Susana dos Santos Herrmann,
4. Malik Karaman,
5. Marion Heuser,
6. Monika Schultes

Vorschlag 2 (CDU):
1. Dr. Ralph Elster,
2. Martin Erkelenz,
3. Ira Sommer

Vorschlag 3 (Linke):
1. Güldane Tokyürek

Vorschlag 4 (FDP):
1. Katja Hoyer

Vorschlag 5 (AfD):
1. Roger Beckamp

Bei der Wahl werden 90 Stimmen abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD und Grüne):	*48 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Linke):	*8 Stimmen*
Vorschlag 4 (FDP):	*6 Stimmen*
Vorschlage 5 (AfD):	*4 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren nach Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

1. Christian Joisten,
2. Firat Yurtsever,
3. Susana dos Santos Herrmann,
4. Malik Karaman,
5. Marion Heuser,
6. Monika Schultes
7. Dr. Ralph Elster,
8. Martin Erkelenz,
9. Ira Sommer
10. Güldane Tokyürek
11. Katja Hoyer

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Gemäß § 27 Absatz 1, Satz 4 und Absatz 2, Satz 4 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 22 Absatz 1, Satz 2, 1. Halbsatz der Hauptsatzung der Stadt Köln bestellt der Rat der Stadt Köln aus seiner Mitte folgende elf Mitglieder für den Integrationsrat der Stadt Köln für die Wahlperiode 2014/2020. Es gelten die durch den Rat beschlossenen allgemeinen Vertretungsregelungen in Ausschüssen.
1. Christian Joisten,
2. Firat Yurtsever,
3. Susana dos Santos Herrmann,
4. Malik Karaman,
5. Marion Heuser,
6. Monika Schultes
7. Dr. Ralph Elster,
8. Martin Erkelenz,
9. Ira Sommer,
10. Güldane Tokyürek,
11. Katja Hoyer

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Als nächsten Tagesordnungspunkt rufe ich auf:

2 Weitere Gremienbesetzungen

2.1 Bildung der 14. Landschaftsversammlung Rheinland
hier: Wahl der von der Stadt Köln zu entsendenden Mitglieder und Ersatzmitglieder sowie Wahl der Reservelisten
0726/2014

Ich habe eben schon darauf hingewiesen, dass zwei Stimmen abgegeben werden können. Die Wahl muss zwingend geheim durchgeführt werden. Die Vorbereitungen für diese geheime Wahl laufen jetzt schon.

(Schaubild)

Die Erststimme bezieht sich auf die Mitglieder, die der Rat in den Landschaftsverband entsendet, und zugleich deren jeweilige persönliche Stellvertreter. Wir wählen hier 10 Mitglieder und 10 Stellvertreter für die Stadt Köln.

Bei der Zweitstimme geht es um die Wahl einer Landesliste. Man kann entweder die komplette Liste oder einzelne Mitglieder aus der Liste ankreuzen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Herr Oberbürgermeister!)

- Bitte schön, Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister, bei der Direktwahl - also den Namen, die an der Leinwand stehen - ziehen wir unseren Vor-

schlag zurück. Das hatte ich der Verwaltung auch schon gesagt.

(Auf dem Schaubild wird die entsprechende Änderung vorgenommen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ihre Liste ist auch direkt wieder gelöscht worden. So schnell konnten wir gar nicht gucken.

(Heiterkeit)

Damit liegen folgende Vorschläge vor, über die wir gleich in geheimer Abstimmung zu entscheiden haben:

- Vorschlag 1, SPD
- Vorschlag 2, CDU
- Vorschlag 3, Grüne
- Vorschlag 4, Deine Freunde

Die Urnen sind so weit vorbereitet. Sind die Stimmzähler auch bereit? - Lassen Sie mich noch auf zwei Dinge hinweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Erstens. Es gibt keine Neinstimmen. Bei Enthaltungen kann man den Stimmzettel blanko in die Wahlurne werfen.

Zweitens. Bei den Wahlen zur Landschaftsversammlung haben wir zwei Stimmen. Die zweite Stimme kann nur einmal vergeben werden - entweder an einen Einzelkandidaten oder an die gesamte Liste.

Es kann losgehen. Frau Kramp, bitte.

(Namensaufruf und Wahlgang)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wahlen sind abgeschlossen. Die Auswertung wird ungefähr 15 Minuten dauern. Die Damen arbeiten jetzt mit Hochdruck daran, damit wir das Ergebnis der geheimen Wahl dann auch verkünden können.

Leider ist es nicht möglich, zwischenzeitlich schon andere Wahlvorgänge durchzuführen, weil die Stimmzähler nicht anwesend sind. Im Anschluss an die Auswertung werden wir das Ganze aber zügig zu Ende bringen.

(Unterbrechung von 18.12 bis 18.37 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt können wir fortfahren. Das Ergebnis der Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der Landschaftsversammlung liegt vor.

(Schaubild)

Sie sehen es auf der Leinwand. Ich brauche die Namen nicht einzeln vorzulesen. Es sind insgesamt 17 Mitglieder gewählt worden - 10 originäre Mitglieder und 7 Ersatzmitglieder.

Damit haben wir auch diese Wahl abgeschlossen.

Allerdings gibt es noch eine Nachfrage des Landschaftsverbandes. Der Landschaftsverband möchte gerne so schnell wie möglich die entsprechenden Unterlagen haben, damit er die Wahlen für den eigenen Bereich vorbereiten kann.

Daher bitte ich diejenigen, die hier als Mitglieder und Ersatzmitglieder gewählt worden sind, sich kurz nebenan in den Wahlraum zu begeben. Dort brauchen Sie nur die Erklärung abzugeben, dass Sie die Wahl annehmen. Das muss schriftlich erfolgen. So ist es im Gesetz vorgesehen. Wenn Sie sich direkt auf den Weg machen, sind Sie in fünf Minuten wieder da. Dann haben wir dieses Thema auch beendet.

(Schaubild)

Wie wir hier sehen, haben viele Ratsmitglieder die zweite Stimme für eine komplette Liste abgegeben. Einige haben aber auch individualisiert abgestimmt, einmal für Herrn Pohl und einmal für Frau Schmerbach. Das wird aber vom Landschaftsverband ausgewertet. Es bezieht sich auch nicht unmittelbar auf die Mitgliedschaft vonseiten der Stadt Köln.

Beschluss:

Aufgrund gesetzlicher Vorschriften findet die Wahl der Mitglieder, Ersatzmitglieder und der Reserveliste in geheimer Abstimmung statt.

I. Wahl der Mitglieder und der Ersatzmitglieder:

Für die geheime Abstimmung zur Wahl der 10 Mitglieder und ihrer Ersatzmitglieder wurden folgende Wahlvorschläge eingereicht:

Mitglied	*Ersatzmitglied:*
Vorschlag 1: (Vorschlag der SPD-Fraktion	
Dietmar Ciesla-Baier	*Andreas Pöttgen*
Karl-Heinz Walter	*Monika Möller*
Monika Schultes	*Dr. Ralf Heinen*
Dr. Eva Bürgermeister	*Gerrit Krupp*
Vorschlag 2: (Vorschlag der CDU-Fraktion)	
Dr. Ralph Elster	*Birgitta Nesseler-Komp*
Dr. Helge Schlieben	*Dirk Michel*
Dr. Martin Schoser	*Anna Henk-Hollstein*
Vorschlag 3: (Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)	
Kirsten Jahn	--
Jörg Frank	--
Brigitta von Bülow	--
Vorschlag 4: (Vorschlag der Gruppe Deine Freunde)	
Thor-Geir Zimmermann	*Dr. Ute Symanski*

Bei der geheimen Abstimmung werden 90 Stimmen abgegeben.

Davon - ungültig: 1 Stimmen

- Enthaltungen: 2 Stimmen

Demnach sind 87 Stimmen zu Grunde zu legen, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1: 28 Stimmen
Vorschlag 2: 25 Stimmen
Vorschlag 3: 24 Stimmen
Vorschlag 4: 10 Stimmen

Nach Auszählung der Stimmen unter Anwendung des Verfahrens der mathematischen Proportion nach Hare-Niemeyer kommen die Kandidaten der Listen 1 bis 4 wie nachfolgend aufgeführt zum Zuge.

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat wählt folgende Mitglieder und Ersatzmitglieder für die 14. Landschaftsversammlung:

Mitglied:		*Ersatzmitglied:*
1.	*Dietmar Ciesla-Baier*	*Andreas Pöttgen*
2.	*Karl-Heinz Walter*	*Monika Möller*
3.	*Monika Schultes*	*Dr. Ralf Heinen*
4.	*Dr. Ralph Elster*	*Birgitta Nesseler-Komp*
5.	*Dr. Helge Schlieben*	*Dirk Michel*
6.	*Dr. Martin Schoser*	*Anna Henk-Hollstein*
7.	*Kirsten Jahn*	--
8.	*Jörg Frank*	--
9.	*Brigitta von Bülow*	--
10.	*Thor-Geir Zimmermann*	*Dr. Ute Symanski*

II. Wahl der Reserveliste:

Bei der geheimen Abstimmung werden 90 Stimmen abgegeben.

Davon - ungültig: -- Stimme

- Enthaltungen: 1 Stimme

Demnach sind 89 Stimmen zu Grunde zu legen.

Auf die einzelnen Reservelisten als Ganzes werden folgende Stimmen abgegeben:

Partei	*Anzahl*
SPD:	*28 Stimmen*
CDU:	*24 Stimmen*
Grüne:	*18 Stimmen*
Die Linke:	*7 Stimmen*
FDP:	*4 Stimmen*
AfD:	*3 Stimmen*
Piraten:	*2 Stimmen*
Freie Wähler:	*-- Stimmen*

Auf einzelne Bewerber der einzelnen Reservelisten werden folgende Stimmen abgegeben:

Name:	*Partei:*	*Stimmen*
Cornelia Schmerbach	*SPD*	*2*
Mark Stephen Pohl	*FDP*	*1*

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wir können jetzt zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen.

2.2 Wahl des Vorsitzenden des Ältestenrates 1834/2014

Dazu liegt Ihnen eine Vorlage vor.

(Schaubild)

Herr Prof. Dr. Walter Schmitz-Valckenberg, der schon in der letzten Ratsperiode diese Aufgabe wahrgenommen hat, hat sich zur weiteren Übernahme dieses Amtes bereit erklärt.

Ich lasse darüber abstimmen. Wer gegen den Vorschlag ist, dass Herr Prof. Dr. Schmitz-Valckenberg weiterhin den Vorsitz des Ältestenrates übernimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt Herrn Notar a. D. Prof. Dr. Walter Schmitz-Valckenberg, Köln, den Vorsitz im Ältestenrat der Stadt Köln zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt kommen wir zu:

2.3 Wahl der Mitglieder des Ältestenrates 1835/2014

Hier liegt ein Vorschlag der FDP zur Zahl der Mitglieder des Ältestenrates vor. Bislang hatten wir neben dem Oberbürgermeister 4 Mitglieder. Der Vorschlag der FDP lautet, 5 Ratsmitglieder als Mitglieder des Ältestenrates vorzusehen.

(Schaubild)

Dazu bedarf es einer Änderung unserer Hauptsatzung. Wir müssten hier zweierlei beschließen: erstens, dass in der Hauptsatzung die Zahl 4 durch die Zahl 5 ersetzt wird, und zweitens, dass diese geänderte Hauptsatzung rückwirkend mit dem heutigen Tage in Kraft tritt.

Zunächst lasse ich aber über die Zahl der Mitglieder abstimmen. Wer ist gegen den Vorschlag der FDP, 5 Ratsmitglieder als Mitglieder des Ältestenrates vorzusehen? - Bitte schön.

(Roger Beckamp [AfD]: Warum denn?)

- Herr Breite?

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Okay. - Der Vorschlag muss auch nicht näher begründet werden.

Ich lasse also darüber abstimmen. Wer ist gegen den Vorschlag der FDP, 5 Sitze im Ältestenrat für die Ratsmitglieder vorzusehen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der AfD und der Fraktion pro Köln ist das so beschlossen.

(Zurufe)

- Der Gruppe pro Köln. Des heute anwesenden Mitglieds von pro Köln; so formuliere ich das jetzt.

(Schaubild)

Dann kommen wir zur Änderung der Hauptsatzung. In der 12. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung wird im § 1 die Zahl der Ratsmitglieder von 4 auf 5 geändert. Gleichzeitig wird im § 2 festgelegt, dass die Änderung der Hauptsatzung rückwirkend zum 1. Juli 2014, dem Tag der Beschlussfassung, in Kraft tritt.

Ist jemand gegen die Änderung der Hauptsatzung? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von pro Köln und der Fraktion AfD ist das so beschlossen.

Jetzt kommen wir zur Namensbenennung.

(Schaubild)

Hierzu gibt es den Vorschlag 1 von SPD, CDU, Grünen, Linken und FDP mit folgenden Namen:

- Herr Börschel, in Vertretung Frau dos Santos Herrmann
- Herr Petelkau, in Vertretung Herr Dr. Elster
- Frau Jahn, in Vertretung Frau von Bülow
- Herr Detjen, in Vertretung Frau Stahlhofen
- Herr Sterck, in Vertretung Herr Houben

Für die Vertretung des Oberbürgermeisters schlage ich Frau Scho-Antwerpes aus der Mitte des Rates vor.

Gibt es weitere Vorschläge zu einer solchen Liste? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir darüber abstimmen. Ich lasse jetzt positiv abstimmen. Wer für den von mir gerade genannten Vorschlag 1 ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP, die Fraktion Die Linke., Deine Freunde, die Piraten und Herr Henseler. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der AfD

und von pro Köln ist dies so beschlossen. - Danke schön.

(Schaubild)

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Da fehlen die Grünen! Das ist im System falsch eingebaut!)

- Richtig; die sechste Zeile fehlt.

(Jochen Ott [SPD]: Wir haben ja richtig gewählt! Es ist nur nicht richtig aufgeschrieben!)

- Ja. Ich habe die Namen der Ratsmitglieder gerade vorgelesen. Es wird auch schon korrigiert. Neben den Ratsmitgliedern ist natürlich auch der Oberbürgermeister als geborenes Mitglied dabei. Wir haben uns auf 5 Ratsmitglieder verständigt. Die haben wir eben benannt. Darüber haben wir auch abgestimmt.

Man muss auch ein bisschen Nachsicht mit den Mitarbeiterinnen haben, die sich hier in einer sehr schwierigen Materie ganz intensiv einbringen. Daran sieht man aber auch, wie gut Sie aufpassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Auf dem Schaubild wird die entsprechende Änderung vorgenommen - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Geht doch!)

Jetzt stimmt es aber. In dieser Fassung sind 6 Mitglieder - 5 Ratsmitglieder und der Oberbürgermeister - und deren jeweilige Stellvertreterinnen und Stellvertreter dargestellt.

Beschlüsse:

Beschluss gemäß mündlichem Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Rat beschließt, die Anzahl der weiteren Mitglieder, die der Rat aus seiner Mitte wählt, von vier auf fünf zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion sowie der Gruppe pro Köln zugestimmt.

II. Beschluss zur Änderung der Hauptsatzung:

Der Rat beschließt, § 21 a Absatz 2 der Hauptsatzung entsprechend zu ändern.

Der Rat beschließt weiterhin, dass die Änderung der Hauptsatzung rückwirkend zum 1. Juli 2014, dem Tag der Beschlussfassung, in Kraft tritt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion sowie der Gruppe pro Köln zugestimmt.

III. Beschluss über die Wahl der Mitglieder:

Für die Besetzung des Ältestenrates liegt ein gemeinsamer Vorschlag der Fraktionen der SPD, CDU, Grüne, Linke und FDP mit folgenden Namen vor:

Mitglieder	*persönliche Stellvertreter/innen*
Herrn Martin Börschel,	*Susana dos Santos Herrmann,*
Herrn Bernd Petelkau,	*Dr. Ralph Elster,*
Frau Kirsten Jahn,	*Brigitta von Bülow,*
Herrn Jörg Detjen,	*Gisela Stahlhofen,*
Herrn Ralph Sterck	*Reinhard Houben*

Der Oberbürgermeister schlägt Frau Elfi Scho-Antwerpes als seine Stellvertreterin vor.

Es werden keine weiteren Vorschläge unterbreitet.

Der Rat wählt als Mitglieder in den Ältestenrat:	*und als persönlich stellvertretende Mitglieder:*
1. Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters,	*1. Frau Elfi Scho-Antwerpes,*
2. Herrn Martin Börschel,	*2. Frau Susana dos Santos Herrmann,*
3. Herrn Bernd Petelkau,	*3. Herr Dr. Ralph Elster,*
4. Frau Kirsten Jahn,	*4. Frau Brigitta von Bülow,*
5. Herrn Jörg Detjen	*5. Frau Gisela Stahlhofen,*
6. Herrn Ralph Sterck	*6. Herr Reinhard Houben*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten, der Gruppe Deine Freunde sowie mit der Stimme von Ratsmitglied

Henseler (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion sowie der Gruppe pro Köln zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zur vorletzten Wahl für heute.

2.4 Wahl der Mitglieder des Regionalrates 1808/2014

Das hier einschlägige Landesplanungsgesetz sieht in seinem § 7 vor, dass die Grundsätze der Verhältniswahl gelten.

Wir können entweder nach Hare/Niemeyer oder d'Hondt abstimmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Es soll nach d'Hondt gewählt werden!)

- Herr Frank schlägt für die Fraktion der Grünen vor, nach d'Hondt abzustimmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ein gemeinsamer Vorschlag! Für das Protokoll!)

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

(Schaubild)

Hier sehen Sie die Listen. Im Einzelnen sind das:

- Vorschlag 1, SPD: Herr Frenzel, Herr Noack und Herr van Geffen
- Vorschlag 2, CDU: Frau De Bellis-Olinger und Frau Nesseler-Komp
- Vorschlag 3, Grüne: Herr Waddey
- Vorschlag 4, Die Linke.: Frau Hane-Knoll

Ich darf die Stimmzähler bitten, wieder nach vorne zu kommen, damit wir dann abstimmen können.

(Zuruf)

- Ja, ich stimme mit.

Wer für die Liste 1 der SPD ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Liste 2, CDU. - Liste 3, Grüne. - Liste 4, Die Linke.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Wir ziehen unsere Liste zurück, Herr Oberbürgermeister!)

- Die Liste 4 wird zurückgezogen. Daher brauchen wir nicht mehr darüber abzustimmen.

Dann können wir auch schon zur Auszählung kommen. Das dürfte jetzt relativ schnell gehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt liegt das Ergebnis vor. Es wird an die Leinwand geworfen.

(Schaubild)

Gewählt sind: Herr Frenzel, Herr Noack, Herr van Geffen, Frau De Bellis-Olinger, Frau Nesseler-Komp und Herr Waddey.

Für die Verwaltung wird Herr Beigeordneter Höing als beratendes Mitglied des Regionalrates benannt.

Beschlüsse:

Beschluss über Änderung des Verteilungsverfahrens:

Gemäß Antrag von Ratsmitglied Frank, beschließt der Rat, dass die Vertreter unter Zugrundelegung des Auszählverfahrens "d'Hondt" ermittelt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Beschluss über die Wahl der zu entsendenden Vertreter:

Für die Wahl liegen 3 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Michael Frenzel
Horst Noack
Jörg van Geffen

Vorschlag 2 (CDU):
Teresa De Bellis-Olinger
Birgitta Nesseler-Komp

Vorschlag 3 (Grüne):
Manfred Waddey

Vorschlag 4 (Linke) :
Beate Hane-Knoll

Anmerkung:
Dieser Vorschlag wird von Ratsmitglied Detjen im Namen seiner Fraktion zurückgezogen.

Auf die verbleibenden Wahlvorschläge werden 73 Stimmen abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD)	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU)	*27 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne)	*18 Stimmen*

Nach der Auszählung der Stimmen mit dem d'Hondt'schen-Höchstzahlverfahren sind alle Kandidaten – wie vorgeschlagen – gewählt. Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt folgende 6 Vertreter in den Regionalrat:

1. Michael Frenzel
2. Horst Noack
3. Jörg van Geffen
4. Teresa De Bellis-Olinger
5. Birgitta Nesseler-Komp
6. Manfred Waddey

Der Rat der Stadt Köln benennt Herrn Beigeordneten Franz-Josef Höing zum beratenden Mitglied des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann haben wir noch eine letzte Gremienbesetzung vorzunehmen.

2.5 Wahl eines Mitglieds der Kommunalen Bank des Braunkohlenausschusses und eines Mitglieds mit beratender Befugnis des Braunkohlenausschusses
1833/2014

Hier steht nur ein Mandat zur Verfügung.

Mir ist folgender Vorschlag eingereicht worden: Herr Wilfried Becker.

Gibt es andere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir direkt darüber abstimmen. Wer gegen den Vorschlag ist, Herrn Wilfried Becker zu wählen, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion der Grünen ist Herr Wilfried Becker als Mitglied des Braunkohlenausschusses benannt.

Für die Verwaltung wird Herr Beigeordneter Höing als beratendes Mitglied des Braunkohlenausschusses benannt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt Herrn Wilfried Becker als kommunalen Vertreter der Stadt Köln in den Braunkohlenausschuss bei der Bezirksregierung Köln.

Der Rat der Stadt Köln benennt Herrn Beigeordneten Franz-Josef Höing zum Mitglied mit beratender Befugnis des Braunkohlenausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

3 Wiederwahl der Beigeordneten Frau Dr. Klein, Dezernat IV- Bildung, Jugend und Sport
1815/2014

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde zurückgestellt (siehe hierzu Ziffer V – Seite 5 - vor Eintritt in die Tagesordnung).

4 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit haben wir alle Gremienbesetzungen, die wir uns vorgenommen hatten, erfolgreich vorgenommen.

Jetzt kommen wir zu:

5 Vorlagen zur Vermeidung von Dringlichkeitsentscheidungen

Zu Tagesordnungspunkt 5.1:

5.1 Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum in Köln (Wohnraumschutzsatzung)
1845/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen von FDP, CDU, AfD und Herrn Henseler. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist das mit Mehrheit so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Neufassung der am 08.04.2014 vom Rat beschlossenen Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum in Köln (Wohnraumschutzsatzung) in der paraphierten Fassung der Anlage 1.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der Gruppe pro Köln - zugestimmt.

5.2 Bürgerbegehren Rathausplatz - Prüfung der Zulässigkeit
1843/2014

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde zurückgestellt (siehe hierzu Ziffer III – Seiten 4 und 5 - vor Eintritt in die Tagesordnung).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 5.3:

5.3 Bestellung von Frau Susanne Laugwitz-Aulbach, Beigeordnete für Kunst und Kultur der Stadt Köln, für die Zeit vom 01.09.2014 bis 31.08.2015 zur Ersten Betriebsleiterin der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gürzenich-Orchester Köln
1895/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion der AfD ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat bestellt Frau Susanne Laugwitz-Aulbach, Beigeordnete für Kunst und Kultur der Stadt Köln, für die Zeit vom 01.09.2014 bis 31.08.2015 zur Ersten Betriebsleiterin der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gürzenich-Orchester Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion.

6 Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

6.1 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. betreffend "Umgang mit rechtsextremen Parteien im Kölner Rat"

Anmerkungen:

- Die Angelegenheit wurde vorgezogen und als Punkt 01 der Tagesordnung behandelt.

- Gemäß Antrag von Ratsmitglied Petelkau erfolgte die getrennte abschnittsweise Abstimmung.

7 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit haben wir das Ende des öffentlichen Teils unserer Sitzung erreicht.

(Schluss: 19.01 Uhr)

3. Sitzung vom 2. September 2014

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Fachausschüsse
hier: Fortsetzung der personellen Besetzung

1.1 Besetzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) - weitere beratende Mitglieder

1327/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion

AN/1066/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion

AN/1078/2014

1.2 Benennung und Wahl der sachkundigen Einwohner in den Ausschüssen gemäß Ratsbeschluss vom 24.06.2014

0711/2014

1.3 Bestellung weiterer sachkundiger Einwohner
hier: Festlegung der Anzahl und Bestimmung der Träger
- Ausschuss für Kunst und Kultur (zugleich Fachausschuss für Denkmalschutz und Denkmalpflege
- Ausschuss für Soziales und Senioren
- Ausschuss für Schule und Weiterbildung

0713/2014

1.4 Benennung und Wahl eines zusätzlichen sachkundigen Einwohners in den Ausschuss Kunst und Kultur

1724/2014

1.5 Denkmalschutz und Denkmalpflege Berufung sachverständiger Bürger

1738/2014

(zurückgezogen)

1.6 Berufung von sachkundigen Einwohnern als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Ergänzung zu 0713/2014)

1842/2014

1.7 Wahl von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für den Ausschuss Soziales und Senioren

1823/2014

1.8 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für die Ausschüsse des Rates
hier: Benennung der Seniorenvertreter gemäß § 23 Abs. 3 der Hauptsatzung der Stadt Köln

1780/2014

1.9 Berufung von sachkundigen Einwohnern als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung

1906/2014

1.10 Landtagswahl 2017 - Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer sowie Stellvertreterinnen und Stellvertreter des Kreiswahlausschusses für die Landtagswahl 2017

2218/2014

(zurückgezogen)

2 Wahlen - personelle Besetzung weiterer Gremien

2.1 Zweckverbands-/Mitgliederversammlungen

2.1.1 Zweckverband Sparkasse KölnBonn hier: Bestellung der Verbandsmitglieder

1705/2014

2.1.2 Sparkasse KölnBonn Weisung an die in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse Köln-Bonn durch den Rat der Stadt Köln entsandten Vertreter für Abstimmungen in der Zweckverbandsversammlung

1706/2014

2.1.3 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS): Entsendung von Mitgliedern in die Verbandsversammlung

1698/2014

2.1.4 Wahl der Mitglieder sowie Ihrer Stellvertreter in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Naturpark Bergisches Land"

1825/2014

2.1.5 Wahl der Mitglieder sowie ihrer Stellvertreter in die Verbandsversammlung und Vorschlag des Mitgliedes sowie seiner Stellvertretung für den Verbandsausschuss und die Planungsausschüsse des Zweckverbandes "Naturpark Rheinland"

1826/2014

2.1.6 Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Stöckheimer Hof

1827/2014

2.1.7 Bestellung der Vertreter der Stadt Köln zur Entsendung in die Verbandsversammlung des Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister (KDN)

1981/2014

2.2 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) hier: Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates

1274/2014

2.3 Aufsichtsgremien Stadtwerke Konzern

2.3.1 Stadtwerke Köln GmbH

1421/2014

2.3.2 GEW Köln AG hier: Vorschläge für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern

0861/2014

2.3.3 RheinEnergie AG hier: Vorschläge für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern

0870/2014

2.3.4 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Vorschläge für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern

1694/2014

2.3.5 Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK AG) hier: Vorschläge für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern

1696/2014

2.3.6 Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH (WSK) - Vorschläge für die Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrates

1676/2014

2.3.7 AVG Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat

1471/2014

2.3.8 KölnBäder GmbH hier: Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern

1687/2014

2.3.9 AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH: Vorschläge für die Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern

1515/2014

2.4 Aufsichtsgremien weiterer städtischer Unternehmen

2.4.1 Koelnmesse GmbH hier: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat

0849/2014

2.4.2 Koelnmesse Ausstellungen GmbH hier: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat

0853/2014

2.4.3 Flughafen Köln/Bonn GmbH hier: Vorschläge für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern

0866/2014

2.4.4 GAG - Entsendung von Mitgliedern des Aufsichtsrates - Vorschläge für die Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrates

1720/2014

2.4.5 GWG Wohnungsgesellschaft mbH Rhein-Erft (GWG) - Entsendung eines Mitglieds in den Aufsichtsrat

1690/2014

2.4.6 GIZ Gründer- und Innovationszentrum GmbH im TechnologiePark Köln: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat

1420/2014

2.4.7 Jugendzentren Köln gGmbH hier: Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern

1288/2014

(zurückgezogen)

2.4.8 Kliniken der Stadt Köln gGmbH hier: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat

0863/2014

2.4.9 Kölner Gesellschaft für Arbeit und Berufsförderung mbH (KGAB) hier: Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern

1280/2014

2.4.10 Kölner Sportstätten GmbH: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat

1398/2014

2.4.11 KölnKongress GmbH hier: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat

0847/2014

2.4.12 KölnMusik Betriebs- und Servicegesellschaft mbH ACHTBRÜCKEN GmbH hier: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat

0854/2014

2.4.13 KölnTourismus GmbH hier: Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern

1279/2014

2.4.14 SBK gGmbH - Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern

1708/2014

2.4.15 AG Zoologischer Garten Köln hier: Vorschläge für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern

1267/2014

2.4.16 moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaues und der Gemeindeentwicklung mbH hier: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat

1426/2014

2.4.17 Vorschlag für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern RheinCargo GmbH u. Co. KG

1703/2014

2.4.18 Akademie der Künste der Welt/Köln, gGmbH hier: Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern

1273/2014

2.5 Stiftungsgremien/-funktionen

2.5.1 Vertretung der Stadt Köln im Vorstand der Krankenhausstiftung Worringen

1878/2014

2.5.2 Besetzung der Deputation der Guilleaume-Stiftung St. Antoniusheim

1880/2014

2.5.3 Besetzung des Kuratoriums der Stiftung Dr. Dormagen-Guffanti

1883/2014

2.5.4 Besetzung des Kuratoriums der Gerda und Manfred Ulbrich-Stiftung

1887/2014

2.5.5 Bestellung einer Inspektorin/eines Inspektors der Stiftung Johann-Heinrich Claren

1888/2014

2.5.6 Gebrüder Coblenz Stift e.V. Entsendung von Beiratsmitgliedern

2052/2014

2.5.7 Wahl der Mitglieder zum Kuratorium der Krankenhausstiftung Porz am Rhein

2054/2014

2.6 Sonstige Gremien

2.6.1 Bestellung von Vertretern der Stadt Köln, die gemäß § 63 Abs. 2 i.V.m. § 113 Abs. 4 GO NW Mitgliedsrechte der Stadt Köln in Organen, Beiräten oder Ausschüssen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen wahrnehmen

1722/2014

2.6.2 Lenkungskreis Politische Vertretung für die Archäologische Zone/Jüdisches Museum Köln

1731/2014

2.6.3 Benennung von Delegierten zur Konferenz der Ratsmitglieder des Städtetages Nordrhein-Westfalen

1957/2014

2.6.4 Beirat Bürgerzentrum Alte Feuerwache

1911/2014

2.6.5 Vorschlag von Mitgliedern für den Beirat der gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter) gem. § 18d Sozialgesetzbuch, Zweites Buch (SGB II)

2063/2014

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

AN/1068/2014

2.6.6 Besetzung der Jury zur Verleihung des Umweltschutzpreises der Stadt Köln 2014

2069/2014

2.6.7 Verein Region Köln/ Bonn e.V. Hier: Wahl der Mitgliedervertreter und - vertreterinnen

2111/2014

2.6.8 Besetzung von Gremien/Medien- und IT-Rat Vertreter der Stadt

2078/2014

2.6.9 Wahl der Vertreter der Stadt Köln für den Polizeibeirat beim Polizeipräsidium Köln

1889/2014

2.6.10 Bestellung von Ratsmitgliedern in den Umlegungsausschuss der Stadt Köln

2152/2014

2.6.11 Mitwirkung der Politik in der Steuerungsgruppe des Kölner Netzwerks Bürgerengagement

2114/2014

2.6.12 Benennung von Mitgliedern in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Köln

2130/2014

2.6.13 Benennung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses für anzeigepflichtige Entlassungen der Agentur für Arbeit Köln

2194/2014

2.6.14 Mitgliederwahl Beirat Sperrbezirk

2235/2014

2.6.15 Kölner Markenbeirat - Entsendung von Ratsmitgliedern

2351/2014

2.6.16 Europäische Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene

2215/2014

2.6.17 50 Jahre Städtepartnerschaft Köln-Tunis - Teilnahme von Ratsmitgliedern an der Delegationsreise nach Tunis

2354/2014

(zurückgezogen)

2.6.18 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Nachbenennung einer Stellvertreterin für den Jugendhilfeausschuss"

AN/1063/2014

3 Wiederwahl der Beigeordneten Frau Dr. Klein, Dezernat IV- Bildung, Jugend und Sport

1815/2014

4 Bürgerbegehren Rathausplatz - Prüfung der Zulässigkeit

1843/2014

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

AN/1069/2014

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

AN/1081/2014

5 Feststellung der Gültigkeit der Rats-, Bezirksvertretungs- und Integrationsratswahl in Köln am 25.05.2014 gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) in Verbindung mit § 46a Kommunalwahlgesetz

5.1 Einsprüche gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW

5.1.1 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW der CDU-Köln vom 18.06.2014,

mit den Ergänzungen vom 26.06.2014 und 03.07.2014

1982/2014

(zurückgezogen)

5.1.2 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Jürgen Ernst Hass vom 12.06.2014

1997/2014

(zurückgezogen)

5.1.3 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Udo Peter Stodden vom 30.05.2014

1998/2014

(zurückgezogen)

5.1.4 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Manfred Wehrhahn vom 26.05.2014

1999/2014

(zurückgezogen)

5.1.5 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Frau Alexandra Gräfin von Wengersky vom 02.07.2014

2016/2014

(zurückgezogen)

5.1.6 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Florian Brovot vom 03.07.2014

2017/2014

(zurückgezogen)

5.1.7 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Wasilis Pavegos vom 02.07.2014

2018/2014

(zurückgezogen)

5.1.8 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Martin Erkelenz vom 03.07.2014

2020/2014

(zurückgezogen)

5.2 Kommunalwahl 2014 - Feststellung der Gültigkeit der Rats-, Bezirksvertretungs- und Integrationsratswahl in Köln am 25.05.2014 gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) in Verbindung mit § 46a Kommunalwahlgesetz

2050/2014

(zurückgezogen)

6 Vorlagen zur Vermeidung von Dringlichkeitsentscheidungen

6.1 Großschadensereignis Einsturz Historisches Archiv hier: Verlängerung des Verzichts der Stadt Köln auf die Einrede der Verjährung gegenüber den Leih-, Vor- und Nachlassgebern des Historischen Archivs

1897/2014

6.2 Unbefristete Fortführung der Schulsozialarbeit ab 01.01.2015

2042/2014

7 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW

8 Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

10.1 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Öffentliche Finanzmittel für DITIB-Komplex in Ehrenfeld"

AN/0964/2014

Antwort der Verwaltung vom 20.08.2014

2290/2014

10.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus"

AN/1025/2014

Antwort der Verwaltung vom 02.09.2014

2500/2014

Anwesend waren:

Vorsitzender
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Aymaz, Berivan; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Beckamp, Roger; Benthem van, Henk; Bercher-Hiss, Susanne; Börschel, Martin; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Dresler-Graf, Margret; Elster, Ralph Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Gordes, Birgit; Gutzeit, Walter Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Haug, Jochen; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf Bürgermeister Dr.; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Henseler, Andreas; Heuser, Marion; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klausing, Christoph; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Ott, Jochen; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Rabenstein, Svenja; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Rottmann, Hendrik; Santos Herrmann, Susana dos; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schoser, Martin Dr.; Schultes, Monika; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Struwe, Rafael Christof; Symanski, Ute Dr.; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; von Wengersky, Alexandra Gräfin; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Woller, Julia; Wolter, Andreas Bürgermeister; Wolter, Judith; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeister

Benthem van, Henk ; Zöllner, Reinhard

Verwaltung

Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Höing, Franz-Josef Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne Beigeordnete; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.

Schriftführerin
Frau Kramp

Stenografen
Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:
Bezirksbürgermeister
Hupke, Andreas; Homann, Mike; Wirges, Josef; Schößler, Bernd; Fuchs, Norbert; Thiele, Markus

Bezirksbürgermeisterin
Blömer-Frerker, Helga

(Beginn: 14.09 Uhr - Ende: 22.15 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie alle nach der Sommerpause herzlich zur 3. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode begrüßen. Ich begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und dort insbesondere die Damen vom Cross-Mentoring-Programm, unsere Zuschauer im Internet, die eingeladenen Initiatoren des Bürgerbegehrens Rathausplatz, soweit sie jetzt schon anwesend sind, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

Entschuldigungen liegen mir bis jetzt nicht vor.

Dann kommen wir sofort zu den Formalien. Bei der letzten Sitzung haben wir ausnahmsweise

sechs statt drei Stimmzählerinnen und Stimmzähler benannt. Das wollen wir auch bei dieser Sitzung tun, weil wir eine Vielzahl von Abstimmungen und Wahlen haben. Da sich die Arbeit der Stimmzählerinnen und Stimmzähler beim letzten Mal sehr bewährt hat,

(Beifall)

haben wir gedacht, dass wir jetzt wieder dieselben Personen benennen. Das soll aber keine Daueraufgabe sein, sondern erfolgt nur im Hinblick auf die besondere Situation, dass wir heute rund 70 Wahlen und Abstimmungen haben. Daher ist es gut, wieder diese sehr versierten Stimmzählerinnen und Stimmzähler zu haben. Das kann ja nie schaden. Es sind Frau Dr. Bürgermeister, Frau Henk-Hollstein und Herr Brust sowie Herr Weisenstein, Frau Laufenberg und Herr Haug. Ich darf sie bitten, sich gleich bereitzuhalten, wenn wir zu den Auszählungen kommen.

Bevor wir in die Beratungen einsteigen, müssen wir wie immer die Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf besonders gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten. Soweit es sich um Tischvorlagen handelt, werde ich sie bei den jeweiligen Punkten aufrufen.

Wir haben heute ein volles Programm zu bestreiten. Das sieht man schon an der Tagesordnung. Wie gesagt, müssen rund 70 Wahlen und Abstimmungen über die Bühne gebracht werden. Nach der sehr disziplinierten 2. Sitzung bin ich sicher, dass wir das auch bei dieser 3. Sitzung gut schaffen werden.

Aus organisatorischen Gründen schlage ich vor, dass wir alle offenen Wahlen und Abstimmungen zügig durch Aufruf des jeweiligen Tagesordnungspunktes und anschließende Wahl durchführen. Dann müssen die Ergebnisse ermittelt werden. Aus organisatorischen Gründen und aus zeitlichen Gründen ist es sinnvoll, dass die komplette Darstellung aller Ergebnisse zum Ende der Sitzung erfolgt.

Ich darf Sie auch bitten - ich zweifle nicht daran, sondern sage es nur noch einmal -, bis zum Ende der Sitzung hierzubleiben; denn es kann sein, dass noch die eine oder andere Nachwahl erforderlich wird. Dann ist es natürlich gut und richtig, dass Sie daran teilnehmen.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor - ich bitte um Aufmerksamkeit; die Zusetzungen halten sich auch in Grenzen -: 2.6.18 und 10.2 sowie im nichtöffentlichen Teil 13.1 und 13.2.

Abgesetzt werden die Tagesordnungspunkte 1.5, 1.10, 2.4.7 und 2.6.17 sowie alle Punkte unter dem Tagesordnungspunkt 5. Die Punkte unter TOP 5 werden also komplett zurückgenommen. Im nichtöffentlichen Teil gibt es keine Absetzungen.

Nun komme ich zur Reihenfolge der Tagesordnung. An mich ist der Wunsch herangetragen worden, geheime Abstimmungen zu folgenden Punkten vorzunehmen: 1.1, 1.2, 2.1.1, 2.2, 2.3.8 und 2.4.10. Aus organisatorischen Gründen schlage ich vor, diese Punkte vorzuziehen und sie alle an den Tagesordnungspunkt 1.1 anzudocken.

Bevor wir uns diesen Wahlen zuwenden, sollten wir allerdings den Tagesordnungspunkt 3, Wiederwahl der Beigeordneten Frau Dr. Klein, Dezernat IV - Bildung, Jugend und Sport -, an den Anfang ziehen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren.

Gibt es ansonsten Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aufgrund der Tatsache, dass wir heute nicht über die Gültigkeit der Kommunalwahl sprechen und frühestens in der Ratssitzung am 30. September 2014 eine entsprechende Feststellung vornehmen werden, können wir zum heutigen Zeitpunkt, da die Mehrheit nicht eindeutig ist, den tatsächlichen Willen des Kölner Bürgers aus der Wahl nicht eindeutig feststellen. Aus diesem Grunde bitten wir darum, die Konstituierungsphase des Rates zu unterbrechen und die Tagesordnungspunkte, die die Personalwahlen unter den Rubriken 1 und 2 sowie die Wahl der Beigeordneten unter TOP 3 beinhalten, in die nächste Sitzung zu verschieben. Meines Erachtens ist es für unsere Demokratie wichtig, dass wir, solange wir das amtliche Endergebnis nicht

final festgestellt haben, diese Konstituierungsphase noch um vier Wochen verschieben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Wir möchten diesem Geschäftsordnungsantrag widersprechen. Der wesentliche Grund dafür ist, dass der Rat gewählt wurde und seine hier gefassten Beschlüsse nach der Gemeindeordnung und den Wahlgesetzen gültig sind - auch die Beschlüsse, die wir schon getroffen haben und die wir heute treffen werden. Insofern besteht kein Grund, diese Wahlen jetzt abzusetzen. Wir sollten vielmehr schauen, dass wir sehr schnell arbeitsfähig werden.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank.

Dann lasse ich über diesen Geschäftsordnungsantrag zur Tagesordnung abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion der AfD und die Mitglieder von pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung der FDP und von Herrn Henseler ist dieser Antrag abgelehnt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt, kommen wir jetzt zur Beschlussfassung über die Tagesordnung. Ich weise noch einmal darauf hin, dass wir die geheimen Abstimmungen zu den von mir eben genannten Punkten vorziehen werden. Ich sehe auch keine weiteren Wortmeldungen zu geheimen Abstimmungen. Daher können wir die Tagesordnung jetzt auch entsprechend festlegen. - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister, weil Sie jetzt das so abschließend sagen, möchte ich nur auf Folgendes hinweisen: Wir müssen das natürlich auch vom Verlauf der Sitzung abhängig machen. Spätere Anmeldungen von geheimen Abstimmungen müssen aus meiner Sicht also möglich bleiben.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Ja! Das sehe ich genauso!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Im Prinzip kann man das auch jetzt abfragen. Ich überlasse das aber Ihnen. Es ist natürlich auch eine Frage des Ablaufs der Sitzung und der Organisation, hier dann zwischenzeitlich geheime Abstimmungen vorzunehmen. Wir werden es aber nicht verhindern können.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Tagesordnung. Gibt es Gegenstimmen gegen die so festgelegte Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung von CDU, AfD und pro Köln ist die Tagesordnung so bestimmt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung des Rates und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

I. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass in dieser Sitzung wieder eine Vielzahl von Wahlen durchgeführt werden und schlägt deshalb vor, wie in den beiden letzten Sitzung wieder sechs Stimmzähler anstatt der üblichen drei Stimmzähler zu benennen. Der Rat stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Frau Dr. Bürgermeister, Frau Henk-Hollstein, Herrn Brust, Herrn Weisenstein, Frau Laufenberg und Herrn Haug vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Anschließend nennt der Oberbürgermeister die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

2 Wahlen - personelle Besetzung weiterer Gremien

2.6 Sonstige Gremien

2.6.18 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Nachbenennung

einer Stellvertreterin für den Jugendhilfeausschuss"

AN/1063/2014

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

10.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus"

AN/1025/2014

13 Vorlagen zur Vermeidung von Dringlichkeitsentscheidungen

13.1 Rechtsstreit Bundesrepublik Deutschland ./. Stadt Köln, Kaufpreisnachzahlungsanspruch für das Schwimmbadgrundstück "Am Pistorhof" in Köln-Ossendorf

2384/2014

13.2 Fenstersanierung Belvederestr. 147, 50933 Köln

2416/2014

Absetzungen

1 Fachausschüsse
hier: Fortsetzung der personellen Besetzung

1.5 Denkmalschutz und Denkmalpflege Berufung sachverständiger Bürger

1738/2014

1.10 Landtagswahl 2017 - Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer sowie Stellvertreterinnen und Stellvertreter des Kreiswahlausschusses für die Landtagswahl 2017

2218/2014

2 Wahlen - personelle Besetzung weiterer Gremien

2.4 Aufsichtsgremien weiterer städtischer Unternehmen

2.4.7 Jugendzentren Köln gGmbH hier: Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern

1288/2014

2.6 Sonstige Gremien

2.6.17 50 Jahre Städtepartnerschaft Köln-Tunis - Teilnahme von Ratsmitgliedern an der Delegationsreise nach Tunis

2354/2014

5 Feststellung der Gültigkeit der Rats-, Bezirksvertretungs- und Integrationsratswahl in Köln am 25.05.2014 gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) in Verbindung mit § 46a Kommunalwahlgesetz

5.1 Einsprüche gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW

5.1.1 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW der CDU-Köln vom 18.06.2014, mit den Ergänzungen vom 26.06.2014 und 03.07.2014

1982/2014

5.1.2 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Jürgen Ernst Hass vom 12.06.2014

1997/2014

5.1.3 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Udo Peter Stodden vom 30.05.2014

1998/2014

5.1.4 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Manfred Wehrhahn vom 26.05.2014

1999/2014

5.1.5 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Frau Alexandra Gräfin von Wengersky vom 02.07.2014

2016/2014

5.1.6 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Florian Brovot vom 03.07.2014

2017/2014

5.1.7 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Wasilis Pavegos vom 02.07.2014

2018/2014

5.1.8 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Martin Erkelenz vom 03.07.2014

2020/2014

5.2 Kommunalwahl 2014 - Feststellung der Gültigkeit der Rats-, Bezirksvertretungs- und Integrationsratswahl in Köln am 25.05.2014 gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) in Verbindung mit § 46a Kommunalwahlgesetz

2050/2014

III. Der Oberbürgermeister teilt mit, dass zu einzelnen Wahlvorlagen, es handelt sich um die Punkte 1.1; 1.2; 2.1.1; 2.2; 2.3.8 und 2.4.10, geheime Abstimmung beantragt worden sei. Er schlägt aus diesem Grunde vor, die Punkte vorzuziehen und gemeinsam unter dem Punkt 1.1 zu behandeln.

IV. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass unter Punkt 3 der Tagesordnung die Wiederwahl der Beigeordneten Frau Dr. Klein, Dezernat IV – Bildung, Jugend und Sport – vorgesehen sei. Er schlägt vor, diese Angelegenheit ebenfalls vorzuziehen und noch vor den geheimen Wahlen zu behandeln.

V. Ratsmitglied Petelkau bezieht sich auf die Feststellung der Gültigkeit der Kommunalwahl. Da die entsprechenden Vorlagen zur heutigen Sitzung von der Verwaltung zurückgezogen worden seien, werde der Rat frühestens in seiner Sitzung am 30.09.2014 die entsprechende Feststellung treffen. Aus diesem Grunde sei der tatsächliche Wille der Kölner Bürger aus der Wahl zum jetzigen Zeitpunkt nicht eindeutig. Ratsmitglied Petelkau beantragt deshalb, die Entscheidung über die Wahlen, d. h. die Behandlung der unter den Oberpunkten 1 und 2 zusammengefassten Vorlagen sowie den Punkt 3 bis zur kommenden Sitzung des Rates zurückzustellen.

Ratsmitglied Frank widerspricht der Aussage seines Vorredners und verweist darauf, dass sowohl die bereits gefassten Beschlüsse als auch die, die in der heutigen Sitzung zur Entscheidung anstehen, Gültigkeit hätten. Es sei nunmehr vielmehr erforderlich, den Rat nach seiner Neuwahl arbeitsfähig zu machen.

Im Anschluss lehnt der Rat den Vertagungsantrag von Ratsmitglied Petelkau mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der AfD-Fraktion sowie gegen die Stimmen der Gruppe Pro Köln und bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) ab.

VI. Im Übrigen legt der Rat die Tagesordnung einstimmig bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion, der AfD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe pro Köln wie folgt fest:

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Als ersten Tagesordnungspunkt rufe ich auf:

3 Wiederwahl der Beigeordneten Frau Dr. Klein, Dezernat IV - Bildung, Jugend und Sport
1815/2014

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Wiederwahl der Beigeordneten Frau Dr. Klein ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, Deine Freunde, Herr Henseler und drei Mitglieder der Fraktion Die Linke. Die Piraten sind ebenfalls dafür. Das ist sehr - -

(Martin Börschel [SPD]: Sehr vernünftig!)

- Ich wollte mich der Wertung enthalten. - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion der FDP und drei Enthaltungen aus der Fraktion Die Linke. ist Frau Dr. Klein als Beigeordnete der Stadt Köln für das Dezernat Bildung, Jugend und Sport wiedergewählt.

(Lebhafter Beifall - Oberbürgermeister Jürgen Roters und Beigeordnete Dr. Agnes Klein erheben sich - Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Sie müssen mich fra-

gen, ob ich die Wahl annehme, Herr Oberbürgermeister!)

Bevor die Blumen überreicht werden, muss ich aber fragen, ob Frau Dr. Klein die Wahl zur Beigeordneten annimmt.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich für das Vertrauen und nehme die Wahl an.

Ich bedanke mich für die Zusammenarbeit der letzten Jahre und hoffe auf eine weitere gute Zusammenarbeit für die kleinen und großen Bürgerinnen und Bürger der Stadt Köln. Ich bedanke mich ausdrücklich bei der Verwaltung und bei den Kolleginnen und Kollegen im Stadtvorstand für die gute Zusammenarbeit. Ganz besonders bedanke ich mich bei meinem Team im Dezernatsbüro und natürlich auch bei den Damen und Herren von der Pressebank. Herzlichen Dank für die Zusammenarbeit. - Danke schön.

(Beifall - Beigeordnete Dr. Agnes Klein nimmt Glückwünsche und Blumensträuße entgegen - Die Pressevertreter machen Fotos)

Beschluss:

Der Rat wählt Frau Dr. Agnes Klein erneut für 8 Jahre zur Beigeordneten. Ihre zweite Wahlzeit beginnt am 11.11.2014.

Als Geschäftskreis wird ihr das Dezernat IV, Bildung, Jugend und Sport (mit der Stabsstelle Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung, dem Amt für Schulentwicklung, dem Amt für Weiterbildung, dem Amt für Kinder, Jugend und Familie, der Dienststelle Familienberatung und Schulpsychologischer Dienst, der Dienststelle Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtung der Stadt Köln und dem Sportamt) übertragen.

Der Rat behält sich eine Änderung des Geschäftskreises vor.

Es werden Bezüge nach der Besoldungsgruppe B 8 nach dem Übergeleiteten Besoldungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (ÜBesG NRW) gezahlt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, mit drei Stimmen aus der Fraktion Die Linke. sowie den Stimmen der Gruppen Piraten und Deine Freunde und der Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und bei Enthaltung von drei Stimmen aus der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut. - Nun können wir in der Tagesordnung fortfahren und zu den Punkten kommen, über die wir geheim abstimmen.

Ich rufe zunächst auf:

1 Fachausschüsse
hier: Fortsetzung der personellen Besetzung

1.1 Besetzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) - weitere beratende Mitglieder
1327/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion
AN/1066/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion
AN/1078/2014

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die geheime Abstimmung eintreten, müssen wir noch offen über den zweiten Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und FDP abstimmen, der heute eingegangen ist und Ihnen als Tischvorlage vorliegt. Darin geht es um die Anzahl der weiteren beratenden Mitglieder im Jugendhilfeausschuss. Gibt es Gegenstimmen gegen diesen Änderungsantrag? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Damit ist er so beschlossen.

Jetzt können wir mit den geheimen Wahlen beginnen. Ich weise noch einmal darauf hin, dass geheime Wahlen zu den folgenden Tagesord-

nungspunkten vorgesehen sind: 1.1, 1.2, 2.1.1, 2.2, 2.3.8 und 2.4.10.

Ich bitte Sie, sich zunächst die Vorschläge zu Tagesordnungspunkt 1.1 anzusehen.

(Präsentation - Folie 5)

Auf Vorschlag der Fraktionen und Gruppen im Rat liegen folgende Listen vor - diese Reihenfolge bleibt auch bei den weiteren Wahlen so -: Vorschlag 1 von der SPD, Vorschlag 2 von der CDU, Vorschlag 3 von den Grünen, Vorschlag 4 von der Linken und Vorschlag 5 von der FDP.

Ich möchte Sie bitten, auch mit Blick auf die Fraktionsvorsitzenden und die Geschäftsführer, freundlicherweise jeweils - -

(Zurufe: Kann man das Licht ausschalten?)

- Okay. Wir werden technisch sicherstellen, dass man das Ganze auch lesen kann, und den Raum ein bisschen abdunkeln. - Jetzt kann man es besser lesen.

Das ist der Vorschlag der Fraktionen und Gruppen im Rat zu TOP 1.1, Jugendhilfeausschuss.

(Präsentation - Folien 6 und 7)

Die Repräsentanten der freien Träger sind in der linken Spalte im Vorschlag 1 genannt. Ich muss die Namen jetzt nicht alle vorlesen; Sie können sie erkennen. - Ich sehe keine Einwände gegen die hier genannten Namen der Repräsentanten der freien Träger und ihrer Vertreter.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. sowie der FDP-Fraktion:

Der erste Satz des Beschlussvorschlages wird wie folgt konkretisiert:

Der Rat setzt die Zahl der beratenden Personen auf insgesamt maximal 38 fest.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird um folgenden zweiten Absatz des Beschlusstextes ergänzt:

Der Rat setzt die Anzahl der beratenden Mitglieder, die von den Fraktionen und Gruppen benannt werden, auf zwölf fest. Die Benennung erfolgt mündlich bzw. wird nachgereicht. Die Anzahl der beratenden Mitglieder der Träger beläuft sich auf 26. Diese Benennungen sind in der nachfolgenden Übersicht aufgelistet.

Die Anlage 1 der vorliegenden Beschlussvorlage soll wie folgt ersetzt werden:

Nr	*Träger*	*Vorschlag - Hauptmitglied*	*Vorschlag - Vertretung*	*Zugehörigkeit - Vertretung*	*Träger bisher im JHA vertreten?*
1	*AAK Arbeitskreis für das ausländische Kind e. V.*	*Gilges, Konrad*	*Schmerbach, Cornelia*	*wie Hauptmitglied*	*beratend*
2	*Coach e.V.*	*Sarisaltik-Aydin, Ece*	*van Ooyen, Johannes*		*./.*
	ConAction e. V.			*Con Aktion e.V.*	*./.*
3	*Diakonie Michaelshoven e.V. (hier: Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven gGmbH)*	*Schmidt, Wolfgang*	*./.*	*./.*	*beratend*
4	*DRK Jugendrotkreuz **	*Ruda, Marc*	*Bosbach, Marita*	*wie Hauptmitglied*	*beratend*
5	*Drogenhilfe Köln gGmbH*	*Dr. Hambüchen, Thom*	*./.*	*./.*	*./.*

		as			
6	*Ev. Familienbildungsstätte FBS*	*Wirtz, Wolfgang*	*./.*	*./.*	*beratend*
7	*Jugendhilfe Köln e. V.*	*Gross, Almut*	*Neises-Weiler, Nicole*	*wie Hauptmitglied*	*beratend*
8	*Jugendhilfe und Schule e. V. - Jugendladen Nippes Museum*	*Dr. Zaschke, Wolfgang*	*Ertunc, Rosemarie*	*wie Hauptmitglied*	*beratend*
9	*Kath. Familienbildung Köln e. V.*	*Differdange, Ruth*	*./.*	*./.*	*beratend*
10	*Katholische Jugendagentur Köln gGmbH*	*Hildebrand, Andreas*	*Stettes, Fabian*	*wie Hauptmitglied*	*beratend*
11	*Kellerladen - Initiative für gemeinsame Arbeit e. V.*	*Dopke, Theresia*	*./.*	*./.*	*./.*
12	*Kinderzentrum Porz e. V.*	*Malmen, Maria Elisabeth*			*./.*
	Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen (MCD/ HKS u. a.) e.V.		*Getz, Alfred*	*Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen (MCD/ HKS u. a.) e.V.*	*beratend*
13	*Kölner Jugendring e.V. **	*van Dawen, Sarah Maria*	*./.*	*./.*	*beratend*
14	*LOBBY für Mädchen - Mädchenhaus Köln e. V.*	*Mahr, Fraukke*	*Lehmann, Christiane*	*Handwerkerinnenhaus Köln e. V.*	*beratend (in genau dieser Trägerkonstellation)*
	Handwerkerinnenhaus Köln e. V.				
15	*Netzwerk e.V. - Soziale Dienste und Ökologische Bildung*	*Reichartz-Bock, Regina*	*Krämer, Andrea*	*Netzwerk e.V. - Soziale Dienste und Ökologische Bildung*	*beratend*
	Netzwerk e.V. - Soziale Dienste und Ökologische Bildung				*beratend*
16	*Perspektive Bildung e.V.*	*Horstkemper-Schürmann, Hilde-*	*Hoffmann, Bettina*	*wie Hauptmitglied*	*./.*

		gard			
17	*Progressiver Eltern- und Erzieherverband e.V.*	*Walter, Regine*	*./.*	*./.*	*beratend*
18	*Rhein Flanke gGmbH **	*Koerber, Sebastian*	*Bex, Christoph*	*wie Hauptmitglied*	*./.*
19	*Rom e.V.*	*Welke, Ingrid*	*Klesse, Elisabeth*	*wie Hauptmitglied*	*./.*
20	*Schulte-Schmelter-Stiftung*	*Maurer, Olaf*	*Maurer, Elisabeth*	*wie Hauptmitglied*	*./.*
21	*Sozialdienst Katholischer Männer e.V. - SKM Köln*	*Peters, Markus*	*./.*	*./.*	*stellvertr. stimmberechtigt*
22	*Soziales Zentrum Lino-Club e.V.*	*Saxler, Hans-Josef*	*Klauth, Angelika*	*wie Hauptmitglied*	*beratend*
23	*Theaterpädagogisches Zentrum e.V.*	*Schäfer-Remmele, Uwe*			*beratend (in genau dieser Trägerkonstellation)*
	Werkstatt für Musik, Kunst, Tanz, Theater e. V. (MuKaTaThe)		*Horstkotte, Christoph*	*Kölner Spielewerkstatt e.V.*	
	*Kölner Spielewerkstatt e. V. **				
24	*Väter in Köln e.V.*	*Kura, Jürgen*	*./.*	*./.*	*./.*
25	*Wir für Pänz e.V.*	*Böll, Mechthild*	*Gast, Petra*	*wie Hauptmitglied*	*./.*
26	*Zentrum für Frühbehandlung & Frühförderung e.V.*	*Grevelhörster, Karin*	*./.*	*./.*	*beratend*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Wahl der Mitglieder:

Anmerkung:
Die Wahl findet geheim statt.

Für die Wahl der beratenden Mitglieder und ihrer Stellvertreter/innen liegen die folgenden 5 Vorschläge vor:

Vorschlag 1: SPD
Sachkundige Einwohner auf Vorschlag der Fraktionen:

Mitglied	*Stellvertreter*
Walla Blümcke	*N.N.*
Zeynep Alraqep	*N.N.*
Marlu Quiling	*N.N.*
N.N.	*N.N.*
Trägervertreter	*Trägervertreter (Stellvertreter)*
1. Gilges, Konrad	*Schmerbach, Cornelia*
AAK Arbeitskreis für das ausländische Kind e. V.	*AAK Arbeitskreis für das ausländische Kind e. V.*
2. Sarisaltik-Aydin, Ece	*van Ooyen, Johannes*
Coach e.V.	*Con Aktion e.V.*
3. Schmidt, Wolfgang	*N.N.*
Diakonie Michaelshoven e.V.	
4. Ruda, Marc	*Bosbach, Marita*

DRK Jugendrotkreuz	*DRK Jugendrot kreuz*	
5. Dr. Hambüchen, Thomas Drogenhilfe Köln gGmbH	*N.N.*	
6. Wirtz, Wolfgang Ev. Familienbildungsstätte FBS	*N.N.*	
7. Gross, Almut Jugendhilfe Köln e. V.	*Neises-Weiler, Nicole Jugendhilfe Köln e. V.*	
8. Dr. Zaschke, Wolfgang Jugendhilfe und Schule e. V. – Jugendladen Nippes Museum	*Ertunc, Rosemarie Jugendhilfe und Schule e. V. – Jugendladen Nippes Museum*	
9. Differdange, Ruth Kath. Familienbildung Köln e. V.	*N.N.*	
10. Hildebrand, Andreas Katholische Jugendagentur Köln gGmbH	*Stettes, Fabian Katholische Jugendagentur Köln gGmbH*	
11. Dopke, Theresia Kellerladen – Initiative für gemeinsame Arbeit e. V.	*N.N.*	
12. Malmen, Maria Elisabeth Kinderzentrum Porz e. V.	*Getz, Alfred Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen (MCD/ HKS u. a.) e.V.*	
13. van Dawen, Sarah Maria Kölner Jugendring e.V.	*N.N.*	
14. Mahr, Frauke LOBBY für Mädchen – Mädchenhaus Köln e. V.	*Lehmann, Christiane Handwerkerinnenhaus Köln e. V.*	
15. Reichartz-Bock, Regina Netzwerk e.V. - Soziale Dienste und Ökologische Bildung	*Krämer, Andrea Netzwerk e.V. – Soziale Dienste und Ökologische Bildung*	
16. Horstkemper-Schürmann, Hildegard Perspektive Bildung e.V.	*Hoffmann, Bettina Perspektive Bildung e.V*	
17. Walter, Regine Progressiver Eltern- und Erzieherverband e.V.	*N.N.*	
18. Koerber, Sebastian Rhein Flanke gGmbH	*Bex, Christoph Rhein Flanke gGmbH*	
19. Welke, Ingrid Rom e.V.	*Klesse, Elisabeth Rom e.V.*	
20. Maurer, Olaf Schulte-Schmelter-Stiftung	*Maurer, Elisabeth Schulte-Schmelter-Stiftung*	
21. Peters, Markus Sozialdienst Katholischer Männer e.V. - SKM Köln	*N.N.*	
22. Saxler, Hans-Josef Soziales Zentrum Lino-Club e.V.	*Klauth, Angelika Soziales Zentrum Lino- Club e.V.*	
23. Schäfer-Remmele, Uwe Theaterpädagogisches Zentrum e.V.	*Horstkotte, Christoph Kölner Spielewerkstatt e.V.*	
24. Kura, Jürgen Väter in Köln e.V.	*N.N.*	
25. Böll, Mechthild Wir für Pänz e.V.	*Gast, Petra Wir für Pänz e.V.*	
26. Grevelhörster, Karin Zentrum für Frühbehandlung & Frühförderung e.V.	*N.N.*	

Vorschlag 2: CDU

Hajo Breuer	*N.N.*
David Winand	*N.N.*
Daniela Topp-Burkhardt	*N.N.*

gleiche Liste wie Vorschlag 1

Vorschlag 3: Grüne

Gaby Schlitt	*N.N.*
Carmen Wöhler	*N.N.*
N.N.	*N.N.*

gleiche Liste wie Vorschlag 1

Vorschlag 4: Die Linke.:

Dr. Carolin Butterwegge	*Oswald Pannes*

gleiche Liste wie Vorschlag 1

Vorschlag 5. FDP

Paul Spoerl	*Christian Nüsser*

gleiche Liste wie Vorschlag 1

Bei der geheimen Wahl werden 90 Stimmen abgegeben.

Davon ungültig: -- Stimmen

Enthaltungen 1 Stimmen

Damit liegen 89 gültige Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1: 28 Stimmen
Vorschlag 2: 26 Stimmen
Vorschlag 3: 21 Stimmen
Vorschlag 4: 6 Stimmen
Vorschlag 5: 8 Stimmen

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren nach Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Mitglied	*Stellvertreter*
1. Walla Blümcke	*N.N.*
2. Zeynep Alraqep	*N.N.*
3. Marlu Quiling	*N.N.*
4. N.N.	*N.N.*
5. Hajo Breuer	*N.N.*
6. David Winand	*N.N.*
7. Daniela Topp-Burkhardt	*N.N.*
8. Gaby Schlitt	*N.N.*
9. Carmen Wöhler	*N.N.*
10. N.N.	*N.N.*
11. Dr. Carolin Butterwegge	*Oswald Pannes*
12. Paul Spoerl	*Christian Nüsser*

Trägervertreter	*Trägervertreter (Stellvertreter)*
1. Gilges, Konrad	*Schmerbach, Cornelia*
AAK Arbeitskreis für das ausländische Kind e. V.	*AAK Arbeitskreis für das ausländische Kind e. V.*
2. Sarisaltik-Aydin, Ece	*van Ooyen, Johannes*
Coach e.V.	*Con Aktion e.V.*
3. Schmidt, Wolfgang	*N.N.*
Diakonie Michaelshoven e.V.	
4. Ruda, Marc	*Bosbach, Marita*
DRK Jugendrotkreuz	*DRK Jugendrotkreuz*
5. Dr. Hambüchen, Thomas	*N.N.*
Drogenhilfe Köln gGmbH	
6. Wirtz, Wolfgang	*N.N.*
Ev. Familienbildungsstätte FBS	
7. Gross, Almut	*Neises-Weiler, Nicole*
Jugendhilfe Köln e. V.	*Jugendhilfe Köln e. V.*
8. Dr. Zaschke, Wolfgang	*Ertunc, Rosemarie*
Jugendhilfe und Schule e. V. –	*Jugendhilfe und Schule e. V. –*
Jugendladen Nippes Museum	*Jugendladen Nippes Museum*
9. Differdange, Ruth	*N.N.*
Kath. Familienbildung Köln e. V.	
10. Hildebrand, Andreas	*Stettes, Fabian*
Katholische Jugendagentur Köln gGmbH	*Katholische Jugendagentur Köln gGmbH*
11. Dopke, Theresia	*N.N.*
Kellerladen – Initiative für gemeinsame Arbeit e. V.	
12. Malmen, Maria Elisabeth	*Getz, Alfred*
Kinderzentrum Porz e. V.	*Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen (MCD/ HKS u. a.) e.V.*
13. van Dawen, Sarah Maria	*N.N.*
Kölner Jugendring e.V.	
14. Mahr, Frauke	*Lehmann, Christiane*
LOBBY für Mädchen – Mädchenhaus Köln e. V.	*Handwerkerinnenhaus Köln e. V.*
15. Reichartz-Bock, Regina	*Krämer, Andrea*
Netzwerk e.V. - Soziale Dienste und Ökologische Bildung	*Netzwerk e.V. - Soziale Dienste und Ökologische Bildung*
16. Horstkemper-Schürmann, Hildegard	*Hoffmann, Bettina*
Perspektive Bildung e.V.	*Perspektive Bildung e.V*
17. Walter, Regine	*N.N.*
Progressiver Eltern- und Erzieherverband e.V.	
18. Koerber, Sebastian	*Bex, Christoph*
Rhein Flanke gGmbH	*Rhein Flanke gGmbH*
19. Welke, Ingrid	*Klesse, Elisabeth*
Rom e.V.	*Rom e.V.*
20. Maurer, Olaf	*Maurer, Elisabeth*
Schulte-Schmelter-Stiftung	*Schulte-Schmelter-Stiftung*
21. Peters, Markus	*N.N.*
Sozialdienst Katholischer	

Männer e.V. - SKM Köln
22. Saxler, Hans-Josef — *Klauth, Angelika*
Soziales Zentrum Lino-Club e.V. — *Soziales Zentrum Lino- Club e.V.*
23. Schäfer-Remmele, Uwe — *Horstkotte, Christoph*
Theaterpädagogisches Zentrum e.V. — *Kölner Spielewerkstatt e.V.*
24. Kura, Jürgen — *N.N.*
Väter in Köln e.V.
25. Böll, Mechthild — *Gast, Petra*
Wir für Pänz e.V. — *Wir für Pänz e.V.*
26. Grevelhörster, Karin — *N.N.*
Zentrum für Frühbehandlung & Frühförderung e.V.

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat setzt die Zahl der beratenden Personen mit maximal 38 fest.

Der Rat setzt die Anzahl der beratenden Mitglieder, die von den Fraktionen und Gruppen benannt werden, auf zwölf fest.

Die Anzahl der beratenden Mitglieder der Träger beläuft sich auf 26.

Der Rat wählt außerdem für jedes Mitglied eine persönliche Vertreterin oder einen persönlichen Vertreter gemäß § 4 Abs.3 1.AG-KJHG und § 4 Abs.2 S. 2 und Abs.3 S. 2 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Köln.

Er wählt gemäß § 4 Abs.3 lit. i der Satzung des Jugendamtes der Stadt Köln i.V.m. § 5 Abs.3 1.AG-KJHG auf Vorschlag der Fraktionen und Gruppen im Rat sowie der im Stadtgebiet Köln anerkannten, freien Jugendhilfeträger die nachfolgenden aufgeführten sachkundigen Frauen und Männer. Soweit eine Benennung noch nicht möglich ist, wird diese umgehend nachgereicht.

Mitglied	*Stellvertreter*
1. Walla Blümcke	*N.N.*
2. Zeynep Alraqep	*N.N.*
3. Marlu Quiling	*N.N.*
4. N.N.	*N.N.*
5. Hajo Breuer	*N.N.*
6. David Winand	*N.N.*
7. Daniela Topp-Burkhardt	*N.N.*
8. Gaby Schlitt	*N.N.*
9. Carmen Wöhler	*N.N.*
10. N.N.	*N.N.*
11. Dr. Carolin Butterwegge	*Oswald Pannes*
12. Paul Spoerl	*Christian Nüsser*

Trägervertreter	*Trägervertreter (Stellvertreter)*
1. Gilges, Konrad	*Schmerbach, Cornelia*
AAK Arbeitskreis für das ausländische Kind e. V.	*AAK Arbeitskreis für das ausländische Kind e. V.*
2. Sarisaltik-Aydin, Ece	*van Ooyen, Johannes*
Coach e.V.	*Con Aktion e.V.*
3. Schmidt, Wolfgang	*N.N.*
Diakonie Michaelshoven e.V.	
4. Ruda, Marc	*Bosbach, Marita*
DRK Jugendrotkreuz	*DRK Jugendrotkreuz*
5. Dr. Hambüchen, Thomas	*N.N.*
Drogenhilfe Köln gGmbH	
6. Wirtz, Wolfgang	*N.N.*
Ev. Familienbildungsstätte FBS	
7. Gross, Almut	*Neises-Weiler, Nicole*
Jugendhilfe Köln e. V.	*Jugendhilfe Köln e. V.*
8. Dr. Zaschke, Wolfgang	*Ertunc, Rosemarie*
Jugendhilfe und Schule e. V. – Jugendladen Nippes Museum	*Jugendhilfe und Schule e. V. – Jugendladen Nippes Museum*
9. Differdange, Ruth	*N.N.*
Kath. Familienbildung Köln e. V.	
10. Hildebrand, Andreas	*Stettes, Fabian*
Katholische Jugendagentur Köln gGmbH	*Katholische Jugendagentur Köln gGmbH*
11. Dopke, Theresia	*N.N.*
Kellerladen – Initiative für gemeinsame Arbeit e. V.	
12. Malmen, Maria Elisabeth	*Getz, Alfred*
Kinderzentrum Porz e. V.	*Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teil-*

	leistungsstörungen (MCD/ HKS u. a.) e.V.
13. van Dawen, Sarah Maria Kölner Jugendring e.V.	*N.N.*
14. Mahr, Frauke LOBBY für Mädchen – Mädchenhaus Köln e. V.	*Lehmann, Christiane Handwerkerinnenhaus Köln e. V.*
15. Reichartz-Bock, Regina Netzwerk e.V. - Soziale Dienste und Ökologische Bildung	*Krämer, Andrea Netzwerk e.V. – Soziale Dienste und Ökologische Bildung*
16. Horstkemper-Schürmann, Hildegard Perspektive Bildung e.V.	*Hoffmann, Bettina Perspektive Bildung e.V*
17. Walter, Regine Progressiver Eltern- und Erzieherverband e.V.	*N.N.*
18. Koerber, Sebastian Rhein Flanke gGmbH	*Bex, Christoph Rhein Flanke gGmbH*
19. Welke, Ingrid Rom e.V.	*Klesse, Elisabeth Rom e.V.*
20. Maurer, Olaf Schulte-Schmelter-Stiftung	*Maurer, Elisabeth Schulte-Schmelter-Stiftung*
21. Peters, Markus Sozialdienst Katholischer Männer e.V. - SKM Köln	*N.N.*
22. Saxler, Hans-Josef Soziales Zentrum Lino- Club e.V.	*Klauth, Angelika Soziales Zentrum Lino- Club e.V.*
23. Schäfer-Remmele, Uwe Theaterpädagogisches Zentrum e.V.	*Horstkotte, Christoph Kölner Spielewerkstatt e.V.*
24. Kura, Jürgen Väter in Köln e.V.	*N.N.*
25. Böll, Mechthild Wir für Pänz e.V.	*Gast, Petra Wir für Pänz e.V.*
26. Grevelhörster, Karin Zentrum für Frühbehandlung & Frühförderung e.V.	*N.N.*

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann können wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen. Ich rufe auf:

1.2 Benennung und Wahl der sachkundigen Einwohner in den Ausschüssen gemäß Ratsbeschluss vom 24.06.2014 0711/2014

(Präsentation - Folien 9 und 10)

Hier sehen Sie die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder und sachkundigen Einwohner.

Jetzt kommen wir zu den einzelnen Ausschüssen.

(Präsentation - Folie 11)

AVR: Wir haben bei der SPD nur eine Nennung, bei der CDU drei Nennungen, bei den Grünen zwei Nennungen, bei den Linken eine Nennung und bei der FDP ebenfalls eine Nennung. Die anderen Personen, die mit N. N. bezeichnet sind, müssen bei Gelegenheit nachnominiert werden.

(Martin Börschel [SPD]: Das muss eine Verschiebung sein! Das stimmt nicht!)

- Wir gehen erst einmal weiter durch. Wenn dann noch etwas geklärt werden muss, kann das ja gemacht werden.

(Präsentation - Folie 12)

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden: Bei der SPD haben wir zwei Nennungen und zweimal N. N., bei der CDU drei Nennungen, bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen drei Nennungen, bei den Linken eine Nennung und bei der FDP ebenfalls eine Nennung.

(Präsentation - Folie 13)

Bauausschuss: Wir haben bei der SPD eine Nennung und zweimal N. N., bei der CDU zwei Nennungen, bei den Grünen noch keine Nennung, bei der Fraktion Die Linke. eine Nennung und bei der FDP ebenfalls eine Nennung.

(Präsentation - Folie 14)

Gesundheitsausschuss: Bei der SPD haben wir zwei Nennungen, bei der CDU zwei Nennungen, bei den Grünen zwei Nennungen, bei der Linken eine Nennung und bei der FDP eine Nennung.

(Präsentation - Folie 15)

Ausschuss Kunst und Kultur: Wir haben beim Vorschlag 1 zwei Nennungen, beim Vorschlag 2

drei Nennungen, beim Vorschlag 3 ebenfalls drei Nennungen, beim Vorschlag 4 eine Nennung und beim Vorschlag 5 ebenfalls eine Nennung.

(Präsentation - Folie 16)

Ausschuss Schule und Weiterbildung: Dort haben wir beim Vorschlag 1 vier Nennungen, beim Vorschlag 2 drei Nennungen, beim Vorschlag 3 zwei Nennungen, beim Vorschlag 4 eine Nennung und beim Vorschlag 5 ebenfalls eine Nennung.

(Präsentation - Folie 17)

Ausschuss für Soziales und Senioren: Wir sehen beim Vorschlag 1 zwei Nennungen, beim Vorschlag 2 drei Nennungen, beim Vorschlag 3 drei Nennungen, beim Vorschlag 4 eine Nennung und beim Vorschlag 5 eine Nennung.

(Präsentation - Folie 18)

Sportausschuss: Hier gibt es bei der SPD noch keine Namensnennung, bei der CDU drei Nennungen, bei den Grünen drei Nennungen, bei der Linken eine Nennung und bei der FDP ebenfalls eine Nennung.

(Präsentation - Folie 19)

Stadtentwicklungsausschuss: Dort sind in der Liste 1 drei Personen genannt, in der Liste 2 drei Personen, in der Liste 3 auch drei Personen, in der Liste 4 eine Person und in der Liste 5 ebenfalls eine Person.

(Präsentation - Folie 20)

Ausschuss Umwelt und Grün: Liste 1 enthält drei Nennungen, Liste 2 drei Nennungen und Liste 3 zwei Nennungen und einmal N. N. Die Linken und die FDP haben jeweils eine Nennung vorgenommen.

(Präsentation - Folie 21)

Verkehrsausschuss: Wir haben bei der Liste 1 eine Nennung, bei der Liste 2 drei Nennungen, bei der Liste 3 drei Nennungen, bei der Liste 4 eine Nennung und bei der Liste 5 ebenfalls eine Nennung.

(Präsentation - Folie 22)

Wirtschaftsausschuss: Beim Vorschlag 1 haben wir drei Nennungen, beim Vorschlag 2 drei Nennungen und beim Vorschlag 3 auch drei Nennungen. Der Vorschlag 4 und der Vorschlag 5 sehen jeweils wieder eine Person vor.

Anmerkung:

Die Wahl findet geheim statt.

Vorschläge des Rates für die Besetzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales

Vorschlag 1: (SPD)

1. N.N.
2. N.N.
3. N.N.
4. Dr. Annette Wittmütz

Vorschlag 2: (CDU)
1. Axel Hopfauf
2. Christoph Schmitz
3. Alexandra Staufenbiel

Vorschlag 3: (Grüne)
1. Inge Duman
2. Franz Hess
3. N.N.

Vorschlag 4: (Die Linke.)
1. Tjark Sauer

Vorschlag 5: (FDP)
1. Michael Kühle

Bei der geheimen Wahl werden 90 Stimmen abgegeben.

Davon	*ungültig:*	*-- Stimmen*
	Enthaltungen	*3 Stimmen*

Damit liegen 87 gültige Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1:	*28 Stimmen*
Vorschlag 2:	*26 Stimmen*
Vorschlag 3:	*21 Stimmen*
Vorschlag 4:	*6 Stimmen*
Vorschlag 5:	*6 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren nach Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Vorschlag 1

1. N.N.
2. N.N.
3. N.N.
4. Dr. Annette Wittmütz

Vorschlag 2:
1. Axel Hopfauf
2. Christoph Schmitz
3. Alexandra Staufenbiel

Vorschlag 3:
1. Inge Duman
2. Franz Hess
3. N.N.

Vorschlag 4:
1. Tjark Sauer

Vorschlag 5:
1. Michael Kühle

Vorschläge des Rates für die Besetzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden:

Vorschlag 1: (SPD)
1. Ulf Florian
2. Helga Schlapka
3. N.N.
4. N.N.

Vorschlag 2: (CDU)
1. Joachim Geyssel
2. Heinz Klein
3. Thomas Rossbach

Vorschlag 3: (Grüne)
1. Stefan Fischer
2. Stephan Horn
3. Dieter Schöffmann

Vorschlag 4: (Die Linke.)
1. Felix Schneider

Vorschlag 5: (FDP)
1. Robert Wande

Bei der geheimen Wahl werden 90 Stimmen abgegeben.

Davon ungültig: -- Stimmen

Enthaltungen 3 Stimmen

Damit liegen 87 gültige Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1: 28 Stimmen
Vorschlag 2: 26 Stimmen
Vorschlag 3: 21 Stimmen
Vorschlag 4: 6 Stimmen
Vorschlag 5: 6 Stimmen

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren nach Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Vorschlag 1:
1. Ulf Florian
2. Helga Schlapka
3. N.N.
4. N.N.

Vorschlag 2
1. Joachim Geyssel
2. Heinz Klein
3. Thomas Rossbach

Vorschlag 3:
1. Stefan Fischer
2. Stephan Horn
3. Dieter Schöffmann

Vorschlag 4:
1. Felix Schneider

Vorschlag 5:
1. Robert Wande

Vorschläge des Rates für die Besetzung des Bauausschusses zugleich Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

Vorschlag 1: (SPD)
1. Rudolf Reiferscheid
2. N.N.
3. N.N.

Vorschlag 2: (CDU)
1. Joachim Kuschewski
2. Efkan Kara

Vorschlag 3: (Grüne)
1. N.N.
2. N.N.

Vorschlag 4: (Die Linke.)
1. Bernd Weber

Vorschlag 5: (FDP)
1. Dr. Christian Beese

Bei der geheimen Wahl werden 90 Stimmen abgegeben.

Davon ungültig: -- Stimmen

Enthaltungen 3 Stimmen

Damit liegen 87 gültige Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1: 27 Stimmen
Vorschlag 2: 26 Stimmen
Vorschlag 3: 18 Stimmen
Vorschlag 4: 10 Stimmen
Vorschlag 5: 6 Stimmen

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren nach Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Vorschlag 1:
1. Rudolf Reiferscheid
2. N.N.
3. N.N.

Vorschlag 2:
1. Joachim Kuschewski
2. Efkan Kara
3. kein Vorschlag

Vorschlag 3:
1. N.N.
2. N.N.

Vorschlag 4:
1. Bernd Weber

Vorschläge des Rates für die Besetzung des Gesundheitsausschusses:

Vorschlag 1: (SPD)
1. Elke Bussmann
2. Ulrich Krüger
3. N.N.

Vorschlag 2: (CDU)
1. Jens Paaßen
2. Hartmut Steffens

Vorschlag 3: (Grüne)
1. Ahmed Edis
2. Dr. Christine Ingrid Kuch

Vorschlag 4: (Die Linke.)
1. Beate Hane-Knoll

Vorschlag 5: (FDP)
1. Robert Gaida

Bei der geheimen Wahl werden 90 Stimmen abgegeben.

Davon ungültig: -- Stimmen

Enthaltungen 1 Stimmen

Damit liegen 89 gültige Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1: 27 Stimmen
Vorschlag 2: 26 Stimmen
Vorschlag 3: 22 Stimmen
Vorschlag 4: 6 Stimmen
Vorschlag 5: 8 Stimmen
Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren nach Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Vorschlag 1:
1. Elke Bussmann
2. Ulrich Krüger
3. N.N.

Vorschlag 2:
1. Jens Paaßen
2. Hartmut Steffens
3. kein Vorschlag

Vorschlag 3:
1. Ahmed Edis
2. Dr. Christine Ingrid Kuch

Vorschlag 5:
1. Robert Gaida

Vorschläge des Rates für die Besetzung des Ausschusses für Kunst und Kultur zugleich Fachausschuss für Denkmalschutz und Denkmalpflege und Betriebsausschüsse Bühnen der Stadt Köln, Gürzenich-Orchester und Wallraf-Richartz-Museum/Fondation Corboud

Vorschlag 1: (SPD)
1. Dr. Hermann Hollmann
2. Anke Brunn
3. N.N.
4. N.N.

Vorschlag 2: (CDU)
1. Franz-Josef Knieps
2. Dr. Prof. Lothar Lemper
3. Freifrau Jeanne von Oppenheim

Vorschlag 3: (Grüne)
1. Maria Spering
2. Frederike van Duiven
3. Mario Michalak

Vorschlag 4: (Die Linke.)
1. Sebastian Tautkus

Vorschlag 5: (FDP)

1. Lorenz Deutsch

Bei der geheimen Wahl werden 90 Stimmen abgegeben.

Davon ungültig: -- Stimmen

Enthaltungen 3 Stimmen

Damit liegen 87 gültige Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1: 28 Stimmen
Vorschlag 2: 26 Stimmen
Vorschlag 3: 21 Stimmen
Vorschlag 4: 6 Stimmen
Vorschlag 5: 6 Stimmen

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren nach Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Vorschlag 1:
1. Dr. Hermann Hollmann
2. Anke Brunn
3. N.N.
4. N.N.

Vorschlag 2:
1. Franz-Josef Knieps
2. Dr. Prof. Lothar Lemper
3. Freifrau Jeanne von Oppenheim

Vorschlag 3:
1. Maria Spering
2. Frederike van Duiven
3. Mario Michalak

Vorschlag 4:
1. Sebastian Tautkus

Vorschlag 5:
1. Lorenz Deutsch

Vorschläge des Rates für die Besetzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung

Vorschlag 1: (SPD)
1. Gregor Berghausen
2. Dagmar Nägele
3. Hildegard Fuhrmann
4. Martin Roth

Vorschlag 2: (CDU)
1. Cornelia Herbers-Rauhut
2. Angelika Riedel
3. Dr. Klaus Zimmermann

Vorschlag 3: (Grüne)
1. Bärbel Hölzing
2. Gerson Wirth
3. N.N.

Vorschlag 4: (Die Linke.)
1. Oswald Pannes

Vorschlag 5: (FDP)
1. Maria Artmann

Bei der geheimen Wahl werden 90 Stimmen abgegeben.

Davon ungültig: -- Stimmen

Enthaltungen 3 Stimmen

Damit liegen 87 gültige Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1: 28 Stimmen
Vorschlag 2: 26 Stimmen
Vorschlag 3: 21 Stimmen
Vorschlag 4: 6 Stimmen
Vorschlag 5: 6 Stimmen

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren nach Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Vorschlag 1:
1. Gregor Berghausen
2. Dagmar Nägele
3. Hildegard Fuhrmann
4. Martin Roth

Vorschlag 2:
1. Cornelia Herbers-Rauhut
2. Angelika Riedel
3. Dr. Klaus Zimmermann

Vorschlag 3:
1. Bärbel Hölzing
2. Gerson Wirth
3. N.N.

Vorschlag 4:
1. Oswald Pannes

Vorschlag 5:
1. Maria Artmann

Vorschläge des Rates für die Besetzung des Ausschusses für Soziales und Senioren

Vorschlag 1: (SPD)

1. Marcel Hagedorn
2. Gudrun Kleinpaß-Börschel
3. N.N.
4. N.N.

Vorschlag 2: (CDU)
1. Franz Corneth
2. Markus Peters
3. Günter Jachtner

Vorschlag 3: (Grüne)
1. Jutta Eggeling
2. Britta Hollmann
3. Monika Reisinger

Vorschlag 4: (Die Linke.)
1. Michael Scheffer

Vorschlag 5: (FDP)
1. Elke Lerchner

Bei der geheimen Wahl werden 90 Stimmen abgegeben.

Davon ungültig: -- Stimmen

Enthaltungen 3 Stimmen

Damit liegen 87 gültige Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1: 28 Stimmen
Vorschlag 2: 26 Stimmen
Vorschlag 3: 21 Stimmen
Vorschlag 4: 6 Stimmen
Vorschlag 5: 6 Stimmen

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren nach Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Vorschlag 1:

1. Marcel Hagedorn
2. Gudrun Kleinpaß-Börschel
3. N.N.
4. N.N.

Vorschlag 2:
1. Franz Corneth
2. Markus Peters
3. Günter Jachtner

Vorschlag 3:
1. Jutta Eggeling
2. Britta Hollmann
3. Monika Reisinger

Vorschlag 4:
1. Michael Scheffer

Vorschlag 5:
1. Elke Lerchner

Vorschläge des Rates für die Besetzung des Sportausschusses

Vorschlag 1: (SPD)
1. N.N.
2. N.N.
3. N.N.
4. N.N.

Vorschlag 2: (CDU)
1. Mustafa Melemez
2. Winfried Mudrak
3. Volker Lemken

Vorschlag 3: (Grüne)
1. Dieter Göbel
2. Jennifer Mense
3. Dirk Stöveken

Vorschlag 4: (Die Linke.)
1. Felix Schulte

Vorschlag 5: (FDP)
1. Norbert Bruhn

Bei der geheimen Wahl werden 90 Stimmen abgegeben.

Davon ungültig: -- Stimmen

Enthaltungen 3 Stimmen

Damit liegen 87 gültige Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1: 28 Stimmen
Vorschlag 2: 26 Stimmen
Vorschlag 3: 21 Stimmen
Vorschlag 4: 6 Stimmen
Vorschlag 5: 6 Stimmen

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren nach Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Vorschlag 1:
1. N.N.
2. N.N.
3. N.N.
4. N.N.

Vorschlag 2:
1. Mustafa Melemez
2. Winfried Mudrak
3. Volker Lemken

Vorschlag 3:
1. Dieter Göbel
2. Jennifer Mense
3. Dirk Stöveken

Vorschlag 4:
1. Felix Schulte

Vorschlag 5:
1. Norbert Bruhn
Vorschläge des Rates für die Besetzung des Stadtentwicklungsausschusses

Vorschlag 1: (SPD)
1. Prof. Dr. Barbara Schock-Werner
2. Oliver Krems
3. Jürgen Brock-Mildenberger
4. N.N.

Vorschlag 2: (CDU)
1. Ilias Uyar
2. Frank Mühr
3. Dr. Ulrich Soenius

Vorschlag 3: (Grüne)
1. Jörg Beste
2. Horst Thelen
3. Laurens Wellmann

Vorschlag 4: (Die Linke.)
1. Lothar Müller

Vorschlag 5: (FDP)
1. Norbert Hilden

Bei der geheimen Wahl werden 90 Stimmen abgegeben.

Davon ungültig: -- Stimmen

Enthaltungen 3 Stimmen

Damit liegen 87 gültige Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1: 28 Stimmen
Vorschlag 2: 26 Stimmen
Vorschlag 3: 21 Stimmen
Vorschlag 4: 6 Stimmen
Vorschlag 5: 6 Stimmen

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren nach Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Vorschlag 1:
1. Prof. Dr. Barbara Schock-Werner
2. Oliver Krems
3. Jürgen Brock-Mildenberger
4. N.N.

Vorschlag 2:
1. Ilias Uyar
2. Frank Mühr
3. Dr. Ulrich Soenius

Vorschlag 3:
1. Jörg Beste
2. Horst Thelen
3. Laurens Wellmann

Vorschlag 4:
1. Lothar Müller

Vorschlag 5:
1. Norbert Hilden

Vorschläge des Rates für die Besetzung des Ausschusses für Umwelt und Grün zugleich Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

Vorschlag 1: (SPD)
1. Barbara Albat
2. Marco Pagano
3. Dietmar Donath
4. N.N.

Vorschlag 2: (CDU)
1. Helmut Jung
2. Johannes Zischler
3. Reinhard Zöllner

Vorschlag 3: (Grüne)
1. Jennifer Mense
2. Robert Schallehn
3. N.N.

Vorschlag 4: (Die Linke.)
1. Dieter Koberg

Vorschlag 5: (FDP)
1. Stephan Wieneritsch

Bei der geheimen Wahl werden 90 Stimmen abgegeben.

Davon ungültig: -- Stimmen

Enthaltungen 4 Stimmen

Damit liegen 86 gültige Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1: 28 Stimmen
Vorschlag 2: 25 Stimmen
Vorschlag 3: 21 Stimmen
Vorschlag 4: 6 Stimmen
Vorschlag 5: 6 Stimmen

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren nach Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Vorschlag 1:
1. Barbara Albat
2. Marco Pagano
3. Dietmar Donath
4. N.N.

Vorschlag 2:
1. Helmut Jung
2. Johannes Zischler
3. Reinhard Zöllner

Vorschlag 3:
1. Jennifer Mense
2. Robert Schallehn
3. N.N.

Vorschlag 4:
1. Dieter Koberg

Vorschlag 5:
1. Stephan Wieneritsch

Vorschläge des Rates für die Besetzung des Verkehrsausschusses

Vorschlag 1: (SPD)

1. Jörg Klusemann
2. N.N.
3. N.N.
4. N.N.

Vorschlag 2: (CDU)
1. Helga Blömer-Frerker
2. Oliver Czernik
3. Ralph Köhler

Vorschlag 3: (Grüne)
1. Markus Graf
2. Joachím Schalke
3. Hans Peter Vietzke

Vorschlag 4: (Die Linke.)
1. Gunda Wienke

Vorschlag 5: (FDP)
1. Andreas Feld

Bei der geheimen Wahl werden 90 Stimmen abgegeben.

Davon ungültig: -- Stimmen

Enthaltungen 3 Stimmen

Damit liegen 87 gültige Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1: 28 Stimmen
Vorschlag 2: 26 Stimmen
Vorschlag 3: 21 Stimmen
Vorschlag 4: 6 Stimmen
Vorschlag 5: 6 Stimmen

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren nach Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Vorschlag 1:
1. Jörg Klusemann
2. N.N.
3. N.N.
4. N.N.

Vorschlag 2:
1. Helga Blömer-Frerker
2. Oliver Czernik
3. Ralph Köhler

Vorschlag 3:
1. Markus Graf
2. Joachím Schalke
3. Hans Peter Vietzke

Vorschlag 4:
1. Gunda Wienke

Vorschlag 5:
1. Andreas Feld

Vorschläge des Rates für die Besetzung des Wirtschaftsausschusses

Vorschlag 1: (SPD)
1. Markus Sterzl
2. Witich Roßmann
3. Hermann Jutkeit
4. N.N.

Vorschlag 2: (CDU)
1. Claudia Heithorst
2. Nicolai Lucks
3. Thomas Tewes

Vorschlag 3: (Grüne)
1. Wolfgang Jehle
2. Gerhard Kock
3. Rainer M. Schäfer

Vorschlag 4: (Die Linke.)

1. Wolfgang Lindweiler

Vorschlag 5: (FDP)
1. Thorsten Rensing

Bei der geheimen Wahl werden 90 Stimmen abgegeben.

Davon ungültig: -- Stimmen

Enthaltungen 3 Stimmen

Damit liegen 87 gültige Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1: 28 Stimmen
Vorschlag 2: 27 Stimmen
Vorschlag 3: 20 Stimmen
Vorschlag 4: 6 Stimmen
Vorschlag 5: 6 Stimmen

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren nach Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Vorschlag 1:
1. Markus Sterzl
2. Witich Roßmann
3. Hermann Jutkeit
4. N.N.

Vorschlag 2:
1. Claudia Heithorst
2. Nicolai Lucks
3. Thomas Tewes

Vorschlag 3:
1. Wolfgang Jehle
2. Gerhard Kock
3. Rainer M. Schäfer

Vorschlag 4:
1. Wolfgang Lindweiler

Vorschlag 5:
1. Thorsten Rensing

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat benennt auf der Grundlage seines Beschlusses vom 24.06.2014 die folgenden sachkundigen Einwohner für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales

1. N.N. (SPD)
2. N.N. (SPD)
3. N.N. (SPD)
4. Dr. Annette Wittmütz
5. Axel Hopfauf
6. Christoph Schmitz
7. Alexandra Staufenbiel
8. Inge Duman
9. Franz Hess
10 N.N. (Grüne)
11. Tjark Sauer
12. Michael Kühle

Der Rat benennt auf der Grundlage seines Beschlusses vom 24.06.2014 die folgenden sachkundigen Einwohner für den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden:

1. Ulf Florian
2. Helga Schlapka
3. N.N. (SPD)
4. N.N. (SPD)
5. Joachim Geyssel
6. Heinz Klein
7. Thomas Rossbach
8. Stefan Fischer
9. Stephan Horn
10. Dieter Schöffmann
11. Felix Schneider
12. Robert Wande

Der Rat benennt auf der Grundlage seines Beschlusses vom 24.06.2014 die folgenden sachkundigen Einwohner für den Bauausschuss zugleich Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft:

1. Rudolf Reiferscheid
2. N.N. (SPD)
3. N.N. (SPD)
4. Joachim Kuschewski
5. Efkan Kara
6. kein Vorschlag (CDU)
7. N.N. (Grüne)
8. N.N. (Grüne)
9. Bernd Weber

Der Rat benennt auf der Grundlage seines Beschlusses vom 24.06.2014 die folgenden sachkundigen Einwohner für den Gesundheitsausschuss:

1. Elke Bussmann
2. Ulrich Krüger
3. N.N. (SPD)
4. Jens Paaßen
5. Hartmut Steffens
6. kein Vorschlag (CDU)
7. Ahmed Edis
8. Dr. Christine Ingrid Kuch
9. Robert Gaida

Der Rat benennt auf der Grundlage seines Beschlusses vom 24.06.2014 die folgenden sach-

kundigen Einwohner für den Ausschuss für Kunst und Kultur zugleich Fachausschuss für Denkmalschutz und Denkmalpflege und Betriebsausschüsse Bühnen der Stadt Köln, Gürzenich-Orchester und Wallraf-Richartz-Museum/Fondation Corboud:

1. *Dr. Hermann Hollmann*
2. *Anke Brunn*
3. *N.N. (SPD)*
4. *N.N. (SPD)*
5. *Franz-Josef Knieps*
6. *Dr. Prof. Lothar Lemper*
7. *Freifrau Jeanne von Oppenheim*
8. *Maria Spering*
9. *Frederike van Duiven*
10. *Mario Michalak*
11. *Sebastian Tautkus*
12. *Lorenz Deutsch*

Der Rat benennt auf der Grundlage seines Beschlusses vom 24.06.2014 die folgenden sachkundigen Einwohner für den Ausschuss für Schule und Weiterbildung:

1. *Gregor Berghausen*
2. *Dagmar Nägele*
3. *Hildegard Fuhrmann*
4. *Martin Roth*
5. *Cornelia Herbers-Rauhut*
6. *Angelika Riedel*
7. *Dr. Klaus Zimmermann*
8. *Bärbel Hölzing*
9. *Gerson Wirth*
10. *N.N. (Grüne)*
11. *Oswald Pannes*
12. *Maria Artmann*

Der Rat benennt auf der Grundlage seines Beschlusses vom 24.06.2014 die folgenden sachkundigen Einwohner für den Ausschuss für Soziales und Senioren:

1. *Marcel Hagedorn*
2. *Gudrun Kleinpaß-Börschel*
3. *N.N. (SPD)*
4. *N.N. (SPD)*
5. *Franz Corneth*
6. *Markus Peters*
7. *Günter Jachtner*
8. *Jutta Eggeling*
9. *Britta Hollmann*
10. *Monika Reisinger*
11. *Michael Scheffer*

1 . Elke Lerchner

Der Rat benennt auf der Grundlage seines Beschlusses vom 24.06.2014 die folgenden sachkundigen Einwohner für den Sportausschuss:

1. *N.N. (SPD)*
2. *N.N. (SPD)*
3. *N.N. (SPD)*
4. *N.N. (SPD)*
5. *Mustafa Melemez*
6. *Winfried Mudrak*
7. *Volker Lemken*
8. *Dieter Göbel*
9. *Jennifer Mense*
10. *Dirk Stöveken*
11. *Felix Schulte*
12. *Norbert Bruhn*

Der Rat benennt auf der Grundlage seines Beschlusses vom 24.06.2014 die folgenden sachkundigen Einwohner für den Stadtentwicklungsausschuss:

1. *Prof. Dr. Barbara Schock-Werner*
2. *Oliver Krems*
3. *Jürgen Brock-Mildenberger*
4. *N.N. (SPD)*
5. *Ilias Uyar*
6. *Frank Mühr*
7. *Dr. Ulrich Soenius*
8. *Jörg Beste*
9. *Horst Thelen*
10. *Laurens Wellmann*
11. *Lothar Müller*
12. *Norbert Hilden*

Der Rat benennt auf der Grundlage seines Beschlusses vom 24.06.2014 die folgenden sachkundigen Einwohner für den Ausschuss für Umwelt und Grün zugleich Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln:

1. *Barbara Albat*
2. *Marco Pagano*
3. *Dietmar Donath*
4. *N.N. (SPD)*
5. *Helmut Jung*
6. *Johannes Zischler*
7. *Reinhard Zöllner*
8. *Jennifer Mense*
9. *Robert Schallehn*
10. *N.N. (Grüne)*
11. *Dieter Koberg*
12. *Stephan Wieneritsch*

Der Rat benennt auf der Grundlage seines Beschlusses vom 24.06.2014 die folgenden sachkundigen Einwohner für den Verkehrsausschuss:

1. Jörg Klusemann
2. N.N. (SPD)
3. N.N. (SPD)
4. N.N. (SPD)
5. Helga Blömer-Frerker
6. Oliver Czernik
7. Ralph Köhler
8. Markus Graf
9. Joachím Schalke
10. Hans Peter Vietzke
11. Gunda Wienke
12. Andreas Feld

Der Rat benennt auf der Grundlage seines Beschlusses vom 24.06.2014 die folgenden sachkundigen Einwohner für den Wirtschaftsausschuss:

1. Markus Sterzl
2. Witich Roßmann
3. Hermann Jutkeit
4. N.N. (SPD)
5. Claudia Heithorst
6. Nicolai Lucks
7. Thomas Tewes
8. Wolfgang Jehle
9. Gerhard Kock
10. Rainer M. Schäfer
11. Wolfgang Lindweiler
12. Thorsten Rensing

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu den Vorschlagslisten zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich rufe auf:

2 Wahlen - personelle Besetzung weiterer Gremien

2.1 Zweckverbands-/Mitgliederversammlungen

2.1.1 Zweckverband Sparkasse KölnBonn hier: Bestellung der Verbandsmitglieder 1705/2014

(Präsentation - Folien 38 und 39)

Beim Vorschlag 1 haben wir insgesamt 14 Nennungen und beim Vorschlag 2 sieben Nennungen. Außerdem gibt es die Vorschläge 3 bis 6. Das sehen wir, wenn wir noch einmal auf die erste Seite zurückgehen. - Ich sehe keine Einwendungen und keine Korrekturen, die hier vorgenommen werden sollen.

Anmerkung:
Die Abstimmung findet geheim statt.

Für die Wahl der Mitglieder und der Stellvertreter liegen folgende Vorschlage vor:

Verwaltungsvorschlag gemäß § 113 Abs. 2 GO NW I. V. m. § 15 II und III GkG:

Mitglied (§ 15 II GkG)	*Stellvertreter (§ 15 III GkG)*
Oberbürgermeister	
Jürgen Roters	*Stadtdirektor Guido Kahlen*

Vorschläge der Fraktionen und Gruppen:

Vorschlag 1: (SPD und Grüne)

1. Martin Börschel	*Inge Halberstadt-Kausch*
2. Kirsten Jahn	*Julia Woller*
3. Elfi Scho-Antwerpes	*Malik Karaman*
4. Sven Kaske	*Andreas Pöttgen*
5. Jörg Frank	*Berivan Aymaz*
6. Monika Möller	*Rafael Struwe*
7. Manfred Richter	*Gerd Brust*
8. Erika Oedingen	*Monika Schultes*
9. Frank Schneider	*Gonca Mucuk*
10. Andreas Wolter	*Lino Hammer*
11. Franz Philippi	*Conny Schmerbach*
12. Brigitta von Bülow	*Elisabeth Thelen*
13. Dietmar Ciesla-Baier	*Dagmar Paffen*
14. Thor-Geir Zimmermann	*Dr. Ute Symanski*

Vorschlag 2: (CDU)

1. Dr. Ralph Elster	*Anne Henk-Hollstein*
2. Birgit Gordes	*Christoph Klausing*
3. Dr. Helge Schlieben	*Stephan Pohl*
4. Ursula Gärtner	*Dr. Martin Schoser*
5. Gräfin Alexandra von Wengersky	*Dr. Walter Gutzeit*
6. Monika Roß-Belkner	*Ira Sommer*
7 . Margret Dresler-Graf	*Dirk Michel*

Vorschlag 3: (Die Linke., Piraten und deine Freunde)

1. Gisela Stahlhofen	*Heiner Kockerbeck*
2. Güldane Tokyürek	*Hamide Akbayir*
3. Lisa Hanna Gerlach	*Thomas Hegenbarth*

Vorschlag 4: (FDP)

1. Ralph Sterck	*Reinhard Houben*
2. Andreas Henseler	*Ulrich Breite*

Vorschlag 5: (AfD)

1. Dr. Roland Quinten	*Jörg Stottrop*
2. Hendrik Rottmann	*Jochen Haug*

Vorschlag 6: (pro Köln)
1. Judith Wolter Markus Wiener
Bei der geheimen Wahl werden 91 Stimmen abgegeben.

Davon ungültig: -- Stimmen

Enthaltungen -- Stimmen

Damit liegen 91 gültige Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1: 46 Stimmen
Vorschlag 2: 24 Stimmen
Vorschlag 3: 10 Stimmen
Vorschlag 4: 6 Stimmen
Vorschlag 5: 3 Stimmen
Vorschlag 6: 2 Stimmen

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren nach Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Mitglied (§ 15 II GkG)	*Stellvertreter (§ 15 III GkG)*
1. Oberbürgermeister Jürgen Roters	*Stadtdirektor Guido Kahlen*
2. Martin Börschel	*Inge Halberstadt-Kausch*
3. Kirsten Jahn	*Julia Woller*
4. Elfi Scho-Antwerpes	*Malik Karaman*
5. Sven Kaske	*Andreas Pöttgen*
6. Jörg Frank	*Berivan Aymaz*
7. Monika Möller	*Rafael Struwe*
8. Manfred Richter	*Gerd Brust*
9. Erika Oedingen	*Monika Schultes*
10. Frank Schneider	*Gonca Mucuk*
11. Andreas Wolter	*Lino Hammer*
12. Franz Philippi	*Conny Schmerbach*
13. Brigitta von Bülow	*Elisabeth Thelen*
14. Dietmar Ciesla-Baier	*Dagmar Paffen*
15. Thor-Geir Zimmermann	*Dr. Ute Symanski*
16. Dr. Ralph Elster	*Anne Henk-Hollstein*
17 Birgit Gordes	*Christoph Klausing*
18. Dr. Helge Schlieben	*Stephan Pohl*
19.. Ursula Gärtner	*Dr. Martin Schoser*
20. Gräfin Alexandra von Wengersky	*Dr. Walter Gutzeit*
21. Monika Roß-Belkner	*Ira Sommer*
22. Margret Dresler-Graf	*Dirk Michel*
23. Gisela Stahlhofen	*Heiner Kockerbeck*
24. Güldane Tokyürek	*Hamide Akbayir*
25. Lisa Hanna Gerlach	*Thomas Hegenbarth*
26. Ralph Sterck	*Reinhard Houben*
27. Andreas Henseler	*Ulrich Breite*
28. Dr. Roland Quinten	*Jörg Stottrop*

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat der Stadt Köln wählt gemäß § 15 Abs. 2 u.3 GKG folgende Personen zu Mitgliedern der Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn:

Mitglied (§ 15 II GkG)	*Stellvertreter (§ 15 III GkG)*
1. Oberbürgermeister Jürgen Roters	*Stadtdirektor Guido Kahlen*

(gem. § 113 Abs. 2 GO NW i. V. m. § 15 II u. III GkG) den Oberbürgermeister bzw. einen von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln als Mitglied sowie den Stellvertreter

2. Martin Börschel	*Inge Halberstadt-Kausch*
3. Kirsten Jahn	*Julia Woller*
4. Elfi Scho-Antwerpes	*Malik Karaman*
5. Sven Kaske	*Andreas Pöttgen*
6. Jörg Frank	*Berivan Aymaz*
7. Monika Möller	*Rafael Struwe*
8. Manfred Richter	*Gerd Brust*
9. Erika Oedingen	*Monika Schultes*
10. Frank Schneider	*Gonca Mucuk*
11. Andreas Wolter	*Lino Hammer*
12. Franz Philippi	*Conny Schmerbach*
13. Brigitta von Bülow	*Elisabeth Thelen*
14. Dietmar Ciesla-Baier	*Dagmar Paffen*
15. Thor-Geir Zimmermann	*Dr. Ute Symanski*
16. Dr. Ralph Elster	*Anne Henk-Hollstein*
17 Birgit Gordes	*Christoph Klausing*
18. Dr. Helge Schlieben	*Stephan Pohl*
19.. Ursula Gärtner	*Dr. Martin Schoser*
20. Gräfin Alexandra von Wengersky	*Dr. Walter Gutzeit*
21. Monika Roß-Belkner	*Ira Sommer*
22. Margret Dresler-Graf	*Dirk Michel*
23. Gisela Stahlhofen	*Heiner Kockerbeck*
24. Güldane Tokyürek	*Hamide Akbayir*
25. Lisa Hanna Gerlach	*Thomas Hegenbarth*
26. Ralph Sterck	*Reinhard Houben*
27. Andreas Henseler	*Ulrich Breite*
28. Dr. Roland Quinten	*Jörg Stottrop*

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich rufe auf:

2.2 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
hier: Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates
1274/2014

(Präsentation - Folie 61)

Dort haben wir den Vorschlag 1 der SPD, den Vorschlag 2 der CDU, den Vorschlag 3 der Grünen, den Vorschlag 4 - das ist ein gemeinsamer Vorschlag von Linken, Piraten und Deinen Freunden -, den Vorschlag 5 der FDP, den Vorschlag 6 der AfD und den Vorschlag 7 von pro Köln.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Wenn es eine Korrektur gibt, bitte ich, sie sofort zu benennen. Dann kann das hier direkt aufgenommen werden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Es wird gerade eingetragen! Da ist ein Name vertauscht! Das kommt vor!)

- Okay.

(Die Liste wird geändert)

Das ist schon erfolgt. - Danke schön.

Anmerkung:
Die Wahl findet geheim statt.

Für die Wahl der Mitglieder und deren Stellvertreter/innen liegen 7 Vorschläge der Fraktionen und Gruppen vor.

Mitglied	*Stellvertreter/innen*
Vorschlag 1: (SPD)	
1. Dagmar Paffen	*Jürgen Kircher*
2. Polina Frebel	*Wilfried Becker*
3. Dietmar Ciesla-Baier	*Gerrit Krupp*
4. Erika Oedingen	*Karl-Heinz Walter*
Vorschlag 2: (CDU)	
1. Dr. Walter Gutzeit	*Stephan Pohl*
2. Margret Dresler-Graf	*Ira Sommer*
3. Helmuth Jung	*Martin Erkelenz*
4. Lisa Hanna Gerlach	*Tobias Scholz*
Vorschlag 3: (Grüne)	
1. Gerd Brust	*Susanna Bercher-Hiss*
2. Matthias Welpmann	*Thomas Kahlix*
3. Sabine Ulke	*Dr. Sabine Müller*
Vorschlag 4: (Die Linke., Piraten und Deine Freunde)	
1. Peter Heumann	*Ralph Scherbaum*
Vorschlag 5: (FDP)	
1. Rolf Albach	*Katja Hoyer*
Vorschlag 6: (AfD)	
1. Stephan Boyens	*Roger Beckamp*
Vorschlag 7: (pro Köln)	
1. Markus Wiener	*Judith Wolter*

Bei der geheimen Wahl werden 91 Stimmen abgegeben.

Davon ungültig: -- Stimmen

Enthaltungen -- Stimmen

Damit liegen 91 gültige Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1:	*28 Stimmen*
Vorschlag 2:	*26 Stimmen*
Vorschlag 3:	*20 Stimmen*
Vorschlag 4:	*7 Stimmen*
Vorschlag 5:	*5 Stimmen*
Vorschlag 6:	*3 Stimmen*
Vorschlag 7:	*2 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren nach Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Vorschlag 1: (SPD)	
1. Dagmar Paffen	*Jürgen Kircher*
2. Polina Frebel	*Wilfried Becker*
3. Dietmar Ciesla-Baier	*Gerrit Krupp*
4. Erika Oedingen	*Karl-Heinz Walter*

Vorschlag 2: (CDU)

1. Dr. Walter Gutzeit	*Stephan Pohl*
2. Margret Dresler-Graf	*Ira Sommer*
3. Helmuth Jung	*Martin Erkelenz*
4. Lisa Hanna Gerlach	*Tobias Scholz*

Vorschlag 3: (Grüne)

1. Gerd Brust	*Susanna Bercher-Hiss*
2. Matthias Welpmann	*Thomas Kahlix*
3. Sabine Ulke	*Dr. Sabine Müller*

Vorschlag 4: (Die Linke., Piraten und Deine Freunde)

1. Peter Heumann	*Ralph Scherbaum*

Vorschlag 5: (FDP)

1. Rolf Albach	*Katja Hoyer*

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat der Stadt Köln wählt gemäß § 114 a Abs. 8 GO NRW i. V. m. § 6 der Anstaltssatzung der StEB folgende 13 Mitglieder sowie deren Stellvertreter/innen in den Verwaltungsrat der StEB:

Mitglieder	*Stellvertreter*
1. Dagmar Paffen	*Jürgen Kircher*
2. Polina Frebel	*Wilfried Becker*
3. Dietmar Ciesla-Baier	*Gerrit Krupp*
4. Erika Oedingen	*Karl-Heinz Walter*
5. Dr. Walter Gutzeit	*Stephan Pohl*
6. Margret Dresler-Graf	*Ira Sommer*
7. Helmuth Jung	*Martin Erkelenz*
8. Lisa Hanna Gerlach	*Tobias Scholz*
9. Gerd Brust	*Susanna Bercher-Hiss*
10. Matthias Welpmann	*Thomas Kahlix*
11. Sabine Ulke	*Dr. Sabine Müller*
12. Peter Heumann	*Ralph Scherbaum*
13. Rolf Albach	*Katja Hoyer*

Die vorstehenden Mitglieder des Verwaltungsrates und deren Stellvertreter werden grundsätzlich für fünf Jahre gewählt; soweit es sich jedoch um Personen handelt, die dem Rat der Stadt Köln angehören, endet die Amtszeit mit dem Ende der Wahlzeit oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Rat. Die Mitglieder des Verwaltungsrates üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich rufe auf:

2.3 Aufsichtsgremien Stadtwerke-Konzern

2.3.8 KölnBäder GmbH
hier: Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern
1687/2014

(Präsentation - Folie 78)

Dort haben wir die Liste 1 mit vier Vorschlägen, die Liste 2 mit drei Vorschlägen, die Liste 3 mit drei Vorschlägen, die Liste 4 mit einem gemeinsamen Vorschlag, die Liste 5 mit einem Vorschlag und die Liste 6 mit ebenfalls einem Vorschlag. Weitere Listen liegen nicht vor. - Herr Wiener, bitte.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, wir haben auch noch eine Liste, und zwar Herrn Karel Schiele, pro Köln.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Schiele, Liste 7. Das gebe ich jetzt mündlich durch.

(Die Liste wird ergänzt)

Das wurde innerhalb von Sekunden umgesetzt. Damit haben Sie jetzt eine gute Übersicht.

Anmerkung:
Die Abstimmung findet geheim statt.

Für die Wahl der Mitglieder und der Stellvertreter liegen folgende Vorschlage vor:

Verwaltungsvorschlag gemäß § 113 Abs. 2 GO NW:

Mitglied:

Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Vorschläge der Fraktionen und Gruppen:

Vorschlag 1: (SPD)
1. Peter Kron
2. Jürgen Kircher
3. Horst Noack
4. Franz Philippi

Vorschlag 2: (CDU)
1. Henk van Benthem
2. Monika Roß-Belkner
3. Gräfin Alexandra von Wengersky

Vorschlag 3: (Grüne)
1. Elisabeth Thelen
2. Firat Yurtsever
3. Tobias Scholz

Vorschlag 4: (Die Linke., Piraten und deine Freunde)
1. Claus Ludwig

Vorschlag 5: (FDP)
1. Ulrich Breite

Vorschlag 6 (AfD)
1. Elena Pavlovitch

Vorschlag 7: (pro Köln)
1. Karel Schiele

Bei der geheimen Wahl werden 91 Stimmen abgegeben.

Davon ungültig: -- Stimmen

Enthaltungen -- Stimmen

Damit liegen 91 gültige Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1:	*28 Stimmen*
Vorschlag 2:	*24 Stimmen*
Vorschlag 3:	*21 Stimmen*
Vorschlag 4:	*7 Stimmen*
Vorschlag 5:	*6 Stimmen*
Vorschlag 6:	*3 Stimmen*
Vorachlag 7	*2 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren nach Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Mitglied

1. *Peter Kron*
2. *Jürgen Kircher*
3. *Horst Noack*
4. *Franz Philippi*
5. *Henk van Benthem*
6. *Monika Roß-Belkner*
7. *Gräfin Alexandra von Wengersky*
8. *Elisabeth Thelen*
9. *Firat Yurtsever*
10. *Tobias Scholz*
11. *Claus Ludwig*
12. *Ulrich Breite*

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat der Stadt Köln entsendet folgende 13 Mitglieder in den Aufsichtsrat der KölnBäder GmbH:
1. *Beigeordnete Dr. Agnes Klein*

(gem. § 113 Abs. 2 GO NW den Oberbürgermeister bzw. einen von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln als Mitglied)

2. *Peter Kron*
3. *Jürgen Kircher*
4. *Horst Noack*
5. *Franz Philippi*
6. *Henk van Benthem*
7. *Monika Roß-Belkner*
8. *Gräfin Alexandra von Wengersky*
9. *Elisabeth Thelen*
10. *Firat Yurtsever*
11. *Tobias Scholz*
12. *Claus Ludwig*
13. *Ulrich Breite*

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu dem letzten Punkt, bei dem geheim abgestimmt werden soll. Ich rufe auf:

2.4 Aufsichtsgremien weiterer städtischer Unternehmen

2.4.10 Kölner Sportstätten GmbH: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat 1398/2014

(Präsentation - Folie 102)

Dort haben wir sechs Nennungen unter Vorschlag 1, SPD und Grüne. Ich bitte auch darum, sich die Listen jeweils genau anzuschauen. Die Liste 2, CDU, nennt drei Namen. Die Liste 3 - wieder eine gemeinsame Liste - nennt eine Per-

son. Das Gleiche gilt für die Liste 4 und ebenso für die Liste 5. - Auch da frage ich Herrn Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Auch hier hat pro Köln noch eine eigene Liste, und zwar Herrn Michael Gabel.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Michael Gabel.

(Die Liste wird ergänzt)

Das waren die Vorschlagslisten für die Tagesordnungspunkte, zu denen wir geheime Wahlen durchführen. - Bitte.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben noch eine Korrektur bei der KölnBäder GmbH! Platz 3 auf der Liste der Grünen geht an Tobias Scholz!)

(Präsentation - Folie 78)

Bei TOP 2.3.8, KölnBäder GmbH, soll beim Vorschlag der Grünen als dritter Name Herr Tobias Scholz stehen.

(Die Liste wird geändert)

Okay. Dann ist auch diese kleine Korrektur erfolgt.

Jetzt können wir zu den geheimen Wahlen übergehen. Ich bitte Frau Kramp, sich von der Ordnungsgemäßheit der Urnen zu überzeugen und dann wieder zu uns zu kommen und die Namen aufzurufen.

Zunächst müssen wir aber noch eine kleine Pause machen, weil einige Namen gerade erst genannt worden sind und jetzt auf die Stimmzettel gedruckt werden müssen. Deswegen müssen wir eine Pause von zehn oder vielleicht 15 Minuten einlegen, um die Wahlzettel dann auch korrekt präsentieren zu können.

(Unterbrechung von
14.47 bis 14.57 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich darf die Stimmzähler herzlich bitten, sich in den Wahlraum zu begeben, soweit sie nicht schon da sein sollten.

Jetzt wird Frau Kramp die Namen aufrufen. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie um Aufmerksamkeit beim Aufruf der Namen. Ich darf auch bitten, die Türen wieder zu schließen. - Frau Kramp, bitte.

(Namensaufruf und Wahlgang)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wahl ist jetzt so gut wie abgeschossen. Nun wird ausgezählt. Das muss von den Stimmzählern gemacht werden. Deswegen können wir auch noch nicht in der Tagesordnung fortfahren, weil wir die Stimmzähler dann hier im Plenum benötigen.

Ich gehe davon aus - es sind ja keine Briefwahlunterlagen dabei -,

(Heiterkeit)

dass wir etwa 30 Minuten Pause machen werden, und bitte Sie, um 16.50 Uhr wieder hier anwesend zu sein.

(Unterbrechung von
16.21 bis 16.52 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hatte gedacht, dass wir die Sitzung um 16.50 Uhr fortsetzen könnten. Gerade habe ich mir selbst ein Bild von den Auszählungen verschafft. Das ist umfangreicher, als man denkt. Daher dauert es länger als gedacht, bis alles ausgezählt ist. Die Stimmzähler machen das mit großer Akribie. Das ist auch richtig so. Sie haben jetzt schon angekündigt, dass es mindestens bis 17.30 Uhr dauern wird. Die Zuordnung der jeweiligen Gremien zu den Listen und die Auswertung vorzunehmen, ist nicht so einfach, wie man denkt. Es wird auch alles noch einmal gegengelesen. Ich bin auch dafür, dass wir uns lieber ein bisschen mehr Zeit nehmen. Deswegen wird unsere Sitzung bis 17.30 Uhr weiter unterbrochen. Es tut mir leid; das ist aber nun einmal so.

(Unterbrechung von
16.53 bis 17.47 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt können wir unsere Sitzung fortsetzen.

Ich muss allerdings darauf hinweisen, dass es bei der geheimen Wahl einige Komplikationen gegeben hat,

(Lachen bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Lacht mal nicht zu früh!)

die dazu führen, dass drei Wahlen - einmal zum Zweckverband, einmal zum Gesundheitsausschuss und einmal zum Kulturausschuss - wiederholt werden müssen. Ich schlage vor, dass dies am Ende der weiteren Wahlen und Abstimmungen stattfindet. Dazu werden entsprechende Stimmzettel vorbereitet. Ich bitte sehr um Nachsicht. Das ist jetzt nun einmal passiert. Wir haben aber die Chance, es heute noch zu heilen. Das wird zwar zulasten Ihrer Zeit und unserer Zeit gehen. Dann haben wir es aber auch ordnungsgemäß unter Dach und Fach gebracht.

Nun sollten wir in der Tagesordnung fortfahren. Die Stimmzähler sind jetzt, was die geheime Wahl anbelangt, entlassen. Ich bitte sie, uns gleich bei den weiteren Wahlen zur Verfügung zu stehen. Wenn ein Stimmzähler eine Pause machen möchte, kann er sich auch mit seinem Stellvertreter abstimmen, sodass dieser dann die entsprechende Wahlauszählung vornimmt. Das werden wir gleich sehen.

Anmerkung:
Die Abstimmung findet geheim statt.

Für die Wahl der Mitglieder und der Stellvertreter liegen folgende Vorschlage vor:

Verwaltungsvorschlag gemäß § 113 Abs. 2 GO NW:

Mitglied:

Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Vorschläge der Fraktionen und Gruppen:

Vorschlag 1: (SPD und Grüne)
1. Peter Kron
2. Elisabeth Thelen
3. Franz Philippi
4. Jürgen Kircher
5. Manfred Richter
6. Horst Noack

Vorschlag 2: (CDU)
1. Henk van Benthem
2. Hans-Werner Bartsch
3. Dr. Martin Schoser

Vorschlag 3: (Die Linke., Piraten und deine Freunde)
1. Matthias Grüner

Vorschlag 4: (FDP)
1. Ulrich Breite

Vorschlag 5 (AfD)
1. Elena Pavlovitch

Vorschlag 6: (pro Köln)
1. Michael Gabel

Bei der geheimen Wahl werden 91 Stimmen abgegeben.

Davon ungültig: -- Stimmen

Enthaltungen -- Stimmen

Damit liegen 91 gültige Stimmen vor, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1:	*47 Stimmen*
Vorschlag 2:	*24 Stimmen*
Vorschlag 3:	*9 Stimmen*
Vorschlag 4:	*6 Stimmen*
Vorschlag 5:	*3 Stimmen*
Vorschlag 6:	*2 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren nach Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Mitglied

1. *Peter Kron*
2. *Elisabeth Thelen*
3. *Franz Philippi*
4. *Jürgen Kircher*
5. *Manfred Richter*
6. *Horst Noack*
7. *Henk van Benthem*
8. *Hans-Werner Bartsch*
9. *Dr. Martin Schoser*
10. *Matthias Grüner*
11. *Ulrich Breite*

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat der Stadt Köln entsendet folgende 12 Mitglieder in den Aufsichtsrat der Kölner Sportstätten GmbH:

1. *Beigeordnete Dr. Agnes Klein*

(Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. ein von ihm vorgeschlagener Bediensteter der Stadt Köln)

2. Peter Kron
3. Elisabeth Thelen
4. Franz Philippi
5. Jürgen Kircher
6. Manfred Richter
7. Horst Noack
8. Henk van Benthem
9. Hans-Werner Bartsch
10. Dr. Martin Schoser
11. Matthias Grüner
12. Ulrich Breite

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir beginnen jetzt mit:

1.3 Bestellung weiterer sachkundiger Einwohner
hier: Festlegung der Anzahl und Bestimmung der Träger
- Ausschuss für Kunst und Kultur (zugleich Fachausschuss für Denkmalschutz und Denkmalpflege)
- Ausschuss für Soziales und Senioren
- Ausschuss für Schule und Weiterbildung
0713/2014

(Präsentation - Folie 24)

Wer ist gegen diese Beschlussvorlage? - Wer enthält sich? - Niemand. Damit haben wir den Punkt 1.3 abgeschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt über das in seiner Sitzung am 24.06.2014 hinaus beschlossene Kontingent die Bestellung weiterer sachkundiger Einwohner und eines Stellvertreters für die folgenden Ausschüsse:

Ausschuss für Kunst und Kultur

Drei Weitere in der Denkmalpflege sachverständige Bürger

(vgl. § 23 Abs. 2 DSchG)

Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Bezirksschülervertretung,

Katholische Kirche,

Evangelische Kirche und

Synagogengemeinde

- Vorsitzende/Vorsitzender der Schulpflegschaft

(vgl. § 85 Abs. 2 SchulG)

Ausschuss für Soziales und Senioren

Amt für Diakonie,

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.,

Caritasverband für die Stadt Köln e.V.,

Deutsche Paritätischer Wohlfahrtsverband Kreisgruppe Köln,

Deutsche Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V. und

Synagogengemeinde Köln

Die Benennungsrechte gemäß §§ 22 Abs.10; 23 Abs. 4; 23 a Abs. 3 und 23 b Abs. 3 der Hauptsatzung der Stadt Köln bleiben hiervon unberührt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu:

1.4 Benennung und Wahl eines zusätzlichen sachkundigen Einwohners in den Ausschuss Kunst und Kultur
1724/2014

(Präsentation - Folie 25)

Dazu liegt Ihnen eine Vorlage vor. Darin ist Herr von Rautenstrauch benannt. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann sind Sie, Herr von Rautenstrauch, als zusätzlicher sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Kunst und Kultur gewählt.

(Beifall - Ludwig Theodor von Rautenstrauch: Danke schön!)

- Bitte, bitte.

Beschluss:

Der Rat wählt Herrn Ludwig Theodor von Rautenstrauch als zusätzlichen sachkundigen Einwohner in den Ausschuss Kunst und Kultur.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

1.5 Denkmalschutz und Denkmalpflege Berufung sachverständiger Bürger
1738/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 3).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt rufe ich die Tagesordnungspunkt 1.6 und 1.9 gemeinsam auf:

1.6 Berufung von sachkundigen Einwohnern als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Ergänzung zu 0713/2014)
1842/2014

1.9 Berufung von sachkundigen Einwohnern als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung
1906/2014

(Präsentation - Folie 28)

Der Beschlussvorschlag ist auf dieser Folie dargestellt. Wir stimmen darüber ab. Wer gegen den hier vorliegenden Beschlussvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt über das in seiner Sitzung am 24.06.2014 hinaus beschlossene Kontingent die Bestellung der nachfolgend benannten Personen als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung zu berufen:

Für die Katholische Kirche: Herrn Michael Bold,

In der Kanne 6, 51105 Köln

Ein stellvertretendes beratendes Mitglied wird zu einem späteren Zeitpunkt benannt.

Für die Evangelische Kirche: Frau Konrektorin Beate Habets,

Gemeinschaftsgrundschule Honschaftsstraße 312,
51061 Köln – Höhenhaus

Als ständiges stellvertretendes Mitglied mit beratender Stimme wird berufen:

Frau Schulreferentin Utta Brauweiler-Fuhr, Schulreferat, Kartäusergasse 9, 50679 Köln

Für die Synagogen-Gemeinde Köln: Herrn Dr. Felix Schotland,

stellvertr. Vorsitzender der Gemeindevertretung der

Synagogen-Gemeinde Köln

An der Ronne 64, 50859 Köln

Als ständiges stellvertretendes Mitglied mit beratender Stimme wird berufen:

Frau Bettina Levy,

Weyerstraße 54, 50676 Köln

Für die Stadt-Schulpflegschaft: Herr Ulrich Trapp,

Peter-Warnecke-Weg 25a, 51061 Köln

Ein stellvertretendes beratendes Mitglied wird nach der Zusammensetzung der Stadtschulpflegschaft im neuen Schuljahr benannt.

Für die BezirksschülerInnenvertretung Köln:

Ein beratendes Mitglied sowie ein/e Stellvertreter/in werden zu einem späteren Zeitpunkt benannt.

Die Benennungsrechte gemäß §§ 22 Absatz 10; 23a Absatz 3 und 23b Absatz 3 der Hauptsatzung der Stadt Köln bleiben hiervon unberührt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit Punkt

1.9 Berufung von sachkundigen Einwohnern als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung

1906/2014

behandelt.

1906/2014
Beschluss:

Der Rat beschließt in Ergänzung zur Vorlage 1842/2014

Herrn Dirim Su Derventli,

Glücksburgstraße 4, 51065 Köln

für die BezirksschülerInnenvertretung Köln

als ständiges Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung zu berufen.

Ein/e Stellvertreter/in wird zu einem späteren Zeitpunkt benannt.

Die Benennungsrechte gemäß §§ 22 Absatz 10; 23a Absatz 3 und 23b Absatz 3 der Hauptsatzung der Stadt Köln bleiben hiervon unberührt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

1.7 Wahl von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für den Ausschuss Soziales und Senioren
1823/2014

(Präsentation - Folie 30)

Den Beschlussvorschlag sehen Sie an der Leinwand. Auch darüber können wir direkt abstimmen. Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt die folgenden Personen zu sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern bzw. stellvertretenden sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern in den Ausschuss für Soziales und Senioren:

Verein	*sachkundige/r Einwohner/in*	*Stellvertreter/in*
Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region	*Helga Blümel*	*Martina Schönhals*
Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.	*Ulrike Voll-and-Dörmann*	*Stefan Kersjes*
Caritasverband für die Stadt Köln e.V.	*Peter Krücker*	*Monika Kuntze*
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.	*Monika Dierksmeier*	*Cornelia Harrer*
Deutsches Rotes Kreuz	*Mark Ruda*	*Edith Garcia*

Kreisverband Köln e.V.		
Synagogengemeinde Köln	*Alexander Sperling*	*Stella Shcherbatova*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann rufe ich auf:

1.8 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für die Ausschüsse des Rates
hier: Benennung der Seniorenvertreter gemäß § 23 Abs. 3 der Hauptsatzung der Stadt Köln
1780/2014

(Präsentation - Folie 32)

Dazu liegt Ihnen ebenfalls eine Liste vor. Auch darüber können wir direkt abstimmen. - Es gibt eine Wortmeldung. Bitte schön.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Wir möchten darum bitten, die Entsendung von Frau Amalie Klein in den Jugendhilfeausschuss einstweilen zurückzustellen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Gibt es Gegenstimmen gegen die vorläufige Herausnahme dieses Namens? - Die CDU und pro Köln stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann steht der Name von Frau Amalie Klein zunächst einmal nicht mehr auf der Liste.

(Die Liste wird geändert)

Jetzt frage ich: Wer ist gegen die entsprechend korrigierte Liste unter TOP 1.8? - Wer enthält sich? - Damit ist sie bei einer Enthaltung der Gruppe pro Köln so beschlossen.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß mündlichem Änderungsantrag von Ratsmitglied Frank:

Die für den Jugendhilfeausschuss vorgesehene sachkundige Einwohnerin Frau Amalie Klein wird aus den Vorschlägen gestrichen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der Gruppe pro Köln.

II. Beschluss über die so geänderte Vorlage:

Der Rat der Stadt Köln beschließt gemäß § 58 Absatz 4 GO in Verbindung mit § 23 Absatz 4 der Hauptsatzung, die in Anlage 1 dieser Beschlussvorlage aufgeführten und von der SVK-Stadtkonferenz vorgeschlagenen Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter und für den Verhinderungsfall deren Vertreterinnen und Vertreter als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in die entsprechenden Fachausschüsse zu entsenden.

Der Beschluss erfolgt mit der Maßgabe, dass Frau Amalie Klein aus den Vorschlägen gestrichen wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der Gruppe pro Köln.

1.9 Berufung von sachkundigen Einwohnern als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung
1906/2014

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit dem Punkt

1.6 Berufung von sachkundigen Einwohnern als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Ergänzung zu 0713/2014)

1842/2014

behandelt.

1.10 Landtagswahl 2017 - Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer sowie Stellvertreterinnen und Stellvertreter des Kreiswahlausschusses für die Landtagswahl 2017
2218/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 3).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu:

2 Wahlen - personelle Besetzung weiterer Gremien

2.1 Zweckverbands-/Mitgliederversammlungen

Gerade hatte ich schon darauf hingewiesen, dass die geheime Wahl zur Bestellung der Verbandsmitglieder unter TOP 2.1.1 noch einmal wiederholt werden muss.

Ich rufe auf:

2.1.2 Sparkasse KölnBonn
Weisung an die in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn durch den Rat der Stadt Köln entsandten Vertreter für Abstimmungen in der Zweckverbandsversammlung
1706/2014

Sind alle Stimmzähler anwesend? - Gut.

Jetzt bitte ich um Aufmerksamkeit. Es ist sicherlich einfacher, einen 2-Millionen-Euro-Kredit bei der Sparkasse zu bekommen, als alle Feinheiten des Sparkassengesetzes zu erläutern.

(Präsentation - Folie 41)

Zunächst kommen wir zur Wahl der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden der Verbandsversammlung. Hier ist keine Weisung erforderlich, weil diese Position an einen Vertreter der Stadt Bonn geht.

Dann kommen wir zur Wahl der Stellvertreterin oder des Stellvertreters des Vorsitzenden der Verbandsversammlung. Hierzu brauchen wir einen Weisungsbeschluss. Benannt ist Herr Martin Börschel (Köln). Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von pro Köln. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD ist das so beschlossen.

Nun kommen wir zur Wahl des Verbandsvorstehers oder der Verbandsvorsteherin. Hier brauchen wir eine Weisung. Dazu liegt folgender Vorschlag vor: Jürgen Roters (OB Köln). - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

(Beifall)

(Präsentation - Folie 42)

Zur Wahl der Stellvertreterin oder des Stellvertreters des Verbandsvorstehers brauchen wir keine Weisung. Diese Position geht an einen Vertreter der Stadt Bonn.

Dann kommen wir zur Wahl des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn. Hier ist Herr Martin Börschel (Köln) vorgeschlagen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von pro Köln. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD ist das so beschlossen.

(Präsentation - Folie 43)

Wir kommen zum Wahlvorschlag für die Mitglieder des Verwaltungsrates sowie deren Stellvertreter. Das sehen Sie auf der Folie. Ich brauche die Namen jetzt nicht einzeln vorzulesen. Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler haben ihre Listen vorliegen. Wir beginnen mit der Liste 1, dem Vorschlag der SPD. Wer für die Liste 1 ist, den bitte ich um das Handzeichen. - 28. Dann kommen wir zur Liste 2 der CDU. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - 25. Wer ist für die Liste 3 der Grünen? - 18. Wer ist für die Liste 4 von Linken, Piraten und Deinen Freunden? - Zehn. Dann kommen wir zur Liste 5 der FDP. Wer ist dafür? - Sieben. - Ich bedanke mich ganz herzlich. Damit haben wir diesen Wahlgang abgeschlossen. Er wird dann entsprechend ausgezählt.

(Präsentation - Folie 44)

Wir kommen zum Wahlvorschlag für die Mitglieder des Verwaltungsrates sowie deren Stellvertreter aus dem Wahlvorschlag der Personalvertretung (Dienstkräfte). Hier liegt Ihnen eine Liste vor. Darüber können wir offen abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das bei Enthaltung der AfD und von pro Köln so beschlossen.

(Präsentation - Folie 45)

Dann kommen wir zur Wahl der ersten Stellvertreterin oder des ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn. Dazu brauchen wir keine Weisung, weil das in der Entscheidung der Stadt Bonn liegt.

Wir kommen zur Wahl der zweiten Stellvertreterin oder des zweiten Stellvertreters des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Sparkassen KölnBonn. Vorgeschlagen ist OB Jürgen Roters. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen?

(Martin Börschel [SPD]: Das kann nicht sein!)

- Da ist irgendetwas nicht richtig. Deswegen zögere ich gerade auch. Ich bitte darum, das noch einmal zu überprüfen.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meiner Meinung nach müsste das Teilnahmerecht des Oberbürgermeisters der Stadt Köln separat festgestellt werden. Hier geht es zunächst um die Position einer oder eines zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates. Ich schlage vor, dass die CDU-Fraktion sich dazu zu Wort meldet.

Niklas Kienitz (CDU): Herr Oberbürgermeister, die CDU-Fraktion schlägt Frau Gordes vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Birgit Gordes ist vorgeschlagen worden. Das wird selbstverständlich korrigiert. Schließlich ist das die Position, die bisher Herr Granitzka wahrgenommen hat. Streiche Roters, setze Gordes.

(Die Liste wird geändert)

Jetzt steht es korrekt da. - Danke schön für den Hinweis.

Gibt es Gegenstimmen gegen diese Wahl? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

(Präsentation - Folie 46)

Jetzt kommen wir zur Wahl der sogenannten Beanstandungsbeamten. Der Vorschlag für die Besetzung der unter Punkt 8.1 aufgeführten Position obliegt der Stadt Bonn. Deswegen brauchen wir dort keine Weisung.

Unter Punkt 8.2 geht es um die Feststellung eines beratenden Mitglieds in der Funktion des sogenannten Beanstandungsbeamten. Das ist der Oberbürgermeister aus Köln. Er kann es auch nur sein. Deswegen frage ich: Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen. - Danke schön.

(Präsentation - Folie 47)

Unter Punkt 9 a geht es um die Teilnahme eines Hauptverwaltungsbeamten an der Verbandsversammlung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes. Dort gibt es den Vorschlag, OB Roters zu benennen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Punkt 9 b brauchen wir keine Weisung, weil die Besetzung dieser Position in der Zuständigkeit der Stadt Bonn liegt.

(Präsentation - Folie 48)

Unter Punkt 9 c geht es um die Wahl des 1. Ersatzvertreters aus den Reihen der Hauptverwaltungsbeamten der Stadt Köln. Wir schlagen Herrn Stadtdirektor Kahlen vor. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Dann haben wir diesen Bereich abgeschlossen; denn die Besetzung der unter Punkt 9 d aufgeführten Position liegt in der Hand der Stadt Bonn.

(Präsentation - Folie 49)

Jetzt kommen wir zu Punkt 10. Die Alternative 1 ist die Entsendung des Vorsitzenden des Verwaltungsrates. Das ist Herr Börschel. Gibt es Gegenstimmen gegen diesen Vorschlag? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen, und wir brauchen über die Alternative 2 nicht mehr zu befinden.

Beschlüsse:

I. Beschluss zu Ziffer 1:

Wahl der Vorsitzenden/des Vorsitzenden der Verbandsversammlung

Keine Weisung

II. Beschluss zu Ziffer 2:

Wahl der Stellvertreterin/des Stellvertreters des Vorsitzenden der Verbandsversammlung

Wahl von

Herrn Martin Börschel

zum Stellvertreter des Vorsitzenden der Verbandsversammlung für die Dauer der Wahlperiode 2014 bis 2020 auf Vorschlag der

Stadt Köln

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Gruppe pro Köln und bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

III. Beschluss zu Ziffer 3:

Wahl der Verbandsvorsteherin/des Verbandsvorstehers

Wahl von

Oberbürgermeister Jürgen Roters

zum Verbandsvorsteher der Verbandsversammlung für die Dauer der Wahlperiode 2014 bis 2020 auf Vorschlag der

Stadt Köln

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.IV. Beschluss zu Ziffer 4:

Wahl der Stellvertreterin/des Stellvertreters des Verbandsvorstehers

Keine Weisung

V. Beschluss zu Ziffer 5:

Wahl der Vorsitzenden/des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn gemäß § 11 Absatz 1 SpkG NRW

Wahl von

Herrn Martin Börschel

zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn auf Vorschlag der

Stadt Köln

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Gruppe pro Köln und bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

VI. Beschluss zu Ziffer 6a):

Wahl der sachkundigen Mitglieder des Verwaltungsrates und der Dienstkräfte im Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn nach § 10 Absatz 2 Buchstaben b und c SpkG NRW sowie deren Stellvertreter gemäß § 12 SpkG NRW

Wahlvorschlag für die Mitglieder des Verwaltungsrates sowie deren Stellvertreter

Für die Wahl liegen 5 Vorschläge vor. Diese lauten wie folgt:

Mitglied	*Verhinderungsvertreter*
Vorschlag 1: SPD)	
Dr. Karlheinz Bentele	*Monika Schultes*
Michael Zimmermann	*Dorothée Schneider*
Vorschlag 2: (CDU)	
Birgit Gordes	*Dr. Ralph Elster*
Dr. Carl W. Barthel	*Ursula Gärtner*
Vorschlag 3 (Grüne)	
Andreas Wolter	*Jörg Frank*
Barbara Moritz	*Martin Wambach*
Vorschlag 4: (Linke/Piraten/Deine Freunde)	
Gisela Stahlhofen	*Jörg Detjen*
Vorschlag 5: (FDP)	
Ralph Sterck	*Reinhard Houben*

Bei der Wahl werden 88 Stimmen abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*25 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (FDP):	*7 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Mitglied	*Verhinderungsvertreter*
Dr. Karlheinz Bentele	*Monika Schultes*
Michael Zimmermann	*Dorothée Schneider*
Birgit Gordes	*Dr. Ralph Elster*
Dr. Carl W. Barthel	*Ursula Gärtner*
Andreas Wolter	*Jörg Frank*
Gisela Stahlhofen	*Jörg Detjen*
Ralph Sterck	*Reinhard Houben*

VII. Beschluss zu Ziffer 6b):

Wahlvorschlag für die Mitglieder des Verwaltungsrates sowie deren Stellvertreter aus dem Wahlvorschlag der Personalvertretung (Dienstkräfte)

Mitglied	*Verhinderungsvertreter*
Rolf Bried	*Marion Feld*
Jürgen Didschun	*Markus Pohl*
Jürgen Biskup	*Ingrid Dräger*
Gero Wiesenhöfer	*Michael Baedorf*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Afd-Fraktion und der Gruppe pro Köln.

VIII. Beschluss zu Ziffer 7a):

a) Wahl der ersten Stellvertreterin/des ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Verwaltungsrates:

Keine Weisung

IX. Beschluss zu Ziffer 7b):

b) Wahl der zweiten Stellvertreterin/des zweiten Stellvertreters des Vorsitzenden des Verwaltungsrates:

Wahl von

Frau Birgit Gordes

zur zweiten Stellvertreterin des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn auf Vorschlag der Stadt Köln

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

X. Beschluss zu Ziffer 8.1:

Wahl der Hauptverwaltungsbeamtin/des Hauptverwaltungsbeamten nach § 11 Absatz 3 SpkG NRW sowie Feststellung der Hauptverwaltungsbeamtin/des Hauptverwaltungsbeamten gemäß § 10 Absatz 4 SpkG NRW

Keine Weisung

XI. Beschluss zu Ziffer 8.2:

Feststellung der Teilnahme von

Oberbürgermeister Jürgen Roters

an den Sitzungen des Verwaltungsrates nach § 10 Absatz 4 SpkG NRW

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

XII. Beschluss zu Ziffer 9a):

Entsendung als Vertreter in die Verbandsversammlung des RSGV:

Wahl von

Oberbürgermeister Jürgen Roters

zur Entsendung als Vertreter in die Verbandsversammlung des RSGV auf Vorschlag der

Stadt Köln

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

XIII. Beschluss zu Ziffer 9b):

zur Entsendung als Stellvertreter in die Verbandsversammlung des RSGV:

Keine Weisung

XIV: Beschluss zu Ziffer 9c):

zur Entsendung als 1. Ersatzvertreter in die Verbandsversammlung des RSGV:

Wahl von

Stadtdirektor Guido Kahlen

zur Entsendung als 1. Ersatzvertreter in die Verbandsversammlung des RSGV auf Vorschlag der

Stadt Köln

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

XV. Beschluss zu Ziffer 9d):

Entsendung als 2. Ersatzvertreter in die Verbandsversammlung des RSGV

Keine Weisung

XVI: Beschluss zu Ziffer 10.1:

die Entsendung des Vorsitzenden des Verwaltungsrates

Entsendung des Vorsitzenden des Verwaltungsrates

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Der Gesamtbeschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat der Stadt Köln weist sämtliche von ihm in die Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn entsandten Mitglieder an, in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn wie folgt zu votieren.

1. *Wahl der Vorsitzenden/des Vorsitzenden der Verbandsversammlung:*

Keine Weisung

2. *Wahl der Stellvertreterin/des Stellvertreters des Vorsitzenden der Verbandsversammlung:*

Wahl von

Herrn Martin Börschel

zum Stellvertreter des Vorsitzenden der Verbandsversammlung für die Dauer der Wahlperiode 2014 bis 2020 auf Vorschlag der

Stadt Köln

3. *Wahl der Verbandsvorsteherin/des Verbandsvorstehers:*

Wahl von

Oberbürgermeister Jürgen Roters

zum Verbandsvorsteher der Verbandsversammlung für die Dauer der Wahlperiode 2014 bis 2020 auf Vorschlag der

Stadt Köln

4. *Wahl der Stellvertreterin/des Stellvertreters des Verbandsvorstehers:*

Keine Weisung

5. *Wahl der Vorsitzenden/des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Sparkasse Köln-Bonn gemäß § 11 Absatz 1 SpkG NRW:*

Wahl von

Herrn Martin Börschel

zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn auf Vorschlag der

Stadt Köln

6a) *Wahl der sachkundigen Mitglieder des Verwaltungsrates und der Dienstkräfte im Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn nach § 10 Absatz 2 Buchstaben b und c SpkG NRW sowie deren Stellvertreter gemäß § 12 SpkG NRW*

Wahlvorschlag für die Mitglieder des Verwaltungsrates sowie deren Stellvertreter:

Mitglied	*Verhinderungsvertreter*
Dr. Karlheinz Bentele	*Monika Schultes*
Michael Zimmermann	*Dorothée Schneider*
Birgit Gordes	*Dr. Ralph Elster*
Dr. Carl W. Barthel	*Ursula Gärtner*
Andreas Wolter	*Jörg Frank*
Gisela Stahlhofen	*Jörg Detjen*
Ralph Sterck	*Reinhard Houben*

6b) *Wahlvorschlag für die Mitglieder des Verwaltungsrates sowie deren Stellvertreter aus dem Wahlvorschlag der Personalvertretung (Dienstkräfte):*

Mitglied	*Verhinderungsvertreter*
Rolf Bried	*Marion Feld*

Jürgen Didschun *Markus Pohl*
Jürgen Biskup *Ingrid Dräger*
Gero Wiesenhöfer *Michael Baedorf*

7a) Wahl der ersten Stellvertreterin/des ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Verwaltungsrates:

Keine Weisung

7b) Wahl der zweiten Stellvertreterin/des zweiten Stellvertreters des Vorsitzenden des Verwaltungsrates:

Wahl von

Frau Birgit Gordes

zur zweiten Stellvertreterin des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn auf Vorschlag der Stadt Köln

8.1 Wahl der Hauptverwaltungsbeamtin/des Hauptverwaltungsbeamten nach § 11 Absatz 3 SpkG NRW sowie Feststellung der Hauptverwaltungsbeamtin/des Hauptverwaltungsbeamten gemäß § 10 Absatz 4 SpkG NRW:

Keine Weisung

8.2 Feststellung der Teilnahme von

Oberbürgermeister Jürgen Roters

an den Sitzungen des Verwaltungsrates nach § 10 Absatz 4 SpkG NRW

9a) Entsendung als Vertreter in die Verbandsversammlung des RSGV:

Wahl von

Oberbürgermeister Jürgen Roters

zur Entsendung als Vertreter in die Verbandsversammlung des RSGV auf Vorschlag der

Stadt Köln

9b) zur Entsendung als Stellvertreter in die Verbandsversammlung des RSGV:

Keine Weisung

9c) zur Entsendung als 1. Ersatzvertreter in die Verbandsversammlung des RSGV:

Wahl von

Stadtdirektor Guido Kahlen

zur Entsendung als 1. Ersatzvertreter in die Verbandsversammlung des RSGV auf Vorschlag der

Stadt Köln

9d) Entsendung als 2. Ersatzvertreter in die Verbandsversammlung des RSGV:

Keine Weisung

10.1die Entsendung des Vorsitzenden des Verwaltungsrates:

Entsendung des Vorsitzenden des Verwaltungsrates

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann haben wir den schwierigen Bereich der Sparkassengremienbesetzung hinter uns gebracht und kommen zu:

2.1.3 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS):
Entsendung von Mitgliedern in die Verbandsversammlung
1698/2014

(Präsentation - Folie 51)

Hier sehen Sie die Vorschlagslisten. Ich bitte die Stimmzählerinnen und Stimmzähler, sich freundlicherweise wieder parat zu halten. Wir beginnen mit dem Vorschlag 1 der SPD. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen, damit ausgezählt werden kann. - Wer ist für die Liste 2 der CDU? - Wir kommen zur Liste 3 der Grünen. - Dann kommen wir zur Liste 4 von Linken, Piraten und Deinen Freunden. - Bitte schön.

Jörg Detjen (Die Linke.): Hier muss ein Übertragungsfehler stattgefunden haben. Erster Gewählter soll Ralf Zinkel sein. Stellvertreter ist Thomas Hegenbarth.

(Die Liste wird geändert)

Jetzt ist es richtig. Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut. - Dann können wir auch über die Liste 4 abstimmen. Wer ist dafür? - Wer ist für die Liste 5 der FDP? - Dann haben wir noch die Liste 6 der AfD. Ich bitte um das Handzeichen.

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW entsendet die Stadt Köln

- Herrn Beigeordneten Franz-Josef Höing als Vertreter

- und Frau Stadtkämmerin Gabriele Klug als seine Stellvertreterin

in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg.

Für die Wahl der weiteren Mitglieder liegen 6 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):

Susana dos Santos Hermann SV: Jürgen Kircher
Horst Noack SV: Malik Karman
Peter Kron SV: Monika Möller

Vorschlag 2 (CDU):
Dirk Michel SV: Ira Sommer
Birgitta Nesseler-Komp SV: Stephan Pohl
Monika Roß-Belkner SV: Margret Dresler-Graf

Vorschlag 3 (Grüne):
Andreas Wolter SV: Horst Thelen
Lino Hammer SV: Marion Heuser

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Ralf Zinkel SV: Thomas Hegenbarth

Vorschlag 5 (FDP):
Andreas Henseler SV: Reinhard Houben

Vorschlag 6 (AfD):
Ina Verena Ast SV: Roger Beckamp

Bei der Wahl werden Stimmen 89 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (FDP):	*6 Stimmen*
Vorschlag 6 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Susana

dos Santos Hermann SV: Jürgen Kircher
Horst Noack SV: Malik Karman
Peter Kron SV: Monika Möller
Dirk Michel SV: Ira Sommer
Birgitta Nesseler-Komp SV: Stephan Pohl
Monika Roß-Belkner SV: Margret Dresler-Graf
Andreas Wolter SV: Horst Thelen
Lino Hammer SV: Marion Heuser
Ralf Zinkel SV: Thomas Hegenbarth
Andreas Henseler SV: Reinhard Houben

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat der Stadt Köln entsendet in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg folgende elf Mitglieder und ihre Stellvertreter

Vertreter:	*Stellvertreter:*
1) Beigeordneten	
Franz-Josef Höing	*Stadtkämmerin Gabriele Klug*

(gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. eine(n) von ihm vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

2) Susana dos Santos Hermann …… Jürgen Kircher	
3) Horst Noack……	*Malik Karman*
4) Peter Kron ……	*Monika Möller*
5) Dirk Michel……	*Ira Sommer*
6) Birgitta Nesseler-Komp ……	*Stephan Pohl*
7) Monika Roß-Belkner	*Margret Dresler-Graf*
8) Andreas Wolter……	*Horst Thelen*
9) Lino Hammer ……	*Marion Heuser*
10) Ralf Zinkel ……	*Thomas Hegenbarth*
11) Andreas Henseler……	*Reinhard Houben*

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ.

Bei dem Oberbürgermeister bzw. dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln

sowie deren Vertreter ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern der Verbandsversammlung ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt abgeschlossen und kommen zu:

2.1.4 Wahl der Mitglieder sowie ihrer Stellvertreter in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Naturpark Bergisches Land“
1825/2014

(Präsentation - Folie 53)

Hierzu liegen drei Listen vor. Ich rufe die Liste 1 der SPD auf. - Wir kommen zum Vorschlag 2 der CDU. - Dann kommen wir zum Vorschlag 3 der AfD. - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister, wir haben als FDP-Fraktion keiner Liste zugestimmt. Wir enthalten uns. Ich weiß nicht, wie das rechtlich zu würdigen ist. Das war jetzt noch nicht abgesprochen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir nehmen das hier zu Protokoll. Für Hare/Niemeyer ist das kein Problem.

(Martin Börschel [SPD]: Einfach nicht mitmachen, Herr Breite! - Gegenruf von Ulrich Breite [FDP]: Danke schön, Herr Börschel!)

Das ist jedenfalls hier angekommen und wird zu Protokoll genommen.

Beschluss:

Gemäß § 15 Abs. 2 des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG) entsendet die Stadt Köln

- Herrn Manfred Kaune als Vertreter

- und Herrn Dr. Joachim Bauer als seinen Stellvertreter

in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes “Naturpark Bergisches Land“.

Für die Wahl der weiteren Vertreter und ihrer Stellvertreter liegen 3 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Polina Frebel SV: Karl-Heinz Walter

Vorschlag 2 (CDU):
Katharina Welcker SV: Daniela Topp-Burghardt

Vorschlag 3 (AfD):
Stephan Boyens SV: Roger Beckamp

Bei der Wahl werden Stimmen 82 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*35 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Polina Frebel SV: Karl-Heinz Walter
Katharina Welcker SV: Daniela Topp-Burghardt

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat wählt folgende Vertreterinnen und Vertreter und die jeweiligen Stellvertretungen in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Naturpark Bergisches Land“, hierbei müssen nach § 15 Abs. 2 des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG) der Oberbürgermeister oder ein(e) von ihm vorgeschlagene(r) Beamter/Beamtin oder Beschäftigte(r) und dessen Stellvertretung dazu zählen.

a) Vertreter	*b) Stellvertreter*
1. Herr Manfred Kaune	*1. Herr Dr. Joachim Bauer*
2. Polina Frebel	*2. Karl-Heinz Walter*
3. Katharina Welcker	*3. Daniela Topp-Burghardt*

Die Herren Kaune und Dr. Bauer waren bereits in der letzten Legislaturperiode in der Funktion tätig und werden erneut vorgeschlagen.

Die Wahl gilt für die dafür in der Satzung vorgesehenen Zeit und für die laufende Wahlzeit des Rates, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat bzw. zur Verwaltung der Stadt Köln.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe auf:

2.1.5 Wahl der Mitglieder sowie ihrer Stellvertreter in die Verbandsversammlung und Vorschlag des Mitgliedes sowie seiner Stellvertretung für den Verbandsausschuss und die Planungsausschüsse des Zweckverbandes „Naturpark Rheinland“
1826/2014

(Präsentation - Folie 55)

Wir beginnen mit dem Punkt a) der Vorschlagslisten. Wer für den Vorschlag 1 der SPD stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist für den Vorschlag 2 der CDU? - Dann kommen wir zum Vorschlag 3 der Grünen. - Jetzt bitte ich noch um das Handzeichen für den Vorschlag 4 der AfD. - Damit haben wir diesen Punkt abgeschlossen.

Wir kommen nun zum Punkt b). Da gibt es - in Anführungsstrichen - „nur“ eine Vorschlagsliste. Darüber können wir offen abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Wer enthält sich? - Die CDU-Fraktion. Damit ist das so beschlossen.

Beschlüsse:

I. Verwaltungsvorschlag zur Entsendung von städtischen Mitarbeitern in den Planungsausschuss:

Die Verwaltung schlägt dem Rat zur Wahl in die Planungsausschüsse folgende städtische Mitarbeiter vor:

c) Der Rat schlägt der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Naturpark Rheinland“ zur Wahl in die Planungsausschüsse vor

Planungsausschuss Nord

Vertreter Herr Manfred Kaune Stellvertreter Herr Dr. Joachim Bauer

Planungsausschuss Süd

Vertreter Herr Manfred Kaune Stellvertreter Herr Dr. Joachim Bauer

II. Beschluss betreffend:

a) Wahl der Mitglieder sowie ihrer Stellvertreter in die Verbandsversammlung:

Gemäß § 15 Abs. 2 des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG) entsendet die Stadt Köln

- Herrn Manfred Kaune als Vertreter

- und Herrn Dr. Joachim Bauer als seinen Stellvertreter

in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes “Naturpark Rheinland“.

Für die Wahl der weiteren Vertreter und ihrer Stellvertreter liegen 3 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Karl-Heinz Walter SV: Polina Frebel

Vorschlag 2 (CDU):
Dr. Walter Gutzeit SV: Monika Roß-Belkner

Vorschlag 3 (Grüne)
Gerd Brust SV: Susanna Bercher-Hiss

Vorschlag 4 (AfD):
Stephan Boyens SV: Roger Beckamp

Bei der Wahl werden Stimmen 83 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*34 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*22 Stimmen*
Vorschlag 4 (AfD)	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Karl-Heinz Walter	*SV: Polina Frebel*
Dr. Walter Gutzeit	*SV: Monika Roß-Belkner*
Gerd Brust	*SV: Susanna Bercher-Hiss*

III. Beschluss betreffend:

b) Vorschlag des Mitgliedes sowie seiner Stellvertretung für den Verbandsausschuss:

Für die Wahl liegt ein Vorschlag vor:

Vorschlag der SPD.

Karl-Heinz Walter SV: Polina Frebel

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion zugestimmt:

Der Gesamtbeschluss lautet demnach wie folgt:

a) Der Rat wählt folgende Vertreterinnen und Vertreter und die jeweiligen Stellvertretungen in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Naturpark Rheinland"; hierbei müssen nach § 15 Abs. 2 des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG) der Oberbürgermeister oder ein(e) von ihm vorgeschlagene(r) Beamter/Beamtin oder Beschäftigte(r) und dessen Stellvertretung dazu zählen.

Vertreter	*Stellvertreter*
1. Herr Manfred Kaune	*1. Herr Dr. Joachim Bauer*
2. Karl-Heinz Walter	*2. Polina Frebel*
3. Dr. Walter Gutzeit	*3. Monika Roß-Belkner*
4. Gerd Brust	*4. Susanna Bercher-Hiss*

Die Herren Kaune und Dr. Bauer waren bereits in der letzten Legislaturperiode in der Funktion tätig und werden erneut vorgeschlagen.

Die Wahl gilt für die dafür in der Satzung vorgesehene Zeit und für die laufende Wahlzeit des Rates, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat bzw. zur Verwaltung der Stadt Köln.

b) Der Rat schlägt der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Naturpark Rheinland" zur Wahl in den Verbandsausschuss vor

Vertreter Karl-Heinz Walter Stellvertreter Polina Frebel

c) Der Rat schlägt der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Naturpark Rheinland" zur Wahl in die Planungsausschüsse vor

Planungsausschuss Nord

Vertreter Herr Manfred Kaune Stellvertreter Herr Dr. Joachim Bauer

Planungsausschuss Süd

Vertreter Herr Manfred Kaune Stellvertreter Herr Dr. Joachim Bauer

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Als nächsten Tagesordnungspunkt rufe ich auf:

2.1.6 Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Stöckheimer Hof 1827/2014

(Präsentation - Folie 57)

Hier müssen wir wieder über Listen abstimmen. Wir fangen mit der Liste 1 der SPD an. Ich bitte um das Handzeichen. - Wer ist für die Liste 2 der CDU? - Wir kommen zur Liste 3 der Grünen. - Dann kommen wir zum Vorschlag 4 von Linken, Piraten und Deinen Freunden. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist für den Vorschlag 5 der AfD? - Danke schön.

Gemäß § 15 Abs. 2 des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG) entsendet die Stadt Köln

a) Vertreter	*b) Stellvertretungen*
Wolfgang Büscher	*Bernd Kiefer*

in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Stöckheimer Hof.

Für die Wahl der weiteren Vertreter und der Stellvertreter liegen 5 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Monika Schultes Jürgen Kircher
Polina Frebel Karl-Heinz Walter

Vorschlag 2 (CDU):
Martin Erkelenz Katharina Welcker
Ira Sommer Dr. Ralph Elster

Vorschlag 3 (Grüne):
Matthias Welpmann Svenja Rabenstein

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Michael Weisenstein Klaus Roth

Vorschlag 5 (AfD):
Heinz Peter Mees Jochen Haug

Bei der Wahl werden Stimmen 89 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Monika Schultes	*Jürgen Kircher*
Polina Frebel	*Karl-Heinz Walter*
Martin Erkelenz	*Katharina Welcker*
Ira Sommer	*Dr. Ralph Elster*
Matthias Welpmann	*Svenja Rabenstein*
Michael Weisenstein	*Klaus Roth*

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat wählt folgende Vertreterinnen und Vertreter und die jeweiligen Stellvertretungen in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Stöckheimer Hof; hierbei müssen nach § 15 Abs. 2 des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG) der Oberbürgermeister oder ein(e) von ihm vorgeschlagene(r) Beamter/Beamtin oder Beschäftigte(r) dazu zählen:

a) Vertreterinnen und Vertreter	*b) Stellvertretungen*
1. Büscher, Wolfgang	*Kiefer, Bernd*
2. Monika Schultes	*Jürgen Kircher*
3. Polina Frebel	*Karl-Heinz Walter*
4. Martin Erkelenz	*Katharina Welcker*
5. Ira Sommer	*Dr. Ralph Elster*
6. Matthias Welpmann	*Svenja Rabenstein*
7. Michael Weisenstein	*Klaus Roth*

Die Herren Büscher und Kiefer waren bereits in der letzten Legislaturperiode in der Funktion tätig und werden erneut vorgeschlagen.

Die Wahl gilt für die dafür in der Satzung vorgesehenen Zeit und für die laufende Wahlzeit des Rates, jedoch höchstens für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat bzw. zur Verwaltung der Stadt Köln.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

2.1.7 Bestellung der Vertreter der Stadt Köln zur Entsendung in die Verbandsversammlung des Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister (KDN) 1981/2014

(Präsentation - Folie 59)

Über diese Entsendung können wir so abstimmen. Wer ist gegen den hier vorliegenden Vorschlag? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat entsendet

Herrn Stadtdirektor Guido Kahlen und

Frau Dorothée Schneider, Amtsleiterin der Kämmerei

als Vertreter der Stadt Köln in die Verbandsversammlung des KDN- Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister.

Als deren Stellvertreter werden

Herr Dieter Kruse, stellvertretender Leiter des Amtes für Informationsverarbeitung und

Herr Thomas Blaeser, Dienststellenleiter und Geschäftsführer der Zusatzversorgungskasse und Beihilfekasse

benannt.

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann rufe ich auf:

2.3 Aufsichtsgremien Stadtwerke-Konzern

Zu Tagesordnungspunkt 2.3.1:

2.3.1 Stadtwerke Köln GmbH

1421/2014

(Präsentation - Folie 64)

Jetzt müssen wir wieder nach Hare/Niemeyer über Listen abstimmen. Wer für den Vorschlag 1 der SPD ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wir kommen zum Vorschlag 2 der CDU. - Wir kommen zum Vorschlag 3 der Grünen. - Vorschlag 4 von Linken, Piraten und Deinen Freunden. - Vorschlag 5 der FDP. - Vorschlag 6 der AfD.

Beschluss:

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW entsendet die Stadt Köln

- Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters

als Mitglied in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH.

Für die Wahl der weiteren Mitglieder liegen 6 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Martin Börschel
Dr. Barbara Lübbecke
Susana dos Santos Herrmann

Vorschlag 2 (CDU):
Bernd Petelkau
Dr. Ralph Elster

Vorschlag 3 (Grüne):
Kirsten Jahn
Jörg Frank

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Jörg Detjen

Vorschlag 5 (FDP):
Ralph Sterck

Vorschlag 6 (AfD):
Jochen Haug

Bei der Wahl werden Stimmen 89 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (FDP):	*6 Stimmen*
Vorschlag 6 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Martin Börschel
Dr. Barbara Lübbecke
Susana dos Santos Herrmann
Bernd Petelkau
Dr. Ralph Elster
Kirsten Jahn
Jörg Frank
Jörg Detjen
Ralph Sterck

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat entsendet als Mitglieder in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH

1. Oberbürgermeister Jürgen Roters

.....

(Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. die/den von ihm vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

2. Martin Börschel
.....
3. Dr. Barbara Lübbecke
.....
4. Susana dos Santos Herrmann
.....
5. Bernd Petelkau
.....
6. Dr. Ralph Elster
.....
7. Kirsten Jahn
.....
8. Jörg Frank
.....
9. Jörg Detjen
.....
10. Ralph Sterck
.....

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt

der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.3.2:

2.3.2 GEW Köln AG
hier: Vorschläge für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern
0861/2014

(Präsentation - Folie 66)

Ich rufe auf: Liste 1. - Liste 2. - Liste 3. - Liste 4. - Liste 5. - Liste 6.

Beschluss:

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW entsendet die Stadt Köln

- Herrn Stadtdirektor Guido Kahlen

als Mitglied in den Aufsichtsrat der GEW Köln AG.

Für die Wahl der weiteren Mitglieder liegen 6 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Martin Börschel
Gerrit Krupp
Inge Halberstadt-Kausch

Vorschlag 2 (CDU):
Bernd Petelkau
Dr. Ralph Elster

Vorschlag 3 (Grüne):
Jörg Frank
Brigitta von Bülow

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Thomas Hegenbarth

Vorschlag 5 (FDP):
Susanne Becher-Hiss

Vorschlag 6 (AfD):
Roger Beckamp

Bei der Wahl werden Stimmen 89 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD): 28 Stimmen
Vorschlag 2 (CDU): 24 Stimmen
Vorschlag 3 (Grüne): 18 Stimmen
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde): 10 Stimmen
Vorschlag 5 (FDP): 6 Stimmen
Vorschlag 6 (AfD): 3 Stimmen

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Martin Börschel
Gerrit Krupp
Inge Halberstadt-Kausch
Bernd Petelkau
Dr. Ralph Elster
Jörg Frank
Brigitta von Bülow
Thomas Hegenbarth
Susanne Becher-Hiss

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat schlägt der Hauptversammlung (HV) der GEW Köln AG folgende 10 Mitglieder zur Wahl in den Aufsichtsrat vor:

Stadtdirektor Guido Kahlen

……..
(Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. den/die von ihm vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

1. Martin Börschel	*7. Jörg Frank*
……	*……*
2. Gerrit Krupp	*8. Brigitta von Bülow*
……	*……..*
3. Inge Halberstadt-Kausch	*9. Thomas Hegenbarth*
……..	*……..*
4. Bernd Petelkau	*10. Susanne Becher-Hiss*
……	*……..*
6. Dr. Ralph Elster	
……	

Er beauftragt den städtischen Vertreter in der HV der GEW Köln AG, entsprechend zu votieren.

Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die HV aufgrund der Vorschläge des Rates neue Aufsichtsratsmitglieder bestellen kann. Sie

endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.3.3:

2.3.3 RheinEnergie AG
hier: Vorschläge für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern
0870/2014

(Präsentation - Folie 68)

Ich rufe auf: Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Linke, Piraten und Deine Freunde. - Vorschlag 5, FDP. - Vorschlag 6, AfD.

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW entsendet die Stadt Köln

- Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters

als Mitglied in den Aufsichtsrat der RheinEnergie AG.

Für die Wahl der weiteren Mitglieder liegen 6 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Martin Börschel
Rafael Struwe

Vorschlag 2 (CDU):
Bernd Petelkau
Dr. Ralph Elster

Vorschlag 3 (Grüne):
Gerd Brust

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Astrid Kraus

Vorschlag 5 (FDP):
Ulrich Breite

Vorschlag 6 (AfD):
Hendrik Rottmann

Bei der Wahl werden Stimmen 89 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (FDP):	*6 Stimmen*
Vorschlag 6 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Martin Börschel
Rafael Struwe
Bernd Petelkau
Dr. Ralph Elster
Gerd Brust
Astrid Kraus
Ulrich Breite

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat schlägt der Hauptversammlung (HV) der RheinEnergie AG folgende 8 Mitglieder zur Wahl in den Aufsichtsrat vor:

1. Oberbürgermeister Jürgen Roters

……

(Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. die/den von ihm vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

2. Martin Börschel
……..
3. Rafael Struwe
……..
4. Bernd Petelkau
……..
5. Dr. Ralph Elster
……..
6. Gerd Brust
……..
7. Astrid Kraus
……..
8. Ulrich Breite
……..

Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die HV aufgrund der Vorschläge des Rates neue Aufsichtsratsmitglieder bestellen kann. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus

dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.3.4:

2.3.4 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Vorschläge für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern 1694/2014

(Präsentation - Folie 70)

Ich rufe auf: Vorschlag 1. - Vorschlag 2. - Vorschlag 3. - Vorschlag 4. - Vorschlag 5. - Vorschlag 6.

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW entsendet die Stadt Köln

- Herrn Stadtdirektor Guido Kahlen

als Mitglied in den Aufsichtsrat der Kölner Verkehrsbetriebe AG (KVB).

Für die Wahl der weiteren Mitglieder liegen 6 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Wilfried Kuckelkorn
Susana dos Santos Herrmann
Peter Kron

Vorschlag 2 (CDU):
Dirk Michel
Helga Blömer-Frerker

Vorschlag 3 (Grüne):
Andreas Wolter
Lino Hammer

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Michael Weisenstein

Vorschlag 5 (FDP):
Reinhard Houben

Vorschlag 6 (AfD):
Ina Verena Ast

Bei der Wahl werden Stimmen 89 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (FDP):	*6 Stimmen*
Vorschlag 6 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Wilfried Kuckelkorn
Susana dos Santos Herrmann
Peter Kron
Dirk Michel
Helga Blömer-Frerker
Andreas Wolter
Lino Hammer
Michael Weisenstein
Reinhard Houben

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat der Stadt Köln schlägt der Hauptversammlung der Kölner Verkehrs-Betriebe AG folgende Mitglieder zur Wahl in den Aufsichtsrat vor:

1) Stadtdirektor Guido Kahlen

(gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. eine(n) von ihm vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

2) Wilfried Kuckelkorn
3) Susana dos Santos Herrmann
4) Peter Kron
5) Dirk Michel
6) Helga Blömer-Frerker
7) Andreas Wolter
8) Lino Hammer
9) Michael Weisenstein
10) Reinhard Houben

Er beauftragt den städtischen Vertreter in der Hauptversammlung der Kölner Verkehrs-Betriebe AG, entsprechend zu votieren.

Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu

dem die Hauptversammlung aufgrund der Vorschläge des Rates neue Aufsichtsratsmitglieder bestellen kann. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.3.5:

2.3.5 Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK AG)
hier: Vorschläge für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern
1696/2014

(Präsentation - Folie 72)

Ich bitte um Handzeichen für: Vorschlag 1 der SPD. - Vorschlag 2 der CDU. - Vorschlag 3 der Grünen. - Vorschlag 4 von Linken, Piraten und Deinen Freunden. - Vorschlag 5 der FDP. - Vorschlag 6 der AfD.

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW entsendet die Stadt Köln

- Herrn Michael Zimmermann

als Mitglied in den Aufsichtsrat Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK AG).

Für die Wahl der weiteren Mitglieder liegen 6 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Jörg van Geffen
Jochen Ott

Vorschlag 2 (CDU):
Dr. Jürgen Strahl
Birgitta Nesseler-Komp

Vorschlag 3 (Grüne):
Jörg Frank

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Thomas Hegenbarth

Vorschlag 5 (FDP):
Lino Hammer

Vorschlag 6 (AfD):
Ina Verena Ast

Bei der Wahl werden Stimmen 89 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (FDP):	*6 Stimmen*
Vorschlag 6 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Jörg van Geffen
Jochen Ott
Dr. Jürgen Strahl
Birgitta Nesseler-Komp
Jörg Frank
Thomas Hegenbarth
Lino Hammer

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat schlägt der Hauptversammlung der Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK AG) folgende 8 Mitglieder zur Wahl in den Aufsichtsrat vor:

1. Michael Zimmermann

(Gemäß § 113 Abs. 2 GO NW den Oberbürgermeister bzw. die/den von ihm vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

2. Jörg van Geffen
3. Jochen Ott
4. Dr. Jürgen Strahl
5. Birgitta Nesseler-Komp
6. Jörg Frank
7. Thomas Hegenbarth
8. Lino Hammer

Er beauftragt den städtischen Vertreter in der Hauptversammlung der HGK AG entsprechend zu votieren.

Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Hauptversammlung der HGK AG aufgrund der Vorschläge des Rates neue Aufsichtsratsmitglieder bestellen kann. Sie endet in jedem

Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.3.6:

2.3.6 Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH (WSK) - Vorschläge für die Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrates 1676/2014

(Präsentation - Folie 74)

Wir kommen zum Vorschlag 1, SPD. - Wir kommen zum Vorschlag 2, CDU. - Wir kommen zum Vorschlag 3, Grüne. - Wir kommen zum Vorschlag 4, Linke, Piraten und Deine Freunde. - Wir kommen zum Vorschlag 5, FDP. - Wir kommen zum Vorschlag 6, AfD.

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW entsendet die Stadt Köln

- Frau Beigeordnete Ute Berg

als Mitglied in den Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH (WSK).

Für die Wahl der weiteren Mitglieder liegen 6 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Inge Halberstadt-Kausch
Christian Joisten
Frank Schneider

Vorschlag 2 (CDU):
Dr. Helge Schlieben
Gräfin Alexandra von Wengersky

Vorschlag 3 (Grüne):
Dr. Matthias Welpmann
Berivan Aymaz

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Güldane Tokyürek

Vorschlag 5 (FDP):
Jochen Ott

Vorschlag 6 (AfD):
Roger Beckamp

Bei der Wahl werden Stimmen 89 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (FDP):	*6 Stimmen*
Vorschlag 6 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Inge Halberstadt-Kausch
Christian Joisten
Frank Schneider
Dr. Helge Schlieben
Gräfin Alexandra von Wengersky
Dr. Matthias Welpmann
Berivan Aymaz
Güldane Tokyürek
Jochen Ott

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat empfiehlt dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH, folgende 10 Mitglieder in den Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH zu entsenden:

1. Beigeordnete Ute Berg

(Gem. §113 Abs 2 GO NW den Oberbürgermeister bzw. einen von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln)

Und

2. Inge Halberstadt-Kausch
3. Christian Joisten
4. Frank Schneider
5. Dr. Helge Schlieben
6. Gräfin Alexandra von Wengersky
7. Dr. Matthias Welpmann
8. Berivan Aymaz
9. Güldane Tokyürek
10. Jochen Ott

Die Entsendung / Empfehlung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ.

Bei dem Oberbürgermeister bzw. der / dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.3.7:

2.3.7 AVG Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat 1471/2014

(Präsentation - Folie 76)

Ich rufe zur Abstimmung auf: Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Linke, Piraten und Deine Freunde. - Vorschlag 5, AfD. - Damit haben wir auch die AVG abgearbeitet.

(Zuruf von der SPD: In der Liste 1 wird gerade ein redaktioneller Fehler korrigiert! Unter Ziffer 3 muss es nicht Christian Joisten heißen, sondern Wilfried Becker!)

- Okay. Dann nehmen wir diese Änderung noch mit auf.

(Die Liste wird geändert)

Zur Sicherheit stelle den Vorschlag 1 der SPD noch einmal zur Abstimmung, weil wir hier eine Veränderung vorgenommen haben. Wer ist für die Liste 1 in dieser Form? - Danke für den Hinweis.

Punkt 2.3.8, KölnBäder GmbH, haben wir schon behandelt.

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW entsendet die Stadt Köln

- Frau Beigeordnete Henriette Reker

als Mitglied in den Aufsichtsrat der AVG Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH.

Für die Wahl der weiteren Mitglieder liegen 5 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Polina Frebel
Karl-Heinz Walter
Wilfried Becker

Vorschlag 2 (CDU):
Hans-Werner Bartsch
Margret Dresler-Graf

Vorschlag 3 (Grüne):
Gerd Brust
Ralph Sterck

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Gertrud Scholz

Vorschlag 5 (AfD):
Stephan Boyens

Bei der Wahl werden Stimmen 83 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Polina Frebel
Karl-Heinz Walter
Wilfried Becker
Hans-Werner Bartsch
Margret Dresler-Graf
Gerd Brust
Ralph Sterck
Gertrud Scholz

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat entsendet als Mitglieder in den Aufsichtsrat der AVG Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH:

1. Beigeordnete Henriette Reker

(Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. die/den von ihm vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

2. Polina Frebel
3. Karl-Heinz Walter
4. Wilfried Becker
5. Hans-Werner Bartsch
6. Margret Dresler-Graf
7. Gerd Brust
8. Ralph Sterck
9. Gertrud Scholz

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.3.9:

2.3.9 AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH:
Vorschläge für die Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern
1515/2014

(Präsentation - Folie 80)

Ich rufe auf: Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Linke, Piraten und Deine Freunde. - Vorschlag 5, AfD.

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW entsendet die Stadt Köln

- Frau Beigeordnete Henriette Reker

als Mitglied in den Aufsichtsrat der AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH.

Für die Wahl der weiteren Mitglieder liegen 5 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Polina Frebel

Vorschlag 2 (CDU):
Dr. Walter Gutzeit

Vorschlag 3 (Grüne):
Gerd Brust
Dr. Matthias Welpmann

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Hamide Akbayir

Vorschlag 5 (AfD):
Stephan Boyens

Bei der Wahl werden Stimmen 83 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Polina Frebel
Dr. Walter Gutzeit
Gerd Brust
Hamide Akbayir

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat schlägt der Stadtwerke Köln GmbH folgende Mitglieder zur Entsendung in den Aufsichtsrat der AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH vor:

1. Beigeordnete Henriette Reker

(Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. die/den von ihm vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

2. Polina Frebel
3. Dr. Walter Gutzeit
4. Gerd Brust.
5. Hamide Akbayir

Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder zur Entsendung vorgeschlagen werden. Sie endet in je-

dem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit haben wir die Besetzung der Aufsichtsgremien des Stadtwerke-Konzerns abgeschlossen und kommen zu:

2.4 Aufsichtsgremien weiterer städtischer Unternehmen

Zu Tagesordnungspunkt 2.4.1:

2.4.1 Koelnmesse GmbH
hier: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat
0849/2014

(Präsentation - Folie 83)

Bitte das Handzeichen für: Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Linke, Piraten und Deine Freunde. - Vorschlag 5, FDP. - Vorschlag 6, AfD.

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW entsendet die Stadt Köln Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters als Mitglied in den Aufsichtsrat der Koelnmesse GmbH.

Für die Wahl der weiteren Mitglieder liegen 6 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Axel Kaske
Susana dos Santos Hermann
Dr. Barbara Lübbecke

Vorschlag 2 (CDU):
Bernd Petelkau
Niklas Kienitz
Dr. Ralph Elster

Vorschlag 3 (Grüne):
Kirsten Jahn
Manfred Richter

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Thorsten Weil

Vorschlag 5 (FDP):
Reinhard Houben

Vorschlag 6 (AfD):
Sven Tritschler

Bei der Wahl werden Stimmen 89 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (FDP):	*6 Stimmen*
Vorschlag 6 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Axel Kaske
Susana dos Santos Hermann
Dr. Barbara Lübbecke
Bernd Petelkau
Niklas Kienitz
Dr. Ralph Elster
Kirsten Jahn
Manfred Richter
Thorsten Weil
Reinhard Houben

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat entsendet in den Aufsichtsrat der Koelnmesse GmbH:

1. Oberbürgermeister Jürgen Roters

……..
(Gem. § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. ein von ihm vorgeschlagener Bediensteter der Stadt Köln)

2. Axel Kaske	*7. Dr. Ralph Elster*
……	*……..*
3. Susana dos Santos Hermann	*8. Kirsten Jahn*
……	*……..*
4. Dr. Barbara Lübbecke	*9. Manfred Richter*
……	*……*
5. Bernd Petelkau	*10. Thorsten Weil*
……	*……..*
6. Niklas Kienitz	*11. Reinhard Houben*
……	*……..*

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.4.2:

2.4.2 Koelnmesse Ausstellungen GmbH
hier: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat
0853/2014

(Präsentation - Folie 85)

Wer ist für die Liste 1 der SPD? - Nun bitte ich um das Handzeichen für die Liste 2 der CDU.

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW entsendet die Stadt Köln Frau Beigeordnete Ute Berg als Mitglied in den Aufsichtsrat der Koelnmesse Ausstellungen GmbH.

Für die Wahl der weiteren Mitglieder liegen 2 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Dr. Barbara Lübbecke

Vorschlag 2 (CDU):
Bernd Petelkau

Bei der Wahl werden Stimmen 63 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*37 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*26 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Dr. Barbara Lübbecke

Bernd Petelkau

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat der Stadt Köln entsendet in den Aufsichtsrat der Koelnmesse Ausstellungen GmbH:

1. Beigeordnete Ute Berg

……
(Gem. § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. ein von ihm vorgeschlagener Bediensteter der Stadt Köln)

2. Dr. Barbara Lübbecke
……
3. Bernd Petelkau
……

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.4.3:

2.4.3 Flughafen Köln/Bonn GmbH
hier: Vorschläge für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern
0866/2014

(Präsentation - Folie 87)

Ich rufe auf: Vorschlag 1, SPD. - 32. Vorschlag 2, CDU. - 26. Damit haben wir das auch geklärt.

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW entsendet die Stadt Köln Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters als Mitglied in den Aufsichtsrat der Flughafen Köln/Bonn GmbH.

Für die Wahl der weiteren Mitglieder liegen 2 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Jochen Ott

Vorschlag 2 (CDU):
Bernd Petelkau

Bei der Wahl werden Stimmen 60 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD): 34 Stimmen

Vorschlag 2 (CDU): 26 Stimmen

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Jochen Ott
Bernd Petelkau

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat schlägt der Gesellschafterversammlung der Flughafen Köln/Bonn GmbH folgende 3 Mitglieder zur Wahl in den Aufsichtsrat vor:

1. Oberbürgermeister Jürgen Roters

.....

(Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. die/den von ihm vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

2. Jochen Ott
.....
3. Bernd Petelkau
.....

Er beauftragt den städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Flughafen Köln/Bonn GmbH entsprechend zu votieren.

Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Gesellschafterversammlung der FKB aufgrund der Vorschläge des Rates neue Aufsichtsratsmitglieder bestellen kann. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.4.4:

2.4.4 GAG - Entsendung von Mitgliedern des Aufsichtsrates - Vorschläge für die Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrates 1720/2014

(Präsentation - Folie 89)

Zum einen geht es um die Vertreter des Inhabers der Aktien Buchstabe B. Ich bitte um das Handzeichen für den Vorschlag 1 der SPD. - 30. Wer ist für den Vorschlag 2 der CDU? - 26.

(Präsentation - Folie 90)

Ich möchte darauf hinweisen, dass es nach § 100 Abs. 5 des Aktiengesetzes notwendig ist, ein unabhängiges und sachkundiges Aufsichtsratsmitglied zu entsenden. Das ist Herr Dr. Franz-Georg Rips, der diese Funktion auch schon in der Vergangenheit wahrgenommen hat. - Das haben Sie zur Kenntnis genommen.

Zum anderen geht es um die Besetzung des Aufsichtsrats. Ich bitte um das Handzeichen für: Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Linke, Piraten und Deine Freunde. - Vorschlag 5, AfD.

Beschlüsse:

I. Beschluss: a) Entsendung von Mitgliedern des Aufsichtsrates als Vertreter des Inhabers der Aktien Buchstabe B

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW entsendet die Stadt Köln:

- Herrn Michael Zimmermann

Für die Wahl der weiteren Mitglieder liegen 2 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Michael Frenzel

Vorschlag 2 (CDU):
Niklas Kienitz

Bei der Wahl werden 56 Stimmen abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD): 30 Stimmen
Vorschlag 2 (CDU): 26 Stimmen

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Michael Frenzel
Niklas Kienitz

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

1. Der Rat entsendet in den Aufsichtsrat der GAG Immobilien AG als Vertreter des Inhabers der Aktien Buchstabe B folgende 3 Mitglieder:

1 Michael Zimmermann

……

(Gem. §113 Abs 2 GO NW den Oberbürgermeister bzw. einen von ihm vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

Und

2 Michael Frenzel
……
Niklas Kienitz
……

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ.

Bei dem Oberbürgermeister bzw. der / dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der Vertreter des Aktionärs Stadt Köln in der nächsten Hauptversammlung als unabhängiges und sachkundiges Aufsichtsratsmitglied im Sinne des § 100 Abs. 5 AktG bestätigen wird:

Herrn Dr. Franz-Georg Rips

Der Rat fordert die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln im Aufsichtsrat der GAG Immobilien AG auf, alle erforderlichen Maßnahmen zur Wahl der vorgenannten Personen zu treffen.

II. Beschluss: b) Vorschläge für die nächste Hauptversammlung zur Wahl von 6 Mitgliedern in den Aufsichtsrat

Für die Wahl liegen 5 Vorschläge vor:

Vorschlag 1: (SPD)
1 Dr. Eva Bürgermeister
2. Jochen Ott

Vorschlag 2: (CDU)
1. Ursula Gärtner
2. Thomas Welter

Vorschlag 3 (Grüne)
1. Kirsten Jahn

Vorschlag 4: (Die Linke., Piraten, Deine Freunde)
1. Michael Weisenstein

Vorschlag 5: (AfD)
1. Roger Beckamp

Bei der Wahl werden 83 Stimmen abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD): 28 Stimmen
Vorschlag 2 (CDU): 24 Stimmen
Vorschlag 3 (Grüne) 18 Stimmen
Vorschlag 4:
(Die Linke., Piraten, Deine Freunde) 10 Stimmen
Vorschlag 5: (AfD) 3 Stimmen

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

1 Dr. Eva Bürgermeister
2. Jochen Ott
3. Ursula Gärtner
4. Thomas Welter
5. Kirsten Jahn
6. Michael Weisenstein

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

2. Der Rat schlägt der nächsten Hauptversammlung vor, folgende 6 Mitglieder in den Aufsichtsrat zu wählen:

1 Dr. Eva Bürgermeister
……
2 Jochen Ott
……
3 Ursula Gärtner
……
4 Thomas Welter
……
5 Kirsten Jahn
……
6 Michael Weisenstein
……

Er beauftragt seinen Vertreter in der Hauptversammlung, entsprechend zu votieren.

Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Hauptversammlung aufgrund der Vorschläge des Rates neue Aufsichtsratsmitglieder bestellt. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ.

Dies ist die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.4.5:

2.4.5 GWG Wohnungsgesellschaft mbH Rhein-Erft (GWG) - Entsendung eines Mitglieds in den Aufsichtsrat
1690/2014

(Präsentation - Folie 92)

Dort ist nur ein Name benannt. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat entsendet in den Aufsichtsrat der GWG Wohnungsgesellschaft mbH Rhein-Erft (GWG)

Herrn Jochen Ott

……

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ.

Dies ist die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.4.6:

2.4.6 GIZ Gründer- und Innovationszentrum GmbH im TechnologiePark Köln: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat
1420/2014

(Präsentation - Folie 94)

Hier gibt es nur den Vorschlag 1 der SPD. Wer dafür ist - machen wir es einmal so -, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind 34 Stimmen. Wer enthält sich?

(Martin Börschel [SPD]: Es gibt ja nur eine Liste!)

- So ist es. - Wir haben das jetzt entsprechend geklärt. Es gibt 34 Jastimmen. Das ist alles. Wir haben hier ja nur eine Liste und keine Alternativen dazu. Dann geht es darum, ob es eine Zustimmung dieser Nominierung gibt. Ich bitte, das zu beachten. Das ist auch notwendig, damit wir auch dann handlungsfähig bleiben, wenn keine weiteren Listenvorschläge vorhanden sind. Bei der Stimmenauszählung haben wir eben festgestellt, dass 34 Ratsmitglieder für die Nominierung der in der Liste 1 genannten Personen sind.

Trotzdem frage ich noch einmal nach Enthaltungen. Man kann sich ja enthalten, wenn man keine eigene Liste vorgelegt hat.

(Martin Börschel [SPD]: Die anderen nehmen alle nicht teil!)

- Es gibt also keine Gegenstimmen. Das ist das Entscheidende dabei.

(Zurufe: Keine Gegenstimmen!)

- Okay.

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW entsendet die Stadt Köln

als Mitglied:	*als Stellvertreter:*
Michael Josipovic	*Maria Kröger*

Für die Wahl der weiteren Personen liegt der folgende Vorschlag vor::

als Mitglied:	*als Stellvertreter:*
Andreas Pöttgen	*Malik Karaman*

Auf den Vorschlag werden 34 Stimmen - bei Stimmenthaltung der übrigen Ratsmitglieder - abgegeben

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat der Stadt Köln entsendet folgende zwei Mitglieder in den Aufsichtsrat der GIZ Gründer- und Innovationszentrum GmbH im Technologie-Park Köln. Des Weiteren bestimmt der Rat für den Verhinderungsfall der Aufsichtsratsmitglieder folgende Stellvertreter.

Mitglieder:	*Stellvertreter:*
1) Michael Josipovic _	*Maria Kröger*

(Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. ein von ihm vorgeschlagener Bediensteter der Stadt Köln)

2) Andreas Pöttgen	*Malik Karaman*

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden.

Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

2.4.7 Jugendzentren Köln gGmbH
hier: Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern
1288/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 3).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.4.8:

2.4.8 Kliniken der Stadt Köln gGmbH
hier: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat
0863/2014

(Präsentation - Folie 98)

Hier haben wir wieder über mehrere Listen abzustimmen. Wer ist für den Vorschlag 1, SPD? - Wer ist für den Vorschlag 2, CDU? - Wer ist für den Vorschlag 3, Grüne? - Wer ist für den Vorschlag 4, Linke, Piraten und Deine Freunde? - Wer ist für den Vorschlag 5, FDP? - Wer ist für den Vorschlag 6, AfD?

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW entsendet die Stadt Köln Frau Beigeordnete Henriette Reker als Mitglied in den Aufsichtsrat der Klinken der Stadt Köln gGmbH.

Für die Wahl der weiteren Mitglieder liegen 6 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Michael Paetzold
Sven Kaske

Vorschlag 2 (CDU):
Ursula Gärtner
Dr. Thomas Portz

Vorschlag 3 (Grüne):
Joachim Heinlein

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Ulla Lötzer

Vorschlag 5 (FDP):
Dr. Ralf Unna

Vorschlag 6 (AfD):

Günter Witzmann

Bei der Wahl werden Stimmen 89 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (FDP):	*6 Stimmen*
Vorschlag 6 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Michael Paetzold
Sven Kaske
Ursula Gärtner
Dr. Thomas Portz
Joachim Heinlein
Ulla Lötzer
Dr. Ralf Unna

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat entsendet als Mitglieder in den Aufsichtsrat der Kliniken der Stadt Köln gGmbH:

1. Frau Beigeordnete Henriette Reker

(Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. die/den von ihm

vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

2. Michael Paetzold
3. Sven Kaske
4. Ursula Gärtner
5. Dr. Thomas Portz
6. Joachim Heinlein
7. Ulla Lötzer
8. Dr. Ralf Unna

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.4.9:

2.4.9 Kölner Gesellschaft für Arbeit und Berufsförderung mbH (KGAB)
hier: Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern
1280/2014

(Präsentation - Folie 100)

Wer ist für die Liste 1, SPD? - Dann kommen wir zur Liste 2, CDU. - Wir kommen wir zur Liste 3, Grüne. - Wir kommen zur Liste 4, Linke, Piraten und Deine Freunde. - Wer ist für die Liste 5, FDP? - Dann kommen wir zum Vorschlag 6, AfD.

Punkt 2.4.10 haben wir als geheime Wahl eben schon behandelt.

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW entsendet die Stadt Köln Frau Beigeordnete Ute Berg in den Aufsichtsrat der Kölner Gesellschaft für Arbeit und Berufsförderung mbH (KGAB).

Für die Wahl der weiteren Mitglieder liegen 6 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Dr. Walter Schulz
Monika Möller

Vorschlag 2 (CDU):
Christoph Klausing
Stephan Pohl

Vorschlag 3 (Grüne)
Ossi Helling

Vorschlag 4 (Linke, Piraten, Deine Freunde)
Michael Scheffer

Vorschlag 5 (FDP):
Ralf Heinen

Vorschlag 6 (AfD):
Dr. Roland Quinten

Bei der Wahl werden Stimmen 89 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne)	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke, Piraten, Deine Freunde)	*10 Stimmen*

Vorschlag 5 (FDP): 6 Stimmen
Vorschlag 6 (AfD): 3 Stimmen

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:
Dr. Walter Schulz
Monika Möller
Christoph Klausing
Stephan Pohl
Ossi Helling
Michael Scheffer
Ralf Heinen

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat entsendet als Mitglieder in den Aufsichtsrat der Kölner Gesellschaft für Arbeit und Beufsförderung mbH (KGAB):

1. Beigeordnete Ute Berg

(Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. den/die von ihm vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

2. Dr. Walter Schulz
3. Monika Möller
4. Christoph Klausing
5. Stephan Pohl
6. Ossi Helling
7. Michael Scheffer
8. Ralf Heinen

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.4.11:

2.4.11 KölnKongress GmbH
hier: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat
0847/2014

(Präsentation - Folie 104)

Ich rufe auf: Liste 1, SPD. - Liste 2, CDU. - Liste 3, Grüne. - Liste 4, Linke, Piraten und Deine Freunde. - Liste 5, AfD.

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW entsendet die Stadt Köln Frau Beigeordnete Ute Berg als Mitglied in den Aufsichtsrat der KoelnKongress GmbH.

Für die Wahl der weiteren Mitglieder liegen 5 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Elfi Scho-Antwerpes

Vorschlag 2 (CDU):
Niklas Kienitz

Vorschlag 3 (Grüne):
Elisabeth Thelen

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Sebastian Tautkus

Vorschlag 5 (AfD):
Sven Tritschler

Bei der Wahl werden Stimmen 83 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD): 28 Stimmen
Vorschlag 2 (CDU): 24 Stimmen
Vorschlag 3 (Grüne): 18 Stimmen
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde): 10 Stimmen
Vorschlag 5 (AfD): 3 Stimmen

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Elfi Scho-Antwerpes
Niklas Kienitz
Elisabeth Thelen
Sebastian Tautkus

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat entsendet in den Aufsichtsrat der KölnKongress GmbH:

Beigeordnete Ute Berg

(Gem. § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. ein von ihm vorgeschlagener Bediensteter der Stadt Köln)

Elfi Scho-Antwerpes
Niklas Kienitz
Elisabeth Thelen
Sebastian Tautkus

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.4.12:

2.4.12 KölnMusik Betriebs- und Servicegesellschaft mbH
ACHTBRÜCKEN GmbH
hier: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat
0854/2014

(Präsentation - Folie 106)

Ich rufe auf: Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Linke, Piraten und Deine Freunde. - Vorschlag 5, AfD.

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW entsendet die Stadt Köln Frau Dorothée Schneider als Mitglied in den Aufsichtsrat der KölnMusik Betriebs- und Servicegesellschaft mbH ACHTBRÜCKEN GmbH.

Für die Wahl der weiteren Mitglieder liegen 5 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Prof. Klaus Schäfer

Vorschlag 2 (CDU):
Dr. Ralph Elster

Vorschlag 3 (Grüne):
Brigitta von Bülow

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Gisela Stahlhofen

Vorschlag 5 (AfD):
Thomas Traeder

Bei der Wahl werden Stimmen 83 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Prof. Klaus Schäfer
Dr. Ralph Elster
Brigitta von Bülow
Gisela Stahlhofen

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat entsendet in die Aufsichtsräte der KölnMusik Betriebs- und Servicegesellschaft mbH und der AchtBrücken GmbH:

Dorothée Schneider

(Gem. § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. die/den von ihm vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

Des Weiteren entsendet der Rat folgende 4 Mitglieder in die Aufsichtsräte der KölnMusik Betriebs- und Servicegesellschaft mbH und der AchtBrücken GmbH:

2. Prof. Klaus Schäfer
3. Dr. Ralph Elster
4. Brigitta von Bülow
5. Gisela Stahlhofen

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung

nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.4.13:

2.4.13 KölnTourismus GmbH
hier: Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern
1279/2014

(Präsentation - Folie 108)

Wir kommen zu: Liste 1, SPD. - Liste 2, CDU. - Liste 3, Grüne. - Liste 4, Linke, Piraten und Deine Freunde. - Liste 5, FDP. - Liste 6, AfD.

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW entsendet die Stadt Köln Frau Beigeordnete Ute Berg als Mitglied in den Aufsichtsrat der Köln Tourismus GmbH.

Für die Wahl der weiteren Mitglieder liegen 6 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Malik Karaman
Jörg van Geffen

Vorschlag 2 (CDU):
Teresa De Bellis-Olinger

Vorschlag 3 (Grüne):
Elisabeth Thelen

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Lisa Hanna Gerlach

Vorschlag 5 (FDP):
Kirsten Jahn

Vorschlag 6 (AfD):
Sven Tritschler

Bei der Wahl werden Stimmen 89 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (FDP):	*6 Stimmen*
Vorschlag 6 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Malik Karaman
Jörg van Geffen
Teresa De Bellis-Olinger
Ira Sommer
Elisabeth Thelen
Lisa Hanna Gerlach
Kirsten Jahn

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat der Stadt Köln entsendet folgende acht Mitglieder in den Aufsichtsrat der KölnTourismus GmbH:

Beigeordnete Ute Berg

(Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. die/den von ihm

vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

1. *Malik Karaman*
2. *Jörg van Geffen*
3. *Teresa De Bellis-Olinger*
4. *Ira Sommer*
5. *Elisabeth Thelen*
6. *Lisa Hanna Gerlach*
7. *Kirsten Jahn*

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die

Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.4.14:

2.4.14 SBK gGmbH - Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern
1708/2014

(Präsentation - Folie 110)

Bitte das Handzeichen für: Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Linke, Piraten und Deine Freunde. - Vorschlag 5, FDP. - Vorschlag 6, AfD.

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW entsendet die Stadt Köln Frau Beigeordnete Henriette Reker als Mitglied in den Aufsichtsrat der SBK gGmbH.

Für die Wahl der weiteren Mitglieder liegen 6 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Monika Schultes
Michael Paetzold

Vorschlag 2 (CDU):
Christoph Klausing
Thomas Welter

Vorschlag 3 (Grüne):
Ossi Helling

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Friederike Stolle

Vorschlag 5 (FDP):
Katja Hoyer

Vorschlag 6 (AfD):
Hendrik Rottmann

Bei der Wahl werden Stimmen 89 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (FDP):	*6 Stimmen*
Vorschlag 6 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Monika Schultes
Michael Paetzold
Christoph Klausing
Thomas Welter
Ossi Helling
Friederike Stolle
Katja Hoyer

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat der Stadt Köln entsendet folgende acht Mitglieder in den Aufsichtsrat der Sozial-Betriebe Köln gGmbH:

1) Beigeordnete Henriette Reker

Gem. § 113 Abs. 2 GO NW den Oberbürgermeister bzw. eine(n) von ihm vorgeschlagene(r) Bedienstete(r) der Stadt Köln

2) Monika Schultes
3) Michael Paetzold
4) Christoph Klausing
5) Thomas Welter
6) Ossi Helling
7) Friederike Stolle
8) Katja Hoyer

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.4.15:

2.4.15 AG Zoologischer Garten Köln
hier: Vorschläge für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern
1267/2014

(Präsentation - Folie 112)

Ich rufe auf: Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Linke, Piraten und Deine Freunde. - Vorschlag 5, AfD.

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW entsendet die Stadt Köln Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters als Mitglied in den Aufsichtsrat der AG Zoologischer Garten Köln.

Für die Wahl der weiteren Mitglieder liegen 5 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Monika Möller
Dr. Ralf Heinen

Vorschlag 2 (CDU):
Walter Grau

Vorschlag 3 (Grüne):
Dr. Ralf Unna

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Heiner Kockerbeck

Vorschlag 5 (AfD):
Wolfram Baentsch

Bei der Wahl werden Stimmen 83 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Monika Möller
Dr. Ralf Heinen
Walter Grau
Dr. Ralf Unna
Heiner Kockerbeck

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat der Stadt Köln schlägt der Hauptversammlung (HV) der Aktiengesellschaft Zoologischer Garten Köln folgende sechs Mitglieder zur Wahl in den Aufsichtsrat vor:

1. Oberbürgermeister Jürgen Roters

(Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. den/die von ihm vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

2. Monika Möller
3. Dr. Ralf Heinen
4. Walter Grau
5. Dr. Ralf Unna
6. Heiner Kockerbeck

Er beauftragt den städtischen Vertreter in der HV der AG Zoologischer Garten Köln, entsprechend zu votieren.

Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die HV aufgrund der Vorschläge des Rates neue Aufsichtsratsmitglieder bestellen kann. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.4.16:

2.4.16 moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaues und der Gemeindeentwicklung mbH
hier: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat
1426/2014

(Präsentation - Folie 114)

Ich bitte um das Handzeichen für: Liste 1 der SPD. - Liste 2 der CDU. - Liste 3 der Grünen. - Liste 4 von Linken, Piraten und Deinen Freunden. - Liste 5 der AfD.

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW entsendet die Stadt Köln Herrn Beigeordneten Franz-Josef Höing als Mitglied in den Aufsichtsrat der moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaues und der Gemeindeentwicklung mbH.

Für die Wahl der weiteren Mitglieder liegen 5 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Michael Frenzel
Ralph Sterck

Vorschlag 2 (CDU):
Birgit Gordes
Niklas Kienitz

Vorschlag 3 (Grüne):
Kirsten Jahn

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Alexander Recht

Vorschlag 5 (AfD):
Florian Mertens

Bei der Wahl werden Stimmen 83 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Michael Frenzel
Ralph Sterck
Birgit Gordes
Niklas Kienitz
Kirsten Jahn
Alexander Recht

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat entsendet als Mitglieder in den Aufsichtsrat der moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaues und der Gemeindeentwicklung mbH

1. Beigeordneten Franz-Josef Höing

(Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. die/den von ihm

vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

2. Michael Frenzel
3. Ralph Sterck
4. Birgit Gordes
5. Niklas Kienitz
6. Kirsten Jahn
7. Alexander Recht

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.4.17:

2.4.17 Vorschlag für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern RheinCargo GmbH & Co. KG
1703/2014

(Präsentation - Folie 116)

Ich rufe auf: Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Linke, Piraten und Deine Freunde. - Vorschlag 5, AfD.

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW entsendet die Stadt Köln Herrn Michael Zimmermann als Mitglied in den Aufsichtsrat der RheinCargo Gmbh & Co. KG.

Für die Wahl der weiteren Mitglieder liegen 5 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Jörg van Geffen
Jochen Ott

Vorschlag 2 (CDU):
Dr. Jürgen Strahl

Vorschlag 3 (Grüne):
Jörg Frank

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Thomas Hegenbarth

Vorschlag 5 (AfD):
Sven Tritschler

Bei der Wahl werden Stimmen 83 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Jörg van Geffen
Jochen Ott
Dr. Jürgen Strahl
Jörg Frank
Thomas Hegenbarth

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat der Stadt Köln schlägt der Häfen und Güterverkehr Köln AG vor, folgende 6 Mitglieder in den Aufsichtsrat der RheinCargo GmbH & Co. KG zu entsenden:

1. Michael Zimmermann

(gem. § 113 Abs. 2 GO NW den Oberbürgermeister bzw. einen von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln als Mitglied)

2. Jörg van Geffen
3. Jochen Ott
4. Dr. Jürgen Strahl
5. Jörg Frank
6. Thomas Hegenbarth

Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.4.18:

2.4.18 Akademie der Künste der Welt/Köln, gGmbH
hier: Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern
1273/2014

(Präsentation - Folie 118)

Ich bitte um das Handzeichen für: Liste 1 der SPD. - Liste 2 der CDU. - Liste 3 der Grünen. - Liste 4 von Linken, Piraten und Deinen Freunden. - Liste 5 der FDP. - Liste 6 der AfD.

Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW entsendet die Stadt Köln Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach als Mitglied in den Aufsichtsrat der Akademie der Künste der Welt/Köln gGmbH.

Für die Wahl der weiteren Mitglieder liegen 6 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Prof. Klaus Schäfer
Dr. Eva Bürgermeister

Vorschlag 2 (CDU):
Karin Reinhardt
Anne Henk-Hollsteinr

Vorschlag 3 (Grüne):
Berivan Aymaz

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Gisela Stahlhofen

Vorschlag 5 (FDP):
Brigitta van Bülow

Vorschlag 6 (AfD):
Thomas Traeder

Bei der Wahl werden Stimmen 89 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (FDP):	*6 Stimmen*
Vorschlag 6 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Prof. Klaus Schäfer
Dr. Eva Bürgermeister
Karin Reinhardt
Anne Henk-Hollstein
Berivan Aymaz
Gisela Stahlhofen
Brigitta van Bülow

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat entsendet als Mitglieder in den Aufsichtsrat der Akademie der Künste der Welt/Köln, gGmbH:

Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach

(Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. die/den von ihm

vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

Prof. Klaus Schäfer
Dr. Eva Bürgermeister
Karin Reinhardt
Anne Henk-Hollstein
Berivan Aymaz
Gisela Stahlhofen
Brigitta van Bülow

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit haben wir das abgearbeitet und kommen jetzt zu:

2.5 Stiftungsgremien/-funktionen

Zu Tagesordnungspunkt 2.5.1:

2.5.1 Vertretung der Stadt Köln im Vorstand der Krankenhausstiftung Worringen 1878/2014

(Präsentation - Folie 120)

Hier sehen Sie den Beschlussvorschlag. Darin ist der Name von Herrn Paetzold genannt. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt in den Vorstand der Krankenhausstiftung Worringen das Ratsmitglied

Herrn Michael Paetzold

Die Wahl erfolgt für drei Jahre, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.5.2:

2.5.2 Besetzung der Deputation der Guilleaume-Stiftung St. Antoniusheim 1880/2014

(Präsentation - Folie 122)

Jetzt müssen wir wieder über die einzelnen Listen abstimmen. Ich rufe auf: Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Linke, Piraten und Deine Freunde. - Vorschlag 5, AfD.

Für die Wahl der Mitglieder liegen 5 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Dr. Ralf Heinen
Andreas Pöttgen
Inge Halberstadt-Kausch

Vorschlag 2 (CDU):
Martin Erkelenz
Thomas Welter

Vorschlag 3 (Grüne):
Svenja Rabenstein
Julia Woller

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Joachim Schulz

Vorschlag 5 (AfD):
Doris Hoffmann-Strumpf

Bei der Wahl werden Stimmen 83 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Dr. Ralf Heinen
Andreas Pöttgen
Inge Halberstadt-Kausch
Martin Erkelenz
Thomas Welter
Svenja Rabenstein
Julia Woller
Joachim Schulz

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Zu Mitgliedern der Deputation der Guilleaume-Stiftung St. Antoniusheim wählt der Rat aus seinen Reihen

1. *Dr. Ralf Heinen*
2. *Andreas Pöttgen*
3. *Inge Halberstadt-Kausch*
4. *Martin Erkelenz*
5. *Thomas Welter*
6. *Svenja Rabenstein*
7. *Julia Woller*
8. *Joachim Schulz*

Die Wahl erfolgt für die Dauer der Wahlzeit des Rates, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.5.3:

2.5.3 Besetzung des Kuratoriums der Stiftung Dr. Dormagen-Guffanti
1883/2014

(Präsentation - Folie 124)

Auch hier müssen wir wieder einzeln abstimmen. Es tut mir leid. Inzwischen haben wir das aber schon gut drauf. Ich bitte um das Handzeichen für: Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Linke, Piraten und Deine Freunde. - Vorschlag 5, AfD.

Für die Wahl der Mitglieder liegen 5 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Monika Schultes
Erika Oedingen

Vorschlag 2 (CDU):
Birgitta Nesseler-Komp

Vorschlag 3 (Grüne):
Horst Thelen

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Werner Philippi

Vorschlag 5 (AfD):
Thomas Traeder

Bei der Wahl werden Stimmen 83 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Monika Schultes
Erika Oedingen
Birgitta Nesseler-Komp
Horst Thelen
Werner Philippi

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Zu Mitgliedern des Kuratoriums der Stiftung Dr. Dormagen-Guffanti wählt der Rat aus seinen Reihen

1. *Monika Schultes*
2. *Erika Oedingen*
3. *Birgitta Nesseler-Komp*
4. *Horst Thelen*
5. *Werner Philippi*

Die Wahl erfolgt für die Dauer der Wahlzeit des Rates, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.5.4:

2.5.4 Besetzung des Kuratoriums der Gerda und Manfred Ulbrich-Stiftung 1887/2014

(Präsentation - Folie 126)

Zur Abstimmung rufe ich auf: Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU.

Für die Wahl der Mitglieder liegen 2 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Dietmar Ciesla-Baier

Vorschlag 2 (CDU):
Martin Erkelenz

Bei der Wahl werden Stimmen 61 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*35 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*26 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Dietmar Ciesla-Baier
Martin Erkelenz

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Zu Mitgliedern des Kuratoriums der Gerda und Manfred Ulbrich-Stiftung wählt der Rat aus seinen Reihen

1. *Dietmar Ciesla-Baier*
2. *Martin Erkelenz*

Die Wahl erfolgt für die Dauer der Wahlzeit des Rates, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.5.5:

2.5.5 Bestellung einer Inspektorin/eines Inspektors der Stiftung Johann-Heinrich Claren 1888/2014

(Präsentation - Folie 127)

Hier wird die Wahl von Frau Monika Schultes vorgeschlagen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so erfolgt.

Beschluss:

Aus seinen Reihen wählt der Rat Frau

Monika Schultes

zur Inspektorin/zum Inspektor der Stiftung Johann-Heinrich Claren.

Die Wahl erfolgt für die Dauer der Wahlzeit des Rates, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.5.6:

2.5.6 Gebrüder Coblenz Stift e. V. Entsendung von Beiratsmitgliedern 2052/2014

(Präsentation - Folie 129)

Bitte das Handzeichen für: Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, AfD. - Liebe Stimmzählerinnen und Stimmzähler, Sie werden hier ganz schön gefordert. Das muss man wirklich sagen. Wir wissen das aber zu würdigen.

Für die Wahl der Mitglieder liegen 4 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Monika Schultes *SV.: Dietmar Ciesla-Baier*

Vorschlag 2 (CDU):
Marcus Derichs SV.: Ursula Gärtner

Vorschlag 3 (Grüne):
Karsten Kretschmer SV.: Berivan Aymaz

Vorschlag 4 (AfD):
Doris Hoffmann-Strumpf
SV.: Dr. Roland Quinten

Bei der Wahl werden Stimmen 77 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*22 Stimmen*
Vorschlag 4 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Monika Schultes	*SV.: Dietmar Ciesla-Baier*
Marcus Derichs	*SV.: Ursula Gärtner*
Karsten Kretschmer	*SV.: Berivan Aymaz*

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat der Stadt Köln entsendet folgende Mitglieder in den Beirat des Vereins „Gebrüder Coblenz Stift e.V.“

	Mitglieder:	*Stellvertreter:*
1.	*Monika Schultes*	*Dietmar Ciesla-Baier*
2.	*Marcus Derichs*	*Ursula Gärtner*
3.	*Karsten Kretschmer*	*Berivan Aymaz*

Die Entscheidung gilt für die Wahlperiode des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem Rat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.5.7:

2.5.7 Wahl der Mitglieder zum Kuratorium der Krankenhausstiftung Porz am Rhein 2054/2014

(Präsentation - Folie 131)

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um das Handzeichen für: Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne. - Vorschlag 4, Linke, Piraten und Deine Freunde. - Vorschlag 5, AfD.

Für die Wahl der Mitglieder liegen 5 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Sven Kaske
Elfi Scho-Antwerpes

Vorschlag 2 (CDU):
Anne Henk-Hollstein

Vorschlag 3 (Grüne):
Arif Ünal

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Helmuth Krämer

Vorschlag 5 (AfD):
Hendrik Rottmann

Bei der Wahl werden Stimmen 83 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Sven Kaske
Elfi Scho-Antwerpes
Anne Henk-Hollstein
Arif Ünal
Helmuth Krämer

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat wählt in das Kuratorium der Krankenhausstiftung Porz am Rhein:

1. *Sven Kaske*
2. *Elfi Scho-Antwerpes*
3. *Anne Henk-Hollstein*
4. *Arif Ünal*
5. *Helmuth Krämer*

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann haben wir das auch erledigt und kommen jetzt noch zu:

2.6 Sonstige Gremien

Ich glaube, dass wir damit auch zügig durchkommen.

Zu Tagesordnungspunkt 2.6.1:

2.6.1 Bestellung von Vertretern der Stadt Köln, die gemäß § 63 Abs. 2 i. V. m. § 113 Abs. 4 GO NW Mitgliedsrechte der Stadt Köln in Organen, Beiräten oder Ausschüssen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen wahrnehmen
1722/2014

(Präsentation - Folie 134)

Ich rufe auf: Vorschlag 1, SPD. - Vorschlag 2, CDU. - Vorschlag 3, Grüne.

Unter TOP 2.6.1 müssen wir jetzt auch noch Mehrheitsbeschlüsse fassen, und zwar in Bezug auf den Vorstand des Deutschen Kamerapreises Köln e. V., die Hauptversammlung des Deutschen Bühnenvereins, den Kulturausschuss des Deutschen Städtetages, den Kulturausschuss des Städtetages NRW, den Vorstand der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde und den Verband der Bibliotheken des Landes NRW. Das ergibt sich aus der Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen. - Herzlichen Dank.

Beschlüsse:

I. Wahl der Vertreter des Rates für den Beirat des Italienischen Kulturinstitutes:

Für die Wahl liegen 3 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Christian Joisten

Vorschlag 2 (CDU):
Teresa De Bellis-Olinger

Vorschlag 3 (Grüne):
Berivan Aymaz

Bei der Wahl werden Stimmen 76 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*26 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*22 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Christian Joisten
Teresa De Bellis-Olinger
Berivan Aymaz

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat bestellt die Ratsmitglieder

Christian Joisten
Teresa De Bellis-Olinger
Berivan Aymaz

zur Wahrnehmung der Mitgliedschaftsrechte der Stadt Köln im Beirat des Italienischen Kulturinstitutes entsprechend dem Vertrag mit der Italienischen Regierung vom 06.11.1954 ist der Oberbürgermeister der Stadt Köln der Ehrenpräsident des Beirates.

Die Bestellung gilt für die laufende Ratsperiode, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat bzw. zur Verwaltung der Stadt Köln.

II. Wahl der Personen für folgende weitere Gremien:

Der Rat bestellt für die nachfolgenden Gremien die genannten Personen zur Wahrnehmung der Mitgliedschaftsrechte der Stadt Köln:

2. Vorstand des Deutschen Kamerapreises Köln e. V.	*Oberbürgermeister Roters*
3. Hauptversammlung des Deutschen Bühnenvereins	*Beigeordnete Laugwitz-Aulbach*
4. Kulturausschuss des Deutschen Städtetages	*Beigeordnete Laugwitz-Aulbach*

(Wahl der Mitglieder erfolgt nach dem Proporz der Einwohnerzahl der Mitgliederstädte; Nachbesetzung, sobald ein

Sitz frei wird)

Kulturausschuss des Städtetages NRW	*Beigeordnete Laugwitz-Aulbach*
(Teilnahme nach persönlicher Anmeldung)	
6. Vorstand der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde	*Beigeordnete Laugwitz-Aulbach*
(Sitz der Gesellschaft ist Köln)	
7. Verband der Bibliotheken des Landes NRW	*Frau Dr. Vogt* *Leiterin der Stadtbibliothek Köln*

Die Bestellung gilt für die laufende Ratsperiode, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat bzw. zur Verwaltung der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.6.2:

2.6.2 Lenkungskreis Politische Vertretung für die Archäologische Zone/Jüdisches Museum Köln
1731/2014

(Präsentation - Folie 136)

Da geht es wieder nach Hare/Niemeyer. Bitte das Handzeichen für: Vorschlag 1 der SPD. - Vorschlag 2 der CDU. - Vorschlag 3 der Grünen. - Vorschlag 4 von Linken, Piraten und Deinen Freunden. - Vorschlag 5 der AfD.

Für die Wahl der Mitglieder liegen 5 Vorschläge vor:

Mitglied:	*Stellvertreter:*
Vorschlag 1 (SPD):	
Prof. Klaus Schäfer	*Anke Brunn*
Dr. Eva Bürgermeister	*Inge Halberstadt-Kausch*
Vorschlag 2 (CDU):	
Dr. Ralph Elster	*Katharina Welcker*
kein weiterer Vorschlag	*kein weiterer Vorschlag*
Vorschlag 3 (Grüne):	
Brigitta von Bülow	*Sabine Pakulat*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	
Ulrike Detjen	*Felix Schulte*
Vorschlag 5 (AfD):	
Thomas Traeder	*Roger Beckamp*

Bei der Wahl werden Stimmen 85 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (AfD):	*5 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Mitglied:	*Stellvertreter:*
1. Prof. Klaus Schäfer	*1. Anke Brunn*
2. Dr. Eva Bürgermeister	*2. Inge Halberstadt-Kausch*
3. Dr. Ralph Elster	*3. Katharina Welcker*
4. kein Vorschlag der CDU	*4. Kein Vorschlag der CDU*
5. Brigitta von Bülow	*5. Sabine Pakulat*
6. Ulrike Detjen	*6. Felix Schulte*

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Zur politischen Begleitung des Projektes Archäologische Zone/Jüdisches Museum Köln beschließt der Rat der Stadt Köln Gemäß der am 10.9.2013 unterzeichneten öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung zur Kooperation der Stadt Köln und des LVR für den Lenkungskreis Politische Vertretung für die Ratsperiode 2014-2020 folgende sechs Personen und Stellvertretungen zu entsenden:

Mitglied:	*Stellvertreter:*
1. Prof. Klaus Schäfer	*1. Anke Brunn*
2. Dr. Eva Bürgermeister	*2. Inge Halberstadt-Kausch*

3. Dr. Ralph Elster	*3. Katharina Welcker*
4.	*4.*
5. Brigitta von Bülow	*5. Sabine Pakulat*
6. Ulrike Detjen	*6. Felix Schulte*

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.6.3:

2.6.3 Benennung von Delegierten zur Konferenz der Ratsmitglieder des Städtetages Nordrhein-Westfalen 1957/2014

(Präsentation - Folie 138)

Ich rufe die einzelnen Vorschläge auf: SPD. - CDU. - Grüne. - AfD.

Für die Wahl liegen 4 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Mitglied: Martin Börschel
Stellvertreterin: Susana dos Santos Hermann

Vorschlag 2 (CDU):
Mitglied: Dr. Ralph Elster
Stellvertreterin: Margret Dresler-Graf

Vorschlag 3 (Grüne):
Mitglied: Kirsten Jahn
Stellvertreter: Jörg Frank

Vorschlag 4 (AfD):
Mitglied: Roger Beckamp
Stellvertreter: Jochen Haug

Bei der Wahl werden Stimmen 77 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*22 Stimmen*
Vorschlag 4 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Mitglied: Martin Börschel
Stellvertreterin: Susana dos Santos Hermann
Mitglied: Dr. Ralph Elster
Stellvertreterin: Margret Dresler-Graf
Mitglied: Kirsten Jahn
Stellvertreter: Jörg Frank

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat benennt als Teilnehmer/in und Stellvertreter/in für die Konferenz der Ratsmitglieder beim Städtetag Nordrhein-Westfalen nachfolgende Delegierte für die Dauer der gesamten Wahlperiode 2014/2020:

Teilnehmer/in	*Stellvertreter/in*
1. Martin Börschel	*Susana dos Santos Hermann*
2. Dr. Ralph Elster	*Margret Dresler-Graf*
3. Kirsten Jahn	*Jörg Frank*

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.6.4:

2.6.4 Beirat Bürgerzentrum Alte Feuerwache 1911/2014

(Präsentation - Folie 140)

Das machen auch zügig. Liste 1, SPD. - Liste 2, CDU. - Liste 3, Grüne. - Liste 4, Linke. - Liste 5, FDP. - Liste 6, AfD.

Für die Wahl der Mitglieder liegen 6 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Dr. Walter Schulz

Vorschlag 2 (CDU):
Günter Leitner

Vorschlag 3 (Grüne):
Marion Heuser

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Michael Scheffer

Vorschlag 5 (FDP):
Maria Tillessen

Vorschlag 6 (AfD):
Anette Schumacher

Bei der Wahl werden Stimmen 89 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (FDP)	*6 Stimmen*
Vorschlag 6 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Dr. Walter Schulz
Günter Leitner
Marion Heuser
Michael Scheffer
Maria Tillessen

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat der Stadt Köln entsendet Gemäß § 7 Absatz 2 der aktuell gültigen Vereinssatzung fünf von ihm zu benennende Personen,

Herrn Dr. Walter Schulz
Herrn Günter Leitner
Frau Marion Heuser
Herrn Michael Scheffer
Frau Maria Tillessen

in den Beirat des Trägervereins „Bürgerzentrum Alte Feuerwache e.V.“.

Die Entscheidung gilt für die Wahlperiode des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.6.5:

2.6.5 Vorschlag von Mitgliedern für den Beirat der gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter) gemäß § 18 d Sozialgesetzbuch, Zweites Buch (SGB II)
2063/2014

Änderungsantrag der AfD-Fraktion
AN/1068/2014

Zuerst müssen wir über den Antrag der Alternative für Deutschland abstimmen, der Ihnen als Tischvorlage vorgelegt worden ist.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Ich kenne den Antrag nicht!)

- Er ist am heutigen Tage als Tischvorlage verteilt worden. Ich kann den Beschlusstext aber noch einmal vorlesen. Er lautet:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, der Trägerversammlung des Jobcenters Köln die sozialpolitischen Sprecher der im Rat vertretenen Fraktionen für den Beirat des Jobcenters Köln vorzuschlagen.

Das ist der Vorschlag der AfD. Er bedeutet, dass das immer nur die Sprecher sein sollen und keine sonstigen sozialpolitischen Funktionsträger.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Bitte, Herr Rottmann. Sie wollen das noch begründen.

Hendrik Rottmann (AfD): Ja, ich würde das gerne noch begründen. In der ursprünglichen Vorlage heißt es, dass nicht mehr die vier größten Fraktionen daran teilnehmen sollen, sondern die fünf größten Fraktionen, um damit - so lautet die Begründung - „die Kontinuität der bisherigen Beratung und Begleitung sicherzustellen“. Nach unserer Überzeugung hat das mit der Kontinuität nichts zu tun, sondern nur mit veränderten Wahlergebnissen. Deswegen sind wir dafür, dass nicht die fünf größten Fraktionen, sondern die sechs größten Fraktionen daran teilnehmen. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD - Martin Börschel [SPD]: Aber mit der Begründung stimmt die Vorlage trotzdem!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut. - Dann kommen wir zur Beschlussfassung über Ihren Änderungsantrag. Wer ist für diesen Änderungsantrag unter TOP 2.6.5? - Das sind die Fraktion der AfD und pro Köln. Wer enthält sich? - Es gibt keine Enthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Präsentation - Folie 141)

Dann kommen wir zu dem Beschlussvorschlag zu TOP 2.6.5. Er wird jetzt eingeblendet. Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? - Dagegen stimmen die AfD und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung von Herrn Henseler ist er angenommen.

Beschlüsse:

I. Beschluss Gemäß Änderungsantrag der AfD-Fraktion:

Der Rat beschließt, der vorgeschlagenen Text wie folgt zu ersetzen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, der Trägerversammlung des Jobcenters Köln die sozialpolitischen Sprecher der im Rat vertretenen Fraktionen für den Beirat des Jobcenters Köln vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln abgelehnt.

II. Beschluss Gemäß Verwaltungsvorlage:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, der Trägerversammlung des Jobcenters Köln die sozialpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der fünf größten im Ausschuss für Soziales und Senioren vertretenen Fraktionen als Mitglieder für den Beirat des Jobcenters Köln vorzuschlagen und damit die Kontinuität der bisherigen Beratung und Begleitung sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion sowie gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.6.6:

2.6.6 Besetzung der Jury zur Verleihung des Umweltschutzpreises der Stadt Köln 2014
2069/2014

(Präsentation - Folie 143)

Ich rufe auf: SPD. - CDU. - Grüne. - Linke, Piraten und Deine Freunde. - AfD.

Für die Wahl der Mitglieder liegen 5 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Wilfried Becker
Katja Hoyer

Vorschlag 2 (CDU):
Katharina Welcker
Dr. Walter Gutzeit

Vorschlag 3 (Grüne):
Matthias Welpmann

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Hamide Akbayir

Vorschlag 5 (AfD):
Stephan Boyens

Bei der Wahl werden Stimmen 83 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Wilfried Becker
Katja Hoyer
Katharina Welcker
Dr. Walter Gutzeit
Matthias Welpmann
Hamide Akbayir

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die folgenden 6 Ratsmitglieder an der Jurysitzung zur Verleihung des Umweltschutzpreises 2014 teilnehmen:

1. Wilfried Becker
2. Katja Hoyer
3. Katharina Welcker
4. Dr. Walter Gutzeit
5. Matthias Welpmann
6. Hamide Akbayir

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.6.7:

2.6.7 Verein Region Köln/Bonn e. V.
hier: Wahl der Mitgliedervertreter und -vertreterinnen
2111/2014

Hier müssen wir zwei verschiedene Wahlen durchführen.

(Präsentation - Folie 145)

Zunächst wählen wir die Vertreterinnen und Vertreter mit Stimmrecht. Bitte das Handzeichen für: SPD. - CDU. - Grüne. - Linke, Piraten und Deine Freunde. - FDP. - AfD.

(Präsentation - Folie 146)

Dann kommen wir zu den Vertreterinnen und Vertretern ohne Stimmrecht. Das machen wir jetzt sehr zügig. Ich rufe auf: Vorschlag 1. - Vorschlag 2. - Vorschlag 3.

Beschlüsse:

I. Wahl der Mitgliedervertreter und – vertreterinnen:

Für die Wahl liegen 6 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Jörg van Geffen
Dr. Ralf Heinen

Vorschlag 2 (CDU):
Niklas Kienitz
Stephan Pohl

Vorschlag 3 (Grüne):
Kirsten Jahn
Sabine Pakulat

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Dr. Kristine Kuch

Vorschlag 5 (FDP):
Claudia Klein

Vorschlag 6 (AfD):
Jochen Haug

Bei der Wahl werden Stimmen 89 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (FDP):	*6 Stimmen*
Vorschlag 5 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Jörg van Geffen
Dr. Ralf Heinen
Niklas Kienitz
Stephan Pohl
Kirsten Jahn
Dr. Kristine Kuch
Claudia Klein

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat wählt gem. § 6 Abs. 2 der Vereinssatzung folgende bis zu sieben Mitgliedervertreter bzw. Mitgliedervertreterinnen in die Mitgliederversammlung:

1.: Jörg van Geffen
2.: Dr. Ralf Heinen
3.: Niklas Kienitz
4.: Stephan Pohl
5.: Kirsten Jahn
6.: Dr. Kristine Kuch
7.: Claudia Klein

II. Wahl von Vertretern und Vertreterinnen ohne Stimmrecht:

Für die Wahl liegen 3 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Rafael Struwe

Vorschlag 2 (CDU):
Monika Roß-Belkner

Vorschlag 3 (Grüne):
Sabine Pakulat

Bei der Wahl werden Stimmen 72 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*20 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Rafael Struwe
Monika Roß-Belkner
Sabine Pakulat

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat wählt gem. § 6 Abs. 3 der Vereinssatzung folgende weitere bis zu drei Vertreter bzw. Vertreterinnen mit Rederecht, aber ohne Stimmrecht, in die Mitgliederversammlung:

1.: Rafael Struwe
2.: Monika Roß-Belkner
3.: Sabine Pakulat

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.6.8:

2.6.8 Besetzung von Gremien/Medien- und IT-Rat Vertreter der Stadt
2078/2014

(Präsentation - Folie 148)

Ich rufe auf: SPD. - CDU. - Grüne. - Linke, Piraten und Deine Freunde. - AfD.

Für die Wahl der Mitglieder liegen 5 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Jörg van Geffen
Susana dos Santos Herrmann

Vorschlag 2 (CDU):
Dr. Ralph Elster

Vorschlag 3 (Grüne):
Sabine Pakulat

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Thomas Hegenbarth

Vorschlag 5 (AfD):
Sven Titschler

Bei der Wahl werden Stimmen 83 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Jörg van Geffen
Susana dos Santos Herrmann
Dr. Ralph Elster
Sabine Pakulat
Thomas Hegenbarth

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat entsendet fünf Mitglieder des Rates der Stadt Köln in den Medien- und IT-Rat

1. Jörg van Geffen
2. Susana dos Santos Herrmann
3. Dr. Ralph Elster
4. Sabine Pakulat
5. Thomas Hegenbarth

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.6.9:

2.6.9 Wahl der Vertreter der Stadt Köln für den Polizeibeirat beim Polizeipräsidium Köln
1889/2014

(Präsentation - Folie 150)

Zur Abstimmung rufe ich die einzelnen Listen auf. Ich beginne mit der SPD.

(Martin Börschel [SPD]: Die Liste der SPD müsste aber länger sein!)

- Danke für den Hinweis.

(Die Liste wird ergänzt)

Jetzt ist sie richtig.

Dann beginnen wir noch einmal mit der Abstimmung. Ich rufe auf: SPD. - CDU. - Grüne. - Linke, Piraten und Deine Freunde. - FDP. - AfD.

Für die Wahl der Mitglieder und deren Stellvertreter/innen liegen 6 Vorschläge vor:

Mitglieder:	*Stellvertreter/innen*
Vorschlag 1 (SPD):	
Gerrit Krupp	*Monika Möller*
Frank Schneider	*Erika Oedingen*
Christian Joisten	*Dietmar Ciesla-Baier*
Vorschlag 2 (CDU):	
Dirk Michel	*Werner Marx*
Stephan Pohl	*Dr. Jürgen Strahl*
Vorschlag 3 (Grüne):	
Berivan Aymaz	*Manfred Richter*
Julia Woller	*Brigitta von Bülow*

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Eberhard Reinecke *Güldane Tokyürek*

Vorschlag 5 (FDP):
Volker Görzel *Ulrich Breite*

Vorschlag 6 (AfD):
Hendrik Rottmann *Jochen Haug*

Bei der Wahl werden Stimmen 91 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD): 28 Stimmen
Vorschlag 2 (CDU): 24 Stimmen
Vorschlag 3 (Grüne): 18 Stimmen
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde): 10 Stimmen
Vorschlag 5 (FDP): 6 Stimmen
Vorschlag 6 (AfD): 5 Stimmen

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Mitglieder:	*Stellvertreter/innen*
Gerrit Krupp	*Monika Möller*
Frank Schneider	*Erika Oedingen*
Christian Joisten	*Dietmar Ciesla-Baier*
Dirk Michel	*Werner Marx*
Stephan Pohl	*Dr. Jürgen Strahl*
Berivan Aymaz	*Manfred Richter*
Julia Woller	*Brigitta von Bülow*
Eberhard Reinecke	*Güldane Tokyürek*
Volker Görzel	*Ulrich Breite*

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat wählt folgende Personen als Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln für den Polizeibeirat beim Polizeipräsidium Köln.

	Mitglieder		*Stellvertreter*
1.	*Gerrit Krupp*	*1.*	*Monika Möller*
2.	*Frank Schneider*	*2.*	*Erika Oedingen*
3.	*Christian Joisten*	*3.*	*Dietmar Ciesla-Baier*
4.	*Dirk Michel*	*4.*	*Werner Marx*
5.	*Stephan Pohl*	*5.*	*Dr. Jürgen Strahl*
6.	*Berivan Aymaz*	*6.*	*Manfred Richter*
7.	*Julia Woller*	*7.*	*Brigitta von Bülow*
8.	*Eberhard Reinecke*	*8.*	*Güldane Tokyürek*
9.	*Volker Görzel*	*9.*	*Ulrich Breite*

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.6.10:

2.6.10 Bestellung von Ratsmitgliedern in den Umlegungsausschuss der Stadt Köln 2152/2014

(Präsentation - Folie 152)

Das geht jetzt zügig. Wer ist für den Vorschlag 1, SPD? - 29. Dann kommen wir zum Vorschlag 2, CDU. - 25.

Für die Wahl der Mitglieder liegen 2 Vorschläge vor:

Mitglieder: *Stellvertreter:*

Vorschlag 1 (SPD):
Rafael Struwe *Malik Karaman*

Vorschlag 2 (CDU):
Teresa De Bellis-Olinger *Anne Henk-Hollstein*

Bei der Wahl werden Stimmen 54 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD): 29 Stimmen

Vorschlag 2 (CDU): 25 Stimmen

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Mitglieder:	*Stellvertreter:*
Rafael Struwe	*Malik Karaman*
Teresa De Bellis-Olinger	*Anne Henk-Hollstein*

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat bestellt Gemäß §§ 4 und 5 der Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuches vom 07.07.1987 (GV. NW. S. 220) in der derzeit gültigen Fassung

a) Herrn Rafael Struwe

Frau Teresa De Bellis-Olinger

als Mitglieder

sowie

b) Herrn Malik Karaman

Frau Anne Henk-Hollstein

als stellvertretende Mitglieder

in den Umlegungsausschuss der Stadt Köln.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.6.11:

2.6.11 Mitwirkung der Politik in der Steuerungsgruppe des Kölner Netzwerks Bürgerengagement 2114/2014

(Präsentation - Folie 154)

Ich rufe auf: SPD. - CDU. - Grüne.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das muss der Horst sein! - Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Horst Thelen!)

- Die Grünen möchten ihren Vorschlag gerne ändern. Horst Thelen soll gewählt werden. Selbst ist der Mann.

(Die Liste wird geändert)

Dann frage ich noch einmal: Wer ist für den Vorschlag der Grünen? - Jetzt bitte ich um das Handzeichen für den Vorschlag von Linken, Piraten und Deinen Freunden. - Wir kommen langsam vorwärts.

Für die Wahl der Mitglieder liegen 4 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Inge Halberstadt-Kausch

Vorschlag 2 (CDU):
Christoph Klausing

Vorschlag 3 (Grüne):
Horst Thelen

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Güldane Tokyürek

Bei der Wahl werden Stimmen 80 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Inge Halberstadt-Kausch
Christoph Klausing
Horst Thelen
Güldane Tokyürek

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat beschließt die Benennung der nachfolgenden vier Ratsmitglieder, die die Politik für die Dauer der laufenden Ratsperiode in der Steuerungsgruppe des Kölner Netzwerks Bürgerengagement vertreten:

1. Inge Halberstadt-Kausch
2. Christoph Klausing
3. Horst Thelen
4. Güldane Tokyürek

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.6.12:

2.6.12 Benennung von Mitgliedern in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Köln 2130/2014

(Präsentation - Folie 156)

Auch da geht es zügig. Ich rufe auf: Liste 1, SPD. - 29. Liste 2, CDU. - 24. - Danke schön für das korrekte Zählen.

Für die Wahl der Mitglieder liegen 2 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Michael Paetzold

Vorschlag 2 (CDU):
Christoph Klausing

Bei der Wahl werden Stimmen 53 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*29 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Michael Paetzold
Christoph Klausing

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat benennt als Nachfolger/innen der bisherigen Ausschussmitglieder als ordentliche Mitglieder für den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Köln:

Mitglied	*bisheriges Mitglied*
1. Paetzold, Michael	*(Schmerbach, Cornelia)*
Mitglied	*bisheriges Mitglied*
2. Klausing, Christoph	*(Kienitz, Niklas)*

für die bis zum 30.06.2016 laufende Amtsperiode des Verwaltungsausschusses, längstens jedoch für die laufende Amtszeit des Rates bzw. der Zugehörigkeit zum Rat der Stadt Köln.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.6.13:

2.6.13 Benennung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses für anzeigepflichtige Entlassungen der Agentur für Arbeit Köln
2194/2014

(Präsentation - Folie 158)

Dazu liegt nur ein Vorschlag vor. Damit kommen wir wieder zu der gleichen Situation wie eben, weil weitere Vorschläge nicht gemacht worden sind. Wir können offen darüber abstimmen.

Wer ist - ich kann ja einmal so herum fragen - gegen den Vorschlag 1, Monika Schultes? - Wer enthält sich? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Zu In Bezug auf den Stellvertreter machen wir es genauso. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist auch hier eine einstimmige Wahl erfolgt.

Beschlüsse:

I. Beschluss über die Wahl des Mitgliedes:

Der Rat benennt für den Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen der Agentur für Arbeit Köln folgendes Mitglied:

Mitglied	*bisheriges Mitglied*
Schultes, Monika	*(Schmerbach, Cornelia)*

für die bis zum 30.06.2016 laufende Amtsperiode des Ausschusses für anzeigepflichtige Entlassungen der Agentur für Arbeit Köln, längstens jedoch für die laufende Amtszeit des Rates bzw. Zugehörigkeit zum Rat der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Beschluss über die Wahl des stellvertretenden Mitgliedes:

Der Rat benennt für den Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen der Agentur für Arbeit Köln folgendes stellvertretendes Mitglied:

Stellvertretendes Mitglied	*bisheriges stellvertretendes Mitglied*
Klausing, Christoph	*(Kienitz, Niklas)*

für die bis zum 30.06.2016 laufende Amtsperiode des Ausschusses für anzeigepflichtige Entlassungen der Agentur für Arbeit Köln, längstens jedoch für die laufende Amtszeit des Rates bzw. Zugehörigkeit zum Rat der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.6.14:

2.6.14 Mitgliederwahl Beirat Sperrbezirk 2235/2014

(Präsentation - Folie 160)

Zur Abstimmung rufe ich auf: Liste 1. - Liste 2. - Liste 3. - Liste 4. - Liste 5.

Für die Wahl der Mitglieder liegen 5 Vorschläge vor:

Mitglieder:	*Stellvertreter/in*
Vorschlag 1 (SPD):	
Rafael Struwe	*Monika Schultes*
Katja Hoyer	*Sylvia Laufenberg*
Vorschlag 2 (CDU):	
Katharina Welcker	*Stephan Pohl*
Vorschlag 3 (Grüne):	
Julia Woller	*Marion Heuser*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	
Hamide Akbayir	*Barbara Koberg*
Vorschlag 5 (AfD):	
Jochen Haug	*Hendrik Rottmann*

Bei der Wahl werden Stimmen 83 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Rafael Struwe	*Monika Schultes*
Katja Hoyer	*Sylvia Laufenberg*
Katharina Welcker	*Stephan Pohl*
Julia Woller	*Marion Heuser*
Hamide Akbayir	*Barbara Koberg*

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Mit Ratsbeschluss vom 07.04.2011 wurde der Sperrbezirksbeirat implementiert. Für die Ratsperiode 2014-2020 werden sowohl vom Rat als auch von der Bezirksvertretung Rodenkirchen jeweils 5 Mitglieder gewählt.

Der Rat wählt als Mitglieder und Stellvertreter/innen für den Beirat zur Begleitung der Entwicklung im Zusammenhang mit der unbefristeten Fortführung der Sperrbezirksregelungen im Kölner Süden:

Mitglied	*Stellvertreter/in*
1. Rafael Struwe	*Monika Schultes*
2. Katja Hoyer	*Sylvia Laufenberg*
3. Katharina Welcker	*Stephan Pohl*
4. Julia Woller	*Marion Heuser*
5. Hamide Akbayir	*Barbara Koberg*

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.6.15:

2.6.15 Kölner Markenbeirat - Entsendung von Ratsmitgliedern 2351/2014

(Präsentation - Folie 162)

Ich rufe auf: SPD. - CDU. - Grüne. - Linke, Piraten und Deine Freunde. - AfD.

Für die Wahl der Mitglieder liegen 5 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD):
Jörg van Geffen

Vorschlag 2 (CDU):
Dr. Jürgen Strahl

Vorschlag 3 (Grüne):
Elisabeth Thelen

Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):
Thor-Geir Zimmermann

Vorschlag 5 (AfD):
Sven Tritschler

Bei der Wahl werden Stimmen 83 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Jörg van Geffen
Dr. Jürgen Strahl
Elisabeth Thelen
Thor-Geir Zimmermann

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat entsendet vier Mitglieder in den Kölner Markenbeirat:

1. Jörg van Geffen
2. Dr. Jürgen Strahl
3. Elisabeth Thelen
4. Thor-Geir Zimmermann

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.6.16:

2.6.16 Europäische Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene
2215/2014

(Präsentation - Folie 164)

Ich bitte um das Handzeichen für: SPD. - CDU. - Grüne. - Linke, Piraten und Deine Freunde. - AfD.

Für die Wahl der Mitglieder und der Stellvertreter/innen liegen 5 Vorschläge vor:

Mitglied:	*Stellvertreter/in:*
Vorschlag 1 (SPD):	
Monika Möller	*Inge Halberstadt-Kausch*
Vorschlag 2 (CDU):	
Teresa De Bellis-Olinger	*Thomas Welter*
Vorschlag 3 (Grüne):	
Julia Woller	*Svenja Rabenstein*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	
Hamide Akbayir	*Barbara Koberg*
Vorschlag 5 (AfD):	
Wolfram Baentsch	*Hendrik Rottmann*

Bei der Wahl werden Stimmen 83 abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke/Piraten/Deine Freunde):	*10 Stimmen*
Vorschlag 5 (AfD):	*3 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Zur Projektbegleitung der „Europäischen Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ entsendet der Rat

folgende Mitglieder:	*stellvertretend:*
1. Monika Möller	*Inge Halberstadt-Kausch*
2. Teresa De Bellis-Olinger	*Thomas Welter*
3. Julia Woller	*Svenja Rabenstein*
4. Hamide Akbayir	*Barbara Koberg*

in die Lenkungsgruppe.

2.6.17 50 Jahre Städtepartnerschaft Köln-Tunis - Teilnahme von Ratsmitgliedern an der Delegationsreise nach Tunis
2354/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.6.18:

2.6.18 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Nachbenennung einer Stellvertreterin für den Jugendhilfeausschuss“
AN/1063/2014

Wie ich zu Beginn der Ratssitzung schon gesagt habe, ist dieser Punkt zugesetzt worden.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Somit ist das auch beschlossen. - Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister, ich muss Ihnen leider mitteilen, dass wir den Punkt 2.1.3, Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg, noch einmal aufrufen müssten, weil wir da eine Person benannt haben, die nicht im Rat der Stadt Köln ist. Wir haben Ralf Zinkel benannt und sind darauf aufmerksam gemacht worden, dass das nicht geht. Stattdessen benennen wir Thor-Geir Zimmermann. Ich weiß nicht, ob wir das jetzt neu aufrufen müssen oder ob das so reicht.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir rufen noch einmal die entsprechende Vorschlagsliste auf. Das war der Vorschlag 4 unter TOP 2.1.3.

(Präsentation - Folie 51)

Wer ist für den Vorschlag 4?

(Birgit Gordes [CDU]: Es kann doch nicht sein, dass wir hier einfach Wahlen wiederholen!)

- Okay.

Birgit Gordes (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Diese Vorgehensweise erstaunt mich jetzt doch maßlos. Ich meine, ich sitze hier im Rat der Stadt Köln und nicht in irgendeinem Kegelklub, in dem man einfach Wahlen wiederholen kann, weil einem eingefallen ist, das sei ja alles nicht gültig und müsse deshalb anders gemacht werden.

Insofern bitte ich darum, diesen Tagesordnungspunkt zurückzustellen. Das machen wir gerne bei der nächsten Ratssitzung, wenn da Bedarf besteht, aber nicht hier und heute in der von Ihnen vorgeschlagenen Form.

(Beifall bei der CDU - Bernd Petelkau [CDU]: Wir können nicht beliebig zurückspringen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Wir machen das so. Das leuchtet mir ein. Wir hatten diesen Tagesordnungspunkt abgeschlossen. Wir haben eine Wahl vorgenommen. Jetzt stellt sich im Nachhinein auf Hinweis der Fraktion heraus, dass diese Person nicht benannt werden kann. Wenn der Wunsch besteht, dass dies heute nicht neu beschlossen wird, machen wir es beim nächsten Mal. - Herr Noack.

(Horst Noack [SPD]: Ich mache darauf aufmerksam, dass der VRS sich dann nächste Woche nicht konstituieren kann! Das ist ein Problem, weil der Tarif beschlossen werden muss!)

- Dann muss man das vorher wissen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Er hat doch einen Stellvertreter, Thomas Hegenbarth!)

Das kann jetzt also nicht beschlossen werden. Wir rufen es am 30. September 2014 noch einmal gesondert auf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schlage vor, dass wir die drei noch ausstehenden geheimen Wahlen jetzt vornehmen, damit wir danach mit der restlichen Tagesordnung fortfahren können.

Ich weise noch einmal darauf hin, dass wir im Rahmen des Tagesordnungspunktes 1.2 die Wahl der sachkundigen Einwohner für den Ausschuss Kunst und Kultur und für den Gesundheitsausschuss sowie im Rahmen des Tagesordnungspunktes 2.1.1 die Bestellung für den Zweckverband vornehmen müssen.

(Präsentation - Folien 38 und 39)

Hier sehen Sie noch einmal die Vorschlagslisten zum Tagesordnungspunkt 2.1.1. - Bitte.

Markus Wiener (pro Köln): Vielen Dank. - Mich würde einmal interessieren, was vorhin überhaupt schiefgelaufen ist, sodass wir jetzt noch einmal neu wählen müssen. Das ist ja nicht alltäglich. Ich denke, dass man auch ruhig alle Ratsmitglieder darüber informieren kann.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: In diesen drei Fällen war offensichtlich jeweils ein Wahlzettel zu viel ausgegeben worden. Wir hatten bei diesen Wahlen statt 91 Stimmen 92 Stimmen - aus welchen Gründen auch immer. Man kann es jetzt nicht nachvollziehen. Man kann es auch nicht zuordnen. Deswegen muss in diesen drei Fällen eine neue Abstimmung erfolgen. Das mag damit zusammenhängen, dass die Druckerei, die die farbigen Stimmzettel bedruckt hat, einen zu viel in die Umschläge gepackt hat. Wir haben aber sichergestellt, dass das nicht noch einmal passieren kann.

Wir nehmen diese drei Wahlen jetzt noch einmal vor. Ich bitte um Entschuldigung dafür, dass es

so gelaufen ist. Es geht jetzt aber sehr zügig, glaube ich. Alles ist so weit vorbereitet.

Ich darf die Stimmzähler noch einmal bitten, sich zur Mitarbeit bereit zu erklären. Sie bekommen wegen der Anstrengung auch einen Tag Sonderurlaub.

(Heiterkeit)

Die Stimmzähler haben sich gerade in den Wahlraum begeben. Sobald sie die Urnen überprüft haben, werden wir mit der Wahl beginnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kann losgehen. Die Stimmzähler haben sich von der Ordnungsgemäßheit der Stimmunterlagen überzeugt. Wir beginnen jetzt mit dem Namensaufruf. Ich bitte Sie, konzentriert dabei zu sein und den Aufrufen Folge zu leisten. - Bitte schön, Frau Kramp.

(Namensaufruf und Wahlgang)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wahl ist abgeschlossen. Alle Wahlberechtigten haben ihre Stimmen abgegeben. Wir können jetzt in der Tagesordnung fortfahren.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4, Bürgerbegehren Rathausplatz. - Herr Börschel, bitte.

(Unruhe)

Darf ich um Aufmerksamkeit bitten?

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn noch etwas Unruhe herrscht, möchte ich daran erinnern, wie kompliziert und langwierig konstituierende Sitzungen auch ablaufen können. Das haben wir in anderen Räten, zum Beispiel einigen Räten rheinabwärts mitbekommen.

Vor diesem Hintergrund finde ich es richtig, der Fraktionsgeschäftsführerin und den Fraktionsgeschäftsführern, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und den heutigen Zählerinnen und Zählern sehr herzlich für die reibungslose Abwicklung zu danken. Andere Räte haben bis in den frühen Morgen getagt. Das sollten wir hier noch einmal zum Ausdruck bringen, finde ich.

(Beifall)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herzlichen Dank. Das tut allen Beteiligten, die die Vorbereitungen hier vorangetrieben haben, mit Sicherheit gut.

Beschluss:

Der Rat wählt auf Vorschlag der Fraktion Die Linke. für den Jugendhilfeausschuss folgende Stellvertreterin des stimmberechtigten Mitglieds:

Für die Sachkundige Bürgerin Hanna Parnow:

Dr. Carolin Butterwegge

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

3 Wiederwahl der Beigeordneten Frau Dr. Klein, Dezernat IV- Bildung, Jugend und Sport
1815/2014

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde vorgezogen und als erster Punkt der Tagesordnung behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann rufe ich auf:

4 Bürgerbegehren Rathausplatz - Prüfung der Zulässigkeit
1843/2014

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/1081/2014

Hier hat ein Bürgerbegehren stattgefunden. Dies ist der Verwaltung zur Prüfung vorgelegt worden. Eine entsprechende Prüfung hat stattgefunden.

Bei der Sitzung des Rates zur Beschlussfassung darüber haben die Initiatoren nach § 3 Abs. 2 der Satzung der Stadt Köln über die Durchführung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheidungen und Ratsbürgerentscheiden die Gelegenheit, nicht nur als Besucher an der Ratssitzung teilzunehmen, sondern auch das Wort zu ergreifen.

Ich begrüße ganz herzlich Herrn Dr. Peters, Herrn von Rautenstrauch und Herrn Dr. Müser, die sich hier bereits eingefunden haben. Sie haben, da sie sich entsprechend verständigt haben, die Möglichkeit, jeweils für fünf Minuten ihrer Auffassung zur Zulässigkeit des Bürgerbegehrens Ausdruck zu verleihen.

Als Ersten darf ich Herrn Dr. Peters hier ans Rednerpult bitten. Er hat jetzt die Gelegenheit, zu uns zu sprechen. Insgesamt haben wir für die Initiatoren des Bürgerbegehrens 15 Minuten vorgesehen.

(Dr. Werner Peters: Wir teilen uns das zu dritt auf, wie Sie schon richtig gesagt haben!)

Bitte schön, Herr Dr. Peters.

Dr. Werner Peters: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder! Ich danke Ihnen dafür, dass Sie mich zu dieser Ratssitzung eingeladen haben - auch wenn es inzwischen recht spät geworden ist -, damit wir, die Initiatoren des Bürgerbegehrens, Gelegenheit haben, Stellung zu der Vorlage der Verwaltung zu nehmen, unser Bürgerbegehren für unzulässig zu erklären und damit den Weg zu einem Bürgerentscheid über eine alternative Planung für das Museum zu blockieren.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir durch die lange Wartezeit, bis wir endlich mit unserem Anliegen an der Reihe sind, genauso frustriert und ermüdet sind wie Sie. Ich hoffe, dass es jetzt wenigstens vielleicht ein bisschen spannender wird. Auf jeden Fall bitte ich Sie sehr herzlich, unseren Argumenten aufmerksam zu folgen.

Ich bin schon zur letzten Ratssitzung am 1. Juli 2014 sehr kurzfristig per E-Mail eingeladen worden. Damals musste ich absagen, weil ich in Amerika in Urlaub war und so schnell gar keinen Flieger bekommen hätte, und habe um Verschiebung gebeten.

Nun bin ich nicht so eingebildet, zu meinen, dass es meine E-Mail an den Oberbürgermeister gewesen ist, die dazu geführt hat, dass dieser Tagesordnungspunkt verschoben worden ist.

(Martin Börschel [SPD]: Doch, klar!)

- Danke schön. - Neben meiner persönlichen Situation habe ich in meinem Brief aber auch einen anderen wichtigen Punkt angesprochen, auf den ich hier noch einmal eingehen möchte.

Dem derzeitigen Stadtrat gehören sehr viele neue Mitglieder und ganze neue Fraktionen und Gruppen an, für die dieses Projekt, auch wenn sie in der Vergangenheit über die Zeitungen und sonstigen Medien grob darüber informiert wurden, nunmehr als Ratsmitglieder, die jetzt über ein sehr umstrittenes Bauvorhaben von gut 60 Millionen Euro zu entscheiden haben, eine große neue Herausforderung darstellt, die man nicht mal eben hopplahopp hinter sich bringen kann.

Aber auch für die bisherigen Ratsmitglieder, wenn sie denn ihre Aufgabe und ihre Verantwortung ernst nehmen, muss die Entscheidung, ein Bürgerbegehren, für das sich über 26 000 Kölner ausgesprochen haben und das somit die notwendige Zahl der Unterschriften erreicht hat, aus formalen Gründen abzulehnen, einiges Nachdenken und Überlegen wert sein.

Ich habe die Hoffnung, dass diese Zeit des Nachdenkens und Überlegens, wie man als gewählter Stadtverordneter den Willen der Bürger am besten umsetzt, zu neuen politischen Entscheidungen führt.

Ich selbst habe die Gelegenheit genutzt, allen Ratsmitgliedern und auch dem Herrn Oberbürgermeister einen persönlichen Brief zu schreiben, in dem ich noch einmal in aller Kürze die Vorzüge unseres Alternativvorschlags in Bezug auf das Jüdische Museum und die Archäologische Zone dargestellt habe. So kann ich es mir ersparen, darauf noch einmal im Detail einzugehen. Nur einen Punkt möchte ich hier noch einmal hervorheben.

Bei der - ich weiß nicht, wievielten - Neuplanung des Museums ist jetzt die Nutzung des Untergeschosses unter dem Rathaus wieder aufgegeben worden. Damit wird aber die Chance vertan, die rückwärtige Fassade des Rathauses, die einen wahren Schandfleck auf dem Alter Markt bildet, mit ihren mit Brettern zugenagelten Fenstern und einem Eingang, der zu sehr geruchsintensiver Beschäftigung einlädt, auf ebenso elegante wie nützliche Weise zu beseitigen, indem man hier, wie in unserem Vorschlag vorgesehen, einen einladenden und auch nach außen wirksamen Eingang ins Jüdische Museum schafft.

Es muss für Sie, die Sie die Hausherren dieses Gebäudes sind, doch besonders schmerzlich sein, dass hier nicht nur 1 000 Quadratmeter Fläche ungenutzt bleiben und die wunderbare Fassade des Kölner Rathauses im Erdgeschoss den Charakter einer Baustelle hat, Sie aber auf-

gefordert werden, auf der anderen Seite 60 Millionen Euro in die Hand zu nehmen, um einen Hochbau zu errichten, nur damit man aus 35 Meter Höhe die Mikwe erblicken kann, die man im Übrigen schon seit mehr als 20 Jahren besichtigen und begehen kann.

Wie will sich die Stadt Köln den Hunderttausenden von Touristen präsentieren, die das Museum angeblich anziehen soll? Vorne hui und hinten pfui? Ich kann nur sagen - bitte gestatten Sie mir diesen etwas legeren Ausdruck -: Das geht gar nicht.

Meine sehr verehrten Ratsmitglieder, dieses Projekt Jüdisches Museum/Archäologische Zone muss noch einmal von Grund auf neu durchdacht werden. 26 000 Bürger haben mit ihrer Unterschrift bezeugt, dass sie eine bessere Lösung wünschen als den geplanten Museumsbau. Mag der ursprüngliche Entwurf auch von einer Jury preisgekrönt worden sein: Nach so vielen Umplanungen, die nur zu Verschlimmbesserungen geführt haben, ist er einfach nicht mehr stimmig.

(Beifall von Dr. Ralph Elster [CDU])

Es ist an der Zeit, neu nachzudenken. Das ist Ihre Aufgabe und Ihre Verantwortung.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte schön, Herr von Rautenstrauch.

Ludwig Theodor von Rautenstrauch: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte kurz auf die Anfangsgeschichte eines Hauses der jüdischen Kultur eingehen. Die Initiatoren dieses Projekts - seinerzeit waren Benedikt Hoensbroech und das damalige Ratsmitglied Ulrich Wackerhagen federführend - haben immer die Bezeichnung „Jüdisches Museum“ vermieden. Sie wollten ein Haus der jüdischen Kultur errichten, das das Wirken der jüdischen Mitbürger über mehr als 1 000 Jahre dokumentiert - bis zur Vertreibung 1426 und dann ab 1800, als Juden und evangelische Christen - wie ich auch - unter französischer Besetzung wieder Bürgerrechte in Köln bekamen und sich wieder in Köln ansiedeln konnten; denn zwischenzeitlich mussten die Juden und die Evangelischen auf der Schäl Sick in Deutz und in Mülheim kampieren, weil sie in Köln nicht zugelassen waren. Diese Entscheidung hat Köln gutgetan, wie wir wissen.

Ich möchte betonen, dass meine politischen Freunde - und das sind in dieser Angelegenheit alle Anwesenden, wie der Applaus vorhin zu meiner Nominierung als sachkundiger Einwohner bewiesen hat - ausdrücklich für ein würdiges Haus der jüdischen Kultur sind, dass wir aber die überzogenen Bebauungspläne des Rathausplatzes, des letzten unbebauten innerstädtischen Platzes, ablehnen - zumal von einem führenden Architekten dieser Stadt, Professor Peter Busmann, ein Konzept vorgelegt worden ist, das wesentlich niedrigere und kostengünstigere Baumaße vorschlägt und das die Befreiung der Basisetage des Historischen Rathauses aus der jetzt unwürdigen Abgeschlossenheit gegenüber dem im Vergleich zum Rathausplatz sehr viel muntereren Alter Markt ermöglicht hätte.

Peter Busmann ist in dieser Stadt kein Unbekannter. Er hat mit seinem Partner Godfrid Haberer das Museum Ludwig und die Philharmonie gebaut. Außerdem ist er eines von 35 Mitgliedern des Ordens Pour le Mérite. Diesem Orden können nur 35 Deutsche angehören. Neben einem anderen Kölner ist er der einzige Kölner Inhaber dieses wichtigen Verdienstordens für Leistungen auf den verschiedensten Gebieten des Lebens.

Leider gab es das unselige Verhalten von Sven Schütte. Er sah sich in seinem Ehrgeiz schon als Direktor des neunten städtischen Museums und hat dieses Projekt mit umstrittenen archäologischen Fantasien aufzuwerten gewusst. Dadurch ist aus dem Haus der jüdischen Kultur jetzt allgemein ein Jüdisches Museum geworden. Das muss aber nicht so sein.

Allerdings ist der Landschaftsverband unter Jürgen Wilhelm auf diesen Zug aufgesprungen und hat der Stadt einen Vertrag angeboten, der die Investitionskosten, deren reale Höhe wir noch nicht kennen, und die Kosten der Gebäudeunterhaltung bei der Stadt belässt.

Die alten Römer haben so etwas als Danaergeschenk bezeichnet. Lassen Sie mich kurz erläutern, was ein Danaergeschenk ist. Die alten Griechen bestürmten Troja und wandten eine List an. Darin waren die Griechen groß; das sind sie heute noch. Sie zogen ihre Truppen ab und schnitzten ein großes Pferd. Dieses Pferd schenkten sie dann den Troern. Die Troer mach-

ten die Tür auf und holten das Pferd herein. In dem Pferd saß eine Gruppe von Bewaffneten. Diese sprangen heraus und öffneten die Tore Trojas. Dann war die Armee der Griechen auf einmal wieder da. Seitdem nennt man derartige Geschenke, die für den Beschenkten nicht gerade unproblematisch sind, Danaergeschenke; denn der alte Vergil, der römische Sänger für Troja, hat damals geschrieben: Quidquid id est, timeo Danaos et dona ferentes. - Was immer die Danaer schenken, das fürchte ich.

Wir erwarten, dass Sie, liebe Mitglieder des Rates, die Angelegenheit erneut beraten und wie beim Schauspielhaus das Votum der Bürger berücksichtigen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte, Herr Dr. Müser.

Dr. Martin Müser: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren des Rates! Ich möchte mich bei Ihnen erst einmal dafür bedanken, dass Sie die Abstimmung über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens auf den heutigen Tag verschoben haben. Sie haben die Abstimmung verschoben, obwohl die Verwaltung der Stadt Köln die rechtliche Notwendigkeit sah, die Abstimmung unbedingt noch vor der Sommerpause durchzuführen. Die Verwaltung hat dann doch noch einen Weg aufgezeigt. Sie haben sich damit gegen die anfangs juristisch notwendige Lösung entschieden.

Genauso ist es mit der Zulässigkeit dieses Bürgerbegehrens. Die Verwaltung hat sich in der Ihnen vorliegenden Vorlage gegen die Zulässigkeit ausgesprochen. Aber auch das ist nur eine einzelne mögliche Meinung. Es ist nur eine mögliche juristische Meinung, dass es sich um ein kassatorisches Bürgerbegehren handeln würde.

Es gibt zumindest erhebliche Zweifel, ob das Bürgerbegehren unter rein juristischen Gesichtspunkten tatsächlich unzulässig ist. Hierzu möchte ich nur folgende Stichpunkte anführen:

- Es stellt sich die Frage, ob ein konditionierter Beschluss wie der Beschluss vom 14. Juli 2011 überhaupt Gegenstand eines kassatorischen Bürgerbegehrens sein kann.

- Es stellt sich die Frage, ob der damalige Beschluss überhaupt Basis der derzeitigen Ausführungsplanung sein kann. Schließlich gibt es faktisch erhebliche Änderungen sowohl in finanzieller als auch in gestalterischer Hinsicht.

- Es stellt sich die Frage der formalen Vollständigkeit des Beschlusses, welche mehr als kritisch zu sehen ist.

Selbst die Ausführungen der Verwaltung, dass es sich hier und heute nur um eine reine Rechtmäßigkeitskontrolle ohne Beurteilungs- und Ermessensspielraum handeln würde, ist nur eine Meinung und überhaupt nicht alternativlos.

Genau darum geht es uns auch. Wir wollen hier und heute nicht über juristische Beurteilungen debattieren. Weder Sie noch wir sind in der Lage, abschließend zu klären, ob das Bürgerbegehren überhaupt zulässig ist oder nicht. Das können nur Richter. Und im Zweifelsfall ist auch ein Gerichtsurteil nur ein Urteil einer Kammer, die sich dann gerade mit diesem Thema beschäftigt.

Nein, wir wollen Sie davon überzeugen, dass es besser ist, die Bürger entscheiden zu lassen. Das ist eine politische Entscheidung, wie sie unsere Gemeindeordnung auch explizit vorsieht.

Die breite öffentliche Debatte zu dem Projekt, die der Rat am 18. Mai 2006 beschlossen hatte, fand lediglich in der Piazzetta statt. Hier haben sich gerade einmal 77 von 948 Bürgern, die sich per Fragebogen geäußert haben, für die geplante Bebauung ausgesprochen.

Meine Damen und Herren, wollen Sie tatsächlich mit einer Zustimmungsquote von unter 10 Prozent in der einzigen Diskussion des Rates ein solches Projekt durchziehen?

(Beifall bei der CDU)

Haben Sie nicht das Gefühl, dass ein solches Projekt es wert ist, eine größere Rückendeckung in der Kölner Bevölkerung zu erhalten?

(Martin Börschel [SPD]: Ihnen hat das nur einen Sitz gebracht!)

Nach dem Beschluss vom 14. Juli 2011 gab es auch immer wieder zahlreiche Vorbehalte gegen das Projekt, die nicht zuletzt durch den Rückzug der Gesellschaft zur Förderung eines Hauses und Museums der jüdischen Kultur befeuert wurden, mit dessen Geschäftsführer Helmut Fußbroich wir in der Vergangenheit übrigens einen zwar kontroversen, aber sehr konstruktiven Dialog hatten. Auch durch die Person und die Aus-

sagen des ehemaligen Projektleiters Sven Schütte gab es Irritationen - und schlussendlich wegen der zahlreichen Variationen, die bezüglich der Konzeptionierung des Museums bzw. der baulichen Umplanung entstanden sind.

Als die Debatte um das Gebäude begann, sollte noch das Gelände des Kaufhaus Kutz mit eingeschlossen werden, und das Museumsgebäude reichte noch bis an das Wallraf-Richartz-Museum heran. Als wir dann mit der Unterschriftensammlung begonnen haben, war zum Beispiel der Rathauskeller noch ein wichtiger Bestandteil der Planung. Unseres Wissens ist das heute kein Thema mehr.

Alles das sind gravierende Veränderungen. Das ist ein wichtiger Punkt. Bis heute gab es keinerlei Diskussionen des Rates mit der Bevölkerung über diese gravierenden Veränderungen.

Auch die Kosten und die Finanzierung haben sich nach dem Juli 2011 substanziell geändert, ohne dass die Bürger eine Chance hatten, sich diesbezüglich in die Debatte einzubringen. Und hier geht es nicht nur um die Kostenbelastung für die Stadt Köln. Die Bürger wissen sehr wohl, dass auch die Landeszuschüsse und die Gelder des Landschaftsverbandes letztendlich durch ihre Steuergelder aufgebracht werden.

(Beifall bei der CDU)

Stellvertretend für die 26 000 Bürger, die ihr Votum abgegeben haben, wollen wir Sie hier und heute auffordern und bitten, dasselbe zu tun, was Sie auch schon bei der Frage der Erweiterung des Godorfer Hafens gemacht haben. Nehmen Sie die Bürger mit. Fragen Sie Ihre Bürger und holen sich ein Votum des Souveräns für dieses wichtige Kulturprojekt ab. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Ich eröffne jetzt die Debatte. Als Tischvorlage liegt Ihnen ein Änderungsantrag der CDU vor. Deswegen darf ich Herrn Dr. Elster bitten, als Erster das Wort zu ergreifen.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtrat! Sehr geehrte Initiatoren des Bürgerbegehrens, Herr Dr. Peters, Herr Dr. Müser als ehemaliger Kollege und lieber Ludo als Mitstreiter im Kulturausschuss, den wir gerade gewählt haben! Worüber reden wir hier eigentlich? Vordergründig reden wir heute natürlich mal wieder - zum x-ten Mal seit 2006 - über die Bebauung am Rathausplatz. Vordergründig reden wir natürlich über die Zulässigkeitsprüfung, die Herr Kahlen durchgeführt hat. Vordergründig geht es natürlich um den Beschlussvorschlag der Verwaltung, das Bürgerbegehren am Rathausplatz für nicht zulässig zu erklären.

Meine Damen und Herren, im Kern der Sache reden wir aber über etwas ganz anderes. Im Kern der Sache - das hat Herr Dr. Müser ja gesagt - geht es hier nicht um die juristische Auseinandersetzung, sondern um den von den Menschen in Köln wirklich mehr als deutlich artikulierten Wunsch nach mehr Transparenz und nach Bürgerbeteiligung bei großen städtischen Bauvorhaben und deren Konsequenzen. Darum geht es heute - um nicht mehr und nicht weniger.

Es geht auch darum, als Rat der Stadt Köln zur Kenntnis zu nehmen, dass die Initiatoren und die vielen Helferinnen und Helfer des Bürgerbegehrens außerordentlich erfolgreich gewesen sind. Ihnen ist es nämlich gelungen, eine Debatte mitten in die Stadt zu tragen. Es hat eine gesamtstädtische Debatte stattgefunden. Zu dem Thema „Bebauung am Rathausplatz“ hat es nie eine größere Informationsdichte gegeben als zu dem Zeitpunkt, als das Bürgerbegehren initiiert worden ist und sich in der Stadt bewegt hat und mit den Menschen diskutiert und geredet worden ist. Meine Damen und Herren, die gesamte Stadtbevölkerung hat sich zu diesem Thema informiert und dann fundiert an der Diskussion mitgearbeitet.

Zunächst einmal ist es eigentlich egal, ob man sich jetzt inhaltlich auf die Seite des Bürgerbegehrens stellt oder nicht. Das ist auf alle Fälle ein Verdienst. Wir sollten den Initiatoren und den Helferinnen und Helfer wirklich dankbar dafür sein, dass so eine politische Debatte zur Rathausplatzbebauung tatsächlich stattgefunden hat.

(Beifall bei der CDU)

Das ist unser aller Anerkennung wert. Bis zum Beginn des Bürgerbegehrens waren nämlich vie-

le Fakten, vor allem auch die Dimension des Projekts und die enormen Kosten, eigentlich lediglich einer interessierten Fachöffentlichkeit bekannt. Es gab zwar hin und wieder Berichte im *Stadt-Anzeiger* oder in den anderen Medien, in der *Rundschau* und im *Express.* Die genauen Informationen hat aber doch niemand gehabt.

Am Anfang dieses Jahres hat man dann festgestellt, wie die Debatten gelaufen sind. Wer die öffentliche Diskussion genau verfolgt hat, die zahllosen Leserbriefe zur Kenntnis genommen hat, sich die Redebeiträge genau angehört hat und die immerhin 30 000 eingegangenen Unterschriften auch ernst nimmt, muss doch bemerkt haben, dass wirklich viele Menschen in Köln mit dem Projekt so, wie es jetzt von der Stadtverwaltung am Rathausplatz vorangetrieben wird, nicht einverstanden sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Die Menschen lieben nun einmal offensichtlich schlicht und ergreifend ihren Rathausplatz. Es gibt viele Menschen, die ihn gerne so wiederhergestellt hätten, wie er sich vor Beginn der Ausgrabungen dargestellt hat. Sehr viele Menschen sprechen sich dafür aus und wollen eine minimalinvasive Lösung. Sie wünschen sich, dass das jüdische Gedenken in irgendeiner Art und Weise dargestellt wird, möchten aber keine großen Gebäude.

Meine Damen und Herren, vor allem waren aber die hohen Kosten ausschlaggebend dafür, dass viele Menschen sich dem Bürgerbegehren angeschlossen haben. Angesichts der knappen Stadtkasse ist das wohl auch für jeden Einzelnen von uns hier nachvollziehbar. Wenn man einmal antizipiert, was für einen Haushalt die Kämmerin für das nächste Jahr einbringen wird, kann man im Haushalt 2015 bestimmt viele Haushaltsstellen identifizieren, wo das Geld eigentlich nicht reicht und wo eventuell für viele gute Projekte gar kein Geld da ist.

Ich will nur eine Zahl in die Debatte einbringen. Der Investitions- und Sanierungsstau bei unseren Museen, die wir heute schon betreiben, beträgt ungefähr 100 Millionen Euro. Vor diesem Hintergrund muss man sich die Frage stellen, ob wir es uns leisten können, 60 Millionen Euro in ein neues Gebäude zu investieren. Auch die Baufolgekosten in Höhe von 3 bis 5 Millionen Euro, die von Herrn von Rautenstrauch schon thematisiert worden sind, können wir uns bei der aktuellen Haushaltslage faktisch eigentlich nicht leisten, meine Damen und Herren.

Daher muss geprüft werden, ob es günstigere Alternativen gibt. Und es gibt günstigere Alternativen. Sie sind vom Bürgerbegehren vorgestellt worden.

Meine Damen und Herren, hier und heute haben wir noch einmal die Gelegenheit, mit diesem Projekt innezuhalten und zumindest einmal die Meinung der Kölner Bevölkerung über das Bauvorhaben und seine Konsequenzen einzuholen. Das ist auf vielen Wegen möglich. Die rechtlichen Möglichkeiten des jetzt beschrittenen Weges des Bürgerbegehrens werden ja von der Verwaltung entsprechend thematisiert.

Wir brauchen uns aber, wie Herr Müser schon gesagt hat, heute gar nicht darüber zu streiten, ob die Auffassung des Herrn Stadtdirektors die richtige ist oder ob die Rechtsgutachten, die das Bürgerbegehren eingeholt hat, richtig sind. Wir brauchen uns an dieser Stelle eigentlich nur als Souverän, als Rat der Stadt Köln, zurückzunehmen und das zu machen, was wir beim Godorfer Hafen auch erfolgreich gemacht haben, meine Damen und Herren.

Das ist der Sinn und Zweck des Ersetzungsantrags, den wir Ihnen hier vorgelegt haben. Wir sollten nämlich heute analog zu dem Verfahren beim Godorfer Hafen eine Bürgerbefragung beschließen. Wenn diese Befragung mit einer ähnlichen Sachinformationsdichte und einer ähnlich breiten Debatte in der Stadt Köln begleitet wird wie das Thema „Godorfer Hafen“, können am Ende die Kölnerinnen und Kölner darüber entscheiden. Dann haben wir am Ende auch Klarheit, was unsere Bevölkerung tatsächlich will.

Abschließend möchte ich sagen: Was dem letzten Rat beim Godorfer Hafen recht war, sollte uns hier beim Rathausplatzbebauungsplan billig sein, meine Damen und Herren. Stimmen Sie für unseren Ersetzungsantrag. Stimmen Sie für mehr Bürgerbeteiligung bei diesem großen Projekt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es gibt eine Wortmeldung von Herrn Dr. Unna.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Kollege, ich habe eine Nachfrage. Habe ich es richtig verstanden, dass Sie gerade gesagt haben, Sie wollten das Andenken an die jüdischen Bürger - Zitat - „in irgendeiner Art und Weise“

gewürdigt sehen? Ich hoffe doch sehr, dass ich mich da verhört habe, Herr Kollege.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann kommen wir zur nächsten Wortmeldung. Frau Dr. Bürgermeister, bitte.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Elster, ich muss mich schon über Sie wundern,

(Martin Börschel [SPD]: Ja! Das kann man wohl sagen!)

und zwar - ich bemühe auch einmal die Mythologie - über Ihre Janusköpfigkeit. Zum einen gerieren Sie sich hier als Speerspitze einer Opposition. Die Frage ist, ob es diese Opposition überhaupt gibt. Zum anderen machen Sie sich im Landschaftsverband aber schon zum Befürworter oder Unterstützer dieses Kölner Projekts.

(Beifall bei der SPD - Bernd Petelkau [CDU]: Der Vertrag ist noch nicht unterschrieben!)

Ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen. Sie behaupten, es gebe in der Kölner Bürgerschaft keine Mehrheit für dieses wunderbare Projekt. Im Mai dieses Jahres hat es eine Umfrage im Auftrag des *Kölner Stadt-Anzeigers* gegeben, bei der sich eine überzeugende Mehrheit deutlich für den Bau des Jüdischen Museums ausgesprochen hat.

(Beifall bei der SPD)

Herr von Rautenstrauch, zu Ihrer Darstellung möchte ich auch kurz etwas sagen. Die Geschichte der Entwicklung dieses Museums hat schon etwas anders ausgesehen. Leider habe ich jetzt nicht genug Zeit, um das im Detail zu erläutern. Es ist aber schon so, dass Sie da etwas Geschichtsklitterung betrieben haben.

Herr Dr. Peters, Sie haben in diesem Zusammenhang von Hopplahopp-Entscheidungen gesprochen. Wir sprechen seit den 1980er-Jahren über dieses Projekt. Ganz konkret reden wir seit dem Jahr 2000 darüber. Damals ging es nämlich um die Standortsuche. Seitdem haben wir eine breite, stabile parlamentarische Mehrheit für dieses Projekt. In Ausschüssen, im Rat und bei Veranstaltungen haben wir intensiv darüber diskutiert. Wir entscheiden so etwas tatsächlich nicht hopplahopp.

Umso mehr verwundert es, dass die Initiatoren so lange Zeit gebraucht haben, um ein Bürgerbegehren auf den Weg zu bringen - nämlich zweieinhalb Jahre nach der letzten Entscheidung. Das ist in der Vorlage dargestellt. Der Vorlage der Verwaltung werden wir uns auch anschließen.

Trotzdem möchte ich noch einmal auf die Kritik eingehen; denn wir wollen auch nicht über Kritiker hinwegwischen. Das haben wir nie getan. Vielmehr haben wir uns den Debatten immer wieder gestellt. Wir haben über den Standort diskutiert, über die Architektur diskutiert und die Architektur angepasst. Seit 2011 haben wir den Ausführungsbeschluss. Die Gelegenheiten für ein Bürgerbegehren, die es im Vorfeld gab, wurden von Ihnen nicht genutzt.

Sie sprechen von einem Großbau auf dem Rathausplatz. Ich kann nur sagen: Hier entsteht eine wunderbare Architektur auf der Grundlage - das muss man noch einmal betonen - eines Wettbewerbs, mit der die alten räumlichen Bezüge und Verhältnisse wiederhergestellt werden; denn der Rathausplatz war, wie wir alle wissen, die wir oft genug darüber diskutiert haben, immer bebaut. Nun werden neue Plätze entstehen, die in ihrer Größe und ihrem Bezug Sinn machen, nämlich der eine vor der Rathauslaube und der andere in Richtung Wallraf-Richartz-Museum mit einer Eingangssituation zu den beiden an diesem Platz bestehenden Museen. Das ist architektonisch und inhaltlich überzeugend und eine entscheidende städtebauliche Verbesserung. Der Charakter des Platzes wird also wiederhergestellt und nicht etwa zerstört. Das ist ganz wichtig.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Es wurde gerade davon gesprochen, dass es auf der Rathausseite am Alter Markt eine Schmuddelecke gibt. Ich darf darauf hinweisen, dass im Rahmen der Baumaßnahmen natürlich auch diese Seite in Angriff genommen und neu gestaltet

wird, damit das Ganze ein Ensemble ist, das Sinn macht.

Aufgrund meiner begrenzten Redezeit kann ich jetzt gar nicht auf Ihre Forderungen eingehen. Ich möchte aber noch einmal auf die Finanzen zu sprechen kommen. Sie locken damit, dass etwas für die Hälfte gebaut werden könne.

Zum Ersten ist das bei weitem nicht bewiesen.

Zum Zweiten erhalten wir dafür nur einen Deckel mit Schutzhütchen, wie auch immer sie aussehen sollen, der dazu führt, dass wir am südlichen Ende dieses Platzes eine 2 Meter hohe Wand bekommen würden. Das können Sie doch nicht ernsthaft für eine ansprechende Gestaltung dieses wichtigen zentralen Platzes halten.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Zum Dritten gehen Sie dabei über die verlorenen Kosten hinweg. Die bislang entstandenen Kosten für Wettbewerb und Planung wären bei einer solchen Neuplanung ja verloren.

Zum Vierten verschweigen Sie, dass auch der Betrieb eines solchen Deckels Geld kostet - Geld, das wir für das geplante Museum aufgrund der Zusammenarbeit mit dem Landschaftsverband zumindest als Kommune nicht aufbringen müssen.

Zum Fünften erwähnen Sie in dem Text nicht die Unterstützung des Landes, die im Übrigen inzwischen bei insgesamt 32,7 Millionen Euro liegt.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf Folgendes hinweisen: Wir beklagen zu Recht immer die mangelnde Unterstützung des Landes für die Kölner Kultur. In diesem Fall sind manche offenbar bereit, die ausgestreckte und gefüllte Hand des Landes einfach auszuschlagen. Das ist mir unbegreiflich.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Ich komme zum Schluss. Die Archäologische Zone ist ein Projekt von überragender Strahlkraft. Wir möchten die Chance für diesen wunderbaren Bau nutzen. Es geht um ein herausragendes Projekt, das schon sehr lange durch einen wissenschaftlichen Beirat, das Land Nordrhein-Westfalen und den Landschaftsverband diskutiert und weiterentwickelt wurde und, wie gesagt, von einer breiten, stabilen parlamentarischen Mehrheit getragen wird. Mit dem geplanten Bau, der sich aus unserer Sicht maßvoll in die Umgebung einfügt und diese aufwertet sowie gleichzeitig die historischen Schätze schützt und attraktiv präsentiert, erhält Köln diese Chance. Wir sollten sie nutzen. Daher werden wir der Vorlage zustimmen und Ihren Antrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen, der Linken und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Dr. Bürgermeister. - Frau Dr. Bürgermeister, Herr Dr. Elster möchte Ihnen noch eine Frage stellen.

Dr. Ralph Elster (CDU): Gestatten Sie eine Nachfrage?

(Dr. Eva Bürgermeister [SPD]: Ja, bitte!)

Sie haben über den Bauausführungsbeschluss von 2011 gesprochen. Ist es richtig, dass die darin festgeschriebenen Baukosten von 52 Millionen Euro und die darin festgeschriebene Größe von knapp über 2 000 Quadratmetern heute nicht mehr Bestandteil der aktuellen Planung sind?

(Dr. Eva Bürgermeister [SPD]: Das steht alles in der Vorlage, Herr Dr. Elster!)

- Ich wollte es nur noch einmal hören.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Die Frage ist beantwortet. - Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Ich kann direkt anschließen. Wir haben uns diese Vorlage natürlich sehr genau angeguckt. Gerade auch angesichts der 26 000 Unterschriften haben wir sie sehr genau geprüft - mit dem Ergebnis, dass wir der Verwaltungsvorlage zustimmen und dem Ersetzungsantrag der CDU nicht zustimmen werden.

Um eines vorwegzunehmen: Beteiligung, Mitbestimmung und Engagement von Bürgerinnen und Bürgern liegen uns am Herzen, wie zum Beispiel auch unser Kommunalwahlprogramm dokumentiert.

(Zurufe von der CDU)

- Sie können auch zuhören und hinterher reden. - Mit grüner Unterstützung wurden Bürgerbegehren erstmals überhaupt im Stadtrat Kölns übernommen, zum Beispiel beim Schauspielhaus. Auch der Bürgerentscheid zum Godorfer Hafen wurde mit grünen Stimmen und auf grüne Initiative hin im Rat beschlossen.

Die Grünen stehen für Bürgerorientierung und Partizipation, für Transparenz und für Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung; denn wir sind davon überzeugt, dass sich ein gegenseitig wertschätzendes Zusammenwirken von Rat, Bezirksvertretung, Parteien, Bürgerinitiativen und engagierten Bürgern und Bürgerinnen tatsächlich positiv auf die Qualität von Entscheidungen auswirkt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Niklas Kienitz [CDU]: Wir auch!)

- Hören Sie bis zum Ende zu. - Gerade deswegen, weil wir Bürgerbeteiligungsverfahren ernst nehmen, können wir Ihrem Antrag nicht zustimmen, sondern stimmen gemäß § 26 der Gemeindeordnung der Verwaltungsvorlage zu.

Ich werde jetzt nicht alle Argumente aus der Verwaltungsvorlage aufzählen - Sie haben sie ja genau studiert -, möchte aber doch noch Folgendes betonen: Inhaltlich stehen wir weiterhin zu der Archäologischen Zone. Dieser Prozess läuft seit dem Jahre 2000. Seitdem gibt es auch öffentliche Diskussionen in Hülle und Fülle dazu - nicht erst, seit Sie das Bürgerbegehren in Gang gesetzt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dieser Prozess, der seit 2000 läuft - im Prinzip läuft er sogar noch viel länger; denken wir nur einmal daran, wann es schon die ersten Grabungen gegeben hat -, ist unseres Erachtens nicht umkehrbar. Man ist auf dem Weg. Auf diesem Weg bleiben wir auch.

Das sieht auch die Mehrheit der Kölnerinnen und Kölner so. Frau Dr. Bürgermeister hat es bereits erwähnt. Laut einer repräsentativen Umfrage - das sagt zumindest der *Stadt-Anzeiger,* dem ich an diesem Punkt auch glaube - -

(Lachen bei der CDU)

- Jetzt sind wenigstens alle wach. - Laut einer repräsentativen Umfrage vom 20. Mai dieses Jahres sehen 61 Prozent der Kölnerinnen und Kölner das ebenso und sprechen sich für den Bau eines Jüdischen Museums über der Archäologischen Zone auf dem Platz vor dem Rathaus aus.

Ich möchte noch einmal Folgendes hervorheben: Gerade ein Bürgerbegehren sollte nach den Grundsätzen von Klarheit und Wahrheit stattfinden, aber nicht zustande kommen, um im Rat unterlegene Parteien dabei zu unterstützen, unerwünschte Ratsbeschlüsse zu kippen. Das kann es nicht sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wäre es den Befürwortern ernst gewesen, hätten sie - das ist schon erwähnt worden - auch fristgemäß gehandelt; denn zum 8. Mai 2014 die Unterschriften zu sammeln, ist angesichts des Projektfortschritts eine Farce.

Ihr Antrag von der CDU ist auch völlig absurd; denn darin taucht genau die Frage, die auch schon beim Bürgerbegehren gestellt worden ist, noch einmal auf.

Die Befragung - das ist ein weiterer Punkt - geht von völlig falschen Voraussetzungen aus und führt die Befragten in die Irre. Es scheint, als sollten die Befürworter des Begehrens nicht eine wirkliche Bürgerbeteiligung wollen, also ein Begehren mündiger Bürger und Bürgerinnen, die tatsächlich über Sachverhalte aufgeklärt sind, sondern als sollten sie in die Irre geführt werden.

Ich möchte das verdeutlichen, indem ich Ihre Entscheidungsfrage noch einmal kurz zitiere:

> Soll der geplante, mindestens 51,7 Millionen Euro teure Hochbau vor dem Rathaus nach erneutem Architektenwettbewerb durch eine behutsame, maßvolle Lösung ersetzt werden, die den Rathausplatz erhält, die archäologischen Funde mit den Zeugnissen jüdischer Kultur erlebbar macht und die Baukosten um die Hälfte vermindert?

In der Begründung wird dann noch behauptet, es sei eine kleinere Lösung unter weitgehendem Erhalt des nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Platzcharakters möglich. Dass dies, wenn

die Archäologie geschützt werden soll, unmöglich ist, weil es dennoch Schutzbauten geben muss, wird unterschlagen.

Die Kostenschätzung ist - auch wenn sich die Aussage, man benötige nur die Hälfte der Kosten, gut anhört - völlig aus der Luft gegriffen. Und die Kosten eines erneuten Architektenwettbewerbs lassen Sie gleich ganz weg.

Der Zeitverlust, der ebenfalls Kosten mit sich bringt, ist Ihnen auch egal; denn wenn alles neu ausgeschrieben wird, dauert es noch viel länger, sodass wir die Eröffnung des Museums zumindest in dieser Wahlperiode auf gar keinen Fall erleben werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Somit gaukelt die Unterschriftensammlung etwas vor, was überhaupt nicht realisierbar ist.

Gleichzeitig beklagen sich CDU und Freie Wähler seit Monaten darüber, dass die vorgestellten Umplanungen ein kleineres Jüdisches Museum erzeugen würden, was sie vehement ablehnen. Nachvollziehbar ist das überhaupt nicht. Für mich klingt das wie der alte Grundsatz: Wer etwas verhindern will, sucht Gründe. - Ich halte dagegen: Wer etwas erreichen will, sucht Wege.

Wir Grünen sagen daher: Die Umplanungen der letzten Monate sind der richtige Weg zur Realisierung der Archäologischen Zone und des Jüdischen Museums, das damit seiner Vollendung näher rückt. Die neueren Planungen haben jetzt einen Stand erreicht, bei dem auch die Kritik vieler Befürworter aufgegriffen worden ist. Zudem erlebt das Museum eine städtebauliche Steigerung, indem es deutlich in die Via Culturalis eingefügt wird.

Derzeit arbeiten viele in Köln mit Elan und Schwung an dem gemeinsamen Ziel, ein in Europa einzigartiges Museum zu bauen, in dem die Besucher die historische Dichte des Rheinlandes authentisch erleben können. Dies gilt es weiterhin zu unterstützen.

Eine sogenannte behutsame Lösung, die die CDU, die Freien Wähler und die Befürworter des Bürgerbegehrens fordern, würde zum Ende des Projekts führen. Die gerade noch erhöhten Landesgelder ständen nicht mehr zur Verfügung. Die Kooperation mit dem LVR wäre zum Scheitern verurteilt oder stände infrage. Somit wäre die sogenannte behutsame, kleine Lösung im Endeffekt nicht nur deutlich teurer als die Umsetzung des Ratsbeschlusses zum Bau von Archäologischer Zone und Jüdischem Museum, sondern auch sein sicheres Ende.

Das kann niemand wollen. Insofern stimmen wir für die Verwaltungsvorlage und lehnen den CDU-Antrag ab. - Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Frau Stahlhofen.

(Roger Beckamp ([AfD]: Ich habe eine Nachfrage! - Gegenruf von Martin Börschel [SPD]: Gewöhnt euch doch einmal daran, dass das Zwischenfragen sind!)

Roger Beckamp (AfD): Herr Oberbürgermeister, ich habe eine Frage an die Rednerin.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte.

Roger Beckamp (AfD): Genauso wie die Vorrednerin haben auch Sie diese ominöse Umfrage im Auftrag des *Stadt-Anzeigers* bemüht - ominös deswegen, weil die Frage damals lautete: Sind Sie dafür, dass ein Jüdisches Museum gebaut wird? - Da könnten wir alle Ja sagen. Das ist völlig unproblematisch.

(Beifall bei der CDU)

Es geht doch um das konkrete Bauwerk. Wussten Sie das? Haben Sie sich gerade vertan?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das war eine rhetorische Frage.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Ehrlich gesagt, habe ich mich nicht vertan. Vielmehr habe ich mir den Artikel im *Stadt-Anzeiger* noch einmal sehr genau angeschaut und gelesen, was darin steht. Das können Sie auch machen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt kommen wir zu Frau Stahlhofen.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Danke schön. - Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich nicht so lange zu der Zulässigkeit - denn das ist der Inhalt der Vorlage - des Bürgerbegehrens äußern. Wir, die Linke, können uns weitgehend den wunderbaren Ausführungen, die die Vorrednerinnen hier schon vorgetragen haben, anschließen. Die Vorlage zeigt unter „Historie Bürgerbegehren“ auf, dass seinerzeit jegliche Fristen versäumt wurden.

Frau Gordes hat eben für die CDU noch einmal die Beständigkeit von Beschlüssen eingefordert.

(Beifall bei der SPD)

Darum möchte ich an dieser Stelle auch die Beständigkeit der Beschlüsse einfordern, die wir hier getroffen haben.

Es ist ein gutes Zeichen, wenn sich bei einem ehrlichen Bürgerbegehren viele Menschen beteiligen. Das war hier der Fall. Zu dieser Beteiligung und ihren Unterschriften wurden die Kölnerinnen und Kölner allerdings leider mit zum Teil falschen Behauptungen aufgefordert. Es war ja Wahlkampf. Jetzt ist der Wahlkampf aber vorbei.

Auch auf den Brief von Herrn Dr. Peters möchte ich nicht weiter eingehen; denn das meiste haben Sie ohnehin schon selber vorgetragen.

Der Kern bleibt letztendlich die Bürgerbeteiligung. Die Bürgerbeteiligung ist uns wichtig. Wir müssen damit aber auch umsichtig umgehen.

Ich hoffe jetzt nur zum einen, dass die Bürgerinnen und Bürger weiterhin mit großen Interesse und intensiver Beteiligung an der Zukunft unserer Stadt mitwirken, und zum anderen, dass das Museum auf dem Rathausplatz mit der Unterstützung des LVR bald Formen annimmt.

Hier sind Sie, meine Damen und Herren der CDU, besonders aufgefordert, sich in der Koalition im LVR konstruktiv einzubringen. Herr Dr. Elster, Sie sitzen doch in der Verhandlungskommission zum Koalitionsvertrag im LVR. Eigentlich müssten Sie genau wissen, dass Ihr Änderungsantrag dem widerspricht, was Sie heute hier im Rat einfordern.

(Beifall bei der Linken und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich fordere Sie auf, das unbedingt noch einmal zu überdenken.

Wir werden diesem Änderungsantrag logischerweise nicht zustimmen.

Ich bitte darum, dass eine konstruktive Arbeit im LVR und hier im Rat auch zukünftig Platz findet.

(Beifall bei der Linken und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Den heute gewählten Mitgliedern des politischen Lenkungskreises für die Archäologische Zone und das Jüdische Museum wünsche ich eine glückliche und geduldige Hand bei allen ihren Entscheidungen. Herr Dr. Elster, dieser Wunsch gilt auch für Ihre Entscheidung. - Danke.

(Beifall bei der Linken, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Stahlhofen. - Wir kommen zu Herrn Sterck für die FDP.

Ralph Sterck (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Peters, Herr von Rautenstrauch und Herr Dr. Müser, erst einmal möchte ich Ihnen herzlich für das bürgerschaftliche Engagement danken, das Sie hier vorbringen, auch wenn wir in dieser Frage inhaltlich auseinander liegen.

Das kann ich auch direkt an Ihrem Vortrag festmachen, Herr Dr. Peters. Sie haben nämlich gesagt, das, was aktuell geplant werde, sei nicht mehr stimmig. Das ist nicht der Fall.

Was den Zugang zum Historischen Rathaus vom Alter Markt angeht, haben Sie Recht. Darum müssen wir uns auf jeden Fall kümmern. Es tut, glaube ich, keiner anderen Fraktion in diesem Hause so weh wie der FDP, dass das aus der Planung herausgenommen worden ist; denn wir haben uns gerade für diesen Zugang vom Alter Markt immer starkgemacht.

Diese Herausnahme war aber auch eine Reaktion auf den Zeitverlust durch die öffentliche Diskussion um den Baubeschluss und darauf, dass wir günstiger werden mussten. Der Ausbau des ehemaligen Ratskellers hätte, soweit ich weiß,

12 Millionen Euro gekostet. Wir haben ihn aus der Planung herausgenommen, um das Projekt zu realisieren.

Es hat auch andere Umplanungen gegeben, bei denen wir Kritikern entgegengekommen sind.

Gerade die Frage des Zugangs war Thema der öffentlichen Diskussion. Da wurde gesagt: Hier wird ein Museum gebaut, und man muss einmal um den Block herumgehen, um hineinzukommen. - Nein, wir haben es jetzt geschafft, dass wir an dem neuen Platz gegenüber dem Wallraf-Richartz-Museum einen sehr schönen Zugang zu beiden Museen bekommen. Darauf wurde eben schon hingewiesen. Wir bekommen an dieser Stelle eine hohe architektonische Qualität, und zwar an dem authentischen Platz; denn genau dort, wo das Jüdische Museum entstehen soll, war das jüdische Viertel. Dort ist die Mikwe; dort ist die Synagoge. Das Preisgericht hat sich ganz bewusst für diesen Entwurf entschieden, weil wir durch diese Architektur die Möglichkeit haben, die Mikwe und die Synagoge auch entsprechend räumlich zu erleben.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Wir haben hier ein sehr ordentliches Verfahren durchgeführt. Das ist eben auch schon gesagt worden. Die Kolleginnen und Kollegen des alten Rates mussten meine Reden zu diesem Thema hier schon häufiger ertragen. Dabei habe ich immer wieder auf die Pressemitteilung unseres damaligen Kreisvorsitzenden, Werner Hoyer, aus dem Jahr 1985 hingewiesen, der gesagt hat: Wir unterstützen als Liberale den Bau eines Hauses und Museums der jüdischen Kultur auf dem Rathausvorplatz. - Daran erkennen Sie, über welche Zeiträume wir hier sprechen. Wir haben es in unseren Koalitionsvertrag mit der CDU im Jahr 1999 hineingeschrieben. Damals waren die Kollegen noch auf einem anderen Trip.

Es hat zwei Symposien gegeben - erst einmal zu der Frage des Standorts. Es sind sieben Standorte in der Innenstadt untersucht worden. Dabei sind auch das Historischen Rathaus, der Spanische Bau und das Kaufhaus Kutz geprüft worden. Die Experten haben gesagt: Nein, nicht irgendwo darum herum, sondern auf dem Rathausvorplatz selber. - Dann fand ein Symposium zum Inhalt statt. Anschließend gab es einen Wettbewerb, an dem sich namhafte Architekten beteiligt haben. Auch Herr Busmann war mit seinem gleichnamigen Büro dabei vertreten. Das zeigt schon, wie hochkarätig das Teilnehmerfeld besetzt war. Entsprechend haben wir ein tolles Ergebnis bekommen.

Wir haben einen Baubeschluss gefasst, der leider - das ist erschreckend - schon weit zurückliegt. Bisher wurde nur im Untergrund gearbeitet.

Dann haben wir - das ist ein Glücksfall für die Stadt Köln - sogar einen Betreiber gefunden, der uns langfristig von den Kosten entlastet.

Deswegen war das ein optimales Verfahren. Die Ergebnisse des Wettbewerbs sind nicht in der Schublade verschwunden, wie es bei vielen Wettbewerben der Fall war. Wir haben in den 1990er-Jahren Wettbewerbe zum Breslauer Platz und zur Ost-West-Achse durchgeführt, deren Resultate nie realisiert worden sind. Deswegen bin ich froh, dass wir diesen Vorschlag entsprechend umsetzen.

Ich wüsste gerne, was Herr Busmann gesagt hätte, wenn sein Wettbewerbsentwurf für das Museum Ludwig und die Philharmonie damals nicht realisiert worden wäre, weil es ein Bürgerbegehren gegeben hätte und gesagt worden wäre: Können wir das nicht ein bisschen niedriger bauen? Das steht doch direkt vor dem Dom. Können wir das nicht ein bisschen billiger machen? Brauchen wir denn überhaupt so etwas wie eine Philharmonie in dieser Stadt?

(Beifall bei der FDP, der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Deswegen bin ich froh, dass die damaligen Ratskolleginnen und -kollegen die Kraft hatten, das durchzustehen und sich auch für diesen kritischen Standort zu entscheiden; denn natürlich sind das Museum Ludwig und die Philharmonie ein riesiger Gewinn für unsere Stadt.

Es ist nun einmal so, dass Bürgerproteste immer erst dann beginnen, wenn die Bagger anrollen. Deswegen müssen, wenn solche Verfahren ordentlich gelaufen sind - - Ich finde auch, dass wir genug Bürgerbeteiligung gemacht haben. Es hat zig Veranstaltungen gegeben. Ausstellungen haben stattgefunden. Schon alleine das, was ich in dieser Frage selber besucht habe, ist vorbildlich.

Daher kann ich nur Folgendes sagen: Diese Archäologische Zone mit dem Jüdischen Museum wird ein einmaliges Projekt in Europa werden. Es ist eine Symbiose aus der römischen Geschichte, der mittelalterlichen Geschichte und der jüdischen Kultur im alten jüdischen Viertel. Das wird hier erlebbar.

Ich freue mich auf die Realisierung und hoffe, dass wir dabei möglichst schnell vorankommen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Sterck. - Wir kommen zu Herrn Haug für die Fraktion der AfD.

Jochen Haug (AfD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen! Wir haben heute über eine Rechtsfrage zu entscheiden. Die reine Rechtsfrage ist nach wohl herrschender Meinung dergestalt zu entscheiden, dass auch kein Beurteilungs- und Ermessensspielraum besteht.

Wie einige Vorredner schon zu Recht betont haben, ist es aber eine politische Frage; denn wir sind als Rat ein politisches Organ. Natürlich sind bei dieser Rechtsfrage die politischen Hintergründe zu beachten.

Sie sind recht einfach und wurden gerade auch schon mehrfach angesprochen. Es geht nämlich um die Frage der politischen Partizipation der Bürger.

Seit Jahren steht auf der Agenda - speziell im Kommunalrecht -, dass man die Bürger mehr an Großprojekten beteiligt und sie früher einbindet. Dazu möchte ich kurz einige Sätze zitieren:

> Der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Beteiligung ist bei vielen Projekten in unserer Stadt spürbar. Die Menschen möchten heute mitentscheiden, etwas bewegen und damit auch Verantwortung für unsere Stadt übernehmen. Die Menschen in Köln sind dabei kreativ, mutig und voller Ideen. Deshalb bekennen wir uns zu einer Beteiligung, die frühzeitig die Ideen aller Kölnerinnen und Kölner ernst nimmt.
>
> Oft setzen jedoch ein breites Interesse und Beteiligungsmöglichkeiten erst ein, wenn die Planungen bereits fortgeschritten sind. Die Einflussnahme ist dann nur noch begrenzt und die Enttäuschung auf allen Seiten vorprogrammiert.
>
> Darum wollen wir bei Projekten von Anfang an die Menschen fragen, was ihnen wichtig ist, auf ihre Vorschläge hören und sie so in Entscheidungen einbinden.

Theoretisch könnte das aus dem Kommunalwahlprogramm der AfD stammen. Das tut es aber nicht. Es stammt aus dem Kommunalwahlprogramm der Kölner SPD,

(Jochen Ott [SPD]: Super Partei!)

könnte aber auch in jedem anderen Kommunalwahlprogramm gestanden haben. Das sind richtige Sätze, zu denen ich komplett stehe. Diese Sätze muss man dann aber auch einmal mit Taten füllen.

(Beifall bei der AfD und der CDU)

Man muss sie vor allem auch deswegen mit Taten füllen, weil bei diesem Projekt, auch wenn wir nicht mehr am Anfang stehen, sehr wohl noch die Möglichkeit besteht, Änderungen vorzunehmen.

Was mir überhaupt nicht einleuchtet, ist die Einstellung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Seit ich politisch denken kann - und das ist schon etwas länger -, haben die Grünen - wir haben es auch gerade wieder gehört - auf ihrer politischen Agenda mehr Bürgerbeteiligung, Partizipation und direkte Demokratie - und genau darüber reden wir heute - stehen. Kumuliert hat dies in einem Projekt, das wir alle kennen, nämlich Stuttgart 21. Da haben die Grünen vor ein paar Jahren dafür gekämpft. Im Übrigen war das ein recht vergleichbares Projekt; denn bei Stuttgart 21 - -

> (Jochen Ott [SPD]: Das ist Quatsch! Wie war das mit dem politischen Denken? - Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das ist nicht vergleichbar!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Lassen Sie Herrn Haug bitte reden.

Jochen Haug (AfD): Soll ich Ihnen kurz etwas sagen? Wissen Sie, worum es bei Stuttgart 21 ging? Ich komme aus Baden-Württemberg und weiß, wovon ich rede. Bei den Vorwürfen ging es einerseits darum, dass die Wirtschaftlichkeit angegriffen wurde, und andererseits um die Frage der frühzeitigen Partizipation der Bürger.

Vergleichbar mit unserem Fall hier ist aber auch, dass bei Stuttgart 21 die Frage der rechtssicheren Zulässigkeit des Volksentscheides zutiefst umstritten war. Sehr viele Juristen, darunter beispielsweise Paul Kirchhof, haben damals die Auffassung vertreten, ein Volksentscheid über Stuttgart 21 sei überhaupt nicht zulässig. Nichtsdestotrotz wurde ein Volksentscheid herbeigeführt. Man hat sich also nicht hinter rechtliche Erwägungen zurückgezogen.

Das ist auch meine Bitte, die ich heute habe. Ziehen Sie sich nicht hinter rechtliche Erwägungen zurück. Deswegen sagte ich gerade, dass es hier nicht um eine rechtliche Frage geht, sondern um eine politische Frage. Es ist eine politische Frage. Man sollte sich nicht hinter rechtliche Erwägungen zurückziehen; denn faktisch muss man auch bedenken, dass manchmal der Gedanke aufkommen kann: Partizipation, Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie sind dann gut, wenn das Ergebnis, das man zu erwarten hat, den eigenen Interessen oder den eigenen Erwartungen entspricht. - Diesem Eindruck können Sie heute entgegenwirken, indem Sie sich dafür aussprechen, auch wenn das Ergebnis vielleicht offen ist.

Wir können nämlich eine wichtige Lehre aus Stuttgart 21 ziehen. Stuttgart 21 war gut und richtig; denn es hat zu zwei Dingen geführt: einerseits zu einer Befriedung bei diesem Thema und andererseits zu einer hohen Legitimität der Entscheidung. Genau das können wir in Köln auch erreichen. Durch eine Befragung der Bürger können wir erreichen, dass eine Befriedung bei diesem so emotionalen Thema eintritt und dass die Entscheidung eine hohe Legitimität besitzt.

Deswegen schließen wir uns dem Ersetzungsantrag der CDU an und bitten die anderen Ratsmitglieder, das ebenfalls zu tun. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Zimmermann, Deine Freunde.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal, auf der Tribüne und, wie ich hoffe, auch recht zahlreich an den Bildschirmen zu Hause! Hätte es Rats-TV schon vor ein paar Jahren gegeben, hätten Sie sehen können, dass ich dieses Projekt seit Jahren sehr kritisch begleite. Oft wurde ich auch als Gegner des Projekts bezeichnet. Das stimmt so nicht. Ich bin Befürworter eines anderen Projekts bzw. einer anderen Gestaltung gewesen - Stichwort: Stankowski-Museum. Solche Dinge lagen mir im Sinn.

Damit konnte ich mich leider nicht durchsetzen. Insofern musste ich auch die Mehrheiten im Rat und im LVR akzeptieren und akzeptieren lernen. Ich habe andere Vorstellungen in Bezug darauf gehabt, wie man 60 Millionen Euro für ein solches Projekt ausgeben kann. Für die Betriebskosten von insgesamt 7 bis 8 Millionen Euro könnte ich mir auch eine andere Verwendung vorstellen. Da die Mehrheit aber so entschieden hat, werde ich das natürlich weiterhin kritisch begleiten müssen.

Das Bürgerbegehren habe ich nicht unterschrieben. Dass ich es nicht unterschreiben konnte, hatte für mich drei Gründe.

Erstens war die Unzulässigkeit von Anfang an bekannt. Es war schon eine Täuschung der Menschen, die dieses Bürgerbegehren unterschrieben haben, da den Initiatoren bekannt war oder zumindest hätte bekannt sein können und müssen, dass es für unzulässig erklärt werden würde.

(Beifall bei Deinen Freunden, der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

In diesem Sinne war es nicht ganz redlich.

Zweitens wurde es bewusst in den Wahlkampf zur Kommunalwahl im Mai 2014 verlagert. Das habe ich sehr kritisch gesehen, weil ich nicht wollte, dass auf Grundlage dieser Debatte über die Mehrheit in diesem Rat entschieden wird. Gleichzeitig war das auch ein Fehler der Initiatoren; denn natürlich war klar, dass die Fristen noch schwieriger eingehalten werden können, wenn man das Bürgerbegehren erst so spät startet. Man hätte das Bürgerbegehren auch schon vor zwei oder drei Jahren direkt nach dem Beschluss vom Juli 2011 starten können. Dazu ist es nicht gekommen. Dahinter standen meines Erachtens auch taktische Überlegungen der Ini-

tiatoren; denn sie wollten es bewusst in diesen Wahlkampf ziehen. Das konnte ich nicht unterstützen.

Drittens konnte ich das Bürgerbegehren auch inhaltlich nicht unterstützen. Wie ich gerade schon angesprochen habe, habe ich überhaupt nichts gegen eine Bebauung dieses Platzes. Es wurde auch schon darauf hingewiesen, dass dieser Platz historisch gar kein Platz war. Ich hätte mir andere Bebauungen dieses Platzes gewünscht - und auch eine andere Nutzung des Museums. Das Stankowski-Museum sah zum Beispiel vor, dass das Kölnische Stadtmuseum dort integriert wird. Ich fand es viel sympathischer, die jüdische Geschichte als einen integralen Bestandteil der Kölner Stadtgeschichte zu präsentieren, was sie auch ist, als sie in einem eigenen Museum zu zeigen und das Kölnische Stadtmuseum separat zu betreiben. Ich hätte mir beides zusammen gewünscht.

Jetzt haben aber 26 000 Bürger unterschrieben. Wir haben uns ein bisschen schwergetan - das ist zum großen Teil jetzt auch meine persönliche Meinung -, was die Frage angeht, ob man diese Leute enttäuschen und vor den Kopf stoßen sollte, indem man ihnen sagt, dass ihre Unterschriften vergeblich waren. Dafür tragen natürlich auch die Initiatoren einen Großteil der Verantwortung.

Dem Ersetzungsantrag der CDU würden wir einerseits gerne zustimmen. Andererseits ist, wie auch schon kritisch angemerkt wurde, die darin vorgeschlagene Fragestellung nicht ganz korrekt. Genau diese Fragestellung können wir auch nicht unterstützen. Daher werden wir uns hier enthalten.

Wir sagen aber klipp und klar, dass es bei Bürgerbegehren nicht darum gehen kann, ob sie einem politisch gerade gut passen. Vielmehr sind Bürgerbegehren grundsätzlich zu unterstützen.

Ich bitte alle Menschen, die zukünftig Bürgerbegehren starten wollen, sich rechtzeitig um die Bedingungen zu kümmern. Es gibt Vereine wie zum Beispiel Mehr Demokratie e. V., die dabei helfen können. Sie haben auch dem Bürgerbegehren, über das hier gerade debattiert wird, ihre Hilfe angeboten. Diese Hilfe ist nicht rechtzeitig angenommen worden. Das war mir vollkommen unverständlich.

Ich möchte darum bitten, dass man sich den Mut auch dann nicht nehmen lässt, wenn dieses Bürgerbegehren für nicht zulässig erklärt wird. - Danke schön.

(Beifall bei Deinen Freunden und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Zimmermann. - Wir kommen zu Herrn Henseler.

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Initiatoren des Bürgerbegehrens! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der letzte Beitrag war richtig ermutigend - vor allen Dingen die Aufforderung, auch bei einer Ablehnung des Begehrens, die ja heute zu erwarten ist, nicht die Flinte ins Korn zu werfen, sondern an einer als richtig erkannten Position festzuhalten.

So ist das auch. Die Unterstützer und Initiatoren des Begehrens halten an ihrer Position fest, weil sie damit eine bestimmte Lösung verbinden - und keineswegs, wie hier immer wieder unterstellt wird, zum Beispiel von Frau von Bülow, das Projekt nicht wollen. Die Initiatoren und auch alle Unterstützer - CDU, Freie Wähler - sagen immer: Wir wollen dieses Projekt. Wir wollen eine Archäologische Zone. Wir wollen ein Jüdisches Museum.

Wir wollen es nur anders; denn wir sind davon überzeugt, dass das geht, wenn man es nur will. Man kann es so lösen, dass der Platz weitgehend erhalten bleibt und gleichzeitig das Souterrain oder Parterre des Rathauses vom Alter Markt aus das Jüdische Museum aufnimmt.

Herr Sterck, Ihren Beitrag fand ich auch sehr ermutigend. Allerdings halte ich Ihre Aussage, dass das, was jetzt entsteht, eine glückliche Lösung ist, für nicht ganz zutreffend. Das, was jetzt entsteht, hat mit dem Architektenwettbewerb überhaupt nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Ach?)

Das Gebäude ist drei Mal geschrumpft worden - das erste Mal nach den Einwänden, die aus dem Bereich des daneben liegenden Wallraf-Richartz-

Museum kamen. Da wurde der Baukörper reduziert, und es gab die Idee mit dem Eingang im Parterre des Rathauses - allerdings nicht dort, wo ehemals der Eingang zum Ratskeller war. Vielmehr wollte man unterhalb des Muschelsaals zum Löwenhof durchbrechen. Nach meinem Dafürhalten ist es eine völlig absurde Vorstellung, den Löwenhof zum Museumseingang umzufunktionieren; denn dieser Ort ist mit der Stadt Köln und allen ihren Mythen auf eine ganz bestimmte Art und Weise verbunden.

Diese Planung ist dann aufgegeben worden, wie Sie zu Recht gesagt haben, weil man Kosten sparen musste. Die Verwaltung hat mitgeteilt, sie habe 6 Millionen Euro eingespart. Wir haben dann immer gefragt: Wo und wie? - Das wollte sie uns nicht mitteilen. Sie ist dann aber zu der Einschätzung gekommen, dass man den geschrumpften Hochbau jetzt mit einem Eingang versehen solle. Vorher war man zu der Einschätzung gelangt, da passe kein Eingang hin. Jetzt wird dort ein Eingang reingequetscht. Gleichzeitig ist der Bereich am Alter Markt überhaupt nicht mehr in irgendeiner Form in das ganze Projekt einbezogen.

Meine Damen und Herren, das Projekt ist inzwischen in jeder Richtung ein Torso. Wir sollten alle Anstrengungen unternehmen - und da finde ich einige Redebeiträge wirklich ermutigend -, das noch einmal zu reflektieren und zu schauen, ob es nicht irgendwelche anderen Möglichkeiten gibt.

Ich will aber auch noch auf die Fragestellung eingehen, um die es in der Ratsvorlage eigentlich geht. Sowohl in der Vorlage als auch von einigen Vorrednern ist uns vorgeworfen worden, wir hätten Fristen versäumt. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Wir haben keine Fristen versäumt. Die Initiatoren haben auch keine Fristen versäumt. Ich beziehe mich als Vertreter der Freien Wähler da immer mit ein. Man möge mir das nicht übel nehmen. Wir haben keinerlei Fristen versäumt; denn die Diskussion ist erst in Gang gekommen, als diese Torso-Entwicklung, die ich gerade beschrieben habe, sichtbar geworden ist.

Wir haben uns intensiv damit auseinandergesetzt. Wir haben Hearings veranstaltet. Wir haben uns mit Architekten zusammengesetzt. So ist auch die alternative Planung zustande gekommen, die Herr Professor Busmann entwickelt hat. Das scheint uns vor dem Hintergrund der jetzt eingetretenen Entwicklung die bessere Alternative zu sein.

Wir halten das für demokratisch legitim. Ich finde es falsch, wenn man hier im Rat den Eindruck erweckt, darüber könne und dürfe man überhaupt nicht reden.

(Beifall von Dr. Ralph Elster [CDU])

Seit zwei Jahren ist dann ein Prozess in Gang gekommen. Die Verwaltung und auch der Rat haben festgestellt, dass eine neue öffentliche Debatte in der Stadt stattfindet.

Eigentlich hätte es mehrere Anlässe gegeben, einen vernünftigen Baubeschluss zu fassen - auf der Grundlage aktueller Kostenkalkulationen und auf der Grundlage aktueller Planungen. Das hat man immer - das sage ich auch an die Adresse des Stadtdirektors - vermieden. Man kann sogar davon reden, dass es eine - wie soll ich es ausdrücken? - Strategie der Beschlussverhinderung gab.

(Martin Börschel [SPD]: Nur weil das dein Stil war, musst du nicht von dir auf andere schließen!)

Der Baubeschluss ist nach meinem Dafürhalten also - ich habe das hier im Rat schon vorgetragen; weil ich nur fünf Minuten Redezeit habe, wiederhole ich es jetzt nicht - kein Baubeschluss. Sie haben hier eine Beschlussverhinderungsstrategie betrieben.

Als Vorletztes sage ich Ihnen: Es gibt immer noch keine Klarheit darüber, welche Kosten auch nach den dankenswerter von Ihnen eingeworbenen Landesmitteln für uns anfallen. Ich will jetzt gar nicht fragen, auf welcher Grundlage diese Mittel eingeworben worden sind. Es sind Städtebauförderungsmittel. Sie sind jedenfalls da.

(Martin Börschel [SPD]: Wat kütt, dat kütt! - Jochen Ott [SPD]: Hast du dir das auch angeguckt?)

- Das habe ich mir alles angeguckt. - Ich habe in meiner damaligen Zeit auch schon Mittel für andere Zwecke eingeworben. Das brauchen wir jetzt aber nicht weiter auszuführen.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist aber interessant!)

Allerdings habe ich das immer auf der Grundlage einer konkreten Planung und einer konkreten Kostenkalkulation getan. Hier stellt sich die Frage, ob es eine solche konkrete Planung und eine solche konkrete Kostenkalkulation auch für zusätzliche Landesmittel gegeben hat. Ich sehe

diese konkrete Planung und diese konkrete Kostenkalkulation nicht, meine Damen und Herren. Wenn man den Minister gut kennt, ist das natürlich manchmal einfach. In diesem Fall scheint mir das aber etwas schwierig gewesen zu sein.

(Jochen Ott [SPD]: Erzähl mehr aus den 1990er- Jahren!)

Herr Oberbürgermeister, wenn ich ausreden darf, würde ich gerne noch einmal kurz auf die Fragestellung zurückkommen, ob das Bürgerbegehren in ein bestehendes konkretes Regelungskonzept des Rates grundsätzlich eingreift. Diese Frage wird nämlich in einem sich jetzt wahrscheinlich anschließenden juristischen Konflikt gestellt werden. Wir haben mit diesem Bürgerbegehren nie einen konkreten Ratsbeschluss angegriffen, sondern wir haben immer gesagt: Wir sind nicht gegen das Projekt. Wir wollen aber, dass dieses Projekt eine andere Richtung nimmt.

In diesem Zusammenhang zitiere ich einmal aus der Vorlage. Darin steht auf Seite 6:

> Es ist bei dieser Betrachtung auch unerheblich, wenn einzelne Planungsideen im Laufe der Planungsfortschreibung und Ausführung abgeändert werden oder gar entfallen.

Das steht ausdrücklich darin. Herr Stadtdirektor, wir schließen uns dem an.

Wenn das so ist, muss man aber Änderungen initiieren können. Wir initiieren eine Änderung, und zwar die Änderung, die Herr Professor Busmann ausgearbeitet hat. Deswegen handelt es sich um ein initiatorisches Begehren.

Meine Damen und Herren, über diese Frage wird im Zweifelsfall ein Gerichtsentscheid herbeigeführt werden. Die von den Initiatoren beauftragte Kanzlei Lenz und Johlen hat schon einen entsprechenden Entwurf produziert. Die Diskussion wird also weitergehen.

Letzter Punkt: Sagen Sie nicht, dass das Bürgerbegehren den Prozess umkehren will, und sagen Sie nicht, dass es einen riesigen Zeitverlust gibt.

> (Jochen Ott [SPD]: Dürfen die Freien Wähler eigentlich eine halbe Stunde reden?)

Ich habe in den Ferien von der zuständigen Frau Beigeordneten dankenswerterweise ein Anschreiben erhalten, in dem es heißt: Der Abschluss der Grabungen wird im Herbst 2014, also Ende dieses Jahres, erfolgen. Erst dann wird die Statik so weit abgeschlossen sein, dass anschließend die Konstruktion der Stützen, Deckenanschlüsse usw. und des Parcours erfolgen kann. - Das bedeutet, dass überhaupt keine Zeitverzögerung eintritt.

(Beifall von Dr. Jürgen Strahl [CDU])

Man sollte sich noch einmal ernsthaft zusammensetzen und sich mit der Frage beschäftigen, ob dieser Torso, der jetzt entstehen soll, wirklich die letzte denkbare Lösung ist. Wenn man darüber noch einmal nachdenkt, wird man auch nicht die Zusammenarbeit mit dem LVR infrage stellen. Man wird aber ein vernünftiges Konzept realisieren können - und nicht einen Torso auf allen Ebenen, wie er jetzt vorgesehen ist. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Damit haben wir das Ende der Rednerliste erreicht. Ich bedanke mich herzlich für die sachlichen Ausführungen und möchte jetzt zur Beschlussfassung kommen.

Zunächst stelle ich den Änderungsantrag der CDU zur Abstimmung. Wer für den Antrag der CDU ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die AfD, pro Köln und Herr Henseler. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Piraten und Deiner Freunde ist der Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zur Beschlussfassung über das Bürgerbegehren und seine Zulässigkeit. Die Beschlussvorlage geht in die Richtung, zu sagen, dass das eingereichte Bürgerbegehren Rathausplatz unzulässig ist. Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer für den Ratsbeschluss ist, dass dieses Bürgerbegehren unzulässig ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der FDP und die Fraktion Die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Piraten und Deiner Freunde ist die Vorlage angenommen und das Bürgerbegehren als unzulässig dargestellt worden.

Beschlüsse:

I. Beschluss Gemäß Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ersetzt:

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Zulässigkeit des am 08.05.2014 eingereichten Bürgerbegehrens sowie den in dem Bürgerbegehren zum Ausdruck kommenden Willen der Kölner Bürgerinnen und Bürger zur Kenntnis.

In Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements und zur Vermeidung eines unnötigen Rechtsstreits mit den Initiatoren des Bürgerbegehrens wird die Verwaltung beauftragt, dem Rat unverzüglich einen Beschlussvorschlag für eine Bürgerbefragung zum Erhalt des Rathausvorplatzes nach dem Modell der Befragung zum Ausbau des Godorfer Hafens (vgl. Vorlagen-Nr. 0575/2011) vorzulegen.

Die an die Bürgerinnen und Bürger zu richtende Frage lautet: „Soll der geplante, mindestens 51,7 Millionen Euro teure Hochbau vor dem Rathaus nach erneutem Architektenwettbewerb durch eine behutsame, maßvolle Lösung ersetzt werden, die den Rathausplatz erhält, die archäologischen Funde mit den Zeugnissen jüdischer Kultur erlebbar macht und die Baukosten um die Hälfte vermindert?“

Zu diesem Zweck soll die von dem „Bürgerbegehren Rathausplatz“ favorisierte „behutsame, maßvolle Lösung, die den Rathausplatz erhält, die archäologischen Funde mit den Zeugnissen jüdischer Kultur erlebbar macht und die Baukosten (Bezug 51,7 Mio. €) um die Hälfte vermindert“ planerisch aufgearbeitet und in einem architektonischen, stadtplanerischen und finanziellen Vergleich dem aktuellen Vorschlag der Architekten Wandel Hoefer Lorch GmbH gegenübergestellt werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der AfD-Fraktion, sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der Gruppe pro Köln, der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde abgelehnt.

II. Beschluss Gemäß Verwaltungsvorschlag:

Der Rat stellt fest, dass das am 08.05.2014 eingereichte Bürgerbegehren Rathausplatz unzulässig ist.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. sowie der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde zugestimmt.

Anmerkung:
Die AfD-Fraktion hatte ihren Änderungsantrag im Sitzungsverlauf zurückgezogen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bedanke mich bei den Initiatoren des Bürgerbegehrens dafür, dass sie heute hier vorgetragen haben, und bitte im Hinblick darauf, dass sich die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes so lange hinausgezögert hat, um Nachsicht. Ich glaube aber, dass das noch einmal eine wichtige Debatte war. Vielen Dank für Ihr Erscheinen.

5 Feststellung der Gültigkeit der Rats-, Bezirksvertretungs- und Integrationsratswahl in Köln am 25.05.2014 Gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) in Verbindung mit § 46a Kommunalwahlgesetz

5.1 Einsprüche gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW

5.1.1 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW der CDU-Köln vom 18.06.2014, mit den Ergänzungen vom 26.06.2014 und 03.07.2014
1982/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

5.1.2 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Jürgen Ernst Hass vom 12.06.2014
1997/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

5.1.3 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Udo Peter Stodden vom 30.05.2014
1998/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

5.1.4 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Manfred Wehrhahn vom 26.05.2014
1999/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

5.1.5 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Frau Alexandra Gräfin von Wengersky vom 02.07.2014
2016/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

5.1.6 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Florian Brovot vom 03.07.2014
2017/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

5.1.7 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Wasilis Pavegos vom 02.07.2014
2018/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

5.1.8 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Martin Erkelenz vom 03.07.2014
2020/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

5.2 Kommunalwahl 2014 - Feststellung der Gültigkeit der Rats-, Bezirksvertretungs- und Integrationsratswahl in Köln am 25.05.2014 Gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) in Verbindung mit § 46a Kommunalwahlgesetz
2050/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir gehen jetzt weiter in der Tagesordnung voran. Wie wir festgestellt haben, sind alle Punkte unter TOP 5 zurückgezogen worden. Daher rufe ich nun auf:

6 Vorlagen zur Vermeidung von Dringlichkeitsentscheidungen

Zu Tagesordnungspunkt 6.1:

6.1 Großschadensereignis Einsturz Historisches Archiv
hier: Verlängerung des Verzichts der Stadt Köln auf die Einrede der Verjährung gegenüber den Leih-, Vor- und Nachlassgebern des Historischen Archivs
1897/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den gegenüber den Leih-, Vor- und Nachlassgebern des Historischen Archivs am 31.10.2012 erklärten Verjährungsverzicht bis Ende 2016 zu verlängern.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 6.2:

6.2 Unbefristete Fortführung der Schulsozialarbeit ab 01.01.2015
2042/2014

Ich schaue in die Runde. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön.

Birgitta Nesseler-Komp (CDU): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In ihrer Pressemitteilung vom 29. August 2014 hat sich die CDU-Fraktion für eine unbefristete Weiterbeschäftigung der bislang aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets des Bundes finanzierten Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter in Köln ausgesprochen. Wir halten die Schulsozialarbeit als Unterstützung der Schulen für unverzichtbar und sind natürlich auch der Auffassung, dass den Schulen und den Beschäftigten Planungssicherheit gegeben werden muss.

Über die Sinnhaftigkeit und die Qualität der Schulsozialarbeit sind wir uns, denke ich, alle einig. Lassen Sie mich trotzdem einige Sätze zur Gesamtthematik sagen.

Wir halten fest: Die CDU-geführte Bundesregierung hat den Bundesländern für die Jahre 2011 bis 2013 400 Millionen Euro für Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei der CDU)

Anfang 2011 wurde diese zeitlich begrenzte finanzielle Unterstützung im Zuge der Verhandlungen über das Bildungs- und Teilhabepaket als Anschubfinanzierung ermöglicht. Damals wurde ebenfalls vereinbart, dass diese Finanzierung Ende 2013 ausläuft und ab 2014 die Länder die Projekte in ihrer Verantwortung weiterführen. Die Finanzierung im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets wurde dann im Nachgang bis zum 31. Dezember 2014 sichergestellt.

Meine Damen und Herren, Arbeitsministerin Andrea Nahles, bekanntlich SPD, stellte ebenfalls klar, dass Schulsozialarbeit in den Zuständigkeitsbereich der Länder falle.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört, hört!)

Das Land - sprich: die Landesregierung - hat jedoch keine Anschlussfinanzierung sichergestellt und verantwortet es somit, die Kosten auf die Kommunen abwälzen zu wollen - mit der Begründung, trotz der 2011 beschlossenen befristeten Finanzierung weiterhin den Bund in der Pflicht zu sehen.

Der Antrag von Rot-Grün im Landtag Nordrhein-Westfalen mit Datum vom 16. April 2013, der eine Aufhebung des Kooperationsverbots und die Weiterfinanzierung durch den Bund fordert, reicht doch wirklich nicht aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Den Antrag der CDU vom 6. Mai 2014, in dem die Finanzierung der originären Schulsozialarbeit durch das Land eingefordert wird, lehnte Rot-Grün ab.

(Zurufe von der CDU: Pfui!)

Das mag zunächst konsequent erscheinen. Herr Börschel schreibt aber auf seiner Homepage in einem Eintrag vom 15. August 2014, dass er weder Bund noch Land aus ihrer bildungspolitischen Verantwortung entlassen wolle. Diese Aussage steht meiner Meinung nach im Widerspruch zu der ablehnenden Haltung gegenüber dem CDU-Antrag im Land. Ich habe dann ein Verständnisproblem, was das Abstimmungsverhalten im Landtag angeht.

(Beifall bei der CDU)

Man möge mir diesen Exkurs in Bund und Land verzeihen. Er galt aber der Erläuterung der Zusammenhänge.

Nun zurück nach Köln: Bei aller Zustimmung zur Alternativlosigkeit der Schulsozialarbeit stellt sich mir die Frage, wieso die Vorlage, die uns heute als dringlich vorliegt, nicht bereits vor der Sommerpause erstellt werden konnte.

(Beifall bei der CDU)

Frau Dr. Klein, ich denke, dass Ihnen die Problematik, über die wir heute diskutieren, seit längerem bekannt ist. Ich formuliere es jetzt einmal salopp: Dieses Hoppladihopp - es gibt ja sowieso

keine Alternative; Pistole auf die Brust; Dringlichkeitsvorlagen in letzter Sekunde vor Toresschluss, auch wenn man es schon lange vorher weiß - ist nicht unser Ding.

(Beifall bei der CDU)

Hier sehe ich Verbesserungspotenzial.

Nichtsdestotrotz sind wir der Auffassung - darüber herrscht in diesem Hause, wie ich annehme, auch Konsens -, dass wir gemeinsam dafür Sorge tragen müssen, dass die Kosten nicht bei der Stadt Köln hängen bleiben. Wir als CDU sehen in erster Linie das Land in der Pflicht; denn Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Bestandteil der schulischen Arbeit und fällt damit klar in den Zuständigkeitsbereich der Länder.

(Beifall bei der CDU)

Der Vorlage, die uns heute vorliegt, werden wir in der Konsequenz meiner Ausführungen zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Nesseler-Komp. - Herr Philippi, bitte.

Franz Philippi (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon erstaunlich und befremdlich, dass hier zu später Stunde bei einem Thema, das wir im Fachausschuss und auch im Rat mehrfach recht einvernehmlich diskutiert haben, noch einmal versucht wird, politisch den Schwarzen Peter zu verschieben.

Zunächst einmal stelle ich für unsere Fraktion fest, dass wir der frisch wiedergewählten Dezernentin sehr dankbar für diese Vorlage sind. Sie ist ohne Alternative. Das wissen wir alle. Wenn diese Vorlage jetzt nicht vorgelegt worden wäre, hätten sich an die 100 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter Ende dieses Monats bei der Arbeitsagentur melden müssen, weil sie konkret von Arbeitslosigkeit bedroht gewesen wären; denn dann wäre Ende 2014 Feierabend gewesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt zu sagen, das Land sei verantwortlich, ist eine populistische Einschätzung. Wir wissen doch alle, dass wir, was die personellen Ressourcen und auch den weiteren Sanierungsbedarf bei den Schulbauten angeht, ohne die Hilfe des Bundes nicht weiterkommen.

Als jemand, der für die kommunale Bildungspolitik hier in Köln mitverantwortlich ist, sage ich jetzt einmal: Mir ist das letzten Endes egal. Wir treten als Stadt in Vorleistung - im Interesse der Kinder, die betreut werden, und im Interesse der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter. Uns ist es schlussendlich egal, woher nachher das Geld kommt, ob aus Düsseldorf oder aus Berlin. Wir treten in Vorleistung und fordern beide auf, uns hier nicht im Stich zu lassen. Wir legen jetzt 5,8 Millionen Euro vor. Das können wir nicht jedes Jahr machen. Deshalb appellieren wir sowohl nach Berlin als auch nach Düsseldorf, uns hier nicht im Regen stehen zu lassen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Philippi. - Wir kommen zu Herrn Thelen.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich muss auch mit einem Dank anfangen. Dankenswerterweise hat die Verwaltung in Gestalt der Schuldezernentin diese Beschlussvorlage heute eingebracht. Wie so oft muss die Stadt allein die Finanzierung von Aufgaben übernehmen, deren Wahrnehmung in einem hohen gesellschaftlichen Interesse liegt. Es geht nämlich um die Förderung von Kindern und Jugendlichen auf ihrem Weg zu einer selbstbestimmten Persönlichkeit.

Wir wissen, wie stark noch immer die soziale Herkunft die Bildungschancen und damit auch die gesellschaftlichen Möglichkeiten von Kindern und Jugendlichen bestimmt. Vor allem Kinder und Jugendliche, die sozial benachteiligt sind, brauchen unbedingt die Unterstützung in der Schule, und zwar gerade auch außerhalb und oberhalb des Unterrichts.

Gleichzeitig benötigen aber auch die Schule und die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Sicherheit im

Hinblick auf die Fortführung der Schulsozialarbeit und ihre berufliche Tätigkeit.

Die bisherige Weigerung des Bundes, die Finanzierung zu sichern, bringt die Stadt, die Betroffenen und die Beteiligten in eine wahrhaft prekäre Situation. Der Rat hat schon im April dieses Jahres die deutliche Resolution an die Bundesregierung gerichtet, die Finanzierung fortzuführen. Die bisherigen Äußerungen insbesondere der Arbeits- und Sozialministerin sind unverständlicherweise ablehnend. Ich bitte vor allem die Mitglieder der SPD, intensiv auf die Ministerin einzuwirken, damit sie ihre bisherige Haltung überdenkt und hoffentlich ändert.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

- Der Applaus ist interessant. Gut; die FDP ist nicht mehr dabei. Die CDU ist aber immer noch an der Bundesregierung beteiligt.

(Zuruf von Dr. Helge Schlieben [CDU])

- Ja, das ist richtig.

Der heutige Beschluss, den wir in dieser Notlage fassen, ist ein schmerzlicher Beschluss, weil die Gestaltungsmöglichkeiten des Haushalts weiter eingeschränkt werden. Trotzdem müssen wir ihn fassen - zum Wohle der Kinder und Jugendlichen dieser Stadt. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Thelen. - Herr Kockerbeck, bitte.

Heiner Kockerbeck (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Meines Erachtens ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, um hier mit fiskalpolitischer Rechthaberei anfangen. Die Schulen stehen vor großen Aufgaben. Jeder weiß, was die Inklusion bedeutet. Das Menschenrecht der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung, gleichberechtigt und frei von Diskriminierungen aufzuwachsen, soll verwirklicht werden.

Es wäre natürlich fatal - das ist hier auch schon gesagt worden -, in einem solchen Moment einen Kahlschlag bei den Stellen für die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter in Köln zu betreiben. Hier geht es um 90 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter - von 130.

Eigentlich ist klar, dass die Inklusion eine deutlich bessere Ausstattung unserer Schulen mit Personal, Räumen, Lernmitteln usw. erfordert. Ob jetzt das Land oder der Bund dafür sorgt, ist vollkommen gleichgültig. Ich denke, dass alle mehr dafür bezahlen müssen.

(Beifall bei der Linken)

Vielleicht hat es parteipolitisch etwas Charmantes, hier auf der Landesregierung herumzuhacken, die von SPD und Grünen gestellt wird. Jeder weiß aber doch, dass das Land ebenfalls verschuldet ist und dass es letztlich auch eine Folge der Steuergesetzgebung des Bundes ist, wenn Kommunen und Länder unter Geldknappheit leiden.

(Beifall bei der Linken)

Die Linke begrüßt diese Vorlage in vollem Umfang. Wir begrüßen, dass die Stadt hier in Vorleistung tritt; denn damit übernimmt die Kommune eine große Verantwortung für die Lehr- und Lernbedingungen an Kölner Schulen und für die sozialen Verhältnisse in der Stadt.

Mein Vorredner von den Grünen hat bereits darauf hingewiesen, dass die soziale Herkunft eines Kindes in Deutschland immer noch in hohem Maße mit darüber entscheidet, welchen Schulabschluss es erreicht. Das haben die internationalen Vergleichsstudien der letzten Jahre gezeigt. Die Schulen, die in unserem Land daran arbeiten, dass Kinder aus ärmeren Familien und Kinder aus bildungsfernen Schichten eine bessere Chance haben, höhere Schulabschlüsse zu erreichen, arbeiten mit Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern. Diese stellen einen wichtigen Teil ihres Konzepts dar. Deshalb muss die Schulsozialarbeit auch gestärkt werden.

Die Linke freut sich aber auch darüber, dass die Stellen für Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter entfristet werden sollen. Es geht hier um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bereich der sozialen Dienstleistungen. In diesem Bereich sind in den letzten 20 Jahren unglaubliche Verhältnisse eingerissen. Die Löhne sind im Bereich der sozialen Dienstleistungen deutlich niedriger als im Produktionssektor unserer Gesellschaft. Es gibt oft Arbeitsverträge mit Befristung oder erzwungener Teilzeit. Manche Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter brauchen mehrere Stellen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Die Unsicherheit vieler Stellen führt dazu, dass Beschäftigte eine Familiengründung aufschieben oder ganz unterlassen. Deshalb ist

die geplante unbefristete Beschäftigung der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter für uns ein positives Signal, das hoffentlich zur Nachahmung Anreize gibt.

Auch angesichts der Situation, dass von den 17 000 städtischen Mitarbeitern 1 000 zurzeit nur befristete Arbeitsverträge besitzen, hofft die Linke auf Nachahmungstaten in dieser Hinsicht. Wir wollen der Vorlage zu einer breiten Mehrheit verhelfen.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Kockerbeck. - Wir kommen zu Frau Laufenberg.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wegen der Notwendigkeit der Schulsozialarbeit wird die FDP-Fraktion mit großen finanziellen Bauchschmerzen dieser Vorlage zustimmen. Ich möchte aber deutlich machen, dass wir am 18. Juni 2013 hier gemeinsam beschlossen haben, die Schulsozialarbeit entsprechend unserer Resolution vom 18. Dezember 2012 fortzuführen, und zwar unter dem Vorbehalt der vollumfänglichen Bundesfinanzierung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und von Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen])

Ein Jahr später haben es die Große Koalition und auch das von Rot-Grün regierte Land - Sie können sich also alle an die Nase fassen - nicht geschafft, die Schulsozialarbeit zu sichern.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin auch davon überzeugt, dass das Land hier die Kinder und Jugendlichen im Stich lassen wird. Sie wissen doch alle, dass es eine Haushaltssperre gibt. Insofern bezweifle ich, dass weitere Gelder fließen können.

Die FDP hat deswegen Bauchschmerzen, weil sie befürchtet, dass wir mit dieser Entscheidung Tor und Tür für Bund und Land öffnen, sich jetzt aus ihrer finanziellen Verantwortung herauszustehlen. Selbstverständlich treten wir hier in Vorleistung. Wir müssen aber - deswegen ist der Punkt 2 der Beschlussvorlage auch richtig - vehement dafür kämpfen, dass Bund und Land ihren Versprechungen gerecht werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Zudem möchte ich einen Punkt kritisieren, der hier noch nicht angesprochen worden ist. Im Punkt 4 der Beschlussvorlage - meine Damen und Herren, es handelt sich um eine Beschlussvorlage und keinen Auftrag der Fraktionen - wird dargelegt, es seien

> alternative Finanzierungsvorschläge innerhalb des Haushaltsbudgets 2015 zu unterbreiten.

Liebe Verwaltung, ich hätte mir natürlich gewünscht, dass Sie in Ihrer eigenen Beschlussvorlage auch schon Finanzierungsvorschläge unterbreiten; denn wir wissen, dass in dem eigenen Dezernat 5,8 Millionen Euro pro Jahr gedeckelt werden müssen. Ich kaufe ungern die Katze im Sack. Im Kinder-, Jugend- und Bildungsbereich sind ganz viele Projekte so enorm wichtig, dass es schwierig ist, dort weitere Einschnitte zu verbuchen. Deswegen frage ich mich, warum die Verwaltung hier nicht besser gearbeitet hat.

Selbstverständlich werden wir heute aber, wenn auch mit großen finanziellen Bauchschmerzen, der notwendigen Schulsozialarbeit hier zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Laufenberg. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen diesen Beschlussvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Es gibt keine Enthaltung. Damit ist er einstimmig angenommen. - Ich bedanke mich ganz herzlich dafür.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, die im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes des Bundes befristet bis zum 31.12.2014 ausgebaute

Schulsozialarbeit (neu zugesetzte 93,67 Stellen in städtischer und freier Trägerschaft) Gemäß seinem Beschluss vom 18.06.2013 (Vorlagen-Nr. 1041/2013) - ab 01.01.2015 unbefristet fortzuführen.

Die Forderungen nach Landes- und/oder Bundesfinanzierung sind mit Nachdruck fortzusetzen. Die kommunale Finanzierung stellt kein Anerkenntnis einer kommunalen Verpflichtung dar, sondern ist vielmehr der Sicherstellung der Fortführung dringend notwendiger Schulsozialarbeit geschuldet. Bereitgestellte Landes-/Bundesmittel dienen der Kompensation des freiwilligen kommunalen Anteils und senken den Zuschussbedarf für die Schulsozialarbeit entsprechend.

Der Rat beschließt, im Kontext der Verstetigung der befristeten Stellen Schulsozialarbeit ab 01.01.2015 auch die 1,0 Stelle A 10 für die dezentrale Personalsachbearbeitung zu entfristen.

Der Rat spricht sich in diesem Zusammenhang dafür aus, dass die ab 2015 zur kommunalen Entlastung angekündigten Sofort-Hilfen der Bundesregierung im Fall einer Gewährung zur Refinanzierung der Schulsozialarbeit einzusetzen sind. Sollten 50% dieser Mittel nicht – wie derzeit angekündigt – in vollem Umfange den Kommunen zur freien Verfügung bereitgestellt werden, so dass sie nicht für die Finanzierung der Schulsozialarbeit verwendet werden könnten, sind alternative Finanzierungsvorschläge innerhalb des Haushaltsbudgets 2015 zu unterbreiten.

Für den Fall, dass das Land und/oder der Bund die Finanzierung der Schulsozialarbeit ab 01.01.2015 nicht beschließen bzw. keine zeitnahe Entscheidung herbeiführen, beschließt der Rat der Stadt Köln, dass die für eine Fortführung der Schulsozialarbeit notwendigen Personal- und Sachkosten für städtisches Personal sowie der Transferaufwendungen für die Beschäftigung von Schulsozialarbeitern und –arbeiterinnen durch freie Träger in Höhe von insgesamt 5.781.658 € p. a. ab 01.01.2015 aus kommunalen Mitteln finanziert werden. Die entsprechenden Veranschlagungen sind im Hpl 2015 ff vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

7 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen Gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW

8 Durchführung einer aktuellen Stunde Gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

9 Anträge Gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt rufe ich auf:

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

10.1 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend „Öffentliche Finanzmittel für DITIB-Komplex in Ehrenfeld“ AN/0964/2014

Antwort der Verwaltung vom 20.08.2014 2290/2014

Die Antwort der Verwaltung ist bei Ihnen angekommen. - Es gibt keine Nachfragen.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

10.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus“ AN/1025/2014

Antwort der Verwaltung vom 02.09.2014 2500/2014

Gibt es noch Nachfragen zu der Antwort der Verwaltung vom heutigen Tage? - Das ist nicht der Fall. Es ist schön, dass wir auch diese Anfrage der CDU-Fraktion hinreichend beantwortet haben.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Damit sind wir fast schon am Ende des öffentlichen Teils unserer heutigen Sitzung angekommen. Jetzt ist noch die Bekanntgabe der Ergebnisse der Wahlen, die wir durchgeführt haben, notwendig. Ich muss die Sitzung noch einmal kurz für zehn Minuten unterbrechen, damit die Ergebnisse - insbesondere die nach dem Prinzip Hare/Niemeyer berechneten Ergebnisse - entsprechend präsentiert werden können.

Wir können jetzt auch nicht den nichtöffentlichen Teil vorziehen, weil wir sonst die nicht teilnahmeberechtigten Personen vor die Tür schicken müssten. Das geht aber gleich auch ganz schnell.

(Unterbrechung von
21.44 bis 21.59 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zur Darstellung der Ergebnisse der Wahlen und Abstimmungen, die wir durchgeführt haben. Wir lassen die entsprechenden Folien relativ zügig durchlaufen.

Zu Beginn der Sitzung hatte ich darauf hinwiesen, dass unter Umständen Nachwahlen notwendig sein können, wenn sich bei der Auszählung nach Hare/Niemeyer herausstellt, dass aufgrund der Benennung von Personen in den Listen ein Platz nicht besetzt werden kann. Bei drei Ausschüssen ist dieser Fall eingetreten. Das werden wir dann bei der nächsten Sitzung am 30. September 2014 nachholen. Bis dahin ist das alles regelbar.

(Ergebnisse - Folien 2 und 3)

Wir beginnen mit dem Jugendhilfeausschuss. Sie sind sicherlich damit einverstanden, dass ich das nicht alles noch einmal vorlese.

(Ergebnisse - Folie 4)

Das sind die sachkundigen Einwohner auf Vorschlag der Fraktionen und Gruppen im Rat.

(Ergebnisse - Folien 5 und 6)

Hier sehen Sie die Vertreter der freien Träger. Auch diese Liste war vorher schon bekannt. Sie haben sie als Anhang zu TOP 1.1 erhalten.

(Ergebnisse - Folien 7 und 8)

Jetzt sind wir schon bei TOP 1.2. Das ist der AVR.

(Ergebnisse - Folien 9 und 10)

Hier sehen Sie den Ausschuss Anregungen und Beschwerden.

(Ergebnisse - Folien 11 und 12)

Das ist der Bauausschuss.

(Ergebnisse - Folien 13 und 14)

Beim Gesundheitsausschuss ist der Fall eingetreten, dass eine Stelle nicht besetzt werden konnte. Daher ist bei unserer nächsten Sitzung eine Nachwahl erforderlich. Weil auf einer Liste, die nach Hare/Niemeyer gezogen hat, ein Name fehlte, muss dieser Name noch benannt werden, damit die vorgesehene Zahl der Ausschussmitglieder dann auch erreicht wird.

Beim Bauausschuss, den wir gerade schon gesehen haben, ist das ebenfalls der Fall.

(Ergebnisse - Folien 15 und 16)

Beim Ausschuss Kunst und Kultur ist alles so wie erwartet.

(Ergebnisse - Folien 17 und 18)

Hier sehen Sie den Ausschuss Schule und Weiterbildung.

(Ergebnisse - Folien 19 und 20)

Das ist der Ausschuss für Soziales und Senioren.

(Ergebnisse - Folien 21 und 22)

Jetzt sind wir beim Sportausschuss.

(Ergebnisse - Folien 23 und 24)

Hier sehen Sie den Stadtentwicklungsausschuss.

(Ergebnisse - Folien 25 und 26)

So setzt sich der Ausschuss Umwelt und Grün zusammen.

(Ergebnisse - Folien 27 und 28)

Das ist der Verkehrsausschuss.

(Ergebnisse - Folien 29 und 30)

So sieht der Wirtschaftsausschuss aus.

(Ergebnisse - Folien 35 und 36)

TOP 2.1.1, Zweckverband Sparkasse KölnBonn.

(Ergebnisse - Folien 37 bis 39)

TOP 2.1.2, Sparkasse KölnBonn. Hier brauchten wir teilweise keine Weisungen zu erteilen.

(Ergebnisse - Folie 40)

Das ist das Ergebnis der Wahl der sachkundigen Mitglieder des Verwaltungsrates.

(Ergebnisse - Folie 41)

Hier sehen Sie die vier Dienstkräfte im Verwaltungsrat

(Ergebnisse - Folien 42 bis 46)

und hier die weiteren Ergebnisse.

(Ergebnisse - Folie 47)

TOP 2.1.3, Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg. Wie wir gerade schon festgestellt haben, müssen wir bei der Position 10 noch eine Nachwahl vornehmen.

(Ergebnisse - Folie 48)

TOP 2.1.4, Zweckverband „Naturpark Bergisches Land“.

(Ergebnisse - Folie 49)

TOP 2.1.5, Zweckverband „Naturpark Rheinland“.

(Ergebnisse - Folie 50)

Diese Beschlüsse haben wir dazu gefasst.

(Ergebnisse - Folie 51)

TOP 2.1.6, Zweckverband Erholungsgebiet Stöckheimer Hof.

(Ergebnisse - Folie 52)

TOP 2.2, Stadtentwässerungsbetriebe Köln. Das sind die Mitglieder im Aufsichtsrat.

(Ergebnisse - Folie 53)

TOP 2.3.1, Stadtwerke Köln GmbH. Hier sehen Sie die Mitglieder im Aufsichtsrat.

(Ergebnisse - Folie 54)

TOP 2.3.2, GEW Köln AG.

(Ergebnisse - Folie 55)

TOP 2.3.3, RheinEnergie AG.

(Ergebnisse - Folie 56)

TOP 2.3.4, KVB.

(Ergebnisse - Folie 57)

TOP 2.3.5, HGK.

(Ergebnisse - Folie 58)

TOP 2.3.6, WSK.

(Ergebnisse - Folie 59)

TOP 2.3.7, AVG.

(Ergebnisse - Folie 60)

TOP 2.3.8, KölnBäder GmbH. Da muss jeder schwimmen können; das ist ja selbstverständlich.

(Heiterkeit)

(Ergebnisse - Folie 61)

TOP 2.3.9, AWB.

(Ergebnisse - Folie 62)

TOP 2.4.1, Koelnmesse GmbH.

(Ergebnisse - Folie 63)

TOP 2.4.2, Koelnmesse Ausstellungen GmbH.

(Ergebnisse - Folie 64)

TOP 2.4.3, Flughafen Köln/Bonn GmbH.

(Ergebnisse - Folien 65 und 66)

TOP 2.4.4, GAG - zum einen die Vertreter des Inhabers der Aktien Buchstabe B und zum anderen der Aufsichtsrat.

(Ergebnisse - Folie 67)

TOP 2.4.5, GWG.

(Ergebnisse - Folie 68)

TOP 2.4.6, GIZ.

(Ergebnisse - Folie 69)

TOP 2.4.8, Kliniken der Stadt Köln.

(Ergebnisse - Folie 70)

TOP 2.4.9, KGAB.

(Ergebnisse - Folie 71)

TOP 2.4.10, Kölner Sportstätten GmbH.

(Ergebnisse - Folie 72)TOP 2.4.11, KölnKongress GmbH.

(Ergebnisse - Folie 73)

TOP 2.4.12, KölnMusik und ACHTBRÜCKEN.

(Ergebnisse - Folie 74)

TOP 2.4.13, KölnTourismus GmbH.

(Ergebnisse - Folie 75)

TOP 2.4.14, SBK.

(Ergebnisse - Folie 76)

TOP 2.4.15, Zoologischer Garten.

(Ergebnisse - Folie 77)

TOP 2.4.16, moderne stadt.

(Ergebnisse - Folie 78)

TOP 2.4.17, RheinCargo.

(Ergebnisse - Folie 79)

TOP 2.4.18, Akademie der Künste der Welt/Köln.

(Ergebnisse - Folie 80)

TOP 2.5.2, Guilleaume-Stiftung.

(Ergebnisse - Folie 81)

TOP 2.5.3, Stiftung Dr. Dormagen-Guffanti.

(Ergebnisse - Folie 82)

TOP 2.5.4, Ulbrich-Stiftung.

(Ergebnisse - Folie 83)

TOP 2.5.6, Gebrüder Coblenz Stift.

(Ergebnisse - Folie 84)

TOP 2.5.7, Krankenhausstiftung Porz am Rhein.

(Ergebnisse - Folien 85 und 86)

Das haben wir unter TOP 2.6.1 beschlossen.

(Ergebnisse - Folie 87)

TOP 2.6.2, Lenkungskreis Archäologische Zone/Jüdisches Museum Köln. Auch hier müssen wir bei der nächsten Sitzung noch einen Platz besetzen, da eine Liste nicht gezogen hat.

(Ergebnisse - Folie 88)

TOP 2.6.3, Konferenz der Ratsmitglieder des Städtetages Nordrhein-Westfalen.

(Ergebnisse - Folie 89)

TOP 2.6.4, Bürgerzentrum Alte Feuerwache.

(Ergebnisse - Folie 90)

TOP 2.6.6, Jury zur Verleihung des Umweltschutzpreises der Stadt Köln 2014.

(Ergebnisse - Folien 91 und 92)

TOP 2.6.7, Verein Region Köln/Bonn.

(Ergebnisse - Folie 93)

TOP 2.6.8, IT-Rat.

(Ergebnisse - Folie 94)

TOP 2.6.9, Polizeibeirat.

(Ergebnisse - Folie 95)

TOP 2.6.10, Umlegungsausschuss der Stadt Köln.

(Ergebnisse - Folie 96)

TOP 2.6.11, Steuerungsgruppe des Kölner Netzwerks Bürgerengagement.

(Ergebnisse - Folie 97)

TOP 2.6.12, Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Köln.

(Ergebnisse - Folie 98)

TOP 2.6.13, Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen der Agentur für Arbeit Köln.

(Ergebnisse - Folie 99)

TOP 2.6.14, Beirat Sperrbezirk. Die Frauenquote ist eingehalten.

(Ergebnisse - Folie 100)

TOP 2.6.15, Kölner Markenbeirat.

(Ergebnisse - Folie 101)

TOP 2.6.16, Europäische Charta der Gleichstellung von Frauen und Männer auf lokaler Ebene. Es ist sogar ein Mann dabei. - Das war es.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Sie sehen, haben wir doch einiges geschafft, was die Gremienbesetzungen anbelangt. Dass drei geheime Abstimmungen noch einmal wiederholt werden mussten, hat der ganzen Sache auch keinen Abbruch getan. Wir können froh sein, dass es jetzt arbeitsfähige Gremien gibt; denn damit haben wir uns auch arbeitsfähig gemacht.

Ich bedanke ich mich herzlich für die Aufmerksamkeit. Wir werden Ihnen das jetzt so schnell wie möglich zur Verfügung stellen, damit die sachkundigen Bürger entsprechend informiert werden können. Daran besteht ja mit Sicherheit ein Interesse. Ansonsten erhalten Sie auch alles zu Protokoll.

Damit haben wir das Ende des öffentlichen Teils unserer heutigen Sitzung erreicht.

(Schluss: 22.15 Uhr)

4. Sitzung vom 30. September 2014

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Situation der Flüchtlingsunterbringung in Köln"

AN/1203/2014

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme einer Schenkung der Stiftung Stadtgedächtnis an die Stadt Köln - Historisches Archiv

1995/2014

2.2 Schenkung Döring-Spengler

2089/2014

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion betreffend "Anpassung der Fraktionszuwendungen und -ausstattung"

AN/1168/2014

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Festlegung der Fraktionszuwendungen"

AN/1162/2014

3.1.3 Antrag der Gruppe pro Köln betreffend "Anpassung der Leitlinien zur Asylbewerberunterbringung an die Realität"

AN/1155/2014

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. betreffend "Sicherung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur"

AN/1169/2014

Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde betreffend "Sicherung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur"

AN/1190/2014

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Informationen über relevante Vorhaben an die Bezirksvertretungen durch städtische Gesellschaften

0718/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion

AN/1207/2014

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend "Ak-

tueller Stand und Perspektive der Flüchtlingsunterbringung in Köln"

AN/1180/2014

Antwort der Verwaltung vom 29.09.2014

2843/2014

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Delegationsreisen ins Ausland"

AN/1183/2014

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Zuständigkeiten des Integrationsrates

1089/2014

(zurückgezogen)

5.4.2 Beschluss des Integrationsrates - Einrichtung von bilingualen Gruppen zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit in städtischen Kindertagesstätten

0254/2014

(zurückgezogen)

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Änderung der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Vergnügungen sexueller Art

2308/2014

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 5. Verordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2014 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen vom 18.12.2013

1956/2014

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Änderung der Hauptsatzung - § 22 Integrationsrat und § 6 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

2749/2014

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für die Hj. 2013 und 2014 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2013 / 2014

2745/2014

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßige investive Auszahlung in Teilfinanzplan 0501, Leistungen nach dem SGB XII

2135/2014

8.2 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilergebnisplan 0201 Sicherheit und Ordnung

2682/2014

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO

i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2013/2014 der Stadt Köln bei der Finanzstelle 6903-1202-0-9000, Z an KVB für Umrüstungsstrecken

0704/2014

10.2 Mitgliedschaft der Stadt Köln hier: GEFMA - Deutscher Verband für Facility Management e.V.

1776/2014

10.3 Renovierungsprogramm Museen und Kulturbauten hier: Erweiterung des Verwendungszwecks und finanzneutrale Umschichtung

1961/2014

10.4 Teilweise Umrüstung von Schienenstrahlern auf LED im Museum Ludwig / Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0402 - Museum Ludwig -

1991/2014

10.5 Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2014

2068/2014

10.6 Einrichtung eines Kunstbeirats für die Ratsperiode 2014 - 2020

2119/2014

10.7 Vergabe der Strukturförderung im Filmbereich, Haushaltsjahre 2015 - 2017

2227/2014

(zurückgezogen)

10.8 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Jahresabschluss 2013

2229/2014

10.9 Vergabe der Konzeptionsförderung in der Sparte Tanz, Haushaltsjahre 2015-2017

1757/2014

10.10 Neubesetzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

2176/2014

10.11 5. Frauenförderplan 2015 - 2017

2377/2014

(zurückgezogen)

10.12 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchesters Köln, Wj. 2014/2015

2524/2014

(zurückgezogen)

10.13 Flüchtlinge im Stadtteil - ein Projekt zur Unterstützung von Flüchtlingen

1970/2014

10.14 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) / Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS): Preisanpassung MonatsTicket MobilPass für KölnPass-Inhaber/Innen für das Stadtgebiet Köln

2019/2014

10.15 Verstetigung der Erfolge des Integrierten Handlungsprogramms MÜLHEIM 2020

2242/2014

10.16 Eingruppierung des Amtes des Stadtdirektors Guido Kahlen, Besoldungsgruppe B 8 übergeleitetes Besoldungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (ÜBesG NRW), nach Besoldungsgruppe B 9

2730/2014

10.17 Flüchtlingsunterbringung - Errichtung von Wohncontainern zur Vermeidung von Obdachlosigkeit

2274/2014

10.18 Zusetzung einer 0,5-Stelle für eine Verwaltungskraft im Referat Popkultur und Filmkultur sowie Interkulturelle Kunstprojekte im Kulturamt der Stadt Köln

1100/2014

(zurückgezogen)

10.19 Einsprüche gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW

10.19.1 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW der CDU-Köln vom 18.06.2014, mit den Ergänzungen vom 26.06.2014 und 03.07.2014

1982/2014

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

AN/1211/2014

10.19.2 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Jürgen Ernst Hass vom 12.06.2014

1997/2014

10.19.3 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Udo Peter Stodden vom 30.05.2014

1998/2014

10.19.4 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Manfred Wehrhahn vom 26.05.2014

1999/2014

10.19.5 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Frau Alexandra Gräfin von Wengersky vom 02.07.2014

2016/2014

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

AN/1212/2014

10.19.6 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Florian Brovot vom 03.07.2014

2017/2014

10.19.7 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Wasilis Pavegos vom 02.07.2014

2018/2014

10.19.8 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Martin Erkelenz vom 03.07.2014

2020/2014

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

AN/1213/2014

10.19.9 Kommunalwahl 2014 - Feststellung der Gültigkeit der Rats-, Bezirksvertretungs- und Integrationsratswahl in Köln am 25.05.2014 gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) in Verbindung mit § 46a Kommunalwahlgesetz

2050/2014

10.19.10 Wahl des Rates am 25. Mai 2014 - Wahlprüfungsverfahren gemäß §§ 39 ff KWahlG

2810/2014

10.20 Betrauung der KölnKongress GmbH mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse

2641/2014

10.21 Jahresabschlüsse 2008 bis 2011

2736/2014

10.22 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haus-

haltsjahr 2012 - Beteiligungsbericht 2012 -

2401/2014

10.23 Kölner Sportstätten GmbH: Übernahme einer Bürgschaft für Baumaßnahmen im Südstadion

2815/2014

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 125. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 5, Köln-Nippes
Arbeitstitel: Neuordnung ehemaliger Rangierbahnhof Köln-Nippes (Rbf K-Nippes)
hier: Feststellungsbeschluss

1573/2014

11.2 194. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk Mülheim
Arbeitstitel: Euroforum Nord in Köln-Mülheim
hier: Feststellungsbeschluss

2266/2014

11.3 193. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 9, Köln-Mülheim
Arbeitstitel: Hinterlanderschließung an der Kochwiesenstraße in Köln-Holweide
hier: Feststellungsbeschluss

1941/2014

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 68479/04
Arbeitstitel: Am Botanischen Garten in Köln-Riehl

1120/2014

12.2 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 67490/08
Arbeitstitel: Drosselweg/Finkenplatz in Köln-Niehl

1245/2014

12.3 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 70455/04
Arbeitstitel: Thessaloniki-Allee in Köln-Kalk

2136/2014

12.4 Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 59440/03
Arbeitstitel: Weiden-Süd/Teilbereich Grünzug West in Köln-Weiden, 3. Änderung westlich Kronstädter Straße

2190/2014

12.5 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 62482/02
Arbeitstitel: Erlenweg in Köln-Bickendorf

2306/2014

12.6 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 67439/04
Arbeitstitel: Nördliche Severinstraße (Bezirksteilzentrum) in Köln-Altstadt/Süd

2202/2014

12.7 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 69449/03
Arbeitstitel: Deutzer Ring in Köln-Deutz und -Humboldt/Gremberg, 2. Änderung

2283/2014

12.8 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbe-

schluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 66455/06 im ergänzenden Verfahren Arbeitstitel: Gereonshof in Köln-Altstadt/Nord

2291/2014

12.9 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 66453/18 Arbeitstitel: Magnusstraße in Köln-Altstadt/Nord

0734/2014

12.10 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 67441/10 Arbeitstitel Tel-Aviv-Straße in Köln-Altstadt/Süd

2238/2014

12.11 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 67478/02 Arbeitstitel: Amsterdamer Straße in Köln-Riehl

2004/2014

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

13.1 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 1032 - Satzungsbeschluss - Arbeitstitel: Egonstraße in Köln-Stammheim/-Flittard

0994/2014

13.2 Aufhebung des Durchführungsplanes 64469/02 - Satzungsbeschluss - Arbeitstitel: Schönsteinstraße in Köln-Ehrenfeld

1717/2014

13.3 Aufhebung des Bebauungsplanes 70439/02 - Satzungsbeschluss - Arbeitstitel: Gremberger Straße in Köln-Humboldt/Gremberg

1839/2014

13.4 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 1033 - Satzungsbeschluss - Arbeitstitel: Egonstraße in Köln-Stammheim/-Flittard

1856/2014

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Buchforst Arbeitstitel: "Zentrum Buchforst" in Köln-Buchforst

1965/2014

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 Dreizehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages

1922/2014

16.2 238. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

2309/2014

17 Wahlen

17.1 Bestellung von städtischen Vertretern in den Organen des Vereins Deutsches Sport & Olympia-Museum e.V.

2044/2014

17.2 Denkmalschutz und Denkmalpflege Berufung sachverständiger Bürger

1738/2014

17.3 Benennung von Mitgliedern des Kuratoriums für die Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises der Stadt Köln

1994/2014

17.4 Benennung von Mitgliedern des Kuratoriums für die Verleihung des Hans-Böckler-Preises der Stadt Köln

2013/2014

17.5 Benennung der politischen Vertreter/innen im Logistikforum

2129/2014

17.6 Benennung einer Vertreterin/eines Vertreters und deren Stellvertretung für den Betriebsausschuss der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "aKDn- sozial" des KDN-Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister

2189/2014

17.7 "koeln.de"
hier: Besetzung des "koeln.de-Beirates"

2335/2014

17.8 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Stellvertretenden Sachkundigen Bürgers im Jugendhilfeausschuss

AN/1160/2014

17.9 Antrag der AfD-Fraktion
hier: Nachbenennung eines Vertreters und eines Stellvertreters für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse Köln-Bonn

AN/1164/2014

17.10 Neuberufung Wohnungsbauforum Köln

2240/2014

17.11 RheinEnergie Stiftung Jugend/Beruf, Wissenschaft
hier: Entsendung von MItgliedern des Stiftungsrates

2680/2014

17.12 Gremienbesetzung - Nachwahlen

2774/2014

17.13 Berufung von sachkundigen Einwohnern als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung

1906/2014/1

17.14 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Wahl von sachkundigen Einwohnern

AN/1176/2014

17.15 Antrag der Fraktion Die Linke, der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde
hier: Umbesetzung von Gremien

AN/1182/2014

17.16 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss

AN/1191/2014

17.17 Antrag der Gruppe Piraten
hier: Neubennung eines Stellvertreters für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse Köln-Bonn

AN/1195/2014

17.18 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Benennung von sachkundigen Einwohnern/innen

AN/1206/2014

17.19 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Neubenennung eines ordentlichen Mitglieds sowie eines

Stellvertreters für den Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn

AN/1204/2014

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen19 -

Anwesend waren:

Vorsitzender
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Aymaz, Berivan; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Beckamp, Roger; Benthem van, Henk; Bercher-Hiss, Susanne; Börschel, Martin; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Dresler-Graf, Margret; Elster, Ralph Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Gordes, Birgit; Gutzeit, Walter Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Haug, Jochen; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf Bürgermeister Dr.; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Henseler, Andreas; Heuser, Marion; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klausing, Christoph; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Ott, Jochen; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Rabenstein, Svenja; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Rottmann, Hendrik; Santos Herrmann, Susana dos; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schoser, Martin Dr.; Schultes, Monika; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Struwe, Rafael Christof; Symanski, Ute Dr.; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; von Wengersky, Alexandra Gräfin; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Woller, Julia; Wolter, Andreas Bürgermeister; Wolter, Judith; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeister
Homann, Mike; Zöllner, Reinhard

Verwaltung
Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Laugwitz-Aulbach, Susanne Beigeordnete; Fenske, Jürgen

Schriftführerin
Frau Kramp

Stenografen
Herr Becker;

Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:
Stimmberechtigte Mitglieder
Schlieben, Nils Helge Dr.

Bezirksbürgermeister
Hupke, Andreas; Wirges, Josef; Schößler, Bernd; Fuchs, Norbert; Thiele, Markus

Bezirksbürgermeisterin
Blömer-Frerker, Helga

Verwaltung
Höing, Franz-Josef Beigeordneter; Steinkamp, Dieter Dr.

(Beginn: 14.39 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 4. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, unsere Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie natürlich Sie als Mitglieder des Rates ganz herzlich.

Zu den Formalien. Als Stimmzähler benenne ich Herrn Ciesla-Baier, Frau De Bellis-Olinger und Frau Aymaz. Ich darf Sie bitten, sich, wenn es notwendig wird, bereitzuhalten.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind im Entwurf wie immer gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten.

Die Fraktionen von SPD, CDU und Grüne haben fristgemäß einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Aktuelle Situation

zur Flüchtlingsunterbringung in Köln“ eingereicht. Wir werden das unter Tagesordnungspunkt 1.1 behandeln.

Wir kommen zu den Zusetzungen. Ich darf Sie um Aufmerksamkeit bitten. Im öffentlichen Teil gibt es folgende Zusetzungen: 4.1, 4.2, 10.19.10, 10.22, 10.23, 17.14, 17.15, 17.16, 17.17, 17.18. Im nichtöffentlichen Teil werden folgende Punkte zugesetzt: 24.10, 24.11 und 26.1.

Jetzt kommen wir zu den Absetzungen. Abgesetzt im öffentlichen Teil werden 5.4.1, 5.4.2, 10.7, 10.11, 10.12, 10.18. Im nichtöffentlichen Teil gibt es keine Absetzungen.

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Bitte schön, Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister, wir haben beim Punkt „Wahlen“ noch einen Antrag in Session eingebracht. Ich habe ihn kurz vor Sitzungsbeginn Frau Kramp übergeben.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay, ein weiterer Antrag zum Punkt „Wahlen“. - Bitte, Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, wir schlagen vor, unseren Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.3, Anpassung der Leitlinien zur Asylbewerberunterbringung, zusammen mit der Aktuellen Stunde abzuhandeln, weil das thematisch sehr gut zusammenpassen würde.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Zur Reihenfolge kommen wir gleich noch, und dann lassen wir darüber abstimmen. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Kienitz, bitte.

Niklas Kienitz (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat noch Beratungsbedarf bei dem Tagesordnungspunkt 10.16 und bittet daher um Vertagung.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Darüber werden wir gleich abstimmen müssen. Die CDU-Fraktion hat darum gebeten, Tagesordnungspunkt 10.16 zu vertagen. Darüber stimmen wir jetzt ab. Wer dafür ist, dass dieser Tagesordnungspunkt vertagt wird, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der FDP, die Fraktion der CDU, die Fraktion der Grünen sowie Herr Henseler. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Gruppe Deine Freunde und der Piraten sowie von pro Köln ist dieser Antrag angenommen. Die Vertagung ist beschlossen.

Wir kommen nun zur Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, die Tagesordnungspunkte 3.1.1 und 3.1.2 gemeinsam zu behandeln. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag der Gruppe pro Köln, den Tagesordnungspunkt Aktuelle Stunde mit dem Punkt 3.1.3 zusammenzulegen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Gruppe pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist die Zusammenlegung abgelehnt.

Zudem rege ich an, die Tagesordnungspunkte 10.13 und 10.17 zusammen unter Tagesordnungspunkt 10.13 zu beraten. Der Tagesordnungspunkt 10.19.10 sollte an den Anfang der 10er-Punkte als Punkt 10.19.0 gezogen werden. Gibt es weitere Wortmeldungen hierzu? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir abstimmen. Wer ist gegen die jetzt so vorgesehene Reihenfolge? - Wer enthält sich?

(Markus Wiener (pro Köln): Wir!)

- Bei Enthaltung von pro Köln ist die Tagesordnung so beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung des Rates und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

I. Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Herrn Ciesla-Baier, Frau De Bellis-Olinger und Frau Aymaz vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen fristgerecht eine Aktuelle Stunde zum Thema "Aktuelle Situation zur Flüchtlingsunterbringung in Köln" eingereicht haben. Die Angelegenheit ist unter Punkt 1.1 in der aktuellen Tagesordnung enthalten.

III. Anschließend nennt der Oberbürgermeister die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend "Aktueller Stand und Perspektive der Flüchtlingsunterbringung in Köln"

AN/1180/2014

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Delegationsreisen ins Ausland"

AN/1183/2014

6 Ortsrecht

6.4.1 Änderung der Hauptsatzung - § 22 Integrationsrat und § 6 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

2749/2014

10 Allgemeine Vorlagen

10.19.10 Wahl des Rates am 25. Mai 2014 - Wahlprüfungsverfahren gemäß §§ 39 ff KWahlG

2810/2014

10.22 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2012 - Beteiligungsbericht 2012 -

2401/2014

10.23 Kölner Sportstätten GmbH: Übernahme einer Bürgschaft für Baumaßnahmen im Südstadion

2815/2014

17 Wahlen

17.14 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Wahl von sachkundigen Einwohnern

AN/1176/2014

17.15 Antrag der Fraktion Die Linke, der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde
hier: Umbesetzung von Gremien

AN/1182/2014

17.16 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss

AN/1191/2014

17.17 Antrag der Gruppe Piraten
hier: Neubennung eines Stellvertreters für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse Köln-Bonn

AN/1195/2014

17.18 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Benennung von sachkundigen Einwohnern/innen

AN/1206/2014

24 Allgemeine Vorlagen

24.10 Kölner Außenwerbung GmbH (KAW)
hier: Veräußerung der KAW-Geschäftsanteile durch die Stadtwerke Köln GmbH

2786/2014

24.11 Beteiligung der HTAG Häfen und Transport AG an der MM Multi Modal Shuttle SAS in Metz

2477/2014

26 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

26.1 Sanierung südliche Innenstadt-Erweiterung | ESIE Bedarfsfeststellung für die Erstellung eines Sozialplans und einer

Kosten- und Finanzierungsübersicht zur Ergänzung und Weiterführung der Sanierung

2727/2014

Absetzungen

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Zuständigkeiten des Integrationsrates

1089/2014

5.4.2 Beschluss des Integrationsrates - Einrichtung von bilingualen Gruppen zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit in städtischen Kindertagesstätten

0254/2014

10 Allgemeine Vorlagen

10.7 Vergabe der Strukturförderung im Filmbereich, Haushaltsjahre 2015 - 2017

2227/2014

10.11 5. Frauenförderplan 2015 - 2017

2377/2014

10.12 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchesters Köln, Wj. 2014/2015

2524/2014

10.18 Zusetzung einer 0,5-Stelle für eine Verwaltungskraft im Referat Popkultur und Filmkultur sowie Interkulturelle Kunstprojekte im Kulturamt der Stadt Köln

1100/2014

IV. Ratsmitglied Breite teilt mit, das seine Fraktion noch kurzfristig einen Antrag betreffend "Neubenennung eines ordentlichen Mitglieds sowie eines Stellvertreters für den Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn" vorgelegt habe und bittet diese Angelegenheit bei der Tagesordnung ebenfalls zu berücksichtigen.

Der Oberbürgermeister bestätigt dies.

V. Ratsmitglied Kienitz erklärt, dass seine Fraktion zu TOP

10.16 Eingruppierung des Amtes des Stadtdirektors Guido Kahlen, Besoldungsgruppe B 8 übergeleitetes Besoldungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (ÜBesG NRW), nach Besoldungsgruppe B 9

2730/2014

noch Beratungsbedarf habe und bittet deshalb um Vertagung.

Der Rat beschließt daraufhin mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der Gruppe pro Köln, der Gruppe Piraten sowie der Gruppe Deine Freunde die Beratung der Angelegenheit zurückzustellen.

VI. Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Tagesordnungspunkte

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion betreffend "Anpassung der Fraktionszuwendungen und -ausstattung"

AN/1168/2014

und

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Festlegung der Fraktionszuwendungen"

AN/1162/2014

wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam zu behandeln.

Der Rat stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

VII. Den Antrag von Ratsmitglied Wiener die Punkte

1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Situation der Flüchtlingsunterbringung in Köln"

AN/1203/2014

und

3.1.3 Antrag der Gruppe pro Köln betreffend "Anpassung der Leitlinien zur Asylbewerberunterbringung an die Realität"

AN/1155/2014

gemeinsam zu behandeln, lehnt der Rat gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln ab.

VIII. Der Oberbürgermeister regt an, die Punkte

10.13 Flüchtlinge im Stadtteil - ein Projekt zur Unterstützung von Flüchtlingen

1970/2014

und

10.17 Flüchtlingsunterbringung - Errichtung von Wohncontainern zur Vermeidung von Obdachlosigkeit

2274/2014

gemeinsam unter Punkt 10.13 zu behandeln.

IX. Der Oberbürgermeister schlägt vor, Punkt

10.19.10 Wahl des Rates am 25. Mai 2014 - Wahlprüfungsverfahren gemäß §§ 39 ff KWahlG

2810/2014

an den Anfang des Oberpunktes 10.19 zu ziehen und dort unter 10.19.0 zu behandeln.

X. Der Rat stimmt den Vorschlägen des Oberbürgermeisters zu und legt die Tagesordnung bei Stimmenthaltung der Gruppe pro Köln wie folgt fest:

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 1.1 auf:

1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Situation der Flüchtlingsunterbringung in Köln“ AN/1203/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Die Reihenfolge richtet sich nach der Größe der Fraktionen. Als erstem Redner gebe ich das Wort an Herrn Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herzlichen Dank. - Herr Oberbürgermeister! Ich möchte allerdings vorschlagen, dass zu dieser aktuellen Thematik die zuständige Fachbeigeordnete, Frau Reker, das Wort bekommt und wir dann in der Reihenfolge der Fraktionen anschließen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herzlich gern. - Bitte.

Beigeordnete Henriette Reker: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zugangszahlen im Flüchtlingsbereich haben sich von 2012 bis 2013 verdreifacht. In diesem Jahr sind bereits zweimal so viele Personen nach Köln gekommen, wie wir prognostiziert haben, und wir haben schon mehr Unterbringungsplätze geschaffen, als wir für das ganze Jahr geplant haben. Derzeit versorgen wir circa 4 300 Personen mit Wohnraum. Allein in der letzten Woche sind 230 Personen zu uns gekommen. Unsere Platzressourcen sind damit vollständig ausgelastet.

Meine Damen und Herren, es ist auch müßig, immer wieder anzusprechen, die Stadt hätte in den letzten Jahren mehr Unterbringungsplätze schaffen können, und retrospektiv natürlich auch sehr einfach. Eine Vorratshaltung in einer Größenordnung, die dem nur annähernd entsprochen hätte, hat es in keiner Stadt gegeben.

Die von Ihnen im April beschlossenen Standorte werden Ende dieses Jahres bzw. Anfang nächsten Jahres so wie geplant an den Start gehen. Dem akuten Bedarf an Wohnraum können wir aber nur begegnen, wenn wir darüber hinaus Notmaßnahmen ergreifen, zum Beispiel indem wir schnell lieferbare Wohncontainer aufstellen; ich hoffe, Sie werden das heute noch beschließen. Ebenso dringend brauchen wir neben den beiden vorhandenen Notaufnahmeeinrichtungen eine dritte Notaufnahmeeinrichtung, und dies als

Maßnahme zur Abwendung der Gefahr der Obdachlosigkeit.

Für einen ehemaligen Baumarkt in Porz-Eil, den wir notdürftig herrichten werden, haben wir das Deutsche Rote Kreuz als Betreuungsträger gewonnen; darüber bin ich sehr froh. Sie wissen, das Deutsche Rote Kreuz hat viel Erfahrung, gerade im Bereich der Flüchtlingsbetreuung, und bringt eine hohe Kompetenz mit. Bei einer Belegung nicht vor Ende nächster Woche wird auch sofort ein Sicherheitsdienst rund um die Uhr als Ansprechpartner für die Nachbarschaften und für die Bewohnerinnen und Bewohner selbst zur Verfügung stehen. Dies wird wie in allen anderen Einrichtungen, die nach unserer Einschätzung eines Sicherheitsdienstes bedürfen, die „Adlerwache“ sein, ein regionales Unternehmen, mit dem das Wohnungsamt seit 25 Jahren sehr erfolgreich zusammenarbeitet.

Meine Damen und Herren, es ist ja das Thema der letzten Tage, und deswegen gestatten Sie mir noch einige Ausführungen. Ich habe das begründete Vertrauen, dass diese entsetzlichen Vorfälle, die wir aus den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes gehört haben, hier in Köln nicht vorkommen. Warum habe ich dieses Vertrauen? Die „Adlerwache“ - sie wird auch von anderen Unternehmen des Stadtwerkekonzerns beschäftigt - ist DIN-zertifiziert. Das heißt ja noch nicht so viel; aber immerhin heißt es: An die Sicherheitsdienstleistung gibt es Mindestanforderungen. Die Mitarbeiter sind IHK-geprüfte Fachkräfte und haben eine Wächtergenehmigung. Das heißt, sie sind vom Ordnungsamt auf ihre persönliche Eignung geprüft und haben auch ein Führungszeugnis vorgelegt.

Was mich insbesondere bestärkt, ist, dass die „Adlerwache“ ein eigener Bildungsträger ist. Das heißt: Sie prüft jeden Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin, den sie einstellt, auf ihre Eignung. Wir haben ein enges Netzwerk zwischen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Betreuungsträgern und dem Wohnungsamt selbst. Das heißt, uns wären Vorfälle dieser Art - da bin ich mit allen Trägern auch einer Meinung - aufgefallen. Deswegen gehe ich ganz fest davon aus, dass sie hier nicht vorkommen.

Meine Damen und Herren, bereits seit vielen Monaten können wir die von Ihnen 2004 beschlossenen Leitlinien in einigen Fällen nicht mehr einhalten. Das bedauern wir sehr. Es ist ein großes Problem für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es ist auch ein Problem für die Betreuungsträger, mit denen wir zusammenarbeiten. Wir werden aber die Leitlinien keinesfalls aufgeben, sondern sie beschreiben weiterhin unsere Haltung. Wir haben das Ziel, sie baldmöglichst wieder umzusetzen. Nach unseren Schätzungen werden auch im nächsten Jahr nicht weniger Menschen nach Köln kommen als bisher. Das heißt, es werden wohl mehr als 2 000 Personen jährlich sein, die untergebracht und versorgt werden müssen. Die Hälfte davon werden Kinder sein, die beschult werden müssen. Das ist eine Herausforderung für die Verwaltung, die von vielen Initiativen begleitet wird. Manche haben sich extra zu diesem Zweck gegründet und bauen eine Willkommenskultur auf. Dafür bin ich sehr dankbar.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken sowie bei Teilen der CDU)

Aber, meine Damen und Herren, die Städte sind die Reparaturbetriebe eines unzulänglichen Regelwerks in Landes- und Bundespolitik. Die Auswirkungen der EU-Flüchtlingspolitik scheinen ja häufig sogar Zufälligkeiten geschuldet zu sein. Daran müssen wir alle arbeiten. Ich werde im Städtetag in der nächsten Woche dazu ausführlich vortragen. Die Kommunen brauchen dringend finanzielle Unterstützung, aber sie brauchen auch eine konsequente Verteilung aller Flüchtlinge. Sondersituationen, wie wir sie hier in Köln, aber auch in anderen Metropolen haben - Stichwort: angespannte Wohnungsmärkte -, müssen dabei mit berücksichtigt werden.

Meine Damen und Herren, wir alle erleben derzeit eine internationale Krisenlage. Wir werden die Kriege und Krisen nicht nur am Fernseher verfolgen können; zumindest die Auswirkungen dieser Kriege und Krisen werden an uns heranreichen. Wir werden uns darauf einstellen müssen. Ich bitte Sie deshalb alle, in Ihren Wahlkreisen, aber auch in Ihrem persönlichen Umfeld, dieses Thema aufzugreifen. Es muss uns gemeinsam gelingen, ein gesellschaftliches Klima herzustellen, das den Globalisierungsgedanken und die Wanderungsbewegungen aufgreift, weil dies wichtig sein wird für die Zukunftsfähigkeit Kölns.

Ich bedanke mich für Ihre Unterstützung, aber auch dafür, dass Sie mir so aufmerksam zugehört haben.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Reker. - Wir verfahren jetzt nach der Reihenfolge der Wortmeldungen. Zunächst Herr Paetzold für die SPD, bitte.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Frau Reker! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir gehen durch unsere Stadt, wir hören die Berichte der Verwaltung, und wir stellen fest, dass die Millionenstadt Köln mit der Unterbringung von 4 000 Flüchtlingen - das sind gerade einmal 4 Promille der Stadtbevölkerung - an ihre Grenzen stößt. Wir lesen die Weltpresse, wir sehen die Nachrichten im Fernsehen, und wir ahnen: Der Zustrom von Flüchtlingen wird auf absehbare Zeit nicht abreißen. Menschen aus Syrien, dem Irak, aus den Krisengebieten der Welt fliehen, oft nicht mit mehr als dem, was sie auf dem Leib tragen, vor Unterdrückung, Folter oder sogar dem sicheren Tod nach Europa, wo sie Sicherheit für sich und ihre Kinder erhoffen und ein Leben in Würde. Viele davon versuchen, sich nach Deutschland durchzuschlagen, in ein Land, in dem die Würde eines jeden Menschen durch das Grundgesetz verbrieft ist.

Es kommen auch Menschen, die zwar nicht an Leib und Leben bedroht sind, die aber in ihrer Heimat in so prekären Situationen und Verhältnissen leben, dass sie alles auf eine Karte setzen und in wackligen Nussschalen über das Mittelmeer fahren, um Europa zu erreichen, oder sich, oft mittels skrupelloser Schleuserbanden, auf dem Landweg nach Deutschland aufmachen. Gewiss ist die Chance dieser zweiten Gruppe gering, im Rahmen des Asylverfahrens anerkannt zu werden. Aber wer könnte es diesen Menschen verdenken, he in Kölle - wie die Bläck Fööss in ihrem kölschen „Stammbaum“ singen - ihr Glöck zu söke. Zunächst einmal ist es für uns Stadt Köln völlig egal, mit welchem Hintergrund Menschen bei uns Zuflucht suchen:

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ob zugewiesene Flüchtlinge, ob Menschen, die uns auf unsere Quote angerechnet werden, ob unerlaubt Eingereiste, die plötzlich einfach da sind - oft genug sind es unbegleitete Jugendliche -: Es sind Menschen, die sich in unsere Obhut begeben und denen wir ein Dach über dem Kopf, Nahrung, medizinische Versorgung und Bildung für ihre Kinder gewähren müssen - so lange, bis an anderer Stelle über ihren Status entschieden wird. Das bringt uns als Stadt, in der preisgünstige Wohnungen ohnehin schon Mangelware sind, an den Rand der Möglichkeiten. Wegen dieses Mangels an guten Möglichkeiten zur Unterbringung der Menschen müssen wir Notunterkünfte wie in der Herkulesstraße einrichten, Hotels anmieten, temporäre Containerstandorte errichten und - ja, so weit sind wir leider schon - sogar einen ehemaligen Baumarkt in ein Notaufnahmequartier umwandeln. Schlimm genug, aber immer noch tausendmal besser, als im herannahenden Winter Zelte aufzustellen.

Ich habe hohen Respekt vor der Leistung unserer Sozialdezernentin Frau Reker und dem Leiter der Wohnungsversorgungsbetriebe Herrn Ferber und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die nichts unversucht lassen, für jeden Menschen, der in Köln Schutz sucht, ein Dach über dem Kopf zu beschaffen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

In dieser Notlage versuchen Menschen am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums, aus ebendieser Not Kapital zu schlagen, und freuen sich, wie zuletzt im Sozialausschuss geschehen, lautstark darüber, dass die Stadtverwaltung, wie sie hämisch betonen, endlich die vom Rat beschlossenen Leitlinien des Runden Tischs für Flüchtlingsfragen verlässt und, wie sie ebenso menschenverachtend sagen, die von ihnen sogenannte Luxusunterbringung von Flüchtlingen einstellt. Diesen Ewiggestrigen sei gesagt: Nichts davon ist wahr. Die Richtlinien des Runden Tischs für Flüchtlingsfragen haben für uns auch weiterhin Gültigkeit.

(Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

- Hören Sie mal zu! - Die im April beschlossenen Standorte werden exakt nach diesen Richtlinien gebaut. Zu diesen Leitlinien wollen wir auch wieder zurück, und zwar in Gänze. Wir können aber vor der jetzigen Situation nicht einfach die Augen verschließen. Wir müssen die vielen Neuan-

kömmlinge jetzt unterbringen; wir können nicht warten, bis neue Wohnunterkünfte gebaut sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Noch einmal: Dass die Stadt zurzeit aus purer Not von den Richtlinien abweicht, bedeutet nicht, dass wir das Ziel der Richtlinien aus den Augen verloren haben. Auch das sei gesagt an die Adresse derer, die die Verantwortlichen für die Unterbringung der Flüchtlinge kritisieren, weil sie ebendiese Richtlinien des Runden Tischs derzeit nicht einhalten können: Ja, Sie haben recht. Aber Ihre Kritik hilft in dieser Notlage wenig weiter. Besser, Sie helfen mit, die akute Not der Menschen jetzt zu lindern.

Frau Reker, Sie haben es eben angesprochen. Die aktuellen Ereignisse in verschiedenen Flüchtlingsheimen unseres Landes machen uns mehr als betroffen. Es ist beschämend, was da mit Menschen, die in unserem Land Schutz suchten, geschehen ist. Wir sind froh und dankbar, zu hören, dass es in Köln ganz offensichtlich zu keinen Übergriffen gekommen ist. Das Betreuungsmanagement funktioniert in unserer Stadt offensichtlich gut.

Meine Damen und Herren, die Flüchtlingssituation in Köln bringt nicht nur die Verwaltung an den Rand ihrer Möglichkeiten; sie verlangt auch den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt einiges ab. Als jemand, der Vingst wohnt und in Kalk arbeitet, weiß ich, wovon ich rede. Deshalb mein Appell an die Kölnerinnen und Kölner: Köln war schon immer eine weltoffene Stadt, die über die Jahrhunderte hinweg stets davon profitiert hat, wenn Menschen aus aller Herren Länder eingewandert sind. Sehen wir in den Flüchtlingen nicht den bedrohlichen Fremden, sondern das, was sie sind: Menschen, die aus Gefahr für Leib und Leben oder aus größter Not zu uns geflohen sind, die nichts lieber möchten, als bald wieder auf eigenen Beinen zu stehen und für sich und ihre Familien selber zu sorgen!

Eines muss aber auch gesagt werden: Wir Kölnerinnen und Kölner bekennen uns zu unserer humanitären Verpflichtung gegenüber den Menschen, die bei uns Zuflucht suchen; aber wir wollen dabei nicht alleingelassen werden. Die Frage der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen ist nicht nur ein stadtkölnisches Problem. Deshalb fordern wir die notwendige Unterstützung von Bund und Land nachdrücklich ein. Es ist einfach nicht fair, dass viele der unerlaubt eingereisten Menschen, die es verständlicherweise in eine Metropole wie Köln zieht und für deren Unterbringung wir verantwortlich sind, nicht auf unsere Quote nach dem Königsteiner Schlüssel angerechnet werden.

(Beifall bei Teilen der SPD, der CDU und der FDP)

Ebenso wenig ist es fair, dass die finanziell nicht gerade auf Rosen gebettete Stadt Köln einen Gutteil der Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge aus eigenen Mitteln bestreiten muss, weil die Zuweisungen von Bund und Land die Kosten bei weitem nicht decken. Beides muss dringend geändert werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen der CDU und von Bündnis 90/Die Grünen)

Unabhängig davon muss aber eines gelten: Wer in Köln Zuflucht sucht, der muss wenigstens das Mindeste zum Leben bekommen: ein Dach über dem Kopf, ein Bett zum Schlafen, genug zu essen, medizinische Hilfe, wo sie nottut, und eine Schule für seine Kinder. Das und nicht weniger sind wir Kölnerinnen und Kölner den Menschen, aber auch uns und unserer Stadtgeschichte schuldig. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der FDP sowie bei Teilen der CDU und von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Paetzold. - Wir kommen jetzt zu Frau Gärtner für die Fraktion der CDU.

Ursula Gärtner (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zum dritten Mal in diesem Jahr, nach Februar und April, diskutieren wir hier im Rat die Problematik der Flüchtlingsunterbringung in Köln. Nicht nur aus diesem Anlass hatte ich für meine Fraktion deutlich gemacht: Die Verwaltung hat für die Steigerung der Flüchtlingszahlen keine umfassenden, geeigneten Konzepte und Maßnahmen entwickelt. Vielmehr sah sie sich ständig zu Improvisation und Notmaßnahmen gezwungen. - Mit dieser Kritik stehen wir nicht allein. Auch heute wurde sie erneut vom Flüchtlingsrat geäußert.

Nun hilft uns Kritik allein überhaupt nicht weiter. Es ist unsere gesetzliche Pflicht, aber auch unsere humanitäre Verpflichtung, den Flüchtlingen zu helfen. Die Situation ist, wie sie ist. Wir müssen darauf reagieren, und wir müssen agieren. Die CDU-Fraktion stellt sich dieser aktuellen Verantwortung. Wir sind bereit, an der Lösung der Probleme konstruktiv mitzuarbeiten und die Verwaltung bei ihrer schwierigen Aufgabe zu unterstützen.

Hierzu möchte ich Ihnen einige unserer Grundsätze nennen:

Nach wie vor brauchen wir ein konkretes Konzept zur Flüchtlingsunterbringung, das Kompromisse zwischen dem Wünschbaren und dem Machbaren leistet. Aufgrund der prekären Situation dürfen wir nicht von vornherein die Überlegung ausklammern, auch größere Gebäudekomplexe, leerstehende Bürogebäude oder entsprechend hergerichtete Kasernen oder Hotelschiffe für die Erstunterbringung zu nutzen. Danach soll stufenweise eine Integration erfolgen, die auf eine Unterbringung zunächst in Wohncontainern und dann in Einzelwohnungen abzielt.

Eine durchgängige Betreuung und ein ausreichendes soziales Angebot für Flüchtlinge müssen gewährleistet sein, und zwar für Kinder, Jugendliche und die Erwachsenen.

(Beifall bei der CDU)

Dabei ist bürgerschaftliches Engagement, unterstützt durch hauptamtliche professionelle Kräfte, sehr, sehr wichtig. Wir möchten uns bei allen Bürgern, die dazu bereit sind, herzlich dafür bedanken, dass sie das tun. Das verdient nicht nur unseren Dank, sondern auch unsere große Anerkennung.

(Beifall bei der CDU)

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass alle Akteure einschließlich der Bevölkerung im Wohnumfeld frühzeitig in die Überlegungen mit eingebunden werden müssen. Wir müssen den Dialog mit religiösen Verbänden, Bürgervereinen und Sportvereinen führen.

Angesichts der aktuellen Vorfälle in anderen Kommunen kommt qualifiziertem Sicherheitspersonal eine besondere Bedeutung zu. Die Sicherheit der Unterkünfte muss nach innen und außen gewährleistet werden. Für das Wachpersonal sind Standards festzulegen und zu überprüfen. Es kann nicht sein, dass die in der Regel traumatisierten Flüchtlinge auch hier Willkür und Gewalt ausgesetzt sind und sich unsicher fühlen.

(Beifall bei Dr. Ralph Elster [CDU])

Das Asylverfahren und andere ausländerbehördliche Verfahren müssen angesichts des Zuwachses optimiert und beschleunigt werden. Hierzu ist eine Personalzufügung für das zuständige Bundesamt und auch für die Zentralstelle für Asylsuchende in Arnsberg unerlässlich.

(Beifall bei der CDU)

Und: Die Aufnahme unmittelbar unerlaubt eingereister Personen muss dringend geregelt werden. Diese Personen sind auf die Aufnahmequoten anzurechnen.

(Beifall bei der CDU)

Eine finanzielle Entlastung der Kommunen durch Bund und Land von den Kosten für die Unterbringung und die medizinische Betreuung sowie für Beratung, Sprachkurse, Kitabetreuung und Beschulung ist zwingend erforderlich, damit die Städte und Kreise eine angemessene Unterbringung der Flüchtlinge gewährleisten können.

Aber auch auf der Stadtebene, Herr Oberbürgermeister, muss mehr Personal eingesetzt werden, um die Aufgabe bewältigen und eine zügige Bearbeitung gewährleisten zu können. Die Einrichtung einer Task-Force für die Flüchtlingsfragen reicht aus unserer Sicht nicht aus. Wir erwarten, dass der Oberbürgermeister das Thema Flüchtlinge zur Chefsache macht und dafür Sorge trägt, dass die Schnittstellen der verantwortlichen Dienststellen in der Verwaltung optimiert werden.

(Beifall bei der CDU)

Die Lage ist sicherlich für alle Beteiligten schwierig, und ich wiederhole deshalb: Die CDU-Fraktion wird sich an der Lösung der Probleme konstruktiv beteiligen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen dann zu Frau Heuser für die Fraktion Die Grünen.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Frau Beigeordnete Reker! Meine Damen und

Herren! Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg gibt es weltweit mehr als 50 Millionen Flüchtlinge, Asylsuchende und Binnenvertriebene. Ende 2013 waren es laut UNHCR 51,2 Millionen Menschen, die Opfer von Kriegen und Krisen in ihren Heimatländern wie Afghanistan, Syrien, Somalia oder Sudan, um nur einige zu nennen, wurden. Die meisten Flüchtlinge, nämlich 33,5 Millionen, stranden als sogenannte Binnenflüchtlinge in der jeweiligen Region. Obwohl sie eine der größten Gruppen bilden, wurden sie lange Zeit kaum wahrgenommen. Doch für die Nachbarländer, in denen sie Schutz suchen, bedeuten sie kaum verkraftbare, bis an die Existenzgefährdung heranreichende Herausforderungen. Ich möchte ein Beispiel nennen. Im April dieses Jahres berichtete die *Süddeutsche*, dass drei Jahre nach Ausbruch des Krieges in Syrien die Zahl der Flüchtlinge, die den Libanon erreichten, fast einem Viertel der libanesischen Bevölkerung entspricht. Das ist kaum noch zu verkraften, wenn man bedenkt, dass das Land nur circa 4,5 Millionen Einwohner hat.

Solch eine dramatische Situation haben wir in Köln bei weitem nicht, und existenzgefährdend ist die Anzahl von Flüchtlingen für unser Köln auch nicht. Zum Vergleich: In Deutschland mit knapp 81 Millionen Einwohnern wird bundesweit mit 200 000 Asylbewerbern in diesem Jahr gerechnet. Die kriegerischen Auseinandersetzungen im Irak sind dabei noch nicht berücksichtigt. Das sind viele Menschen. Erreicht werden aber noch nicht die Zahlen von 1992, als mehr als 400 000 Asylbewerber gemeldet wurden. Die Zahl der Flüchtlinge in Köln steigt ebenso stetig an. Mit Stand vom 18.09.2014 sind deutlich mehr als 4 000 Personen gegenüber 3 890 Personen zum 31.07.2014 angegeben. Die Prognosen bis Ende 2015 sind auf beinahe 5 400 Flüchtlinge angehoben worden. Allein in der vergangenen Woche - wir haben es eben gehört - sind 230 Personen in Köln angekommen.

Hinter all den Zahlen aber steckt großes Leid. Diese Menschen verlassen nicht ohne Grund ihre Heimat. Wenn ich bedenke, dass mehr als die Hälfte der Flüchtlinge Kinder sind, wird das Ausmaß der weltweiten Flüchtlingsströme besonders bitter.

Wir Grünen sehen es als selbstverständliche humanitäre Pflicht an, die Menschen bei uns aufzunehmen, ihnen Schutz und zum Teil auch eine neue Heimat zu bieten.

(Beifall bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD)

Im Gegensatz zu den 1990er-Jahren erfahren wir heute eine ungeheure Welle an Unterstützung aus der Bevölkerung. Über die Stadtgrenzen hinaus bieten ehrenamtliche Helferinnen und Helfer ihre Mitarbeit bei der Integration der Flüchtlinge an, wollen sie mit offenen Armen empfangen. Dafür möchten wir uns einmal mehr und ebenso wie Frau Reker aufrichtig bedanken.

(Beifall bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD)

Wir müssen mithelfen, dieses ehrenamtliche Engagement zu vernetzen, und Hilfestellungen, Informationen, Qualifizierung anbieten.

Eine der größten Herausforderungen für Köln ist derzeit die Frage der Unterbringung der Flüchtlinge unter Einhaltung der vom Rat 2004 beschlossenen Leitlinien, die humane Standards der Unterbringung gewährleisten sollen. Jetzt müssen wir ernüchtert feststellen, dass aus Mangel an Unterbringungskapazitäten mehr und mehr von diesen Standards abgewichen wird. Es ist die schiere Not, der Mangel an Bauflächen und Wohnraum und damit die drohende Obdachlosigkeit der Neuankömmlinge, die wieder Überlegungen zu Großunterkünften und Containerunterbringung wie in den 1990er-Jahren aufkommen lassen. Aber damals waren es weitaus mehr Flüchtlinge, sowohl bundesweit als auch in Köln.

Festzustellen ist, dass das Sozialdezernat sich nach Kräften bemüht, die Lage zu bewältigen - auch mit Konzepten, wie ich hinzufügen darf. Fest steht aber auch, dass dies nicht ohne die Mithilfe der Stadtgesellschaft und vor allem nicht ohne die Hilfe von Bund und Land geht. Daher der dringende Appell: Bund und Land müssen mit Finanzhilfen beitragen. Die Kommunen brauchen Finanzmittel, um eine humane Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge gewährleisten zu können, insbesondere bei steigenden Zahlen.

Ein weiteres Problem stellen die schleppende Zuweisung der unerlaubt eingereisten Personen sowie die lange Dauer der Asylverfahren dar. Diese Vorgänge müssen dringend beschleunigt werden, um die oft monatelange Verweildauer der Menschen in den Notunterkünften und dem-

nächst in Containern zu verkürzen. Was Großunterkünfte, Hotelunterbringung und Wohncontainer anbetrifft: Derzeit sind sie ein Notbehelf, aber sie sind nicht akzeptabel, ebenso wenig wie Kasernen und Hotelschiffe.

(Beifall bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Jörg Detjen [Die Linke.])

Unvermindert muss daher weiterhin nach Flächen für feste Wohnhäuser und temporäre Standorte gesucht werden, müssen weitere Häuser in Systembauweise entstehen, damit daraus kein Dauerzustand wird. Die Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugesellschaften muss dazu führen, dass auch Wohnungen für Flüchtlinge entstehen.

Positiv ist festzuhalten: Durch gemeinsame Anstrengung des Sozialdezernats und des Auszugsmanagements wurde erreicht, dass über 2 100 Menschen in Wohnungen und Wohnhäusern entsprechend der Leitlinien dezentral untergebracht sind. Folgerichtig wird eine weitere Ausweitung des Auszugsmanagements zu einer effektiveren Bewältigung führen und ist somit dringend anzustreben.

Um Akzeptanz und Verständnis in der Bevölkerung bei der Auswahl von Standorten zur Flüchtlingsunterbringung zu stärken, müssen wir unvermindert Sorge dafür tragen, die Menschen weiterhin transparent und zeitnah über Entscheidungen und anstehende Entwicklungen aufzuklären. Die Hoffnung dabei ist, auch die besonders ablehnende Haltung mancher Zeitgenossen überwinden zu können.

Nicht zuletzt geht es um die Glaubwürdigkeit von Rats- und Verwaltungsentscheidungen, auch wenn wir zugeben müssen, dass es inzwischen eine Reihe von Ausnahmen und Abweichungen von den Leitlinien gibt, die die Hälfte der Flüchtlinge betrifft. Wir müssen deutlich und nachvollziehbar machen, dass wir uns dessen bewusst sind, aber uns bei allen Idealen der Realität stellen müssen. Der Rat und die Verwaltung halten weiterhin an den Leitlinien fest; doch Wohnungen entstehen nicht plötzlich. Wir haben hier im Rat zahlreiche Instrumente für Wohnungsbauförderung beschlossen. Diese müssen jetzt konsequent umgesetzt werden.

Deutlich verbessern wollen wir auch die Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit Kita- bzw. Schulplätzen. Die Wartezeiten, zum Beispiel beim Kommunalen Integrationszentrum, für die Elternberatung und Zuweisung der Kinder in geeignete Einrichtungen haben sich drastisch verlängert. So kommt es vor, dass Kinder und Jugendliche wochen- und monatelang ohne Kitabetreuung oder Beschulung bleiben. Das ist nicht hinnehmbar. Auch hier sind Land und Bund in der Pflicht.

(Beifall bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Integration kann nur gelingen, wenn wir Vielfalt als Bereicherung und als Herausforderung zugleich verstehen. Ohne Solidarität und praktische Unterstützung aus der Stadtgesellschaft für die Flüchtlinge geht es nicht.

(Beifall bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Diese Herausforderung können wir aber nicht ohne stärkere Unterstützung von Bund und Land bewältigen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU und der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau Heuser. - Wir kommen zu Herrn Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.):Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren im Saal, auf der Tribüne und am Livestream! Lassen Sie mich eine Vorbemerkung machen: Schon seit Jahren exportiert die Bundesrepublik Kriegswaffen nach Saudi-Arabien, Katar und jetzt sogar direkt in Kriegsgebiete. Der IS-Terrorismus kommt nicht von ungefähr. Vor diesem Hintergrund sind wir moralisch doppelt verpflichtet, Flüchtlinge aufzunehmen.

(Beifall bei der Linken)

Bund und Land schieben diese Aufgabe an die Kommunen ab, ohne sie in die Lage zu versetzen, adäquat handeln zu können. Da kann man als Kommunalpolitiker schon sehr wütend werden.

Aber auch Köln hat Fehler gemacht, weil die Leitlinien zur Unterbringung von Flüchtlingen nicht umgesetzt worden sind. Wir haben heute 4 300 Flüchtlinge, wie bereits im Jahre 2004, am Ausgangspunkt der Diskussion um die Leitlinien. Die Politik, insbesondere die von SPD und Grü-

nen, hat ihre Aufgaben nicht gemacht, von CDU und FDP ganz zu schweigen.

(Beifall bei der Linken)

Meine Damen und Herren, die Verwaltung geht zu Recht davon aus, dass wir mit den bisher geschaffenen 1 000 Unterkünften nicht auskommen werden. Wir brauchen im nächsten Jahr 900 zusätzliche Wohnungen. In den letzten zwei Jahren hat sich der Standard verschlechtert. Weihnachten 2012 sollten 140 Flüchtlinge in der Herkulesstraße untergebracht werden. Ich habe damals kritisiert, dass gegen die Leitlinien verstoßen wird. Jetzt leben dort 780 Flüchtlinge. Wir müssen um die Leitlinien kämpfen. Wir brauchen aber auch Mindeststandards für Notunterkünfte. Dazu möchte ich folgende Vorschläge machen:

- Wir müssen den dezentralen Ansatz und die Aufteilung auf die Stadtteile weiter verfolgen, damit wir die wenigen Schulkapazitäten vor Ort nutzen können.

- Wir müssen insbesondere die Familienstrukturen fördern und aufrechterhalten. Familien müssen schnell in abgeschlossenen Wohneinheiten mit Einkaufs- und Kochmöglichkeiten untergebracht werden.

- Wir brauchen einen überarbeiteten Schulentwicklungsplan und einen Plan für die Kitabetreuung. Mindestens 50 Prozent aller Flüchtlinge sind Kinder. Was nutzt uns der dezentrale Ansatz, wenn die Kitas und Schulen überfüllt sind?

- Wir brauchen jetzt schnell eine Ombudsperson für Flüchtlinge, um Transparenz über die Lebensbedingungen in den Einrichtungen herzustellen. Wenn die Flüchtlinge von vornherein eine Beschwerdemöglichkeit haben, kann es zu solch grauenhaften Zuständen, in denen Menschen misshandelt werden, gar nicht erst kommen.

Meine Damen und Herren, das setzt aber voraus, dass wir gemeinsam aktiv werden. Das sollte nicht nur Chefsache des Oberbürgermeisters, sondern die aller Parteichefs werden. Eine überwältigende Mehrheit der Kölnerinnen und Kölner möchte helfen, möchte die Flüchtlinge willkommen heißen, möchte, dass sie menschenwürdig untergebracht werden. In ihrem Sinne sollte der demokratische Teil des Stadtrates keine Politik der Verhinderung, sondern eine Politik der Ermöglichung betreiben, um diese gewaltige Aufgabe zu stemmen.

Die Linke möchte gemeinsam mit allen demokratischen Parteien bis zur nächsten Ratssitzung weitere Vorschläge zur Verbesserung der Situation der Flüchtlinge ausarbeiten. Wir müssen gemeinsam die Stadtgesellschaft mobilisieren. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen: Es gibt in Köln circa 350 Wohnungsunternehmen; dazu gehört auch die GAG. Wenn es uns gelingen würde, diese Unternehmen für eine Patenschaft zu gewinnen, indem jedes Unternehmen zumindest eine Wohnung zum üblichen Mietpreis an die Stadt Köln vermietet, hätten wir 350 Wohnungen. In diesen 350 Wohnungen könnten wir gezielt Familien mit fünf bis sechs Personen unterbringen. So hätten wir die Möglichkeit, auf diesem Weg 2 000 Personen unterzubringen. Das wäre eine Möglichkeit, wie man die Zivilgesellschaft mit einbinden kann. Das setzt aber voraus, dass man mit diesen Unternehmen spricht und ihnen die Möglichkeit gibt, mitzumachen. Ich meine, das wäre eine Möglichkeit, und daran sollten wir arbeiten.

(Beifall bei der Linken)

Die Task-Force alleine wird das nicht schaffen. Das ist eine wichtige Einrichtung. Herr Oberbürgermeister, meines Erachtens war es der richtige Schritt - das ist auch eine Chefangelegenheit -, diese Task-Force einzurichten und alle Verwaltungsstrukturen zu bündeln. Das allein wird aber nicht reichen. Es gibt inzwischen verschiedene Formen von Netzwerken, die an diesem Thema arbeiten. Die Forderung des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen ist: Wir müssen die verschiedenen Strukturen zusammenführen, wir müssen sie bündeln. Wir müssen an dieser Sache arbeiten, meine Damen und Herren.

Deswegen würde ich mich freuen, wenn es uns - zumindest den Sozialpolitikern unter uns - gelingen würde, der Verwaltung zur nächsten Ratssitzung gemeinsame Vorschläge vorzulegen; denn Vorschläge braucht die Verwaltung. Sie braucht Anregungen, sie braucht Mut, und sie braucht Unterstützung. Wir müssen auch ein bisschen Druck machen in der Gesellschaft, damit wir diese Probleme lindern können. Wir können sie nicht lösen, aber wir können Not lindern. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken sowie bei Berivan Aymaz [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Detjen. - Wir kommen zu Frau Hoyer für die Fraktion der FDP.

Katja Hoyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Beigeordnete! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Ich möchte mich im Namen meiner Fraktion dem Dank der Verwaltung anschließen. Ich glaube, dass bei der Bewältigung der Herausforderung der Unterbringung wirklich Großes geleistet wird. Ich möchte mich ganz explizit auch bei den Wohlfahrtsverbänden und bei den Bürgern und Bürgerinnen unserer Stadt bedanken, die sich in großem Maße für die Integration der Flüchtlinge einsetzen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU)

Ich habe in den letzten Wochen gespürt, dass sich gerade in der Zivilgesellschaft einiges bewegt und die Unterstützung für diese schwierige Thematik immer größer wird. Ich muss sagen: Das freut mich persönlich unheimlich. Ich freue mich, dass wir diese Thematik etwas breiter aufstellen können.

Ich habe mich auch gefreut über das, was die Kollegin Gärtner gesagt hat. Sie hatte ja mit etwas kritischem Anklang gegenüber der Verwaltung moniert, dass ein wenig das Konzept fehle. Sie hat aber auch sehr deutlich gemacht, dass Sie von der CDU sich konstruktiv einbringen wollen.

Ich habe die Erfahrung gemacht, dass, wenn wir konstruktive Vorschläge machen, die Bereitschaft, sie aufzugreifen, vonseiten der Verwaltung sehr, sehr groß ist. Ich glaube, auch die Bereitschaft zur politischen Diskussion ist sehr groß, wenn von Ihnen konstruktive Vorschläge und Initiativen kommen. Ich freue mich auf eine breite Diskussion.

(Beifall bei der FDP)

Vielleicht kommen Sie ja ähnlich wie Herr Detjen auch mit einer Initiative in die nächste Ratssitzung, damit wir das hier konkret debattieren können.

Wir haben in den letzten Tagen Erschreckendes in Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik vernehmen müssen. Die Diskussion über die Misshandlungen in den verschiedenen Flüchtlingsunterkünften ist bestimmt an niemandem spurlos vorbeigegangen.

Die Flüchtlingsthematik beschäftigt uns seit Wochen. Der Deutsche Städtetag hatte die Diskussion angestoßen und genau das thematisiert, was wir heute hier in der Aktuellen Stunde diskutieren, nämlich: Die Kommunen dürfen mit diesem Thema nicht alleingelassen werden. Bund und Land sind in der Verantwortung. Wir brauchen da Unterstützung. - Ich habe das Statement des Städtetages als einen Hilfeschrei verstanden. Wir können das Anwachsen der Flüchtlingszahlen nicht mehr allein stemmen.

Ich kann für die FDP-Fraktion sagen, dass wir hier im Rat schon seit Wochen mit dieser Forderung unterwegs sind und bereits Initiativen dazu angestoßen haben, die leider von der Ratsmehrheit bis jetzt nicht angenommen worden sind.

(Beifall bei der FDP)

Insofern freue ich mich, dass hier jetzt Bewegung ins Spiel kommt.

Noch ein kritisches Wort an Sie, liebe Antragsteller: Wenn sich Ihr Appell an Bund und Land wie im Antragstext beschrieben darauf beschränkt, zu sagen: „Wir stehen vor enormen humanitären Herausforderungen, die wir nur gemeinsam mit Bund und Land werden lösen können“, dann ist das ein bisschen dünn. Da muss sozusagen Butter bei die Fische.

(Beifall bei der FDP)

Da muss man ein bisschen konkreter werden. Das klang in dieser Debatte bei den Ausführungen von Frau Gärtner und Herrn Paetzold schon ein wenig an; das hat mich auch gefreut.

Wir hatten schon vor längerer Zeit einen Antrag zur Thematik der unerlaubt Eingereisten eingebracht. Die Verwaltung hat uns ja anschaulich geschildert, dass uns das vor große Probleme stellt, weil diese Leute nicht auf die Zuweisungsquote angerechnet werden. Das geht nicht gegen diese Menschen; das müssen wir ganz klar sagen. Es geht nur darum, zu sagen: Wir wollen einen Schlüssel, nach dem eine faire Verteilung stattfindet. Wir sind mit unserem Antrag gescheitert. Jetzt habe ich das Gefühl, das Thema ist bei Ihnen angekommen. Lassen Sie es uns konkret

machen, indem wir es auch etwas konkreter formulieren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der SPD)

Daneben sind es natürlich vor allem die finanziellen Herausforderungen, die an uns, an der Kommune hängen bleiben. Da brauchen wir große Unterstützung vonseiten des Landes. Mich hat es zum Beispiel sehr betroffen gemacht, in einer Mitteilung, die wir im Sozialausschuss bekommen haben, zu lesen, dass wir zum Beispiel im Kommunalen Integrationszentrum die sogenannte Einwochenfrist nicht mehr einhalten können, innerhalb der wir die schulpflichtigen Flüchtlingskinder in die Schule bringen wollen. Das verzögert sich immer mehr nach hinten. Dafür brauchen wir Stellen, dafür brauchen wir Geld. Insofern würde ich mich freuen, wenn wir uns dafür gemeinsam einsetzen, ebenso für die Betreuung von traumatisierten Flüchtlingen, die zu uns kommen.

Für die Bewältigung all dieser Themenfelder brauchen wir Stellen und damit auch Geld. Da ja die Antragsteller - CDU, SPD, FDP - entweder in der Bundes- oder in irgendeiner Landesregierung vertreten sind, kann ich Sie nur auffordern: Liebe Kollegen, auf, auf, ganz schnell nach vorne! Machen Sie sich bitte stark für die Kölner Interessen!

(Beifall bei der FDP)

Herr Detjen hat gesagt, wir als Kommune können nicht die Ausputzer vor Ort für die Bewältigung steigender Flüchtlingszahlen sein. Insofern sind wir hier jetzt auf dem richtigen Weg. Aber eines muss ich noch einmal ziemlich deutlich sagen: Bei allen Herausforderungen, vor denen wir als Kommune - Verwaltung, Politik und die Bürger und Bürgerinnen, die sich auch mit dieser Situation anfreunden müssen - stehen, müssen wir ganz klar sagen: Wie unbedeutend sind diese Herausforderungen für uns im Vergleich zu dem, was diese Menschen, die Flüchtlinge, die zu uns kommen, erlebt haben! Vor welchen Herausforderungen stehen diese Menschen, die aus Syrien oder dem Irak gekommen sind, weil sie dort um Leib und Leben fürchten mussten!

(Beifall bei der FDP)

Diese Schicksale vor Augen müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um diesen Menschen eine sichere Unterkunft zu geben. Ich bin froh, dass in Köln Verwaltung, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, aber vor allem Bürger und Bürgerinnen sich dafür engagieren, den Flüchtlingen hier ein Zuhause zu bieten, und damit auch ein Zeichen setzen gegen rechte Kräfte, die immer wieder versuchen, aus der Notlage der Flüchtlinge politisches Kapital zu schlagen. - Danke.

(Beifall bei der FDP, der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Hoyer. - Herr Rottmann für die AfD.

Hendrik Rottmann (AfD): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Aus gegebenem Anlass schicke ich etwas voraus: Die Fraktion der AfD im Rat der Stadt Köln distanziert sich von allen Äußerungen, die geeignet sind, Asylbewerber zu diskreditieren, und insbesondere von solchen, die den Anschein erwecken, die AfD würde Asylbewerber in Köln nicht willkommen heißen. Als Rechtsstaatspartei steht die AfD voll und ganz hinter Art. 16 a und dem verbrieften Recht auf Asyl.

Aufgrund der hohen Anzahl von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Kriegsgebieten, die derzeit Schutz und Hilfe auch hier bei uns in Köln suchen, ist eine schnellstmögliche Unterbringung notwendig. Dies darf aber trotzdem nicht über das Knie gebrochen werden. Um Vorurteilen und politischer Hetze keinen Raum zu geben, müssen die Standorte sorgfältiger geplant werden. Insbesondere sind die Sorgen der Anwohner besser zu berücksichtigen.

Asylsuchende müssen menschenwürdig behandelt werden. Daher lehnen wir die Art und Weise der derzeitigen Holter-die-Polter-Unterbringung ab. Die *Welt* schrieb am 27.09. dazu:

> Doch diese erhoffte Willkommenskultur in bürgerlichen Vierteln ist kein Selbstläufer, so warnten jüngst Bürgerinitiativen in Köln, Duisburg und vielen anderen Städten der Republik. Sie könne auch gebremst werden. Und zwar durch das städtische Vorgehen bei der Flücht-

> lingsverteilung. Denn das ist vielerorts geprägt von Hauruck-Methodik, Nebelbomben-Kommunikation und Entmündigung der Menschen, deren Herzen man gewinnen müsste. [ok]

(Beifall bei Roger Beckamp [AfD])

Das, meine Damen und Herren, finden wir so auch hier in Köln. Liebe Frau Reker, ich habe aus der Zeitung erfahren, dass eine Baumarkt-Unterbringung geplant ist. Darüber habe ich mich gewundert und die Menschen vor Ort auch. Das Problem, das wir immer wieder haben, sei es in Wahn oder in Zündorf, ist: Die Menschen werden vor vollendete Tatsachen gestellt und müssen dann die Suppe löffeln. Andersherum wäre es besser gewesen. Am Donnerstag wird es wahrscheinlich wieder einen Auflauf geben, auch von den Leuten, die wir eigentlich nicht in der Diskussion haben wollen, nämlich von Leuten, die dieses Thema für ihre Zwecke missbrauchen werden.

Die Unterbringung der Asylbewerber ist nicht die einzige Problematik. Es geht auch darum, sie in Schulen und Kindergärten anständig zu betreuen. Dafür sind aus unserer Sicht Sozialarbeiter und, wie wir vor kurzem bedauerlicherweise erfahren mussten, gutes Sicherheitspersonal von besonderer Bedeutung. Asylsuchenden muss bei der Eingewöhnung geholfen werden. Den Anwohnern kann man die Akzeptanz und den Abbau von Vorurteilen damit erleichtern.

Das Ganze muss unmittelbar passieren und nicht erst Wochen nachdem die Asylbewerber eingetroffen und bereits in den Einrichtungen sind. Deswegen fordern wir Sie, meine Damen und Herren von der SPD, auf: Nutzen Sie Ihre guten Kontakte in die Landesregierung Nordrhein-Westfalen und sorgen Sie dafür, dass entsprechende Geldmittel unverzüglich zur Verfügung gestellt werden!

Wir sind für die Menschen aus den Kriegsgebieten verantwortlich. Deshalb müssen wir hier im Rat und insbesondere auch in der Verwaltung dieser Verantwortung gerecht werden. Dabei dürfen wir aber nicht die Verantwortung gegenüber den Kölner Bürgerinnen und Bürgern vernachlässigen; denn wir müssen deren Ängste - begründet oder unbegründet - ernst nehmen. Sonst schaffen wir Raum für Hetze und nicht für eine Willkommenskultur, die wir brauchen.

Deutschland setzt sich zu Recht für den Kampf gegen den IS ein. Deshalb ist es eine logische Konsequenz, dass wir auch die Menschen aufnehmen müssen, die vor den mordenden IS-Milizen fliehen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen zu Herrn Wiener für pro Köln.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich eingangs etwas festhalten zu Herrn Paetzold. Im Sozialausschuss gab es ja auch eine Diskussion über die Richtlinien. Es ist schon erstaunlich, für was man alles hier Prügel einstecken muss als Pro-Köln-Politiker.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

- Ja, das ist so. Man muss das hier auch einmal ansprechen können. - Ich habe im Sozialausschuss darauf hingewiesen, dass die Hälfte der Asylbewerber in Köln gar nicht mehr gemäß den eigenen Richtlinien untergebracht ist und dass die Verwaltung angesichts der Zahlen und der Umstände diese Leitlinien in der Realität in großem Umfang schon selbst außer Kraft gesetzt hat. Daraufhin hat Herr Paetzold fast einen Tobsuchtsanfall im Sozialausschuss bekommen, und es wurde die übliche Leier gegen pro Köln losgelassen.

Herr Paetzold, nun steht aber das, was ich im Sozialausschuss gesagt habe, jetzt auch ganz hochoffiziell heute im Kölner Stadt-Anschwindler:

> Leitlinien außer Kraft. Die für die Unterbringung von Flüchtlingen gefassten städtischen Leitlinien wurden weitgehend außer Kraft gesetzt. Weniger als die Hälfte der Flüchtlinge lebt in einer Unterkunft, die diesen entspricht.

Herr Paetzold, betreibt jetzt der *Stadt-Anzeiger* jetzt auch üble Hetze? Ist der *Stadt-Anzeiger* jetzt auch hämisch? Oder drehen Sie sich es immer so zu Recht, wie es Ihnen gerade passt, und schlagen auf die Überbringer unangenehmer Neuigkeiten ein?

Pro Köln hat seit Monaten, im Prinzip seit Jahren darauf hingewiesen, dass die Kölner Luxusrichtlinien zur Unterbringung von Asylbewerbern angesichts der steigenden Zahlen nicht mehr durchgehalten werden können. Genau das hat sich jetzt bestätigt. Pro Köln hat genau das ge-

sagt, was jetzt eintritt. Wir wurden vor der Kommunalwahl dafür übelst beschimpft, weil wir auf die Realitäten hingewiesen haben. Die Bürger merken jetzt, wer ehrlich mit ihnen war und wer sie angelogen hat. Das sind die Tatsachen.

Meine Damen und Herren, wir erleben jetzt jede Woche in Köln neue Hiobsbotschaften in Sachen Asylbewerberunterbringung. Praktisch ohne Vorlaufzeit werden die Bürger vor vollendete Tatsachen gestellt. Weil die Stadtverwaltung, wie eben angesprochen, es versäumt hat, mit einer klugen und realistischen Strategie beizeiten genügend Asylbewerberplätze in günstigen und konfliktarmen Unterbringungsmöglichkeiten zu erschließen, werden jetzt im Wochentakt per Dringlichkeitsentscheidungen völlig ungeeignete Einquartierungen mit hohem Konfliktpotenzial mit den Anwohnern durchgepaukt.

Ein trauriges Beispiel hierfür ist das geplante Asylcontainerdorf in Blumenberg: über 100 Asylbewerber in Gemeinschaftscontainern auf einer Wiese inmitten dichter Wohnbebauung, in einem Veedel, das jetzt schon erhebliche Probleme hat, vor kurzem sogar noch offiziell als sozialer Brennpunkt galt, über eine schlechte Infrastruktur und kaum bürgerschaftliche Strukturen verfügt. Wer kann nur auf solch eine Schnapsidee kommen!? Das frage ich mich nicht allein; das fragen sich viele Bürger.

Aber auch die anderen im Hauruckverfahren initiierten Containerdörfer in Worringen und Lövenich werden von der Bürgerbewegung pro Köln als völlig ungeeignet abgelehnt. Die entsprechende Verwaltungsvorlage heute in der Ratssitzung werden wir selbstverständlich ablehnen.

Zum Thema Verwaltung muss und darf auch festgehalten werden, dass die Kölner Sozialdezernentin Frau Reker für die Misere natürlich einen gehörigen Teil der Verantwortung zu übernehmen hat. Als Sozialdezernentin verschloss Frau Reker ihre Augen vor der Realität und klammerte sich an die freiwilligen Kölner Luxusrichtlinien zur Asylbewerberunterbringung - und das, obwohl bereits seit langem absehbar war, dass das nicht funktionieren würde, und das so lange, bis es zu spät war, weshalb nun in aller Eile irgendwelche Massenunterkünfte aus dem Hut gezaubert werden, die völlig ungeeignet sind.

Wäre es nicht besser gewesen, so wie von pro Köln gefordert, schon beizeiten Ausschau zu halten nach geeigneten und günstigen Sammelunterkünften mit wenig Konfliktpotenzial mit der einheimischen Bevölkerung, zum Beispiel in Gewerbegebieten, in Randlagen, in ehemaligen Kasernen usw.? Stichwort Kasernen, das ja jetzt nach der Kommunalwahl auch die CDU aufgreift: Das wird in vielen Städten in Deutschland so praktiziert. Das ist rechtsstaatlich völlig in Ordnung. Ich nenne nur das Beispiel München, wo die Bayernkaserne zu einer großen günstigen Unterkunft umfunktioniert wurde. Das alles ist möglich. Nur hier in Köln hat man freiwillig auf diese Optionen verzichtet. Man steht jetzt vor dem Scherbenhaufen seiner Politik, und die Bürger, die Anwohner müssen es auslöffeln.

Pro Köln hat als einzige Gruppierung hier im Rat rechtzeitig davor gewarnt. - Ich sehe, meine Redezeit ist abgelaufen.

(Unruhe)

Es ist ja gut, dass wir dank Ihrer weisen Mehrheitsentscheidung auch noch unseren Antrag unter den 3er-Tagesordnungspunkten haben. Dann kann ich meine Rede da fortsetzen. - Vielen Dank einstweilen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Hegenbarth von den Piraten.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Herr Oberbürgermeister! Frau Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir finden es sehr gut, dass wir heute im Rat das Thema Flüchtlingsunterbringung im Rahmen einer Aktuellen Stunde ansprechen. Zurzeit brennt das Thema ja wirklich jedem unter dem Nagel, sei es im Land, im Bund oder eben auch hier. Sie haben recht: Die Kriege und Krisenherde haben zugenommen, und die Flüchtlingszahlen steigen deshalb an. Aber es ist falsch, wenn von vielen der Eindruck erweckt wird, dass dieser Anstieg rasant, überraschend oder gar nicht zu bewältigen ist. Wussten Sie, dass vor drei Wochen die Türkei 150 000 Menschen in einer Woche aufgenommen hat? In einer Woche! Und wir bekommen es in Deutschland nicht hin, 150 000 Menschen im Jahr, die traumatisiert sind und Schutz suchen, anständig

zu versorgen und unterzubringen. Das ist sehr beschämend.

Wir sind jetzt ganz frisch im Rat. Dennoch verfolgen wir die Diskussionen um die Kölner Flüchtlingsaufnahmen schon lange. Wir wissen, dass die Stadt Köln ein humanes und dezentrales Konzept der Unterbringung verfolgt. Die Leitlinien waren damals ein riesiger und sehr guter Schritt. Viele andere Städte hinken da hinterher. Das Kölner Auszugsmanagement ist eine hervorragende Idee. Soweit ich weiß, fordert unsere Piratenfraktion im Landtag, das Modell in ganz NRW zu etablieren. Dennoch muss ich sagen, dass Container eine sehr schlechte Form der Unterbringung darstellen. Auch in Notlagen müssen Standards gelten. Diese Notlagen wären unserer Meinung nach vermeidbar gewesen, hätte man sich ordentlich auf die schon seit 2009 steigenden Zahlen vorbereiten können.

Leider muss ich auch sagen, dass die mangelnde Vorbereitung des Landes die Situation hier in Köln weiter verschärfen wird; denn dort ist das Aufnahmesystem seit 2012 in einer Krise. Die Menschen werden durch das Aufnahmesystem des Landes nur noch durchgeschleust und an uns in Köln weitergereicht, ohne jedwede psychologische, soziale und verfahrenstechnische Betreuung.

Nun ist die Landesregierung auch noch in diesen Misshandlungsskandal in Flüchtlingseinrichtungen verwickelt. Sie haben heute auch zu diesen schrecklichen Misshandlungen von Flüchtlingen in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes geredet. Das hat auch uns sehr erschüttert. Solche Dinge stellt man sich nicht einmal in Alpträumen vor. Leider wurde aber eben nicht so viel über den Anteil gesprochen, den die rot-grüne Landesregierung an diesen Vorgängen trägt. Da wurden eben nur noch auf die Schnelle Aufträge an private Anbieter der Flüchtlingsbetreuung vergeben, ohne zu prüfen, ohne nachzusehen, ob alles in Ordnung ist. Auch das ist eine Schande für unser Land.

(Beifall bei der Linken.)

Hier darf eben so etwas nicht passieren. Deshalb müssen wir aufpassen, dass wir es in Köln nicht zulassen, dass angesichts eines angeblichen Unterbringungsnotstandes Mindeststandards nicht mehr berücksichtigt werden. - Danke.

(Beifall bei den Piraten, der Linken sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Dann kommt Herr Henseler für die Freien Wähler.

Andreas Henseler (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Freien Wähler beschäftigen sich seit langem mit diesem Problem. Sie werden wie viele hier im Rat aus der Bevölkerung darauf angesprochen. Wir haben zu diesem Punkt auch eine Anfrage unter 4.1 eingebracht, die von der Verwaltung sehr ausführlich beantwortet worden ist. Dafür sind wir dankbar. Wir sind nicht der Auffassung - das sage ich jetzt vorab -, dass die Verwaltung einen schlechten Job macht; ich glaube, sie macht das alles sehr gut.

Anders als mein Vorredner glaube ich auch nicht, dass man das alles hätte voraussehen und entsprechend planen können. Wir als Freie Wähler sind davon überzeugt, dass wir in einer Notsituation sind. Das haben mehrere Vorredner auch schon ausgeführt. Das ist eine Notsituation, und mit der muss man umgehen.

Auf der anderen Seite sind wir eines der reichsten Industrieländer auf diesem Planeten. Zu Recht guckt die Welt darauf, was hier passiert in unserem Land. Nach außen hin sind die schrecklichen Ereignisse, die mein Vorredner schon angesprochen hat, natürlich verheerend. Deswegen kommt es darauf an, wie wir mit dieser Situation umgehen. Wie genügen wir unseren humanitären Pflichten? Wie können wir als reiches Land auf diese Dinge reagieren?

Da ist - gestatten Sie mir diese Zwischenbemerkung - auch viel Heuchelei im Spiel. Das, was sich da abgespielt hat, wird natürlich auch zur politischen Auseinandersetzung genutzt. Das machen nicht nur die Rechtsradikalen; bei denen gehört es ja dazu; die haben keine andere Möglichkeit; das ist sozusagen ihr Beruf. In dem Maße, wie es nicht gelingt, das Integrationsproblem zu bearbeiten, werden die auch stärker.

(Beifall bei Markus Wiener [pro Köln])

Das liegt nicht etwa daran, dass die so clever sind, sondern das liegt daran, dass es in der Bevölkerung durch all das, was sich da an womöglich Negativem vollzieht, wachsende Ressentiments gibt. Das kann man in allen europäischen Ländern beobachten. Da nutzt es auch nichts, Appelle an die Bevölkerung zu richten, sondern man muss durch umsichtiges Handeln dafür sor-

gen, solchen Kräften, soweit es überhaupt geht, den Boden zu entziehen.

Ich glaube, dass eine Diskussion über die Art und Weise, wie man mit einer solchen Notsituation umgehen und wie man für das dringend Notwendige sorgen will, in der politischen Debatte wichtig ist. Deshalb haben wir in der Begründung unserer Anfrage auch den Beschluss des Bundesrates angesprochen. Er sieht vor, dass die Zuwanderung von Flüchtlingen aus europäischen Staaten, die als sichere Drittstaaten gelten, nicht blockiert werden darf. Von daher finde ich das, was der Ministerpräsident von Baden-Württemberg an dem Punkt an politischer Realität dokumentiert hat, nachvollziehbar und richtig.

(Beifall bei der Linken sowie von Jochen Ott [SPD])

Das zeigt aber auch, dass dies auch zur politischen Auseinandersetzung verwendet wird; die Kommentare dazu waren ja selbst aus der eigenen Partei, Herr Detjen, nicht alle positiv.

Ich will noch auf zwei Dinge in diesem Zusammenhang eingehen; deswegen hatte ich mich zu Wort gemeldet. Die Frage ist, ob es weiterhilft, die Leitlinien, die wir hier beschlossen haben und von denen wir alle wissen, dass sie zwar richtig, aber in dieser Notsituation nicht umsetzbar sind, weiter aufrechtzuerhalten oder ob es nicht ehrlicher wäre, nach außen hin zu sagen: Wir können sie nicht weiter aufrechterhalten. Wir müssen in dieser Notsituation jetzt auch zu Notmaßnahmen greifen.

(Markus Wiener [pro Köln]: Hört! Hört!)

- Ja, ich bin davon überzeugt. Deswegen spreche ich das hier an. - Ich halte es für besser, der Bevölkerung klarzumachen, dass es Notsituationen gibt, in denen man diese Standards nicht weiter aufrechterhalten kann. Ich befürchte, dass die von Frau Heuser angesprochenen Zahlen der 90er-Jahre im Winter sehr schnell erreicht werden. Dann können Sie das sowieso nicht mehr aufrechterhalten. Sie werden dann auch nicht so schnell zu diesen Leitlinien zurückkehren können.

Zu glauben, dass man Flüchtlingszahlen in einer Größenordnung von etwa 350 000 bis 400 000 in diesem Land und in dieser Gesellschaft verkraften kann - „verkraften“ sage ich ausdrücklich in Anführungsstrichen -, ohne dass es an anderen Stellen Einschränkungen für die Mehrheitsgesellschaft geben wird, ist eine Illusion. Sie werden es im Schulsystem nicht über die Bühne bringen, die Beschulung von Kindern zu organisieren, ohne mehr Lehrer einzustellen oder aber Standards zu reduzieren. Das alles werden Sie so schnell gar nicht regeln können.

Deswegen finden wir als Freie Wähler es besser, wenn man mit dieser Situation ehrlich umgeht und den Leuten sagt: Das ist ein Notbehelf, der muss eine Zeitlang, möglicherweise über mehrere Jahre, so anhalten, und danach werden wir, wenn möglich, zu den Standards, die wir in einer anderen Situation festgelegt haben, zurückkehren.

Abschließend will ich noch etwas zu den Standorten sagen. Die Akzeptanz in der Bevölkerung hängt stark von den Standorten ab und davon, wie wir mit dieser Frage umgehen. Ich habe das hautnah erlebt, weil ich dort in unmittelbarer Nähe wohne, nämlich in Rodenkirchen. Da gibt es das Problem Merlinweg und Weißdornweg. Wenn die Leute das Gefühl haben, dass die einen von einer solchen Maßnahme erfasst werden, der sie sich stellen müssen, während die anderen, die eine bessere Lobby haben, davon verschont bleiben, werden wir keine Akzeptanz schaffen. Deswegen ist für mich die Frage, ob wir, wenn wir zwei Standorte diskutiert haben - zum Beispiel in Rondorf die Standorte Merlinweg oder Weißdornweg -, den einen Standort weiter aufrechterhalten sollten oder ob wir nicht letztendlich beide zu Standorten machen sollten. Das würde uns nach meinem Dafürhalten vor Ort im Sinne von Transparenz und von gleichmäßiger Belastung der Stadt weiter bringen, als so zu tun, als wären diese Dinge nicht vorhanden.

In dem Sinne wäre mir daran gelegen, dass man die Diskussion öffentlicher und ehrlicher führt und die Leute darauf aufmerksam macht, dass sie sich darauf einstellen müssen, dass wir wahrscheinlich auf ein, zwei Jahre nicht anders können, als mit Notbehelfen zu arbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Joisten für die Fraktion der SPD.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie mein Fraktionskollege Michael Paetzold bereits ausgeführt hat, haben wir eine moralische und eine rechtliche Verpflichtung, den Menschen, die in großer Not zu uns kommen und häufig eine jahrelange Odyssee hinter sich haben, Schutz zu gewähren und ihnen Zuflucht zu bieten.

Dabei ist ein nackter Baumarkt in Porz-Eil schon eine denkbar schlechte Lösung; das ist heute schon betont worden. Aber es ist immerhin ein Dach über dem Kopf und bietet Schutz vor Wind und Kälte. Damit ist eine solche Unterbringung allemal besser als Zelte oder ähnliche Lösungen. Gleichzeitig werden wir als SPD-Fraktion uns aber auch weiterhin dafür einsetzen, dass ein Minimum an Privatsphäre für die Bewohner dieses Notaufnahmelagers geschaffen wird. Dafür habe ich mich bereits in der ersten Gesprächsrunde zu diesem Thema Ende vergangener Woche stark gemacht und entsprechende Raumteiler oder Schrankwände gefordert, die die Schaffung von kleinteiligen Raumverhältnissen möglich machen. Hier bleiben wir schon aus Gründen der Menschenwürde am Ball.

Aber natürlich haben wir auch Verständnis für die Verunsicherung der Nachbarschaft, wenn diese schlagartig um bis zu 200 Personen wächst und es sich dabei um sehr unterschiedliche Menschen mit vielen verschiedenen kulturellen und religiösen Hintergründen handelt, die uns und den Anwohnern teilweise fremd sind. Deshalb ist mir und uns die frühe Einbindung und Information der Nachbarschaft sehr wichtig. Ich freue mich, dass die Verwaltung unter Federführung der zuständigen Dezernentin Frau Reker es möglich gemacht hat, dass bereits am kommenden Donnerstag um 19 Uhr in der Lise-Meitner-Gesamtschule eine entsprechende Informationsveranstaltung stattfinden kann. Denn nur auf diesem Wege können wir den Anwohnern Sorgen und Ängste nehmen, die aus den Erfahrungen an vielen anderen Standorten meist unbegründet sind.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich als Porzer Ratsmitglied darauf hinweisen, dass gerade der Stadtbezirk Porz bereits einen großen Beitrag zur Flüchtlingsunterbringung leistet, nicht zuletzt mit den in Planung befindlichen Unterkünften in Zündorf und Wahn sowie mit der Erweiterung bestehender Einrichtungen in Poll. Gerade die Bürgerinnen und Bürger in Porz haben gezeigt, dass sie gerne bereit sind, die Flüchtlinge willkommen zu heißen und diese bei der Integration in das örtliche Leben zu unterstützen. So haben sich nach dem Vorbild der von mir mit ins Leben gerufenen Aktion „Willkommen in Porz!“ - rund um das Urbacher Hotel „Dürscheidt“ damals - bereits an allen neuen Standorten viele Menschen mit Unterstützungsangeboten und der Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement für die Flüchtlinge gemeldet.

Als integrationspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion würde ich mich sehr freuen, wenn dies nun auch bei der Notunterkunft in Eil gelingen könnte; denn gerade hier wäre es für die unter doch suboptimalen Bedingungen lebenden Flüchtlinge ein extrem starkes Signal, wenn ihnen die Nachbarschaft deutlich freundlicher begegnen würde als das Gebäude.

Bei aller Freude über das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger dürfen wir natürlich nicht die negativen Folgen der aktuellen Entwicklung sowohl für die Flüchtlinge selbst als auch für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger insgesamt aus dem Auge verlieren, wobei die finanziellen Aspekte nur ein Teil des Problem sind. Der fehlende Wohnraum für alle Menschen, die in dieser Stadt leben wollen, muss uns noch viel stärker umtreiben. Deshalb muss alles dafür getan werden, damit die Stadt und die Menschen nicht überfordert werden.

Ein wichtiger Schritt auf diesem Wege wäre, dass die sogenannten unerlaubt eingereisten Personen, die Köln unmittelbar erreichen, also hier ankommen, ohne dass ein Erstaufnahmelager des Landes dazwischengeschaltet war, genauso auf die Quote nach dem Königsteiner Schlüssel angerechnet werden wie die vom Land zugewiesenen Flüchtlinge.

(Beifall bei der FDP)

Gerade Köln liegt bei den unerlaubt eingereisten Personen bundesweit auf einem vorderen Rang. Wie wir schon verschiedentlich gehört haben, waren es 230 allein in der vergangenen Woche. Es kann und darf nicht sein, dass diese Personen völlig unberücksichtigt bleiben, wenn uns das Land noch bis zu 300 Flüchtlinge zuweisen will, weil dies nach dem Schlüssel noch möglich ist.

Ferner wäre es wichtig, dass die Verteilung der in Köln ankommenden Flüchtlinge auf Kommunen des Landes durch die Bezirksregierung Arnsberg deutlich schneller erfolgt und dass eine Klage der betroffenen Flüchtlinge gegen die Zuweisung in andere Kommunen, wie vom Gesetz-

geber vorgesehen, keine aufschiebende Wirkung entfaltet. Im Moment ist das leider ungeklärt und damit eigentlich nicht ganz gesetzeskonform.

Alle diese Maßnahmen zusammen würden schon zu einer deutlichen Entlastung und Entspannung gerade hinsichtlich der knappen Unterbringungsressourcen führen.

Vor diesem Hintergrund habe ich am vergangenen Wochenende am Rande des SPD-Landesparteitags das Gespräch mit dem Innenminister Ralf Jäger gesucht.

(Niklas Kienitz [CDU]: Großartig! - Weitere Zurufe von der CDU: Oh!)

- Ja. Sie haben ja gefordert, man solle handeln. Das haben wir schon getan. - Ich habe ihn um Abhilfe und Unterstützung gebeten. Er hat diese zugesagt und wird sich darum kümmern. Sie können sicher sein: Wir bleiben da dran.

Alles in allem wird deutlich: Köln zeigt Toleranz und Hilfsbereitschaft. Aber Köln braucht als eine der wenigen Wachstumsstädte Deutschlands auch Unterstützung von Bund und Land, um diese Herausforderung bewältigen zu können. Vor allem braucht Köln auch weiterhin seine Bürgerinnen und Bürger, die die neu ankommenden Mitbürger begrüßen und in diese wundervolle Stadt integrieren können. Denn eines sollten wir alle nicht vergessen: Wir alle sind Nachkommen von „Immis“, die irgendwann von irgendwoher nach Köln gekommen sind. Aber wir alle sind heute Kölle. In diesem Sinne wünsche ich uns allen die Kraft, mit dieser Situation produktiv umzugehen, und gleichzeitig die Gelassenheit, die tatsächlich anstehenden Probleme auch nicht überzubewerten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Joisten. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zum Ende dieser Aktuellen Stunde. Sie endet mit einem Beschluss. Ich schlage vor, dass die Sache zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen wird. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Nach der Erörterung der Angelegenheit beschließt der Rat gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen, die Sache zu weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu überweisen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt.

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

Zu Tagesordnungspunkt 2.1:

2.1 Annahme einer Schenkung der Stiftung Stadtgedächtnis an die Stadt Köln - Historisches Archiv
1995/2014

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so angenommen. Danke schön!

Beschluss:

Der Rat beschließt die Annahme der Schenkung eines Buchspiegels durch die Stiftung Stadtgedächtnis an die Stadt Köln – Historisches Archiv.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.2:

2.2 Schenkung Döring-Spengler
2089/2014

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das ebenfalls so angenommen. Wir danken ganz herzlich den Schenkern zugunsten unserer Stadt.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung von ca. 80 Polaroidaufnahmen der Serie „Sprechende Hände“ aus dem Werk des Fotografen Herbert Döring-Spengler an das Rheinische Bildarchiv durch Herbert Döring-Spengler mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen nun zu den Tagesordnungspunkten 3.1.1 und 3.1.2, die wir zusammen behandeln wollen:

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion betreffend „Anpassung der Fraktionszuwendungen und -ausstattung“
AN/1168/2014

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Festlegung der Fraktionszuwendungen“
AN/1162/2014

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Der Antrag, der Ihnen vorliegt, wird von insgesamt fünf Fraktionen gestellt. Daraus können Sie entnehmen, dass darüber großes Einvernehmen herrscht. Aber aufgrund dessen, dass er sich vielleicht nicht in allem selbst erklärt, möchte ich ihn hier noch einmal grundsätzlich begründen.

Die Gemeindeordnung sieht in § 56 die Bildung von Fraktionen in den Stadt- und Gemeinderäten vor, und sie hält auch fest, dass die Fraktionen und Gruppen für ihre Arbeit aus dem Haushalt Zuwendungen zu den sächlichen und personellen Aufwendungen bekommen sollen. In der Kommentierung der Gemeindeordnung ist noch einmal deutlich gemacht, dass dies eine wichtige Voraussetzung für die Wahrnehmung ihrer Rechte und für ihre effektive Arbeit der Fraktionen ist, wie es dort wörtlich heißt.

Wir haben uns bereits in den letzten Wahlperioden darauf verständigt, gemäß den Regularien der Gemeindeordnung zu einer Regelung zu kommen, die die Fraktionen nach ihrer jeweiligen Stärke mit entsprechenden Mitteln ausstattet. Dazu gibt es bereits Beschlüsse aus dem Jahr 2007 und aus dem Jahre 2009. Dementsprechend schließt sich dieser Antrag daran an und schreibt diese Regelung fort, weil - wie es in der Gemeindeordnungskommentierung heißt - der Differenzierung nach Größe der Fraktionen und Gruppen natürlich Rechnung getragen werden muss.

Zudem heißt es da, dass die Aufwendungen einen angemessenen Rahmen haben sollen. Dieser richtet sich nicht zuletzt auch nach der Größe des Rates. Die Stadt Köln als größte Stadt Nordrhein-Westfalens hat natürlich auch den größten Stadtrat und eine entsprechend große Verwaltung.

Der wesentliche Gesichtspunkt ist aber, dass die Kommunalpolitik nach wie vor von den Ratsmitgliedern ehrenamtlich geleistet wird. Dies erhöht die Notwendigkeit, dass sie in ihrer Arbeit begleitet und unterstützt werden durch eine effiziente Fraktionsgeschäftsstelle, für die diese Aufwendungen, die nach der Gemeindeordnung möglich sind, gedacht sind.

Gerade in Köln, wo wir es mit einem Haushalt zu tun haben, der über 3,4 Milliarden Euro groß ist, wo wir über 60 relevante kommunale städtische Beteiligungsunternehmen haben, die durch Aufsichtsräte, in denen sich Stadträte befinden, kontrolliert und gesteuert werden sollen, in einer Stadt, deren Verwaltung insgesamt über 16 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat, ist eine solide Mindestausstattung der Fraktionsgeschäftsstellen die Grundvoraussetzung, überhaupt Kommunalpolitik leisten zu können.

Wir setzen an den bisherigen Beschlüssen an und führen den Fraktionen die entsprechenden Mittel zu, damit sie sich personell ausstatten und auch über eine entsprechende Büroinfrastruktur verfügen können. Das ist, denke ich, vor dem Hintergrund, dass wir nach wie vor in Köln ehrenamtlich arbeiten müssen - diese Frage war ja in den letzten Jahren öfter Gegenstand von Diskussionen im Landtag von Nordrhein-Westfalen -, mehr als notwendig. Es gibt andere Gemeinwesen, die über einen wesentlich geringeren Haushalt verfügen, wie zum Beispiel der Stadtstaat Bremen oder das Bundesland Saarland, deren parlamentarische Vertretungen ihre Arbeit natürlich professionell leisten. Das haben wir in Köln nicht. Das haben wir insgesamt nicht bei den großen Städten. Wir würden das als wünschenswert erachten, aber das hängt natürlich vom Landesgesetzgeber ab.

Solange dieser Zustand so ist, wie er ist, ist es, denke ich, recht und billig, zumindest dafür zu sorgen, dass die Fraktionen und ihre Geschäftsstellen eine vernünftige Mindestausstattung haben. Dies und nichts anderes intendiert dieser Antrag. Ich bitte daher um breite Zustimmung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, der FDP, der CDU und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ja, bitte schön. Herr Beckamp für die AfD.

Roger Beckamp (AfD): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kollegen! Sie sind nur konsequent, Herr Frank, konsequent im Geld ausgeben anderer Leute für sich selber,

(Beifall von der AfD)

und Sie bauen gleichzeitig Schwellen ein, die schwer zu begründen sind.

Der Antrag der Fraktionen von SPD, Grünen, CDU, FDP und Linken ist Pfusch. Das ist schlichtweg Pfusch im doppelten Wortsinn: Pfusch, weil es Mogelei ist, indem sie absurde Grenzen ziehen, die eine Schwelle - nennen wir es „AfD-Schwelle - sein soll, die schwer erklärbar sein wird, wenn ein Dritter darüber zu befinden hat. Das wird so sein. Sie werden es mit Ihrer Mehrheit hier krass missbräuchlich durchdrücken, und wir werden einen Dritten befragen, ein Verwaltungsgericht, ob das so funktioniert, nicht, weil wir mehr haben wollen. Wir haben ja den Antrag gestellt, es soll so bleiben, wie es ist. Aber es soll eine Gleichbehandlung geben. So einfach ist das.

Frau Jahn, Sie zucken gerade. Vielleicht liegt das an dem, was ich gerade sage.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Wahrscheinlich!)

- Wahrscheinlich sogar; dann passt es ja. Dann war es wahrscheinlich richtig gesagt. - Gleichbehandlung bedeutet jedenfalls nicht Willkür.

Es ist schon sehr zufällig, dass diese Grenze bei drei gezogen wird. Wenn ich mir Ihren Antrag anschaue - mal ganz unvoreingenommen -, stelle ich fest: Ab vier geht der große Sprung los; da gibt es richtig Geld. Tolle Geschichte! Da gibt es mehr Personal. Das finde ich toll; das finde ich bemerkenswert; das findet vielleicht auch jeder Dritte, der nicht hier im Raum sitzt, bemerkenswert. Als Drei-Mann-Fraktion hat man zwei Räume; okay, unproblematisch. Mit vier Leuten in der Fraktion hat man aber vier Räume. Wir denken gemeinsam nach und wundern uns. Das ist genau die „AfD-Schwelle“, die ich meine. Das wirkt wirklich albern. Darüber wird ein Dritter befinden; da bin ich ganz sicher.

Im Übrigen ist das Ganze auch deswegen konsequent, weil es schlecht gemacht ist.

(Beifall bei Hendrik Rottmann [AfD])

Es wird nämlich nicht halten. Auch daran sieht man wieder: Ähnlichkeiten in der sonstigen Politik hier im Hause sind durchaus zu erkennen; denn auch bei bemerkenswerten Wahlergebnissen sind Sie scheinbar nicht bereit, das Offensichtliche zu tun, sondern machen irgendwelche Windungen, eben Pfusch, um Ihre Interessen durchzudrücken. Auch das wird sicherlich heute noch Thema sein. Das wird nicht verfangen; da bin ich ganz sicher.

Unser Antrag lautet - die Tagesordnungspunkte sind ja gerade sozusagen verbunden worden -: Es soll so bleiben, wie es ist. Die Lage von 2007 bzw. 2009 - Sie hatten es angesprochen, Herr Frank - ist völlig ausreichend. Wir kommen damit zurecht. Ich weiß nicht, welche aktuellen Erfordernisse oder gestiegenen Anforderungen Sie meinen. Das haben Sie eben nicht erläutert; das waren nur - sehen Sie es mir nach - allgemeine Sprechblasen. Man müsste überhaupt einmal darüber nachdenken, dass kleinere Fraktionen oder auch Gruppen einen viel größeren Aufwand haben. Aber diese Kontrollüberlegung haben Sie nicht angestellt.

(Lachen bei Elfi Scho Antwerpes [SPD])

Insofern denke ich, der eigentliche Grund für das, was Sie hier veranstalten, ist Angst. Sie haben Angst vor mehr Potenzial - das wir ohnehin haben -, gestützt durch Sachmittel und Personal. Wir werden sehen, wie weit diese Angst Sie trägt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Wir haben eine weitere Wortmeldung von Frau Wolter für die Gruppe pro Köln. Außerdem hat sich noch Herr Henseler gemeldet, der danach das Wort erhält.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Als ich diesen Antrag gelesen habe, hatte ich das Gefühl eines Déjà-vu. Sie hatten im Jahr 2004 einen sehr ähnlichen Beschluss gefasst. Damals war pro Köln gerade als neue kleine Fraktion in den Rat dieser Stadt eingezogen. Heute ist es die AfD, die als offenbar missliebige Oppositionsgruppierung neu dazukommt und ebenfalls zunächst die kleinste Fraktion in diesem Rat stellt. Auch damals sollte das Fraktionsfinanzierungsmodell dieser neuen politischen Lage angepasst werden. Auch damals war die FDP die zweitkleinste Fraktion und sollte dennoch üppig mit Finanzmitteln ausgestattet werden, im Gegensatz zur kleinsten Fraktion, nämlich pro Köln.

Sie wollen mit Ihrem heutigen Antrag den Steuerzahler mit mindestens 400 000 Euro jährlich mehr belasten. Diese Zahl bezieht sich nur auf die Erhöhung der Zuwendungen zu den Personalkosten. Rechnet man die Erhöhung der Pro-Kopf-Pauschale und die zusätzlichen Räume mit ein, ergibt sich ein viel höherer Betrag. Die kleinste Fraktion jedoch wollen Sie hiervon ausnehmen. In den Genuss dieser Steuermittel sollen selbstverständlich nur diejenigen Fraktionen kommen, die in Ihrer Klüngelriege mitspielen, nämlich alle anderen: von CDU bis Linkspartei.

Dies ist nicht nur ein Skandal, weil Sie hiermit Steuergelder verschwenden, meine Damen und Herren; nein, auch deshalb, weil Sie es auch noch in eklatant rechtswidriger, weil vollkommen ungerechter Weise tun. Wenn Sie die Zuwendungen an die Fraktionen schon erhöhen, dann müssen Sie die Erhöhung wenigstens gleichmäßig an alle ausgeben und nicht nach Parteibuch differenzieren.

Den Beschluss von 2004 hat das Verwaltungsgericht Köln nicht ohne Grund als nicht ermessensgerecht bezeichnet und festgestellt, dass der Gleichheitsgrundsatz offenbar nicht beachtet wurde. Seinerzeit sollte die kleinste Fraktion Personalkostenzuschüsse in Höhe von nur 4 850 Euro je Fraktionsmitglied erhalten, während die nächstgrößere 16 500 Euro je Fraktionsmitglied bekommen sollte. Heute bekommt die kleinste Fraktion immerhin bereits 22 000 Euro je Ratsmitglied; die nächstgrößere soll jedoch nach Ihrer Vorstellung 36 000 Euro je Mitglied bekommen. Grundsätzlich ist aber allen Fraktionen, unabhängig von ihrer Größe, ein Grundbedarf zuzuerkennen, weil es eine Reihe von Tätigkeiten gibt, die bei allen Fraktionen den gleichen zeitlichen Aufwand erfordern. Diesen Grundsatz missachten Sie in dieser von Ihnen vorgeschlagenen Regelung.

Wir von pro Köln sind der Auffassung, dass der Bedarf der Fraktionen mit den bisherigen Zuwendungen ausreichend erfüllt war. Vor allem vor dem Hintergrund der knappen Haushaltslage halten wir es für richtig, es bei der bisherigen Regelung zu belassen. Wir werden Ihren Antrag daher ablehnen und dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen.

Wenn Sie beim Bürger an allen Ecken und Enden sparen, sollten Sie bei der Finanzierung des eigenen Apparates mit gutem Beispiel vorangehen und auch hier nicht mehr Geld ausgeben als unbedingt nötig. Mit der Ersparnis von einer halben Million Euro pro Jahr könnte man sehr sinnvolle Dinge tun, die der ganzen Stadt und ihren Bürgern etwas nützen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann hat sich Herr Henseler von den Freien Wählern gemeldet.

Andreas Henseler (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich mache es kurz, weil ich die Funktionsfähigkeit des Rates auch nicht infrage stellen will. Sie wird ja bekanntlich durch Einzelmandatsträger schwer gefährdet, wie man manchmal aus dem Landtag hören kann. Deswegen will ich hier außerordentlich vorsichtig sein.

Ich habe mich auch nicht gemeldet, weil ich die Argumentation der AfD nachvollziehen kann, obwohl ich ein Stück weit nicht verstehe, dass von vornherein eine solche Ausgrenzungspolitik betrieben wird. Ich fände es besser, wenn man die erst mal testet im Rat.

(Beifall bei der AfD)

Ich fand es im Übrigen auch bemerkenswert, was Herr Haug eben in der Aktuellen Stunde vorgetragen hat. Ob man die damit sozusagen gleich einsortiert und ob man sich mit solchen Maßnahmen einen Gefallen tut, mit dem Problem AfD, wenn es denn eines ist, so umzugehen, das wage ich zu bezweifeln. Aber deswegen, wie

gesagt, habe ich mich nicht gemeldet, auch nicht wegen der juristischen Beurteilung der ganzen Sachlage. Das werden die wahrscheinlich besser klären.

Ich habe mich gemeldet, weil ich finde, dass Sie damit ein völlig falsches Signal geben. Das ist ein völlig falsches Signal. Wir leben in einer Situation, wo es um Haushaltskonsolidierung geht. Sie aber ziehen noch vor den Haushaltsplanberatungen einen derartigen Beschluss vor, der die Fraktionen, die ihn unterstützen, entsprechend besser stellt. Das, finde ich, passt nicht in die politische Landschaft.

(Beifall bei der AfD)

Mein Vorschlag wäre: Bringen Sie diesen Beschluss in den Kontext der Haushaltsplanberatungen und beraten Sie darüber in den Haushaltsplanberatungen, wenn es darum geht, Einsparungen vorzunehmen; denn das werden wir tun müssen, weil vieles von dem, was ins Haus steht, aus eigenen Kräften mit eigenen Mitteln bewerkstelligt werden muss. Mittel von Land und Bund, wie sie immer wieder in Resolutionen gefordert werden, werden wir kaum bekommen. Deswegen werden wir Haushaltskonsolidierung betreiben müssen. Es wäre deswegen gut, wenn die Mehrheit im Rat, die diesen Antrag hier einbringt, auch mit gutem Beispiel voranginge. - Das ist der Grund, warum ich mich gemeldet habe. Ich verstehe, wenn es dafür keinen Beifall gibt.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es gibt dazu keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Antrag von der AfD, Tagesordnungspunkt 3.1.2. Wer für den Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der AfD, pro Köln und Herr Henseler von den Freien Wählern. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Deine Freunde und den Piraten ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und FDP. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Dagegen sind pro Köln, die AfD und Herr Henseler. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Deine Freunde und den Piraten ist der Antrag so angenommen.

AN/1162/2014
Beschluss:

Der Rat beschließt:

Die für die Wahlperiode 2009-2014 geltenden Regelungen betreffend die Fraktionszuwendungen (Ratsbeschluss vom 13.12.2007, zuletzt geändert am 28.06.2012) gelten unverändert seit dem Beginn der Wahlperiode 2014-2020 fort.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde – abgelehnt.

AN/1168/2014
Beschluss:

Auf Basis der Zuwendungsstruktur gemäß den Ratsbeschlüssen vom 13.12.2007 und vom 29.10.2009 sollen die Zuwendungen für die Ratsfraktionen wie folgt angepasst werden:

Zu II. Pro-Kopf-Zuweisung

Die Pro-Kopf-Pauschale wird auf 475 Euro erhöht.

Zu I. Zuschuss zu den personellen Aufwendungen

Der Zuschuss zu den personellen Aufwendungen der Fraktionen wird entsprechend den Größenklassen der Fraktionen wie folgt angepasst und bereitgestellt.

4 bis 6 RM: + 1,0 E10

7 bis 9 RM: + 1,0 E10

10 bis 14 RM: + 1,0 E13

15 bis 19 RM: + 1,5 E9

20 bis 24 RM: + 1,5 E9

25 bis 29 RM: + 1,5 E9

Ab 30 RM: + 0,5 E9, + 1,0 E11

Zu III. Gewährung von Sachleistungen

Die Zuteilung von Büroräumen einschließlich Nebenkosten wird wie folgt neu geregelt: Gemäß den Größenklassen der Fraktionen erhalten:

1 RM: 1 Raum

2 RM: 1 Raum

3 RM: 2 Räume

4 bis 6 RM: 4 Räume

und die folgenden Größenklassen jeweils + 2 Büroräume.

Hinsichtlich der übrigen Festlegungen wird die Beschlussfassung des Rates vom 13.12.2007 und vom 29.10.2009 fortgeschrieben.

Der Beschluss tritt mit Wirkung vom 01.07.2014 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.3 Antrag der Gruppe pro Köln betreffend „Anpassung der Leitlinien zur Asylbewerberunterbringung an die Realität“ AN/1155/2014

Es ist eben schon angekündigt worden. Gibt es dazu noch etwas zu sagen? - Ja. Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie schon in der Aktuellen Stunde geht es thematisch noch einmal um die Asylbewerberunterbringung hier in Köln. Wir hatten vorgeschlagen, an der Stelle unseren Antrag mit zu behandeln, weil es thematisch gut zusammengepasst hätte. Dem wurde nicht stattgegeben. Das ist aber ganz gut, weil ich jetzt genügend Zeit habe, meine geplanten Ausführungen zu Ende zu bringen. Vielen Dank an die Mehrheitsfraktionen für Ihre kluge Entscheidung!

Meine Damen und Herren, wir von pro Köln beantragen, dass die Verwaltung gebeten wird, die freiwilligen städtischen Leitlinien zur Asylbewerberunterbringung einer kritischen Prüfung im Hinblick auf ihre aktuelle und künftige Umsetzungsmöglichkeit zu unterziehen. Daraus resultierend soll die Verwaltung dem Stadtrat Alternativen vorschlagen, die sich ausdrücklich an den tatsächlichen Gegebenheiten orientieren, statt weiterhin unrealistische Wunschvorstellungen als Leitlinien vorzugeben. In der Konsequenz würde das natürlich bedeuten, die freiwilligen Leitlinien der Stadt Köln zur Asylbewerberunterbringung abzuschaffen bzw. sie neu zu überdenken. Wenn man wieder eigene Leitlinien will, kann man das ja überlegen, aber sie müssen halt an die Realität angepasst werden.

Pro Köln ist der Auffassung - und wir werden von der Realität darin bestärkt -, dass aufgrund der aktuellen Lage kein Spielraum mehr ist für freiwillige Bonusleistungen, für freiwillige Mehrleistungen in Form einer generösen oder zumindest gehobenen Unterbringung in abgeschlossenen Wohnungen oder in Hotelzimmern. Dass man statt Sammelunterkünften diese Art der Unterbringung, kann ich ja auch menschlich nachvollziehen. Natürlich ist es schön, wenn man diesen Menschen etwas Gutes tut. In eine Sammelunterkunft geht wahrscheinlich keiner freiwillig gerne; das ist menschlich auch verständlich. Nur, wir müssen sehen: Was verlangt das Grundgesetz von uns? Was verlangen die gesetzlichen Bestimmungen von uns? Da steht nichts drin von Hotelzimmern in 4-Sterne-Hotels. Da steht nichts drin von abgeschlossenen Privatwohnungen.

(Rafael Struwe [SPD]: Da steht drin: Menschenwürde!)

Da steht drin, dass die Menschen sicher untergebracht werden müssen, dass sie versorgt werden müssen, dass sie hier in Frieden leben können, solange ihr Asylverfahren läuft und noch nicht abschlägig beschieden wurde. Das geht überall in der Republik auch in Sammelunterkünften, die wenig Konfliktpotenzial mit der Anwohnerschaft haben.

Ich nenne noch einmal das Beispiel stillgelegte Kasernen. Der Bund verfügt über sehr viele Liegenschaften, wo früher Militär stationiert war, übrigens auch in menschenwürdiger Form. Oder wollen Sie etwa behaupten, dass unsere Wehrpflichtigen, unsere Soldaten in menschenunwürdiger Form in Einrichtungen der Bundeswehr untergebracht waren oder sind? Das ist doch Quatsch. Das ist doch hanebüchen. Jeder, der

Soldat oder Wehrpflichtiger war oder ist, weiß, dass es vielleicht nicht die schönsten Unterkünfte waren, aber dass sie natürlich menschenwürdig und zumutbar sind, und zwar auch für Personen, die von sich selbst ja sagen, sie wären an Leib und Leben verfolgt. Da ist man doch froh. Hauptsache, man ist der akuten Gefahr entronnen, man hat ein Dach über dem Kopf, man bekommt genügend zu essen, man wird versorgt. Das verlangt der Gesetzgeber, das verlangt das Grundgesetz, aber auch nicht mehr.

In Köln ist man einen anderen Weg gegangen. Man hat freiwillige und - ich sage mal - gutmenschlich motivierte Sonderleistungen eingeführt, die man jetzt aufgrund des Ansturms von Asylbewerbern nicht mehr durchhalten kann. An dieser Stelle muss es schon einmal erlaubt sein, darauf hinzuweisen, dass in der Vergangenheit über 98 Prozent aller Asylbewerber gar nicht asylberechtigt waren im Sinne des Asylgesetzes.

Des Weiteren muss darauf hingewiesen werden, dass es in Köln versäumt wurde, abgelehnte Asylbewerber auch wieder zur Ausreise zu bringen bzw. sie in letzter Konsequenz abzuschieben. Hier in Köln gibt es de facto einen Abschiebestopp. Es gibt eine unsägliche Duldungspraxis, die die aktuelle Gesetzeslage unterläuft. Wir haben natürlich auch deshalb Probleme mit den hohen Zahlen, weil abgelehnte Asylbewerber in Köln de facto nicht abgeschoben werden. Auch aus diesem Grund kommen viele Asylbewerber direkt nach Köln und melden sich hier, wie hier schon angesprochen wurde, weil Köln bekannt ist als El Dorado auch für Scheinasylanten. Das muss in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden.

Ein erster vernünftiger Schritt - ich komme zum Ende, Herr Oberbürgermeister; ich sehe, meine Redezeit ist abgelaufen - wäre, diese freiwilligen Luxusrichtlinien zur Asylbewerberunterbringung zu überdenken und sie abzuschaffen. Weitere Schritte müssen in Zukunft noch folgen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir direkt zur Abstimmung. Wer für den Antrag von pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, die freiwilligen städtischen Leitlinien zur Asylbewerberunterbringung einer kritischen Prüfung im Hinblick auf ihre aktuelle und künftige Umsetzungsmöglichkeit zu unterziehen. Daraus resultierend soll die Verwaltung dem Stadtrat Alternativen vorschlagen, die sich ausdrücklich an den tatsächlichen Gegebenheiten orientieren, statt weiter unrealistische Wunschvorstellungen als Leitlinien vorzugeben.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln – abgelehnt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.4:

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. betreffend „Sicherung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur“
AN/1169/2014

Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde betreffend „Sicherung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur“
AN/1190/2014

Dazu liegen zahlreiche Wortmeldungen vor. Beginnen wird entsprechend der Größe der Fraktionen Frau dos Santos Herrmann.

Susana dos Santos Hermann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema Infrastruktur, Erneuerung der Infrastruktur und Bedeutung der Infrastruktur steht nicht zum ersten Mal auf der Tagesordnung. Aber es gibt einen guten Grund, dieses Thema heute noch einmal aufzurufen. In den nächsten beiden Tagen treffen sich die Verkehrsminister zu ihrer Konferenz in Kiel. Sie werden unter anderem über die Frage debattieren, wie die Regionalisierungsmittel künftig verteilt werden und wie hoch die GVFG-Fördermittel in Zukunft ausfallen sollen.

Man kann auch sagen: Wir sind mitten im Jahrzehnt der Infrastruktur angekommen. Der Beigeordnete Höing hat das zu Beginn seiner Amtszeit vor zwei Jahren so gesagt. Wir von SPD und Grünen haben schon eine Weile vorher klargemacht: Wir müssen auch in Köln unsere Hausaufgaben machen. Wir müssen die Sanierung und die Instandhaltung gewährleisten, in einer wachsenden Stadt aber auch neue Infrastruktur schaffen. Wir brauchen lebendige, im wahrsten Sinne des Wortes tragfähige und ausreichend ausgebaute Verkehrswege, die Adern unserer Stadt. Aber wir stellen auch immer wieder fest: Das schaffen wir nicht alleine.

Die Zahl, die Herr Fenske in den letzten Tagen genannt, hat dies noch einmal deutlich gemacht. Wenn wir das erreichen wollen, was Sie, Herr Oberbürgermeister, in dem Programm „Köln mobil 2025“ dargelegt haben, brauchen wir allein für den öffentlichen Verkehr in Köln Investitionen bis 2025 in Höhe von etwa 1 Milliarde Euro. Das sind Summen, die wir als Stadt allein nicht tragen können. Ähnlich sieht es in anderen Kommunen aus. Zeitgleich laufen die Förderprogramme aus. Es ist also höchste Zeit, klarzustellen, in welcher Form und in welcher Höhe die Fördermittel fließen. Uns wäre es am liebsten, wenn die Mittel von Land und Bund zumindest weiter so an die Kommunen fließen wie bisher. Besser noch wäre es, wenn man die Kriterien so veränderte, dass nach dem tatsächlichen Bedarf gefördert wird.

(Beifall bei Jochen Ott [SPD])

Bei allem Verständnis dafür, was in den vergangenen 25 Jahren für den Aufbau in den neuen Bundesländern notwendig war: Jetzt müssen wir dahingucken, wo die Wachstumsregionen in unserem Land sind, und sie liegen deutlich westlich

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Hier sind sie!)

der früheren Grenze. Wir brauchen hier die Mittel, wenn wir einen leistungsfähigen ÖPNV haben wollen, wenn wir leistungsfähige Straßen haben wollen.

Deswegen unser Appell an die Verkehrsminister: Handeln Sie! Handeln Sie schnell! Lassen Sie die Mittel fließen! Wir als Stadt, wir als Kommune machen unsere Hausaufgaben. Wir müssen vielleicht an der einen oder anderen Stelle ein bisschen schneller planen, die eine oder andere Aufgabe etwas beherzter angehen. Dennoch: Wir werden sie nicht bewältigen können, wenn der Bund, wenn das Land nicht die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt. Es ist höchste Zeit. In einer wachsenden Stadt wie Köln brauchen wir eine wachsende Infrastruktur. Das wollen wir damit erreichen. Morgen haben die Verkehrsminister die Gelegenheit, die wesentlichen Schritte zu tun. Wir gehen davon aus, dass sie sie tun werden. Falls sie doch anderer Auffassung sind, geben wir ihnen heute ein klares Signal von diesem Stadtrat aus, dass wir es dringend brauchen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke. - Wir kommen zur CDU. Herr Michel, bitte.

Dirk Michel (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Vertreter der Verwaltung! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Unionsfraktion unterstützt den Inhalt und den Zeitpunkt dieses Antrags. Wir freuen uns über die Symbolik, weil so viele Parteien diesen Antrag mittragen.

Der Zeitpunkt ist wichtig, weil es morgen um die Höhe der Regionalisierungsmittel und die Fortschreibung des ÖPNVG geht, aber auch darum, dass es leider immer noch keine Anschlussregelung zum auslaufenden GVFG gibt.

Durch die langen Planungsvorläufe bei Infrastrukturmaßnahmen kommt es jetzt schon zu Staus bei der Antragseinreichung. Die Nerven liegen blank, da wir keine Planungs- und Finanzierungssicherheit für unsere Zukunftsinvestitionen und Instandhaltungen haben. Damit Anträge bei einem so zentralen Thema wie Infrastrukturpolitik in Zukunft auch Signalwirkung bekommen, benötigen wir die Geschlossenheit aller Parteien, um mit einer Stimme nach Düsseldorf, Berlin und auch Brüssel durchzudringen. Wir stehen in einem harten Wettbewerb mit anderen Regionen, die gut aufgestellt sind und eine Sprache sprechen.

Neben Forderungen ist aber auch Eigeninitiative gefragt. Kölner Parteien müssen zusammenstehen und sich absprechen, ihr komplettes Netzwerk in die Waagschale werfen, um die begehrten Finanzmittel in unsere Stadt zu holen.

(Beifall bei der CDU, der SPD sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Werben Sie für unsere Stadt, die sich im Wachstum befindet und neue Mobilitätskonzepte dringend benötigt! Werben Sie für unsere zukunftsweisenden Projekte, die auch Wachstumsmotoren sind und von einer funktionierenden Infrastruktur abhängig sind!

Ich habe noch eine Bitte an die Landtagsabgeordneten. Nehmen Sie Einfluss auf das Ministerium in Düsseldorf, damit Kölner Pläne nicht in Schubladen verschwinden, sondern bearbeitet werden und die Mittel, wenn sie denn kommen, dafür auch abgerufen werden können!

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Mit *der* Rückendeckung! - Jochen Ott [SPD]: Ein Wahnsinn!)

Das haben wir in der Vergangenheit leider auch anders erlebt. Es steht viel für Köln auf dem Spiel. Lassen Sie es uns gemeinsam angehen!

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen dann zu Herrn Wolter für die Fraktion der Grünen.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Brücken der Bahn sind marode. Die KVB weiß nicht, wie sie in Zukunft die anstehenden Tunnel- und Haltestellensanierungen bezahlen soll. Rolltreppen stehen still. Nicht nur bei der Linie 1 oder der Linie 18 kommen die Kunden der KVB morgens nicht mehr in die Bahnen hinein. Der Bahnhof Köln-Süd mit seinen Auf- und Abgängen und seinem gesamten Erscheinungsbild wirkt eher wie ein Bahnhof in einer Vorstadt von Bukarest. Unsere Infrastruktur zerfällt und droht gleichzeitig unter dem Ansturm der Fahrgäste zu kollabieren. So geht es nicht weiter. Der Schuh drückt gewaltig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD)

Deshalb möchte ich von unserer Seite Folgendes herausstellen:

Erstens. Bund und Land sind gefordert, eine Finanzierungsalternative zu schaffen. Kürzungen bei den öffentlichen Kassen und eine fehlende Dynamisierung der Mittel haben mittlerweile erhebliche Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur. Wenn es keine adäquate Finanzierungsfortführung im Sinne des GVFG durch den Bund gibt, dann ist hier bereits in ein bis zwei Jahren Sabbat. Dann geht es nicht mehr weiter, und der wirtschaftliche Erfolg unserer Stadt kommt im Finanzierungsstau ebenfalls zum Erliegen. Maßnahmen der KVB wie die Verlängerung der Linie noch Bocklemünd-Mengenich, das Rolltreppenerneuerungsprogramm oder die Abstellanlage in Weidenpesch sind schon derzeit akut gefährdet; die Finanzierung ist immer noch nicht gesichert. Deshalb brauchen wir schnell eine solide Basis, eine verlässliche und dauerhafte Finanzierung der Infrastruktur durch den Bund.

Zweitens. Die Kommunen müssen selbstbewusst auftreten. Ich freue mich, dass dieser Antrag hier breit getragen wird. Das war eine Initiative der Linken. Dass jetzt alle Fraktionen diesen Antrag mittragen, finde ich sehr gut. Wir haben uns zwar schon mehrfach mit dem Thema in anderen Zusammenhängen befasst; aber es ist wichtig, dass wir hier laut werden. Die Kommunen müssen laut werden.

Wichtig ist auch, dass wir uns mit Planskizzen und Vorplanungen in Stellung bringen; denn wenn Ideen mit dem Hinweis auf eine unsichere Finanzierung ab 2019 niedergemacht werden, bedeutet das Zeitverlust und Stillstand. Wir aber wollen vorankommen. Köln braucht mehr ÖPNV, mehr Pendler, die auf die Bahn umsteigen oder das Rad benutzen - und das tun bereits viele, und in Zukunft werden es noch mehr tun. Der Trend geht hin zu Umweltmobilität.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Anders ist Mobilität in einer wachsenden Stadt nicht zu stemmen.

Wir sind nicht bereit, die Infrastruktur dem Verfall preiszugeben. Wir sind auch nicht bereit, den Menschen übervolle Bahnen zuzumuten, für die sie auch noch einen hohen Preis bezahlen. Wir müssen der Bahn Druck machen, die Bahnhöfe zu sanieren. Ich will, dass die Bahnhöfe wieder ein Renommee bekommen, wie sie es vor 100 Jahren schon einmal hatten, und keine heruntergekommenen, maroden Bruchbuden sind, wo Menschen mit Behinderung gar nicht hinkommen

und wo denjenigen, die es bis auf den Bahnsteig schaffen, abends die Ratten über die Füße laufen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Wir brauchen die Stärkung der Linie 1. Wir brauchen den Ausbau der Linie 13. Wir brauchen den Weiterbau der Linie 7 nach Zündorf-Süd. Wir brauchen eine Westspange - sie ist schon lange im Gespräch - und den Ausbau der S-Bahn. Die Haltestellen Kalk-Nord und Berliner Straße wären auch gefährdet, wenn es keine Weiterfinanzierung durch das GVFG gibt.

Drittens. Wir wollen den Umweltverbund stärken. Geld in ÖPNV ist kein Luxus. Ohne Verkehrswende, ohne Umweltmobilität gibt es keinen wirtschaftlichen Erfolg, gibt es keine Energiewende und gibt es auch keinen Klimaschutz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Wenn es uns nicht gelingt, mehr Menschen vom Individualverkehr auf die öffentlichen Verkehrsmittel zu bringen, dann laufen wir auch mit den im Jahr 2020 sanierten Rheinbrücken Gefahr, weiterhin im Dauerstau zu stehen.

Für uns heißt das: Die Stadt muss breit aufgestellt sein und ihren Einfluss bei Bund und Land geltend machen. Wir müssen mit den Umlandkommunen den Dialog suchen, um bei Land und Bund mit einer gemeinsamen Sprache zu sprechen. Und wir müssen in Fragen der Finanzierung von Projekten über die Parteigrenzen hinweg mit den Bundes- und Landespolitikern gemeinsam auftreten. Das tun Thüringen, Bayern und Baden-Württemberg sehr erfolgreich. Ich möchte Sie bitten, Herr Oberbürgermeister, die Gespräche, die Sie schon vor einiger Zeit begonnen haben, fortzusetzen.

Unser Ziel ist, dass wir hier in Köln zu einem der erfolgreichsten Umweltverbünde werden. Anders werden wir das wachsende Bedürfnis an Mobilität nicht bewältigen. Wir brauchen im Verkehrsknoten mehr und leistungsfähigere Schienennetze. Auch wenn es etwas pathetisch klingt, aber ich finde, das ist von nationalem Interesse. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, der CDU und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen dann zu Herrn Weisenstein von der Fraktion Die Linke.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Köln wächst. Das Mobilitätsverhalten der Menschen hat sich in den letzten Jahrzehnten drastisch verändert. Die Ansprüche des Berufslebens verlangen immer mehr Flexibilität und Mobilität von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Gleichzeitig hinkt der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur hinterher.

Sie alle wissen, dass unsere Straßen und Brücken teilweise in einem sehr maroden Zustand sind. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die älteren Bahnanlagen in den nächsten Jahren einer grundlegenden Sanierung bedürfen, insbesondere die älteren U-Bahnen am Ring usw. Im Ruhrgebiet gibt es regelrechte Horrorszenarien. Es droht die Stilllegung ganzer Linien, weil Brücken und Tunnel kaputt sind und das Geld für die Instandsetzung fehlt.

Köln wiederum braucht mehr Schienen für die Stadtbahn. Wichtige Ausbauprojekte konnten in den letzten Jahren nicht vorangetrieben werden, weil die Stadt und die KVB sehr mit der Nord-Süd-Stadtbahn beschäftigt waren und es nach wie vor sind. Wegen des Unglücks ist vieles ins Stocken geraten. Es fehlt aber auch an verlässlichen finanziellen Perspektiven durch das Land und den Bund.

Sehr geehrte Damen und Herren, aktuell diskutieren der Rat und seine Gremien ein neues Papier zur Mobilität, das eben schon angesprochen worden ist. Die Quintessenz des Papiers ist eindeutig: Wollen wir weiterhin eine lebenswerte und lebendige Stadt erhalten, müssen viel mehr Verkehre mit Bus und Bahn, dem Rad oder zu Fuß abgewickelt werden.

(Beifall bei der Linken)

Wenn wir den Modal Split in den nächsten Jahren zugunsten von ÖPNV, dem Rad und dem Fußgängerverkehr tatsächlich verändern wollen, müssen wir Prioritäten setzen. Wir müssen die Linien der KVB ausbauen, und wir müssen mehr Fläche für Radlerinnen und Radler sowie für Fußgänger zur Verfügung stellen. Da die Verkehrsflächen in der Stadt begrenzt sind, müssen die Flächen teilweise auch dem Auto abgenom-

men und anderen Verkehrsteilnehmern zugeschlagen werden.

(Beifall bei der Linken und Deine Freunde)

Wenn wir eine Wende in der Verkehrspolitik wollen, brauchen wir Investitionen, die ohne Bund und Land nicht machbar sind. Viele Beispiele wurden schon angesprochen; ich will sie jetzt nicht wiederholen. Wir müssen die Linie 7, die Linie 3, die Linie 13 linksrheinisch als auch endgültig die rechtsrheinische Gürtelstrecke in Angriff nehmen.

(Ralph Sterck [FDP]: Linksrheinisch ist die Gürtelstrecke!)

- Ja, das ist klar. Aber es gibt ja schon lange - Herr Sterck, das wissen Sie auch - Planungen, die Stadtteile auf der anderen Rheinseite von Mülheim über Kalk bis nach Porz zu verbinden. Das wäre sozusagen das Gegenstück des Gürtels.

(Ralph Sterck [FDP]: Rechtsrheinisch!)

- Entschuldigung, rechtsrheinisch. Ich werde mich künftig noch genauer ausdrücken.

In den letzten Jahren wurden - das muss man sagen - einige Stadtbahnlinien barrierefrei ausgebaut und viele Haltestellen auch für Leute mit einem Handicap zugänglich gemacht. Aber es gibt noch viel zu tun: auch wieder der Gürtel, auch wieder linksrheinisch. Wir haben in Lindenthal und in Ehrenfeld nach wie vor sehr große Defizite, was die Barrierefreiheit der Zugänge angeht. Leute mit Rollstuhl oder einer Gehbehinderung werden an vielen Haltestellen, insbesondere in diesem Bereich, nach wie vor ausgeschlossen. Das muss sich ändern. Da muss die KVB investieren. Auch das wird sehr viel Geld kosten.

Herr Oberbürgermeister, die Linke ist froh, dass unser KVB-Chef und VDV-Präsident, Herr Fenske, kürzlich in Berlin für die langfristige Finanzierung des ÖPNV demonstriert hat.

(Martin Börschel [SPD]: Der demonstriert schon jahrelang!)

Das hat mich persönlich sehr gefreut. Wir haben ja auch ein schönes Foto für unsere Zeitung gemacht, wo er vor einem Bus steht; vielleicht schauen Sie mal dort herein. Uns jedenfalls hat das sehr gefreut.

(Martin Börschel [SPD]: Uns auch!)

- Ja, das ist ja sehr schön. Es freut mich auch, dass das die SPD freut. Wir freuen uns alle und erklären uns auch alle solidarisch mit unserem KVB-Chef, der bundesweit in seiner Funktion als VDV-Präsident tatsächlich schon seit Jahren und nicht erst, seitdem das Thema topaktuell in der Tagespresse ist, dafür konstruktiv streitet. Das finden wir gut, und wir unterstützen es, dass er das auch weiterhin tut.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, der CDU und den Grünen, Sie alle tragen entweder in Düsseldorf oder in Berlin Regierungsverantwortung. Wir sind hier in der Opposition. Daher können wir nur an Sie appellieren: Bitte sorgen Sie in Berlin und in Düsseldorf dafür, dass der ÖPNV, dass die Infrastruktur langfristig gesichert sind!

Ich glaube, Frau dos Santos Herrmann, es nutzt uns wenig, wenn wir jetzt probieren, verschiedene Regionen ein Stück weit gegeneinander auszuspielen. Die Sache ist die, dass die Verkehrsinfrastruktur insgesamt in ganz Deutschland verbessert werden muss.

(Jochen Ott [SPD]: Aber Ostdeutschland nicht, oder?)

Wir sollten diesen vernünftigen gemeinsamen Antrag jetzt nicht dafür nutzen, zu sagen: Jetzt geben wir hier mal ein Zeichen an die neuen Länder, dass der Soli infrage gestellt wird. - Ich glaube, das ist in diesem Zusammenhang nicht notwendig.

(Beifall bei der Linken - Jochen Ott [SPD]: Wir schicken es euren Landesverbänden!)

- Gut. Machen Sie das!

Ehe ich zum Ende komme, möchte ich gern noch eine Bitte an den Oberbürgermeister richten. Herr Oberbürgermeister, ich weiß, dass Ihnen das Thema Infrastruktur sehr am Herzen liegt. Ich möchte Sie bitten, weiterhin an diesem Thema zu arbeiten und den Schulterschluss zu suchen mit den Kommunen in NRW, insbesondere mit den Ruhrgebietskommunen in NRW, die dieses Problem eventuell oder wahrscheinlich noch

ein Stück weit härter als uns trifft, was die Sanierung der in die Jahre gekommenen Verkehrsinfrastruktur angeht. Schauen Sie, dass wir dafür gemeinsam eine Lösung finden und das Thema nicht in einer Himmelsrichtungsdiskussion verwurschtet wird. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken und Deine Freunde)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Weisenstein. - Wir kommen dann zu Herrn Houben von der Fraktion der FDP.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ein besonderes Kompliment möchten wir heute Herrn Fenske aussprechen. Wie Sie das gemacht haben, Herr Fenske! Einiges erinnert mich an Ausführungen im Aufsichtsrat der KVB, dann ein entsprechender Auftritt in der schnellsten Zeitung vom Rhein zu diesem Thema, und jetzt ein so breit getragener Antrag vieler Fraktionen und Gruppen hier im Rat. Also: Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der SPD)

- Ja, mer muss och jönne künne.

Anders die Ausführungen, die man hier gehört hat. Ich möchte jetzt an das anknüpfen, wo Herr Weisenstein schon angesetzt hatte. Es ist ja nun so, dass die Fraktionen von SPD und CDU in Berlin und die Fraktionen von SPD und Grünen in Düsseldorf durchaus die Möglichkeit haben, darauf direkt Einfluss zu nehmen. Also: Frisch voran!

(Beifall bei der FDP)

Sie vermitteln hier - das ist immer das Problem bei solchen Resolutionen - das Gefühl, wir könnten ein Problem vor Ort lösen, ohne finanziell und inhaltlich entscheidend dazu beizutragen. Das ist das, was ein bisschen schief daran ist. Eine Finanzierung wird es nur dann geben, wenn wir als Stadt Köln selbst in der Lage sind, unsere entsprechenden Anteile zu tragen. Wir müssen - auch das ist angesprochen worden - natürlich entsprechende Plänen in den Schubladen liegen haben.

Herr Bürgermeister Wolter, der Anfang Ihres Beitrags hörte sich eher an wie der Beitrag eines Oppositionspolitikers. Sie haben uns erklärt, was alles schlecht läuft im ÖPNV hier in Köln. Sie hatten doch die letzten Jahre die Möglichkeit, die Probleme zu bekämpfen.

(Beifall bei der FDP)

Dass Rolltreppen in Köln nicht funktionieren, in den Zusammenhang mit der Bundesfinanzierung des ÖPNV zu setzen, finde ich politisch schon relativ mutig.

(Beifall bei der FDP)

Erlauben Sie mir eine Rückbesinnung auf die unsägliche politische Schacherei um die Eröffnung der Südtrasse unserer Nord-Süd-U-Bahn. Nur durch politische Handel und nicht etwa aus Überzeugung ist man hier im Hause zu einer Mehrheit gekommen.

(Widerspruch von der SPD)

- Ja, aber es ist doch trotzdem so. - Es sind jetzt alle mit im Boot und sagen, das sei unheimlich wichtig. Aber in der Vergangenheit schien es den jeweiligen Fraktionen nicht immer wichtig zu sein.

Letzte Bemerkung: Die entscheidende verkehrspolitische Frage dieses Rates ist die Ost-West-Strecke. Mit Verlaub, die FDP ist schon die Fraktion der Dreifach-Traktion; das stecken wir uns schon an den Hut; das haben wir als Erste hier aufgebracht. Wir freuen uns, dass inzwischen viele ähnlicher Meinung sind. Wenn wir ehrlich sind, meine Damen und Herren, müssen wir den Mut haben, bei der Frage der Ost-West-Strecke auch über die Frage einer U-Bahn-Strecke zu diskutieren. Ich weiß, das ist nach den schrecklichen Ereignissen am Historischen Archiv sehr schwierig. Aber machen wir uns nichts vor: Die Vorbaumaßnahmen an den entsprechenden Kreuzungsstellen sind getan, die Investitionen sind gemacht worden, das Geld ist verbaut. Wir müssen uns fragen: Bekommen wir die Leistungsfähigkeit auf der Ost-West-Strecke, die wir brauchen, oberirdisch überhaupt organisiert? Wie wollen wir bestimmte stadtplanerische, städtebauliche Probleme lösen, zum Beispiel am Neumarkt, aber auch am Heumarkt, wenn wir die Ost-West-U-Bahn, wie viele sie sich im Moment noch vorstellen, oberirdisch ausbauen?

(Zuruf von Jörg Detjen [Die Linke.])

- Herr Detjen, auch wenn es Ihnen nicht gefällt: Das ist eine Jahrhundertfrage für die Gestaltung unserer Stadt. Wenn wir das wirklich in dieser Legislaturperiode schaffen wollen,

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hey, hey! Hört! Hört!)

diesen Prozess anzuschieben, was eine große Leistung wäre, sollten wir sehr genau darüber nachdenken, ob wir aus ideologischen Gründen bestimmte Techniken ausschließen, die zumindest die Fachleute der KVB, so wie ich sie bisher verstanden habe, nicht ausschließen. In diesem Sinne unterstützen wir natürlich auch gerne diesen Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Es gibt weitere Wortmeldungen. Herr Rottmann für die AfD.

Hendrik Rottmann (AfD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe nicht vor, sehr lange zu reden. Deswegen lohnt es sich nicht, nach vorne zu gehen. - Ich weiß, die Begeisterung wird gleich riesengroß sein. Sie haben uns zwar nicht zum Mitspielen aufgefordert; wir nehmen den Ball aber gerne auf und unterstützen diesen Antrag. Es ist also noch eine Fraktion mehr im Boot. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann kommt Herr Henseler.

Andreas Henseler (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich mache es auch vom Platz aus. - Wir als Freie Wähler werden diese Resolution nicht unterstützen,

(Zurufe)

sondern wir werden sie mit Enthaltung beehren, und zwar aus den Gründen, die Herr Houben hier vorgetragen hat.

Diese Resolution ist nichts als weiße Salbe. Sie wird keine Folgen haben für die Politik in dieser Stadt.

(Jochen Ott [SPD]: Falsch!)

Die Mehrheitsparteien, die diese Resolution unterstützen, haben alle Möglichkeiten, alle Regelungen zu treffen, die erforderlich sind, um die Stadt Köln besser zu stellen. Sollen Sie es doch tun!

Zweiter Punkt. Mein Petitum wird immer sein: Lasst uns unsere eigenen Hausaufgaben machen! Lasst uns dafür sorgen, dass Mittel für Infrastruktur nicht unnötig vergeben werden! Dazu gehört für mich zum Beispiel dieser unsinnige KVB-U-Bahn-Pendelbetrieb zwischen Rodenkirchen und Severinstraße, der 40 Millionen Euro kostet und nichts anderes tut, als die Rheinuferstraße dauerhaft für den Individualverkehr zu sperren. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommt Herr Hegenbarth.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als letzter Redner versuche ich, sie nicht allzu lange zu strapazieren. - Ich nenne unseren gemeinsamen Antrag einen Fingerzeigantrag. Wir zeigen nämlich mit dem Finger nach Berlin, geht es doch um Bundesverantwortlichkeiten. Daher fällt es uns auch leicht, in dieser Frage einen parteiübergreifenden Konsens herzustellen. Allerdings sollte der Fingerzeig nicht allein Berlin gelten; dazu später aber noch mehr.

Ja, die Fortführung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes - darum geht es nämlich unter anderem in diesem Antrag - durch den Bund ist wichtig, auch wenn es in der Vergangenheit Großstädte eindeutig bevorzugt hat. Das mag uns Großstädter freuen, ist doch die Grenze förderungswürdiger Projekte von 50 Millionen Euro - da fängt das GVFG nämlich erst an - in Köln ziemlich schnell geknackt. Wir müssen uns hier zwar nicht Gedanken über Bielefeld oder Bonn machen; aber an der Stelle sei vielleicht auch diese Bemerkung gestattet.

Wie gesagt, das GVFG ist ausnahmslos für Neuinvestitionen zuständig, nicht mehr und nicht weniger. Insoweit sollte in der gesamtstaatlichen Betrachtung die Fortführung auch mit einer umfassenden Reformierung einhergehen. Das sollte aber weniger unsere Sorge als vielmehr Sorge des Bundesgesetzgebers sein.

Viel wichtiger aus der Sicht Kölns ist die Fortführung des Entflechtungsgesetzes - das ist der zweite Teil dieses Antrags -, geht es dabei doch um zweckgebundene Gelder für Instandsetzung und Erhalt. Wir Piraten haben bereits 2013 dem Entflechtungsmittelzweckbindungsgesetz - das Wort musste ich mir aufschreiben - im Landtag zugestimmt. Insoweit an der Stelle auch ein Dank an das Land. Dieses Gesetz sieht nämlich vor, die 2014 auslaufende zweckgebundene Bestimmung der vorhandenen Bundesgelder für Verkehrsmaßnahmen bis 2019 zu garantieren. So weit, so gut. Wir müssen aber feststellen, dass im Koalitionsvertrag auf Bundesebene steht, dass eben genau diese wichtigen Gelder nicht erhöht werden, weil den Kommunen für diese Aufgaben angeblich genug Geld zur Verfügung steht.

Ja, es ist richtig und wichtig, dass wir gemeinsam mit diesem Antrag mit dem Finger darauf zeigen, bleibt uns doch an der Stelle nicht mehr übrig, als zu hoffen, dass die Stimme der viertgrößten Stadt Deutschlands auch entsprechend gehört wird.

(Beifall bei Lisa Gerlach [Piraten])

Um es noch einmal klar zu sagen: Hier geht es nur - in Anführungszeichen - um durchgereichte Bundesgelder. Insoweit ist es gut, richtig, aber auch keine besondere Herausforderung für uns alle, dem hier zuzustimmen.

Mindestens genauso wichtig angesichts der Riesenaufgabe, Köln fit für die zukünftigen Verkehrsaufgaben zu machen, ist es, den Finger auch auf die Landesregierung und unsere eigenen kommunalen Verantwortlichkeiten zu richten. Ich zeige jetzt mal mit meinem sauberen Piratenfinger auf die Landesregierung. Sauber!

(Heiterkeit)

Die oben genannten Bundesmittel des Entflechtungsgesetzes werden durch das Land verteilt. Das sehen die Regelungen des Entflechtungsgesetzes so vor. Aber sie sind nicht eindeutig quotiert; das müssen wir auch einmal kritisieren. Man kann eben auch als Stadt darauf einwirken, dass mindestens 80 Prozent dieser Bundesmittel für den Erhalt des ÖPNV verwendet werden.

Was wir als Stadt ebenfalls einfordern sollten, ist ein eigenständiger Beitrag des Landes, der über die lachhaft niedrigen Zuschüsse von 180 Millionen Euro hinausgeht, der sich ausschließlich auf Sozialticket und ÖPNV-Ausbildungspauschale bezieht.

(Beifall bei Teilen der Linken)

Hier hoffe ich auf mindestens genauso viele Fingerzeige nach Düsseldorf wie nach Berlin.

Und ich zeige auch auf uns selbst. Wir sollten uns nachhaltiger und alternativer Finanzierungsmöglichkeiten und Modelle des ÖPNV nicht verschließen. Der fahrscheinlose solidarische ÖPNV hat gerade seine Stärken in der langfristigen Planungs- und Finanzierungssicherheit. Lassen Sie uns gemeinsam erste Schritte gehen, zum Beispiel in Form eines Hearings, was schon einmal im Ausschuss angesprochen wurde, oder auch einer Machbarkeitsstudie zur Einführung eines beitragsfinanzierten, fahrscheinlosen ÖPNV als eine Option zur Finanzierung eines attraktiven Nahverkehrs.

(Beifall bei Teilen der Linken)

Eine solche Studie hat übrigens der Rat der Stadt Osnabrück vor einigen Wochen mehrheitlich in Auftrag gegeben.

Letzter Satz: Ich bin voller Hoffnung - ich hoffe, meine Vorstellung ist nicht naiv -, dass es mindestens genauso viele Fingerzeige auf uns Kölner gibt wie auch nach Düsseldorf und nach Berlin. - Danke.

(Beifall bei Lisa Gerlach [Piraten] sowie bei Teilen der Linken und des Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Hegenbarth. - Abschließend möchte ich dem Vorstandssprecher der KVB, Herrn Fenske, das Wort geben.

Jürgen Fenske (KVB): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Natürlich freue ich mich, dass wir diese Debatte hier und heute führen. Natürlich freue ich mich, dass wir auch das Thema Verkehrsinfrastrukturfinanzierung auch hier in Köln zum Thema machen. Insofern habe ich viele Motive, warum ich hier stehe. Jetzt habe ich aus der Debatte heraus noch ein zusätzliches Motiv gefunden. Ich werde versuchen, Herrn Henseler noch umzustimmen: von einer Enthaltung hin zu einer Zustimmung.

Meine Damen und Herren des Rates, es ist in der Tat - um ein Bild zu gebrauchen - höchste Eisenbahn, dass das Problem, das Sie in der Resolution beschrieben haben, gelöst wird. Wir reden seit Jahren über dieses Thema. Es gibt

seit Jahren hochkarätige Expertenkommissionen; Stichwort: Daehre-Kommission, Stichwort: Bodewig-Kommission. Es gab einstimmige Beschlüsse der Verkehrsminister. Passieren tut nichts. Das ist die bittere Wahrheit.

Ich möchte Ihnen auch über Köln hinaus ein Stück weit die bundespolitische Debatte, die uns natürlich unmittelbar hier berührt, nämlich in unserem Haushalt und den Wirtschaftsplänen unserer Gesellschaften, nahe bringen. Wo stehen wir heute? Natürlich ist es so, dass Leverkusen ein Mahnmal ist, aber ich füge hinzu: Leverkusen ist inzwischen in der Republik überall. Das haben wir inzwischen alle schon festgestellt. Auch die Situation zahlreicher Eisenbahnbrücken und Autobahnbrücken ist so, dass man sagen kann: Die stehen kurz vor der Stilllegung.

Gerade war ja davon die Rede, dass wir erfreulicherweise ein so reiches Industrieland sind. Wir müssen uns vorstellen, was wir uns erlauben: dass wir auf einer Infrastruktur fahren, die möglicherweise morgen den Wohlstand nicht mehr garantieren wird.

(Beifall bei Teilen der CDU und von Bündnis 90/Die Grünen)

Wie sieht es in Köln aus? Die Beispiele sind genannt worden. Eigentlich ist es unglaublich banal und trivial, aber ich sage es trotzdem, weil man es nicht oft genug wiederholen kann: Ohne ÖPNV und ohne KVB würde der Verkehr in dieser Stadt zweifellos kollabieren. Die KVB und der ÖPNV sind integrale Voraussetzung dafür, dass der Verkehr in dieser Stadt fließt.

(Beifall bei der SPD, der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Wir haben seit dem Jahr 2000 einen Fahrgastanstieg von ungefähr 20 Prozent. Meine Damen und Herren, jenseits der Verlängerung der Linie 1, Weiden West, ist in dieser Zeit nichts großartig an Infrastrukturausbau passiert. Das bedeutet: Dieser 20-prozentige Fahrgastzuwachs ist weitgehend im bestehenden Netz gefahren werden. Allein diese Zahl mag deutlich machen, wir fahren inzwischen an der Grenze.

Köln steht vor zwei zentralen Herausforderungen:

Die erste Herausforderung ist: Wie gehen wir mit dem Erhalt und den Erhaltungsinvestitionen um, die wir dringend brauchen? Die Zahl ist genannt; die Zahl ist aufgerufen: 1 Milliarde Euro. Meine Damen und Herren, noch einmal: Wir reden nur über den Erhalt bestehender Verkehrsinfrastruktur wie Stellwerke, Signaltechnik, Tunnel, die wir heute haben. 1 Milliarde Euro bis 2025!

Der zweite Punkt: Wir haben die erfreuliche Situation, dass Köln wächst. Wachsende Stadt Köln heißt auch wachsende KVB. Es ist richtig, dass wir in dieser Wahlperiode hier in diesem Gremium Entscheidungen zu dem wichtigsten Thema brauchen, nämlich der Zukunft der Ost-West-Achse. Wie froh sind wir, dass nach langer Zeit endlich die Machbarkeitsstudie vergeben worden ist. Damit ist der Schritt jetzt getan, und wir werden uns die unterschiedlichen Varianten angucken. Ich bin auch der Meinung, Tabus darf es trotz der schrecklichen Ereignisse, die wir in dieser Stadt gehabt haben, nicht geben.

(Beifall bei der FDP)

Denn, meine Damen und Herren, wie ist denn die Situation heute am Neumarkt? Sie ist so, dass mich Kollegen fragen: Sage mal, Jürgen, ist hier bei euch in Köln jeden Tag Katholikentag? Das ist der Fahrgastwechsel, den wir morgens in der Hauptverkehrsspitze erleben. Er führt dazu, dass es natürlich sofort zu Verzögerungen im Fahrplan kommt, weil das eben etwas länger dauert. Oder: Unsere Fahrgastservicemitarbeiter werden inzwischen am Neumarkt als sogenannte Drückerkolonne bezeichnet, weil sie die Menschen, die Fahrgäste, dort reindrücken. All das sind keine Zustände, wie sie sich die KVB wünscht; denn wir wollen eigentlich für Qualität stehen.

Die Qualität im ÖPNV ist nun einmal eine Gemeinschaftsaufgabe - wie klug von den Vätern des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes. Städte sind mit Schienenvorhaben investiv finanziell überfordert. Es braucht Bund, Länder und natürlich auch die Städte mit einem Eigenanteil. Aus diesem Konsens will man sich jetzt verabschieden. Das ist das Gefährliche. Gefährlich ist auch, dass gesagt wird: Wir haben ja noch Zeit bis 2019. - Wir haben eben keine Zeit mehr, meine Damen und Herren. Es ist höchste Eisenbahn. Denn - das ist zu Recht gesagt worden - welchen Planungslauf, welchen Genehmigungslauf, welchen Vorlauf haben denn solche Projekte? Das wissen Sie selber am besten. Wann ist zum ersten Mal über die Nord-Süd-Stadtbahn

diskutiert worden, und wie lange hat es gebraucht, bis der Spaten in die Hand genommen wurde, um zu bauen? Das ist die Situation. Deswegen droht ein Investitionsstau; Gott sei Dank noch nicht in Köln. Das kann aber auch bald kommen. Ost-West ist aufgerufen. Es gibt andere Städte, die Projekte schon beiseiteschieben müssen.

Wie ist die Situation? Herr Dobrindt hat das klug erkannt und auf der Verbandstagung Deutscher Verkehrsunternehmen gesagt, er habe eine Vorlage für den Koalitionsausschuss auf Bundesebene gefertigt, in der es heißt, dass das Thema Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gelöst wird, bevor es in die Bund-Länder-Finanzverhandlungen hineingeht, man wisse noch nicht, was dabei herauskommt, aber er sehe den zeitlichen Druck. Ehrlich gesagt: Passiert ist nichts. - Es gibt einen einstimmigen Bundesratsbeschluss aller Bundesländer:16 zu 0. Passiert ist beim Thema GVFG dennoch bisher nichts. - Auch unter den Länderverkehrsministern ist es eindeutig. Passiert ist nichts.

In Wahrheit verlaufen die Fronten auch nicht zwischen den Parteien.

(Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

Das ist kein Thema, wo sich CDU-Verkehrspolitiker von SPD-, FDP-, Grünen- oder anderen Verkehrspolitikern unterscheiden. In Wahrheit verläuft die Frontlinie zwischen Verkehrspolitikern und Finanzpolitikern. Das ist das Problem, und das muss dringend gelöst werden.

Insofern ist diese Resolution heute nicht nur weiße Salbe, sondern noch einmal ein deutliches Zeichen aus einer nicht ganz kleinen Stadt, nämlich Köln, zu sagen: Lieber Bund und - völlig zu Recht - liebes Land, kümmere dich um die Zukunft des ÖPNV! - So viel an dieser Stelle; ich will nicht zu fachlich werden.

Dass Nordrhein-Westfalen eine Zweckbindung ausgesprochen hat, ist ausgesprochen positiv und sehr zu würdigen. Das gibt mir sehr viel Optimismus und Mut, dass es auch nach 2019 so gehandhabt wird. An diese Verantwortung wollen wir schon appellieren.

Ein Satz zum Schluss: „Köln mobil 2025“ ist natürlich auch aus Sicht der KVB der richtige Schritt. Das Leitbild ist richtig: ein Drittel ÖPNV, ein Drittel zu Fuß gehen und Rad fahren und ein Drittel Auto. Man muss dieses Leitbild im Grunde vor sich her tragen; denn es bedeutet für die Lebensqualität und auch für die Wirtschaftskraft dieser Stadt so viel. Aber, meine Damen und Herren, das werden wir nur erreichen, wenn es mit dem GVFG weitergeht. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall im ganzen Hause)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Fenske. Das hat das Bild abgerundet.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer gegen diesen Antrag und diese Resolution ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Jetzt richtet sich der Blick auf eine einzige Person. - Keine Enthaltungen. Einstimmig angenommen. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln fordert das Land NRW und den Bund auf, in den Verhandlungen zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2015 die weitere Förderung der kommunalen ÖPNV-und Verkehrsinfrastruktur dauerhaft zu gewährleisten sowie die Fortführung der Gemeindeverkehrsfinanzierung nach dem GVFG-Bundesprogramm über 2019 hinaus sicherzustellen – inklusive einer Öffnung der Mittel für Erhalt und Sanierung. Die Mittel müssen den gestiegenen Infrastruktur- und Energiekosten gerecht werden und nach Bedarf auf die Bundesländer verteilt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.2.1 auf:

3.2.1 Informationen über relevante Vorhaben an die Bezirksvertretungen durch städtische Gesellschaften
0718/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion
AN/1207/2014

Besteht das Interesse, sich dazu zu Wort zu melden? - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! An dem breit getragenen Änderungsantrag sehen Sie, wie weit wir uns in dieser Frage entwickelt haben. Wir haben gerade sehr viel Lob über die KVB ausgeschüttet. Ich will jetzt eine kleine Mahnung anschließen; denn Anlass für diese Initiative aus der Bezirksvertretung Nippes war ja die Stadtbahnabstellanlage in Weidenpesch.

Mich wundert, dass die Verwaltung in ihrer Vorlage, Herr Oberbürgermeister, im Grunde wenig Problembewusstsein zeigt und sagt: Es ist doch super gelaufen; es kann alles so weitergehen. - Ich glaube, wir müssen uns eingestehen und auch Sie, Herr Fenske, als KVB müssen sich eingestehen: Das hätte man besser machen können. Wenn man die Bürger bei solchen Infrastrukturinvestitionen mitnehmen will, ist es heute nicht mehr State of the Art, das im Aufsichtsrat zu besprechen und dann eine Planfeststellung beim Regierungspräsidenten zu beantragen, ohne dass die Gremien des Rates, ohne dass der Verkehrsausschuss, ohne dass die Bezirksvertretungen eingebunden sind.

(Beifall bei Reinhard Houben [FDP])

Wir müssen uns hier einfach eingestehen, dass die Bürger über die Planungen erschrocken waren. Mehr Kommunikation hätte den Bürgerwiderstand um einiges minimieren können.

Deswegen kann es, wenn wir solche Infrastrukturmaßnahmen für die Zukunft planen, kein Weiter-so geben. Wir können nicht sagen: Das ist bei den städtischen Gesellschaften bisher optimal gelaufen; deswegen machen wir genauso weiter. Aus diesem Grund haben wir uns als FDP gerade für diesen Beschlusstext hier eingesetzt, der schon ein bisschen selbstkritisch sagt, dass da noch Platz nach oben ist. Das wird am Beispiel Weidenpesch deutlich.

Ich bin froh, dass wir uns hier mit breiter Mehrheit auf diese Formulierung verständigen konnten. Ich glaube, das hilft uns künftig im Kontakt mit den Bürgern. Wir als Ratspolitiker müssen das ja auch entsprechend vertreten. Der eine oder andere - ich schaue hier in den Raum - war vor der Kommunalwahl bei Podiumsdiskussionen, wo wir dazu befragt worden sind. Da müssen wir vonseiten der städtischen Beteiligungen mit positivem Beispiel vorangehen. Deswegen bin ich dankbar, dass wir das hier jetzt so beschließen, und uns einig sind, dass wir es in Zukunft besser machen wollen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Sterck. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir so beschließen, wie in der Vorlage aufgeführt, in der durch den Änderungsantrag modifizierten Fassung. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Dann ist der Antrag einstimmig so angenommen.

Geänderter Beschluss:

Der Rat lehnt den Beschlussvorschlag der Bezirksvertretung Nippes ab, „auf städtische Unternehmen einzuwirken, auch in Zukunft bei Planungen von entsprechender Größenordnung, die Bezirksvertretung Nippes und den Rat und die Anwohner frühzeitig vor Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens zu informieren.“

Der Rat erwartet, dass die Unternehmensführungen der städtischen Beteiligungsgesellschaften in Abhängigkeit von den jeweils anstehenden Projekten auch in Zukunft verantwortungsvoll über eine geeignete Form und einen geeigneten Zeitpunkt zeitgemäßer Bürgerbeteiligung entscheiden sowie eine geeignete Einbeziehung der Gremien des Rates und der Bezirksvertretungen sicherstellen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu den Anfragen:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 4.1:

4.1 Anfrage von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend „Aktuel-

ler Stand und Perspektive der Flüchtlingsunterbringung in Köln“ AN/1180/2014

Antwort der Verwaltung vom 29.09.2014 2843/2014

Dazu liegt eine ausführliche Antwort vor. Wie ich Ihren Worten eben entnommen habe, gibt es keine Zusatzfragen.

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 4.2:

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Delegationsreisen ins Ausland“ AN/1183/2014

Dazu wird die entsprechende Information nachgereicht. Da verschiedene Dezernate betroffen waren, war es nicht so einfach, alle diesbezüglichen Informationen zusammenzutragen. Sie bekommen die Antwort umgehend nachgereicht.

Roger Beckamp (AfD): Das ist eine gute Nachricht. Allerdings bitte ich darum, dass die Punkte, die schon beantwortet werden können, doch bitte jetzt beantwortet werden. Dabei geht es insbesondere um das Thema Nichtöffentlichkeit bezüglich solcher Delegationsreisen und Beschlüsse. Es gibt durchaus einen aktuellen Anlass, und den möchten wir gern thematisieren. Ich glaube schon, dass man etwas zur Nichtöffentlichkeit sagen kann - jetzt. Ist das möglich?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Im Prinzip gibt es klare Regelungen, dass hierüber im Hauptausschuss entschieden wird. Das soll auch in Zukunft so weiter geschehen.

Roger Beckamp (AfD): Das betrifft ja nicht die Nichtöffentlichkeit. Hauptausschuss ist einfach ein anderer Ort, wo etwas beraten und beschlossen wird. Aber die Nichtöffentlichkeit ist ja ein anderes Thema. Die kann nur auf sachlichen Argumenten beruhen. Wir haben schlichtweg nicht verstanden bis jetzt, warum man solche Themen nicht im öffentlichen Teil, ob im Rat oder im Hauptausschuss, behandelt. Darauf hätten wir bitte gerne eine Antwort.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Darauf kann ich auf die Schnelle eine Antwort geben. Natürlich ist das keine Angelegenheit, die in die Nichtöffentlichkeit gehört, sondern in die öffentliche Debatte. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel.

Roger Beckamp (AfD): Dann nehme ich das so mit, dass Sie das als öffentlich ansehen, solche Themen auch zu behandeln. Ich bedanke mich für die Auskunft. Das Weitere sehen wir dann.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay.

Diese Angelegenheit konnte aufgrund des kurzzeitigen Vorlagetermins zur Sitzung nicht mehr beantwortet werden. Der Oberbürgermeister sagt zu, dass die Mitteilung so bald wie möglich nachgereicht werde.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu den 5er-Punkten: 5.4.1 ist zurückgezogen, 5.4.2 hat sich erledigt.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Zuständigkeiten des Integrationsrates 1089/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 4).

5.4.2 Beschluss des Integrationsrates - Einrichtung von bilingualen Gruppen zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit in städtischen Kindertagesstätten
0254/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 4).

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann fahren wir fort mit Punkt 6.2.1:

6.2.1 Änderung der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Vergnügungen sexueller Art
2308/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Niemand befangen?

(Heiterkeit)

Dann können wir abstimmen. Wer gegen diese Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der FDP und die Gruppe pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so angenommen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung einer Steuer auf Vergnügungen sexueller Art in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Gruppe pro Köln - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu 6.3.1:

6.3.1 5. Verordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2014 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen vom 18.12.2013
1956/2014

Keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Piraten ist das so angenommen.

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten 5. Verordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2014 vom 18.12.2013 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu 6.4.1:

6.4.1 Änderung der Hauptsatzung - § 22 Integrationsrat und § 6 der Geschäftsordnung des Integrationsrates
2749/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist gegen diese Regelung? - Das ist die AfD, das ist pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln folgt dem Beschluss des Integrationsrates vom 08.09.2014 zu TOP 3.1. (s. Anlage 1) und beschließt die 13. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln vom 10.02.2009 in der als Anlage 2 beigefügten Fassung.

Der Rat der Stadt Köln genehmigt die vom Integrationsrat beschlossene Änderung der Geschäftsordnung des Integrationsrates vom 13.07.2010 wie folgt:

§ 6 Vorsitz erhält folgende neue Fassung:

„Der Integrationsrat wählt aus seiner Mitte in Anwendung des § 50, Abs.2 der Gemeindeordnung NRW eine Vorsitzende / einen Vorsitzenden sowie fünf Stellvertreterinnen / Stellvertreter.“

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nun zu Tagesordnungspunkt 7:

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für die Hj. 2013 und 2014 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2013 / 2014
2745/2014

Das ist eine Kenntnisnahme. Darüber brauchen wir nicht abzustimmen.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch die Kämmerin/die Fachbeigeordneten in der Zeit vom 27.03.2014 bis 15.09.2014 für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2013 hinausgehende (überplanmäßige) Aufwendungen

Die folgenden Mehraufwendungen wirken sich, sofern sie zahlungswirksam sind, in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. 434.828,66 EUR in Teilplan 0201 in Zeile in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)

Grund: Buchungen im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 aufgrund nicht zahlungswirksamer Einzelwertberichtigungen.

Deckung: Mehrerträge i. H. v. 434.828,66 EUR in Teilplan 0201 in Zeile 7 (sonstige ordentliche Erträge)

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2014 hinausgehende (überplanmäßige) Aufwendungen

Die folgenden Mehraufwendungen wirken sich, sofern sie zahlungswirksam sind, in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. 33.150,00 EUR in Teilplan 0201 in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)

Grund: Verzögerungen bei der Ersatzbeschaffung von Kraftfahrzeugen des Ordnungsdienstes führte zu Mehraufwendungen durch eine Verlängerung der Leasingdauer.

Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 33.150,00 EUR in Teilplan 0205 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)

2. 1.000,00 EUR in Teilplan 0507 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)

Grund: Bezuschussung Projekt „Kalker Sommer“ im städtischen Bürgerhaus Kalk durch die BV Kalk.

Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 1.000,00 EUR in Teilplan 0604 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

3. 1.000,00 EUR in Teilplan 0507 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)

Grund: Bezuschussung Projekt „Interkulturelle Kindermusikfest“ im städtischen Bürgerhaus Kalk durch die BV Kalk.

Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 1.000,00 EUR in Teilplan 0604 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

4. 3.195,42 EUR in Teilplan 0507 in Zeile 11 (Personalaufwendungen) sowie

1.917,25 Euro in Teilplan 0604 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen

Grund: Zuwendungen für Betreuungsprojekte im Bürgerhaus Stollwerk für den Zeitraum 01.04. – 31.07.2014

Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 5.112,67 EUR in Teilplan 0604 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

5 . 2.396,56 EUR in Teilplan 0507 in Zeile 11 (Personalaufwendungen) sowie

1.437,94 Euro in Teilplan 0604 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)

Grund: Zuwendungen für Betreuungsprojekte im Bürgerhaus Stollwerk für den Zeitraum 01.08. – 31.10.2014

Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 3.834,50 EUR in Teilplan 0604 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2014 hinausgehende (überplanmäßige) Auszahlung für

Investitionen

1. 25.250,00 EUR in Teilplan 0206 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen); Finanzstelle 5701-0206-0-001

Grund: Beschaffung neuer Software für die Veterinär-Grenzkontrollstelle am Flughafen sowie die Installation einer Klimaanlage für einen Probenraum der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung.

Deckung: Wenigerauszahlungen i. H. v. 25.250,00 EUR in Teilplan 1401 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

2. 1.785,00 EUR in Teilplan 0206 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen); Finanzstelle 5701-0206-0-001

Grund: Beschaffung neuer Software für die Veterinär-Grenzkontrollstelle am Flughafen.

Deckung: Wenigerauszahlungen i. H. v. 1.785,00 EUR in Teilplan 1401 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

3. 35.000,00 EUR in Teilplan 0402 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen); Finanzstelle 0000-0402-0-0001

Grund: Beschaffung einer Plattensäge für die Schreinerei im Museum Ludwig.

Deckung: Wenigerauszahlungen i. H. v. 35.000,00 EUR in Teilplan 0401 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

4. 2.020,00 EUR in Teilplan 0602 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen); Finanzstelle 0000-0602-0-0003

Grund: Beschaffung von Telefonen die mit Headsets kompatibel sind sowie Beschaffung von Headsets für die Mitarbeiter in der Abteilung Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz. Dies führt zu erheblichen Arbeitserleichterungen.

Deckung: Wenigerauszahlungen i. H. v. 2.020,00 EUR in Teilplan 0207 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

5. 4.150,00 EUR in Teilplan 0401 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen); Finanzstelle 0000-0401-0-0001

Grund: Beschaffung neuer Software für mehrere Nutzerdienststellen im Bereich der Museen.

Deckung: Wenigerauszahlungen i. H. v. 415,00 EUR in Teilplan 4520 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen) sowie

Wenigerauszahlungen i. H. v. 415,00 EUR in Teilplan 4512 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen) sowie

Wenigerauszahlungen i. H. v. 415,00 EUR in Teilplan 0403 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen) sowie

Wenigerauszahlungen i. H. v. 415,00 EUR in Teilplan 0404 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen) sowie

Wenigerauszahlungen i. H. v. 415,00 EUR in Teilplan 0405 in Zeile 9 (Auszahlungen für den

Erwerb von beweglichem Anlagevermögen) sowie

Wenigerauszahlungen i. H. v. 415,00 EUR in Teilplan 0406 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen) sowie

Wenigerauszahlungen i. H. v. 415,00 EUR in Teilplan 0407 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen) sowie

Wenigerauszahlungen i. H. v. 415,00 EUR in Teilplan 0408 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen) sowie

Wenigerauszahlungen i. H. v. 415,00 EUR in Teilplan 0411 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen) sowie

Wenigerauszahlungen i. H. v. 415,00 EUR in Teilplan 0409 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

Auszahlungen für Investitionen für die im Haushaltsjahr 2013 keine Mittel veranschlagt

sind (außerplanmäßige Auszahlungen)

1. 257.665,51 EUR in 1201 in Zeile 12 (sonstige Investitionsauszahlungen);

Finanzstelle 6601-1201-2-5046

Grund: Rückzahlung zu viel erhaltener Zuweisungen.

Deckung: Wenigerauszahlungen i. H. v. 257.665.51 EUR in Teilplan 1201 in Zeile 8 (Auszahlung fürBaumaßnahmen); Finanzstelle 6601-1201-2-5046 i. H. v. 79.425,15 EUR

Finanzstelle 6601-1201-0-1010 i. H. v. 50.000,00 EUR

Finanzstelle 6601-1201-0-6605 i. H. v. 128.240,36 EUR

2. 687.744,70 EUR in 1201 in Zeile 12 (sonstige Investitionsauszahlungen);

Finanzstelle 6601-1201-2-5600

Grund: Rückzahlung zu Unrecht erhaltener Zuweisungen.

Deckung: Wenigerauszahlungen i. H. v. 687.744,70 EUR in Teilplan 1201 in Zeile 8 (Auszahlung für Baumaßnahmen); Finanzstelle 6601-1201-1-1016 i. H. v. 187.744,70 EUR

Finanzstelle 6601-1201-1-1043 i. H. v. 200.000,00 EUR

Finanzstelle 6601-1201-4-5044 i. H. v. 300.000,00 EUR

2. 43.287,68 EUR in 1201 in Zeile 12 (sonstige Investitionsauszahlungen);

Finanzstelle 6601-1201-0-RZ01

Grund: Rückzahlung zu Unrecht erhaltener Zuweisungen.

Deckung: Wenigerauszahlungen i. H. v. 43.287,68 EUR in Teilplan 1201 in Zeile 8 (Auszahlung für Baumaßnahmen); Finanzstelle 6601-1201-1-1044

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 8:

8 Überplanmäßige Aufwendungen

Zu 8.1:

8.1 Überplanmäßige investive Auszahlung in Teilfinanzplan 0501, Leistungen nach dem SGB XII
2135/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das so angenommen.

Beschluss:

Der Rat beschließt zur Beschaffung von Büromöbeln und DV-Hardware eine überplanmäßige investive Auszahlung im Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 200.000 € im Teilfinanzplan 0501, Leistungen nach dem SGB XII, bei Finanzstelle 0000-0501-0-0001, Beschaffung beweglichen Anlagevermögens.

Zur Deckung beschließt der Rat Minderauszahlungen in Höhe von jeweils 100.000 € im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei Finanzstelle 5620-1004-0-5115 - Sanierung Pallenbergstr. 24 und bei Finanzstelle 5620-1004-3-5123 - Sanierung Geisbergstr. 47-53.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu 8.2:

8.2 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilergebnisplan 0201 Sicherheit und Ordnung
2682/2014

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So angenommen.

Beschluss:

Der Rat beschließt gemäß § 83 GO zur Finanzierung des zahlungswirksamen Mehraufwandes im Teilergebnisplan 0201 – Allgemeine Sicherheit und Ordnung insgesamt 823.000 € im Haushaltsjahr 2014 überplanmäßig bereit zu stellen, die sich wie folgt auf zwei Teilplanzeilen verteilen:

In der Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleitungen i. H. v. 600.000 € sowie in der Teilplanzeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen i. H. v. 223.000 €.

Die Deckung erfolgt durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0103 – Personal- und Organisationsmanagement, in der Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen i. H. v. 380.000 € sowie durch Mehrerträge im Teilergebnisplan 0205 – Verkehrsüberwachung in der Teilplanzeile 07 - Sonstige ordentliche Erträge i. H. v. 443.000 €.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10:

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV:

Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2013/2014 der Stadt Köln bei der Finanzstelle 6903-1202-0-9000, Z an KVB für Umrüstungsstrecken
0704/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ebenfalls nicht. Enthaltungen? - Gegenstimmen? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die weitere Kostenerhöhung beim städtischen Finanzierungsanteil der 4-teiligen KVB - Umrüstungsmaßnahme

- Linie 1 von Frankfurter Straße bis Broichstraße,

- Linie 3 von Stegerwaldsiedlung bis Thielenbruch,

- Linie 4 von Suevenstraße bis Wiener Platz und von Höhenhaus bis Schlebusch sowie

- Kreuzung Frankfurter Straße, Verknüpfungspunkt Bus / Schiene in Köln - Ostheim

über 429.069,00 € zur Kenntnis.

Der städtische Eigenanteil für die 4-teilige KVB - Umrüstungsmaßnahme „Linie 1 von Frankfurter Straße bis Broichstraße, Linie 3 von Stegerwaldsiedlung bis Thielenbruch, Linie 4 von Suevenstraße bis Wiener Platz und von Höhenhaus bis Schlebusch sowie Kreuzung Frankfurter Straße, Verknüpfungspunkt Bus / Schiene in Köln – Ostheim“ beträgt nunmehr 4.659.782,04 € statt 4.230.713,04 €.

Zur Finanzierung des Mehrbedarfes in Höhe von insgesamt 429.069,00 € stehen noch 4.132,36 € bei der Finanzstelle 6903-1202-0-9000, Z an KVB für Umrüstungsstrecken, Teilfinanzplanzeile 11 – Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen zur Verfügung. Die Finanzierung des verbleibenden Mehrbedarfes in Höhe von 424.936,64 € erfolgt im Rahmen der echten Deckungsfähigkeit durch Wenigerauszahlungen bei der Finanzstelle 6903-1202-1-6306, Neubau Hst. auf der Severinsbrücke, Teilfinanzplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen. Die Wenigerauszahlungen bei der vorgenannten Maß-

nahme resultieren aus einer Verschiebung des Baubeginns.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.2 Mitgliedschaft der Stadt Köln
hier: GEFMA - Deutscher Verband für Facility Management e.V.
1776/2014

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Angenommen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, die Mitgliedschaft beim Deutschen Verband für Facility Management e.V. (GEFMA) sofort zu beantragen. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beläuft sich für öffentliche Verwaltungen auf derzeit 250 Euro und wird aus dem Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft finanziert.

Der Rat beauftragt die Geschäftsführende Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln bzw. einen/eine Vertreter/in die Mitgliedsrechte der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln im Verein wahrzunehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.3 Renovierungsprogramm Museen und Kulturbauten
hier: Erweiterung des Verwendungszwecks und finanzneutrale Umschichtung
1961/2014

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Erweiterung des Verwendungszweckes der in der Vorlage 4518/2012 im Rahmen des Renovierungsprogramms Kulturbauten beschlossenen Mittel für die Atelierhäuser von „Erstellung von Gutachten zur Ermittlung von Sanierungsnotwendigkeiten“ auf „Erstellung von Gut-achten zur Ermittlung von Sanierungsnotwendigkeiten und Durchführung dringender Instandsetzungsmaßnahmen“ sowie die damit verbundene finanzneutrale Umschichtung der bereitgestellten Mittel i H. v. 50.000 € von Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen zu Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen innerhalb des Teilplans 0416 -, Kulturförderung im Haushaltsjahr 2014.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.4 Teilweise Umrüstung von Schienenstrahlern auf LED im Museum Ludwig / Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0402 - Museum Ludwig -
1991/2014

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? -So angenommen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die teilweise Umrüstung der im Museum Ludwig vorhandenen Schienenstrahler auf LED.

Zur Finanzierung beschließt der Rat überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen im Sinne des § 83 GO NW in Höhe von 156.000 € im Teilergebnisplan 0402 – Museum Ludwig - in der Teilplanzeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) im Haushaltsjahr 2014.

Der überplanmäßige zahlungswirksame Aufwand wird durch Wenigeraufwendungen im Teilplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft - in der Teilplanzeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen) in entsprechender Höhe gedeckt, da im Budget des Kulturdezernates keine Deckung zur Verfügung steht.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.5 Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2014
2068/2014

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So angenommen.

Beschluss:

Der Rat nimmt gem. § 22 Abs. 4 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO) Kenntnis von den in den Anlagen dargestellten Übertragungen von Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen in das Haushaltsjahr 2014.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.6 Einrichtung eines Kunstbeirats für die Ratsperiode 2014 - 2020
2119/2014

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Der Kulturausschuss hat dazu einstimmig einen Vorschlag gemacht. Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen von AfD und pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss in der Fassung der Empfehlung des Ausschusses Kunst und Kultur aus seiner Sitzung vom 18.09.2014:

Der Rat beschließt die Einrichtung eines Kunstbeirats für die Ratsperiode 2014 – 2020.

Der Rat beschließt die Geschäftsordnung des Kunstbeirates entsprechend Anlage 1 (paraphierte Fassung).

Darüber hinaus beruft der Rat als ständige Mitglieder mit Stimmrecht für den Kunstbeirat

als sachkundige Bürgerinnen und Bürger:

Frau Regina Barunke
Herrn Kay von Keitz
Frau Ute Piroeth
Herrn Claus Richter
Frau Prof. Frances Scholz
Herrn Dr. Johannes Stahl
Herrn Dr. Gottfried Stracke
Herrn Moritz Wesseler.

als ständige Mitglieder mit beratender Stimme benennt der Rat für den Kunstbeirat

die/der Beigeordnete für Kunst und Kultur

die/der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr.

als ständige Mitglieder mit beratender Stimme wählt der Rat für den Kunstbeirat des Weiteren fünf politische Vertreterinnen und Vertreter:

Herrn Andreas Pöttgen (SPD)
Herrn Prof. Dr. Lothar Lemper (CDU)
Frau Friederike van Duiven (Bündnis 90/Die Grünen)
Frau Gisela Stahlhofen (Die Linke)
Frau Maren Friedlaender (FDP)

Die Mitgliedschaft endet mit Ablauf der Wahlperiode.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln - zugestimmt.

10.7 Vergabe der Strukturförderung im Filmbereich, Haushaltsjahre 2015 - 2017
2227/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 5).

10.8 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Jahresabschluss 2013
2229/2014

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Keine Wortmeldungen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt folgenden Beschlüssen des Verwaltungsrates der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR, (StEB) zu:

1. *der Feststellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2013*

2. *dem Vortrag des Jahresüberschusses (nach Abzug der Vorabgewinnausschüttung an die Stadt Köln und unter Berücksichtigung einer Kapitalentnahme) in Höhe von 6.724.078,45 Euro auf neue Rechnung, so dass sich ein Bilanzgewinn von 45.957.892,90 Euro ergibt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.9 Vergabe der Konzeptionsförderung in der Sparte Tanz, Haushaltsjahre 2015-2017
1757/2014

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt – vorbehaltlich des Vorliegens der haushaltsrechtlichen Bedingungen – im Teilplan 0416- Kulturförderung in der Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen für das Haushaltsjahr 2015 im Bereich des Freien Tanzes nachfolgende Betriebskostenzuschüsse zu gewährleisten:

Zuschuss Kompanie Mouvoir/ Stefanie Thiersch	*30.000,- €*
Zuschuss Kompanie Silke Z./ Silke Giles	*30.000,- €*
Zuschuss MD Kollektiv	*30.000,- €*

Der Rat beabsichtigt, sofern die Haushaltslage dies erlaubt, die jährliche Zuschusshöhe bis zum Jahr 2017 beizubehalten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.10 Neubesetzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
2176/2014

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so angenommen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (StadtAG LST) mit folgenden Organisationen und Selbsthilfegruppen zu besetzen:

1. *Kölner Lesben- und Schwulentag e.V. (KLuST)*
2. *Rheinfestisch e.V.*
3. *TX Köln e.V. – Selbsthilfegruppe für transidente Menschen*
4. *Jugendzentrum Anyway*
5. *Rubicon Beratungszentrum*
6. *Lesben- und Schwulenverband, Ortsverband Köln e.V. (LSVD)*
7. *Aidshilfe Köln e.V.*
8. *SC Janus e.V.*
9. *Völklinger Kreis e.V. Regionalgruppe Köln*

Die genannten Organisationen entsenden die Vertreterinnen/Vertreter gemäß § 2 Abs. 1, Nr. 1 der Geschäftsordnung der StadtAG LST. Sie sind stimmberechtigt gem. § 2 Abs. 3 der Geschäftsordnung der StadtAG LST.

Jede Organisation bestimmt ihre Stellvertreterin bzw. ihren Stellvertreter selbst. Da es für die Abbildung der Vielfalt der „Community“ in der StadtAG LST von Vorteil ist, schlägt die Verwaltung vor, eine der bisher nicht für einen Sitz berücksichtigten Bewerberorganisationen:

- *Heart of Cologne e.V.*
- *SchwIPS e.V. (Schwule Initiative für Pflege und Soziales)*
- *Schützenbruderschaft St. Sebastianus und Afra*

als Stellvertreterin bzw. ihren Stellvertreter zu benennen.

Die Verwaltung schlägt darüber hinaus vor, dass die Geschäftsführung ständige Gäste zu den Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender einladen kann, denen ein Rederecht eingeräumt wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.11 5. Frauenförderplan 2015 - 2017
2377/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 5).

10.12 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchesters Köln, Wj. 2014/2015
2524/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 5).

Anmerkung:
Ratsmitglied Frau Wolter verlässt die Ratssitzung endgültig.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10.13, den wir - wie eingangs vereinbart - gemeinsam mit 10.17 behandeln wollen.

10.13 Flüchtlinge im Stadtteil - ein Projekt zur Unterstützung von Flüchtlingen 1970/2014

10.17 Flüchtlingsunterbringung - Errichtung von Wohncontainern zur Vermeidung von Obdachlosigkeit 2274/2014

Bitte, Frau Gärtner.

Ursula Gärtner (CDU): Ich mache es schnell vom Platz aus. - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zu Punkt 10.13: Wir möchten hervorheben, dass dieses Projekt ein sehr wichtiges Angebot für die Flüchtlinge ist, was auch genau zu dem passt, was wir in der Aktuellen Stunde als unser Konzept dargelegt haben. Es ist uns - das will ich kurz erwähnen - auch deshalb so wichtig, weil es in den Sozialraum hineinwirkt. Insofern ist das ein relativ neuer Ansatz; denn es ist ein Bindeglied zwischen den Flüchtlingen und der Bevölkerung im Wohnumfeld. Das erleichtert beiden, zusammenzufinden. Deshalb begrüßen wir das sehr.

Zu 10.17: Hier sind drei Standorte vorgeschlagen worden. Wir werden dem Standort in Blumenberg und dem Standort in Worringen zustimmen. Wir haben allerdings ein Problem mit dem Standort in der Zusestraße und werden diesem Standort nicht zustimmen.

Das möchte ich kurz begründen. Es handelt sich hier um ein Gewerbegebiet, das sich derzeit sehr gut weiterentwickelt. Wir brauchen dieses Gewerbegebiet dringend. Die Verwaltung hat zwar zunächst gesagt, dass dieser Standort nur vorübergehend belegt werden soll; aber in der näheren Diskussion vergangenen Freitag hat sich herausgestellt, dass unter Umständen nicht garantiert ist, dass der Standort rechtzeitig wieder geräumt werden kann und dass es sich nicht um ein Jahr oder zwei Jahre, sondern unter Umständen auch um einen längeren Zeitraum handelt. Das halten wir für diesen Bereich für schädlich.

Deshalb bitten wir um getrennte Abstimmung. Wie gesagt, dem Standort Zusestraße werden wir nicht zustimmen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ja. Bitte schön, Herr Rottmann.

Hendrik Rottmann (AfD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich den Ausführungen der Kollegin von der CDU anschließen. Allerdings geht es uns vor allen Dingen um den Standort Blumenberg. Nach unserer Kenntnis aus der BV ist dieser Standort höchst umstritten. Das habe ich vorhin schon ausgeführt. Die Leute sind nicht rechtzeitig informiert worden. Da der Widerstand dort recht groß ist, würden wir diesen Standort ablehnen, den anderen aber zustimmen. - Danke.

(Martin Börschel [SPD]: Weil der Widerstand der Rechten groß ist?)

- Weil der Widerstand der Bevölkerung groß ist, habe ich gesagt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Hoyer für die FDP.

Katja Hoyer (FDP): Meine Damen und Herren! Ich mache es auch vom Platz aus. - Die Vorlage zu 10.13 ist ganz im Sinne der FDP, weil wir immer dafür plädieren, dass es für die Akzeptanz von Standorten in der Bevölkerung wichtig ist, mit einem guten Sozialarbeiterkonzept vor Ort präsent zu sein. Wenn das durch dieses Projekt der Caritas nun noch einmal gefördert wird, unterstreicht das unseren Ansatz.

Zu den drei Standorten, die heute zur Debatte stehen: Die FDP wird allen drei Standorten zustimmen. Wir haben es uns in der Vergangenheit zwar auch immer ausbedungen, einzeln über Standorte abstimmen zu können. In Anbetracht der Debatte, die wir heute in der Aktuellen Stunde hatten, wo wir alle die dramatische Situation, in der wir uns befinden, geschildert haben, ist aber auch eine FDP, die natürlich immer dafür ist, dass ein Gewerbegebiet im Grunde genommen auch dafür genutzt werden soll, der Meinung: Ja, wir müssen in dieser Situation solche Notmaßnahmen ergreifen.

Die Nutzungsdauer ist auf zwei Jahre angelegt; in der Vorlage steht ja: zwei Jahre Mietdauer. Ich glaube, das ist genau das richtige Signal - das wurde auch auf der Infoveranstaltung in Lövenich sehr deutlich; da hat man gesagt: zwei Jahre, ja -: einmal für die Vermarktung des Gewerbegebietes - ich glaube, das ist ganz im Sinne von Frau Berg -, zum anderen zwei Jahre im Sinne unserer Leitlinien. Nach zwei Jahren sollte man noch einmal prüfen, ob wir diese Containerstandorte noch weiter haben wollen. Wir wollen sie eigentlich nicht haben; das ist doch deutlich geworden. Deswegen finden wir die Begrenzung auf zwei Jahre gut und werden dem zustimmen. - Danke.

(Beifall bei Jörg Detjen [Die Linke.])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ja. Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Pro Köln wird, wie angekündigt, alle drei Standorte zu 10.17 ablehnen. Ich möchte aber die Sozialdezernentin Frau Reker bitten, noch vor der Abstimmung die Verwaltungssicht zur Akzeptanz der Bürger zum Standort in Blumenberg darzulegen. Sie war ja auf der Bürgeranhörung und hat dort den Menschen versprochen, im Rat objektiv Stellung zu beziehen, welche Stimmung und Akzeptanz in der Bürgerschaft die Verwaltung von dort mitgenommen hat. Darum möchte ich noch vor der Abstimmung bitten.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Reker, bitte.

Beigeordnete Henriette Reker: Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Informationsveranstaltung in Blumenberg war eine der schwierigsten Informationsveranstaltungen; das möchte ich ganz offen sagen. Das lag unter anderem daran, dass dort Personen politische Statements abgegeben haben, die zu Stimmungen geführt haben, die wir uns alle nicht wünschen können.

Ich möchte Ihnen sagen, dass auch von dort aus große Zustimmung kam. Es war also keineswegs eindeutig, dass man jetzt sagen könnte: Das gesamte Plenum hat diesen Standort abgelehnt. Wir wissen, dass er nicht zu den Standorten gehört, die wir uns wünschen, weder vom Standort noch von den Unterbringungsmöglichkeiten in den Containern. Das hat Frau Hoyer eben schon sehr genau ausgeführt.

Ich habe aus Blumenberg auch neun Vorschläge für andere Grundstücke mitgenommen, nämlich von einem Besucher der Veranstaltung, der in der ersten Reihe saß. Wir haben alle neun Grundstücke geprüft. Dafür haben wir immerhin drei Tage Zeit gehabt. Ein Mitarbeiter des Wohnungsamtes hatte den Auftrag, heute diesen Herrn anzurufen und ihm zu sagen, warum sämtliche neun Grundstücke als Ersatzgrundstücke nicht infrage kommen. Das Problem, mit dem wir immer leben, ist, dass Menschen freie Grundstücke sehen, aber keine Vorstellung haben, wem sie gehören, keine Vorstellung haben, welche Anbindung sie an Strom und Wasser haben, ob es Hochspannungsleitungen gibt, die wir natürlich dabei berücksichtigen müssen. Aber ich nehme auch solche Vorschläge ernst und beantworte sie.

Es bleibt mir im Moment auch keine andere Wahl, als Ihnen diese Standorte vorzuschlagen. Ich sage noch einmal: Ich würde mir für uns alle auch gern eine andere Situation wünschen; es gibt sie aber nicht. Die Vorlage ist im Übrigen so erarbeitet - sehr verehrter Herr Oberbürgermeister -, dass wir sie gemeinsam abstimmen müssen, weil wir die Standorte nicht einzeln berechnet haben. Deswegen bitte ich Sie alle sehr dringend, in Anbetracht der Notsituation heute so zu beschließen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Frau Heuser.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte im Wesentlichen Frau Hoyer zustimmen. Zudem habe ich bereits mehrere Informationsveranstaltungen an verschiedenen Standorten miterlebt und kann nur sagen, dass ich es bisher noch nie erlebt habe, dass ein Standort widerspruchslos angenommen worden ist.

Im Übrigen: Wir haben heute mehrfach und in breiter Übereinstimmung gehört, dass die Not eben sehr groß ist. Ich appelliere daher an alle, dieser Vorlage zuzustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann nehme ich das auf, was gerade von der Beigeordneten, Frau Reker, ausgeführt worden ist, nämlich dass diese Standorte - -

(Bernd Petelkau [CDU]: Wir halten unseren Antrag auf getrennte Abstimmung aufrecht, Herr Oberbürgermeister!)

- Ich wollte das nur einmal ausführen, aber ich nehme das auf. Wir haben hier drei Vorschläge, die jeweils bezogen auf die Aufwendungen nicht detailliert weiter ausdifferenziert worden sind. Wenn Sie den Antrag stellen, das getrennt auszuzählen, werde ich mich dem nicht verschließen.

Wir kommen jetzt zur Beschlussfassung.

Zunächst zu Tagesordnungspunkt 10.13: Wer gegen 10.13 ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von pro Köln ist das so angenommen.

Wir stimmen jetzt über die Standorte einzeln ab:

Abstimmung über den Standort Zusestraße in Köln-Lövenich: Wer dagegen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU, das ist pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist dem so zugestimmt.

Abstimmung über den Standort Langenbergstraße in Köln-Blumenberg: Wer dagegen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion AfD und pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Abstimmung über den Standort Holzheimer Weg in Köln-Worringen: Wer ist dagegen? - Pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Damit haben wir sowohl 10.13 als auch 10.17 beschlossen.

Jetzt kommen wir zur Gesamtabstimmung; das ist notwendig. Ich nehme das auf, was Frau Reker gesagt hat. Wer gegen den Gesamtbeschluss ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Gegen die Stimmen von pro Köln ist das insgesamt so beschlossen.

1970/2014
Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln befürwortet das der Vorlage anliegende Projekt „Flüchtlinge im Stadtteil“ der Caritas und beauftragt die Verwaltung, den Caritasverband mit der Umsetzung des Projektes zum 01.10.2014 – vorerst befristet auf 2 Jahre – zu beauftragen.

Hierfür erforderliche konsumtive Aufwendungen im Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 17.250 € werden im Rahmen der laufenden Bewirtschaftung 2014 gedeckt. Die weiteren Finanzbedarfe ab 2015 wurden in der HPL-Anmeldung 2015ff. im Teilplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der Gruppe pro Köln.

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam mit Punkt

10.17 Flüchtlingsunterbringung - Errichtung von Wohncontainern zur Vermeidung von Obdachlosigkeit

2274/2014

behandelt.

2274/2014
Beschlüsse:

I. Beschluss über den Standort Zusestraße in Köln-Lövenich:

Der Rat beschließt die Beauftragung für schnell lieferbare Wohncontainer und dazu gehörige Aufenthaltscontainer für eine Mietdauer von 2 Jahren sowie die in diesem Zusammenhang beauftragten Planungs- und Bauleistungen für den nachfolgenden Standort:

Zusestraße in Köln-Lövenich, Gemarkung Lövenich, Flur 12, Flurstück 640

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Gruppe pro Köln - zugestimmt.

II. Beschluss über den Standort Langenbergstraße in Köln-Blumenberg:

Der Rat beschließt die Beauftragung für schnell lieferbare Wohncontainer und dazu gehörige Aufenthaltscontainer für eine Mietdauer von 2 Jahren sowie die in diesem Zusammenhang beauftragten Planungs- und Bauleistungen für den nachfolgenden Standort:

Langenbergstraße in Köln-Blumenberg, Gemarkung Worringen, Flur 50, Flurstück 1742,

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln - zugestimmt.

III. Beschluss über den Standort Holzheimer Weg in Köln-Worringen:

Der Rat beschließt die Beauftragung für schnell lieferbare Wohncontainer und dazu gehörige Aufenthaltscontainer für eine Mietdauer von 2 Jahren sowie die in diesem Zusammenhang beauftragten Planungs- und Bauleistungen für den nachfolgenden Standort:

Holzheimer Weg in Köln-Worringen, Gemarkung Worringen, Flur 74, Flurstück 582

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln - zugestimmt.

IV. Gesamtabstimmung:

Der Rat beschließt die Beauftragung für schnell lieferbare Wohncontainer und dazu gehörige Aufenthaltscontainer für eine Mietdauer von 2 Jahren sowie die in diesem Zusammenhang beauftragten Planungs- und Bauleistungen für die nachfolgenden Standorte:

- *Zusestraße in Köln-Lövenich, Gemarkung Lövenich, Flur 12, Flurstück 640*
- *Langenbergstraße in Köln-Blumenberg, Gemarkung Worringen, Flur 50, Flurstück 1742, sowie*
- *Holzheimer Weg in Köln-Worringen, Gemarkung Worringen, Flur 74, Flurstück 582*

Zur Finanzierung der konsumtiven Maßnahmen genehmigt der Rat eine überplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2014 im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in den Teilplanzeilen

13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von	*1.906.147 €,*
14 – Bilanzielle Abschreibungen in Höhe von	*296 €,*
16 – sonst. Ordentliche Aufwendungen in Höhe von	*23.050 €,*
insgesamt	*1.929.493 €.*

Die Deckung des Mehraufwandes erfolgt durch Mehrerträge in Höhe von 4.011 € im Teilergebnisplan 1004, Teilplanzeile 04, öffentlich rechtliche Leistungsentgelte, sowie vorläufig durch Minderaufwendungen in Höhe von 1.925.482 € im Teilergebnisplan 1601, allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 20, Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

Der Rat beschließt gleichzeitig im Haushaltsjahr 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 4.011 € im Teilergebnisplan 0503, weitere soziale Pflichtleistungen, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen.

Die vorläufige Deckung erfolgt durch Minderaufwendungen im Teilergebnisplan 1601, allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 20, Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

Der Rat beschließt außerdem die Bereitstellung der erforderlichen investiven Mittel zur Ausstattung der Wohn- und Aufenthalts-Container an den drei genannten Standorten in Höhe von 28.400 € im Haushaltsjahr 2014 im Teilfinanzplan 1004, Teilfinanzplanzeile 09, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Finanzstelle 5620-1004-0-5125 Ausstattung Flüchtlingsunterbringung.

Die Finanzierung erfolgt im Wege einer Sollverlagerung im gleichen Teilfinanzplan, Teilfinanzplanzeile 08, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5620-1004-5-5122, Auf dem Ginsterberg.

Die finanziellen Mehrbedarfe entsprechend Anlage 1 für die Jahre 2015 bis 2017 sind in der weiteren Haushaltsplanung zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

10.14 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) / Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS): Preisanpassung MonatsTicket MobilPass für KölnPass-Inhaber/Innen für das Stadtgebiet Köln 2019/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ja. Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich hätte jetzt eigentlich eine Frage an Herrn Fenske. Aber da er gerade nicht im Saal ist, werde ich versuchen, Ihnen zu erklären, warum wir von der FDP uns für die Alternative 1 aussprechen. Es gibt dafür zwei Gründe:

Wir kennen die Situation der KVB. Wenn ich mich recht erinnere, waren die Verlustzahlen im letzten Jahr nicht unbedingt die geringsten. Deswegen glaube ich, dass wir mit weiteren Einnahmeverlusten nicht klug beraten wären.

Es gibt aber noch einen zweiten, einen sozialen Grund. Es kann ein NRW-weit geltendes Mobilitätsticket geben, entsprechend dem Sozialticket. Aber wir verstehen nicht, warum in Köln draufgesattelt werden muss, warum wir im Vergleich zu den anderen Kommunen noch Geld extra bezahlen müssen. Deswegen finden wir es richtig, zu sagen: Ja zum Sozialticket, aber bitte nicht noch weiter draufsatteln in Köln. Das können wir uns schlicht und ergreifend nicht leisten.

Deswegen finden wir es sehr gut, dass die Alternative 1 jetzt im Grunde den Vorschlag macht: Wir werden es sukzessive anpassen, sodass es den großen Preissprung nicht auf einmal, sondern nach und nach gibt, wir werden aber nachher bei den Preisen mit den anderen Kommunen pari ziehen - so will ich es einmal ausdrücken.

Deswegen zwei Gründe: zum einen die Verlustsituation der KVB, zum anderen weil wir der Meinung sind, wir können in Köln nicht weiter draufsatteln.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau dos Santos, bitte.

Susanna dos Santos Hermann (SPD): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Hoyer, wir sind der Auffassung, dass möglichst viele teilhaben sollen, in dieser Gesellschaft und in dieser Stadt. Deswegen halten wir fest an dem Kölner Preisniveau für das MobilPass-Ticket.

Als wir den MobilPass VRS-weit eingeführt haben, war Köln schon einige Jahre dabei mit dem KölnPass und dem günstigeren Preis für all diejenigen, die nicht so ein dickes Portemonnaie haben wie viele andere. Den KölnPass haben SPD und Grüne im Jahr 2006 eingeführt. Wir sind überzeugt, dass das richtig war. Wir sind auch überzeugt, dass es richtig war, dem Fluch der guten Tat nicht zu folgen, als VRS-weit das MobilPass-Ticket eingeführt wurde, was für die Kölnerinnen und Kölner eine explosionsartige Preissteigerung des Sozialtickets bedeutet hätte. Wir sind froh, dass das Land uns darin unterstützt, diejenigen, die sozial schwächer sind, an der Mobilität teilhaben zu lassen.

Wir glauben aber auch, dass wir als Stadt Verantwortung haben für all diejenigen, die hier leben, und wir sind sicher, dass es richtig ist, Preisanpassungen durchzuführen; wir haben heute ausführlich darüber gesprochen. Wir meinen, dass wir in Köln gut daran tun, die Preisanpassung auf Grundlage des bisherigen Niveaus zu machen. Damit bleiben wir unter dem VRS-weit geltenden Preis; das stimmt. Aber wir leben damit ein Stück sozialer Verantwortung für diejenigen, die es in dieser Stadt schwerer haben.

Sie wissen, manches ist in Köln - Stichwort: Wohnungsmarkt und andere Dinge - einfach teurer als in anderen Städten und Dörfern, vor allen Dingen die Mieten. Wenn wir hier einen günstigeren Preis zulassen, dann tun wir das auch aus sozialer Verantwortung. Das sollten wir weiterhin tun. Das machen wir. Deswegen lehnen wir Ihren Vorschlag ab. Dieser würde nämlich einen deutlicheren Anstieg und eine überdurchschnittliche Preisanpassung gerade für die sozial Schwächsten bedeuten. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD und der Linken.)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Michel, bitte.

Dirk Michel (CDU): Es gibt aus der Historie heraus das Sozialticket in Bonn und in Köln, was günstiger ist als das Ticket im VRS. Wir sehen genauso wie die FDP keinen Grund, da draufzusatteln. Es gibt dieses Mobilitätsticket. Das wird übrigens vom Land gefördert, während das Sozialticket von der KVB mit 900 000 Euro subventioniert wird. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, der ein Stück weit zur Haushaltskonsolidierung führt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Michel. - Herr Wolter, bitte.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe kein Verständnis für das Anliegen von CDU und FDP,

(Jochen Ott [SPD]: Ich auch nicht!)

abgesehen davon, dass die Verluste der KVB sich nach unten entwickeln. Aber das Sozialticket ist integraler Bestandteil des KölnPasses, und es hat sich seit Jahren bewährt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der Linken)

Es ist ein großer Erfolg, dass das Land jetzt dieses Ticket fördert, und es ist ein großer Erfolg, dass es ein verbundweites Ticket gibt, sodass die Kölner jetzt auch zu reduzierten Tarifen ins Umland fahren können. Aber dieses verbundweite Ticket war Ergebnis eines hart errungenen Kompromisses. Bestandteil dieses Kompromisses war, dass in der Stadt Köln gesonderte Tarife gelten sollen. Ich denke, dass diese Tarife gerechtfertigt sind. Frau dos Santos hat eben dazu einiges gesagt; dem schließe ich mich an. Wir haben wirklich keinen Anlass, diese Regelungen an der Stelle jetzt zu verändern. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich kann die Argumentation von Frau Hoyer und Herrn Michel leider überhaupt nicht nachvollziehen. Sie haben eine ganz wichtige Sache leider nicht verstanden. Als seinerzeit der KölnPass eingeführt wurde - der Kollege Wolter hat es angesprochen -, haben wir uns sozusagen ein Stück Autonomie im VRS erkämpft und diesen Sondertarif für das Kölner Stadtgebiet durchgedrückt. Wenn wir jetzt diesen Sondertarif leichtfertig aufgeben, sind wir doch sozusagen gelackmeiert, wenn das Land irgendwann aus diesem Modell „landesweites Sozialticket“ aussteigt. Das, meine Damen und Herren, können wir nicht machen.

(Beifall bei Jörg Detjen [Die Linke.])

Von daher müssen wir dafür Sorge tragen, dass es bei einem eigenständigen Tarif bleibt, der selbstverständlich für die Kölnerinnen und Kölner auch besser sein muss als das, was das Land bietet.

Eines noch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die KVB verkauft jährlich roundabout 300 000 dieser Mobilitätstickets. Wer jetzt noch durch das Land zieht und sagt, das sei in der Summe ein Minusgeschäft, der hat den Geschäftsbericht der KVB

entweder nicht gelesen - er ist ja öffentlich - oder er versteht ihn nicht. Ich würde Sie bitten, einmal da hereinzuschauen, was dieses Mobilitätsticket in Köln schlussendlich an Fahrgastzuwächsen und an Umsatzsteigerungen für die KVB gebracht hat.

(Beifall bei der Linken sowie bei Teilen der SPD)

Ein Satz noch dazu: Vor Einführung des Köln-Passes gab es sehr viele Leute, die sich überhaupt kein Ticket leisten konnten. Seinerzeit lagen die Schwarzfahrerquoten bei der KVB noch um die 5 bis 6 Prozent. Heute liegen sie bei 2,7 Prozent. Man kann natürlich keine einfache Kausalität herstellen; das ist mir völlig klar. Aber es gibt schon ein Indiz dafür, dass heute Leute reguläre Kunden der KVB sind, die es sich vor Einführung dieses Tickets einfach nicht leisten konnten, regulärer Kunde zu sein.

Von daher wäre es leichtfertig, das hier jetzt aufs Spiel zu setzen. Ich kann nur an FDP und CDU appellieren, dieser Hauptbeschlussvorlage zu folgen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Weisenstein. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht.

Ich lasse über 10.14 abstimmen, wie Beschlussvorlage der Verwaltung. Wer ist dagegen? - Das sind die CDU, die FDP und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Von pro Köln. Dann ist der Vorschlag der Verwaltung so angenommen. Damit hat sich die Abstimmung über die Alternative erledigt.

Jetzt kommt wieder der Herr Oberbürgermeister.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, den Preis für das MonatsTicket MobilPass ausschließlich für KölnPass-Inhaber/innen und für das Stadtgebiet Köln (Preisstufe 1b) beginnend ab dem 01.01.2015 jeweils in Höhe der sich durchschnittlich über alle Ticketarten ergebenden VRS-Tarifanpassungen fortzuschreiben.

Die sich aus der Preisdifferenz zum allgemeinen VRS-MonatsTicket MobilPass (Preisstufe 1b) ergebenden, nicht realisierten Verkaufserlöse der Kölner Verkehrs-Betriebe AG sind vor dem Hintergrund der steuerrechtlichen und EU-beihilferechtlichen Anforderungen jeweils in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008 aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe pro Köln - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir fahren in der Tagesordnung fort.

10.15 Verstetigung der Erfolge des Integrierten Handlungsprogramms MÜLHEIM 2020
2242/2014

Herr Petelkau, bitte.

Bernd Petelkau (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion bittet darum, den zweiten Absatz separat vom ersten abstimmen zu lassen. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Also separate, getrennte Abstimmung. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung über den ersten Teil: Wer gegen den im ersten Teil formulierten Vorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung der CDU und der AfD ist das so beschlossen.

Abstimmung über den zweiten Teil: Wer dagegen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Niemand. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der AfD ist das so beschlossen.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Absatz 1 der Verwaltungsvorlage:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die in den Anlagen 1 und 2 aufgeführten Projekte entsprechend der beschriebenen Bedingungen umzusetzen.

Er beschließt außerdem, dass die zur Umsetzung erforderlichen Mittel im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplans 2015 inklusive Finanzplanung bis 2018 in den jeweiligen Teilplänen der zuständigen Dezernate/ Ämter zusätzlich veranschlagt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion und der AfD-Fraktion.

II. Beschluss gemäß Absatz 2 der Verwaltungsvorlage:

Die bereits in 2014 zur Weiterführung einzelner Teilprojekte benötigten Mittel in Höhe von insgesamt 214.250,00 € werden in diesem Haushaltsjahr aus veranschlagten zahlungswirksamen Aufwendungen im Teilplan 0902- Stadtentwicklung, Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion.

Anmerkung:
Gemäß Antrag von Ratsmitglied Petelkau erfolgt eine getrennte Abstimmung über die beiden Absätze des Verwaltungsvorschlages.

10.16 Eingruppierung des Amtes des Stadtdirektors Guido Kahlen, Besoldungsgruppe B 8 übergeleitetes Besoldungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (ÜBesG NRW), nach Besoldungsgruppe B 9
2730/2014

Die Behandlung dieser Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer V – Seite 5).

10.17 Flüchtlingsunterbringung - Errichtung von Wohncontainern zur Vermeidung von Obdachlosigkeit
2274/2014

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam mit Punkt

10.13 Flüchtlinge im Stadtteil - ein Projekt zur Unterstützung von Flüchtlingen

1970/2014

behandelt.

Gemäß Antrag von Ratsmitglied Gärtner wurde über die einzelnen Standorte getrennt abgestimmt.

10.18 Zusetzung einer 0,5-Stelle für eine Verwaltungskraft im Referat Popkultur und Filmkultur sowie Interkulturelle Kunstprojekte im Kulturamt der Stadt Köln
1100/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 5).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen nun zu den 10.19er-Punkten. Wir hatten eingangs beschlossen, dass wir den Punkt 10.19.10 an die Spitze unserer Beratungen setzen. Das ist der Vorschlag des Stadtdirektors, der Ihnen als Vorlage präsentiert ist.

10.19.10 Wahl des Rates am 25. Mai 2014 - Wahlprüfungsverfahren gemäß §§ 39 ff KWahlG
2810/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Wir beginnen mit Herrn Börschel. Bitte.

Martin Börschel: Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Damen und Herren! Am Anfang stand nicht ein Wahlfehler, sondern die verzweifelte Suche der CDU nach einer Möglichkeit, um an ein Mandat mehr zu kommen und eine mögliche rot-grüne Mehrheit zu verhindern.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU: Oh!)

Am Anfang, liebe Kolleginnen und Kollegen, stand also nicht ein Zweifel, sondern ein Ziel. Praktisch ins Blaue hinein wurden von der CDU Stimmbezirke zur Prüfung vorgeschlagen: im Wahlausschuss zunächst vier. Die Beanstandungen wurden alle einvernehmlich verworfen. Das Wahlergebnis wurde amtlich festgestellt.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Nicht einvernehmlich, das stimmt doch nicht!)

- Die Einsprüche wurden einvernehmlich verworfen; Herr Kollege Elster, erinnern Sie sich.

Dann wurde die Maschinerie richtig angeworfen und Stimmbezirk um Stimmbezirk systematisch durchkämmt auf der Suche nach angeblichen Auffälligkeiten, die der CDU nutzen. Ähnliche Auffälligkeiten zulasten der CDU, wie Sie die Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen herausgefunden haben, wie beispielsweise in Nippes, sind Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU natürlich nicht aufgefallen.

„Dem Zweifel wohnt eine zerstörerische Kraft inne, wenn er nicht zur Erkenntnis, ja, zur Gewissheit reift“, hat uns pathetisch Herr Dr. Elster geschrieben. Nur, Herr Kollege, verkehrt sich dieser Satz nicht gegen Sie selbst, wenn Sie zuerst bewusst diesen Zweifel säen, zu dessen Beseitigung Sie dann staatstragend auffordern?

Wir sind heute in einer denkwürdigen Situation mit einer Bedeutung weit über Köln hinaus. Soll die Kommunalwahl insgesamt oder sollen nur einzelne Stimmbezirke neu ausgezählt werden? Viele Menschen werden vermutlich der Meinung sein: Wenn jemandem etwas komisch vorkommt, muss man eben Klarheit herstellen. Basta!

(Beifall bei der FDP - Ralph Elster [CDU]: Genau so ist das!)

Wenn sich selbst einer der erfahrensten Lokalredakteure einer führenden Zeitung, den ich leider heute hier nicht sehen kann, zu dem eigenwilligen Vorschlag versteigt, man müsse ja gar nicht zählen, sondern brauche bloß die Dicke von Stimmzettelhäufchen vergleichen, muss uns das sicher ebenso zu denken geben; es zeigt, wie kompliziert die Lage ist.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Der hat mehr verstanden als Sie!)

Frei nach Martin Luther und Johannes Rau gilt der Satz: Man soll dem Volk aufs Maul schauen, aber nicht nach dem Munde reden. In dem Sinne ist es Aufgabe von Politik und Medien gleichermaßen, Dinge, wo nötig, zu erklären, auch wenn sie unpopulär sind, vor allem aber immer für rechtsstaatliches Handeln einzutreten.

Deutschland gehört zu der stolzen Minderheit von Staaten auf der Welt, die nicht nur demokratische Wahlen abhalten, sondern diese auch noch staats- und parteifern durchführen. Bei uns werden die Wahlen zwar vom Staat organisiert und deren Freiheit garantiert; die Durchführung des Wahlakts selbst liegt aber allein in den Händen der Zivilgesellschaft und eben nicht in den Händen des Staates oder gar der Parteien. In Köln heißt das konkret: Über 10 000 ehrenamtliche Wahlhelferinnen und Wahlhelfer haben die Kommunalwahl ermöglicht und dabei einen unschätzbaren Dienst an unserer Demokratie geleistet, um die uns viele Völker beneiden.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Läuft eine Wahl oder eine Auszählung nach diesen Prinzipien garantiert fehlerfrei? Nein. Wo Menschen arbeiten, passieren Fehler, argumentiert die CDU nicht zu Unrecht. Aber wo Ehrenamtler den vornehmsten Akt unserer Demokratie begleiten und sicherstellen, haben sie einen Anspruch darauf, dass ihre Arbeit nicht vorschnell infrage gestellt wird. Deren Beschluss, in einem Wahlvorstand einvernehmlich ein Ergebnis festzustellen, hat hohes Gewicht. Im Sport würde man sagen: Es ist eine Tatsachenfeststellung. Diese Regel ist im Sport allgemein akzeptiert.

Was heißt das in unserer Demokratie? Übertragen auf eine Wahl heißt das: Jedermann - auch Parteien - hat das Recht, Auszählungen zu verfolgen, sich anzuschauen, welche Entscheidungen die Wahlvorstände treffen, welche Zweifel sie haben, ob sie sich einig sind in ihren Entscheidungen. Die Beobachter können das vor Ort kommentieren, sie können die Öffentlichkeit informieren, sie können Einspruch einlegen. Aber wenn die Entscheidung dann einmal getroffen ist, ist sie - anders als im Fußball - zwar nicht unantastbar, aber sie hat hohes Gewicht. Die Hürden zur Anfechtung sind höher als bis zum Abschluss des Wahlaktes und dessen amtlicher Feststellung. Anders ausgedrückt: Die Tatsachenfeststellung gilt, es sei denn, man hat plausibel vorgetragene Tatsachen, die über bloße

Vermutungen hinausgehen, um diese Feststellungen überprüfen zu können.

Übertragen auf unseren Fall in Köln heißt das, liebe Kolleginnen und Kollegen vor allem von der CDU: Können Sie mehr bieten, als für unwahrscheinlich zu halten, dass die Bürger bei zeitgleichen Wahlen einmal Partei A bevorzugen und bei der anderen Wahl Partei B? Kommt das selten vor? Vielleicht. Aber ist es unmöglich? Vor allem aber: Denken Sie grundsätzlich, denken Sie die Sache zu Ende. Ab wann ist ein Ergebnis in diesem Sinne unplausibel? Wenn in einem Stimmbezirk eines Wahlkreises die SPD gewinnt, während in allen anderen die CDU die Nase vorn hat? Frau Bussmann hat nach amtlicher Feststellung den fraglichen Briefwahlstimmbezirk mit 298 zu 175 Stimmen gewonnen. Das halten Sie für unplausibel. Wie wäre es mit 258 zu 215? Oder mit 238 zu 235?

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das ist ja lächerlich!)

Oder darf Sie gar nicht gewinnen? Wo fängt es an? Wo hört es auf? Darauf geben Sie keine Antwort, und Sie könnten auch nur eine schlicht und einfach willkürliche Antwort darauf geben.

Deshalb hat unser höchstes deutsches Gericht, das Bundesverfassungsgericht, dem die meisten Menschen viel mehr vertrauen als den direkt gewählten Parlamenten, klare Grundsätze aufgestellt. Die gelten, ob Ihnen und uns das gefällt oder nicht, und die sagen aus, dass es eine Plausibilitätskontrolle in der Wahlprüfung eben nicht gibt. Das Bundesverfassungsgericht sagt wörtlich:

> „Wahlbeanstandungen, die über nicht belegte Vermutungen oder die bloße Andeutung der Möglichkeit von Wahlfehlern nicht hinausgehen und einen konkreten, der Überprüfung zugänglichen Tatsachenvortrag nicht enthalten, dürfen deshalb als unsubstantiiert zurückgewiesen werden.“

Übersetzt heißt das: Vermuten Sie nicht bloß, sondern legen Sie Beweise auf den Tisch!

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Zählen Sie aus, dann haben Sie den Beweis!)

Das klingt hart, soll aber nach den Grundsätzen des Bundesverfassungsgerichts die Gültigkeit von Wahlen schnell und rechtssicher herstellen und sozusagen ein Perpetuum mobile ständig neuer Auszählungen aufgrund bloßer Behauptungen über Zählfehler verhindern.

Zum Schluss möchte ich Ihnen für die erste Runde eine wahre Geschichte erzählen.

(Lachen bei der CDU – Zuruf von der CDU: Eine Geschichte!)

- Ja, die Geschichte ist wahr. - Sie trug sich zu im Jahre 1990. Da gab es eine Landtagswahl, in der im Wahlkreis 151, Märkischer Kreis IV, nach dem vom Kreiswahlleiter bekannt gegebenen Wahlergebnis die Kandidatin der CDU gewählt wurde, und zwar mit 25 753 Stimmen. Der Kandidat der SPD unterlag mit 23 Stimmen weniger. Gegen die Gültigkeit dieser Wahl erhob eine Wahlberechtigte Einspruch, und zwar mit einer Reihe von Beanstandungen unter Angabe konkreter Tatsachen. Sie machte geltend, dass die Auszählung der Stimmen nicht ordnungsgemäß erfolgt sei. Die Nachzählung wurde auf Grundlage eines Landtagsbeschlusses durchgeführt. Aufgrund des mitgeteilten Ergebnisses stellte der Landtag nach dieser Nachzählung dann fest, dass der Unterlegene, also der SPD-Kandidat, gewählt sei und die Bewerberin der CDU ihren Sitz verliere. Gegen diesen Beschluss gab es eine Klage vor dem Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen. Der Verfassungsgerichtshof hob den Beschluss des Landtags mit Urteil auf. Er erklärte die ursprüngliche Landtagswahl im Wahlkreis 151 für gültig und wies den Einspruch im Wesentlichen zurück.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Und dann saßen beide im Landtag!)

- Ja, das zeigt, wie Sie das ins Lächerliche ziehen und auf die leichte Schulter nehmen, Herr Kollege Dr. Elster. - Ganz abgesehen davon, dass das Bundesverfassungsgericht das Urteil, wegen konkreter, einer Tatsachenfeststellung zugänglicher Behauptungen verworfen hat, haben wir folgendes Ergebnis gehabt: zwei festgestellte Wahlergebnisse. Das nach allgemeinem Empfinden zuletzt festgestellte, vermeintlich richtigere durfte nicht angewandt werden.

Das müssen Sie sich einmal vorstellen. Wenn wir heute das zu Ende denken, liebe Kolleginnen und Kollegen, was Sie heute hier vorhaben. Die Folge wäre auf Köln bezogen eine kleine, eine lokale Staatskrise. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie das mit den Beschlüssen, die Sie heute fassen wollen, ernsthaft wollen.

CDU, Grüne und FDP setzen sich heute über all dies hinweg. Der Rat wird heute einen Beschluss

fassen, den die Mehrheit im Grunde selbst nicht will und von dem wir alle wissen, dass er vor Gericht landen könnte und dort scheitern wird. Das ist gelebte politische Schizophrenie. Die Verantwortung, vor der Sie mit diesem Beschluss eigentlich fliehen wollten, werden Sie trotzdem tragen müssen. Lamentieren Sie daher nicht, wenn Sie hinterher mit leeren Händen dastehen, aber viel Schaden angerichtet haben! - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD - Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! In einem muss ich meinem Vorredner Martin Börschel recht geben: Wir würden diese Diskussion und Kontroverse heute nicht führen, wenn es in dieser Stadt nicht eine Kampagne gegeben hätte, eine Kampagne, die darauf abzielt, dieses Wahlergebnis, was am 25. Mai festgestellt wurde, zu untergraben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Tatsächlich ist es so - da beißt die Maus keinen Faden ab -: Es gibt keine realen Indizien und Anhaltspunkte, die sich aus den Niederschriften der ausgezählten Stimmbezirke ergeben. Darauf hebt auch die vorherrschende Rechtsprechung ab. Allerdings ist es so, dass als Ergebnis der letzten Wochen in Teilen der Bevölkerung die Glaubwürdigkeit dieses Wahlergebnisses erschüttert ist. Dazu haben sicherlich auch die Medien beigetragen durch eine nicht unbedingt tiefgründige oder aufklärerische Berichterstattung. Man hat die Dinge so genommen, wie sie sind; aber darauf komme ich später zurück.

Es ist tatsächlich so, dass wir dadurch in die Situation geraten sind, uns legitimieren zu müssen. Und das ist der Grund, warum wir uns nach intensiver Diskussion dazu entschieden haben, den Vorschlag der kompletten Neuauszählung zu machen. Es gibt noch einen weiteren Grund, warum wir dies getan haben. Wie eben schon zu Recht ausgeführt, kann man sich als Fraktion oder Partei einzelne Stimmbezirke oder Wahlbezirke herauspicken, um festzustellen, ob man da nicht die Nase vorn hat. Mit Wahlüberprüfung hat das wenig zu tun.

Wir hätten das als Grüne auch machen können, weil wir schmerzlich feststellen mussten, dass unsere Fraktionsvorsitzende in ihrem Wahlbezirk mit sage und schreibe 36 Stimmen unterlegen war. Wie Sie aber wissen, haben wir nicht Zeter und Mordio geschrien und machen das auch jetzt nicht. Aber das zeigt - das hat auch unsere Analyse deutlich gemacht, die ja allen zur Verfügung steht -, dass bei einer genaueren Betrachtung diese Rosinenpickerei nicht haltbar ist.

Sie ist auch mathematisch nicht haltbar; denn wir wissen: Solange wir uns nur auf der Ebene der Vermutungen befinden, müssen wir uns zumindest den Regelwerken der Statistik bedienen und diese anwenden. Danach würden sich bei 45 Wahlbezirken Zählfehler, die immer vorkommen, ausgleichen.

Um genau dieser Willkür zu entgehen, die dann auftritt, wenn ich mir einzelne Stimmbezirke oder Wahlbezirke herausnehme, egal in welcher Kombination, darin begründet sich unser Vorschlag der kompletten Neuauszählung, den wir tatsächlich, wenn man so will, nur mathematisch unterlegen können, um, wenn man dem zustimmt und eine Neuauszählung durchführt, die Glaubwürdigkeit in diese Wahlen und damit auch in den demokratischen Prozess herzustellen, so schmerzlich das ist und so schmerzlich das auch für die vielen fleißigen und gewissenhaften Wahlzählerinnen und Wahlzähler des Wahlabends ist.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen)

Ich muss aber auch sagen, dass die Art und Weise, wie mit dem Mehrheitsbeschluss des Wahlprüfungsausschusses vom 9. September umgegangen worden ist, unerträglich ist. Sie ist schlicht nicht akzeptabel, auch nicht aus demokratischen Gründen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der FDP)

Ich bin ja schon etwas länger im Rat und habe hier über die letzten 20 oder 25 Jahre manchen kommen und stürzen sehen; aber diese Art und Weise erinnert mich sehr stark daran, wie ein Oberstadtdirektor namens Ruschmeier, der leider verstorben ist, mit dem Rat und mit Be-

schlüssen umgegangen ist, die ihm nicht passten. Genau in diese Zeiten möchten wir nicht zurück.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der FDP)

Deshalb will ich hier mit aller Deutlichkeit sagen: Es kann nicht sein, dass ein Kreiswahlleiter elf Tage braucht, um eine Vorlage zu produzieren, die aus vier Sätzen besteht und besagt, der Beschluss des Wahlprüfungsausschusses sei rechtswidrig und er sei alternativlos. Wir kennen die vorherrschende Rechtsprechung. Die meisten, die sich damit befasst haben, haben die Gutachten gelesen und wissen, dass das, was wir vorschlagen, eine Minderheitsmeinung ist. Wir wissen aber aus der Geschichte der Bundesrepublik auch, dass vieles, was in den letzten fast 70 Jahren rechtlich Minderheitsmeinung war, letztendlich zur Mehrheitsmeinung wurde. Das muss man doch auch einmal festhalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der FDP)

Der Gipfel der ganzen Angelegenheit ist aber, als Kronzeugen einen ehemaligen Verfassungsrichter aufzufahren, der als Lohnschreiber genau für das Leitmedium tätig ist, was mitverantwortlich ist für die Kampagne, die die Glaubwürdigkeitskrise herbeigeführt hat. Das schlägt wirklich dem Fass den Boden aus.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Um das sozusagen zu garnieren, wird gleich noch der Artikel des *Kölner Stadt-Anzeigers* beigelegt. Dabei weiß doch jeder, wie solche Artikel und Meinungen zustande kommen.

Ich möchte jetzt nicht im Einzelnen ausführen, was im Wahlprüfungsausschuss debattiert worden ist - das haben die Kolleginnen und Kollegen dort gemacht -, ich möchte nur Folgendes klarmachen: dass wir auf diesem Beschluss bestehen, dass wir die Anlage 3, die ja dem ganzen Konvolut beigelegt ist, als Beschlussvorschlag hiermit wieder einbringen, mit dem einzigen Unterschied, dass da statt „empfehlen“ jetzt „beschließen“ steht, und dass dieser Text der Alternative 3, also der ursprüngliche Antrag und Beschluss des Wahlprüfungsausschusses, den Beschluss, der jetzt vom Kreiswahlleiter Kahlen vorgelegt wurde, ersetzt. Ich betone: ersetzt.

Wir möchten anschließend, weil das ja zuerst abgestimmt wird, das Wahlergebnis nicht feststellen. Wir wollen es auch nicht ablehnen. Wir wollen die Feststellung des Wahlergebnisses einstweilen vertagen. Uns ist klar - das kann ich schon aus der Androhung des Kreiswahlleiters erkennen -, dass wir uns wahrscheinlich vor Gericht wiedersehen. Aber eines möchte ich dabei doch feststellen: Unser Rechtsstaat lässt nicht zu, dass man Ankläger und Richter in einer Person ist. Das möchte ich auch dem Herrn Kreiswahlleiter hiermit noch einmal ins Buch schreiben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der FDP)

Wir sollten die Beurteilung von möglicher Rechtswidrigkeit dann auch wirklich einem ordentlichen Gericht überlassen. Das ist nämlich rechtsstaatlich. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, der FDP und der AfD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Petelkau, bitte.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Uns wurde hier vorgeworfen, wir würden Stimmung machen. Das ist aber nicht der Fall. Hier geht es um die Bewahrung eines Grundrechts in einer Demokratie, für das unsere Vorfahren lange gekämpft haben. Es geht um den Grundsatz des Wahlerhalts. Das heißt, es geht darum, dass das, was der Wähler mit seiner Stimmabgabe zu Protokoll gebracht und als seinen Willen entsprechend dokumentiert hat, klar die Basis ist für die Zusammensetzung von Gremien.

(Beifall bei der CDU)

In der Vergangenheit ist es immer so gewesen, dass man dann, wenn auch nur der Hauch eines Zweifels aufgekommen ist, unter den demokratischen Parteien diese Zweifel beseitigt hat - direkt und unmittelbar.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir haben jetzt eine andere Situation, eine taktisch motivierte Situation seitens der SPD, die nur ein Ziel hat: ihren eigenen Oberbürgermeisterkandidaten zu schützen und hier klare Verhältnisse zu schaffen. An der Stelle haben wir gesagt: Wir wollen das Ergebnis nicht akzeptieren. Wir wollen nicht das juristische Scharmützel, sondern wir wollen Klarheit durch direkte Nachzählung.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben deshalb im Wahlprüfungsausschuss darauf gedrängt, dass wir die einzelnen strittigen Wahlkreise nachzählen. Ich sage noch einmal an der Stelle: Wir haben Zweifel bei diesen Wahlkreisen. Wenn man jetzt sagt, diese Zweifel seien nicht substantiiert, dann frage ich Sie, meine Damen und Herren: Wie will ich Übertragungsfehler überhaupt nachweisen? Ich kann es nur machen, indem ich nachschaue; denn wenn ein Wahlvorstand in seinem Protokoll alles normal aufführt, habe ich als Wahlprüfungsausschuss überhaupt gar keine Möglichkeit mehr, diese Dinge zu kontrollieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist eine grundsätzliche Frage, nämlich ob wir hinterher, im Nachgang diese Sache noch kontrollieren können.

Der Stadtdirektor hat mir mehrfach gesagt, durch die Zusammensetzung der Wahlvorstände wäre jegliche Manipulation ausgeschlossen. Gleichzeitig fordert er aber auf, dass man Wahlvorstände durchaus auch gemeinsam besetzen kann.

(Jochen Ott [SPD]: Was wollen Sie damit sagen?)

Meine Damen und Herren, gehen wir doch mal von einem Extrembeispiel aus: Da setzen sich mehrere Leute zusammen und manipulieren etwas. Wenn ich dieser These hier jetzt folgen würde, hätte ich als Rat überhaupt gar keine Chance mehr, diese Sachen zu kontrollieren. Ich will damit nicht unterstellen - das möchte ich hier ausdrücklich sagen -, dass hier in dem Fall manipuliert worden ist. Ganz klare Aussage.

(Zurufe von Jochen Ott [SPD] und Martin Börschel [SPD]: Ja, ja!)

Aber, meine Damen und Herren, wir berauben uns zukünftig der Möglichkeit, solche Sachen überhaupt noch zu kontrollieren. Dagegen müssen wir uns wehren. Das können wir so nicht akzeptieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich hätte mich gefreut, wenn wir uns bei der Auszählung auf diese wenigen Stimmbezirke konzentriert hätten. Jede Partei hätte genau wie wir die Möglichkeit, formell einen Einspruch einzulegen. Das haben wir an der Stelle gemacht. Wir haben das in den Ausschüssen auch substantiiert vorgetragen. Es ist abgelehnt worden. Das war eine politische Mehrheit.

Nichtsdestotrotz: Auch wenn die Einzelauszählung an der Stelle nicht akzeptiert wurde, können wir uns dem Antrag der Grünen auf Gesamtauszählung anschließen. Wir wollen im Sinne der Kölnerinnen und Kölner hier Klarheit haben und ein sauberes Ergebnis, sodass dieser Rat in toto auch eine akzeptable Motivation und Legitimation hat. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen für die Fraktion Die Linke.

Jörg Detjen (Die Linke.): Sehr geehrte Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wäre es nicht zum Vorteil der Linken, wenn neu ausgezählt würde und SPD und Grüne ihre Mehrheit verlören? Wir werden Ihren Antrag aber trotzdem ablehnen, weil Sie demokratische Grundsätze aushebeln und außer Kraft setzen.

(Beifall bei der SPD)

Die Kölner *StadtRevue* hat dies in einem Satz zusammengefasst, den ich gerne zitieren möchte: Die CDU lancierte „mit medialer Unterstützung des Kölner Stadt-Anzeigers eine Kampagne, die an den gesunden Menschenverstand appelliert - und sich dabei über juristische Grundsätze hinwegsetzt.“ - Zitat Ende, *StadtRevue*.

Wenn es nach der CDU und nach der FDP ginge, meine Damen und Herren, würde während der Sitzung des Wahlausschusses der Vorsitzende mal schnell die Umschläge öffnen und nachzählen, ob alles stimmt. Das ist die Art von urbaner Demokratie, wie wir sie alle aus der Wahl eines Klassensprechers kennen. So stellen Sie sich das vor, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken und der SPD - Widerspruch von Dr. Ralph Elster [CDU])

Aber das ist nicht die Funktionsweise der kommunalen Selbstverwaltung und von kommunalen Wahlen. Genau so ist es eben nicht, Herr Elster.

Wir haben seit der Französischen Revolution, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, vor mehr als zwei Jahrhunderten Stück um Stück das Wahlrecht verbessert. Wir haben eine gewachsene, urbane Demokratie, die man ausbauen und verbessern sollte. Ich habe überlegt, ob ich der CDU, der FDP und den Grünen vorwerfen sollte, eine Politik der Destabilisierung zu betreiben.

(Lachen bei Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen] - Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Das ist ja nicht unbekannt. Aber, meine Damen und Herren, das wäre in der Bedeutung völlig überhöht. Hatten wir nicht eine Wahlbeteiligung von 49,7 Prozent und damit eine unbefriedigende demokratische Mitwirkung aller Kölnerinnen und Kölner? Wenn Sie jetzt behaupten, dass die Mehrheit der Kölnerinnen und Kölner dafür wäre, dass die Wahl neu ausgezählt wird, dann müssen Sie sich einmal vergegenwärtigen, dass nur die Hälfte abgestimmt hat. Es kann gar nicht die Mehrheit dafür sein, dass neu ausgezählt werden muss. Das ist doch das Problem, das wir haben, und darüber würde ich gern gemeinsam mit Ihnen diskutieren und überlegen, wie man die Demokratie verbessern und die Wahlbeteiligung steigern kann.

(Beifall von Michael Weisenstein [Die Linke.] - Widerspruch von der CDU)

Das ist doch der Vorgang. Mit Ihrer Kampagne untergraben Sie das Vertrauen in die Demokratie. Sie vermuten und stilisieren das hoch zu Tatsachen. So kann man keine Politik machen. Deswegen ist das, was Sie machen, schlicht und ergreifend falsch. Das ist Getöse. Das ist ein Sturm im Wasserglas, nichts anderes, der in sich zusammenfallen wird, und dann stehen wir da mit einem Scherbenhaufen. Das ist Ihre Politik.

(Niklas Kienitz [CDU]: Deine Rede ist ein Sturm im Wasserglas!)

Wir von der Linken sind stolz darauf, dass es uns bei dieser Kommunalwahl gelungen ist, 6 400 Nichtwählerinnen und Nichtwähler zu mobilisieren. Das sind Prozesse, an denen wir arbeiten müssen. Wir müssen das Wahlrecht und wir müssen die Demokratie verstärken, nicht aber Chaos erzeugen, sodass wir hinterher mit einem Scherbenhaufen dastehen.

(Beifall bei der Linken und der SPD)

Die Linke hat in der Diskussion um die Wahlanfechtung betont, wir würden uns einer juristisch möglichen, politischen Lösung nicht verschließen. Dazu stehen wir auch. Nur, es ist offensichtlich, dass ein Neuauszählen aller Wahlkreise rechtlich und politisch völlig absurd ist. Sie, meine Damen und Herren von der CDU, der FDP und den Grünen, haben die rechtlichen Möglichkeiten, die es im Wahlrecht ja gibt, nicht genutzt und meines Erachtens auch nicht erkannt. Vermutlich interessiert Sie das im Detail auch gar nicht, weil es ja um die Stärkung der Demokratie geht, wenn man die Mittel, die da sind, nutzt und sie auch entsprechend benutzt.

Das NRW-Wahlrecht hat die Besonderheit, dass ein Stimmbezirk nach pflichtgemäßem Ermessen neu ausgezählt werden kann. Hierzu braucht es aber eine Begründung und eine entsprechende Abwägung. Das hat Prof. Dr. Bätge in seiner Stellungnahme angedeutet. Einem solchen Vorgehen hätten wir uns grundsätzlich nicht verschlossen. Das hat meine Ratskollegin Güldane Tokyürek auf der letzten Wahlausschusssitzung auch deutlich gesagt. Nicht Vermutungen, sondern konkrete, weitergehende Gründe hätten CDU und FDP darlegen müssen. Sie haben aber nichts dargelegt. Nichts!

(Beifall bei Teilen der Linken und der SPD! - Ralph Elster [CDU]: Scheinheiliger Vortrag!)

Der ganze Prozess hätte allerdings vorausgesetzt, zu sagen: Wir haben ein demokratisches Problem. Lasst uns gemeinsam darüber reden, wie man das heilen kann. - Eine solche Diskussion hat es von Ihrer Seite nicht gegeben. Das finde ich ausgesprochen schade. Das hat nicht dazu beigetragen, die Demokratie weiterzuentwickeln. Wir hätten eine Begründung dafür finden können, zu sagen: Jawohl, wir zählen Rodenkirchen aus, wir zählen Nippes aus. Diese Begründung hätte es aber nur gegeben, wenn man gemeinsam daran gearbeitet hätte. So ist eine Chance im demokratischen Willensbildungsprozess aufgegeben, nicht genutzt worden. Das finde ich schade.

Dass Sie, meine Damen und Herren von FDP und CDU, dem Blödsinn einer Neuauszählung auch noch gefolgt sind - da kann ich nur mit dem Kopf schütteln und sagen: Damit lösen Sie das Problem nicht. Wenn Sie wirklich klug gewesen wären, hätten Sie geguckt, was im geltenden Wahlrecht zu finden ist. Da hätte es eine kleine Chance gegeben; sie ist nicht groß, das gebe ich zu. Wenn wir das vernünftig diskutiert hätten,

wäre das für die Demokratie von Nutzen gewesen. So aber, meine Damen und Herren, werden Sie heute zwar obsiegen, wir aber sehen das gelassen. Wir als Linke werden weiterhin einen Beitrag dazu leisten, dass die Demokratie in dieser Gesellschaft gestärkt und nicht geschwächt und nicht privatisiert wird. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken und der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen zu Herrn Breite, FDP-Fraktion.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ja, ja, Herr Detjen!

(Heiterkeit bei der FDP und der CDU)

Herr Detjen, jetzt verstehe ich! Sie spielen sich hier als Hüter von geheimen und gleichen Wahlen auf.

(Beifall bei der FDP, der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was musste ich heute in *Spiegel Online* lesen? Gregor Gysi glaubt immer noch, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen. Dann kann man so eine Rede halten wie Sie. Ich finde es toll, dass Sie uns von der CDU und der FDP immer wieder erwähnt haben. Jawohl, Herr Detjen, da unterscheiden wir uns von der Linken.

Kommen wir noch einmal zu dem, worum es eigentlich geht. Übrigens, Herr Detjen, das stimmte auch nicht: Die FDP-Fraktion hatte im Wahlprüfungsausschuss den Antrag gestellt, einen einzigen Stimmbezirk auszuzählen, nämlich den besonderen in Rodenkirchen. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Börschel, hatte ja auch schon von der Unmöglichkeit oder der Unwahrscheinlichkeit gesprochen, die dort passiert ist. Wir haben den begründeten Verdacht bzw. den Zweifel, dass dort - das kann immer mal passieren; selbst dem Gutachter ist es passiert, dass er Zahlen vertauscht hat - eine Zahl vertauscht worden ist.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Ich habe das verglichen: Selbstverständlich kann man im Lotto gewinnen, aber zweimal nacheinander wäre unwahrscheinlich. - Frau Hammelrath fragte, ob ich ihr das nicht gönnen würde. Darum geht es gar nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Unwahrscheinlichkeit bleibt weiterhin bestehen.

(Beifall bei Teilen der FDP und der CDU)

Das ist ein zahlenmäßig begründeter Verdacht. In drei Gutachten durften wir lesen, dass unser begründeter Verdacht unbegründet ist, statt so zu verfahren, wie es normalerweise im Wahlprüfungsausschuss gehandhabt wird, nämlich dann, wenn man einen Verdacht hat, erst einmal zu schauen, ob da etwas dran sein könnte.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das wird in ganz Nordrhein-Westfalen so gemacht, nur nicht hier in Köln. Das muss doch einen Grund haben, meine Damen und Herren, und den kennen wir auch.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Eigentlich geht es um einen solchen Umschlag, den ich hier auch mitgebracht habe.

(Der Redner hält einen großen Briefumschlag hoch)

Dreimal habe ich probiert, hineinzuschauen - was nach Wahlprüfungsausschuss auch möglich ist. Auch dieser Gutachter, der die Zahlen verwechselt hat, hat gesagt: Man darf da hineinschauen. Aber es wurde uns nicht erlaubt. Jetzt bestehen wir darauf, dass nicht nur einer, sondern 1 024 dieser Umschläge geöffnet werden; denn wir wollen Wahrheit und Klarheit darüber haben, wie das Ergebnis ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sie merken, ich fange hier gar nicht mit Demokratie, Theorie und sonst irgendetwas an. Die Menschen hier in Köln spüren: Egal, warum das passiert ist, hier stimmt etwas nicht. Sie möchten einfach die Wahrheit wissen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Dafür wird der Rat heute sorgen.

Zu Ihrer Vorlage, Herr Stadtdirektor, sage ich Ihnen: Damit wären Leutheusser-Schnarrenberger oder Gerhart Baum niemals vor das Bundesverfassungsgericht gegangen. Sie hatten auch eine Minderheitsmeinung - und sie haben gewonnen. Das zeigt, es lohnt sich, hier solche Beschlüsse zu fassen. Wir werden ja sehen, was daraus wird. Meine Damen und Herren, man braucht auch Mut für die Demokratie und dafür, neu auszuzählen. - Danke schön

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Rottmann von der AfD.

Hendrik Rottmann (AfD): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Das, was hier jetzt schon gesagt worden ist, war ja ganz spaßig. Es ist fast vier Monate her, dass die Kölner mit einer Wahlbeteiligung, auf die keiner von uns stolz sein kann, gewählt haben. Vier Monate nach dieser Wahl steht das Ergebnis aber immer noch nicht fest, und das nur, weil Sie, meine Damen und Herren von der SPD, nicht Ja sagen können, und zwar Ja zur Auszählung der Wahlbezirke Rodenkirchen und Nippes.

Woran liegt das? Darüber ist schon viel spekuliert worden. Die OSZE hat anlässlich der Bundestagswahl am 27. September 2009 darauf hingewiesen, dass ein Wahlprüfungsausschuss, der durch die neu gewählten Bundestagsabgeordneten gebildet wird, Fragen hinsichtlich potenzieller Interessenkonflikte aufwirft, welche Auswirkungen auf die Unparteilichkeit und das Vertrauen in diese Einrichtung und deren Entscheidung haben könnten.

(Beifall bei der AfD)

Das Gleiche gilt auch für den hiesigen Wahlprüfungsausschuss.

Meine Damen und Herren, mit Ihrer Haltung erweisen Sie der Demokratie einen Bärendienst; denn Sie stärken dadurch die Gründe für die Politikverdrossenheit. Es gab bereits vor dieser Wahl, wie ich schon sagte, viel zu viele Bürger, die der Meinung waren, mit ihrer Stimme nichts bewirken zu können. Im Stimmbezirk Rodenkirchen könnte das nun auch der Fall sein. Unsere Aufgabe ist es aber, den Menschen das Gegenteil zu beweisen, nämlich zu zeigen, dass Demokratie funktioniert. Meine Damen und Herren von der SPD, Sie sollten ein besonders großes Interesse an einer höheren Wahlbeteiligung haben, weil in der Regel dann mehr Prozente für Sie herausspringen.

Der 7. Senat des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz hat am 4. Juni 1991 geurteilt, dass die in dem damaligen Fall vorgebrachten Zahlen nicht signifikant abweichen und auch, dass nur dann ernsthafte Zweifel an der Richtigkeit des Wahlergebnisse geweckt werden können. Das heißt im Umkehrschluss, dass, sollten signifikante Abweichungen vorliegen, ernsthafte Zweifel geweckt werden können. Die 3. Kammer des Verwaltungsgerichts Regensburg kommt am 1. Oktober 2008 zu einem ähnlichen Schluss.

Meine Damen und Herren, die Abweichungen in Rodenkirchen sind signifikant; das müssen wir einfach einmal so festhalten. Sosehr ich natürlich Ihre Angst verstehen kann, dass Sie die Minimalmehrheit hier im Rat verlieren, ist es mir doch unverständlich, warum Sie sich gegen eine Neuauszählung stemmen. Sie haben vorhin ausgeführt, Herr Börschel, dass man das in der jetzigen Situation nicht mehr regeln kann. Sie haben ja auch lange genug darauf hingearbeitet, dass wir in dieser Situation sind. Man hätte das im Wahlprüfungsausschuss schon längst klären können.

(Beifall bei der AfD und der CDU)

Eines ist doch klar: Bleibt der Status quo, wird jede der rot-grünen Mehrheitsentscheidungen seit der konstituierenden Sitzung im Juni bis zur letzten Sitzung in dieser Legislaturperiode unter dem Makel stehen, dass die gegebenenfalls hauchdünne rot-grüne Mehrheit nur auf einen Fehler zurückzuführen ist.

Fehler passieren, dann werden sie behoben; das ist eigentlich ganz einfach. Aber diese Chance wurde in Köln vertan. Noch schlimmer als nichts zu tun, ist: Die SPD hat auch noch allerlei Ausreden, warum nicht ausgezählt werden kann. Wir haben den Spruch „Wer etwas ändern will, findet Wege, und wer etwas verhindern will, findet Gründe“ bereits in der letzten Ratssitzung mehrfach gehört, und er trifft auch hier zu.

Die schlimmste Verhinderungsaussage war, dass man die Wahlvorstände unter einen Generalverdacht stellen würde. Das ist eine derart perfide Idee; doch leider wurde sie in einem Artikel am 1. September in der *Rundschau* auch noch aufgegriffen. Es hat also Früchte getragen, was Sie gesagt haben. Mit dieser unsäglichen

Behauptung lenkten Sie allerdings vom eigentlichen Skandal ab. Sie haben nämlich kein Interesse daran, dass nachgezählt wird. Sie wollen also nicht wissen, wie der Bürgerwille, vor allem der in Rodenkirchen, aussieht. In jedem System können Fehler passieren, gerade da, wo Menschen am Werke sind; das ist so; Gott sei Dank sind es keine Roboter. Ich bin auch der Meinung, dass alle Wahlvorstände eine gute Arbeit gemacht haben und auf keinen Fall unter Generalverdacht gestellt werden dürfen.

Die nun angedachte Neuauszählung aller Stimmbezirke ist allerdings schon ein Schritt in eine Richtung, die wir aus rechtlichen und auch aus anderen Bedenken ablehnen. Wir wollen eine kleine Warnung hinzufügen, wenn Sie denn alles noch einmal auszählen: Nicht, dass die AfD noch 0,4 Prozent mehr hat und wir noch ein Ratsmandat dazugewinnen!

(Beifall bei der AfD)

Aber man stelle sich einmal vor, was passiert, wenn die Vermutungen der CDU richtig sind: Die ohnehin hauchdünne rot-grüne Mehrheit wäre dahin. Mehr noch, Ihr Vorsitzender verlöre sein Mandat. Da natürlich nicht sein kann, was nicht sein darf, soll das Nachzählen verhindert werden. Ihr Koalitionspartner scheint das ein bisschen anders zu sehen als Sie, wobei die Auszählung der Stimmen vermutlich bereits durch die Bezirksregierung wieder geschluckt wird. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Lieber Herr Ott, Sie sollten eigentlich den größten Wunsch verspüren, dass nachgezählt wird; denn Sie werden sich doch sicherlich auch fragen, was sich ganz Köln und auch ganz NRW fragt: Sitzen Sie hier gewählt oder nur verzählt? - Danke schön.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zu Herrn Hegenbarth von den Piraten.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich dachte schon, der Wahlkampf ist vorbei; aber ich glaube, ich kann hier schon ganz offiziell den Wahlkampf für den Oberbürgermeister einläuten. Das will ich hiermit tun.

Das leidige Kölner Sommertheater, auch Neuauszählung genannt, hat es nach dreimal Wahlprüfungsausschuss jetzt in den Stadtrat geschafft - mit der Empfehlung von CDU, Grünen und FDP für eine Neuauszählung. Kurz zu unserem Abstimmungsverhalten: Wir wären für eine Auszählung der strittigen Bezirke in Rodenkirchen und Nippes gewesen, sind aber gegen eine komplette Neuauszählung aller Stimmbezirke.

Neben all den Dingen, die hier schon aufgeführt worden sind, gibt es aus unserer Sicht noch einen weiteren ganz wichtigen Punkt: Ganz gleich, ob wir nun zwei-, drei- oder viermal eine komplette Neuauszählung durchführen, das endgültige Ergebnis wird immer geringfügig abweichen. Der Grund dafür ist, dass allein schon durch die unterschiedliche Bewertung der ungültigen Stimmen in vielen Einzelfällen dazu führen wird, dass es unterschiedliche Ergebnisse mit geringen Abweichungen geben wird.

(Beifall bei Lisa Gerlach [Piraten] sowie bei der AfD, der Linken und Teilen der SPD)

Uns Piraten tangiert eine solche Entscheidung de facto nicht direkt; die 0,7 Prozent für das dritte Mandat werden wir kaum hinkriegen.

Das Thema hat mich interessiert - ich bin auch bei den letzten beiden Ausschusssitzungen gewesen -, allerdings hat sich mein Eindruck durch Anwesenheit nicht besonders verbessert, stehen sich hier doch mindestens drei Interessen im Weg: der Wunsch, einige eventuell fragwürdige, aber in jedem Fall unliebsame Einzelergebnisse zu überprüfen, der Verlust der Ratsmehrheit sowie rechtliche, finanzielle und formale Einwände. Genau dieser Mix aus Machtinteresse, taktischen Überlegungen, Formalien und zögerlichen Entscheidungen hat dazu geführt, dass viele einfach nur noch genervt den Kopf schütteln und das Wort „Parteiverdrossenheit“ in dem Zusammenhang eben nicht nur von politischen Kommentatoren gebraucht wird.

Heute wird wohl nun mit den Stimmen von CDU, Grünen und FDP eine komplette Neuauszählung mehrheitlich im Rat beschlossen werden. Ich muss nicht über besonders hellseherische Fähigkeiten zu verfügen, um vorauszusagen, dass

dieser Beschluss des Rates in mehrfacher Hinsicht kassiert werden wird. Bundesregierung, AK und Landesregierung werden mit rechtlichen Mitteln gegen diesen Beschluss vorgehen, und wir können davon ausgehen, dass sie Recht bekommen, gibt es doch in dieser Tragweite so gut wie keinen vergleichbaren Fall, dass geringe Abweichungen in einzelnen Stimmbezirken mit sehr wenigen Stimmen eine Neuauszählung des gesamten Stadtgebietes gerechtfertigt haben.

Ich denke, uns hier sollte klar sein, dass dieses Sommertheater wie das altbekannte Hornberger Schießen ausgehen wird, oder auch nicht; denn die Diskussion um die Neuauszählung hat vorerst die Koalitionsgespräche weitestgehend platzen lassen und dabei die ganz wunderbare Idee der wechselnden Mehrheiten auf die Tagesordnung gesetzt.

(Beifall bei Lisa Gerlach [Piraten]· sowie bei der Linken.)

„Heureka!“, möchte man als humanistisch ausgebildeter, geneigter Pirat hier ausrufen, hat diese verfahrene Diskussion nun doch wirklich für etwas Neues und Nachhaltiges gesorgt. In dieser Situation haben Grüne und SPD - mit Sicherheit nicht ganz freiwillig - mit diesem Vorschlag ein Fass aufgemacht, das mehr als nur eine Übergangslösung sein kann, eine wahrlich echte Chance für Köln angesichts der vielen kommenden Reformen und Richtungsentscheidungen, die unsere Stadt für die nächsten Jahrzehnte prägen werden.

(Beifall bei Lisa Gerlach [Piraten] sowie bei der Linken.)

Was spricht dagegen, über den Termin der Wahl des neuen Oberbürgermeisters hinaus mit wechselnden Mehrheiten zu regieren? Was spricht dagegen, bei den kommenden Haushaltsentscheidungen, einer umfassenden Verkehrsreform, bei Fragen zur Wohnungsnot, zur Flüchtlingsunterbringung, zu einer echten Bürgerbeteiligung mit allen, auch uns Kleinen, zu sprechen und eben wechselnd zu entscheiden? - Danke.

(Beifall bei Lisa Gerlach [Piraten] sowie bei der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen dann zu Herrn Zimmermann für Deine Freunde.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal, auf der Tribüne und an den Bildschirmen!

(Zurufe: Oh!)

Kurz nach der diesjährigen Kommunalwahl erhielten Deine Freunde eine Mail einer verwunderten und wütenden Wählerin. Sie wohnt im Stimmbezirk 40310 - über den haben wir noch gar nicht gesprochen -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wird aber Zeit!)

und hatte bei der Ratswahl Deine Freunde gewählt. Neugierig, wie die Wahl ausgegangen ist, schaute sie am nächsten Tag im Internet nach und musste zu ihrer Verwunderung feststellen, dass Deine Freunde in ihrem Stimmbezirk zur Ratswahl 0 Stimmen erhalten hatte. Ihre eigene Stimme konnte sie also im Ergebnis nicht finden. Zudem wusste die Wählerin von drei weiteren Freunden aus ihrem Haus, die vorhatten, uns zu wählen. Bei der gleichzeitig stattfinden Bezirksratswahl hatten Deine Freunde im gleichen Stimmbezirk jedoch 14 Stimmen. Diese Wählerin bat uns, dass wir uns um eine Überprüfung des Ergebnisses bemühen sollten. Ihr Wahlverhalten betreffend wäre sie auch bereit gewesen, eine eidesstattliche Erklärung abzugeben.

Wir haben uns über diese Mail sehr gefreut, uns aber nach Rücksprache und längeren Überlegungen im Einvernehmen mit dieser Wählerin entschieden, nicht aktiv zu werden. Der Hauptgrund war für uns, dass diese 14 vielleicht verloren gegangenen Stimmen keinerlei Auswirkung auf die Zusammensetzung von Rat und Bezirksvertretung gehabt hätten.

Dieser Fall mag auf den ersten Blick für die heutige Debatte tatsächlich irrelevant erscheinen.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Ist er nicht!)

Im Kern geht es aber auch bei unserem Beispiel darum, wie sichergestellt werden kann, dass Stimmzettel korrekt ausgezählt und diese Ergebnisse korrekt protokolliert werden. In einem Telefonat begründete diese Wählerin ihre Enttäuschung folgendermaßen: Wenn ich schon wählen gehe, dann möchte ich, dass meine Stimme auch gezählt wird.

(Beifall bei Dr. Ute Symanski [Deine Freunde], der CDU und der FDP sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

SPD und Linke verweisen auf ihr Vertrauen in die ehrenamtlichen Wahlvorstände und betonen, wie wichtig es Ihnen ist, dass dieses Recht des Souveräns, also allen Wählerinnen und Wählern, seine Wahl selbst auszuzählen, unbeschädigt bleibt. Doch wer ist hier der Souverän? Es ist eben doch die Gesamtheit aller Wählerinnen und Wähler, es sind nicht die Wahlvorstände alleine. Der tatsächliche Wille der Wählerinnen und Wähler muss doch höher stehen als die vermeintlich angekratzte Ehre der Wahlhelfer.

Was tun bei vermuteten Fehlern? Es ist ja gar nicht so, dass die Entscheidungen der Wahlvorstände unumstößlich und unanfechtbar wären. Wähler und auch Parteien können Einsprüche einlegen und machen von diesem Recht auch regelmäßig Gebrauch. Es ist dann der Wahlprüfungsausschuss, der über diese Einsprüche entscheidet. Die Möglichkeit, Fehler zu korrigieren, ist in unserem Wahlrecht also angelegt und demnach keine generelle Verletzung der Souveränität der Wahlvorstände, sondern legitim.

(Beifall bei Dr. Ute Symanski [Deine Freunde], der CDU und der FDP)

Was den vermeintlichen Eingriff in die Souveränität angeht, an dieser Stelle noch Folgendes: Was passiert bei einer Überprüfung des Wahlergebnisses, etwa im Briefwahlbezirk 20874, Rodenkirchen? Es ist doch nicht so, dass hier eine Mehrheit der Politik dem Wahlvorstand ein neues, ihr genehmes Ergebnis diktiert. Es ist doch nicht gesagt, dass die CDU mit ihrer Vermutung recht hat.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Genau!)

Wenn keine Fehler passiert sind - davon gehen ja viele hier im Rat durchaus zu Recht aus -, wird das Ergebnis Bestand haben.

(Beifall bei Dr. Ute Symanski [Deine Freunde], der CDU und der FDP)

Sind Fehler passiert, muss das Ergebnis korrigiert werden. Dies verletzt dann aber nicht die Ehre der Wahlvorstände, sondern entspricht dem tatsächlichen Willen des eigentlichen Souveräns, der Wählerinnen und Wähler.

(Beifall bei Dr. Ute Symanski [Deine Freunde], der CDU und der FDP)

Natürlich müssen sich die Entscheidungen des Wahlprüfungsausschusses ebenfalls an Recht und Gesetz halten. Hier tun sich offensichtlich große Unterschiede in den Rechtsauffassungen auf. Die Grünen haben einen in sich schlüssigen Antrag auf komplette Neuauszählung vorgelegt. Sollte dieser Antrag jedoch rechtlich nicht zulässig sein, wäre es meines Erachtens nach der rechtlich sicherste und damit beste Weg, wieder zu den ursprünglichen und fristgerecht eingereichten Einsprüchen zurückzukehren.

Wir haben gelernt, dass statistische Auffälligkeiten allein kein Grund sein können, dem Antrag auf Neuauszählung der CDU zustimmen zu müssen. Aber Wahlprüfungsausschuss und Rat haben durchaus einen Ermessensspielraum, die Ergebnisse einzelner Stimmbezirke zu überprüfen. Davon sollten wir heute und in diesem Fall Gebrauch machen.

(Beifall bei Dr. Ute Symanski [Deine Freunde], der CDU und der FDP)

SPD und Linke ziehen sich leider hinter ihre Rechtsauffassungen zurück und sehen offensichtlich keinen Bedarf oder keine Notwendigkeit, konstruktive Anträge zu stellen mit dem Ziel, eine parteiübergreifende, einvernehmliche Lösung herbeizuführen.

Jörg, zu dem, was du gerade gesagt hast: Ihr hättet den Antrag ja durchaus einfach selbst stellen können.

Da es keine Pflicht gibt, Rodenkirchen neu auszuzählen, setzen Sie sich mit Ihrer Auffassung, die CDU später vor Gericht auflaufen zu lassen, aber auch dem Verdacht aus, die Zweifel am Rodenkirchner Ergebnis einfach aussitzen zu wollen. „Keine Überprüfung!“ stellt meines Erachtens einen wenig souveränen Umgang mit Zweifeln am festgestellten Wählerwillen dar.

Es geht heute nicht darum, der einen oder der anderen Partei einen Vorteil zu verschaffen; es geht um die Ermittlung und Feststellung eines korrekten Wahlergebnisses, egal welche Konsequenzen dies für die Zusammensetzung des Rates hat. Der Verdacht, dass Wähler, die eine Partei gewählt haben, einer anderen zugeordnet werden, darf nicht im Raum stehen bleiben. Daher werden Deine Freunde Anträge, die eine Überprüfung zum Ziel haben, unterstützen.

(Beifall bei Dr. Ute Symanski [Deine Freunde], der CDU und der FDP sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Einen Änderungsantrag zum Antrag der CDU wollen wir noch einbringen. Wir bitten darum, dass auch der Nippeser Stimmbezirk 50116 in die neu auszuzählenden Stimmbezirke mit aufgenommen wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei Dr. Ute Symanski [Deine Freunde], der CDU und der FDP sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen zu Herrn Wiener, danach Herr Henseler.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da sich hier jetzt alle an dieser Diskussion rege beteiligen, will sich pro Köln selbst auch nicht ausschließen. Wir werden uns hier den Grünen und der CDU anschließen. Wir werden also auch für eine komplette Neuauszählung der Kommunalwahl stimmen. Doch an die CDU und an die Grünen gerichtet: Vorsicht! Pro Köln liegt näher am dritten Mandat, als Ihnen vielleicht lieb sein kann. Nicht, dass Sie hier noch ein Wiedersehen mit einem alten Bekannten feiern! Das wollte ich nur mal am Rande erwähnen.

Jetzt ein bisschen ernsthafter. Eine Sache, die vorher nur am Rande angeschnitten, dann aber gleich wieder als Tabuthema quasi weggeschoben wurde, betrifft die Möglichkeit, dass nicht nur Fehler passieren, sondern eventuell einzelne Personen tatsächlich auch bewusst bei der Auszählung Manipulationen herbeiführen. Ich finde es falsch, dass man diese Möglichkeit von vornherein völlig ausblendet und sozusagen ein Tabu über dieses Thema legt.

Wir haben uns die Ergebnisse auch einmal näher angeguckt. Dabei ist uns aufgefallen, dass in manchen Wahllokalen, wo pro Köln eher unterdurchschnittlich abgeschnitten hat, die Zahl der ungültigen Stimmen relativ hoch war. Das ist eine Konstellation, die eventuell nichts zu sagen hat oder aber vielleicht doch etwas zu sagen hat. Man sollte diese Möglichkeit nicht völlig ausblenden.

Ich möchte auch daran erinnern, dass das durchaus auch schon in einem größeren Rahmen vorgekommen ist, nämlich bei der bayerischen Landtagswahl 1990. Ich weiß nicht, inwiefern das hier in diesen Regionen damals zur Kenntnis genommen wurde. Es gibt dazu eine letztinstanzliche Rechtsprechung, dass damals die Republikaner um einige Hundert Stimmen manipulativ unter die 5-Prozent-Hürde gedrückt wurden. Wie gesagt, dazu gibt es eine letztinstanzliche Rechtsprechung. Damals ist das vorgekommen, sogar in einem größeren Rahmen, nämlich bei einer Landtagswahl.

Es gehört zu einem System, wo Menschen arbeiten, dazu, dass auch so etwas vorkommen kann. Deswegen begrüße ich es auch, dass man, wenn das hier wirklich durchgeführt wird, jetzt die Probe aufs Exempel machen kann.

In einem Punkt sollte man in Köln wirklich selbstkritisch überlegen, ob die Vorgehensweise wirklich so klug ist, dass sich ganze Wahlvorstände geschlossen melden können - das wurde ja vorher auch schon angesprochen -, dass also nicht nur fremde Personen zusammenkommen in einem Wahlvorstand, wo sozusagen schon die soziale Kontrolle dafür sorgt, dass Manipulationen so gut wie unmöglich sind. Nein, in Köln gibt es extra Prämien dafür, wenn sich ganze Freundeskreise, Bekanntenkreise, Vereinskollegen - wer weiß: Parteikameraden? - für einen Wahlvorstand geschlossen melden. Ich verstehe nicht, warum so etwas auch noch mit Prämien belohnt wird. Klar, die offizielle Begründung ist: Wir bekommen so schlecht Wahlhelfer; es ist alles so schwierig. Nur, es liegt doch auf der Hand, dass man leichtfertig die soziale Kontrolle weggibt, wenn sich hier geschlossen Freundes- und Bekanntenkreise oder Vereinskameraden für einen Wahlvorstand melden können. Das ist eine große Gefahr. Auch das sollte man grundsätzlich überdenken. Es ist doch kein Muss, das so zu handhaben. Meines Wissens ist es auch erst bei der letzten Kommunalwahl, also 2009, eingeführt worden, dass man hier mit einem Prämiensystem genau das auch noch unterstützt.

Ich will hoffen, dass wir, wenn ausgezählt wird, keinerlei Manipulationen entdecken. Aber, meine Damen und Herren - damit will ich zum Schluss kommen -, das ist auch mit ein Grund dafür, warum pro Köln heute für eine Neuauszählung stimmen wird. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Abschließend kommen wir zu Herrn Henseler.

Andreas Henseler (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass diese Diskussion, die wir heute hier geführt haben, in der Öffentlichkeit schlicht und einfach nicht verstanden wird. Sie können völlig sicher sein: Wenn es an den Bildschirmen Leute gibt, die dieser Diskussion folgen, werden sie das Gefühl haben, dass das, was hier debattiert wird, mit ihrer Lebenswirklichkeit, mit ihrem Empfinden nichts mehr zu tun hat. Ich halte es für ein großes Problem, meine Damen und Herren, dass sich Politik inzwischen so weit davon entfernt, was die Leute denken. Man kann ja hin und wieder mit Leuten zusammenkommen und das nachvollziehen. Dass sich Politik so weit davon entfernt, halte ich für das eigentliche Resultat dieser Debatte, die mit dem Wahltermin begonnen hat.

Ich fände es gut, wenn wir das noch korrigieren könnten, und ich glaube, wir können das korrigieren. Herr Zimmermann zum Beispiel hat hier etwas vorgeschlagen. Wir haben eine noch ergebnisoffene Diskussion. Wir können das korrigieren. Wir können sozusagen als Souverän genau wie der Wahlausschuss mit einfacher Mehrheit den Kreiswahlleiter beauftragen, das Problem aus der Welt zu schaffen. Ein ganz einfaches Problem. Wir haben hier eine völlig ergebnisoffene Diskussion. Die Frage ist nur, ob wir das wollen.

Wir könnten den Kreiswahlleiter jetzt bitten, die Auszählung vorzunehmen. Ich weiß nicht, ob er in Kürze in der Lage ist, die zwei Stimmbezirke und von mir aus auch noch die Stimmbezirke, bei denen die Grünen Unregelmäßigkeiten verortet haben, herbeizuholen. Wir könnten die Stimmzähler beauftragen, unter Aufsicht des Kreiswahlleiters im Nebenraum auszuzählen, und hätten bis zum Ende der Tagesordnung ein Ergebnis.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ja, so einfach ist das. Wir hätten ein Ergebnis. Stattdessen werden alle möglichen Argumente vorgetragen. Dazu ist hier auch schon vieles gesagt worden.

Ich will nur zu einem Argument etwas sagen, nämlich zu dem, was Herr Frank hier vorgetragen hat. Es wird immer dann, wenn man unzufrieden mit einer Entwicklung ist, eine Kampagne in den Medien als Ursache für die Fehlentwicklungen herangezogen. Ich glaube nicht, dass das eine Kampagne in den Medien ist oder dass es überhaupt eine Kampagne ist, die uns in diese Situation geführt hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das hat damit überhaupt nichts zu tun. Ich bin der Auffassung, dass eine öffentliche Debatte, ein Diskurs in der Stadt, in der Zivilgesellschaft natürlich nicht ohne Rückwirkungen auf die Gremien dieses Rates ist. Deswegen haben Sie recht gehandelt, Herr Frank, als Sie in Ihrer Fraktion das Gegenteil dessen beschlossen haben, was Sie in der ersten Wahlausschusssitzung beschlossen haben. Das war richtig. Ich finde es richtig, dass man seine Meinung korrigiert. Ja! Sie brauchen es nur noch einmal zu tun, nämlich hier und heute.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dann sind Sie sozusagen wieder an der richtigen Stelle.

Deswegen mein Appell: Lassen Sie nicht zu, dass das Ganze an die Juristen übergeben wird,

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Haben Sie Misstrauen gegenüber Juristen?)

sondern sorgen Sie dafür, dass das mit den Möglichkeiten bearbeitet wird, die wir hier haben! Sobald das an die Juristen übergeben wird, meine Damen und Herren - - Das ist alles richtig; das ist ein vergleichsweise kleines Problem. Ich habe überhaupt keine Schwierigkeiten damit, komplexe Schwierigkeiten, die es in der Politik gibt, oder komplexe Konflikte von Juristen bearbeiten zu lassen. Dies hier ist aber kein komplexer Konflikt. Er wird zu einem komplexen Konflikt gemacht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn er bei den Juristen landet, werden Sie über anderthalb Jahre, womöglich noch länger zu keinem Ergebnis kommen. Deswegen werden die Freien Wähler den Antrag unterstützen, zu einer Auszählung zu kommen, und zwar der genannten Stimmbezirke. Wir als Freie Wähler lehnen eine Neuauszählung ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei Bernd Petelkau [CDU])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Henseler. - Damit sind wir am Ende dieser Debatte. Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich Herrn Frank bitten - da ja nicht auszuschließen ist, dass die Dinge auch noch gerichtlich überprüft werden -, seinen Antrag, den er eben vorgetragen hat, noch einmal zu formulieren, damit er entsprechend zu Protokoll genommen werden kann.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Der Antrag, den ich eben eingebracht habe, ist ein Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage 2810/2014, die heute Mittag eingetroffen ist und die die Überschrift trägt: „Wahl des Rates am 25. Mai 2014 - Wahlprüfungsverfahren gemäß §§ 39 ff KWahlG“.

Der folgende Änderungsantrag soll den gesamten Beschlusstext ersetzen. Dieser Antrag lautet:

> Der Rat beschließt und beauftragt die Verwaltung, das Ergebnis der Wahl des Rates der Stadt Köln vom 25. Mai 2014 komplett zu überprüfen, indem alle 1 024 Stimmbezirke erneut ausgezählt werden.

Das ist der Beschlusstext. Wie gesagt: Er soll die Beschlussvorlage, die ich eben zitiert habe, ersetzen, und zwar komplett.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das ist uns jetzt klar. Deswegen kommen wir jetzt zur Abstimmung über diesen Ersetzungsantrag. Ich bitte um Aufmerksamkeit.

(Unruhe)

Der Herr Stadtdirektor hat mich gerade darauf hingewiesen, dass aus der Vorlage der Verwaltung erkennbar ist, dass ein solcher Beschluss rechtswidrig ist - das haben wir formuliert; das liegt Ihnen vor - und dieser dann natürlich auch beanstandet werden wird. Ich sage das unter Hinweis auf die Meinungsbildung, die jetzt Ihrerseits getroffen wird.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Ersetzungsantrag ist, der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gerade formuliert ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wir zählen jetzt sehr sorgfältig und genau aus. Das ist die Fraktion die Grünen, das ist die Fraktion der CDU, das ist die Fraktion der FDP, das ist die Gruppe pro Köln. Gibt es - -

(Zurufe: Und Herr Henseler - Weitere Zurufe)

- Ich kann das von hier aus schlecht erkennen. - Hinzu kommen Herr Henseler und Deine Freunde; auch sie stimmen dem Antrag zu. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist diesem Ersetzungsantrag zugestimmt.

Beschluss in der Fassung des mündlich vorgetragenen Ersetzungsantrages von Ratsmitglied Frank:

Der Rat beschließt und beauftragt die Verwaltung, das Ergebnis der Wahl des Rates der Stadt Köln vom 25.05.2014 komplett zu überprüfen, indem alle 1024 Stimmbezirke erneut ausgezählt werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Gruppe pro Köln, der Gruppe Deine Freunde und Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich weise darauf hin: Da es sich um einen Vorschlag auf Gesamtauszählung handelt und der Innenminister als oberste Kommunalaufsicht deutlich gemacht hat, dass er ein solches Vorgehen für rechtswidrig hält, kündige ich bereits jetzt an, dass ich in Abstimmung mit der Bezirksregierung diesen Beschluss beanstanden werde.

Wir kommen zu den weiteren Einzeleinsprüchen.

Zu 10.19.1:

10.19.1 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW der CDU-Köln vom 18.06.2014, mit den Ergänzungen vom 26.06.2014 und 03.07.2014
1982/2014

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/1211/2014

> (Dr. Ralph Elster [CDU]: Der Herr Stadtdirektor möchte noch etwas zur Klarheit beitragen!)

- Nein, wir machen das jetzt so. - Herr Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In Konsistenz zu

unserem Vortrag im Wahlprüfungsausschuss stellen wir hier jetzt noch einmal den Antrag, die infrage stehenden Stimmbezirke, die in dem Einspruch der CDU Köln aufgeführt sind, durch Einzelauszählung auszuzählen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Und den von Nippes!)

- Genau, auch den Nippeser Stimmbezirk. Dazu kam ja auch ein Änderungsantrag von Deine Freunde. Der Nippeser Stimmbezirk, der da in Rede steht, ist der Stimmbezirk 50116. Er soll mit enthalten sein.

(Jochen Ott [SPD]: Ihr habt doch gerade beschlossen, dass alles ausgezählt werden soll! - Zuruf von Stadtdirektor Guido Kahlen)

- Herr Stadtdirektor, Sie stellen hier doch den Einspruch zur Abstimmung, oder Sie ziehen diese Vorlage zurück und warten ab, bis wir irgendwann über das Wahlprüfungsergebnis insgesamt abstimmen. Wenn Sie das jetzt hier zur Abstimmung stellen, stellen wir diesen Änderungsantrag.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay, alles klar. - Ich gebe dem Herrn Stadtdirektor das Wort.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben eben eine Komplettnachzählung aller 1 024 Stimmbezirke - das sind 800 Stimmbezirke und 224 Briefwahlbezirke - beschlossen; nach Auffassung der Verwaltung: rechtswidrig. Nach meiner Einschätzung haben Sie damit die Behandlung der Einsprüche zurückgestellt, zumal Sie von der CDU im Wahlprüfungsausschuss schon einmal beantragt haben, 21 Stimm- bzw. Wahlbezirke nachzuzählen. Das ist damals mehrheitlich abgelehnt worden. Aber nach meiner Einschätzung sind durch den Beschluss, den Sie eben gefasst haben, die Behandlung der Einsprüche und auch die Frage der Gültigkeitsfeststellung nicht mehr auf der Tagesordnung.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das meine ich ja! Aber der Oberbürgermeister hat den Tagesordnungspunkt aufgerufen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Wenn Sie das ebenso sehen wie der Herr Stadtdirektor, dann - -

(Bernd Petelkau [CDU]: Nein, Herr Oberbürgermeister! Darf ich?)

- Ja, bitte.

Bernd Petelkau (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben hier jetzt folgende Situation: Wenn Sie diesen Beschluss, den wir gerade gefasst haben, beanstanden und es daraufhin eine gerichtliche Prüfung gibt und das Gericht hinterher - sagen wir mal, in einem Jahr - feststellt, dass eine Gesamtauszählung nicht möglich ist, dann werden Sie die Einsprüche noch einmal vorlegen, und wir werden noch einmal ein Jahr über die Teilauszählung diskutieren. Ich glaube, ein solches Verfahren ist dem Bürger gar nicht mehr zu vermitteln. Deshalb mein Vorschlag: Um das Verfahren zu beschleunigen, einfach damit wir schnell Klarheit in dieser Stadt haben, ob eben die Gesamtauszählung oder eine Teilauszählung rechtens ist, sollten wir die Punkte heute aufrufen, und wir stellen die entsprechenden Änderungsanträge zusätzlich, sodass auch die Einspruchsteller Klarheit darüber haben und das auch gerichtlich klären lassen können. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wenn dem so ist, dass Sie das wünschen, sind das im Grunde ergänzende Anträge zur Gesamtauszählung, die Sie gerade als solche beschlossen haben. Diese Anträge stellen Sie vorsorglich für den Fall, dass Ihr Beschluss aufgehoben wird. Okay. Das war ja auch meine Zielsetzung; darum hatte ich den Punkt ja aufgerufen. - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Nein, Herr Oberbürgermeister. Jetzt sind *Sie* Oberbürgermeister. Jetzt müssen *Sie* entscheiden. Der Stadtdirektor hat hier gesagt, dass das nicht mehr auf der Tagesordnung steht. Die CDU vertritt dazu eine andere Meinung. Jetzt sind Sie derjenige, der die Verwaltungsmeinung herstellt. Was machen wir

jetzt? Sind sie noch auf der Tagesordnung oder nicht?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut. Wenn Sie genau zugehört hätten: Ich habe gerade auf den Einwurf von Herrn Petelkau gesagt, wir behandeln im Hinblick auf die Frage „Wie geht das Ergebnis Gesamtauszählung aus?“ vorsorglich jetzt auch die Einzelansprüche und lassen darüber abstimmen unter Zugrundelegung der Änderungsanträge, die vonseiten der CDU eingebracht worden sind.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über 10.19.1 - ich bitte noch einmal um Aufmerksamkeit; es geht jetzt um die Einzeleinsprüche - in der Fassung des Änderungsantrags der CDU vom heutigen Tage

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Da fehlt jetzt noch der 50116! Den haben Deine Freunde noch eingebracht! - Martin Börschel [SPD]: Wer hat noch nicht, wer will noch mal?)

plus - das sage ich hier auch noch einmal zu Protokoll - 50116, der von Deine Freunden eingebracht worden ist. Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dafür ist, bitte ich um das Handzeichen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Geht es jetzt um den CDU-Antrag?)

- Es geht nur um 10.19.1.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Für den CDU-Antrag, oder?)

- Ja, um den CDU-Antrag.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Es geht um den Änderungsantrag!)

- Ja, es geht um den Änderungsantrag der CDU. - Wer ist dafür? - Das ist die CDU, das ist die FDP, das ist pro Köln, das ist AfD, das sind Deine Freunde und Herr Henseler. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Piraten ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Zuruf von der CDU: Jetzt müssen Sie noch mal über den Einspruch abstimmen)

Stadtdirektor Guido Kahlen: Ich darf noch einmal klarstellen: Die CDU hatte beantragt, den Antrag auf Nachzählung in insgesamt 22 Stimm- bzw. Briefwahlbezirken an den Wahlprüfungsausschuss zurückzuverweisen und dort die dazugehörigen Umschläge - es ist nicht nur einer, sondern das sind mehrere - zu öffnen und nachzuzählen. Das war der Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Um es noch einmal klarzustellen! Das hatte nichts zu tun mit der Frage „Wie wird der Einspruch abschließend behandelt?“, sondern das war nur ein Zurückverweisen in den genannten Ausschuss.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Jetzt wird der Einspruch als solcher behandelt. - Wer dafür ist, dass der Einspruch unter 10.19.1 zurückgewiesen wird,

(Martin Börschel [SPD]: Wie Vorlage!)

- wie Vorlage -, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der SPD, das ist die Fraktion Die Grünen, das ist die Fraktion Die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung der FDP und der Piraten ist der Vorlage zugestimmt.

Beschlüsse

I. Beschluss gemäß modifiziertem Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

In der Wahlprüfungssache betreffend den Wahleinspruch von

Herrn Bernd Petelkau, Vorsitzender der CDU Köln, und von

Herrn Volker Meertz, Geschäftsführer der CDU Köln

als Einspruchsführer,

vom 18. Juni 2014, eingegangen am 23. Juni 2014, ergänzt durch ein Schreiben vom 26. Juni 2014, eingegangen am gleichen Tag, sowie durch ein Schreiben vom 03. Juli 2014, eingegangen am gleichen Tag, gegen die Gültigkeit der Rats- und Bezirksvertretungswahl in Köln am 25. Mai 2014 verweist der Rat die Sache zurück in den Wahlprüfungsausschuss und beauftragt diesen, durch Prüfung und Einsichtnahme in die versiegelten Wahlunterlagen der Stimmbezirke 50116, 90523, 80102, 71603, 80304, 50614, 30225, 30602, 60202, 61201, 70605 und 71001 sowie der Briefwahlstimmbezirke 10479, 20874, 30275, 30280, 30572, 30773, 61272, 70172,

70672 und 90573 die vorgetragenen Zweifel an den Wahlergebnissen auszuräumen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion sowie gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln, der Gruppe Deine Freunde und gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage:

In der Wahlprüfungssache betreffend den Wahleinspruch von

Herrn Bernd Petelkau, Vorsitzender der CDU Köln, und von

Herrn Volker Meertz, Geschäftsführer der CDU Köln

als Einspruchsführer,

vom 18. Juni 2014, eingegangen am 23. Juni 2014, ergänzt durch ein Schreiben vom 26. Juni 2014, eingegangen am gleichen Tag, sowie durch ein Schreiben vom 03. Juli 2014, eingegangen am gleichen Tag, gegen die Gültigkeit der Rats- und Bezirksvertretungswahl in Köln am 25. Mai 2014 beschließt der Rat:

Der Wahleinspruch ist unzulässig. Der Wahleinspruch ist daher zurückzuweisen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und der Gruppe Piraten zugestimmt.

Anmerkung:
Die CDU-Fraktion übernimmt den mündlich vorgetragenen Änderungsantrag von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) den Stimmbezirk 50116 in die Überprüfung mit einzubeziehen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu 10.19.2:

10.19.2 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Jürgen Ernst Hass vom 12.06.2014
1997/2014

Dazu gibt es keinen Änderungsantrag der CDU. Deswegen können wir direkt abstimmen. Wer für die Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD, das sind die Grünen, das ist die CDU, das sind Die Linke und die FDP, das ist pro Köln, das ist die AfD, das sind Deine Freunde und die Piraten sowie Herr Henseler; also einstimmig.

Beschluss:

In der Wahlprüfungssache betreffend den Wahleinspruch des

Herrn Prof. Jürgen Ernst Hass, Jose Domingo Ocampos, Paraguay, Einspruchsführer,

vom 12.06.2014, beim Wahlleiter am 17.06.2014 eingegangen, gegen die Gültigkeit der Kommunalwahl in Köln am 25. Mai 2014 beschließt der Rat:

Der Wahleinspruch ist unzulässig. Der Wahleinspruch wird zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu 10.19.3:

10.19.3 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Udo Peter Stodden vom 30.05.2014
1998/2014

Dazu gibt es auch keinen Änderungsantrag. Wer gegen diese Verwaltungsvorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

In der Wahlprüfungssache betreffend den Wahleinspruch der Frau Ruth Stodden, sowie des Herrn Udo Kaspar Stodden, Köln, vertreten

durch Herrn Udo Peter Stodden, Einspruchsführer,

vom 02.06.2014, beim Wahlleiter, Herrn Stadtdirektor Guido Kahlen, am selben Tag eingegangen, gegen die Gültigkeit der Rats- und Bezirksvertretungswahl in Köln am 25. Mai 2014, beschließt der Rat:

Der Wahleinspruch ist unzulässig. Der Wahleinspruch wird zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu 10.19.4:

10.19.4 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Manfred Wehrhahn vom 26.05.2014
1999/2014

Ebenfalls kein Änderungsantrag. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

In der Wahlprüfungssache betreffend den Wahleinspruch des

Herrn Manfred Wehrhahn, Köln, Einspruchsführer,

vom 26.05.2014, beim Wahlleiter am 30.05.2014 eingegangen, gegen die Gültigkeit der Rats- und Bezirksvertretungswahl in Köln am 25. Mai 2014, beschließt der Rat:

Der Wahleinspruch ist unbegründet. Der Wahleinspruch wird zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu 10.19.5:

10.19.5 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Frau Alexandra Gräfin von Wengersky vom 02.07.2014
2016/2014

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/1212/2014

Da stimmen wir zunächst über den Änderungsantrag der CDU ab.

(Ralph Elster [CDU]: Da muss wieder Nippes eingefügt werden: 50116!)

- Ja, plus Nippes 50116, auf Antrag der CDU. - Darüber stimmen wir jetzt ab. Wer für den Änderungsantrag der CDU ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die CDU, das ist die FDP, das ist die AfD, das ist pro Köln, das sind Herr Henseler sowie Deine Freunde. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Piraten ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Vorlage. Wer gegen die Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die FDP, die AfD, Deine Freunde und Herr Henseler. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Vorlage so zugestimmt.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß modifiziertem Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

In der Wahlprüfungssache betreffend den Wahleinspruch von

Frau Alexandra Gräfin von Wengersky

als Einspruchsführerin,

vom 02. Juli 2014, eingegangen am 03. Juli 2014, gegen die Gültigkeit der Rats- und Bezirksvertretungswahl in Köln am 25. Mai 2014 verweist der Rat die Sache zurück in den Wahlprüfungsausschuss und beauftragt diesen, durch Prüfung und Einsichtnahme in die versiegelten Wahlunterlagen der Ratswahlstimmbezirke 50116, 90523, 80102, 71603, 80304 sowie des Briefwahlstimmbezirkes 20874 die vorgetragenen Zweifel an den Wahlergebnissen auszuräumen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion sowie gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln, der Gruppe Deine Freunde und gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage:

In der Wahlprüfungssache betreffend den Wahleinspruch von

Frau Alexandra Gräfin von Wengersky

als Einspruchsführerin,

vom 02. Juli 2014, eingegangen am 03. Juli 2014, gegen die Gültigkeit der Rats- und Bezirksvertretungswahl in Köln am 25. Mai 2014 beschließt der Rat:

Der Wahleinspruch ist unzulässig. Der Wahleinspruch ist daher zurückzuweisen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe Deine Freunde sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Anmerkung:
Die CDU-Fraktion übernimmt den mündlich vorgetragenen Änderungsantrag von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) den Stimmbezirk 50116 in die Überprüfung mit einzubeziehen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu 10.19.6:

10.19.6 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Florian Brovot vom 03.07.2014
2017/2014

Dazu gibt es keine Änderungsvorschläge. Wer ist dagegen? - CDU, FDP, Herr Henseler, AfD, Deine Freunde. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

In der Wahlprüfungssache betreffend den Wahleinspruch von

Herrn Florian Brovot

als Einspruchsführer,

vom 03. Juli 2014, eingegangen am 04. Juli 2014, gegen die Gültigkeit der Rats- und Bezirksvertretungswahl in Köln am 25. Mai 2014 beschließt der Rat:

Der Wahleinspruch ist unzulässig. Der Wahleinspruch ist daher zurückzuweisen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe Deine Freunde sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu 10.19.7:

10.19.7 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Wasilis Pavegos vom 02.07.2014
2018/2014

Auch dazu gibt es keine Änderungen. Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der FDP, der CDU, der AfD, von Herrn Henseler und Deine Freunde. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

In der Wahlprüfungssache betreffend den Wahleinspruch von

Herrn Wasilis Pavegos

als Einspruchsführer,

vom 02. Juli 2014, eingegangen am 04. Juli 2014, gegen die Gültigkeit der Rats- und Bezirksvertretungswahl in Köln am 25. Mai 2014 beschließt der Rat:

Der Wahleinspruch ist unzulässig. Der Wahleinspruch ist daher zurückzuweisen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe Deine Freunde sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu 10.19.8:

10.19.8 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz NRW von Herrn Martin Erkelenz vom 03.07.2014
2020/2014

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/1213/2014

Wer für den Änderungsantrag der CDU ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die CDU, das ist die AfD, das sind Deine Freunde sowie Herr Henseler. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der FDP ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Ursprungsvorlage der Verwaltung. Wer ist gegen die Vorlage der Verwaltung? - Das ist die CDU, das sind die AfD, Herr Henseler und Deine Freunde. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der FDP ist dem so zugestimmt.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

In der Wahlprüfungssache betreffend den Wahleinspruch von

Herrn Martin Erkelenz

als Einspruchsführer,

vom 03. Juli 2014, eingegangen am 03. Juli 2014, gegen die Gültigkeit der Wahl der Bezirksvertretung Nippes in Köln am 25. Mai 2014 verweist der Rat die Angelegenheit zurück in den Wahlprüfungsausschuss und beauftragt diesen, durch Prüfung und Einsichtnahme in die versiegelten Wahlunterlagen des Stimmbezirks 50614 für die Wahl der Bezirksvertretung die vorgetragenen Zweifel an den Wahlergebnissen auszuräumen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der AfD-Fraktion sowie gegen die Stimmen der Gruppe Deine Freunde und gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt.

II. Beschluss:

In der Wahlprüfungssache betreffend den Wahleinspruch von

Herrn Martin Erkelenz

als Einspruchsführer,

vom 03. Juli 2014, eingegangen am 03. Juli 2014, gegen die Gültigkeit der Wahl der Bezirksvertretung Nippes in Köln am 25. Mai 2014 beschließt der Rat:

Der Wahleinspruch ist unzulässig. Der Wahleinspruch ist daher zurückzuweisen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der AfD-Fraktion sowie gegen die Stimmen der Gruppe Deine Freunde und gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen abschließend zu 10.19.9:

10.19.9 Kommunalwahl 2014 - Feststellung der Gültigkeit der Rats-, Bezirksvertretungs- und Integrationsratswahl in Köln am 25.05.2014 gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) in Verbindung mit § 46a Kommunalwahlgesetz
2050/2014

Bitte, Herr Frank.

Jörg Frank: 10.19.9 betrifft ja die Feststellung des Wahlergebnisses. Dazu beantragen wir, diese Feststellung einstweilen zu vertagen, also heute nicht vorzunehmen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Das leuchtet ein. - Wer für diesen Antrag der Grünen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, das ist die CDU, das ist die FDP, das ist die AfD, das sind Deine Freunde, die Piraten und Herr Henseler. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen.

Ja, bitte.

Roger Beckamp (AfD): Ganz kurz der Hinweis seitens der AfD: Bei uns gibt es keinen Fraktionszwang oder wie man es nennen möchte. Al-

so: Wenn ich nicht die Hand hebe, bin ich nicht dafür, die anderen aber vielleicht schon. Wenn Sie das bitte in den Blick nehmen würden! - Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Den werde ich demnächst schärfen.

(Martin Börschel [SPD]: Mach doch ein Schild und halte es hoch!)

Das hat im Augenblick allerdings auf das Gesamtergebnis keinen Einfluss. Damit ist der Punkt 10.19.9 abgelehnt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, vertagt!)

- Ja, vertagt in dem Sinne, dass er nicht beschlossen ist.

Beschluss:

Gemäß Antrag von Ratsmitglied Frank beschließt der Rat, die Beschlussfassung über diese Angelegenheit zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe Piraten, der Gruppe Deine Freunde sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit sind wir am Ende der Diskussion zum Thema Wahlprüfung angekommen und setzen unsere Beratungen mit der Behandlung der weiteren Tagesordnungspunkte fort.

Zu Tagesordnungspunkt 10.20:

10.20 Betrauung der KölnKongress GmbH mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse
2641/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir abstimmen. Wir stimmen ab wie Finanzausschuss.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat betraut die KölnKongress Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse nach Maßgabe des als Anlage 1 beigefügten öffentlichen Betrauungsakts. Die Betrauung tritt zum 01.01.2015 in Kraft.

Der Rat weist die Vertreterin bzw. den Vertreter des Gesellschafters Stadt Köln – eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der KölnKongress GmbH an, die Umsetzung des Betrauungsakts in der KölnKongress GmbH sicherzustellen, insbesondere durch Beschlussfassung in deren Gesellschafterversammlung. Ebenso wird die Betriebsleitung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln der Stadt Köln aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen die Umsetzung des Betrauungsakts in der KölnKongress GmbH sicherzustellen, insbesondere durch Anweisungen an die Geschäftsführung der KölnKongress GmbH über den Organschaftsvertrag vom 17.05.1994, geändert durch Nachtrag vom 18.11./27.11.2013.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

10.21 Jahresabschlüsse 2008 bis 2011
2736/2014

Wir stimmen ab wie Finanzausschuss, geänderte Fassung.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so wie im Finanzausschuss beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Finanzausschusses aus seiner Sitzung am 29.09.2014:

Der Rat beschließt, den Rechnungsprüfungsausschuss mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2011 gemäß § 101 Gemeindeordnung zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.22:

10.22 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2012 - Beteiligungsbericht 2012 - 2401/2014

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt den Beteiligungsbericht 2012 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.23:

10.23 Kölner Sportstätten GmbH: Übernahme einer Bürgschaft für Baumaßnahmen im Südstadion 2815/2014

Da alle Fragen inzwischen behandelt sind, frage ich: Gibt es noch Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich damit einverstanden, dass die Stadt Köln zugunsten der Kölner Sportstätten GmbH modifizierte Ausfallbürgschaften für Darlehen zur Finanzierung von Baumaßnahmen im Südstadion (3.Liga Tauglichkeit, vgl. Begründung der Vorlage) übernimmt. Es werden Darlehen von maximal 910.000,00 Euro zu 80 % verbürgt. Somit können Bürgschaften von max. 728.000,00 Euro übernommen werden.

Bei der Aufnahme der Darlehen sind die jeweils am Kapitalmarkt günstigsten Konditionen zugrunde zu legen. Die Bürgschaft ist nur zu banküblichen Konditionen zu vergeben, d. h. ein etwaiger Wettbewerbsvorteil der Kölner Sportstätten GmbH aus der Bürgschaftsgewährung wird über die Erhebung eines Bürgschaftsentgelts abgeschöpft.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu Tagesordnungspunkt 11.1:

11.1 125. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 5, Köln-Nippes Arbeitstitel: Neuordnung ehemaliger Rangierbahnhof Köln-Nippes (Rbf K-Nippes) hier: Feststellungsbeschluss 1573/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat

1. stellt fest, dass im Rahmen der Offenlage gegen die 125. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) von den Trägern öffentlicher Belange sowie Bürgern keine FNP-relevanten Anregungen vorgebracht wurden;

2. stellt die 125. Änderung des FNP — Arbeitstitel: Neuordnung ehemaliger Rangierbahnhof Köln-Nippes (Rbf K-Nippes)— mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch als Anlage beigefügten Begründung und Umweltbericht fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 11.2:

11.2 194. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk Mülheim

Arbeitstitel: Euroforum Nord in Köln-Mülheim
hier: Feststellungsbeschluss
2266/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat

1. stellt fest, dass gegen die 194. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) von den Trägern öffentlicher Belange sowie Bürgern keine Anregungen vorgebracht wurden;

2. stellt die 194. Änderung des FNP —Arbeitstitel: Euroforum Nord in Köln-Mülheim— mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch als Anlage beigefügten Begründung fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 11.3:

11.3 193. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 9, Köln-Mülheim
Arbeitstitel: Hinterlanderschließung an der Kochwiesenstraße in Köln-Holweide
hier: Feststellungsbeschluss
1941/2014

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat

1. stellt fest, dass gegen die 193. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) von den Trägern öffentlicher Belange sowie Bürgern keine Anregungen vorgebracht wurden;

2. stellt die 193. Änderung des FNP —Arbeitstitel: Hinterlanderschließung an der Kochwiesenstraße in Köln-Holweide— mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch als Anlage beigefügten Begründung fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe auf:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 68479/04
Arbeitstitel: Am Botanischen Garten in Köln-Riehl
1120/2014

Herr Houben hat erklärt, dass er sich hier befangen sieht.

(Reinhard Houben [FDP] begibt sich zum Ausgang des Ratssaales)

- Sie brauchen nicht vor die Tür zu gehen.

Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion der CDU. Wer enthält sich? - Es gibt keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Bebauungsplan 68479/04 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet zwischen dem Riehler Gürtel, der Stammheimer Straße, der Nordgrenze des Botanischen Gartens und der Amsterdamer Straße in Köln-Riehl —Arbeitstitel: Am Botanischen Garten in Köln-Riehl— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion - zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Houben nimmt an der Beratung und der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.2:

12.2 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 67490/08
Arbeitstitel: Drosselweg/Finkenplatz in Köln-Niehl
1245/2014

Wer ist dagegen? - Die CDU. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das gegen die Stimmen der CDU so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Bebauungsplan 67490/08 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet der Grundstücke beidseits des Niehler Kirchweges zwischen Friedrich-Karl-Straße und Niehler Straße, beidseitig des Drosselweges, beidseitig der Niehler Straße zwischen Niehler Kirchweg und Finkenplatz und die Grundstücke an der südlichen und östlichen Seite des Finkenplatzes in Köln-Niehl —Arbeitstitel: Drosselweg/Finkenplatz in Köln-Niehl— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.3:

12.3 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 70455/04
Arbeitstitel: Thessaloniki-Allee in Köln-Kalk
2136/2014

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 70455/04 für das Gebiet östlich der Thessaloniki-Allee, südlich der Fuß- und Radwegverbindung Thessaloniki-Allee/Vietorstraße, westlich der Bebauung an der Vietorstraße und nördlich der Bebauung Peter-Stühlen-Straße/Thessaloniki-Allee (Gemarkung Kalk, Flur 20, Flurstück 174) in Köln-Kalk —Arbeitstitel: Thessaloniki-Allee in Köln-Kalk— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.4:

12.4 Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 59440/03
Arbeitstitel: Weiden-Süd/Teilbereich Grünzug West in Köln-Weiden, 3. Änderung westlich Kronstädter Straße
2190/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 59440/03 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet einer circa 60 m tiefen und circa 120 m breiten Fläche westlich entlang der Kronstädter Straße gegenüber dem Wohnblock Kronstädter Straße 147 bis 169 und südlich der Wohngebäude Leipziger Straße 16 bis 16 b in Köln-Weiden –Arbeitstitel: Weiden-Süd/Teilbereich Grünzug West in Köln-Weiden, 3. Änderung westlich Kronstädter Stra-

ße– nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) –jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung– als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.5:

12.5 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 62482/02
Arbeitstitel: Erlenweg in Köln-Bickendorf
2306/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ebenfalls beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Bebauungsplan 62482/02 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet zwischen dem Erlenweg im Osten, der Spielplatzfläche im Süden, der Güterverkehrstrasse der Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK) im Westen und dem Kirchengrundstück im Norden in Köln-Bickendorf — Arbeitstitel: Erlenweg in Köln-Bickendorf— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.6:

12.6 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 67439/04
Arbeitstitel: Nördliche Severinstraße (Bezirksteilzentrum) in Köln-Altstadt/Süd
2202/2014

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 67439/04 für das Gebiet zwischen Severinstraße, An St. Katharinen, Achterstraße, nördliche und westliche Grenze des Flurstücks 676, westliche Grenze der Flurstücke 740, 739, 421, 414 und 677 (öffentlicher Parkplatz), Achtergäßchen, Severinstraße, Kartäuserhof, westliche Grenze der Flurstücke 469 und 139/4, westliche und nördliche Grenze des Flurstücks 139/2, westliche Grenze der Severinstraße, südliche und westliche Grenze der Flurstücke 112/4, 112/1 und 247, westliche Grenze des Flurstücks 758/115, Jakobstraße, westliche und nördliche Grenze des Flurstücks 376, östliche Grenze der Flurstücke 363 und 362, Josephstraße, westliche Grenze der Flurstücke 351 und 341, Im Dau, westliche und nördliche Grenze des Flurstücks 741/30, westliche Grenze der Flurstücke 447 und 304 bis 312 (alle Gemarkung Köln, Flur 12), Karl-Berbuer-Platz, westliche Grenze der Flurstücke 426 und 409 (beide Gemarkung Köln, Flur 10) und Perlengraben (B 55) –Arbeitstitel: Nördliche Severinstraße (Bezirksteilzentrum) in Köln-Altstadt/Süd– abgegebene Stellungnahmen gemäß Anlage 4;

2. den Bebauungsplan 67439/04 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.7:

12.7 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 69449/03
Arbeitstitel: Deutzer Ring in Köln-Deutz und -Humboldt/Gremberg, 2. Änderung
2283/2014

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit haben wir die Bauleitplanung auch fast unter Dach und Fach. Es kommen aber noch vier Vorlagen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zur vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes 69449/03 eingegangene Stellungnahme gemäß Anlage 2;

2. die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 69449/03 für das Gebiet zwischen Alemannenstraße und Reitweg im Westen, Deutz-Kalker Straße und Gießener Straße im Norden, An der Pulvermühle und Eisenbahntrasse im Osten und Auffahrt Severinsbrücke im Süden – Arbeitstitel: Deutzer Ring in Köln-Deutz und -Humboldt/Gremberg, 2. Änderung– nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung– als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.8:

12.8 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 66455/06 im ergänzenden Verfahren
Arbeitstitel: Gereonshof in Köln-Altstadt/Nord
2291/2014

(Reinhard Houben [FDP]: Ich bin nicht da!)

- Sie sind sozusagen nicht da. - Herr Houben hat sich für befangen erklärt. Das nehmen wir zu Protokoll.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. ist dem so zugestimmt.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 66455/06 für das Gebiet zwischen Christophstraße, Gereonskloster, Gereonshof, Spiesergasse, Im Klapperhof, Hildeboldplatz und Von-Werth-Straße in Köln-Altstadt/Nord –Arbeitstitel: Gereonshof in Köln-Altstadt/Nord– abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 5;

2. den Bebauungsplan-Entwurf 66455/06 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern;

3. den Bebauungsplan 66455/06 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung;

4. den Bebauungsplan 66455/06 rückwirkend nach § 214 Absatz 4 BauGB zum 28.04.2010 in Kraft zu setzen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Houben nimmt an der Beratung und der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.9:

12.9 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 66453/18

Arbeitstitel: Magnusstraße in Köln-Altstadt/Nord
0734/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 66453/18 für das Flurstück 575 sowie Teilflächen der städtischen Flurstücke 583 und 733 (alle Gemarkung Köln, Flur 21) in Köln-Altstadt/Nord –Arbeitstitel: Magnusstraße in Köln-Altstadt/Nord– abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;

2. den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 66453/18 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) –jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung– als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung;

3. die Teilaufhebung des unterliegenden Bebauungsplanes 6644 Nc1/04 (66453/04) für das Gebiet zwischen Magnusstraße, westliche und südliche Grenze des Parkhausgrundstückes Alte Wallgasse 31, nördliche Grenze des Grundstücks Alte Wallgasse 29 und der Straße Alte Wallgasse in Köln-Altstadt/Nord –Arbeitstitel: Alte Wallgasse/Ecke Magnusstraße in Köln-Altstadt/Nord– nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 GO NW in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.10:

12.10 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 67441/10 Arbeitstitel Tel-Aviv-Straße in Köln-Altstadt/Süd
2238/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit haben wir wieder ein Stück geschafft.

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 67441/10 — Arbeitstitel: Tel-Aviv-Straße in Köln-Altstadt/Süd— mit gestalterischen Festsetzungen für des Gebiet zwischen Tel-Aviv-Straße im Osten, dem Perlengraben im Westen, der Mengelbergstraße im Nordwesten in Köln-Altstadt/Süd betreffend die Flurstücke 435, 436, 438 und 441 in der Flur 10 der Gemarkung Köln nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung;

2. die Teilaufhebung des unterliegenden Bebauungsplanes 67440/05 –Arbeitstitel: Blaubach in Köln-Altstadt/Süd– zwischen Blaubach, Waidmarkt, Severinstraße, Im Dau, Ulrichgasse, Ankerstraße, Schnurgasse, Martinsfeld, Quirinstraße in Köln-Altstadt/Süd für die Flurstücke 436 und 441, Gemarkung Köln, Flur 10, nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 GO NW in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.11:

12.11 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 67478/02
Arbeitstitel: Amsterdamer Straße in Köln-Riehl
2004/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 67478/02 für das Gebiet westlich der Amsterdamer Straße, südlich der Kinderklinik, östlich der Wohnbebauung der De-Vries-Straße und nördlich der Wohnbebauung der Nägelistraße in Köln-Riehl —Arbeitstitel: Amsterdamer Straße in Köln-Riehl— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;

2. den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 67478/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs-/Durchführungs-/Fluchtlinienplänen

Zu Tagesordnungspunkt 13.1:

13.1 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 1032
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Egonstraße in Köln-Stammheim/-Flittard
0994/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Deinen Freunden so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Aufhebung des Fluchtlinienplanes 1032 für eine circa 77 m breite und circa 800 m lange L-förmige Fläche, anschließend an der Südgrenze des Grundstücks Egonstraße 150, nordwärts bis mittig der Kleingartenanlage und von dort rechtwinklig nach Westen bis zum Flittarder Deich in Höhe der nördlichen Rückhaltebecken des Klärwerkes Stammheim in Köln-Stammheim/-Flittard —Arbeitstitel: Egonstraße in Köln-Stammheim/-Flittard— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der Gruppe Deine Freunde.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 13.2:

13.2 Aufhebung des Durchführungsplanes 64469/02
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Schönsteinstraße in Köln-Ehrenfeld
1717/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Aufhebung des Durchführungsplanes 64469/02 für das Gebiet zwischen Bartholomäus-Schink-Straße, Schönsteinstraße, Marienstraße, Senefelderstraße, Subbelrather Straße und in südwestlicher Richtung, in einem Abstand von etwa 75 Metern parallel zur Schönsteinstraße, bis Bartholomäus-Schink-Straße in

Köln-Ehrenfeld —Arbeitstitel: Schönsteinstraße in Köln-Ehrenfeld— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 13.3:

13.3 Aufhebung des Bebauungsplanes 70439/02
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Gremberger Straße in Köln-Humboldt/Gremberg
1839/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Aufhebung des Bebauungsplanes 70439/02 für das Gebiet zwischen dem östlichen Zubringer L 124, der Rolshover Straße, der Gremberger Straße und der Poll-Vingster Straße in Köln-Humboldt/Gremberg — Arbeitstitel: Gremberger Straße in Köln-Humboldt/Gremberg— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 13.4:

13.4 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 1033
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Egonstraße in Köln-Stammheim/-Flittard
1856/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Aufhebung des Fluchtlinienplanes1033 für eine circa 77 m breite und circa 550 m lange Fläche, westlich einer eingleisigen Bahntrasse (Anbindung an die Bayer-Werke) und östlich der Egonstraße zwischen der Nordgrenze des Friedhofs am Stammheimer Ring und der Südgrenze des Grundstücks Egonstraße 150 in Köln-Stammheim/-Flittard — Arbeitstitel: Egonstraße in Köln-Stammheim/-Flittard— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.Einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe auf:

14 Erlass von Veränderungssperren

Zu Tagesordnungspunkt 14.1:

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Buchforst
Arbeitstitel: „Zentrum Buchforst“ in Köln-Buchforst
1965/2014

Wir stimmen ab wie Stadtentwicklungsausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses aus seiner Sitzung am 25.09.2014:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Buchforst –Arbeitstitel: "Zentrum Buchforst" in Köln-Buchforst– für das Gebiet betreffend die Grundstücke Heidelberger Straße 7 bis 27, Waldecker Straße 45 bis 49, Kasseler Straße 27 und 28, Waldecker Straße 44 bis 48, Heidelberger Straße 29 bis 35, Bunsenstraße 1, Fabriciusstraße 7, Herschelstraße 10 und 13, Cusanusstraße 16, Waldecker Straße 42, Eulerstraße 11 und 14, Galileistraße 8 und 15, Klaprothstraße 10, Waldecker Straße 11 bis 27, Pyrmonter Straße 2, Waldecker Straße 33 bis 43, Heidelberger Straße 8 a bis 34 und die Grundstücke Dortmunder Straße 39 und 41 in Köln-Buchforst in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Der Begriff der „Vergnügungsstätte“ ist im Bebauungsplanverfahren analog der Vorlage „Nördlich Severinstraße, Session-Nr. 2202/2014“ zu differenzieren.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

16.1 Dreizehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages
1922/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Beitragsbedarfsberechnungen (Anlagen 4-6 zu diesem Beschluss) zur Kenntnis.

Der Rat beschließt den Erlass der 13. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages – Erschließungsbeitragssatzung – vom 29. Juni 2001 in der als Anlage 2 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 16.2:

16.2 238. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2309/2014

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 238. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Halberstadt-Kausch nimmt an der Beratung und der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt rufe ich auf:

17 Wahlen

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

17.1 Bestellung von städtischen Vertretern in den Organen des Vereins Deutsches Sport & Olympia-Museum e. V. 2044/2014

Vorgeschlagen ist Herr Peter Kron.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat bestellt

RM Peter Kron

zum Vertreter der Stadt in der Mitgliederversammlung sowie

RM Peter Kron

zum Vertreter der Stadt im Vorstand des Vereins Deutsches Sport & Olympia-Museum e.V.

Die Wahl des Vertreters für die Mitgliederversammlung (§ 7 der Satzung) gilt für die laufende Wahlzeit des Rates, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat der Stadt Köln.

Die Wahl des Vertreters für den Vorstand (§ 8 der Satzung) gilt für vier Jahre, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

17.2 Denkmalschutz und Denkmalpflege Berufung sachverständiger Bürger 1738/2014

Hier sind drei sachverständige Bürger zu berufen. Die Namen finden Sie in der Vorlage.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beruft

den Dombaumeister/ die Dombaumeisterin

und auf Vorschlag des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Landschaftsschutz (RVDL)

Frau Dr. Heike Otto (Geschäftsführerin des RVDL)

Herrn Dr. Ulrich Krings (stellvertretender Vorsitzender des Regionalverbandes Köln)

als für die Denkmalpflege sachverständige Bürger mit beratender Stimme zur Beratung von Aufgaben nach dem Denkmalschutzgesetz in den Ausschuss für Kunst und Kultur.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

17.3 Benennung von Mitgliedern des Kuratoriums für die Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises der Stadt Köln 1994/2014

Es sind ein Vorstandsvertreter und ein Sponsorenvertreter zu benennen. Die Namen stehen in der Vorlage.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln benennt gemäß § 3 Abs. 2 c) und d) der Satzung für die Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises als Mitglieder der Kuratoriums:

Vorstandsvertreter der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf: Herrn Manfred Speck
Sponsorenvertreter: Herrn Konrad Adenauer

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

17.4 Benennung von Mitgliedern des Kuratoriums für die Verleihung des Hans-Böckler-Preises der Stadt Köln 2013/2014

Der Vorschlag ist der Vorlage zu entnehmen.

Gibt es Gegenstimmen?

(Roger Beckamp [AfD]: Diesmal für die gesamte Fraktion!)

- Das ist also eine Gegenstimme für die gesamte AfD-Fraktion. - Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln benennt gemäß § 3 Abs. 1 c der Satzung für die Verleihung des Hans-Böckler-Preises

Den Sponsorenvertreter Herrn Michael Guggemos

als Mitglied des Kuratoriums.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der AfD-Fraktion - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

17.5 Benennung der politischen Vertreter/innen im Logistikforum 2129/2014

Hierzu hat der Wirtschaftsausschuss einstimmig einen Vorschlag gemacht.

Ergänzend haben die Linken Herrn Wolfgang Lindweiler als Mitglied und Herrn Ralph Scherbaum als Stellvertreter vorgeschlagen.

Was den Vorschlag der CDU angeht, sollen - das ist mir gerade gesagt worden - die Positionen von Herrn Strahl und Frau Sommer getauscht werden. Dann nehmen wir das so zu Protokoll.

(Niklas Kienitz [CDU]: Frau Sommer als Hauptmitglied!)

- Ja. - Bitte schön.

Roger Beckamp (AfD): Ich würde gerne kurz eine Anmerkung zu den Tagesordnungspunkten 17.5 und 17.7 machen. Dort waren bisher alle Fraktionen mit Vertretern vertreten, wenn ich mich recht entsinne.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Nein!)

- Nein? Dann irre ich mich. Dann ist das so in Ordnung. - Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Fragen ist aber selbstverständlich erlaubt.

Dann können wir mit den von mir gerade genannten Veränderungen darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen. - Danke schön.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln benennt für die aktuelle Wahlperiode bis 2020 folgende Vertreter/innen und Stellvertreter/innen für das Logistikforum:

Fraktion	*Vertreter/innen*	*Stellvertreter/innen*
SPD	*Herr Jörg van Geffen*	*Herr Malik Karaman*
CDU	*Frau Ira Sommer*	*Herr Dr. Jürgen Strahl*
Bündnis 90/Die Grünen	*Herr Jörg Frank*	*Herr Lino Hammer*
Die Linke	*Wolgang Lindweiler*	*Ralph Scherbaum*
FDP	*Herr Andreas Feld*	*Herr Reinhard Houben*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

17.6 Benennung einer Vertreterin/eines Vertreters und deren Stellvertretung für den Betriebsausschuss der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „aKDn-sozial“

des KDN-Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister
2189/2014

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Beschluss:

Als Vertreter der Stadt Köln werden folgende Bedienstete der Stadt Köln für den Betriebsausschuss der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung aKDn-sozial benannt:

Herr Dieter Kruse, Amt für Informationsverarbeitung

und als seinen Stellvertreter: Herr Winfried Nußbaum, Amt für Soziales und Senioren.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.7:

17.7 „koeln.de“
hier: Besetzung des „koeln.de-Beirates“
2335/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ebenfalls so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat entsendet für die neue Ratsperiode folgende Mitglieder und stellvertretende Mitglieder der Fraktionen in den „koeln.de-Beirat“:

Fraktion	*Vertreter/innen*	*Stellvertreter/innen*
SPD	*Herr Andreas Pöttgen*	*Herr Jörg van Geffen*
CDU	*Herr Florian Braun*	*Frau Ira Sommer*
Bündnis 90/Die Grünen	*Frau Sabine Pakulat*	*Herr Jörg Frank*
Die Linke	*Herr Ralf Scherbaum*	*Herr Wilfried Kossen*
FDP	*Herr Gerd Kaspar*	*Frau Claudia Klein*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.8:

17.8 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Stellvertretenden Sachkundigen Bürgers im Jugendhilfeausschuss
AN/1160/2014

Der Antrag spricht für sich selbst.

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So angenommen.

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der FDP-Fraktion als stellvertretenden Sachkundigen Bürger im Jugendhilfeausschuss

Herrn Andreas Michalak,

wohnhaft Idastr. 21, 51069 Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.9:

17.9 Antrag der AfD-Fraktion
hier: Nachbenennung eines Vertreters und eines Stellvertreters für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn
AN/1164/2014

Die nunmehr Gewählten sollen die ursprünglich gewählten Personen ersetzen. So verstehe ich das.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Auf Vorschlag der AfD-Fraktion wählt der Rat Herrn Hendrik Rottmann als Vertreter und Herr Jochen Haug als Stellvertreter in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes der Sparkasse KölnBonn entsandt.

Sie ersetzen die ursprünglich benannten Vertreter:

Herr Dr. Roland Quinten,

Herr Jörg Stottrop,

diese gehören nicht dem Rat an und erfüllen damit nicht die Wählbarkeitsvoraussetzungen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.10:

17.10 Neuberufung Wohnungsbauforum Köln 2240/2014

Vonseiten des Stadtentwicklungsausschusses ist der Beschlussvorschlag gemacht worden, statt vier Mitgliedern fünf Mitglieder zu benennen.

Daher lasse ich zunächst über die Anzahl der Mitglieder abstimmen. Gibt es Gegenstimmen gegen die Erhöhung der Zahl der Mitglieder im Wohnungsbauforum von vier auf fünf? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lese ich einmal die Namen vor, die genannt worden sind: Herr Michael Frenzel, Herr Niklas Kienitz, Frau Kirsten Jahn, Herr Michael Weisenstein und Herr Ralph Sterck. - Gut.

Das Wohnungsbauforum sieht keine Stellvertretung vor. Deswegen brauchen wir auch nicht darüber abzustimmen. Teilweise sind mehrere Namen genannt worden.

(Ralph Sterck [FDP]: Herr Oberbürgermeister!)

- Bitte, Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister, der Stadtentwicklungsausschuss hat - auch auf Anraten von Frau Kröger - Stellvertreter gewählt, weil es in der Vergangenheit dazu gekommen ist - wir machen das ja alles ehrenamtlich -, dass die ordentlichen Vertreter nicht anwesend waren. Wohnungsbau ist ein wichtiges Thema. Dort sitzen wichtige Leute am Tisch. Wenn die Fraktionsvertreter dann nicht da sind und sich noch nicht einmal vertreten lassen können, sieht das für den Rat und die Stadt eigentlich sehr blamabel aus.

Deswegen hat Frau Kröger auch die Idee unterstützt, Stellvertreter zu wählen. Ich habe mich eben auch noch einmal rückversichert. Sie sagte, es gebe keine formalen Hindernisse, die dagegen sprächen, Stellvertreter zu benennen. Deswegen sollten wir das hier so machen, meine ich. Es handelt sich ja um ein Gremium der Stadt Köln selber. Das heißt, dass wir die Regeln festlegen. Daher können wir auch sagen: Wir wählen die Stellvertreter, die der Stadtentwicklungsausschuss vorgeschlagen hat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Dann machen wir das so.

Benannt sind bislang Herr Struwe, Frau Gordes und Frau Kirchmeyer. Vonseiten der Grünen und der Linken muss noch je ein Vertreter nachbenannt werden. Das können wir beim nächsten Mal machen.

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Das können wir direkt machen! Wir schlagen Herrn Kockerbeck als Vertreter für die Linke vor!)

- Herr Kockerbeck ist für die Linke vorgeschlagen. - Haben die Grünen auch direkt einen Vorschlag?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir schlagen den Kollegen N. N. vor! Wir müssen das nachliefern!)

- Sie schlagen also N. N. vor.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Ist der nicht stellvertretender Bürgermeister geworden?)

Bitte schön, Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Wir würden für die SPD-Fraktion auch gerne N. N. benennen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Alles klar.

(Ulrich Breite [FDP]: Ihr habt doch schon jemanden benannt! - Gegenruf von Martin Börschel [SPD]: Es geht doch um die Vertretung!)

Zu den Positionen, die noch offen sind, kommen wir beim nächsten Mal. Diejenigen, die noch nachzubenennen sind, werden in der nächsten Sitzung des Rates dann auch entsprechend gewählt.

Trotzdem müssen wir noch abstimmen. Wer ist dagegen, dass wir die gerade genannten Stellvertreter ebenfalls benennen? Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so geschehen, und das Forum ist wieder voll besetzt.

Beschlüsse gemäß Empfehlung des Stadtentwicklungsausschuss aus seiner Sitzung am 25.09.2014:

I. Änderung der Anzahl der Fraktionen, die über ein Benennungsrecht verfügen:

Die Anzahl der Fraktionen, die Vertreter für das Wohnungsbauforum Köln benennen dürfen, wird von vier auf fünf erhöht.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Beschluss über die Zusammensetzung des Wohnungsbauforums Köln:

1. Der Rat beschließt die Neuberufung des Wohnungsbauforums Köln für die Ratsperiode 2014 – 2020 und stimmt folgender Besetzung unter Leitung des Oberbürgermeisters Jürgen Roters zu:

5 Vertreter der im Rat vertretenen Fraktionen
1 Vertreter der GAG

5 Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Kölner Wohnungsunternehmen
4 Vertreter des Landesverbandes Freier Wohnungsunternehmen
2 Vertreter der Wohnungsbauinitiative Köln
1 Vertreter des Haus- und Grundbesitzervereins
1 Vertreter des Mietervereins

1 Vertreter der IHK
1 Vertreter des Arbeitskreises Urbanes Wohnen im Leitbild 2020
1 Vertreter des Hauses der Architektur Köln
1 Vertreter der Sparkasse Köln/Bonn
1 Vertreter der Kreissparkasse Köln
1 Vertreter des DGB Köln
3 Vertreter externer Kommunen
6 Vertreter der Stadtverwaltung

2. Als Vertreter der Fraktionen werden benannt:
Vertreter:
1. Michael Frenzel
2. Niklas Kienitz
3. Kirsten Jahn
4. Michael Weisenstein
5. Ralph Sterck

3. Die namentliche Benennung der Vertreter aus der Wohnungs- und Finanzwirtschaft, den Verbänden und den weiteren unter Ziffer 1 genannten Institutionen erfolgt durch den Oberbürgermeister nach deren Vorschlag.

4. Das Wohnungsbauforum tritt im Regelfall dreimal im Jahr zusammen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

III. Wahl der durch die Fraktionen benannten Stellvertreter:

Stellvertreter:

zu 1. Rafael Struwe
zu 2. Birgit Gordes
zu 3. NN
zu 4. NN
zu 5. Christtraut Kirchmeyer

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.11:

17.11 RheinEnergie Stiftung Jugend/Beruf, Wissenschaft
hier: Entsendung von Mitgliedern des Stiftungsrates
2680/2014

Hier sind für die SPD Herr Martin Börschel - gesetzt - und Herr Dr. Ralf Heinen, für die CDU Herr Dr. Ralph Elster, für die Grünen Frau Svenja Rabenstein und für die Linke Herr Heiner Kockerbeck benannt.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln entsendet die folgenden fünf Personen in den Stiftungsrat der RheinEnergieStiftung Jugend/Beruf, Wissenschaft:

1. Herrn Martin Börschel, Vorsitzender des Aufsichtsrates der GEW Köln AG
2. Dr. Ralf Heinen
3. Dr. Ralph Elster
4. Svenja Rabenstein
5. Heiner Kockerbeck

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.12:

17.12 Gremienbesetzung - Nachwahlen
2774/2014

Wir müssen noch Nachwahlen vornehmen. Für den Bauausschuss wird Herr Dr. Christian Beese von der FDP vorgeschlagen. Für den Gesundheitsschuss schlägt die Linke Frau Beate Hane-Knoll vor. Darüber können wir gemeinsam mit den Nachbenennungen für den Lenkungskreis für die Archäologische Zone abstimmen. Dort sind Herr Dr. Elster und Frau De Bellis-Olinger vorgeschlagen.

Darüber lasse ich jetzt komplett abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit sind die Gremien so besetzt. - Danke schön.

Beschluss:

Der Rat wählt

1. Herr Dr. Christian Beese als sachkundigen Einwohnern auf Vorschlag des Rates (auf Vorschlag der FDP-Fraktion) in den Bauausschuss

2. Frau Beate Hane-Knoll als sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag des Rates (auf Vorschlag der Fraktion Die Linke.) in den Gesundheitsausschuss

3.

a) Herr Dr. Ralph Elster (auf Vorschlag der CDU-Fraktion) als Mitglied in den Lenkungskreis Politische Vertretung für die Archäologische Zone/Jüdisches Museum Köln

b) Frau Teresa De Bellis-Olinger (auf Vorschlag der CDU-Fraktion) als stellvertretendes Mitglied in den Lenkungskreis Politische Vertretung für die Archäologische Zone/Jüdisches Museum Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.13:

17.13 Berufung von sachkundigen Einwohnern als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung
1906/2014/1

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So geschehen.

Beschluss:

Der Rat beschließt in Ergänzung zu den Vorlagen 1842/2014 und 1906/2014

Frau Lena Göwecke,

Brenigerstraße 14, 50969 Köln

für die BezirksschülerInnenvertretung Köln

als stellvertretendes ständiges Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung zu berufen.

Die Benennungsrechte gemäß §§ 22 Absatz 10; 23a Absatz 3 und 23b Absatz 3 der Hauptsatzung der Stadt Köln bleiben hiervon unberührt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.14:

17.14 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Wahl von sachkundigen Einwohnern
AN/1176/2014

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist so geschehen.

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Herrn Volker Ermert als sachkundigen Einwohner im Ausschuss Umwelt und Grün zugleich Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb.

2. Herrn Daniel Dahm als sachkundigen Einwohner im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Recht, Vergabe und Internationales.

3. Herrn Wolfgang Strowitzki als sachkundigen Einwohner im Bauausschuss zugleich Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.15:

17.15 Antrag der Fraktion Die Linke, der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde
hier: Umbesetzung von Gremien
AN/1182/2014

Diejenigen, die nunmehr gewählt werden sollen, ersetzen die ursprünglich gewählten Personen.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das ebenfalls so geschehen.

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der Fraktion Die Linke, der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde die genannten Personen in folgende Gremien:

Kölner Markenbeirat:	*Dr. Ute Symanski (ersetzt wird Thor-Geir Zimmermann)*
Zweckverband VRS:	*ThorGeir Zimmermann (ersetzt wird Ralf Zinkel)*
Kuratorium der Stiftung	*Dr. Gisela Stahlhofen (ersetzt wird Werner Philippi)*
Dormagen-Guffanti:	
Deputation der Guilleaume-	*Gisela Stahlhofen (ersetzt wird Joachim Schulz)*
Stiftung St. Antoniusheim:	

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Es handelt sich um eine Ersetzung von Personen, die in der Ratssitzung am 02.09.2014 benannt wurden. Da bei einigen dieser Personen die Wählbarkeitsvoraussetzungen nicht erfüllt waren, wurden die Umbesetzungen notwendig.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.16:

17.16 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss
AN/1191/2014

Im Antrag der CDU sind drei weitere Namen genannt.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so geschehen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt auf Vorschlag der CDU-Fraktion folgende Personen als stellvertretende sachkundige Einwohner in den Jugendhilfeausschuss

1. Kerstin Preuss

2. Andre Hess

3. Simon Richrath

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.17:

17.17 Antrag der Gruppe Piraten
hier: Neubenennung eines Stellvertreters für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse Köln-Bonn
AN/1195/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist damit insoweit Klarheit geschaffen.

Beschluss:

Auf Vorschlag der Gruppe Piraten benennt der Rat anstelle von Herrn Thomas Hegenbarth Herrn Jörg Detjen als Stellvertreter für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse Köln-Bonn.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.18:

17.18 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Benennung von sachkundigen Einwohnern/-innen
AN/1206/2014

Die entsprechenden Namen sind im Antrag der SPD genannt.

Wir stimmen darüber ab. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit sind die entsprechenden Ausschüsse auch korrekt besetzt.

Beschluss:

Der Rat wählt auf Vorschlag der SPD-Fraktion nachfolgende sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner zur Entsendung in die genannten Fachausschüsse:

Sportausschuss
Herrn Raine rMaedge

Frau Gitta Axmann

Herrn Rolf Lorenz

Bauausschuss
Herrn Lutz Tempel

Herrn Nikolai Dahlmanns

Jugendhilfeausschuss
Herrn Ulrich Müller als Stellvertreter für Walla Blümcke

Frau Christiane Specht-Schäfer als Stellvertreterin für Zeynep Alraqep

Herrn Rouven Gottschalk als Stellvertreter für Marlu Quilling

Wirtschaftsausschuss

Die Entsendung von Herrn Hermann Hollmann als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss Kunst und Kultur wird zurückgenommen. Herr Hermann Hollmann wird stattdessen als sachkundiger Einwohner in den Wirtschaftsausschuss entsandt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Der unter Tagesordnungspunkt 17.19 vorliegende Dringlichkeitsantrag der FDP ist zurückgezogen worden, wie ich gerade gehört habe.

17.19 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Neubenennung eines ordentlichen Mitglieds sowie eines Stellvertreters für den Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn
AN/1204/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Antrag stellenden Fraktion im Sitzungsverlauf zurückgezogen.

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

19 -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit haben wir das Ende des öffentlichen Teils unserer Sitzung erreicht.

(Schluss: 20.11 Uhr)

5. Sitzung vom 22. Oktober 2014

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Bestellung einer weiteren stellvertretenden Schriftführerin

2916/2014

2 Beschluss des Rates zu TOP 10.19.10 am 30.09.2014 Beanstandung wegen Rechtswidrigkeit nach § 54 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW

2933/2014

3 Kommunalwahl 2014 - Feststellung der Gültigkeit der Rats-, Bezirksvertretungs- und Integrationsratswahl in Köln am 25.05.2014 gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) in Verbindung mit § 46a Kommunalwahlgesetz

2050/2014

Vorsitzender
Roters, Jürgen Oberbürgermeister;

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Aymaz, Berivan; Beckamp, Roger; Benthem van, Henk; Bercher-Hiss, Susanne; Börschel, Martin; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Dresler-Graf, Margret; Elster, Ralph Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Gordes, Birgit; Gutzeit, Walter Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Haug, Jochen; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf Bürgermeister Dr.; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klausing, Christoph; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Ott, Jochen; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Rabenstein, Svenja; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Rottmann, Hendrik; Santos Herrmann, Susana dos; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schoser, Martin Dr.; Schultes, Monika; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; von Wengersky, Alexandra Gräfin; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Woller, Julia; Wolter, Andreas Bürgermeister; Wolter, Judith; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister
Homann, Mike; Schößler, Bernd;

Verwaltung
Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Höing, Franz-Josef Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne Beigeordnete; Fenske, Jürgen;

Stenografen
Becker;

Entschuldigt fehlen:
Stimmberechtigte Mitglieder

Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Henseler, Andreas; Möller, Monika; Symanski, Ute Dr.; Yurtsever, Firat;

Bezirksbürgermeisterin
Blömer-Frerker, Helga;

Bezirksbürgermeister
Hupke, Andreas; Wirges, Josef; Zöllner, Reinhard; Fuchs, Norbert; Thiele, Markus;

Verwaltung
Steinkamp, Dieter Dr.;

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung des Rates und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

(Beginn: 18.10 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie alle, Platz zu

nehmen, damit ich die 5. Sitzung des Rates in dieser Wahlperiode eröffnen kann. – Ich begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie als Mitglieder des Rates ganz herzlich.

Nach der mir vorliegenden Meldung fehlen heute folgende Ratsmitglieder: Herr Bürgermeister Bartsch, Herr Rottmann und Herr Henseler.

Wir müssen, wie üblich, Stimmzähler benennen. Dies sind Frau Frebel, Frau Dresler-Graf und Frau Bercher-Hiss.

Bevor wir, meine Damen und Herren, in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich kurz erläutern, warum wir uns heute zu dieser Sondersitzung zusammengefunden haben:

Wie Ihnen bekannt ist, hat der Rat der Stadt Köln am 30. September 2014 mehrheitlich beschlossen, alle 124 Stimmbezirke der Ratswahl vom 25. Mai 2014 neu auszählen zu lassen,

(Dr. Ralph Elster [CDU]: 1 024, Herr Oberbürgermeister)

- Das habe ich gesagt: 1 024

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Nein, Sie sagten: 124!)

- 1 024! Ich habe bereits in besagter Sitzung ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ein solcher Neuauszählungsbeschluss nach meiner und der Rechtsauffassung der Bezirksregierung Köln, des Innenministeriums sowie renommierter Kommunalverfassungsrechtler rechtswidrig ist. Ich möchte betonen, dass ich in meinem Berufsleben immer darauf geachtet habe, auf der Seite des Rechts zu stehen: als Polizeipräsident, als Regierungspräsident und jetzt auch als Oberbürgermeister. Dementsprechend habe ich diesen Ratsbeschluss im Benehmen mit der Bezirksregierung Köln beanstandet.

Das Verfahren sieht nun vor, dass der Rat erneut über den beanstandeten Ratsbeschluss zu entscheiden hat. Hierüber habe ich Sie in meinem Beanstandungsschreiben ausführlich aufgeklärt. Sie erhalten also heute die Gelegenheit, Ihre – nach meiner Auffassung rechtswidrige – Entscheidung vom 30. September 2014 zu korrigieren und das Beanstandungsverfahren damit zu beenden.

Ich weise in diesem Zusammenhang erneut darauf hin, dass der Rat verpflichtet ist, unverzüglich, das heißt ohne schuldhaftes Zögern, über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Kommunalwahlen 2014 zu beschließen. Damit dieses rechtsstaatlich erforderliche Verfahren zügig durchgeführt werden kann und nicht unnötig verzögert wird, habe ich zu dieser Sondersitzung eingeladen.

Jetzt zur Tagesordnung. Sie ist – Sie haben sie vor sich liegen – im Vergleich zu der letzten Ratssitzung doch sehr überschaubar.

Es liegt kein Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde vor, es gibt auch keine Dringlichkeitsanträge. Deswegen können wir abstimmen über die Tagesordnung.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe noch einen Antrag zur Tagesordnung!)

- Bitte schön, Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Ich habe einen Antrag zur Tagesordnung: Ich beantrage, den TOP 3, Feststellung der Gültigkeit der Wahl, heute nicht zu befassen, sondern bis auf weiteres zu vertagen. Die Gründe dafür habe ich bereits in der letzten Ratssitzung am 30. September dargelegt; die will ich jetzt an der Stelle nicht wiederholen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay, das ist Ihr Antrag. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer für die Vertagung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der Grünen, das ist die Fraktion der CDU, das ist die Fraktion der FDP, das ist die Gruppe pro Köln, das sind Herr Zimmermann und die Fraktion der AfD. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag angenommen. Dann ist das so beschlossen und dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt und verschoben auf einen späteren Zeitpunkt.

Wir kommen dann zur Feststellung der Tagesordnung. Wer ist gegen die jetzt so festgestellte Tagesordnung? Ich bitte um das Handzeichen. Wer enthält sich? – Damit ist die Tagesordnung beschlossen. Wir haben damit zwei Tagesordnungspunkte und kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 1:

2050/2014
Beschluss:

1. *Nach Zurückweisung der einzelnen Wahleinsprüche gegen die Rats- und Bezirksvertretungswahl in Köln am 25. Mai 2014 mit den Entscheidungen zu*

   Vorlagen-Nr.: 1982/2014
   Vorlagen-Nr.: 1997/2014
   Vorlagen-Nr.: 1998/2014
   Vorlagen-Nr.: 1999/2014
   Vorlagen-Nr.: 2016/2014
   Vorlagen-Nr.: 2017/2014
   Vorlagen-Nr.: 2018/2014
   Vorlagen-Nr.: 2020/2014

   wird gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) in Verbindung mit § 46a Kommunalwahlgesetz NRW festgestellt, dass keiner der unter § 40 Absatz 1 Buchstabe a) - c) Kommunalwahlgesetz NRW genannten Fälle vorliegt.

2. *Die Wahl des Rates und der Bezirksvertretungen in Köln am 25. Mai 2014 wird mit den in der öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Köln, Ausgabe vom 4. Juli 2014, Nr. 271 und Nr. 272, festgestellten Wahlergebnissen für gültig erklärt.*

3. *Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass gegen die Wahl der Mitglieder des Integrationsrates keine Einsprüche eingelegt wurden.*

4. *Die Wahl des Integrationsrates in Köln am 25. Mai 2014 wird mit dem in der öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Köln, Ausgabe vom 4. Juli 2014, Nr. 273, festgestellten Wahlergebnis für gültig erklärt.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP, AfD, von Herrn Zimmermann (Gruppe Deine Freunde) und der Gruppe pro Köln zurückgestellt

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Auf Vorschlag es Oberbürgermeisters bestellt der Rat Frau Maria Lange einstimmig zur weiteren stellvertretenden Schriftführerin der restlichen Wahlperiode des Rates 2014 bis 2020.

Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzählerinnen die Ratsmitglieder Frau Frebel, Frau Dresler-Graf, und Frau Bercher-Hiss vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

Herr Frank stellt den Antrag TOP 3 erneut zurückzustellen und verweist als Begründung auf seine Ausführungen in der Ratssitzung am 30.09.2014.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Grüne, FDP, AfD, von Herrn Zimmermann (Gruppe Deine Freunde) und der Gruppe pro Köln zurückgestellt.

Der Rat legt die Tagesordnung einstimmig wie folgt fest:

1. Bestellung einer weiteren stellvertretenden Schriftführerin
2916/2014

Die bereits gewählten Schriftführerinnen Frau Kramp und Frau Willms sind zu dieser außerplanmäßigen Sitzung verhindert. Deswegen schlagen wir vor, dass Frau Lange als Schriftführerin gewählt wird. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke])

Beschluss:

Der Rat bestellt für die weitere Dauer der Wahlperiode des Rates 2014 bis 2020 Frau Maria Lange zur weiteren stellvertretenden Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 2:

2. Beschluss des Rates zu TOP 10.19.10 am 30.09.2014
Beanstandung wegen Rechtswidrigkeit nach § 54 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW

2933/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind heute Zeugen und Akteure eines besonderen Vorgangs. Zum ersten Mal – zumindest seit 15 Jahren; ich habe einige Beteiligte gefragt – beanstandet heute der Oberbürgermeister aus Rechtsgründen einen Ratsbeschluss, und er hat dabei die Unterstützung der Bezirksregierung und des zuständigen Innenministeriums.

Spätestens jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss jedem klar sein: Es ist ernst. Wir reden hier heute nicht über irgendwas, sondern darüber, ob die Mehrheit des Rates nicht nur das beschließt, was sie politisch will, sondern sich dabei auch an Recht und Gesetz hält.

Ich möchte noch einmal kurz zusammenfassen: Wir hatten am 25. Mai dieses Jahres eine Kommunalwahl in Köln. Über 10 000 Wahlhelferinnen und Wahlhelfer haben in 1 024 Stimmbezirken Ergebnisse festgestellt. Auch im Stimmbezirk 20874 in Köln Rodenkirchen hat der dortige Wahlvorstand einstimmig in zwei übereinstimmenden Niederschriften ein Ergebnis festgestellt. Am 30. Mai dieses Jahres fand der Wahlausschuss statt. Dieser hat aufgabengemäß über die Gültigkeit der Wahl zu befinden. Die CDU hatte vier Stimmbezirke zur Prüfung vorgeschlagen; 20874 war nicht dabei. Alle diese Überlegungen und Beanstandungen der CDU wurden vom Wahlausschuss einvernehmlich verworfen bzw. nicht aufrechterhalten, und das Wahlergebnis wurde sodann amtlich festgestellt.

Danach hat die CDU Köln, unter anderem zum Ergebnis im Briefwahlstimmbezirk 20874, Einspruch eingelegt, und diesen Einspruch hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 30. September dieses Jahres zurückgewiesen.

Die CDU hat angekündigt, dagegen zu klagen. Das ist ihr gutes Recht. Wir begrüßen auch die Klage, weil das der schnellste Weg ist, von einer unabhängigen Instanz, nicht als Richter in eigener Sache, endlich zur Rechtsklarheit zu kommen. Deswegen hoffe ich sehr, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, bald so weit sind und diese Klage auch einreichen.

Die Grünen halten den vom Rat zurückgewiesenen Einspruch der CDU für substanzlos und haben stattdessen den Vorschlag eingebracht, ohne konkreten Anlass alle 1 024 Stimmbezirke der Kölner Kommunalwahl neu auszuwählen. Das hat die Ratsmehrheit beschlossen, und genau darum geht es heute: Dürfen wir ohne konkreten Anlass, also einfach so, alle 1 024 Stimmbezirke der Kommunalwahl in Köln neu auszählen?

Wir meinen: Nein. Ein solcher Beschluss stellt alle Wahlgrundsätze, die sich in den vergangenen Jahrzehnten in der bundesdeutschen Demokratie herausgebildet haben, auf den Kopf. Das ist schlicht und einfach nicht erlaubt. Das sieht neben uns auch die Stadtverwaltung in Köln so, das sieht die Bezirksregierung in Köln so, das sieht das Ministerium für Inneres und Kommunales so, das sieht ein renommierter Wahlrechtsexperte, Prof. Frank Bätge, so, und das sieht – auch wenn man ihn als „Lohnschreiber“ verunglimpfen mag – auch der ehemalige Präsident des Verfassungsgerichtshofes Nordrhein-Westfalens, Michael Bertrams, so.

Und: Ich bin gespannt, wie es der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages sieht. Ich habe der Zeitung vor einigen Wochen entnommen, dass die Grünen-Bundestagsabgeordneten aus Köln ein Gutachten beim Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages in Auftrag gegeben haben. Leider haben sie es als Geheim einstufen lassen. Ich finde es sehr bedauerlich, dass wir nicht die Möglichkeit haben, der Öffentlichkeit gegenüber Rechenschaft abzulegen, was denn in diesem Gutachten steht – wenn es denn schon fertig ist. Man kriegt keine Informationen, weil – das ist erlaubt – der Auftraggeber das als Geheim hat einstufen lassen.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke])

Ich appelliere deswegen an die heutige Ratsmehrheit von - unter anderem - CDU, Grünen und FDP: Rennen Sie nicht mit dem Kopf gegen die Wand! Ich hatte Ihnen schon beim letzten Mal gesagt: Sie werden vor Gericht mit dem, was Sie heute bestätigend beschließen werden, scheitern. Sie werden dann lamentieren, dass es das nicht wert war, werden viele Schuldige suchen, aber nicht finden, weil Sie verantwortlich sind für das, was Sie tun. Vor Gericht zu ziehen

und staatliche Instanzen gegeneinander zu bringen, dient eben nicht dem Erkenntnisgewinn, sondern dem Sinn, staatlich und rechtlich korrekt zu handeln. Dafür sind wir hier vor Recht und Gesetz als Ratsmitglieder in Köln verpflichtet.

Wir sollten stattdessen das tun, was die Bürgerinnen und Bürger zu Recht von uns erwarten, nämlich uns nicht mit uns selbst beschäftigen, sondern der Sacharbeit widmen. Die Konstituierungsphase – wie sie in allen Räten in Nordrhein-Westfalen seit der Kommunalwahl stattgefunden hat – ist mittlerweile vorbei. Dass man dafür einige Monate braucht, ist normal und überall so.

Nach § 40 Absatz 1 des Kommunalwahlgesetzes ist der Rat, wie er jetzt hier sitzt, rechtlich einwandfrei zusammengesetzt und darf arbeiten, so wie er zusammengesetzt ist, bis ein Gericht das anders beschließt. Genau das erwarten die Bürgerinnen und Bürger zu Recht von uns, und das erwarten wir auch von Ihnen. Die SPD hat angeboten und angekündigt, in der Phase bis zu einer gerichtlichen Klärung auf *eine* Stimme hier in diesem Rat zu verzichten, damit die Entscheidungen, die der Rat der Stadt Köln trifft, auch inhaltlich und aus grundsätzlichen Erwägungen über jeden Zweifel erhaben sind. Dass wir rechtlich über jeden Zweifel erhaben sind, steht sogar im Gesetz, nämlich in § 40 Absatz 1 des Kommunalwahlgesetzes.

Lassen Sie uns also das tun, was die Menschen von uns zu Recht erwarten: uns eben mit den inhaltlichen Themen dieser Stadt beschäftigen. Es geht um preiswerte Wohnungen, um Unterbringung von Flüchtlingen, um moderne Mobilitätskonzepte, um die Grundsatzfrage: „Wie machen wir die Stadt zukunftsfähig?“. Dazu laden wir ein, damit sollten wir uns beschäftigen – und nicht mit uns selbst. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Börschel. Wir kommen dann zu Herrn Petelkau von der Fraktion der CDU.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich hätte mich gefreut, wenn wir dieses Verfahren, das wir jetzt haben, auf dem politischen Wege gelöst hätten. Die CDU-Fraktion hat hierzu alle Offerten unterbreitet. Wir haben sowohl im Wahlausschuss als auch später im Wahlprüfungsausschuss das formelle Verfahren eingehalten. Es ist aus Sicht des Bürgers nicht nachvollziehbar, dass der Grundsatz des Wahlerhalts, der einer der elementaren Grundrechte unserer Demokratie ist, hier in dieser Form nicht exakt nachvollzogen ist.

Wir haben jetzt ein langes rechtliches Verfahren vor uns. Ich glaube, dass das unserer Demokratie nicht guttut. Aber der Bürger hat das Recht, am Ende zu wissen, was er an der Wahlurne selber entschieden hat.

(Beifall bei der CDU sowie bei Teilen der FDP)

Wir können die bestehenden Zweifel nur dann ausräumen, wenn wir am Ende des Tages in die Wahlunterlagen hineinschauen. Deswegen wird die CDU-Fraktion den hier eingeschlagenen Weg, den uns die Grünen mit vorgegeben haben, einhalten. Wir werden heute den Beschluss zur Gesamtauszählung mittragen, weil wir glauben, dass dieses Recht das höchste Gut ist, das wir in der Demokratie haben. Die rechtlichen Bedenken, die hier angebracht worden sind, haben uns auch nicht überzeugt. Denn es gibt keinen Präzedenzfall, es sind alles nur Statements.

Von Dortmund haben wir gelernt. Auch dort gab es ein Gutachten, in dem bestritten wurde, dass eine Neuwahl durchgeführt werden sollte. Am Ende des Tages hat das Gericht entschieden, dass neu gewählt werden muss. Deshalb glaube ich, dass wir als Rat das gute Recht haben, diesen Beschluss zu tragen. Deshalb werden wir als CDU-Fraktion den Beschluss, den Sie heute vorgelegt haben, klar ablehnen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Petelkau. Wir kommen jetzt zu Frau Jahn von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon vieles gesagt worden; durch Wiederholung wird nicht alles besser.

Wir Grüne können sagen: Wir sind auf der Seite des Oberbürgermeisters. Auch wir stehen auf der Seite des Rechts.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der FDP)

Heute geht es auch um das Recht des Rates. Welches Recht hat der Rat? Der Rat hat nun einmal das Recht, die Beanstandung, die erwartungsgemäß gekommen ist, zurückzuweisen. Das ist elementares Recht dieses kommunalen Rates.

Es ist unser Recht, Minderheitsmeinungen und Minderheitsrechtsauffassungen zu verteidigen und diese auch zur Prüfung zu führen. Das ist unser Recht. Als Grüne tun wir das, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unser Wahlsystem wiederherzustellen. Es geht um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, das erschüttert worden ist. Das, Herr Börschel, ist auch der Anlass, zu sagen: Wir drehen das Rad weiter. Das Vertrauen in das Wahlsystem ist erschüttert, und das wollen wir wiederherstellen. Wir wollen Klarheit und Wahrheit, wir wollen wissen, ob es rechtens ist, eine erneute Komplettauszählung vorzunehmen, oder ob es eben nicht rechtens ist.

Schauen wir uns die Argumente an, warum der Ratsbeschluss von letzter Sitzung zurückgewiesen wird. Es heißt, das Prinzip des geringsten Eingriffs sei verletzt worden. – Das mag sein. Aber in der aktuellen Gesamtlage, angesichts der tiefen Vertrauenskrise, halten wir es für wichtiger, das Vertrauen wiederherzustellen, als dem – richtigen – Prinzip des geringsten Eingriffs Genüge zu tun.

Wie geht es nun weiter mit der Beanstandung? Es heißt, die Stellung der Wahlvorstände sei durch die Neuauszählung beeinträchtigt. Keiner unserer Fraktion, niemand von den Grünen, möchte die Legitimität und den Wert der Wahlvorstände infrage stellen. Wir sind allen sehr dankbar für die Arbeit, die sie leisten. Wir wollen den Wert der Wahlvorstände wiederherstellen, indem wir ihre Arbeit legitimieren. Vielleicht ist das Ergebnis ja sogar richtig. Aber wir können diese Vertrauenskrise nur überwinden, wenn wir komplett neu auszählen. Wir wollen durch die Neuauszählung wissen, ob das Ergebnis richtig gewesen ist.

Punkt 3 Ihrer Begründung finde ich persönlich etwas seltsam und die Bürger wahrscheinlich auch sehr irritierend. Sie schreiben, eine vollständige Neuauszählung könnte Fakten schaffen, da sie tatsächliche Anhaltspunkte für Wahlfehler liefern könnte. Ja, es stimmt: Es könnten Wahlfehler gefunden werden. Aber in dieser Vertrauenskrise geht es doch genau darum, dass viele glauben, dass das Ergebnis nicht stimmt. Es geht darum, zu beweisen, dass alles richtig ausgezählt worden ist. Es geht darum, Vertrauen wiederherzustellen. Es geht darum, die Vermutung, dass Wahlfehler vorhanden sind, auszuschließen. Vielleicht finden wir ja sogar heraus, dass die Vermutung, dass in den strittigen Wahlkreisen in Rodenkirchen Verwechselungen vorgefallen sind, falsch ist und die Leute einfach von ihrem Recht Gebrauch gemacht haben, in jeder Wahl ihre Stimme einer anderen Partei zu geben. Das ist ihr gutes Recht, und das können sie so machen.

Einen weiteren Punkt haben Sie zum Glück nicht als Begründung aufgeführt – das fände ich auch etwas schräg –, sondern lediglich als Hinweis: Eine Neuauszählung würde etwa 1,3 Millionen Euro kosten. Ich weiß nicht, ob diese Zahl real ist; ich weiß nicht, ob sie Fiktion ist. Das sei dahingestellt, ich möchte das gar nicht bewerten. Bewerten möchte ich allerdings Folgendes: Das Geld darf hier keine Rolle spielen. Hier geht es um Demokratie. Demokratie kostet Zeit, und sie kostet Geld.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der FDP)

Beides müssen wir uns nehmen, sowohl die Zeit als auch das Geld. Heute nehmen wir uns die Zeit dafür. Wir können unsere Rechte nicht gegen Geld aufwiegen. Das Argument der Finanzen mag an anderer Stelle ein wirklich hartes sein – wir dürfen die Finanzen auch nicht wegdiskutieren –, aber an dieser Stelle ist es eben kein Argument.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der FDP)

Es ist bekannt, dass wir heute die Beanstandung zurückweisen. Es ist aber auch bekannt, dass wir das nicht machen um der Selbstbeschäftigung willen, sondern wir wollen einen Erkenntnisgewinn und auch einen Mehrwert. Diesen Erkenntnisgewinn und diesen Mehrwert wird in der aktuellen Lage wahrscheinlich nur ein unabhängiges Gericht schaffen können. Dazu sind wir in gewisser Weise bereit. Klar ist auf jeden Fall: Auch vor einer finalen Klärung ist der Rat handlungsfähig. Der Rat ist und bleibt handlungsfähig. Er ist legitimiert. Wir können die Themen, die Martin Börschel richtigerweise angesprochen

hat, in den nächsten Monaten problemlos angehen. Dafür sollten wir auch in diesem Rat stehen, und zwar in der Gesamtheit: dass uns die Themen nicht egal sind und dass wir uns von der Debatte nicht lähmen lassen, sondern die Debatte weiterführen. Wir müssen für die Demokratie kämpfen, aber auch für die Themen in dieser Stadt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Jahn. Jetzt rufe ich Herrn Detjen von der Fraktion Die Linke auf.

Jörg Detjen (Die Linke): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Kölner Kommunalpolitik scheint wegen der bevorstehenden Oberbürgermeisterwahlen wie gelähmt. Hier im Rat, aber auch in den Bezirksvertretungen werden Konflikte ausgetragen, die für uns, aber auch für die Wählerinnen und Wähler kaum nachvollziehbar sind.

Deshalb appelliert die Linke an die demokratischen Kräfte im Rat, in den Bezirken und der Verwaltung: Lassen Sie uns nach der Konstituierung des Rates Sachprobleme anpacken und erst nach der Stadtratssitzung am 23. Juni 2015 mit dem Oberbürgermeisterwahlkampf beginnen.

(Beifall bei der Linken)

Bei der Wohnungspolitik und bei der Flüchtlingspolitik brauchen wir einen breiten Konsens zur Lösung der Probleme hier im Rat.

Max Weber

(Ulrich Breite: Oh!)

hielt 1919 vor dem Freistudentischen Bund in München einen Vortrag zum Thema „Politik als Beruf“, der uns nachdenklich machen sollte, Herr Breite – ich zitiere –:

> Denn mit der bloßen, noch so echt empfundenen Leidenschaft ist es freilich nicht getan. Sie macht nicht zum Politiker, wenn sie nicht, als Dienst an einer „Sache“, auch die Verantwortlichkeit gegenüber ebendieser Sache zum entscheidenden Leitstern des Handelns macht. ... Politik wird mit dem Kopfe gemacht, nicht mit anderen Teilen des Körpers oder der Seele.

Zitat Ende.

(Beifall bei der Linken sowie bei Teilen der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, es ist eben nicht damit getan, einfach einen Briefumschlag mit den Wahlunterlagen zu öffnen, wie es Herr Breite auf der letzten Ratssitzung weismachen wollte, um dann zu bemerken, man wolle in Zukunft alle 1 024 Umschläge öffnen. Das ist eben kein verantwortungsvoller Umgang.

Kollege Zimmermann von den Freunden, Sie hatten ausgeführt, dass eine Wählerin Ihnen wütend geschrieben habe, dass im Stimmbezirk 40310 die Freunde keine einzige Stimme bekommen haben, obwohl sie Ihre Partei gewählt habe. Genau das wäre aber ein Grund gewesen, einen Stimmbezirk auszuzählen. Das wäre verantwortliches Handeln gewesen. Die Wählerin hätte mit einem Einspruch und einer eidesstattlichen Erklärung das Wahlprotokoll des Wahlvorstandes im Stimmbezirk anzweifeln können. Das wäre keine Vermutung gewesen. Auch wenn das für das Wahlergebnis nicht relevant wäre, hätte der Wahlausschuss beschließen können, eben im pflichtgemäßen Ermessen, dass dieser Stimmbezirk neu ausgezählt wird und zum Beispiel im Wahlausschuss die Frage diskutiert wird: Waren die Wahlvorstände aufgrund von vier Wahlen – Europa, Rat, Bezirk und Integrationsrat; Letzterer wird immer vergessen – eventuell überfordert? Erst dann wäre es möglich gewesen, zu sagen: Jawohl, wir wollen insgesamt auszählen – nur in der Reihenfolge!

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie behaupten, die SPD wolle nur ihren Oberbürgermeister Jochen Ott schützen.

(Heiterkeit und Beifall – Zuruf von der FDP: Er hat sich noch nicht vorgestellt!)

- Den Kandidaten!

Sie behaupten, die SPD wolle nur ihren Oberbürgermeisterkandidaten Jochen Ott schützen. Was soll man zu diesem Argument überhaupt sagen, meine Damen und Herren von der CDU? Das Problem ist doch ein ganz anderes: Über die drei Kandidaten, die die SPD hat, kann man wenigstens lästern, herziehen, ätzende Bemerkungen machen. Bei Ihnen von der CDU kann man gar nichts machen. Sie haben ja keine Kandidatin oder Kandidaten.

(Heiterkeit und Beifall bei der Linken, der SPD und Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen ist der Verleger Neven DuMont hingegangen und sucht für Sie einen Kandidaten.

(Beifall bei der Linken und Teilen der SPD)

Ich zitiere aus dem *Express* – Herr Baumanns ist ja auch da – vom 3. Oktober.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ich dachte, der 23. Juni ist entscheidend!)

- Ja, deswegen spreche ich ja diese Probleme an, Herr Kienitz.

Ich zitiere den Verleger Neven DuMont laut *Express* – ich lese es ganz langsam vor; denn es ist ein Genuss, sich dieses Zitat anzuhören –:

> Ich habe mir viele Gedanken gemacht und Gespräche geführt. Der große Oberbürgermeister dieser Stadt hieß Konrad Adenauer.

(Beifall bei der CDU)

- Sie können jetzt gerne öfter klatschen.

> Er hat zwei Enkel.

(Birgit Gordes [CDU]: Der hat noch viel mehr Enkel!)

> Der eine heißt Paul Bauwens-Adenauer, der andere Patrick Adenauer. Ich bin der Meinung, dass einer dieser beiden Männer dran ist. Sie sind in der Verantwortung … Einer von den beiden sollte sich als Kandidat zur Verfügung stellen. Sie würden von ihrer Partei, der CDU, auf den Händen getragen werden.

Zitat Ende.

(Beifall bei der Linken)

Ich bin gespannt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ob Sie diese feudalistische Politik tatsächlich mittragen werden. Und schauen Sie sich das Zitat bitte noch einmal genau an. Da steht: Die zwei Adenauer-Enkel sind in der Verantwortung – und nicht: die CDU. Darüber sollten Sie mal nachdenken.

(Ralph Sterck [FDP]: Zum Thema! – Weitere Zurufe von der CDU)

- Warum regen Sie sich überhaupt so auf? Verstehe ich gar nicht! Haben Sie den falschen Oberbürgermeisterkandidaten, oder was?

Mit dem Kapitel bin ich ja gleich fertig. Noch ein Schlussargument: Patrick Adenauer ist ja im Aufsichtsrat des Verlagshauses Neven DuMont. Vielleicht überlegen Sie sich, ob dieser Vorschlag nicht gewisse Hintergründe hat. Es wäre Ihnen anzuraten, meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU, einem Anti-Privatisierungs-Bündnis beizutreten. Ich glaube, das wäre zielführender in der gesamten Diskussion in dieser Frage.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie müssen zum Ende kommen.

Jörg Detjen (Die Linke): Ich bin ja nun öfter unterbrochen worden.

(Heiterkeit und Beifall)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen, Herr Frank möchte eine Zwischenfrage stellen.

Jörg Detjen (Die Linke): Wenn mir das von der Redezeit nicht abgezogen wird.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Ich habe eine Frage an den Fraktionsvorsitzenden der Linken im Kölner Rat, da er sich ja auf Max Weber und dessen Thesen beruft: Laut Max Weber ist die charismatische Herrschaft, wie sie der große Demagoge und politische Parteiführer ausübt, einer der Legitimitätsgründe. Ist das jetzt Programm der Linken?

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Jörg Detjen (Die Linke): Max Weber ist ein sehr interessanter Soziologe, den ich sehr gern gelesen habe und immer noch lese.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich habe verschiedene Themen angesprochen, die mir wichtig waren. Zu den Grünen habe ich leider nichts weiter gesagt. Laut *Express* ist Jamaika im Gespräch. Ich halte das für weit hergeholt, aber das sei mal dahingestellt. Lassen Sie uns doch einfach zusehen, dass wir die Probleme anpacken, dass wir die Flüchtlingsfrage lösen, die Wohnungsfrage angehen. Nach dem 23. Juni können wir dann mit dem Wahlkampf zu den Oberbürgermeisterwahlen beginnen. Das ist bestimmt spannend.

Um auch mit Max Weber zu schließen: Max Weber hat gesagt, Politik bedeute das langsame Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken sowie bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zu Herrn Breite.

(Martin Börschel [SPD]: Hast du auch Max Weber dabei? Max Weber kannst du nicht widersprechen!)

Ulrich Breite (FDP): Dass ich das noch erleben darf: ein Fraktionsvorsitzender der Linken, der hier mit Max Weber anfängt! Das ist schon interessant. Hoffentlich haben Sie auch was gelernt, Herr Detjen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein verehrter Herr Oberbürgermeister und – das habe ich von der letzten Ratssitzung gelernt – mein sehr geehrter Wahlkreisleiter!

(Martin Börschel [SPD]: Wahlleiter!)

- Entschuldigung, Wahlleiter! Wir wollen da genau sein. Man soll sich gerade in dieser Debatte nicht vertun. Das sollen lieber andere machen.

Ich war überrascht. Donnerwetter, wir haben alle Unterlagen zügig bekommen, und Sie haben sehr schnell zu einer Sondersitzung eingeladen. Wir wären bei manchen Verwaltungsvorlagen froh, wenn das auch so schnell gehen würde.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es wurde ja schon angesprochen, dass wir uns den Themen dieser Stadt im Rat zuwenden wollen. Wir wollen vieles diskutieren. Nur warten wir häufig zu lange auf die Sachen. Hier gab es wohl großes Interesse, dass wir uns schnell treffen.

Ich möchte zum Thema zurückkommen. Denn, Herr Detjen, hier geht es nicht um die Oberbürgermeisterwahl. Wenn Sie schon Adenauer angesprochen haben – Sie wollten ja wohl einen Konflikt auftun –: Uns ist Adenauer lieber als Walter Ulbricht.

(Beifall bei der FDP und der CDU sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man schon haut, dann kann man auch richtig draufhauen! Es ging bei Ihnen mehr um die Oberbürgermeisterwahl. Ich möchte Sie daran erinnern: Vor 25 Jahren gab es nicht nur den Fall der Mauer, sondern damals gab es im Mai noch eine Kommunalwahl in der DDR, deren Ergebnis man auch nicht haben wollte. Wer sich auskennt, sollte das dazusagen.

(Jörg Detjen [Linke]: Warum sind Sie so angestochen?)

- Sie hatten das doch gebracht, Herr Detjen. Ich wollte zum Thema Kommunalwahl zurückkommen und dazu, dass die Stimmen neu auszuzählen sind. Sie hatten angesprochen, dass es um einen bestimmten Bezirk geht, nämlich den Briefwahlbezirk 20827.

(Der Redner hält ein Schild mit der Aufschrift „20827“ hoch!)

Ach, Entschuldigung, das ist ja falsch, das war die Zahl von Prof. Bätge, der sich vertan hat. Das ist die richtige Zahl.

(Der Redner hält die Rückseite des Schildes mit der Aufschrift „20874“ hoch - Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, ich bleibe dabei: Dieses Ergebnis stimmt nicht. Wir möchten gerne da reinschauen. Wenn es die Möglichkeit gibt – wir haben hier eine Mehrheit, und darum werden wir die Beanstandung zurückweisen -, wollen wir nachzählen und das richtige Ergebnis ermitteln. Wir von der FDP sind für die Wahrheit. Die steckt hier drin, und das wollen wir uns gerne anschauen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Breite. Wir kommen zu Herrn Beckamp von der AfD.

Roger Beckamp (AfD): Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich versuche, zur Sache zurückzukommen. Herrn Breite ist das nicht ganz gelungen. Aber es war dennoch unterhaltsam, vielen Dank dafür. Ich werde versuchen, an manches anzuknüpfen.

Sie ahnen es: Auch wir behaupten, auf der Seite des Rechts zu stehen - wie so viele, wie alle hier.

(Zuruf von der SPD: Rechts stehen Sie!)

- Ja genau, ich komme gleich darauf, was das bedeuten könnte.

Das Problem ist ja, dass der bisherige Umgang mit diesen fragwürdigen Wahlergebnissen enttäuschend ist, in Stil und Inhalt enttäuschend. Das hat sich auch schon in der Presse niedergeschlagen, völlig zu Recht. Da wurde aufgezeigt, was alles lebensfremd ist. Das Lebensfremde haben die Grünen und die SPD sich sehr zu Eigen gemacht, komischerweise auch die CDU und die FDP, indem sie für die komplette Neuauszählung stimmen. Insofern sind es ganz interessante Muster, die sich hier zeigen.

Was sich angesichts der Wahlergebnisse zeigt, ist die Angst der Altparteien voreinander, die Angst von SPD und Grünen vor der CDU, der FDP und anderen. Wir könnten ja mal die Linken fragen - Herr Breite hat es schon angesprochen -, wie sie früher mit Wahlen umgegangen sind. Die Genossen hatten bis 1989 eine ganz besondere Zählweise. Da könnte man mal nachfragen, wie das genau geht. Ähnlich absurd verhalten Sie sich jetzt.

Wir können aber auch mal konkret nachfragen; das wäre eine schöne Idee. Viele nannten Herrn Bätge; das ist ein ganz entscheidender Mann, der einmal versucht hat, aufzuzeigen, was das entscheidende Kriterium ist, um nachzählen zu dürfen. Herr Bätge sagt, es müssen hinreichend substantiierte Anhaltspunkte für Verfahrensfehler vorliegen. Das ist der Kern des Ganzen, so wie ich es verstehe. Ein bisschen verstehe ich davon auch; ich habe mal so etwas im Studium gehört.

Herr Prof. Bätge ist dabei der Ansicht - das ist der weitergehende Punkt -, dass statistische Abweichungen nach den bisherigen Entscheidungen der Rechtsprechung nicht als ausreichend anerkannt werden. Das behauptet er so, er belegt es aber nicht. Er führt auch die Rechtsprechung an - wo das aber so nicht drinsteht.

Völlig zu Recht erkannt haben das - Sie wundern sich - die Grünen. Sie haben es erkannt, Frau Jahn, wunderbar. In Ihrer Stellungnahme schreiben Sie: „Die Statistik ist entscheidend.“ Ich zitiere wörtlich aus Ihrer Stellungnahme vom 31. August 2014:

> Die CDU möchte das Ergebnis der Wahl anfechten, weil es in einem Stimmbezirk statistisch auffällige Abweichungen gab. Untersucht man die Abweichung im Detail, so lässt sich feststellen, dass die Abweichungen tatsächlich groß sind, sodass ein tatsächlicher Fehler nicht unplausibel erscheint.

Ja, genau, so einfach ist es ja. Wenn wir das alle einsehen, auch die SPD vielleicht, dann wäre man einen großen Schritt weiter.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Schön weiter lesen!)

Weiter sagen die Grünen völlig zu Recht - Herr Frank, vielleicht hören Sie zu -:

> Es fehlen bislang klare Kriterien, ab welchem Ausmaß Abweichungen eines Wahlergebnisses als ungewöhnlich oder auffällig einzustufen sind.

Jetzt sind wir drin in der Materie. Unterhaltung ist wunderbar; auch ich bin ein großer Freund davon. Aber wenn wir uns konkret über die Sache unterhalten, sind das genau die Punkte, die wir ermitteln müssen. Was heißt denn das: Abweichungen, die „ungewöhnlich oder auffällig“ sind und deshalb für einen Verfahrensfehler sprechen?

Das ist der entscheidende Punkt: Wie krass darf die Abweichung sein? Wenn wir uns bei einer gleichzeitigen Wahl für Bezirk und Rat ein Wahlergebnis vorstellen, wo für eine Partei eine Abweichung von 80 oder 90 Prozent herauskommt, sind wir uns alle einig: Da muss was schief gelaufen worden sein; irgendeine Zahl ist falsch übermittelt worden. Denken wir es weiter: Was

ist mit 50 Prozent? Was ist der untere Schwellenwert? Wann ist es gerade genug, um zu sagen: Das ist auffällig, das ist ein tatsächlicher Anhaltspunkt, um nachzuzählen? 10 Prozent? 20 Prozent? Das ist genau die Frage.

Wir haben hier 17 Prozent. Ich bin der klaren Ansicht: Das ist auffällig genug, man müsste - so einfach ist es - nachzählen. Das wird hoffentlich ein Richter entscheiden.

Die Grenze wird ein Richter ziehen. Herr Börschel, Sie haben ständig den Rechtsstaat bemüht: Gott sei Dank ist ein Dritter da, der darüber zu entscheiden hat, was genau das bedeutet.

Noch einmal zu Herrn Bätge zurück: Er geht auf diese Punkte nicht ein. Schauen Sie sich das Gutachten vom 15. August an, Seiten 5 und 6. Genau darum geht es: Wann sind statistische Abweichungen relevant? Dieser Punkt ist hier überhaupt nicht angesprochen; das wäre aber interessant.

Ich bin gleich fertig, Herr Oberbürgermeister; es dauert nur noch eine Sekunde.

Der Witz ist: Herr Prof. Bätge beantwortet diese Frage nicht. Er wirft sie auf, aber sagt einfach, das sei nicht so. Die Grünen und die SPD stellen sich dieser Frage nicht einmal. An dieser Stelle wird es brenzlig für Sie. Wenn Sie diesen Gedanken konsequent zu Ende denken, dass 10 Prozent, vielleicht 15 Prozent ausreichen für die Bewertung, dass ein Ergebnis auffällig ist, dann laufen Sie Gefahr, dass in diesen Stimmbezirken, wo das konkret der Fall ist, nachgezählt wird. Dann verlieren Sie ein Ratsmandat und nachher auch Ihre Mehrheit im Rat. Genau das ist der Punkt. Das ist der eigentliche Grund für das seit Monaten dauernde Theater. Es geht nicht um die Verantwortung vor den Bürgern oder um irgendwelche rechtsstaatliche Erwägungen. Das ist schlichtweg Unfug.

Ich habe noch ein schönes Zitat von Herrn Bätge, das lasse ich jetzt aus, weil ich etwas gedrängt werde.

Es lässt sich auf den Punkt bringen: Ich habe die Grünen aufs Korn genommen, weil Sie Ihre Stellungnahme sehr ausführlich gemacht haben. Sie schreiben, dass nur eine Neuauszählung rechtlich zulässig ist - oder man belässt es bei dem Ergebnis. Das ist, gelinde gesagt, überraschend. Entweder sind Sie ahnungslos - was ich durchaus für möglich halte -, oder Sie machen hier ein peinliches Spielchen, mit dem Sie nur so tun, als müsste es eine komplette Neuauszählung geben, weil Sie genau wissen, dass es nicht dazu kommen wird.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Sie wollen nämlich keine Neuauszählung, auch nicht von Stimmbezirken. Genau das ist der Punkt.

Wir müssen zurück zur Frage, was der Kern der Sache ist. Es ist die Statistik, und es ist das klägliche Niveau der Auseinandersetzung.

Als letztes Wort: Sie tun uns, der AfD, einen riesigen Gefallen. Mit Ihrem Rumgeeier, mit Ihrer inhaltsleeren Polemik - Frau Fahimi lässt grüßen in der *FAZ* - betreiben Sie unser Geschäft und nicht Ihr Geschäft. Sie treiben uns die Wähler zu, die frustriert sind von diesem Politikgeschäft. Sie kommen zu uns, so wird es sein.

Ein wirklich letzter Satz: Der Beschluss des Rates ist rechtswidrig. Die AfD empfiehlt dringend, die einzelnen Stimmbezirke nachzuzählen bzw. entsprechende rechtliche Schritte einzuleiten. Es wäre auch ganz einfach. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Beckamp. Wir kommen dann zu Herrn Hegenbarth von der Gruppe der Piraten.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass sich meine Ratskollegen aus dem Ruhrgebiet oder auch aus Düsseldorf über unser Kölner Theater lustig machen, das kann ich noch verschmerzen. Auch dass die bundesdeutsche Presse - bis hin zur *Süddeutschen* - von einer politischen Affäre spricht, die es so nur in Köln geben kann, tut zwar weh, kann ich aber auch noch verkraften.

Viel Ärgerlicher ist aber - so meine persönliche Erkenntnis als neues Ratsmitglied -, dass Parteiräson und Machterhalt nach wie vor eines der Hauptmerkmale der kommunalen Parteiarbeit auch in unserer Stadt zu sein scheinen, in der eben keine Seite mal über den eigenen Schatten springen kann und stur an der einmal aufgestellten Linie festhält.

Schon deutlich schwerer fällt mir Folgendes: Eigentlich stehen wir vor riesigen Reformaufgaben und haben Wichtigeres zu tun, als mit einer sol-

chen Sondersitzung ein weiteres Signal der Lähmung und des Streites an die Stadtgesellschaft zu geben. Schon bei der letzten Sitzung habe ich angesprochen: Vor dem Hintergrund des Reformstaus hat unser Theater nach wie vor einer tollen Möglichkeit Platz geschaffen - und ich rede eben nicht von Jamaika. Jamaika ist nun wirklich Old School und nur eine der überschaubaren Farben von Politik 1.0. Ich meine die Idee der wechselnden Mehrheiten auch über einen langen Zeitraum hinweg. Dann bräuchten wir uns nämlich nicht mit den ewiggleichen Problemen von Politik 1.0 beschäftigen, die zur negativen Ansicht aller gerade vorliegt.

Daher meine nachdrückliche Bitte: Lassen Sie uns aus diesem Murks der Neuauszählung, diesem Negativbeispiel doch noch etwas Positives und Konstruktives für die brennenden Themen Wohnungsnot, Schul- und Flüchtlingspolitik und nachhaltige Verkehrskonzepte für Köln gewinnen. Echte Reformen funktionieren eben nur über Parteigrenzen und klassische Koalitionsgrenzen hinweg.

Wir werden für die Aufhebung des Ratsbeschlusses der kompletten Neuauszählung stimmen, so wie wir bereits in der letzten Sitzung gegen ebendiese mehrheitliche Entscheidung des Rates waren. Beenden wir heute einen weiteren Grund für Parteiverdrossenheit, lassen wir nicht zu, dass mehrere Hunderttausend Euro sinnlos verbrannt werden. Beenden wir dieses Sommertheater und den rechtswidrigen Ratsbeschluss, von dem unsere Regierungspräsidentin, Frau Walsken, spricht, wenn - ohne über die Gültigkeit der Wahl zu entscheiden und ohne triftige Gründe - eine gesamte Wahl nachgezählt wird, obwohl weder das Kommunalwahlrecht noch die Gemeindeordnung oder das Grundgesetz dies vorsehen.

Natürlich können Sie, Herr Petelkau, vor das Verwaltungsgericht ziehen. Im Internet gibt es einen geflügelten Spruch: Kann man machen, ist dann aber - Entschuldigung, Herr Oberbürgermeister, und Entschuldigung, Herr Petelkau - Bullshit. Denn die juristischen Erfolgsaussichten sind ungefähr so hoch, als wenn Sie vor Gericht ziehen, um zu versuchen, Diebstahl oder Körperverletzung als Straftatbestand zu hinterfragen. - Danke.

(Beifall bei der Linken sowie bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. Und dann zu Herrn Zimmermann, Deine Freunde.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Nur ganz kurz: Wir werden bei unserem Stimmverhalten vom letzten Mal bleiben und den Einspruch zurückweisen.

Lieber Jörg, du hattest mich eben aus Versehen gerade gesiezt, das hat mich ein bisschen geschockt. Ich hoffe, wir haben uns nicht entzweit über diese Auszählungsdebatte.

(Jörg Detjen [Die Linke]: Nein!)

Ich habe ja schon letztes Mal erläutert: Wir haben ganz bewusst auf einen Einspruch verzichtet, weil wir das, was dort in Bickendorf vorgefallen ist, für nicht relevant gehalten haben. Dass wir die Möglichkeit dafür gehabt hätten, ist uns schon klar. Aber es gab ja noch eine ganze Menge anderer Einsprüche und Anträge im Wahlausschuss. Damit fängt das an. Ich hoffe, dass dies bei der ganzen Debatte und dann auch in der juristischen Auseinandersetzung noch mal hochkommt:

Ein Kuriosum ist, dass der Wahlausschuss mit seiner neuen Mehrheit entscheidet über die Einsprüche, die gegen diese neue Mehrheit eingereicht werden.

(Beifall bei Teilen von CDU und FDP)

Selbst wenn sie substantiiert sind oder zumindest mit einem gewissen Gehalt vorgebracht werden, können sie keine Mehrheit finden, weil die neue Mehrheit in diesem Ausschuss mit den Stimmverhältnissen eigentlich ganz zufrieden ist. Auch das ist etwas eigenartig. Ich hoffe, dass man auch darüber in Düsseldorf - oder wo immer das entschieden werden soll - neu nachdenkt.

So war es auch im Kölner Fall. Es gab eine ganze Menge an Anträgen und Einsprüchen, zu Rodenkirchen und zu anderen Stimmbezirken. Die fanden eben alle keine Mehrheit in diesem Ausschuss, auch aufgrund der Tatsache, dass die Grünen dem nicht zur Mehrheit verholfen haben. Die Grünen schlagen einen anderen Weg vor, den wir heute auch unterstützen werden.

Vielen, die die Zurückweisung unterstützen, ist klar, dass das juristisch ein heikles Ding ist. Aber warum soll man das nicht prüfen lassen? Wir werden das prüfen lassen. Es ist der einzige Weg, der eine Mehrheit in diesem Rat findet, um diese Zweifel ausräumen zu können. Ich hätte mir auch gewünscht, dass es andere Wege gegeben hätte. Aber auch weil die Linke und die SPD keinerlei Anstände gemacht haben und sich keine Mühe gegeben haben, diese Zweifel auszuräumen, müssen wir eben diesen Weg gehen. Er ist der einzige, der eine breite Mehrheit hier in diesem Rat finden wird. Ich finde das vollkommen legitim, wir werden das weiterhin so unterstützen.

Noch ein Letztes - du hast es angesprochen, Jörg, aber in der Debatte ist es total untergegangen - zu den Wahlvorständen und den freiwilligen Wahlhelfern. Ich habe das auch ein paar Mal gemacht. Es ist tatsächlich schon eine ehrenvolle Aufgabe, mir macht das mit den Stapeln auch Spaß. Das mit den Computern war ganz toll: Da saßen wir tatsächlich die ganze Zeit rum und haben überlegt, wie man am besten manipulieren kann. Eine tolle Maschine, die ein Ergebnis auswirft, das man später nie mehr überprüfen kann! Gott sei Dank sind diese Computer dann auch wieder abgeschafft worden.

Aber es gibt auch schon einen gewissen Druck auf diese ganzen Wahlhelfer und Wahlvorstände. Denn es geht ja nicht nur darum, dass vier Wahlen auszuzählen waren, sondern es ist auch ein gewisser Zeitdruck da: Alle wollen die Ergebnisse so schnell wie möglich haben. Bei all der Ehre und bei allem Verantwortungsbewusstsein, das es gibt: Es ist durchaus möglich, dass da Fehler gemacht werden. Das wollen wir überprüfen, und das werden wir hoffentlich vor Gericht auch erreichen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir zur Beschlussfassung kommen. Der Beschluss, den ich vorgelegt habe, lautet:

> Der Rat der Stadt Köln hebt seinen unter TOP 10.19.10 in der Sitzung vom 30.09.2014 gefassten Beschluss zur vollständigen Neuauszählung der Kommunalwahl (Ratswahl) vom 25.05.2014, der mit Schreiben vom 06.10.2014 durch den Oberbürgermeister wegen Verstoßes gegen § 40 Abs. 1 Kommunalwahlgesetz i. V. m. dem Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip beanstandet wurde, auf.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über diesen Beschlussvorschlag. Wer für diesen Beschlussvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der SPD, das sind die Piraten, das ist die Fraktion AfD, und das ist die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Beschlussvorschlag zurückgewiesen worden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln hebt seinen unter TOP 10.19.10 in der Sitzung vom 30.09.2014 gefassten Beschluss zur vollständigen Neuauszählung der Kommunalwahl (Ratswahl) vom 25.05.2014, der mit Schreiben vom 06.10.2014 durch den Oberbürgermeister wegen Verstoßes gegen § 40 Abs. 1 Kommunalwahlgesetz i.V.m. dem Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip beanstandet wurde, auf.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., AfD und der Gruppe Die Piraten zurückgewiesen

3 Kommunalwahl 2014 - Feststellung der Gültigkeit der Rats-, Bezirksvertretungs- und Integrationsratswahl in Köln am 25.05.2014 gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) in Verbindung mit § 46a Kommunalwahlgesetz
2050/2014

Herr Frank stellt vor Eintritt in die Tagesordnung den Antrag, die Vorlage zu vertagen. In der Begründung verweist er auf seine Darlegungen aus der Ratssitzung am 30.09.2014.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit ist die Sitzung beendet.

(Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr)

6. Sitzung vom 13. November 2014

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der SPD- Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Gewalttätige Ausschreitungen von Rechtsextremen, Rechtspopulisten und Hooligans am 26. Oktober 2014 in Köln"

AN/1561/2014

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme einer Geldspende der Lufthansa AG an das Gürzenich-Orchester Köln

2940/2014

2.2 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Stadtkonservator hier: Spende in Höhe von 20.000,00 Euro für die Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt

3106/2014

Ergänzungsvorlage der SPD- Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion mit Resolution

AN/1583/2014

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion betreffend "Bildung von Unterausschüssen"

AN/1521/2014

3.1.2 Antrag der Gruppe pro Köln betreffend "Vollständige Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt"

AN/1491/2014

3.1.3 Antrag der Gruppe Piraten betreffend "Köln liebt dich – Politik und Tanz im Kölner Rathaus"

AN/1519/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe Piraten

AN/1580/2014

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Lange Nacht der Industrie 2015 ff – Köln beteiligt sich!"

AN/1520/2014

3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Neubau des Historischen Archivs mit der Kunst- und Museumsbibliothek"

AN/1495/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.

AN/1584/2014

3.1.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Mehr Elektromobilität in Köln durch Umsetzung des Elektromobilitätsgesetzes"

AN/1493/2014

3.1.7 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Köln als Drehkreuz des Fernbusverkehrs stärken"

AN/1328/2014

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1565/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/1578/2014

3.1.8 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Abschlagszahlungen an freie Träger u. a. in 2015"

AN/1496/2014

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betreffend "Mehr Verantwortung in die Bezirke - Bürgerhaushalt 2015"

AN/1551/2014

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Klage gegen die Aufhebungsverfügung der Bezirksregierung Köln"

AN/1562/2014

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion betreffend "Besetzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) – weitere beratende Mitglieder"

AN/1563/2014

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Delegationsreisen ins Ausland"

AN/1183/2014

Antwort der Verwaltung vom 10.11.2014

3287/2014

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Flüchtlingsunterbringung"

AN/1344/2014

Antwort der Verwaltung vom 12.11.2014

3298/2014

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Kosten für Klimaschutzmaßnahmen in Köln"

AN/1345/2014

Antwort der Verwaltung vom 13.11.2014

3440/2014

4.4 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Gesundheitskosten für Asylbewerber in Köln"

AN/1479/2014

Antwort der Verwaltung vom 12.11.2014

3363/2014

4.5 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Städtische Räumlichkeiten für Parteien bzw. Wählervereinigungen"

AN/1524/2014

4.6 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Gegenseitige Anerkennung des Köln-Passes und des Bonn-Ausweises"

AN/1552/2014

4.7 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Gegen Gewalt an Frauen - Frauenhäuser stärken"

AN/1525/2014

Antwort der Verwaltung vom 13.11.2014

3433/2014

4.8 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Fast ein Jahr Kölner Ratssitzungen live im Internet – Zwischenbericht und Perspektiven"

AN/1554/2014

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung

2881/2014

6.2.2 Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln

3091/2014

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 1. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2015 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen,
Kernbereich Innenstadt, Deutz, Severinsviertel, Rodenkirchen, Sürth, Godorf, Lindenthal, Braunsfeld, Marsdorf, Weiden, Ossendorf, Neu-Ehrenfeld, Nippes, Chorweiler, Porz-City, Porz-Eil, Porz-Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach, Poll, Rath/Heumar, Dellbrück, Mülheim.

2083/2014

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1564/2014

6.3.2 Hochwasserschutzzonenverordnung Rodenkirchen Leinpfad

2697/2014

(zurückgezogen)

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Ausländerrechtliche Beratungskommission-Änderung der Geschäftsordnung

2403/2014

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2014 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2013 / 2014

3220/2014

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 1201, Straßen, Wege, Plätze für das Haushaltsjahr 2014

2074/2014

8.2 Überplanmäßige Aufwendungen im Haushaltsjahr 2014 zur Anfinanzierung des Depotumzuges des Rautenstrauch-Joest-Museums

2643/2014

8.3 Überplanmäßige Auszahlung im Teilplan - Zentrale Dienstleistungen - für das Haushaltsjahr 2014

2710/2014

8.4 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0418 - Stadtbibliothek für das Haushaltsjahr 2014

2789/2014

8.5 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 1002 - Denkmalpflege - für die Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt/ 2. Bauabschnitt/ Sanierung des Sockels

1779/2014

8.6 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0402 - Museum Ludwig - für das Haushaltsjahr 2014

2886/2014

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Fortschreibung des Konzepts zur medienübergreifenden Überwachung von Industrie- und Gewerbebetrieben

2680/2013

Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 21.10.2014

AN/1391/2014

10.2 Vergabe der Konzeptionsförderung in der Sparte Theater, Haushaltsjahre 2015-2018

1096/2014

(zurückgezogen)

10.3 Wirtschaftsplan 2014 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln

1237/2014

10.4 Abführung und Gewinnausschüttung an den städtischen Haushalt für 2014

1238/2014

10.5 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2012 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln

1352/2014

10.6 Kulturentwicklungsplanung

2165/2014

(zurückgezogen)

10.7 Vergabe der Strukturförderung im Filmbereich, Haushaltsjahre 2015 - 2017

2227/2014

(zurückgezogen)

10.8 5. Frauenförderplan 2015 - 2017

2377/2014

10.9 Bedarfsfestellungsbeschluss über die Anmietung von Magazin- und Büroflächen im ehemaligen Landesarchiv Düsseldorf

2412/2014

10.10 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchesters Köln, Wj. 2014/2015

2524/2014

10.11 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO

i.V.m. § 8 Ziff. 7 der Haushaltssatzung 2013/2014 der Stadt Köln und außerplanmäßige Auszahlung bei der Finanzstelle 6903-1202-2-5090 Z an SRS für Rheinuferstrecke

2565/2014

10.12 Neubau eines Feuerwehrzentrums in Köln-Kalk hier: Baubeschluss

2566/2014

10.13 Eingruppierung des Amtes des Stadtdirektors Guido Kahlen, Besoldungsgruppe B 8 übergeleitetes Besoldungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (ÜBesG NRW), nach Besoldungsgruppe B 9

2730/2014

10.14 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2013 des Gürzenich-Orchesters Köln

2770/2014

10.15 Kompetenzzentrum Frau und Beruf Region Köln - befristete Einrichtung 1,0 Stelle

2866/2014

10.16 öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Durchführung von Inkubator-, Intensiv-, Infektions- und Schwergewichtigentransporten durch die Stadt Köln

2917/2014

10.17 Projekt museumbus.Köln

2932/2014

10.18 Vergabe der Mietzuschüsse in der Sparte Bildende Kunst, Haushaltsjahre 2015-2019

2961/2014

10.19 Jahresabschluss 2012

2983/2014

10.20 Errichtung eines Grundschulverbunds im Kölner Süden gem. § 83 SchulG NRW

2840/2014

(zurückgezogen)

10.21 Neuregelung des Aufnahmeverfahrens an Kölner Schulen gem. § 46 Abs. 6 Schulgesetz NRW (10. Schulrechtsänderungsgesetz)

2994/2014

10.22 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) Wirtschaftsplan 2015

3066/2014

10.23 Kommunalwahl 2014 - Feststellung der Gültigkeit der Rats-, Bezirksvertretungs- und Integrationsratswahl in Köln am 25.05.2014 gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) in Verbindung mit § 46a Kommunalwahlgesetz

2050/2014

10.24 Jahresabschlüsse 2008 bis 2011 2736/2014

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Holweide Arbeitstitel: Kochwiesenstraße in Köln-Holweide

2043/2014

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

15.1 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Num-

mer 63451/02 Arbeitstitel: Nördlich Scheidtweilerstraße/Maarweg in Köln-Braunsfeld

2830/2014

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 239. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

2318/2014

16.2 240. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

2832/2014

17 Wahlen

17.1 Wahl des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde der Stadt Köln

1145/2014

17.2 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für die Ausschüsse des Rates

2753/2014

17.3 Neukonstituierung des Beirates der Forensischen Klinik Köln-Porz nach der Kommunalwahl 2014

2764/2014

17.4 Neubenennung der Ratsvertreter/innen für die Kommunale Gesundheitskonferenz (KGK) nach der Kommunalwahl 2014

2771/2014

17.5 Wahl der Vertreter der Stadt Köln für die Mitgliederversammlung des Interkommunalen Arbeitskreises Wahner Heide

2775/2014

(zurückgezogen)

17.6 Neuwahl eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss

2845/2014

17.7 Neuwahl eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss

2846/2014

17.8 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

2882/2014

17.9 Ausländerrechtliche Beratungskommission; Einsetzung der Mitglieder durch den Rat

2884/2014

17.10 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für den Jugendhilfeausschuss

2935/2014

17.11 Ausschreibung Weihnachtsmarkt auf dem Roncalliplatz hier: Modifizierung des Bewertungsverfahrens und Nennung der Mitglieder der Findungskommission

3152/2014

17.12 Antrag der SPD-Fraktion hier: Stellvertreter/innen von Mitgliedern der Verbandsversammlung des Zweckverbands Sparkasse KölnBonn

AN/1516/2014

17.13 Kunststiftung im Museum Ludwig Köln hier: Bestellung des Kuratoriums

2741/2014

17.14 Antrag der SPD-Fraktion hier: Benennung von sachkundigen Einwohnern/innen

AN/1566/2014

17.15 Antrag der FDP-Fraktion hier: Neubenennung eines ordentlichen Mitglieds sowie eines Stellvertreters für den Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn

AN/1585/2014

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzender
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Aymaz, Berivan; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Beckamp, Roger; Benthem van, Henk; Bercher-Hiss, Susanne; Börschel, Martin; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Dresler-Graf, Margret; Elster, Ralph Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Gordes, Birgit; Gutzeit, Walter Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Haug, Jochen; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf Bürgermeister Dr.; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klausing, Christoph; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Ott, Jochen; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Rabenstein, Svenja; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Santos Herrmann, Susana dos; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schoser, Martin Dr.; Schultes, Monika; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Struwe, Rafael Christof; Symanski, Ute Dr.; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; von Wengersky, Alexandra Gräfin; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Woller, Julia; Wolter, Andreas Bürgermeister; Wolter, Judith; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeister
Homann, Mike; Wirges, Josef; Schößler, Bernd; Zöllner, Reinhard

Verwaltung
Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Höing, Franz-Josef Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne Beigeordnete; Steinkamp, Dieter Dr.

Schriftführerin
Frau Kramp

Stenografen
Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:
Stimmberechtigte Mitglieder
Henseler, Andreas; Rottmann, Hendrik

Bezirksbürgermeisterin
Blömer-Frerker, Helga

Bezirksbürgermeister
Hupke, Andreas; Fuchs, Norbert; Thiele, Markus

Verwaltung
Fenske, Jürgen

(Beginn: 15.42 Uhr - Ende: 21.22 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 6. Sitzung des Rates der Stadt Köln in dieser Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, unsere Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeister und natürlich Sie alle als Mitglieder des Rates.

Ganz besonders begrüßen möchte ich - deswegen geht mein Blick von hier gesehen auf die linke Seite - die Schülerinnen und Schüler der Bertha-von-Suttner-Realschule aus Vogelsang, die Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule Holweide und die Schülerinnen und Schüler des Heinrich-Heine-Gymnasiums aus Ostheim.

(Beifall)

Diese unsere Gäste werden am 3. Dezember am Tag der Jugend im Rathaus teilnehmen. Ich möchte - der Beifall hat es gerade gezeigt - alle, die dort oben bereits Platz genommen haben, ganz herzlich willkommen heißen. Am 3. Dezember werdet ihr die Gelegenheit haben, selbst als Ratsmitglieder zu agieren und gemeinsam mit dem Oberbürgermeister eine Ratssitzung durchzuführen. Eine theoretische Einführung hat ja schon stattgefunden; dann geht es an die Praxis. Ich freue mich schon darauf, dass wir hier gemeinschaftlich eine Ratssitzung abhalten werden, und bedanke mich im voraus bei den Kolleginnen und Kollegen des Rates, die mir wie in den vergangenen Jahren wieder unterstützend zur Seite stehen werden.

Nun zur heutigen Sitzung. Nach den mir vorliegenden Meldungen fehlen heute Herr Rottmann von der AfD und Herr Henseler.

(Zurufe: Oh! - Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann sind wir heute ja schon um 10 fertig!)

- Das Mitleid ist grenzenlos, wie ich höre.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Frenzel, Herrn Erkelenz und Frau Heuser.

Jetzt müssen wir unsere Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf wie immer gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

SPD, CDU, Grüne, Linke, FDP und Deine Freunde haben fristgemäß einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Gewalttätige Ausschreitungen von Rechtsextremen, Rechtspopulisten und Hooligans am 26. Oktober 2014 in Köln: Welche Konsequenzen ziehen die demokratischen Kräfte im Rat der Stadt Köln?“ eingebracht. Wir werden die Aktuelle Stunde unter Tagesordnungspunkt 1.1 behandeln. Dazu darf ich dann auch Herrn Polizeipräsident Albers ganz herzlich begrüßen, der heute die Gelegenheit nutzen will, das Wort an Sie zu richten, falls Sie einverstanden sind.

(Beifall)

Zur Tagesordnung: Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte im öffentlichen Teil vor - ich bitte um Aufmerksamkeit -: 4.5, 4.6, 4.7, 4.8, 6.2.2, 8.6, 10.24, 17.14 und 17.15 als Dringlichkeitsantrag, über dessen Dringlichkeit wir gleich noch befinden müssen. Im nichtöffentlichen Teil wird der Punkt 23.7 zugesetzt. - Das sind die Zusetzungen.

Zu den Absetzungen: Im öffentlichen Teil werden 6.3.2, 10.2, 10.6, 10.7, 10.20 und 17.5 sowie im nichtöffentlichen Teil 24.2 abgesetzt.

Ich komme zu den Dringlichkeitsanträgen. Zunächst zu einem Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zum Thema „Mehr Verantwortung in die Bezirke - Bürgerhaushalt 2015“ unter Tagesordnungspunkt 3.1.9. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Des Weiteren liegt ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Klage gegen die Aufhebungsverfügung der Bezirksregierung Köln“ vor; das ist TOP 3.1.10. Gibt es Wortmeldungen dazu? - Ja. Herr Frank, bitte.

(Martin Börschel [SPD]: Wolltest du gegen die Dringlichkeit sprechen?)

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Nein, aber ich muss die Dringlichkeit ja begründen.

(Martin Börschel [SPD]: Nur bei Bedarf!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nur bei Bedarf.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Die Dringlichkeit ergibt sich aus dem Schreiben der Bezirksregierung Köln. Uns wurde nur eine Frist bis zum 8. Dezember eingeräumt, um uns damit zu befassen. Deshalb bitten wir um Zustimmung zur Dringlichkeit.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Gibt es Stimmen gegen die Dringlichkeit? - Das

ist nicht der Fall. - Ist jemand gegen die Aufnahme dieses Dringlichkeitsantrags in die Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Es gibt auch keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Weiterhin liegt unter 3.1.11 ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Linke und FDP betreffend „Besetzung des Jugendhilfeausschusses - Weitere beratende Mitglieder“ vor. - Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Stimmt jemand gegen die Dringlichkeit? - Es gibt keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag wurde von der FDP-Fraktion eingebracht; Punkt 17.15. Es geht um die Nachbenennung eines ordentlichen Mitglieds sowie eines Stellvertreters für den Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Dann ist das ebenfalls so beschlossen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Noch eine Meldung zur Geschäftsordnung!)

- Bitte schön, Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Wir haben eben der Dringlichkeit der Behandlung des Antrags der CDU-Fraktion „Mehr Verantwortung in die Bezirke - Bürgerhaushalt 2015“ zugestimmt. Jetzt ist es allerdings so, dass heute Mittag eine Pressemitteilung der Verwaltung kam, in der es heißt: Der Bürgerhaushalt startet. Insofern sind wir der Meinung, dass wir dieses Thema jetzt nicht mehr im Rat grundsätzlich behandeln können; denn wir haben den Beschluss, den die CDU mitgetragen hat, bereits gefasst, nämlich einen Bürgerhaushalt 2015 durchzuführen und das Verfahren zu starten. Über Details, die vielleicht noch in irgendeiner Weise modifiziert werden sollen sollte daher nur noch im Finanzausschuss geredet werden. Wir möchten deshalb diesen Antrag jetzt unmittelbar in den Finanzausschuss verweisen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Henk-Hollstein.

Anna-Maria Henk-Hollstein (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Frank, ich denke, diesen Antrag können Sie stellen, wenn dieser Tagesordnungspunkt beraten wird. Aber ich möchte schon jetzt dagegenreden.

Der Start - Sie haben das eben zu einem anderen Tagesordnungspunkt hervorgehoben - findet am kommenden Montag, nämlich am 17. November, statt. Es gibt diverse Initiativen in den Bezirken, durchaus auch auf breiter Basis, sowie gemeinsame Anträge mit ähnlichem oder sogar gleichlautendem Wortlaut wie dem in unserem heute hier vorgelegten Dringlichkeitsantrag.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass in dem Beschluss, den wir im Finanzausschuss gemeinsam getroffen haben - das ist durchaus korrekt; dazu stehen wir auch -, deutlich gemacht wird, dass der Finanzausschuss *und* der Rat mit diesem Thema und den Beschlüssen, die in den Bezirken gefasst werden, befasst werden sollen. Genau das sehen wir etwas anders, nämlich dass gemäß § 37 GO NRW die Beschlüsse im Bezirk zu den Bezirksthemen gefasst werden sollen und der Rat damit zukünftig nicht weiter befasst wird, außer dass die entsprechenden Mittel in den Haushaltsplan eingestellt werden sollen.

Deshalb bitte ich, dass wir den Bezirken aus diesem höchsten Gremium das Signal geben, dass sie über diese Mittel beschließen dürfen und wir lediglich im Finanzausschuss das sogenannte Controlling begleiten werden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich würde einfach den Vorschlag machen - ich glaube, darauf können wir uns einigen -, diese Frage im Rahmen der Behandlung dieses Tagesordnungspunkts zu klären.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir möchten darüber abstimmen, ihn jetzt unmittelbar zu verweisen! - Gegenrufe von der CDU)

- Ich sehe das als ein bisschen schwierig an. Eine Verweisung ist ein sachlicher Punkt, und dazu kann man einen Antrag stellen. Wir sind hier jetzt noch bei der Festlegung der Tagesordnung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Von daher meine ich: Wenn wir den Punkt gleich aufrufen, kann man darüber abstimmen, wie das geregelt werden kann. Ich hoffe, Sie sind damit einverstanden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich bin nicht damit einverstanden!)

- Erfreut ist er nicht. Aber wir machen das jetzt so.

Wir kommen zur Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, die Tagesordnungspunkte 2.2, 8.5 sowie 3.1.2 - da geht es jeweils um das Reiterdenkmal - gemeinsam unter Tagesordnungspunkt 8.5 zu behandeln.

Zudem rege ich an, die Tagesordnungspunkte 10.19 und 10.24 unter TOP 10.19 gemeinsam zu behandeln; da geht es um die Jahresabschlüsse.

Auch ist mir der Wunsch zur Kenntnis gelangt, Tagesordnungspunkt 3.1.10 - da geht es um die Frage der Klage oder Nichtklage gegen die Regierungspräsidentin - gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 10.23 zu behandeln, und zwar unter 3.1.10.

Bitte schön, Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Pro Köln findet es etwas schade, dass alle Punkte, die mit dem Reiterstandbild zu tun haben, in der Tagesordnung jetzt so weit nach hinten, nämlich auf Punkt 8.5, geschoben werden sollen. Es wäre doch sinnvoller, dies zumindest im Bereich der Anträge - vielleicht zusammen mit unserem Antrag, der thematisch dazu passt - zu behandeln. Ich denke, auch die vielen Zuschauer im Internet und anderswo interessieren sich für das wichtige Thema Reiterstandbild; denn das hat mit der Geschichte dieser Stadt zu tun. Wir sprechen uns dagegen aus, dass die betreffenden Punkte in der Tagesordnung so weit nach hinten geschoben werden sollen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann lassen wir darüber abstimmen. Wer für den Antrag von pro Köln ist, dies auseinanderzuziehen und unter Tagesordnungspunkt 3.1 zu behandeln, bitte ich um das Handzeichen. -

(Markus Wiener [pro Köln]: Nicht auseinanderziehen, sondern vorziehen!)

- Ja, zusammenzuziehen, aber in der Tagesordnung nach vorn zu ziehen. - Wer ist dafür? - Die Mitglieder von pro Köln. Wer enthält sich? - Das ist abgelehnt. Das Thema wird also unter Tagesordnungspunkt 8.5 behandelt.

Damit ist die Tagesordnung so festgelegt. Wir müssen noch darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist die Tagesordnung so beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung des Rates und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

I. Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Herrn Frenzel, Herrn Erkelenz und Frau Heuser vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der FDP fristgerecht eine Aktuelle Stunde zum Thema "Gewalttätige Ausschreitungen von Rechtsextremen, Rechtspopulisten und Hooligans am 26. Oktober 2014 in Köln: Welche Konsequenzen ziehen die demokratischen Kräfte im Rat der Stadt Köln?" eingereicht haben. Die Angelegenheit ist unter Punkt 1.1 in der aktuellen Tagesordnung enthalten.

III. Anschließend nennt der Oberbürgermeister die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.5 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Städtische Räumlichkeiten für Parteien bzw. Wählervereinigungen"

AN/1524/2014

4.6 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Gegenseitige Anerkennung des Köln-Passes und des Bonn-Ausweises"

AN/1552/2014

4.7 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Gegen Gewalt an Frauen - Frauenhäuser stärken"

AN/1525/2014

4.8 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Fast ein Jahr Kölner Ratssitzungen live im Internet – Zwischenbericht und Perspektiven"

AN/1554/2014

6 Ortsrecht

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.2 Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln

3091/2014

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.6 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0402 - Museum Ludwig - für das Haushaltsjahr 2014

2886/2014

10 Allgemeine Vorlagen

10.24 Jahresabschlüsse 2008 bis 2011 2736/2014

17 Wahlen

17.14 Antrag der SPD-Fraktion hier: Benennung von sachkundigen Einwohnern/innen

AN/1566/2014

17.15 Antrag der FDP-Fraktion hier: Neubenennung eines ordentlichen Mitglieds sowie eines Stellvertreters für den Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn

AN/1585/2014

23 Grundstücksangelegenheiten

23.7 Grunderwerb im Bereich Brügelmannstraße in Köln-Deutz von der Deutschen Telekom AG

3333/2014

Absetzungen

6 Ortsrecht

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.2 Hochwasserschutzzonenverordnung Rodenkirchen Leinpfad

2697/2014

10 Allgemeine Vorlagen

10.2 Vergabe der Konzeptionsförderung in der Sparte Theater, Haushaltsjahre 2015-2018

1096/2014

10.6 Kulturentwicklungsplanung

2165/2014

10.7 Vergabe der Strukturförderung im Filmbereich, Haushaltsjahre 2015 - 2017

2227/2014

10.20 Errichtung eines Grundschulverbunds im Kölner Süden gem. § 83 SchulG NRW

2840/2014

17 Wahlen

17.5 Wahl der Vertreter der Stadt Köln für die Mitgliederversammlung des Interkommunalen Arbeitskreises Wahner Heide

2775/2014

24 Allgemeine Vorlagen

24.2 Baubeschluss für die Verlängerung der Linie 3, Bocklemünd-Mengenich, 2. Bauabschnitt in Ehrenfeld mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2014 bei Finanzstelle 6903-1202-4-5060 Stadtb.Rh-SiegBauabsch.-Bocklemünd/Meng. sowie Rückbau der Gründung und

der Rampen der Fußgängerbrücke Tollerstraße

2035/2014

IV. Der Oberbürgermeister teilt mit, dass zur Sitzung drei Dringlichkeitsanträge vorgelegt worden seien.

Im Einzelnen handelt es sich um:

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betreffend "Mehr Verantwortung in die Bezirke - Bürgerhaushalt 2015"

AN/1551/2014

Der Rat stimmt der Dringlichkeit der Angelegenheit und damit der Aufnahme in die Tagesordnung einvernehmlich zu.

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Klage gegen die Aufhebungsverfügung der Bezirksregierung Köln"

AN/1562/2014

Nachdem Ratsmitglied Frank zu der Angelegenheit nochmals Stellung genommen hat, stimmt der Rat der Eilbedürftigkeit und damit der Aufnahme in die Tagesordnung einvernehmlich zu.

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion betreffend "Besetzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) – weitere beratende Mitglieder"

AN/1563/2014

Auch bei dieser Angelegenheit stimmt der Rat der Dringlichkeit und damit der Behandlung in der heutigen Sitzung einstimmig zu.

V. Ratsmitglied Frank schlägt zu TOP

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betreffend "Mehr Verantwortung in die Bezirke - Bürgerhaushalt 2015"

AN/1551/2014

unter Hinweis darauf, dass der Rat bereits einen Beschluss darüber gefasst habe, dass der Bürgerhaushalt 2015 durchzuführen und das Verfahren zu starten sei, eine Verweisung in den Finanzausschuss vor.

Nach einer Gegenrede von Ratsmitglied Henk-Hollstein schlägt der Oberbürgermeister vor, diese Frage bei Aufruf des Tagesordnungspunktes zu klären.

VI. Der Oberbürgermeister schlägt folgende Änderungen zur Reihenfolge der Tagesordnung vor:

Wegen des Sachzusammenhangs sollen die Punkte

2.2 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Stadtkonservator
hier: Spende in Höhe von 20.000,00 Euro für die Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt

3106/2014

3.1.2 Antrag der Gruppe pro Köln betreffend "Vollständige Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt"

AN/1491/2014

8.5 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 1002 - Denkmalpflege - für die Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt/ 2. Bauabschnitt/ Sanierung des Sockels

1779/2014

gemeinsam unter dem Punkt 8.5 behandelt werden,

ebenfalls gemeinsam sollen die Punkte

10.19 Jahresabschluss 2012

2983/2014

10.24 Jahresabschlüsse 2008 bis 2011
2736/2014

unter dem Punkt 10.19 behandelt,

sowie die Punkte

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Klage gegen die Aufhebungsverfügung der Bezirksregierung Köln"

AN/1562/2014

10.23 Kommunalwahl 2014 - Feststellung der Gültigkeit der Rats-, Bezirksvertretungs- und Integrationsratswahl in Köln am 25.05.2014 gemäß § 40 Absatz 1 Buch-

stabe d) in Verbindung mit § 46a Kommunalwahlgesetz

2050/2014

unter dem Punkt 3.1.10 behandelt werden.

VII. Ratsmitglied Wiener beantragt das Thema „Restaurierung des Reiterstandbildes“ nicht erst unter dem Punkt 8.5 sondern unter den Anträgen - z. B. unter Punkt 3.1.2 - zu behandeln.

Der Rat lehnt diesen Vorschlag mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln ab.

VIII. Anschließend legt der Rat die Tagesordnung bei Stimmenthaltung der Gruppe pro Köln – wie folgt – fest:

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe Tagesordnungspunkt 1.1 auf:

1.1 Antrag der SPD- Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend "Gewalttätige Ausschreitungen von Rechtsextremen, Rechtspopulisten und Hooligans am 26. Oktober 2014 in Köln" AN/1561/2014

Falls Sie damit einverstanden sind, würde ich gern zunächst Herrn Polizeipräsident Albers das Wort geben, um zu dieser Fragestellung hier in unserem Hause entsprechend Stellung zu nehmen. - Bitte schön.

Wolfgang Albers (Polizeipräsident Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen! Meine Herren! Lassen Sie mich an erster Stelle Dank sagen, dass ich hier die Möglichkeit habe, zu diesem Thema zu Ihnen zu sprechen und an der Debatte teilzunehmen.

Die Versammlung HoGeSa am 26. Oktober und deren Verlauf haben der Stadt Köln und der Polizei Köln viel zugemutet. Der Verlauf war gewalttätig. Weit über 4 000 Hooligans und Rechtsextremisten, darunter mehrere hundert Gewalttäter, randalierten im Herzen von Köln. 47 Beamtinnen und Beamte wurden verletzt, und ein Polizeifahrzeug wurde, sozusagen vor laufenden Kameras, umgeworfen.

Dies war kein erfolgreicher Einsatz. Davon war auch nie die Rede. Für viele Kölnerinnen und Kölner, für viele Polizistinnen und Polizisten und auch für mich selbst waren und sind diese Ausschreitungen unerträglich. Ich bedaure ausdrücklich die Ereignisse zutiefst.

Meine Damen, meine Herren, dies hier im Rat der Stadt zu sagen, ist mir ein Anliegen; denn hier ist der richtige Ort dafür. Es steht für mich aber auch fest: Die eingesetzten Beamtinnen und Beamten haben Schlimmeres verhindert. Für viele von ihnen war dies ein schwerer, ein harter Einsatz, und dafür gilt ihnen mein Dank und mein Respekt.

(Beifall)

- Danke sehr.

Warum habe ich die Versammlung nicht verboten? Im Rahmen des Verfahrens wurde geprüft, ob Gründe für ein Verbot der Versammlung vorliegen. Gemäß § 15 Absatz 1 Versammlungsgesetz kann die zuständige Behörde - das ist der PP Köln - die Versammlung oder den Aufzug verbieten, wenn nach erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bei Durchführung der Versammlung oder des Aufzuges unmittelbar gefährdet ist.

Die Rechtsprechung, insbesondere die des Bundesverfassungsgerichts, stellt an die Versammlungsbehörde strenge Anforderungen. Sie verlangt eine durch Tatsachen gesicherte Gefahrenprognose in Bezug auf eine Bedrohung der öffentlichen Sicherheit. Als Grundlage dieser Gefahrenprognose sind konkrete und nachvollziehbare tatsächliche Anhaltspunkte erforderlich, die bei verständiger Würdigung eine hinreichende Wahrscheinlichkeit des Gefahreneintritts ergeben. Bloße Verdachtsmomente oder Vermutungen reichen für sich allein nicht aus.

Für die Gefahrenprognose können Erkenntnisse in Zusammenhang mit früheren Versammlungen als Indiz hinzugezogen werden. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass ein Verbot nur dann in Betracht kommt, wenn eine gesicherte Gefahrenprognose den Schluss zulässt, dass die geplante Versammlung mit hoher Wahrscheinlich-

keit insgesamt einen unfriedlichen, aufrührerischen Verlauf nehmen wird.

Darüber hinaus ist die Behörde gehalten, sich auch mit solchen Indizien ausreichend auseinanderzusetzen, die gegen das Vorliegen einer Gefahr sprechen, und diese ausreichend zu berücksichtigen. Dazu gehören ausdrücklich die Distanzierung der Verantwortlichen der Versammlung von Gewalt sowie der Ablauf früherer vergleichbarer Versammlungen ohne Zwischenfälle.

Wir haben im Vorfeld bei allen Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern eine Abfrage vorgenommen. Auf diese Abfrage hin haben sich keinerlei Hinweise ergeben, die auf einen unfriedlichen Verlauf, die auf eine derartige Eskalation der Gewalt schließen ließen. Im Vorfeld zu dieser Versammlung hat es mehrere Versammlungen der HoGeSa gegeben, unter anderem eine in Dortmund und eine in Essen. Beide Veranstaltungen hatten eine deutlich geringere Teilnehmerzahl, aber ein ähnliches Teilnehmerklientel, und beide sind friedlich verlaufen. Unter diesen Voraussetzungen war ein Verbot der Versammlung rechtlich nicht möglich. Es hätte vor den Gerichten keine Aussicht auf Bestand gehabt.

Warum hat die Versammlung am Breslauer Platz stattgefunden? Ursprünglich hatte der Anmelder die Versammlung auf dem Bahnhofsvorplatz bzw. auf der Domtreppe und der Domplatte angemeldet. Als die Zahl der zu erwartenden Teilnehmer deutlich über die ursprünglich angemeldeten 300 anstieg, haben wir auf eine Verlegung auf den Breslauer Platz gedrungen. Der Anmelder hat auf einem zentralen innerstädtischen Versammlungsort bestanden. Nach der Rechtsprechung bestimmt der Versammlungsanmelder den Ort der Versammlung. Tatsächliche Anhaltspunkte für eine Auflage, von diesem Ort abzuweichen, hatten wir, wie bereits ausgeführt, zu diesem Zeitpunkt nicht.

Nun zu den Vorbereitungen und zum Ablauf der Versammlung. Ich bitte um Nachsicht, wenn ich hier und heute den Ablauf nicht in allen Einzelheiten nachzeichne; im AVR am 8. Dezember wollen wir dies gern tun.

Die Einsatzleitung ist von rund 4 000 Teilnehmern ausgegangen. Diese Zahl stützte sich auf die Erkenntnisse aus Facebook sowie dem Teilnehmerverhalten bei den Vorveranstaltungen. Wir sind davon ausgegangen, dass es sich dabei um eine große Anzahl gewaltbereiter und gewaltgeneigter Personen aus der Hooliganszene sowie um Personen aus der rechten Szene handeln würde. Deshalb haben wir an zwei verschiedenen Orten jeweils zwei Wasserwerfer postiert.

Es hat während der Versammlung und auch nach deren Beendigung durch den Versammlungsleiter gegen circa 16 Uhr mehrere explosionsartige, massive Gewaltausbrüche gegeben, die sich vorrangig gegen die eingesetzten Beamtinnen und Beamten richteten. Unter anderem wurde ein Beamter mit dem Messer bedroht. Durch den konsequenten Einsatz von Wasserwerfern konnten die Einsatzkräfte unterstützt und beschützt sowie die Lage temporär beruhigt werden.

Es sind 45 Beamtinnen und Beamte der Landespolizei und zwei der Bundespolizei verletzt worden. Bis auf drei waren alle weiter dienstfähig, und auch diese drei hatten bis 21 Uhr das Krankenhaus wieder verlassen.

Es konnten 17 Personen festgenommen bzw. in Gewahrsam genommen werden. Dies ist angesichts der Ereignisse definitiv zu wenig und bedarf der Nachbereitung. Das Gleiche gilt für die Frage, warum das Einsatzfahrzeug, das umgekippt wurde, unbewacht dort stand.

Mit einer starken Ermittlungsgruppe wird nun das umfangreiche Filmmaterial, was wir erstellt haben, ausgewertet. Per Stand von vorgestern liegen 107 Strafanzeigen vor, 62 Tatverdächtige sind identifiziert, 53 sind noch unerkannt. Mit Unterstützung anderer Behörden wird intensiv an der Identifizierung weiterer Tatverdächtiger gearbeitet.

Welche Schlüsse können aus unserer Sicht nach heutigem Stand für die Zukunft gezogen werden? Mit dem Wissen von heute ist die Möglichkeit, ein Verbot einer solchen Versammlung auszusprechen oder zumindest eine Verlegung an einen anderen Ort zu erwirken, aus meiner Sicht deutlich gestiegen. Natürlich haben wir die Polizei in Hannover bei ihren Bemühungen, eine Veranstaltung diesen Samstag verbieten zu können, mit unseren Erkenntnissen unterstützt. Heute hat allerdings das Verwaltungsgericht Hannover entschieden, dass die Verbotsverfügung aufgehoben wird, sodass es zwar nicht zu einem Aufzug, aber zu einer stationären Veranstaltung in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs von Hannover kommen wird.

Mit heutigem Wissen würden sicher mehr Beamte eingesetzt werden. Aber auch dies garantiert -

das wissen wir aus gewalttätigen Auseinandersetzungen in anderen Städten wie Berlin, Hamburg und Dresden - keinen friedlichen Verlauf. Es erhöht aber die Möglichkeit freiheitsentziehender Maßnahmen, sprich: Festnahmen und Ingewahrsamnahmen.

Wir müssen daran arbeiten, die Beamtinnen und Beamten im Einsatz noch besser zu schützen. Der Einsatz des Wasserwerfers am Einsatztag hat aber sicher Schlimmeres verhindert.

Wir müssen auch mehr über die Strukturen dieser neuen gewalttätigen, äußerst gefährlichen Gruppierung wissen. Warum schließen sich Hooligans, die sich gegenseitig bekämpft und geprügelt haben, zusammen, um von Rechtsextremisten organisiert die Gewalt auf die Straße zu tragen? Der Innenminister hat das Landeskriminalamt beauftragt, in einem Projekt diese Frage zu untersuchen.

Aber wir müssen auch bei uns hier in Köln aufmerksam sein. Wo gibt es Gewaltphänomene, insbesondere kollektive Gewaltphänomene unter Personen, die scheinbar unpolitisch ihre Gewaltfantasien ausleben, und wo sind die rechtsextremistischen Kräfte, die in der Lage sind, diese Gruppen zu bündeln und für ihre Ziele zu nutzen? - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Polizeipräsident. - Wir kommen jetzt zu den weiteren Rednern. Zunächst spricht für die SPD Frau Scho-Antwerpes. Bitte schön.

Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Polizeipräsident! Liebe Schüler und Schülerinnen! Sehr geehrte Damen und Herren! Uns alle hat in den vergangenen Tagen die Frage umgetrieben, wie es zu den Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten von Rechtsextremen, Rechtspopulisten und gewalttätigen Hooligans am 26. Oktober 2014 kommen konnte. Insofern ist es gut, dass der Polizeipräsident heute zu uns in die Ratssitzung gekommen ist und uns die Position der Polizei geschildert hat. Dafür spreche ich ihm im Namen der SPD-Fraktion Respekt aus.

(Beifall bei der SPD)

Dies verbinde ich mit einem Dank an die Polizeibeamten und -beamtinnen, die bei diesem Einsatz im wahrsten Sinne des Wortes ihren Kopf hingehalten haben. Dafür besten Dank!

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Klar ist aber auch - der Polizeipräsident hat es selbst eben geschildert -: Der Einsatz war sicher kein Erfolg. Und ich finde, es hätte auch ein anderer Ort gefunden werden müssen; darauf müssen wir künftig ein größeres Augenmerk legen.

Wir müssen allerdings auch zur Kenntnis nehmen, dass selbst nach den Kölner Ereignissen die Verfügung eines Verbots des Aufmarschs in Hannover heute gekippt worden ist. Wir hatten gehofft, dass die Entscheidung anders ausfällt.

Wer vor diesem Hintergrund reflexartig den Rücktritt des Polizeipräsidenten fordert, muss sich die Frage stellen lassen, ob da nicht ein parteipolitisches Süppchen gekocht werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Das lenkt nur vom eigentlichen Thema ab: vom Problem des Rechtsextremismus und der Gewaltbereitschaft auch in unserer Kölner Gesellschaft, die wir ja immer gerne als sehr tolerant und weltoffen herausheben.

Der SPD-Fraktion geht es darum, Lehren aus dem zu ziehen, was passiert ist, damit das nicht noch einmal passieren kann. Das ist die Konsequenz, die es zu ziehen gilt, neben der vollständigen Aufarbeitung der Krawalle und der strafrechtlichen Verfolgung.

Klar ist: Die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder haben die Gewaltgefahr offenbar unterschätzt. Das darf sich nicht wiederholen; denn es geht um die Sicherheit der Menschen in unserer Stadt, aber auch in anderen Städten. Es kann und darf nicht sein, dass sich Hooligans und Rechtsextreme zusammenrotten und sich austoben, dass Unbeteiligte dabei verletzt werden und es zu hohem Sachschaden kommt. Das ist für uns als Stadtgesellschaft nicht hinnehmbar. Ich glaube, da sind wir uns als Demokraten alle einig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist auch für einen Rechtsstaat nicht hinnehmbar. Schon gar nicht ist es hinnehmbar im Blick auf die Vereinbarkeit des Demonstrations- und Versammlungsrechts. Gerade da ist der Rechtsstaat nach den Erfahrungen des 26. Oktober gefordert. Da müssen wir entsprechende Schlussfolgerungen ziehen. Das, was der Polizeipräsident eben angekündigt hat, wird in Zukunft natürlich auch unsere höchste Aufmerksamkeit erfordern.

Wenn ich davon spreche, dass wir aus den Ereignissen Lehren ziehen müssen, bedeutet das auch, es muss noch mehr Präventionsarbeit geleistet werden. Da sind wir als Gesellschaft insgesamt gefordert - jeder Einzelne von uns, wir als Stadtgesellschaft. Das, was wir erlebt haben, darf sich nicht wiederholen. Auch wenn es in Köln schon gute Ansätze und viele bürgerschaftliche Initiativen gibt: Nichts ist so gut, dass es nicht noch verbessert werden kann. Denn es geht nach wie vor darum, Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft entschieden zu bekämpfen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Da ist unser Rechtsstaat gefordert, und, meine Damen und Herren, da sind wir alle gefordert. Gerade hier setze ich vor allem auch auf die Kölnerinnen und Kölner und ihr offenes demokratisches Bewusstsein. Sie sind nicht nur angewidert von dem, was am 26. Oktober 2014 rund um den Breslauer Platz passiert ist. Nein, die Kölnerinnen und Kölner haben immer wieder deutlich gemacht: Bei uns ist kein Platz für Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Köln ist nicht braun. Köln ist bunt, und das soll es auch bleiben. Deshalb ist es gut, dass sich unsere Stadtgesellschaft gerade jetzt wieder äußert. Sie setzt ein Zeichen - Sie alle haben es heute gelesen -: Von „Arsch huh“ und aus dem Karneval heraus kommen Bestrebungen, eine Veranstaltung auf die Beine zu stellen, die sich genau diesem Thema widmet: „Social jeck, bunt vernetz - kein Nazis he op unser Plätz!“. - Also, bitte schön, da sind wir doch alle zusammen.

Es ist gut, dass jetzt alle demokratischen Kräfte zusammenstehen und klar Position beziehen: für Toleranz, gegen Rechtsextremismus, gegen Gewalt und gegen Intoleranz. Rechtsextreme, rechtes Gedankengut und andere gewaltbereite Kräfte sollen wissen: Köln ist bunt. Bei uns ist es normal, verschieden zu sein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin stolz darauf, in einer Kölner Gesellschaft der Vielfalt zu leben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Als nächstem Redner darf ich das Wort geben an Herrn Petelkau für die Fraktion der CDU.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Polizeipräsident! Liebe Schülerinnen und Schüler auf der Tribüne und alle anderen Gäste! Köln ist und bleibt eine tolerante und liebenswerte Stadt, die offen ist für jeden Menschen, egal welcher Hautfarbe, Nation, Religion und welchen Geschlechts. Grundlage für dieses friedliche Zusammenleben ist unsere freiheitlich demokratische Grundordnung, die die Werte dieser Gesellschaft definiert, allen voran die Würde des Einzelnen und der Respekt vor der Würde der anderen Menschen.

Am 26. Oktober haben Rechtsradikale und Hooligans aus ganz Deutschland - es ist wichtig, hier noch einmal zu betonen: nicht aus Köln, sondern aus ganz Deutschland - das demokratische Grundrecht der Demonstrationsfreiheit für ihre üblen Zwecke und Ziele missbraucht und damit unsere friedliche Stadt in Verruf gebracht. Dies, meine Damen und Herren, darf sich nicht wiederholen.

Flaschen, Steine und Feuerwerkskörper, die auf Polizeibeamte geschleudert wurden, vermummte Gestalten, die einen Polizeibus umwarfen, Polizisten, die versuchten, mit Wasserwerfern, Schlagstöcken und Pfefferspray Herr der Lage zu werden - diese Bilder kannten wir bisher nur als kleine Ausnahmen bei Fußballspielen oder aus dem Fernsehen, wenn es um andere Städte ging. Jetzt mussten wir das in Köln erleben, und das macht uns alle betroffen.

Hooligans und Rechtsradikale haben fast 50 Polizeibeamte und Bürger verletzt, und es sind gro-

ße Sachschäden entstanden. Das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger wurde an vielen Stellen erschüttert. Damit diese Wunde heilen kann, müssen wir die Dinge analysieren. Wir müssen die Ereignisse zügig aufarbeiten und daraus Konsequenzen ziehen. Ich finde es gut, dass der Polizeipräsident heute hier zum ersten Mal wirklich sagt, dass die Dinge neu eingeschätzt und anders aufgesetzt werden müssen. Ganz am Anfang, direkt nach den Einsätzen, klang das noch anders, auch aus Sicht des Innenministers. Jetzt werden zum ersten Mal Fehler zugegeben, und das ist ein wichtiger Schritt, damit wir aus unseren Fehlern lernen, die Situation in Zukunft besser einschätzen und vor allem Konsequenzen daraus ziehen, damit sich solche Dinge in Köln eben nicht wiederholen können. Das ist wichtig, und das muss unser gemeinsames Ziel sein.

(Beifall bei der CDU)

Wir als Kölner haben nach dem furchtbaren Nagelbombenanschlag alle hart daran gearbeitet, den Respekt für unsere Stadt und unseren Ruf als friedliche und tolerante Stadt wiederherzustellen. Genau wie damals müssen wir auch jetzt wieder zusammenstehen. Ich bin für unsere Fraktion sehr froh, dass an der Stelle das bürgerschaftliche Engagement - nicht nur bei „Arsch huh“ und beim Karneval - und alle demokratischen Parteien hier im Rat entschlossen zusammenstehen und durch gemeinsame Aktionen zeigen, dass wir solche Demonstrationen in unserer Stadt nicht wollen und dies auf jeden Fall in Zukunft scharf bekämpfen werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir begrüßen deshalb ausdrücklich Ihre Ankündigung, Herr Albers, dass in Zukunft weiter daran gearbeitet wird, dass neue Initiativen entstehen, damit Demonstrationen in dieser Form nicht mehr stattfinden können.

Wir wollen auch hier im Rat unterstützen, dass Maßnahmen der Prävention für schwierige Kölner Fälle ausgeweitet werden, sodass die Gewalt in Zusammenhang mit Fußballspielen in Zukunft weiter reduziert werden kann und diese Sachen endlich der Vergangenheit angehören. Das sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern, aber auch unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die immer wieder den Kopf für uns hinhalten müssen, schuldig, meine Damen und Herren.

Deshalb wiederhole ich das, was die Kollegin von der SPD eben gesagt hat, auch noch einmal für unsere Fraktion ausdrücklich: Wir danken den Polizeibeamten, die hier im Einsatz waren und die für unsere Sicherheit den Kopf hinhalten mussten. Aber wir müssen auch dafür sorgen, dass sie durch die Einsatzführung demnächst besser geschützt werden. Wir brauchen ein anderes Konzept, damit sie in Zukunft von solchen Sachen weniger stark betroffen sind und es nicht mehr zu Verletzungen kommen kann. Das ist das Entscheidende, und dafür müssen wir uns einsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Wir können und wir wollen eine wehrhafte Demokratie sein. Wir wollen nicht zurückfallen in die Weimarer Zeiten, wo Radikale von allen Ecken und Enden, sei es religiös, politisch oder sonst wie motiviert, gegenseitig oder zulasten von unschuldigen Bürgern und Polizeibeamten ihre Gewaltexzesse ausgelebt haben. Wir wollen für ein friedliches Miteinander hier in Köln kämpfen, dafür, dass wir alle tolerant und in Freiheit in dieser Stadt leben können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Petelkau. - Wir kommen dann zu Frau von Bülow für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne und im Netz! Das Thema “Was tun gegen rechts?“ stand bereits am 1. Juli 2014 auf der Tagesordnung des Rates, damals aus anderem Anlass und mit anderer Stoßrichtung. Dennoch erinnere ich an die verabschiedete Resolution, die besagte, dass es gilt, eindeutig Position zu beziehen gegenüber allen nationalistischen, rassistischen, diskriminierenden und fremdenfeindlichen Ideologien und Aktivitäten. Aus aktuellem Anlass muss sich der Rat heute wiederum dieser Aufgabe stellen; daher die Aktuelle Stunde.

Im Polizeibeirat und auch vorgestern in der Sitzung von „Köln stellt sich quer“ haben wir uns mit

den Einzelheiten in Zusammenhang mit der HoGeSa-Kundgebung befasst; heute haben wir Weiteres gehört. Ich finde es gut, dass sich die Polizei den Fragen stellt. Dennoch muss ich sagen: Für mich bleiben viele Fragen offen, nicht alle Antworten konnten mich überzeugen, und es gibt weiterhin Klärungsbedarf.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Insbesondere ist für mich nicht nachvollziehbar, wieso die Polizei von einer zu erwartenden friedlichen Demonstration ausging und das Gewaltpotenzial sowohl der rechten Szene als auch der Hooligans völlig falsch einschätzte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Unklar bleibt auch, wieso bei einer als friedlich eingeschätzten Demonstration, bei der vergleichsweise wenige Beamte eingesetzt wurden, Wasserwerfer bereitstanden.

Aber auch die Kernfrage - vorhin ist es angesprochen worden -, weshalb die Kundgebung am Breslauer Platz und anschließend die Demonstration in Richtung Ebertplatz zugelassen wurde bzw. wieso die Versammlung nicht seitens der Polizei aufgelöst wurde, obwohl gegen zahlreiche Auflagen verstoßen wurde, bleibt für mich ungeklärt - auch nach den Ausführungen des Polizeipräsidenten heute.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der Linken)

Ich habe vor Ort die Hooligan-Kundgebung auf dem Breslauer Platz beobachtet. Ich war schockiert: schockiert von den Gesängen, schockiert von den Redebeiträgen, die deutlich zur Bildung einer rechten Bewegung aufriefen, schockiert von Hitler-Grüßen und Ähnlichem. Dass nach einer solchen Kundgebung die Hooligans auf ihren Demonstrationsweg in Richtung Ebertplatz gehen konnten, das kann ich nach wie vor nicht verstehen, und ich möchte mir auch nicht vorstellen, welche Allmachtsfantasien das bei den rechten Demonstranten ausgelöst hat und für die Zukunft auslöst.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der Linken)

Verlierer waren dabei die Polizisten im Einsatz. Verlierer waren Reisende, Passanten und unbeteiligte Anwohner, die nicht hinreichend geschützt wurden. Verlierer war Köln in Gänze. Ich erinnere an die Bilder, die abends durch die Nachrichten gingen. Während es bei den großen friedlichen Demonstrationen gegen pro Köln eine hohe Polizeipräsenz gab - Polizeispaliere, Polizeisperren, sogar Einkesselungen von friedlichen Demonstranten -, wundert es doch, dass diese Mittel bei der gewalttätigen HoGeSa-Demonstration nicht zum Einsatz kamen und es nur zu sehr wenigen Festnahmen kam.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der Linken)

Kölns Ruf als Stadt, die sich gerade durch ihre friedlichen Demonstrationen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auszeichnet, wurde durch die HoGeSa-Demonstration erheblich beschädigt. Zudem wurde das Vertrauen in die Polizeiführung erschüttert, die Menschen vor rechtsextremen Gewaltexzessen sicher schützen zu können. Auch deshalb ist weiterhin eine öffentliche und transparente Aufklärung dringend notwendig. Wir gehen hier heute einen weiteren Schritt; im AVR geht es weiter; das finde ich gut.

In den letzten Tagen wurden in Köln viele Gedenktage begangen. Es war gut, dass in dieser Stadt Menschen öffentlich zusammenfanden, um an die Novemberpogrome von 1938, an die Ermordung von Edelweißpiraten und Zwangsarbeitern 1944 in Köln-Ehrenfeld und an die Notlage der Flüchtlinge zu erinnern. Diese Veranstaltungen machen deutlich: Es gilt, auf die Zukunft hin die Vergangenheit zu reflektieren; denn wer sich an die Vergangenheit erinnert, ist dazu verdammt; wer sich nicht an die Vergangenheit erinnert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.

Für uns ergibt sich daraus die Verpflichtung, alles dafür zu tun, Unrecht und Gewalt, Ausgrenzung und Intoleranz entgegenzuwirken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

In Deutschland nimmt die Zahl antisemitischer Übergriffe zu, und auch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zeigen sich in altem und neuem Gewand. Leider bleibt die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus für Köln als gesellschaftliche Daueraufgabe bestehen. Ich habe es schon angedeutet: Bei der Demonstration der HoGeSa auf dem Breslauer Platz war die Rede davon, dass diese eine breite rechte Bewegung gründen will. Hooligans in Verbindung mit rechter Szene und pro NRW oder pro Köln - das ist eine Mischung, mit der wir uns intensiv befassen müssen, um ihr gezielt etwas entgegenzusetzen

und dieser Bewegung entschieden und auch präventiv entgegenzutreten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der Linken)

Die großen Demonstrationen gegen pro Köln von „Arsch huh“ und „Birlikte“ gehören zu Köln und sind Ausdruck dessen, dass die Mehrheit der Kölner für Vielfalt und gleichberechtigtes Miteinander aller Menschen stehen. In Köln sollen sich alle Menschen sicher fühlen. In Köln sollen sich Fremde willkommen fühlen.

Wir haben viele Aufgaben; es ist schon angedeutet. Die Studie „Die Mitte im Umbruch“, die das Thema Rechtsextremismus behandelt, beschreibt einen deutlichen Zusammenhang zwischen sozialer Spaltung und menschenfeindlichem Denken. Lassen Sie uns daher gemeinsam - auch als Rat gemeinsam - Bedingungen für eine Stadt schaffen, in der unterschiedliche Menschen gemeinsam ihre Lebenswelt gestalten können! Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass rechte Gewalt und rechtes Gedankengut als Gefahr identifiziert werden!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dringlicher als lange schon gilt es, die bisher erfolgreiche Arbeit von „Kein Veedel für Rassismus“, von „Köln stellt sich quer“ und anderer Bündnisse zu unterstützen und fortzuführen, rechtsextremen Denk- und Handlungsmustern entschieden entgegenzutreten und die Verantwortlichen in die Pflicht zu nehmen, damit Köln die Stadt ist und bleibt, in der das friedliche und gleichberechtigte Miteinander gelebt werden kann. Ich denke, mit einer breiten Ratsmehrheit für die Resolution heute können wir zeigen, dass wir überall, wo rechte Kräfte menschenverachtende Aktionen planen und durchführen, zusammenstehen und diesen geschlossen entgegentreten. - Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen zu Herrn Detjen von der Fraktion Die Linke.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Am 26. Oktober beherrschten für einige Stunden Neonazis und Hooligans den öffentlichen Raum in der Kölner Innenstadt. Sie verbreiteten nicht nur Angst und Schrecken, sondern griffen Kölnerinnen und Kölner brutal an und verletzten Journalisten und Polizisten. Eine Demonstration von 4 800 Hooligans und Rechtsextremen hat es in Deutschland noch nie gegeben.

Stellen Sie sich vor, dass dies der Beginn einer neuen Formierung im rechtsextremen, neonazistischen Lager ist.

Stellen Sie sich vor, dass parallel dazu das rechtspopulistische Lager der AfD in weitere Landesparlamente einzieht und der Einzug in den Deutschen Bundestag nur eine Frage der Zeit ist.

Und stellen Sie sich vor, pro Köln atomisiert sich, Teile gehen in die Nazi-Szene - Herr Uckermann wurde ja am 26. Oktober gesichtet -, und andere, wie zum Beispiel Herr Beisicht, gehen zur AfD. Das sind nicht nur schauerliche Visionen;

(Markus Wiener [pro Köln]: In der Tat!)

es gibt Anzeichen dafür, dass dieser Prozess gerade stattfindet. Wir haben dann eine rechtspopulistische Bundespartei, die Kreide gefressen hat und geschickt gegen Minderheiten hetzt, und wir hätten eine braune, schlagende Neonazi-Bewegung gemischt mit Hooligans. Das wäre eine neue Qualität im rechtsextremen und rechtspopulistischen Lager.

(Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

Welche Konsequenzen ziehen wir Demokraten, wir Kölnerinnen und Kölner aus diesen Vorgängen? Wir müssen wachsam sein. „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dies kroch“, sagte Bert Brecht. Kann es sein, dass der Terror der IS für diese neonazistischen Patrioten gar ein Vorbild ist unter dem Motto: „Das können wir schon lange“?

Diese gewalttätige Gemengelage dürfen wir nicht unterschätzen. Diesen Fehler haben der Verfassungsschutz und die Polizei begangen. Sind Staatsorgane trotz der NSU-Vorgänge immer noch auf dem rechten Auge blind? Warum mauern die NRW-Behörden jetzt? Wobei: Herr Albers

hat sich ja heute bewegt; das muss man feststellen.

Ich hatte Herrn Albers vor der Veranstaltung darauf hingewiesen, dass von den Veranstaltern Symbole der Waffen-SS in abgewandelter Form benutzt werden. Das sei kein Verbotsgrund, wie er mir sagte. Aber, Herr Albers, ich frage mich - dazu haben Sie heute nichts gesagt -: Warum war es nicht zu Beginn der Veranstaltung möglich, diese Demonstration zu verbieten, weil - um mit Ihren Worten zu sprechen - nachvollziehbare Vorgänge an diesem Samstagmorgen stattgefunden haben? Alkohol war geflossen, verbotene Symbole wurden gezeigt, der Hitler-Gruß wurde gezeigt, die Veranstalter hatten zu wenig Ordner, und es waren bundesweit bekannte Neonazis auf dieser Veranstaltung, die Sie ja gesichtet haben; wir haben sie auf jeden Fall gesichtet. Wenn man das gemacht hätte, wäre es tatsächlich möglich gewesen, Schlimmeres zu verhindern.

Die Menschen haben ein Recht darauf, zu erfahren, warum dieser rechte Mob in unserer Stadt wüten konnte. Und es ist die Aufgabe aller demokratischen Kräfte im Rat der Stadt Köln, nicht locker zu lassen, bis alle Vorgänge restlos aufgeklärt sind.

Ich finde es gut, dass Menschen jetzt aktiv werden. „Kein Veedel für Rassismus“, das Bündnis vieler Stadtteilinitiativen gegen rechts, die auch die Gegendemonstration veranstaltet haben, wollen die Vorgänge vom 26. Oktober öffentlich dokumentieren. Das sollten wir Ratsmitglieder uns genau ansehen, Hinweise aufgreifen und sie sowohl im Polizeibeirat als auch im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen zur Sprache bringen.

Wir brauchen in den Stadtteilen starke Strukturen gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Wir müssen aber auch über Gewalt in den Stadien diskutieren, und zwar bundesweit,

(Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

und die Hooligans in die Schranken weisen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns weiterhin gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus kämpfen. Wir werden die Resolution unterstützen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Detjen. - Wir kommen zu Herrn Breite von der Fraktion der FDP.

Ulrich Breite (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrter Herr Polizeipräsident Albers! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wundere mich, Herr Wiener, dass Sie bei diesem Thema hier noch Zwischenrufe machen. Gerade weil Ihr früherer Held - „Held“ in Anführungsstrichen -, Herr Uckermann, bei der Demonstration gesichtet worden ist, sollten Sie sich einmal überlegen, ob es angebracht ist, hier in diesem Hohen Hause noch Zwischenrufe zu machen.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Ich glaube, alle Rednerinnen und Redner haben heute deutlich gemacht: Der Aufmarsch von Hooligans und Rechtsextremen am 26. Oktober dieses Jahres in Köln muss ein einmaliges Geschehnis bleiben. In anderen Städten wie in Berlin wurden und werden solche Aufmärsche nicht erlaubt. Dies muss auch für Köln gelten. Leider - das haben wir heute gehört - wird in Hannover wahrscheinlich wieder eine solche Veranstaltung stattfinden.

Gewalttätige Exzesse mit einer Intensität wie zu Zeiten der Weimarer Republik haben nicht nur rund um den Kölner Hauptbahnhof für einen Ausnahmezustand gesorgt und zu vielen verletzten Polizisten geführt. Viele Menschen wurden auf Kölner Straßen und Plätzen bis in gastronomische Einrichtungen hinein verfolgt. - Wir haben das selber mitbekommen: Wir wurden angesimst von Freunden, die sich zu dem Zeitpunkt am Eigelstein aufhielten. Sie waren voller Angst von dort geflüchtet und hatten in einer Kneipe Schutz gefunden. - Die Menschen wurden in Zügen der Bahn belästigt und angegangen, sie mussten teilweise sogar um ihr Leben fürchten. Solche Gewalttätigkeit am Fuße des Doms, wie an diesem 26. Oktober geschehen, wollen wir in Köln nicht haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Trotz Ihrer Ausführungen, Herr Polizeipräsident: Ich und meine Fraktion sind der Meinung, der Breslauer Platz ist als Versammlungsort für Demonstrationen völlig ungeeignet. Eine Erlaubnis der Polizei für diesen Ort muss darum einmalig bleiben. Sie haben ja gesagt, dass Sie neue Er-

kenntnisse dazu haben. Wir sind der Meinung, der Breslauer Platz ist ein unpassender Ort.

Erst die Unterschätzung der Teilnehmerzahlen dieses Hooligan-Aufmarsches - auch wenn Sie jetzt davon gesprochen haben, dass Ihnen die Zahl 4 000 über Facebook bekannt war; wir haben aus Kölner Polizeikreisen auch andere, viel geringere Zahlen gehört; anscheinend war es doch ein Stück weit Unterschätzung -, dann die Fehleinschätzung der Gewaltbereitschaft dieses Aufmarsches und letztlich auch noch die völlig unterschiedliche Einschätzung von Erfolg oder Misserfolg des Polizeieinsatzes vonseiten der Kölner Polizeiführung und des Innenministers: Auch dies muss ein einmaliges Geschehen bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Schon allein, dass die Hooligans und die rechtsextreme Szene nach diesem überaus unglücklichen Erscheinungsbild und den Diskrepanzen zwischen Innenminister und Polizeiführung sich als Sieger nach diesem Aufmarsch fühlten und sich auch noch in Pose setzten, ist uns Liberalen unerträglich.

(Beifall bei der FDP)

Die Vorkommnisse rund um diesen Aufmarsch bedürfen einer gründlichen Aufarbeitung all dessen, was da schiefgelaufen ist. Das wurde hier heute auch angekündigt; dafür bin ich dem Polizeipräsidenten dankbar.

Für die FDP ist jedoch klar und eindeutig: Eine solche Demonstration mit einem solchen Ablauf darf es nicht mehr geben. Insbesondere hat auch der Innenminister als Dienstherr dafür Sorge zu tragen, dass die Polizistinnen und Polizisten besser geschützt sind als an diesem Tage. Unsere Polizisten sind kein Freiwild für Rechtsextreme und Hooligans.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Bei marodierenden ausländerfeindlichen Gewaltbanden im Herzen von Köln muss ein wehrhafter demokratischer Rechtsstaat Flagge zeigen und schon im Vorfeld hart durchgreifen. Das Gewaltmonopol muss auch auf den Straßen Kölns beim Staat liegen. Ein Sonntag wie dieser darf sich nicht wiederholen. Ich hoffe und ich sehe, darin sind sich alle demokratischen Kräfte hier einig. - Danke schön.

(Beifall)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen zu Herrn Beckamp von der AfD.

Roger Beckamp (AfD): Herr Oberbürgermeister! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Sehr geehrter Herr Albers! Es wurde schon viel Richtiges gesagt - von fast allen; viel Verkehrtes auch - auf Herrn Detjen ist Verlass. Vielen Dank, dann weiß man, woran man ist.

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Er hat die *Zeit* gelesen!)

- Genau. - Wie die anderen auch will ich die Polizisten loben, die den Kopf hingehalten haben. Den Einsatz kann ich nur bedingt loben, aber die Polizisten sind immer zu loben, weil sie ausbaden müssen, wenn sich Krawallmacher auf den Straßen herumtreiben und Probleme bei der Einsatzplanung vielleicht übersehen werden.

Es ist gut, so aktuelle Themen wie dieses zu besprechen. Wir unterstützen das. Wir unterstützen das insbesondere mit Blick darauf, dass demnächst auch die ganzen linken und grünen Hooligans, die nämlich auch ihr Unwesen treiben,

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Was? - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das weisen wir zurück!)

zum Thema gemacht werden, Hooligans wie die sogenannte Antifa oder die Grüne Jugend, die mit Gewalt und Drohungen gegen Andersdenkende vorgehen. Insofern ist das hier ein erster kleiner Baustein im Zusammenhang mit - Sie sagten es eben so schön, Herr Albers; es waren Ihre Worte - kollektiven Gewaltphänomenen. Die sehen wir an vielen Stellen. Es gab schon viele Gelegenheiten, solche Themen zu besprechen. Viele wurden verpasst, aber die heutige Debatte ist sinnvoll und gut. Wir sollten in der Tat demnächst öfter über linke, rechte und islamistische Hooligans sprechen; denn davon haben wir insgesamt genug.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Was soll das denn?)

- Ganz kurz, Frau von Bülow; ich bin gleich fertig. - In diesem Sinne verstehen wir den Beschlussvorschlag als einen ersten Baustein, um eine Gesamtbetrachtung anzustellen; denn die Stadt Köln ist - Sie sagten es ganz richtig - bunt und nicht Rot-Grün. Liebe Frau von Bülow, da Sie sich so echauffieren: Sie haben eben auch etwas Richtiges gesagt. Sie sprachen sich gegen Ausgrenzung und Intoleranz aus. Wir sind froh, Sie an unserer Seite zu wissen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich stehe nicht an Ihrer Seite! Das wissen Sie auch! - Gegenruf von Roger Beckamp [AfD]: Dann ist das ein Missverständnis!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Zimmermann, Deine Freunde.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal, auf der Tribüne und auch im Internet! Wir begrüßen diese Aktuelle Stunde zu den gewalttätigen Ausschreitungen des rechtsradikalen Mobs ausdrücklich und unterstützen selbstverständlich auch die eingebrachte Resolution.

Es ist gut, dass sich der Rat der Stadt Köln positioniert und sich schützend vor seine Einwohnerinnen und Einwohner stellt. Ganz Deutschland hat entsetzt über diese Vorfälle diskutiert. Es ist Thema im Landtag. Selbst der Bundesinnenminister hat sich dazu geäußert. Nicht nur deswegen sind wir als gewählte Vertreter der Stadt Köln gefordert, uns dazu zu äußern. Wir müssen uns auch darüber Gedanken machen, wie es zu diesen Vorfällen kommen konnte und was wir für Prävention tun können, damit sich solche hasserfüllten Demonstrationen nicht wiederholen können - nicht in Köln, aber auch in keiner anderen Stadt.

Wir haben nun schon einige Redebeiträge gehört. Der letzte war bezeichnend und wieder einmal entlarvend für die rechtspopulistische AfD.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Das ist sehr traurig und kaum aushaltbar. Aber es tun sich auch noch einige andere Fragen auf.

Natürlich entscheidet über Genehmigung oder Verbot einer Demonstration nicht die Stadt Köln, sondern Polizei und Gerichte. Gerade der Informationsfluss zwischen der Polizei und der Stadt Köln interessiert uns; denn dieser ist wichtig, damit die Stadt Gegenmaßnahmen und Schutzmaßnahmen für ihre Einwohner treffen kann.

Ein Beispiel: Viele Benutzer von öffentlichen Verkehrsmitteln haben sich darüber beschwert, dass sie nach Ende der Demonstration in S-Bahnen und Straßenbahnen von Hooligans belästigt wurden. - Uns interessiert, ob die Stadt Köln über die gewalttätigen Ausschreitungen bei dieser Demonstration rechtzeitig informiert wurde und selber für mehr Sicherheit in der KVB und an anderen Stellen hätte sorgen müssen. Dazu haben die Piraten dankenswerterweise eine Anfrage gestellt, auf deren Antwort auch wir von Deine Freunde mit Interesse warten. Wir wollen natürlich nicht, dass der Verdacht entsteht, dass Polizei oder die Stadt Köln dafür Verantwortung tragen. Wir wollen versuchen, daraus zu lernen, wie wir in Zukunft ein bisschen besser darauf reagieren können.

Wir haben von Ihnen, Herr Albers, gehört, welche Anstrengungen Sie im Vorfeld unternommen haben. Besonders erstaunt hat mich, dass Ihre Abfrage bei verschiedenen anderen Behörden keinerlei Anzeichen für gewaltbereite Demonstranten gab. Da muss ich mich schon fragen: War das nicht etwas blauäugig?

Sie haben natürlich recht, wenn Sie sagen: Köln ist von dieser Demonstration überrascht worden. Viele sehen das ähnlich. Das stimmt auch: Die Zivilgesellschaft ist überrascht worden. Die Gegendemonstration ist leider viel zu spät angemeldet worden. Wir konnten nicht mehr rechtzeitig mobilisieren. Sonst hätten wir mehr Antifaschistinnen und Antifaschisten an den Platz bringen und so die Demonstration selbst vielleicht sogar verhindern können. Auch deswegen ist es wichtig, zu erfahren, wie die Stadt Köln von der Polizei informiert wurde, damit wir in Zukunft besser reagieren können.

Leider muss ich Elfi Scho-Antwerpes widersprechen. In unserer Stadt war - leider, leider! - Platz für Rechtsextremismus. Es waren zig Tausende Leute da. Es sind leider auch nicht alle Kölner angewidert gewesen; das fand ich sehr traurig. Ich habe an der Gegendemonstration nicht teilgenommen, weil ich fand, das ist kein Platz, wo man mit zwei kleinen Kindern hingehen sollte; aber ich habe das Geschehen den ganzen Tag lang in den sozialen Netzwerken verfolgt.

Es war wirklich schockierend und ekelerregend, wie viele Leute diesen simplen Parolen auf den Leim gegangen sind, darunter auch viele junge Leute, wie zum Beispiel Leser des *Stadt-Anzeigers*, die das dort in einem Blog gepostet und auf die einfache Formel verkürzt haben: Wer gegen Salafisten ist, kann kein schlechter Mensch sein; es ist doch gut, wenn dagegen demonstriert wird. - Diese vermeintliche Unterstützung, zumindest so lange, bis es offensichtlich gewalttätig wurde, war sehr breit, sehr tief auch in unserer Stadtgesellschaft verankert. Natürlich ist das nicht die Mehrheit; es ist eine Minderheit, aber eine besorgniserregend große Minderheit.

Deswegen bleibt für uns Prävention extrem wichtig. Ich bitte darum, auch in zukünftigen Haushaltsberatungen darauf zu achten, dass diese nicht nur erhalten, sondern weiter ausgebaut wird. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Zimmermann. - Wir kommen zu Herrn Hegenbarth von der Gruppe der Piraten.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Prinzip ist schon eine Menge dazu gesagt worden - ich schließe mich vor allen Dingen den Worten von Thor von Deine Freunde an - und möchte deswegen nicht alles wiederholen.

Nach wie vor kann ich persönlich nicht verstehen, wieso sich diese radikalen Vollidioten an solch einem prominenten Platz treffen durften, weshalb diese Demo-Route genehmigt und warum die bunte Gegendemonstration lediglich mit ein bisschen Flitterband geschützt wurde.

Dass der Einsatz nicht gut gelaufen ist und doch viele Fehler gemacht worden sind, ist, glaube ich, unbestritten und wird noch weiter aufgeklärt werden müssen. Aber auch die Politik hat hier Fehler gemacht. Die Hysterie, die einige Sicherheitspolitiker um die anderen radikalen Vollidioten namens Salafisten verbreiten, hilft nur den Rechtsextremen, weil sie mit ihrer populistischen - Entschuldigung, Herr Oberbürgermeister! - Kackscheiße auf Stimmenfang gehen und damit auf fruchtbaren Boden stoßen.

(Markus Wiener [pro Köln]: Das Niveau steigt!)

Die Nazis bekommen dann eben auch Zuspruch durch normale Bürger, wie zum Beispiel ihre Kollegen aus Hamburg, Herr Beckamp.

Ich möchte, dass wir jetzt in die Zukunft schauen. Wussten Sie, dass laut der Studie „Deutsche Zustände“ der Uni Bielefeld fast die Hälfte der befragten Deutschen 2011 der Meinung war, dass in Deutschland zu viele Ausländer leben? Das ist der Kern des Problems. Gegen diese fremdenfeindlichen Einstellungen helfen eben nur Aufklärung, Bildung und mehr Prävention, mehr Prävention auch im Bereich der Erwachsenenbildung; denn hier wird insgesamt noch viel zu wenig getan. Natürlich leistet Köln schon sehr viel in diesem Bereich; aber ausruhen dürfen wir uns eben nicht. Das ist die Lehre auch aus HoGeSa.

Im AVR - das ist vorhin schon angesprochen worden - hat Herr Kahlen dankenswerterweise mündlich ein bisschen dezidierter ausgeführt, an wie vielen Beteiligten die Stadt Köln dran ist; das ist auch richtig so und muss weitergehen. Auch wir sind gespannt auf die schriftliche Beantwortung der Fragen durch die Stadt, nämlich inwieweit die Verantwortung gesehen wird.

Lassen Sie mich noch zwei Sätze zum Thema Neonazis rund um die Stadien sagen. Viele Fangruppierungen haben schon lange auf ebendiese Entwicklung hingewiesen. Auch in Köln gibt es bunte Fangruppierungen und ein hervorragendes Fanprojekt, das durch die Stadt finanziell gefördert wird. Allerdings wissen wir auch, dass es, trotzdem dort eine ganze Menge Arbeit ansteht, mit viel zu wenigen Stellen ausgestattet ist. Hier müssen wir noch mehr Verantwortung übernehmen. Wir müssen uns fragen: Wie können wir das Fanprojekt noch stärker unterstützen? Wie können wir die bunten Fangruppen weiter stärken? - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen zu Herrn Wiener, pro Köln.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Zuschauer auf der Besuchertribüne und im Internet! Es ist gut, dass ich an dieser Stelle die Diskussion wieder einmal zusammenfassen darf;

(Zurufe: Oh!)

denn ich denke, es ist wichtig, bei diesem Thema endlich zu einer Versachlichung der Debatte zu kommen. Hysterie war noch nie ein guter Ratgeber in politischen Angelegenheiten. Pro Köln konzentriert sich daher lieber auf Fakten und Tatsachen.

Fakt 1. Am 26. Oktober sind in Köln nach einem Aufruf der HoGeSa rund 5 000 Menschen zusammengekommen, um gegen die Gefahr des Salafismus zu demonstrieren.

Fakt 2. Unter den Demonstranten befanden sich auch einige Hundert Neonazis und Gewalttäter, die für hässliche Parolen und Ausschreitungen mit der Polizei verantwortlich waren.

Fakt 3. Weil diese Entgleisungen und diese Gemengelage aufgrund der Umstände und der gewählten Organisationsform schon vorher absehbar waren, haben pro Köln und pro NRW bereits im Vorfeld des 26. Oktober klargemacht, nichts mit dieser Demonstration zu tun zu haben. Wir haben ganz bewusst niemals dazu aufgerufen und auch sonst nichts zur Organisation beigetragen, obwohl das Demonstrationsanliegen an sich - gegen den islamischen Extremismus - natürlich genauso gut von der Pro-Bewegung hätte stammen können.

So weit zu den Fakten, die wir gegen diverse anders lautende mediale Verleumdungen bereits auch juristisch erfolgreich geltend gemacht haben.

Kommen wir zurück zu dem, was die etablierten Parteien und die organisierte linke Szene in Politik und Medien aus den Kölner Ereignissen gemacht haben. Es wird nunmehr seit fast drei Wochen ein hysterischer Popanz sondergleichen aufgebauscht, der einen nur noch staunen lässt. Bei jeder linken 1.-Mai-Demo in Berlin oder in Hamburg gibt es ein Vielfaches an Sachschäden, Gewalt oder verletzten Polizeibeamten. Aber nach solchen Krawallorgien habe ich noch nie eine wochenlange deutschlandweite Gegenkampagne erlebt; im Gegenteil, das wird regelmäßig verharmlost, kleingeredet und weggelogen.

Außerdem muss an dieser Stelle auch einmal festgehalten werden, dass sich der überwiegende Teil der Demonstranten am 26. Oktober friedlich und gesetzestreu verhielt. Nichts anderes sagt auch die Zahl von rund 100 eingeleiteten Ermittlungsverfahren bei rund 5 000 Demoteilnehmern. Gegen 4 900 Demoteilnehmer wird eben nicht ermittelt; auch das gehört zur Wahrheit, selbst wenn sie hier in diesem Gremium nicht populär sein mag.

Zu den verletzten Polizeibeamten hat der Kölner Polizeipräsident Albers auf der Pressekonferenz der Polizei bereits richtigerweise ausgeführt, dass die meisten durch das eigene großzügig versprühte Pfefferspray verletzt worden sind. In ambulante Behandlung mussten sich zum Glück sowieso nur drei Polizeibeamte begeben. Da war zum Beispiel die Zahl der von linken Gegendemonstranten beim Kölner Anti-Islamisierungskongress 2008 verletzten Polizeibeamten um ein Vielfaches höher. Aber damals habe ich nie Klagen von den Altparteien hier gehört; im Gegenteil: Wir müssen uns hier in unerträglicher Weise von den Grünen anhören, dass die Demonstrationen von 2008 von linker Seite friedlich gewesen wären. - Es gab damals Ausschreitungen, es gab Linksextremisten, die sich in gelben Ordnerwesten als Hilfspolizei aufgespielt haben, die Passanten kontrolliert haben, die Leute körperlich angegriffen haben, nur weil sie sie für vermeintlich Rechte gehalten haben. Da war damals eine rote SA am Werk,

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja unverschämt! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Raus mit dem Kerl! - Weitere Zurufe: Buh!)

und das wird hier in unerträglicher Weise verharmlost von den Grünen. Auch das gehört in diesem Zusammenhang auf den Tisch, und auch dafür stehen pro Köln und pro NRW.

Man sollte also bei aller möglichen Kritik die Kirche im Dorf lassen. Weder ist am 26. Oktober in Köln die Welt untergegangen noch kollektiv das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit missbraucht worden. Wenn bei Gewerkschaftskundgebungen der linksextreme schwarze Block randaliert, dann fordert nachher doch auch niemand das Ende der Demonstrationsfreiheit für Gewerkschaften. Das wäre ja auch absurd. Genauso darf auch hier keine falsche Logik angewandt werden.

Meine Damen und Herren, die Pro-Bewegung stand immer schon an der Spitze der politischen Islamkritik in Deutschland. Wir haben selbst vor etlichen Gerichten undemokratische Einschrän-

kungen unserer Versammlungsfreiheit aufheben lassen müssen. Wir werden daher auch nicht wegschauen, wenn nun die etablierte Politik meint, gegen dieses politisch islamkritische Spektrum mit Grundrechtseinschränkungen vorgehen zu können. Seien Sie versichert, dass auch pro Köln und pro NRW bald wieder größere islamkritische Kundgebungen durchführen werden, selbstverständlich auch und gerade wieder hier in Köln. Das kann ich Ihnen jetzt schon versprechen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen damit zum Ende unserer Aktuellen Stunde. Dazu liegt uns eine Resolution vor, die von den antragstellenden Fraktionen eingebracht worden ist. Wer für diese Resolution ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der CDU, die Fraktion Die Linke., die Fraktion der FDP, die Piraten, Deine Freunde und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Gruppe pro Köln ist die Resolution angenommen.

Beschluss:

Nach Abschluss der Debatte beschließt der Rat gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen folgende Resolution, die zur weiteren Behandlung an die Verwaltung überwiesen wird:

„Gewalttätige Ausschreitungen von Rechtsextremen, Rechtspopulisten und Hooligans am 26. Oktober 2014 in Köln: Welche Konsequenzen ziehen die demokratischen Kräfte im Rat der Stadt Köln?“

Die Aktuelle Stunde wird mit folgender Entschließung abgeschlossen:

Am 26. Oktober 2014 war Köln Schauplatz einer Demonstration mit massiven gewalttätigen Ausschreitungen von Hooligans, Rechtsextremen und Rechtspopulisten gegen die Polizei, Reisende, Geschäftsleute, Anwohnerinnen und Anwohner.

Das hohe Gut der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit wurde auf dreiste Weise missbraucht. Der Kölner Rat verurteilt den vielfach begangenen Rechtsbruch auf das Schärfste und erwartet von Polizei und Staatsanwaltschaft eine vollständige Aufklärung der Krawalle und eine konsequente strafrechtliche Verfolgung.

Köln darf nie wieder Schauplatz solch rechtsextremer Gewaltexzesse werden. Wir fordern die zuständigen Polizeibehörden auf, aus diesen Ereignissen die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen, um zukünftig den Schutz aller in Köln lebenden Menschen vor rechtsextremer Gewalt sicherzustellen.

Viele Menschen in Köln haben in den vergangenen Jahren in Kundgebungen und konkretem Handeln in den Stadtviertel immer wieder beeindruckende Zeichen gegen Gewalt und Rechtsextremismus gesetzt. Die sich am 26.10. abzeichnende neue Dimension massiver rechtsextremer Gewalt müssen alle demokratischen Kräfte geschlossen entgegentreten.

In Köln ist kein Platz für Rechtsextremismus und Rassismus.

Der Kölner Rat begrüßt und unterstützt daher ausdrücklich die vielfältigen bürgerschaftlichen Initiativen und Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und fremdenfeindliche Tendenzen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig - bei Stimmenthaltung der Gruppe pro Köln - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu den weiteren Tagesordnungspunkten.

2.1 Annahme einer Geldspende der Lufthansa AG an das Gürzenich-Orchester Köln 2940/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so angenommen. Ich bedanke mich ganz herzlich im Namen aller Mitglieder des Rates und der Mitglieder des Gürzenich-Orchesters für diese großzügige Spende.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Spende der Lufthansa AG in Höhe von 50.000 EUR an das Gürzenich-Orchester für das Jahr 2014 mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

2.2 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Stadtkonservator
hier: Spende in Höhe von 20.000,00 Euro für die Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt
3106/2014

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam mit den Punkten

3.1.2 Antrag der Gruppe pro Köln betreffend "Vollständige Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt"

AN/1491/2014

und

8.5 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 1002 - Denkmalpflege - für die Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt/ 2. Bauabschnitt/ Sanierung des Sockels

1779/2014

behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zu den Tagesordnungspunkten unter 3.1:

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.1:

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion betreffend "Bildung von Unterausschüssen"
AN/1521/2014

Dazu liegt Ihnen ein Beschlussvorschlag vor. Wir haben zunächst abzustimmen über die Bildung folgender Unterausschüsse:

a) für den AVR: Unterausschuss Stellenplan und Unterausschuss Digitale Kommunikation, Organisation;

b) für den Ausschuss Kultur: Unterausschuss Kulturbauten;

c) für den Ausschuss Gesundheit und Soziales: Unterausschuss Selbsthilfegruppen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist gegen die Bildung von Unterausschüssen? - Das ist pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Besetzung der einzelnen Unterausschüsse. Dazu muss gewählt werden. Es sind folgende Wahlvorschläge eingegangen — —

Ich sehe eine Wortmeldung von Herrn Zimmermann. Bitte schön.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Roters! Die Gruppe Deine Freunde möchte eine Liste zum Unterausschuss Kulturbauten einreichen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Eine Liste zum Unterausschuss Kulturbauten; okay. Wir sind jetzt allerdings beim Unterausschuss Stellenplan. Ich nehme das aber gleich noch auf.

Für den Unterausschuss Stellenplan sind folgende Wahlvorschläge eingegangen: für die SPD Gerrit Krupp und Monika Möller, für die CDU Dr. Ralph Elster und Niklas Kienitz, für die Grünen Manfred Richter und Julia Woller, für die Linke Tjark Sauer und für die AfD Jörg Stottrop.

Wir kommen zur Wahl. Dazu darf ich die Stimmzähler noch vorn zu kommen, damit wir sie ein bisschen instruieren können. Die Wahl wird durch Handzeichen erfolgen.

Herr Haug, bitte.

Jochen Haug (AfD): Herr Oberbürgermeister Roters! Eine Bemerkung: Die AfD möchte ihre Benennung als Ausübung des Grundmandates

im Sinne des § 58 Absatz 1 Satz 7 Gemeindeordnung verstanden wissen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das ist schon einmal nachgefragt worden. Für die Besetzung von Unterausschüssen gilt nicht das Prinzip des Grundmandats.

Jochen Haug (AfD): Das wurde gesagt. Uns geht es aber gar nicht darum. Es ist so weit richtig: Für die Besetzung von Unterausschüssen gilt § 58 der Gemeindeordnung nicht unmittelbar. Aber wir sind der Rechtsauffassung, dass sie mittelbar, das heißt analog, gilt; denn eine Analogie hat zwei Voraussetzungen: Erste Voraussetzung ist eine planwidrige Regelungslücke. Ich denke, das liegt unstreitig vor; denn die Gemeindeordnung sieht keine Unterausschüsse vor. Das heißt: Dadurch, dass sie keine vorsieht, gibt es auch keine Regelung für Unterausschüsse. Es gibt also eine Regelungslücke. Zweite Voraussetzung ist eine vergleichbare Interessenlage. Da muss man sich klarmachen: Was hat § 58 Absatz 1 Satz 7 eigentlich für einen Hintergrund?

(Martin Börschel [SPD]: Jetzt aber kein Seminar hier!)

- Ganz kurz, noch 20 Sekunden; dann bin ich durch. - Er hat den Hintergrund, dass Fraktionen, die nicht stimmberechtigt in Ausschüsse kommen, zumindest in den Beratungen dabei sind. Wenn man diese Beratungen jetzt vorverlagert in Unterausschüsse, gilt das natürlich entsprechend.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es ist durchaus nachvollziehbar, dass Sie diese Rechtsauffassung haben. Nach unseren Prüfungen sieht das anders aus. Deswegen werden wir die Wahl, so wie sie jetzt vorgesehen ist, durchführen. Sie können das im Nachhinein beanstanden, wenn Sie der Auffassung sind, es sei rechtswidrig.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit, weil wir jetzt tatsächlich auszählen müssen. - Herr Bürgermeister Wirges, würden Sie bitte auf Ihren Platz zurückkehren; das ist notwendig, weil wir jetzt auszählen müssen.

(Martin Börschel [SPD]: Aber der zählt für zwei!)

- Ja, okay. Im Hinblick auf seine langjährige Erfahrung könnte man das fast annehmen. Wir werden bei der Auszählung aber sorgfältig vorgehen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Vorschläge der SPD: Gerrit Krupp und Monika Möller. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das Ergebnis wird entsprechend festgehalten.

Wir kommen zur Abstimmung über die Vorschläge der CDU: Dr. Ralph Elster und Niklas Kienitz. Ich bitte um das Handzeichen für diesen Wahlvorschlag. - Es ist durchgezählt worden.

Wir kommen zur Abstimmung über die Vorschläge der Grünen: Manfred Richter und Julia Woller. Ich bitte um das Handzeichen. - Es ist ausgezählt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Vorschlag der Fraktion Die Linke.: Tjark Sauer. Ich bitte wiederum um das Handzeichen. - Dann ist das so weit geschehen.

Ich weise an der Stelle darauf hin, dass der Vertreter der AfD die Bewerbung von Herrn Jörg Stottrop zurückgezogen hat.

Meine Damen und Herren, während die Stimmen ausgezählt werden, wird die Sitzung kurz unterbrochen. Ich bitte Sie aber, sich nicht allzu weit zu entfernen, damit danach die weitere Besetzung von Unterausschüssen zügig vonstatten gehen kann.

(Unterbrechung von 17.06 bis 17.11 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe Ihnen das Ergebnis der Abstimmung zur Besetzung des Unterausschusses Stellenplan bekannt:

- Für den Vorschlag der SPD wurden 28 Stimmen abgegeben, was bedeutet, dass zwei Mitglieder gewählt sind.
- Vorschlag der CDU: 24 Stimmen; ebenfalls zwei Mitglieder.
- Grüne: 18 Stimmen; ebenfalls zwei Mitglieder.

- Linke: 8 Stimmen; das heißt, ein Mitglied ist gewählt.

Damit haben wir die erste Runde hinter uns gebracht.

Ich darf die Stimmzähler wieder nach vorn bitten. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Besetzung des Unterausschusses Digitale Kommunikation. Es liegt an den Fraktionen, jetzt vollständig anwesend zu sein. Daher rufe ich noch einmal in aller Ruhe und Freundlichkeit alle Mitglieder der Fraktionen auf, sich jetzt, da wir in den Wahlvorgang eintreten, wieder zu ihren Plätzen zu begeben.

Für den Unterausschuss Digitale Kommunikation, Organisation sind folgende Wahlvorschläge eingegangen:

- für die SPD: Christian Joisten und Gerrit Krupp,
- für die CDU: Dr. Ralph Elster und Herr Florian Braun,
- für die Grünen: Manfred Richter und Jörg Frank,
- für die Linke: Thomas Hegenbarth.

Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wir beginnen mit der Abstimmung über die Wahlvorschläge der SPD. Ich bitte um das Handzeichen bei der Fraktion der SPD. - Es wird ausgezählt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Vorschläge der CDU. Ich bitte die CDU um das Handzeichen. - Okay.

Ich will noch einmal darum bitten, dass diejenigen, die abstimmen, sich wieder auf ihren Platz begeben. Das ist eine Frage der Disziplin.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Vorschläge der Grünen. Ich bitte um das Handzeichen. - Okay, das wurde erfasst.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Vorschlag der Linken. Ich bitte um das Handzeichen. - Okay.

Damit sind die Abstimmungen abgeschlossen. Ich schlage vor, dass wir die Sitzung während der Auszählung weiter fortsetzen.

Wir kommen jetzt zum Abstimmung über die Besetzung des Unterausschusses Kulturbauten. Beim Unterausschuss Kulturbauten sind neun Positionen zu vergeben. Benannt wurden:

- für die SPD drei Mitglieder: Professor Dr. Klaus Schäfer, Dr. Eva Bürgermeister und Inge Halberstadt-Kausch,
- für die CDU zwei Mitglieder: Dr. Ralph Elster und Theresa De Bellis,
- für die Grünen zwei Mitglieder: Brigitta von Bülow und Sabine Pakulat,
- für die Linke Gisela Stahlhofen,
- für die FDP Ralph Sterck.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir beginnen mit der Abstimmung über die Wahlvorschläge der SPD. Ich bitte um das Handzeichen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Vorschläge der CDU. - Okay.

Wir kommen zur Abstimmung über die Vorschläge der Fraktion der Grünen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Vorschlag der Linken. - Okay, danke.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Vorschlag der FDP.

Damit ist dieser Wahlgang abgeschlossen.

(Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde]: Herr Oberbürgermeister!)

- Ja, bitte schön.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Roters! Ich hatte zum Tagesordnungspunkt 3.1.1 eine Liste für den Unterausschuss Kulturbauten aufgestellt. Die würde ich jetzt gerne wählen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja. Haben Sie diese Liste hier eingereicht, oder haben Sie sie nur mündlich vorgetragen? Es wäre natürlich besser gewesen, Sie hätten das schriftlich gemacht. Der Wahlvorschlag auf dieser Liste lautet: Herr Zimmermann.

Da jetzt noch eine weitere Liste vorliegt, kommen wir noch einmal zur Abstimmung, und zwar über den Wahlvorschlag: Herr Zimmermann. Wer ist dafür? - Das sind Deine Freunde, also zwei Stimmen.

Während hier das Ergebnis der Auszählung festgestellt wird, setzen wir die Abstimmungen fort.

Es geht jetzt um die Besetzung des Unterausschusses Selbsthilfegruppen.

Als Wahlvorschläge sind eingegangen:

- für die SPD drei Mitglieder: Dietmar Ciesla-Baier, Monika Schultes und Dr. Walter Schulz,
- für die CDU zwei Mitglieder: Ursula Gärtner und Dr. Jürgen Strahl,
- für die Grünen: Marion Heuser und Dr. Ralf Unna,
- für die Linke: Herr Scheffer,
- für die FDP: Frau Hoyer.

Die AfD hat ihren Vorschlag zurückgezogen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir fangen an mit den Wahlvorschlägen der SPD. Ich bitte um das Handzeichen. - Okay.

Wir kommen zu den Vorschlägen der CDU.

Wir kommen zu den Vorschlägen der Grünen.

Wir kommen zum Vorschlag der Linken.

Dann kommen wir zum Vorschlag der FDP.

Damit sind die Wahlvorgänge abgeschlossen. Wir zählen jetzt aus.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der Abstimmung über die Besetzung des Unterausschusses Digitale Kommunikation bekannt. Die SPD belegt mit 27 Stimmen zwei Sitze, die CDU mit 23 Stimmen zwei Sitze, die Grünen mit 18 Stimmen zwei Sitze und die Linke mit 10 Stimmen einen Sitz.

Mit Blick auf die Uhr würde ich vorschlagen, dass wir während der Stimmauszählung in der Tagesordnung weiter fortfahren. Sobald die Ergebnisse vorliegen, werde ich sie Ihnen bekannt geben.

Beschlüsse:

I. Beschluss über die Bildung der Unterausschüsse und ihrer Zuständigkeiten:

Der Rat beschließt:

1. *Zur inhaltlichen Unterstützung und Vorbereitung der Arbeit der Fachausschüsse bildet der Rat für folgende Fachausschüsse begleitende Unterausschüsse:*

   a) *Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales*

      - Unterausschuss Stellenplan

      - Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation

   b) *Ausschuss für Kunst und Kultur (inkl. Betriebsausschuss Bühnen), Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft, Stadtentwicklungsausschuss*
      - Unterausschuss Kulturbauten

   c) *Ausschuss für Soziales und Senioren, Gesundheitsausschuss*
      - Unterausschuss Selbsthilfegruppen

2. *Den Unterausschüssen „Stellenplan“ und „Digitale Kommunikation und Organisation“ gehören jeweils 7 Mitglieder, den übrigen Unterausschüssen jeweils 9 Mitglieder an. Sie sind in entsprechender Anwendung des § 50 Abs. 3 GO NRW vom Rat zu wählen. Die/der Vorsitzende sowie die/der stellvertretende Vorsitzende des jeweiligen Unterausschusses werden aus der Mitte des jeweiligen Unterausschusses gewählt.*

3. *Aufgabe des Unterausschusses Stellenplan ist die Vorberatung und Bewertung des jährlichen Stellenplans als Bestandteil des Haushaltsplanes zur anschließenden Beschlussfassung im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales.*

4. *Aufgabe des Unterausschusses Digitale Kommunikation und Organisation ist die vorberatende fachlich spezialisierte Begleitung und Bewertung aller – vor allem strategischer - Fragen zum Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien insbesondere in der Verwaltung sowie Fragen und Entwicklungen zur Verwaltungsorganisation der Stadt Köln.*

5. *Aufgabe des Unterausschusses Kulturbauten ist die vorberatende fachliche Begleitung und kulturpolitische Bewertung aller Fragen*

im Zusammenhang mit Kulturbau- und großen Sanierungsprojekten im Bereich der Stadt Köln, wie insbesondere das Projekt „Neubau Kurienhaus/Kölnisches Stadtmuseum/Verwaltungsgebäude Römisch-Germanisches Museum“, die Sanierung der Oper und der Neubau des Schauspiels am Offenbachplatz, die Archäologische Zone mit Jüdischem Museum und der Neubau des Historischen Archivs.

6. *Der Unterausschuss Selbsthilfegruppen bereitet die Vergabeempfehlung im Bereich der Selbsthilfegruppen vor.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln zugestimmt.

II. Wahl der Mitglieder:

1. *Unterausschuss Stellenplan:*

Für die Wahl liegen 4 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD)
Gerrit Krupp
Monika Möller

Vorschlag 2 (CDU)
Dr. Ralph Elster
Niklas Kienitz

Vorschlag 3 (Grüne)
Manfred Richter
Julia Woller

Vorschlag 4 (Linke)
Tjark Sauer

Bei der Wahl werden 78 Stimmen abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD): 28 Stimmen
Vorschlag 2 (CDU): 24 Stimmen
Vorschlag 3 (Grüne): 18 Stimmen
Vorschlag 4 (Linke): 8 Stimmen

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

1. Gerrit Krupp (SPD)
2. Monika Möller (SPD)
3. Dr. Ralph Elster (CDU)
4. Niklas Kienitz (CDU)
5. Manfred Richter (Grüne)
6. Julia Woller (Grüne)
7. Tjark Sauer (Linke)

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat entsendet in den Unterausschuss Stellenplan:

1. Gerrit Krupp (SPD
2. Monika Möller (SPD)
3. Dr. Ralph Elster (CDU)
4. Niklas Kienitz (CDU)
5. Manfred Richter (Grüne)
6. Julia Woller (Grüne)
7. Tjark Sauer (Linke)

2. *Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation:*

Für die Wahl liegen 4 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD)
Christian Joisten
Gerrit Krupp

Vorschlag 2 (CDU)
Dr. Ralph Elster
Florian Braun

Vorschlag 3 (Grüne)
Manfred Richter
Jörg Frank

Vorschlag 4 (Linke)
Thomas Hegenbarth

Bei der Wahl werden 78 Stimmen abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD): 27 Stimmen
Vorschlag 2 (CDU): 23 Stimmen
Vorschlag 3 (Grüne): 18 Stimmen
Vorschlag 4 (Linke): 10 Stimmen

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

1. Christian Joisten (SPD)
2. Gerrit Krupp (SPD)
3. Dr. Ralph Elster (CDU)
4. Florian Braun (CDU)
5. Manfred Richter (Grüne)
6. Jörg Frank (Grüne)
7. Thomas Hegenbarth (Piraten)

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat entsendet in den Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation:

1. Christian Joisten (SPD)
5. Manfred Richter (Grüne)

2. Gerrit Krupp (SPD)
3. Dr. Ralph Elster (CDU)
4. Florian Braun (CDU)
6. Jörg Frank (Grüne)
7. Thomas Hegenbarth (Piraten)

3. Unterausschuss Kulturbauten:

Für die Wahl liegen 6 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD)
Prof. Klaus Schäfer
Dr. Eva Bürgermeister
Inge Halberstadt-Kausch

Vorschlag 2 (CDU)
Dr. Ralph Elster
Teresa De Bellis Olinger
kein weiterer Vorschlag

Vorschlag 3 (Grüne)
Brigitta von Bülow
Sabine Pakulat

Vorschlag 4 (Linke)
Gisela Stahlhofen

Vorschlag 5 (FDP)
Ralph Sterck

Vorschlag 6 (Deine Freunde)
Thor-Geir Zimmermann

Bei der Wahl werden 85 Stimmen abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke):	*8 Stimmen*
Vorschlag 5 (FDP)	*5 Stimmen*
Vorschlag 6 (Deine Freunde)	*2 Stimmen*

Nach der Auswertung der Stimmen durch das Verteilungsverfahren Hare/Niemeyer sind folgende Personen gewählt:

1. Prof. Klaus Schäfer (SPD)
2. Dr. Eva Bürgermeister (SPD
3. Inge Halberstadt -Kausch (SPD)
4. Dr. Ralph Elster (CDU)
5. Teresa De Bellis Olinger (CDU)
6. --
7. Brigitta von Bülow (Grüne)
8. Sabine Pakulat (Grüne)
9. Gisela Stahlhofen (Linke)

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat entsendet in den Unterausschuss Kulturbauten:

1. Prof. Klaus Schäfer (SPD)
2. Dr. Eva Bürgermeister (SPD (Grüne)
3. Inge Halberstadt -Kausch (SPD)
4. Dr. Ralph Elster (CDU)
5. Teresa De Bellis Olinger (CDU)
6. --
7. Brigitta von Bülow
8. Sabine Pakulat (Grüne)
9. Gisela Stahlhofen (Linke)

4. Unterausschuss Selbsthilfegruppen:

Für die Wahl liegen 5 Vorschläge vor:

Vorschlag 1 (SPD)
Dietmar Ciesla-Baier
Monika Schultes
Dr. Walter Schulz

Vorschlag 2 (CDU)
Ursula Gärtner
Dr. Jürgen Strahl
kein weiterer Vorschlag

Vorschlag 3 (Grüne)
Marion Heuser
Dr. Ralf Unna

Vorschlag 4 (Linke)
Michael Scheffer

Vorschlag 5 (FDP)
Katja Hoyer

Bei der Wahl werden 83 Stimmen abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Vorschlag 1 (SPD):	*28 Stimmen*
Vorschlag 2 (CDU):	*24 Stimmen*
Vorschlag 3 (Grüne):	*18 Stimmen*
Vorschlag 4 (Linke):	*8 Stimmen*

Vorschlag 5 (FDP): 5 Stimmen

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

Der Rat entsendet in den Unterausschuss Selbsthilfegruppen:

1. Dietmar Ciesla-Baier (SPD)
2. Monika Schultes (SPD)
3. Dr. Walter Schult (SPD)
4. Ursula Gärtner (CDU)
5. Dr. Jürgen Strahl (CDU)
6. --
7. Marion Heuser (Grüne)
8. Dr. Ralf Unna (Grüne)
9. Michael Scheffer (Linke)

3.1.2 Antrag der Gruppe pro Köln betreffend "Vollständige Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt" AN/1491/2014

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam mit den Punkten

2.2 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Stadtkonservator
hier: Spende in Höhe von 20.000,00 Euro für die Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt

3106/2014

und

8.5 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 1002 - Denkmalpflege - für die Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt/ 2. Bauabschnitt/ Sanierung des Sockels

1779/2014

behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.3:

3.1.3 Antrag der Gruppe Piraten betreffend "Köln liebt dich – Politik und Tanz im Kölner Rathaus" AN/1519/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe Piraten AN/1580/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? -

(Martin Börschel [SPD]: Wir wären einverstanden, wenn Herr Hegenbarth beginnt!)

Der Antrag kommt ja von den Piraten. Daher als erster Redner: Herr Hegenbarth. - Bitte schön.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Gewisse Gepflogenheiten sind mir noch nicht ganz klar; aber okay. - Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Köln liebt dich - Politik und Tanz im Kölner Rathaus“. Bevor hier gleich wieder einige von Spaßanfragen oder Nonsensanträgen sprechen: Uns ist es mit diesem Antrag verdammt ernst; geht es doch um Politik- und Parteiverdrossenheit. Ich bin dankbar, dass Grüne und Sozialdemokraten dies erkannt und diesen Änderungsantrag mit uns gemeinsam eingebracht haben. Es ist sinnvoll, wie in den Punkten 1 und 2 des Änderungsantrags genannt, zu prüfen, inwieweit das vielleicht im Rahmen des „Tages der Jugend im Rathaus“ eingebunden oder im zukünftigen Konzept des Kinder- und Jugendförderplans berücksichtigt werden kann.

Es besteht eine absolute Notwendigkeit, Jugendliche und Erstwähler stärker in die kommunale Politik mit einzubinden. Ergebnisse von Untersuchungen wie der Shell-Studie von 2010 beweisen eindeutig: Das Interesse für Politik ist auf einem historischen Tiefpunkt. Heute schätzt sich nur noch ein Drittel als politisch ein; in den 70er-Jahren waren es noch zwei Drittel einer Generation. Nur 24 Prozent der Befragten des alle drei Jahre stattfindenden Studierendensurveys der Bundesregierung stufen ihr Interesse an Politik als „sehr stark“ ein, 29 Prozent halten Politik hingegen für „unwichtig“. Insoweit sollten wir uns nicht davor scheuen, auch ungewöhnliche Schritte zu gehen und unsere Räume für Veranstaltungen zu öffnen, die es in dieser Form in Köln eben noch nicht gegeben hat.

(Heiterkeit bei Niklas Kienitz [CDU])

- Ja, das ist manchmal lustig.

Vor einigen Wochen war ich in München und habe natürlich auch meinen Ratskollegen Thomas Ranft zu einem Erfahrungsaustausch vor Ort be-

sucht. Kurz zuvor fand in den Räumen des Rathauses das sogenannte „18.Jetzt“-Event statt. Politik und Tanz im Rathaus: Das war sogar für mich als Pirat zunächst einmal ausgesprochen ungewöhnlich. Seit 2005 organisieren die Stadt München und seit diesem Jahr auch die Stadt Nürnberg mit „Nürnberg loves you“ jährlich eine solche Veranstaltung in ihren Rathäusern. Unter Schirmherrschaft und persönlicher Ansprache der Oberbürgermeister Ulrich Maly und Dieter Reiter, die Sie, Herr Roters, mit Sicherheit sehr gut kennen, wird dort getanzt, politisch diskutiert, aber eben auch den Jugendorganisationen der Parteien und der Rats- und Ausschussarbeit eine entsprechende Bühne gegeben. Dies ist so erfolgreich, dass dort jährlich mehrere Tausend Jugendliche und Erstwähler nicht nur tanzen und Party machen, sondern auch die Rathäuser sich etwas verwandeln; denn es wird Nähe gezeigt mit einer Generation, die das bis jetzt vielleicht so nicht kennt.

Für uns alle kann das nur ein Gewinn werden. Räume dafür sollten wir genug haben. Jahrzehntelange Erfahrungen haben wir Kölner auch. Unser Karneval wird ja gerne und ausgiebig in unseren Räumen gefeiert und zu Recht honoriert. - Danke.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen jetzt zu Herrn Pöttgen. Bitte schön.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Köln liebt dich“, so lautet die Überschrift des Piraten-Antrags. Liebe ist ein großes Wort, das mit Bedacht eingesetzt werden sollte. Bei der SPD-Fraktion haben Sie mit Ihrem Antrag trotzdem offene Türen eingerannt. Bei uns herrscht Freude über Ihre Initiative, für die wir uns herzlich bedanken möchten.

Wir teilen die Ziele Ihres ursprünglichen Antrags, junge Menschen in dieser Stadt mitzunehmen, sie zu begeistern für das, was wir hier machen, sie zum Nachdenken anzuregen, wie Politik so gemacht werden kann, dass alle Teile der Stadtgesellschaft ein Interesse entwickeln, unsere Stadt weiterzuentwickeln.

Mit diesem Antrag heute betritt der Stadtrat aber kein Neuland in der Debatte. Bis eben saßen Schülerinnen und Schüler auf der Tribüne, die am Tag der Jugend im Rathaus teilnehmen. Diese Veranstaltung hat in Köln eine lange Tradition. In den Jugendverbänden und Schulen gab es in den vergangenen Jahren eine ausführliche Debatte, wie man das Modell der Partizipation von Kindern und Jugendlichen weiterentwickeln kann.

Für meine Fraktion kann ich vortragen: Wir haben ein wenig Zweifel daran, ob ein Tanzabend im Kölner Rathaus allein für die Weiterentwicklung dieses Konzeptes ausreichend ist. Deswegen haben wir gemeinsam mit den Grünen und mit Ihnen von den Piraten diesen Änderungsantrag eingereicht. Das „Hearing Partizipation“ war eine rot-grüne Initiative im Rat der Stadt Köln, die zum Ziel hatte, die Partizipation weiterzuentwickeln. Der Tag der Jugend ist quasi bis heute nur ein Baustein. Wir wollen die positiven Erfahrungen aus Bürgerbeteiligungen wie zum Beispiel im Bereich der Stadtentwicklung nutzen, um gemeinsam mit den Jugendverbänden, dem Kölner Jugendring und den Kölner Schulen zu diskutieren, wie wir das weiterentwickeln können. Wir haben doch mit den Jugendverbänden, dem Jugendring und den BezirksschülerInnenvertretern Expertinnen und Experten des selbst organisierten demokratischen Alltags. Deren Kompetenz sollten wir nutzen.

Daher verstehen wir diesen Änderungsantrag als ausgestreckte Hand an die Jugend dieser Stadt, Köln weiter liebenswert zu machen und weiterzuentwickeln. Wir würden uns daher über Ihre Unterstützung freuen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Frau Rabenstein von der Fraktion der Grünen.

Svenja Rabenstein (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe leider wenig verbliebene Kinder und Jugendliche, die jetzt

noch auf der Tribüne sitzen! Ich gehe davon aus, dass wir alle heute hier im Ratssaal sitzen, weil wir uns, wenn auch mit unterschiedlichen Ideen und Vorstellungen, für diese Stadt engagieren wollen, weil wir uns mit unserer Stadt verbunden fühlen. Wir lieben Köln.

Am Anfang eines jeden Engagements steht die Beziehung zu etwas, zu jemandem, zu einer Gemeinschaft. Darum ist der Titel des Antrags „Köln liebt dich“ gut gewählt. Er drückt aus, was wir brauchen: ein Angebot der Stadt an die Jugend, ein Willkommenheißen, das Signal „Die Stadt und ihr Rathaus gehören auch dir“, eine Wertschätzung denen gegenüber, die schon jetzt und in absehbarer Zukunft, so hoffen wir, auch hier im Ratssaal diese Stadt mitgestalten.

Wenn wir eine aktive und bunte, eine vielfältige und eine demokratisch engagierte Stadtgesellschaft wollen, dann kommt es auf den Anfang an. Wir müssen alles daransetzen, die Jugend in die Mitte der Stadtgesellschaft zu holen und Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Das heißt auch: Wir müssen ein Stück Macht abgeben, die heiligen Hallen öffnen, der Jugend den roten Teppich ausrollen und uns auch mal auf ein bisschen Visionäres einlassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Mit der „Rathausschule“ haben wir ein bewährtes Angebot zur politischen Bildung, und das ist gut so. Aber wir wollen jetzt darüber hinausgehen und mehr als nur 90 Schülerinnen und Schüler pro Jahr ansprechen. Wir, die wir hier alle ja auch nicht mehr ganz frisch sind,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Michael Weisenstein [Die Linke.]: Was?)

müssen dabei selber neugierig sein, und wir sollten lernen wollen von denen, die in 10 oder 20 Jahren vielleicht hier sitzen oder der Stadt an einer anderen Stelle eine Stimme geben.

Wenn wir Jugendliche ernst nehmen und ihnen das auch vermitteln wollen, dann sollten wir ihnen das geben, was wir auch gerne haben: Wertschätzung. Das kann vielleicht ein Empfang im Hansasaal sein mit Begrüßung durch den Oberbürgermeister für all diejenigen, die sich in Jugendverbänden, in Schülervertretungen oder anderswo engagieren, oder für alle, die volljährig werden. Wir können herausfinden, ob sie das eher altbacken oder retro finden oder sich etwas ganz anderes wünschen.

Bei der Kölner Tagung zur Partizipation haben sich viele Jugendliche sehr deutlich und auch sehr differenziert zu Wort gemeldet. Sie wollen mitreden, und sie wollen sich engagieren. Diese Motivation sollten wir aufgreifen und nicht verpuffen lassen, getrieben von der Angst, welche Auswirkungen es haben könnte, wenn wir der Jugend Raum geben, sich in unserem Heiligsten breitzumachen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Darum geben wir der Verwaltung den Auftrag, gemeinsam mit den Jugendlichen Vorschläge zu erarbeiten, wie ein Angebot aussehen kann, das junge Menschen im Einsatz für unser Köln und ihre Zukunft hier begeistert. Sie lieben nicht nur ihre Stadt; sie werden auch etwas für sie tun. Da bin ich sicher.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Wir kommen zu Herrn Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte es nicht lang machen. Die Fraktion Die Linke. wird den Änderungsantrag unterstützen, weil wir den für sehr gut halten. Er ist eine Weiterentwicklung des ursprünglichen Antrags, er ist umfassend, er gibt nicht nur einen guten Impuls, sondern auch noch etwas Raum zum Nachdenken.

Wenn wir über Jugendliche und Politikverdrossenheit sprechen, ist das im Grunde ein sehr weit gehendes Thema, je nachdem, was wir einbeziehen. Gibt es überhaupt Politikverdrossenheit? Wir haben festgestellt, dass es bei Jugendlichen in den letzten Jahren ein sehr großes Engagement gibt, etwa für Themen wie Ökologie, Tierschutz, Kampf gegen rassistische Vorurteile, Hilfe für Entwicklungsländer in der Einen Welt, freie Zugänglichkeit des Internets usw. Wir sehen ein anderes Problem: Dieses Engagement geht einher mit einer gewissen Fremdheit gegenüber den etablierten Organisationen. Das betrifft im Übrigen nicht nur die Politik, also Parteien, den Rat, den Staat, sondern es betrifft auch andere Großorganisationen. Auch Gewerkschaften und die Kirchen haben damit Probleme.

Wir können jetzt beschließen, eine solche Veranstaltung zu machen. Wie gesagt, das unterstützen wir. Wir müssen uns aber auch Gedanken machen, was wir an der Arbeitsweise unse-

rer Kommune und auch an unserer Politik ändern können, damit die Menschen in unserer Gesellschaft sich wieder mehr angesprochen fühlen.

Wir haben ja auch das bekannte Problem, dass in manchen Stadtteilen Kölns viel weniger gewählt wird als in anderen, dass es eine geringe Wahlbeteiligung gibt. Gerade in Vierteln wie Mülheim und Kalk, wo viele Menschen mit geringen Einkommen wohnen, ist die Wahlbeteiligung sehr gering.

Ich denke, wir können das eine tun, nämlich eine solche Veranstaltung machen; aber wir müssen uns auch dem großen anderen Problem widmen, nämlich: Woher kommt die Distanz von Teilen der Bevölkerung und auch von großen Teilen der Jugend gegenüber unserem Staat und unserem politischen System?

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Wir kommen dann zu Frau Laufenberg.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln begrüßt die Initiative der Piraten, insbesondere aber den Änderungsantrag von Piraten und Rot-Grün. Der ursprüngliche Antrag war ein bisschen verbesserungswürdig. Dementsprechend glaube ich, dass jetzt eine gute Lösung gefunden worden ist.

Wir als FDP freuen uns insbesondere, weil wir bereits seit 2011 fordern, dass der Tag der Jugend weiter ausgebaut wird. Wir haben in den Bezirken entsprechende Anträge gestellt, die leider vonseiten Rot-Grün entweder abgelehnt oder verwiesen wurden oder in die Warteschleife geraten sind. Dementsprechend freue ich mich sehr, dass wir das hier heute gemeinsam weiter ausbauen.

(Beifall bei der FDP)

Des Weiteren freut es mich natürlich, dass wir heute einen gemeinsamen Beschluss fassen, weil der Tag der Jugend immer als Erstes auf der Streichliste steht. Wir beraten und beschließen bald den Haushalt. Ich hoffe, dass der Kürzungsvorschlag „Tag der Jugend im Rathaus“ diesmal nicht kommt. Ich glaube, dass wir das jetzt gemeinsam machen können, und würde mich darüber sehr freuen. Dementsprechend wird die FDP diesem Antrag hier heute zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen dann zu Herrn Dr. Schlieben für die Fraktion der CDU.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Antragsteller, die CDU liebt solche Anträge, und die CDU tanzt mit. Wir werden uns also dem breiten Votum hier im Rat der Köln anschließen und damit auch ein Zeichen der Gemeinsamkeit gegenüber der heute nicht mehr in großer Anzahl anwesenden Jugend zu geben; sie sitzen wahrscheinlich alle am Bildschirm zu Hause und verfolgen diese interessante Ratsdebatte, die noch bis 22.30 Uhr gehen wird.

Klar muss aber auch sein: Über Tanz und Fest und Vergnügen hinaus haben die Jugendlichen auch ganz konkrete Forderungen, die sie in den Partizipationsprozess mit einbringen. Es wäre gut, wenn die Beschlüsse, die beim Tag der Jugend im Rathaus gefasst werden, im Jugendhilfeausschuss weiter thematisiert oder sogar zur Abstimmung gestellt würden.

(Beifall bei der CDU)

Denn das würde den Jugendlichen zeigen, dass wir über den Tanz hinaus auch ihre Forderungen ernst nehmen. Ich will nicht unterstellen, dass wir sie nicht ernst nehmen; aber so weit waren wir in dem Prozess bisher noch nicht.

Ich will jetzt nicht alles an Lob und Positivem, was hier schon gesagt worden ist, wiederholen. Also, meine Damen und Herren: Lassen Sie uns gemeinsam tanzen, aber lassen Sie uns das noch ein bisschen unterfüttern. Hören wir jetzt noch den letzten Rednern dazu zu, damit wir danach die spannende Ratssitzung weiter fortsetzen können. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Dr. Schlieben. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir jetzt zur Abstimmung kommen. Wer gegen den Änderungsantrag der vorgenannten Fraktionen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen. Die jungen Menschen in unserer Stadt wird das freuen.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln unterstützt alle Bestrebungen, die das Interesse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen an Lokalpolitik steigern und für mehr kommunalpolitisches Engagement werben.

Die Antragstellenden beauftragen daher die Verwaltung

1. *zu prüfen, inwieweit ihr bisheriges Angebot (z. B. „Tag der Jugend im Rathaus“) adressatengerecht und inhaltlich weiterentwickelt werden kann,*

2. *die Angebote anderer Kommunen wie etwa die Jungbürgerfeiern in München und Nürnberg mit in ihre Überlegungen einzubeziehen und zu prüfen, inwieweit die Ideen auf Köln übertragbar sind bzw. in welchem Rahmen eine jährliche Einladung von gerade volljährig gewordenen jungen Menschen denkbar wäre. Wir bitten die Verwaltung, gemeinsam mit der Zielgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen (unter Einbindung z. B. des Kölner Jugendrings und der Bezirksschülervertretung) verschiedene Vorschläge zu erarbeiten,*

3. *die Ergebnisse dem Jugendhilfeausschuss und dem Schulausschuss vorzulegen und als Bestandteil des zukünftigen Kinder- und Jugendförderplans in das noch vorzulegende Konzept Partizipation aufzunehmen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3.1.4:

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Lange Nacht der Industrie 2015 ff - Köln beteiligt sich!"
AN/1520/2014

Herr van Geffen, bitte.

Jörg van Geffen (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die bloße Ankündigung, dass ein Industrieunternehmen plant, zu expandieren, sein Betriebsgelände zu erweitern, führt heute fast reflexartig dazu, dass Anwohner sich besorgt zu Wort melden. Nicht selten werden Bürgerinitiativen ins Leben gerufen. Begründet wird dies dann häufig zum Beispiel mit Verkehrsbelastungen und Eingriffen in die Natur, schlicht mit weniger Lebensqualität. Gewiss haben viele Menschen bei dem Stichwort „Industrie“ immer noch die qualmenden Schlote der 60er- und 70er-Jahre vor Augen. Aber ist diese Vorstellung von Industrie, ist dieser Blick auf Industrie nicht in weiten Teilen längst überholt? Wir denken, ja.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden erfolgreich vielfältige Anstrengungen unternommen, Belastungen für die Menschen und für die Umwelt zu reduzieren, nicht zuletzt durch den Einsatz moderner und modernster Technik. Dennoch kämpft die Industrie auch heute noch gegen das Image an, schmutzig und laut zu sein. Die IHK Köln hat darauf mit einer Akzeptanzoffensive reagiert. Im Mittelpunkt steht der direkte Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Diese Offensive begrüßen wir außerordentlich.

Ein weiterer Baustein für die Schaffung von mehr Industrieakzeptanz in unserer Stadt wird aus unserer Sicht die „Lange Nacht der Industrie“ sein, die in vielen Regionen der Bundesrepublik bereits heute etabliert ist. Worum geht es im Kern?

Interessierte Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, moderne Industrieunternehmen verschiedenster Branchen kennenzulernen und einen Blick hinter die Kulissen zu werfen. Das halten wir für ausgesprochen wichtig und sinnvoll; denn das, was man kennt, kann man einfacher und verlässlicher beurteilen als jenes, was man nur vom Hörensagen kennt. Besucherinnen und Besucher werden dabei zudem die Feststellung machen, dass Industrie heute eben nicht mehr zwingend mit Lärm und Schmutz verbunden sein muss. Die Industrie im Jahr 2014 ist eben auch in nicht unerheblichem Maß Ort von Forschung und Wissenschaft.

Die Unternehmen wiederum haben die Möglichkeit, sich als attraktive Arbeitgeber und nicht zuletzt auch als Ausbildungsbetriebe mit Perspektive zu präsentieren. Gerade der letztgenannte Aspekt ist in Zeiten des vielfach diskutierten

Fachkräftemangels wirklich nicht zu vernachlässigen.

In Köln gibt es bereits seit einigen Jahren die erfolgreiche „Nacht der Technik“ mit einer vergleichbaren Zielrichtung. Den Organisatoren gelten unser Respekt und unser Dank für diese hervorragende Initiative. Es liegt aus unserer Sicht nahe, zu prüfen, inwieweit dieses bewährte Format mit der „Langen Nacht der Industrie“ verknüpft werden kann.

Meine Damen und Herren, nach Angaben der IHK Köln stehen die rund 4 800 Industrieunternehmen in der Wirtschaftsregion Köln mit ihren 130 000 Beschäftigten für einen Umsatz von fast 58 Milliarden Euro. Die Bedeutung der Industrie für unsere Wirtschaft und damit insbesondere die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in unserer Stadt und der Region sind aus Sicht der SPD-Fraktion nicht zu unterschätzen. Wir sind deshalb der Auffassung, dass es großen Sinn macht, in einer gemeinsamen Anstrengung von Wirtschaft, Verwaltung und Politik mit der Organisation einer „Langen Nacht der Industrie“ den Versuch zu unternehmen, für mehr Akzeptanz moderner Industrie zu werben.

Ich bitte daher um breite Zustimmung zu unserem Antrag und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen zu Herrn Dr. Strahl für die Fraktion der CDU.

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es kurz. Die CDU-Fraktion wird für diesen Antrag stimmen. Natürlich unterstützen wir jedwede Initiative, die dem Ansehen und dem Wirken der Kölner Wirtschaft in der Öffentlichkeit förderlich sein kann.

(Beifall bei der CDU)

Die Wirtschaft ist elementarer Bestandteil des Kölner Lebens. Wir sind auf die Umsetzung des Vorhabens gespannt, behalten uns aber natürlich vor, den Erfolg des Vorhabens einer Bestandsaufnahme zu unterziehen. Das erscheint uns nötig, weil Nutzen und Aufwand einer solchen PR-Veranstaltung in einem vernünftigen Verhältnis stehen müssen, insbesondere unter dem Aspekt, dass die Initiative bisher weder von der IHK noch von der Kölner Industrie aufgegriffen wurde. Nur so wird die Aktion als zukunftsträchtiges Ereignis zum Wohle der Wirtschaft und der Stadt etabliert werden können. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Dr. Strahl. - Wir kommen zu Herrn Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, dass es gegen diese Initiative, die wir gerne zusammen mit der SPD unterstützen, auch Vorbehalte gibt, weil es so etwas in der Form in Köln bisher noch nicht gibt und weil die Akteure, insbesondere die Industrie- und Handelskammer, sich vielleicht noch nicht damit auseinandergesetzt haben. Ich glaube aber, dass sie leicht zu überzeugen sein werden; denn Köln wäre unter Wert verkauft, wenn wir den industriellen Sektor völlig ausblenden würden.

Wir haben zwar durch den Strukturwandel inzwischen einen interessanten und vor allem auch stabilen Branchenmix. Das ist nicht nur hinsichtlich der Gewerbesteuer von Vorteil, weil wir jetzt nicht mehr von nur zwei oder drei Industrieunternehmen abhängig sind, sondern insbesondere auch für die Beschäftigungslage.

Trotz allem spielt die industrielle Produktion immer noch eine große Rolle, und sie hat sich in den letzten 30 Jahren stark gewandelt. Nur das Bild, das viele, insbesondere auch jüngere Menschen von Industrie haben, ist in der Regel immer noch das der frühen 80er-Jahre, nämlich: hohe Umweltverschmutzung, hoher Schadstoffausstoß, unbegrenzte Lärmemissionen, Verschmutzung der Binnengewässer. Das war natürlich tatsächlich vor 30 und mehr Jahren der damaligeVerg Status. Aber gerade der Erfolg von Umweltbewegungen und - das sage ich mit aller Bescheidenheit - meiner eigenen Partei hat zu einem Wandel in der Industrieproduktion geführt. Inzwischen wird wesentlich umweltverträglicher und ressourcenschonender produziert.

Ein weiterer Faktor ist natürlich die Globalisierung. Die Globalisierung hat dazu geführt, dass einfache Massenproduktion, auch die, die sich wenig an Umweltstandards hält, hier in Deutschland, aber auch in den benachbarten Industriestaaten kaum noch eine Rolle spielt. Sie wurde in Schwellenländer verlagert und verursacht dort Probleme.

Industrieproduktion hier hat aber nur Zukunft, wenn sie innovativ, spezialisiert und auf einem hohen Niveau stattfindet, wenn klar ist, dass ein entscheidender Faktor der Wertschöpfung auf Forschung und Entwicklung und auf Kommunikationstechnologie beruht und Ressourcenschutz und Ökoeffizienz eben erst durch neue Produktions- und Managementverfahren möglich werden. Dieser Weg wird schon gegangen. Ich denke, es ist richtig, dass Industrieunternehmen, die diesen Weg gehen, unbedingt auch die Gelegenheit erhalten sollen, sich darzustellen. Deshalb ist eine solche Veranstaltung, insbesondere wenn sie sich dauerhaft etabliert, sicherlich von hohem Wert für alle Beteiligten in Köln, insbesondere auch für all diejenigen, die nach Ausbildungsplätzen suchen und sich dann vielleicht stärker für diese Bereiche interessieren, als es bisher der Fall ist.

Insofern denke ich, dass dieser Impuls, auch wenn es da noch die einen oder anderen Vorbehalte gibt, auf jeden Fall richtig ist. Wir sollten die Verwaltung darin ermutigen, dabei als Moderator zu agieren und die Akteure zusammenzuführen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Frank. - Wir kommen dann zu Herrn Houben. Bitte schön.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch die FDP-Fraktion freut sich natürlich über diesen Antrag. Wenn man das Thema aber etwas genauer recherchiert, muss man doch sagen: Da ist auch viel „Schi Schi“ dabei.

Erstens. Wir haben seit fünf Jahren den äußerst erfolgreichen Veranstaltungskreis „Lange Nacht der Technik“. Erfreulich an dieser Veranstaltung ist, dass die Träger eben nicht die üblichen Verdächtigen sind, sondern in dem Fall VDI und VDE. Diese Veranstaltung ist erfolgreich. Sie wird am 12. Juni 2015 durchgeführt werden. Interessant ist auch, dass die Stadt Köln unterstützender Partner dieser Veranstaltung ist. Deswegen stellt sich für uns schon die Frage, warum wir hier eine Wettbewerbsveranstaltung ins Leben rufen sollen, die, wenn wir denn so schnell sind, am 29. Oktober 2015 stattfinden würde; denn das ist der Termin für die „Lange Nacht der Industrie Rhein-Ruhr“.

Zweitens. Wer ist der Träger dieser Veranstaltung? Träger ist im ersten Schritt ein eingetragener Verein, nämlich: Zukunft durch Industrie e. V. Auf der Internetseite ist als Unterstützerin und Ansprechpartnerin Frau Betzing von der IHK Köln zu finden. Also, es gibt die Verbindung schon. Vielleicht hat es in Köln gar nicht das Interesse gegeben, wenn man schon eine erfolgreiche Veranstaltung hat, nun noch eine Konkurrenzveranstaltung aufzuziehen. Deswegen sehen wir den Antrag an der Stelle mit einer gewissen Kritik.

Allerdings bin ich auch beruhigt, meine Damen und Herren; denn wer den letzten Satz des Antrags liest, wird feststellen, dass wir den Antrag ruhig beschließen können. Ich zitiere, Herr Oberbürgermeister:

> Die Unterstützung seitens der Stadt Köln soll ohne zusätzlichen Haushaltsaufwand erfolgen. Über die Ergebnisse berichtet die Verwaltung dem Wirtschaftsausschuss.

Meine Damen und Herren, wir schimpfen ja gern über die Verwaltung.

(Martin Börschel [SPD]: Sie vielleicht, wir nicht!)

Aber wenn man schon in einem Antrag schreibt, es darf nichts kosten, dann ist natürlich die Chance, dass eine solche Sache erfolgreich wird, durchaus überschaubar.

Meine Damen und Herren, wir werden also freudig diesem Antrag zustimmen und sind gespannt, ob am 29. Oktober 2015 diese Veranstaltung, wie hier angeregt, in Köln durchgeführt wird. Ich empfehle allen, erst einmal am 12. Juni zur „Langen Nacht der Technik“ zu gehen. Die hat sich in Köln bewährt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Houben. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir zur Abstim-

mung kommen. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, sich als Industrie-Standort Köln an der regionalen Initiative „Lange Nacht der Industrie 2015 ff.“ zu beteiligen und in Köln zu etablieren.

Dazu sollen Gespräche mit der IHK und den Firmen des Branchenforums Industrie aufgenommen werden mit dem Ziel, das Vorhaben gemeinsam umzusetzen.

In diesem Rahmen soll geprüft werden, inwieweit die sehr erfolgreiche Kölner „Lange Nacht der Technik“ in diese regionale Initiative eingebunden werden kann.

Die Unterstützung seitens der Stadt Köln soll ohne zusätzlichen Haushaltsaufwand erfolgen. Über die Ergebnisse berichtet die Verwaltung dem Wirtschaftsausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Judith Wolter verlässt die Sitzung endgültig

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, darf ich Ihnen weitere Abstimmungsergebnisse zur Besetzung von Unterausschüssen bekannt geben.

Zunächst zum Unterausschuss Kulturbauten:

- Für die SPD wurden 28 Stimmen abgegeben; sie erhält drei Sitze.
- CDU: 24 Stimmen; drei Sitze.
- Grüne: 18 Stimmen; zwei Sitze.
- Linke: 8 Stimmen; ein Sitz.

Für die FDP wurden 5 Stimmen und für Deine Freunde 2 Stimmen abgegeben. Dies führte nicht zu einer Berücksichtigung in dem betreffenden Unterausschuss.

Dann zum Unterausschuss Selbsthilfegruppen:

- SPD: 28 Stimmen; drei Sitze.
- CDU: 24 Stimmen; drei Sitze.
- Grüne: 18 Stimmen; zwei Sitze.
- Linke: 8 Stimmen; ein Sitz.

Für die FDP wurden 5 Stimmen abgegeben; das fand nach Hare-Niemeyer leider keine Berücksichtigung.

Wir kommen jetzt zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Neubau des Historischen Archivs mit der Kunst- und Museumsbibliothek"
AN/1495/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.
AN/1584/2014

Wir beginnen mit Herrn Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Thema Kunst- und Museumsbibliothek erörtern wir hier nicht zum ersten Mal, aber wir stehen bei dem Projekt am Eifelwall jetzt kurz vor einem sehr wichtigen Meilenstein; denn es wird nächsten Monat, vielleicht auch erst Anfang nächsten Jahres die Entwurfsplanung für die kleine Lösung vorgelegt. Kleine Lösung bedeutet: Historisches Archiv ohne die Kunst- und Museumsbibliothek.

Das ist für uns Antragsteller von der CDU und der FDP der Moment, wo wir gemeinsam mit Ihnen noch einmal darüber nachdenken wollen, welche Lösung für die Stadt Köln tatsächlich die richtige ist. Wir sind der Meinung: Die richtige Lösung ist die große Lösung.

Bevor ich das jetzt begründe, möchte ich noch einmal ein bisschen länger ausholen; denn es

sind so viele neue Gesichter hier im Rat der Stadt Köln, dass es vielleicht lohnt, noch ein bisschen Invest in die Geschichte dieses Antrages zu machen.

Wer und was ist eigentlich die KMB? Die Kunst- und Museumsbibliothek hier in Köln ist, obwohl sie kaum bekannt ist, eine Rieseninstitution. Sie ist weltweit eine der größten öffentlichen Präsenzbibliotheken für Zeitgenössische und Moderne Kunst und ist mit diesem Schwerpunkt über Jahre hinweg von der DFG gefördert worden. Sie wird auch heute noch mit Projektmitteln unterstützt.

Die KMB ist außergewöhnlich wichtig für die Stadt und für die Kulturszene unserer Stadt, weil wir viele Galerien haben, weil wir viele Auktionshäuser haben, weil wir ein großes Fachpublikum haben, das in der KMB arbeiten kann. Aber auch die Universität und die Studierenden unserer Hochschulen nutzen die KMB in erheblichem Umfang.

Von daher: Sie ist ein außerordentlich wichtiges Institut. Aber die Abläufe sind im Kattenbug - dort ist die KMB heute angesiedelt - fast nicht mehr durchführbar. Es ist kein unterstützender Ablauf mehr möglich. Von daher gab es die Notwendigkeit eines Neubaus.

Es war ein außergewöhnlich intelligenter Schachzug Ihres Vorgängers, Herr Roters, die KMB gemeinsam mit dem Historischen Archiv am Eifelwall neu zu platzieren, neu zu definieren. Das war vor allem deswegen hervorragend, weil zu diesem Zeitpunkt auch die Universität ins Blickfeld rückte. Die Universität hatte die Möglichkeit, den Masterplan zu verwirklichen und die KMB künftig gemeinsam mit der Stadt Köln zu betreiben. Das muss man vorausschicken.

Es gab eine finanzielle Zusage von 140 000 Euro jährlich. Der eine oder andere kann ja mal den Zinsrechner anwerfen. Mit diesem Geld könnte man, wenn die Gebäudewirtschaft clever agiert, bis zu 10 Millionen Euro Zinsen bedienen. Das ist eine außergewöhnlich hohe Summe und wäre in etwa die Hälfte dessen, was notwendig ist, um die KMB überhaupt zu realisieren.

Von daher war für uns immer klar, dass die große Lösung die richtige ist. Leider hat sich der Rat im letzten Jahr anders entschieden, und zwar - das muss man sagen - auf Basis falscher Tatsachen und falscher Informationen. Zum Beispiel hat uns die Verwaltung seinerzeit informiert, die Umplanung von der großen zur kleinen Lösung würde maximal sechs Monate in Anspruch nehmen. Meine Damen und Herren, wir sind heute 18 Monate weiter, und die Ergebnisse dieser Umplanung liegen immer noch nicht vor. Eine andere Fehlinformation war, dass die Situation am Kattenbug sich entspannt hätte. Das ist allerdings auch nicht eingetreten. Eine weitere Information, die für die damalige Entscheidung von Rot-Grün letztlich wichtig war, besagte, dass die große Lösung erheblich teurer würde als die kleine Lösung. Das, meine Damen und Herren, hat die Verwaltung mittlerweile selbst widerlegt; denn die Verwaltung hat in Antworten auf Anfragen, unter anderem auch von den Linken, deutlich gemacht, dass eine selbstständige Lösung für die KMB mindestens 20 Millionen, eventuell sogar 30 Millionen Euro kosten wird.

Das bedeutet: Wir haben zusätzlich zum Baupreis für die kleine Lösung auch noch den Preis für die Neubaulösung der KMB - diese Alleinlösung - zu addieren. Das macht insgesamt mehr Geld aus, als wir in die Hand nehmen würden, wenn wir heute am Eifelwall bauten. Von daher spricht eigentlich kein einziges rationales Argument dafür, nicht die große Lösung zu verfolgen.

Wir könnten heute mit der großen Lösung beginnen. Wir bräuchten gar nicht mehr die Fertigstellung der Entwurfsplanung abzuwarten. Aber selbst wenn wir beide Lösungen vergleichen würden, käme ganz klar heraus: Die große Lösung am Eifelwall ist definitiv die richtige Lösung, weil sie Geld spart und weil sie das Archiv und die Universität und die KMB insgesamt in eine Win-win-Situation bringt. Das ist für alle das Beste, was man sich an diesem Standort tatsächlich vorstellen kann.

Wenn man sich den Änderungsantrag von Rot-Grün und leider auch von den Linken - ich bin sehr erstaunt darüber - anschaut, stellt man fest: Der erste Punkt ist überflüssig. Natürlich begrüßen auch wir die Kooperation, die da zustande kommt. Aber hier geht es im Augenblick - das wird Frau Laugwitz-Aulbach wahrscheinlich auch noch vortragen - um eine digitale Bibliothek. Die KMB hat aber 420 000 Bildbände und Bücher, die untergebracht werden müssen. Da reicht es eben nicht, zwei Festplatten zu kaufen.

Im zweiten Spiegelstrich wird gefordert, es soll eine tragfähige Lösung für den Raumbedarf entwickelt werden. Dazu schlagen SPD, Grüne und Linke vor, nach einem geeigneten Standort zu suchen. - Aber den geeigneten Standort haben wir schon; nach dem brauchen wir nicht mehr

suchen. Der geeignete Standort ist eben am Eifelwall.

Auch der letzte Punkt ist interessant. Dort heißt es: „Dieses Vorhaben duldet keinen weiteren Aufschub.“ - Es ist jetzt völlig egal, welche der beiden Entwurfsplanungen Sie zur Ausführung bringen; zeitlich dürfte das einen Unterschied von ein oder zwei Monaten ausmachen. Wenn am Ende ein tolles Archiv und eine tolle KMB herauskommen und noch dazu die Universität richtig in dieses Projekt einsteigen kann, dann haben alle gewonnen, insbesondere auch die Stadt Köln und die Kulturszene.

Deshalb fordern wir Sie auf: Stimmen Sie für unseren Antrag! Stimmen Sie für die Kölner Kultur- und Wissenschaftsszene! Stimmen Sie für die KMB am Eifelwall! - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Dr. Elster. - Wir kommen zu Herrn Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der Kollege Elster hat ja schon sehr umfänglich zum Antrag von CDU und FDP Stellung genommen. Dem kann ich mich natürlich vollumfänglich anschließen. Aber ich will die Gelegenheit nutzen, drei Aspekte noch einmal besonders zu beleuchten, nämlich: die Frage der Architektur des Entwurfs, den wir ausgewählt haben, die Frage der Finanzen und die Frage der Zeitschiene.

Der Entwurf, den wir ursprünglich zum Siegerentwurf gekürt hatten und der zur Umsetzung kommen sollte, hatte die geniale Idee, gerade die öffentlichen Teile der Kunst- und Museumsbibliothek - das Freihandmagazin und die Arbeitsbereiche für die Öffentlichkeit - nach vorne zu ziehen und damit ein lichtdurchflutetes Gesicht zur Stadt zu bilden. Das heißt, durch die Umplanung nun ist nicht nur der Kubus des Gebäudes in irgendeiner Form verkleinert worden, sondern gerade dieser der Stadt zugewandte Teil, der dem Historischen Archiv auch als Bürgerarchiv gutgetan hätte, wird jetzt weggeschnitten. Das ist ein großer Unterschied im Vergleich zur ursprünglichen Planung. Dieser Aspekt geht verloren, wenn wir das Historische Archiv ohne die Kunst- und Museumsbibliothek realisieren.

Im Bereich der Finanzen - Herr Elster hatte es bereits angesprochen - wurde uns im Grunde etwas vorgegaukelt. Es gab die Milchmädchenrechnung, es würde in irgendeiner Form günstiger, wenn man die beiden Institutionen trennt. Unabhängig von der Frage, welche Kosten für die Umplanung jetzt schon entstanden sind, verursacht durch den Beschluss von Rot-Grün: Ungeklärt ist nach wie vor die Unterbringung der Kunst- und Museumsbibliothek, ein Problem, das nachher zusätzliche Kosten verursachen wird. Durch den jetzt vorgelegten Änderungsantrag von Rot-Rot-Grün wird das auch deutlich; denn da heißt es: Das Historische Archiv findet eine neue Heimat. - Herr Elster hat gesagt, was das kosten wird.

Aber selbst wenn wir das möglicherweise irgendwann finanziert haben, werden die Synergien, die wir hätten heben können, wenn wir beide Institutionen in einem Gebäude untergebracht hätten, für alle Zeiten verloren sein. Deswegen ist gerade der finanzielle Aspekt - wie gesagt - eine Milchmädchenrechnung. Die Lagerkapazitäten der Kunst- und Museumsbibliothek sind erschöpft. Zusätzliche Flächen müssen angemietet werden. Die Funktionsfähigkeit einer solchen Bibliothek mit mehreren Standorten - drei Standorte in Köln; das ist absolut unpraktisch - ist beeinträchtigt, der Transport von einem zum anderen Standort kostenintensiv, abgesehen davon, dass dies den betreffenden Büchern auch nicht guttut.

Zum dritten Aspekt, der Zeitschiene. Ja, jetzt noch einmal in irgendeiner Form das Ruder herumzureißen, wird sicherlich etwas Zeit kosten. Aber verursacht ist das durch den ersten falschen Beschluss. Das heißt, das kann man uns nicht anlasten. Ich meine aber, die Zeit, die wir jetzt noch haben, wäre gut investiert, wenn wir sie für eine wirklich sinnvolle Lösung einsetzen und doch noch die Ursprungsplanung umsetzen. Gerade die Nutzung des Düsseldorfer Archivs gibt uns etwas mehr Luft für die Wiederherstellung des Historischen Archivs. Diese Zeit sollten wir nutzen, um eine wirklich sinnvolle, eine zukunftsfähige Lösung für beide Institutionen zu finden.

Meine Damen und Herren, der von Rot-Rot-Grün vorgelegte Änderungsantrag wird natürlich auch

für viele Enttäuschungen in dieser Stadt sorgen. Sie haben sicher auch das Schreiben von Kölner Kulturschaffenden bekommen - es wurde an alle Ratsmitglieder versandt und war auch in den Medien veröffentlicht -; es las sich ja wie das Who's who der Kölner Kunstszene. Dort wird man natürlich enttäuscht sein, insbesondere auch über das Umkippen der Linken in dieser Frage.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Auch dass die Grünen entgegen Ihrer sonst geäußerten Auffassung sich jetzt nicht einen Ruck geben können, die Fehlentscheidung aus dem vergangenen Jahr zu korrigieren, wird breite Enttäuschung auslösen.

Nun gut! Sie haben jetzt einen Änderungsantrag eingebracht. Wenn dieser gleich beschlossen wird, dann hat es vielleicht etwas gebracht, dass wir uns hier um die Zukunft der Kunst- und Museumsbibliothek Gedanken gemacht haben. Wir werden allerdings feststellen: Es wird sehr, sehr lange dauern, bis ein solches Projekt, wenn überhaupt, realisiert wird. Es wird sehr, sehr teuer werden, und zwar nicht nur wegen der Investitionen in das Gebäude, das in Ihrem Änderungsantrag vorgeschlagen wird, sondern auch mit Blick auf die Nutzung in den kommenden Jahrzehnten. Das ist kein guter Dienst, den Sie der Stadt Köln und der Kunst- und Museumsbibliothek erweisen. Deswegen werden wir Ihren Änderungsantrag ablehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Sterck. - Wir kommen dann zu Frau Dr. Bürgermeister von der Fraktion der SPD.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In Ihrem Antrag und in Ihren Ausführungen, insbesondere in denen von Herrn Dr. Elster, habe ich doch sehr vermisst, dass kein einziger neuer Fakt genannt wurde und nur eine einzige aktuelle Entwicklung wurde von Ihnen in einem Nebensatz berücksichtigt. Schon gar nicht haben Sie erwähnt , was in den letzten 19 Monaten seit unserem letzten Beschluss in Sachen Stadtarchiv und Kunst- und Museumsbibliothek von der Verwaltung geleistet wurde.

(Zurufe von der CDU: Gar nichts! - Nichts! - Null!)

- Es ist weiter geplant worden. Ich glaube, davon haben auch Sie gehört.

Uns als SPD-Fraktion ist die Entscheidung über die Weiterplanung des Historischen Archivs ohne die Kunst- und Museumsbibliothek wahrlich nicht leicht gefallen. Wir mussten sorgfältig Kosten und Perspektiven für alle betroffenen Einheiten, nämlich die Kunst- und Museumsbibliothek, das Stadtarchiv und das Rheinische Bildarchiv, abwägen. Der damalige Dezernent hatte zwar die Kunst- und Museumsbibliothek mit im Neubau vorgesehen; aber die Kosten hierfür sollten zum größten Teil der Universität übertragen werden. Die erklärte sich hierzu nicht bereit. Zugleich hat übrigens der damalige Beigeordnete immer wieder die Betriebskostenzuschüsse im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zur Disposition gestellt. Strategisches Handeln mit klarem Ziel sieht aus unserer Sicht anders aus.

Ich möchte daran erinnern, dass die Kunst- und Museumsbibliothek ursprünglich ein Drittel des Gebäudes an der Luxemburger Straße einnehmen sollte, dessen kalkulierte Gesamtbaukosten von zunächst 87 Millionen auf knapp 100 Millionen Euro gestiegen waren. Durch die damals beschlossene Umplanung sollten die Kosten um mehr als 20 Millionen auf 76,3 Millionen Euro reduziert werden. Dr. Elster hatte damals vor Kosten für den Zeitverzug gewarnt; ich kann mich gut daran erinnern. Dem kann man auch nicht widersprechen. Sehr merkwürdig finde ich aber, dass das jetzt überhaupt nicht mehr interessiert und Sie diesen Aspekt völlig ignorieren.

Der Einsturz des Stadtarchivs, bei dem zwei Menschen ums Leben gekommen sind, war eine der größten Katastrophen der Kölner Nachkriegszeit. Wir haben uns alle für eine zügige und würdige Realisierung eines Neubaus eingesetzt. Seit dem letzten Beschluss sind anderthalb Jahre vergangen, in denen - das ist in der Zeit tatsächlich passiert - die Planungen vorangebracht worden sind. Nach meinem Kenntnisstand ist diese Planungsphase, also die konkrete Entwurfsplanung für den Neubau, schon sehr weit gediehen. Bei einer nochmaligen Umplanung, meine Damen und Herren, wäre nicht nur diese Zeit verloren, sondern auch die Kosten für diese Planung.

Für uns von der SPD gibt es keinen Zweifel: Die Wiedergewinnung unseres kulturellen Erbes ist von zentraler Bedeutung für unsere Stadt, und es darf für die Planung und Realisierung des Archivneubaus an der Luxemburger Straße keinen Verzug geben. Dies ist unsere Verantwortung.

Ihr Antrag, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP, ist dagegen verantwortungslos in dieser Sache.

(Widerspruch bei der CDU)

Einer Auflösung der Kunst- und Museumsbibliothek hat sich die SPD immer widersetzt. Das möchte ich noch einmal in aller Deutlichkeit sagen. Die Verwaltung bzw. der Kulturdezernent hatte die Kunst- und Museumsbibliothek regelmäßig den Sparbemühungen geopfert und die Betriebskostenzuschüsse eingespart. Wir als SPD haben immer wieder dafür gesorgt und Mittel bereitgestellt, damit dieser einzigartige Schatz, den wir hier wahrlich haben, nicht zerschlagen und auf die Museen verteilt wird.

Die SPD hat auch maßgeblich die Gespräche zwischen Land und Stadt mitbegleitet, die ja nun, wie wir im Kulturausschuss von Frau Laugwitz-Aulbach gerade erfahren haben, kurz vor dem erfolgreichen Abschluss einer ersten Phase der Kooperation stehen. So möchte ich das einmal bezeichnen; denn wir möchten bezogen auf die Kunst- und Museumsbibliothek auf diesem Wege mit einem starken Partner weitergehen. Die Kooperation bedeutet zum jetzigen Zeitpunkt nicht nur eine nicht unerhebliche finanzielle Entlastung der Stadt im Hinblick auf Personalkosten, sondern sie markiert aus unserer Sicht den konkreten Anfangspunkt einer Zusammenarbeit von Stadt und Land. Wir starten mit einer virtuellen Zentralbibliothek für Kunst gemeinsam mit der Universität, die gute Entwicklungsmöglichkeiten für die Kunst- und Museumsbibliothek bietet: neben der Übernahme der Personalkosten, vor allem hinsichtlich einzuwerbender Forschungs- und Drittmittel sowie der Optimierung der Recherchemöglichkeiten der Bestände.

Selbstverständlich - das ist völlig klar - müssen wir auch Perspektiven für die Räumlichkeiten finden und dabei mehrschrittig denken. Daher haben wir die Verwaltung noch einmal und sehr konkret mit einem Zeitfenster bis zum nächsten Sommer beauftragt, tragfähige Lösungen zur Verbesserung der Arbeitsmöglichkeit zu liefern, und zwar längerfristig in Kooperation mit der Universität sowie kurz- und mittelfristig in Bezug unter anderem auf die Parameter Magazinflächen, Logistik und notwendige Sanierungserfordernisse am Standort Kattenbug und an den anderen Standorten.

Wir bitten daher um Unterstützung für unseren Antrag zur Zukunft des Historischen Archivs und zur Zukunft der Kunst- und Museumsbibliothek. Beide Kultureinrichtungen haben unschätzbaren Wert für die Stadt. Bei dem Archiv darf es keinen Verzug geben, und für die KMB gilt es, das Angebot zu sichern und sie perspektivisch in Partnerschaft mit der Universität im Sinne der Nutzerinnen und Nutzer auszubauen. Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Dr. Bürgermeister. - Wir kommen dann zu Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich vorweg sagen: Was nicht kontrovers ist, ist nicht der Rede wert. Dass die KMB der Rede wert ist, haben wir an dieser Stelle schon häufig gesagt. Die Kunst- und Museumsbibliothek ist - das wurde hier schon gesagt - eine der drei bundesdeutschen Sammlungsbibliotheken mit einem Bestand von circa 400 000 Bänden und hat hohe Bedeutung für die wissenschaftliche Arbeit der Museen, aber vor allem auch für hiesige und auswärtige Studierende und Forscher und Forscherinnen. Und doch oder gerade deswegen wird die KMB immer wieder zum Thema. Dabei ist es so, dass das Ziel, nämlich Erhalt und Stärkung der KMB, gar nicht strittig ist. Kontrovers diskutiert wird vor allem die Frage, wie die KMB endgültig aussehen kann und welcher Weg dorthin führt.

Wir als Fraktionen, die den Änderungsantrag tragen - das heißt: Grüne, SPD und Linke -, wollen die KMB mit unserem Antrag weiter zukunftsfähig machen, auch wenn CDU und FDP das anders sehen. Langfristig - das wissen Sie alle hier - sind der Erhalt und die Fortführung der KMB eine Aufgabe, die die Stadt nicht allein leisten kann. Daher setzen wir seit längerem darauf, mit dem Land zusammenzuarbeiten, vielleicht jetzt noch begründeter als früher, wenn wir uns die Einzelheiten des Kulturfördergesetzes NRW ansehen, das gerade im Landtag beraten wird. In § 18 heißt es dort zum Beispiel:

> Die Kulturförderung von Land und Gemeinden muss sinnvoll ineinandergreifen, sich gegenseitig ergänzen und deshalb partnerschaftlich organisiert werden.

Weiter heißt es:

> Das Land fördert insbesondere Maßnahmen von regionaler, landesweiter, nationaler und internationaler Bedeutung, sofern und soweit die Ziele ohne die Landesförderung nicht oder nicht in ausreichendem Maße erreicht werden können.

Gute Voraussetzungen - auch für Köln und auch für die KMB, denke ich.

Unser Änderungsantrag soll den Ratsbeschluss von April 2013 vertiefen und weiterführen, auch wenn uns CDU und FDP eines Besseren belehren und dazu aufrufen möchten, diesen Ratsbeschluss zu revidieren und die Chance zu ergreifen - ich zitiere -, „unsere Fehlentscheidungen zu korrigieren“.

Daher sind in unserem Antrag - er ist quasi ein Ersetzungsantrag - drei Punkte wichtig:

Erster Punkt. Wir wollen die Kooperation der KMB mit der Universität voranbringen.

Zweiter Punkt. Wir wollen die KMB stärken. Dies setzt an beim Ratsbeschluss vom 20. April 2013 und mündet darin, die Verwaltung zu beauftragen, ein Konzept zur Verbesserung der Situation der KMB zu entwickeln bis hin zur Zusammenführung der KMB-Standorte an einem gemeinsamen Ort.

Dritter Punkt. Wir wollen am beschlossenen Neubau des Historischen Archivs festhalten; denn mit dem Neubau des Historischen Archivs schafft die Stadt die zentrale Voraussetzung dafür, dass das Archiv nach dem Einsturz eine neue Heimat findet. Dieses Vorhaben duldet überhaupt keinen weiteren Aufschub.

Wenn wir heute dem Antrag von FDP und CDU folgen würden, spätestens dann würden wir eine wahre Fehlentscheidung treffen. Denn ihm zu folgen, hieße, in Kauf zu nehmen, den Neubau am Eifelwall zu verzögern, hieße, die Zwischeneinlagerung der Archivalien in die Länge zu ziehen und dadurch zu verteuern, hieße, in Kauf zu nehmen, dass die Kosten für den Archivbau – ohne dass FDP und CDU diese überhaupt beziffern - durch weitere Planungen in die Höhe getrieben werden, hieße, Pläne zu ändern und die ineinander verzahnten Abläufe völlig neu denken zu müssen.

(Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

- Nein.

Der Sachstandsbericht vom 15. Oktober 2014, der dem Kulturausschuss vorgelegen hat und den auch Sie, Herr Elster, kennen müssten, zeigt, was bereits auf dem Weg ist.

Schon im April 2013 hatten wir deutlich gemacht, dass es unerträglich wäre, wenn der notwendige Neubau des Historischen Archivs am Eifelwall durch offene Fragen zur KMB eine Verzögerung erfahren würde. Wenn wir Ihrem Antrag folgen würden, würde es zu einer Verzögerung von mindestens anderthalb Jahren kommen. Unsere Position gilt bis heute: keine Verzögerung für das Archiv.

Ich weiß - und viele von uns wissen es auch -, dass vielen Kulturschaffenden und Künstlern die KMB am Herzen liegt; dies haben sie in einem offenen Brief deutlich gemacht. Ich sage: Wir sind da völlig d’accord. Ich kann Ihnen zusichern: Uns liegt die KMB am Herzen, aber nicht nur die KMB, sondern eben auch das Historische Archiv und eine schnelle Fortführung des Baus des Archivs bzw. eine schnelle Ingangsetzung dieses Baus, damit das Archiv möglichst schnell wieder zur Verfügung steht. Das macht unser Antrag deutlich. Daher bitte ich um Zustimmung. - Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau von Bülow. - Wir kommen zu Frau Stahlhofen von der Fraktion Die Linke.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Interessierte auf der Tribüne! Ich gebe wie Herrn Elster ein wenig zurück. Als zum Kürzungshaushalt 2010/2011 die Verwaltung die weitere Existenz der Kunst- und Museumsbibliothek infrage stellte, trafen bei den Kölner Fraktionen - also bei Ihnen allen - Tausende von Unterschriften von Menschen ein, die gegen die Schließung dieser einzigartigen Einrichtung protestierten. Im Kölner Rat hatte Die Linke. die Initiative ergriffen. Es dauerte eine Weile, bis die anderen Fraktionen und schließlich die breite

Mehrheit sich für die Sicherung der KMB aussprachen.

Wir haben uns von Anfang an dafür eingesetzt, die KMB an einem Standort zusammenzuführen. Die jetzige Situation ist unhaltbar. Zurzeit haben wir fünf Standorte, drei Archive und zwei Lesesäle. Bücher müssen von A nach B und wieder zurück transportiert werden. Schon anhand der Ratsunterlagen wissen Sie, wie schwer Papier ist. Es kann doch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht verlangt werden, ständig zentnerweise Bücher durch die Landschaft zu schleppen.

Manche der Standorte sind für die Lagerung solcher Bestände von vornherein kaum geeignet und zudem auch noch dringend sanierungsbedürftig. Die Kapazitäten der bisherigen Standorte sind beinahe ausgeschöpft, und es ist absehbar, dass ein weiterer Standort - dann der sechste - nötig sein wird.

(Dr. Ralph Elster [CDU] blättert in seinen Unterlagen)

- Herr Elster, hören Sie mir doch einfach mal zu! Er will nicht; gut.

Die beste Lösung wäre gewesen, die KMB im neuen Gebäude des Stadtarchivs unterzubringen. Die Planungen dazu waren auf einem guten Weg, bis sie durch Rot-Grün abgebrochen wurden. Für diesen Beschluss haben seinerzeit auch wir SPD und Grüne scharf kritisiert.

Meine Damen und Herren, die Tür zu dieser Lösung ist inzwischen verschlossen. Im Dezember beginnt bereits das Vergabeverfahren für den Neubau des Archivs. Eine erneute Umplanung zu diesem Zeitpunkt würde den Bau des Archivs um weitere Jahre verzögern und Mehrkosten in zweistelliger Millionenhöhe verursachen.

(Widerspruch von Dr. Ralph Elster [CDU])

- Doch, Herr Elster. Das ist so, und das wissen Sie auch.

Wir treten noch immer für die Unterbringung der KMB an einem zentralen Standort ein. Mit diesem Änderungsantrag bekennen sich die Antragsteller - Die Linke., die SPD und die Grünen - klar hierzu.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Darf ich eine Frage stellen?)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Darf Herr Dr. Elster eine Zwischenfrage stellen?

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Ja.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Stahlhofen, warum soll denn die Entwurfsplanung für die große Lösung, die seit April 2013 fertig ist und jetzt in die Ausführungsplanung gehen könnte, noch einmal wiederholt werden? Wir haben doch die Planung. Wir brauchen nichts anders machen.

(Beifall bei der CDU)

Die Entwurfsplanung für die kleine Lösung ist eben noch nicht fertig gestellt. Sie wird erst in den nächsten Monaten fertig gestellt. Das heißt, dafür braucht es noch ein bisschen Zeit. Dagegen könnten wir jetzt die Planung für die große Lösung einfach aus der Schublade nehmen und die Beauftragung vornehmen. Da muss nichts mehr geplant werden. Das, was die Grünen gesagt haben, war auch nicht richtig. Es muss nicht noch einmal neu geplant werden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Da liegen Sie falsch, Herr Elster! Lassen Sie sich mal den Bericht der Architekten geben!)

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Herr Dr. Elster, Sie liegen leider falsch mit Ihrer Behauptung. Klar, diese Planung hat einmal vorgelegen, aber nicht so dezidiert, wie Sie es jetzt darstellen. Sie hätte auch erst in eine Ausführungsplanung gehen müssen. Diese ist jedoch durch den Beschluss, den wir durchaus kritisieren, leider nie zum Tragen gekommen.

(Beifall bei der Linken)

Wir beauftragen deshalb die Verwaltung, dem Rat ein Konzept für einen zentralen Standort vorzulegen und im Unterausschuss Kulturbauten regelmäßig darüber zu berichten. - Ich bin froh, dass dieser Ausschuss heute wieder installiert worden ist.

Für eine Kostenschätzung ist hier ein Bedarf von 5 000 bis 6 000 Quadratmeter zu berücksichtigen. Ein Neubau wäre zwar wunderbar, aber unter dem Kostendruck bitten wir die Verwaltung, auch bestehende Gebäude und zukünftige Leerstände mit in Betracht zu ziehen. Hierbei muss auch die Universität Köln als Partner beim Betrieb der KMB dringend mit einbezogen werden.

Wir wollen aber auch kurzfristig eine Verbesserung der Bedingungen für die KMB erreichen, soweit dies an den bisherigen Standorten eben möglich ist. Aus diesem Grund beauftragen wir die Verwaltung mit einer Optimierung der Abläufe und einer Sanierung des jetzigen Standortes Kattenbug.

Meine Damen und Herren, den nächsten Schritt zur Unterbringung der Kunst- und Museumsbibliothek an *einem* Standort können wir möglicherweise noch vor der Sommerpause 2015 gehen. Ich möchte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, bitten, uns dabei zu unterstützen und der KMB eine dauerhafte Zukunft zu sichern. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau Stahlhofen. - Wir kommen jetzt zu Herrn Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrter Herr Dr. Elster! Liebe CDU, bei Ihren tollen Anträgen, die heute auf der Tagesordnung stehen - jetzt dieser Antrag zur KMB und später noch der Antrag zum Bürgerhaushalt -, könnte man richtig Lust kriegen auf eine neue Mehrheit hier im Rat, vielleicht unter einer neuen Oberbürgermeisterin oder einem neuen Oberbürgermeister.

(Beifall bei der CDU)

Mal schauen! Aber leider ist es auch ein bisschen zu offensichtlich, wie Sie versuchen, den Restkitt zwischen Rot und Grün auseinanderzutreiben und die rot-grüne Koalition zu torpedieren. Wenn Sie damit erfolgreich sein wollen, Herr Dr. Elster, dann bringen Sie doch Ihre CDU mal auf Kurs in Sachen Godorfer Hafen.

(Beifall bei der SPD)

Stellen Sie einen Antrag zur Einstellung der Arbeiten zur Erweiterung des Godorfer Hafens. Schauen wir dann mal, ob wir dafür eine breite Mehrheit hier im Rat hinbekommen.

Wir werden Ihren Antrag dennoch unterstützen, einfach deshalb, weil wir den Vorschlag „Standort KMB im Historischen Archiv“ auch bei den letzten Abstimmungen unterstützt haben. Wir werden da bei unserer Linie bleiben.

Ich möchte auch noch einmal einen kurzen Blick zurück werfen; Frau Bürgermeister und Frau von Bülow haben das ja auch gemacht. Anfangs gab es die Zerschlagungspläne für die KMB. Dann gab es die Initiative „Rettet die KMB!“, die Gott sei Dank Gehör gefunden hat; die Zerschlagung konnte abgewendet werden. Stattdessen tauchte auf einmal die gute Idee auf, die KMB zu integrieren - aufgrund der damaligen Diskussion hat man den Wert der KMB offensichtlich erst richtig erkannt - in das Historische Archiv. Damit hat man natürlich Begehrlichkeiten in der Kunst- und Kulturszene geweckt. Wir stehen dazu, und wir möchten auch weiterhin diese Lösung für unsere Stadt erreichen. Letztes Jahr hat Rot-Grün die Lösung „Integration der KMB ins Historische Archiv“ leider, leider abgelehnt. Ich bedaure ein bisschen dieses ganze Hü und Hott.

Wir werden weiterhin zur KMB stehen und hoffen, dass die KMB doch noch eines Tages ins Historische Archiv mit einzieht. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Zimmermann. - Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Deswegen können wir jetzt zur Abstimmung kommen.

Wir stimmen zunächst über den Ersetzungsantrag von SPD, Grünen und Linken ab. Wer für diesen Ersetzungsantrag der genannten Fraktionen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linke und die Piraten. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD ist dieser Ersetzungsantrag angenommen. Wir brauchen daher über den Ursprungsantrag von CDU und FDP nicht mehr abzustimmen.

Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.:

Die Kunst- und Museumsbibliothek (KMB) ist eine deutschland- und europaweit bedeutsame wissenschaftliche Institution, deren Bestand

auch zukünftig gesichert werden soll. Der Rat hat der Bedeutung der KMB Rechnung getragen und die Verwaltung beauftragt, durch Kooperationen die Zukunft der KMB zu sichern.

1. *Die Kooperation mit der Universität vorantreiben*
   Der Rat begrüßt das Zustandekommen einer Kooperation zwischen der KMB und der Universität zu Köln und fordert die Verwaltung ausdrücklich auf, diesen Kooperationsweg weiter zu gehen, insbesondere die Bereitschaft der Universität, auf der Grundlage eines mit der Stadt abzuschließenden Kooperationsvertrags, diese Zusammenarbeit festzuschreiben und eine konzeptionelle Brücke zwischen den Instituten zu schaffen. Der Rat geht davon aus, dass mit der noch in diesem Jahr zu beschließenden Vereinbarung, eine wichtige Grundlage auf dem Weg zu einer Zentralbibliothek für Kunst und Kunstgeschichte geschaffen wird. Eine spätere räumliche Vereinigung der Bestände ist aus fachlicher Sicht anzustreben.

2. *Tragfähige Lösung für Raumbedarf der KMB entwickeln*
   Der Rat ist sich über den dringenden Raumbedarf der Kunst- und Museumsbibliothek bewusst. Daher wird die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit der Universität zu Köln ein Konzept zu erarbeiten, dass die KMB an einem geeigneten Standort zusammenzuführt. Das Konzept soll Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der KMB beinhalten und darlegen, welche Möglichkeiten der Zusammenführung der KMB-Teilstandorte an einem zentralen Standort denkbar sind. Das Konzept zur dauerhaften Zusammenführung der Bestände der KMB einschließlich belastbarer Kostenschätzung und Finanzierung, ist dem Rat bis zum III. Quartal 2015 vorzulegen.

   Vorrangig soll die Verwaltung Vorschläge zur Optimierung der Magazinflächen, des Logistikkonzepts und notwendiger Sanierungserfordernisse am Standort Kattenbug sowie kurzfristig erreichbare Verbesserungen an den weiteren Standorten darstellen. Dem Unterausschuss Kulturbauten ist regelmäßig zu berichten.

3. *Am beschlossenen Neubau des Historischen Archivs festhalten*
   Mit dem Neubau des historischen Archivs schafft die Stadt Köln die zentrale Voraussetzung dafür, dass das Archiv nach dem Einsturz eine neue Heimat findet. Damit wird das Gedächtnis der Stadt, ihr historisches Gesicht wieder hergestellt; und das Historische Archiv kann mit seinen unschätzbaren Werten wieder seine Strahlkraft entfalten. Dies Vorhaben duldet keinen weiteren Aufschub.

   Es ist daher zwingend, dass der vom Rat beschlossene Neubau in der geplanten Zeit im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten realisiert wird. Die Verwaltung wird daher aufgefordert die Baumaßnahmen auf Basis der optimierten Investitions- und Raumplanung zu forcieren.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – mit den Stimmen der SPD-Fraktion der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Piraten bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Mehr Elektromobilität in Köln durch Umsetzung des Elektromobilitätsgesetzes"
AN/1493/2014

Es spricht Herr Michel für die Fraktion der CDU. Bitte schön.

Dirk Michel (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Verwaltung! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Nutzung von Elektromobilität ist ein Baustein für einen zukunftsfähigen und umweltfreundlichen Verkehr in einer Großstadt. Die CDU-Fraktion unterstützt die Bevorrechtigung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung und beauftragt die Verwaltung insbesondere mit der Umsetzung der Sondernutzungen von Parkraum und der Förderung von Ladestationen.

Die Freigabe von Busspuren sehen wir kritisch, weil dies den ÖPNV stört und die Sicherheit der auf Busspuren fahrenden Radfahrer gefährdet.

(Beifall bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Auch der Deutsche Städtebund und der Bundesrat lehnen eine solche Bevorzugung ab.

Um den Absatz von Elektrofahrzeugen zu beschleunigen, hätten finanzielle Anreize gesetzt werden müssen, zum Beispiel Kaufanreize für die Anschaffung oder auch Sonderabschreibungen für gewerbliche Nutzer.

Leider hat die Bundesregierung dem Carsharing keine Privilegien eingeräumt - im Gegensatz zu manchen Hybridfahrzeugen, die der Umwelt schaden und trotzdem gefördert werden. Dabei ist das Carsharing geradezu prädestiniert für Elektromobilität. Durch seine hohe Nutzerfrequenz ist es nicht nur besonders umweltfreundlich, sondern bietet einen leichten Einstieg in die E-Mobilität.

Wichtig ist, dass die Elektrifizierung der Stadtbusse verstärkt gefördert wird. Dadurch, dass die Busse 16 Stunden pro Tag fahren, wäre das eine sehr effiziente Förderung. Köln ist hier Vorreiter. Schon bald wird es die erste E-Bus-Linie geben, nämlich die Linie 133 vom Breslauer Platz nach Zollstock.

Der Ausbau der Elektromobilität ist eine Chance für die Städte, aber er verhindert keine Staus oder Parkprobleme. Neben dem Ausbau des ÖPNV, des Fahrradnetzes, des Parkens der Zukunft und der Optimierung der Verkehrsströme ist die Weiterentwicklung der Elektromobilität eine weitere wichtige Maßnahme. Nur die intelligente Verknüpfung dieser Verkehrsträger - Intermobilität genannt - führt zu einer erfolgreichen Verkehrspolitik. Wir setzen uns dafür ein. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Michel. - Wir kommen zu Frau dos Santos Herrmann.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin heute Morgen aus dem Haus gegangen. Nach nur wenigen Schritten kam auch schon mein Fahrer, und ich bin in mein E-Mobil eingestiegen. Nach einer Viertelstunde war ich am Neumarkt und habe die nächste U-Bahn genommen und bin zur Arbeit gefahren. - So wie viele andere Menschen in Köln auch nutze ich die E-Mobilität: Das tun die Kölner übrigens schon seit rund 100 Jahren, nämlich seitdem es die elektrifizierte Stadtbahn und Straßenbahn gibt.

Dennoch - ich will das nicht ins Lächerliche ziehen - haben Sie recht, Herr Michel. E-Mobilität kann auch auf anderen Verkehrsträgern zukunftsweisend sein. Allerdings müssen wir zur Kenntnis nehmen: Trotz aller Bemühungen sind im Moment gerade einmal 0,2 Prozent des deutschen Gesamtfahrzeugbestands E-Mobile. Das bedeutet laut Kraftfahrt-Bundesamt: Es gibt gerade einmal 124 000 zugelassene Hybrid- und Elektrofahrzeuge; das ist immer noch ein äußerst geringer Anteil. Schauen wir auf Köln: Hier sind von rund 500 000 zugelassenen Fahrzeugen gerade einmal 750 Elektro- und 1 500 Hybridfahrzeuge. Der Anteil ist zugegebenermaßen etwas höher als im Bundesschnitt; dennoch ist das ein äußerst kleines Verkehrssegment.

Wir sperren uns nicht gegen die weitere Förderung der E-Mobilität. Wir glauben aber, dass Köln bereits auf einem guten Weg ist. Ich nenne als ein Beispiel das Engagement der RheinEnergie mit dem Projekt „colognE-mobil“ und zurzeit rund 80 Ladepunkten; weitere 90 sind in Planung.

Wir haben das Konzept „Köln mobil 2025“, das der Oberbürgermeister vorgelegt hat. Es setzt klare Schwerpunkte, auch zur E-Mobilität. Im Programm „Köln mobil 2025“ heißt es:

> Den Leitzielen zuträgliche Innovationen im Verkehrssektor wie z. B. Carsharing, Bikesharing,

- diese Themen haben Sie ja auch genannt -

> Elektromobilität oder aktive Sicherheitssysteme in Pkw werden unterstützt und gefördert.

Herr Höing hat in diesem Zusammenhang auch schon angekündigt, dass wir in rund zwei Jahren ein sehr umfassendes Stadtentwicklungskonzept „Mobilität und Verkehr“ erarbeiten werden. Insofern sehen wir Köln auf einem guten Weg.

(Birgit Gordes [CDU]: Wer ist denn „wir“?)

Zur Frage der Sanierung, die Sie angesprochen haben: Wir können uns ja entscheiden: Entweder wir lassen das und überlassen die Infrastruktur sich selbst, das mag ein Weg sein. Wenn das Ihr Weg ist, können Sie den gerne gehen. Wir wol-

len einen anderen Weg gehen, nämlich den Weg einer möglichst schnellen Sanierung und Instandsetzung der Infrastruktur. Dass das nicht ohne Probleme geht, ist uns allen klar. Aber diesen Weg müssen wir jetzt gehen, damit es in Zukunft nicht noch schlimmer wird.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch von der CDU)

Insofern machen wir das, was Herr Streitberger zum Beispiel in den vergangenen Jahren versäumt hat, nämlich rechtzeitig - -

(Niklas Kienitz [CDU]: Er hat die Mittel gestrichen!)

- Im Gegenteil: Herr Streitberger hat die Mittel für Sanierung und Instandsetzung von Brücken zur Einsparung im Haushalt immer wieder angeboten. Also, das lasse ich mir nicht sagen, Herr Kienitz. Es ist genau umgekehrt.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen: Ja, wir fördern E-Mobilität, wo sie sinnvoll ist. Das machen wir gerne mit. Aber dieser Antrag ist dafür leider nicht notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau dos Santos Herrmann, vielen Dank. - Herr Hammer von der Fraktion der Grünen.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier in Köln sagt man ja, Dinge seien ab dem zweiten Mal Tradition und ab dem dritten Mal Brauchtum. Insofern könnte man diesen Antrag schon jetzt quasi als Brauchtumspflege bezeichnen; denn es ist bereits der vierte Antrag, mit dem Sie, liebe Christdemokraten, versuchen, über eine viel zu kurz gedachte Maßnahme sich als die vermeintlich einzig wahre Umweltpartei darzustellen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bereits 2010 sind Sie mit der Initiative, Elektroautos von Parkgebühren zu befreien, gescheitert. Ich könnte jetzt einfach die Reden von Bettina Tull oder Sabine Müller aus den letzten Jahren zu Protokoll geben; denn viel geändert hat sich an Ihrem Antrag nicht. Dem, was Sie, Herr Michel, gerade gesagt haben, kann man durchaus zustimmen; in Ihrem Antrag stand dazu aber nichts.

Ein paar Sätze möchte ich diesem Antrag dennoch widmen, denn eine Neuigkeit war ja drin: Sie haben das Elektromobilitätsgesetz angeführt, mehr allerdings auch nicht. Deswegen will ich erläutern, warum wir Ihrem Antrag auch heute wieder nicht zustimmen können.

Erstens. Ein Auto bleibt ein Auto und bleibt ein Auto; denn auch ein Elektroauto ist dem MIV zuzurechnen, mit allen Nachteilen, die das mit sich bringt. Wenn wir es jedoch ernst meinen mit dem Klimaschutz hier in Köln - und dafür gibt es 1 000 gute Gründe -, geht dies nur mit einer Verkehrswende. Das Hauptziel im schon angesprochenen Strategiepapier „Köln mobil 2025“ ist, den Anteil des Umweltverbundes - ÖPNV, Fahrradfahren und zu Fuß gehen - auf zwei Drittel des Gesamtverkehrs zu steigern. Dies wird uns aber nicht gelingen, wenn wir bei einem Auto einfach nur das eine Antriebsmittel durch ein anderes ersetzen. Es hilft nicht weiter, hier auf alten Strukturen zu beharren, wo jede und jeder sein eigenes Auto besitzt.

(Beifall von Michael Weisenstein [Die Linke.])

Der Trend geht doch längst hin zu „Benutzen statt Besitzen“, also der flexiblen Nutzung von kleinen oder hin und wieder auch mal größeren Autos, von Taxis, Fahrrädern, Bussen und Bahnen in der Stadt und in der Region.

(Zuruf von der CDU)

- Das haben Sie alles gesagt; es stand aber nicht in Ihrem Antrag. Darin haben Sie sich wieder rein auf die Parkplätze und die Busspuren beschränkt.

Zweitens. Busspuren sind eine durchaus wunderbare Form der ÖPNV-Bevorrechtigung. Ich freue mich schon auf die Zustimmung Ihrer Fraktion, wenn es hier demnächst um die Neuanlage von Busspuren geht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auf diesen Busspuren wird sicherlich auch Herr Kollege Houben mit seinem neuen Tesla 85 S

fahren, mit dem er heute schon im *Express* zu sehen war.

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Drei Tonnen schwer!)

Aber auch für einen solchen Tesla gilt: Auf den Strom kommt es an.

(Unruhe)

Herr Houben, ich weiß nicht, welchen Stromanbieter Sie haben. Wenn Sie den Standardmix der RheinEnergie beziehen, haben Sie sich für 18 Prozent Kernenergie, 62,6 Prozent fossile Energie und nur 19 Prozent erneuerbare Energie entschieden. Ich weiß nicht, welchen Tarif der Kollege Houben gewählt hat,

(Unruhe)

auf jeden Fall ist es so: Wenn man den Standardmix hat, kommt man auch bei einem Tesla, wie Sie ihn fahren, immer noch auf einen Gesamtausstoß von ungefähr 70 Gramm CO_2 pro Kilometer. Das ist zwar besser als bei herkömmlichen Fahrzeugen; ganz klimaneutral ist das aber auch nicht.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Erst dann, wenn wir es wirklich schaffen, unseren Strom zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen zu gewinnen, kann man bei Elektroautos wirklich von umweltfreundlicher Mobilität sprechen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Angesichts der letzten Äußerungen unseres Bundesenergieministers habe ich Zweifel, ob wir das Ziel „100 Prozent Erneuerbare“ schnell erreichen werden. Bis dahin entstehen beim Nutzen von E-Autos weiterhin klimaschädliche Abgase, nur eben nicht in der Kölner Innenstadt, sondern dann in Neurath, Frimmersdorf, Niederaußem und Weisweiler. Es ist dem Klima jedoch herzlich egal, wo das CO_2 in die Luft geblasen wird.

Drittens. Wir fördern bereits E-Mobilität. Das Projekt „CologneE-mobil“ wurde eben schon erwähnt. Im Rahmen dieses Projekts haben wir viele Kooperationspartnerinnen und -partner wie die RheinEnergie, Ford, KVB, Bahn, Flughafen und Stadt.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Ford?)

- Ja, auch Ford. - Wir haben über 70 Ladestationen in der Stadt. Es bedarf nicht eines weiteren Antrags, um kleinteilig noch eine parallele Struktur zur Förderung von Ladestationen zu haben.

Letztes Mal hatten wir noch einen Änderungsantrag zu Ihrem Antrag eingebracht. Da sich aber in Ihrem Antrag nichts Wesentliches geändert hat, haben wir diesmal darauf verzichtet. Für uns gilt weiterhin der Inhalt unseres damaligen Änderungsantrags. Wir lehnen Ihren Antrag so ab. Er enthält, wie gesagt, nichts Neues. Ich hoffe, dass es nächstes Jahr in der Adventszeit nicht wieder heißt: Alle Jahre wieder kommt die CDU mit einem Antrag,

(Niklas Kienitz [CDU]: Es ist noch nicht Advent!)

mit dem sie versucht, der Klimakanzlerin Merkel zu helfen, damit sie ihr Ziel „1 Million Elektroautos bis 2020“ doch noch irgendwie erreichen kann. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Hammer. - Wir kommen dann zu Herrn Weisenstein von der Fraktion Die Linke.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Gesetz zur Elektromobilität ist ein Geschenk an die Automobilindustrie, sagt der BUND.

(Beifall bei der Linken)

Es werden nämlich Luxusautos damit gefördert.

(Zuruf)

- Herr Houben macht es ja vor.

(Heiterkeit)

Es sollen auch Plug-in-Hybridantriebe, die oft in Luxuskarrossen eingebaut werden und zwischen 10 und 12 Litern Sprit verbrauchen, bevorzugt behandelt werden, egal ob sie im Verbrennungs- oder im Elektromodus unterwegs sind.

In Oslo hat man die Elektroautos in der Weise bevorzugt, wie es jetzt die CDU hier in Köln machen will. Dort verstopfen sie nun die Busspuren und behindern den ÖPNV. Das berichtet nicht die

taz und auch nicht das *Neue Deutschland*, sondern die *Wirtschaftswoche* am 24.09.2014.

Auch Elektroautos - der Kollege Hammer hat es dankenswerterweise schon angesprochen - verbrauchen in der Stadt Platz. Sie stehen im Stau, und sie parken. Diesen Platz brauchen wir aber dringend: für Fußgängerinnen, für Radlerinnen

(Dr. Jürgen Strahl [CDU]: Gibt es auch Radler?)

als Platz, wo Menschen sich aufhalten können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, nehmen Sie sich doch mal ein Beispiel an der KVB. Elektrobus statt Elektroauto - das spart Ressourcen. Ab 2016 wird die Linie 133 vom Südfriedhof zum Breslauer Platz elektrisch betrieben.

(Beifall bei der Linken)

Das Elektromobilitätsgesetz und die CDU fördern das Auto, und das ist kontraproduktiv, kontraproduktiv auch für den Modal Split in unserer Stadt. Die CDU hat sich immer noch nicht von der Horrorvision der autogerechten Stadt verabschiedet.

Vor wenigen Wochen hat die Stadt in ihrem Papier „Köln mobil 2025“ das Ziel ausgerufen, in elf Jahren den Anteil des Autoverkehrs in Köln auf 33 Prozent zu senken. Herr Oberbürgermeister, ich danke Ihnen, dass Sie sich für dieses Ziel einsetzen. Sie haben erkannt, dass wir eine Wende in der Verkehrspolitik brauchen, und haben das in ihrem Vorwort in der Broschüre „Köln mobil 2025“ zum Ausdruck gebracht. Es ist ein ehrgeiziges Ziel, den motorisierten Individualverkehr bis 2025 - so steht es in dem Konzept - auf ein Drittel zu reduzieren. Immerhin müssten dann ein Fünftel der Autofahrer in den nächsten elf Jahren den Ausstieg schaffen. - Herr Houben, da gehen Sie mit schlechtem Beispiel voran.

(Lachen bei der FDP)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, mit diesem Antrag konterkarieren Sie das Ziel und die Bemühungen der Stadt,

(Niklas Kienitz [CDU]: Überhaupt nicht!)

den Modal Split bis 2025 - Drittel, Drittel, Drittel - herzustellen.

Noch einmal zu unseren Verkehrsbetrieben. Sehr geehrte Kollegen von der CDU, die KVB startet im nächsten Frühjahr ein Fahrradverleihsystem. Da können Sie Ihr Engagement bezüglich Elektromobilität mit einbringen.

(Beifall bei der Linken)

An den Endstationen in Chorweiler oder auch in Porz ein Pedelec zu nehmen, das könnte ein echter Beitrag zur Verkehrswende in Köln sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus Sicht der Linksfraktion ist das Elektroauto nicht geeignet, um die Probleme der urbanen Mobilität zu lösen. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Weisenstein. - Herr Houben, bitte – mit großer Energie!

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Man denkt ja gar nicht, welche Emotionen losgetreten werden, nur weil man eine individuelle Konsumentscheidung getroffen hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

Als Liberaler ist man ja schon gewohnt, nicht unbedingt zur Mehrheit zu gehören. Offensichtlich ist man als Fahrer eines reinen Elektroautos ein Außenseiter.

Einige Dinge, die hier gesagt worden sind, möchte ich kommentieren.

Erstens beruht dieser Antrag der CDU-Fraktion auf einer Initiative der Bundesregierung. Frau dos Santos Herrmann, wenn ich mich nicht täusche, gehört die SPD im Moment dieser Bundesregierung an.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen das ändern, meine Damen und Herren. Wir wollen das 2017 wieder ändern. Aber dass Sie hier so auftreten, finde ich wirklich schon verwunderlich.

(Birgit Gordes [CDU]: So ist sie!)

Zweitens bleibt der Antrag der CDU-Fraktion noch unter dem, was die CDU in Berlin fordert. Das wundert mich wiederum auch, liebe Kollegen von der CDU. Warum bleiben Sie denn unter den Forderungen Ihrer eigenen Bundestagsfraktion?

(Martin Börschel [SPD]: Nur, weil Sie keine haben!)

Um es direkt zu sagen: Man kauft kein Elektroauto für einen kostenlosen Parkplatz. Man kauft auch kein Elektroauto, um auf der Busspur fahren zu können.

(Jochen Ott [SPD]: Das will ich auch schwer hoffen!)

Aber, meine Damen und Herren, wir müssen uns schon einmal überlegen, welche Rechte wir den Menschen in diesem Land zubilligen. Ich nehme das Recht für mich in Anspruch, mich auch weiterhin individuell in meinem eigenen Fahrzeug zu bewegen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Niemand kann mich zwingen, tendenziell nur im ÖPNV unterwegs zu sein. Dieses Recht nehme ich für mich in Anspruch.

(Beifall bei der FDP und der CDU - Jochen Ott [SPD]: Wer tut das denn? Wer zwingt Sie denn?)

- Herr Hammer sagt doch - so war seine Argumentation -, es sei schon deshalb unmoralisch, mit einem Elektroauto zu fahren, weil es zu 18 Prozent mit Atomstrom betrieben wird.

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen - Jochen Ott [SPD]: Das ist ja der Hammer!)

Meine Damen und Herren, ich bekenne mich: Ich bin weiterhin Kunde der RheinEnergie,

(Beifall bei der FDP - Jochen Ott [SPD]: Bravo!)

obwohl es, Herr Kollege Ott, natürlich günstigere Anbieter am Markt gibt. Als Kölner Lokalpatriot denke ich aber: Ein bisschen kann ich ja die KVB über meinen Strompreis subventionieren. Das muss man ja auch einmal sagen.

(Beifall bei der FDP und der CDU - Jochen Ott [SPD]: Eine sehr fortschrittliche liberale Position! Das sehen nicht alle Liberalen so!)

- Ja, ich tue es aber; ich nehme mir die Freiheit.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Hammer, diese 18 Prozent Atomstrom enthält natürlich auch der Strommix, mit dem die Straßenbahn betrieben wird. Deswegen handelt der Straßenbahnfahrer genauso verwerflich wie ich mit dem RheinEnergie-Strom in meinem Auto.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich rate Ihnen, zu Fuß zu gehen!)

- Das wäre jeden Morgen von Riehl nach Rodenkirchen sehr ambitioniert.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Oder mit dem Fahrrad zu fahren!)

Zurück zum eigentlichen Kernpunkt. Wir beschweren uns über Feinstaubbelastung, wir beschweren uns über Lärm in der Innenstadt. Daher finde ich es geradezu idiotisch, eine bestimmte Technologie auszuschließen, die die Reduzierung dieser beiden Belastungen in der Stadt möglich macht. Natürlich verbraucht das Elektroauto auch Energie, so wie die Straßenbahn, die Eisenbahn und auch jedes Auto mit einem Verbrennungsmotor. Aber es gibt durch diese Technologie in bestimmten Situationen einen Fortschritt für alle. Und das nun von vornherein auszuschließen, halte ich, ehrlich gesagt, für unredlich.

Deswegen sollten wir schon überlegen, was wir tun können. Ich als Nutzer eines Elektroautos sage: Entscheidend ist nicht, ob ich einen kostenlosen Parkplatz bekomme. Entscheidend ist: Wo kann ich vernünftig nachladen? Also: Sorgen wir dafür, dass die Menschen in der Stadt diese Möglichkeit haben. In großen Siedlungen sollte es Ladestationen geben. Es hat eine entsprechende Diskussion auch im Stadtbezirk Nippes gegeben, die ergab, dass sich die RheinEnergie offensichtlich von der Stadt Köln nicht unbedingt gut behandelt fühlt, was die Möglichkeiten einer Schaffung von Ladestationen angeht, weil es mal wieder um den Platz geht, um das Grundstück, um den Boden; ein Dauerthema bei uns. Da sollten wir ansetzen statt kleinkariert herumzurechten, was besser ist: ein Stromvertrag mit der RheinEnergie mit 18 Prozent Atomstrom oder ein eigenes Panel auf dem Dach. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Eine kurze Bemerkung!)

Herr Hammer, noch eine kurze Bemerkung.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Houben, da Sie mich gerade direkt angesprochen haben: Ich habe noch eine Nachfrage. Ich habe in meinem Manuskript nicht die Stelle finden können, wo es heißt, dass wir Elektroautos verbieten wollen. Ich weiß nicht, wo Sie das herausgehört haben. Wenn Sie sich persönlich angegriffen gefühlt haben, dass Sie nicht ganz emissionsfrei unterwegs sind, dann war das nicht meine Absicht. Aber ich denke, wer sich mit seinem neuen Tesla vom *Express* ablichten lässt, kann mit solchen Reaktionen durchaus rechnen.

Zur Frage des Stroms für den Betrieb der Straßenbahn. Ich denke, es ist sinnvoller, das Geld, was wir jetzt für eventuell gesponserte Parkplätze für Elektroautos ausgeben würden, darin zu investieren, damit demnächst die Straßenbahnen mit 100 Prozent Ökostrom fahren, so wie es die Deutsche Bahn teilweise schon hinbekommt bei allen Bahncard-Inhaberinnen und -Inhabern, wo auf Fernstrecken schon zu 100 Prozent Ökostrom zum Einsatz kommt. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Houben.

Reinhard Houben (FDP): Herr Hammer, das Einzige, was mich stört an Ihrem Beitrag, ist eine unterschwellige Neiddebatte, und die kann ich in unserem Land sowieso nicht leiden. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Damit ist die Rederunde beendet. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer für den Antrag der CDU ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU, das ist die Fraktion der FDP, das ist - - nicht die Mehrheit.

(Heiterkeit)

Wer enthält sich? - Bei Enthaltungen der AfD und von pro Köln ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten zur Umsetzung des vom Bundeskabinett beschlossenen Gesetzes zur Bevorrechtigung der Verwendung elektrisch betriebener Fahrzeuge (Elektromobilitätsgesetz – EmoG) in Köln zu prüfen und dem Rat einen entsprechenden Beschlussvorschlag vorzulegen. Darin sollen insbesondere Vorschläge für die Privilegierung von Parkraum, die Befreiung von Parkgebühren und die Förderung von Ladestationen auf öffentlichem und privatem Grund aufgenommen werden. Die Nutzung von für besondere Zwecke bestimmten öffentlichen Straßen (z. B. Busspuren) soll nur vorgesehen werden, wenn ausgeschlossen ist, dass hierdurch die Sicherheit und Leichtigkeit des öffentlichen Personennahverkehrs beeinträchtigt werden. Zudem ist zu prüfen, ob die Bevorrechtigungen auf rein batteriebetriebene Elektrofahrzeuge und solche, die über eine mit Wasserstoff betriebene Brennstoffzelle verfügen, begrenzt werden können, um Emissionen vor Ort (z. B. in der Umweltzone) auszuschließen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln - abgelehnt.

Anmerkung:
Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes übernimmt im Anschluss die Sitzungsleitung.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.7 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Köln als Drehkreuz des Fernbusverkehrs stärken"
AN/1328/2014

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1564/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1578/2014

Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Werter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssen in Köln derzeit zwei Entwicklungen konstatieren: Erstens, es gibt zu viele Busse; das ist eigentlich ein Luxusproblem. Gerade im Bereich Dom/ Hauptbahnhof sind das Linienbusse, Touristenbusse und Fernbusse.

Mit den Fernbussen haben sich der Rat der Stadt Köln und seine Ausschüsse sehr intensiv im Jahre 2009 beschäftigt. Damals wurde die Entscheidung getroffen, diesen Standort zu verlegen. Die damalige Debatte war geprägt vom Bild eines Fernbusses, der einmal am Tag aus Budapest oder Warschau kommt, aus dem nur ein paar Männeken aussteigen, die Köln zum Ziel haben. Damals hat die Verwaltung in ihrer Vorlage gesagt: Dafür müssen wir nicht einen so zentralen Ort wie den Breslauer Platz vorhalten. Daraufhin ist der Beschluss gefasst worden, einen neuen Standort zu suchen.

Die Verwaltung hatte erst Gremberghoven vorgeschlagen. Dann hat man sich für den Flughafen entschieden. Der Flughafen wollte das zunächst nicht. Ich bin froh - das ist auch Teil unseres Antrags -, dass der Flughafen sich dann umentschieden hat; denn auch der Flughafen hat mittlerweile erkannt, dass es durch die Liberalisierung des Fernbuslinienverkehrs massive Änderungen gegeben hat und das Bild von 2014 nicht mehr mit dem von 2009 zu vergleichen ist.

(Beifall bei der FDP)

Wir reden heute über ein attraktives, modernes, innovatives Verkehrsmittel, insbesondere für junge und jung gebliebene Leute. Ich würde mich freuen, wenn die Deutsche Bahn zum Beispiel die WLAN-Abdeckung hätte, wie sie die Fernbusse anbieten.

Der Fernbusverkehr ist ein Wachstumsmarkt. Ja, ich weiß - es wird jetzt wahrscheinlich gleich der eine oder andere Schlaumeier in seinen Reden dagegenhalten -, dass es in den letzten Tagen auch schlechte Schlagzeilen dazu gegeben hat.

(Jochen Ott [SPD]: Ruinöser Wettbewerb!)

- Ja, das ist Wettbewerb. Meine Damen und Herren, ich bin froh, dass es einen Bereich in Deutschland gibt, wo die Marktwirtschaft noch funktioniert

(Beifall bei der FDP - Jochen Ott [SPD]: Der funktioniert eben nicht!)

und einzelne Anbieter vom Markt wieder verschwinden. Aber das werden die anderen auffangen; das werden Sie sehen.

Die Fernbusse haben bis jetzt 8 Millionen Kunden. Was den Standort Köln angeht, so haben wir 80 Linien, die Köln anfahren. Es gibt 12 Abfahrten pro Stunde. Drei der 20 meistfrequentierten Linien in Deutschland berühren Köln. Also: Das ist ein Wachstumsmarkt. Wir als Rat der Stadt Köln können doch heute nicht mehr mit dem Bild eines Fernbusses, der einmal am Tag aus Warschau nach Köln kommt, dieselbe Entscheidung treffen, wie wir sie noch 2009 gefällt haben. - Das ist die erste Entwicklung.

Die zweite Entwicklung betrifft den Breslauer Platz. Erste Überlegungen der Stadtverwaltung, den Breslauer Platz zu bebauen - da gibt es tolle Bilder -, gab es schon 1971; immerhin 43 Jahre her. 1994 wurden dazu Wettbewerbe durchgeführt; das ist jetzt 20 Jahre her. Der letzte Wettbewerb fand 2009 statt, das ist fünf Jahre her. Und was ist passiert? Still ruht der See. Herr Höing, Sie können ja gleich sagen: Ein bisschen tut sich da schon. Aber ich war im Grunde enttäuscht, zu erfahren, dass die Leitungen der Deutschen Bahn, die dort verlegt werden müssten, in den letzten fünf Jahren immer noch nicht verlegt worden sind. Nein, jetzt soll es erst einmal eine Machbarkeitsstudie dazu geben. Da hätte ich mir mehr Einsatz vonseiten der Verwaltung für diesen attraktiven Innenstadtstandort gewünscht. Es muss dort eine Weiterentwicklung geben.

Es gibt ja das Planungskonzept von 2009. Im Rahmen des Wettbewerbs wurde damals vom Büro Brüder + Menzel ein Entwurf vorgelegt, der hier einen Busbahnhof vorsieht. Leider sind die weiteren Planungen 2011 eingestellt worden. Es wird jetzt nur noch das Modell ohne den Bus-

bahnhof weiterverfolgt. Meine Damen und Herren, ich würde es sträflich finden, wenn wir in einer Zeit, da sich dieser Markt derart rasant entwickelt, an einer Entscheidung festhielten, die wir vor der Liberalisierung getroffen haben, ohne sie jetzt noch einmal zu überprüfen.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen schlagen wir ein dreistufiges Verfahren vor:

Das Erste ist: Ja zum Flughafen-Busbahnhof. Ich bin sehr dankbar, dass sich der Flughafen jetzt hat durchringen können, den richtigen Standort, nämlich am Terminal 2, dafür vorzusehen. Ich habe schon die erste Präsentation bekommen. Das wird jetzt schon vermarktet bei der Entscheidung, ob sich die Lufthansa mit ihrem Billig-Langflugcarrier hier ansiedelt. Dieser Busbahnhof ist jetzt schon ein Argument für den Standort Köln. Die Kunden gibt es. Es gibt zum Beispiel Kunden, die von Osnabrück mit dem Bus zum Flughafen fahren und von dort aus mit Germanwings nach Mallorca oder sonst wohin fliegen. Es gibt aber eben auch andere Kunden, nämlich zum Beispiel diejenigen, die in Köln studieren. Für sie ist der Zielpunkt Köln. Sie wollen eben nicht am Flughafen, sondern an einem innerstädtischen Standort aussteigen.

Wir treffen heute keine Standortfestlegung. Deswegen bin ich auch dankbar für den Änderungsantrag von den Linken, der das Ganze noch ein bisschen weiter öffnet. Mit unserem Antrag heute bitten wir die Verwaltung, eine Marktanalyse in Auftrag zu geben. Bevor der Breslauer Platz weiterhin ohne Busbahnhof geplant wird, brauchen wir eine Grundlage, um überprüfen zu können, ob unsere Entscheidung von 2009 richtig war oder nicht. - Das ist die zweite Stufe.

Erst dann, wenn diese Marktanalyse vorliegt, sollten wir entscheiden, wie wir den Platz am Breslauer Platz nutzen: für ein Busterminal oder - auch diese Überlegung finde ich durchaus sinnvoll - zum Beispiel für die Touristenbusse. Auch das ist ein Problem, wenn auch ein Luxusproblem, wie ich anfangs gesagt habe. Die Situation auf der Komödienstraße ist sicherlich auch kein Zustand. - Das wäre dann die dritte Stufe, nämlich zu entscheiden: Was machen wir mit dem Breslauer Platz? Für diese Entscheidung brauchen der Rat der Stadt Köln und der Verkehrsausschuss fundiertes Zahlenmaterial. Deshalb wollen wir diese Marktanalyse. Um mehr geht es hier heute nicht.

Ich bitte um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag, nicht aber zum Änderungsantrag der SPD. Frau dos Santos Herrmann, ich muss leider sagen: Das greift zu kurz. Ich meine: Wir brauchen neue Daten, um entscheiden zu können, wie wir mit dem Breslauer Platz oder anderen Standorten in der Innenstadt umgehen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Sterck. - Frau dos Santos, bitte.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Sterck, ich weiß nicht, was Sie 2009 bei der Entscheidung über die Frage der Verlagerung Fernlinienbusbahnhofs oder 2010 bei den ersten Vorschlägen zum neuen Standort des Fernbusbahnhofs gedacht haben oder nicht. Die SPD-Fraktion hat damals schon darüber diskutiert, dass schon in - aus damaliger Sicht - absehbarer Zeit eine Liberalisierung des Fernbusgeschäfts kommen wird. Insofern haben wir die Entscheidung für den Fernbusbahnhof am Flughafen auch immer damit begründet, dass dieser Standort aus unserer Sicht Zukunft hat.

Dieser Standort hat Zukunft, weil es dort zum einen die richtige Infrastruktur gibt für die Personen, die einen Fernbus nutzen. Sie können dort aus- oder umsteigen, etwa in die S-Bahn. Sie können - die Frage des Zuführens von Kundinnen und Kunden haben Sie ja auch genannt - den Flughafen nutzen, um von dort aus weitere Ziele anzusteuern usw., usf. Wir haben also dort eine gute Infrastruktur.

Wir haben zum anderen aber noch etwas viel Wertvolleres für all diejenigen, die die Fernbusse nutzen: Sie kommen relativ schnell an ihr Ziel, weil sie von dort aus relativ schnell in die Innenstadt und andere Ziele in Köln weiterreisen können. All diejenigen aber, die im Bus sitzen bleiben und schnell an ihr eigentliches Ziel wollen, müssen sich nicht durch die Innenstadt quälen.

(Beifall bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Ehrlich gesagt, das ist eine Win-win-Situation für alle, die in dem Fernbus sitzen, sowohl für diejenigen, die Köln ansteuern, weil sie hier umsteigen oder von hier aus weiterfliegen wollen, als auch für diejenigen, für die Köln nur eine Zwischenstation auf ihrer Fernbusreise ist. Das ist für alle ein Vorteil.

Das ist auch ein Vorteil für die Entwicklung am Breslauer Platz. Wir sind nicht der Auffassung, dass ein so einzigartiges Grundstück, das im Moment völlig fehlentwickelt ist, einfach so bleiben sollte. Mit einem Busbahnhof am Breslauer Platz würden wir die Entwicklung an dieser Stelle verschenken.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern, Herr Sterck, gebe ich Ihnen recht: Wir machen Ihren zweiten Schritt gerne mit; das ist auch Teil unseres Antrags. Auch wir wollen ein Konzept für die Touristenbusse, aber bitte nicht am Breslauer Platz. Lassen Sie uns endlich diesen Platz so entwickeln, wie er es verdient. Das wird leider noch ein paar Jahre dauern, aber diese Perspektive müssen wir im Blick haben.

Wir brauchen in der nächsten Zeit auch eine Verbesserung und Taktverdichtung, so weit es eben geht, falls der Bedarf tatsächlich so steigen sollte, wie Sie gerade vermutet haben. Wir sehen im Moment eine Marktbereinigung. Ob das tatsächlich einhergeht mit einer Monopolisierung des Fernbusmarktes inklusive eines weiteren Anstiegs der Anzahl der Fahrten oder ob die Anzahl der Fahrten eher wieder abnehmen, können wir im Moment nicht sagen. Aber für eine Verwaltung und für mich als Politikerin wie für alle Kolleginnen und Kollegen hier im Rat ist es selbstverständlich, dass man auf weitere Bedürfnisse dann auch reagieren muss. Das will ich gar nicht ausschließen. Aber jetzt städtisches Geld auszugeben in einer Phase, sodass wir mit Sicherheit sagen können „An diesem Standort ist noch viel Entwicklungspotenzial für den Fernbusverkehr“, das halten wir für hinausgeworfenes Geld. Insofern: Ja, man muss den Markt beobachten, aber das ist eine Selbstverständlichkeit.

(Zuruf von Michael Weisenstein [Die Linke.])

- Herr Weisenstein, Ihr Antrag benennt einige mögliche Haltepunkte. Wir dagegen betrachten das aus verkehrlicher Sicht und unter dem Aspekt: Was machen wir eigentlich mit denjenigen, die in den Bussen sitzen bleiben und ihre weiteren Ziele möglichst zügig erreichen wollen? Wollen wir, dass sie wirklich quer durch die Stadt fahren müssen, etwa zum Breslauer Platz, wie ein Vorschlag Ihres Antrags lautet? Sie nennen als Beispiel auch den Bahnhof Ehrenfeld. Ich frage Sie: Wo sollen die Busse dort halten? Ein anderes Beispiel, das Sie nennen, ist der Bahnhof Mülheim. Das ist vielleicht noch denkbar; aber ich sehe es im Moment nicht. Vor allen Dingen sehe ich im Moment nicht den Bedarf.

Lassen Sie uns abwarten, wie sich das entwickelt. Lassen Sie uns das Potenzial am Flughafen nutzen. Da ist ausreichend Platz, jetzt möglichst zügig den Fernbusbahnhof einzurichten. Lassen Sie uns beobachten, ob die Anforderungen an ÖPNV-Anbindungen bzw. Schienenpersonenverbindungen, also S-Bahn Richtung Innenstadt und andere Ziele, ausreichend sind. Und lassen Sie uns dann entscheiden, ob wir wirklich noch einen zusätzlichen Haltepunkt brauchen. Im Moment glauben wir, dass wir sehr gut aufgestellt sind und es jetzt möglichst zügig zu diesem Standort am Flughafen kommen sollte.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Frau dos Santos Herrmann. - Herr Michel, bitte.

Dirk Michel (CDU): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Verwaltung! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Fraktion lehnt den FDP-Antrag ab, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens. Wir wollen aus Verkehrsgründen die Busse aus der Innenstadt verlagern.

Zweitens. Wir wollen aus städtebaulichen Gründen die geplante Aufwertung des Breslauer Platzes durchführen.

Drittens. So gut wie alle Busunternehmer möchten keinen zweiten Standort anfahren.

Viertens. Wir wollen für den Standort Flughafen keine Konkurrenz schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Zum Ersetzungsantrag von Rot-Grün möchte ich wie folgt Stellung beziehen:

Dem Punkt 1 können wir uns anschließen. Wir gratulieren der Verwaltung zu ihrem guten Job bei der Standortwahl.

Dem Punkt 2 können wir uns ebenfalls anschließen - vor allem, weil einige Unternehmen Nachtbuslinien einrichten. Wir brauchen in der Tat nachts und am Wochenende eine engere Taktung. Dafür müssen Gespräche mit dem Zweckverband Nahverband Rheinland aufgenommen werden, der diese Leistung bestellen kann, sofern noch Regionalisierungsmittel abrufbar sind.

Die CDU-Fraktion wollte den Antrag von Rot-Grün eigentlich zusammen mit Rot-Grün stellen. Die SPD hat sich leider dagegen entschieden. Vielleicht liegt es daran, dass die CDU die im Punkt 3 vorgesehene Prüfung der Verlagerung der Touristenbusse zur Optimierung der Bussituation in der Umgebung des Kölner Doms schon im Oktober letzten Jahres gefordert hat -

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

übrigens im Zusammenhang mit der Situation bezüglich der Tiefgarage an der Trankgasse, was ganz interessant ist.

(Beifall bei der CDU)

Leider hat Rot-Grün keine Notwendigkeit gesehen, diesem Antrag damals zuzustimmen. Die Folgen sind uns in den letzten Wochen vor Augen geführt worden.

(Beifall bei der CDU)

Ich bedanke mich bei meinen Fraktionskollegen und meinem Vorgänger für diesen vorausschauenden Antrag, den sie damals gestellt haben.

Vorausschauende Verkehrspolitik ist in dieser Verkehrskrise sehr wichtig. Wir tragen Verantwortung, anstatt zu taktieren. Wir stimmen dem Ersetzungsantrag von Rot-Grün trotzdem zu.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Michel. - Herr Wolter, bitte.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die FDP möchte einen zweiten innerstädtischen Haltepunkt für den Fernbusverkehr einrichten und nennt dabei explizit den Breslauer Platz. Genau das wollen wir nicht. Wir wollen die belastenden Busverkehre aus der Innenstadt heraushalten. Das wird aber durch einen Haltepunkt am Breslauer Platz konterkariert.

Der Antrag der Linken macht es auch nicht besser; denn seit Jahren haben wir mögliche Standorte für einen Busbahnhof hier in den Gremien durchgekaut und sind froh, dass wir mit dem Flughafenterminal einen Standort gefunden haben, der erstens eine gute Verkehrsinfrastruktur hat, der zweitens über ein Versorgungs- und vor allen Dingen auch Sanitärangebot verfügt und keinen im Regen stehen lässt und der drittens den Bus nicht zu einer weiteren Belastung der innerstädtischen Straßen werden lässt.

Als Alternative hatten wir zuletzt noch die Frankfurter Straße in Gremberghoven. Das war der letzte mögliche Standort, der noch im Gespräch geblieben war. Im Vergleich mit dem Flughafen hat der Flughafen aber wirklich deutliche Vorteile. An der Frankfurter Straße hätten wir Infrastruktur schaffen müssen, und die verkehrlichen Probleme wären an der Frankfurter Straße genauso groß gewesen wie an vielen anderen Stellen, die wir geprüft haben und für negativ befunden haben.

Insofern sind wir froh, dass die Flughafengesellschaft auch Geschmack an dem von uns favorisierten Standort gefunden hat.

Eines möchte ich anmerken: Wir haben Schwierigkeiten damit, wenn Kommunen en passant mit der Einrichtung von Fernbusterminals noch Aufgaben zugeschustert bekommen, die Geld kosten und im Übrigen wie am Breslauer Platz zentrale Plätze belegen.

In den letzten Monaten sind die Vertreter der Fernbusunternehmen durch die Fraktionen getingelt und haben für ein Terminal am Hauptbahnhof geworben. Der Bus ist unbestritten ein umweltfreundliches Transportmittel. Dennoch werden wir nicht dem Drängen der Unternehmer nach weiteren Standorten nachgeben. Gegenüber den Bürgern lässt es sich auch nicht darstellen, wenn für private Transportunternehmen die Kosten sozialisiert und die Gewinne dann aber privatisiert werden.

Im Übrigen - das wurde eben schon gesagt - schreiten die Konzentrationsprozesse auch hier voran. Am Ende des Tages werden die Preise nicht mehr so günstig sein, wie sie derzeit sind. Was da gerade stattfindet, sind einfach Marktverdrängungsmechanismen.

Nächster Punkt: Im Sinne eines besseren Erscheinungsbildes von Köln, dem wir uns ja nur sehr mühsam nähern, halte ich ein Busterminal am Breslauer Platz für eine städtebauliche Sünde. Auch deshalb werden wir den Antrag der FDP ablehnen.

Mit einem Standort am Flughafen werden wir ein Fernbusterminal haben, das alle Anforderungen erfüllt, dessen Kapazität absehbar ausreichend ist und das für jeden Kölner und jede Kölnerin mit einem Ticket der Preisstufe 1 b zu erreichen ist.

Natürlich werden wir die Entwicklung verfolgen; Frau dos Santos Herrmann hat es eben schon gesagt. Wir werden nach Alternativen Ausschau halten, sollten die Kapazitäten am Flughafen erschöpft sein.

Zunächst braucht es nach unserer Meinung aber einen guten Start für das Terminal am Flughafen. Deshalb haben wir auch diesen Ersetzungsantrag gestellt.

Wir wollen erstens, dass dieser Standort schneller als gedacht in Betrieb geht und damit auch die provisorischen Halte, zum Beispiel an der Gummersbacher Straße und unter der Zoobrücke, bald entfallen.

Wir wollen zweitens, dass die Anbindung mit der S-Bahn von Ehrenfeld an den Flughafen in den Randzeiten und vor allen Dingen am Wochenende verbessert wird.

Wir wollen drittens - darum ging es jetzt ja auch - die Domumgebung deutlich vom Busverkehr entlasten und bitten deshalb die Verwaltung, uns schnell ein Konzept vorzulegen, das eine schlüssige Lösung für eine deutliche Reduzierung des Reise- und Touristikbusverkehr am Hauptbahnhof und im Domumfeld beinhaltet; denn Touristenbusse sind nicht nur zur Weihnachtszeit ein Problem. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Wolter. - Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für viele Leute mit einem kleinen Budget ist der Fernbus eine echte Alternative zur Bahn. Die Fahrt mit dem Bus ist häufig um ein Vielfaches günstiger als die Fahrt mit dem Zug. Es ist klar, dass die Fernbusse dauerhaft einen Platz im Verkehrssystem in Deutschland einnehmen werden.

Die gute Erreichbarkeit der Fernbusse mit öffentlichen Verkehrsmitteln - mit der Stadtbahn, mit der S-Bahn oder mit einem anderen Bus - ist das A und O. Menschen mit wenig Geld und ohne Kfz müssen den Fernbus schnell und preiswert erreichen. Deshalb hat sich die Linksfraktion schon immer für den Verbleib des Fernbusbahnhofs am Breslauer Platz eingesetzt.

Nun haben wir viel darüber gehört, dass es andere Planungen gibt und dass der Fernbusbahnhof am Flughafen angesiedelt werden soll. Es geht jetzt auch nicht darum, zu sagen, dass wir das alles so machen müssen, wie wir es ursprünglich einmal geplant haben. Ich kann aber die Kleingeistigkeit, mit der insbesondere SPD und Grüne hier momentan vorgehen, wirklich nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der Linken - Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach?)

- Das ist doch wahr. Es ist doch eine Kleingeistigkeit.

Im Antrag der FDP - über die Beweggründe wollen wir jetzt gar nicht länger diskutieren - heißt es: Liebe Leute, lasst uns doch einmal gucken, ob wir am Breslauer Platz oder in der Innenstadt einen adäquaten zweiten - nicht einen alternativen, sondern einen zweiten - Haltepunkt für Fernbusse bekommen können.

Das haben wir aufgegriffen, weil es grundsätzlich richtig ist. Wir sind aber der Meinung, dass man die Fernbusse nicht unbedingt in der Innenstadt braucht, sondern dass das A und O ist, dass sie für die meisten Leute sehr schnell zu erreichen sind. Deswegen muss man andere Plätze in die Prüfung aufnehmen.

Frau dos Santos Herrmann, Sie können nicht von hier oben quasi aus dem Arm geschüttelt behaupten, in Ehrenfeld hätten wir keinen Platz dafür und an anderen Stellen auch nicht. Da muss eine vernünftige Prüfung erfolgen. Man kann nicht einfach sagen: Das wollen wir nicht, und das passt nicht.

In Ehrenfeld haben wir zum Beispiel die Bahnbögen, um die sich kein Mensch kümmert. Man kann man sich doch einmal angucken, ob es machbar ist, da - natürlich zusätzlich zum Halt am Flughafen - eine Haltestelle hinzubauen. Es muss doch nicht jeder Bus, der zum Beispiel aus dem Ruhrgebiet kommt und in dem Leute sitzen, die in Köln einkaufen wollen, zum Flughafen fahren. Genauso wenig muss jeder Bus in die Innenstadt fahren.

(Beifall bei der Linken)

Man kann da auch intelligente Lösungen erarbeiten. Schließlich wird niemand von Duisburg oder von Bochum mit dem Fernbus an den Kölner Flughafen fahren und dann die S-Bahn zurück in die Stadt nehmen.

(Beifall bei der Linken)

Daher muss überlegt werden, bei welchen Buslinien es Sinn macht, sie in die Innenstadt zu führen, meine Damen und Herren.

Ich möchte die vier großen Fraktionen deshalb bitten, jetzt einmal über ihren Schatten zu springen. Im Übrigen ist es ohnehin schon ein bisschen merkwürdig, einen Ersetzungsantrag zu einem Antrag zu stellen, der ein ganz anderes Thema beinhaltet, nämlich die Weihnachtsbusse und nicht die Fernbusse. Meine Damen und Herren, Frau dos Santos Herrmann, Frau Jahn, Herr Frank und Frau Gordes, vielleicht können Sie sich doch dazu durchringen, diesem Ersetzungsantrag einen kleinen Prüfauftrag hinzuzufügen und die Verwaltung prüfen zu lassen: Gibt es den Bedarf und die Möglichkeit, einen zweiten, einen weiteren Halt für die Fernbusse einzurichten? - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Weisenstein. - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluss der Debatte eine Sache aufgreifen, über die ich mich ärgere. Man kann bei dieser Frage inhaltlich unterschiedlicher Meinung sein und zum Beispiel die Auffassung vertreten, dass alle Busse zum Flughafen fahren sollten. Wenn man sich zu dem Thema äußert, Herr Kollege Michel und Herr Kollege Wolter, muss man sich aber schon inhaltlich mit dem beschäftigt haben, was vorgeschlagen wird.

Andreas Wolter, wenn du hier sagst, das sei eine städtebauliche Sünde, kann ich nur feststellen, dass du die Pläne nicht kennst und dass du dich nicht damit beschäftigt hast; denn der Busbahnhof wird nicht mehr so aussehen, wie wir ihn heute kennen. Im Wettbewerb hatte jeder Architekt einen Plan mit Busbahnhof und einen Plan ohne Busbahnhof vorzulegen. Der Sieger hat den Busbahnhof vom Breslauer Platz aus gesehen ins Untergeschoss, also in die Höhe der Rheinuferstraße, gebracht - mit einer Zufahrt von der Trankgasse und hinter der Fassade versteckt. Andreas Wolter, ich stelle die Pläne gerne einmal vor. Ich habe sie auch oben bei mir im Büro. Hier einfach nur ein paar Schlagworte hinzuhauen und zu behaupten, das sei eine städtebauliche Sünde, weil man lediglich das Bild von heute kennt und sich mit den Plänen nicht beschäftigt hat, finde ich zu billig. Das ärgert mich auch.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Sterck. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann möchte gerne abstimmen lassen.

Zunächst stimmen wir über den vorliegenden Ersetzungsantrag ab. Wer ist gegen diesen Ersetzungsantrag? - Das sind die FDP, Deine Freunde und die Piraten. Gibt es Enthaltungen? - Die Fraktion Die Linke. enthält sich. Damit ist das so angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir zu Tagesordnungspunkt 3.1.8 kommen, übernimmt der Oberbürgermeister wieder das Ruder.

Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. *Der Rat bekräftigt seine Entscheidung den Fernlinienbusbahnhof am Flughafen Köln/Bonn zu etablieren. Aufgrund gestiegener Bedarfe durch die Liberalisierung des*

Fernbusverkehrs, bittet der Rat die Verwaltung die Realisierung möglichst früher als geplant umzusetzen.

2. *Um eine noch bessere Akzeptanz des neuen Standortes zu erreichen, soll umgehend geprüft werden, ob die vorhandene ÖPNV-Anbindung durch eine Taktverdichtung, vor allem in den Randzeiten und am Wochenende, verbessert werden kann.*

3. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, dem Rat ein Konzept zur Lenkung der Touristenbusse vorzulegen, denen auch weiterhin gestattet werden soll, das Zentrum anzufahren. Ein wesentliches Ziel ist die Entlastung der Komödienstraße und der Domumgebung von Touristenbusverkehr.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. - zugestimmt.

Anmerkung:
Oberbürgermeister Jürgen Roters übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

3.1.8 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Abschlagszahlungen an freie Träger u. a. in 2015"
AN/1496/2014

Diese Angelegenheit wurde im Sitzungsverlauf von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau Scho-Antwerpes. - Bei TOP 3.1.8 hätte ich mich noch ausruhen können; denn den gibt es gar nicht.

Wir kommen zu:

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betreffend „Mehr Verantwortung in die Bezirke - Bürgerhaushalt 2015“
AN/1551/2014

Darüber hatten wir schon bei der Festlegung der Tagesordnung gesprochen, und ich hatte gesagt, dass wir das jetzt machen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Da habe ich einen Geschäftsordnungsantrag!)

Jetzt ist Herr Frank dran. Ich darf Sie bitten.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen. Nach § 17 Absatz 1 Buchstabe g der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen möchte ich beantragen, dass der vorliegende Antrag unmittelbar in den Finanzausschuss verwiesen wird.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut. - Gibt es den Wunsch auf Gegenrede? - Ja.

Ich will auf Folgendes hinweisen: Der § 17 Absatz 5 unserer Geschäftsordnung besagt, dass man zu dieser Frage der Verweisung in den Ausschuss nach § 17 Absatz 1 Buchstabe g sprechen kann, aber nur zur Verweisung und nicht zur Sache. Das ist Maßstab und Maßgabe unserer Geschäftsordnung, an die sich auch jeder halten sollte. Das ist für uns selbstverständlich. - Frau Henk-Hollstein.

Anna-Maria Henk-Hollstein (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe vorhin bei der Beschlussfassung über die Tagesordnung schon einmal dagegengesprochen und will das jetzt noch einmal deutlich machen.

Am Montag nächster Woche beginnt das Verfahren für den Bürgerhaushalt 2015, der entsprechend weiterentwickelt wird und in diesem Jahr auf die Bezirke ausgeweitet wird. Wenn wir eine Beschlussfassung im Finanzausschuss vornehmen würden, wäre das Verfahren für die Bezirke bereits beendet. Dann würde man dort ein entsprechendes Verfahren durchführen, bei dem die Bezirke nicht wirklich wüssten, ob sie die Entscheidungsbefugnis haben oder nicht.

Deshalb sind wir der Auffassung, dass dieser Rat das richtige Gremium ist, um über unseren Antrag zu beschließen.

Wir sind uns darüber einig, dass wir das entsprechend den Bezirken zur Verfügung stellen wollen.

Wir sollten uns auch darüber einig sein, dass wir den Bezirken die entsprechende Entscheidungsvollmacht erteilen. Ich habe gerade von einer Kollegin das Wort „Wertschätzung“ gehört. Ich denke, die Bezirke sollten es uns wert sein, ihnen die volle Macht darüber zu geben - und nicht erst im Finanzausschuss, wenn das Verfahren bereits gelaufen ist.

Deshalb bitte ich darum, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Das war die Gegenrede.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den von Herrn Frank gestellten Antrag zur Geschäftsordnung. Wer für die Verweisung in den Finanzausschuss ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen und die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag zur Geschäftsordnung mit Mehrheit angenommen und der Antrag in den Finanzausschuss verwiesen.

Beschluss:

Unter Hinweis auf § 17 Absatz 1 Buchstabe g) der GeschO beantragt Ratsmitglied Frank, den Antrag zur weiteren Beratung in den Finanzausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wie wir bei der Festlegung der Tagesordnung beschlossen habe, rufe ich nun die Tagesordnungspunkte 3.1.10 und 10.23 gemeinsam auf:

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Klage gegen die Aufhebungsverfügung der Bezirksregierung Köln“

AN/1562/2014

10.23 Kommunalwahl 2014 - Feststellung der Gültigkeit der Rats-, Bezirksvertretungs- und Integrationsratswahl in Köln am 25.05.2014 gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) in Verbindung mit § 46 a Kommunalwahlgesetz
2050/2014

Zunächst erteile ich Herrn Frank das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Unser Antrag liegt Ihnen vor. Der Rat der Stadt Köln befasst sich jetzt schon zum vierten Mal mit der Frage der Überprüfung des Ratswahlergebnisses.

Der Verlauf, mit dem wir es derzeit zu tun haben, war vorhersehbar. Wir wussten, dass unser Antrag auf eine komplette Neuauszählung durch den Oberbürgermeister beanstandet wird. Die Beanstandung haben wir hier mit Mehrheit zurückgewiesen. Die Bezirksregierung hatte schon weit im Vorfeld mit Bezug auf den Erlass des Innenministers erklärt, dass sie diesen Ratsbeschluss aufheben wird. Das ist alles so geschehen.

Somit sind wir jetzt in der Situation, entscheiden zu müssen, ob wir es dabei bewenden lassen oder nicht. Wir sind der Meinung, dass es nicht richtig wäre, es dabei bewenden zu lassen, sondern tatsächlich eine Klärung herbeigeführt werden muss.

In der rechtlichen Begründung, die seitens der Bezirksregierung Köln, unterschrieben durch die Regierungspräsidentin, gegeben wurde, sind eigentlich alle Argumente zusammengefasst, die sich aus dem Gutachten von Professor Bätge, dem Erlass des Innenministers und zahlreichen zitierten Rechtsprechungen ergeben. Sie beinhaltet also absolut nichts Neues. Es ist nur, wenn man so will, ein ausführliches Summary.

(Zuruf: Das stimmt nicht!)

- Das stimmt schon. Dann kannst du ja das Gegenteil beweisen. Es ist die Zusammenfassung der bisherigen rechtlichen Auseinandersetzung.

Deshalb werde ich das hier auch nicht weiter werten. Ich möchte jetzt nicht im Einzelnen da-

rauf eingehen, weil wir das schon mehrfach gemacht haben.

Das einzig Neue, was die Regierungspräsidentin ausführt, ist, dass sie auf Seite 8 erklärt, die Glaubwürdigkeit des Wahlergebnisses sei überhaupt nicht erschüttert.

Das befremdet uns schon;

(Beifall bei der CDU)

denn man kann natürlich durchaus unterschiedliche Rechtsauffassungen haben - das ist in einem Rechtsstaat so -, sollte aber doch nicht dazu neigen, wirklichkeitsfremde Wertungen vorzunehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Das macht uns schon Sorge; denn die Intention der Grünen war ja, das tatsächlich erschütterte Vertrauen in diese Wahl wiederherzustellen. Das ist nach wie vor unser Ziel. Dass das Vertrauen bei Teilen der Bevölkerung erschüttert ist, ist glasklar. Darüber sollte man sich jetzt wirklich nicht streiten.

Deshalb halten wir unseren Vorschlag auch weiterhin für richtig. Nur mit einer Komplettauszählung werden wir dieses Problem lösen können. Nur so wird es möglich sein, wieder Vertrauen in diesen Wahlvorgang zu bekommen. Das Vertrauen in demokratische Wahlverfahren ist ein sehr hohes Gut. Damit wollen wir auch latenten Tendenzen von Demokratieverdrossenheit bewusst entgegenwirken. Das halte ich wirklich für eine wichtige Aufgabe, die wir heute in der Demokratie haben.

Köln ist ein besonderer Fall. Das ist bereits dargelegt worden. Wir haben in unserer Begründung auch die Rechtsprechung analysiert und sind daher in diesem besonderen Fall der Meinung, dass eine solche Komplettauszählung geboten ist.

Wir wissen aber auch, dass wir uns hier politisch nie einigen können. Dafür sind die Auffassungen jetzt doch zu weit auseinander. Insofern sind wir der Meinung, dass es durch ein ordentliches Gericht entschieden werden muss. Das ist das Verwaltungsgericht Köln. Dieses Gericht wollen wir, wenn dieser Antrag eine Mehrheit findet, damit betrauen, zu entscheiden.

Wenn man diese Entscheidung bei Gericht suchen will, muss man dafür natürlich auch die juristischen Voraussetzungen schaffen. Deshalb wollen wir, nachdem über diesen Antrag abgestimmt worden ist, in den Folgeabstimmungen die Entscheidung über die Kommunalwahlergebnisse nicht weiter vertagen.

Der Oberbürgermeister hat angekündigt, differenziert abstimmen zu lassen.

Wir werden das Integrationswahlergebnis und das Bezirksvertretungswahlergebnis von unserer Seite aus positiv bescheiden. Diese Ergebnisse sind ja ohnehin unbestritten und standen hier nie in Rede. Es ging immer nur um das Ratswahlergebnis - je nachdem, wie man das betrachtet.

Bei der Abstimmung zum Ratswahlergebnis werden wir uns enthalten. Das entspricht auch unserer Position; denn wir wollen eine Überprüfung. Wir haben - jedenfalls von unserer Seite - nicht gesagt, dass wir das Ergebnis von vornherein falsch finden, sondern wollen nur, dass es noch einmal überprüft wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Entscheidend ist aber, dass wir nicht in den juristischen Konflikt geraten wollen, dass ein Verwaltungsgericht sagt: Wir können eine solche Klage jetzt gar nicht behandeln; denn ihr habt noch kein Ergebnis; wir wissen ja überhaupt nicht, was der Kölner Rat will. - Diese juristische Klippe müssen wir berücksichtigen. Deshalb müssen wir jetzt so vorgehen.

Das wäre nicht notwendig gewesen, wenn der Beschluss nicht aufgehoben worden wäre. Da nun aber die gesamte Kaskade durchlaufen worden ist, wird es so sein müssen. Das will ich hier nur noch einmal zu Protokoll geben und auch der Öffentlichkeit erklären, weil sonst natürlich Fragen gestellt würden. Das ist ein transparentes Vorgehen.

Insofern gehen wir unseren Weg weiter und stellen unseren Antrag auf Klage gegen die Aufhebungsverfügung hier zur Abstimmung. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Als nächster Redner spricht Herr Börschel für die SPD.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind in

der Tat heute im vierten Teil einer summa summarum absurden Situation, die Sie hier mit Ihren heutigen Anträgen bzw. Beschlüssen fortsetzen.

Der Rat hat in seiner letzten Sitzung - daran will ich noch einmal erinnern - alle Einsprüche gegen die Rats- und Bezirksvertretungswahl zurückgewiesen und trotzdem mit einer Jamaika-Mehrheit die Auszählung aller 1 024 Stimmbezirke beschlossen. Sie haben also - um es für einfache Gemüter wie mich zu übersetzen - gesagt: Es gibt eigentlich keinen Grund, noch einmal zu zählen; aber wir machen es trotzdem.

Heute wollen Sie eine Klage gegen die Aufhebungsverfügung der Regierungspräsidentin beschließen und lassen - auch das ist eine denkwürdige Volte - gleichwohl zu, dass am Ende eine relative Mehrheit unter Beteiligung der SPD die gesetzlich zwingend geforderte schnelle Feststellung über die Gültigkeit der Wahl beschließt.

Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Zwei Mal haben Sie gegen unsere Stimmen die Gültigkeitsfeststellung über die Kommunalwahl, die wir kraft Gesetzes zügig treffen müssen, vertagt, um sich heute - jetzt spreche ich einmal die Grünen an - nach langer Bedenkzeit kraftvoll zu enthalten.

(Beifall bei der Linken)

Wer soll das denn noch verstehen? Sie haben zwar endlich eingesehen, dass Sie durch das ständige Vertagen gegen das Gesetz verstoßen - offensichtlich auch die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Nein!)

- Wollen Sie immer noch vertagen? Dann bin ich gespannt, ob und wie Sie das gleich beantragen werden; denn so, wie ich es verstanden habe, gibt es noch einen zweiten Grund für Ihr für heute angekündigtes Vorgehen. Sie haben nämlich endlich gemerkt, dass der CDU für ihre angekündigte Klage schlicht das Rechtsschutzbedürfnis fehlt. Lassen Sie mich auch das wieder vereinfacht ausdrücken: Sie können zwar so viele Klagen einreichen, wie Sie wollen; das ist gar keine Frage; ein Gericht nimmt sie auch an. Ihnen wird aber die Klagebefugnis fehlen, solange nicht der Rat die nach dem Kommunalwahlgesetz erforderliche Gültigkeitsfeststellung über das Kommunalwahlergebnis beschließt.

Zur Sache selbst finden Sie aber in der Mehrheit des Rates nicht genügend Argumente, um entweder zu einem klaren Ja oder zu einem klaren Nein zur Gültigkeit zu kommen. Sie haben hier eine sehr fragile Jamaika-Koalition, die mal gemeinsam stimmt, wenn als kleinster gemeinsamer Nenner alles ohne Grund neu ausgezählt werden soll. Sie sind sich aber nicht mehr einig, wenn es um die Frage geht, ob vertagt wird oder nicht vertagt wird, Sie sind nicht sich einig darüber, auf welcher Rechtsgrundlage eigentlich eine Klage eingereicht werden soll, usw. usf.

(Beifall bei der Linken)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das belegt leider, dass Ihre Position inhaltlich nicht stringent ist und dass Sie in allen Fragen rund um das Kommunalwahlergebnis letztlich von einer Entscheidung zur nächsten stolpern. Das ist bedauerlich. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Fragezeichen in der Bevölkerung auch durch Ihr Zutun immer größer werden. Dafür tragen Sie aber die Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie bitte, dass ich mich doch noch einmal an unsere lieben Freunde der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wende. Der *Kölner Stadt-Anzeiger* vermeldet in seiner heutigen Ausgabe einmal mehr:

> Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Volker Beck hatte den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages um eine Bewertung gebeten. Dessen Kurzgutachten über das Wahlprüfungsrecht soll dem Vernehmen nach allerdings nur wenige Erkenntnisse über den Kölner Fall bringen.

Es war ziemlich schwierig, daran heranzukommen; denn leider hat Ihr Bundestagskollege dieses Gutachten als Geheim einstufen lassen. Es hat aber offensichtlich nicht so wenige Erkenntnisse gebracht; denn Sie haben Teile dieses Gutachtens, die Sie für passend gehalten haben, wörtlich in Ihren heutigen Antrag übernommen. In anderen Fällen würde man das als Plagiat bezeichnen. Sie haben aber diese Teile in der Tat

nicht einmal paraphrasiert, sondern sie schlicht und einfach wörtlich übernommen, um damit eine Position zu untermauern, die das Gutachten, soweit ich das erkennen konnte, nicht hergibt.

Das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages enthält nämlich auch die folgenden Aussagen:

> Grundsätzlich hat der Einspruchsführer die Pflicht, den Rechtsbehelf substanziiert zu begründen. Die konkrete Darlegungspflicht hängt stets vom Einzelfall ab. Das Bundesverfassungsgericht und der Bundestag stellen strenge Anforderungen an die Darlegungslast des Einspruchsführers. Der Einspruchsführer muss darlegen, dass sich ein Wahlfehler ereignet hat. Vermutungen, zum Beispiel von Zählfehlern bei der Stimmenauszählung, Andeutungen von Wahlfehlern oder Hinweise auf die Gefahr von Unregelmäßigkeiten reichen für die Begründungspflicht nicht aus. Ein derartiger Vortrag wäre zu unbestimmt.

An anderer Stelle heißt es:

> Zudem gilt im materiellen Wahlprüfungsrecht der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Die Wahlprüfungsentscheidungen unterliegen dem Gebot des geringstmöglichen Eingriffs. Gewählte Parlamente sollen möglichst aufrechterhalten bleiben.

Im Fazit schließt das Gutachten wie folgt:

> Insgesamt stellt die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sehr hohe Anforderungen an den Erfolg eines Einspruchs bzw. einer Wahlprüfungsbeschwerde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat der Stadt Köln, wenn wir alle miteinander Vertrauen in der Bevölkerung wiederherstellen wollen und angeblich verloren gegangenes Vertrauen in die Gültigkeit einer Kommunalwahl wiederherstellen wollen, müssen wir tatsächlich wahrhaftig argumentieren. Dann müssen insbesondere diejenigen, die sich sonst Transparenz ganz oben auf die Fahne schreiben, auch Ross und Reiter benennen und alle Karten auf den Tisch legen. Sie müssen zeigen und sagen, was sie haben, statt mit halb gesagten Sätzen und noch mehr verschwiegenen Sätzen am Ende die Bevölkerung doch für dumm zu verkaufen.

(Zurufe von der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen: Pfui!)

Das halte ich für außerordentlich enttäuschend. Ich bleibe dabei: Sie tragen als Mehrheit, die sich in dieser Frage konstituieren wird, die Verantwortung für das, was in der Bevölkerung passiert.

Lassen Sie uns endlich die Gültigkeit der Kommunalwahl, auch der Ratswahl, feststellen und das Ganze nicht weiter vertagen. Lassen Sie uns endlich die wichtigen Themen der Stadt Köln, die den Menschen auf den Nägeln brennen, angehen und uns nicht weiter mit uns selbst beschäftigen. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nächster Redner ist Herr Dr. Elster für die Fraktion der CDU.

Dr. Ralph Elster (CDU): Lieber Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Börschel, wir müssen uns deswegen heute, Mitte November, sechs Monate nach der Wahl, immer noch mit uns selbst beschäftigen, weil Sie im Wahlprüfungsausschuss und hier im Rat der Stadt Köln immer wieder Beschlüsse verhindert haben, die dazu beigetragen hätten, das Vertrauen wiederherzustellen. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Wir hätten doch längst die Unsicherheit in Rodenkirchen ausgeräumt. Wir hätten alle gewusst, ob die Rodenkirchener sich tatsächlich gegen alle Erwartungen entschieden haben oder auch nicht. Dann hätten wir hier Klarheit und Transparenz, und alles wäre erledigt. Es ging um einen einzigen Wahlkreis, der statistisch so auffällig war, dass dort wirklich jeder genau nachgeguckt hätte. Wenn das umgekehrt gewesen wäre, hätte der Stadtdirektor noch am Wahlabend die Urne geöffnet und nachgeschaut, was denn da alles passiert ist und ob die Dinge vertauscht worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, in diesem Prozess ist in den letzten Monaten Vertrauen kaputtgegangen.

Jetzt will ich noch eines sagen, Herr Börschel, auch wenn ich das ungern mache. Manchmal haben Sie natürlich recht. Sie haben nämlich beispielsweise recht, wenn Sie die Frage stellen, warum hier diese Rumeierei passiert und warum man sich heute Abend hier kraftvoll enthält. Das ist in der Tat erstaunlich.

Anders, als Sie es dargestellt haben, Herr Börschel, sind wir aber nicht darauf angewiesen, dass der Rat uns heute Abend noch einmal beschwert. Wir sind als CDU schon beschwert, weil wir im Wahlprüfungsausschuss einen Einspruch geführt haben, der dann gegen unsere Stimmen abgelehnt worden ist. Anschließend haben wir hier im Rat noch einmal einen Einspruch geführt. Er ist auch abgelehnt worden, wiederum gegen unsere Stimmen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Sie haben keinen guten Rechtsbeistand!)

- Lieber Herr Volksjurist Detjen, unser Rechtsbeistand sagt, dass wir schon beschwert sind.

Wir sind auch dabei, die Klage vorzubereiten.

(Martin Börschel [SPD]: Wie lange brauchen Sie denn noch dafür?)

Das heißt: Ungeachtet dieses Verfahrens, das heute hier die vierte Etappe erreicht, werden wir dafür sorgen, dass die Wählerinnen und Wähler in Rodenkirchen volle Transparenz über ihr Wahlergebnis bekommen werden. Da wird uns das Gericht auf alle Fälle recht geben. Das wissen Sie selber auch. Sonst hätten Sie es ja nicht so oft verhindert und hätten nicht immer wieder versucht, die Neuauszählung zu torpedieren.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden dennoch konsequent diesen Weg weitergehen. Herr Frank hat ja schon bei der letzten Sitzung des Rates, bei der Sondersitzung, in seinen inhaltlichen Ausführungen deutlich gemacht, dass die Regierungspräsidentin selbstverständlich diese Aufhebungsverfügung an den Oberbürgermeister senden wird und dass wir konsequenterweise dann natürlich dagegen klagen müssen. Genau das steht heute hier zur Debatte.

Mich ärgert übrigens ein wenig - so viel zu Jamaika, Herr Börschel -, dass die Grünen diesen Antrag alleine einbringen. Man hätte vielleicht die anderen Fraktionen, die ja zu diesem Antrag gestanden haben, fragen können, ob man nicht einen gemeinsamen Antrag stellt; denn es war eine gemeinsame Initiative im Rat der Stadt Köln. Insofern ist das schon ein bisschen verwunderlich.

Letztendlich handelt es sich dabei aber um den konsequenten zweiten Schritt. Diesen Schritt müssen wir jetzt gehen.

Natürlich sind wir hocherfreut darüber, dass die Grünen nicht vergessen haben, dafür zu sorgen, dass wir, wenn wir das gleich beschließen, externen Rechtsbeistand bekommen; denn wir wollen alles, aber nicht Herrn Kahlen mit dem Verfolgen unserer Interessen in dieser Angelegenheit betrauen.

(Beifall bei der CDU)

Abschließend möchte ich noch kurz etwas zu unserem Abstimmungsverhalten bezüglich der Beschlussvorlage der Verwaltung sagen.

Weil wir bei den Einzelabstimmungen unterlegen sind, werden wir natürlich den Beschlusspunkt 1 ablehnen.

Beim Beschlusspunkt 2 werden wir selbstverständlich gegen die Feststellung der Gültigkeit der Ratswahlen stimmen. Wie ich gehört habe, möchte der Oberbürgermeister die Ratswahlen und die Bezirksvertretungswahlen getrennt zur Abstimmung stellen. Dem Wahlergebnis der Bezirksvertretungswahlen werden wir zustimmen.

Den Beschlusspunkten 3 und 4, die sich auf die Integrationsratswahlen beziehen, werden wir analog zu unserem Verhalten im Wahlprüfungsausschuss natürlich auch zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Dr. Elster. - Jetzt kommen wir zu Frau Tokyürek von den Linken.

Güldane Tokyürek (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn es um das Vertrauen der Wähler geht, kann es allzu schnell passieren, dass eine Ent-

scheidung getroffen wird, die juristisch höchst kompliziert ist. Die Bezirksregierung Köln hat den Beschluss des Rates zur Neuauszählung aufgehoben und die sofortige Vollziehung angeordnet. Das heißt im Klartext, dass erst einmal nicht neu ausgezählt wird. Sie müssen sich heute die Frage stellen, ob Sie gegen die Bezirksregierung klagen wollen.

Zuerst wurde die Auszählung eines Stimmbezirks gefordert - basierend auf Vermutungen und nicht auf Tatsachen. Dann kam die Idee der kompletten Neuauszählung aller Stimmbezirke. Das hörte sich nach einem guten Plan bzw. einer guten Lösung an. Gerechtigkeit für alle ist doch sehr schön. Wer könnte da ernsthaft Nein sagen? Allerdings gibt es da eine Hürde, nämlich die hohe Hürde, ein Wahlergebnis anzufechten, die Ausfluss des verfassungsrechtlichen Rechtsstaats- und Demokratieprinzips ist.

(Beifall bei der Linken und der SPD)

In der Aufhebungsverfügung steht, dass Wahlprüfungsorgane bei ihrer Entscheidung über die Neuauszählung nicht in einem rechtsfreien Raum agieren. Genau so ist es. Wir sind hier nicht in einem rechtsfreien Raum.

Die Neuauszählung bietet zudem keinerlei Gewähr dafür, nicht wiederum Anknüpfungspunkt für Forderungen nach einer abermaligen Kontrolle zu werden. Das hieße, wieder und wieder auszuzählen, bis man das richtige Ergebnis hätte.

(Beifall bei Teilen der SPD und der CDU)

Gerechtigkeit für alle bedeutet nicht, sich in einem rechtsfreien Raum zu bewegen. Die Linke hat deutlich gemacht, dass wir eine Neuauszählung mittragen würden, wenn diese rechtlich möglich wäre.

Die Forderung nach einer Neuauszählung ist eine Einbahnstraße und verschärft die vermeintliche Vertrauenskrise, die eine bloße Behauptung ist. Ich wüsste nicht, wo diese Vertrauenskrise sein sollte.

Jetzt möchte ich noch auf etwas hinweisen, was in der Diskussion um eine komplette Neuauszählung bisher untergegangen ist. Herr Börschel hat das hier auch schon erwähnt. In der Ratssitzung am 30. September 2014 wurden die acht Wahleinsprüche, darunter auch von der CDU, also von Ihnen, zurückgewiesen. Die Feststellung der Gültigkeit der Wahl wurde jedoch nicht getroffen, sondern mehrheitlich vertagt. Nach der Systematik des Kommunalwahlgesetzes bedingt eine Neuauszählung immer auch eine Neufeststellung des Wahlergebnisses. Dies setzt jedoch voraus, dass der Rat vorher die Ergebnisfeststellung für ungültig erklärt. Der Rat ist hier seiner gesetzlichen Aufgabe nicht nachgekommen. Das ist der Vorwurf der Bezirksregierung.

(Beifall bei der Linken)

Sollte nun tatsächlich der Klageweg beschritten werden, besteht die Gefahr, dass allein aus formellen Gründen die Klage zurückzuweisen ist, weil die Gültigkeit bzw. die Ungültigkeit der Wahl nicht festgestellt worden ist.

Es mutet seltsam an, dass die Grünen in ihrem Antrag auf Klageerhebung kein Wort darüber verlieren. Vielleicht ist es nicht aufgefallen. Vielleicht wollten sie es nicht sehen.

Noch eine Anmerkung zur CDU: Sie hätten die Neuauszählung des Rodenkirchener Stimmbezirks, die sicher aussichtsreicher ist als eine komplette Neuauszählung, juristisch überprüfen lassen sollen. Als Ihr Rechtsbeistand hätte ich Ihnen das geraten.

(Beifall bei der Linken - Zurufe von der CDU: Machen wir! - Kommt!)

- Warten Sie ab. - Sie müssen nämlich erst die Entscheidung treffen. Ohne einen gültigen Beschluss ist so etwas nicht möglich. Das ist so. Nach § 40 Kommunalwahlgesetz NRW muss die Vertretung - also wir - über die Einsprüche und über die Gültigkeit entscheiden. Das ist kumulativ. Probieren Sie es ruhig.

Sie können sich heute dafür entscheiden, nicht den Klageweg zu gehen und die Ratswahl für gültig zu erklären.

Wir als die Linke werden dem Antrag der Grünen nicht folgen. Wir bleiben unserer Linie treu und werden die Wahl heute für gültig erklären. - Danke, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken und der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen zu Herrn Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Sehr verehrter Herr Wahlleiter! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin mir nicht so

sicher, ob die Zuschauerinnen und Zuschauer alles das, was wir hier machen, noch verstehen. Das muss ich schon sagen. Gerade auch der FDP-Fraktion ging es ja um einen Wahlkreis. Seit etlichen Ratssitzungen beschäftigen wir uns hier schon mit diesem Thema, um zu dem nach unserer Meinung richtigen Wahlergebnis zu kommen. Es wird auch für mich langsam ein bisschen schwierig, das noch alles nachzuvollziehen.

Die FDP-Fraktion hat in den letzten Ratssitzungen zusammen mit CDU und Grünen eine Mehrheit gebildet, um ein Verfahren zu finden, mit dem man insbesondere in Rodenkirchen und - das haben die Grünen ja mit eingebracht - in Nippes zu dem richtigen Ergebnis kommt. Diesen Weg sind wir gegangen. Wir wussten, dass die Regierungspräsidentin das beanstanden wird.

Jetzt wird auch die FDP dem Antrag der Grünen zustimmen, die Klage gegen die Aufhebungsverfügung durchzusetzen, meine Damen und Herren. Das ist ein gradliniger Weg. Diesen Weg wollen wir gemeinsam gehen.

Zum Glück beschließen wir hier nicht die Begründung des Antrags der Grünen; denn eigentlich sind nicht die Medien schuld daran, dass die Bürgerinnen und Bürger jetzt verunsichert sind. Vielmehr war es der Wahlprüfungsausschuss, der nicht zugelassen hat, ein bestimmtes Wahlergebnis zu überprüfen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Hätten wir das gemacht, hätte man die ganzen Krokodilstränen an diesem Pult nicht vergießen müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Hier wird immer davon gesprochen, man wolle Schaden von der Demokratie abwenden. Diesen Schaden hätte man schon abwenden können. Man hätte es nämlich erst gar nicht so weit kommen lassen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Die CDU hat angekündigt, dass sie das jetzt ablehnen wird. Wir werden den Weg der Grünen gehen, weil wir auch die Möglichkeit haben wollen, dass es zur Klage kommt. Dann ist das nach meiner Meinung folgerichtig. Darum werden wir diesen Weg gehen.

Ich bleibe aber dabei: Mir wäre es wohler, wenn wir das alles im Wahlprüfungsausschuss gemacht hätten. Das wäre der bessere Weg gewesen. Ich glaube, dass das auch die meisten Bürgerinnen und Bürger so sehen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Breite. - Jetzt hat Herr Beckamp von der AfD das Wort.

Roger Beckamp (AfD): Herr Oberbürgermeister! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich darf von hier aus kurz sagen: Getretener Quark wird breit, nicht stark. - Das haben wir jetzt schon öfter mitgemacht. Auch heute ist es wieder so.

Letztlich lässt sich unsere Ansicht ganz kurz auf den Punkt bringen. Es ist nämlich so, wie auch Herr Breite und Herr Dr. Elster zu Recht gesagt haben, aber in der Konsequenz nicht zu Ende gedacht haben: Die Hinnahme des Wahlergebnisses ist nicht richtig; denn die Tatsachen sprechen dagegen. Da muss etwas geprüft werden. Die komplette Neuauszählung ist allerdings völlig abwegig. Das ist Willkür.

Notwendig ist genau das, was Sie auch sagen und von Anfang an wollten, nämlich eine Neuauszählung in Rodenkirchen, von mir aus auch in Nippes. So einfach könnte es sein. Das sollten Sie auch tun. Dafür sollten Sie klagen. Alles andere ist Verschwendung öffentlichen Geldes. - Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Nach unserer Geschäftsordnung haben auch die Bezirksbürgermeister das Recht, hier das Wort zu ergreifen. Ich erteile Herrn Schößler von der Bezirksvertretung Nippes das Wort.

(Zuruf)

Bernd Schößler (Bezirksbürgermeister Nippes): Ich bin Nippeser und kein Volksjurist. - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Geschätzte Kollegen des Rates! Sie beraten hier nunmehr zum vierten Mal darüber, ob eine Wahl für gültig erklärt werden soll oder nicht. Dabei

beschäftigen Sie sich immer ausschließlich mit dem Ergebnis der Ratswahl. Sie hätten bereits bei der ersten Beratung feststellen können, dass es bei den Ergebnissen der Bezirksvertretungswahl keinen Grund gibt, die Gültigkeit nicht festzustellen.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Deshalb stehe ich jetzt vor Ihnen. Die Bezirksvertretung Nippes hat in der letzten Woche genau das beschlossen, was Ihnen heute auch als Anlage 8 zur Vorlage der Verwaltung präsentiert worden ist.

Sie hätten allerdings auch früher die Möglichkeit gehabt, über die Wahlen einzeln zu entscheiden. Die Wähler hatten drei Stimmzettel, und Sie kritisieren nur einen dieser Stimmzettel, nämlich den für die Ratswahl.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Jetzt kritisieren Sie Ihren Oberbürgermeister!)

- Nein, ich kritisiere die Mitglieder des Rates, die sich - durchaus auch von Ihrer Fraktion angeführt - bisher nicht bereit erklärt haben, die Gültigkeit der Wahl zu den Bezirksvertretungen, von denen wir in Köln immerhin neun Stück haben, festzustellen.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Sehr geehrter Herr Dr. Elster, es ist Ihre verdammte Pflicht, die Gültigkeit einer Wahl auch dann festzustellen, wenn es Ihnen möglicherweise nicht passt.

(Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

- Es ist auch Ihre Pflicht, mich ausreden zu lassen und mir zuzuhören.

(Beifall bei der SPD)

Es bedarf offensichtlich - - Ich bin kein Volksjurist wie der Kollege Detjen. Ich bin aber ein Mann aus dem Volke, und zwar aus Nippes.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Mir geht es einfach um Folgendes: Die Verwaltung musste offensichtlich die Vorlage für heute so aufbereiten, damit Sie sich jetzt endlich dazu bereit erklären, die drei Wahlen unabhängig voneinander zu betrachten und dann großzügigerweise die Bezirksvertretungswahl für gültig zu erklären. Eben sprach Ihre Kollegin von einer Wertschätzung der Bezirke. Diese Wertschätzung hätten wir auch schon vor vier Sitzungen gebraucht. Da hätten Sie das bereits feststellen können.

Damit will ich auch schließen. Ich freue mich, dass Sie dazugelernt haben, und wünsche Ihnen, dass Sie Weihnachten auch reich dafür beschenkt werden. - Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Deswegen kommen wir jetzt zur Abstimmung. Dazu mache ich folgenden Vorschlag:

Wir stimmen zunächst über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Klage gegen die Aufhebungsverfügung der Bezirksregierung Köln“ ab.

Nachdem wir darüber befunden haben, beschäftigen wir uns auf Grundlage der Anlage 8 zu unserer Vorlage mit der Gültigkeit der Wahlen. Dabei sollten wir erst unter den Ziffern 3 und 4 der Anlage 8 über die Gültigkeit der Bezirksvertretungswahl abstimmen, dann unter den Ziffern 5 und 6 über die Gültigkeit der Integrationsratswahl und zum Schluss unter den Ziffern 1 und 2 über die Gültigkeit der Ratswahl. - Ich lasse Ihnen noch einen Augenblick Zeit, um sich die Anlage 8 anzuschauen. Die Anlage 8 enthält sechs Ziffern. Die Ziffern 1 und 2 beziehen sich auf Wahl des Rates und deren Gültigkeit, die Ziffern 3 und 4 auf die Wahl der Bezirksvertretungen und die Ziffern 5 und 6 auf die Wahl des Integrationsrats.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Klage gegen die Aufhebungsverfügung der Bezirksregierung Köln“. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der Grünen, die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP, pro Köln und Deine Freunde. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist der Antrag angenommen, und Sie haben sich für eine Klage gegen die Aufhebungsverfügung der Bezirksregierung Köln entsprechend dem Antrag der Grünen entschieden.

Jetzt kommen wir zur Feststellung der Gültigkeit der Wahlen. Dabei differenzieren wir, wie eben schon angesprochen worden ist.

Zunächst stimmen wir gemäß den Ziffern 3 und 4 der Anlage 8 über die Feststellung der Gültigkeit der Wahl zu den Bezirksvertretungen ab. Wer für

die Feststellung der Gültigkeit der Wahl zu den Bezirksvertretungen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der CDU, die Fraktion Die Linke., die Fraktion der FDP, die Fraktion der AfD, pro Köln, Deine Freunde und die Piraten. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Herr Oberbürgermeister!)

- Bitte schön.

Bernd Petelkau (CDU): Ich habe nur eine kurze Nachfrage zur Klarstellung. Die Ziffer 3 der Anlage 8 bezieht sich auf die Zurückweisung des Wahleinspruchs gegen die Bezirksvertretungswahl in Köln-Nippes. Wir haben das jetzt aber bezüglich aller Bezirksvertretungen entsprechend beschlossen?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja, bezüglich aller Bezirksvertretungen.

Bernd Petelkau (CDU): Gut. - Danke.

(Martin Börschel [SPD]: Wegen der Ziffer 4!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wegen der Ziffer 4 ist das insgesamt angenommen.

Dann kommen wir zur Gültigkeitsfeststellung der Integrationsratswahl. Da gab es auch keinerlei Einsprüche. Deswegen gehe ich davon aus, dass darüber Einvernehmen besteht. Ich frage aber: Gibt es Gegenstimmen gegen die Feststellung der Gültigkeit der Integrationsratswahl gemäß den Ziffern 5 und 6? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Damit ist auch diese Wahl jetzt für gültig erklärt.

Nun müssen wir uns noch - unter der Maßgabe der Diskussion, die wir eben geführt haben - über die Gültigkeit der Ratswahl, wie in den Ziffern 1 und 2 dargelegt, entscheiden. Wer für die Gültigkeitsfeststellung im Sinne der Ziffern 1 und 2 ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion Die Linke. und die Piraten. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktion der Grünen, die Fraktion der FDP und Deine Freunde. Damit kommen wir zu dem Ergebnis, dass die Gültigkeit der Wahl festgestellt worden ist.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Beschluss:

Der Ratsbeschluss vom 30.09.2014, das Ergebnis der Wahl des Rates vom 25.05.2014 komplett zu überprüfen, indem alle 1.024 Stimmbezirke erneut ausgezählt werden, wurde per Verfügung der Bezirksregierung Köln aufgehoben und die sofortige Vollziehung dieser Verfügung angeordnet.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, gegen diese Aufhebungsverfügung der Bezirksregierung Köln beim Verwaltungsgericht Köln fristgerecht Klage zu erheben sowie gegen die von der Bezirksregierung Köln angeordnete sofortige Vollziehung die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung zu beantragen.

Mit der Vorbereitung und Begleitung dieses Klageverfahrens soll zur Unterstützung der Verwaltung ein externer Rechtsbeistand betraut werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Gruppe pro Köln und der Gruppe Deine Freunde – zugestimmt.

Anmerkung:
Wegen des Sachzusammenhangs wurde diese Angelegenheit gemeinsam mit Punkt

10.23 Kommunalwahl 2014 - Feststellung der Gültigkeit der Rats-, Bezirksvertretungs- und Integrationsratswahl in Köln am 25.05.2014 gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) in Verbindung mit § 46a Kommunalwahlgesetz

2050/2014

behandelt.

2050/2014

Beschlüsse:

I. Beschluss zu Ziffer 3 und 4 des neuen Beschlussvorschlages gemäß Anlage 8:

3. Nach Zurückweisung des Wahleinspruchs gegen die Bezirksvertretungswahl in Köln-Nippes am 25. Mai 2014 mit der Entscheidung zu

Vorlagen-Nr.: 2020/2014 in der Sitzung des Rates am 30.09.2014 unter TOP 10.19.8

wird gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) in Verbindung mit § 46 a Kommunalwahlgesetz NRW festgestellt, dass keiner der unter § 40 Absatz 1 Buchstabe a) - c) Kommunalwahlgesetz NRW genannten Fälle vorliegt.

4. Die Wahl der Bezirksvertretungen in Köln am 25. Mai 2014 wird mit den in der öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Köln, Ausgabe vom 4. Juni 2014, Nr. 272, festgestellten Wahlergebnissen für gültig erklärt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Beschluss zu Ziffer 5 und 6 des neuen Beschlussvorschlages gemäß Anlage 8:

5. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass gegen die Wahl der Mitglieder des Integrationsrates keine Einsprüche eingelegt wurden.

6. Die Wahl des Integrationsrates in Köln am 25. Mai 2014 wird mit dem in der öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Köln, Ausgabe vom 4. Juni 2014, Nr. 273, festgestellten Wahlergebnis für gültig erklärt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

III. Beschluss zu Ziffer 1 und 2 des neuen Beschlussvorschlages gemäß Anlage 8:

1. Nach Zurückweisung der einzelnen Wahleinsprüche gegen die Ratswahl in Köln am 25. Mai 2014 mit den Entscheidungen zu

Vorlagen-Nr.: 1982/2014 in der Sitzung des Rates am 30.09.2014 unter TOP 10.19.1

Vorlagen-Nr.: 1997/2014 in der Sitzung des Rates am 30.09.2014 unter TOP 10.19.2

Vorlagen-Nr.: 1998/2014 in der Sitzung des Rates am 30.09.2014 unter TOP 10.19.3

Vorlagen-Nr.: 1999/2014 in der Sitzung des Rates am 30.09.2014 unter TOP 10.19.4

Vorlagen-Nr.: 2016/2014 in der Sitzung des Rates am 30.09.2014 unter TOP 10.19.5

Vorlagen-Nr.: 2017/2014 in der Sitzung des Rates am 30.09.2014 unter TOP 10.19.6

Vorlagen-Nr.: 2018/2014 in der Sitzung des Rates am 30.09.2014 unter TOP 10.19.7

wird gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) in Verbindung mit § 46a Kommunalwahlgesetz NRW festgestellt, dass keiner der unter § 40 Absatz 1 Buchstabe a) - c) Kommunalwahlgesetz NRW genannten Fälle vorliegt

2. Die Wahl des Rates in Köln am 25. Mai 2014 wird mit dem in der öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Köln, Ausgabe vom 4. Juni 2014, Nr. 271, festgestellten Wahlergebnis für gültig erklärt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Piraten bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe Deine Freunde – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt beendet und kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich rufe auf:

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion betreffend „Besetzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) - weitere beratende Mitglieder“
AN/1563/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir direkt abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen, wie es im Dringlichkeitsantrag formuliert ist.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erhöht die Gesamtzahl der beratenden Personen im Jugendhilfeausschuss auf insgesamt 41. Die Anzahl der beratenden, sachkundigen Mitglieder der Träger beträgt zukünftig 29.

Auf Vorschlag der antragstellenden Fraktionen werden zusätzlich zu den bereits am 02.09.14 im Rat benannten sachkundigen Personen folgende beratende Mitglieder und Stellvertretende benannt:

1. *Ulrich Bergmann (DPWV)*
   Vertretung: Barbara Zaabe (Deutscher Kinderschutzbund)
2. *Jörn Ruchmann (Ev. Kirchenverband Köln)*
   Vertretung: Katrin Reher (Ev. Kirchenverband Köln)
3. *Silvia Empacher (AWO Köln)*
   Vertretung: Bernd Will (Arbeitsgemeinschaft Offene Türen Köln - AGOT)

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit haben wir alle 3er-Punkte abgeschlossen. Ich weise noch einmal darauf hin, dass wir den Punkt 3.1.8 abgesetzt und hier nicht behandelt haben.

Nach diesen Abstimmungen kommen wir jetzt zum nächsten Thema, nämlich zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 4.1:

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Delegationsreisen ins Ausland“
AN/1183/2014

Antwort der Verwaltung vom 10.11.2014
3287/2014

Ich sehe keine Nachfragen. - Danke schön.

Hierzu liegt eine Antwort der Verwaltung vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 4.2:

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Flüchtlingsunterbringung“
AN/1344/2014

Antwort der Verwaltung vom 12.11.2014
3298/2014

Auch dazu gibt es keine Nachfragen. - Danke schön.

Hierzu liegt eine Antwort der Verwaltung vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 4.3:

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Kosten für Klimaschutzmaßnahmen in Köln“
AN/1345/2014

Antwort der Verwaltung vom 13.11.2014
3440/2014

Bitte schön, Herr Haug.

Jochen Haug (AfD): Herr Oberbürgermeister, die Beantwortung kam erst heute Morgen bei uns an. Können wir die Nachfragen im Zweifel in der nächsten Ratssitzung stellen, da wir noch nicht in der Lage waren, uns das anzuschauen?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das sei Ihnen erlaubt.

(Jochen Haug [AfD]: Danke schön!)

Hierzu liegt eine Antwort der Verwaltung vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 4.4:

4.4 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend „Gesundheitskosten für Asylbewerber in Köln“
AN/1479/2014

Antwort der Verwaltung vom 12.11.2014
3363/2014

Ich sehe keine Nachfragen.

Hierzu liegt eine Antwort der Verwaltung vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 4.5:

4.5 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend „Städtische Räumlichkeiten für Parteien bzw. Wählervereinigungen“
AN/1524/2014

Diese Anfrage ist relativ spät eingegangen. Sie wird noch weiter schriftlich beantwortet. - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, können wir denn verbindlich damit rechnen, dass diese Anfrage dann in der Dezember-Ratssitzung beantwortet wird?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir gehen davon aus, dass das möglich sein wird.

(Markus Wiener [pro Köln]: Alles klar!)

Diese Angelegenheit konnte zur Sitzung nicht mehr beantwortet werden. Der Oberbürgermeister sagt zu, dass die Mitteilung so bald wie möglich nachgereicht werde.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 4.6:

4.6 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Gegenseitige Anerkennung des Köln-Passes und des Bonn-Ausweises“
AN/1552/2014

Auch da bitte ich um Verständnis dafür, dass in der Kürze der Zeit eine umfängliche Abstimmung nicht möglich war. Auch das werden wir in der nächsten Sitzung nachholen, sobald wir dann so weit sind.

Diese Angelegenheit konnte zur Sitzung nicht mehr beantwortet werden. Der Oberbürgermeister sagt zu, dass die Mitteilung so bald wie möglich nachgereicht werde.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 4.7:

4.7 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Gegen Gewalt an Frauen - Frauenhäuser stärken“
AN/1525/2014

Antwort der Verwaltung vom 13.11.2014
3433/2014

Gibt es dazu eine Nachfrage? - Bitte schön, Frau Laufenberg.

Sylvia Laufenberg (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Frau Reker, wir möchten uns nur herzlich für die schnelle und ausführliche Antwort bedanken. - Herzlichen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das tut auch mal gut.

Hierzu liegt eine Antwort der Verwaltung vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 4.8:

4.8 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Fast ein Jahr Kölner Ratssitzungen live im Internet - Zwischenbericht und Perspektiven“
AN/1554/2014

Auch da bitte ich um Nachsicht. Wir haben es noch nicht geschafft, die Daten insgesamt auszuwerten. Deswegen liegt noch keine schriftliche Antwort vor.

(Thomas Hegenbarth [Piraten]: Aber in der nächsten Ratssitzung?)

- In der nächsten Ratssitzung sind wir dann hoffentlich so weit. - Okay.

Diese Angelegenheit konnte aufgrund des kurzzeitigen Vorlagetermins zur Sitzung nicht mehr beantwortet werden. Der Oberbürgermeister sagt

zu, dass die Mitteilung so bald wie möglich nachgereicht werde.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

6.1 Satzungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit haben wir die Behandlung der Anfragen abgeschlossen. Ich bitte um Verständnis dafür, dass noch nicht alles bis zum Letzten ausführlich dargelegt werden konnte.

Dann kommen wir zu:

6 Ortsrecht

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Zu Tagesordnungspunkt 6.2.1:

6.2.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung
2881/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktion der CDU und die Gruppe pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist das so angenommen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

- *nimmt die Gebührenbedarfsrechnung für das Jahr 2015 (Anlage 2) zur Kenntnis.*
- *stimmt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben –Abwassergebührensatzung – in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung zu.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Gruppe pro Köln - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 6.2.2:

6.2.2 Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln
3091/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Dr. Strahl.

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem bereits zwei Steuersatzungen der Stadtkämmerin vor Gericht keinen Bestand hatten, erleben wir nun des Dramas dritten Teil unter dem Motto „Kulturförderabgabe als Bettensteuer“ oder „Sie kann’s nicht lassen“ - und das im Schnelldurchgang. Die Vorlage erreichte uns zeitlich verfristet am Montag im Finanzausschuss mit der Absicht, die Besucher

Kölns schon im Weihnachtsgeschäft abschöpfen zu können.

Auch wenn wir sie hier zum x-ten Mal wiederholen, erhalten die Argumente für und wider die Bettensteuer nicht mehr Gewicht. Deswegen erspare ich Ihnen und mir das heute.

Interessant ist nur, dass, nachdem beim ersten Mal der Gast zahlen sollte und beim zweiten Versuch der Hotelier, nun wieder der Köln-Besucher unmittelbar das Opfer der Finanznot der rot-grünen Koalition werden soll. Der Hotelier mutiert zum Büttel der Stadt, der ohne jede Amtsbefugnis für die Angaben des Gastes verantwortlich und zur Weitergabe der Abgabe verpflichtet wird.

Das ist unseres Erachtens ein äußerst grenzwertiges Vorgehen, welches die Kämmerin sich hier zur Geschäftsgrundlage macht. Die neue Satzung geht in die falsche Richtung, macht Dritte für Vorgänge verantwortlich, die sie nicht überprüfen können, und wird von uns infolgedessen logischerweise abgelehnt. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Dr. Strahl. - Herr Krupp für die Fraktion der SPD, bitte.

Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Dr. Strahl, ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts wirklich gelesen haben; denn in seinem Urteil vom 23. Oktober 2013 hat das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen glasklar festgehalten, dass die Erhebung der Kulturförderabgabe als örtliche Aufwandsteuer ohne Weiteres zulässig ist.

Einzig und allein die Frage, wer Steuerpflichtiger ist und wer Steuerentrichtungspflichtiger ist, hat das Oberverwaltungsgericht anders gesehen, als es im Fall der dort vorliegenden Satzung der Stadt Dortmund vorgesehen war. Steuerpflichtiger ist der Gast; Steuerentrichtungspflichtiger ist der Hotelier.

Ohne Weiteres ist es dem Hotelier auch auf Grundlage der vorgelegten Satzung möglich, den Gast dazu anzuhalten, die entsprechenden Angaben zu machen. Das ist ja nun in vielen Städten mittlerweile der Fall. Ich darf nur daran erinnern, dass zuletzt Dresden mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen eine solche Abgabe beschlossen hat. Da geht das. Da ist auch die CDU dabei. Da sieht auch die CDU offensichtlich den Nutzen für ihre eigene Stadt.

Ich möchte mich aber gar nicht an der Vergangenheit festhalten und den Ritt durch die Gerichtsinstanzen thematisieren, der ja zumindest ein Gutes hatte, nämlich, dass nun Rechtssicherheit herrscht. Vielmehr will ich mich jetzt der Frage zuwenden, wie wir in Zukunft damit umgehen.

Eine rückwirkende Erhebung dieser Abgaben für die Zeit, in der die Satzung unwirksam war, sehen wir als SPD-Fraktion äußerst skeptisch. Für die Zukunft halten wir diese Abgabe für unsere Stadt aber für unverzichtbar. Es gibt schlicht viele gute Dinge, die mit diesem Geld für unsere Stadt geschaffen werden können:

Ich erinnere an die Samstagsöffnung der Bibliotheken.

Ich erinnere an die Unterstützung der Akademie der Künste der Welt.

Ich erinnere an kulturelle Bildungsangebote in offenen Ganztagsschulen.

Ich erinnere daran - das ist ja Ihr Anliegen; schließlich haben Sie beim Bürgerhaushalt mit der Stärkung der Bezirke argumentiert -, dass aus eben jenen Mitteln 100 000 Euro für Einzelmaßnahmen in den einzelnen neun Stadtbezirken zur Verfügung stehen.

Ich erinnere daran, dass die Mittel aus dieser Kulturförderabgabe für das Standortmarketing, die Stärkung der Kreativwirtschaft und die Tourismuswerbung unverzichtbar geworden sind.

Ich erinnere auch daran, dass die Besucherzahlen in Köln in den letzten Jahren stark gestiegen sind - selbst in der Zeit, in der die Kulturförderabgabe erhoben wurde. Sie werden auch in Zukunft steigen, wenn sie wieder erhoben wird.

Eines ist klar: Diese ganzen wirklich wertvollen Dinge für unsere Stadt sind in Zeiten der angespannten Haushaltslage ohne die Kulturförderabgabe schlicht nicht darstellbar.

Da wir hinter diesen Maßnahmen stehen, da wir wissen, dass sie ohne die Kulturförderabgabe nicht finanzierbar sind, und da wir nach genauem Studium der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts mit der Kämmerin einig sind und sicher sind, dass diese Satzung nun endgültig

sämtliche neu entwickelten - es war ja ein neues Konstrukt - Kriterien der obergerichtlichen Rechtsprechung einhält, ist für uns klar: Diese Kulturförderabgabe nützt Köln. Wir werden dieser Satzung zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Krupp. - Dann kommen wir zu Herrn Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich ist diese Vorlage relativ unspektakulär, weil sie das umsetzt, was wir schon in unserer Pressemitteilung vom 10. September 2014 erklärt haben:

> Die Erhebung der Kulturförderabgabe als kommunale Aufwandsteuer ist und bleibt rechtlich zulässig.

Hier geht es nur um eine Korrektur aufgrund der Rechtsprechung. Das ist allerdings bei allen Aufwandsteuern der Fall. Ich erinnere daran, wie viele Änderungen zum Beispiel die Vergnügungsteuer durchlaufen hat. Es findet immer eine Anpassung statt.

Insofern geht es wohl um etwas anderes, nämlich darum, dass Sie noch einmal Ihre grundsätzliche Ablehnung deutlich machen wollen.

Diese Ablehnung kann ich, ehrlich gesagt, nicht ganz nachvollziehen - zumindest bei der CDU nicht. Denn wie war die Situation im Jahr 2009? 2009 ist eine CDU/CSU/FDP-Bundesregierung angetreten. Das Erste, was sie gemacht hat, war, ein steuerliches Sonderprivileg für das Hotelgewerbe zu beschließen und die Umsatzsteuer für Übernachtungen auf 7 Prozent zu senken. Dieses Wahlgeschenk wollte die FDP damals durchsetzen, was unter anderem zu ihrem Genickbruch beigetragen hat. Alle maßgeblichen CDU-Abgeordneten haben gesagt: Das war halt so vereinbart; wir verstehen das auch nicht. - Ich erinnere mich noch gut an ein sehr interessantes Interview von Herrn Bosbach aus Bergisch Gladbach, der ja das Herz auf der Zunge trägt und die Dinge dann auch klar ausgesprochen hat. Insofern ist die Ablehnung der Kulturförderabgabe immer auch ein Reflex, denke ich - insbesondere bei der FDP.

Wir müssen doch deutlich festhalten, dass wir von einem Recht Gebrauch machen, das im Artikel 106 Absatz 6 des Grundgesetzes verankert ist. Danach dürfen wir örtliche Aufwandsteuern für kommunale Zwecke erheben.

Vor dem Hintergrund der permanenten kommunalen Finanzkrise, die auch gerade deshalb entsteht, weil die Verteilungsgewichte zwischen den Ebenen völlig aus dem Lot geraten sind und wir als schwächstes Glied die größten Lasten zu tragen haben, muss es eigentlich selbstverständlich sein, dass man sinnvolle Formen einer Aufwandsteuer nutzt - und darum handelt es sich hier.

Ich erinnere noch einmal an den Beschluss des Hauptausschusses vom 11. Januar 2010, mit dem wir die Kulturförderabgabe in Auftrag gegeben haben. Damals wurde auch der Zweck festgelegt. In diesem Beschluss heißt es:

> Einnahmen aus der o. a. Kulturförderabgabe sollen vorwiegend zielgerichtet für Aufgaben, Leistungen und Angebote in Bereichen kultureller Bildung, Integration, interkultureller Förderung, der Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie für den Zugang sozial benachteiligter Schichten zu Bildung und Kultur verwendet werden.

Wer sich die bei den Haushaltsberatungen dazu jeweils gefassten Beschlüsse anschaut - sie dürften Ihnen noch bekannt sein -, sieht, dass wir diesem Weg auch sehr präzise gefolgt sind.

Ich habe oft erlebt, dass insbesondere CDU-Mitglieder gesagt haben: Wir würden zwar gerne zustimmen, dürfen das aber nicht. - Teilweise wurde es von ihnen ja auch im Finanzausschuss gemacht.

Insofern ist heute die Gelegenheit, diese längst entschiedene Schlacht zu beenden und zu sagen: Ja, wir stehen zu dem Grundsatz, dass Kommunen Aufwandsteuern erheben können, und wir stimmen auch dieser Kulturförderabgabe zu. - Diesen Appell möchte ich hier noch einmal insbesondere Ihnen zurufen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Verehrter Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kämmerin! Meine Damen und Herren! Das ist schon eine Logik hier. Dabei handelt es sich wirklich um eine Kölner Spezialität. Man verliert alle Schlachten vor Gericht. Trotzdem stellt man sich hier als Sieger hin und sagt, jetzt habe man Rechtssicherheit.

(Beifall bei der FDP)

Das hat uns aber natürlich auch Geld gekostet; denn wenn man vor Gericht verliert, hat man auch die Gerichtskosten zu tragen. Da hatte ich ja nachgefragt. Dass diese Satzung nicht rechtskonform ist, hat uns schon über 170 000 Euro gekostet.

Es ist wirklich herrlich. Wir haben immer verloren. Trotzdem haben wir weiter fest an unsere Bettensteuer, wie sie von der FDP und wohl auch von der CDU genannt wird, geglaubt.

Ich habe hier eine Dringlichkeitsentscheidung vom 2. Juni 2014. Da hatten wir schon verloren. Höchste Gerichte hatten schon entschieden, dass das mit unserer Satzung nicht geht. Trotzdem wurde noch eine Dringlichkeitsentscheidung zur Freigabe zusätzlicher Mittel aus der Kulturförderabgabe getroffen. Frau Kämmerin, das sind dann schon Luftbuchungen - auch wenn ich weiß, dass Sie das nachher aus dem allgemeinen Haushalt nehmen können, was natürlich wiederum bedeutet, dass die Defizite in unserem städtischen Haushalt steigen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe die Befürchtung, dass die Gerichtskosten, die wir zu tragen haben, sich leider noch weiter erhöhen werden, weil ich glaube, dass wir auch hiermit wieder keinen Erfolg haben werden. Wir haben in den ganzen Debatten immer gehört: Verehrte FDP, das stimmt nicht; wir haben eine rechtskonforme Satzung; wir werden gewinnen. - Nachher haben wir dann doch verloren. Darum bin ich nicht zuversichtlich. Ich glaube nicht, dass wir mit dieser neuen Satzung erfolgreich sein werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der SPD-Kollege hat ja aus dem Gerichtsurteil zitiert. Es ist schon süffisant, wie das OVG Münster darin die Argumente der Stadt Köln auseinandernimmt.

Sie erinnern sich: Die Bettensteuer wurde mit der Hundesteuer verglichen. Es ging darum, dass man nicht zwischen berufsbedingten Übernachtungen und freizeitbedingten Übernachtungen differenzieren könne, weil es auch keinen berufsbedingten Hund und keinen freizeitbedingten Hund gebe.

Damit hat sich das Oberverwaltungsgericht Münster noch einmal auseinandergesetzt - vielleicht haben Sie das auch gelesen, Herr Kollege von der SPD - und das rundherum als Quatsch abgetan.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin einmal gespannt, wie die Argumentation jetzt weitergeht; denn das Gericht hat in seinem Urteil auch schon deutlich gemacht, dass es sich ganz genau den Aufwand anschauen wird, den wir betreiben müssen, um zwischen berufsbedingten Übernachtungen und freizeitbedingten Übernachtungen zu unterscheiden - gerade bei ausländischen Gästen. Das muss genau überprüft werden.

Ich muss Ihnen auch Folgendes sagen: Wenn Sie in dem für die Stadt Köln auszufüllenden Formular nach der Personalausweisnummer von deutschen Gästen fragen, habe ich schon Sorge, dass alleine dieses Formular als rechtsungültig eingestuft wird. - Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP - Dr. Ralf Unna [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Kollege, ich habe eine Nachfrage!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es gibt eine Nachfrage.

Ulrich Breite (FDP): Bitte.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte, Herr Dr. Unna.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Ich wollte nur nachfragen, weil das meinen Bereich betrifft, ob Ihnen bekannt ist, dass die Steuerbehörden dieses Landes sehr wohl zwischen privaten Hunden, Freizeithunden, Hobbyhunden und Familienhunden auf der einen Seite und dienstlich geführten Hunden auf der anderen Seite un-

terscheiden, zum Beispiel in Bezug auf die Absetzbarkeit von Tierarztrechnungen.

Ulrich Breite (FDP): Ja, aber nicht bei der Steuer. Bei der Steuer gibt es diesen Unterschied nicht. Ich kann Ihnen das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster gerne noch einmal geben. Es liegt, glaube ich, auch der Vorlage bei. Man fand den Versuch, die Bettensteuer mit der Hundesteuer begründen zu können, schon sehr süffisant. Diese Vergleichbarkeit, die die Stadt Köln angestrebt hat, hat man vonseiten des Gerichts zurückgewiesen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Dafür bitte ich noch einmal um Aufmerksamkeit. Wer für die Vorlage der Verwaltung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linken und die Piraten. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltung. Damit ist die Satzung so angenommen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die

als Anlage I beigefügte Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Piraten – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe auf:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 1. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2015 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen Kernbereich Innenstadt, Deutz, Severinsviertel, Rodenkirchen, Sürth, Godorf, Lindenthal, Braunsfeld, Marsdorf, Weiden, Ossendorf, Neu-Ehrenfeld, Nippes, Chorweiler, Porz-City, Porz-Eil, Porz-Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach, Poll, Rath/Heumar, Dellbrück, Mülheim
2083/2014

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1564/2014

Zunächst erhält Herr Detjen zum Änderungsantrag der Linken das Wort.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nachdem die SPD 2005 von der schwarz-gelben Landesregierung forderte: „Keine Öffnung der Läden an Sonn- und Feiertagen!“, wurde von Rot-Grün 2006 in einem gemeinsamen Entschließungsantrag zum Ladenöffnungsgesetz der Rüttgers-Regierung festgestellt:

> Die Sonn- und Feiertagsruhe zählt zu den elementaren Bestandteilen der christlich-abendländischen Tradition. Gerade an dieser Stelle klaffen Anspruch und Wirklichkeit des Ladenöffnungsgesetzes weit auseinander. Denn das Verbot der Sonn- und Feiertagsöffnung wird durch eine Vielzahl unklarer Formulierungen aufgeweicht.

An dieser Kritik hat auch die Novellierung des Ladenöffnungsgesetzes durch die Regierung Kraft/Löhrmann im Mai letzten Jahres nichts geändert. Der gemeinsame Anspruch aus dem Koalitionsvertrag, der da lautete: „Die Aushöhlung der Sonn- und Feiertagsruhe werden wir korrigieren“, wurde nicht eingelöst. Motto: Es muss etwas passieren, aber es darf nichts geschehen.

Die Beachtung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur verfassungsrechtlich garantierten Sonntagsruhe vom 1. Dezember 2009 muss seither alleine durch die Kommunen sichergestellt werden. Die zentralen Grundsätze dieses Urteils lauten,

> dass ein bloß wirtschaftliches Umsatzinteresse der Inhaberinnen und Inhaber von Verkaufsstellen und ein alltägliches Erwerbsinteresse (Shopping-Interesse) potenzieller Käuferinnen und Käufer grundsätzlich nicht genügen, um Aus-

nahmen von dem verfassungsunmittelbar verankerten Schutz der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung an Sonn- und Feiertagen zu rechtfertigen.

Meine Damen und Herren, das bedeutet: Es bedarf immer eines besonderen Sachgrundes für eine Sonntagsöffnung - wie auch der Katholikenausschuss feststellt. Dies gilt umso mehr, wenn während der Woche die Läden von montags 0 Uhr bis samstags 22 Uhr durchgehend geöffnet sein können.

Die Kölner Allianz für den freien Sonntag stellt daher zu Recht fest:

Es gibt ein Recht auf Sonntagsruhe und kein Recht auf Sonntagsöffnung!

Die Verwaltung hat zur Prüfung der Zulässigkeit von Sonntagsöffnungen einen Kriterienkatalog erstellt, der fast allen beantragten Anlässen einen besonderen Sachgrund attestiert, um von dem Gebot der Sonntagsruhe abzuweichen.

Wie die Realität dieses Jahres dann aussah, beschreibt der *Kölner Stadt-Anzeiger* am 29. Oktober 2014 in einer großen Schlagzeile. Ich zitiere:

Shopping-Sonntag in der Innenstadt - Hunderte Geschäfte geöffnet

In der Anlage 3 zu dieser Vorlage werden zum Beispiel ein Schokoladenfestival, ein Lifestyle-Tag, Live-Modenschauen und - man höre und staune - ein Eiertier-Wettbewerb im EKZ Weiden genannt. Das sollen die sogenannten Sachgründe sein. Meine Damen und Herren, das sind keine wirklichen Kriterien. Diese Kriterien sind unsäglich.

(Beifall bei der Linken)

Die Kritik von Kirchen und Gewerkschaften an dieser Entscheidungspraxis ist aus den vorliegenden Stellungnahmen beispielhaft nachvollziehbar.

Die Linke unterstützt daher nachdrücklich die in dem offenen Brief an die Fraktionen vom 5. November 2014 erhobene Forderung, den Kriterienkatalog mit den Anhörungsberechtigten neu zu überarbeiten. Herr Kahlen, wir fordern, dass dieser Kriterienkatalog endlich neu überarbeitet wird und dass es darüber einen Diskurs mit allen Akteuren gibt.

Meine Damen und Herren, wir schlagen vor, bei der heutigen Beschlussfassung mindestens den Beschlussvorlagen der Bezirksvertretungen zu entsprechen. Das bedeutet: keine Sonntagsöffnungen in Lindenthal und Rodenkirchen und keine Sonntagsöffnungen am Sonderstandort Ossendorf in Ehrenfeld.

Das haben wir in einen Antrag gegossen. Wir würden uns freuen, wenn Sie einfach einmal zur Kenntnis nehmen würden, dass das die Anliegen der Bezirksvertretungen sind, die wir in diesem Umfang bisher nicht hatten. Das sollte man meines Erachtens wirklich zur Kenntnis nehmen. - Danke.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Detjen. - Wir kommen zu Herrn Houben von der FDP.

Reinhard Houben (FDP): Herr Detjen, ich freue mich immer, wenn ein Atheist sich so besonders für den Sonntag starkmacht

(Beifall bei der Linken)

und hier in fester Gemeinschaft mit der katholischen Kirche und der protestantischen Kirche argumentiert. Da sind wir ja schon einiges gewöhnt.

Herr Detjen, es geht aber nicht darum, dass die Leute am Sonntag einkaufen müssen, sondern darum, dass sie am Sonntag einkaufen können. Darum geht es.

(Zuruf von Jörg Detjen [Die Linke.])

- Auch die Verkäufer müssen nicht am Sonntag arbeiten, Herr Detjen. Die meisten machen das sogar ab und zu ganz gerne, weil es nämlich viel besser bezahlt wird. Das passt aber vielleicht nicht in Ihre Welt.

(Beifall bei der CDU)

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass wir hier in Köln durchaus große Gruppen haben, für die der Sonntag nicht die gleiche Bedeutung hat wie für die tatsächlich aktiven Christen, sondern für die zum Beispiel der Freitag oder auch der Samstag wichtig ist. Deswegen finde ich diese Beschränkung schon etwas merkwürdig.

Meine Damen und Herren, die Linke hat natürlich gerne etwas aufgegriffen, was in den Bezirken passiert ist. Wir müssen als FDP schon die Frage stellen, ob sich in den anderen Parteien da

etwas extrem geändert hat; denn die Mehrheiten in den Bezirken sind mit äußerst interessanten Koalitionen zustande gekommen. So ist in Lindenthal die Sonntagsöffnung mit drei Stimmen von der CDU, fünf Stimmen von den Grünen und einer Stimme von der Linken abgelehnt worden. Dort ist es noch relativ nachvollziehbar. In Rodenkirchen war es aber wie folgt: Von der CDU waren vier Vertreter dafür und zwei dagegen; von der SPD war ein Vertreter dagegen, wobei sich vier enthalten haben; von den Grünen haben sich alle Vertreter bis auf einen, der sich wiederum enthalten hat, dagegen ausgesprochen.

Die Bezirke können natürlich so entscheiden, wie sie möchten. Ich würde aber darum bitten, in den Fraktionen auch zu kommunizieren, dass diese Sonntagsöffnungszeiten gerade für die Einzelhändler vor Ort sehr wichtig sind. Wir bejammern doch immer, dass es dem Einzelhandel in der Fläche schlecht geht. Ja, der kleine, mittelständische Einzelhändler hat ein Problem, sich gegen die Konzerne durchzusetzen. Ja, der kleine, mittelständische Einzelhändler hat ein Problem, weil die Innenstadt natürlich einen sehr starken Magneten darstellt und sehr viele Leute in die Innenstadt fahren.

Wenn in den Bezirken fraktionsübergreifend die Meinung herrscht, dass wir die Sonntagsöffnung nicht mehr brauchen, sollten wir das dem Kölner Einzelhandel auch so darstellen.

Die FDP ist in dieser Frage eindeutig - in allen Bezirken genauso wie hier im Rat. Deswegen lehnen wir den taktisch geschickt eingebrachten Antrag der Linken ab und stimmen der Verwaltungsvorlage zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir abstimmen.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. ab. Wer ist dafür? - Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist er abgelehnt.

Dann kommen wir zur Verwaltungsvorlage. So, wie im AVR beschlossen, möchte ich dies zur Abstimmung stellen. Wer gegen diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist das so beschlossen.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:

Der Rat der Stadt Köln folgt

a) dem Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal und lehnt damit die Sonntagsöffnungen im Bezirk Lindenthal ab,

b) dem Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld und lehnt damit die Sonntagsöffnungen in Ossendorf am 29,03.2015, 11.10.2015 und 29.11.2015 ab,

c) dem Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen und lehnt damit die Sonntagsöffnungen im Bezirk Rodenkirchen ab.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. - abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales aus seiner Sitzung am 03.11.2014:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2015 an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten.

Der Beschluss wird wie folgt ergänzt:

Zusätzlich soll der Antrag der Interessengemeinschaft Heimersdorf auf Sonntagsöffnung am 31.05.2015 zum 50jährigen Bestehen genehmigt werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. - zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Klausing nimmt an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

6.3.2 Hochwasserschutzzonenverordnung Rodenkirchen Leinpfad 2697/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 4).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt haben wir - das sage ich mit Blick auf die Uhr - noch einiges vor uns.

Wir kommen zu:

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Ausländerrechtliche Beratungskommission - Änderung der Geschäftsordnung 2403/2014

Wortmeldungen? - Keine. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen, und wir können nachher noch über die Besetzung der Positionen entscheiden.

Beschluss:

Der Rat stimmt der in Anlage 1 aufgeführten geänderten Geschäftsordnung der Ausländerrechtlichen Beratungskommission zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2014 gemäß § 83 Absatz 1 und § 85 Absatz 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2013/2014 3220/2014

Das haben Sie so zur Kenntnis genommen. Darüber brauchen wir nicht abzustimmen.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch die Kämmerin/die Fachbeigeordneten in der Zeit vom 16.09.2014 bis 27.10.2014 für das Haushaltsjahr 2014 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2014 hinausgehende (überplanmäßige) Aufwendungen

Die folgenden Mehraufwendungen wirken sich, sofern sie zahlungswirksam sind, in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. 20.000,00 EUR in Teilplan 0104 in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)

Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 20.000,00 EUR in Teilplan 0101 in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)

2. 20.000,00 EUR in Teilplan 0416 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)

Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 20.000,00 EUR in Teilplan 0101 in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2014 hinausgehende (überplanmäßige) Auszahlung für

Investitionen

1. 6.000,00 EUR in Teilplan 0111 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen); Finanzstelle 0000-0111-0-0001

Deckung: Wenigerauszahlungen i. H. v. 3.000,00 EUR in Teilplan 0406 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen) sowie

Wenigerauszahlungen i. H. v. 3.000,00 EUR in Teilplan 0418 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

2. 179.000,00 EUR in Teilplan 0604 in Zeile 8 (Auszahlungen für Baumaßnahmen); Finanzstelle 5100-0604-0-2002

Deckung: Wenigerauszahlungen i. H. v. 179.000,00 EUR in Teilplan 1301 in Zeile 8 (Auszahlungen für Baumaßnahmen)

3. 20.000,00 EUR in Teilplan 0204 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen); Finanzstelle 0000-0204-0-0001

Deckung: Wenigerauszahlungen i. H. v. 20.000,00 EUR in Teilplan 0201 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

4. 1.800,00 EUR in Teilplan 0602 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen); Finanzstelle 0000-0602-0-0003

Deckung: Wenigerauszahlungen i. H. v. 1.800,00 EUR in Teilplan 0207 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe auf:

8 Überplanmäßige Aufwendungen

Zu Tagesordnungspunkt 8.1:

8.1 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 1201, Straßen, Wege, Plätze für das Haushaltsjahr 2014
2074/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 3.500.000 € im Teilergebnisplan 1201, Straßen, Wege, Plätze im Bereich der Straßenunterhaltungsmittel in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, im Haushaltsjahr 2014 bereit zu stellen.

Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe durch zahlungswirksamen Wenigeraufwand im Teilergebnisplan 1202, Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Haushaltsjahr 2014.

Sollten im Laufe des Jahres 2014 Umstände eintreten, die die Aufrechterhaltung der vorgenannten Deckung unmöglich machen, erfolgt eine Deckung im Rahmen des gesamtstädtischen Haushalts.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 8.2:

8.2 Überplanmäßige Aufwendungen im Haushaltsjahr 2014 zur Anfinanzierung des Depotumzuges des Rautenstrauch-Joest-Museums
2643/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen im Sinne des § 83 GO NRW im Teilergebnisplan 0404 – Rautenstrauch-Joest-Museum - in der Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 400.000 € im Haushaltsjahr 2014.

Die Deckung des überplanmäßigen Aufwandes erfolgt durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0412 – Historisches Archiv – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in entsprechender Höhe.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 8.3:

8.3 Überplanmäßige Auszahlung im Teilplan - Zentrale Dienstleistungen - für das Haushaltsjahr 2014
2710/2014

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *zur Finanzierung der Beschaffung von Regalwagen eine überplanmäßige investive Auszahlung im Haushaltsjahr 2014 gem. § 83 GO NRW in Höhe von 115.000 € im Teilfinanzplan 0106 –Zentrale Dienstleistungen in der Teilplanzeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen, Finanzstelle 0000-0106-0-0001 – Beschaffung beweglichen Anlagevermögens.*

   Die Deckung erfolgt durch investive Wenigerauszahlungen im Teilfinanzplan 0212 – Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst in der Teilplanzeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen, Finanzstelle 3701-0212-0-0100 – Kraftfahrzeuge in Höhe von 115.000 €.

2. *die Verwaltung zu ermächtigen, das notwendige Vergabeverfahren einzuleiten.*

   Auf die Erteilung eines Vergabevorbehalts wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 8.4:

8.4 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0418 - Stadtbibliothek - für das Haushaltsjahr 2014
2789/2014

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen von 134.857,05 € im Teilplan 0418 – Stadtbibliothek in der Teilplanzeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen).

Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe durch zahlungswirksamen Wenigeraufwand im Teilplan 0412 – Historisches Archiv – Teilplanzeile 13.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 8.5, den wir mit den Tagesordnungspunkten 2.2 und 3.1.2 verbinden:

8.5 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 1002 - Denkmalpflege - für die Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt/2. Bauabschnitt/Sanierung des Sockels
1779/2014

2.2 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Stadtkonservator
hier: Spende in Höhe von 20 000 Euro für die Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt
3106/2014

3.1.2 Antrag der Gruppe pro Köln betreffend „Vollständige Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt“
AN/1491/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die notwendige Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt beschäftigt uns heute gleich in mehreren Tagesordnungspunkten, die sinnvollerweise zusammengelegt worden sind, auch wenn es vielleicht besser gewesen wäre, sie etwas früher in der Sitzung aufzurufen. Nichtsdestotrotz wollen wir uns jetzt mit dem nötigen Ernst dieses Themas annehmen.

Jeder, der das Reiterstandbild auf dem Heumarkt sieht, weiß, dass eine Restaurierung dieses ehrwürdigen Denkmals notwendig ist, und zwar, wenn es nach pro Köln und vielen Bürgern dieser Stadt geht, eine vollumfängliche Restaurierung, die das Reiterstandbild wieder in einen würdigen Zustand versetzt.

Die Verwaltungsvorlage, die wir heute auf der Tagesordnung haben, stellt leider wieder nur einen Notnagel dar. Man will Stückwerk verrichten, um einen totalen Verfall des Reiterstandbildes zu verhindern.

Unser Antrag hingegen fordert das, was der Rat 2008 selbst auch schon einmal beschlossen hat. 2008 hat der Rat nämlich die umfassende Wiederherstellung und Sanierung des Reiterstandbildes von König Friedrich Wilhelm III. auf dem Heumarkt beschlossen. Veranschlagt wurden damals Baukosten in Höhe von circa 1,5 Millionen Euro. Weiterhin wurde beschlossen, die Sanierung in zwei Bauabschnitte zu unterteilen. Außerdem wurde beschlossen, dass man eine

Kombi-Finanzierung haben will - sprich: ein Teil aus der Stadtkasse, ein Teil durch Spenden.

Dieses Vorhaben ließ sich bis heute aufgrund mangelnder Spendeneingänge in ausreichender Höhe leider nicht umsetzen - was angesichts der Spendensummen, die dafür nötig gewesen wären, aber auch erwartbar war und was bei anderen Vorhaben mit ursprünglicher Spendenkoppelung keineswegs zur Aufgabe dieser Projekte geführt hat.

Ich nenne nur einmal als sehr prominentes und sehr aktuelles Beispiel mit großem Umfang das Jüdische Museum. Der eine oder andere wird sich vielleicht noch daran erinnern, welche Versprechungen da am Anfang in der Welt waren und wie viel angeblich über Spenden finanziert werden sollte. Im Nachhinein hat sich das alles als Hochstapelei und als nicht umsetzbar erwiesen. Nichtsdestotrotz wird weiter an diesem Projekt festgehalten, bei dem es um viele, viele Millionen geht - im Gegensatz zu einer anständigen Restaurierung und Sanierung des Reiterstandbildes.

Beim Reiterstandbild sind nach Auffassung der Stadtspitze und der Stadtverwaltung bereits wenige Hunderttausend Euro für die Stadt Köln nicht zu stemmen. Es heißt, das sei völlig ausgeschlossen. Immer, wenn es den rot-grünen Seilschaften im Rathaus in den Kram passt, wird die Finanzierungskarte gezogen. Bei ihren eigenen ideologischen Lieblingsprojekten hat Geld dagegen noch nie eine Rolle gespielt. Da wurden und werden Millionenbeträge im Akkord beschlossen und abgesegnet.

pro Köln meint, dass die jetzt in der Verwaltungsvorlage vorgesehene Teilrestaurierung, wie eingangs erwähnt, nur ein Notnagel in letzter Sekunde ist und wieder nur Stückwerk bleiben wird.

Wir fordern aus diesem Grund, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Kölner Verkehrsverein anlässlich des Preußen-Jubiläumsjahres 2015 eine vollständige Restaurierung durchführt. Diese vollständige Restaurierung soll alle Denkmalbestandteile beinhalten und im Ergebnis zu einer deutlichen Aufwertung des gesamten Reiterstandbildes führen. Anfallende Mehrkosten zur bisherigen Planung sollen von der Stadt getragen werden und im Zuge der Haushaltsplanberatungen 2015 berücksichtigt werden.

Dieses geschichtsträchtige Zeugnis einer wichtigen Epoche unserer Stadt und des Rheinlandes muss nämlich endlich wieder in einen würdigen Zustand versetzt werden - nicht nur wegen der Touristen, die gerne zu diesem Reiterstandbild am Heumarkt kommen und sich dort fotografieren lassen, sondern auch, weil diese Stadt es sich wert sein sollte. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zu den einzelnen Abstimmungen.

Zunächst stimmen wir über den unter Tagesordnungspunkt 3.1.2 vorliegenden Antrag von pro Köln ab. Das ist die große Lösung. Wer für den Antrag von pro Köln ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Gruppe pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist er abgelehnt.

Dann stimmen wir über die unter Tagesordnungspunkt 8.5 vorliegende Vorlage der Verwaltung ab. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dies bei Enthaltung der Linken und Enthaltung von pro Köln so beschlossen.

Jetzt geht es unter Tagesordnungspunkt 2.2 noch um die Frage, ob wir etwas dagegen haben, eine Spende von 20 000 Euro von der Bürgergemeinschaft Altstadt entgegenzunehmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. ist das auch so beschlossen. - Ich bedanke mich im Namen aller herzlich für diese Spende. Dann kann die Sache jetzt ihren guten Lauf nehmen.

Beschluss:

Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen im Sinne von § 83 GO NW in Höhe von 250.000 Euro im Teilplan 1002 – Denkmalpflege in der Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Die Deckung erfolgt durch Wenigeraufwendungen im Teilplan 1601- Allgemeine Finanzwirtschaft in der Teilplanzeile 20 – Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. und der Gruppe pro Köln zugestimmt.

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam mit den Punkten

2.2 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Stadtkonservator
hier: Spende in Höhe von 20.000,00 Euro für die Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt

3106/2014

und

3.1.2 Antrag der Gruppe pro Köln betreffend "Vollständige Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt"

AN/1491/2014

behandelt.

3106/2014

Beschluss:

Der Rat nimmt die Spende in Höhe von 20.000 Euro für das Reiterstandbild auf dem Heumarkt, vorrangig für die Sanierung der Sockelfiguren Alexander und Wilhelm von Humboldt, von der Bürgergemeinschaft Altstadt an den Stadtkonservator mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

AN/1491/2014

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Kölner Verkehrsverein anlässlich des Preußen-Jubiläumsjahr 2015 eine vollständige Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt durchzuführen. Diese vollständige Restaurierung soll alle Denkmal-Bestandteile beinhalten und im Ergebnis eine deutliche Aufwertung des gesamten Reiterstandbildes zum Ziel haben. Anfallende Mehrkosten zur bisherigen Planung werden von der Stadt getragen und sollen im Zuge der Haushaltplanberatung 2015 berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln – abgelehnt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 8.6:

8.6 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0402 - Museum Ludwig - für das Haushaltsjahr 2014
2886/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Brust.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir sollen heute einer Mehrausgabe von 1,3 Millionen Euro für das Museum Ludwig zustimmen. Davon entfallen alleine 410 000 Euro auf Mehrausgaben bei den Energiekosten für ein Jahr. Wie heute im *Kölner Stadt-Anzeiger* zu lesen war, betragen die Energiekosten insgesamt über 1,3 Millionen Euro. Normalerweise sagt man, dass man durch richtiges Verhalten ungefähr ein Drittel der Energiekosten einsparen kann, wenn man das will. Diese 410 000 Euro entsprechen ungefähr diesem Drittel. Sie wären also vermeidbar gewesen, wenn das Museum mit seinen Anlagen entsprechend umgehen würde. Man muss nur ins Museum hineingehen, um zu sehen, wie dort im großen Maße Energie verschwendet wird.

Weil das schon seit Langem so ist, haben wir als Rat bereits 2011 einen Antrag hier einstimmig beschlossen. Ich möchte einmal den Punkt 1 dieses Antrags vorlesen. Darin wird die Verwaltung aufgefordert,

> kurzfristig ein Konzept vorzulegen, um in allen städtischen Einrichtungen ein Energiecontrolling und Energiemanagement zu installieren und für alle bisher nicht erfassten Bereiche Energieberichte vorzulegen. Für die verbrauchsintensiven Kultureinrichtungen soll auch die Option eines eigenständigen Energiemanagements innerhalb des Kulturdezernates geprüft werden.

Das war im Frühjahr 2011. Wir haben bis heute nichts in Richtung Umsetzung dieses Beschlusses gehört.

Es gibt jedes Jahr den Energiebericht der Gebäudewirtschaft zu den Gebäuden der Gebäudewirtschaft. Ich frage dann jedes Jahr nach: Wann kommt denn die Ausweitung des Energieberichts auf die gesamte Stadt? - Darauf bekomme ich nie eine Antwort.

Deswegen möchte ich heute die Gelegenheit nutzen, den Dezernenten für Organisation hier direkt anzusprechen. Herr Kahlen, wann können wir damit rechnen, dass Sie diesen Ratsbeschluss ernst nehmen und auch umsetzen?

Speziell zu den Kultureinrichtungen enthält der damalige Antrag noch einen zweiten Punkt. Ich zitiere:

> In vielen städtischen Liegenschaften würde sich die Ersetzung vorhandener Altanlagen durch effizientere Technik (zum Beispiel Lüftungstechnik in Museen, BHKWs bei Feuerwehr etc.) in wenigen Jahren amortisieren. Die Verwaltung soll daher Einsparkonzepte erarbeiten, in denen dargelegt wird, wie diese Potenziale kurzfristig gehoben werden können. Dazu sind auch alternative Finanzierungsmodelle, zum Beispiel Bürgerfonds, zu betrachten.

Auch dazu haben wir bis heute nichts gehört.

Das ist keine Aufgabe der Kulturverwaltung alleine, sondern betrifft auch andere Einrichtungen - Feuerwehr, Bürgerhäuser usw. Auch da sieht es mit den Energiekosten verheerend aus. Wir wissen aus den Energieberichten der Gebäudewirtschaft und durch das Energiemanagement der Gebäudewirtschaft, dass man mit richtiger Arbeit über die Jahre sehr viel Geld sparen kann. Deswegen haben wir damals, also vor mehr als dreieinhalb Jahren, einstimmig beschlossen, dies auf alle Einrichtungen der Stadt auszuweiten.

Herr Kahlen, ich möchte Sie bitten, jetzt einmal Stellung zu der Frage zu nehmen, wann wir mit der Umsetzung rechnen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Direkt dazu, Herr Kahlen? - Bitte.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Brust, Sie haben selber angesprochen, dass es sich um Bereiche handelt, bei denen nicht die Gebäudewirtschaft das wirtschaftliche Eigentum hat, sondern einzelne Dezernate für die Gebäude eigenständig verantwortlich sind. Deshalb möchte ich Sie bitten, dass wir Ihre Frage mit den verschiedenen Bauherren-Dezernaten abstimmen können und ich Ihnen dann eine schriftliche Antwort zukommen lassen kann.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut. - Herr Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Warum Energieberatung nicht stattfindet, ist in der Tat eine wichtige Frage. Man könnte damit wahrscheinlich viel Geld sparen. Das ist allerdings nur ein Thema, lieber Herr Brust. Sie haben da aber unsere volle Zustimmung. Man kann es übrigens auch anders lösen. Wenn keine Einstellung eines Mitarbeiters möglich ist, wie man gehört hat, oder die Fluktuation auf dieser Position sehr groß ist, weil das natürlich gefragte Leute sind, bestünde auch die Möglichkeit, eine Serviceleistung auf dem freien Markt einzukaufen. So machen das andere große Häuser in der Privatwirtschaft, die vergleichbare Probleme haben, ja auch.

Erstaunlich ist aber, dass wir es hier - Herr Hammer hat vorhin in einem anderen Kontext davon gesprochen - wirklich mit einem „Alle Jahre wieder“ zu tun haben. Ich habe heute drei Vorlagen mitgebracht, aus denen wir uns eine beliebige aussuchen können. Schauen wir einmal, was ich im Jahr 2011 zu diesem Thema im Kulturausschuss gesagt habe. Ich zitiere mich jetzt also selber:

> Ratsmitglied Dr. Elster macht darauf aufmerksam, dass die entstandenen Mehrkosten sich aus Energiekosten, Bauunterhaltung, Bewachung und Unterhaltung der Sammlungen ergeben. Dies sei in puncto …

Wenn man ein Jahr oder zwei Jahre weitergeht, sieht man, dass immer wieder dieselben Sachen angesprochen werden.

Allerdings haben wir auch jedes Mal unseren Wunsch geäußert, dass die Pläne entsprechend angepasst werden. Wenn die Museen definitiv zu wenig Geld zur Verfügung gestellt bekommen sollten, muss das transparent gemacht werden. Dann kann man nicht am Jahresende irgendeinen Nachtragshaushalt einbringen, der hier mal eben beschlossen werden muss. Das hat mit Planung überhaupt nichts zu tun, meine Damen und Herren.

Das war 2011 und 2012 Sachstand. Wenn man sich dann das Jahr 2013 anschaut, stellt man fest, dass das Ganze sich nicht deutlich verbessert hat - im Gegenteil. Es gab eine vergleichbare Vorlage mit denselben Punkten.

Es ging immer um die Halle Kalk, die auf Kosten des Kulturetats saniert worden war - um jetzt festzustellen, dass man die Halle Kalk wahrscheinlich abreißen muss. Zumindest kann Kultur dort nicht mehr gelagert und nicht mehr ausgestellt werden. Stattdessen wird die Kultur, die uns von der Peter und Irene Ludwig Stiftung für Ausstellungen zur Verfügung gestellt worden ist, jetzt in Ossendorf endgelagert. Das ist im Prinzip der aktuelle Status. Trotzdem werden aber natürlich immer wieder Dinge dem Kulturetat in Rechnung gestellt.

Heute ist die Qualität aber doch schon anders, liebe Frau Laugwitz-Aulbach. 2011 sind wir im Sommer darüber informiert worden, dass Mehrausgaben bei der Bewachung zu erwarten sind. Im letzten Jahr sind wir erst kurz vor Weihnachten informiert worden. Damals sind wir aber wenigstens noch in allen Ausschüssen informiert worden. Dieses Mal ist es anders. Da geht die Vorlage am Kulturausschuss vorbei. Der Kulturausschuss wird überhaupt nicht mehr informiert. Man geht direkt in den Finanzausschuss und will das Geld haben.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein absoluter Skandal; denn die Museen werden definitiv vom Kulturausschuss gesteuert. Deshalb muss der Kulturausschuss natürlich mit einer solchen Vorlage befasst werden; denn die Monita sind doch immer die gleichen.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt immer wieder solche Mehrbedarfe. Das ist keine Planung. Das ist wirklich unterirdisch.

Das Allerschlimmste ist dann noch Folgendes: Im Dezember letzten Jahres habe ich auch hier im Rat gesessen und der Debatte gelauscht. Als ich dann meine Rede gehalten habe, habe ich darauf hingewiesen, dass die Vorlage, die Sie im vergangenen Jahr eingebracht haben, an einer Stelle total inkonsistent ist. Sie haben nämlich in der Vorlage geschrieben, dass der Rat beschließen solle, das Museum Ludwig habe ein Konzept zu entwickeln mit dem Ziel, das Defizit aus 2013 von fast 800 000 Euro in den Haushaltsjahren 2014 bis 2016 wieder an den allgemeinen Haushalt zurückzuführen. Ein Jahr später kommt dann eine Vorlage, in der man nicht ein Drittel von 800 000 Euro zurückführt, sondern 1,3 Millionen Euro mehr verlangt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Das hat doch überhaupt nichts mehr mit Planung zu tun. Sie hatten ein Jahr lang Zeit, diesen Umstand in irgendeiner Art und Weise zu reparieren. Das wäre bestimmt gelungen.

Das wäre auch nur angemessen gewesen; denn mit dem, was Sie machen, bringen Sie das Museum Ludwig letztendlich immer wieder in Diskredit. Am Jahresende wird das Museum Ludwig in der Presse vorgeführt, weil Gelder, die dem Museum für den Kunstbetrieb zur Verfügung gestellt werden, in der Halle Kalk investiert werden, damit die Gebäudewirtschaft diese Ruine irgendwie erhalten kann. Das sind wirklich absurde Zusammenhänge, die aufgelöst gehören, weil sonst das Museum Ludwig in der öffentlichen Debatte Schaden nimmt - und die ganze Kulturlandschaft in Köln auch.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte, Frau Dr. Bürgermeister.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Steigende Energiekosten, wachsender Sanierungsbedarf und die allgemeinen Betriebskosten und Bauunterhaltungskosten sind im Kontext von Kulturbauten, aber sicher nicht nur dort, sondern in allen öffentlichen Gebäuden virulent und oft ein Problem. Da gebe ich Herrn Dr. Elster recht. Das haben wir oft genug im Ausschuss Kunst und Kultur besprochen. Dies war oft ein Ärgernis und wurde gerade auch bezogen auf

das Museum Ludwig, wo die Abweichungen eben besonders groß sind, oft diskutiert.

Das Museum Ludwig ist - neben vielen anderen guten und gut funktionieren Museen - unser Museumsflaggschiff und hat - das muss jeder, der den Bau kennt, einräumen - raumtechnisch ganz besondere Herausforderungen zu bewältigen. Es gibt besonders große Räume, eine schwierige Eingangssituation, keine Türen usw. usf. Das muss man sicher im Blick behalten, wenn man über die Kosten dort spricht. Aber auch andere Museen haben Probleme.

Zunächst will ich sagen, dass wir dieser überplanmäßigen Aufwendung zum jetzigen Zeitpunkt zustimmen - auch wenn es ärgerlich ist, dass sie erst im Finanzausschuss vorgelegt worden ist. Das haben Sie zu Recht kritisiert. Wir wollen aber natürlich, dass das Museum Ludwig handlungsfähig bleibt.

Zu den Energiekosten ist schon einiges gesagt worden. Ich erinnere auch daran, dass wir einen Energieberater für die Kulturbauten beschlossen haben. Ich gehe davon aus, dass die Arbeit dieser Energieberatung auch bald ganz konkrete Früchte tragen wird und dass weitere energetische Optimierungen vorgeschlagen und vor allen Dingen auch umgesetzt werden.

Ein ganz wichtiger Punkt sind die Budgets der Museen. Das ist ja schon angesprochen worden. Hier möchte ich dann doch ein Wort an die beiden Dezernentinnen richten. Die Kulturdezernentin und die Kämmerin sind gefordert, zu realisieren, dass auch für die Raumkosten die Budgets stimmig sind; denn wir wollen die Museen nicht - das ist richtig - durch solche immer wieder stattfindenden nachgelagerten Bewilligungen in Misskredit bringen. Vor allem wollen wir mit auskömmlichen Budgets auch sicherstellen, dass Energiekosten und sonstige Baukosten nicht zulasten des künstlerischen Budgets gehen.

Zum Schluss möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir schon lange ein funktionierendes Controlling fordern, auch und gerade für die Museen, die ja vielfältige Aufgaben bewältigen müssen, nämlich neben künstlerischen Aufgaben auch die Aufgabe der Bauunterhaltung. Weil sie alles Mögliche erledigen müssen, ist es wichtig, dass sie vernünftig und kontrolliert agieren können und die komplexen Aufgaben zeitnah und zielorientiert steuern können. Das Entscheidende ist, dass gesteuert wird.

Mit einer vernünftigen finanziellen Ausstattung - da sind, wie gesagt, die beiden Beigeordneten gefordert - und einem funktionierenden Controlling - da sind die Häuser gefordert, die dann bei Problemen gegensteuern können und bei Engpässen frühzeitig informieren müssen - sollte eine solche Situation, wie wir sie jetzt mit dieser Vorlage haben, zukünftig nicht mehr auftreten. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Frau Stahlhofen, bitte.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. - Ich schließe mich an dieser Stelle dem „Alle Jahre wieder“ an. Überplanmäßige Aufwendungen für das Museum Ludwig kommen wie Weihnachten und der 11.11. jedes Jahr wieder.

Am 11.11. konnten wir unter unseren Pappnasen erstaunt der Presse entnehmen, dass das Museum Ludwig wieder einmal Geld braucht. Wer nicht? Was das Museum Ludwig aber wirklich braucht, ist das, was wir schon lange beschlossen haben, nämlich ein Konzept, um die Wirtschaftlichkeit tatsächlich in bessere Bahnen zu lenken.

Auf der einen Seite ist es ein trauriges Bild, dass die Verwaltungsvorlage nicht im Kulturausschuss gewesen ist. Wir hätten uns dadurch auch die eine oder andere Debatte hier sparen können.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das glaube ich nicht!)

Sie ist dann logischerweise vom Finanzausschuss ohne Votum in den Rat verwiesen worden. Es blieb ihm ja auch nichts anderes übrig.

Auf der anderen Seite ist es auch gut, über überplanmäßige Aufwendungen im Kulturbereich zu sprechen. Dass wir soeben auch andere überplanmäßige Aufwendungen im Bereich Kultur beschlossen haben, zeigt, dass der gesamte Kulturbereich unterfinanziert ist. Daran müssen

wir etwas tun. Bitte bedenken Sie das bei Ihren Haushaltsplanungen; denn sonst werden wir diese Art von Vorlagen nächstes Jahr wieder - same procedure as every year - hier auf dem Tisch liegen haben. - Danke.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jedes Jahr erleben wir hier die gleiche Chose und bekommen solche Vorlagen. Die neue Qualität ist, dass nicht einmal der Kulturausschuss darüber beraten kann, sondern uns das im Finanzausschuss einfach als Tischvorlage hingelegt wird.

Hier wurde auch schon der Antrag der Grünen angesprochen. Im nächsten Jahr werden wir vermutlich sehen, dass wieder nichts passiert ist. Ich weiß auch gar nicht, ob im Kulturamt die richtigen Verwaltungsleute sitzen, um überhaupt über Energie nachzudenken.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch, natürlich!)

Herr Elster hat schon die Frage aufgeworfen, ob wir nicht insbesondere bei den Museen endlich ein Energiecontracting vornehmen sollten. Ich bin der Meinung, dass wir hier auf der Verwaltungsbank genau das richtige Unternehmen sitzen haben, das solche Dienstleistungen anbietet.

(Jochen Ott [SPD]: Mensch, die FDP spricht sich für die RheinEnergie aus! Heute schon das zweite Mal! Ich bin sehr beeindruckt!)

- Da schauen Sie, Herr Ott. Ja, wir wissen, was an dem Unternehmen gut ist und es kann - wahrscheinlich besser als eine Verwaltung. Wir haben hier nämlich eine Bürokratie, die es immer noch nicht geschafft hat, diesen Antrag der Grünen umzusetzen.

(Zuruf von Dr. Dieter Steinkamp [RheinEnergie AG])

- Das habe ich jetzt leider nicht verstanden, Herr Dr. Steinkamp.

(Dr. Dieter Steinkamp [RheinEnergie AG]: Ich habe versucht, die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter aufzurüsten!)

- Alles klar.

Ich bin der Meinung, dass wir hier mit einem Energiecontracting beginnen sollten. Es wäre wahrscheinlich auch das Beste, damit beim Museum Ludwig anzufangen. Dann müssen die Museumsdirektoren, die sich ja wie kleine Könige fühlen, auch mal über ihren Schatten springen und zulassen, dass wir dort hineingehen; denn sonst werden wir hier keine Möglichkeiten haben.

Die überplanmäßigen Aufwendungen, die wir ja jedes Jahr haben - immer fällt einem wieder eine Begründung ein, warum es diese Aufwendungen gibt -, möchten wir uns diesmal genau anschauen, Herr Oberbürgermeister. Deshalb werden wir Akteneinsicht beantragen. Insbesondere wollen wir sehen, ob die Rechnungen tatsächlich noch nicht bezahlt sind. Schließlich ist es schon interessant, dass wir immer das gleiche Volumen haben, aber jedes Mal andere Gründe genannt werden. Ich möchte doch einmal schwarz auf weiß sehen, wie die dort rechnen und insbesondere auch buchen; denn da hatten wir beim Museum Ludwig - wer im Finanzausschuss sitzt, weiß das - auch schon unsere Probleme, weil die Buchhaltung dort gar nicht mehr existent war.

Wir lehnen das also erst einmal ab. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es kurz vom Platz aus; denn ich habe nur zwei Fragen an die Kulturverwaltung.

Erstens. Nach einer Mitteilung, die wir im Ausschuss für Kunst und Kultur bekommen haben, soll der Energieberater für das Museum Ludwig im März dieses Jahres seine Arbeit aufgenommen haben. Jetzt gibt es Berichte aus der Stadt, nach denen das Arbeitsverhältnis bereits wieder beendet sein soll. Trifft dies zu, und wenn ja, aus welchem Grund?

Zweitens. Seit wann wusste das Kulturdezernat, dass das Museum Ludwig wieder sehr hohe überplanmäßige Aufwendungen hat, und was hat das Dezernat zur Gegensteuerung getan? Diese

Frage, die mir eigentlich noch mehr am Herzen liegt als meine erste Frage, stelle ich, weil wir, wie auch schon angesprochen worden ist, bereits 2010 eingefordert haben, dass es ein enges Controlling gibt. 2011 haben wir auch noch einmal bestätigt, dass wir jedes Vierteljahr einen Bericht erhalten möchten. Diese Quartalsberichte haben wir trotz Nachfrage nie bekommen. Deswegen möchte ich jetzt gerne wissen: Wie sieht die Steuerung aus, und seit wann wusste das Dezernat Bescheid? - Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Laugwitz-Aulbach, bitte.

Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Fragestellerinnen und Fragesteller, über diese Vorlage bin ich natürlich auch nicht erfreut. Das können Sie mir abnehmen. Ich bin jetzt seit über einem Jahr hier und habe mir das auch anders vorgestellt als so, dass ich Ihnen Ende dieses Jahres wieder eine Vorlage zu überplanmäßigen Aufwendungen des Museums Ludwig vorlegen muss.

Als Erstes möchte ich aber doch darauf hinweisen, dass es die oberste Sorge der Kulturverwaltung ist, dieses Museum wirklich gut über die Klippen zu bringen. Deshalb haben Sie diese Vorlage von uns auch direkt im Finanzausschuss erhalten; denn die finanzielle Situation hat sich so dargestellt, dass das Museum, wären wir erst in den Kulturausschuss, anschließend in den Finanzausschuss und dann in den Rat gegangen, in der Tat zahlungsunfähig gewesen wäre. Ich denke, dass man das auch nachweisen kann. Das ist der Grund dafür.

(Zuruf: Das fällt doch nicht vom Himmel!)

Zum einen bin ich gefragt worden, seit wann man ungefähr weiß, wie schwierig diese Situation ist. Das ist seit einigen Wochen der Fall. Um diese Vorlage glaubhaft für Sie erstellen zu können, benötige ich aber natürlich ganz detaillierte, genaue Zahlen. Ich wollte nicht sagen müssen: Das war die erste Vorlage; jetzt ist in einem anderen Bereich noch einmal etwas gekommen. - Das wollte ich auch auf keinen Fall.

Zum Energieberater: Frau von Bülow, es ist richtig, dass der Energieberater im Frühjahr dieses Jahres seine Arbeit erst einmal aufgenommen hat. Er hat auch schon einige Schritte eingeleitet. Dazu werde ich gleich etwas sagen. Dann hat er sich innerhalb der Stadtverwaltung verändert. Deshalb ist die Stelle des Energieberaters neu ausgeschrieben; das stimmt. Vorher hat er insbesondere das Museum Ludwig in den Mittelpunkt seiner Bemühungen gestellt.

Der erste Umsetzungsschritt ist auch schon getan, nämlich der Austausch der Lampen durch LED-Beleuchtung in mehreren Tranchen - in mehreren Tranchen deshalb, um überprüfen zu können, ob ein erstes Umsetzen dann auch die Erfolge zeitigt, die versprochen werden; denn das Ganze ist auch wieder eine größere Investition. Dem Austausch der ersten 200 Lampen haben Sie dankenswerterweise vor Kurzem zugestimmt. Wir werden also sehen, welche Erfahrungswerte wir daraus gewinnen werden.

Der zweite Umsetzungsschritt betrifft eine Prüfung, die Klimaanlage im Museum Ludwig auszuwechseln. Auch das wird, wenn es dazu kommt, eine größere Investition sein. Dafür braucht man eine lange Prüfungszeit, um auch wirklich die richtigen Fundamente für das Treffen dieser Entscheidung zu haben.

Zu den Energieberichten: Wir werden uns - das hatten wir auch schon lange vor, sind da aber noch nicht sehr viel weiter gekommen - mit der Gebäudewirtschaft zusammensetzen und Ihnen diese Energieberichte ab nächstem Jahr auch liefern.

Ich möchte gerne noch etwas zu dem Begriff „Energiekostensteigerungen“ sagen, der offenbar auch Fehlinterpretationen herausgefordert hat. Ich bedaure das. Es geht nicht um Kostensteigerungen durch einen Mehrverbrauch. Vielmehr ist die finanzielle Veranschlagung seit 2012 dieselbe geblieben. Sie lag in den Jahren 2013 und 2014 unverändert bei 1,47 Millionen Euro. Die Energiekosten betrugen aber regelmäßig zwischen 1,75 und 1,87 Millionen Euro. Wie Sie zu Recht gesagt haben, sind das alles natürlich Aufgaben, wo sich das Kulturdezernat auch mit der Kämmerei in guten Gesprächen für die Zukunft befindet.

Letzter Punkt: Ich hätte Ihnen gerne in diesem Jahr das geforderte Konzept für mehr Controlling und für weitere Maßnahmen, die für das Museum Ludwig positiv sein sollen, vorgelegt. Wie Sie selbst wissen, hatte das Museum Ludwig in diesem Jahr aber keinen Direktor. Ein solches Konzept kann man allerdings nur in gemeinsamer Arbeit wirklich erfolgversprechend erstellen. Am 1. Februar nächsten Jahres wird Yilmaz Dziewior hier nach Köln kommen. Ich denke, dass wir mit ihm eine Persönlichkeit gefunden haben, die das Museum Ludwig nicht nur programmatisch weiter nach vorne bringen wird, sondern auch mit ihrem ganzen Einsatz dafür sorgen wird, dass wir auch auf der Ebene von Controlling und allen anderen Punkten, die dem Museum wirklich guttun werden, gemeinsam einen großen Schritt vorangehen können, sodass ich nicht in einem Jahr wieder mit überplanmäßigen Aufwendungen hier vor Ihnen stehen muss. - Es war mir wichtig, das noch einmal zu betonen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Die werden wir auch nicht mehr genehmigen! - Zuruf von Birgit Gordes [CDU])

- Ich kann es Ihnen nur so berichten, wie ich es sehe. - Ich denke, dass ich damit die Fragen so weit beantwortet habe und Ihnen die Informationen gegeben habe, die ich Ihnen geben konnte. - Danke schön fürs Zuhören.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Laugwitz-Aulbach.

Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir jetzt zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 8.6. Wer gegen diese Verwaltungsvorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP und pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist es so beschlossen. - Ich bedanke mich.

Beschluss:

Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen im Sinne des § 83 GO NW in Höhe von 1.330.000 € im Teilergebnisplan 0402 – Museum Ludwig – in den Teilplanzeilen 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) und 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen) im Haushaltsjahr 2014.

Der überplanmäßige Aufwand im Teilplan 0402 – Museum Ludwig wird gedeckt durch

1. *zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilplan 0401 – Museumsreferat – in der Teilplanzeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) in Höhe von 120.000 € aus dem Renovierungsprogramm*
2. *zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilplan 0412 – Historisches Archiv – in Teilplanzeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) in Höhe von 1.210.000 €*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Gruppe pro Köln - zugestimmt.

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Anmerkung:
Ratsmitglied Wiener verlässt die Sitzung endgültig.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen nun zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

10.1 Fortschreibung des Konzepts zur medienübergreifenden Überwachung von Industrie- und Gewerbebetrieben 2680/2013

Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 21.10.2014
AN/1391/2014

Zu dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün erteile ich Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit mache ich es vom Platz aus. - Im Zusammenhang mit unserem Änderungsantrag gibt es wohl ein Missverständnis - nach dem Motto, wir wollten die gesetzliche Pflichtaufgabe nicht wahrnehmen. Das ist über-

haupt nicht das Ziel unseres Änderungsantrags - ganz im Gegenteil. Wir wollen über das hinausgehen, was in der Vorlage gefordert ist, weil es unseres Erachtens nicht sein kann, dass kleine und mittlere Betriebe im Grunde genommen nur per Fragebogen abgefragt werden.

Wir wünschen uns beim Thema Sicherheit, dass es Audits gibt, bei denen diese Betriebe eine Hilfestellung geboten bekommen, sodass sie das Thema Sicherheit sogar noch viel besser umsetzen können. Wir wollen diesen Unternehmen mit gut ausgebildeten Auditoren eine Hilfestellung geben und damit das Thema Sicherheit sogar noch ein Stück weiter vorantreiben.

Deswegen bitte ich Sie noch einmal darum, dass Sie unserem Änderungsantrag zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Herr Ott, bitte.

Jochen Ott (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur noch einmal das wiederholen, was ich im Umweltausschuss bereits gesagt habe und was für die SPD-Fraktion schon wichtig ist: Wenn es um Vorgaben geht, die vom Land verordnet werden - ich sage das ganz bewusst auch in meiner Doppelrolle -, muss die Konnexität, die wir uns gegenseitig versprochen haben, immer auch eine Rolle spielen. Das haben wir in der Vorlage vermisst.

Frau Reker hat aber im Ausschuss gesagt - ich gehe davon aus, dass das dann auch hier so im Protokoll aufgenommen wird -, dass die Stadt natürlich diese Frage weiterverfolgt. Bei allen anderen Diskussionen in sämtlichen Fachbereichen wird das nämlich auch so gemacht. Wenn es auf Landesebene zu Veränderungen kommt, muss auch diese Frage geklärt werden. Das kann man natürlich immer partnerschaftlich zwischen den Ebenen machen. Man muss es aber zumindest gemeinsam festhalten.

Für die Zukunft fände ich es gut, wenn so etwas in den Vorlagen zumindest mit vermerkt würde. Wir werden der Vorlage inhaltlich aber auch zustimmen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der FDP ab. Wer ist für diesen Antrag? - Das sind die FDP und die AfD. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Dann kommen zur Vorlage selbst. Wer ist dagegen? - Das ist die FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist sie so angenommen.

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Die Verwaltung überarbeitet das Überwachungskonzept mit dem Ziel „Hilfe vor Misstrauen bei kleinen Unternehmen“ und damit einer höheren Qualifikation und damit verbundenen höheren Bezahlung der überwachenden Mitarbeiter. Hierbei ist mindestens eine Verdopplung der Kosten pro Mitarbeiter mit Außendienstaufgaben anzusetzen.

Die Verwaltung prüft, inwieweit in das Konzept öffentlich anerkannte Prüf- und Überwachungsinstitutionen (wie z. B. der TÜV Rheinland) eingebunden werden können, vor allem, wenn eine signifikant höhere Qualifikation und Bezahlung innerhalb der Verwaltung nicht einfach zu realisieren sein sollte.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion - abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage:

1. *Der Rat beschließt das fortgeschriebene Konzept zur medienübergreifenden Überwachung von Industrie- und Gewerbebetrieben (Anlage).*

2. *Er beauftragt die Verwaltung, das Konzept unverzüglich umzusetzen und unter Beachtung der Vorgaben des Landes und der Erkenntnisse aus der Überwachungspraxis regelmäßig fortzuschreiben, um Gefahren für Mensch und Umwelt zu minimieren.*

3. *Der Rat beschließt zur Umsetzung des Überwachungskonzeptes die Einrichtung*

von 2,5 Mehrstellen Ingenieur/Ingenieurin, Vergütungsgruppe Vb/IVb/IVa, Fg. 1/1/1c + TZ BAT zum Stellenplan 2015. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2015 werden verwaltungsintern entsprechende Stellen bereitgestellt. Die im Haushaltsjahr 2014 erforderlichen Mittel in Höhe von rd. 32.000 € stehen im Teilplan 1401, Umweltordnung, -vorsorge, zur Verfügung. Ab dem Haushaltsjahr 2015 sind 191.850 € im Aufwand und 57.555 € als Ertrag im Teilplan 1401, Umweltordnung, -vorsorge, zusätzlich im Haushalt zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

10.2 Vergabe der Konzeptionsförderung in der Sparte Theater, Haushaltsjahre 2015-2018
1096/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 4).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

10.3 Wirtschaftsplan 2014 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
1237/2014

Wie Finanzausschuss.

Darüber stimmen wir ab. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der FDP ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gem. § 4 der Betriebssatzung i. V. m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2014 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest (Anlage 1).

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan 2014 erforderlich ist, wird auf EUR 118,51 Mio. festgesetzt.

Zur Vorbereitung des Geschäftsjahres 2014 wird die Betriebsleitung zum Abschluss von Verpflichtungen für investive Maßnahmen bis EUR 18,8 Mio. ermächtigt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden darf, wird auf EUR 100,0 Mio. festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

10.4 Abführung und Gewinnausschüttung an den städtischen Haushalt für 2014
1238/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Es enthält sich die FDP. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt, dass die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln Vorauszahlungen an den Haushalt der Stadt Köln in Höhe des im Wirtschaftsplan 2014 vorgesehenen Abführungs-betrages von EUR 45.432.820 und des Betrages der Gewinnausschüttung von EUR 4.144.800 leistet.*

2. *Die Auszahlung erfolgt in 4 Raten zum jeweiligen Quartalsende.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

10.5 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2012 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
1352/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der FDP ist dem zugestimmt.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt gem. § 4 Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) i. V. m. § 4 der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln den Jahresabschluss zum 31.12. 2012 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln fest und beschließt, aus dem Jahresüberschuss von EUR 62.669.454,30 einen Betrag von EUR 45.593.500,00 an den Haushalt der Stadt Köln abzuführen und den verbleibenden Betrag von EUR 17.075.954,30 der Gewinnrücklage zuzuführen.*

2. *Dem Betriebsausschuss und der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion.

10.6 Kulturentwicklungsplanung 2165/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 4).

10.7 Vergabe der Strukturförderung im Filmbereich, Haushaltsjahre 2015 - 2017

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 4).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.8:

10.8 5. Frauenförderplan 2015 - 2017 2377/2014

Abgestimmt werden soll wie AVR.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Frau Akbayir.

Hamide Akbayir (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kollegen und insbesondere liebe Kolleginnen! „Frauen tragen die Hälfte des Himmels“, lautet ein berühmter Spruch von Mao Tse-tung, den die Frauenbewegungen in aller Welt sich zu eigen gemacht haben. Dieser Spruch passt aber nicht zu unserer heutigen Realität. Ich sage Ihnen auch, warum: Frauen übernehmen oft mehr als die Hälfte der Pflichten und bekommen weit weniger als die Hälfte dafür -

(Beifall bei der Linken)

weniger Anerkennung, weniger Rechte, weniger Geld.

Viele von uns in Deutschland halten das für ein Problem in ärmeren, unterentwickelten Ländern. Weil es aber auch im emanzipierten Deutschland Ungleichheiten gibt - nicht zuletzt beim Lohn -, ist dieser Frauenförderplan notwendig.

An dieser Stelle bedanken wir uns beim Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern und bei der Verwaltung für das Erstellen dieses Frauenförderplans.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir finden es selbstverständlich richtig, dass der Anteil der Frauen in Führungspositionen erhöht werden muss.

(Zuruf: Wir haben doch schon fünf Dezernentinnen!)

Wir finden es auch richtig, bessere Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen. So können Frauen aus der Teilzeitfalle geholt werden, die ihnen im Arbeitsleben keine Karriere ermöglicht und im Alter keine ausreichende Rente schafft.

Der Förderplan weist aber auch große Lücken auf, nämlich bei den untersten Lohngruppen. Eine wichtige Forderung der Frauenbewegung war die nach Brot und Rosen. Viele Frauen kennen diese Begriffe. Übersetzen lassen sie sich mit „genügend zu essen“ und „Anerkennung“. An beidem mangelt es, wenn wir die untersten Lohngruppen bei der Stadt betrachten. Wir stellen nämlich eine Frauenarmut fest. Überwiegend Frauen mit Migrationshintergrund sind von dieser Armut betroffen. Das ist in diesem Förderplan jedoch nicht sichtbar.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel darstellen. Für eine Existenzsicherung brauchen zum Beispiel Frauen, die keine Kinder zu versorgen

haben, rund 1 120 Euro brutto. Für eine spätere existenzsichernde Rente müssen es schon 2 175 Euro sein. Jobs für Reinigungskräfte vergibt die Stadt aber nur für 17,5 Stunden pro Woche und zahlt dafür 732 Euro im Monat.

Der Frauenförderplan sieht hier eine Qualifizierung zu besser bezahlten Hallenwartinnen oder Museumswärterinnen vor. So weit ist das alles gut. Es löst aber das Problem der Reinigung nicht. Wir als Linke möchten, dass neu eingestellte Reinigungskräfte nicht in mehr in die Lohngruppe E1, sondern in die Lohngruppe E2 eingruppiert werden.

(Beifall bei der Linken)

In der Lohngruppe E2 erzielen die Frauen zumindest nach sechs Jahren ein Einkommen, das nach 45 Jahren eine existenzsichernde Rente möglich macht.

Außerdem brauchen die Reinigungskräfte und Hauswirtschaftskräfte in den Kitas einen Anspruch auf Vollzeit. Vielleicht wäre die Kombination dieser beiden Jobs ein Schritt in die richtige Richtung.

Wenn man das prüfen und kreative Modelle entwickeln würde, könnte man diese städtischen Beschäftigten aus der Armut herausholen. Zu dieser Armut sind zum Beispiel alleinerziehende Frauen verurteilt, die die 732 Euro von ihrem Arbeitgeber Stadt Köln mit ALG II aufstocken müssen.

Lohngruppe E2 und das Recht auf Vollzeit - das wären Brot und Rosen für die Reinigungskräfte und Hauswirtschaftskräfte, meine Damen und Herren. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Gibt es weitere Wortmeldungen zum Frauenförderplan? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist gegen diesen Plan? - Das ist die AfD. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Bei Gegenstimmen der AfD ist der Frauenförderplan so angenommen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den 5. Frauenförderplan 2015-2017.

Die einzelnen Maßnahmen sind aus bereits im Haushaltsplan veranschlagten Mitteln zu finanzieren.

Der Beschluss wird um folgendes ergänzt:

- *Der Geltungszeitraum des Frauenförderplans ist auf die Zeit 31.12.2017 zu begrenzen. Der darauf folgende Frauenförderplan für die Zeit ab 01.01.2018 ist dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales bis 01.03.2018 vorzulegen.*

- *Die Verwaltung wird beauftragt, besondere Förderprogramme für Frauen im mittleren Dienst zu erstellen. Dabei sollen die Aspekte Flexibilisierung der Arbeitszeit und Arbeitsorte, sowie eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, eine besondere Berücksichtigung finden. Die erarbeiteten Vorschläge sind mit einer Zeitschiene zu versehen und dem AV bis zum Ende des ersten Quartals 2015 vorzulegen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der AfD-Fraktion - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

10.9 Bedarfsfeststellungsbeschluss über die Anmietung von Magazin- und Büroflächen im ehemaligen Landesarchiv Düsseldorf
2412/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Beschluss:

Der Rat erkennt in Ergänzung des Bedarfsfeststellungsbeschlusses vom 14.07.2011 (2210/2011, siehe Anlage 1) den Bedarf des Historischen Archivs an, vom 01.01.2016 bis zum voraussichtlichen Einzug in den Neubau im Dez. 2019 im ehemaligen Landesarchiv NRW in Düsseldorf Magazin- und Büroflächen sowie zwei Stellplätze anzumieten. Die voraussichtlichen Mietkosten belaufen sich auf jährlich ca. 415.000 Euro.

Auf die Erteilung des Vergabevorbehaltes wird verzichtet.

Die Miete wird aus der in 2009 aufwandswirksam gebildeten Restaurierungsrückstellung finanziert. Die Finanzmittel zur Inanspruchnahme der Rückstellung stehen im Teilfinanzplan 0412-Historisches Archiv zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

10.10 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchesters Köln, Wj. 2014/2015
2524/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Angenommen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung i. V. m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Eig.VO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gürzenich-Orchester Köln für das Wirtschaftsjahr 2014/2015 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 0,5 Mio. EUR in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

10.11 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Absatz 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2013/2014 der Stadt Köln und außerplanmäßige Auszahlung bei der Finanzstelle 6903-1202-2-5090 Z an SRS für Rheinuferstrecke
2565/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Kostenerhöhung des städtischen Finanzierungsanteils beim barrierefreien Ausbau der Rheinuferbahn im Bereich zwischen den Haltestellen Schönhauser Straße und Godorf (Streckenabschnitt der Stadtbahnlinie 16) sowie beim Umbau bzw. bei der Verlängerung der Bahnsteigbrücken in Michaelshoven und Godorf über 244.900 EUR zur Kenntnis. Der städtische Eigenanteil beträgt nunmehr 834.900 EUR statt 590.000 EUR.

Gleichzeitig beschließt der Rat eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 244.900 EUR im Teilfinanzplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV –, in der Teilplanzeile 8 – Auszahlung für Baumaßnahmen –, bei der Finanzstelle 6903-1202-2-5090 „Z an SRS für Rheinuferstrecke“, Haushaltsjahr 2014. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im gleichen Teilfinanzplan sowie gleicher Teilplanzeile bei der Finanzstelle 6903-1202-1-6306 „Neubau der Haltestelle auf der Severinsbrücke“, Haushaltsjahr 2014.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

10.12 Neubau eines Feuerwehrzentrums in Köln-Kalk
hier: Baubeschluss
2566/2014

Wir stimmen ab wie Bauausschuss.

Wortmeldungen? - Keine. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig so angenommen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Bauausschusses aus seiner Sitzung am 03.11.2014:

1. *Der Rat genehmigt die Kostenberechnung zum Neubau eines Feuerwehrzentrums in Kalk inkl. Planstraße A auf dem Gelände nördlich der Gummersbacher Straße östlich der Bahntrassen (Gemarkung Deutz, Flur 33, aus Flurstück Nr. 867) mit Gesamtkosten von 27.211.665 € für Planung, Bau, Einrich-*

tung sowie Zuwegung und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und der Baudurchführung.

2. *Der Rat beschließt zusätzlich die Errichtung einer Photovoltaikanlage. Die Mehrkosten von 21.420 € erhöhen die Gesamtkosten auf 27.233.085 € und amortisieren sich bei Stromeigennutzung gemäß Anlage 3 im Zeitraum von 12 Jahren. Die Finanzierung der Mehrkosten erfolgt durch Einsparungen bei bereits veranschlagten Mitteln im Teilfinanzplan 0212 Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst.*

3. *Der Rat beschließt die Freigabe der zur Baudurchführung notwendigen Mittel in Höhe von 8.000.000 € im Teilfinanzplan 0212 Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst bei Zeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen bzw. Finanzstelle 3701-0212-1-5200 „Neubau FW 10“, im Haushaltsjahr 2014.*

4. *Der Rat beschließt ein eine regelmäßige Berichterstattung vorzugsweise mit Darstellung eines Ampelsystems.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.13:

10.13 Eingruppierung des Amtes des Stadtdirektors Guido Kahlen, Besoldungsgruppe B 8 übergeleitetes Besoldungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (ÜBesG NRW), nach Besoldungsgruppe B 9
2730/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer enthält sich? - Bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU und Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist das so beschlossen. - Ich gratuliere ganz herzlich.

(Beifall bei der SPD)

Beschluss:

Das Amt des Stadtdirektors Guido Kahlen wird nach Besoldungsgruppe B 9 eingruppiert.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

10.14 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2013 des Gürzenich-Orchesters Köln
2770/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

1. *Gemäß § 4 c der Betriebssatzung des Gürzenich-Orchesters Köln in Verbindung mit § 26 Abs. 3 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NW) werden der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 9.6.2014 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dornbach GmbH versehene Jahresabschluss zum 31.8.2013 sowie der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 1.9.2012 bis 31.8.2013 festgestellt.*

2. *Der Bilanzgewinn für das Wirtschaftsjahr vom 1.9.2012 bis zum 31.8.2013 in Höhe von EUR 173.814,20 der sich aus dem Jahresüberschuss 2012/2013 in Höhe von EUR 339.559,18 nach Verrechnung mit dem Verlustvortrag von EUR 173.697,98 sowie Entnahmen aus den Gewinnrücklagen in Höhe von EUR 7.953,00 ergibt, wird auf neue Rechnung vorgetragen.*

3. *Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

10.15 Kompetenzzentrum Frau und Beruf Region Köln - befristete Einrichtung 1,0 Stelle
2866/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Bereitstellung einer 1,0 Stelle EG12 TVöD (vergleichbar BAT III/II, Fg. 1a/1e) im Rahmen des Projektes „Kompetenzzentrum Frau und Beruf Region Köln“ befristet für den Zeitraum 01.12.2014 bis 30.06.2015 für die ausschließliche Aufgabenwahrnehmung der Wissenschaftlichen Mitarbeit.

Um die externe Besetzung der Stelle zum 01.12.2014 sicher zu stellen, wird verwaltungsintern eine entsprechende PR-Planstelle befristet zur Verfügung gestellt.

Der Aufwand für die Zeit vom 01.12.2014 bis 30.06.2015 setzt sich wie folgt zusammen:

Personalkosten	*43.050,00 €*
Sachkosten	*7.600,00 €*
Der Ertrag besteht in einer	
Landeszuweisung in Höhe von	*45.585,00 €*
Es verbleibt ein städtischer	
Eigenanteil in Höhe von	*5.065,00 €*

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt in den Haushaltsplänen 2014 und 2015 durch entsprechende Umschichtung im Teilergebnisplan 1501 – Wirtschaft und Tourismus – von der Teilplanzeile 16 (sonst. ordentliche Aufwendungen) zu Teilplanzeile 11 (Personalaufwendungen) in Höhe des städtischen Anteils.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

10.16 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Durchführung von Inkubator-, Intensiv-, Infektions- und Schwergewichtigentransporten durch die Stadt Köln
2917/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das auch so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Durchführung von Inkubator-, Intensiv-, Infektions- und Schwergewichtigentransporten durch die Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.17:

10.17 Projekt museumbus.Köln
2932/2014

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Durchführung des neu ausgerichteten Projektes „museumsbus.koeln“ ab 01.12.2014 bis zum 31.07.2017. Darüber hinaus beschließt der Rat die Mittelverwendung zur Finanzierung einer vollen Stelle Museumspädagoge/in VGr. II Fg. 1a BAT (E 13 TVöD) beim Museumsdienst der Stadt Köln zur Leitung und Betreuung des Projekts und die damit verbundene Verlängerung der Befristung der entsprechenden Stelle bei 4522/1 Museumsdienst bis 31.07.2017. Die hierfür benötigten Mittel in Höhe von jährlich 73.500 € stehen im Teilplan 0411 – Museumsdienst – Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen, zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.18:

10.18 Vergabe der Mietzuschüsse in der Sparte Bildende Kunst, Haushaltsjahre 2015-2019
2961/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann haben wir viele Künstler glücklich gemacht.

2961/2014

Beschluss:

Der Rat beschließt – vorbehaltlich des Vorliegens der haushaltsrechtlichen Bedingungen – im Teilplan 0416- Kulturförderung in der Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen für das Haushaltsjahr 2015 im Bereich der Bildenden Kunst nachfolgende Mietzuschüsse zu gewährleisten:

Zuschuss Frau Britta Bogers (Malerei)	*1.848,- €*
Zuschuss Frau Claudia Desgranges (Malerei)	*1.536,- €*
Zuschuss Herrn Robert Haiss (Malerei, Zeichnung)	*1.536,- €*
Zuschuss Herrn Christian Keinstar (Installation, Skulptur, Video, Fotografie)	*1.848,- €*
Zuschuss Herrn Thomas Kemper (Malerei)	*990,- €*
Zuschuss Frau Nicola Schudy (Installation, Zeichnung)	*1.500,- €*
Zuschuss Frau Heather Sheehan (Bildhauerei, Multidisziplinär)	*1.500,- €*
Zuschuss Herrn Thomas Straub (Bildhauerei, Konzept, Grafik)	*990,- €*
Zuschuss Frau Jessica Twitchell (Bildhauerei)	*990,- €*

Der Rat beabsichtigt, sofern die Haushaltslage dies erlaubt, die jährliche Zuschusshöhe bis zum Jahr 2019 beizubehalten.

Falls ein/e Künstler/in vorzeitig aus der Bewilligung ausscheidet, wird Frau Birgit Antoni (Malerei) mit einem Zuschuss von jährlich 1.848,- € nachrücken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.19 und Tagesordnungspunkt 10.24:

10.19 Jahresabschluss 2012
2983/2014

10.24 Jahresabschlüsse 2008 bis 2011
2736/2014

Über alle Jahresabschlüsse treffen wir jetzt eine gemeinsame Entscheidung.

Wer ist gegen diese Jahresabschlüsse? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Dann haben wir hier auch einen weiteren großen Schritt getan. - Vielen Dank. - Frau Kämmerin, das ist eine wichtige, gute Grundlage für die weitere Arbeit.

Beschluss:

Der Rat nimmt den als Anlage beigefügten, von der Kämmerin aufgestellten und vom Oberbürgermeister bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses für das Jahr 2012 zur Kenntnis und beschließt, den Rechnungsprüfungsausschuss mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2012 gemäß § 101 Gemeindeordnung zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam mit Punkt

10.24 Jahresabschlüsse 2008 bis 2011 2736/2014

behandelt.

2736/2014

Beschluss:

Der Rat nimmt die als Anlagen beigefügten, von der Kämmerin aufgestellten und vom Oberbürgermeister bestätigten Jahresabschlüsse für die Jahre 2008, 2009 und 2010 sowie den Entwurf des Jahresabschlusses 2011 zur Kenntnis und beschließt, den Rechnungsprüfungsausschuss mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2011 gemäß § 101 Gemeindeordnung zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.20 Errichtung eines Grundschulverbunds im Kölner Süden gem. § 83 SchulG NRW
2840/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 4).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Tagesordnungspunkt 10.20 ist abgesetzt worden.

Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

10.21 Neuregelung des Aufnahmeverfahrens an Kölner Schulen gemäß § 46 Absatz 6 Schulgesetz NRW (10. Schulrechtsänderungsgesetz)
2994/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Anwendung der Regelungen des § 46 Abs. 6 Schulgesetz NRW zum Aufnahmeverfahren von Schülerinnen und Schülern an Kölner Schulen ab dem Schuljahr 2015/16. Danach werden Schülerinnen und Schülern, die in ihrer Wohnsitzgemeinde eine Schule der von ihnen gewählten Schulform im Sinne des §10 Schulgesetz NRW besuchen können nur dann an einer Kölner Schule aufgenommen, wenn dies die Aufnahmekapazität an der gewünschten Schule zulässt. Von dieser Regelung sind alle städtischen Schulen sämtlicher Schulformen betroffen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.22:

10.22 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Wirtschaftsplan 2015
3066/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen der CDU. Enthaltungen? - Keine. Damit ist dem so zugestimmt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem als Anlage 1 (Erläuterungen) und Anlage 1a (Zahlen) beigefügten Wirtschaftsplan 2015 gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung mit folgender Einschränkung zu: „Aktivitäten der StEB, die Mehrausgaben im städtischen Haushalt zur Folge haben, sind zunächst einzelfallbezogen zwischen der Stadt Köln und den StEB abzustimmen, damit die Verwaltung zu eventuell erforderlichen über- oder außerplanmäßigen Ausgaben des städtischen Haushalts gesonderte Entscheidungen des Rates der Stadt Köln einholen kann.“

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion - zugestimmt.

10.23 Kommunalwahl 2014 - Feststellung der Gültigkeit der Rats-, Bezirksvertretungs- und Integrationsratswahl in Köln am 25.05.2014 gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) in Verbindung mit § 46a Kommunalwahlgesetz
2050/2014

Anmerkung:
Wegen des Sachzusammenhangs wurde diese Angelegenheit gemeinsam mit Punkt

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Klage gegen die Aufhebungsverfügung der Bezirksregierung Köln"

AN/1562/2014

behandelt.

10.24 Jahresabschlüsse 2008 bis 2011
2736/2014

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam mit Punkt

10.19 Jahresabschluss 2012

2983/2014

behandelt.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu:

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Holweide
Arbeitstitel: Kochwiesenstraße in Köln-Holweide
2043/2014

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine, auch nicht bei der FDP. Beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Holweide für das Gebiet Kochwiesenstraße, Burgwiesenstraße, Ferdinand-Stücker-Straße und Schweinheimer Straße in Köln-Holweide in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Kaske nimmt an der Beratung und der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu:

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

15.1 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nummer 63451/02
Arbeitstitel: Nördlich Scheidtweilerstraße/Maarweg in Köln-Braunsfeld
2830/2014

Wie Stadtentwicklungsausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses aus seiner Sitzung am 06.11.2014:

Der Rat beschließt

1. *über die zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;*

2. *gemäß § 7 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln in der Fassung vom 05.03.2012 (Amtsblatt Nummer 15 der Stadt Köln vom 12.03.2012, Nummer 208) anstelle des Stadtentwicklungsausschusses den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 63451/02 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet südlich der Wohnbaugrundstücke Maarweg 60 und Wegbergstraße 2 sowie 1 bis 21 und 42, westlich des Betriebsbahnhofes der Kölner Verkehrs-Betriebe AG, nördlich der Scheidtweilerstraße und östlich des Maarweges in Köln-Braunsfeld —Arbeitstitel: Nördlich Scheidtweilerstraße/Maarweg in Köln-Braunsfeld— nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB mit der als Anlage 6 beigefügten Begründung öffentlich auszulegen.*

3. *Die Verwaltung wird gebeten, im Verhandlungswege auf den Investor einzuwirken, öffentlich geförderten Wohnungsbau und eine Kindertagesstätte in dem Plangebiet zu integrieren.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

16.1 239. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2318/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 239. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 16.2:

16.2 240. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 2832/2014

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Auch das ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 240. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir noch zu:

17 Wahlen

Jetzt müssen wir uns noch einmal ein bisschen konzentrieren.

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

17.1 Wahl des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde der Stadt Köln 1145/2014

Wie Umweltausschuss. Das ist ja in der Vorlage nachlesbar.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der FDP ist die Wahl des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde so erfolgt.

Beschluss:

Der Rat wählt als Vertreter im Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde der Stadt Köln auf Vorschlag der im § 11 Abs. 4 LG NW genannten Verbände:

2 Vertreter/innen des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)

Ordentliche Mitglieder	*Stellvertretende Mitglieder*
Herr Jochen Woite	*Frau Claudia Müller*
Herr Ralf Gütz	*Herr Janos Wieland*

2 Vertreter/innen des Naturschutzbundes Deutschland (NABU)

Ordentliche Mitglieder	*Stellvertretende Mitglieder*
Herr Bodo Tschirner	*Herr Dr. Albrecht Priebe*
Frau Dr. Susanne Euler-Bertram	*Herr Klaus Simon*

3 Vertreter/innen der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen (LNU)

Ordentliche Mitglieder	*Stellvertretende Mitglieder*
Herr Harald von der Stein	*Frau Dorothea Schwab*
Frau Angelika Burauen	*Herr Christof Behr-Heyder*
Herr Alexander Merx	*Herr Horst Groß*

1 Vertreter/in der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Nordrhein-Westfalen e.V. (SDW)

Ordentliches Mitglied	*Stellvertretendes Mit-*

	glied
Herr Hans-Jürgen Brockmeier	*Herr Frank Küchenhoff*

2 Vertreter/innen des regional zuständigen Landwirtschaftsverbandes

Ordentliche Mitglieder	*Stellvertretende Mitglieder*
Herr Friedhelm Decker	*Herr Willi Buchmüller*
Herr Heinrich Meid	*Herr Hans-Georg Hermes*

1 Vertreter/in des Waldbauernverbandes

Ordentliches Mitglied	*Stellvertretendes Mitglied*
Herr Robert Niederprüm	*Herr Arnold Nesseler-Zillikens*

1 gemeinsame/r Vertreter/in des Landesverbandes Gartenbau Rheinland e.V., des Landesverbandes Gartenbau Westfalen-Lippe e.V. und des Provinzialverbandes Rheinischer Obst - und Gemüsebauer e.V.

Ordentliches Mitglied	*Stellvertretendes Mitglied*
Herr Michael Liesenberg	*Herr Heribert Demel*

1 Vertreter/in des Landesjagdverbandes

Ordentliches Mitglied	*Stellvertretendes Mitglied*
Herr Georg Kurella	*Herr Heinz Esser*

1 Vertreter/in des Fischereiverbandes Nordrhein-Westfalen e. V.

Ordentliches Mitglied	*Stellvertretendes Mitglied*
Herr Jürgen Szesny	*Herr Paul Hoffmann*

1 Vertreter/in des LandesSportBundes Nordrhein-Westfalen e.V.

Ordentliches Mitglied	*Stellvertretendes Mitglied*
Herr Manfred Steßgen	*Herr Helmut Wefelmeier*

1 gemeinsame/n Vertreter/in des Imkerverbandes Rheinland e.V. und des Landesverbandes Westfälischer und Lippischer Imker e.V.

Ordentliches Mitglied	*Stellvertretendes Mitglied*
Herr Jürgen Meder	*Frau Marion Eickler*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

17.2 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für die Ausschüsse des Rates
2753/2014

Wie Vorlage.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat ernennt gemäß § 23 a Abs. 3 Hauptsatzung der Stadt Köln auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner gemäß § 58 Abs. 4 GO NRW und dessen Vertreterinnen bzw. deren Vertreter in die folgenden Ausschüsse:

Ausschuss	*Sachkundige/ Einwohner/in*	*Vertreter/in*
Ausschuss Allg. Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/ Internationales	*Marcel Adolf*	*NN*
Bauausschuss	*Gisela Grüßer*	*NN*

Jugendhilfeausschuss	*Juliane Passavanti*	*Ibrahim Turhan*
Gesundheitsausschuss	*Uta Grimbach-Schmalfuß*	*Gerdi Hugoth*
Ausschuss für Kunst und Kultur	*Ute Palm*	*Uta Grimbach-Schmalfuß*
Ausschuss für Schule und Weiterbildung	*Annette Kellinghaus-Klingberg*	*Stephanie Stangier*
Ausschuss für Soziales und Senioren	*Vicky Püllen*	*Michael Müller*
Sportausschuss	*Sandra Meinert*	*Helmut Nikelis*
Stadtentwicklungsausschuss	*Barbara Röttger-Schulz*	*NN*
Verkehrsausschuss	*Bernd Fahlenbock*	*Horst Ladenberger*
Ausschuss für Umwelt und Grün	*Barbara Röttger-Schulz*	*NN*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

17.3 Neukonstituierung des Beirates der Forensischen Klinik Köln-Porz nach der Kommunalwahl 2014
2764/2014

Ich darf die Wahlvorschläge einmal vorlesen:

- Michael Paetzold, SPD

- Norbert Becker, CDU

- Arif Ünal, Grüne

- Ulrike Detjen, Linke

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die folgend genannten Personen dem Landschaftsverband Rheinland für eine Benennung als Mitglieder des Forensikbeirates an der LVR-Klinik Köln vorzuschlagen. Die bisherigen vier Vertreterinnen und Vertreter des Gesundheitsausschusses und des Stadtbezirks Porz werden von den einzelnen Fraktionen bzw. der Bezirksvertretung Porz benannt.

- *Frau Henriette Reker*	*Beigeordnete für Soziales, Integration und Umwelt*
- *Frau Charlotte Dahlheim*	*Gesundheitsamt*
- *Herr Dr. Matthias Albers*	*Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft*
- *Michael Paetzold*	*SPD-Fraktion*
- *Norbert Becker*	*CDU-Fraktion*
- *Herr Arif Ünal*	*Fraktion B`90/ Die Grüne*
- *Frau Ulrike Detjen*	*Fraktion DieLinke*
- *Herr Willi Stadoll*	*Vertreter/in des Stadtbezirks Porz*
- *Frau Eva Szynaka*	*Bürgerin der Wasserturmsiedlung*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

17.4 Neubenennung der Ratsvertreter/innen für die Kommunale Gesundheitskonferenz (KGK) nach der Kommunalwahl 2014
2771/2014

Auch da lese ich einmal die Namen vor:

- Michael Paetzold, vertreten durch Sven Kaske, SPD
- Dr. Jürgen Strahl, vertreten durch Ursula Gärtner, CDU
- Ahmet Edis, vertreten durch Dr. Ralf Unna, Grüne
- Uschi Röhrig, vertreten durch Beate Hane-Knoll, Linke

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist auch diese Beiratsbesetzung so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, wie bisher vier Mitglieder des Gesundheitsausschusses für die Kommunale Gesundheitskonferenz neu zu benennen. Folgende Mitglieder und Stellvertreter/-innen werden benannt:

Mitglied	*Stellvertreter/-in*
- *Michael Paetzold*	*Michael Kaske*
- *Dr. Jürgen Strahl*	*Ursula Gärtner*
- *Ahmet Edis*	*Ralf Unna*
- *Uschi Röhrig*	*Beate Hane-Knoll*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.5 Wahl der Vertreter der Stadt Köln für die Mitgliederversammlung des Interkommunalen Arbeitskreises Wahner Heide
2775/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 4).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Tagesordnungspunkt 17.5 ist abgesetzt worden.

Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

17.6 Neuwahl eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
2845/2014

Wie Vorlage.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt als persönlichen Vertreter Frau Theresia Dopkes (beratendes Mitglied für den Kellerladen e.V.)

Herrn Jochen Schremmer

in den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der AfD-Fraktion - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.7:

17.7 Neuwahl eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
2846/2014

Ebenfalls wie Vorlage.

Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit mit großer Mehrheit zugestimmt.

Beschluss:

Der Rat wählt als persönliche Vertreterin Frau Sarah van Dawen-Agreiters (beratendes Mitglied für den Kölner Jugendring e.V.)

Frau Sabine Welter

in den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der AfD-Fraktion - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.8:

17.8 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadt-

arbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
2882/2014

Wie Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Beschluss:

Beschluss gemäß Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender aus der Sitzung vom 20.10.2014:

Der Rat der Stadt Köln wählt auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender folgende sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter in die benannten Ausschüsse:

Ausschuss	*Sachkundige/r Einwohner/in*	*Vertreter/in*
Ausschuss für Soziales und Senioren	*Carolina Brauckmann* *Rubicon e.V.*	*Clemens Wittenbrink* *Rheinfetisch e.V.*
Gesundheitsausschuss	*Thilo Fussen* *SchwIPS e.V.*	*Michaela Diers* *Aidshilfe Köln*
Ausschuss Kunst und Kultur	*Jochen Saurenbach* *Rheinfetisch e.V.*	*Ina Wolf* *KLuST e.V.*
Sportausschuss	*Björn Blank* *SC Janus e.V.*	*Armin Lohrmann* *SC Janus e.V.*
Stadtentwicklungsausschuss	*Marco Malavasi*	*Jürgen Ulrich*
	LSVD Köln	*KLuST e.V.*
Wirtschaftsschuss	*Claudia Mewaldt* *KLuST e.V.*	*Pascal Siemens* *KLuST e.V.*
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	*Marco Malavasi* *LSVD Köln*	*Peter Enke* *Völklinger Kreis*
Jugendhilfeausschuss	*Thomas Haas* *Jugendzentrum anyway*	*Jürgen Piger* *Jugendzentrum anyway*
Ausschuss für Schule und Weiterbildung	*Bodo Busch* *Rubicon e.V.*	

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.9:

17.9 Ausländerrechtliche Beratungskommission; Einsetzung der Mitglieder durch den Rat
2884/2014

Über die Änderung der Geschäftsordnung haben wir ja eben befunden. Jetzt können wir auch die Besetzung vornehmen. Ich darf noch einmal um Aufmerksamkeit bitten.

Dazu liegen folgende Vorschläge vor:

- Cornelia Schmerbach, vertreten durch Dr. Annette Wittmütz, SPD
- Christian Joisten, vertreten durch Monika Möller, SPD
- Stephan Pohl, vertreten durch Ira Sommer, CDU

- Franz Dillmann, vertreten durch Firat Yurtsever, Grüne
- Güldane Tokyürek, vertreten durch Jörg Detjen, Linke

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat bestimmt folgende Mitglieder und Stellvertreter der kommunalen ausländerrechtlichen Beratungskommission:

	Ordentliches Mitglied	*Stellvertreter/in*
1. Rat/ SPD-Fraktion	*Cornelia Schmerbach*	*Dr. Annette Wittmütz*
2. Rat/ SPD-Fraktion	*Christian Joisten*	*Monika Möller*
3. Rat/ CDU-Fraktion	*Stephan Pohl*	*Ira Sommer*
4. Rat/ Fraktion Bündnis 90/ Grüne	*Franz Dillmannn*	*Firat Yurtsever*
5. Rat/ Fraktion Die Linke.	*Güldane Tokyürek*	*Jörg Detjen*
6. Für die freie Wohlfahrtspflege	*Frau Martina Domke (Diakonisches Werk Köln)*	*Frau Susanne Pack (Diakonsiches Werk Köln)*
7. Für die freie Wohlfahrtspflege	*Frau Monika Kuntze (Caritasverband für die Stadt Köln)*	*Frau Doris Kölsch (Caritasverband für die Stadt Köln)*
8. Für die freie Wohlfahrtspflege	*Frau Marita Bosbach (Deutsches Rotes Kreuz)*	*Herr Peter Zinken (Internationaler Bund)*
9. Für die Flüchtlingsberatungsstellen	*Herr Claus-Ulrich Prölß (Kölner Flüchtlingsrat e.V.)*	*Frau Denise Klein (agisra e.V.)*
10. Für den Integrationsrat	*--*	
11. Für das Kommunale Integrationszentrum	*Frau Susanne Kremer-Buttkereit*	*Frau Jolanta Boldok*
12. Für die Ausländerbehörde	*Frau Dagmar Dahmen*	*Herr Engelbert Rummel*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.10:

17.10 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für den Jugendhilfeausschuss
2935/2014

Wie Vorlage.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, gemäß § 58 Absatz 4 GO in Verbindung mit § 23 Abs. 4 der Hauptsatzung, Frau Irma Meder als sachkundige Einwohnerin und Frau Ute Saher, als deren Vertretung im Verhinderungsfall, für die Seniorenvertretung der Stadt Köln in den Jugendhilfeausschuss zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.11:

17.11 Ausschreibung Weihnachtsmarkt auf dem Roncalliplatz
hier: Modifizierung des Bewertungsverfahrens und Nennung der Mitglieder der Findungskommission
3152/2014

Hier geht es natürlich nicht um den Weihnachtsmarkt 2014.

Genannt werden:

- Gerrit Krupp, SPD
- Ulrich Breite, FDP
- Dr. Ralph Elster, CDU
- Manfred Richter, Grüne
- Güldane Tokyürek, Linke

Gibt es Gegenstimmen?

(Roger Beckamp [AfD]: Herr Oberbürgermeister!)

- Bitte.

Roger Beckamp (AfD): Das Gremium wird von vier auf fünf Personen vergrößert, um ein ausgewogenes Ergebnis in Anlehnung an die Sitzverteilung im Rat zu erzielen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja.

Roger Beckamp (AfD): Das verstehe ich nicht. Können Sie das erklären?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das steht doch in der Vorlage drin!)

- Ja, genau; von vier auf fünf. - Was ist denn die Erklärung dafür?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: An wen richten Sie Ihre Frage?

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Wahrscheinlich an die Verwaltung!)

Wir haben in der Vorlage beschrieben, dass eine den Mehrheitsverhältnissen im Rat entsprechende Regelung mit fünf Mitgliedern sinnvoll ist.

Roger Beckamp (AfD): Genau. Und warum gerade dieser Sprung von vier auf fünf? Warum nicht drei? Warum nicht sechs? Ich kann das nicht nachvollziehen. Das ist genau der Punkt. Warum?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Manchmal ist es so, dass es Beurteilungsspielräume gibt. Dann muss man sich für eine Alternative entscheiden.

Roger Beckamp (AfD): Ach so. Okay; dann verstehe ich das. - Schönen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte.

Wir kommen zur Abstimmung darüber. Wer ist dagegen? - Die AfD. Wer enthält sich? - Bei Gegenstimmen der AfD und Enthaltung von Deine Freunde ist das so angenommen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Modifikation des Bewertungsverfahrens zur Kenntnis und benennt wie folgt die Mitglieder für die Findungskommission:

1. *Gerrit Krupp*
2. *Dr. Ralph Elster*
3. *Manfred Richter*
4. *Güldane Tokyürek*
5. *Ulrich Breite*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der AfD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe Deine Freunde - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.12:

17.12 Antrag der SPD-Fraktion

hier: Stellvertreter/innen von Mitgliedern der Verbandsversammlung des Zweckverbands Sparkasse KölnBonn
AN/1516/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist diese Auswechslung so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt folgende Personen zu Stellvertreter/innen von Mitgliedern der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn:

1. *Zum Stellvertreter des Mitglieds Frank Schneider wird Dr. Ralf Heinen bestellt.*
2. *Zur Stellvertreterin des Mitglieds Franz Philippi wird Dr. Eva Bürgermeister bestellt.*
3. *Zum Stellvertreter des Mitglieds Dietmar Ciesla-Baier wird Christian Joisten bestellt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.13:

17.13 Kunststiftung im Museum Ludwig Köln
hier: Bestellung des Kuratoriums
2741/2014

Es liegen folgende Wahlvorschläge vor:

- Professor Klaus Schäfer, SPD
- Dr. Ralph Elster, CDU
- Peter Sörries, Grüne
- Gisela Stahlhofen, Linke
- Lorenz Deutsch, FDP

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das ebenfalls so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat bestellt in das Kuratorium der Kunststiftung im Museum Ludwig Köln

Herrn Prof. Klaus Schäfer für die SPD-Fraktion
Herrn Dr. Ralph Elster für die CDU-Fraktion
Herrn Peter Sörries für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frau Gisela Stahlhofen für die Fraktion Die Linke.Köln
Herrn Lorenz Deutsch für die FDP-Fraktion

Die Wahl erfolgt für die Wahlperiode 2014/2020, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder bestellt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Organ.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.14:

17.14 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Benennung von sachkundigen Einwohnern/innen
AN/1566/2014

Wie Antrag.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt auf Vorschlag der SPD-Fraktion nachfolgend Personen zu sachkundigen Einwohner/innen in die genannten Fachausschüsse:

Ausschuss für Kunst und Kultur
Prof. Hans-Georg Bögner
Manfred Post
Marco Malavasi

Jugendhilfeausschuss
Tobias Agreiter

Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/ Internationales
Valentina Kerst
Julia v. Dewitz

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.15:

17.15 Antrag der FDP-Fraktion
Hier: Neubenennung eines ordentlichen Mitglieds sowie eines Stellvertreters für den Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn
AN/1585/2014

Das hatten wir hier eben schon erklärt.

Dann können wir darüber entscheiden. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag so beschlossen. - Ich bedanke mich herzlich dafür, dass wir hier eine Lösung gefunden haben.

Beschluss:

Auf Vorschlag der FDP-Fraktion benennt der Rat anstelle von Herrn Ralph Sterck N.N. als Ordentliches Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn, als seinen Stellvertreter benennt der Rat Herrn Ralph Sterck.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

19 -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit haben wir das Ende des öffentlichen Teils unserer Sitzung erreicht.

(Schluss: 21.22 Uhr)

7. Sitzung vom 16. Dezember 2014

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Bestellung einer weiteren stellvertretenden Schriftführerin

3694/2014

2 Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Jahr 2015

3747/2014

3 Haushaltsplan-Entwurf 2015 Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW

3310/2014

Anwesend waren:

Vorsitzender
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Aymaz, Berivan; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Beckamp, Roger; Benthem van, Henk; Bercher-Hiss, Susanne; Börschel, Martin; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Dresler-Graf, Margret; Elster, Ralph Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Gordes, Birgit; Gutzeit, Walter Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Haug, Jochen; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf Bürgermeister Dr.; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Henseler, Andreas; Heuser, Marion; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Ott, Jochen; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Rabenstein, Svenja; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Santos Herrmann, Susana dos; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schoser, Martin Dr.; Schultes, Monika; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; von Wengersky, Alexandra Gräfin; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Woller, Julia; Wolter, Andreas Bürgermeister; Wolter, Judith; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeister
Zöllner, Reinhard

Verwaltung
Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Laugwitz-Aulbach, Susanne Beigeordnete; Steinkamp, Dieter Dr.

Schriftführerin
Frau Müller

Stenografen
Herr Weemeyer

Entschuldigt fehlen:
Stimmberechtigte Mitglieder
Klausing, Christoph; Rottmann, Hendrik; Schlieben, Nils Helge Dr.; Symanski, Ute Dr.; Thelen, Elisabeth;

Bezirksbürgermeister
Hupke, Andreas; Homann, Mike; Wirges, Josef; Schößler, Bernd; Fuchs, Norbert; Thiele, Markus

Bezirksbürgermeisterin
Blömer-Frerker, Helga;

Verwaltung
Höing, Franz-Josef Beigeordneter; Fenske, Jürgen;

(Beginn: 12.10 Uhr – Ende: 13.13 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 7. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, unsere Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeister und natürlich Sie alle als Mitglieder des Rates ganz herzlich.

Nach den mir vorliegenden Meldungen fehlen heute Frau Symanski sowie Herr Rottmann, der sich offensichtlich abgemeldet hat.

Heute müssen wir gleich zu Beginn einen Beschluss fassen; das ist Tagesordnungspunkt 1.

1. Bestellung einer weiteren stellvertretenden Schriftführerin
3694/2014

Frau Müller soll als weitere stellvertretende Schriftführerin bestellt werden. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen. Wir sind damit arbeitsfähig.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat bestellt für die weitere Dauer der Wahlperiode des Rates 2014 bis 2020 Frau Petra-Maria Müller zur weiteren stellvertretenden Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Dieser Punkt wurde vorgezogen und als erste Angelegenheit – vor Eintritt in die Tagesordnung – behandelt (siehe Ziffer I – Seite 2)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nach der Einbringung des Haushaltsentwurfs für 2015 steht heute Nachmittag – das wissen wir alle – um 15 Uhr eine komplette Ratssitzung an. Das heißt, wir haben heute viel vor.

Wir müssen die Tagesordnung für die Sitzung am heutigen Vormittag festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Es gibt keine nachträglichen Zu- und Absetzungen.

Zur Einbringung des Entwurfs werde zunächst ich, wie es in den letzten Jahren immer der Fall gewesen ist, das Wort ergreifen. Danach wird sich die Kämmerin an Sie wenden. Wie üblich werden wir dann, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, die Rednerliste zu diesem Punkt schließen und die beiden Vorlagen sowie die dazu gestellten Anträge in die Haushaltsplanberatungen der Fachgremien geben.

Ich gehe davon aus, dass es dazu keine Wortmeldungen gibt. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Wir haben heute ein Geburtstagskind: Herr Timmer, der als Pressesprecher schon so lange für den Rat tätig ist, hat heute Geburtstag.

(Beifall)

Ich möchte jetzt gerne meine Rede zur Einbringung des Haushalts halten. Frau Scho-Antwerpes, ich darf Sie herzlich bitten, die Sitzungsleitung zu übernehmen.

(Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes übernimmt die Sitzungsleitung)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung des Rates und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

I. Der Oberbürgermeister erläutert, dass es zu dieser Sitzung erforderlich sei, eine weitere stellvertretende Schriftführerin zu benennen.

Der Rat bestellt daraufhin für die weitere Dauer der Wahlperiode des Rates 2014 bis 2020 Frau Petra-Maria Müller einstimmig zur weiteren stellvertretenden Schriftführerin.

II. Der Oberbürgermeister erläutert, dass vor dem Beginn der Beratungen zunächst die Tagesordnung festzulegen sei, zu dieser habe es keine Zu- oder Absetzungen gegeben.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass er zur Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für 2015 zunächst selbst das Wort ergreifen werde. Danach folge die Kämmerin. Wie üblich werde damit – das Einverständnis des Rates vorausgesetzt – die Rednerliste zu diesen Punkten geschlossen und die beiden Vorlagen sowie die dazu gestellten Anträge in die Haus-

haltsplanberatungen in die Fachgremien verwiesen.

III. Der Rat setzt die Tagesordnung – wie vom Oberbürgermeister vorgeschlagen – einvernehmlich wie folgt fest:

2. Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Jahr 2015 3747/2014

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf für das Jahr 2015 stellen wir die Weichen für die Zukunft unserer Stadt. Köln hat hervorragende Zukunftsperspektiven. Köln wächst; Menschen ziehen hinzu, weil sie hier Zukunftschancen sehen, weil sie die Stadt attraktiv finden und gerne hier leben. Mit dem Haushalt 2015 wollen wir die positive Entwicklung begleiten und gestalten; wir setzen neue Akzente, ohne dabei die Aufgabe der Haushaltskonsolidierung aus dem Blick zu verlieren.

Köln ist ein ausgezeichneter Standort sowohl für öffentliche als auch für private Investitionen. Alle, die hier investieren, haben Vertrauen in die Kraft dieser Stadt. In der Nachkriegsgeschichte – abgesehen von dem direkten Wiederaufbau unmittelbar nach dem Krieg – ist noch nie so viel investiert, noch nie so viel gebaut worden wie in diesen Jahren. Das macht uns wettbewerbsfähig im Vergleich zu anderen erfolgreichen Städten wie etwa Hamburg, München oder Stuttgart.

Man muss sich immer wieder vor Augen führen, was gerade geschieht und wie sich das Gesicht unserer Stadt auch wandelt. Öffentliche und private Investitionen erstrecken sich auf die gesamte Stadt. Sie erreichen ein Volumen, das in den zweistelligen Milliardenbereich geht. Davon profitiert die heimische Wirtschaft; davon profitieren aber auch alle Bürgerinnen und Bürger.

Lassen Sie mich einige Beispiele nennen:

Zukunftsinvestitionen des Landes Nordrhein-Westfalen. Der Masterplan der Universität zu Köln umfasst Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen im Umfang von 1,3 Milliarden Euro in den nächsten Jahren. Der Neubau des Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums der Fachhochschule ist mit 300 Millionen Euro veranschlagt. Der Neubau der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung auf dem Deutzer Feld wird nicht weniger als 50 Millionen Euro kosten. Der Umzug der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung gibt der Hochschule für Musik und Tanz neue Erweiterungsmöglichkeiten. Im Justizbereich ist sowohl der Neubau des Justizzentrums am Eifelwall als auch der vollständige Umbau der Justizvollzugsanstalt in Ossendorf in der konkreten Planung.

Auch für Investitionen aus der Privatwirtschaft ist Köln ein begehrtes Pflaster. Der Umbau des Gerling- und des Gürzenichquartiers wird das Gesicht der Innenstadt deutlich aufbessern. Im nächsten Jahr beginnt der Umbau des Staatenhauses zu einem der modernsten Musicaltheater Deutschlands.

Die Fertigstellung großer Wohnungsbauprojekte wirft ihren Schatten voraus. Ich nenne nur einige: Widdersdorf Süd, Clouth-Gelände, Sidol-Gelände, Klostergärten, HDI, Sürther Feld, Reiterstaffel Gaedestraße, Waldbadsiedlung Ostheim. Hinzu kommen die Planungen – um auch hier nur einige zu nennen – für Zündorf-Süd und den Ehrenfelder Güterbahnhof.

Mit dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen und dem Kooperativen Baulandmodell wollen wir dafür Sorge tragen, dass auch der geförderte Wohnungsbau deutlich stärker zum Tragen kommt.

Auch unser kommunaler Haushalt enthält wichtige Investitionen. Im Schulbau sehen wir in den nächsten Jahren Baumaßnahmen im Umfang von 1,3 Milliarden Euro vor; darin sind laufende Planungsaufträge im Umfang von rund 626 Millionen Euro sowie geplante Projekte im Umfang von 619 Millionen Euro enthalten.

Im kommenden Jahr wird die Neugestaltung der Ostseite des Domes abgeschlossen sein. Gleiches gilt für die Fertigstellung des Rheinboulevards in Deutz. Im kommenden Jahr sehen wir dem Abschluss des Projekts „Städtische Bühnen“ mit großen Erwartungen entgegen. 2015 wird der Startschuss für den Neubau des Historischen Archivs gegeben. 2015 wollen wir auch die Neugestaltung von Porz-Mitte ebenso wie den Start der Bildungslandschaft Altstadt Nord in Angriff nehmen.

All diese Bauvorhaben werden von der Stadtverwaltung begleitet und getragen. Angesichts der Fülle der Projekte sind die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stark belastet, manchmal auch überlastet. Ich danke ihnen für dieses außerordentliche Engagement. Wir wollen den so stark gestiegenen Anforderungen Rech-

nung tragen. Der Haushalt sieht deshalb eine deutliche Aufstockung im Personalbereich vor.

Köln ist eine wachsende Stadt. Bis Ende dieses Jahrzehnts werden 50 000 mehr Menschen hier leben. Im Jahre 2030 werden es laut Landesstatistik 100 000 Menschen mehr sein. Es kommen junge Menschen, Familien, gut ausgebildete Fachkräfte, ältere Menschen, Zuwanderer. Und noch nie wurden so viele Kinder in Köln geboren wie in diesem Jahr; jeden Monat sind es mehr als 1 000 Kinder.

Der Bevölkerungszuwachs ist eine große Chance, aber auch eine Herausforderung. Wo schrumpfende Städte ihre Leistungen der Daseinsvorsorge zurückfahren, ihre öffentlichen Einrichtungen zurückbauen, da bauen wir unsere Infrastruktur und unser Leistungsangebot für die Bürger aus – zum Beispiel im Verkehrsbereich.

Neben der Sanierung brauchen wir auch einen weiteren Ausbau unserer Verkehrswege. Das gilt für die Erweiterung unseres Stadtbahnnetzes ebenso wie für den Neubau von Umgehungsstraßen, zum Beispiel in Porz-Zündorf oder in Meschenich.

Die Kapazitäten des Bahnknotens Köln reichen längst nicht mehr aus, um die gestiegene und weiter steigende Nachfrage zu decken. Der RRX wird insbesondere auf der Strecke Köln–Düsseldorf dringend benötigt – einschließlich eines Halts im Bahnhof Mülheim.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Die Bundesregierung ist gefordert, zu ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung für die Infrastruktur zu stehen. Hier im Ballungsraum Rheinland werden die Gelder am meisten benötigt.

Ich kann die Entscheidungen zum Bundeshaushalt 2015 nur mit großem Befremden zur Kenntnis nehmen. Die Regionalisierungsmittel wurden nicht, wie langfristig vorgesehen, um 1,5 Prozent gesteigert – der Bundesrat hatte angesichts der Mehrbedarfe eine Steigerung um 16 Prozent gefordert –; nein, die Mittel wurden auf dem Stand des Vorjahres eingefroren. Gegenüber wachsenden Städten wie Köln halte ich dies für verantwortungslos.

(Beifall bei der SPD)

Gleiches gilt für den nach wie vor völlig ungerechten Verteilungsschlüssel. Es bleibt bei der eklatanten finanziellen Benachteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen und damit auch unserer Stadt. Unser Land, in dem 21,8 Prozent der deutschen Bevölkerung leben, erhält einen Anteil von nur 15,7 Prozent der Mittel. Der Süden der Bundesrepublik ist über Jahre bessergestellt worden; jetzt müssen wir, jetzt muss der Westen zu seinem Recht kommen.

Wir brauchen noch im kommenden Jahr eine Nachfolgeregelung für das 2019 auslaufende Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Schon jetzt, in den Jahren 2014 und 2015, wird die Vergabe von Fördermitteln – das muss man sich vor Augen führen – vom Fördergeber Nahverkehr Rheinland wegen fehlender finanzieller Mittel abgelehnt.

Auch bei der Erziehung und Bildung stellen wir uns auf einen wachsenden Bedarf ein. Im Kitajahr 2015 werden 25 neue Kindertagesstätten in Betrieb gehen, sodass wir über 12 000 Plätze für unter Dreijährige anbieten können; das bedeutet eine Quote von 41 Prozent und eine Steigerung um 833 Plätze von einem zum anderen Jahr. Damit nehmen wir eine Spitzenposition in Nordrhein-Westfalen ein. Somit geben wir für die Betreuung im U-3-Bereich 405 Millionen Euro aus. Wenn man die Erträge von 216 Millionen Euro abzieht, bleibt immer noch die riesige und stolze Summe von fast 200 Millionen Euro.

Im offenen Ganztag bauen wir die Plätze von 24 000 im Vorjahr auf 26 500 Plätze im Schuljahr 2014/15 aus, was eine Versorgungsquote von 75 Prozent bedeutet. Schon heute haben bereits 60 weiterführenden Schulen einen gebundenen Ganztag. Vier weitere städtische Schulen kommen hinzu.

Für schulpflichtige Kinder aus Zuwandererfamilien haben wir inzwischen 120 internationale Förderklassen eingerichtet – quasi aus dem Stand. Der Ausbau auf 150 Förderklassen ist vorgesehen.

All diese Beispiele zeigen, was Köln leisten kann und aus eigener Kraft leistet. Wir haben unsere Gestaltungsmöglichkeiten, und wir erhalten unsere Gestaltungsmöglichkeiten. Wir sind in der Lage, in eigener kommunaler Hoheit Schwerpunkte zu setzen.

Mit dem Haushalt 2015 laufen wir nicht Gefahr, in die gesetzliche Haushaltssicherung bzw. in den Nothaushalt abzurutschen. Die Entnahmequote von 4,8 Prozent lässt uns allerdings auch keine zusätzlichen Spielräume. Viele Kommunen, die sich in der Haushaltssicherung befinden, sehen sich gezwungen, ihre Einnahmen durch Steuererhöhungen – seien es die Hebesätze bei der Gewerbesteuer oder bei der Grundsteuer – zu sichern. Damit laufen sie Gefahr, in eine gefährliche Abwärtsspirale zu geraten. Immer wieder höhere Steuern senken die Attraktivität für Investoren und Unternehmen, aber auch den Lebensstandard in der Stadt. Deshalb heißt es für uns beim Haushalt 2015: Wir schaffen den Konsolidierungskurs auch ohne Steuererhöhungen. Das erfordert strenge Haushaltsdisziplin und weitere Entlastungen auf der Ausgabenseite – vor allem, um die globale Minderausgabe erbringen zu können.

Wir dürfen nicht verkennen, dass wir im kommenden Jahr zusätzliche Belastungen zu tragen haben. Wir müssen von geringeren Zuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz ausgehen; die Kämmerin wird das gleich im Einzelnen erläutern.

Zudem müssen wir mit steigenden Aufwendungen für die Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen rechnen. Für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und die Unterbringung von Zuwanderern sind fast 80 Millionen Euro eingeplant, von denen das Land nur einen geringen Teil zu übernehmen bereit ist. Die 145 Millionen Euro, die das Land 2015 zusätzlich für die Betreuung von Flüchtlingen in ganz Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stellen wird, sind nur ein erster Schritt. Von einer Vollkostenerstattung, wie es sie in manch anderen Bundesländern gibt, sind wir noch meilenweit entfernt. Wir wollen die Menschen, die aus Not und Elend zu uns kommen, hier in Köln aufnehmen und menschenwürdig unterbringen. Wir werden dies gleich in der nachfolgenden Ratssitzung bekräftigen.

Eine wachsende Stadt bedeutet: mehr Wohnungen, mehr Schulen, mehr Kitas, mehr Straßen und Verkehrswege. Wir können nicht die Herausforderungen einer wachsenden Stadt annehmen und gleichzeitig die Personalquote in der Verwaltung senken. Mehr Einwohner erfordern gleichzeitig auch mehr Service und mehr Verwaltungsleistung. Der Stellenplan sieht deshalb eine Verstärkung des Personals in verschiedenen besonders stark belasteten Bereichen vor. Aber gleichzeitig schaffen wir es, durch eine Straffung der Verwaltungsabläufe, eine Abflachung der Hierarchien und eine Bündelung der Kräfte in Projektgruppen Personalressourcen einzusparen. Mit der Neustrukturierung der Gebäudewirtschaft als Dienstleistungsunternehmen für die fachlichen Auftraggeber haben wir einen wichtigen Schritt zur Verwaltungsmodernisierung getan.

(Bernd Petelkau [CDU]: Hört! Hört!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können darauf bauen: Wir werden die Roadmap zur Haushaltskonsolidierung nicht verlassen. Das Ziel, im Jahre 2022 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, ist fester Bestandteil der weiteren Haushaltsplanungen.

Am vergangenen Sonntag haben wir Kölner gezeigt, wie sehr uns ein toleranter Umgang und ein friedliches Zusammenleben am Herzen liegen. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt; wir wollen ihn sichern und stärken. Unser Ziel ist es, niemanden von der sozialen Teilhabe auszuschließen. Deshalb legen wir großen Wert auf eine gute und eine gerechte Bildung. Auch für uns in Köln gilt: kein Kind zurücklassen.

Wir fördern die Bildungschancen in den sozial benachteiligten Vierteln. Wir haben uns die integrierte Quartiersentwicklung zum Ziel gesetzt. Vor Ort sollen alle zur Verfügung stehenden Mittel gebündelt und zielgenau eingesetzt werden. Mit dem Programm “Mülheim 2020” haben wir hier einen großen Erfolgsschritt getan. Heute Nachmittag werden wir den Beschluss zu Lindweiler fassen. In Köln-Kalk wird ein weiterer Schritt folgen. Mit einer intelligenten Vernetzung unterschiedlicher Förderprogramme, von der Europäischen Union über den Bund bis hin zur gezielten Landesförderung, wollen wir neue Wege gehen.

Neue Wege – das gilt auch für die Zusammenarbeit mit der Kölner Wohnungswirtschaft. Stadt und Wohnungswirtschaft sind sich einig, dass der Anteil der bezahlbaren und geförderten Wohnungen in Köln deutlich gesteigert werden muss. Gemeinsam – ich betone: gemeinsam – machen wir uns auf, den Bau von 20 000 Wohneinheiten, die bis 2020 benötigt werden, tatsächlich zu realisieren. Damit können wir mit dazu beitragen, das Mietniveau zu stabilisieren.

Wir alle spüren, was es bedeutet, wenn jahrzehntelang zu wenig an den Unterhalt unserer Verkehrsinfrastruktur, an die Sanierung von Brücken, Tunneln und Straßen gedacht wurde:

Mehrkosten und Mehrbelastungen. Das ist kein spezifisches Kölner Phänomen, sondern betrifft die Verkehrswege in vielen Teilen der Bundesrepublik. Mit dem Haushalt 2015 packen wir die Sanierung unserer zentralen Verkehrsanlagen tatkräftig an. In der mittelfristigen Finanzplanung ist für die nächsten Jahre ein Investitionsvolumen von 320 Millionen Euro vorgesehen, davon allein 160 Millionen Euro für unsere Rheinbrücken.

Jedem leuchtet ein, dass wir die Brücken- und Tunnelsanierung nicht allein aus eigener Kraft schaffen können. Die Bodewig-Kommission hat für alle Verkehrswege in kommunaler Baulast bundesweit einen Finanzierungsbedarf in Höhe von 3,2 Milliarden Euro jährlich festgestellt. Der Bund – das muss ich wiederum sagen – ist nur bereit, über vier Jahre verteilt 5 Milliarden Euro bereitzustellen, und zwar für alle Verkehrswege in Bund, Ländern und Gemeinden.

Unsere Verkehrswege sind die Nervenstränge unserer Wirtschaft. Wir in Köln machen unsere Hausaufgaben. Jetzt ist der Bund am Zuge. Begleitend zu den Haushaltsanmeldungen haben wir ein Instandhaltungs- und Sanierungskonzept für alle wichtigen Verkehrswege vorgelegt. Koordiniert und mit der Bezirksregierung abgestimmt realisieren wir eine Maßnahme nach der anderen. Wir wollen dieses Konzept konsequent umsetzen. Trotz aller Beschwernisse und Beschränkungen: Wir handeln jetzt und sichern auch in Zukunft die Mobilität in Stadt und Region.

Meine Damen und Herren, Wirtschaft braucht Vertrauen. Wir schaffen für die Unternehmen und das Handwerk verlässliche Rahmenbedingungen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Vor allen Dingen für das Handwerk!)

Unsere kompetente Wirtschaftsförderung begleitet und unterstützt unternehmerische und gewerbliche Entscheidungen. Wegen der guten Rahmenbedingungen, die Köln bietet, hat sich die Lufthansa AG für unseren Flughafen als zentralen Standort ihres neuen Low-Cost-Carriers auf der Langstrecke entschieden. Das gibt dem Flughafen einen neuen Schub und im Verhältnis zu den Wettbewerbern auch eine neue Qualität.

Die Koelnmesse startet im kommenden Jahr das größte Investitions- und Modernisierungsprogramm ihrer 90-jährigen Geschichte. Die unterschiedlichsten Bereiche der Verwaltung begleiten diesen Prozess intensiv.

Die Europäische Flugsicherungsbehörde, EASA, erweitert ihr Aufgabenspektrum, stockt ihr Personal auf und bezieht im übernächsten Jahr die modernisierte Bahndirektion am Hauptbahnhof. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt entwickelt sich zu einem der führenden Innovations- und Technologiezentren in der Bundesrepublik. Dass die Raumsonde Philae hier in Köln konzipiert wurde, kommt nicht von ungefähr.

Eine gute Standortentscheidung wird mit dem Ausbau des weltweit führenden Technologiezentrums der Ford AG in Niehl umgesetzt. In Niehl geht im nächsten Jahr auch das deutschlandweit modernste GuD-Kraftwerk der RheinEnergie in Betrieb. Und schließlich startet die Bahn AG den Bau ihres neuesten Instandsetzungswerkes für die zukünftige ICE-Generation hier bei uns in Köln.

All das schafft Arbeitsplätze. Es führt dazu, dass wir auf die bisher noch nie erreichte Zahl von über 500 000 sozialversichert Beschäftigten verweisen können. Das gibt den Menschen in der Stadt, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Familien, Sicherheit und Zuversicht.

Eine Stadt braucht Visionen – nicht unerreichbare Utopien, sondern große, realisierbare Ziele. Der Umbau der bisherigen industriellen Brachflächen oder der mindergenutzten Gelände in Mülheim-Süd, im Deutzer Hafen und in der Parkstadt erfordert visionäre Kraft. Diese Stadt – wir haben diese Kraft. Wir werden dort neue spannende und abwechslungsreiche Quartiere entstehen lassen. Der Startschuss für alle drei Gebiete ist gefallen. Die Entwicklung wollen wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vorantreiben. Die Erfahrungen mit dem Werkstattverfahren in Mülheim-Süd stimmen uns erwartungsfroh.

Unsere Stadt hat auch die Kraft, ein breites und vielfältiges Kulturangebot zu entwickeln. Köln ist weder ein Stadtstaat noch eine Landeshauptstadt. Wir haben weder ein Staatstheater noch ein Landesmuseum. Wir müssen vieles aus eigener Kraft leisten und stemmen – und wir leisten vieles. Ich muss Ihnen das vielfältige kulturelle Angebot nicht im Einzelnen vorstellen. Ich bin

begeistert über die Vielfalt unseres Kulturangebotes, das im gerade erschienenen Kulturbericht sehr anschaulich dargestellt wird. Sie können es nachlesen; der Bericht liegt jetzt ganz aktuell auf dem Tisch. Die erfolgreiche Kulturarbeit für Köln werden wir 2015 fortführen, etwa mit dem Erweiterungsbau des Wallraf-Richartz-Museums und dem Bau der Archäologischen Zone und des Jüdischen Museums. Wir werden die Historische Mitte Kölns umgestalten und die Via Culturalis zu einer in Europa einzigartigen Kulturlandschaft entwickeln.

Für all dies legt der Haushalt, den wir Ihnen jetzt vorlegen, die Grundlage. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister, für die Darstellung. – Ich darf jetzt zur Einbringung des Entwurfs des Haushaltplanes 2015 durch die Kämmerin, Frau Klug, überleiten. Bitte schön.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geschätzter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich mich auf die Haushaltsrede vorbereitete, nachdem das Werk im Großen und Ganzen abgeschlossen war, habe ich mir wie in jedem Jahr die Frage gestellt, welches Zitat ich denn als typisch für diese Zeit, für diese Verwaltung, für unsere Diskussionen voranstellen sollte, um einige Grundgedanken komprimiert zum Ausdruck zu bringen. Ich wollte etwas aus Habermas' *Strukturwandel der Öffentlichkeit* nehmen. Wer Habermas kennt, weiß, dass dieses Werk in vielfältiger Hinsicht von fundamentaler Bedeutung für diese Stadt ist. Aber dahin bin ich gar nicht gekommen, denn ich bin bei Lichtenberg hängen geblieben, dem deutschen Philosophen, der mit knappen Aphorismen wichtige Akzente setzte. Den Aphorismus, den ich für heute herausgesucht habe, sollten wir uns vielleicht in unserem täglichen Leben öfter vor Augen halten. Er lautet wie folgt:

> Ich bin mehrmals wegen begangener Fehler getadelt worden, die mein Tadler nicht Kraft oder Witz genug hatte, zu begehen.

Ich glaube: Wenn wir zusammenkommen, um die Zukunft der Stadt zu diskutieren, wie sie sich in Zahlen niederschlägt, ist es sehr wichtig, mit dem Respekt voreinander und Mut zur Fehlerkultur, der in diesem kurzen, prägnanten Satz zum Ausdruck kommt, aufeinander zu- und einzugehen. Ich wünsche mir, dass unser Diskurs – da bin ich wieder bei Habermas – davon geprägt ist, dass wir nicht andere wegen Fehlern tadeln, die selber zu begehen wir nicht Kraft oder Engagement genug haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Verwaltung legt Ihnen heute den Entwurf des aufgestellten und von Herrn Oberbürgermeister bestätigten Haushalts 2015 nebst der mittelfristigen Finanzplanung vor.

Der Entwurf des Haushalts weist bei den Gesamtaufwendungen zunächst ein Volumen von 4,13 Milliarden Euro aus. Dieses reduziert sich jedoch, da der Konsolidierungsbetrag von insgesamt rund 167 Millionen Euro noch nicht berücksichtigt ist. Hier sind bereits rund 100 Millionen Euro identifiziert; die Restsumme wird noch mit Fachplanungen hinterlegt. Diesen Aufwendungen stehen Erträge in Höhe von 3,85 Milliarden Euro gegenüber, die aus technischen Gründen den Betrag von 167 Millionen Euro beinhalten. Der langen Rede kurzer Sinn: Das Defizit beträgt demnach rund 280 Millionen Euro. Das entspricht einer Entnahmequote von knapp 4,8 Prozent, auf die Herr Oberbürgermeister Roters vorhin schon zu sprechen kam. Aufgrund des Defizits verringert sich die in der Bilanz ausgewiesene allgemeine Rücklage in 2015 um ebenjene knapp 4,8 Prozent.

Im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung – 2016 bis 2018 – führt die Entwicklung der Defizite zu einer weiteren Reduzierung der allgemeinen Rücklage: in 2016 um 4,09 Prozent, in 2017 um knapp 3,6 Prozent und in 2018 um 3,12 Prozent. Das Liquiditätsdefizit liegt nach den Berechnungen bei knapp 344 Millionen Euro für 2015, sinkt in den Folgejahren allerdings deutlich.

Die Nettosteuerquote liegt zwischen 2015 und 2018 bei rund 53 Prozent, macht also etwas mehr als die Hälfte der Einnahmen aus. Die Zuwendungsquote liegt 2015 bei 19,1 Prozent und 2018 bei 19,8 Prozent. Die Personalintensität – das ist der Anteil des Haushaltes, der in die Per-

sonalkosten einfließt – sinkt leicht: von 22,7 Prozent in 2015 auf 22,5 Prozent in 2018.

Alles in allem: schwierige Finanzdaten. Auf der anderen Seite zeigen die Jahresergebnisse und die Prognose für das Jahr 2014, dass die Verwaltung durchaus sparsam gewirtschaftet hat. Beim Haushalt 2015 und bei der mittelfristigen Finanzplanung bis 2018 setzen wir uns mit diesen schwierigen Entwicklungen auseinander.

Starke Städte mit soliden Finanzen sind – Herr Oberbürgermeister, sie haben bereits mehrfach darauf hingewiesen – das Rückgrat unserer Demokratie. Das gute Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger als öffentliche Aufgabe zu verstehen, als Verantwortung der Polis zu sehen und als Teil der Daseinsvorsorge zu gewährleisten, gehört zum Kern der kommunalen Selbstverwaltung – und wir alle stehen nicht an, diese immer wieder zu verteidigen. Diese Einsicht prägte auch das Vorgehen der Verwaltung bei der Aufstellung des Haushalts. Denn letztlich bringt auch unser Zahlenwerk zum Ausdruck, wie wir in der Lage sind, die Herausforderungen des urbanen Miteinanders zu bewältigen.

Das Zahlenwerk spiegelt zudem die Ressourcen wider, die zur Bewältigung der einzelnen Aufgaben eingesetzt werden. Es zeigt, wie die notwendige Stabilität in finanzpolitischer Sicht und die fachlichen Anforderungen abgewogen und miteinander verknüpft werden. Darüber hinaus bildet es den Ressourcenverzehr ab und macht deutlich, inwieweit der Umgang mit den öffentlichen Ressourcen heute generationengerecht erfolgt.

Der heute vorgelegte Budgetband des Haushaltes zeigt den budgetären Rahmen für die Tätigkeit der Verwaltung auf und beschränkt sich auch darauf. Der Prozess der Zuordnung der Ressourcen und der Abwägung der verschiedenen strategischen Ziele mit den Konsolidierungsnotwendigkeiten wird mit der Vorlage des Produkthaushalts- und -steuerungswerkes im Februar abgeschlossen sein. Entsprechend werde ich in meinen folgenden Erläuterungen die budgetären Rahmenbedingungen und die Sanierungsstrategie in den Vordergrund stellen.

Erlauben Sie mir einige Anmerkungen zum allgemeinen Rahmen, bevor ich in das konkrete Zahlenwerk eintrete. Dieser Haushalt zeichnet sich durch einige Neuerungen aus. Er ist Schlusspunkt, Übergang und Anfang zugleich, und er bietet Kontinuität und Verlässlichkeit bezüglich der Aufgabenerfüllung und der Entwicklung städtischer Aufgaben. Das strategische Ziel der Finanzplanung ist und bleibt die Erfüllung der Konsolidierungsaufgabe bis 2022. Dem stellt sich die Verwaltung mit einer integrierten Finanzplanung für das Haushaltsjahr 2015 und die sich anschließenden Jahre der mittelfristigen Finanzplanung.

Schlusspunkt ist dieser Haushalt, denn die Jahresabschlüsse – eine wichtige Informationsquelle für eine gute und verantwortliche Finanzsteuerung – liegen nun vor. Der *Entwurf des Jahresabschlusses 2012* wurde in das Prüfungsverfahren übergeben, und das *vorläufige* Ist des Haushaltsjahres 2013 sowie die *Prognosen* aus dem Finanzcontrolling 2014 lassen uns qualifizierte Schlüsse ziehen. Sie können dem Vorbericht entnehmen, dass ich bei der Aufstellung des Haushaltes bereits mit diesen Informationen gearbeitet habe.

An dieser Stelle gilt mein Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, den Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtvorstand und Herrn Oberbürgermeister, vor allem aber der Kämmerei, die an diesem Werk mitgewirkt hat.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und von Jörg Detjen [Die Linke])

Namentlich möchte ich hier Frau Schneider und Herrn Ropertz nennen.

Der Haushalt als Schlusspunkt. Das Ende der jahresabschlusslosen Zeit ist gekommen. Wir können Ressourcenverbräuche deutlicher erkennen und sichtbar machen. Das ermöglicht Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihren Beschlussfassungen mehr finanzielle Steuerungsinformationen zugrunde zu legen. Insbesondere die Prognoseberichte zu den Stadtfinanzen lassen Ihnen und der interessierten Öffentlichkeit qualifizierte Informationen zur

unterjährigen Finanzentwicklung und zu den Finanzwirkungen der Ratsbeschlüsse zukommen. Sie sind übrigens regelmäßig auf den Seiten des Finanzausschusses im Netz verfügbar. Insofern sind diese Berichte eine Einladung an die Öffentlichkeit, sich über die aktuellen Entwicklungen zu informieren. Das wird im vor uns liegenden Jahr 2015 besonders wichtig sein, weil uns die kurzfristigen Finanzentwicklungen vor sehr große Herausforderungen stellen. Ich komme darauf zurück.

Einen *Übergang* bildet dieser Haushalt, weil die Erkenntnisse aus den Jahresabschlüssen und aus der Finanzprognose zur Istentwicklung noch nicht vollständig und reibungslos mit der Finanzplanung verknüpft sind. Hier gewinnen wir – damit meine ich alle Teile der Verwaltung – gerade eine integrierte Planungspraxis. In der Übergangsphase gibt es naturgemäß noch die eine oder andere Friktion und Restriktion. Für die Haushaltsberatungen bedeutete die Arbeit mit den Jahresergebnissen, dass wir zu einer in Köln neuen Aufstellungsmethodik greifen konnten, die im Vorbericht ausführlich erläutert ist.

Mit dieser Umstellung geht die Einführung eines zweistufigen Aufstellungsverfahrens einher: die Festlegung von Budgets und die Begrenzung des Defizits durch einen Beschluss des Stadtvorstands zu den Budgetgrundlagen und die Obergrenze der Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage in einem Top-down-Verfahren, das durch die Fachplanung im Gegenstromverfahren bottom-up auszufüllen ist. Entsprechende Beschlüsse hat der Stadtvorstand in seinen Sitzungen im Juni und Anfang November gefasst und Ende November bestätigt. Sie beinhalten die Festlegung von dezernatsbezogenen Budgets mit Konsolidierungsvorgaben und die Festlegung der Entnahmequoten für das Haushaltsjahr 2015 mit der anschließenden mittelfristigen Finanzplanung.

Die Umsetzung einer am bereinigten Ist, also dem tatsächlich umgesetzten Bedarf orientierten Planung der Fachdezernate bedurfte eines verlängerten Aufstellungsprozesses. Nicht in allen Fällen sind daher die Maßnahmenplanungen auf die Konsolidierungserfordernisse abgestimmt und damit den jeweiligen Teilplänen bereits zuzuordnen gewesen. Daher legen wir Ihnen jetzt Haushaltsplan und Satzung mit den Angaben gemäß § 78 GO NRW sowie die Verteilung der Konsolidierungen auf die Dezernatspläne anhand von Pauschalen vor. Eine produktscharfe Zuordnung soll, wie gesagt, im Februar abgeschlossen sein und Ihnen mit dem Steuerungsband zugeleitet. In diesen Beratungsprozess können auch die Ergebnisse des Bürgerhaushaltes aus den Bezirken einfließen, die derzeit ausgewertet werden. Es ist klar, dass wir den offenen Haushalt noch transparenter und verständlicher gestalten und den Bürgern und Bürgerinnen näherbringen müssen. Die Kämmerei hat hier einen Schwerpunkt gebildet.

Ein *Anfang* liegt mit dem heute eingebrachten Haushalt ebenfalls vor, denn der Aufstellungsprozess war bei diesem Haushalt von dem Bemühen der Fachdezernate geprägt, bedarfsgerechte Anmeldungen in den Geschäftsgang zu bringen. Die Kämmerei hat sich mithilfe zahlreicher Analysen und in vielen Gesprächen sehr intensiv mit der Lücke zwischen den tatsächlichen finanziellen Möglichkeiten und einer bedarfsgerechten finanziellen Zuweisung auseinandergesetzt.

(Präsentation – Folie 1)

Ich hoffe, dass die Säulen mit den Unterschriften von Ihren Plätzen aus zu lesen sind, und möchte diese Grafik nur kurz erläutern. Sie erkennen den angemeldeten Bedarf – durchaus nicht Luxus oder unvertretbar –, den wir zu Beginn unserer Beratungen zusammengetragen haben, um einen Überblick darüber zu gewinnen, was aus fachlicher Sicht notwendig ist. Sie erkennen aber auch, dass die finanziellen Gegebenheiten eine klare Restriktion erfordert haben. Insofern waren die Zahlen für uns ein wichtiges Hilfsmittel, um zu der Zielsetzung zu gelangen, die sie in der mittelgroßen Säule auf der rechten Seite finden; sie wird in der Grafik mit dem vorläufigen Ist aus dem Jahr 2013 – wir stellen eine Defizitbetrachtung an- und der aktuellen Prognose 2014 konfrontiert. Und wir stellen fest: Wenn wir den Konsolidierungsstrang fortsetzen, ist – jedenfalls unter Verwendung der Ressourcen, die in den letzten Jahren, in den Jahren 2013 und 2014, zur Verfügung standen – auch unter den verschärften Bedingungen des Haushaltsjahres 2015 eine vertretbare, realistische Zielplanung aufzustellen.

Es gibt eine weite Lücke zwischen dem, was aus fachlicher Sicht für die Stadt nötig und empfehlenswert ist – wo wir auch mit anderen Städten

dieser Größenordnung und Bedeutung gemessen werden –, und dem, was wir mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen leisten können. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse wird der Finanzbereich in einen Prozess der Priorisierung einbringen können.

Die kurzfristige Antwort auf die Herausforderung, beide Säulen – Finanzrahmen und Bedarf – auf gleiche Höhe zu bringen, ist das Pochen auf strikte Einhaltung der Budgets. Das wird mit der Festsetzung der pauschalen Konsolidierungsbeträge in Höhe von knapp 167 Millionen Euro erreicht, die – wie sie der Aufstellung im Planentwurf auf Seite 39 des Bandes 2 entnehmen können – den Dezernaten zugeordnet sind. Sie erkennen dort die Beträge, um die die Dezernatsbudgets nach heutigem Stand anzupassen sind.

Die Überschreitung der Budgets durch die Fachplanungen erklärt sich in erster Linie aus der Fortschreibung der Ansatzplanungen aus den Vorjahren, die noch nicht an die Istentwicklung angepasst sind. Die Budgets wurden nach den bereits in der Vergangenheit angewandten Budgetierungsregeln ermittelt und bilden die rechnerische Grundlage für die Priorisierung durch den Stadtvorstand. Sie werden durch die Verstärkung der integrierten Finanzplanung ergänzt.

Für die Zukunft hat der Finanzausschuss am gestrigen Montag den Weg dafür bereitet, diese Aufgabe mit Unterstützung unserer Projektpartner, dem Deutschen Institut für Urbanistik und dem Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut an der Universität zu Köln, im Rahmen des Projekts „Finanzierung einer leistungsfähigen, generationengerechten Infrastruktur am Beispiel der Stadt Köln“ noch besser und auf einen Teilbereich fokussiert anzupacken.

Die darüber hinausreichende strategische Aufgabe ist die Definition des strukturellen Defizits im Haushalt der Stadt Köln sowie die weitere Entwicklung von Gegenmaßnahmen – das wird nur in einem integrierten Managementprozess zu schaffen sein – als nächstem Schritt auf dem Weg zu einer *tragfähigen und damit nachhaltigen Finanzaufstellung* der Stadt. Diese Ausrichtung unserer Analysen und Planungen liegt mir besonders am Herzen. Wir gehen diesen Schritt für Schritt und haben nun eine Diskussion um die Indikatoren tragfähiger doppischer kommunaler Haushalte initiiert. Es geht um mehr Stetigkeit – deshalb brauchen wir die Indikatoren – und einen Beitrag zur Stabilität der Kommunalfinanzen. Es geht aber auch um eine qualifizierte Auseinandersetzung mit den staatlichen Ebenen aus der Finanzperspektive der Stadt Köln. Es werden spannende Jahre zur weiteren Entwicklung des Kölner Wegs bei der generationengerechten Finanzplanung und der Finanzierung öffentlicher Aufgaben.

Konjunktur, Konnexität, Gemeindefinanzierungsgesetz und Infrastrukturfinanzierung prägen die Stadtfinanzen. Aber sind die Stadtfinanzen derzeit nicht eine Dauerbaustelle? – Wollten wir das Bild der Baustelle auf den gegenwärtigen Zustand der Finanzbeziehungen zwischen den staatlichen Ebenen und damit auch mit den Kommunen anwenden, so müssten wir feststellen, dass weder Richtung noch Ende des Staus absehbar, die Löcher auf dem Weg zum Ziel kaum kalkulierbar sind und viel zu viele sich widersprechende Schilder aufgestellt sind. In diesen Tagen konnten wir etwa lesen, wie unmittelbar die ungeklärten Fragen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen die *Mobilität* der Menschen auch in unserer Stadt betreffen. Keine Klarheit besteht darüber, wann und nach welchen Regeln die für die Kommunen vorgesehenen Mittel zur Entlastung bei der *Eingliederungshilfe* kommen werden – für Köln geht es dabei um jährlich 60 bis 80 Millionen Euro – oder ob und in welcher Höhe eine Entlastung bei der für Köln so wichtigen Position der *Kosten der Unterkunft* kommen wird. Der Kölner Beitrag beträgt derzeit rund 250 Millionen Euro.

Wird es ein Investitionspaket geben? – Ob der Soli dafür oder für andere Zwecke zur Verfügung steht, ist zwischen den Ländern umstritten. Stets ist zu fragen: Was trägt der Bund bei, oder wie stark wird das Länderkonto – vielleicht mittelbar – belastet? Wie werden die Finanzbeziehungen der Länder untereinander gestaltet? Und vor allem: Wird es gelingen, die Kommunen vor der Überbürdung der Wirkungen der Schuldenbremse zu schützen?

Als Eigentümerin einer wichtigen Akteurin auf dem Energie- und Strommarkt, der Rheinenergie, ist Köln auch von den Regulierungen der Energiewende betroffen: Die Rheinenergie schüttet im Finanzplanungszeitraum über den Stadtwerkekonzern 60 Millionen Euro jährlich an den städtischen Haushalt aus. Auch die Entwicklung der Konjunktur, insbesondere der Außenwirtschaft, gibt zum Nachdenken Anlass. Des Weiteren: Eine aktuelle Einschätzung mancher Experten geht davon aus, dass die US-amerikanische Notenbank Fed im nächsten Jahr eine aggressivere Zinspolitik als bisher erwartet einleiten könnte. Was bedeutet dies – und wann – für die Finanzierung der geplanten städtischen Investitionen? – Die Auseinandersetzung mit den finanziellen Rahmenbedingungen führt zu der Einsicht, dass es für Köln erforderlich ist, sich systematisch und verstärkt mit der Entwicklung dieser Rahmenbedingungen zu befassen.

In verschiedener Hinsicht bedarf die Kölner Position einer eigenständigen Akzentuierung in Nordrhein-Westfalen und bundesweit:

Erstens: Baustelle Millionenstadt. Köln ist die einzige Millionenstadt in der Bundesrepublik, die nicht zugleich Landeshauptstadt ist. Das unterscheidet uns von Berlin, Hamburg und München. In finanzieller Hinsicht ist dieser Unterschied dramatisch, insbesondere, was Traditionen in der Finanzierung nichtpflichtiger Bereiche wie Kultur und Sport anbelangt. Es ist wenig hilfreich, wenn eine Bundesministerin mehr Mittel für Kultur anmahnt, aber übersieht, dass die vielfältigen institutionellen Angebote zur Kultur in Köln fast ausschließlich aus kommunalen Mitteln zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall von Berivan Aymaz [Bündnis 90/Die Grünen])

Städtische Bühnen, Gürzenich-Orchester, eine vielfältige freie Theaterlandschaft, die städtischen Museen, Initiativen – all dies wird im Wesentlichen von den Kölner Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern finanziert.

(Martin Börschel [SPD]: So ist es!)

Allerdings sei eine Einladung an die Ministerin ausgesprochen, durch ein deutliches finanzielles Commitment im Zusammenhang mit der Historischen Mitte die bestehenden Defizite wenigstens zu mildern.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Zweitens: Baustelle GFG. Kölns ist fast eineinhalbmal so groß wie die nächstfolgende Großstadt in Nordrhein-Westfalen. Diese Relation, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist von fundamentaler Bedeutung, wenn es um die Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs geht. Vom kommunalen Finanzausgleich profitiert Köln, denn Köln ist in der Regel mit durchschnittlicher oder unterdurchschnittlicher Wirtschaftskraft ausgestattet. Die sogenannte Einwohnerveredelung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs in Nordrhein-Westfalen hatte bis einschließlich 2013 eine Wichtung von 157 Punkten pro Einwohner in der – nur für Köln zutreffenden – höchsten Klasse; seither ist sie auf 148 Punkte pro Einwohner bzw. Einwohnerin herabgesetzt. Auch wenn der Abstand zur nächstgrößeren Städteklasse weiterhin drei Punkte beträgt – der sogenannte Elefantenansatz –, ist die Verteilungswirkung der mit dem GFG 2014 eingeführten Kappung und Stauchung doch eine für Köln ungünstige. Es wurden übrigens auch die Parameter zum Beispiel für die Bewertung der Ganztagsbeschulung verändert, die in die Zahlungen nach dem Schlüssel des GFG einfließen.

Für das Haushaltsjahr 2015 tritt hinzu, dass erstmals die Rückzahlungen des Landes aus dem Einheitslastenabrechnungsgesetz wie aktuelle Steuerkraft behandelt werden. Es zeigt sich jedoch, dass dies angesichts des erheblichen aktuellen Zuwachses an pflichtigen Aufgaben und der schwachen Entwicklung der originären Finanzkraft zu zweifelhaften Wirkungen führt – 80 Millionen Euro weniger.

Drittens: Baustelle Konnexität. Köln gehört zu den wenigen wachsenden Städten in NRW; Herr Oberbürgermeister hat es bereits im Einzelnen ausgeführt. Bis 2020 rechnet die Stadt mit dem Zuzug von etwa 22 800 Menschen als Folge von Binnenmigration, verstärkt durch die Zuwanderung von Menschen aus Südosteuropa und von Flüchtlingen aus den Kriegs- und Krisenregionen. In der Summe wächst die Stadt in den nächsten drei Jahren in Bereichen, die erhebliche finanzielle Ressourcen für den Bau von Betreuungseinrichtungen und Schulen binden werden. Schulische Inklusion, Ganztagsunterricht, Flüchtlingsunterbringung und -betreuung, Kosten

der Unterkunft für arme Menschen – die Zahl der Aufstocker in Köln steigt –: Hier sind Bund und Land bei der kurzfristigen Schließung einer Konnexitätslücke gefordert, die nach vorsichtigen Schätzungen bei etwa 80 Millionen Euro – ohne die Kosten der Unterkunft – liegt.

Die Stadt Köln ist stolz auf ihre Fähigkeit und Kompetenz, in diesem Jahr bereits 7 000 Menschen eine Heimat anzubieten, die als Flüchtlinge oder Migranten zu uns gekommen sind. Hinter dieser großen Leistung steckt das Engagement von Einzelnen, von Verbänden, von Nachbarschaften, der Verwaltung und nicht zuletzt der Politik. Köln hat das geschafft, trotz angespannter Ressourcen – Flächen, Unterkünfte, Finanzmittel sind begrenzt. Hilfreich war, dass in den letzten Wochen durch Bund und Land, wenn auch in Begrenztem Umfang, Finanzmittel zugesetzt wurden. Zentral und wichtig für Köln wäre es aber, dass bei den Zuweisungsquoten auch die Flüchtlinge angerechnet werden, die außerhalb formaler Zuweisungsvergaben zu uns kommen. Andere Maßnahmen, insbesondere Verwaltungserleichterungen und Erleichterungen hinsichtlich Gebäudenutzungen, sind noch nicht in ausreichendem Maße erfolgt. Und es bedarf weiterer finanzieller Mittel.

Nächster Punkt: Baustelle regionales Zusammenwirken. Köln wächst an beiden Enden der sozialen Skala. Lebensqualität und soziale Integration spielen für die Stadt eine große Rolle. Dies drückt sich vor allem im Bedarf an Qualitätssicherung durch freiwillige Leistungen im schulischen und Betreuungsbereich, in der Sicherung von Lebensqualität in den Nachbarschaften – etwa im Alter –, in der Unterstützung künstlerischer und kreativer Vielfalt in der Stadt aus. Zudem ist Köln Zentrum für Beratungsangebote der Daseinsvorsorge auch für das Umland. Dem trägt der Haushalt Rechnung. Wir haben kürzlich auch festgelegt, dass freiwillige Transferleistungen in der Zeit der vorläufigen Haushaltsführung in bestimmten Umfang aus Gründen der Planungssicherheit aufrechterhalten werden sollen. Allerdings müssen wir uns gemeinsam mit der Region die Frage stellen, welche Ausgleichssysteme gefunden werden können, um die vielfältigen Angebote im Interesse aller stetig aufrechtzuerhalten.

Letzter Punkt: Baustelle Infrastrukturfinanzierung. Für Köln als Wirtschaftsstandort mit hoher Ein- und Auspendlerdichte spielt, wie bereits dargestellt, die Infrastrukturentwicklung eine besondere Rolle. Die Auflösung des Investitionsstaus ist ein eigenes Thema. Eine Millionenstadt mit sieben Rheinbrücken – demnächst vielleicht acht – ist auf die Unterstützung durch Bund und Land angewiesen. Auch hier muss schnellstens Klarheit geschaffen werden. Die Forderungen der kommunalen Spitzenverbände liegen auf dem Tisch, und die staatlichen Ebenen sind zum Handeln aufgefordert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz dieser schwierigen Bedingungen ringen wir gemeinsam – auch im Stadtvorstand – um die Qualität der Betreuungsangebote aller Art, schaffen Platz durch zahlreiche Bauten, um auch den neu hinzuziehenden Kindern und Jugendlichen und ihren Familien eine einschließende Perspektive bieten zu können. Eine Stadt für alle – eine neue Heimat! Allerdings: Dieses Ziel der Planungen aller Dezernate ist nur mit stabilen Finanzen zu erreichen. Die Orientierung am Machbaren ist zwingend. Daher muss priorisiert werden. Das heißt, dass anderes in den Hintergrund treten muss. Wie viel und was genau, hängt auch davon ab, wie und wann die Konnexitätsansprüche gegenüber Bund und Land eingelöst werden – ein forderndes Unterfangen, vor allem in Zeiten der Schuldenbremse.

In einer Zeit, in der die originären Erträge aus Steuereinnahmen mit den wachsenden Aufwendungen nicht mithalten – die Steuerquote des vorgelegten Haushalts liegt im hier maßgeblichen Zeitraum zwischen 52 und 53 Prozent –, fallen offene Baustellen bei Konnexitätsleistungen und beim Gemeindefinanzausgleich besonders ins Gewicht. Der Ausfall von 80 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2015 im Vergleich zur mittelfristigen Finanzplanung aus der Perspektive des Doppelhaushaltes 2013/2014 hat uns sehr getroffen.

Im Folgenden will ich kurz Budgetierung, Planung und Sanierungsstrategie behandeln. Ich beschränke mich auf die budgetäre Entwicklung, da Einzelheiten zur Produktfinanzierung nach Abschluss der Diskussion um die Verteilung der

Konsolidierungsbeträge auf die Produkte vorgelegt werden. Die Planung orientierte sich an dem – durch Eliminierung von Sondereffekten sowie Einbeziehung finanzwirksamer Ratsbeschlüsse und absehbarer Mehrbedarfe – bereinigten und fortgeschriebenen Ist aus 2013. Als Zielquote wurde zunächst eine Entnahme von 3,5 Prozent festgelegt – das hätte einem Defizit von 200 Millionen entsprochen –, die sich in den Folgejahren um je 0,5 Prozentpunkte vermindert. Diese Zielplanung wurde aufwandsseitig im Wesentlichen beibehalten. Allerdings wurden die ertragsseitigen Verschlechterungen durch Mindererträge aus dem GFG – rund 80 Millionen Euro – und die Berücksichtigung der konjunkturellen Risiken durch eine Minderveranschlagung der Gewerbesteuer von 20 Millionen Euro nur zum Teil aufgefangen. Daher wurde die Entnahmequote 2015 auf 280 Mio €, das entspricht 4,78 Prozent, angepasst.

Für den Finanzplanungszeitraum sind im Vorbericht Einzelheiten zur Anpassung der Entnahmequote dargelegt. Grundsätzlich bleibt es bei der Planung, die Entnahmequote dabei bis zum Jahr 2022 auf 0 Prozent zu reduzieren. Im Übrigen wurden die Budgets der Dezernate an die bestehende Beschlusslage des Rates angepasst sowie Mehrbedarfe bei Vorliegen von Fallzahlsteigerungen bzw. zwingenden Regelungen akzeptiert, sofern diese nicht an anderer Stelle kompensiert werden konnten.

Der Konsolidierungsbedarf bei den die zugewiesenen Budgets überschreitenden Anmeldungen wurde auf 166,7 Millionen Euro festgelegt und liegt der Zielplanung zugrunde. Technisch musste der Konsolidierungsbedarf pauschaliert in Zeile 9 des Gesamtergebnisplans als Ertrag eingebucht werden. Mit der bis Februar erfolgenden vollständigen Auflösung der pauschalen Konsolidierungsbeträge durch Mehrerträge oder Minderaufwendungen – beides ist möglich; derzeit sind noch rund 67 Millionen Euro im Verfahren – werden die Beträge angepasst. Lediglich für zwei Geschäftsfelder wurden bereits über die nach den oben dargestellten Regeln zugewiesenen Budgets hinaus Zuwächse anerkannt: Dem Sozialbereich wurden rund 35 Millionen Euro zugewiesen, um den gestiegenen Bedarfen bei der Unterbringung armer Menschen Rechnung zu tragen. Bis zu 2,5 Millionen Euro wurden dem Kulturbereich zweckgebunden für die Abdeckung der notwendigen Bewachungs- und Energiekosten im Bereich der städtischen Museen zugestanden.

Abschließend einige budgetäre Schlaglichter:

Zunächst zum Aufwand und Ressourcenverzehr. Prägend für den Kölner Haushalt ist zunehmend der starke Anstieg von Abschreibungen, die in der Doppik jahresbezogen erwirtschaftet werden müssen. Sie liegen 2015 bei 180,5 Millionen Euro und steigen bis 2018 auf 201,4 Millionen Euro.

Der Vermögensverzehr bei Ausgliederungen wie den städtischen Bühnen in den Spielzeiten bis 2017/18 beträgt über 35 Millionen Euro, die der städtische Haushalt über den Zuschuss ausgleicht.

(Präsentation – Folie 2)

Ein Blick auf die Aufwandskonten zeigt, dass vor allem die Transferaufwendungen steigen. Die Aufwandskonten, die stärker im Bereich der unmittelbaren städtischen Aufgabenbewältigung liegen, steigen deutlich weniger. Von den hier aufgeführten ordentlichen Aufwendungen entfallen allein 250 Millionen Euro auf die Kosten der Unterkunft. Bei den Transferaufwendungen – also dem, was die Stadt an Dritte leistet – entfallen allein 2015 brutto knapp 500 Millionen Euro auf soziale Hilfen und 201 Millionen Euro auf die Hilfe für junge Menschen und ihre Familien.

(Präsentation – Folie 3)

Abschließend ein paar Worte zum Personalaufwand; auch darüber ist hier schon gesprochen worden. Natürlich ist die Entwicklung des Personalaufwandes immer im Fokus der Haushaltsberatungen, zumal dann, wenn deutlich wachsende Aufgaben bewältigt werden müssen. 2015 machen die Personalaufwendungen in Höhe von 906,6 Millionen Euro einen Anteil an den Gesamtaufwendungen von fast 23 Prozent aus. Zudem werden 59 Millionen Euro für die Versorgung der städtischen Beamten aufgewendet. Wenn Sie diese Zahlen betrachten, müssen Sie jedoch bedenken, dass in diesen Summen nicht allein die Personalkosten enthalten sind, sondern darüber hinaus die Rückstellungen für zukünftige Kosten zur Personalfinanzierung. Gerade diese Aufwandsposition macht deutlich, dass wir mit der Erwirtschaftung von heute die Kosten von morgen sichern, das heißt generationengerecht vorgehen. So sind in den hier ausgewiesenen

Personalaufwendungen allein 157,5 Millionen Euro an Personalrückstellungen enthalten.

Den Daten liegt eine restriktive, aber auskömmliche Personalplanung zugrunde. Der Haushalt geht davon aus, dass in den nächsten Jahren gegenüber dem Vorjahr 300 Stellen zugesetzt werden. In die Planung fließen darüber hinaus Tarifsteigerungen und die Erhöhung der Beamtenbesoldung sowie die entsprechende Anpassung der Versorgungsaufwendungen und weitere kleine Positionen wie Mittel für die Personalentwicklung und dergleichen ein.

(Präsentation – Folie 4)

Ich fasse zusammen. Der Haushalt 2015 schließt mit einem Defizit von rund 280 Millionen Euro ab. Das entspricht einer Entnahmequote von 4,78 Prozent. Das Defizit verringert sich bis zum Jahr 2018 auf rund 161 Millionen Euro. Das entspricht einer Entnahmequote von 3,12 Prozent.

Um diese Ergebnisse zu erzielen, bedarf es – nicht zuletzt wegen des Anwachsens der pflichtigen und damit auch der Konnexität unterliegenden Aufgaben im Schul- und Betreuungsbereich sowie bei den Sozialleistungen – einer gewaltigen Anstrengung von Verwaltung, Politik und Bürgergesellschaft. Es ist jedoch absehbar, dass es darüber hinaus – insbesondere zur Erfüllung notwendiger investiver Aufgaben und zur Minderung von Soziallasten – notwendig ist, dass die staatlichen Ebenen ihrer Verpflichtung gegenüber den Kommunen nachkommen und insbesondere bei der weiteren Erfüllung der Konnexitätsverpflichtungen Verantwortung übernehmen.

(Präsentation – Folie 5)

Die eingeschlagene Sanierungsstrategie ist erforderlich, um eine Aufzehrung des Bürgervermögens zu stoppen. Der Weg der Konsolidierung des städtischen Haushalts vermeidet die Vergeblichkeitsfalle.

Also: Das Zusammenwirken von Rat, Verwaltung und Bürgerschaft ist zentral, die Übernahme von Finanzierungsverantwortung durch die staatlichen Ebenen muss hinzutreten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Präsentation – Folie 6)

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Kämmerin, für diese ausführliche Darstellung.

Wir kommen jetzt zur Beschlussfassung. Wie bereits eingangs beschlossen, werden wir die beiden Tagesordnungspunkte 2 und 3 in die Fachgremien überweisen. Gibt es dazu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt den Entwurf der Haushaltssatzung für das Hj. 2015 mit ihren Anlagen nach Grundsatzreden des Oberbürgermeisters und der Stadtkämmerin entgegen und verweist ihn zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

3 Haushaltsplan-Entwurf 2015 Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW
3310/2014

Beschluss:

Der Rat beschließt die Verwaltungsvorlage, mit dem Beschlussvorschlag, der da lautet:

Der Rat setzt die Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW, über deren Verwendung die Bezirksvertretungen alleine entscheiden, wie folgt fest:

Für das Haushaltsjahr 2015 werden die Mittel auf 504.000 € festgesetzt.

Von diesem Betrag entfallen auf den Stadtbezirk:

1 Innenstadt	*59.200 €*
2 Rodenkirchen	*51.500 €*
3 Lindenthal	*65.700 €*
4 Ehrenfeld	*52.200 €*
5 Nippes	*55.200 €*
6 Chorweiler	*43.900 €*
7 Porz	*53.900 €*
8 Kalk	*55.900 €*
9 Mülheim	*66.500 €*

Im Zusammenhang mit dem Beratungsverfahren nach § 37 Abs. 4 GO NRW entscheiden die Bezirksvertretungen über die Verwendung der Mittel. Die Zweckbestimmung muss hinreichend bestimmt sein. Pauschale Festlegungen sind nicht möglich.

zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich schließe die heutige Vormittagssitzung und wünsche einen guten Appetit. Wir sehen uns um 15 Uhr zur ordentlichen Sitzung wieder.

(Ende der Sitzung: 13.13 Uhr)

8. Sitzung vom 16. Dezember 2014

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Museum Ludwig hier: Spende in Höhe von 30.000,00 € zur Verwendung für den "Langen Donnerstag" in 2015 im Museum Ludwig

2951/2014

2.2 Schenkungsannahme Sparda Kunstpreis NRW 2012/2013

0725/2014

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Rhein-Ruhr-Express Halt am Bahnhof Köln-Mülheim"

AN/1765/2014

3.1.2 Antrag der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde betreffend "Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen in Köln verbessern – Willkommenskultur stärken"

AN/1762/2014

3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Eine neue Rheinbrücke für Köln"

AN/1754/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion

AN/1815/2014

3.1.4 Antrag der Gruppe pro Köln betreffend "Sofortige Änderung der Duldungspraxis der Stadt Köln"

AN/1705/2014

3.1.5 Antrag der Gruppe Piraten betreffend "Resolution des Kölner Rates zu den Handelsabkommen TTIP, CETA und TiSA"

AN/1740/2014

(zurückgezogen)

3.1.6 Antrag der Gruppe pro Köln betreffend "Reduzierung der Vorstandsgehälter städtischer bzw. stadtnaher Unternehmen"

AN/1706/2014

3.1.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Unterbringung von Flüchtlingen in Köln"

AN/1784/2014

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Bürgerhaushalt 2015 - Bereitstellung eines konkreten Budgets für alle Bezirksvertretungen

3663/2014

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Städtische Räumlichkeiten für Parteien bzw. Wählervereinigungen"

AN/1524/2014

Antwort der Verwaltung vom 10.12.2014

3630/2014

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Gegenseitige Anerkennung des Köln-Passes und des Bonn-Ausweises"

AN/1552/2014

Antwort der Verwaltung vom 15.12.2014

3868/2014

4.3 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Fast ein Jahr Kölner Ratssitzungen live im Internet – Zwischenbericht und Perspektiven"

AN/1554/2014

Antwort der Verwaltung vom 25.11.2014

3544/2014

4.4 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Aktuelle Zahlen zur Ausländer- und Asylpolitik in Köln"

AN/1732/2014

Antwort der Verwaltung vom 15.12.2014

3857/2014

4.5 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Gesundheitsrisiken in Asyl-Sammelunterkünften"

AN/1733/2014

Antwort der Verwaltung vom 15.12.2014

3788/2014

4.6 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Krankenversicherten-Chipkarten zur medizinischen Versorgung nach §§ 4 und6 Asylberwerberleistungsgesetz (AsylbLG)"

AN/1799/2014

Antwort der Verwaltung vom 15.12.2014

3840/2014

4.7 Anfrage der Gruppe Deine Freunde betreffend "Ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge"

AN/1804/2014

4.8 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Schutz vor Angriffen auf kommunale IT-Systeme in Köln"

AN/1805/2014

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Köln (Abfallsatzung - AbfS)

3005/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.

AN/1766/2014

6.1.2 Sanierung Bocklemünd/Mengenich Aufhebung der Sanierungssatzung Bocklemünd/Mengenich

3171/2014

6.1.3 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Zweckverband Nahverkehr - SPNV & Infrastruktur - Rheinland (ZV NVR): Änderung der Verbandssatzungen zur Ermöglichung von Fahrzeugfinanzierungshilfen u.a. beim Projekt "Rhein-Ruhr-Express (RRX)"

3585/2014

6.1.4 RheinEnergie AG hier: Satzungsänderung

3704/2014

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung - AbfGS -)

3216/2014

6.2.2 Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS -)

3320/2014

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 Hochwasserschutzzonenverordnung Rodenkirchen Leinpfad

2697/2014

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Absatz 1 und § 84 Absatz 1 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die vom Kämmerer genehmigten Mehraufwendungen

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0405 - Museum für Angewandte Kunst für das Haushaltsjahr 2014

3349/2014

8.2 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0417 - Puppenspiele für das Haushaltsjahr 2014

3154/2014

8.3 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0404-Rautenstrauch-Joest-Museum für das Haushaltsjahr 2014

3364/2014

8.4 Genehmigung überplanmäßiger Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen im Sozialbereich im Haushaltsjahr 2013

3537/2014

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Jahresabschluss 2013 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

2137/2014

10.2 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum 01.01.- 31.12.2015

2183/2014

10.3 Anpassung an den Klimawandel

2216/2014

(zurückgezogen)

10.4 Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII

2301/2014

10.5 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn / Baubeschluss für die Baumfällungen

2557/2014

10.6 Neufassung des Vertrages über die Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle Köln

2628/2014

10.7 Einführung des gebundenen Ganztags an weiteren 2 Kölner Schulen ab Schuljahr 2015/16

2734/2014

10.8 Grund- und Gesamtschule Heliosgelände - Interrimsstandorte und Schließung der Hauptschule Rochusstrasse

2953/2014

10.9 Rheinboulevard - Teilbereich II: Ufertreppe und Boulevard hier: Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln

3047/2014

10.10 Strategiekonzept - aktualisierte und überarbeitete Auflage

3264/2014

(zurückgezogen)

10.11 Auslaufende Schließung der Martin-Luther-King-Schule, Gemeinschaftshauptschule Ostlandstraße 39, ab dem Schuljahr 2015/2016

3268/2014

10.12 Errichtung des Bildungsganges Berufsfachschule (einjährig), Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung am Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg (BK 01), Brüggener Straße 1, 50969 Köln

3342/2014

10.13 Kulturentwicklungsplanung

2165/2014

(zurückgezogen)

10.14 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2013 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln

3275/2014

10.15 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2015 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln

3282/2014

10.16 Integriertes Handlungskonzept für das Programmgebiet "Soziale Stadt" Köln-Lindweiler

2404/2014

10.17 Planungsaufnahme zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Turnhalle am Standort des ehemaligen "Nippesbad", Friedrich-Karl-Str./Ecke Niehler Kirchweg, 50733 Köln-Nippes

4143/2013

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1814/2014

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/1817/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion

AN/1818/2014

10.18 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Gesamtschule im Stadtbezirk In-

nenstadt am Teilstandort Frankstr. 26 sowie den Abriss und Neubau des Schulgebäudes und Turnhalle am Teilstandort Severinswall 40/40a

2048/2014

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/1817/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion AN/1818/2014

10.19 Errichtung eines Grundschulverbunds im Kölner Süden gem. § 83 SchulG NRW

2840/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion AN/1818/2014

10.20 Errichtung von Systembauten und Beauftragung von Machbarkeitsstudien für konventionelle Wohnhäuser zur Flüchtlingsunterbringung

2899/2014

10.21 Kölner Pilotprogramm zum Einsatz von Integrations- und Arbeitsmarktlotsen

2695/2014

10.22 Fortführung Bundesprogramm "Berufsbezogene Sprachförderung" in der Förderperiode 2015 bis 2018

3226/2014

10.23 Planungsaufnahme zur Errichtung eines dreizügigen Grundschulgebäudes mit Einzel-Sporthalle , Grundstück Thessaloniki-Allee (Ecke Vietorstr. / Wipperfürther Str.), Köln-Kalk

1948/2014

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/1817/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion

AN/1818/2014

10.24 Sanierung der Zentralbibliothek der Stadtbibliothek Köln, Josef-Haubrich-Hof 1, 50676 Köln Weiterplanungsbeschluss gemäß Ratsbeschluss vom 18.12.2012 (3142/202)

2781/2014

(zurückgezogen)

10.25 Hauswirtschaftliche Hilfen für alte, kranke und behinderte Menschen zur Vermeidung einer frühzeitigen stationären Hilfe - Fortführung des Projekts -

3009/2014

10.26 Jugendzentren Köln gGmbH hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages und Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern

3131/2014

10.27 Bedarfsfeststellung für die Wahl der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeister am 13. September 2015 und ggfs. Stichwahl

3522/2014

10.28 Raumzuteilung Bürgermeister/innen und Fraktionen

3536/2014

10.29 Neu- und Sanierungsprogramm der städtischen Sozialhäuser, Kulmbacher Str. 1 + 3, 51103 Köln-Höhenberg
Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln

3525/2014

10.30 Vergabe der Strukturförderung im Filmbereich, Haushaltsjahre 2015 - 2017

2227/2014

10.31 Vergabe der Konzeptionsförderung in der Sparte Theater, Haushaltsjahre 2015-2018

1096/2014

10.32 Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Köln und der Universität zu Köln über den gemeinsamen Betrieb der Zentralbibliothek für Kunst und Kunstgeschichte

3428/2014

10.33 Mediengründerzentrum NRW (MGZ), hier Anteilkauf durch die Stadt Köln

3602/2014

10.34 Erweiterte Durchführung des vom Rat beauftragten Investorenwettbewerbs zur Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud / Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0401 - Museumsreferat - für das Haushaltsjahr 2014

3670/2014

10.35 EU-Projekt Grow Smarter

3160/2014

10.36 Erhöhung der Anzahl der institutionell geförderten Theater, Haushaltsjahr 2015

3838/2014

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 73480/06
Arbeitstitel: Kochwiesenstraße in Köln-Holweide

2868/2014

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 69460/07
Arbeitstitel: Euroforum Nord in Köln-Mülheim

3046/2014

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

13.1 Aufhebung des Bebauungsplanes 6444 Nb/03 (65459/03) - Satzungsbeschluss - Arbeitstitel: Ludolf-Camphausen-Straße in Köln-Neustadt/Nord

0782/2014

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Niehl
Arbeitstitel: Nördlich Erlenhofstraße in Köln-Niehl

3104/2014

14.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Westhoven
Arbeitstitel: Stollwerckstraße in Köln-Porz-Westhoven

3133/2014

(zurückgezogen)

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 241. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

3256/2014

17 Wahlen

17.1 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss

3296/2014

17.2 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages hier: Benennung der acht Abgeordneten der Stadt Köln

3513/2014

17.3 Bestellung von städtischen Vertretern in den Beirat des Vereins Sportstadt Köln e.V.

3393/2014

17.4 Unterausschuss - Nachwahlen

3654/2014

17.5 Wahl der Vertreter der Stadt Köln für die Mitgliederversammlung des Interkommunalen Arbeitskreises Wahner Heide

2775/2014

17.6 Ausländerrechtliche Beratungskommission - Einsetzung der vom Integrationsrat benannten Mitglieder durch den Rat

3644/2014

17.7 Antrag der SPD-Fraktion hier: Austausch eines ständigen Mitglieds mit beratender Stimme

AN/1793/2014

17.8 Antrag der SPD-Fraktion hier: Benennung eines sachkundigen Einwohners für den Ausschuss Umwelt und Grün

AN/1813/2014

17.9 Antrag der Gruppe pro Köln hier: Umbesetzung in Ausschüssen

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzender
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Aymaz, Berivan; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Beckamp, Roger; Benthem van, Henk; Bercher-Hiss, Susanne; Börschel, Martin; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Dresler-Graf, Margret; Elster, Ralph Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Gordes, Birgit; Gutzeit, Walter Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Haug, Jochen; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf Bürgermeister Dr.; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Henseler, Andreas; Heuser, Marion; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klausing, Christoph; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Ott, Jochen; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Rabenstein, Svenja; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Santos Herrmann, Susana dos; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schoser, Martin Dr.; Schultes, Monika; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; von Wengersky, Alexandra Gräfin; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Woller, Julia; Wolter, Andreas Bürgermeister; Wolter, Judith; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeister
Hupke, Andreas; Zöllner, Reinhard

Verwaltung

Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Laugwitz-Aulbach, Susanne Beigeordnete; Steinkamp, Dieter Dr.

Schriftführerin
Frau Kramp

Stenografen
Herr Klemann;

Herr Weemeyer

Entschuldigt fehlen:
Stimmberechtigte Mitglieder
Rottmann, Hendrik; Struwe, Rafael Christof; Symanski, Ute Dr.

Bezirksbürgermeister
Homann, Mike; Wirges, Josef; Schößler, Bernd; Fuchs, Norbert; Thiele, Markus

Bezirksbürgermeisterin
Blömer-Frerker, Helga

Verwaltung
Höing, Franz-Josef Beigeordneter; Fenske, Jürgen

(Beginn: 15.09 Uhr – Ende: 19.27 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 8. Sitzung des Rates der Stadt Köln in dieser Wahlperiode und heiße unsere Gäste auf der Tribüne, unsere Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeister, soweit sie jetzt anwesend sind, und natürlich Sie alle als Mitglieder des Rates herzlich willkommen.

Nach den mir vorliegenden Meldungen fehlen immer noch Frau Symanski und Herr Rottmann.

Als Stimmzähler benenne ich Frau Halberstadt-Kausch, Herrn Dr. Gutzeit und Frau Pakulat. Schauen wir mal, ob Sie heute zum Einsatz kommen!

Bevor wir gleich die Tagesordnung festlegen und in die Beratungen einsteigen, möchte ich Sie gerne darauf hinweisen, dass wir die letzte Sitzung des Jahres natürlich auch dazu nutzen wollen, dieses Jahr mit einem kleinen Empfang gemeinsam ausklingen zu lassen. Sie alle sind ganz herzlich nach Abschluss der Sitzung um 19.55 Uhr in die Piazzetta eingeladen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Wohl eher 21.55 Uhr, Herr Oberbürgermeister!)

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die Absetzungen sind wie immer im Entwurf gekennzeichnet, die Änderungsanträge auch.

Wir kommen zu den Zusetzungen; ich bitte um Aufmerksamkeit. Eine Aktuelle Stunde gibt es heute nicht. Folgende Punkte werden im öffentlichen Teil zugesetzt: 4.6, 4.7, 4.8, 10.33, 10.34, 10.35, 10.36, 17.7 und 17.8. Auf Wunsch der Gruppe pro Köln wird eine Umbesetzung von Ausschüssen im Rahmen des Grundmandates unter 17.9 behandelt. Im nichtöffentlichen Teil gibt es folgende Zusetzungen: 22.1 und 22.2.

Im öffentlichen Teil werden folgende Punkte abgesetzt: 10.3, 10.10, 10.13, 10.24 und 14.2. Im nichtöffentlichen Teil gibt es keine Absetzungen.

Gibt es Wortmeldungen? – Bitte, Herr Hegenbarth.

<**Thomas Hegenbarth** (Piraten): Eine kurze Erklärung: Zeitgleich gibt es einen Bürgerantrag gegen TTIP, CETA und TiSA. Wir möchten nicht, dass unser Antrag zu Punkt 3.1.5 mit diesem kollidiert. Deswegen ziehen wir unseren Antrag an der Stelle zurück und unterstützen ausdrücklich den Bürgerantrag. Für den unwahrscheinlichen Fall, dass dieser Bürgerantrag nicht angenommen wird, hoffen wir auf eine kurzfristige, parteiübergreifende Lösung in diesem Sinne. – Danke.>

(Beifall von Lisa Hanna Gerlach [Piraten] sowie bei Teilen der CDU, des Bündnisses 90/Die Grünen und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir haben es vernommen. Der Punkt 3.1.5 wird auf Ihre Bitte hin zurückgezogen. Die Absetzungen werden um den Punkt 3.1.5 ergänzt.

Eine weitere Wortmeldung. – Bitte, Herr Kienitz.

<**Niklas Kienitz** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion

möchte bei Punkt 10.28 dringenden Beratungsbedarf anmelden. Unter anderem ist die beigefügte Anlage, die wir zwar nicht mit beschließen werden, fehlerhaft. Insofern ergibt sich noch erheblicher Beratungsbedarf unsererseits. Deswegen beantragen wir, diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zu streichen. – Danke schön.>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Sie haben den entsprechenden Antrag gestellt. – Möchte sich jemand dazu äußern?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir möchten es auf der Tagesordnung behalten!)

- Ja. – Herr Frank hat gerade zum Ausdruck gebracht, dass der Punkt auf der Tagesordnung bleiben sollte.

Deswegen werden wir jetzt darüber abstimmen. Wer für die Absetzung dieses Tagesordnungspunkts von der Tagesordnung ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der CDU und die Gruppe pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen bei der AfD und von Herrn Zimmermann. Punkt 10.28 bleibt damit weiterhin auf der Tagesordnung und wird dann zur Abstimmung gestellt.

Wir kommen zu den Dringlichkeitsanträgen. Zunächst zu einem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, der CDU, des Bündnisses 90/Die Grünen und der FDP zum Thema „Unterbringung von Flüchtlingen in Köln“ unter Tagesordnungspunkt 3.1.7: Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Punkt in die Tagesordnung aufgenommen.

Ich würde Sie jetzt bitten, mir bei der Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung zu folgen. Da sich eine ganze Reihe von Tagesordnungspunkten mit dem Thema „Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen“ befasst, schlage ich vor, all diese Punkte konzentriert zu behandeln. Mein Vorschlag ist, dies unter dem Punkt 3.1.0, also vor dem Antrag zum RRX, zu behandeln. Ich stelle also den Vorschlag zur Diskussion, folgende Tagesordnungspunkte zusammenzufassen: 3.1.2, 3.1.4, 3.1.7, 4.4, 4.5, 4.6, 4.7 und 10.20. Dabei handelt es sich um drei Anträge, eine Reihe von Anfragen und eine Beschlussvorlage, die wir dann gemeinsam behandeln werden. Sollte es großen Diskussionsbedarf geben, besteht durchaus die Möglichkeit, ein wenig länger zu debattieren, auch weil die genannten Punkte ein sehr breites Spektrum an Themen umfassen.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung des Rates und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

I. Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Frau Halberstadt-Kausch, Herrn Dr. Gutzeit und Frau Paulukat vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Anschließend nennt der Oberbürgermeister die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.6 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Krankenversicherten-Chipkarten zur medizinischen Versorgung nach §§ 4 und 6 Asylberwerberleistungsgesetz (AsylbLG)"

AN/1799/2014

4.7 Anfrage der Gruppe DeineFreunde betreffend "Ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge"

AN/1804/2014

4.8 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Schutz vor Angriffen auf kommunale IT-Systeme in Köln"

AN/1805/2014

10 Allgemeine Vorlagen

10.33 Mediengründerzentrum NRW (MGZ), hier Anteilkauf durch die Stadt Köln

3602/2014

10.34 Erweiterte Durchführung des vom Rat beauftragten Investorenwettbewerbs zur Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud / Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0401 - Museumsreferat - für das Haushaltsjahr 2014

3670/2014

10.35 EU-Projekt Grow Smarter

3160/2014

10.36 Erhöhung der Anzahl der institutionell geförderten Theater, Haushaltsjahr 2015

3838/2014

17 Wahlen

17.7 Antrag der SPD-Fraktion hier: Austausch eines ständigen Mitglieds mit beratender Stimme

AN/1793/2014

17.8 Antrag der SPD-Fraktion hier: Benennung eines sachkundigen Einwohners für den Ausschuss Umwelt und Grün

AN/1813/2014

17.9 Antrag der Gruppe pro Köln hier: Umbesetzung in Ausschüssen

22 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

22.1 Städtischer Teilankauf Heliosgelände

AN/1803/2014

26 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

26.2 Ankauf Grundstück "Blaubach 9", Köln-Altstadt-Süd für die

Unterbringung von Flüchtlingen

3739/2014

Absetzungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.3 Anpassung an den Klimawandel

2216/2014

10.10 Strategiekonzept - aktualisierte und überarbeitete Auflage

3264/2014

10.13 Kulturentwicklungsplanung

2165/2014

10.24 Sanierung der Zentralbibliothek der Stadtbibliothek Köln, Josef-Haubrich-Hof 1, 50676 Köln Weiterplanungsbeschluss gemäß Ratsbeschluss vom 18.12.2012 (3142/202)

2781/2014

14 Erlass von Veränderungssperren

14.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der

Ortslage in Köln-Porz-Westhoven Arbeitstitel: Stollwerckstraße in Köln-Porz-Westhoven

3133/2014

III. Ratsmitglied Hegenbarth nimmt Bezug auf

3.1.5 Antrag der Gruppe Piraten betreffend "Resolution des Kölner Rates zu den Handelsabkommen TTIP, CETA und TiSA"

AN/1740/2014

In der Angelegenheit gebe es bereits einen Bürgerantrag gemäß § 24 Absatz 1 GO NRW. Die Piraten wollten der Entscheidung in der Sache mit ihrem Antrag nicht vorgreifen, aus diesem Grunde werde die Sache für die heutige Sitzung zurückgezogen.

Der Oberbürgermeister erklärt, dass die Absetzungen um den Punkt 3.1.5 ergänzt werden.

IV. Ratsmitglied Kienitz macht für seine Fraktion bei Punkt

10.28 Raumzuteilung Bürgermeister/innen und Fraktionen

3536/2014

Beratungsbedarf geltend und bittet die Entscheidung in der Angelegenheit zurückzustellen.

Nachdem sich Ratsmitglied Frank für die Beratung in der heutigen Sitzung ausspricht, lehnt der Rat den Vertagungsantrag mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Gruppe pro Köln sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) ab.

V. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass folgender Dringlichkeitsantrag zur Sitzung vorgelegt worden sei:

3.1.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Unterbringung von Flüchtlingen in Köln"

AN/1784/2014

Da es keine Einwendungen gegen die Dringlichkeit gibt, wird die Sache – wie von der Verwaltung vorgeschlagen – als Punkt 3.1.7 in die Tagesordnung aufgenommen.

VI. Der Oberbürgermeister schlägt dem Rat eine Änderung der Reihenfolge der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung beinhalte zahlreiche Punkte, die sich mit dem Thema „Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen“ befassen. Aus diesem Grunde schlägt er vor, die betreffenden Punkt 3.1.2; 3.1.4; 3.1.7; 4.4; 4.5; 4.6; 4.7 und 10.20 gemeinsam unter dem neuen Punkt 3.1.0 zu behandeln.

Der Rat stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

VII. Im Anschluss legt der Rat die Tagesordnung einvernehmlich wie nachfolgend fest:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir steigen in die Tagesordnung ein und beginnen mit Tagesordnungspunkt 2.1:

2.1 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Spende in Höhe von 30.000,00 € zur Verwendung für den "Langen Donnerstag" in 2015 im Museum Ludwig
2951/2014

Der Kulturausschuss hat dem einstimmig zugestimmt. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das einstimmig so angenommen. Wir sagen dem Spender Dank für seine Großzügigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Spende in Höhe von 30.000,00 Euro zur Verwendung für den „Langen Donnerstag“ von der Stiftung Kunst, Kultur und Soziales der Sparda-Bank West an das Museum Ludwig mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Tagesordnungspunkt 2.2:

2.2 Schenkungsannahme Sparda Kunstpreis-NRW 2012/2013
0725/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe eine Wortmeldung von Herrn Hupke und eine weitere Wortmeldung. – Herr Hupke, es geht hier nicht um einen Coffeeshop.

(Heiterkeit)

<**Bezirksbürgermeister Andreas Hupke:** Ja, das ist okay; das ist das Salz in der Suppe. Das habe ich jetzt weg; damit muss ich leben, wenn ich durch die Stadt gehe. – Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Rat! Ich will unseren Beschluss zur BV zu diesem Tagesordnungspunkt kurz erläutern. Darum gebeten hat mich Yana Yo, eine Meisterschülerin von Professor Karl Horst Hödicke, dem Vater der Neuen Wilden, an der Berliner Hochschule der Künste. Dem komme ich sehr gerne nach.

Damit es glasklar ist: Wir sind nicht gegen das Kunstobjekt. Der Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt/Deutz beinhaltet zum einen die Ablehnung des Ortes – dieser ist aus Sicht der Bezirksvertretung Innenstadt-Deutz zu überdenken – und zum anderen die Ablehnung des zu frühen Zeitpunkts der Realisierung, weil der Breslauer Platz städtebaulich noch nicht finalisiert ist. – Danke, dass Sie mir zugehört haben. Toi, toi, toi!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau von Bülow, bitte.

<**Brigitta von Bülow** (Bündnis 90/Die Grünen): Wie schon mein Vorredner gesagt hat: Wir lehnen die Schenkung zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab. Wir sagen: Der Obelisk mag zwar der Diversität Kölns und des Ortes in ironischer Weise dienen; aber der Platz ist sehr heterogen und im Augenblick ungeplant. Deswegen denken wir, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht angesagt ist, dort bereits ein prägendes Kunstwerk hinzusetzen. Wir nehmen sehr ernst, was das StadtLabor für Kunst im öffentlichen Raum macht. Es setzt sich vor allem damit auseinander, wie Kunst im öffentlichen Raum einen hohen Stellenwert bekommen und einen guten Platz erhalten kann. Wir denken: Wenn man das Kunstwerk bereits jetzt in einen ungeordneten Platz aufnehmen lässt, dann ist die Gefahr groß, dass es irgendwann im vom StadtLabor erstellten Archiv für ungenutzte Kunst landet. Wir möchten nicht, dass das Werk einer renommierten Künstlerin diesen Weg nimmt. Deswegen denken wir: Im Augenblick kann diese Schenkung von uns noch nicht goutiert werden. Wir können sie im Augenblick nur ablehnen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen) >

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Dr. Bürgermeister, bitte.

<Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Ich mache es ganz kurz. – Wir sind der Meinung, dass die lange Diskussion um diese Schenkung ein Ende haben muss. Wir haben im Kulturausschuss mehrfach darüber gesprochen. Die große Mehrheit des Kulturausschusses hat sich für die Schenkungsannahme ausgesprochen, im Übrigen in Anlehnung an das Votum des Kunstbeirats, in dem wir auch vertreten sind. Wir sind der Meinung, dass das Verfahren zwar optimierungswürdig ist, aber den damaligen Maßgaben entsprach. Dieses Kunstwerk und sein Platz sind im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung ausgewählt worden. Man muss natürlich sagen: Wenn es eine Weiterentwicklung der Stadtgestalt gibt, das heißt sich an dem Platz etwas ändert, muss es natürlich möglich sein, das Kunstwerk entsprechend zu verlegen. Aber zum jetzigen Zeitpunkt ist das aus unserer Sicht völlig in Ordnung. – Vielen Dank an die Sparda-Bank für die Schenkung.

(Beifall bei Teilen der SPD)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte schön, Frau Welcker.

<Katharina Welcker (CDU): Für die CDU-Fraktion möchte ich sagen: Wir stimmen dem selbstverständlich zu. Wir freuen uns, dass uns die Sparda-Bank in dem Bemühen um Kunst und Kultur in dieser Stadt unterstützt. Wir freuen uns auch über dieses herrliche Kunstwerk, das uns angeboten worden ist. Wir sehen dem eigentlich sehr positiv entgegen. Die Planung lässt sich sicherlich noch verbessern; aber sie ist doch kein Grund, einen Spender so vor den Kopf zu stoßen, dass man seine Spende ablehnt.

(Beifall bei der CDU)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Sterck, bitte.

<Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich wundere mich doch, wie sich die Dinge wiederholen. Die grüne Fraktion hat anscheinend aus Fehlern, die in der Vergangenheit im Umgang mit Mäzenen und Spenden für diese Stadt gemacht worden sind, wenig gelernt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich nenne das Stichwort Stadtmuseum.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Seien Sie froh, dass es so gekommen ist!)

Es hat die Stadt viele Millionen Euro gekostet, dass die Grünen damals die Finanzierung des Anbaus durch einen Stifter verhindert haben.

Auch das zweite Argument – das muss ich sagen, Herr Hupke – kommt mir sehr bekannt vor. Als wir damals die Domtreppe saniert und den Bahnhofsvorplatz neu gestaltet haben, wurde gesagt: Wir machen jetzt erst einmal ein Provisorium, und wenn der Breslauer Platz fertig ist, dann vollenden wir auch den Bahnhofsvorplatz. – Da haben wir Gott sei Dank gesagt: Wir wollen keine Provisorien; denn in Köln hält nichts länger als Provisorien. Der Bahnhofsvorplatz und die Domtreppe müssen bis zum Papstbesuch fertig sein.

Deswegen: Die Realisierung dieses Kunstwerks an eine zeitliche Abfolge zu knüpfen, also zu sagen, erst einmal müsse der Platz fertig sein, macht keinen Sinn. Dieses Kunstwerk gehört an diese Stelle.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo steht das denn? Das ist doch rein willkürlich ausgesucht!)

Wenn wir die Künstlerin beauftragt hätten, ein Kunstwerk für eine andere Stelle zu schaffen, sähe es anders aus. Aber das war die Aufgabe, und es hat ein ordentliches Verfahren gegeben.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist Quatsch!)

Deswegen sollte der Rat der Stadt Köln die Chance nutzen, dieses Geschenk dankbar anzunehmen, und es nicht kritisieren. – Danke.

(Beifall bei der FDP) >

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Stahlhofen.

<**Gisela Stahlhofen** (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Lieber Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn ich angesichts dieser Vorlage immer noch Bauchschmerzen habe – dieses Geschenk kostet uns auch sehr viel Geld –, haben wir uns trotzdem dazu durchgerungen, dieser Vorlage zuzustimmen; denn irgendwie muss die Umgestaltung dieses Platzes einen Abschluss finden. Und gut, jetzt findet er diesen!

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann hätten Sie auch eine Bank draufsetzen können!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Man muss sagen: Dieses geordnete Chaos, das damit dargestellt werden soll, ist auch ein Sinnbild.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen – Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir nehmen es mit Humor!)

Gibt es einen besseren Platz dafür als den Breslauer Platz?

Von daher lasse ich jetzt abstimmen. Wer gegen die Annahme dieses Geschenks ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der Grünen, Herr Zimmermann, die Fraktion der AfD sowie die Piraten. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann ist das so angenommen. Wir bedanken uns ganz herzlich bei der Sparda-Stiftung für den Kunstpreis und diese edle Spende, die jetzt endgültig auf den ihr zustehenden Platz kommen wird.

(Beifall bei Teilen der SPD und von Birgit Gordes [CDU])

Beschluss:

Der Rat beschließt, das Kunstobjekt "Obelisc of Tutankhamun" der Künstlerin Rita McBride Platz als Schenkung durch die Stiftung Kunst Kultur und Soziales der Sparda-Bank West anzunehmen und stimmt der Aufstellung nach der erteilten Nutzungsgenehmigung auf dem Kreisverkehr des Breslauer Platzes zu.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, der Gruppe Piraten sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Gruppe Deine Freunde) zugestimmt.

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir fahren in der Tagesordnung fort. Wie eben besprochen, werden wir die Punkte zur Flüchtlingsunterbringung und damit zusammenhängende Themen unter Punkt 3.1.0 zusammenfassen und gemeinsam behandeln.

3.1.2 Antrag der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde betreffend „Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen in Köln verbessern – Willkommenskultur stärken“
AN/1762/2014

3.1.4 Antrag der Gruppe pro Köln betreffend „Sofortige Änderung der Duldungspraxis der Stadt Köln“
AN/1705/2014

3.1.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Unterbringung von Flüchtlingen in Köln“
AN/1784/2014

4.4 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend „Aktuelle Zahlen zur Ausländer- und Asylpolitik in Köln“
AN/1732/2014

Antwort der Verwaltung vom 15.12.2014
3857/2014

4.5 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend „Gesundheitsrisiken in Asyl-Sammelunterkünften“
AN/1733/2014

Antwort der Verwaltung vom 15.12.2014
3788/2014

4.6 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Krankenversicherten-Chipkarten zur medizinischen Versorgung nach §§ 4 und 6 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)“
AN/1799/2014

Antwort der Verwaltung vom 15.12.2014
3840/2014

4.7 Anfrage der Gruppe Deine Freunde betreffend „Ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge“
AN/1804/2014

10.20 Errichtung von Systembauten und Beauftragung von Machbarkeitsstudien für konventionelle Wohnhäuser zur Flüchtlingsunterbringung
2899/2014

Erster Redner ist Herr Paetzold für die Fraktion der SPD. Bitte schön.

<Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Kolleginnen und Kollegen! Alle Prognosen sind Makulatur. Die Zahl der Flüchtlinge, die nach Köln kommen, steigt ständig. Aber lassen Sie uns heute nicht über Zahlen reden, sondern über Menschen, die innerhalb unserer Stadtmauern Schutz suchen und für die wir – Sie und ich und die ganze Stadtgesellschaft – Verantwortung tragen.

Im Moment hat die Verwaltung alle Hände voll zu tun, um den Menschen, die zu uns fliehen, wenigstens das Mindeste zu gewähren: ein Dach über dem Kopf, ein Bett zum Schlafen, genug zu essen, eine Ärztin bzw. ein Arzt bei Krankheit. Selbst das gelingt nur mit äußerster Anstrengung, für die ich mich bei jedem einzelnen Mitarbeiter und jeder einzelnen Mitarbeiterin der Stadt, der oder die dabei mittut, sehr herzlich bedanke.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen der CDU)

Die Stadt Köln kommt aber an die Grenzen des von ihr Leistbaren. Das Dach über dem Kopf ist im Notfall auch schon einmal das eines ehemaligen Baumarktes. Das Bett zum Schlafen steht im Zweifel auch in einer Mehrzweckturnhalle. Das Essen ist Gemeinschaftsverpflegung. Oft genug stehen sich Arzt und Patient bei Krankheit sprachlos gegenüber. So kann es nicht weitergehen.

Auch wenn wir uns vor unserer Verantwortung nicht drücken: Wir müssen Land und Bund in die Pflicht nehmen. Es macht einfach keinen Sinn, nach dem Königsteiner Schlüssel den größten Teil der Menschen, die nach Deutschland geflohen sind, in die Metropolen zu schicken. Köln, die größte Stadt NRWs, soll 5 Prozent aller Flüchtlinge, die nach NRW kommen, aufnehmen. Das ist extrem schwierig; denn Köln ist eine der wenigen wachsenden Städte; Wohnraum ist bei uns knapp und begehrt, die Zahl der freien Grundstücke können wir nicht vermehren. Es wäre schon eine Hilfe, wenn wir – selbstverständlich auf unsere Kosten – Hotels im Umland anmieten könnten, um Menschen, die zu uns geflohen sind, unterzubringen. Aber selbst das ist uns untersagt.

„Kosten“ ist ein gutes Stichwort. Land und Bund können die finanziell klammen Kommunen nicht auf dem Großteil der Kosten für die Versorgung der zu uns geflohenen Menschen sitzen lassen. Statt prozentualer Zuweisungen erwarten wir eine spitze Abrechnung der anfallenden Kosten.

Wir drücken uns aber nicht vor unserer Verantwortung für die Menschen, die zu uns geflohen sind. Deshalb möchten wir die Verwaltung mit den Vorschlägen in unserem gemeinsamen Antrag unterstützen.

Ein Dach über dem Kopf, das Bett zum Schlafen, genug zu essen – das ist notwendige erste Hilfe, aber eben keine Integration. Wir müssen deshalb alle Anstrengungen unternehmen, um aus Menschen, die zu uns geflohen sind, Mitbürgerinnen und Mitbürger zu machen. Meine begrenzte Redezeit erlaubt es nicht, Ihnen alle Vorschläge unseres gemeinsamen Antrags zu erläutern. Bitte lese Sie sie im Antrag nach!

In aller Kürze nur so viel: An allererster Stelle brauchen wir Unterbringungsmöglichkeiten für die Menschen, die zu uns geflohen sind. Wir schlagen deshalb unter anderem vor, dass für die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften ein vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren angewendet wird und alle bürokratischen Hürden, wo eben möglich, abgebaut werden. Mit der Beschlussvorlage zur Flüchtlingsunterbringung, die der Sozialausschuss in seiner gestrigen Sondersitzung mit einigen Änderungen einstimmig beschlossen hat und die heute auch dem Rat der Stadt Köln zur Abstimmung vorliegt, schaffen wir auf jeden Fall dringend benötigte Kapazitäten.

Ein anderes Thema. Wir brauchen deutlich mehr Sprachmittler in der medizinischen Betreuung. Glauben Sie mir: Es ist unendlich schwer, einen erkrankten Menschen zu behandeln, mit dem man sich nicht verständigen kann.

Ein Weiteres. Viele der Menschen, die zu uns geflohen sind, haben Schreckliches erlebt, sind schwerst traumatisiert. Diese Menschen bedürfen dringend psychotherapeutischer Hilfe. Die entsprechenden Ressourcen müssen dringend aufgestockt werden.

Die Integration der Menschen, die zu uns geflohen sind, kann die Verwaltung allein nicht gewährleisten; das ist eine Herausforderung an die ganze Stadtgesellschaft. Mit großer Dankbarkeit nehmen wir deshalb die vielen bürgerschaftlichen Initiativen wahr, die sich um eine Willkommenskultur für die zu uns geflohenen Menschen bemühen.

Auch die religiösen Gemeinschaften nehmen ihre Verantwortung wahr. Das Erzbistum Köln hat ein Programm für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und – neben vielem anderen – einen Flüchtlingsfonds aufgelegt, ausgestattet mit 1 Million Euro. Auch die evangelische Kirche engagiert sich vorbildlich, und die jüdischen und muslimischen Gemeinden Kölns haben großzügig ihre Unterstützung zugesagt.

So viel bürgerschaftliches Engagement bedarf der Unterstützung und Koordination – überregional und hier vor Ort. Deshalb unterstützen wir zum einen das Projekt „Zentrum für Willkommenskultur“ von Flüchtlingsrat und Freiwilligen-Agentur. Hier sollen die vielfältigen Willkommensinitiativen vernetzt werden und der überregionale Austausch verortet sein. Auch sollen hier Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Freiwillige ihren Platz finden.

Aber auch vor Ort, in den Stadtvierteln, braucht es Ansprechpartner und Koordinatoren. Aus Sicht der Antragsteller sollten dies die jeweiligen Bürgerämter und, soweit vorhanden, die Sozialraumkoordinatoren sein. Hier vor Ort gibt es das Wissen um die lokalen Gegebenheiten und die vorhandenen Ressourcen. Deshalb sind die beiden Genannten geradezu als erste Anlauf- und Beratungsstelle für alle lokalen Initiativen prädestiniert, die sich um die Integration der zu uns geflüchteten Menschen bemühen.

Weiterhin schlagen wir für die Bezirke ein kleines finanzielles Budget vor, um zum Beispiel Willkommensfeste oder integrative Maßnahmen zu finanzieren oder zumindest zu unterstützen. Dass das Zentrum für Willkommenskultur und die Bürgerämter eng zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen, versteht sich angesichts der großen Aufgabe wohl von selbst.

Ein Letztes. Der Schlüssel zur Integration heißt Vereinzelung. Es ist fast unmöglich, 130 Menschen, die in einem Hotel leben, ins Viertel zu integrieren. Es geht aber fast von selbst, eine Familie – sei sie auch noch so groß –, die in einer eigenen Wohnung im Veedel lebt, in ebendieses Viertel zu integrieren. Der Schlüssel zur erfolgreichen Integration heißt deshalb schlicht Auszugsmanagement. Wir schlagen deshalb dringend vor, die entsprechenden Abteilungen personell auszuweiten. – Das sind nur einige Aspekte unseres gemeinsamen Antrages.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, am Anfang meiner Rede hatte ich Ihnen vorgeschlagen, nicht über Flüchtlingszahlen, sondern über Menschen zu reden. Ich bin sehr froh, dass sich vier Ratsfraktionen, also die überwiegende Mehrheit des Rates, auf einen gemeinsamen Antrag verständigt haben. Das ist das richtige Signal in die Stadtgesellschaft: Der Rat der Stadt Köln als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger dieser seit 2 000 Jahren weltoffenen Stadt bekennt sich ausdrücklich zu seiner Verantwortung für die Menschen, die sich als Flüchtlinge unserem Schutz anvertraut haben. Die demokratischen Gruppierungen im Rat, die sich bis jetzt – warum auch immer – diesem Mehrheitsantrag nicht haben anschließen können, bitte ich ebenso dringend wie herzlich, sich unserem Antrag anzuschließen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Paetzold. – Wir kommen dann zu Frau Gärtner von der Fraktion der CDU.

<Ursula Gärtner (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir sind froh, dass dieser gemeinsame Antrag zustande gekommen ist. Es ist ein wichtiges Zeichen, dass dies gelungen ist; denn Flüchtlingspolitik eignet sich nicht für parteipolitische Auseinandersetzungen.

(Beifall bei der CDU sowie bei Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Vielmehr ist es unsere humanitäre Aufgabe, etwas für die Flüchtlinge zu tun. Wir müssen aber auch die Einwohnerinnen und Einwohner aufklären, die unsicher sind und Fragen haben. Dabei müssen alle demokratischen Kräfte zusammenstehen.

Im September dieses Jahres haben wir als CDU-Fraktion ein Positionspapier zum Thema Flüchtlingspolitik erstellt, das vom Parteitag der CDU einstimmig angenommen wurde. Die Überlegungen in diesem Papier finden sich allesamt im Antrag wieder. Er enthält sehr viele Themen, die hier nicht alle ausgeführt werden können. Da verweisen wir auf das Internet, in dem sowohl dieser Antrag als auch unser Positionspapier zu finden ist. Ich möchte jedoch ein Schlaglicht auf einige wichtige Punkte des hier vorliegenden Antrags werfen.

Zur Standortwahl. Wir haben uns nicht von unseren Standards hinsichtlich Ausstattung und maximaler Personenzahl verabschiedet; aber zeitweise wird es nicht möglich sein, diese Standards vollständig zu erfüllen, weil einfach zu viele Menschen in sehr kurzer Zeit zu uns gekommen sind. Wichtig ist uns, dass eine angemessene sozialräumliche Verteilung erfolgt. Wir sehen es als einen Auftrag an die Stadtplanung, auch den Bedarf an Flüchtlingsunterkünften zu berücksichtigen.

Zum Thema Kinder und Jugendliche. Vorschulische und schulische Bildung und präventive Jugendhilfeangebote sind dringend erforderlich, und das in einem bedarfsgerechten Umfang. Dies steht auch in unserem gemeinsamen Antrag. Für Erwachsene und für Kinder ist Sprachförderung sehr wichtig; denn Sprache ist von grundsätzlicher Bedeutung für die Integration, ebenso berufsfördernde Maßnahmen.

Wir treffen auf eine beeindruckende Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung. Dieses Engagement müssen wir unterstützen, auch mit Fortbildung und Beratung für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Deshalb unterstützen wir das Projekt „Zentrum für Willkommenskultur“, das gemeinsam mit den vor Ort tätigen Verbänden – Wohlfahrtsverbände, Kirchen und andere Institutionen – die örtlichen Initiativen vernetzt und unterstützt.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Wir müssen aber noch ein Wort zur Zuweisungspraxis sagen. Die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt in Köln muss vom Land berücksichtigt werden. Unerlaubt eingereiste Personen müssen auf die Zuweisungsquote angerechnet werden,

(Beifall bei Teilen der CDU)

und die Verwaltungsverfahren müssen auf allen Ebenen dringend beschleunigt werden.

Auch zu den Kosten müssen wir noch etwas sagen. Bund und Länder dürfen die Kommunen nicht mit der Flüchtlingsunterbringung und -betreuung alleinlassen; sie sind damit überfordert. Die Kosten müssen vollständig übernommen werden. Hier werfen wir einen sehr kritischen Blick auf das Verhalten unseres Landes; denn der Bund hat die Mittel aufgestockt. Wir fordern, dass diese vollständig an die Kommunen weitergegeben und nicht vom Land für die Finanzierung eigener Vorhaben eingesetzt werden.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Schließlich appellieren wir an alle, die Wohnraum zur Verfügung stellen oder schaffen können: Überlegen Sie bitte, wie Sie helfen können!

Wir möchten nochmals den unzähligen hilfsbereiten Bürgerinnen und Bürgern, die spenden oder auch selbst Angebote machen, danken.

Schließlich appellieren wir an alle Fraktionen im Rat, dass wir uns gemeinsam um die Unterbringung und die Betreuung von Flüchtlingen kümmern; denn nur so wird unsere Stadtgesellschaft in der Lage sein, diese gewaltige Aufgabe zu stemmen und ein Miteinander zu erreichen.

Herr Oberbürgermeister, ich möchte jetzt kurz auf die beiden anderen Vorlagen eingehen:

Zunächst zum Antrag der Linken. Diesen Antrag werden wir ablehnen, zum einen, weil einige der dort aufgeführten Punkte im gemeinsamen Antrag enthalten sind, zum anderen, weil wir den anderen Punkten nicht zustimmen können. Das muss ich hier nicht im Einzelnen ausführen; das kann jeder nachlesen.

Zur Vorlage unter 10.20, in der es um das Konzept zur Unterbringung geht. Der Sozialausschuss hat gestern noch Ergänzungen vorgenommen, die wir voll mittragen und denen wir gestern zugestimmt haben. Es ist uns wichtig, dass hier die Beschlüsse der Bezirksvertretungen von Rodenkirchen und Chorweiler als Ergänzung zum Antrag der SPD eingeflossen sind.

Kurz erwähnen will ich noch, dass wir eine Protokollnotiz gemacht haben, die nicht Gegenstand des Beschlusses geworden ist. Hier geht es um Errichtung fester Standorte in der Trierer Straße und in der Brohler Straße. Wir haben unsere Erwartung festgehalten – wir haben im Sozialausschuss keinen Widerspruch dazu gehört –, dass nach Fertigstellung der festen Bauten die Nutzung von Hotels in unmittelbarer Nachbarschaft als Flüchtlingsunterkünfte aufgegeben wird, diese Bauten also ein Ersatz sein sollen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

So weit unsere Anmerkungen zu den verschiedenen Anträgen, Vorlagen und Anfragen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zu Frau Heuser von der Fraktion der Grünen.

<**Marion Heuser** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Frau Beigeordnete Reker! Meine Damen und Herren! In wenigen Tagen werden die meisten von uns die Geburt des wohl berühmtesten Flüchtlings ehren und feiern. Leider müssen wir feststellen, dass die Menschheit seit damals nicht dazugelernt hat. Flucht und Vertreibung sind weiterhin die Folge weltweiter Kriege und Krisen. Wir alle gehen inzwischen davon aus, dass kein Ende erkennbar und zu erwarten ist. Die damit verbundenen Flüchtlingsströme werden folgerichtig nicht abebben.

Die Prognose für Köln bis zum Jahre 2019 geht von einer Zahl zwischen 9 000 und 10 000 Personen aus, von denen viele hier eine neue Heimat finden werden. Das dürfte für eine Millionenstadt wie Köln eigentlich kein großes Problem darstellen, wäre da nicht vor allem das Problem der Unterbringung, das auch durch politische Planungsfehler in der Vergangenheit verursacht worden ist. Inzwischen ist die Folge, dass beina-

he die Hälfte der Flüchtlinge in Köln nicht entsprechend der vom Rat in 2004 beschlossenen Leitlinien untergebracht werden kann. Köln als wachsende Stadt muss nun den zusätzlichen Einwohnerzuwachs bei allen Planungen und bei der Realisierung von Wohnraum unbedingt einkalkulieren. Gleiches gilt für die Integration von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in die bestehenden Regelsysteme. Für einen langen Zeitraum wird dies eine Querschnitts- und Daueraufgabe der Stadtverwaltung sein.

Der gemeinsame Dringlichkeitsantrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen sowie FDP stellt einen guten Kompromiss dar und zeigt den Handlungsbedarf in verschiedenen Bereichen für die kommenden Jahre auf. Uns Grünen sind vor allem vier Zielsetzungen wichtig:

Erstens: die Aufrechterhaltung der Leitlinien von 2004 als Richtschnur des Handelns.

Zweitens: die integrative Ausrichtung der zukünftigen Planung von Wohnquartieren. Sowohl der Bau einer auskömmlichen Anzahl von Wohnhäusern als auch die sozialverträgliche Verteilung über das gesamte Stadtgebiet kann langfristig nur gewährleistet werden, wenn in allen aktuellen und zukünftigen Baugebieten Wohnraum für Flüchtlinge geschaffen wird. Hier muss ein Automatismus eintreten: Wird irgendwo ein Baufeld geplant und bebaut, wird Wohnraum für Flüchtlinge mit bedacht und erstellt.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Sollte dies in einzelnen Fällen nicht zu realisieren sein, möchten wir die Gründe dafür wissen. Langfristig ist das Ziel, alle Flüchtlinge dezentral in eigenen, abgeschlossenen Wohnungen unterzubringen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Als gesamtstädtische Aufgabe verstanden, stehen auch die Wohnungsbaugesellschaften und die Kirchen in der Pflicht. Nach meinem Verständnis müssen hier eigene Interessen, wie sie im Fall des Klarissenklosters mit Verweis auf den Denkmalschutz als vermeintlichem Verhinderungsgrund zutage treten, aus humanitärem Gewissen heraus zur Nebensache werden.

Kurzfristig müssen weitere Fertighäuser an temporären Standorten, das heißt für die Dauer von bis zu fünf Jahren, als Übergangslösung errichtet werden. Allerdings bedeutet „temporär“, dass auch die hier untergebrachten Menschen auf absehbare Zeit dauerhaften Wohnraum benötigen.

(Beifall von Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen])

Diese Tatsache unterstreicht einmal mehr die Notwendigkeit der eben beschriebenen Maßnahmen. Um akute Obdachlosigkeit zu vermeiden, wurden Flüchtlinge bereits in Hotelbetrieben untergebracht sowie ein Baumarkt und eine Mehrzweckhalle zur Notunterkunft umgerüstet. Das darf, ebenso wie die möglichen Unterbringungen auf Hotelschiffen, nur eine absolute und vorübergehende Ausnahme sein. Die Unterbringung in Zelten wird abgelehnt.

Die Verwaltung hat mit der Vorlage zu sieben temporären und vier konventionellen Wohnhäusern einen weiteren wichtigen Schritt im Sinne der beiden ersten Zielsetzungspunkte getan. Wir werden dieser Vorlage in der Beschlussfassung des Sozialausschusses natürlich zustimmen. Es wäre fahrlässig, hier etwas anderes zu beschließen.

Die Schaffung einer Koordinationsstelle, hier „Zentrum für Willkommenskultur“ genannt, ist als dritte Zielsetzung hervorzuheben. Köln erlebt eine beispiellose Welle der ehrenamtlichen Hilfsbereitschaft Einzelner und eine Gründungswelle bei Willkommensinitiativen. Da die einzelnen Initiativen sehr unterschiedlich aufgestellt sind und die verschiedensten Bedarfe haben, wurde aus ihren Reihen schnell der Wunsch nach einer Anlaufstelle formuliert. Diese soll Möglichkeiten zum Informationsgewinn oder -austausch, zur Vernetzung, Koordinierung und Qualifizierung bieten. Jede ehrenamtliche Hilfe sollte zielgerichtet und kompetent zur Integration der Flüchtlinge eingesetzt werden können.

Das Konzept „Zentrum für Willkommenskultur“ geht auf eine gemeinsame Initiative des Kölner Flüchtlingsrates und der Kölner Freiwilligen-Agentur zurück. Es wird prozessartig unter Einbindung der Initiativen und von freien Trägern weiterentwickelt. Hierzu werden aber auch entsprechende finanzielle und personelle Ressourcen benötigt. Aus grüner Sicht ist die Rolle der Bezirksämter als Mittler zu verstehen, da sie die oben beschriebenen Aufgaben teils aus Mangel an entsprechendem Know-how in Flüchtlingsfragen nicht selber werden leisten können. Der gemeinsame Antrag sieht an dieser Stelle eine andere Rollenverteilung vor, wobei sich noch zeigen muss, wie praktikabel und effektiv diese Konstellation sein wird.

Die vierte Zielsetzung der Grünen ist die Integration der Flüchtlinge in die offenen Angebots-, Beratungs- und Förderungsstrukturen sowie in die Regelsysteme. Gut die Hälfte aller Flüchtlinge sind Kinder und Jugendliche. Sie haben einen besonderen Bedarf an gezielter vorschulischer und schulischer Bildung sowie an präventiver Jugendhilfe. Sie brauchen Kita- und Schulplätze und müssen in die bestehenden Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und des Interkulturellen Dienstes gebracht werden. Sonderstrukturen sind zu vermeiden. Viele erwachsene Flüchtlinge haben keine Kenntnis von den Angeboten an Beratungsstellen, Bildungseinrichtungen, der Gesundheitsversorgung oder Sprachförderung. Sie sind nach wie vor auf sich gestellt. Der Informationsfluss und somit die Zugangsmöglichkeiten müssen deutlich verbessert werden. Der Einsatz weiterer Sprachmittler wird hier unerlässlich sein.

Menschenwürdige Unterbringung und Integration von Flüchtlingen werden nur gelingen, wenn die Verwaltung, der Rat, die Stadtgesellschaft und nicht zuletzt auch die Kirchen dies als gemeinsame Aufgabe anpacken. Je eher die Menschen auf eigenen Füßen stehen, umso schneller gelingt ihre Integration. Das muss in unser aller Interesse sein. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD und der CDU)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau Heuser. – Wir kommen dann zu Herrn Detjen.

<**Jörg Detjen** (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zwei Vorbemerkungen, um die aktuelle Diskussion besser zu verstehen:

Erstens. Selten in der Geschichte der Stadt Köln war der Erzbischof progressiver als der Stadtrat. Kardinal Woelki hinterfragt unsere Flüchtlingsunterbringung und macht konkrete Vorschläge.

Zweitens. Die SPD macht OB-Wahlkampfkür und positioniert sich rechts von der Mitte, um später aus dem konservativen Lager Stimmen zu sammeln. Die CDU dagegen verschläft die christliche Nächstenliebe. – So weit meine Vorbemerkungen.

(Beifall bei der Linken – Jochen Ott [SPD]: Alles falsch!)

Wir haben kein Flüchtlingsproblem, sondern ein städtisches Problem, die Geflüchteten menschenwürdig aufzunehmen. In der Kölner Flüchtlingspolitik steht der Rat nackt da.

(Bernd Petelkau [CDU]: Das ist doch falsch!)

Es gibt keine Mindeststandards und keine langfristige Strategie. Die Unterbringung ist nicht nur kurzfristig unwürdig, sondern die Umsiedlung in Wohnungen verbaut. Vier Jahre leben heute Kölner Flüchtlinge in Heimen, bevor sie eine Wohnung beziehen können. Wie wird das in der Zukunft aussehen? Die städtische Hilfe ist mangelhaft, auch wenn sich die Verwaltung Mühe gibt. Viele Kinder können nicht die Schule besuchen, und die Traumatisierung vieler Geflüchteter wird hinten angestellt.

Für all dies brauchen wir konkrete Beurteilungen und konkrete Lösungen. Wir, die Politik und die Verwaltung, wir müssen unsere Hausaufgaben machen und nicht die Flüchtlinge. Wir müssen die Geflüchteten schützen und ihnen eine Chance geben, in Köln mitmachen zu können.

(Beifall bei der Linken und von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Wir brauchen mehr Solidarität und Würde gegenüber den Geflüchteten. Wir Linke finden es würdelos, wenn die bürgerlichen Parteien in ihrem Viererantrag die Umkehr der Beweislast für unerlaubt eingereiste Flüchtlinge, insbesondere Sinti und Roma, fordern, um sie gezielt aus Köln in andere Orte zu verteilen. Das ist keine Verteilungsgerechtigkeit, sondern die Stigmatisierung einer Volksgruppe.

(Beifall bei Teilen der Linken)

Köln kann und wird mehr Flüchtlinge aufnehmen. Viele Hundert Menschen engagieren sich bereits heute, und es werden noch mehr werden. Deshalb sollte der Rat der Stadt Köln finanzielle Mittel für ein Zentrum für Willkommenskultur auch tatsächlich zur Verfügung stellen, statt den engagierten Kölnerinnen und Kölnern Vorschriften zu machen, etwa, dass sie immer erst beim Bür-

geramt anrufen sollen. Wir müssen Eigeninitiative stärken und nicht besserwisserisch sein. Da unterscheidet sich unser Antrag ganz deutlich von dem Antrag der großen Vier.

(Beifall bei der Linken)

Die Vorschläge im Antrag von Linken, Piraten und Deinen Freunden zielen darauf ab, konkrete Maßnahmen zu beschließen, die kurzfristig eine Verbesserung bewirken können. Den Vorschlag, Wohnpatenschaften mit Wohnungsunternehmen einzugehen, haben wir bereits im Mai gemacht. Wenn jedes der 320 Wohnungsunternehmen nur eine Wohnung für Familien zum normalen Mietpreis zur Verfügung stellen würde, könnten wir insgesamt 1 500 Flüchtlinge unterbringen.

Um die Rechte der Flüchtlinge zu stärken, fordern wir in unserem Antrag, dem Antrag von Linken, Piraten und Deinen Freunden, eine Ombudsperson, die die Flüchtlinge, aber auch die Anwohnerinnen und Anwohner anrufen können.

Die Verwaltung geht nunmehr davon aus, dass in jedem Monat 250 Flüchtlinge zusätzlich nach Köln kommen; das sind 3 000 im Jahr, Tendenz steigend. Deshalb unterstützen wir den Runden Tisch für Flüchtlingsfragen in seiner Forderung, ein Verwaltungskonzept zu erarbeiten. Wie wollen wir denn die 2 000 Flüchtlinge unterbringen, die im nächsten Jahr kommen werden? Darauf geben die Verwaltungsvorlagen keine Antwort. Das ist eine offene Frage, die wir lösen müssen. Wir brauchen ein Konzept, wie wir die Mangelverwaltung überwinden können. Wir brauchen soziale Standards und eine Strategie, wie und wann wir wieder unsere Leitlinien zur Richtschnur des Handels machen können. Die Bemerkung im Viererantrag – ich zitiere – „Zelte sind zu vermeiden“ ist in dieser Hinsicht eine Bankrotterklärung.

(Beifall bei der Linken und von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Wir Linke haben das Thema Flüchtlinge immer wieder in den Rat eingebracht. Seichte und hohle Anträge helfen uns nicht weiter, sondern nur konkrete Hilfen, eine selbstverwaltete Willkommenskultur und ein langfristiges Konzept für eine humane, menschliche Flüchtlingspolitik. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken und von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Frau Hoyer von der Fraktion der FDP.

<**Katja Hoyer** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Bevor ich hier ans Rednerpult getreten bin, habe ich schon heute Morgen gesagt: Ich freue mich sehr, dass wir in Zeiten von PEGIDA und Bogida – oder wie sich diese Bewegungen auch in anderen Städten nennen – heute hier in diesem Rat über verschiedene Gruppen und Fraktionen hinweg ein Zeichen für Toleranz, Willkommenskultur und Aufgeschlossenheit zeigen.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Detjen, auch wenn ich Ihren Antrag nicht unterstütze, unterstelle ich Ihnen genau das Gleiche; ich weiß, dass Sie dort auch aufgeschlossen sind. Deswegen muss ich schon sagen: Dass Sie unseren Antrag eben als „würdelos“ bezeichnet haben, entspricht eigentlich nicht dem Umgangston,

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

den ich sonst auch von Ihnen gewohnt bin, Herr Detjen. Auch wenn es heute zwei unterschiedliche Anträge gibt, sollten wir hier im Rat anständig miteinander umgehen, vor allem auch anständig mit den Flüchtlingen umgehen.

Ich bin froh, dass hier im Rat bereits die verschiedenen Verantwortlichkeiten benannt worden sind – sowohl die Verantwortlichkeit, die wir selber als Stadt Köln zu erfüllen haben, als auch die Verantwortlichkeiten von Bund und Land. Es ist natürlich verständlich, dass jeder ein paar Scharmützel führt: Die Bundesregierung sagt, das Land mache zu wenig; auch die Kollegin von der CDU sagte eben, das Land mache zu wenig. Ich glaube, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene ist noch Luft nach oben.

(Beifall bei der FDP und von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen])

Herr Oberbürgermeister, Sie haben heute in Ihrer Rede zur Einbringung des Haushalts deutlich gemacht, dass es Länder gibt, in denen die Kommunen ihre Kosten ganz anders abrechnen können, als es hier in Nordrhein-Westfalen der Fall ist.

Wir haben diesen Antrag sehr gerne unterstützt, auch weil eine zentrale Forderung der FDP mit aufgenommen worden ist – Sie haben sie gerade eben stark kritisiert, Herr Detjen –, nämlich die Verteilung der Flüchtlinge. Denn wir fordern schon seit langer Zeit, dass die unerlaubt Eingereisten mit auf die Quote angerechnet werden. Diese Forderung richtet sich nicht gegen irgendwelche Menschen. Es geht uns einfach um Gerechtigkeit in diesem Lande: Alle Städte müssen gleichermaßen Lasten tragen.

(Beifall bei der FDP und von Dr. Jürgen Strahl [CDU])

Das war der Hintergrund unserer Forderung.

Zur Verteilung der Flüchtlinge und deren Unterbringung. Sie haben uns eben kritisiert, nach dem Motto: Sie haben kein Konzept, Sie haben keine Ideen. – Ich glaube, Sie haben den Antrag wirklich nicht gelesen. Denn sonst wüssten Sie: Da stehen ganz neue Ideen drin, zum Beispiel die Themen der Unterbringung im Kölner Umland oder – ich weiß, dass das hochemotional gesehen wird – auf Hotelschiffen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

All dies steht in diesem Antrag. Ich glaube schon, dass wir uns nicht vorwerfen lassen müssen, keine Fantasie entwickelt zu haben.

Zum Thema Willkommensinitiativen und Willkommenskultur. Ich glaube, dass es so, wie es im Antrag angesprochen wird, genau der richtige Mix ist: Zentral vor Ort sind es die Bürgerämter; aber natürlich gibt es auch das Zentrum für Willkommenskultur, das sich stadtweit darum kümmert, dass Integration gelingt. Die Gegebenheiten vor Ort kennen die Bürgerämter und Sozialraumkoordinatoren jedoch besser. Deswegen ist die Aufteilung, wie sie in diesem Antrag formuliert ist, auch richtig; sie ist richtig gut.

(Beifall bei der FDP)

Auf einen Punkt, den die Kollegin Heuser eben angesprochen hat, möchte ich noch eingehen. Da habe ich schon ein bisschen gezuckt. Ich glaube, Herr Paetzold hat genau richtig ausgeführt, wie wir mit baurechtlichen Fragen umzugehen haben: Wir brauchen da Beschleunigung; wir können nicht ewig lange darauf warten, dass gebaut werden kann. Aber mit Ihrer Forderung nach einem Automatismus – nach dem Motto: Wir machen jetzt ein zweites kooperatives Baulandmodell für Flüchtlinge – schießen Sie über das Ziel hinaus. Dafür werden Sie keine Unterstützung der FDP bekommen.

(Beifall bei der FDP – Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das steht doch im Antrag drin!)

Die Debatte über die Unterbringung der Flüchtlinge überlagert aufgrund der momentan in der Tat hohen Zahlen eine andere, wirklich wichtige Frage, nämlich: Wie integrieren wir die Flüchtlinge? Die soziale Integration mag deshalb manchmal ein wenig zu kurz kommen. Das ist in diesem Antrag in zwei sehr wesentlichen Bereichen, die mir beide sehr am Herzen liegen, sehr gut zum Ausdruck gekommen. Ich glaube, der Schlüssel zur Integration ist die Frage von Bildung und Qualifikation. Bei den Kindern betrifft das die Schule; im Antrag wird einiges dazu gesagt. Herr Detjen, auch Ihr Vorwurf, da werde nichts gemacht, ist nicht richtig. Sie waren selbst beim Runden Tisch für Flüchtlingsfragen und haben gehört, dass wir monatlich zehn Vorbereitungsklassen einrichten; das entspricht der Schülerzahl einer kleinen Grundschule. Jeden Monat werden in der Stadt Köln zehn Vorbereitungsklassen eingerichtet – das kann man auch einmal würdigen, dafür kann man sich bei der Verwaltung bedanken.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der SPD)

Für das Thema der beruflichen Förderung gilt das Gleiche: Durch Qualifikation, durch Sprachförderung – Frau Gärtner hat es angesprochen –, durch Praktika schaffen wir die Möglichkeit, die Leute in den Arbeitsmarkt zu bringen. Das ist der beste Weg, damit sich die Leute hier nachhaltig zu Hause fühlen. Wir haben ein Fachkräfteproblem; das dürfen wir nicht verkennen. Es gibt sehr viele hochqualifizierte Flüchtlinge, die wir so aufnehmen können, die so ihren Lebensweg finden können.

Abschließend möchte ich etwas zur Beschlussvorlage sagen. Wir werden ihr zustimmen, einschließlich der Änderungen, die im Sozialausschuss beschlossen wurden. Gestatten Sie mir drei kurze Anmerkungen:

Die erste Anmerkung geht in Richtung von Frau Gärtner. Auch wir wünschen uns, dass die vor-

gehaltenen Hotelkapazitäten reduziert werden, sobald die Einrichtungen in der Brohler Straße und der Trierer Straße fertiggestellt sind.

Zweite Anmerkung: Beim Thema Verteilungsgerechtigkeit – das ist auch ein Punkt in unserem gemeinsamen Antrag – muss man natürlich auch das Thema Rondorf ansprechen dürfen. Der Anlage der Verwaltung entnehmen wir, dass nach der Realisierung der Standorte der Anteil der Flüchtlinge bei 2,3 Prozent der Wohnbevölkerung liegen wird. Das ist sehr hoch; da ist der Pater-Prinz-Weg noch gar nicht mit eingerechnet. Wenn wir es wirklich ernst meinen, müssen wir in Zukunft darauf achten, bei Standorten in Rondorf mit Bedacht vorzugehen.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Eine dritte Anmerkung ist mir sehr wichtig. Ich habe das gestern schon im Sozialausschuss angesprochen und bin bei den Kollegen der Grünen und der SPD dort auf offene Ohren gestoßen. Sie haben einen Änderungsantrag eingebracht – den unterstützen wir heute auch –, in dem Sie zwei konkrete Standorte in Lindenthal bzw. Ehrenfeld – das ist ja immer noch strittig – und in Rodenkirchen vorschlagen. Wir würden wirklich darum bitten, dass alle Parteien es so handhaben, wie wir es in der Vergangenheit gemacht haben: Wenn man das Gefühl hat, dass es da eine Option, einen Standort gibt, möge man ihn bitte der Verwaltung nennen; sie kann das dann prüfen. Es kann aber nicht sein, dass wir hier jetzt einen allgemeinen Wettlauf beginnen, bei dem jeder – sei es die CDU auf der einen Seite oder die SPD auf der anderen Seite – versucht, einen noch besseren Standort zu benennen. Ich glaube, das wäre nicht im Sinne einer seriösen politischen Auseinandersetzung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der SPD und der CDU)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau Hoyer. – Wir kommen zu Frau Wolter von der Gruppe pro Köln.

<**Judith Wolter** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer! Über 30 neue Asylbewerberunterkünfte sollen in Köln in den nächsten Monaten und Jahren in Rekordzeit aus dem Boden gestampft werden – über die Köpfe der betroffenen Anwohner hinweg, denen bewusst keinerlei Mitspracherecht eingeräumt wird. Lediglich im Rahmen sogenannter Informationsabende werden die Bürger der Veedel vor vollendete Tatsachen gestellt und von organisierten Asyllobbyisten zu einer Willkommenskultur aufgefordert. In diesen über 30 neuen Asylbewerberheimen werden über 3 000 Personen Platz finden.

Gleichzeitig hat die Stadtverwaltung auf Anfrage von pro Köln heute eine interessant ähnlich hohe Zahl mitgeteilt. Aktuell befinden sich demnach 3 213 sogenannte geduldete Ausländer in Köln, Personen also, die nach dem Aufenthaltsgesetz eigentlich ausreisepflichtig wären, aber trotzdem nicht abgeschoben, sondern stattdessen geduldet werden. Darunter befinden sich natürlich auch viele ehemalige Asylbewerber, deren Verfahren eben nicht positiv verlaufen sind, die also nicht wirklich im Sinne des Grundgesetzes asylberechtigt sind.

Genau hier setzt unsere Kritik an. Köln und ganz Deutschland können nicht das Weltsozialamt sein. Wir dürfen nicht noch zusätzliche Anreize für Armuts- und Wirtschaftsflüchtlinge aus aller Herren Länder schaffen, deren menschliche Not sowieso schon von Schleuserbanden und einer ganzen Asylindustrie ausgenutzt wird. Rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber dürfen nicht geduldet werden, sondern gehören zügig abgeschoben, so wie es das Gesetz vorsieht. Dies ist nicht nur eine Notwendigkeit gegenüber den wirklich politisch Verfolgten, denen natürlich ein Asylrecht zusteht; dies ist auch eine Notwendigkeit gegenüber dem Kölner Steuerzahler und den Anwohnern, die die verfehlte Asylpolitik der Altparteien ausbaden dürfen.

Anwohner müssen mit Lärm, Vermüllung, steigender Kriminalitätsbelastung und sinkenden Immobilienpreisen dafür haften, die Steuerzahler insgesamt mit den astronomischen Summen, die für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern notwendig werden. Über 100 Millionen Euro sollen es im Jahr 2014 insgesamt werden, davon nach Abzug der Landeszuschüsse als Eigenausgaben bereits über 60 Millionen Euro. Es ist daher eine absolute Notwendigkeit und längst überfällig, dass die unsägliche Duldungspraxis der Kölner Ausländerbehörde endlich gestoppt wird. Entsprechende Anweisungen von der Stadtspitze an die weisungsgebundenen Beamten müssen durch einen gegenteiligen Ratsbeschluss aufgehoben werden; diesen beantragen wir vorliegend. Ich zähle hier insbesondere auch auf die Zustimmung durch Parteien wie CDU oder AfD.

Wir werden die übrigen Anträge zu diesem Thema ablehnen. Sie enthalten zwar teilweise sinnvolle Maßnahmen und Forderungen – so sollte es zum Beispiel eine Selbstverständlichkeit sein, dass die Zahl unerlaubt eingereister Personen auf die Quote angerechnet wird, wenn sie einen Antrag auf Asyl gestellt haben –, überwiegend halten wir Ihre Flüchtlingspolitik jedoch für verfehlt. Insbesondere trägt sie nicht zur Integration bei und hilft auch den wirklichen Flüchtlingen nicht. Die wenigen Personen nämlich, deren Anträge auf Asyl tatsächlich begründet sind, verdienen selbstverständlich, dass wir sie hier willkommen heißen, sie adäquat unterbringen und versorgen. Das können wir aber wegen der hohen Anzahl unbegründeter Asylanträge nicht. – Danke schön.>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zu Frau Gerlach von der Gruppe der Piraten.

<**Lisa Hanna Gerlach** (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als die Linken vor ein paar Wochen mit der Idee zu diesem Antrag auf uns zukamen, waren wir sofort bereit, mitzumachen. Es ist zu den Themen Unterbringung, Auszugsmanagement und dezentraler Unterbringung sowie zur Willkommenskultur viel gesagt worden. Ich glaube, dem können wir zustimmen, sofern es nicht von pro Köln kommt.

(Beifall von Thomas Hegenbarth [Piraten] sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Tatsache ist allerdings auch, dass die Flüchtlinge derzeit in Turnhallen oder in ehemaligen Baumärkten untergebracht werden müssen. Es wäre großartig, wenn sich das durch die Maßnahmen, die wir heute hoffentlich beschließen werden, sehr schnell ändern würde. Denn eine Lagerunterkunft dauert in Köln immer noch im Schnitt vier Jahre; das hat Kollege Detjen belegt. Gut ein Drittel der Menschen, für die in Deutschland Asyl beantragt wird, sind Kinder; sie sind nicht selten weniger als fünf Jahre alt. Die lagerartige Unterbringung macht nicht nur die Kinder krank; sie bietet ihnen auch keine Möglichkeiten und verursacht enorme Kosten.

(Beifall von Thomas Hegenbarth [Piraten])

Unter anderem müssen wir die Sammelunterkünfte auch vor rechtsextremen Angriffen schützen. Köln ist neben Duisburg die Stadt mit den meisten rechtsextremen Protesten gegen Flüchtlinge. Das ist beschämend. Einfach mal unsere Großeltern fragen! Nicht wenige von ihnen wissen noch, wie es ist, selber Flüchtling zu sein: Man wünscht sich einen Neubeginn und nicht das Ende aller Möglichkeiten auf dem Abstellgleis Flüchtlingsheim.

(Beifall von Thomas Hegenbarth [Piraten] sowie bei der Linken)

Wir müssen daher den Dialog mit den Kölner Bürgern suchen und sie besser informieren, und wir müssen für eine Willkommenskultur werben. Gleichzeitig müssen wir den Flüchtlingen menschenwürdige Unterbringung, Bildung und gesunde Lebensbedingungen ermöglichen. Lieber durch Vorbeugung mögliche Konflikte gar nicht erst entstehen lassen, als die viel ärgerlicheren Spätfolgen zu beseitigen!

Für diejenigen, die nur die Zahlen im Blick haben: Konflikte zu lösen, Bildung erst spät zu vermitteln oder chronisch kranke Menschen wieder gesund zu machen, kostet uns viel mehr, als wenn wir von vornherein die Voraussetzungen dafür schaffen, dass diese Probleme überhaupt nicht eintreten.

(Beifall von Thomas Hegenbarth [Piraten])

Die angespannte Wohnungssituation in Köln ist ja nicht das einzige Problem. Besonders hervorheben möchte ich unsere Forderungen nach einer Ombudsperson, nach einer Krankenkarte und nach einer Förderung der Willkommensinitiativen.

Dass Ombudspersonen unverzichtbar sind, haben die Skandale der letzten Monate leider gezeigt. Es ist für Flüchtlinge sehr schwer, sich mit ihren Anliegen an die Heimbetreiber zu wenden. Sie haben oft Angst, sich zu beschweren, weil sie Sanktionen befürchten. Deshalb ist es wichtig, dass es eine unabhängige Vertrauensperson als Ombudsperson hier in Köln, in unserer Stadt, gibt.

(Beifall von Thomas Hegenbarth [Piraten] und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde] sowie bei der Linken)

Nun komme ich zur Krankenversicherungskarte für Asylbewerber. Sie ist nichts Neues. In Bremen wird es bereits so gehandhabt. In Münster wurde ihre Einführung letzte Woche angekündigt. Es werden noch viele, viele Städte folgen. Im Landtag wird es im April eine spannende Anhörung zum Thema Krankenversicherungskarte für Asylbewerber geben. Lassen Sie uns bitte hier in Köln mit großen Schritten vorangehen! Es kann nicht sein, dass Menschen in Deutschland per Gesetz einen eingeschränkten Anspruch auf gesundheitliche Versorgung haben. Der Anspruch auf medizinische Versorgung leitet sich ab aus der im Grundgesetz verankerten Garantie der Menschenwürde, dem Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit. Bitte beenden Sie, dass Eltern mit ihren kranken Kindern zuerst zum Amt müssen, bevor sie einen Arzt aufsuchen können! Bitte beenden Sie, dass Strukturen versagen, als wären wir hier in Köln in einem Entwicklungsland! Bitte helfen Sie den Flüchtlingen! Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von Thomas Hegenbarth [Piraten] und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde] sowie bei der Linken)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Gerlach. – Wir kommen dann zu Herrn Zimmermann von Deine Freunde.

<**Thor-Geir Zimmermann** (Deine Freunde): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und an den Bildschirmen! Für alle, die später eingeschaltet haben und es vielleicht etwas verwirrend finden: Es werden hier mehrere Anträge gleichzeitig behandelt. Ich spreche für den Antrag, den wir gemeinsam mit den Piraten und den Linken gestellt haben. Es gibt noch einen anderen großen gemeinsamen Antrag, nämlich den Antrag von SPD, Grünen, CDU und FDP. Diese beiden Anträge unterscheiden sich nicht in ihrer Zielrichtung. Aber wir glauben, dass unser Antrag bessere Vorschläge, andere Vorschläge enthält, Vorschläge, die den anderen Antrag ergänzen; Lisa Gerlach hat gerade schon einige Punkte genannt. Wir bitten selbstverständlich um Zustimmung zu unserem Antrag.

Der Antrag der großen Vier enthält eben auch den Punkt 3 – Stichwort: Umkehr der Beweispflicht; ich bitte Sie, das einmal nachzulesen –, dem wir so nicht zustimmen können. Daher werden sich zumindest Deine Freunde bei der Abstimmung über diesen Punkt enthalten.

(Beifall bei der Linken sowie von Thomas Hegenbarth [Piraten])

Dass wir heute erneut über in Köln lebende Flüchtlinge sprechen, liegt nicht daran, dass in den Medien und in der Gesellschaft aktuell eine große Debatte geführt wird. Der entscheidende Grund ist, dass unsere Stadt bei der Betreuung der uns in Obhut gegebenen Menschen leider große Defizite aufweist. Wir wissen, wie schwierig es für die Verwaltung ist, für Flüchtlinge adäquaten Wohnraum, der den von uns selbst gesetzten Standards entspricht, zur Verfügung zu stellen.

Doch es geht nicht nur darum, dass Flüchtlinge ein Dach über dem Kopf bekommen, sondern es geht auch darum, wie wir den Begriff „Willkommenskultur“ mit Inhalten füllen. Wer hilft ihnen im Alltag? Wer hilft bei Behördengängen? Wie kommen sie überhaupt zu einem Amt? Wer veranstaltet Deutschkurse? Was tun bei Krankheit? Und an wen können sich Flüchtlinge und ihre Nachbarn wenden, wenn sie sich ungerecht behandelt fühlen oder es Konflikte gibt? Es gibt bei all diesen Themenfeldern eine große Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung, ob bei ehrenamtlich tätigen Privatpersonen, Initiativen oder Hilfsorganisationen.

Beide heute hier vorliegenden Anträge versuchen, die Hilfe zu bündeln, sie besser zu koordinieren, damit sie am Ende beim Einzelnen ankommt. Einen ersten Koordinierungsversuch unternahm mit anderen unsere Kollegin im Rat, Frau Schmerbach. Vielen Dank auch an dieser Stelle dafür! Am 1. Dezember fand im Bürgerzentrum Ehrenfeld eine erste Veranstaltung zur Vernetzung der verschiedenen Initiativen und Personen untereinander und direkt mit den Ehrenfelder Flüchtlingsunterkünften statt. Erste Ergebnisse zeigte diese Veranstaltung sofort: Heute um 18 Uhr werden 300 Weihnachtsgeschenketüten für Flüchtlingskinder gepackt. Gestern wurden vier große Anhänger voll mit Sachspenden an die Unterkunft in der Herkulesstraße übergeben.

Die entsprechende Sammelaktion des Hostels Weltempfänger fand einen überwältigenden Zuspruch, zeigte zugleich aber auch bestehende

Defizite auf. Viele Spenderinnen und Spender erwähnten, dass sie sich vorher an die Stadt oder bekannte Hilfsorganisationen gewandt hatten, aber zum Teil nie eine Antwort erhalten haben. Es ist vielen Kölnerinnen und Kölnern, obwohl sie dringend helfen möchten, bis heute nicht klar, wie sie dies tun können und welche Möglichkeiten sie haben. So fehlt zum Beispiel auf der eigentlich lobenswerten Seite der Stadt Köln zur Flüchtlingsthematik jeder Hinweis, an wen man sich wenden kann, wenn man Wohnraum zur Verfügung stellen möchte. Wenn unsere Stadt auch nicht jede Hilfe leisten kann, so ist es doch eine wenn auch nur kleine, aber sehr wirksame Aufgabe, ehrenamtliche und professionelle Hilfe besser zu koordinieren. Für jeden Euro und jede Arbeitsstunde, die die Stadt hier investiert, werden Flüchtlinge ein Vielfaches zurückbekommen.

Unser Antrag ist Teil einer Willkommenskultur, die wir erst aufbauen müssen: Rassismus und Fremdenfeindlichkeit abbauen, Hass und Gewalt ein klares Nein entgegensetzen, aber selbstverständlich auch die Sorgen und Nöte aller unserer Einwohnerinnen und Einwohner ernst nehmen. Unsere Solidarität gilt allen.

(Beifall bei der Linken und von Thomas Hegenbarth [Piraten])

Drei Aspekte unseres Antrags möchte ich hervorheben, da diese im anderen Antrag fehlen. Die Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der Grünen zur Krankenversicherungskarte ist ermutigend. Wir erwarten nun aber auch als Ergebnis eine Umsetzung bzw. eine Vorlage für den Rat. Um unseren Auftrag an die Verwaltung zu bekräftigen und noch deutlicher zu machen, bitte ich Sie, Punkt 7 unseres Antrags zuzustimmen.

(Beifall bei Teilen der Linken)

Es fehlt bislang an einer Ombudsperson für Flüchtlinge und deren Nachbarn. Wir wollen dringend eine solche Stelle schaffen. Sie schafft Vertrauen und die Möglichkeit, Konflikte frühzeitig zu erkennen und zu lösen. Daher bitte ich Sie, Punkt 5 unseres Antrags zuzustimmen.

(Beifall bei der Linken)

Flüchtlinge brauchen schneller einen Köln-Pass und bessere Mobilität, um am Leben in Köln teilnehmen zu können. Das ist Punkt 8 unseres Antrags; auch hierfür bitte ich um Zustimmung.

Die Botschaft an die Verwaltung sollte nach der heutigen Ratssitzung klar sein: Der Rat wünscht sich eine bessere Betreuung der bei uns lebenden Flüchtlinge. Ehrenamtliches Engagement wird aus der Bevölkerung angeboten, von unserer Stadt gewünscht, angenommen und in Zukunft bestmöglich koordiniert.

Es ist vollkommen klar, dass große Teile der Verwaltung schon große Arbeit leisten. Dennoch sollte sich die Verwaltung *beide* Anträge zu Herzen nehmen. Sagen Sie uns, dem Rat, und Kölns Einwohnerinnen und Einwohnern, wie wir besser Hilfe leisten können. Solchen Beschlussvorlagen werden Deine Freunde in künftigen Ratssitzungen gerne zustimmen.

Ich komme zum Schluss. Sorgen und Nöte haben Flüchtlinge genug. Lassen Sie uns ihnen helfen, ihre Probleme zu überwinden! Dazu gehört selbstverständlich eine gute Gesundheitsversorgung, aber auch Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, damit es genauso facettenreich werden kann wie unseres. – Danke für unsere Aufmerksamkeit.

(Heiterkeit)

- Für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der Linken und von Thomas Hegenbarth [Piraten])

Ich habe noch einen kleinen Änderungsantrag zum Antrag von SPD, Grünen, CDU und FDP. Wir beantragen, den Satz in Punkt 10 umzuformulieren. Der neue Satz soll lauten: „Flüchtlinge werden nicht in Zelten untergebracht.“ – Danke schön.

(Beifall bei der Linken)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich würde jetzt gern der Beigeordneten Reker das Wort geben.

<Beigeordnete Henriette Reker: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bitte gestatten Sie mir einige Anmerkungen.

Zunächst zu Ihnen, liebe Frau Gärtner: Sie finden den Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift der Sondersitzung des Sozialausschusses schon auf Ihren Tischen. Dort ist festgehalten – das entspricht auch meiner deutlichen Erinnerung –, dass in der Protokollnotiz, die Sie angeregt haben, steht, die Verwaltung solle bei der Trierer Straße und der Brohler Straße nach Fertigstellung der Unterkünfte *prüfen*, ob es notwendig sei, die Hotels in unmittelbarer Nachbarschaft weiter für die Flüchtlingsunterbringung zu nutzen. – Dort steht nicht, die Verwaltung solle diese aufgeben. Dem ist so zugestimmt worden. Beschlossen wird ja eine solche Protokollnotiz nicht. Aber ich habe Ihnen daraufhin auch direkt zugesagt: Das werden wir tun. Denn es entspricht dem, was wir wollen: eine ausgewogene Verteilung durchführen.

Auch Ihnen, Frau Hoyer, möchte ich antworten. Es ist tatsächlich so, dass Rondorf auf einen Anteil von 2,92 Prozent kommt, allerdings unter Einrechnung des Pater-Prinz-Weges; ich habe es eben in meiner Tabelle nachgeschaut.

Frau Gerlach möchte ich antworten: Wir verhandeln derzeit schon über die Krankenversicherungskarte für Flüchtlinge. Das machen wir gemeinsam mit der Stadt Münster, die das noch nicht durchgesetzt hat; es wurde letzte Woche als Antrag eingebracht.

Nun zu Ihnen, Herr Detjen.

(Heiterkeit)

Wenn Sie mir gestatten, zu replizieren: Sie haben gesagt, die Verwaltung sei sehr bemüht. Wenn man hört, man sei sehr bemüht, ist man häufig nicht sehr erfreut.

(Heiterkeit bei Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen])

Deswegen möchte ich Ihnen gerne antworten: Ich bedanke mich sehr für Ihre Unterstützung, aber gut gemeint ist das Gegenteil von gut.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP sowie bei Teilen der SPD)

Wir haben mit der Vorlage, die wir Ihnen heute zum Beschluss vorlegen, nicht vor, unsere Aufgabe fallen zu lassen; vielmehr akquirieren wir manchmal mehrfach wöchentlich Unterbringungsmöglichkeiten. Die selbst aufgestellte Prognose von 250 Personen pro Monat – wie gesagt, in die Zukunft gerichtet; ich hoffe, dass wir mit dieser Prognose besser liegen als mit der Prognose des letzten Jahres – ist mit dem Flüchtlingsrat abgestimmt. Wir wissen, dass wir im nächsten Jahr noch 2 000 Plätze schaffen müssen. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dürfen Sie damit rechnen, alsbald eine neue Vorlage der Verwaltung zu erhalten, in der es wiederum um Flüchtlingsunterkünfte gehen wird.

Wenn Sie gestatten, Herr Oberbürgermeister, würde ich gern zu den Worten unseres Erzbischofs in der Presse Stellung nehmen, die zum einen die Unterbringung betrafen, zum anderen den Umgang mit den Angeboten der katholischen Kirche. Zunächst zu den Umständen der Unterbringung: Ich teile die Kritik des Erzbischofs. Nur habe ich im Gegensatz zu unserem Herrn Erzbischof zu verantworten, dass die Menschen ein Dach über dem Kopf bekommen. Im Moment ist uns keine andere Realisierung möglich. Mir wäre es sehr recht, wenn dies möglich wäre; aber es geht nicht. Deswegen kann ich nur sagen: Ich strebe es an, dieser Kritik gerecht zu werden.

Zu den Angeboten möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Sie sehen mich ratlos, insbesondere hinsichtlich der Presseberichterstattung. Wenn der Erzbischof von seinem Erzbistum spricht, verstehen die Kölner „Köln“, die Presse offensichtlich auch.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist unser Problem!)

Der Erzbischof meint aber mehr. Wenn er von zehn Immobilienangeboten spricht, dann muss man feststellen: Alle Immobilien bis auf das Klarissenkloster liegen nicht in Köln.

Es gab zum Beispiel das Angebot aus Lindlar. Ich hätte es sehr gerne angenommen; aber der Bürgermeister von Lindlar hat mir dann über den stellvertretenden Regierungspräsidenten mitteilen lassen, die Stadt Lindlar würde dort die ihr selbst zugewiesenen Flüchtlinge unterbringen – ich sage jetzt mal: obwohl sie gar nicht so viele haben. Aber ich habe das zu akzeptieren. Wir müssen uns an die Richtlinien zur Unterbringung halten.

Zum Thema „Menschen gegen Steine, Klarissenkloster“ möchte ich Ihnen mitteilen: Bei den Vorschriften des Denkmalschutzes handelt es sich um unmittelbar geltendes Recht. Eine Bewilligung muss im Benehmen – so steht es im Gesetz – mit dem Landschaftsverband erfolgen.

(Beifall von Dr. Ralph Elster [CDU])

Selbst bei großzügigster Ermessensauslegung hat der Vertreter der Landeskonservatorien mitgeteilt, dass ein Abriss des Klausurgebäudes nicht genehmigungsfähig sei.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Muss ja auch nicht!)

Wir streben weiterhin das integrative Wohnprojekt und die Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche an; aber ein Grundstück in Kalk, bisher drei vermittelte Wohnungen in diesem Jahr und fünf weitere Wohnungen sind noch nicht die Hilfestellung, wie wir sie uns vorstellen. Ich habe vergessen, die Wohnung von Pfarrer Meurer zu erwähnen; auch die wird helfen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich aber bei Ihnen sehr, dass Sie hier insgesamt einen großen gesellschaftlichen Konsens herstellen. Denn es ist wichtig, dass der Rat hier mit einer Stimme spricht und das in die Stadtgesellschaft trägt, die sich übrigens immer weiter in Richtung Willkommenskultur bewegt; darüber bin ich sehr froh. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD und der FDP)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich rufe die Punkte einzeln auf.

Zunächst zur Abstimmung über den Antrag der Linken, Piraten und Deine Freunde unter 3.1.2. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Linke, Herr Zimmermann, die Piraten. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist der Antrag so abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Gruppe pro Köln unter 3.1.4. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Gruppe pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann ist das so abgelehnt.

Nun kommen wir zum Antrag unter 3.1.7. Dazu hat Herr Zimmermann, Deine Freunde, einen Ersetzungsantrag zu Punkt 10 eingebracht. Dieser soll wie folgt geändert werden: „Flüchtlinge werden nicht in Zelten untergebracht.“ – Über diesen Antrag müssen wir zunächst abstimmen. Wer für den Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Piraten, Herr Zimmermann und die Linke. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann ist das so abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 3.1.7. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD, das ist die Fraktion der Grünen, das ist die Fraktion der CDU, das ist die Fraktion der FDP, das ist Herr Henseler, das ist die AfD. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Piraten und von Herrn Zimmermann ist dieser Antrag mit sehr großer Mehrheit angenommen. Ich bedanke mich ganz herzlich dafür.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der AfD und von Andreas Henseler [Freie Wähler Köln])

Wir fahren mit den Abstimmungen fort.

Als Nächstes stimmen wir über die Vorlage unter 10.20 ab, Abstimmung wie Sozialausschuss. Frau Reker hat gerade die Protokollnotiz erklärt. Wer gegen diesen Beschlussvorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Gruppe pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann ist das mit sehr großer Mehrheit angenommen. Ich bedanke mich ganz herzlich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

AN/1762/2014

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln fordert Bund und Land auf, einen angemessenen finanziellen Beitrag zu leisten, auch für ‘unerlaubt’ eingereiste Personen, die noch nicht einer Gemeinde zugewiesen worden sind. Der Anspruch auf eine humane Behandlung ist für alle von der Stadt Köln zu versorgenden Personen gleich.*

2. *Wir begrüßen die Initiative der Stadtverwaltung zusammen mit Wohnungsunternehmen Wohnpatenschaften zu entwickeln. Wir appellieren an die in Köln ansässigen Wohnungsunternehmen: Stellen Sie dem Kölner Amt für Wohnungswesen oder dem Auszugsmanagement des Caritasverbandes, des Deutschen Roten Kreuzes und des Kölner Flüchtlingsrates e.V. Wohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien zu den üblichen Miet- und Nebenkosten zur Verfügung. Jedes Unternehmen sollte sich an einer solchen Wohnpatenschaft mit Wohnungen beteiligen. Wir appellieren an Sie: Helfen Sie Menschen in Not! Eine dezentrale Unterbringung in den Stadtbezirken erleichtert auch einen Kita- und Schulbesuch der Kinder!*

3. *Es wird eine Anlaufstelle zur Unterstützung der Willkommensinitiativen durch den Kölner Flüchtlingsrat und die Freiwilligenagentur eingerichtet. Sie soll das bürgerschaftliche Engagement durch Information, Vermittlung, Vernetzung und Qualifizierung stärken. Diese Anlaufstelle arbeitet eng mit den Bürgerämtern zusammen. Sie erhält einen Fördertopf, aus dem einzelnen Willkommensinitiativen Gelder für Willkommensfeste u. ä. erhalten können.*

4. *Die Verwaltung möge prüfen, inwieweit sie Engagement für Flüchtlinge würdigen kann, indem sie eine Kennzeichnung (z. B. ein Sigel) entwickelt. Mit dieser Kennzeichnung können z. B. Unternehmen und Genossenschaften, die Wohnpatenschaften übernehmen, werben. Sie soll auch Initiativen für Flüchtlinge aus der Zivilgesellschaft stärken, wie das Projekt „Mentor/innen für Flüchtlingsfamilien“, Willkommensaktionen, Nachbarschaftsinitiativen, Kirchengemeinden für die Bereitstellung von Räumen und Gebäuden u. v. a.*

5. *Vom Runden Tisch für Flüchtlingsfragen wird eine Ombudsperson benannt, auf den Flüchtlinge und Anwohner zukommen können. Er/Sie unterstützt die Flüchtlinge bei der Wahrnehmung ihrer Rechte und vermittelt in Konflikten.*

   Dieser Ansprechpartner / diese Ansprechpartnerin kann von Flüchtlingen und Flüchtlingsinitiativen bzw. Anwohnern und Anwohnerinitiativen und weiteren Betroffenen angerufen werden. Sie entscheidet, ob die Beschwerde durch das bestehende Hilfesystem bearbeitet werden kann oder ob sie in besonderen Fällen selbst tätig werden muss. Das kann z.B. bei Nachbarschaftskonflikten durch ein Angebot des Runden Tisches und einer Schlichtung geschehen.

6. *Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die nächsten Jahre zu entwickeln, das sicherstellen soll,*

   a) *dass genügend Plätze für Flüchtlingskinder in Kindergärten und Schulen dezentral bereit gestellt werden;*

   b) *dass die vor einer Schulplatzzuweisung notwendige Beratung Termine innerhalb einer Woche vergeben kann.*

7. *Flüchtlinge sollen zukünftig prinzipiell eine Krankenversicherungskarte erhalten. Sie können damit direkt einen Arzt zur Behandlung aufsuchen und müssen sich nicht mehr, wie bislang, vorher an das Gesundheitsamt wenden, um dort einen Krankenschein zu erhalten.*
   Die Verwaltung wird aufgefordert, zu diesem Zweck mit einer örtlichen Krankenkasse einen Vertrag gem. SGB V, § 264, Abs. 1 zu verhandeln und abzuschließen.

8. *Flüchtlinge sollen den ihnen zustehenden Köln-Pass schnell und unbürokratisch erhalten. Dazu wird geprüft, ob die in den Flüchtlingseinrichtungen tätigen Träger einen vorläufigen Köln-Pass ausstellen können oder die Wartezeit von im Moment 8 Wochen auf andere Art und Weise stark verkürzt werden kann. Parallel dazu wird ein beschleunigtes Verfahren für die Ausgabe der Schülertickets für den Schulweg geprüft.*

9. *Die Verwaltung erstellt einen Bedarfsplan für die Freizeitbetreuung von Flüchtlingskindern und -jugendlichen in Jugendzentren und Offene Türen. Einrichtungen, die im Einzugsbereich von Flüchtlingsunterkünften liegen, sollen dazu gezielt zusätzliche Angebote schaffen. Die Finanzierung muss für die nächsten Jahre gesichert sein.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und gegen die Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) - abgelehnt.

AN/1784/2014

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß mündlichem Änderungsantrag von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde):

Punkt 10 des Antrages wird wie folgt geändert:

Flüchtlinge werden nicht in Zelten untergebracht.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und gegen die Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) - abgelehnt.

II. Beschluss gemäß Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion:

Krisen und Kriege haben weltweit zu den höchsten Flüchtlingszahlen seit dem 2. Weltkrieg geführt. Immer mehr Menschen suchen derzeit auch Schutz in Köln. Voraussichtlich wird Köln bis 2018 über 9.000 Flüchtlingen aufnehmen. Viele von ihnen werden hier auch ihre neue Heimat finden. Die Verwaltung unternimmt täglich große Kraftanstrengungen, alle Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen und ihre Integration in unsere Gesellschaft zu fördern. Dies ist eine gesellschaftspolitische Daueraufgabe und für die Verwaltung eine Querschnittsaufgabe.

Der Kölner Rat weiß um die schwierige Aufgabe der Verwaltung und unterstützt ihre Bemühungen.

Erste Eckpunkte zur Lösung dieser Aufgabe formulierte der Rat bereits in seiner Sitzung am 11.02.2014. Daran halten wir auch weiter fest.

Die bereits getroffenen Notmaßnahmen wie die Inanspruchnahme von Turnhallen und einem ehemaligen Baumarkt unterstreichen, dass sich die Unterbringungssituation dramatisch verschärft hat.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die zu Beginn des Jahres beschlossenen Handlungsempfehlungen wie folgt zu ergänzen:

1. Der Rat fordert eine vollständige Kostenübernahme der Flüchtlingsunterbringung durch Land und Bund. Der Rat begrüßt die Anstrengungen der Landesregierung die finanziellen und personellen Ressourcen für die Flüchtlingsunterbringung deutlich zu erhöhen. Ein umfangreiches Hilfspaket zur Unterstützung wird mit dem Landeshaushalt verabschiedet werden. Dies kann aber nur ein erster Schritt sein.

Wir sehen auch den Bund in der Pflicht seinen Beitrag zu leisten. Dafür ist die in der vergangenen Woche zugesagte finanzielle Unterstützung der Bundesregierung ein wichtiger Beitrag. Die Kommunen müssen bei der Bewältigung dieser humanitären Aufgabe aber sehr viel stärker unterstützt werden. Wir fordern weiter statt Pauschalen eine „spitze Abrechnung“ der finanziellen Aufwendungen im Rahmen der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung ein.

2. Der Rat der Stadt Köln fordert eine Änderung der Zuweisungsregularien. Das Land muss bei der Verteilung von Flüchtlingen berücksichtigen, dass Köln eine wachsende Großstadt ist und daher deutlich knapper werdende Flächen- und Wohnungsressourcen hat, als Städte mit sinkenden Einwohnerzahlen und Wohnungsleerstand. Die Kölner Stadtverwaltung stößt aufgrund des äußerst angespannten Wohnungsmarktes und Flächenknappheit aktuell an ihre Grenzen eine menschenwürdige Unterbringung zu gewährleisten.

3. Der Rat bekräftigt seinen Beschluss vom 11.02.2014 und bittet die Landesregierung NRW dringend, die bestehende Zuweisungspraxis nach § 15a Flüchtlingsaufnahme-gesetz gerechter zu gestalten. Ziel muss sein, dass auch alle unerlaubt eingereisten Personen, die sich länger in Köln aufhalten, auf die Zuweisungsquote des Landes angerechnet werden. Bei unerlaubt eingereisten Personen, bei denen die Ausreise aus dem Bundesgebiet nicht nachgewiesen werden kann und die nach Köln zurückkehren, soll eine Umkehr der Beweislast gelten, mit der Folge, dass auch diese Personen verteilt bzw. auf die Quote angerechnet werden können. Zudem muss das Verteilungsverfahren dringend beschleunigt werden.

4. Die Bezirke mit ihren Bürgerämtern und – soweit vorhanden – Sozialraumkoordinatoren sollen die erste Anlaufstelle für die örtli-

chen Willkommensinitiativen aus der Bürgerschaft sein. Die Verwaltung unterstützt das Projekt „Zentrum für Willkommenskultur" durch den Flüchtlingsrat und die Freiwilligenagentur. Deren Aufgabe ist es, stadtteilbezogene und stadtweite Willkommensinitiativen zu vernetzen und ihren gegenseitigen Austausch sicherzustellen. Die Verzahnung der vielfältigen Institutionen, die sich den Flüchtlingen annehmen, wie z.B. der Kirche und der Wohlfahrtsverbände, und der vielen ehrenamtlichen Hilfsangebote erfordert einen reibungslosen Ablauf.

Flüchtlingsrat und Freiwilligenagentur arbeiten mit den Bürgerämtern zusammen und leisten ihnen gegenüber Unterstützung bei der Beratung und Koordination bürgerschaftlicher Willkommensinitiativen.

Wir bitten den Oberbürgermeister zu prüfen, inwieweit Bürgeramtsleiterinnen und -leitern die oben beschriebene Aufgabe übertragen werden kann. Für die Willkommensmaßnahmen ist dort ein Unterstützungsbudget bereit zu stellen, das der Vernetzung und Integration von Flüchtlingen und Anwohner dienen soll (z.B. Willkommensfeste, Integration in Sport- und Kulturvereinen). Den Aktiven, die sich bürgerschaftlich engagieren, sollen Fortbildungsangebote sowie Beratung und Unterstützung bei Fragen im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit zur Verfügung gestellt werden.

5. *Das Betreuungsnetz aus Sozialarbeitern, in Zusammenarbeit mit Hausmeistern und Sicherheitsfirmen ist so zu organisieren, dass einerseits der Schutz der Flüchtlinge in den Gemeinschaftsunterkünften garantiert und andererseits ein friedliches Zusammenleben der Menschen in den Gemeinschaftsunterkünften untereinander und mit den Nachbarn gewährleistet wird.*

   Die Hälfte aller Flüchtlinge sind Kinder bzw. Jugendliche, was einer besonderen vorschulischen Bildung und präventiven Jugendhilfe bedarf. Hier sind die bestehenden Strukturen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie des interkulturellen Dienstes zu nutzen. Dies beinhaltet insbesondere die Aufnahme in Kindertagesstätten, Schulen und Jugendeinrichtungen, gezielte Angebote zur Elternförderung, zur Sprachförderung sowie die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung.

   Zusätzliche Sprachmittler für die medizinische Versorgung und ausreichende Ressourcen für psychotherapeutische und psychologische Maßnahmen sind hierfür wichtige Bausteine. Dabei ist auf die Problemlagen traumatisierter Flüchtlinge ein besonderes Augenmerk zu richten.

   Es ist sicherzustellen, dass die vorhandenen Unterstützungs- und Hilfsangebote allen Flüchtlingen bekannt sind. Um auf die unterschiedlichen Bedarfe der Familien in den jeweiligen Standorten eingehen zu können, sollte der Abruf der vorgeschlagenen Fördermaßnahmen mit einem Höchstmaß an Flexibilität versehen werden.

6. *Es ist zu prüfen, inwieweit Flüchtlingen berufsfördernde Maßnahmen angeboten werden können. So wird einerseits ihre soziale Integration erleichtert, anderseits lassen sich Tätigkeiten identifizieren, die den fachlichen Qualifikationen der Flüchtlinge entsprechen.*

7. *Bei der zukünftigen Stadtplanung ist der Einwohnerzuwachs durch Flüchtlinge hinsichtlich Unterbringung und Integration als integraler Bestandteil zu berücksichtigen. Insbesondere beim Stadtentwicklungskonzept Wohnen und der Schulentwicklungsplanung müssen die neuen Herausforderungen Berücksichtigung finden.*

8. *Bei der Auswahl weiterer Standorte ist auf eine angemessene sozialräumliche Verteilung innerhalb des Stadtgebietes zu achten. Sozialstruktur sowie die bisherige Verteilungsdichte von Flüchtlingen in den einzelnen Stadtteilen müssen erkennbar berücksichtigt werden.*

9. *Der Rat beschloss bereits am 20.07.2004 Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen. Diese sind weiterhin Zielsetzung des städtischen Handelns. Die aktuellen Entwicklungen erfordern jedoch kurzfristige Maßnahmen, die sich an den Leitlinien nicht in Gänze messen lassen können. Zur Vermeidung von akuter Obdachlosigkeit fordern wir, dass schnellstmöglich alle notwendigen Voraussetzungen für weitere kurzfristige Flüchtlingsunterkünfte geschaffen werden. In diesem Zusammenhang sind auch Hotelschiffe sowie Immobilien im Kölner Umland, die der Stadt oder einer ihrer Beteiligungen gehören, als mögliche Aufnahmekapazität zu prüfen.*

10. Die Unterbringung von Flüchtlingen in Zelten ist unbedingt zu vermeiden.

11. Es ist zu klären, inwieweit zur schnellen Realisierung von Flüchtlingseinrichtungen vereinfachte Baugenehmigungsverfahren und -auflagen angewendet werden können. Hierbei ist insbesondere zu prüfen, inwieweit Planungs- und Baubeschlüsse zusammengelegt werden können. Ein möglicher Konflikt mit Denkmalschutzbelangen sollte angesichts der gegenwärtigen Ausnahmesituation interessengerecht gelöst werden.

12. Der Rat der Stadt Köln appelliert an die Wohnungsgesellschaften und Immobilienunternehmen kurzfristig Wohnraum für Flüchtlingsfamilien bereitzustellen. Kölner Wohnungswirtschaft, der Haus- und Grundbesitzerverein sowie die Kirchen werden gebeten, ihren Beitrag zu leisten und Wohnungen zur Verfügung zu stellen, die durch das Auszugsmanagement in enger Abstimmung mit den Wohnungseigentümern an Flüchtlingsfamilien vermittelt werden können.

Auch der LVR als überregionaler Immobilienträger sollte sich an den Prüfungen nach leerstehenden, nutzbaren Wohnflächen beteiligen. Darüber hinaus erwarten wir von den kommunalen Unternehmen, dass sie ebenfalls Verantwortung übernehmen. Es müssen weitere Partner und verantwortungsvolle Akteure für diese Aufgabe gewonnen werden. Für dieses gemeinsame Ziel ist auf dem Kölner Wohnungsbauforum zu werben.

13. Da die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen über längere Zeit eine Aufgabe für die Verwaltung sein wird, soll die Verwaltung dem Rat zu den nächsten Haushaltsplanberatungen darstellen, welche Ressourcen mittelfristig dafür zur Verfügung gestellt werden müssen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion und der Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten und Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

AN/1705/2014

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Rat fordert die Verwaltung auf, die aktuelle Duldungspraxis von bereits abgelehnten Asylbewerbern sofort zu stoppen. Der Ermessensspielraum der Verwaltung ist künftig innerhalb der gesetzlichen Möglichkeiten derart anzuwenden, dass im Regelfall nach einer rechtskräftigen Ablehnung auch tatsächlich eine Rückführung der betroffenen Asylbewerber in ihre Heimatländer erfolgt. Die aktuelle, evtl. sogar rechtswidrige Verwaltungspraxis der Kölner Ausländerbehörde, die de facto zum Verzicht auf jedwede Abschiebungen geführt hat, ist auf jeden Fall umgehend zu beenden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln – abgelehnt.

2899/2014

Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 15.12.2014:

Die in den letzten Monaten stark angestiegenen Flüchtlingszahlen und die weiterhin zu erwartenden Zugangszahlen erfordern die zeitnahe Bereitstellung von weiteren Flüchtlingsunterkünften zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung. Die Leitlinien zur Unterbringung von Flüchtlingen bleiben Maßgabe städtischen Handelns. In Anerkennung der angespannten Situation nimmt der Rat jedoch die Abweichung von den Leitlinien in Kauf und fasst vor diesem Hintergrund die folgenden Beschlüsse zur Unterbringung von Flüchtlingen:

A) Der Rat beschließt die Errichtung von 7 Wohnhäusern in Systembauweise zur kurz- bis mittelfristigen Flüchtlingsunterbringung.

1. Hierzu beauftragt der Rat die Verwaltung, schnellstmöglich an nachfolgenden Standorten Wohnhäuser in Systembauweise zu errichten:

a) Auf dem städtischen Grundstück Kalscheurer Weg, 50969 Köln Zollstock, Gemarkung Köln-Rondorf, Flur 55, Flurstück 735

b) Auf dem städtischen Grundstück Merlinweg, 50997 Köln Rondorf, Gemarkung Rondorf-Land, Flur 13, Flurstück 1224

c) Auf dem städtischen Grundstück Dürener Straße, 50935 Köln Lindenthal, Gemarkung Kriel, Flur 62, Flurstück 509

d) Auf dem städtischen Grundstück Heinrich-Rohlmann-Straße, 50829 Köln Ossendorf, Gemarkung Longerich, Flur 8, Flurstück 1002

e) Auf dem städtischen Grundstück Im Grund / Pastor-Wolff-Straße, 50735 Köln Niehl, Gemarkung Longerich, Flur 99, Flurstück 3436

f) Auf dem städtischen Grundstück Auweiler Straße, 50765 Köln Esch, Gemarkung Esch, Flur 6, Flurstück 528

g) Auf dem städtischen Grundstück Urbacher Weg, 51145 Köln Porz, Gemarkung Eil, Flur 3, Flurstück 1279 u.a.

2. Der Rat beschließt zur Errichtung von 7 Wohnhäusern in Systembauweise die vorläufige außerplanmäßige Bereitstellung von Auszahlungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2015, in Höhe von insgesamt rd. 25,45 Mio. € im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 09, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen auf nachfolgenden Finanzstellen:

a) 5620-1004-2-5164 Kalscheurer Weg	*3.636.171 €*
b) 5620-1004-5-5137 Merlinweg	*3.636.171 €*
c) 5620-1004-3-5165 Dürener Str.	*3.636.171 €*
d) 5620-1004-5-5166 Heinrich-Rohlmann-Str.	*3.636.171 €*
e) 5620-1004-5-5136 Im Grund/Pastor-Wolf-Str.	*3.636.171 €*
f) 5620-1004-6-5168 Auweiler Str.	*3.636.171 €*
g) 5620-1004-7-5169 Urbacher Weg	*3.636.171 €*
Insgesamt:	*25.453.197 €*

Die vorläufige Deckung erfolgt durch entsprechende Mehreinzahlungen im Teilfinanzplan 1601, Allgemeine Finanzwirtschaft, Teilfinanzplanzeile 01, Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen, Finanzstelle 9000-1601-0-0006, Investitionspauschale.

Weiterhin beauftragt der Rat die Verwaltung die investiven Mittel in Höhe von insgesamt rd. 25,45 Mio. € im Haushaltsplan 2015 zu veranschlagen. Mit Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2015 ist die außerplanmäßige Mittelbereitstellung rückabzuwickeln.

Der Rat beschließt die vorläufige außerplanmäßige Bereitstellung von Aufwendungen in Höhe von insgesamt 1.086.869 € im Haushaltsjahr 2015, im Teilergebnisplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in den Teilplanzeilen 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 742.833 € und Teilplanzeile 14, Bilanzielle Abschreibungen in Höhe von 344.036 € für die Standorte 1a) bis 1g).

Die vorläufige Deckung erfolgt durch entsprechende Minderaufwendungen im Teilergebnisplan 1601, Allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 20 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

Weiterhin beauftragt der Rat die Verwaltung die erforderlichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 1.086.869 € im Haushaltsplan 2015 zu veranschlagen. Mit Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2015 ist die außerplanmäßige Mittelbereitstellung rückabzuwickeln.

3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, für alle unter Ziffer 1 genannten Standorte grds. 150 Unterbringungsplätze je Standort in abgeschlossenen Wohneinheiten mit eigenem Sanitär- und Kochbereich zu realisieren. Das Ergebnis der Machbarkeit je Standort wird dem Ausschuss für Soziales und Senioren sowie der Bezirksvertretung Chorweiler zu gegebener Zeit mitgeteilt. Aufgrund der besonderen Situation der Standorte wird an dem Betreuungsschlüssel von

einem Sozialarbeiter für 80 Personen festgehalten.

B) Der Rat beschließt nachfolgende 4 Standorte zur Bebauung mit Wohnhäusern in konventioneller Bauweise zur langfristigen Flüchtlingsunterbringung:

a) Trierer Straße, 50674 Köln Neustadt Süd, Gemarkung Köln, Flur 34, Flurstück 621.
Die Errichtung des am 08.04.2014 vom Rat für diesen Standort beschlossenen Wohnhauses in Systembauweise wird zunächst nicht weiter verfolgt. Die hierfür eingestellten Mittel werden für die zukünftige Verwendung zurückgestellt.

b) Pater-Prinz-Weg, 50997 Köln Rondorf, Gemarkung Rondorf-Land, Flur 6, Flurstücke 266, 267, 282 und 283

c) Brohler Straße, 50968 Köln Marienburg, Gemarkung Köln-Rondorf, Flur 51, Flurstücke 708 und 1208

d) Widdersdorfer Landstraße, 50859 Köln Lövenich, Gemarkung Lövenich, Flur 8, Flurstück 1417

Hierzu beauftragt der Rat die Verwaltung alle erforderlichen Schritte zur Vorbereitung von Planungs- und Baubeschlüssen für diese Standorte zu unternehmen und nötigenfalls erforderliche Bebauungspläne aufzustellen bzw. abzuändern. An den vorgenannten Standorten sollen in Anbetracht des enormen Unterbringungsbedarfes Wohnhäuser für bis zu 150 Personen errichtet werden. Die baurechtlichen Möglichkeiten sind dabei auszuschöpfen.

Sobald die Entwicklung der Flüchtlingszahlen es erlaubt, sollen Standorte, an denen von den Leitlinien abgewichen wird, auf eine leitlinienkonforme Anzahl von Unterbringungsplätzen (80) reduziert werden. Frei werdende Wohnungen sollen dann einer anderweitigen Nutzung zugeführt werden.

Der Rat beschließt zur schnellstmöglichen Realisierung der Bauvorhaben die vorläufige außerplanmäßige Bereitstellung von Auszahlungsermächtigung im Haushaltsjahr 2015, in Höhe von insgesamt 80.000 € im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 08, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5620-1004-0-5198.

Die Mittel werden zur möglichst kurzfristigen Beauftragung von Architekturbüros benötigt, die die erforderlichen Planungs- und Baubeschlüsse vorbereiten sollen.

Die vorläufige Deckung erfolgt durch entsprechende Mehreinzahlungen im Teilfinanzplan 1601, Allgemeine Finanzwirtschaft, Teilfinanzplanzeile 01, Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen, Finanzstelle 9000-1601-0-0006, Investitionspauschale.

Weiterhin beauftragt der Rat die Verwaltung die investiven Mittel zu Ziffer 1 in Höhe von insgesamt 80.000 € im Haushaltsplan 2015 zu veranschlagen. Mit Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2015 ist die außerplanmäßige Mittelbereitstellung rückabzuwickeln.

Die Umsetzung der o.a. Bauvorhaben hat Auswirkungen auf den Bedarf insb. an Schul- und Kita-Plätzen an den beschlossenen Standorten. Vor diesem Hintergrund sind bei der Realisierung anstehende Baumaßnahmen zeitlich aufeinander abzustimmen.

Die Verwaltung wird gebeten, bei der weiteren Planung der Flüchtlingsunterbringung rechtzeitig zu prüfen, wie mit dem Bezug des geplanten festen Wohnheims am Pater-Prinz-Weg ein Wohnheim in Systembauweise aufgegeben und das andere Wohnheim in Systembauweise spätestens nach fünf Jahren aufgegeben werden kann.

Ferner soll die Belegung der Unterbringung am Pater-Prinz-Weg keinesfalls die Zahl von 150 Personen überschreiten.

C) Der Rat beauftragt die Verwaltung darüber hinaus, zur Realisierung der langfristigen Bedarfe den Ankauf geeigneter Grundstücke sowie Bestandsgebäude zur Errichtung von Flüchtlingsunterkünften aktiv zu verfolgen und hierfür die erforderlichen Beschlüsse einzuholen.

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig die Bereitstellung der folgenden Grundstücke, die sich baurechtlich für Wohnungsbau eignen,

zwecks Errichtung von Wohnhäusern in konventioneller Bauweise zur langfristigen Unterbringung von Flüchtlingen bzw. ggf. auch für die Errichtung von Wohnhäusern in Systembauweise für eine temporäre Nutzung zu prüfen:

a) Das unbebaute städtische Grundstück in der Piusstraße im Stadtbezirk Lindenthal;

b) das sich im Eigentum der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben befindliche Grundstück Gustav-Heinemann-Ufer 114 im Stadtbezirk Rodenkirchen.

Zudem wird die Verwaltung beauftragt, kurzfristig zu prüfen, ob o.a. Grundstücke von der GAG Immobilien AG zur Errichtung von Wohnhäusern für Flüchtlinge bebaut werden können sowie dem Ausschuss darzustellen, welche städtischen Grundstücke für eine konventioneller Bauweise zur langfristigen Unterbringung von Flüchtlingen der GAG kurzfristig angeboten werden können.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Aufgerufen waren des Weiteren insgesamt vier Anfragen, zu denen Ihnen jeweils eine schriftliche Antwort der Verwaltung vorliegt. Gibt es von den Anfragenden noch Zusatzfragen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so erledigt.

3857/2014

Hierzu liegt eine Mitteilung der Verwaltung vor.

3788/2014

Hierzu liegt eine Mitteilung der Verwaltung vor.

3840/2014

Hierzu liegt eine Mitteilung der Verwaltung vor.

AN/1804/2014

Hierzu konnte noch keine Antwort vorgelegt werden. Die Angelegenheit wird daher in der folgenden Sitzung des Rates – am 05.02.2015 - erneut auf die Tagesordnung genommen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir fahren jetzt in der Reihenfolge der Tagesordnung fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.1 auf:

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Rhein-Ruhr-Express – Halt am Bahnhof Köln-Mülheim“
AN/1765/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich rufe zunächst Herrn Ott auf.

<**Jochen Ott** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haltepunkt Mülheim wird bleiben. Heute geht allerdings ein weiteres starkes Signal von diesem Rat aus, das deutlich macht: Wir wollen den Halt des RRX in Mülheim.

(Beifall bei Teilen der SPD und der Linken sowie von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen])

Wir haben das Ziel, eine Machbarkeitsstudie erstellen zu lassen, um damit zwei Dinge zu erledigen: Zum einen müssen wir deutlich machen, wie wenig finanzieller Einsatz nötig ist, um einen Halt des RRX in Mülheim möglich zu machen. Zum Zweiten müssen wir die Bedeutung dieses Knotenpunkts für den Nahverkehr im Rechtsrheinischen deutlich hervorheben. Es soll den Regierungen in Düsseldorf und in Berlin zeigen: Liebe Freunde, alle objektiven Erwägungen sind in Ordnung, es ist auch wichtig, dass der RRX insgesamt nicht gefährdet wird, aber – um es mit den Worten eines bedeutenden Kanzlers zu sagen – entscheidend ist, was hinten rauskommt. Hinten rauskommen muss der Halt des RRX in Mülheim auch nach 2030. Denn bis 2030 ist der Halt effektiv gesichert.

Wir wissen auch von der Bahn, dass sie großen Wert legt auf diesen Halt. Unsere Aufgabe ist es, bis dahin systematisch dafür zu sorgen, dass der RRX-Halt beschlossen wird. Wir haben deshalb mit allen Kölner Abgeordneten im Landtag und im Bundestag ein gemeinsames Schreiben unter Abstimmung mit Bezirksbürgermeister Fuchs und Oberbürgermeister Roters an die Verkehrsminister in Bund und Land geschickt. Alle Fraktionen – die kölschen Fraktionen kann man an dieser Stelle sagen – haben gemeinsam für Mülheim geworben, übrigens mit den Kolleginnen und Kollegen Bundestagsabgeordneten aus Mülheim-Leverkusen. Eingeweihte wissen, dass

das nicht ganz leicht war. Aber das Entscheidende bei der RRX-Geschichte ist, uns nicht gegen andere zu profilieren, sondern unsere eigenen Stärken in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen, und zwar landes- und bundesweit.

(Martin Börschel [SPD]: So ist es!)

Der Bund hat noch nicht geantwortet; es ist auch erst ein Jahr her, es kann noch kommen. Fakt ist: Der Bund wartet auf die Bewertung des Bundesverkehrswegeplans. Das Land hat geantwortet und deutlich gemacht, dass zunächst der RRX gesichert werden muss, was auch logisch ist; denn wenn es den RRX nicht gibt, brauchen wir auch nicht über Haltestellen zu sprechen.

Insofern war das wichtigste Ziel der Verkehrspolitiker aller Fraktionen, dafür zu sorgen, dass wir bloß keine negativen schriftlichen Antworten bekommen, sondern gemeinsam mit den Geschäftsführern und den Fraktionen im NVR in aller Ruhe dafür zu sorgen, diesen Halt möglich zu machen und gemeinsam auf allen Ebenen dafür einzustehen. Deshalb brauchen wir hier an dieser Stelle auch keinen Populismus, egal von wem. Wichtig ist, festzuhalten: Der Halt muss kommen. Wir setzen uns gemeinsam als Kölner dafür ein.

(Beifall bei Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Werte Kolleginnen und Kollegen, dann kamen die Demonstrationen der Menschen, und zwar ganz zu Recht. Es ist wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Positionen deutlich machen. Am selben Tag, am 18. September, gab es eine Sitzung des Landesverkehrsausschusses, in der die Bahn ihre Projekte vorgestellt hat. Bei dieser Diskussion ist dummerweise von einem CDU-Kollegen aus Oberhausen gesagt worden, der Zug könne ja nicht an jeder Kaffeeklappe, an jedem Kirchturm halten, woraufhin etwas Unmut aufkam. Der Kollege kannte die Kölner Linie einfach nicht, auch nicht von seinen Kölner Kollegen. Insofern muss man ihm zurufen: Schon klar, aber am Mülheimer Halt steigen wesentlich mehr Menschen um als am Hauptbahnhof Oberhausen;

(Heiterkeit bei Martin Börschel [SPD])

das muss man klar im Blick haben. – Das zeigt: Es gibt im Land und im Bund auch andere Interessen.

Deshalb ist es so wichtig, dass die Kölner Linie tatsächlich die Kölner Linie bleibt. Die Kölner CDU hat vor kurzem bei einer Veranstaltung vor Ort auch noch einmal die Kölner Linie bestätigt. Ich halte es für ganz wichtig, dass wir nicht hasenfüßig sind, dass wir nicht gegeneinander arbeiten. Hier geht es um eine wichtige Infrastrukturfrage für unsere Stadt. Wir müssen sie gemeinsam angehen. Deshalb sollten die beiden zentralen Botschaften dieser Ratssitzung sein:

Erstens. Es geht nach vorne für Mülheim. Der Halt Mülheim ist gesichert, und er wird gesichert.

Zweitens. Der Halt wird über 2030 hinaus zu sichern sein.

Wir wissen, dass wir die Bahn an unserer Seite haben. Wir wissen aber auch, dass wir die Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen im Bundesverkehrswegeplan nächstes Jahr abwarten müssen. Wir werden mit dieser Machbarkeitsstudie jetzt knallhart die Fakten auf den Tisch legen und mit diesen Fakten gemeinsam dafür werben. Lassen wir uns nicht verunsichern von anderen Städten, die irgendetwas machen! Lassen wir uns nicht verunsichern von irgendwelchen Leuten, die irgendwelche Briefe schreiben und irgendwas erzählen! Lassen Sie uns gemeinsam selbstbewusst sagen: Dieser Halt wird kommen, weil er einfach sinnvoll ist, weil er vernünftig ist. Das haben wir oft genug festgehalten.

Ich frage Sie zum Schluss: Welcher Landesverkehrsminister und welcher Bundesverkehrsminister wird diesen Mülheimer Halt am Ende nicht wollen, wenn er vom RRX, der dann schon seit zehn Jahren auf der Strecke verkehrt, sowieso schon ständig angefahren wird? – Also: Der Halt wird kommen. Lasst uns selbstbewusst nach vorne gehen und heute dieses starke Signal senden: Gemeinsam mit dem NVR wird die Stadt Köln diesen wichtigen Halt sichern. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Ott. – Herr Michel.

<**Dirk Michel** (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Vertreter der Verwaltung! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Mobilitätsbedürfnis auf den westlichen Verkehrsadern, insbesondere im Korridor Köln–Düsseldorf, ist sehr hoch. Unsere Landes- und Bundespolitiker kämpfen deshalb gemeinsam für einen langfristigen Haltepunkt des Rhein-Ruhr-Express am Bahnhof Mülheim. Dieser Standort ist neben der Förderung der Haltestelle Berliner Straße ein weiterer Baustein für den wichtigen Knotenpunkt Mülheim mit seiner großen Bedeutung für die Wachstumsregion Köln, das Bergische Land und das Oberbergische Land.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Die Herstellung der Infrastruktur setzt die Förderung des Bundes und die Erfüllung des Baurechts voraus. Wir wollen nicht den Infrastrukturausbau gemäß Bundesstudie 2006 infrage stellen. Sonst würden wir das Gesamtprojekt im Umfang von 2,2 Milliarden Euro gefährden. Dennoch brauchen wir die Machbarkeitsstudie, um nicht gegenüber Düsseldorf-Benrath ins Hintertreffen zu geraten, aber vor allem, um die vielen guten Argumente für Mülheim klarer herauszustellen.

(Beifall von Dr. Ralph Elster [CDU])

Die Planfeststellungsverfahren verlaufen gut, sind aber auch schon weit fortgeschritten. Was uns Hoffnung gibt, ist, dass Köln-Mülheim in der Sensitivitätsuntersuchung im Rahmen des Bundesverkehrswegeplans mit betrachtet wird. Durch die Fahrzeugbestellung und die Vergabe werden die RRX-Züge sowieso bis 2030 auf den alten RE-Linien fahren. Also haben wir 15 Jahre Zeit, den Haltepunkt auf Dauer zu sichern.

Dieses Projekt ist ein großer Anreiz für die Metropolregion. Der Infrastrukturschienenausbau fördert den Industrieaufbau und die Stadtentwicklung. Ich bedanke mich bei allen, die dieses Projekt von Anfang an begleitet und vorangetrieben haben. Ich denke da besonders an Horst Noack. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU sowie bei Teilen der SPD)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke. – Dann kommen wir zu Herrn Wolter.

<**Andreas Wolter** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Niemand hier in dieser Runde und schon gar keiner in Mülheim kann sich vorstellen, dass nach Herstellung der Infrastruktur für den RRX dieser in Köln-Mülheim nicht mehr halten wird. Wir wollen, dass der Bahnhof weiterhin – und das über 2030 hinaus – ein bedeutender Bahnhof für den Regionalverkehr bleibt und nicht zu einem S-Bahnhof degradiert wird. Das hat der Rat auch schon in der vorletzten Wahlperiode, im Jahr 2009, so beschlossen.

Wir wissen, dass die Mittel, die aus dem Berliner Verkehrsministerium nur sehr spärlich nach Nordrhein-Westfalen fließen, für den überregionalen Verkehr des RRX vorgesehen sind. Deshalb müssen wir – das ist eben schon gesagt worden – aufpassen, dass wir das Finanzierungskonstrukt insgesamt, sofern von der Berliner Seite nichts daran geändert wird, nicht gefährden.

Nachdem in den letzten Jahren zu den Stopps in Hauptbahnhöfen auch noch Stopps in Wattenscheid, in Mülheim an der Ruhr und in Leverkusen hinzugekommen sind, ist nun auch Düsseldorf mit Benrath vorgeprescht und hat eine Planstudie in Auftrag gegeben. Damit machen sie nun Druck. Das sollte man nicht auf die leichte Schulter nehmen. Wenn das Ergebnis dieser Kosten-Nutzen-Studie größer ist als eins – die Zahl kennen wir ja von der Nord-Süd-U-Bahn –, dann wird dieser Halt in den Verkehrswegeplan aufgenommen; dann könnte es vielleicht eng werden für Mülheim. Deshalb müssen wir da jetzt reagieren.

Wir brauchen jetzt eine Fahrplanstudie und eine Planung der notwendigen Infrastrukturkosten, um Köln-Mülheim RRX-tauglich zu machen. Dabei streben wir auch eine Beteiligung des NVR an. Im Übrigen werden wir uns daran gewöhnen müssen, bei Infrastrukturprojekten, insbesondere bei denen des SPNV, mit Planstudien in Vorleistung treten zu müssen, insbesondere jetzt wegen der ungeklärten Gesetzeslage bei der Infrastrukturförderung durch den Bund.

Wir haben uns in jeder Ratssitzung dieser Wahlperiode mit dem Thema Infrastruktur und deren Kapazitäten beschäftigt. Das zeigt, wie sehr der Schuh an dem Punkt drückt. Mal waren hier die Brücken ein Thema; vor allen Dingen ging es aber um die Infrastruktur. Wir müssen auch vor dem Hintergrund einer wachsenden Stadt und einer ebenfalls wachsenden Region jetzt darauf setzen, uns mit solchen Planstudien, wie wir sie jetzt hier in Auftrag geben wollen, gegenüber

dem Bund, aber auch gegenüber dem Land in Stellung zu bringen, damit Investitionsmittel bei uns zeitnah verbaut werden können, wenn sie uns denn zur Verfügung gestellt werden. Nicht nur Düsseldorf geht da in Vorleistung; das tun auch andere Städte, vor allem im Süden der Republik, aber auch die Bundesländer. Von daher müssen wir sehen, dass uns fertige Planungen vorliegen, wenn dieser Finanzierungsstau vielleicht in absehbarer Zeit aufgehoben wird.

Für die Bewältigung der Mobilität ist es erforderlich, dass wir offensiver gegenüber Bund und Land auftreten. Mehrere Hunderttausend Menschen pendeln täglich nach Köln herein, und sie pendeln zunehmend – es ist mittlerweile auch schon eine große sechsstellige Zahl – auch aus Köln heraus. In Mülheim haben wir es mit einem besonderen Phänomen zu tun: Leute, die aus dem Bergischen Kreis hereinpendeln, steigen dort um und fahren dann mit dem Regionalverkehr weiter. Das, meine Damen und Herren, können KVB und S-Bahn schlicht und ergreifend nicht bewältigen. Ich denke, das wäre den Leuten auch nicht zuzumuten.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der Linken)

Wenn wir wollen, dass mehr Leute auf die Bahn umsteigen, dann geht das nur mit einem besseren Angebot. Die Verteilungsfrage stellt sich übrigens nicht nur bezogen auf den Bund; sie stellt sich auch bezogen auf NRW. Ich nenne noch einmal das Stichwort Wachstumsregion. Wir brauchen mehr Mittel vom Land, die in die Region des NVR fließen.

Ich habe hier ein Flugblatt der Initiative „RRX für Mülheim“.

(Der Redner hält ein Flugblatt hoch)

Dort werden die richtigen Fragen gestellt. So wird gefragt:

> Wie soll sich ein strukturschwacher Stadtteil … entwickeln, wenn dieser … verkehrstechnisch lahmgelegt wird?

Diese Frage stellt die Initiative völlig zu Recht. Sie stellt auch die richtige Forderung nach einem Halt des Regionalverkehrs – ich sage: mindestens – im bisherigen Umfang. Wenn die Entwicklung so weitergeht, brauchen wir da sogar noch mehr Halte.

Ein Letztes noch: In dem Flugblatt ist davon die Rede, dass der RRX ab 2018 nicht mehr in Mülheim hält. Uns ist, glaube ich, allen klar, dass der Vorlaufbetrieb den Status quo bislang aufrechterhält. So langsam, wie die finanzielle Förderung der Infrastrukturmaßnahmen bedauerlicherweise nun einmal ist, wird es mindestens bis 2025 oder 2030 dauern, bis es so weit ist; bis 2030 geht es erst einmal so weiter wie bisher. Das ist an der Stelle der einzig positive Punkt. Damit möchte ich schließen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Wolter. – Wir kommen zu Herrn Weisenstein von der Fraktion Die Linke.

<**Michael Weisenstein** (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Mülheim wird in den nächsten Jahren stark wachsen. Im Süden Mülheims werden mehrere Tausend neue Wohnungen gebaut. Es werden auch Arbeitsplätze entstehen. Nach wie vor ist nicht klar, was auf dem Güterbahnhofgelände in Mülheim geschehen wird. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass auch dort viele Menschen Arbeit finden werden. Mehr Bewohnerinnen und Bewohner und mehr Arbeitsplätze bedeuten auch mehr Verkehr, mehr Ein- und mehr Auspendler.

Wenn die Ziele von „Köln mobil 2025“ erreicht werden sollen, nämlich dass 60 Prozent der Verkehre im Umweltverbund abgewickelt werden, muss der öffentliche Nah- und Fernverkehr verbessert werden. Der RRX ist ein attraktives Verkehrsmittel für die Region. Dieses Verkehrsmittel kann helfen, Pendler zwischen Rhein und Ruhr vom Auto in den Zug zu bekommen.

Der Mülheimer Bahnhof ist heute schon ein wichtiger Verbindungspunkt zwischen lokalem und regionalem Verkehr. Fährt der RRX ohne Halt durch Mülheim, wird der Mülheimer Bahnhof an Bedeutung verlieren. Die Folge: Viele Mülheimerinnen und Mülheimer werden mit dem Auto zur Arbeit nach Düsseldorf oder ins Ruhrgebiet fahren. Viele Menschen, die in Mülheim wohnen und in den angrenzenden Stadteilen oder in Bergisch Gladbach oder sonst wo im Bergischen Land ar-

beiten, werden dann wieder das Auto statt dem Zug nehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister, liebe Antragsteller, Ihre Parteifreunde in Berlin und in Düsseldorf sitzen an den Töpfen. Die müssen Sie überzeugen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei Teilen der Linken)

Da möchte ich insbesondere Herrn Ott und Herrn Börschel ansprechen. Im Hinblick auf Infrastrukturmaßnahmen haben wir schon häufig gehört – auch vom KVB-Chef –, dass eigentlich alle Verkehrspolitiker parteiübergreifend die Notwendigkeit von Investitionen in die Infrastruktur auf dem Schirm haben und sie ihnen wichtig sind. – Sie nicken, Herr Börschel; das freut mich. – Ich möchte an Sie appellieren: Sprechen Sie auch die Leute an, die in den Regierungen in Düsseldorf und in Berlin für die Finanzen zuständig sind!

(Jochen Ott [SPD]: Die Finanzpolitiker auch!)

Denn nur mit einer soliden Finanzierung werden wir solche Infrastrukturmaßnahmen hinbekommen.

(Jochen Ott [SPD]: Darum geht's beim RRX überhaupt gar nicht!)

Uns bringt die schwarze Null von Schäuble nichts, wenn wir immer nur sparen, statt in die Infrastruktur zu investieren. Von daher noch einmal mein Appell: Bitte werfen Sie Ihr Gewicht auch bei den Finanzpolitikern in Düsseldorf und in Berlin in die Waagschale! – Danke schön.

(Beifall bei der Linken)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Weisenstein. – Wir kommen zu Herrn Houben.

<**Reinhard Houben** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Diesem Antrag kann man nur zustimmen. Ich möchte auf das eingehen, worauf Bürgermeister Wolter und Herr Weisenstein hingewiesen haben: Die Konfliktlinie zwischen den Verkehrspolitikern gibt es eigentlich nicht mehr.

Die Argumente sind hier vollkommen richtig dargestellt worden. Mülheim als Stadtteil ist eigentlich schon eine Großstadt, wenn man es singulär betrachtet. Das muss man vielleicht auch einmal gegenüber dem Land formulieren. Mülheim hat mehr als 100 000 Einwohner, ist also im Grunde eine Großstadt.

Ich finde die Diskussion, ob der RRX da nun halten kann, ob wir eine Untersuchung brauchen und bei ihr gegebenenfalls das berühmte Ergebnis von 1,0 herauskommt, etwas irrig. Entscheidend in der jetzigen Situation ist doch die Frage: Wie finanzieren wir unseren öffentlichen Personennahverkehr, gerade den Schienenverkehr? Es hat entsprechende Diskussionen bei der KVB gegeben. Es hat entsprechende Diskussionen beim VRS gegeben, zum Glück auch mit einer gewissen Reaktion der Öffentlichkeit.

Also, meine Damen und Herren: Die Aufgabe ist nicht, die Verkehrspolitiker in Berlin und Düsseldorf zu überzeugen, sondern hauptsächlich den Finanzminister in Berlin. In dem Falle muss man natürlich ganz konkret die Kollegen von der CDU ansprechen; sie müssten eigentlich den direktesten Draht zu ihm haben.

(Beifall von Michael Frenzel [SPD])

Wir brauchen Klarheit, was die Finanzierung dieser Investitionsmaßnahmen angeht. Deswegen ist die erste Adresse Herr Schäuble.

(Martin Börschel [SPD]: Wir können ja nicht alles regeln!)

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung, Kollege Wolter. Wir kommen jetzt gleich zum Thema Brücken. Eigentlich würden genau die Argumente, die Sie eben vorgebracht haben, auch für die weitere Planung von Brücken sprechen. Wir haben uns hier auf einen anderen Weg geeinigt. Aber ich fand Ihre Argumentation schon interessant. Mit Ihren Argumenten hätten Sie sich auch sehr gut für den nachfolgenden Antrag einsetzen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der FDP)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Houben. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Niemand. Wer enthält sich? – Ebenfalls niemand. Einstimmig angenommen. Ein gutes Signal auf der Fahrstrecke!

(Beifall bei Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung eine Untersuchung zum Bahnhof Köln-Mülheim zu erstellen. Diese Untersuchung soll gemeinsam mit dem NVR beauftragt werden. Es sollen eine Fahrplanstudie und die notwendigen Infrastrukturkosten für einen RRX-Halt in Köln-Mülheim ermittelt werden, unter besonderer Beachtung der Aktivitäten für den Halt Düsseldorf-Benrath.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

3.1.2 Antrag der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde betreffend "Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen in Köln verbessern – Willkommenskultur stärken"
AN/1762/2014

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde vorgezogen und unter dem neuen Punkt 3.1.0 - gemeinsam mit den themengleichen Punkten 3.1.4; 3.1.7; 4.4; 4.5; 4.6; 4.7 und 10.20 – behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zum Tagesordnungspunkt 3.1.3:

3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Eine neue Rheinbrücke für Köln"
AN/1754/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/1815/2014

Ich gebe das Wort an Herrn Sterck von der Fraktion der FDP.

(Jochen Ott [SPD]: Unsere Brückenbauer!)

<**Ralph Sterck** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt eine Schlagzeile aus dem *Express* vom 18. November dieses Jahres. Da schreibt ein Leser: Herr OB, bauen Sie eine neue Rheinbrücke! – Unser OB hat dafür durchaus ein offenes Ohr.

(Zuruf von der SPD)

- Was nicht heißt, dass der OB seine Anregungen an die FDP-Fraktion weitergibt. Ich will ihn jetzt nicht vollkommen diskreditieren.

(Heiterkeit bei Teilen der SPD)

Aber er hat in seiner Haushaltsrede eben gesagt – ich darf zitieren – :

> Wo schrumpfende Städte ihre Leistungen der Daseinsvorsorge zurückfahren, ihre öffentlichen Einrichtungen zurückbauen, da bauen wir unsere Infrastruktur und unser Leistungsangebot für die Bürger aus – zum Beispiel im Verkehrsbereich.
>
> Neben der Sanierung brauchen wir auch einen weiteren Ausbau unserer Verkehrswege.

(Beifall bei der FDP – Jochen Ott [SPD]: Was spricht dagegen?)

Genau darum geht es.

(Jochen Ott [SPD]: Alles richtig!)

- Alles richtig.

(Heiterkeit)

Genau darum geht es: um die Verkehrswege. Und ein Nadelöhr auf diesen Verkehrswegen ist natürlich der Rhein.

Wenn wir uns unsere Brückeninfrastruktur anschauen, dann stellen wir fest, dass alle Brücken aus den ersten 20 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg stammen. Die jüngste Brücke – ich war selber überrascht – ist die Zoobrücke, die im Jahre 1966 eröffnet wurde. Das heißt also: Seit fast 50 Jahren ist in Sachen Infrastruktur in Köln nichts passiert, um dieses Nadelöhr zu überbrücken. Die letzte Erweiterung – das muss man natürlich auch zugestehen – gab es bei der Rodenkirchener Autobahnbrücke im Jahre 1996, also auch schon vor fast 20 Jahren.

(Jochen Ott [SPD]: Die Deutzer auch!)

- Die Deutzer Brücke auch, zehn Jahre zuvor; die Hohenzollernbrücke auch. Ich will nicht versäumen, es zu erwähnen.

(Jochen Ott [SPD]: Hör mal, wann bist du denn gebaut worden?)

Wir stellen fest: Wir haben aktuell Engpässe, und wir werden in Zukunft weitere Engpässe haben, wegen der Sanierungen und wegen des zunehmenden Mobilitätsbedarfs, der für unsere Stadt, unsere Region, aber auch weit darüber hinaus von Bedeutung ist.

Das ist die Ausgangslage für unsere Initiative. Wir hatten das Thema vor zwölf Jahren schon einmal aufgebracht. Es gab 2002 den Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses, damals insbesondere von der CDU mitgetragen, untersuchen zu lassen, wo der Brückenbau am sinnvollsten ist. Die Verwaltung hat – noch unter Oberbürgermeister Schramma – mehrere Standorte geprüft. Vier Standorte sind in die engere Wahl gekommen. Nach Gesprächen mit der Region und den Nachbarkreisen hat man dann gesagt: Der Standort zwischen Godorf und Köln-Langel ist unser Favorit. – Man hat es mit einer Gemeinschaftsinitiative der Kreise und auch mit Unterstützung der Wirtschaft immerhin dazu gebracht, dass dieser Standort in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen worden ist. So weit, so gut.

Dann aber hat der Verkehrsausschuss des Rates 2012 mit rot-grüner Mehrheit beschlossen, genau diesen Standort – den einzigen, der nach dieser Prüfung übrig geblieben war – abzulehnen, wodurch für uns die Frage im Grunde wieder offen war und wir wieder auf den StEA-Beschluss von 2002 zurückkamen.

(Jochen Ott [SPD]: So ein Quatsch!)

Denn selbst wenn der Standort in Godorf ausscheidet, müssen wir ja irgendetwas machen, wenn wir die Verkehrsinfrastruktur ausbauen wollen. – Das war die Ausgangslage unseres Antrages, wie wir ihn heute vorgelegt haben.

Unser Antrag beinhaltet eine Untersuchung. Er trifft keine Aussage zum Standort. Es heißt dort nicht: Wir bauen eine Brücke. – Wir beantragen nur eine Untersuchung, inwieweit der Bau einer Brücke verkehrlich Sinn machen und an welchem der verschiedenen Standorte dieser den meisten Nutzen bringen würde. – Das war sozusagen der gestrige Stand unserer Initiative.

Aber Politik bewegt sich. Ich freue mich, dass sich auch die Fraktionen hier im Rat bewegt haben.

(Jochen Ott [SPD]: Wir bewegen uns seit Jahren!)

- Ja, das ist sehr schön. Ich höre vom Kollegen Ott: Die SPD bewegt sich. –

(Beifall von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Seit 150 Jahren!)

Vielleicht auch wegen der aktuelle Lage oder der aktuellen Prognosen sagt Rot-Grün nach zwei Jahren plötzlich: Der Standort Godorf/Langel ist vielleicht doch gar nicht so schlecht; das können wir machen.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist doch absurd!)

- Das soll jetzt gar kein Vorwurf sein. Man kann schlauer werden. Das ist wunderbar.

Insofern wird es jetzt einen Änderungsantrag geben – die CDU hat das in den letzten Tagen auch schon propagiert –, und zwar von den vier Fraktionen der SPD, der CDU, der Grünen und FDP, in dem wir diesen Standort wieder favorisieren.

Dies hat sicherlich zwei Vorteile: Zum einen ist die Realisierung an diesem Standort sicherlich zehn Jahre schneller möglich als an jedem anderen Standort, weil wir im Hinblick auf die Planung und den Bundesverkehrswegeplan schon so weit vorangekommen sind. Der zweite Vorteil ist, dass die Umgehungsstraße in Zündorf, die für den Porzer Süden auch wegen der Erweiterung der Wohnbauflächen so wichtig ist, wesentlich wahrscheinlicher wird, wenn es dort diese Brücke gibt.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Die kommt doch nicht! Das ist doch Quatsch! Unglaublich!)

Deswegen macht diese Brücke sicherlich Sinn, und deswegen werden wir das heute hier mit breiter Mehrheit beschließen.

(Jochen Ott [SPD]: Die habt ihr leider versenkt! Die hat Schwarz-Gelb leider versenkt!)

Wenn spätere Generationen von Kommunalpolitikern weiteren Bedarf für Brückenstandorte sehen, kann man die von uns angeregte Untersuchung immer noch machen. Heute geht es darum, ein starkes Signal der Stadt Köln zu setzen,

der größten Kommune im Land Nordrhein-Westfalen, nämlich dass wir einen weiteren Rheinübergang im Kölner Süden haben wollen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP – Jochen Ott [SPD]: War nicht gut!)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. – Wir kommen zu Frau dos Santos Herrmann.

<**Susana dos Santos Herrmann** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Sterck, wenn Sie schon in die Vergangenheit schauen und Forderungen wie die nach einer Umgehungsstraße in Zündorf stellen, dann sollten Sie nicht vergessen, zu erwähnen, dass eine Landesregierung – gewollt oder ungewollt, jedenfalls ziemlich dämlich – versäumt hat, die entsprechenden Weichen zu stellen.

(Beifall bei der SPD – Martin Börschel [SPD]: Das kann man wohl sagen!)

Das war die Regierung Rüttgers, die im Jahr 2007 eine entsprechende Priorisierung vorgenommen hat. Sie hat eine entsprechende Priorisierung vorgenommen, und damit war das Projekt 2007 gestorben.

(Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

Ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns jetzt auf das Wesentliche konzentrieren.

Die Stadtverwaltung hat sich in Sachen „Brücke zwischen Godorf und Langel“ klar positioniert. Der Verkehrsausschuss hätte eigentlich gar nicht zustimmen müssen; es lag nicht in seiner Zuständigkeit. Es gab eine Beschlussvorlage. Was soll ich sagen? Irren ist menschlich; aber man sollte niemals im Irrtum verharren.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Sterck, sehen wir es doch einmal so: Heute haben wir Sie vor dem Beharren auf einem großen Fehler bewahrt.

(Zurufe von der FDP: Oh! – Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört! Hört!)

Denn Sie wollten Utopien in die Welt setzen, die da lauten: Lasst uns mal drei, vier, vielleicht auch fünf oder sechs neue Brücken planen und uns damit von den Aufgaben ablenken lassen, die heute anstehen.

(Beifall bei der SPD)

Die wichtigste Aufgabe, die wir haben, um die Verkehrsinfrastruktur in Köln und um Köln herum fit zu machen, ist Sanierung und Erhalt. Darin sind wir uns glücklicherweise einig.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Es ist richtig, dass wir Mittel in die Sanierung stecken. Es ist auch richtig, sinnvolle Ergänzungen zu machen. Deswegen stimmen wir der Bekräftigung der Neuplanung dieser Brücke zwischen Godorf und Langel auch zu. Aber wir sollten uns nichts vormachen: Neue Planungen, selbst wenn sie im Bundesverkehrswegeplan durch die rot-grüne Landesregierung angemeldet worden sind, dauern länger. Wenn wir kurz- und mittelfristig etwas verbessern wollen, wenn wir die Engpässe auflösen wollen, so gut es eben geht, dann müssen wir heute sanieren und planen und dürfen nicht nachlassen, auch dann nicht, wenn vom Bund möglicherweise falsche Signale gesetzt werden, wie die Nichtbereitstellung von Mitteln, die die Kommunen und auch die Länder unbedingt brauchen, um ihren Aufgaben gerecht werden zu können.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Wenn wir also Engpässe aufheben wollen, wenn wir Verkehrsinfrastruktur verbessern wollen, dann ist unsere oberste Aufgabe Sanierung und Erhalt. Darüber hinaus müssen wir schauen – da gebe ich Ihnen recht –: Wo gibt es sinnvolle Ergänzungen? Deswegen stimmen wir diesem Kompromiss gerne zu, aber nur mit dem klaren Schwerpunkt Sanierung und Erhalt. Das ist unsere Aufgabe als kommunale Gebietskörperschaft, als Stadt Köln. Da haben wir unsere Aufgaben zu machen. Ich weiß, dass wir das tun und die Verwaltung mit viel Engagement daran arbeitet. Da wollen wir unseren Schwerpunkt setzen. Wir unterstützen natürlich die Forderung nach einer weiteren Brücke; denn da ist sie sinnvoll. Alles Weitere ist Utopie und verschenkte Zeit. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. – Wir kommen zu Frau Roß-Belkner.

<**Monika Roß-Belkner** (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als neues Ratsmitglied referiere ich hier nicht auf die Vergangenheit, sondern beziehe mich auf die Gegenwart.

(Beifall bei Teilen der CDU – Martin Börschel [SPD]: Zukunft wäre noch besser!)

Ohne Rheinbrücken wäre ein Leben in Köln heute undenkbar. Jeden Tag überqueren Hunderttausende Menschen in Fahrzeugen, Straßenbahnen und Zügen den Rhein. Diese Massenströme setzen eine intakte Infrastruktur voraus. Von daher sind die Brücken über den Rhein elementar für den Personentransport, aber auch für den Warenfluss. Jede Brücke mehr hat in den vergangenen Jahrzehnten zum Wohlstand und zur Attraktivität unserer Stadt beigetragen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dies soll so bleiben, und dies muss so bleiben. Doch die Wirklichkeit holt uns jeden Tag ein: desolater Zustand der Rheinbrücken, zunehmender Verkehr auf dem Kölner Autobahnring, Staus rund um Köln durch die Sanierung von Bauwerken. Hinzu kommen, wie schon erwähnt, ein stark geändertes Mobilitätsverhalten der Bürger und ein aller Unkenrufe und mancher Zukunftsszenarien zum Trotz weiterhin ansteigender Auto- und Schwerlastverkehr. Köln darf nicht zur Staustadt Deutschlands werden. Dieses Bild darf sich in den Köpfen der Menschen nicht festsetzen, vor allem nicht bei den Wirtschaftslenkern.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Eine Hiobsbotschaft das Traditionsunternehmen Stollwerck betreffend mussten wir heute wieder zur Kenntnis nehmen.

Köln braucht eine neue Brücke. Lassen Sie uns endlich Ja zu dieser Erkenntnis sagen und die jahrzehntelange Diskussion darüber zum Ergebnis führen! Köln – wir haben es gehört – ist nach wie vor eine wachsende Stadt. Insbesondere im Kölner Süden sind zahlreiche Neubaugebiete in Planung bzw. realisiert. Von daher muss gerade hier die Verkehrsinfrastruktur leistungsfähig ausgebaut werden.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Die geplanten Umgehungsstraßen beiderseits des Rheins können diese gravierenden Verkehrsprobleme allein nicht lösen; denn der Verkehr muss ja auch abfließen. Wir befürworten daher eine neue Brücke im Kölner Süden, zwischen Köln-Godorf und Köln-Porz-Langel, eine Verbindung zwischen der A 555 und der A 59.

Überregional wäre diese neue Brücke ebenfalls eine wichtige Verbindung und auch eine Entlastung für die bereits heute überstrapazierte Rodenkirchener Brücke. In diesem Bereich stehen auch ausreichend Flächen für notwendige Brückenköpfe und Anschlüsse zur Verfügung. Wir sollten uns vielleicht auch dafür einsetzen, dass diese Brücke ebenso für Fußgänger, Fahrradfahrer und Schienenfahrzeuge nutzbar ist.

Weitere Rheinbrücken sehen wir derzeit nicht.

(Beifall von Susana dos Santos Hermann)

Die Stadt selber hat in den nächsten Jahrzehnten alle Hände voll mit der Sanierung und Erhaltung der Stadtbrücken zu tun.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Als Autobahnbrücke zunächst konzipiert, würde diese neue Brücke den städtischen Haushalt weitgehend nicht belasten. Natürlich kostet die Brücke. Auch der Bund und das Land sind klamm. Natürlich kommt die Brücke nicht heute oder morgen. Aber es gilt, Visionen zu entwickeln und für die Zukunft zu planen. Ein solches Projekt ist auch ein regionales Projekt. Das ist ja das Tolle an der Sache: Die Region will das Projekt. Der Rhein-Sieg-Kreis will das Projekt. Der Rhein-Erft-Kreis will das Projekt. Auch die IHK und selbst der SPD-Minister Groschek wollen das Projekt.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Die Brücke ist im Bundesverkehrswegeplan als „zu untersuchen“ eingestellt. Da wäre es doch ein Super-GAU, wenn ausgerechnet die Stadt Köln sich diesem Projekt verweigern würde.

(Beifall bei der CDU sowie bei Teilen der FDP)

Eines sage ich auch: Ein reibungsloser Verkehrsfluss ist aktive Klima- und Sozialpolitik. Ständig laufende Motoren tragen nicht zur Luftverbesserung bei, und Mama und Papa verbringen ihre wertvolle Zeit sinnvoller mit den Kindern als stundenlang im Stau.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Nee, nee, nee! – Weiterer Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Sie können Rad fahren!)

Meine Damen und Herren, ich bin froh, dass aus dem Ersetzungsantrag der CDU in letzter Minute ein gemeinsamer Antrag der großen Fraktionen geworden ist.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Von daher: Lassen Sie uns das Projekt angehen!

(Jochen Ott [SPD]: Die Entscheidung fällt beim Bundesverkehrswegeplan! Da gibt es eine fachliche Bewertung von Projekten! Dann wissen wir, ob es wirtschaftlich ist! Dann können wir darüber streiten!)

Lassen Sie uns ein starkes Signal setzen! – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Hammer.

<**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es scheint ein bisschen so, als hätte ich in letzter Zeit immer wieder die Ehre, zu den Anträgen zu reden, die entweder jährlich kommen oder quasi schon Beschlusslage sind.

(Jochen Ott [SPD]: Wir meinen es gut mit dir!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, Ihr Antrag ist immerhin sehr sauber zitiert, sodass auf den ersten Blick klar wird: Neu ist all das, was Sie fordern, nicht.

(Zuruf von der FDP: Das Problem ist ja nicht gelöst! – Zuruf von der CDU: Oder hast du eine Brücke gesehen? – Heiterkeit)

Die Verwaltung hat – –

(Zuruf von Sylvia Laufenberg [FDP])

- Liebe Sylvia, die Verwaltung hat ja in den entsprechenden Beschlüssen noch einmal dargelegt, warum sie da verwaltungsseitig keinen weiteren Bedarf sieht. Genau das ist damals in der StEA-Sitzung von meinem ehemaligen Kollegen Manfred Waddey gesagt worden: Wir können die ohnehin begrenzten Finanzmittel unserer Stadt sowie die Manpower der Verwaltung für sinnvollere Projekte einsetzen. Deswegen haben wir einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht, der besagt, dass eine weitere Standortprüfung über diese eine Brücke hinaus nicht stattfinden soll.

Wir haben es gerade eben in der Haushaltsrede noch einmal gehört: Wir bauen und sanieren momentan so viel wie fast nie zuvor. Ich denke, die Verwaltung hat schon jetzt genug damit zu tun, sich um all die Straßen und Brücken zu kümmern, die jahrzehntelang vernachlässigt wurden, beispielsweise um den Tunnel Grenzstraße und um das, was beim Projekt „Mülheimer Brücke“ vor uns liegt. Dahinter steckt genug Arbeit für die Verwaltung, sodass sie sich nicht auch noch darum kümmern kann, in der Stadt irgendwelche neuen Standorte für Brücken zu finden.

Sie haben sich unserem Änderungsantrag angeschlossen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP.

(Ulrich Breite [FDP]: Euer Änderungsantrag ist das nicht!)

- Unser aller gemeinsamer Antrag.

(Ulrich Breite [FDP]: Wir haben ja Weihnachten! – Gegenruf von Jochen Ott [SPD]: Populistisch war es doch genug! Ist doch gut!)

Ich möchte gern noch zwei, drei Sätze zu Ihrem Ursprungsantrag sagen, auch wenn er durch Ihre Unterstützung des anderen Antrags hinfällig wird; in gewisser Weise widersprechen Sie sich selbst. Sie zitieren in Ihrem Antrag die Shell-Mobilitätsstudie, die von einem Wachstum des Pkw-Verkehrs von ungefähr 4 Prozent ausgeht. Interessanterweise wirft diese Shell-Studie aber noch ganz andere Fragen auf, etwa ob es nicht sogar zu einem Ende des automobilen Wachstums kommt. Es wird da vom „Peak Car“ gesprochen. Ganz zukunftsweisend ist das, was Sie in Ihrem Ursprungsantrag fordern, also nicht; denn

das Wachstum findet momentan nicht auf der Straße, sondern vor allem auf der Schiene und im Umweltverbund statt. Wenn wir in Infrastruktur investieren, müssen wir unseren Fokus genau darauf legen.

Wenn Sie mit gleich vier Vorschlägen für mögliche Brücken auf Kölner Stadtgebiet kommen

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Standorte!)

- ja, mögliche Standorte; aber Sie haben sie alle eingebracht –, dann erinnert mich das an das Credo der autogerechten Stadt, das es in den 60ern und 70ern noch gab. Es zeugt nicht wirklich von verkehrspolitischem Weitblick.

Wir alle wissen: Verkehr zieht noch mehr Verkehr an. Man muss sich nur einmal die massiven Rampen der bestehenden Brücken anschauen, um eine Vorstellung davon zu bekommen, welche Auswirkungen eine weitere innerstädtische Brücke hätte.

In einem Teil Ihres Antrags hatten Sie aber doch recht: Sie schlugen vor, eine neue Brücke für den ÖPNV zu bauen bzw. die Brücke auch für den ÖPNV zu nutzen. Ich denke, das ist eine gute Sache. Insofern stimmt die Argumentation von Herrn Wolter, von der Sie meinten, man könne sie sehr gut für Ihren Antrag übernehmen – in dem Fall stimmt das wirklich. Wenn wir einen weiteren Brückenschlag machen und zum Beispiel die Linie 13 als echte Ringbahn in Köln führen könnten, wäre das noch ein bisschen nachhaltiger.

Ich denke also: Es ist Ihr gutes Recht, liebe FDP, sich mit teils populistischen Anträgen ein bisschen im Gespräch zu halten. Besonders innovativ und zukunftsweisend finde ich persönlich das jetzt nicht. Deswegen, wie gesagt, freut es uns sehr, dass Sie jetzt für diesen gemeinsamen Antrag zur Verfügung stehen.

Die Finanzierung der neuen Rheinbrücke, die bereits in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen worden ist, sollten wir denen überlassen, die am meisten davon profitieren – dem Landesbetrieb, dem Rhein-Erft-Kreis sowie den Städten Brühl und Wesseling –, damit wir uns hier auf unsere kommunalen Aufgaben konzentrieren und endlich den Sanierungsstau aufheben können. – Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. – Wir kommen zu Herrn Weisenstein.

<**Michael Weisenstein** (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich mit meiner Rede anfange, will ich eine kurze Bemerkung an Herrn Sterck richten. Herr Sterck, ich war doch ziemlich entsetzt, dass Sie es mit Ihrer Rede nun doch geschafft haben, diese Autobahnbrücke, die Sie ja in Wirklichkeit gerne bauen wollen, mit den Neubauvorhaben in Zündorf in Verbindung zu bringen. Wir alle, auch Sie, Herr Sterck, wissen, wie groß – teilweise zu Recht – die Befürchtungen in Zündorf sind, was die verkehrliche Situation angeht. Sie wissen aber auch, Herr Sterck – deswegen ärgere ich mich so sehr darüber –, dass die Verwaltung zugesagt hat – wir haben keinen Anlass, daran zu zweifeln –: Bevor in Zündorf-Süd ein Stein auf den anderen gesetzt wird, wird die Linie 7 dorthin fahren und einen Entlastungsbeitrag leisten, auch die Umgehungsstraße wird in Angriff genommen, und es wird eine Buslinie zum S-Bahnhof Wahn eingerichtet. Von daher finde ich es wirklich nicht in Ordnung, Herr Sterck, mit Ihrem schwachen Antrag das Bauprojekt in Zündorf irgendwie infrage zu stellen oder in ein schlechtes Licht zu rücken. Das finde ich nicht gut.

(Beifall bei der Linken)

Meine Damen und Herren, engagierte Fachleute aus dem Bereich Verkehr kämpfen derzeit mit der Bundesregierung um jeden Euro. Der Finanzminister sitzt auf dem Geld. Er will in die Geschichtsbücher eingehen. Deshalb lässt er die Infrastruktur in Deutschland, insbesondere den Nahverkehr, verrotten.

In Köln gibt es eine ganze Reihe von sanierungsbedürftigen Verkehrsbauwerken. Vorletzte Woche haben die Herren Neweling und Harzendorf gemeinsam mit Herrn Höing einen Überblick über die anstehenden Sanierungen in Köln gegeben. Die Stadt ist in den nächsten Jahrzehnten mit der Sanierung und Ertüchtigung von städtischen Brücken beschäftigt. Kosten in dreistelliger Millionenhöhe kommen in den nächsten Jahren auf uns zu, und wir sprechen hier nur vom Erhalt und von der Ertüchtigung der Bauwerke.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Fenske hat in einer unserer letzten Ratssitzungen sehr überzeugend dargestellt, dass die KVB allein für den Erhalt der Infrastruktur bei unserem Verkehrsunternehmen in den

nächsten Jahren 1 Milliarde Euro braucht. Davon ist nicht 1 Euro für den Ausbau der Ost-West-Verbindung, die Verlängerung der Linie 7 nach Zündorf oder die Verlängerung der Linie 13 im Linksrheinischen bis zum Rhein vorgesehen.

Die Zweckverbandsversammlung des Nahverkehrs Rheinland hat letzte Woche die Förderung vieler Projekte gestrichen, darunter auch wichtige Maßnahmen in Köln: die Bahnsteinanhebungen am Barbarossaplatz, die Verlängerung der Linie 3 in Bocklemünd und verschiedene Aufzugsnachrüstungen. Meine Damen und Herren, das ist die Lage des Verkehrs in Köln, aber das haben die Antragsteller hier und heute nicht begriffen.

Der vorliegende Antrag stellt immer noch den Autoverkehr in den Mittelpunkt. Das, meine Damen und Herren, ist keine nach vorn gerichtete Verkehrspolitik, sondern die rückwärtsgewandte Verkehrspolitik der 70er- und 80er-Jahre.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Weisenstein, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ott?

Michael Weisenstein (Die Linke.): Ja, gerne.>

<Jochen Ott (SPD): Kollege Weisenstein, ich wollte nur eine kurze Zwischenfrage stellen. Sie haben eben auf den Bund und die Verteilung der Mittel hingewiesen. Ihnen ist schon bewusst, dass insbesondere die Ostländer diejenigen sind, die in den ganzen Debatten um die Verteilung der Mittel gerade in den letzten Monaten ganz intensiv darauf bestanden haben, dass die Mittel nicht anders verteilt werden?

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Ja, selbstverständlich!)

Sie haben ja gerade aufgeführt, für welche Projekte keine Gelder fließen können. Von daher wäre es gut, wenn auch Sie mithelfen würden – vielleicht nicht bei der Bundesregierung, aber auf Ihrem Bundesparteitag –,

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Bei Bodo Ramelow!)

dafür zu sorgen, dass es eine gerechte Verteilung der Mittel für die Verkehrsinfrastruktur gibt.

(Beifall bei der SPD)>

<**Michael Weisenstein** (Die Linke.): Herr Ott, ich merke, Ihnen gehen ein bisschen die Argumente aus. Ich kann das nachvollziehen: Sie haben einen grottenschlechten gemeinsamen Antrag eingebracht. Die Redebeiträge der Antragsteller waren völlig konträr. Deshalb müssen Sie jetzt natürlich in die Mottenkiste greifen und hinterrücks den Soli in die Diskussion einbringen.

(Beifall bei der Linken – Jochen Ott [SPD]: Den haben Sie doch selber gerade genannt!)

Aber ich will die Frage trotzdem gern beantworten.

Herr Ott, selbstverständlich ist es richtig und wichtig, dass Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen, insbesondere im ÖPNV, sowohl im Westen als auch im Osten so realisiert werden, dass ein funktionierender und zukunftsfähiger Verkehr möglich ist. Das ist doch wohl völlig klar, Herr Ott. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

(Zuruf)

Aber das ist jetzt hier eine ganz andere Diskussion. Wir brauchen hier Mittel für die Verkehrsinfrastruktur. Sie und die von Ihnen mitgetragene Regierung in Berlin sitzen auf der schwarzen Null – das haben wir vorhin schon einmal gesagt – und ruinieren damit die öffentliche Infrastruktur. Tun Sie hier jetzt nicht so, als würde das am Solidaritätsbeitrag liegen.

(Beifall bei der Linken)

Herr Oberbürgermeister, jetzt müssen Sie mir aber noch ein bisschen Redezeit geben. Schließlich hatte Ihr Genosse eine Frage gestellt, die ich nicht einfach so stehen lassen konnte.

(Heiterkeit bei Teilen der SPD und der CDU)

- Oder darf man das nicht sagen? – Doch, selbstverständlich!

Zurück zur rückwärtsgewandten Verkehrspolitik der 70er- und 80er-Jahre. Herr Oberbürgermeis-

ter – jetzt nenne ich Sie wieder bei Ihrem Titel –, ich erinnere noch einmal an Ihr Vorwort in „Köln mobil 2025“ – das will ich künftig öfter machen –, weil Sie darin genau das Gegenteil dessen erklären, was die vier Fraktionen nun hier beantragen. Dort heißt es nämlich, dass wir alle uns dafür engagieren sollen, dass der Anteil des Umweltverbunds am gesamten Verkehrsaufkommen bis dahin auf mehr als 60 Prozent steigt. Das wird uns aber nicht gelingen, indem wir neue Autobahnbrücken fordern – obwohl die ohnehin nicht kommen werden, aber das ist eine andere Frage. Sei’s drum: Allein schon die Forderung ist nicht richtig.

(Beifall bei der Linken)

Meine Damen und Herren, der unsägliche Antrag der FDP wurde ja Gott sei Dank einkassiert. Der andere Antrag ist nicht ehrlich, weil die vier Antragsteller völlig unterschiedlicher Meinung sind; sie trauen sich nur nicht, das hier offen zu sagen. Daher bitte ich Sie alle, diese beiden Anträge abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken sowie von Thomas Hegenbarth [Piraten] und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Weisenstein. – Ich sehe noch eine weitere Wortmeldung. Herr Houben will wohl noch erwidern.

(Reinhard Houben [FDP]: Herr Genosse Weisenstein! – Heiterkeit)

- Ich habe es genossen.

<**Reinhard Houben** (FDP): „Lasst uns den Abend genießen, Genossen!“, sagte schon Heinz Erhardt. – Herr Weisenstein, es muss Sie irgendwie ins Mark getroffen haben. Natürlich hätten wir lieber unseren Originalantrag durchgesetzt. Aber es gehört zur politischen Intelligenz, dass man – wie Frau dos Santos Herrmann deutlich gemacht hat – die Chance nutzt und zugreift, wenn man Bewegung beim politischen Partner oder Gegner sieht.

Für uns, Herr Weisenstein, ist es ein Erfolg, wenn wir hier, zumindest was die Godorfer Brücke angeht, eine klare Aussage des Rates der Stadt Köln, eine breite Mehrheit bekommen. Das reicht uns in diesem Schritt erst einmal. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens. Herr Hammer, Ihr Beitrag war ein bisschen changierend.

(Heiterkeit bei der FDP)

Ja, „changierend“ würde ich es nennen. Die Bemerkung zur Ringbahnlinie 13 war ja vollkommen richtig; da scheinen wir sogar beieinander zu sein. Wenn wir unseren ÖPNV entwickeln wollen, wenn wir von einer links- und rechtsrheinischen Ringbahn sprechen, dann müssen wir das Problem lösen, wie und wo wir rechts- und linksrheinisch die Ringbahn zusammenführen. Das geht aber nicht durch Siemens-Luftanker, meine Damen und Herren, sondern nur durch eine Brücke oder eine andere Verbindung über den Rhein. Dass das nicht morgen geschieht und wir es selbst nicht finanzieren können, wissen wir alle; das weiß sogar die FDP, meine Damen und Herren.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist erstaunlich! Hört! Hört!)

- Damit habe ich sogar den Kollegen Ott wieder aufgeweckt. Wunderbar!

(Jochen Ott [SPD]: Ich bin so begeistert von Ihrer Rede!)

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir zwei Bonmots:

Erstens. Die Stadt Venedig hat 170 Jahre gebraucht, um die Rialtobrücke zu bauen. Ich glaube, wir sollten uns in Köln schon etwas engagiertere Ziele setzen.

Zweitens. Schon Konrad Adenauer hat die Mülheimer Brücke mit den Kommunisten gebaut. – In dem Sinne: Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU – Jochen Ott [SPD]: So doof sind wir heute nicht mehr!)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Zimmermann hat noch eine Bemerkung. Danach kommen wir zur Abstimmung.

<Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Nur ganz kurz vom Platz aus: Wir hatten den Ursprungsantrag der FDP für einen Spaßantrag gehalten, ähnlich dem Antrag zur Verlängerung der Weihnachtsmärkte bis Ostern. Wir können nur den

Kopf schütteln, welch eigenartige Eigendynamik dieser Antrag jetzt bekommen hat: hin zu einem großen Antrag, auch wenn er nur einen Prüfauftrag enthält.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Der kommt noch!)

Ich denke, die Verwaltung hat eindeutig Besseres zu tun, als das zu prüfen. Wir haben andere Baustellen und andere Sorgen, als dafür Zeit und Energie zu verschwenden. Wir changieren nicht in der Frage; wir lehnen beide Anträge ab und können inhaltlich Herrn Weisenstein voll zustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei Teilen der Linken und von Thomas Hegenbarth [Piraten])>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Zimmermann. – Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wir stimmen ab über den Ergänzungs- bzw. Ersetzungsantrag von SPD, CDU, Grünen und FDP. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Die Linke, das ist Herr Zimmermann, das sind die Piraten. Gibt es Enthaltungen? – Bei Enthaltung der AfD ist der Antrag angenommen.

Beschluss:

Aus Sicht der Stadt Köln ist ausschließlich die bereits durch die Landesregierung im Bundesverkehrswegeplan 2015 ff. angemeldete Brücke zwischen Köln-Godorf und -Langel als Verbindung der A 555 mit der A 59 weiter zu verfolgen. In Hinsicht auf den kommunalen Haushalt liegt der Vorrang und Schwerpunkt in den kommenden Jahren auf der Sanierung der vorhandenen Rheinbrücken.

Eine weitere Standortprüfung findet nicht statt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und gegen die Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

3.1.4 Antrag der Gruppe pro Köln betreffend "Sofortige Änderung der Duldungspraxis der Stadt Köln"
AN/1705/2014

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde vorgezogen und unter dem neuen Punkt 3.1.0 - gemeinsam mit den themengleichen Punkten 3.1.2; 3.1.7; 4.4; 4.5; 4.6; 4.7 und 10.20 – behandelt.

3.1.5 Antrag der Gruppe Piraten betreffend "Resolution des Kölner Rates zu den Handelsabkommen TTIP, CETA und TiSA"
AN/1740/2014

Diese Angelegenheit wurde von den Antragstellern – vor Eintritt in die Tagesordnung - zurückgezogen (siehe Ziffer III – Seite4).

Anmerkung:
Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes übernimmt im Anschluss an diese Angelegenheit die Sitzungsleitung.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich mache jetzt eine kleine Pause und bitte Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes, währenddessen die Sitzungsleitung zu übernehmen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rufe den Punkt 3.1.6 auf:

3.1.6 Antrag der Gruppe pro Köln betreffend „Reduzierung der Vorstandsgehälter städtischer bzw. stadtnaher Unternehmen“
AN/1706/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ja, bitte schön.

<**Judith Wolter** (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie oft hat pro Köln in den letzten Jahren auf überzogene Gehälter und Aufsichtsratsvergütungen in den städtischen bzw. stadtnahen Unternehmen hingewiesen! Immer wieder wurden wir dafür von den etablierten Parteien als „Nestbeschmutzer“ und „Lügner“ beschimpft.

Nun bestätigte vor kurzem auch das ARD-Magazin *Monitor* das, was wir schon seit Jahren kritisiert haben. Die städtischen und stadtnahen Unternehmen, besonders die in Köln, werden dazu missbraucht, verdiente Funktionäre der Altparteien mit traumhaften Gehältern auf Vorstands- und Geschäftsführerposten zu belohnen – auf Kosten der Allgemeinheit und fern jeglicher wirtschaftlicher Rechtfertigungsgründe.

So haben die Redakteure allein in Köln fünf kommunale Unternehmen aufgelistet, bei denen das durchschnittliche jährliche Gehalt von Vorstandsmitgliedern um bis zu 200 000 Euro höher liegt, als es gemäß Branche und Größe des Unternehmens angemessen wäre. Eine bundesweite Auflistung der genauen Rechercheergebnisse findet man auf der Internetseite des Magazins. Allein in Köln listet *Monitor* fünf Auffälligkeiten bei der AWB, GAG, Koelnmesse, Rheinenergie und KVB auf, in denen zudem nach unserer Erfahrung die Posten allzu oft nach Parteibuch statt Qualifikation vergeben werden.

Die Allgemeinheit darf also über Gebühr bezahlen, während die eigentlichen Kontrolleure in den Aufsichtsräten ebenfalls einen guten Schnitt mit hohen Aufwandsentschädigungen und Privilegien aller Art machen. Entsandt werden die meisten Aufsichtsratsmitglieder ebenfalls wieder von den Altparteien, wobei im Regelfall aktive Ratspolitiker in den Genuss der unverhältnismäßigen Alimentierung kommen – ein perfektes System, das sozusagen läuft wie geschmiert und abenteuerliche Personalentscheidungen wie im Falle des ehemaligen CDU-Vorsitzenden Reinarz hervorbringt, der es in einer rasanten Karriere vom Zugbegleiter zum KVB-Vorstand brachte.

Dem allgemein bekannten Klüngelsystem auf Kosten der Steuer- und Gebührenzahler muss endlich ein wirksamer Riegel vorgeschoben werden.

(Zuruf von Dr. Jürgen Strahl [CDU])

Deshalb unser heutiger Antrag, mit dem der Rat die von ihm in die Aufsichts- und Kontrollgremien städtischer bzw. stadtnaher Unternehmen entsandten Ratsmitglieder anweist, in diesen Gremien auf eine Reduzierung überhöhter Vorstandsgehälter hinzuwirken. Hierzu sollen diese Unternehmen zuvor durch unabhängige, vom Bund der Steuerzahler empfohlene Sachverständige eine markt- und leistungsgerechte Bezahlung ihrer Vorstände ermitteln lassen. Die dabei ermittelten überhöhten Vorstandsbezüge sollen danach, je nach den vertraglichen Möglichkeiten, abgebaut und spätestens bei neuen Vertragsabschlüssen auf ein markt- und leistungsgerechtes Niveau abgesenkt werden. Dafür bitte ich nun um Zustimmung. – Danke schön.>

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Hegenbarth, bitte.

<**Thomas Hegenbarth** (Piraten): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Etwas zeitversetzt, aber: Ab sofort werden wir ganz im Sinne von „Rechts gegen Rechts“ bei ausländer- und asylantenfeindlichen Anträgen 5 Euro spenden.

(Der Redner wirft Münzen in ein Sparschwein – Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen – Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Stell doch das Sparschwein am besten da hin! Auf den Stenografentisch!)

Ich würde darum bitten, dass sich viele andere auch beteiligen. Die Spenden gehen natürlich an einen gemeinnützigen Verein für Flüchtlingsfragen. Danke, auch in die Richtung von pro Köln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken sowie bei Teilen der SPD, der CDU und der FDP)>

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Das Schwein soll hierbleiben.

(Heiterkeit)

An ihm kommen jetzt viele vorbei und halten hoffentlich an. Vielen herzlichen Dank.

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann lasse ich über 3.1.6 abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? – Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Dann ist 3.1.6 mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Rat weist die von ihm in die Aufsichts- und Kontrollgremien städtischer bzw. stadtnaher Unternehmen entsandten Ratsmitglieder an, in diesen Gremien auf eine Reduzierung überhöhter Vorstandsgehälter hinzuwirken. Hierzu sollen diese Unternehmen zuvor durch unabhängige, vom Bund der Steuerzahler empfohlene Sachverständige, eine markt- und leistungsgerechte Bezahlung ihrer Vorstände ermitteln lassen. Die dabei ermittelten überhöhten Vorstandsbezüge sollen danach – je nach den vertraglichen Möglichkeiten – abgebaut und spätestens bei neuen Vertragsabschlüssen auf ein markt- und leistungsgerechtes Niveau abgesenkt werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln – abgelehnt.

3.1.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Unterbringung von Flüchtlingen in Köln"
AN/1784/2014

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde vorgezogen und unter dem neuen Punkt 3.1.0 - gemeinsam mit den themengleichen Punkten 3.1.2; 3.1.4; 4.4; 4.5; 4.6; 4.7 und 10.20 – behandelt.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.2.1 auf:

3.2.1 Bürgerhaushalt 2015 – Bereitstellung eines konkreten Budgets für alle Bezirksvertretungen
3663/2014

Abstimmung wie Finanzausschuss. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Eine Enthaltung von Herrn Zimmermann. Dann ist das so angenommen.

Beschluss in der Fassung der Empfehlung des Finanzausschusses aus seiner Sitzung am 15.12.2014:

Der Rat nimmt die Beschlüsse der Bezirksvertretungen Innenstadt, Nippes, Porz und Kalk zur Kenntnis und beschließt, das Bürgerhaushaltsverfahren 2015 entsprechend dem Beschluss des Finanzausschusses vom 29.09.2014 weiter durchzuführen.

Das Bürgerhaushaltsverfahren wird auf Basis der am 29.09.2014 einstimmig vom Finanzausschuss beschlossenen Regeln zu Ende geführt. Anschließend findet eine Evaluierung des für 2015 gewählten Beteiligungsansatzes statt.

Der Schwerpunkt der Beteiligung für 2015 wurde auf die Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern für die jeweiligen neun Stadtbezirke gelegt. Darüber hinaus konnten die Bürgerinnen und Bürger wie bisher auch Vorschläge zum gesamten Haushalt 2015 machen.

Jede Bezirksvertretung erhält nun eine gesonderte Auflistung der TOP-15-Vorschläge mit Erläuterungen der Verwaltung. Auf diese Weise entsteht eine „Bestenliste“ mit den TOP 15 Vorschlägen für jeden Bezirk, die zunächst den Bezirksvertretungen zur Beratung und Beschlussfassung und anschließend dem Finanzausschuss im Rahmen der Hpl-Beratungen zur finalen Beschlussfassung vorgelegt wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe Tagesordnungspunkt 4.1 auf:

4.1 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend „Städtische Räumlichkeiten für Parteien bzw. Wählervereinigungen“ AN/1524/2014

Antwort der Verwaltung vom 10.12.2014 3630/2014

Dazu liegt eine Antwort der Verwaltung vor. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen.

Hierzu liegt eine Mitteilung der Verwaltung vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir fahren mit Tagesordnungspunkt 4.2 fort:

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Gegenseitige Anerkennung des Köln-Passes und des Bonn-Ausweises“ AN/1552/2014

Antwort der Verwaltung vom 15.12.2014 3868/2014

Auch hierzu liegt eine Antwort der Verwaltung. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen.

Hierzu liegt eine Mitteilung der Verwaltung vor.

Anmerkung:
Ratsmitglied Wiener verlässt die Sitzung nach der Behandlung dieses Punktes endgültig.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe Tagesordnungspunkt 4.3 auf:

4.3 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Fast ein Jahr Kölner Ratssitzungen live im Internet – Zwischenbericht und Perspektiven“ AN/1554/2014

Antwort der Verwaltung vom 25.11.2014 3544/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Hegenbarth, bitte.

<**Thomas Hegenbarth** (Piraten): Zwei Fragen habe ich dazu. Zum einen: In der Antwort der Verwaltung wird nicht auf die Fragen eingegangen, was gegen Video on Demand spricht. So wird, was die rechtliche Beurteilung betrifft, nur gesagt: „An der rechtlichen Beurteilung der Frage hat sich nichts geändert.“ Das ist ein bisschen dünn, vor allen Dingen vor dem Hintergrund, dass in vielen Städten Aufzeichnungen vom Rats-TV gemacht werden und es dort anscheinend rechtlich anders gesehen wird. Ich würde Sie wirklich darum bitten – vielleicht können Sie das mündlich tun –, dezidierter darauf einzugehen.

Zum anderen: Es wäre gut, wenn etwas näher auf die Zugriffe eingegangen würde, also nicht nur aufgeführt würde, wie viele Leute insgesamt im Laufe einer Sitzung zugreifen, sondern auch, wie viele über den gesamten Zeitraum einer Sitzung hinweg online bleiben. Das wird in der Antwort nicht dargestellt, hätte uns aber auch interessiert.>

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke, Herr Hegenbarth. Sie erhalten dazu eine schriftliche Antwort, wenn Sie damit einverstanden sind.

Hierzu liegt eine Mitteilung der Verwaltung vor.

Der Oberbürgermeister sagt eine Beantwortung der Nachfragen von Ratsmitglied Hegenbarth zu.

4.4 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Aktuelle Zahlen zur Ausländer- und Asylpolitik in Köln" AN/1732/2014

Antwort der Verwaltung vom 15.12.2014 3857/2014

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde vorgezogen und unter dem neuen Punkt 3.1.0 - gemeinsam mit den themengleichen Punkten 3.1.2; 3.1.4; 3.1.7; 4.5; 4.6; 4.7 und 10.20 – behandelt.

4.5 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend "Gesundheitsrisiken in Asyl-Sammelunterkünften" AN/1733/2014

Antwort der Verwaltung vom 15.12.2014

3788/2014

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde vorgezogen und unter dem neuen Punkt 3.1.0 - gemeinsam mit den themengleichen Punkten 3.1.2; 3.1.4; 3.1.7; 4.4; 4.6; 4.7 und 10.20 – behandelt.

4.6 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Krankenversicherten-Chipkarten zur medizinischen Versorgung nach §§ 4 und 6 Asylberwerberleistungsgesetz (AsylbLG)"
AN/1799/2014

Antwort der Verwaltung vom 15.12.2014
3840/2014

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde vorgezogen und unter dem neuen Punkt 3.1.0 - gemeinsam mit den themengleichen Punkten 3.1.2; 3.1.4; 3.1.7; 4.4; 4.5; 4.7 und 10.20 – behandelt.

4.7 Anfrage der Gruppe Deine Freunde betreffend "Ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge"
AN/1804/2014

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde vorgezogen und unter dem neuen Punkt 3.1.0 - gemeinsam mit den themengleichen Punkten 3.1.2; 3.1.4; 3.1.7; 4.4; 4.5; 4.6 und 10.20 – behandelt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 4.8:

4.8 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Schutz vor Angriffen auf kommunale IT-Systeme in Köln“
AN/1805/2014

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? – Sehe ich nicht. Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

Hierzu konnte noch keine Antwort vorgelegt werden. Die Angelegenheit wird daher in der folgenden Sitzung des Rates – am 05.02.2015 – erneut auf die Tagesordnung genommen.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe Tagesordnungspunkt 6.1.1 auf:

6.1.1 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Köln (Abfallsatzung – AbfS)
3005/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.
AN/1766/2014

Frau Akbayir, bitte.

<**Hamide Akbayir** (Die Linke.): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Besuchertribüne! Ich bin da-

von ausgegangen, dass die Rednerinnen und Redner nach der Größe der Fraktionen zu Wort kommen. Aber es ist schön, dass ich zu diesem Thema zuerst reden darf. Danke schön.

(Beifall von Michael Weisenstein [Die Linke])

Heute ist ein guter Tag für Köln, zumindest bei diesem Thema. Wir freuen uns, dass wir heute einen gemeinsamen Antrag zum Thema „Sperrmüll und Rausstellzeiten“ mit den Fraktionen SPD, CDU und Grüne auf den Weg bringen.

Aufmerksam wurden wir auf das Thema Sperrmüll, weil zwei Kölnerinnen einen Brief von der Stadt Köln erhalten hatten, in dem sie verwarnt wurden, weil sie ihren Sperrmüll am Vortag der Abholung herausgestellt hatten. Das sei rechtswidrig; bis zu 50 000 Euro Bußgeld könne diese Rechtswidrigkeit nach sich ziehen. Meine Damen und Herren, Sie haben richtig verstanden: bis zu 50 000 Euro Bußgeld. So stand es in dem Brief, den die beiden Kölnerinnen erhalten hatten – ein Vorgang, der im Betriebsausschuss Abfallwirtschaft und in der Öffentlichkeit für Diskussionen sorgte. An dieser Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchten wir uns bei Frau Anke Bruns, WDR-Journalistin, für ihr soziales Engagement bedanken, diesen Vorgang in die Öffentlichkeit zu tragen.

(Beifall bei der Linken)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen: Es gibt in den Kommunen von NRW keine einheitlichen Regelungen, was den Umgang mit abzuholendem Sperrmüll angeht. In Köln ist die derzeitige Auslegung wenig tolerant, und es kommt öfter vor, dass sogenannte Müllsünder Ordnungsstrafen bzw. Verwarnungen erhalten. Das möchten wir heute ändern.

(Beifall bei der Linken)

In der Kölner Abfallsatzung heißt es in § 13 Abs. 4:

> Abfälle nach Abs. 1 und § 14 Abs. 5 sind am Abholtag bis spätestens 7.00 Uhr grundsätzlich zu ebener Erde an der zur Straße gerichteten Grundstücksgrenze bereitzustellen.

In unserer Landeshauptstadt ist die Abstellung von angemeldetem Sperrmüll am Vorabend ab 20.00 Uhr möglich. In Duisburg ist er am Abfuhrtag ab 6.00 Uhr bereitzustellen. In Bochum und Essen darf man seinen Sperrmüll schon am Vorabend herausstellen. Also: Warum nicht in Köln? – Auch in Köln kann eine bürgerfreundliche Lösung der Rausstellzeiten für sperrige Abfälle etabliert werden. Deshalb fordern wir in unserem gemeinsamen Änderungsantrag die Änderung der 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Köln. Der Unterpunkt 15 in § 25, Ordnungswidrigkeiten, soll wie folgt geändert werden: „entgegen § 13 Abs. 4 sperrige Abfälle ab 19.00 Uhr am Vortag des festgelegten Abholtags zur Abholung bereitstellt.“

Die bisherige Regelung, sperrige Abfälle am Abholtag von 0.00 Uhr bis 7.00 Uhr rauszustellen, führt zu Einschränkungen und nächtlicher Ruhestörung. Viele Menschen – dies zeigt auch die Praxis – stellen deshalb ihren Müll schon am Vortag der Abholung raus. Das aber steht derzeit unter Bußgeldstrafe. Deshalb, meine Damen und Herren, wollen wir mit unserem Änderungsantrag eine Lösung finden, die das Rausstellen des Sperrmülls am Vortag ab 19.00 Uhr ermöglicht, damit dies keine Ordnungswidrigkeit darstellt.

Bei der Umsetzung dieses Ziels zum Jahresende, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchten wir uns auch bei der AWB bedanken, die diese Satzungsänderung mitträgt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken und von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])>

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Frau Akbayir. – Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? – Sehe ich keine. Dann lasse ich über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? – Niemand. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Änderungsantrag einstimmig so angenommen.

Als Zweites lasse ich über die Vorlage in der Fassung des Änderungsantrags abstimmen. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist die Vorlage einstimmig angenommen.

Beschlüsse:

Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.:

§ 25 Ordnungswidrigkeiten, Unterpunkt 15 wird wie folgt geändert (Änderungen unterstrichen):

„15. entgegen § 13 Abs. 4 sperrige Abfälle vor 19:00 Uhr am Vortag des festgelegten Abholtags zur Abholung bereitstellt."

Spätestens nach 12 Monaten berichten Verwaltung und AWB über die Erfahrungen mit der geänderten Regelung. Der Status quo des Services in Köln zur Abholung und Entsorgung von Sperrmüll muss auch zukünftig gewährleistet werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Beschluss über die so geänderte Vorlage:

Der Rat beschließt die 4. Änderung der Abfallsatzung der Stadt Köln in der als Anlage 1 beigefügten Fassung unter der Maßgabe folgender Änderung:

§ 25 Ordnungswidrigkeiten, Unterpunkt 15 wird wie folgt geändert (Änderungen unterstrichen):

„15. entgegen § 13 Abs. 4 sperrige Abfälle vor 19:00 Uhr am Vortag des festgelegten Abholtags zur Abholung bereitstellt."

Spätestens nach 12 Monaten berichten Verwaltung und AWB über die Erfahrungen mit der geänderten Regelung. Der Status quo des Services in Köln zur Abholung und Entsorgung von Sperrmüll muss auch zukünftig gewährleistet werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

6.1.2 Sanierung Bocklemünd/Mengenich
Aufhebung der Sanierungssatzung Bocklemünd/Mengenich
3171/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen - wie Stadtentwicklungsausschuss und Bezirksvertretung 4.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Bocklemünd/Mengenich in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zu:

6.1.3 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Zweckverband Nahverkehr - SPNV & Infrastruktur - Rheinland (ZV NVR):
Änderung der Verbandssatzungen zur Ermöglichung von Fahrzeugfinanzierungshilfen u. a. beim Projekt „Rhein-Ruhr-Express (RRX)"
3585/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das mehrheitlich angenommen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln befürwortet die in der Synopse (Anlage 1) dargestellten Änderungen der Verbandssatzung des Zweckverbands Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland.

2. Der Rat der Stadt Köln stimmt den in der Synopse (Anlage 2) dargestellten Änderungen der Verbandssatzung des Zweckverbands Verkehrsverbund Rhein-Sieg zu.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der AfD-Fraktion - zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann rufe ich auf:

6.1.4 RheinEnergie AG
hier: Satzungsänderung
3704/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Damit ist das mehrheitlich angenommen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich mit der Änderung der Satzung der RheinEnergie AG in § 3 Absätze 1 und 3, § 9 Absatz 2, § 15 Absätze 1 und 2, § 16 Absatz 2 und § 18 (ergänzt) gemäß der dieser Beschlussvorlage beigefügten Anlage einverstanden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zu:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung - AbfGS -) 3216/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Das sind die FDP und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Damit ist das mehrheitlich angenommen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die zur 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung -AbfGS-) erstellte Gebührenberechnung zur Kenntnis.

Der Rat beschließt die 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung -AbfGS-) in der als Anlage 2 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Gruppe pro Köln sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

6.2.2 Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS -) 3320/2014

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es dazu Wortmeldungen? - Nein. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Bei der FDP und pro Köln. Damit ist das mehrheitlich angenommen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung – StrReinS-) in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und der Gruppe pro Köln.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Nun kommen wir zu:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 Hochwasserschutzzonenverordnung Rodenkirchen Leinpfad 2697/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Ich möchte Beratungsbedarf für unsere Fraktion anmelden. Ich weiß; wir haben das in einigen Ausschüssen schon beraten und beschlossen. Es gibt aber vor Ort noch Fragen, die wir intern noch klären müssen. Ich sehe gerade, dass sich der Stadtdirektor meldet. Die Fragen sind aber noch nicht ausformuliert und liegen noch nicht vor. Es geht da um Zugangsrechte usw. Deshalb möchten wir darum bitten, das noch eine Runde zu schieben. - Danke schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielleicht geben die Worte des Stadtdirektors ja doch noch Aufschluss.

(Niklas Kienitz [CDU]: Die führen immer zu deutlicher Klärung! - Dr. Ralph Elster [CDU]: Die führen zur Verlängerung der Sitzung!)

Bitte, Herr Kahlen.

<Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kienitz, ich habe mitbekommen, dass darüber diskutiert worden ist, wie da noch das Gespräch mit Anwohnern geführt werden kann. Herr Schaaf hat mir heute noch einmal bestätigt, dass Anfang Januar 2015 dieses Gespräch mit den Anwohnern geführt werden soll. Es geht ja um die Frage, ob die Eigentümer in Zeiten, in denen kein Hochwasser ist, möglicherweise dadurch beeinträchtigt sind, dass mobile Anlagen entweder auf ihren Grundstücken selber oder im Bereich des Leinpfades gelagert werden.

Deshalb ist unsere herzliche Bitte, jetzt dieser Verordnung zuzustimmen, damit wir dann auch auf dieser Grundlage das Gespräch führen können.

Sollte es dann noch gravierenden Änderungsbedarf geben, sind wir in der Lage, Ihnen das in der nächsten Ratssitzung noch vorzulegen.

Sollte das nicht der Fall sein, hätten wir den Vorteil, dass in diesem Planfeststellungsgebiet 05 dann eine Verordnung gültig ist. Genau diese Verordnung benötigen wir auch, um die Gefahrenabwehr in künftigen Hochwasserlagen zu vermitteln. Es geht letztlich darum, wie die Hilfskräfte bzw. die Rettungskräfte bei der Gefahrenabwehr unterstützt werden können und wie der Hochwassertourismus in Grenzen gehalten werden kann.

Herr Schaaf ist sich sicher, dass wir hier zu einer guten Anliegerinformation kommen. Diese ist für Januar 2015 geplant.>

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Stadtdirektor. - Herr Kienitz, bitte.

Niklas Kienitz (CDU): Herr Kahlen, ich danke Ihnen herzlich für Ihre Ausführungen. Leider ist das letztendlich für uns nicht klärend. Daher bleiben wir bei unserem Antrag, das hier bitte in die Februar-Sitzung zu schieben. - Danke.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke, Herr Kienitz. - Bitte schön, Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich hätte aber gerne einmal gewusst, was denn der konkrete Gegenstand ist, der hier vonseiten der CDU infrage steht - das konnte ich jetzt nicht mitbekommen -, und inwieweit das dann zum Beispiel durch eine Dringlichkeitsentscheidung geregelt werden könnte. Vielleicht können dazu sowohl Herr Kienitz als auch Herr Stadtdirektor etwas sagen.

Niklas Kienitz (CDU): Wie Herr Stadtdirektor schon gesagt hat, dreht es sich um den ganzen Komplex der Zugangsmöglichkeiten für Anwohner, Gastronomiebetriebe usw. Die Fragen liegen aber leider - das habe ich eingangs schon gesagt - nicht endformuliert vor.

Ich kann mich aber dem Verfahren anschließen, dass wir es im Wege einer DE klären.

(Martin Börschel [SPD]: Die Verwaltung müsste sagen, wie sie das sieht!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Kahlen, bitte.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kienitz, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns die Fragen noch übermitteln würden, damit wir das dann in der Tat kurzfristig vorbereiten können. - Danke.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann würden wir das per DE entscheiden?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn es lösbar ist!)

- Gut. Dann vertagen wir es. Okay. - Danke schön.

Beschluss:

Nachdem Ratsmitglied Kienitz für seine Fraktion Beratungsbedarf geltend gemacht hat, beschließt der Rat einvernehmlich, die Entscheidung zurückzustellen. Ggf. wird die Sache im Wege einer Dringlichkeitsentscheidung vollzogen.

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Absatz 1 und § 84 Absatz 1 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die vom Kämmerer genehmigten Mehraufwendungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Jetzt kommen wir zu:

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0405 - Museum für Angewandte Kunst für das Haushaltsjahr 2014
3349/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen - wie Ausschuss für Kunst und Kultur. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Kunst und Kultur aus seiner Sitzung am 15.12.2014:

Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen im Sinne des § 83 GO NW in Höhe von 405.000 Euro im Teilergebnisplan 0405 – Museum für Angewandte Kunst – in der Teilplanzeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) für das Haushaltsjahr 2014.

Der überplanmäßige Aufwand in Teilplan 0405 – Museum für Angewandte Kunst – wird gedeckt durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilplan 0412 – Historisches Archiv – in Teilplanzeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) in Höhe von 405.000 Euro.

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den kulturpolitischen Sprechern ein Verfahren zur Optimierung des Berichtswesens zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

8.2 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0417 - Puppenspiele für das Haushaltsjahr 2014
3154/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Beschluss:

Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen gemäß § 83 GO NW in Höhe von 150.000 € im Teilplan 0417 – Puppenspiele in den Teilplanzeilen 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) und 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen) im Haushaltsjahr 2014.

Der überplanmäßige Aufwand im Teilplan 0417 – Puppenspiele wird durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilplan 0412 – Historisches Archiv in Teilplanzeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) in Höhe von 150.000 € gedeckt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen zu:

8.3 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0404 - Rautenstrauch-Joest-Museum für das Haushaltsjahr 2014
3364/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen - wie Ausschuss für Kunst und Kultur. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Kunst und Kultur aus seiner Sitzung am 15.12.2014:

Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen im Sinne des § 83 GO NW in Höhe von 2.215.300 € im Teilergebnisplan 0404 – Rautenstrauch-Joest-Museum – in den Teilplanzeilen 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) und 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen) im Haushaltsjahr 2014.

Der überplanmäßige Aufwand im Teilplan 0404 – Rautenstrauch-Joest-Museum wird gedeckt durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilplan 0412 – Historisches Archiv – in Teilplanzeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) in Höhe von 2.215.300 €

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den kulturpolitischen Sprechern ein Verfahren zur Optimierung des Berichtswesens zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

8.4 Genehmigung überplanmäßiger Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen im Sozialbereich im Haushaltsjahr 2013
3537/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - pro Köln enthält sich. Damit ist das einstimmig angenommen.

Beschluss:

Der Rat beschließt zur Finanzierung von unabweisbaren Mehrbedarfen im Haushaltsjahr 2013 folgende überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen

Teilplan 0502
– Leistungen nach dem SGB II
– Teilplanzeile 14 –
Bilanzielle Abschreibungen –
in Höhe von 541.569,52 €
Teilplanzeile 16
- sonstige ordentl. Aufwendungen
- in Höhe von 4.717.335,86 €
Teilplan 0503
– Weitere soziale Pflichtleistungen -
Teilplanzeile 15 –
Transferaufwendungen -
in Höhe von 7.803.121,54 €
Teilplan 1005
– Leistungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit -
Teilplanzeile 15 –
Transferaufwendungen -
in Höhe von 735.687,40 €
Summe der Mehraufwendungen 13.797.714,32 €

Die Deckung erfolgt durch zahlungswirksame Mehrerträge

in Teilplan 0501
– Leistungen nach dem SGB XII - ,
Teilplanzeile 06
– Kostenerstattungen und Kostenumlagen - i. H. v. 1.451.223,78 €
in Teilplan 0502
– Kommunale Leistungen nach dem SGB II –
Teilplanzeile 06
– Kostenerstattungen und Kostenumlagen - i. H. v. 7.191.198,69 €
bzw. zahlungswirksame Wenigeraufwendungen
in Teilplan 0504
– freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen -
Teilplanzeile 15 –
Transferaufwendungen - i. H. v. 800.000,00 €
in Teilplan 1601
– Allgemeine Finanzwirtschaft -
Teilplanzeile 20
– Zinsen und sonst.
Finanzaufwendungen - i. H. v. 4.355.291,85 €
Summe der Mehrerträge und Wenigeraufwendungen 13.797.714,32 €

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig – bei Stimmenthaltung der Gruppe pro Köln – zugestimmt.

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Nun kommen wir zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Herr Kienitz, bitte.

Niklas Kienitz (CDU): Wir liegen ja ganz gut in der Zeit. Die CDU-Fraktion beantragt wegen Beratungsbedarf, der bei einigen 10er-Punkten besteht, eine viertelstündige Sitzungsunterbrechung.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bei allen Punkten ab 10.1?

Niklas Kienitz (CDU): Nein, ein Mal 15 Minuten, um einige Dinge zu klären, die im Bereich der 10er-Punkte noch geklärt werden müssen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Also am Ende der 10er-Punkte?

Niklas Kienitz (CDU): Nein, in der Mitte.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Also ab 10.15?)

- Ja, ungefähr.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann können wir das doch lieber jetzt machen.

Niklas Kienitz (CDU): Das sage ich ja. Wenn Sie das anders machen möchten, können wir es auch anders machen. Ich habe aber gedacht, der Einstieg in die 10er-Punkte sei jetzt der richtige Zeitpunkt, um hier einen Cut zu machen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ja. Dann machen wir es jetzt. - Ich sehe allgemeine Zustimmung. Wir unterbrechen die Sitzung an dieser Stelle also für 15 Minuten. - Danke schön.

(Unterbrechung von 17.43 bis 18.12 Uhr)

Anmerkungen:

Da zu einigen Punkten der allgemeinen Vorlagen – unter TOP 10 – noch Beratungsbedarf besteht, wird die Sitzung in der Zeit von 17.43 Uhr bis 18.12 Uhr gemäß Antrag von Ratsmitglied Kienitz unterbrochen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters übernimmt nach der Wiedereröffnung wieder die Leitung der Sitzung.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie uns jetzt unsere Sitzung fortsetzen und in die 10er-Tagesordnungspunkte einsteigen.

Zu den Schulpunkten unter den Ziffern 10.17, 10.18 und 10.23 liegen Änderungsanträge - -

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Herr Oberbürgermeister, man kann Sie kaum verstehen!)

- Entschuldigung. Ich spreche jetzt einmal in mein Mikrofon. - Also noch einmal: Wir setzen unsere Sitzung jetzt mit der Behandlung der 10er-Punkte der Tagesordnung fort.

Wenn wir dann zu den Schulpunkten kommen, die offensichtlich noch einen bestimmten Klärungsbedarf nach sich gezogen haben, behandeln wir auch zwei Änderungsanträge. Zum einen gibt es einen Änderungsantrag von CDU und SPD zu den Punkten 10.17, 10.18 und 10.23. Zum anderen ist eben noch ein Änderungsantrag der Fraktion der Grünen eingegangen. Er muss noch vervielfältigt werden.

Wir werden diese drei Punkte eventuell zunächst überspringen und erst mit den restlichen 10er-Punkten weitermachen, bevor wir uns dann am Schluss des Tagesordnungspunktes 10 damit beschäftigen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

10.1 Jahresabschluss 2013 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln 2137/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss

1. *Der Rat stellt gem. § 4 der Eigenbetriebsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) i.V.m. § 4 der Betriebssatzung des Abfallwirtschaftsbetriebs der Stadt Köln den Jahresabschluss 2013 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln fest.*

2. *Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

3. *Der ausgewiesene Jahresüberschuss beträgt 4.663.387,27 €. Er wird zur Verrechnung mit bestehenden Verlusten aus Vorjahren verwendet und der verbleibende Teil auf neue Rechnung vorgetragen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

10.2 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum 01.01. - 31.12.2015
2183/2014

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, vorbehaltlich einer Förderung durch das Land NRW, die Fortführung der „Regionalagentur Region Köln“ unter der Trägerschaft der Stadt Köln für den Zeitraum 01.01. - 31.12.2015.

Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln der ESF-kofinanzierten Landesarbeitspolitik sowie aus Eigenmitteln der beteiligten Kreise und der Stadt Köln.

Die entsprechenden Aufwendungen sind in den Teilplanzeilen 11 (Personalaufwendungen), 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) und 16 (sonstige ordentl. Aufwendungen), die entsprechenden Erträge in den Teilplanzeilen 2 (Zuwendungenn und allg. Umlagen) und 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen) des Teilergebnisplanes 1501 - Wirtschaft und Tourismus - des Haushaltsplanes 2015 zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.3 Anpassung an den Klimawandel
2216/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

10.4 Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII
2301/2014

Wie Jugendhilfeausschuss; so hat es auch der Finanzausschuss beschlossen.

Gibt es Gegenstimmen? - Nein. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. ist dem so zugestimmt.

Beschluss gemäß Empfehlung des Jugendhilfeausschusses aus seiner Sitzung am 09.12.2014:

Der Rat beschließt die nachfolgenden Änderungen und Anpassungen in der Kindertagespflege ab dem 01.01.2015:

Ratsbeschlüsse vom 01.10.2013 und 08.04.2014

1. *Die Ratsbeschlüsse zur Förderung in Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII vom 01.10.2013; Vorlage Nr. 2600/2013 und vom 08.04.2014 Vorlagen Nr.: 0178/2014 werden fortgeschrieben und mit einer neuen Befristung bis zum 31.12.2017 versehen. Die Vereinbarungen zum freiwilligen Verzicht auf Zuzahlungen entfallen auf Grund der neuen Gesetzeslage. Kinder werden nur an Tagespflegepersonen vermittelt, die schriftlich er-*

klären, dass sie die gesetzlichen Vorgaben des § 23 Absatz 1 Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz- KiBiz) in der Fassung vom 17.06.2014 beachten. Nur für diese Kinder kann auch eine Förderung erfolgen.

2. Kindertagespflege in angemieteten Räumen

In Abänderung des Ratsbeschlusses vom 01.10.2013 wird ab dem 01.01.2015 die Förderung von Tagespflegepersonen in angemieteten und nicht kostenfrei zur Verfügung stehenden Räumen, die ausschließlich für Kindertagespflege genutzt werden, von 5,50 Euro pro Kind und Stunde auf 6,00 Euro pro Kind und Stunde angehoben. Die Anhebung ist vorerst bis zum 31.12.2017 befristet.

3. Großtagespflege in angemieteten Räumen

Der bestehende Mietzuschuss für bis zu 20 Großtagespflegen wird um 10 Maßnahmen erweitert. Sollte sich die Interessenslage zur Gründung von Großtagespflegen durch Fortschreibung der investiven Förderung des Landes / Bundes verändern, wird ein neuer Ratsbeschluss erwirkt. Für diese Großtagespflegestellen ist die gleichzeitige Förderung nach Ziffer 2 ausgeschlossen. Die Förderung wird zudem mit einer Befristung bis zum 31.12.2017 versehen.

4. Umsetzung einer Vertretungsregelung in Kindertagespflege

Ab dem 18.03.2014 - unmittelbar nach Vorstellung der zwischen Qualitätszirkel und Verwaltung bis dahin einvernehmlich zu vereinbarenden Lösung in der übernächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses - wird eine verlässliche Vertretungsregelung für Ausfallzeiten von Tagespflegepersonen umgesetzt. Die Gesamtsumme für Vertretungen in Ausfallzeiten pro Jahr wird gedeckelt auf 1,35 Mio. € in 2015 und 1,376 Mio. € ab 2016). Das entspricht ca. 6% Ausfallreserve für die Tagespflege, also einer durchschnittlichen Krankheitsquote.

Die Maßnahme wird bis zum 31.12.2017 befristet.

Die Verfahrensweise, wie diese Vertretungen organisiert werden, soll unter Berücksichtigung des Vertretungs-Dreiklangs (Teamlösungen, Vertretung für die Großtagespflege und flexibles Modell) unter Beteiligung von Qualitätszirkel und Verwaltung dem übernächsten Jugendhilfeausschuss mitgeteilt werden. Ziel muss ein gesichertes, verlässliches Vertretungssystem sein.

Zudem wird die Verwaltung aufgefordert, die Erfahrungen von Düsseldorf und Essen, die diesbezüglich bereits erfolgreich tätig sind, einfließen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

10.5 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn/Baubeschluss für die Baumfällungen 2557/2014

Wie Verkehrsausschuss.

Auch dazu gibt es keine Wortmeldungen, wie ich sehe. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Die CDU und die AfD stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Die Piraten und Deine Freunde enthalten sich. Damit stimmt die Mehrheit des Rates dem so zu.

Beschluss gemäß Empfehlung des Verkehrsausschusses aus seiner Sitzung am 02.12.2014:

Der Rat beauftragt die Verwaltung die Baumfällungen im Zuge der 3. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn vorbehaltlich des Baurechtes und der Einhaltung der vegetationsarmen Phase durchzuführen. Des Weiteren beauftragt der Rat die Verwaltung, die Vergabe der Baumfällungen bereits vorab ohne vorliegendes Baurecht durchzuführen.

Die Verwaltung wird gebeten, folgende Maßgaben zu berücksichtigen:

- *Angesichts dieses Eingriffes in den denkmalgeschützten Baumbestand des Grüngürtels sowie der Bedeutung insbesondere der älteren Bäume, unter anderem für das Mikroklima der unmittelbar angrenzenden Wohngebiete, sollen sämtliche Ersatzpflanzungen innerhalb des Stadtbezirks Rodenkirchen erfolgen.*

- *Die Ersatzpflanzungen, die an "noch zu findenden Standorten im Bereich des Kölner Stadtgebietes" erfolgen sollen, sind hauptsächlich zur kompletten Vervollständigung von lückenhaften Alleen in den Stadtteilen im Umfeld der Bonner Straße vorzunehmen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich - gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der AfD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten und Herrn Zimmermann (Deine Freunde) - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.6:

10.6 Neufassung des Vertrages über die Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle Köln
2628/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Nein; auch von den Grünen nicht. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stimmt der als Anlage beigefügten Neufassung des Vertrages zwischen der Stadt Köln und der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V. über die Förderung der Verbraucherberatungsstelle in Köln zu und beauftragt die Verwaltung den Vertrag entsprechend abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Frau Gordes nimmt an der Beratung und der Abstimmung wegen Abwesenheit nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.7:

10.7 Einführung des gebundenen Ganztags an weiteren 2 Kölner Schulen ab Schuljahr 2015/16
2734/2014

Wir haben heute Morgen etwas darüber gehört. Wortmeldungen dazu sehe ich jetzt nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das auch so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) in Verbindung mit § 9 Abs. 1 SchulG NRW die Einführung des Ganztagsbetriebs beginnend mit der Jahrgangsstufe 5 zum 01.08.2015 an folgenden Schulen

1. *Realschule Godorf, Johannes-Gutenberg-Schule, Kuckucksweg 4, 50997 Köln*

   1. *Städtische Förderschule Zülpicher Str., Emotionale und Soziale Entwicklung,*

   2. *Zülpicher Str. 194, 50937 Köln*

   Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Bezirksregierung.

2. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bezüglich der Standorte der unter Ziffer 1 genannten Schulen, die eine Genehmigung der Bezirksregierung erhalten, die Einführung des Ganztagsbetriebs nach gesicherter Finanzierung im vorhandenen Raumbestand ohne bauliche Änderungen zu betreiben.*

3. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die ab dem Haushaltsjahr 2015 sukzessive entstehenden zusätzlichen Personalkosten im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, bereitzustellen. Die Deckung erfolgt innerhalb des Teilergebnisplans 0301, Schulträgeraufgaben. Der Rat der Stadt Köln beschließt zum Stellenplan 2015 die Zusetzung von insgesamt rd. 0,14 Stellen Schulsekretär/in in der VGr. VII/VIb BAT (EG 5 TVöD). Die jeweils für die einzelnen Schuljahre anteiligen Stellenanteile werden verwaltungsintern entsprechend bereitgestellt. Verwaltungsinterne Stellenver-*

rechnungen werden im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt. Der Personalaufwand ist in die Planung 2015 fortfolgende eingeflossen.

4. Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziffer. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Ratsmitglied Frau Gordes nimmt an der Beratung und der Abstimmung wegen Abwesenheit nicht teil.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.8:

10.8 Grund- und Gesamtschule Heliosgelände - Interimsstandorte und Schließung der Hauptschule Rochusstraße
2953/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? - Das sind die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von pro Köln ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. In Abänderung seines Beschlusses vom 08.04.2014 (Top. 4.6 Ziff. 2) beschließt der Rat den zeitnahen Start der neuen Gesamtschule Heliosgelände bis zum Umzug in das neu errichtete Schulgebäude auf dem Heliosgelände an der Overbeckstrasse und der Borsigstrasse (schulrechtliche Errichtung der Gesamtschule aufbauend zum Schuljahr 2018/19) gemäß §§ 81 Abs. 2 und 3 Schulgesetz NRW. Nach dem Umzug werden die Raumkapazitäten an den Interimsstandorten einer adäquaten schulischen Nutzung zur Bedarfsdeckung bei steigenden Schülerzahlen zugeführt.

2. Der Rat der Stadt Köln beschließt die auslaufende Schließung der Hauptschule Rochusstraße gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) in Verbindung mit § 81 Abs. 3 SchulG zum 31.07.2017.

3. Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziffer. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe pro Köln - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

10.9 Rheinboulevard - Teilbereich II: Ufertreppe und Boulevard
hier: Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln
3047/2014

Wer ist dagegen? - Gegenstimmen der Fraktion Die Linke. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Erhöhung der Investitionsauszahlungen im Teilfinanzplan 1301 / öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, bei Finanzstelle 6700-1301-1-9730 / Regionale 2010 – Rheinboulevard um 1,3 Mio. € zur Kenntnis. Die investiven Gesamtkosten betragen nunmehr 24,19 Mio. €.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und bei Stimmenthaltung der Gruppe pro Köln - zugestimmt.

10.10 Strategiekonzept - aktualisierte und überarbeitete Auflage
3264/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

10.11 Auslaufende Schließung der Martin-Luther-King-Schule, Gemeinschaftshauptschule Ostlandstraße 39, ab dem Schuljahr 2015/2016
3268/2014

Dazu gibt es auch keine Wortmeldungen. Dann schauen wir einmal, wie die Beschlussfassung zustande kommt. Wer ist gegen diese Beschlussvorlage? - Das ist die Fraktion der AfD. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das gegen die Stimmen der AfD so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) die auslaufende Schließung der Martin-Luther-King-Schule, Gemeinschaftshauptschule Ostlandstraße 39, 50858 Köln-Weiden ab dem Schuljahr 2015/2016 und die Auflösung der Schule zum 31.07.2016.

Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der AfD-Fraktion - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

10.12 Errichtung des Bildungsganges Berufsfachschule (einjährig), Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung am Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg (BK 01), Brüggener Straße 1, 50969 Köln
3342/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

der Rat der Stadt Köln beschließt gemäß § 81 Schulgesetz NRW (SchulG) die Errichtung des Bildungsganges:

Berufsfachschule (einjährig)

Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung

in Vollzeitform gemäß § 22 Abs. 5 Nr. 1 SchulG i.V.m. Anlage B der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in dem Bildungsgängen des Berufskollegs (APO-BK) zum 01.08.2015 am Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg (BK 01), Brüggener Straße 1, 50969 Köln-Zollstock. Der Bildungsgang wird 1-zügig geführt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.13 Kulturentwicklungsplanung
2165/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

10.14 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2013 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
3275/2014

Dazu ist keine Rederunde gewünscht. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2013 fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

10.15 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2015 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
3282/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt den Wirtschaftsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2015 wie folgt fest:

Erfolgsplan:

	Ansatz 2015
	Euro
Erträge und Aufwendungen	
Verdiente Beiträge	*128.468.650*
Erträge aus Kapitalanlagen	*36.718.300*
Aufwendungen für Versicherungsfälle	*-96.092.500*
Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen	*-65.569.650*
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	*-2.183.000*
Aufwendungen für Kapitalanlagen	*-919.900*
Versicherungstechnisches Ergebnis	*421.900*
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis	*-213.600*
Einstellung in die Verlustrücklage	*-208.300*
Jahresüberschuss	*0*

Vermögensplan:

	Ansatz 2015
Mittelherkunft	*Euro*
Tilgung Darlehen Mitglieder	*922.300*
Tilgung von Wertpapieren	*17.500.000*
Abschreibungen	*112.700*
Jahresüberschuss / Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen	*65.660.100*
Einstellung in die Verlustrücklage	*208.300*
Mittelverwendung	
Beschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung	*20.000*
Erwerb von Wertpapieren und sonstigen Anlagen	*84.383.400*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

10.16 Integriertes Handlungskonzept für das Programmgebiet „Soziale Stadt“ Köln-Lindweiler
2404/2014

Auch dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Dann können wir auch darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig beschlossen. - Sehr schön.

Die Punkte 10.17, 10.18 und 10.23 würde ich gerne noch ein bisschen nach hinten schieben, bis Frau Rinnenburger gleich hier anwesend ist.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt das Integrierte Handlungskonzept (IHK) Köln-Lindweiler unter Berücksichtigung und Abwägung der Ergebnisse einer Öffentlichkeitsbeteiligung mit Kosten von 4.704.116 €.*

2. *Er beauftragt die Verwaltung, Fördermittel für die zur Städtebauförderung vorgesehenen Maßnahmen des IHK in einem Gesamtvolumen von voraussichtlich rund 3,75 Mio. € einzuwerben und die Maßnahmen nach gesicherter Finanzierung umzusetzen. Soll-*

ten sich das Land oder der Bund aus der Finanzierung einzelner Maßnahmen zurückziehen, erfolgt keine Kompensation durch städtische Mittel.

3. Des Weiteren beschließt der Rat die Vorfinanzierung der Kosten der für einen qualifizierten Förderantrag notwendigen Entwurfsplanung nach Leistungsphase 1-3 HOAI in Höhe von rund 170.000 € für die Maßnahme aus dem IHK „Umbau des Sozialen Zentrums Lino-Club zu einem Generationen übergreifenden Bürgerhaus (Mehrgenerationenhaus)“. Die Kosten der Vorfinanzierung sind nach Bewilligung der Maßnahme durch die Bezirksregierung nachträglich mit voraussichtlich 80 % förderfähig.

4. Er beschließt für das Haushaltsjahr 2014 die außerplanmäßige Bereitstellung von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 170.000 € im Teilfinanzplan 0902 - Stadtentwicklung, Teilplanzeile 11, Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen für die Entwurfsplanung nach Leistungsphase 1-3 HOAI für die Maßnahme „Umbau des Sozialen Zentrums Lino-Club zu einem Generationen übergreifenden Bürgerhaus (Mehrgenerationenhaus).Deckung erfolgt durch Wenigerauszahlung im gleichen Teilplan, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen bei Finanzstelle 1502-0902-1-0000 Innenstadt (südl. Erw.) Sanierung/Erneuerung.

Die bis 2018 erforderlichen Mittel sind im Haushaltsplanentwurf 2015 inklusive mittelfristiger Finanzplanung 2016-2018 zu veranschlagen.

Die für die Folgejahre bis 2020 (voraussichtlicher Abschluss der Umsetzung der Maßnahmen) erforderlichen Mittel werden in die künftige Haushaltsplanung aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.17 Planungsaufnahme zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Turnhalle am Standort des ehemaligen "Nippesbad", Friedrich-Karl-Str./Ecke Niehler Kirchweg, 50733 Köln-Nippes
4143/2013

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1814/2014

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1817/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion
AN/1818/2014

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam mit den Punkten

10.18 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Gesamtschule im Stadtbezirk Innenstadt am Teilstandort Frankstr. 26 sowie den Abriss und Neubau des Schulgebäudes und Turnhalle am Teilstandort Severinswall 40/40a

2048/2014

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/1817/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion

AN/1818/2014

und

10.23 Planungsaufnahme zur Errichtung eines dreizügigen Grundschulgebäudes mit Einzel-Sporthalle , Grundstück Thessaloniki-Allee (Ecke Vietorstr. / Wipperfürther Str.), Köln-Kalk

1948/2014

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/1817/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion

AN/1818/2014

behandelt.

10.18 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Gesamtschule im Stadtbezirk Innenstadt am Teilstandort Frankstr. 26 sowie den Abriss und Neubau des Schulgebäudes und Turnhalle am Teilstandort Severinswall 40/40a
2048/2014

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1817/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion
AN/1818/2014

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam mit den Punkten

10.17 Planungsaufnahme zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Turnhalle am Standort des ehemaligen "Nippesbad", Friedrich-Karl-Str./Ecke Niehler Kirchweg, 50733 Köln-Nippes

4143/2013

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1814/2014

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/1817/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion

AN/1818/2014

und

10.23 Planungsaufnahme zur Errichtung eines dreizügigen Grundschulgebäudes mit Einzel-Sporthalle , Grundstück Thessaloniki-Allee (Ecke Vietorstr. / Wipperfürther Str.), Köln-Kalk

1948/2014

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/1817/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion

AN/1818/2014

behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.19:

10.19 Errichtung eines Grundschulverbunds im Kölner Süden gemäß § 83 SchulG NRW
2840/2014

Darüber haben wir im Hauptausschuss befunden; also wie Vorlage.

Wer ist dagegen? - Eine Wortmeldung?

(Andreas Henseler [Freie Wähler Köln]: Ja!)

Herr Henseler hat sich als ehemaliger Schuldezernent dazu zu Wort gemeldet. Bitte schön.

<Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe heute noch gar nichts gesagt.

(Beifall)

Dass die letzte Ratssitzung des Jahres vorbeigeht, ohne dass ich überhaupt etwas sage, geht natürlich nicht.

Ich melde mich hier wegen eines Schulproblems, das weitreichender ist und sich nicht nur auf das beschränkt, was aus dieser Vorlage ersichtlich ist. Es geht um diesen Schulverbund im Kölner Süden und um den Erhalt einer Grundschule in Immendorf.

In diesem Zusammenhang muss man wissen, dass diese Grundschule in Immendorf zwei Tage nach meinem Amtsantritt als Beigeordneter für den Bereich Schule abbrannte.

(Unruhe)

- Ja, die brannte einfach ab.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es da Ursachen?

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Die CDU hat damals gesagt: Kaum ist der Henseler

Schuldezernent, brennen in Köln die Schulen. - Das war jetzt mehr ein Joke.

Das Problem ist aber: Die Schule ist dann neu gebaut worden. Jetzt geht es darum, dass sie erhalten bleiben soll. Ganz wesentlich für den Erhalt einer Grundschule ist die Existenz eines Sekretariats. In der Vorlage steht auf Seite 3, dass Sie sich wünschen, dass das Sekretariat weiter existiert.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Hausmeister ist das Wichtigste! Wie kommst du denn auf so eine Idee?)

- Der Hausmeister ist zwar auch wichtig; das Sekretariat ist aber wichtiger. Herr Frank, Sie haben keine Ahnung von der Praxis in Grundschulen.

Frau Beigeordnete, vor diesem Hintergrund frage ich Sie: Sehen Sie eine Möglichkeit, den Erhalt der Schule dadurch zu fördern, dass zwischen den beiden Schulen, die in einen Verbund eintreten, die Sekretariatsstunden in Zukunft aufgeteilt werden? Das heißt, dass in diesem schönen Immendorf, in dem schon einmal eine Schule abgebrannt ist, weiterhin fünf Sekretariatsstunden verbleiben sollen.>

<Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Herr Kollege, wir wünschen dieser Schule natürlich eine gute Zukunft.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das Gebäude steht für die Schülerinnen und Schüler ja zur Verfügung. Wichtig sind Hausmeister und Schulsekretärin

(Zuruf: Lehrer!)

- Lehrer natürlich; dass sie da sind, unterstelle ich -, aber auch Schulsozialarbeit. Wir werden für alle drei Berufsgruppen Lösungen finden, die einen voll intakten Standort in Immendorf gewährleisten.

Wir können es auch so aufteilen, wie Sie das geschildert haben. Ich kann verstehen, dass das für die Eltern in Immendorf wichtig ist.>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Alles klar.

Dann können wir auch zur Abstimmung kommen. Wer gegen diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Gruppe pro Köln. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt gemäß § 83 Abs. 1 Schulgesetz NRW (SchulG) in Verbindung mit § 81 Abs. 2 SchulG die Fortführung der GGS Godorfer Straße, Freiherr-vom-Stein-Schule, Godorfer Straße 29, 50997 Köln im Rahmen eines Grundschulverbundes mit der GGS Ketteler-Schule, Kettelerstraße 14, 50997 Köln als Teilstandort der GGS Ketteler Straße zum 01.02.2015.*

2. *Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziffer. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

10.20 Errichtung von Systembauten und Beauftragung von Machbarkeitsstudien für konventionelle Wohnhäuser zur Flüchtlingsunterbringung
2899/2014

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde vorgezogen und unter dem neuen Punkt 3.1.0 - gemeinsam mit den themengleichen Punkten 3.1.2; 3.1.4; 3.1.7; 4.4; 4.5; 4.6 und 4.7 – behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

10.21 Kölner Pilotprogramm zum Einsatz von Integrations- und Arbeitsmarktlotsen
2695/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Die Fraktion der AfD stimmt dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Die Gruppe pro Köln enthält sich. Ansonsten ist das so beschlossen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Herr Oberbürgermeister, darf ich eine Frage zur Geschäftsordnung stellen?)

- Ja, bitte.

<Bernd Petelkau (CDU): Ich würde den Stadtdirektor gerne fragen: Wie kann es sein, dass wir an Tagen der Ratssitzung auf dem Platz neben dem Rathaus eine Riesenbeschallung haben,

(Beifall bei Teilen der CDU)

sodass es den Kollegen im hinteren Bereich kaum noch möglich ist, die Sitzung in einer vernünftigen Art und Weise zu verfolgen? Ich finde das indiskutabel, Herr Kahlen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Ralf Unna: Sie wissen, was für eine Veranstaltung das ist?

Bernd Petelkau (CDU): Wir haben nichts dagegen, dass Veranstaltungen generell auf dem Platz stattfinden. Es ist aber schon die Sache der Lärmemission, die wir auch an anderen Plätzen haben. Und ich finde es wichtig, dass hier am Tage der Ratssitzung auch auf den hinteren Plätzen ein Verfolgen dieser Ratssitzung in vernünftiger Art und Weise möglich ist.

(Beifall bei der CDU)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay.

(Dr. Ralf Unna [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Oberbürgermeister!

- Bitte.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Ich kann den Kollegen vielleicht aufklären. Es handelt sich um das Chanukka-Fest der Synagogen-Gemeinde Köln. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Stadtdirektor, bitte.

<Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Petelkau, diese Veranstaltung ist zu einem Zeitpunkt genehmigt worden, als wir die Termine der Ratssitzungen der laufenden Ratsperiode, die mit der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 begonnen hat, noch nicht festgelegt hatten. Dadurch ist es jetzt zu dieser Kollision gekommen.

Sie haben gehört, wer hier der Veranstalter ist.

Wenn Sie den Eindruck haben, dass wir noch einmal nachfragen sollten, ob man den Schallpegel vielleicht um ein paar Dezibel herunterfahren kann, kann ich das gerne machen.>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank für das Angebot. Wir schauen einmal, ob das notwendig sein wird.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Projektträgerschaft für das „Pilotprogramm Integrationslosten“ unter dem Vorbehalt der Förderung des Projektes aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und der Kofinanzierung aus Mitteln des Pilotprogramms Integrationslotsen des Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW.

Die Verwaltung wird beauftragt auf Basis des in Aussicht gestellten Zuwendungsbescheides zum Antrag „Allgemeine Integrationslotsen“ durch die Bezirksregierung Arnsberg die vorbereiteten förderunschädlichen Maßnahmen zur Projektdurchführung fortzusetzen und das Projekt zu koordinieren.

Der Rat beschließt zur Finanzierung des Antrages „allgemeine Integrationslotsen“ zahlungswirksamen Mehraufwand im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Soziale Leistungen, bei Teilplanzeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie bei Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 von insgesamt 85.467 € (2014: 29.307 €, 2015: 56.160€).

Deckung erfolgt durch entsprechende Mehrerträge in gleicher Höhe in den Haushaltsjahren

2014 und 2015 im gleichen Teilergebnisplan, bei Teilplanzeile 02 - Zuwendungen und allgemeine Umlagen.

Der von der Stadt Köln zu erbringende 20%ige Eigenanteil in Höhe von 21.367 € (2014: 7.327 €, 2015: 14.040 €) erfolgt durch die Bereitstellung von Personal aus dem vorhandenen Bestand.

Zur Durchführung des Projektes beschließt der Rat für das Haushaltsjahr 2014 (vorbehaltlich der oben angeführten Förderung) die Einrichtung einer befristeten 0,5 Stelle (mindestens BGr. A11 / EG 10) für die Zeit vom 01.09.2014 - 31.12.2015. Die Stellenbesetzung erfolgt nach den Vorgaben des Stellenbesetzungsverfahrens mit vorrangig zu vermittelndem Personal.

Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, nach Erhalt des Zuwendungsbescheides bzw. einer Genehmigung zum förderunschädlichen Maßnahmenbeginn zum Antrag „Arbeitsmarktlotsen“ durch das MAIS NRW im Rahmen der Projektträgerschaft Weiterleitungsverträge mit den Projektpartnern:

- *Caritasverband für die Stadt Köln e.V.*
- *Kölner Arbeitslosenzentrum e.V. (KALZ e.V.)*
- *Looks e.V.*

abzuschließen.

Der Rat beschließt zur Finanzierung der Projektträgerschaft „Arbeitsmarktlotsen“ zahlungswirksamen Mehraufwand im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Soziale Leistungen, bei Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie bei Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 von insgesamt 123.821,43 € (2014: 24.693,43 €, 2015: 99.128,00 €).

Deckung erfolgt durch entsprechende Mehrerträge in gleicher Höhe in den Haushaltsjahren 2014 und 2015 im gleichen Teilergebnisplan, bei Teilplanzeile 02 - Zuwendungen und allgemeine Umlagen.

Der zu erbringende 20%ige Eigenanteil in Höhe von 30.955,36 € (in 2014: 6.173,36 €, in 2015: 24.782 €) wird von den drei zuvor genannten Trägern erbracht.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der AfD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe pro Köln - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.22:

10.22 Fortführung Bundesprogramm „Berufsbezogene Sprachförderung“ in der Förderperiode 2015 bis 2018
3226/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat erteilt auf der Basis der Ratsbeschlüsse vom 14.12.2010 und 18.07.2013 der Verwaltung folgenden Auftrag:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, sich in Fortführung der bisherigen Maßnahmen um die Erteilung einer Berechtigung zur Durchführung der Berufsbezogenen Sprachförderung Deutsch als Zweitsprache im vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales unter Nutzung von Drittmitteln des Europäischen Sozialfonds geförderten und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge koordinierten ESF BAMF Programm auch in der neuen Förderphase von 2015 bis 2018 zu bemühen und bei Zuschlagerteilung die entsprechenden Kurse in einer Kooperationsgemeinschaft durchzuführen.

Der Rat beschließt zur Fortsetzung der Sprachfördermaßnahmen die weitere Bereitstellung von befristeten Planstellen. Diese Planstellen sind drittmittelgefördert und werden nunmehr bis zum 31.12.2018 in folgendem Umfang zur Verfügung gestellt:

1,0 Stelle pädagogische Mitarbeiter (VGr. II BAT/ E 13 TVöD - Projektleitung),

2,0 Stellen Sozialpädagogen (S 11 TVöD – Integrationsbegleitung

3,0 Stellen Verwaltungsangestellte (VGr. VI b BAT/E 6 TVöD – Projektsachbearbeitung),

1,0 Stelle Projektassistenz (VGr. VII BAT/ E 5 TVöD -Projektassistenz)

Die aktuelle Förderphase des ESF BAMF Programms endet zum 31.12.2014, wobei jedoch die vom BAMF geförderten Kurse erst zum 30.06.2015 enden. Die hierfür vorhandenen und erforderlichen 12,1 vollzeitverrechneten befristeten Planstellen (vgl. o.g. Ratsbeschluss vom 14.12.2010 bzw. 18.07.2013) werden dementsprechend bis zum 30.06.2015 genutzt. Ab dem 01.07.2015 sind die o.g. 7,0 vollzeitverrechneten Stellen auskömmlich.

Die Deckung aller entstehenden Personalaufwendungen erfolgt durch Mehrerträge über Drittmittel aus der Durchführung von Projekten in gleicher Höhe im Teilplan 0414 – Volkshochschule, Teilplanzeile 02 – Zuwendungen und allgemeine Umlagen.

Fehlbeträge werden aus dem Dezernatsbudget gedeckt.

Die zusätzlichen befristeten Projektstellen werden wie bisher grundsätzlich extern besetzt, um sicherzustellen, dass eine vollständige Refinanzierung der Personalkosten auf der Grundlage der Fördersätze erfolgt. Nachrangig können auch innerstädtische Stellenbesetzungen erfolgen, soweit die nicht abrechenbaren Personalmehraufwendungen gesamtstädtisch gedeckt sind.

Gleichzeitig beschließt der Rat wie bisher die Bereitstellung eines jährlichen Eigenanteils von 144.000 € in Form von Sachmitteln (Bereitstellung vorhandener Büro- und Seminarräume) für das o.g. Projekt im Zeitraum vom 01.1.2015 bis 31.12.2018. Die erforderlichen Mittel sind im Haushaltsplan 2015 sowie der mittelfristigen Finanzplanung 2016-2018 zu veranschlagen.

Die noch nicht veranschlagten Sachaufwendungen im Teilplan 0414, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von jährlich 183.898 € für die Durchführung der jeweiligen Schulungsmaßnahmen sind als Mehraufwendungen bereitzustellen, sobald entsprechende zweckgebundene Mehrerträge in gleicher Höhe, im gleichen Teilplan, Teilplanzeile 02, Zuwendungen und allgemeine Umlagen vorliegen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.23 Planungsaufnahme zur Errichtung eines dreizügigen Grundschulgebäudes mit Einzel-Sporthalle , Grundstück Thessaloniki-Allee (Ecke Vietorstr. / Wipperfürther Str.), Köln-Kalk
1948/2014

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1817/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion
AN/1818/2014

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam mit den Punkten

10.17 Planungsaufnahme zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Turnhalle am Standort des ehemaligen "Nippesbad", Friedrich-Karl-Str./Ecke Niehler Kirchweg, 50733 Köln-Nippes

4143/2013

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1814/2014

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/1817/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion

AN/1818/2014

und

10.18 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Gesamtschule im Stadtbezirk Innenstadt am Teilstandort Frankstr. 26 sowie den Abriss und Neubau des Schulgebäudes und Turnhalle am Teilstandort Severinswall 40/40a

2048/2014

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/1817/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion

AN/1818/2014

behandelt.

10.24 Sanierung der Zentralbibliothek der Stadtbibliothek Köln, Josef-Haubrich-Hof 1, 50676 Köln

Weiterplanungsbeschluss gemäß Ratsbeschluss vom 18.12.2012 (3142/202)
2781/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.25:

10.25 Hauswirtschaftliche Hilfen für alte, kranke und behinderte Menschen zur Vermeidung einer frühzeitigen stationären Hilfe
- Fortführung des Projekts -
3009/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen. - Sehr schön.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Fortführung des mit Ratsbeschluss vom 15.11.2012 (Vorlage-Nr. 3465/2012) beschlossenen Projekts unter Maßgabe der im beigefügten Konzept dargestellten Weiterentwicklung.

Die Projektförderung ab 01.01.2015 wird auf einen Höchstbetrag von maximal 675.000,- € p.a. limitiert. Entsprechende Mittel sind im Haushaltsplan 2015 und der mittelfristigen Finanzplanung 2016-2018 in Zeile 15, Transferaufwendungen, des Teilergebnisplans 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, zu veranschlagen. Im Gegenzug ist zur Sicherstellung der Haushaltsneutralität der Ansatz für Transferaufwendungen in Zeile 15 des Teilergebnisplanes 0501, Leistungen nach dem SGB XII entsprechend zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.26:

10.26 Jugendzentren Köln gGmbH
hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages und Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern
3131/2014

Hier haben wir zwei Beschlüsse zu fassen.

Zunächst einmal stimmen wir über die Änderung des Gesellschaftsvertrages ab. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist die Änderung des Gesellschaftsvertrages so beschlossen.

Dann kommen wir zu den Wahlvorschlägen. Wenn es neben den Personen, die ich gleich vorlese, keine weiteren Vorschläge gibt, können wir auch en bloc darüber abstimmen.

Vorgeschlagen sind: Dr. Ralf Heinen, Andreas Pöttgen, Sylvia Laufenberg, Dr. Helge Schlieben, Monika Bröhl, Svenja Rabenstein, Frau Julia Woller und Hanna Parnow.

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Dann kann ich auch darüber abstimmen lassen. Wer ist gegen die Entsendung der gerade genannten Personen in den Aufsichtsrat der Jugendzentrum Köln gGmbH? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion der AfD und der Gruppe pro Köln ist das so beschlossen.

Beschlüsse:

I. Beschluss über die Änderungen des Gesellschaftsvertrages:

Der Rat der Stadt Köln stimmt den Änderungen und Ergänzungen des Gesellschaftsvertrages der Jugendzentren Köln gGmbH gemäß der in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 1) zu und ermächtigt den Gesellschaf-

tervertreter der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Jugendzentren Köln gGmbH entsprechend zu votieren.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder aus sonstigen Gründen Änderungen als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt des Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Beschluss über die personelle Besetzung des Aufsichtsrates:

Der Rat entsendet als Mitglieder in den Aufsichtsrat der Jugendzentren Köln gGmbH:

1) Beigeordnete Dr. Agnes Klein

(Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. den/die von ihm vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

2) Dr. Ralf Heinen
3) Andreas Pöttgen
4) Sylvia Laufenberg
5) Dr. Helge Schlieben
6) Monika Bröhl
7) Svenja Rabenstein
8) Julia Woller
9) Hanna Parnow

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der gruppe pro Köln.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.27:

10.27 Bedarfsfeststellung für die Wahl der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeister am 13. September 2015 und ggf. Stichwahl
3522/2014

(Martin Börschel [SPD]: Fällt die Wahl denn aus, wenn wir das nicht machen?)

- Es ist gerade gefragt worden, ob die Wahl ausfällt, wenn Sie jetzt die Bedarfsfeststellung nicht treffen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Dann müssen Sie länger machen, Herr Oberbürgermeister!)

- Danke, danke. - Die Wahl wird auf jeden Fall stattfinden. Sie ist per Gesetz verpflichtend für den 13. September 2015 vorgesehen. Daher brauchen wir auch die notwendigen Finanzmittel, um das entsprechend vorzubereiten.

Ich will jetzt aber niemandem vorgreifen, sondern einfach fragen: Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Damit ist das einstimmig so beschlossen - mit der Maßgabe des dann ausscheidenden Oberbürgermeisters an den zuständigen Stadtdirektor, die Kosten so niedrig wie möglich zu halten.

Beschluss:

1. Der Rat erkennt den Gesamtbedarf zur Durchführung der Wahl der Oberbürgermeisterin / des Oberbürgermeisters und einer eventuellen Stichwahl im September 2015 i.H.v. 2.644.600 EUR an.

2. Die erforderlichen Mittel sind im Teilplan 0211 – Wahlen – für das Haushaltsjahr 2015 zu veranschlagen.

Im Haushaltsplanentwurf 2015 sind bereits Mittel im Teilergebnisplan 0211 i.H.v. 2.501.100 EUR, sowie 20.000 EUR im Teilfinanzplan 0211 für notwendige investive Beschaffungen veranschlagt worden.

Die zur Umsetzung der OB-Wahl darüber hinaus notwendigen Mittel i.H.v. 123.500 EUR sind im Rahmen eines Veränderungs-

nachweises zum Haushaltsplan 2015 zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.28:

10.28 Raumzuteilung Bürgermeister/innen und Fraktionen
3536/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann können wir darüber abstimmen. Wer gegen diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion der AfD und die Gruppe pro Köln. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Deinen Freunden ist diese Vorlage so angenommen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die Stellvertreter/innen des Oberbürgermeisters im Historischen Rathaus und die Fraktionen, Gruppen und Einzelmandatsträger im Spanischen Bau bzw. in Rathausnähe angesiedelt werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.29:

10.29 Neu- und Sanierungsprogramm der städtischen Sozialhäuser, Kulmbacher Str. 1 + 3, 51103 Köln-Höhenberg
Mitteilung über Kostenerhöhungen gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln
3525/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der AfD ist dem so zugestimmt.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Kostenerhöhungen des im Rahmen des Neu- und Sanierungsprogramms errichteten Objekts Kulmbacher Str. 1 + 3, 51103 Köln Höhenberg i.H.v. 130.000 € zur Kenntnis.

Die Finanzierung der Mehrauszahlungen erfolgt im Hj. 2014 durch Umschichtung innerhalb des Teilfinanzplans 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 08, Auszahlungen von Baumaßnahmen.

Zur Finanzierung stehen nicht benötigte Auszahlungsermächtigungen bei der Neubaumaßnahmen „Bonner Str. 407-413“ zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.30:

10.30 Vergabe der Strukturförderung im Filmbereich, Haushaltsjahre 2015 - 2017
2227/2014

Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit zugestimmt.

Beschluss:

Der Rat beschließt – vorbehaltlich des Vorliegens der haushaltsrechtlichen Bedingungen – im Teilplan 0416- Kulturförderung in der Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen für das Haushaltsjahr 2015 nachfolgende Zuschüsse zur Strukturförderung zu gewährleisten:

Afrika-Filmfestival „Jenseits von Europa“ von FilmInitiativ Köln e.V 45.000 €

„SoundTrack_Cologne“ von Televisor Troika GmbH 30.000 €

Der Rat beabsichtigt, sofern die Haushaltslage dies erlaubt, die jährliche Zuschusshöhe bis zum Jahr 2017 beizubehalten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der AfD-Fraktion - zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.31:

10.31 Vergabe der Konzeptionsförderung in der Sparte Theater, Haushaltsjahre 2015 - 2018
1096/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen. - Sehr schön.

Beschluss:

Der Rat beschließt –vorbehaltlich des Vorliegens der haushaltsrechtlichen Bedingungen – im Teilplan 0416- Kulturförderung in der Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen für den Zeitraum 01. Januar 2015 - 31. Dezember 2018 auf der Basis der eingereichten Anträge folgende Betriebskostenzuschüsse:

Zuschuss Studiobühne	*96.100 €*
Zuschuss Freies Werkstatt Theater	*202.800 €*
Zuschuss Theater im Bauturm	*202.800 €*
Zuschuss Angie Hiesl Produktion	*80.100 €*
Zuschuss Kölner Künstler Theater	*80.100 €*
Zuschuss Drama Köln	*37.400 €*
Zuschuss Freihandelszone	*88.600 €*
Zuschuss Orangerie	*80.100 €*
Zuschuss Comedia Colonia	*401.500 €*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam mit Punkt

10.36 Erhöhung der Anzahl der institutionell geförderten Theater, Haushaltsjahr 2015

3838/2014

behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.32:

10.32 Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Köln und der Universität zu Köln über den gemeinsamen Betrieb der Zentralbibliothek für Kunst und Kunstgeschichte
3428/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so angenommen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit dem Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Köln und der Universität zu Köln über den gemeinsamen Betrieb der Zentralbibliothek für Kunst und Kunstgeschichte auf der Grundlage des dieser Beschlussvorlage anliegenden Entwurfs (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.33:

10.33 Mediengründerzentrum NRW (MGZ)
hier: Anteilkauf durch die Stadt Köln
3602/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat erklärt sich damit einverstanden, dass die Stadt Köln ihre bestehende Beteiligung an der MGZ um 11,35 % aufstockt und einen Geschäftsanteil im Nominalwert von 5.675,00 € zu einem Preis von 5.675,00 € erwirbt.*

   In diesem Zusammenhang beschließt der Rat im Hj. 2014 eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 5.675,00 €.

   Die Deckung erfolgt durch Mehreinzahlungen im Rahmen der Investitionspauschale im Teilfinanzplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft – bei der Finanzstelle 9000-1601-0-0006 – Investitionspauschale – in Teilfinanzplanzeile 1 – Einzahlung aus Zuwendung für Investitionsmaßnahmen.

2. *Nach § 7 Abs. 1 des MGZ-Gesellschaftsvertrages bedarf die Veräußerung von Geschäftsanteilen der Zustimmung der Gesellschafterversammlung. Vor diesem Hintergrund erklärt sich der Rat damit ein-*

verstanden, dass die Film- und Medienstiftung NRW GmbH ihre bestehende Beteiligung an der MGZ um

11,35 % aufstockt und einen Geschäftsanteil im Nominalwert von 5.675,00 € erwirbt. Der städtische Vertreter in der Gesellschafterversammlung der MGZ wird hiermit ermächtigt, ein entsprechendes Votum abzugeben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.34:

10.34 Erweiterte Durchführung des vom Rat beauftragten Investorenwettbewerbs zur Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud/Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0401 - Museumsreferat - für das Haushaltsjahr 2014
3670/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Deinen Freunden einstimmig angenommen.

Vielleicht könnte man sich doch einmal bemühen, es draußen ein bisschen leiser zu bekommen. - Wie ich gerade höre, ist das schon in die Wege geleitet.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der erweiterten Durchführung des im Rat unter der Nummer 0722/2014 beschlossenen Investorenwettbewerbs zur Realisierung des Entwurfs des 1. Preisträgers des Architektenwettbewerbs (Christ & Gantenbein AG, Basel – Arbeit 1547).

Zur Finanzierung beschließt der Rat überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen im Sinne des § 83 GO NW in Höhe von 500.000 € im Teilergebnisplan 0401 – Museumsreferat - in der Teilplanzeilen 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) im Haushaltsjahr 2014. Der überplanmäßige Aufwand wird gedeckt durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0412 – Historisches Archiv – in Teilplanzeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.35:

10.35 EU-Projekt Grow Smarter
3160/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ja. Bitte schön, Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Im Finanzausschuss hatte ich der Beigeordneten, Frau Reker, noch Fragen gestellt. Die Antworten sollten umgedruckt werden. Vielleicht habe ich das übersehen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es wird gerade einmal überprüft.

Ulrich Breite (FDP): Sonst reichen Sie es schriftlich nach. Das ist kein Problem.

Beigeordnete Henriette Reker: Ja, es ist nicht umgedruckt worden. Es könnte aber schriftlich beantwortet werden.

Ulrich Breite (FDP): So machen wir das. - Danke schön.

Beigeordnete Henriette Reker: Ja? Gut. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut. - Danke schön.

Dann können wir auch darüber abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Das ist die Gruppe pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltun-

gen. Damit ist dem so zugestimmt. - Die noch offenen Fragen werden dann zügig beantwortet.

Beschluss:

1. *Der Rat ermächtigt den Oberbürgermeister die Verträge (Finanzhilfevereinbarung und Konsortialvertrag) zur Umsetzung des EU-Projektes „Grow Smarter“ mit Gesamtprojektkosten (Personal- und Sachkosten) in Höhe von 1.553.750 € und einer Projektlaufzeit von fünf Jahren, zu unterzeichnen.*

   Neben der Fremdfinanzierung aus EU-Mitteln in Höhe von 953.750 € beläuft sich der städtische Eigenanteil für das Gesamtprojekt auf 600.000 €.

   Im Haushaltsplanentwurf 2015 ff sind bereits Mittel zur Finanzierung des Eigenanteils in Höhe von 452.000 € veranschlagt. Die darüber hinaus für die Jahre 2015-2019 anfallenden Erträge und Aufwendungen zur Umsetzung des Projektes sind im Rahmen des Veränderungsnachweises zum Haushaltsplan 2015 bzw. im Haushaltsplan 2019 zu veranschlagen.

2. *Der Rat beschließt weiterhin zur Realisierung des Projektes befristet für die Projektlaufzeit 2015-2019 die Einrichtung folgender Stellen zum Stellenplan 2015:*

   0,5 Stelle VA VGr. II, Fg. 1a BAT (EG 13 TVÖD) für die Projektkoordinierung bei 01/4, 0,5 Stelle VA VGr. II, Fg. 1a BAT (EG 13 TVÖD) für die Leitung des Arbeitspaketes 3 „Integrierte Infrastrukturen“ bei V/7, 0,5 Stelle VA VGr. IVa/III, Fg. 1b/1b BAT (EG 11 TVÖD) für die fachliche Projektleitung bei 1300 und 0,5 Stelle technischer Angestellter (Ingenieur) VGr. II/II, Fg. 1/1 +VG+TZ BAT (EG 13 TVÖD) für die fachliche Projektleitung bei 66.

   Die Besetzung der Stellen erfolgt bedarfsorientiert im Rahmen des Projektverlaufes.

Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2015 werden die entsprechenden Stellen verwaltungsintern zur Verfügung gestellt.

In den Gesamtprojektkosten von 1.553.750 Euro sind die o.g. Personalkosten enthalten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 10.36:

10.36 Erhöhung der Anzahl der institutionell geförderten Theater, Haushaltsjahr 2015
3838/2014

Ich sehe auch dazu keine Wortmeldungen. Dann können wir auch darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Herr Zimmermann ist für Deine Freunde dagegen. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit mit großer Mehrheit angenommen.

Beschluss:

Der Rat beschließt – vorbehaltlich des Vorliegens der haushaltsrechtlichen Bedingungen – im Teilplan 0416 – Kulturförderung in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen für das Haushaltsjahr 2015 auf der Basis der eingereichten Anträge folgende Betriebskostenzuschüsse:

Theater der Keller	*90.000 €*
Casamax-Theater	*30.000 €*
Theater Tiefrot	*30.000 €*
Deutzer Zentralwerk der schönen Künste/Raum 13	*30.000 €*

Die Deckung des Mehrbedarfs in Höhe von 180.000,- € erfolgt durch folgende finanzneutrale Umschichtungen:

Haushaltsposition	*Sparte*	*Ansatz*	*Umschichtungsbetrag*
Z an Kinder- und Jugendtheater	*Theater*	*124.100,- €*	*- 30.000,- €*
Förderung von Theaterproduktionen	*Theater*	*188.900,- €*	*- 25.000,- €*
Förderung Gastspiel/Abspiel	*Theater*	*81.600,- €*	*- 80,000,- €*
Liquiditätshilfe	*übergreifend*	*42.000,- €*	*- 15.000,- €*
*Z Deutzer Zentralwerk der schönen Künste**	*übergreifend*	*30.000,- €*	*- 30.000,- €*

** Anmerkung: die Förderung des zwischen 2012 und 2014 aus spartenübergreifenden Mitteln finanzierte Betriebskostenzuschuss an das Deutzer Zentralwerk der schönen Künste in Höhe von 30.000,- € wird mit der Förderung in 2015 aus Theatermitteln verrechnet.*
Zur Sicherstellung der betrieblichen Existenz der Theater wird die Verwaltung ermächtigt, zwischen der Einbringung des Haushalts 2015 in den Rat, frühestens jedoch ab dem 01.01.2015, bis zur Beendigung der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 GO, Abschlagszahlungen in maximal linearer Höhe zur jahresbezogenen Zuschusssumme zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) - zugestimmt.

Anmerkung:
Diese Angelegenheit wurde wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam mit Punkt

10.31 Vergabe der Konzeptionsförderung in der Sparte Theater, Haushaltsjahre 2015-2018

1096/2014

behandelt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt kommen wir zu den geschobenen sogenannten Schulpunkten. Das sind die folgenden Tagesordnungspunkte:

10.17 Planungsaufnahme zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Turnhalle am Standort des ehemaligen „Nippesbad“, Friedrich-Karl-Str./Ecke Niehler Kirchweg, 50733 Köln-Nippes
4143/2013

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1814/2014

10.18 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Gesamtschule im Stadtbezirk Innenstadt am Teilstandort Frankstr. 26 sowie den Abriss und Neubau des Schulgebäudes und Turnhalle am Teilstandort Severinswall 40/40a
2048/2014

10.23 Planungsaufnahme zur Errichtung eines dreizügigen Grundschulgebäudes mit Einzel-Sporthalle, Grundstück Thessaloniki-Allee (Ecke Vietorstr./Wipperfürther Str.), Köln-Kalk
1948/2014

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1817/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion
AN/1818/2014

Wie gesagt, fassen wir die Punkte 10.17, 10.18 und 10.23 zusammen, da es hier um die Frage des Klimaschutzes geht.

Die Änderungsanträge sind inzwischen verteilt worden. Deswegen frage ich Sie: Gibt es dazu Wortmeldungen?

Herr Kockerbeck, Sie stehen gerade. Dann können Sie jetzt auch vortragen.

(Zuruf: Eigentlich müssen zuerst die Anträge vorgestellt werden!)

- Wir sind heute flexibel.

(Heiterkeit)

<Heiner Kockerbeck (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich dachte ich, dass erst einmal die Antragstellerinnen und Antragsteller hier ihre Anträge vorstellen.

Ich möchte begründen, warum die Fraktion Die Linke. dem Antrag von SPD und CDU zustimmen wird.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir müssen doch erst einmal die Anträge einbringen!)

- Ja.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Die Anträge liegen doch alle schriftlich vor. - Bitte schön, Herr Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (Die Linke.): Dann lese ich wenigstens einmal die Überschriften vor. Es geht um die Planungsaufnahmen für die Grundschule Friedrich-Karl-Straße, die Gesamtschule Frankstraße und die Grundschule Thessaloniki-Allee.

Hier ist die Frage aufgeworfen worden, nach welchen Standards gebaut werden soll. Diese Frage ist in den zuständigen Fachausschüssen, also im Ausschuss für Schule und Weiterbildung und im Bauausschuss bzw. Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft, vor dieser Ratssitzung nicht durchdiskutiert worden. Auch meine eigene Fraktion hat an dieser Stelle noch Beratungsbedarf.

Deshalb unterstützen wir den Antrag von SPD und CDU, der die Möglichkeit einer parallelen Planung für die kommende Zeit vorsieht. Je nachdem, welche Entscheidung gefällt wird, ist dann noch ein Eingehen auf den Diskussionsprozess und seine Ergebnisse in den Fachausschüssen möglich.

Inhaltlich ist die Linke dafür, bei öffentlichen Bauten nicht zu sparen und natürlich höchste energiesparende Standards zugrunde zu legen. Deshalb finden wir den Passivhausstandard richtig.

Aus meiner Arbeit als Lehrer kann ich auch berichten, dass die Lüftung in Klassenräumen ein sehr großes Problem ist. Man kann dort nicht einfach wie in seiner Wohnung das Fenster weit öffnen und einmal kurz stoßlüften, um den CO_2-Gehalt in der Luft wieder zu reduzieren. In Schulen erfordert das schon einen größeren Aufwand.

Deshalb brauchen wir Schulen mit Lüftungsanlagen.

> (Beifall bei der Linken - Kirsten Jahn Bündnis 90/Die Grünen]: Wir bieten der Linken auch gerne an, dass ihr uns zustimmt!)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann schauen wir einmal, wie es weitergeht. Als nächster Redner stellt jetzt Herr Börschel den Antrag von SPD und CDU vor. Danach spricht Herr Brust zum Antrag der Grünen. Bitte schön, Herr Börschel.

<Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kockerbeck, herzlichen Dank für die Einleitung in unseren Antrag. - Wenn Sie einverstanden sind, will ich versuchen, auch für diejenigen, die es nach der 20-minütigen Sitzungsunterbrechung außerhalb dieses Ratssaals noch ausgehalten haben, einmal kurz zu erklären, worüber wir hier überhaupt reden.

Wir haben in einer - das ist heute schon oft angesprochen worden - gottlob wachsenden Stadt, in der leider auch Sanierungsbedarfe bei Schulen bestehen, heute über drei Schulneubauten zu beschließen. Es geht jetzt um die Frage, nach welchem Standard die Schulneubauten in Zukunft errichtet werden.

Erstens. Für uns alle hier im Rat ist das alleroberste Gebot - das eint alle hier, glaube ich; deswegen haben wir untereinander auch noch ein bisschen ringen, diskutieren und uns abstimmen müssen -: Wir möchten diese Schulneubauten auf keinen Fall verzögern. Deswegen brauchen wir auf jeden Fall heute einen Beschluss, damit diese Schulneubauten nicht einen Tag später als unbedingt erforderlich errichtet werden und für die Beteiligten die entsprechende Atmosphäre liefern können.

Zweitens. Uns geht es darum, dass Schulen heute und in Zukunft eine möglichst angenehme Lern- und Lehratmosphäre für alle Beteiligten bieten. Das dokumentieren wir seit vielen, vielen Jahren in Köln dadurch, dass wir Schulbaurichtlinien haben, die weit über Köln hinaus einen vorbildlichen Standard setzen und deswegen auch Vorbild- und Leitbildcharakter haben. Daran halten wir fest. Auch darüber gibt es, soweit ich das erkennen kann, hier im Haus keinen Dissens.

Drittens. Es geht unter anderem um die Frage: Wie sorgt man unabhängig vom Raumprogramm, das über unsere Schulbauleitlinien festgelegt ist, auf andere Art und Weise für eine entsprechende Lernatmosphäre? An dieser Stelle sind wir insbesondere von Regeln abhängig, die von Dritten gesetzt werden, nämlich vom Bund mit den Energiestandards.

Für uns gilt - nicht nur in Köln, sondern überall -, dass wir jeweils die Energiestandards anwenden müssen, die State of the Art und gesetzliche Vorschrift sind. Das ist nach allem, was wir jetzt wissen, die berühmte EnEV 2014.

Will man freiwillig über den energetischen Standard EnEV 2014 hinausgehen, kostet das erstens eine ganze Menge Geld und wirft zweitens die Frage auf: Was macht das eigentlich am lebenden Objekt?

Genau darum geht es heute. Da haben wir von SPD und CDU, die wir diesen Antrag gemeinsam gestellt haben, schlicht und einfach Erkenntnisinteresse. Deswegen würde ich darum bitten, dass die Verwaltung zu den verschiedenen Vorlagen und Anträgen gleich auch noch einmal ihre Meinung sagt und eine Stellungnahme abgibt.

Dass wir insgesamt energetisch möglichst vorbildlich agieren wollen, führt dazu, dass wir uns die Frage stellen müssen: Was macht das mit den Menschen, die in diesem Gebäude arbeiten und lernen und dort möglichst viel Zeit angenehm verbringen sollen? Anders und vereinfacht ausgedrückt: Packen wir möglicherweise die Schulen so luftdicht ein, dass es, wenn man drinnen ist, nicht mehr gut ist? Und: Wenn man drinnen ist und es nicht mehr gut ist, wie geht man dann am besten damit um? Macht man einfach die Fenster auf? Reicht das? Macht das Sinn? Ist das in der Unterrichtspraxis überhaupt vernünftig?

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Kann man sie überhaupt öffnen?)

- Der Kollege Detjen stellt die ganz berechtigte Frage - das habe ich in dem Prozess auch lernen müssen -: Kann man sie überhaupt aufmachen? Ich habe gelernt: Ja, man kann.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Nicht immer!)

Das wird aber die Verwaltung hoffentlich noch einmal bestätigen oder mich widerlegen. Aber: Ja, man kann; mindestens bei EnEV 2014.

Selbst wenn man es kann: Reicht das? Oder muss man zusätzlich, damit es dort eine angenehme Lernatmosphäre gibt, eine künstliche Belüftungsanlage einbauen?

Täte man das, kostet es a) mehr Geld, kommt man b) sehr nah an den Passivhausstandard, ist aber c) die große Frage: Ist das für die Beteiligten angenehm? Ich will nicht nur von Grundschülern und Grundschülerinnen, sondern auch von jungen Heranwachsenden sprechen. Mehr will ich dazu gar nicht sagen. Manchmal ist es einfach auch einmal hilfreich, wenn man das Fenster aufmachen kann.

Langer Rede kurzer Sinn: Wir möchten schlicht und einfach gerne wissen: Was sind die wissenschaftlichen und praktischen Folgen der Beschlüsse, die die Verwaltung uns hier vorschlägt? Kann man tatsächlich guten Gewissens eine Schule nach dem Standard EnEV 2014 bauen, ohne dass man für viel Geld eine Belüftungsanlage einbauen muss?

Wäre das Ergebnis der Prüfung, die wir heute mit der Bitte in Auftrag geben möchten, sie möglichst schnell vorzunehmen, dass man eine Belüftung vielleicht nicht rechtlich zwingend einbauen muss, aber dringend einbauen sollte, weil nur das die Arbeits- und Lernatmosphäre verbessert, sind wir dafür offen. Wer hier im Rat wollte sich einer realen Praxis und einer vernünftigen Stellungnahme entziehen? Das möchten wir aber bitte so schnell wie möglich wissen.

Ich wäre dankbar, wenn Sie uns auch etwas zu den Kosten sagten. Da wir noch in einer sehr frühen Leistungsphase sind, würde ich annehmen, dass es kostenmäßig wenig bis gar nichts ausmachen dürfte. Das muss uns aber bitte die Verwaltung sagen.

Dann können wir dafür sorgen, dass wir a) nichts an diesen Schulbauten verzögern, b) die bestmöglichen Lern- und Arbeitsbedingungen für die jungen Menschen und die Lehrerinnen und Lehrer schaffen und c) dabei auch noch haushaltswirtschaftlich vernünftig agieren. Das ist unser Ziel; nicht mehr und nicht weniger. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Dann kommen wir zu Herrn Brust, bevor ich gleich Frau Rinnenburger das Wort erteile.

(Dr. Helge Schlieben [CDU] meldet sich zu Wort - Dr. Ralph Elster [CDU]: Das ist doch unser Antrag!)

- Okay. Erst Herr Dr. Schlieben und dann Herr Brust.

<**Dr. Helge Schlieben** (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir reden über Fenster. Heute wäre es schön, wenn sie etwas schalldichter wären, damit wir uns noch besser verstehen und verständigen könnten.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt geht es aber.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Eigentlich geht es aber um die Fenster und die Belüftung in Schulen.

Ich danke dem Fraktionsvorsitzenden der SPD - bekanntermaßen ist er ja nicht schulpolitischer Sprecher; als Vorsitzender ist man aber zu allen Themen sprachfähig - dafür, dass er unseren gemeinsamen Änderungsantrag von SPD und CDU hier schon so umfangreich vorgestellt hat.

Es war natürlich auch hilfreich, dass die Fraktion Die Linke. den Rat zunächst auf das vorbereitet hat, was in der Rede von Martin Börschel zu hören war.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das insbesondere!)

- Das ist etwas Besonderes, Herr Frank. Das Schöne ist aber, dass wir ja alle miteinander reden. Das soll in Zukunft auch so bleiben.

Prinzipiell stehen wir vor der Frage: Bauen wir nach EnEV 2014, bauen wir nach EnEV 2014 mit externer Belüftung, oder bauen wir sogar - das steht in den Alternativen der Schulverwaltung ja auch noch - nach dem Passivhausstandard?

Wir haben in der Vergangenheit immer wieder auf verschiedenste Weise darüber diskutiert und auch ganz unterschiedlich entschieden. Manchmal hat man sich ähnlich wie bei einem Basar auf komische Pakete geeinigt. Dann wurde an der ersten Schule dieses, an der zweiten Schule jenes und an der dritten Schule noch etwas anderes gemacht. Dafür hatte man dann die Mehrheiten, die in der Koalition oder vielleicht auch darüber hinaus brauchte. Das ist sicherlich keine sehr sinnvolle und grundlegende Herangehensweise.

Mit diesem gemeinsamen Änderungsantrag von SPD und CDU schließen wir hier keine Türen zu, sondern sagen: Wir brauchen einmal eine grundsätzliche Klärung sowohl der Kosten für den Bau als auch - das fehlt uns in den Vorlagen der Schulverwaltung noch - der Folgekosten oder der Folgeeinsparungen; denn es ist nicht auszuschließen, dass bei einem Bau nach dem Passivhausstandard oder einem Bau nach dem Standard EnEV 2014 plus externe Belüftung die Folgekosten geringer sind als bei einem Bau nur nach dem Standard EnEV 2014. Auch das wurde uns in den Vorlagen prinzipiell nicht dargestellt. Auch das würden wir gerne wissen.

Wenn man die Kostensituation kennt, muss man natürlich auch entscheiden: Was soll es uns wert sein?

Heute Mittag wurde, wie ich gehört habe, der Haushalt der Stadt Köln eingebracht - mit einem Defizit von round about 450 Millionen Euro, wenn man die nicht gedeckten Einsparungen mit betrachtet.

(Zuruf)

- Diese Nachricht ist zumindest beim LVR angekommen, wo wir getagt haben. Das können wir aber im nächsten halben Jahr diskutieren. Jetzt sind wir beim Schulneubau.

(Zurufe)

- Es besteht doch gar kein Grund, sich jetzt aufzuregen.

(Zuruf)

- Nein, das war kein Fehler. Aber bleiben wir jetzt einmal dabei.

Unser Wunsch ist, das einmal prinzipiell zu klären. Wir wollen nicht bei jedem Schulneubau immer wieder diese grundlegenden Fragen nach dem Standard diskutieren müssen. Dieser Antrag gibt uns einmal die Möglichkeit, die Verwaltung zu beauftragen, grundsätzlich zu klären, was sachgerecht ist, was für Schulen notwendig ist und was vielleicht nicht hilfreich ist.

Hier möchten wir eine schöne Antwort bekommen, damit wir dann alle sechs Wochen - denn in diesem Zyklus wollen wir in den nächsten Jahren auch weitere Schulen errichten bzw. die entsprechenden Beschlüsse fassen, Frau Dezernentin - auf dieser Grundlage entscheiden können, was wir brauchen und was wir nicht brauchen. Dann müssen wir hier im Rat nicht immer wieder darüber diskutieren oder streiten und alle Ratsmitglieder damit belästigen, wofür ich mich auch entschuldigen möchte.

Ich möchte mich außerdem dafür entschuldigen - das gefällt mir auch nicht sehr gut -, dass wir in

dem führenden Fachausschuss, zufällig unter meinem Vorsitz, nicht in der Lage waren, gestern Abend in einer Sondersitzung ein finales Votum zu diesen Fragen zu fällen. Das bedaure ich ausdrücklich. Es tut mir leid, dass wir Sie hiermit belästigen müssen.

Ich wünsche mir, dass es uns in Zukunft gelingt, diese Fragen früher zu klären und manche Gespräche, die hilfreich sein können, nicht zwei Minuten vor der Sitzung oder drei Stunden nach Beginn der Sitzung zu führen, sondern eher, um zu schauen: Sind alle Positionen ausgelotet?

Wenn das der Fall ist, muss man auch irgendwann zu einem Beschluss kommen. Das muss dann nicht der Rat final entscheiden, sondern das kann auch der zuständige Fachausschuss machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der Linken)

Das nehme ich mir für die Zukunft vor. Ich hoffe, dass das auch die Kolleginnen und Kollegen aus dem Schulausschuss tun. Andere mögen sich dann ein Beispiel daran nehmen. Damit hätten wir diese Debatten da, wo sie hingehören, nämlich im Fachausschuss. Natürlich hat der Rat dann die Freiheit, dem zu folgen oder sich anders zu entscheiden.

Ich wünsche mir, dass die Schulneubauten hierdurch nicht aufgehalten werden, sondern, wie der Kollege Börschel schon gesagt hat, die Verwaltung sich fix an die Umsetzung macht und uns die Ergebnisse auch zügig vorlegt, sodass wir eine Art Grundsatzbeschluss bekommen, damit wir diese Frage nicht immer wieder aufrufen müssen. - Ich danke Ihnen ganz herzlich. Auf Wiedersehen.

(Beifall bei der CDU)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zu Herrn Brust.

<Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Dass wir heute diese Diskussion hier im Rat führen müssen, hängt damit zusammen, dass diese Vorlagen überhaupt nicht im Bauausschuss gelandet sind. Entgegen der Zuständigkeitsordnung haben wir diese drei Vorlagen zu den Schulplanungsbeschlüssen nicht im Fachausschuss gehabt. Dann hätten wir die Diskussion dort führen können.

Deswegen lautet auch der Punkt 2 unseres Antrags, dass bei zukünftigen Planungsbeschlüssen der Fachausschuss für Bauen oder Gebäudewirtschaft einbezogen werden muss, damit man die Diskussion dort führen kann.

Inhaltlich haben wir die Diskussion über die Luftsituation in den Schulen schon vor über zwei Jahren im Bauausschuss geführt. Damals war Herr Professor Wiesmüller vom Gesundheitsamt da. Wir haben uns über zwei Sitzungen sehr intensiv darüber gestritten, wie die Luftzufuhr in den Schulen sein muss.

Wir hatten damals gerade die Energieleitlinien mit dem Passivhausstandard beschlossen. Auf Grundlage dieser Leitlinien hat die Gebäudewirtschaft dann die BQAs, die Bau-, Qualitäts- und Ausstattungsstandards, entwickelt. Darin stand, dass Lüftungsanlagen 25 Kubikmeter Frischluft pro Stunde und Schüler der Raumluft zuführen müssen. Das Gesundheitsamt war damals der Meinung, dass das nicht ausreicht und zu wenig Frischluft ist.

Deswegen haben wir dann die Diskussion im Fachausschuss geführt und mit Herrn Professor Wiesmüller einen Kompromiss geschlossen. Weil kleine Kinder weniger Frischluft brauchen, haben wir bei Grundschulen 25 Kubikmeter und bei weiterführenden Schulen 30 Kubikmeter genommen. Das war das Mindestmaß dessen, was das Gesundheitsamt damals gefordert hat, weil die Praxis zeigt, dass das auch nicht immer ausreichend ist - je nachdem, wie viele Personen im Raum sind.

Deswegen steht heute in den BQAs, dass diese Mindestmengen an Frischluftzufuhr mechanisch gewährleistet sein müssen und darüber hinaus eine Fensterlüftung jederzeit möglich sein muss.

In den neuen Passivhausschulen sind Ampeln installiert. Sobald der CO_2-Wert auf 1 000 ppm steigt - das heißt: wenn die Kinder anfangen, müde zu werden, weil die Luft mit CO_2 gesättigt ist -, zeigen diese Ampeln Rot. Das ist das Signal für den Lehrer, zusätzlich zur Lüftungsanlage die Fenster zu öffnen.

Deswegen ist der Prüfantrag, der heute hier vorliegt, wirklich um ein paar Jahre verspätet; denn wir wissen, dass selbst mit Lüftungsanlage die Luft nicht immer eine ausreichend gute Qualität hat.

Jetzt zu beschließen, wie CDU und SPD das wollen, dass parallel beide Systeme geplant werden, bedeutet nur, Geld zu verschwenden. Man muss Architekten mit zwei Planungen beauftragen und für zwei Planungen bezahlen, obwohl wir nachher nur eine Planung ausführen können. Das ist wirklich Geldverschwendung, die wir uns sparen können.

Seit es den Beschluss zur Passivhausbauweise gibt, haben wir leider das Problem, dass die Verwaltung bzw. die Gebäudewirtschaft, wie vom Rat beschlossen, im Passivhausstandard geplant hat, der Oberbürgermeister die Baubeschlüsse auf Grundlage dieser Planung dann aber nicht mitgezeichnet hat. Das hat zur Folge gehabt, dass wir in den letzten zwei, drei Jahren zum Teil Schulen erst um ein Jahr verzögert bauen konnten, weil die Beschlüsse aus der Verwaltung nicht herauskamen.

Letztes Frühjahr haben wir uns dann auf ein Paket von acht Schulen geeinigt. Dort haben wir, wie Herr Schlieben eben gesagt hat, einen seltsamen Kompromiss geschlossen - vier Schulen so, vier Schulen so. Das ist aber kein Zustand. Wir müssen als Politik in der Lage sein, die Verwaltung zu beauftragen, wie sie zu planen hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das haben wir jetzt seit zwei Jahren nicht hinbekommen. Wir hatten gehofft, dass wir uns, wenn wir einen Rückzieher machen und ein Kompromissangebot vorlegen, dann auf etwas Vernünftiges einigen können. Wir haben der SPD vorgeschlagen: Wir verzichten auf die Passivhausbauweise; es muss aber zumindest sichergestellt sein, dass genügend Frischluft in den Klassen ist. Dann braucht man Schulen nach dem Standard EnEV 2014 zumindest mit mechanischer Be- und Entlüftung und Wärmerückgewinnung.

Die SPD war nicht bereit, dem zuzustimmen. Stattdessen wird hier dieser komische Antrag vorgelegt, dass nach beiden Standards geplant werden soll. Wir planen jetzt schon seit zwei Jahren mit zwei oder drei Standards parallel. Das führt zu einer unnötigen Belastung der Gebäudewirtschaft, zu einer Geldverschwendung, was die Kosten für externe Architekten angeht, und zu Verzögerungen. In Zukunft sollten wir das nicht weiter so machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann haben wir noch die Wortmeldung von Herrn Breite. Bitte schön.

<Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich muss es jetzt so machen wie Herr Dr. Schlieben und mich auch erst einmal entschuldigen - allerdings weniger für die Schule, sondern mehr für den Sport; denn bei Schulneubauten stellt sich auch immer die Frage, wie wir mit den Sportanlagen dort umgehen, und zwar sowohl mit den ungedeckten als auch, wie hier, mit den gedeckten.

Zunächst einmal möchte ich aber betonen, dass ich das, was SPD und CDU gesagt haben, sehr nachvollziehbar finde. In der Tat sollten wir uns das noch einmal genau anschauen, damit wir hier auch die richtige Entscheidung treffen. Wenn man mit Fachleuten spricht, hört man immer wieder, dass es in Schulen mit der Belüftung und Entlüftung und insbesondere mit der Wartung nicht immer so einfach ist. Wir kennen solche Dinge ja auch aus anderen Schulen. Darum finde ich diesen Antrag sehr gut. Meine Fraktion unterstützt das und wird diesen Antrag auch zusammen mit Ihnen beschließen.

Insofern würde ich mich freuen, wenn Sie auch unsere Anregungen mit beschließen würden; denn dabei geht es ebenfalls um eine Prüfung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das hatten wir als Erstes in Porz gemacht. Wir Sportpolitiker hatten die Verwaltung überzeugt, bei Grundschulen keine Einfachsporthalle, sondern eine Zweifachsporthalle zu bauen,

(Birgit Gordes [CDU]: Sporthalle?)

weil die Zweifachsporthalle größer ist und man in einer Einfachsporthalle keinen Ballsport betreiben kann.

(Birgitta Nesseler-Komp [CDU]: Turnhalle! Das ist ein Unterschied!)

- Von mir aus. Wenn Sie das gerne Turnhalle nennen wollen, können wir das auch machen. Wir wollen dort aber nicht nur turnen, sondern möchten dort auch gerne Ballsport machen. Daher geht es uns um die Größe; denn nur dort ist

das möglich. Insbesondere für den Ganztagsunterricht, aber auch für den Vereinssport ist das sehr wichtig. Meine sehr verehrte Kollegin, selbstverständlich nenne ich das dann Zweifachturnhalle, wenn ich Sie damit überzeugen kann und so Ihre Stimme gewinnen kann.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Kann man die Turnhalle auch fluten?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Verwaltung war sich nicht ganz einig, ob das dort geht. Sie hat gesagt, es sei nur eine Einfachturnhalle möglich; aus Platzgründen könne man eine Zweifachturnhalle dort nicht umsetzen. Wir haben uns dann noch einmal damit beschäftigt. Frau Rinnenburger ist ja hier. Sie kennt auch unsere schulpolitische Sprecherin, Frau Ruffen, die heute noch im Schulverwaltungsamt war, um sich die Machbarkeitsstudie anzuschauen. Sie meint, das gehe; wir hätten aber Probleme mit den Lehrerparkplätzen. Ich glaube aber, dass diese Problematik bei ihr in guten Händen ist und sie das noch einmal prüfen wird. Meines Erachtens können wir in Nippes nicht sagen, dass wir keine Zweifachturnhalle bauen, weil wir dort lieber die Lehrerparkplätze haben wollen. Das kann man - ich sehe Herrn Gutzeit - auch anderen nicht erklären. Darum bitte ich Sie, das mit in die Prüfung aufzunehmen.

Wenn es da eine Lösung gäbe - Frau Rinnenburger schreibt das ja schon auf -, würde das alle sehr freuen: die Nippeser, die Sportvereine und insbesondere die Schülerinnen und Schüler, weil sie dort viel mehr Sport treiben können als in einer Einfachturnhalle. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Thelen möchte Ihnen noch eine Frage stellen.

Ulrich Breite (FDP): Herr Lehrer.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Uli, erlaubst du eine Zwischenfrage?

Ulrich Breite (FDP): Immer.

<Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe, als ich jung war, aber auch später noch, selbst als Lehrer, in einer Einfachturnhalle sowohl Basketball als auch Volleyball gespielt. Das sind doch auch Ballsportarten.

(Jochen Ott [SPD]: Nicht regelkonform!)

Ich denke also, dass da genügend Möglichkeiten bestehen.

Andererseits ist auch bekannt, dass in Nippes jetzt mehrere Dreifachturnhallen gebaut werden und gebaut worden sind.

Insofern solltet ihr euren Zusatzantrag, der die dort notwendige Raumkapazität deutlich überschreitet, meines Erachtens zurückziehen.>

<Ulrich Breite (FDP): Herr Thelen, es ist sehr schön, dass Sie in einer Einfachturnhalle auch Basketball gespielt haben.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Und ohne Schaden an der Seele zu nehmen!)

Der Zwischenruf von Herrn Ott war aber richtig. Das war in der Tat nicht regelkonform. Gerade Sie als Lehrer sollten dann, wenn Sie Schiedsrichter sind, auch genau hinschauen. In einer Einfachturnhalle ist insbesondere die Verletzungsgefahr gerade bei Mannschaftssportarten viel höher. Das können Sie mir als langjährigem Vorsitzenden eines größeren Sportvereins glauben.

Aus den Erfahrungen kann ich Ihnen auch sagen: Gerade in Nippes benötigen wir weitere Hallenkapazitäten. Insbesondere die Vereine fragen danach. Mein Verein war auch in verschiedenen Bezirken tätig. In Nippes gab es nie Trainingszeiten, weil sie alle aufgebraucht waren.

Glauben Sie mir: Sie tun etwas Gutes, wenn Sie unserem Antrag zustimmen. Es macht Ihnen bestimmt auch in Ihrem Alter

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

noch viel mehr Spaß, dann in einer Zweifachturnhalle Basketball zu spielen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zu einer Erklärung von Frau Dr. Klein als zuständiger Schuldezernentin.

<Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Erst einmal herzlichen Dank für die hier bestehende Einigkeit aller darüber, dass die drei Schulprojekte auf den Weg gebracht werden müssen; denn bei allen Diskussionen um welche Standards auch immer ist ganz wichtig, dass wir Schulplätze für Schülerinnen und Schüler in Köln haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Wie Sie heute gehört haben, verzeichnen wir erneut steigende Geburtenzahlen. Das ist eine gute Nachricht, aber gleichzeitig auch eine Herausforderung. Insofern sind wir auf die Schulplätze dringend angewiesen. Deshalb möchten wir auf gar keinen Fall, dass hier geschoben wird und die entsprechenden Schulplätze nicht zur Verfügung stehen.

Was die Energiestandards angeht, werden wir das sicherlich prüfen. Frau Rinnenburger von der Gebäudewirtschaft wird die Prüfung dann aufnehmen, glaube ich.

Eines möchte ich aber doch noch zur Klarstellung sagen: Wir haben Ihnen keine Schulen zur Beschlussfassung vorgeschlagen, die nicht gebrauchsfähig wären. Im Hauptbeschlussvorschlag haben wir Ihnen Schulen vorgeschlagen, die selbstverständlich für den Schulunterricht gut tauglich sind, und zwar sowohl aus pädagogischer Sicht als auch aus gesundheitlicher Sicht. Das ist uns als Verwaltung ganz wichtig. Wir schlagen natürlich keine Schulen vor, in denen die Kinder nicht vernünftig lernen könnten.

Ansonsten ist es uns gut möglich, denke ich, wenn ich mir die Beschlusstexte oder den Vorschlag ansehe, das entsprechend zu prüfen. Insbesondere entstehen nahezu keine zusätzlichen Kosten, weil wir in einer ganz frühen Phase sind, nämlich in der Phase 0. Wenn alsbald, also Anfang des Jahres 2015, in den Fachausschüssen dann auch die Diskussion geführt und zu Ende geführt wird, können wir das bis dahin durchaus parallel prüfen.

Herr Breite, über die Turnhalle haben wir ja im Sportausschuss diskutiert. Wir haben gestern mit Frau Ruffen im Schulausschuss gesprochen. Wir haben Ihrer Kollegin heute Morgen auch noch einmal sehr deutlich die Situation am Nippesbad erläutert. Ich habe hier auch eine Machbarkeitsstudie. Sie können sie sich gerne anschauen. Das Grundstück ist extrem eng.

In dieser Machbarkeitsstudie haben wir einmal prüfen lassen, ob auf dieses enge Grundstück eine Kita - eine sechsgruppige Kita muss dorthin; die Kitaplätze brauchen wir natürlich auch - und eine dreizügige Grundschule passen. Die Machbarkeitsstudie hat diese Frage beantwortet. Ja, es geht. Wir werden das aber gerne noch einmal prüfen.

Eine Zweifachturnhalle - um das hier noch einmal deutlich zu sagen - wird aber schlicht und ergreifend nicht auf das Grundstück passen. Das haben wir auch in den Vorgesprächen sehr, sehr deutlich erläutert. Die einzige Möglichkeit wäre, sie einzugraben. Das würde allerdings zu einer Kostenexplosion führen, die wohl niemand hier im Rat will, weil man dann an die Grundwasserlinie herankäme, sodass entsprechende Wannen gebaut werden müssten. Die Kosten dafür wären exorbitant hoch.

(Martin Börschel [SPD]: Also heißt das, dass das schon geprüft ist?)

- Wir haben in Gesprächen deutlich gemacht, dass das auf dieses Grundstück nicht mehr passt.

(Martin Börschel [SPD]: Okay! Gut!)

Das haben wir auch heute Morgen Ihrer Kollegin anhand der Vorlage der Machbarkeitsstudie deutlich zu machen versucht.

Wir können das gerne noch einmal prüfen, damit Sie es dann vielleicht auch noch einmal schriftlich haben. Das ist aber zumindest die Prüfung, die wir durchgeführt haben, nachdem wir das im Sportausschuss erfahren hatten.

Lassen Sie mich kurz noch etwas zur Tauglichkeit der Einfachturnhalle sagen. Sie ist natürlich für den Schulsport tauglich. Sie ist aber nicht - das ist das, was Herr Breite meint - für Wettbewerbe tauglich. Für Vereine ist eine Einfachturnhalle also nicht tauglich.

Der Rat hat aber beschlossen, im Bezirk Nippes eine Gesamtschule zu errichten, die eine neue Dreifachturnhalle bekommt. Außerdem hat der Rat Sanierungs- und Baumaßnahmen am Niehler Kirchweg beschlossen. Dort wird eine zusätz-

liche Dreifachturnhalle errichtet. Nippes hat im Moment in der Tat eine knappe Turnhallensituation; da gebe ich Ihnen vollkommen recht. Wir bauen aber an zwei Standorten größere Schulkomplexe jeweils mit Dreifachturnhallen. Insofern können die Sportlerinnen und Sportler in Nippes ganz zufrieden sein, glaube ich. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der Linken)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Dr. Klein. - Jetzt erhält Frau Rinnenburger als Leiterin der Gebäudewirtschaft das Wort.

<Petra Rinnenburger (Gebäudewirtschaft der Stadt Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Dr. Klein hat schon fast alle Fragen beantwortet. Trotzdem möchte ich gerne noch auf die Fragen von Herrn Börschel antworten. Sie hatten nachgefragt, ob das einen großen Kostenaufwand verursachen würde. Dazu hat Herr Brust erläutert, dass wir vor zwei Jahren schon die Diskussion geführt haben. Der große Kostenunterschied zu dem Thema, das wir vor zwei Jahren diskutiert haben, ist, dass wir uns jetzt in der Leistungsphase 0 bis 1 befinden. Das heißt, dass wir praktisch noch nichts auf Papier geplant haben. Daher können wir das jetzt akademisch mit schlichtem Rechnen angehen. Das ist natürlich ein ganz anderer Kostenfaktor, als man ihn bei einer fertigen Planung hat, wenn man noch einmal eine komplette detaillierte Planung für Anschlüsse, Fenster usw. vornehmen muss.

Wir würden als Verwaltung also den Auftrag entgegennehmen, grundsätzlich den EnEV-2014-Standard zu prüfen, und die Planungen, die wir jetzt angehen, parallel - so habe ich Ihren Auftrag verstanden - mit der Planung einer kontrollierten mechanischen Be- und Entlüftung weiterführen. Das macht in der Architektur erst einmal keinen Unterschied, sondern erst in der Haustechnik. Das heißt: Die Kosten, die nachher entstehen, entstehen dann, wenn wir uns für eine Lüftung entscheiden. Dann sind es die Mehrkosten, die wir für die Lüftungsanlage brauchen.

Lassen Sie mich jetzt kurz etwas zu dem Unterschied zwischen dem Passivhausstandard und dem Standard nach EnEV 2014 sagen. Beim Passivhaus müssen Sie zwingend eine Lüftungsanlage haben. Bei EnEV 2014 entscheidet es die Architektur. Haben Sie große Fenster mit großen Lüftungsquerschnitten - Herr Brust hat es eben auch schon erwähnt -, können Sie besser eine Stoßlüftung vornehmen und schneller die Luft austauschen. Bei kleinen Fenstern entscheidet man sich in der Regel dafür, eine zusätzliche mechanische Lüftung einzubringen.

Eine wichtige Frage ist noch zu beantworten. Sie wollten eben wissen, ob wir die Fenster überhaupt noch öffnen können. Im Passivhaus werden Sie um eine Dreifachverglasung nicht herumkommen. Ob die Schülerinnen und Schüler diese Fenster öffnen können, hängt davon ab, um welche Schule es sich handelt. Für Grundschüler wird eine Dreifachverglasung mit Sicherheit kaum zu bewegen sein. Das finde ich aber ganz gut; denn dann muss der Lehrer das Fenster öffnen. Je größer die Schüler werden und je weiter sie in die Sekundarstufe II kommen, umso schneller und leichter können sie aber auch ein Dreifachfenster bewegen. Ein Dreifachfenster ist einfach schwer. Das ist der Grund, warum es nicht von jedem geöffnet werden kann.

Herr Dr. Schlieben, Sie haben auch gefragt, was der Passivhausstandard generell mit sich bringe. Die beiden großen Unterschiede habe ich schon genannt. Neben der zwingenden Be- und Entlüftung ist das die Dreifachverglasung. Anders kann kein Passivhaus gebaut werden.

Wir nehmen den Auftrag mit und prüfen das natürlich schnellstmöglich.>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bedanke mich herzlich für die zusätzlichen Informationen, die wir bekommen haben.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über den Ergänzungsantrag von SPD und CDU und dann über den Ergänzungsantrag der Grünen ab. Danach kommen wir zu dem besonderen Antrag der FDP zu TOP 10.17, bei dem es um die Turnhalle geht.

Wir beginnen mit dem Ergänzungsantrag der SPD und der CDU. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die CDU, die FDP, die Linke und pro Köln. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der AfD ist dieser Antrag angenommen.

Wir kommen zum Ergänzungsantrag der Grünen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, Deine Freunde und die Piraten. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist er abgelehnt.

Jetzt stimmen wir über den Ergänzungsantrag der FDP zu TOP 10.17 ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Henseler ist dieser Antrag abgelehnt.

Zum Schluss müssen wir noch über die gesamten Vorlagen in Form der beschlossenen Ergänzungen abstimmen. Das ist jetzt notwendig. Wer für diese Gesamtvorlagen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die CDU, die Linke und pro Köln. Wer enthält sich? - Es enthalten sich die AfD, die Grünen, die Piraten und Deine Freunde.

(Martin Börschel [SPD]: Die FDP hat bestimmt nicht gegen die Schulen stimmen wollen! Sie hat sich bestimmt vertan!)

Die FDP und Herr Henseler haben also dagegen gestimmt.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Es sind ja drei Vorlagen! Haben Sie sie jetzt alle zusammen zur Abstimmung gestellt?)

- Ja, alle drei zusammen. Wir haben jetzt über die Vorlagen unter den Tagesordnungspunkten 10.17, 10.18 und 10.23 abgestimmt.

(Ulrich Breite [FDP]: Unser Antrag bezog sich nur auf TOP 10.17!)

- Das habe ich ja extra gesagt.

(Ulrich Breite [FDP]: Darüber würden wir gerne einzeln abstimmen!)

- Wir haben doch gerade zu Punkt 10.17 abgestimmt. - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Wir hatten unseren Änderungsantrag zu TOP 10.17 gestellt. Mit den Vorlagen unter den Punkten 10.18 und 10.23 haben wir keine Probleme. Denen würden natürlich auch zustimmen. Wir haben ja dem Antrag von SPD und CDU zugestimmt. Uns ging es um die Vorlage unter Tagesordnungspunkt 10.17. Die haben wir abgelehnt. Den beiden anderen Vorlagen stimmen wir zu - mit dem Änderungsantrag von SPD und CDU.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das habe ich eben auch so entgegengenommen.

Ulrich Breite (FDP): Alles klar. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Damit haben wir diese Tagesordnungspunkte zu den Schulthemen beendet. Jetzt kann man sich vorstellen, wie es im Schulausschuss zugeht.

(Heiterkeit)

4143/2013

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion:

Der Beschlusstext der vorgenannten Vorlagen ist wie folgt zu ergänzen:

- *Die Verwaltung wird beauftragt, zu klären, inwieweit der Energiestandard EnEV 2014 für Schulbauten sachgerecht ist. Das Ergebnis ist kurzfristig dem Ausschuss Schule und Weiterbildung sowie dem Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft vorzulegen.*

- *Insbesondere ist die Frage zu beantworten, ob im Hinblick auf die auftretende CO2-Konzentration in Klassenräumen eine kontrollierte Be- und Entlüftung geboten ist, um den Unterrichtsrealitäten gerecht zu werden. Die Verwaltung soll hierzu externen Sachverstand hinzuziehen und Erfahrungen aus anderen Kommunen in die Beantwortung einfließen lassen.*

- *Bis zur Bewertung dieser Fragen und abschließenden Entscheidung durch die Fachausschüsse soll die Verwaltung die Planungen parallel mit und ohne Anlagen zur kontrollierten Be- und Entlüftung mit Wärmerückgewinnung fortsetzen.*

- *Bei zukünftigen Planungsaufnahmen für Schulbauten ist die Vorbereitung solcher Beschlussvorlagen im Bauausschuss bzw. Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft vorzusehen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der

FDP-Fraktion und der Gruppe pro Köln sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

II. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Bei der Planung der o.a. Schulbauten sind jeweils Anlagen zur kontrollierten Be- und Entlüftung mit Wärmerückgewinnung als Ergänzung zum Energiestandard (EnEV) 2014 vorzusehen und zu planen.

Bei zukünftigen Planungsaufnahmen für Schulbauten ist die Vorbereitung solcher Beschlussvorlagen im Bauausschuss bzw. Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe Piraten und gegen die Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) abgelehnt.

III. Beschluss gemäß Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Rat möge beschließen:

Nach dem Absatz

„Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Entwurfsplanung) zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Sporthalle auf dem Gelände des ehemaligen „Nippesbad“ in Köln-Nippes, Ecke Friedrich-Karl-Straße / Niehler Kirchweg nach gesicherter Finanzierung.“

wird eingefügt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, als Alternative unverzüglich die Prüfung zur Errichtung einer 2-fach Turnhalle anstelle einer 1-fach Turnhalle aufzunehmen.

Die Ergebnisse dieser Prüfung sind den Ausschüssen mitzuteilen.“

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

IV. Gesamtabstimmung über die so geänderte Beschlussvorlage:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Entwurfsplanung) zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Sporthalle auf dem Gelände des ehemaligen „Nippesbad“ in Köln-Nippes, Ecke Friedrich-Karl-Straße / Niehler Kirchweg nach gesicherter Finanzierung.*

   Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung und die Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben.

   Die Gesamtkosten (inklusive Einrichtung) belaufen sich nach vorläufiger Kostenschätzung auf 16.170.000 € (Kostenzusammenstellung siehe Anlage 2). Der Kostenschätzung liegt der Energiestandard aus der Energieeinsparverordnung (EnEV) 2014 zugrunde.

   Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die aus dem städt. Haushalt zu finanzierenden Mietmehrkosten inkl. Nebenkosten in Höhe von 1.728.982 € sind frühestens ab Haushaltsjahr 2020 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben zusätzlich zu veranschlagen.

   Der Planung ist das in der beigefügten Raumliste (Anlage 1) aufgeführte Raumprogramm zugrunde zu legen. Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

2. *Der Rat beschließt zum Stellenplan 2020 die Zusetzung einer insgesamt 0,17 Stelle Schulsekretär/in in der EG 5 TVöD für das neue Grundschulgebäude. Die jeweils für die Schuljahre anteiligen Stellenanteile werden verwaltungsintern entsprechend zum Stellenplan bereitgestellt. Sollte der Stellenplan 2020 zum Zeitpunkt der notwendigen Stelleneinrichtung noch nicht in Kraft getreten sein, werden verwaltungsintern Stellenverrechnungen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt.*

3. *Der Rat beschließt zum Stellenplan 2020 die Zusetzung einer 1,0 Stelle Schulhausmeister in der EG 3 TVöD (VIII/VII BAT) für das*

neue Schulgebäude. Sollte der Stellenplan 2020 zum Zeitpunkt der notwendigen Stelleneinrichtung noch nicht in Kraft getreten sein, werden verwaltungsintern Stellenverrechnungen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt.

Der Beschlusstext der vorgenannten Vorlagenwird wird wie folgt ergänzt:

- *Die Verwaltung wird beauftragt, zu klären, inwieweit der Energiestandard EnEV 2014 für Schulbauten sachgerecht ist. Das Ergebnis ist kurzfristig dem Ausschuss Schule und Weiterbildung sowie dem Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft vorzulegen.*
- *Insbesondere ist die Frage zu beantworten, ob im Hinblick auf die auftretende CO2-Konzentration in Klassenräumen eine kontrollierte Be- und Entlüftung geboten ist, um den Unterrichtsrealitäten gerecht zu werden. Die Verwaltung soll hierzu externen Sachverstand hinzuziehen und Erfahrungen aus anderen Kommunen in die Beantwortung einfließen lassen.*
- *Bis zur Bewertung dieser Fragen und abschließenden Entscheidung durch die Fachausschüsse soll die Verwaltung die Planungen parallel mit und ohne Anlagen zur kontrollierten Be- und Entlüftung mit Wärmerückgewinnung fortsetzen.*
- *Bei zukünftigen Planungsaufnahmen für Schulbauten ist die Vorbereitung solcher Beschlussvorlagen im Bauausschuss bzw. Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft vorzusehen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe pro Köln sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der AfD-Fraktion, der Gruppe Piraten und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

2048/2014

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion:

Der Beschlusstext der vorgenannten Vorlagen ist wie folgt zu ergänzen:

- *Die Verwaltung wird beauftragt, zu klären, inwieweit der Energiestandard EnEV 2014 für Schulbauten sachgerecht ist. Das Ergebnis ist kurzfristig dem Ausschuss Schule und Weiterbildung sowie dem Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft vorzulegen.*
- *Insbesondere ist die Frage zu beantworten, ob im Hinblick auf die auftretende CO2-Konzentration in Klassenräumen eine kontrollierte Be- und Entlüftung geboten ist, um den Unterrichtsrealitäten gerecht zu werden. Die Verwaltung soll hierzu externen Sachverstand hinzuziehen und Erfahrungen aus anderen Kommunen in die Beantwortung einfließen lassen.*
- *Bis zur Bewertung dieser Fragen und abschließenden Entscheidung durch die Fachausschüsse soll die Verwaltung die Planungen parallel mit und ohne Anlagen zur kontrollierten Be- und Entlüftung mit Wärmerückgewinnung fortsetzen.*
- *Bei zukünftigen Planungsaufnahmen für Schulbauten ist die Vorbereitung solcher Beschlussvorlagen im Bauausschuss bzw. Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft vorzusehen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion und der Gruppe pro Köln sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

II. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Bei der Planung der o.a. Schulbauten sind jeweils Anlagen zur kontrollierten Be- und Entlüftung mit Wärmerückgewinnung als Ergänzung zum Energiestandard (EnEV) 2014 vorzusehen und zu planen.

Bei zukünftigen Planungsaufnahmen für Schulbauten ist die Vorbereitung solcher Beschlussvorlagen im Bauausschuss bzw. Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe Piraten und gegen die Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) abgelehnt.

III. Gesamtabstimmung über die so geänderte Beschlussvorlage:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Gesamtschule im Stadtbezirk Innenstadt am Teilstandort Frankstr. 26 und den Abriss und Neubau des Schulgebäudes sowie von 2 Turnhallen am Teilstandort Severinswall 40/40a nach gesicherter Finanzierung.

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung und die Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben.

Die Gesamtkosten (inkl. Einrichtung) belaufen sich nach vorläufiger Kostenschätzung auf 20,70 Mio. € (Teilstandort Frankstr. 4,18 Mio. € sowie am Teilstandort Severinswall 40/40a.16,52 Mio. €). Der Kostenschätzung liegt der Energiestandard aus der Energiesparverordnung (EnEV) 2014 zugrunde.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Mietmehrkosten inkl. Nebenkosten für den Teilstandort Frankstr in Höhe von rd.466.766 € p.a. ab dem Haushaltsjahr 2018 und für den Teilstandort Severinswall in Höhe von rd. 1.403.233 € p.a. ab dem Haushaltsjahr 2021 sind im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben zusätzlich zu veranschlagen.

Die Inbetriebnahme der Schulbauten am Teilstandort Frankstr ist zum Beginn des Schuljahres 2018/2019 und am Teilstandort Severinswall zum Beginn des Schuljahres 2021/2022 vorzusehen.

Der Planung ist das in beigefügten Raumlisten (Anlage 1 und 2) aufgeführte und abgestimmte Raumprogramm zu Grunde zu legen. Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Die Kostenschätzung für die beiden Energiestandard-Alternativen beruht auf einer von der Verwaltung durchgeführten Machbarkeitsstudie. Eine abschließende Entscheidung, welcher Energiestandard tatsächlich umgesetzt wird, kann erst nach Vorliegen der Ergebnisse der Planung und der in dem Zusammenhang zu erstellenden Wirtschaftlichkeitsberechnung durch den Rat im weiteren Verfahren erfolgen.

Der Beschlusstext der vorgenannten Vorlagenwird wird wie folgt ergänzt:

- *Die Verwaltung wird beauftragt, zu klären, inwieweit der Energiestandard EnEV 2014 für Schulbauten sachgerecht ist. Das Ergebnis ist kurzfristig dem Ausschuss Schule und Weiterbildung sowie dem Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft vorzulegen.*
- *Insbesondere ist die Frage zu beantworten, ob im Hinblick auf die auftretende CO2-Konzentration in Klassenräumen eine kontrollierte Be- und Entlüftung geboten ist, um den Unterrichtsrealitäten gerecht zu werden. Die Verwaltung soll hierzu externen Sachverstand hinzuziehen und Erfahrungen aus anderen Kommunen in die Beantwortung einfließen lassen.*
- *Bis zur Bewertung dieser Fragen und abschließenden Entscheidung durch die Fachausschüsse soll die Verwaltung die Planungen parallel mit und ohne Anlagen zur kontrollierten Be- und Entlüftung mit Wärmerückgewinnung fortsetzen.*
- *Bei zukünftigen Planungsaufnahmen für Schulbauten ist die Vorbereitung solcher Beschlussvorlagen im Bauausschuss bzw. Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft vorzusehen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion und der Gruppe pro Köln sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der AfD-Fraktion, der Gruppe Piraten und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

1948/2014

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion:

Der Beschlusstext der vorgenannten Vorlagen ist wie folgt zu ergänzen:

- *Die Verwaltung wird beauftragt, zu klären, inwieweit der Energiestandard EnEV 2014 für Schulbauten sachgerecht ist. Das Ergebnis ist kurzfristig dem Ausschuss Schule und Weiterbildung sowie dem Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft vorzulegen.*
- *Insbesondere ist die Frage zu beantworten, ob im Hinblick auf die auftretende CO2-Konzentration in Klassenräumen eine kontrollierte Be- und Entlüftung geboten ist, um den Unterrichtsrealitäten gerecht zu werden. Die Verwaltung soll hierzu externen Sachverstand hinzuziehen und Erfahrungen aus anderen Kommunen in die Beantwortung einfließen lassen.*
- *Bis zur Bewertung dieser Fragen und abschließenden Entscheidung durch die Fachausschüsse soll die Verwaltung die Planungen parallel mit und ohne Anlagen zur kontrollierten Be- und Entlüftung mit Wärmerückgewinnung fortsetzen.*
- *Bei zukünftigen Planungsaufnahmen für Schulbauten ist die Vorbereitung solcher Beschlussvorlagen im Bauausschuss bzw. Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft vorzusehen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion und der Gruppe pro Köln sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

II. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Bei der Planung der o.a. Schulbauten sind jeweils Anlagen zur kontrollierten Be- und Entlüftung mit Wärmerückgewinnung als Ergänzung zum Energiestandard (EnEV) 2014 vorzusehen und zu planen.

Bei zukünftigen Planungsaufnahmen für Schulbauten ist die Vorbereitung solcher Beschlussvorlagen im Bauausschuss bzw. Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe Piraten und gegen die Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) abgelehnt.

III. Gesamtabstimmung über die so geänderte Beschlussvorlage:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit Einzel-Sporthalle auf dem Gelände Thessaloniki-Allee (Vietorstr. / Ecke Wipperfürther Str.), Köln-Kalk nach gesicherter Finanzierung.
Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung und die Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben.

Die Gesamtkosten (inklusive Einrichtung) belaufen sich nach vorläufiger Kostenschätzung auf 16.590.000 € (Kostenzusammenstellung siehe Anlage 2). Der Kostenschätzung liegt der Energiestandard aus der Energieeinsparverordnung (EnEV) 2014 zugrunde.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die aus dem städt. Haushalt zu finanzierenden Mietmehrkosten inkl. Nebenkosten in Höhe von 1.705.530 € sind frühestens ab Haushaltsjahr 2020 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben zu veranschlagen.

Der Planung ist das in der beigefügten Raumliste (Anlage 1) aufgeführte Raumprogramm zugrunde zu legen. Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Die Kostenschätzung für die beiden Energiestandard-Alternativen beruht auf einer von der Verwaltung durchgeführten Machbarkeitsstudie. Eine abschließende Entscheidung, welcher Energiestandard tatsächlich umgesetzt wird, kann erst nach Vorliegen der Ergebnisse der Planung und der in dem Zusammenhang zu erstellenden Wirtschaftlichkeitsberechnung durch den Rat im weiteren Verfahren erfolgen.

Der Beschlusstext der vorgenannten Vorlagenwird wird wie folgt ergänzt:

- *Die Verwaltung wird beauftragt, zu klären, inwieweit der Energiestandard EnEV 2014 für Schulbauten sachgerecht ist. Das Ergebnis ist kurzfristig dem Ausschuss Schule und Weiterbildung sowie dem Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft vorzulegen.*
- *Insbesondere ist die Frage zu beantworten, ob im Hinblick auf die auftretende CO2-Konzentration in Klassenräumen eine kontrollierte Be- und Entlüftung geboten ist, um*

den Unterrichtsrealitäten gerecht zu werden. Die Verwaltung soll hierzu externen Sachverstand hinzuziehen und Erfahrungen aus anderen Kommunen in die Beantwortung einfließen lassen.

- *Bis zur Bewertung dieser Fragen und abschließenden Entscheidung durch die Fachausschüsse soll die Verwaltung die Planungen parallel mit und ohne Anlagen zur kontrollierten Be- und Entlüftung mit Wärmerückgewinnung fortsetzen.*

- *Bei zukünftigen Planungsaufnahmen für Schulbauten ist die Vorbereitung solcher Beschlussvorlagen im Bauausschuss bzw. Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft vorzusehen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion und der Gruppe pro Köln sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der AfD-Fraktion, der Gruppe Piraten und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 73480/06
Arbeitstitel: Kochwiesenstraße in Köln-Holweide
2868/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *den Aufstellungsbeschluss vom 06.12.1990, betreffend die alte Abgrenzung des Bebauungsplanes "Kochwiesenstraße" (siehe Anlage 2), um den Bereich 4 der ehemaligen "Baumwollbleicherei", den Bereich 3 "unterer Wiechheimer Kirchweg" und Teile des Bereiches 1 "Kaspar-Düppes-Straße" im nördlichen Planbereich, aufzuheben;*

2. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf 73480/06 für das Gebiet zwischen Kochwiesenstraße, Burgwiesenstraße, Ferdinand-Stücker-Straße und Schweinheimer Straße in Köln-Holweide —Arbeitstitel: Kochwiesenstraße in Köln-Holweide— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 10;*

3. *den Bebauungsplan 73480/06 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 12.2:

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 69460/07
Arbeitstitel: Euroforum Nord in Köln-Mülheim
3046/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte.

<Michael Weisenstein (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister, ich mache das kurz vom Platz aus. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die Bezirksvertretung Mülheim zu der Verkehrssitua-

tion auf der Deutz-Mülheimer Straße eine Ergänzung zum Beschluss vorgenommen hat. Die BV Mülheim ist nämlich der Auffassung - das findet mit Sicherheit auch hier Zustimmung -, dass grundsätzlich eine Straßenbahnverbindung vom Messe-Kreisel zum Wiener Platz wünschenswert wäre.

Diejenigen, die sich ein bisschen mit Verkehrspolitik beschäftigen, wissen, dass ein straßenunabhängiger Gleiskörper dort aus Platzgründen nicht zu realisieren ist und dass deswegen die Zuschüsse von Bund und Land nicht fließen können. Zumindest ist das derzeit so.

Es wäre schön, wenn die Verwaltung mit in die Planungen einbeziehen würde, ob dort eine ganz normale Straßenbahn, also keine Stadtbahn, gebaut werden kann, wenn entweder die Mittelvergabe nicht mehr so geregelt ist wie heute oder wenn die Investorin - ähnlich wie bei IKEA; das sollte die Verwaltung auch prüfen - mit in die Finanzierung dieser Straßenbahnlinie einsteigt.

Ich bitte darum, dass das zu Protokoll genommen wird und in die weiteren Beratungen einfließt. - Schönen Dank.>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das nehmen wir gerne entgegen. Diese Anmerkung ist im Protokoll jetzt so festgehalten. - Dann kommen wir zu Frau Jahn.

<Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Ergänzend - was Sie gesagt haben, war wunderbar - möchte ich die Verwaltung noch bitten, auch die Kosten für eine überfahrbare Straßenbahn zu ermitteln; denn das ist in der Anlage 10 nicht explizit aufgeführt. Das zu wissen, wäre wahrscheinlich dem kompletten Stadtentwicklungsausschuss, den wir beide hier vertreten, wichtig. Schließlich ist in den Anmerkungen zum Protokoll des Stadtentwicklungsausschusses festgehalten worden, dass diese ÖPNV-Frage eine existenzielle Frage ist.>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Da mein Beigeordneter Höing heute nicht anwesend ist, bitte ich Frau Berg um Stellungnahme.

<Beigeordnete Ute Berg: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Was Sie gefragt haben, ist in der Stellungnahme nicht enthalten. Das ist ja auch der Grund Ihrer Frage. Diese Details kann ich Ihnen jetzt aber nicht nennen. Ich kann Ihnen nur zusichern, dass wir das auf jeden Fall als Antwort dem Protokoll beifügen werden.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das reicht! Danke schön!)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Alles klar. Dann wird das so gemacht.

Dann kommen wir auch zur Beschlussfassung - unter Hinweis auf die Erklärungen, die gerade zu Protokoll gegeben worden sind, und die Zusagen, die gemacht worden sind. Wer gegen diese Beschlussvorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Damit ist sie einstimmig so angenommen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf 69460/07 für das Gebiet nördlich des Zoobrückenzubringers (B 55a), zwischen der Messeallee Nord, der ICE-Trasse der Bahn, einschließlich zweier circa 20 m breiter Streifen zwischen der Bahntrasse und dem Auenweg und einer circa 47 m breiten Fläche nördlich der Bahnbrücke, einschließlich des Grundstücks der Villa Charlier, bis zum Auenweg —Arbeitstitel: Euroforum Nord in Köln-Mülheim— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 7;*

2. *den Bebauungsplan 69460/07 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs-/Durchführungs-/Fluchtlinienplänen

13.1 Aufhebung des Bebauungsplanes 6444 Nb/03 (65459/03)
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Ludolf-Camphausen-Straße in Köln-Neustadt/Nord
0782/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Aufhebung des Bebauungsplanes 6444 Nb/03 (65459/03) für das Gebiet zwischen Vogelsanger Straße, Innere Kanalstraße, Venloer Straße und der westlichen Grenze des Grundstückes Gemarkung Köln, Flur 43, Flurstück 675 —Arbeitstitel: Ludolf-Camphausen-Straße in Köln-Neustadt/Nord— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe auf:

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Niehl
Arbeitstitel: Nördlich Erlenhofstraße in Köln-Niehl
3104/2014

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Tagesordnungspunkt 14.2 wurde zurückgezogen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Niehl –Arbeitstitel: Nördlich Erlenhofstraße in Köln-Niehl– für das Gebiet östlich der Sebastianstraße, nördlich der Erlenhofstraße, westlich des Grundstücks mit der Flurstücksnummer 3367 und südlich des Grundstücks mit der Flurstücksnummer 3093 in Köln-Niehl in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

14.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Westhoven
Arbeitstitel: Stollwerckstraße in Köln-Porz-Westhoven
3133/2014

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 241. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3256/2014

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 241. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Gruppe pro Köln – zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt rufe ich auf:

17 Wahlen

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

17.1 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
3296/2014

Für Herrn Christopher Meier soll Frau Dr. Uta Becher neues beratendes Pflichtmitglied im Jugendhilfeausschuss werden.

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis, dass die Bundesagentur für Arbeit Köln

Frau Dr. Uta Becher

anstelle des bisherigen Hauptmitgliedes Herrn Christopher Meier als beratendes Pflichtmitglied für den Jugendhilfeausschuss benennt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

17.2 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages
hier: Benennung der acht Abgeordneten der Stadt Köln
3513/2014

Dort sind benannt worden: Dr. Ralf Heinen, Elfi Scho-Antwerpes, Andreas Pöttgen, Ursula Gärtner, Margret Dresler-Graf, Kirsten Jahn, Andreas Wolter und Joachim Schalke.

Bitte schön.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Bevor wir zur Beschlussfassung kommen, möchte ich noch folgenden Antrag stellen: Bei Punkt II soll die Alternative zu II. beschlossen werden, und zwar, dass alle Fraktionen, die zur Hauptversammlung stimmberechtigte Vertreter entsenden, bis zu zwei Gäste auf eigene Kosten mitnehmen können, die dann später nachbenannt werden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja, das ist die Ergänzung. Das können wir gerne mit aufnehmen und neben den Benennungen, die ich jetzt vorgelesen habe, auch die Möglichkeit einräumen, dass jeweils zwei Gäste auf eigene Kosten mitgenommen werden können. Das ist sehr gut.

Da keine weiteren Namen genannt werden, kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer ist gegen diese Vorlage in der jetzt beschriebenen Form? - Wer enthält sich? - Damit ist sie so beschlossen.

Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln wählt die folgenden acht Abgeordneten zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages:

1.: Dr. Ralf Heinen	*2.: Elfi Scho-Antwerpes*
3.: Andreas Pöttgen	*4.: Ursula Gärtner*
5.: Margret Dresler-Graf	*6.: Kirsten Jahn*
7.: Andreas Wolter	*8.: Joachim Schalke*

Die Wahl gilt für die laufende Amtszeit des Rates, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat bzw. zur Verwaltung der Stadt Köln.

II. Der Rat beschließt, dass alle Fraktionen, die zur Hauptversammlung stimmberechtigte Vertreter entsenden, bis zu zwei Gäste auf eigene Kosten mitnehmen können. Die entsprechenden Personen werden von den Fraktionen später nachbenannt.

Die Stadt Köln übernimmt keine Kosten für die Reisen dieser Teilnehmer/innen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

17.3 Bestellung von städtischen Vertretern in den Beirat des Vereins Sportstadt Köln e. V.
3393/2014

Dort sind benannt worden: Peter Kron, Henk van Benthem, Elisabeth Thelen und Lisa Gerlach.

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen. - Danke.

Beschluss:

Der Rat bestellt

Peter Kron
Henk van Benthem
Elisabeth Thelen
Lisa Gerlach

zu Vertretern des Rates in den Beirat des Vereins Sportstadt Köln e.V.

Die Wahl der Vertreter für den Beirat (§ 12, 13 der Satzung) gilt für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

17.4 Unterausschuss - Nachwahlen
3654/2014

Für den Unterausschuss Kulturbauten wird Herr Ralph Sterck benannt. - Da ist er.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion der AfD so beschlossen.

Herr Sterck, nehmen Sie die Wahl an?

(Ralph Sterck [FDP]: Ja!)

Für den Unterausschuss Selbsthilfegruppen wird Frau Katja Hoyer benannt.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion der AfD ist Frau Hoyer gewählt.

Beschlüsse:

I. Beschluss über die Besetzung des Unterausschusses Kulturbauten:

Der Rat wählt Herrn Ralph Sterck als Mitglied auf Vorschlag des Rates in den Unterausschuss Kulturbauten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion.

II. Beschluss über die Besetzung des Unterausschusses Selbsthilfegruppen:

Der Rat wählt Frau Katja Hoyer als Mitglied auf Vorschlag des Rates in den Unterausschuss Selbsthilfegruppen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

17.5 Wahl der Vertreter der Stadt Köln für die Mitgliederversammlung des Interkommunalen Arbeitskreises Wahner Heide
2775/2014

Ich will Ihnen gerne die Mitglieder vorlesen: Hans-Gerd Ervens, Christian Joisten, Monika Möller, Werner Marx, Anna-Maria Henk-Hollstein, Robert Schallehn und Ina Philippsen-Schmidt.

Die Stellvertreter will ich ebenfalls kurz benennen: Herr Weitzel, Herr Walter, Frau Frebel, Herr Lemke, Frau Dresler-Graf, Herr Brust und Frau Bercher-Hiss.

Dann können wir auch darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion der AfD ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt sieben ordentliche Vertreter und sieben Stellvertreter in die Mitgliederversammlung des Interkommunalen Arbeitskreises Wahner Heide (IAWH):

a) Vertreter	*b) Stellvertreter*
1. Hans-Gerd Ervens	*1. Christoph Weitzel*
2. Christian Joisten	*2. Karl-Heinz Walter*
3. Monika Möller	*3. Polina Frebel*
4. Werner Marx	*4. Wolf-Gunter Lemke*
5. Anna-Maria Henk-Hollstein	*5. Margret Dresler-Graf*
6. Robert Schallehn	*6. Gerhard Brust*
7. Ina Philippsen-Schmidt	*7. Susanne Bercher-Hiss*

Die Wahl erfolgt für die Wahlzeit des Rates.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

17.6 Ausländerrechtliche Beratungskommission - Einsetzung der vom Integrationsrat benannten Mitglieder durch den Rat
3644/2014

Es müssen Herr Turan Özkücük und als Stellvertreter Herr Ali Esen nachgemeldet werden.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so geschehen.

Beschluss:

Der Rat bestimmt folgendes Mitglied und folgende Stellvertretung aus dem Integrationsrat für die kommunale ausländerrechtliche Beratungskommission:

Ordentliches Mitglied	*Stellvertreter*
Herr Turan Özkücük	*Herr Ali Esen*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.7:

17.7 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Austausch eines ständigen Mitglieds mit beratender Stimme
AN/1793/2014

Neues beratendes Mitglied im Kunstbeirat soll Frau Anke Brunn anstelle von Herrn Andreas Pöttgen werden.

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion bestellt der Rat anstelle von Herrn Andreas Pöttgen Frau Anke Brunn zum ständigen Mitglied mit beratender Stimme des Kunstbeirates

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.8:

17.8 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Benennung eines sachkundigen Einwohners für den Ausschuss Umwelt und Grün
AN/1813/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt auf Vorschlag der SPD-Fraktion,

Herrn Matthias Pergande,

wohnhaft Konradstr. 4, 50937 Köln, zum sachkundigen Einwohner für den Ausschuss für Umwelt und Grün.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 17.9:

17.9 Antrag der Gruppe pro Köln
hier: Umbesetzung in Ausschüssen

Die Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes haben wir eben beschlossen.

Hier geht es um Folgendes: Das Ratsmitglied Judith Wolter wird künftig dem Ausschuss für Kunst und Kultur statt dem Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen als beratendes Mitglied angehören. Das Ratsmitglied Markus Wiener wird künftig dem Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen statt dem Hauptausschuss als beratendes Mitglied angehören.

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt auf Vorschlag der Gruppe pro Köln folgende Änderung bei Gremienbesetzungen:

Das Ratsmitglied Judith Wolter wird künftig dem Ausschuss für Kunst und Kultur (einschließlich der zugehörigen Betriebsausschüsse) anstatt dem Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales als beratendes Mitglied angehören (gemäß §58 Absatz 1 Sätze 11 – 12 GO NRW).

Das Ratsmitglied Markus Wiener wird künftig dem Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales anstatt dem Hauptausschuss als beratendes Mitglied angehören (gemäß §58 Absatz 1 Sätze 11 – 12 GO NRW).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

19 -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit haben wir das Ende des öffentlichen Teils unserer Sitzung erreicht.

(Schluss: 19.21 Uhr)

Sachregister

Abfallwirtschaftsbetriebe

Aufsichtsratsmitglieder 482

Jahresabschluss 2013 845

Rechtsformwechsel 330

Tunnelreinigung 307

Wirtschaftsplan 2014 273

Akademie der Künste der Welt

Änderung des Gesellschaftsvertrages 330

Aktuelle Stunde

Finanzielle Entlastung 151

Flüchtlingsunterbringung in Köln 554

Informationspolitik der KVB 16

Rechtsextremen, Rechtspopulisten und Hooligans 671

Umgang mit rechtsextremen Parteien 377

Alte, kranke und behinderte Menschen

Hauswirtschaftliche Hilfen 858

Ältestenrat

Wahl der Mitglieder 418

Wahl des Vorsitzenden 417

Archäologische Zone/Jüdisches Museum

Gesamtkosten des Projekts 92, 236

Lenkungskreis Politische Vertretung 502

Unterschriftensammlung gegen den Ratsbeschluss 93

Asyl

Asylbewerberunterbringung 574

Asyl-Sammelunterkünfte 799

Ausländer- und Asylpolitik 799

Gesundheitskosten 731

Maßnahmen gegen Asylmissbrauch 171

Medizinischen Versorgung 799

Neubelegungen für Asylbewerber 36

Ausländerrechtliche Beratungskommission

Änderung der Geschäftsordnung 105, 740

Außerplanmäßige Aufwendungen

Teilplan 0401 - Museumsreferat 305

Baubeschluss

Brücke Deutzer Ring B55/östl. Zubringerstraße A559 331

Erneuerung des Verkehrsrechnersystems 115

Industriestraße in Köln-Fühlingen von Merianstraße bis Mennweg 119

Neubau eines Feuerwehrzentrums 756

Neusser Straße von Mollwitzstraße bis Wilhelm-Sollmann-Straße 330

Rheinboulevard 305

Sporthalle Bocklemünd 275

Stadtbahnhaltestelle Kalk Post 276

Bauleitpläne

Egonstraße in Köln-Stammheim/-Flittard 632, 634

Euroforum Nord in Köln-Mülheim 627

Hinterlanderschließung an der Kochwiesenstraße in Köln-Holweide 627

Neuordnung ehemaliger Rangierbahnhof Köln-Nippes 626

Schönsteinstraße in Köln-Ehrenfeld 633

Bebauungsplan

Airport-Business-Park in Köln-Porz-Gremberghoven 332

Alarichstraße - Parkhaus Eduardus-Krankenhaus in Köln-Deutz 333

Am Botanischen Garten in Köln-Riehl 627

Amsterdamer Straße in Köln-Riehl 632

Deutzer Ring in Köln-Deutz und -Humboldt/Gremberg 630

Drosselweg/Finkenplatz in Köln-Niehl 628

Eisenachstraße in Köln-Nippes 132

Erlenweg in Köln-Bickendorf 629

Euroforum Nord in Köln-Mülheim 879

Gereonshof in Köln-Altstadt/Nord 630

Gremberger Straße in Köln-Humboldt/Gremberg 633

Griesberger Straße in Köln-Esch/Auweiler 333

Heßhofstraße in Köln-Vingst 133

Hyazinthenweg in Köln-Dellbrück 332

Kochwiesenstraße in Köln-Holweide 879

Ludolf-Camphausen-Straße in Köln-Neustadt/Nord 881

Magnusstraße in Köln-Altstadt/Nord 333, 631

Nördlich Scheidtweilerstraße/Maarweg in Köln-Braunsfeld 761

Nördliche Severinstraße (Bezirksteilzentrum) in Köln-Altstadt/Süd 629

Oskar-Jäger-Straße in Köln-Ehrenfeld 131

Pferderennbahn in Köln-Roggendorf/Thenhoven 132

Schanzenstraße Nord in Köln-Mülheim 334

Tel-Aviv-Straße in Köln-Altstadt/Süd 631

Thessaloniki-Allee in Köln-Kalk 628

Universitätsstraße 3 in Köln-Sülz 332

Weiden-Süd/Teilbereich Grünzug West in Köln-Weiden 629

Weststraße in Köln-Meschenich 334

Berufsschulen

Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg 850

Berufskolleg Köln-Porz 324

Bildungsgang Gießereitechnik 324

Joseph-DuMont-Berufskolleg 323

Bezirksvertretungen

Aufwertung von zentralen Plätzen 216

Bürgerhaushalt 2015 719, 835

Kompetenzen 173

Städtische Gesellschaften 585

Bildung

Berufsbezogene Sprachförderung 856

Integrations- und Arbeitsmarktlotsen 854

Braunkohlenausschuss

Mitglied der Kommunalen Bank 421

Mitglied mit beratender Befugnis 421

Brüssel

Einrichtung eines Europabüros 166

Bühnen der Stadt Köln

Benennung eines Betriebsleiters 304

Jahresabschluss 275, 306

Wirtschaftsplan 308

Bürgerbeteiligung

Bürgerbegehren Rathausplatz 515

Jüdisches Museum 191

Kommunalpolitische Themen 94, 238

Bürgermeister/Bürgermeisterinnen

Einführung und Verpflichtung 348

Denkmalschutz

Reiterstandbild am Heumarkt 87, 742

Sachverständige Bürger 636

DITIB-Komplex in Ehrenfeld

Öffentliche Finanzmittel 539

Domumfeld

Dionysoshof/Baptisterium 273

Herzstück Domumfeld 54

Dringlichkeitsentscheidungen / Antrag

Ersatzbeschaffung einer Kuvertieranlage 364

Großschadensereignis Einsturz Historisches Archiv 534

Justizzentrum 232

Kölner Verkehrs-Betriebe AG 337

Kunst- und Museumsbibliothek 236

NABU Naturschutzstation Leverkusen - Köln e. V. 364

Ordnungsbehördliche Verordnung 337, 365

Regionale 2010 363

Schulsozialarbeit 534

Teilbereich der Ortslage in Köln-Niehl 364

Ufertreppe in Köln-Porz 363

Unterbringungsverpflichtung 365

Ehemaliges Landesarchiv Düsseldorf

Magazin- und Büroflächen 755

Energie

Nutzung der Windenergie in Köln 56

EU-Projekt

Grow Smarter 863

Fachausschüsse

Anzahl der sachkundigen Bürger 352

Anzahl der sachkundigen Einwohner 353

Anzahl der Stellvertreter/innen des/der Ausschussvorsitzenden 354

Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder 350

Ausschuss für Schule und Weiterbildung 460

Ausschuss Kunst und Kultur 460

Ausschuss Soziales und Senioren 462

Ausschüsse für fraktionslose Ratsmitglieder 353, 390

Ausschussvorsitze 354

Benennung der Ausschussvorsitzenden 407

Besetzung des Jugendhilfeausschusses 435

Bildung von Unterausschüssen 684

Festlegung der Anzahl und Bezeichnung 349

Seniorenvertreter 462

Vertretungsregelung 352

Wahl der sachkundigen Einwohner 442

Wahl von Ausschussmitgliedern 392

Weitere sachkundige Einwohner 459

Fachhochschulen

Fachhochschule Köln am Standort Deutz 302

Familie

Kindertagespflege 846

Familie-Ernst-Wendt-Stiftung

Wirtschaftsplan 2014 127

Feuerwehrzentrum in Köln-Kalk

Weiterplanungsbeschluss 302

Flüchtlinge

Aufnahmequote 210

Betreuung von Flüchtlingskindern 277

Ehrenamtliches Engagement 799

Flüchtlinge im Stadtteil 596

Flüchtlingspolitik in Köln 36

Flüchtlingsunterbringung 554, 586, 731

Flüchtlingsunterkünfte in Systembauweise 276

Nachbarschaftskonzept für Flüchtlingsheime 36

Notaufnahmeeinrichtung Herkulesstraße 337

Unterbringung und Versorgung 799

Unterbringung von Flüchtlingen 799

Unterbringung von Flüchtlingsfamilien 37

Unterbringungsverpflichtung 276

Förderung

Projekts „Joblinge“ 262

Fraktion pro Köln

Veröffentlichung der Redebeiträge 56

Frauenhäuser

Gewalt an Frauen 732

GAG Immobilien AG

Aufsichtsrat 485

wohnungspolitischen Herausforderungen 24

Gebäudewirtschaft

Geschäftsführende Betriebsleitung 274

Jahresabschluss 753

Neufassung der Betriebssatzung 240

Wirtschaftsplan 2014 752

Gemeindeordnung

Beanstandung wegen Rechtswidrigkeit 648

Genoveva-Gymnasium

Erweiterungsbau 313

Gesundheit

Projekt "Optimierung von Früherkennung und Versorgung" 123

Gürzenich-Orchester

Annahme einer Geldspende 684

Bestellung eines Betriebsleiters 305

Erste Betriebsleiterin 422

Jahresabschluss 757

Wirtschaftsplan 2014/2015 755

Hauptfeuerwehrzentrale Köln Weidenpesch

Generalsanierung und Erweiterung 116

Haushalt

Abführung und Gewinnausschüttung 753

Beteiligungsbericht 2012 626

Bundesteilhabegesetzes 151

Ermächtigungsübertragung 594

Haushaltsplan-Entwurf 2015 784

Haushaltssatzung 2015 773

Institutionell geförderte Theater 864

Jahresabschluss 2012 759

Jahresabschlüsse 2008 bis 2011 625, 759

Kostensteigerungen bei Großprojekten 91

Städtischen Sozialhäuser 860

Heinrich-Böll-Preis

Nominierung 223

Hildegard-von-Bingen-Gymnasium

Erweiterungsbau und 3-fach Turnhalle 312

Historisches Archiv

Annahme einer Schenkung 569

Archiveinsturz und rechtliche Folgen 94

Leih-, Vor- und Nachlassgeber 534

Neubau 698

Industrie- und Gewerbebetriebe

Medienübergreifenden Überwachung 751

Integration

Interkulturelles Maßnahmenprogramm 327

Kölner Pilotprojekt 93, 130

Kölner Sozialbericht 86

Schächten 227

Integrationsausschuss

Bestellung der Mitglieder des Rates 413

Integrationsrat

Anschläge des NSU in Köln 95

Beschluss der Wahlordnung 105

Geschäftsordnung 588

Mehrsprachigkeit in städtischen Kindertagesstätten 103

Jugendhilfeausschuss

Besetzung 730

Bestellung eines stellvertretenden Pflichtmitgliedes 122, 304

Pflichtmitglieder 412

Stellvertreterin 513

Stimmberechtigte Mitglieder 408

Weitere beratende Mitglieder 435

Jugendzentren

Änderung des Gesellschaftsvertrages 858

Justizzentrum

Standort 232

KAG-Satzungen

Erschließungsanlage Pohlhofstraße 335

Erschließungsbeitrag 635

Straßenbauliche Maßnahmen 335, 635, 761, 762, 881

Kaiserin-Theophanu-Schule

Erweiterungsbau und Dreifachhalle 311

Kalk Karree

Mittagstisch 271

Kindertagespflege

Unter 3-jährige Kinder 263

Kindertagesstätten

Einrichtung von bilingualen Gruppen 103

Klima

Integriertes Klimaschutzkonzept 265

Klimapartnerschaft 130

Klimaschutzmaßnahmen 731

Koelnmesse GmbH

Tochtergesellschaft in Brasilien 329

Köln Bäder

Aufsichtsratsmitglieder 455

KölnBäder

Öffnungszeiten von Schwimmbädern 67

Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik

Verleihung 303

Kölner Sportstätten

Baumaßnahmen im Südstadion 626

Übernahme von Ausfallbürgschaften 263

KölnKongress

Dienstleistungen 625

KölnVorsorge - Sterbeversicherung

Bestellung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat 122

Kommunalwahl 2014

Einspruch 618, 621, 622, 623

Feststellung der Gültigkeit 624, 658, 720

Gemeindeordnung NRW 648

Kommunalwahlgesetz NRW 618

Wahlprüfungsausschuss 359

Wahlprüfungsverfahren 604

Kostenerhöhung

Neusser Str. /Gürtel-Einbau v. Aufzügen 123

Porz-Finkenberg - Stadtsanierung 262

Rheinuferstrecke 756

Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV 592

KVB AG

Aufsichtsratsmitglieder 477

Beschaffung von Stadtbahnwagen 337

Busanbindung 229

Nord-Süd-Stadtbahn 304

Preisanpassung 600

Störungen 16

U-Bahnhöfe 221

Umrüstungsstrecken 592

Unglück Waidmarkt 264

Landschaftsplan

Baumschutz 259

Mandatsträgerinnen und Mandatsträger

Ehrenkodex und Leitfaden 362

Mehraufwendungen

Haushalt 2013 und 2014 260, 589

Haushaltsjahr 2014 740

Museen und Kulturbauten

Renovierungsprogramm 593

Museum Ludwig

Haushaltsjahr 2014 744

Langer Donnerstag 796

Sonderausstellung 131

Umrüstung von Schienenstrahlern auf LED 593

NABU Naturschutzstation Leverkusen - Köln

Jährlichen Zuwendungen 364

Neubau

Kunst- und Museumsbibliothek 698

Nord-Süd Stadtbahn

Baumfällungen 847

Polizeipräsidium

"City-Polizei" 214

Polizeibeirat 508

Ratsmitglieder

Einführung und Verpflichtung 343

Rechtsextreme

Gewalttätige Ausschreitungen 671

Kölner Rat 377

Regierungsbezirk Köln

Aufhebungsverfügung 720

Heilpraktikergesetz 329

Region Köln

Kompetenzzentrum Frau und Beruf 757

Regionalrat

Wahl der Mitglieder 420

Rheinboulevard

Ufertreppe und Boulevard 305, 849

Sanierungsgebiet Finkenberg

Nahbereichszentrum 262

Satzungen

Abfallentsorgung 837

Abfallgebühren 840

Abwassergebührensatzung 733

Friedhöfe und Feuerbestattungsanlage 248

Friedhofsgebührensatzung 254

Hauptsatzung 253, 352

Integrationsrat 588

Kulturförderabgabe 733

RheinEnergie AG 840

Rhein-Ruhr-Express (RRX) 839

Sanierung Bocklemünd/Mengenich 839

Sanierungsgebiet Rheinboulevard 240

Stadtentwässerungsbetriebe Köln 105

Steuer auf Vergnügungen sexueller Art 588

Straßenreinigungsgebühren 840

Vergnügungssteuersatzungen 253

Wohnraumschutzsatzung 249, 422

Schenkungen

Döring-Spengler 570

Förderverein StadtBibliothek Köln e. V. 158

Lufthansa AG 684

Museum Ludwig 796

Rheinisches Bildarchiv 158

Sparda Kunstpreis-NRW 797

Stadtkonservator 742

Stiftung Stadtgedächtnis 569

Verein zur Förderung des Brandschutzes 23

Schriftführerin

Bestellung 341

Stellvertretende 647, 772

Schulen

Aufnahmeverfahren 759

Ausschuss für Schule und Weiterbildung 460

Gebundener Ganztag 848

Genoveva-Gymnasium 313

Gesamtschule im Stadtbezirk Innenstadt 865

Grundschulverbund im Kölner Süden 853

Grundstück Thessaloniki-Allee 865

Hauptschule Nürnberger Straße 324

Hauptschule Rochusstraße 848

Heliosgelände 848

Heliosgelände in Köln-Ehrenfeld 314

Hildegard-von-Bingen-Gymnasium 312

Kaiserin-Theophanu-Schule, Gymnasium 312

Katharina-Henoth-Gesamtschule 324

Martin-Luther-King-Schule 849

Offene Ganztagsschule im Primarbereich 318

Sanierung/Erweiterung von Schulgebäuden 319

Schülermittagessen 325

Schulsozialarbeit 314, 534

Standort des ehemaligen Nippesbad 864

Soziale Stadt

Köln-Lindweiler 851

Sparkasse KölnBonn

Bestellung der Verbandsmitglieder 452

Geschäftsgirokonten 225

Zweckverbandsversammlung 463

Sparte Bildende Kunst

Mietzuschüsse 758

Sparte Tanz

Konzeptionsförderung 595

Sport

Beleuchtete Joggingstrecke 89

Verein Sportstadt Köln e. V. 124

Stadt Köln

Amt des Stadtdirektors 757

Berichtswesen 275

Bürgermeister/innen und Fraktionen 860

CologneAlliance 307

Delegationsreisen 586, 731

Duldungspraxis 799

Einrichtung eines Kunstbeirats 594

Fraktionszuwendungen 570

Frauenförderplan 753

GEFMA - Deutscher Verband für Facility Management e.V. 593

Inkubator-, Intensiv-, Infektions- und Schwergewichtigentransporte 758

Köln-Pass 836

Landschaftsversammlung Rheinland 415

Lange Nacht der Industrie 695

Logistikregion Rheinland e. V. 307

Mediengründerzentrum NRW 862

MÜLHEIM 2020 603

Projekt museumbus.Köln 758

Ratssitzungen live 732, 836

Regionalagentur Region Köln 845

Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender 595

Städtische Räumlichkeiten 835

Vorstandsgehälter 833

Wahl der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeister 859

Zentralbibliothek für Kunst und Kunstgeschichte 861

Stadtbahn

Brandschutzsanierung 271

Städtebau

Investitionen in nationale Projekte 539

Stadtentwässerungsbetriebe

Abwasserbeseitigungskonzept 105

Gebühren für die Entwässerung 733

Gewässerentwicklungskonzept Köln 127

Jahresabschluss 2013 594

Mitglieder des Verwaltungsrates 454

Straßenentwässerung 271

Wirtschaftsplan 2015 760

Städtische Regelungen

Vereinfachung des Stadtrechts 260

Stadtwerke Köln

Verwendung des Jahresüberschusses 366

Stellvertreter/innen des Oberbürgermeisters

Einführung und Verpflichtung 375

Festlegung der Zahl 345

Wahl 346, 375

Stimmzähler

Bestimmung 342

Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV

Unterirdische Stadtbahnanlagen 271

Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege Plätze

Ausbau der Verlängerung 119

Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze

Verkehrsrechnersystem 115

Überplanmäßige Aufwendungen

Rautenstrauch-Joest-Museum 741

Rheinboulevard 363

Sozialbereich 843

Teilergebnisplan 0201 Sicherheit und Ordnung 592

Teilergebnisplan 1201, Straßen, Wege, Plätze 741

Teilfinanzplan 0501, Leistungen nach dem SGB XII 591

Teilplan 0401 - Museumsreferat 862

Teilplan 0402 - Museum Ludwig 593, 744

Teilplan 0404 - Rautenstrauch-Joest-Museum 843

Teilplan 0405 - Museum für Angewandte Kunst 842

Teilplan 0417 - Puppenspiele 843

Teilplan 0418 - Stadtbibliothek 742

Teilplan 1002 - Denkmalpflege 742

Ufertreppe in Köln-Porz 363

Überplanmäßige Aufwendungenen

Teilplan - Zentrale Dienstleistungen 741

Universität zu Köln

Kooperationsvereinbarung 861

Unterbringung von Flüchtlingen

Errichtung von Systembauten 799

Errichtung von Wohncontainern 596

Errichtung von Wohnhäusern auf städtischen Grundstücken 36

Peter-Baum-Weg 22 276

Xantener Str. 84 365

Veränderungssperren

Drosselweg/Finkenplatz in Köln-Niehl 364

Kochwiesenstraße in Köln-Holweide 761

Nördlich Erlenhofstraße in Köln-Niehl 881

Zentrum Buchforst in Köln-Buchforst 634

Veranstaltungszentrum Köln

Auflösung der Kapitalrücklage 129

Jahresabschluss 2012 128

Wirtschaftsplan 2014 129

Verbraucherberatungsstelle

Finanzierung 301, 847

Verbraucherzentrale

Energieberatung für Privathaushalte 329

Verbrechensbekämpfung

Fachtagung zur organisierten Kriminalität 85

Vergabe, Lieferungen und Leistungen

Abfallwirtschaftsbetriebe GmbH & Co. KG 307

KölnKongress GmbH 625

Sparte Tanz 595

Sparte Theater 861

Strukturförderung im Filmbereich 860

Verkehr

Autofreier Sonntag 78

Beschaffung von 500 Parkscheinautomaten 119

Ehemaligen Hausmülldeponie in Porz-Lind 306

Elektromobilitätsgesetz 706

Fernbusverkehr 713

Geschwindigkeitsüberwachung 128

Hohenzollernbrücke 231

Kfz-Zulassung 272

Kommunale Verkehrsinfrastruktur 576

Neue Rheinbrücke 824

Rheinbrücke Leverkusen 128

Rheinbrücken 239

Rhein-Ruhr-Express 820

Rheinuferstraße 181

Wasser- und Schifffahrtsamt 187

Vermeidung von Korruption

Effektive Maßnahmen 93, 237

Verordnungen

Hochwasserschutzzonen 841

Offenhalten von Verkaufsstellen 259, 260, 337, 365, 588, 737

Wahlen

Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH 481

Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH 482

ACHTBRÜCKEN GmbH 491

AG Zoologischer Garten Köln 494

Agentur für Arbeit Köln 510, 511

Akademie der Künste der Welt/Köln, gGmbH 496

AKDn-sozial 637

Archäologische Zone/Jüdisches Museum Köln 502

Sachregister

Ausländerrechtliche Beratungskommission 133, 767, 884

Ausschuss für Schule und Weiterbildung 641

Ausschuss Umwelt und Grün 885

Ausschüsse des Rates 763

Beirat Sperrbezirk 511

Bürgerzentrum Alte Feuerwache 504

Dachverband kommunaler IT-Dienstleister 474

Denkmalschutz und Denkmalpflege 636

Deutscher Städtetag 882

Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender 766

Europäische Charta der Gleichstellung 512

Flughafen Köln/Bonn GmbH 484

Forensische Klinik Köln-Porz 764

GAG 485

Gebrüder Coblenz Stift e. V. 500

Gerda und Manfred Ulbrich-Stiftung 499

GEW Köln AG 475

Gründer- und Innovationszentrum GmbH 487

Guilleaume-Stiftung St. Antoniusheim 498

Häfen und Güterverkehr Köln AG 479

Hans-Böckler-Preis 636

Interkommunaler Arbeitskreis Wahner Heide 883

Jobcenter 504

Jugendhilfeausschuss 513, 638, 642, 765, 767, 882

Kliniken der Stadt Köln gGmbH 488

Koeln.de 638

Koelnmesse Ausstellungen GmbH 484

Koelnmesse GmbH 483

KölnBäder GmbH 455

Kölner Gesellschaft für Arbeit und Berufsförderung mbH 489

Kölner Markenbeirat 512

Kölner Netzwerk Bürgerengagement 509

Kölner Sportstätten GmbH 457

Kölner Verkehrs-Betriebe AG 477

KölnKongress GmbH 490

KölnMusik Betriebs- und Servicegesellschaft mbH 491

KölnTourismus GmbH 492

Kommunale Gesundheitskonferenz 765

Konrad-Adenauer-Preis 636

Krankenhausstiftung Porz am Rhein 500

Krankenhausstiftung Worringen 497

Kunststiftung im Museum Ludwig Köln 769

Logistikforum 637

Medien- und IT-Rat 507

Moderne stadt Gesellschaft 495

MÜLHEIM 2020 336

Nachbesetzung von Gremien 134

Nachwahlen 641

Personenvereinigungen 501

Polizeipräsidium 508

RheinCargo GmbH & Co. KG 495

RheinEnergie AG 476

RheinEnergie Stiftung Jugend/Beruf, Wissenschaft 640

Sachkundige Einwohner 641

Sachkundige Einwohner/innen 643, 769

SBK gGmbH 493

Stadtentwässerungsbetriebe Köln 454

Städtetag Nordrhein-Westfalen 503

Stadtwerke Köln GmbH 474

Ständiges Mitglied mit beratender Stimme 884

Stiftung Dr. Dormagen-Guffanti 498

Stiftung Johann-Heinrich Claren 499

Umbesetzung in Ausschüssen 885

Umbesetzung von Gremien 642

Umlegungsausschuss 509

Umweltschutzpreis 505

Unterausschuss 883

Untere Landschaftsbehörde 762

Veedelsbeirat 336

Veranstaltergemeinschaft Radio Köln e. V. 336

Verein Deutsches Sport & Olympia-Museum e. V. 635

Verein Region Köln/Bonn e. V. 506

Verein Sportstadt Köln e. V. 883

Wahlausschuss für die Kommunal- und Integrationsratswahl 2014 134

Weihnachtsmarkt auf dem Roncalliplatz 768

Wohnungsbauforum Köln 639

Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH 480

Wohnungsgesellschaft mbH Rhein-Erft 487

Zweckverband „Naturpark Bergisches Land“ 470

Zweckverband „Naturpark Rheinland“ 471

Zweckverband Erholungsgebiet Stöckheimer Hof 473

Zweckverband Sparkasse KölnBonn 770

Zweckverband Sparkasse KölnBonn 452, 463, 638, 643, 769

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg 469

Wallraf-Richartz-Museum

Erfahrungsbericht zur Umwandlung 301

Investorenwettbewerb 305, 862

Wohnraum

Mietwohnungsbau 159

Satzung zum Schutz und Erhalt 421

Stadteigene Wohnungsunternehmen 24

Stadtentwicklungskonzept Wohnen 107

Wohnungsbau 64

Zusatzversorgungskasse

Jahresabschluss und des Lagebericht 2013 850

Wirtschaftsplan 2015 850

Rednerverzeichnis

Akbayir, Hamide, (Die Linke.) 754, 838

Albach, Dr. Rolf, (FDP) 60, 98, 189, 256, 268

Albers, Wolfgang, (Polizeipräsident Köln) 671

Bacher, Götz, (SPD) 55, 58, 254, 255, 265

Beckamp, Roger, (AfD) 384, 524, 571, 587, 624, 637, 654, 679, 727, 768

Benthem, Henk van, (CDU) 20, 77, 80, 100, 121, 125, 183

Berg, Ute, Beigeordnete 880

Böllinger, Werner, (SPD) 159

Börschel, Martin 604

Börschel, Martin, (SPD) 10, 24, 151, 194, 208, 464, 515, 554, 648, 722, 866

Bosbach, Wolfgang, (SPD) 240, 321

Breite, Ulrich, (FDP) 71, 120, 126, 161, 222, 244, 344, 470, 551, 610, 619, 653, 678, 726, 735, 736, 748, 863, 870, 871, 874

Brust, Gerhard, (Bündnis 90/Die Grünen) 56, 62, 63, 744, 869

Bülow, Brigitta von, (Bündnis 90/Die Grünen) 97, 309, 522, 525, 676, 702, 749, 797

Bürgermeister, Dr. Eva, (SPD) 107, 232, 309, 521, 701, 747, 797

Detjen, Jörg, (Die Linke.) 11, 38, 91, 102, 112, 155, 173, 179, 188, 201, 285, 301, 322, 327, 380, 415, 469, 513, 560, 609, 651, 652, 653, 677, 737, 804

Elster, Dr. Ralph, (CDU) 148, 202, 204, 209, 238, 308, 519, 522, 618, 698, 704, 724, 745

Fenske, Jürgen, (KVB) 17, 583

Frank, Jörg, (Bündnis 90/Die Grünen) 49, 75, 77, 116, 147, 175, 212, 243, 292, 346, 353, 371, 372, 432, 462, 570, 606, 617, 646, 652, 666, 667, 696, 719, 721, 734, 841, 882

Frenzel, Michael, (SPD) 639

Gärtner, Ursula, (CDU) 37, 50, 169, 277, 288, 557, 596, 801

Geffen, Jörg van, (SPD) 80, 226, 695

Gerlach, Lisa Hanna, (Piraten) 808

Gordes, Birgit, (CDU) 116, 117, 241, 245, 514

Görzel, Volker, (FDP) 176, 207, 310

Götz, Stefan, (CDU) 10, 104, 120, 148, 180, 189, 218, 223, 237, 238

Granitzka, Winrich, (CDU) 191

Halberstadt-Kausch, Inge (SPD) 167

Hammer, Lino, (Bündnis 90/Die Grünen) 81, 217, 708, 712, 829

Haug, Jochen, (AfD) 395, 527, 528, 685, 731

Hegenbarth, Thomas, (Piraten) 385, 566, 582, 613, 655, 681, 691, 793, 834, 836

Helling, Ossi Werner, (Bündnis 90/Die Grünen) 280

Helling, Ossi, (Bündnis 90/Die Grünen) 152

Henk-Hollstein, Anna-Maria, (CDU) 388, 667, 720

Henseler, Andreas, (Freie Wähler Köln) 229, 237, 263, 292, 314, 320, 529, 853

Henseler, Andreas, (Freie Wähler) 34, 40, 156, 178, 181, 182, 193, 204, 225, 566, 573, 581, 616

Heuser, Marion, (Bündnis 90/Die Grünen) 559, 598, 803

Höing, Franz-Josef, Beigeordneter 112, 119, 120, 230

Houben, Reinhard, (FDP) 16, 29, 54, 63, 153, 170, 226, 580, 697, 710, 712, 738, 823, 832

Hoyer, Katja, (FDP) 47, 210, 213, 230, 281, 320, 562, 597, 600, 751, 805

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister 797

Jahn, Kirsten, (Bündnis 90/Die Grünen) 378, 649, 880

Joisten, Christian, (SPD) 387, 568

Jung, Helmut, (CDU) 97, 238

Kahlen, Guido, Stadtdirektor 91, 117, 237, 238, 239, 619, 620, 745, 841, 842, 855

Kaske, Axel, (SPD) 187

Keltek, Tayfun, (Integrationsrat) 95

Kienitz, Niklas, (CDU) 255, 267, 372, 464, 551, 794, 841, 844

Kirchmeyer, Christtraut, (FDP) 82, 185

Klein, Dr. Agnes, Beigeordnete 90, 321, 326, 435, 854, 871

Klipper, Karl-Jürgen, (CDU) 27, 94, 109, 153, 160, 249, 250, 289

Klug, Gabriele C., Stadtkämmerin 226, 777

Kockerbeck, Heiner, (Die Linke.) 536, 693, 865

Köhler, Andreas, (CDU) 69

Krupp, Gerrit, (SPD) 734

Laufenberg, Sylvia, (FDP) 325, 537, 693, 732

Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete 749

Ludwig, Claus, (Die Linke.) 67, 74, 251

Markus Wiener (pro Köln) 11, 42, 44, 200, 212, 214, 215, 229, 385, 455, 457, 514, 551, 564, 574, 597, 615, 668, 682, 731, 742

Michel, Dirk, (CDU) 577, 601, 706, 715, 821

Moritz, Barbara, (Bündnis 90/Die Grünen) 26, 66, 109, 110, 163, 197, 234

Mucuk, Gonca, (SPD) 96

Müser, Dr. Martin 518

Nesseler-Komp, Birgitta, (CDU) 534

Noack, Horst, (SPD) 65, 251

Ott, Jochen, (SPD) 377, 751, 820, 831

Paetzold, Michael, (SPD) 556, 800

Paffen, Dagmar, (SPD) 216

Petelkau, Bernd, (CDU) 377, 381, 388, 431, 603, 608, 619, 649, 674, 728, 855

Peters, Dr. Werner 516

Philippi, Franz, (SPD) 68, 535

Pöttgen, Andreas, (SPD) 691

Rabenstein, Svenja, (Bündnis 90/Die Grünen) 692

Rautenstrauch, Ludwig Theodor von 517

Reker, Henriette, Beigeordnete 49, 86, 212, 286, 291, 292, 293, 554, 597, 811, 863

Richter, Manfred (Bündnis 90/Die Grünen) 70

Rinnenburger, Petra, (Gebäudewirtschaft der Stadt Köln) 872

Roß-Belkner, Monika, (CDU) 827

Roters, Jürgen, Oberbürgermeister 9ff., 16f., 19-24, 26f., 29, 31f., 34ff., 38, 40-44, 46-50, 54ff., 58-71, 73ff., 77f., 92-107, 109-117, 119-135, 146-149, 151-161, 163-190, 193f., 197, 199-209, 240-245, 248-260, 262-276, 278-281, 283, 285f., 288-295, 301-316, 318-338, 341-354, 359, 361-367, 371f., 375-378, 380ff., 384-388, 390, 392, 395, 407f., 410, 412, 413, 415-419, 421f., 430, 432, 434f., 442, 452, 454-460, 462-465, 469f., 471, 473-479, 481-485, 487-519, 521f., 524f., 527ff., 532, 534-537, 538f., 550f., 554, 556f., 559f., 562-566, 568-577, 579-583, 585-589, 591-598, 600, 603f., 606, 608f., 610f., 613-647, 649, 651-658, 665-668, 671, 673ff., 677-687, 690-698, 700-710, 712, 719f., 722, 724-728, 730-745, 747-773, 784f., 793f., 796-799, 801, 803ff., 807ff., 811f., 819-833, 845-851, 853-856, 858-867, 869-885

Rottmann, Hendrik, (AfD) 387, 505, 563, 581, 597, 611

Santos Herrmann, Susana dos, (SPD) 19, 44, 174, 182, 183, 212, 222, 278, 279, 576, 601, 707, 714, 826

Schiele, Karel, (pro Köln) 83

Schlieben, Dr. Helge, (CDU) 290, 291, 694, 867

Schmitt, Berthold, (KölnBäder GmbH) 75, 77

Scho-Antwerpes, Elfi, Bürgermeisterin 80-92, 212-239, 601f., 673, 714-719, 777, 833-845

Schöppe, Bernd, (pro Köln) 289

Schößler, Bernd, (Bezirksbürgermeister Nippes) 727

Stahlhofen, Gisela, (Die Linke.) 61, 86, 525, 703, 704, 748, 798

Rednerverzeichnis

Sterck, Ralph, (FDP) 10, 64, 110, 148, 149, 199, 218, 234, 382, 432, 525, 585, 639, 700, 713, 718, 798, 825

Strahl, Dr. Jürgen, (CDU) 696, 733

Thelen, Horst, (Bündnis 90/Die Grünen) 230, 326, 536, 871

Tokyürek, Güldane, (Die Linke.) 725

Tull, Bettina, (Bündnis 90/Die Grünen) 184

Uckermann, Jörg, (pro Köln) 11, 22, 31, 49, 50, 62, 73, 77, 87, 88, 89, 90, 99, 100, 101, 103, 106, 121, 124, 125, 128, 154, 155, 163, 170, 171, 172, 176, 177, 179, 186, 206, 219, 220, 223, 224, 225, 227, 228, 231, 256, 269, 274, 283

Unna, Dr. Ralf, (Bündnis 90/Die Grünen) 46, 50, 521, 736, 855

Waddey, Manfred, (Bündnis 90/Die Grünen) 21

Weisenstein, Michael, (Die Linke.) 22, 32, 84, 111, 164, 220, 235, 240, 579, 602, 709, 717, 823, 830, 831, 879

Welcker, Katharina, (CDU) 59, 183, 233, 797

Welpmann, Dr. Matthias, (Bündnis 90/Die Grünen) 265

Wiener, Markus, (pro Köln) 43

Wolf, Manfred, (FDP) 166

Wolter, Andreas, (Bündnis 90/Die Grünen) 169, 577, 601, 716, 822

Wolter, Judith, (pro Köln) 85, 572, 807, 833

Zimmermann, Thor-Geir, (Deine Freunde) 41, 78, 149, 295, 315, 528, 614, 656, 680, 685, 687, 705, 809, 832